

Acta Borussica

Neue Folge



Acta Borussica

Neue Folge

1. Reihe

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums
1817–1934/38**

herausgegeben von der

Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
(vormals Preußische Akademie der Wissenschaften)

unter der Leitung von

Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

1999

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

**Die Protokolle des Preußischen
Staatsministeriums
1817–1934/38**

Band 10

14. Juli 1909 bis 11. November 1918

bearbeitet

von

Reinhold Zilch

1999

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

Kommission „Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38“

Jürgen Kocka (Vorsitzender) · Wolfram Fischer · Wolfgang Neugebauer (Projektleiter)
Hagen Schulze · Werner Vogel · Peter-Christian Witt · Klaus Zernack

Lektorat und Layout: Edelgard Schaffranke

Dem Andenken an

Otto Büsch (†)

und

Gustav Seeber (†)

Dieser Band wurde durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und
Forschungsförderung im Akademienprogramm mit Mitteln des Bundes (Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) und des Landes Berlin (Senatsverwaltung für
Wissenschaft, Forschung und Kultur) gefördert.

∞ ISO 9706

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 1999

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, alterungsbeständigem Papier

Herstellung: Strauss Offsetdruck, Mörlenbach

ISBN 3–487–11007–5

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Vorwort | I |
| Zur Form der Edition | VII |
| Einleitung | 1 |
| Abkürzungsverzeichnis | 35 |
| Regesten Nr. 1/1909 bis 269/1918 | 43 |
| Sachregister | 247 |
| Personenregister | 357 |
| Ortsregister | 457 |
| Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums | 469 |
| Verzeichnis der zitierten Archivalien | 473 |
| Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur | 489 |

Vorwort

von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften legt hiermit den ersten von insgesamt zwölf Regesten-Bänden vor, mit denen die archivalisch überlieferten Beratungs- und Ergebnisprotokolle des Preußischen Staatsministeriums von 1817 bis 1934/38 erstmals wissenschaftlich erschlossen werden. Damit macht sie einen bislang lediglich punktuell ausgewerteten Quellenbestand in Form einer Regesten-Edition zugänglich, die als Hilfs- und Findmittel besonderer Art Grundlagen für weitere Forschung bietet. Es ist zu erwarten, daß die damit möglich werdende, genaue Auswertung der Protokolle des Staatsministeriums — dieses für die preußische Politik lange zentralen Gremiums — die Kenntnis der neueren preußischen und preußisch-deutschen Geschichte sowie die Einsicht in zentrale Probleme des 19. und 20. Jahrhunderts erheblich verbessern wird.

Der vorliegende Band, bearbeitet von Reinhold Zilch, behandelt den Zeitraum vom 14. Juli 1909 bis zum 11. November 1918.

Parallel zur Publikation der Regesten-Bände werden die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem — zumeist handschriftlich — überlieferten Protokolle vom Verlag Olms-Weidmann auf Mikrofiche in den Handel gebracht. Im Kopf der Regesten wird jeweils auf das betreffende Mikrofiche verwiesen, so daß Benutzer, die über die hier vorgelegten Inhaltsangaben hinaus Informationen benötigen, einen unmittelbaren Zugriff auf die Fundstelle haben.

Die Regesten enthalten zusammengefaßt die Verhandlungsgegenstände der Beratungsprotokolle, nach einzelnen Tagesordnungspunkten gegliedert. Im Kopf der Regesten sind der Sitzungstermin, der Teilnehmerkreis und die Überlieferungsform der Quellen verzeichnet. Wichtige, im Regestentext zitierte Dokumente werden in den möglichst knapp gehaltenen Anmerkungen nachgewiesen. Dadurch wird eine Vernetzung der Protokolle mit den Sachakten des Staatsministeriums und darüber hinaus auch mit denen der jeweiligen Fachministerien erreicht sowie auf andere Archivbestände verwiesen. So bieten die hier edierten Protokoll-Regesten Zugang zu zahlreichen Quellenbeständen und ggf. zur Spezialliteratur. Detaillierte Sach-, Personen- und

Ortsregister erschließen nicht nur die hier abgedruckten Regesten, sondern die gesamten Protokolltexte.

Nach Abschluß dieser chronologisch gegliederten Stammedition ist geplant, sachthematische Bände zu exemplarischen Themen zu erarbeiten. Dabei sollen die Quellen aus dem Bestand des Staatsministeriums durch Akten der anderen Ministerien sowie durch weitere Quellen ergänzt sowie unter systematischen Fragestellungen gesammelt und eine erste Analyse vorgenommen werden. Unter anderem ist vorgesehen, Bände zu den Themen „Das Preußische Staatsministerium – die moderne Bürokratie – die Verwaltungspraxis im 19. und 20. Jahrhundert“, „Zensurpolitik und Öffentlichkeit in Preußen seit 1819“ sowie „Selbstverwaltung im 19./20. Jahrhundert“ vorzulegen.

Das Staatsministerium war das oberste beratende und beschließende Kollegialorgan des preußischen Staates und in seiner Funktion einem Kabinett der parlamentarischen Demokratie vergleichbar. In ihm waren alle Fachressorts vertreten.

Die Entstehung des Staatsministeriums reicht in die Reformjahre 1808/10 zurück.¹ Im Jahr 1817 erhielt es als Gesamtministerium eine formalisierte Struktur, wonach es zu einem kollegial organisierten Zentralgremium auszubilden war. Dieses konnte jedoch erst nach 1822 wirksam funktionieren, war doch bis dahin dem Staatsministerium mit dem Staatskanzler Hardenberg eine einflußreiche Persönlichkeit übergeordnet.

Als Verhandlungsformen waren sowohl die mündliche als auch die schriftliche Beratung in Gestalt der Sitzung oder des Umlaufverfahrens üblich. Beide Formen hatten in der Regel in Immediatberichten festgehaltene Vorschläge oder Beschlüsse zum Ergebnis, die an den Monarchen zur Sanktionierung weitergereicht wurden, und zuvor über das Zivilkabinett gelangten. Dieses „Büro“ des Monarchen, das durch die direkte Verbindung zum Herrscher einflußreich sein konnte, hatte dessen Entscheidungen an die entsprechenden Staatsorgane zur weiteren Bearbeitung zu übermitteln. Die Beschlüsse des nach dem Kollegialprinzip arbeitenden Staatsministeriums erhielten für die einzelnen Minister erst mit der königlichen Anordnung (Kabinettsordre) ihre

¹ *Literatur in Auswahl: Otto Hintze, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, zuerst 1908, wieder in ders., Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Rechts- und Sozialgeschichte Preußens, 2. Aufl. hrsg. von Gerhard Oestreich, Göttingen 1967, S. 530–619, bes. S. 551 ff. u. 557 ff. – Ernst Klein, Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 9/10 (1961), S. 195–261, bes. S. 198 ff. – Werner Frauendienst, Das preußische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 116 (1960), S. 104–177. – Fritz Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, jur. Diss. Göttingen 1939. – Ludwig von Rönne, Das Staats-Recht der Preußischen Monarchie, 2. Bd., 1. Abt., 2. Aufl. Leipzig 1864, S. 58–67. Ernst Müller/Ernst Posner, Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, I. Hauptabteilung (= Mitteilungen der Preußischen Archivverwaltung, Heft 24), Leipzig 1934, S. 96. – Hans Branig/ Winfried Bliß/Werner Petermann (Bearb.), Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, Teil 2, Köln/Berlin 1967, S. 41–48.*

Verbindlichkeit. Eine spezifische, auch in Protokollen festgehaltene und in der Edition chronologisch eingearbeitete Beratungsart waren die Conseils/Kronräte, die vom Monarchen einberufen und unter seiner Leitung abgehalten wurden.

Struktur und Funktion des Staatsministeriums unterlagen den wechselnden Zeitumständen. Seit 1848 gab es für den Vorsitzenden das Amt des Ministerpräsidenten, der *primus inter pares* war. Davon unberührt blieb die den Ministern seit der Reformzeit weitgehend eingeräumte Verfügungsgewalt über ihr Ressort, doch kam es in praxi bekanntlich auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten an. Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs begann eine, mit wenigen kurzen Unterbrechungen, bis 1918 während Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten. Während das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt des Reiches aufging, fungierte das preußische Kriegsministerium seit 1871 praktisch als Reichsministerium; 1919 ging es in das neu gegründete Reichswehr-Ministerium über.

Der Ort des Staatsministeriums im Verfassungssystem blieb lange Zeit unverändert. Zwar traten seit 1848/50 neben König und Staatsministerium als neue politisch wirkende Kraft die beiden Häuser des Landtages, ab 1867/71 der Reichstag hinzu. Bis 1918 aber blieb das Staatsministerium *de jure* allein dem Monarchen gegenüber verantwortlich, wenngleich *de facto* die Parlamente zunehmend Bedeutung erlangten. Die Konflikte in diesem veränderten politischen Kräfteverhältnis spiegeln sich vielfach in den Protokollen wider. Mit dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie übernahm das Staatsministerium wesentliche Funktionen des Staatsoberhauptes und wurde zum obersten Exekutivorgan. Der vom Landtag gewählte Ministerpräsident hatte die Richtlinien-Kompetenz inne und war dem Parlament gegenüber verantwortlich. Die Staatsminister, ernannt vom Ministerpräsidenten, leiteten ihr Amt selbständig und in Eigenverantwortung gegenüber dem Landtag. Unverändert blieb die übliche Form der kollegialen Beschlußfassung im Staatsministerium, allerdings ohne Mehrstimmrecht des Ministerpräsidenten bei Stimmgleichheit.

Das Ende des preußischen Staatsministeriums fiel zusammen mit dem Ende des preußischen Staates in den Jahren des ersten (1932) und zweiten (1933) „Preußenschlages“ sowie der Gleichschaltung der Länder durch die nationalsozialistische Reichsregierung.

In der gesamten Zeit seines Wirkens widmete sich das Staatsministerium durchgängig vor allem der Innenpolitik und der Verwaltung, in den einzelnen historischen Epochen jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten. So beschäftigte sich das Staatsministerium in den ersten Jahrzehnten häufig mit Problemen der verwaltungsmäßigen und rechtlichen Integration der neuen

Provinzen in die Monarchie, der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, der Rechtsvereinheitlichung und Modernisierung (Gesetzrevision), mit den Kompetenzverschiebungen zwischen Justiz und Verwaltung und dem „Gemeinwohl“, dem Ausbau der Infrastruktur sowie der Politik gegenüber den Provinzialständen. Nach 1840 war die Reform der Stände- und Verfassungsfrage ein signifikantes Thema, zu dem das Staatsministerium gemeinsam mit der Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten den Monarchen zu beraten hatte. Die Edition kann hierzu zahlreiche, bislang unbekannte Protokolle erstmals vorstellen.

Seit 1848/50 rückten das Verhältnis zu den Repräsentativorganen des preußischen Konstitutionalismus sowie die preußische Politik im nationalen Einigungsprozeß neu auf die Tagesordnung des Staatsministeriums; die harten Auseinandersetzungen dazu in der Zeit nach 1858 spiegeln sich in der Quelle allseitig wider. Das betrifft zum einen den Ausbau der Verfassung von 1850 sowie zum anderen die Vorgeschichte und Entstehung des Heeres- und Verfassungskonflikts, zu der neue und vertiefende Aspekte präsentiert werden. Im Unterschied zu anderen Zeitabschnitten — mit Ausnahme des Ersten Weltkrieges — sind die Protokolle aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch zur Militär- und Außenpolitik inhaltsreich.

Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs etablierte sich als durchgängiges zentrales Wirkungsfeld für das Staatsministerium die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich. Thematisch stark in den Beratungen vertreten waren nun die Finanz- und Steuerpolitik, die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und generell die Stellungnahmen zu den Anträgen und Beschlüssen des preußischen und des Reichsparlaments. Die Protokolle des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts lassen im Zeichen des sich entwickelnden Interventionsstaates sowohl den Bedeutungsgewinn von Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Kräften erkennen als auch das Streben der Regierung, mit Gesetzen und bürokratischer Reglementierung die Gesellschaft unter der Kontrolle des Obrigkeitsstaates zu halten. Beratungsthemen der 1880 und 1890er Jahre, wie die antipolnische Gesetzgebung, der Abbau des Kulturkampfes oder Probleme der Landwirtschaft wurden nach der Jahrhundertwende abgelöst von der Zollpolitik und Fragen der Reform des Dreiklassenwahlrechts, wobei die antipolnische Gesetzgebung mit der Ansiedlungspolitik in den östlichen Provinzen ihre Fortsetzung fand. Im Ersten Weltkrieg dominierte die Organisation der Kriegsernährungswirtschaft als Teil einer zunehmend staatlich gelenkten, doch im Ergebnis scheiternden Ökonomie.

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse seit 1918 brachte für die Arbeit des Staatsministeriums neue Inhalte, wie die Grundlegung einer demokratischen Verfassung sowie die Koalitionspolitik in Preußen. Grundthema blieb auch in der Weimarer Republik das Verhältnis Preußens zum Reich, das von den Konflikten um die bisherige preußische Vormachtstellung

bestimmt war. Weiterhin spiegeln die Beratungsprotokolle dieser Jahre häufig die Bemühungen um eine Verwaltungsreform sowie die Konflikte um die Demokratisierung der Verwaltungsspitze und der Bürokratie wider. Die Personal- und Beamtenpolitik zählte allerdings nicht zu den neuen Tätigkeitsfeldern; sie gehörte vielmehr zu den wichtigen Themen, denen sich das Staatsministerium während seiner gesamten Existenz nahezu kontinuierlich widmete.

Diese beständigen wie auch wechselnden, kurzzeitigen Themen aus dem über 130 Jahre dauernden Wirken des preußischen Staatsministeriums werden in den zwölf Bänden mit Regesten zu etwa 5500 Sitzungsprotokollen systematisch dokumentiert.

Das Editionsvorhaben erschließt somit eine Stammquelle zur preußisch-deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Damit wird zugleich ein Defizit geschichtswissenschaftlicher Arbeit beseitigt, das seit längerem in der Forschung beklagt worden, aber den politischen Rahmenbedingungen geschuldet war. Denn der kriegsbedingten Auslagerung des Archivmaterials vom Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem hatte sich eine mehr als vierzig Jahre währende Trennung angeschlossen — die wichtigsten preußischen Archivbestände ziviler Regierungs- und Verwaltungsstellen wurden seit 1949 in Merseburg verwahrt. Langfristig angelegte, serielle Editionen zur Geschichte des preußischen Staates waren unter diesen Bedingungen nicht realisierbar. Die nach 1990 möglich gewordene Vereinigung der erhalten gebliebenen, reichen Archivbestände im Geheimen Staatsarchiv schuf die unabdingbaren Voraussetzungen, um diese Lücke in der edierten Quellenbasis zur neueren preußischen Geschichte ausfüllen zu können. In den Jahren 1989/90 von Historikern aus der DDR angestellte Überlegungen, diesen Quellenbestand zu edieren, sind unter starker Beteiligung von Kollegen aus der Bundesrepublik, vor allem aus der Historischen Kommission zu Berlin, zu dem Editionsprojekt konzipiert worden. Dieses ist nach wechselnder Trägerschaft im Jahre 1994 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften übernommen worden. Die Akademie schließt mit diesem Werk an eine Tradition der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften an, besonders an die Editionen zur inneren Geschichte Preußens im 17. und 18. Jahrhundert, die unter Leitung Gustav Schmollers als ACTA BORUSSICA erarbeitet wurden.² Deshalb trägt das Werk den Titel „ACTA BORUSSICA. Neue Folge“.³

² Neugebauer, Wolfgang, *Zum schwierigen Verhältnis von Geschichts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften am Beispiel der ACTA BORUSSICA*, in: *Die Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften im Kaiserreich*, hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Berlin 1999, S. 235–275.

³ Vgl. dazu des näheren die jährlichen Berichte, in: *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (vormals Preußische Akademie der Wissenschaften), Jahrbuch, Jg. 1994 ff., Berlin 1995 ff. – auch zum Diskussionsstand zu möglichen sachthematischen Bänden im Rahmen des Gesamtprojektes. – Vgl. ferner das „Probeheft“: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38*, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Jürgen Kocka, Wolfgang Neugebauer, Reinhold Zilch; bearbeitet von Bärbel

Das Editionsprojekt wäre ohne die kooperative Haltung des Geheimen Staatsarchivs Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem nicht zu realisieren gewesen. Den dort tätigen Mitarbeitern ist für ihre begleitende Unterstützung des Projekts ausdrücklich zu danken.

Holtz, Rainer Paetau, Christina Rathgeber, Gerhard Schulze, Hartwin Spenkuch, Reinhold Zilch; Hildesheim, Zürich, New York 1996.

Zur Form der Edition

In Anlehnung an das Verfahren der ACTA BORUSSICA gilt für die Regesten das **Prinzip**: Quellentext in recte, *Formulierungen des Bearbeiters in kursiv*. Das formale Verfahren der Texterstellung orientiert sich an den Grundsätzen von Johannes Schultze¹, die Kennzeichnung der Überlieferungsformen von Quellenstücken im Regest-Kopf oder ggf. in den Anmerkungen folgt der Terminologie von Heinrich Otto Meisner².

Der Regest-Kopf

Die **Numerierung** der Stücke erfolgt chronologisch unter Einbeziehung auch von Protokollen, die nicht in der überlieferten Hauptreihe (GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 1–183) der Protokolle im Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz enthalten sind und an anderen Stellen lagern; nachträgliche Funde sind ggf. mit a–Nummern eingefügt. In die Zählung und Chronologie mit aufgenommen sind ebenfalls die sog. Conseil- bzw. (ab 1888) Kronratsitzungen³, d.h. Beratungen des Staatsministeriums unter Vorsitz des Monarchen.

Sofern eine Staatsministerialsitzung durch eine Überlieferung außerhalb der Hauptreihe nachweisbar war, wurde versucht, den Sitzungsinhalt zu rekonstruieren und daraus ggf. ein Regest zu erstellen, auch wenn dies in Einzelfällen lückenhaft bleiben mußte.

Der **Tagungsort** ist nur genannt, wenn die Sitzung nachweisbar nicht in den jeweiligen Diensträumen des Staatsministeriums stattfand.

Die Angabe zum **Fundort** des Protokolls aus der Hauptreihe verzeichnet lediglich Band- und Blattzahl, auf die vollständige Archivsignatur wird verzichtet. Bei neu aufgefundenen Protokollen ist hingegen der archivalische Fundort vollständig angegeben. Danach folgt jeweils die Microfiche-Nummer (MF).

Parallelüberlieferungen (Abschriften) von Protokollen werden nachgewiesen, soweit sie den Bearbeitern zur Kenntnis gelangten. Eine systematische Suche in allen relevanten Beständen nach Doubletten konnte aus arbeitsökonomischen Gründen nicht stattfinden. Protokollauszüge, die sich in großer Zahl in den Sachakten Preußens und des Reiches finden, werden generell nicht erfaßt, es sei denn, sie ersetzen ein fehlendes Protokoll oder erleichtern die Rekonstruktion eines schlecht lesbaren Protokollteiles.

Unter „**Anwesend**“ erscheinen die Namen der Minister ohne Titel und entsprechend dem Muster der Protokolle nach dem Anciennitäts-Prinzip.

Weitere Teilnehmer sind ohne Dienstbezeichnung aufgeführt, diese ist im Personenregister nachgewiesen. Hingegen werden Adelstitel und bei gleichen Namen zur Unterscheidung die Initialen der Vornamen ergänzt. Vertreten sie Minister oder nehmen in kommissarischer Funktion teil, so wird dies in eckigen Klammern vermerkt.

Werden im Protokoll Minister oder weitere Teilnehmer nicht explizit genannt, sind deren Namen in eckige Klammern gesetzt.

Die Sigel [V] und [U] stehen für den Vorsitz in der Beratung bzw. die Unterschrift unter dem Protokoll. Angaben wie [zu 1–3] beziehen sich auf die Teilnahme zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Der Regest-Text

Die Formulierungen folgen möglichst der Quellsprache unter Einhaltung des genannten Prinzips der Typenwahl zwischen **recte** und **kursiv**. Die Schreibweise wurde vorsichtig modernisiert. Die **Interpunktion** stammt weitgehend von den Bearbeitern, wobei Punkte, Semikolons und Kommas verwendet wurden, um

¹ Schultze, Johannes, *Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte*, Jg. 98 (1962), S. 1–11, wieder abgedruckt bei Walther Heinemeyer (Hrsg.), *Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen* (Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), Marburg/Köln 1978, S. 25–36.

² Meisner, Heinrich Otto, *Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918*, Göttingen 1969.

³ GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bde. 1–VI. Die Microfiches für die Conseil-/Kronrats-Protokolle tragen den Zusatz KR und sind in Abgrenzung von den Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums römisch numeriert, so auch in den Registern.

bei Aneinanderreihung von Quellenbegriffen auf häufige, die Lesbarkeit erschwerende [...] verzichten zu können.

Die **Zählung der Tagesordnungspunkte** (TOP) erfolgt gemäß der Reihung in der Quelle. In eckige Klammern gesetzte Numerierungen sind vom Bearbeiter rekonstruiert. Außerhalb der Tagesordnung behandelte TOP werden in runde Klammern gesetzt. Bei „Serien-Themen“ kann eine Zusammenfassung erfolgen, z.B. **3.–5. Drei Ordenssachen**.

Oftmals steht am Beginn des Regest-Textes ein einführendes Stichwort, das sowohl zur schnellen inhaltlichen Orientierung über den TOP als auch zur Rückkopplung an die Begrifflichkeit des Sachregisters dienen soll.

Beschlüsse des Staatsministeriums sind mit einem [B] gekennzeichnet, ggf. direkt an dem entsprechenden Textteil des Tagesordnungspunktes. Damit werden der Verlauf der Diskussion erkennbar sowie der Bezug zum eigentlichen Beschluß deutlich. Dabei ist es unerheblich, ob im Protokoll ausdrücklich von einem Beschluß die Rede ist oder andere Formulierungen bei der Feststellung eines Beratungsergebnisses verwandt wurden.

Bei **Ernennungen, Titelverleihungen** sowie **Ordens-, Disziplinar- und Pensions-sachen** werden im Regest in der Regel nur diese Sammelbegriffe genannt, nicht die Namen der Personen. Diese sind aber, sofern im Protokoll erwähnt, in das Personenregister aufgenommen worden.

Die Anmerkungen

Der Anmerkungsapparat legt den Schwerpunkt auf den Nachweis der Sachakten zu dem Beratungsgegenstand primär durch Akten des Geheimen Staatsarchivs. Gleichzeitig wird für im Regest-Text explizit erwähnte **Dokumente** ein archivalischer **Nachweis** bzw. **Druck** aufgeführt. Da der Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ durch Kriegsverluste spürbare Lücken aufweist, ist auf andere Bestände zurückgegriffen worden.

Es war nicht das Ziel, in den Anmerkungen einen repräsentativen oder umfänglichen Nachweis der **Literatur** zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu bieten. Wenn dennoch Literatur angegeben wird, dann deshalb, weil sie jene Sitzung des Staatsministeriums ausdrücklich mitbehandelt oder wichtige Sachhinweise gibt.

Die Register

Alle Register erschließen nicht nur die Regesten, sondern auch den vollständigen Protokolltext einschließlich Anlagen. Hingegen werden die Anmerkungen, Aktenvermerke auf Protokollen sowie mitverfilmte andere Schriftstücke nicht in die Register aufgenommen.

Im Register werden gemäß dem Editionsprinzip Akten-Angaben recte und *Regest-Angaben kursiv* angegeben. Die **Zahlenkombination** beinhaltet die Nachweise für die Regest-Nummer (kursiv gesetzt) sowie Aktenband-Nummer und die Blattzahl der Quelle (beide recte gesetzt), z.B. *144/20* 88–93v.

Eindeutige Schreibfehler im Protokoll, auch bei ausländischen Namen und Bezeichnungen, wurden stillschweigend korrigiert.

Das Sachregister

Das **feingliedrige Sachregister** erschließt vollständig die Protokolle einschließlich Anlagen sowie die Regesten. Es enthält also auch Stichworte aus Protokollteilen, die in den Regesten nicht berücksichtigt werden konnten.

Die **Hauptbegriffe** sind möglichst quellennah und auf einer mittleren Abstraktionsstufe formuliert. Zu zentralen Themen wurden systematisierende Hauptbegriffe gewählt, z.B. Ablösungen, konstitutionelle Regierung, Preußen-Reich-Verhältnis, Weltkrieg 1914–1918.

In der **Ordnung** der Hauptbegriffe erscheinen Firmen, Korporationen, Parteien, Zeitungen usw. unter ihrem ausgeschriebenen Eigennamen.

Zentralbehörden und Institutionen Preußens und des Reiches werden nicht unter „Preußen“ bzw. „Reich“ geführt, sondern stehen im Register unter den offiziellen Namen, also Kriegsministerium, Ministerium des Innern, Ministerium für Handel und Gewerbe, Reichsamt des Innern, Reichsjustizamt usw.

Sachverhalte, die eine inhaltliche sowie eine regionale oder institutionelle Nachweisung sinnvoll erscheinen ließen, sind doppelt verzeichnet und sowohl unter dem systematisierenden Hauptbegriff als auch unter dem strukturierenden Begriff (Provinzen, Städte, Parteien, Parlamente usw.) auffindbar.

Sämtliche **Ernennungen, Titelverleihungen, Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** sind diesen standardisierten Hauptbegriffen zugeordnet. In der zweiten Ebene stehen dann die einzelnen Kategorien, in der dritten ggf. die Verwaltungseinheiten. Eine Doppelverzeichnung bei den jeweiligen, zumeist regionalen Behörden erfolgt in diesen Fällen nicht. Allein Ernennungen von Ministern werden unter den Stichworten der jeweiligen Ministerien und beim Hauptbegriff „Staatsministerium“ selbst aufgeführt.

Das Personenregister

Das **kommentierende Personenregister** enthält die wichtigsten Lebensdaten und die Berufsentwicklung mit Haupt- und bedeutenden Nebenfunktionen bei Ministern, (Unter-)Staatssekretären, wichtigen höheren Beamten sowie allen anderen in den Protokollen erwähnten Personen, wobei gerade bei den letzteren Lücken bleiben mußten.

Die Namen der Minister, (Unter-)Staatssekretäre im Staatsministerium und Protokollführer aus den Anwesenheitslisten und den Unterschriftenlisten werden als in den Protokollen inbegriffen angesehen und nur mit der jeweiligen Regest-Nummer und der Bandzahl, nicht aber mit Blattzahlen nachgewiesen. Das trifft auch für den Monarchen im Conseil/Kronrat zu, ebenso bei den weiteren Teilnehmern, die nur gesondert mit Blattzahlen an Stellen nachgewiesen sind, wo sie referieren oder mit anderen Äußerungen hervortreten. Damit sollte vermieden werden, daß sich das Personenregister besonders bei den Ministern zu einem ausufernden Sprecherregister auswächst.

Das Ortsregister

Es wurde ein **reines Ortsregister** angefertigt. Andere geographische Begriffe (wie z.B. Provinzen und Staaten), überwiegend mit Verwaltungseinheiten oder anderen Sachbezügen verbunden, sind in das Sachregister eingegangen. Gebäude, Straßen, Plätze oder sonstige Lokalitäten, die als Ereignisstätten in Protokollen genannt werden, sind dem jeweiligen Ort zugeordnet. Das Ortsregister folgt den zeitgenössischen Bezeichnungen und Zuordnungen.

Einleitung

Vorliegender Band 10 der 1. Reihe der ACTA BORUSSICA, Neue Folge, erschließt in Regestenform die Protokolle der Sitzungen des preußischen Staatsministeriums vom 14. Juli 1909 bis zum 11. November 1918, also von der ersten Beratung unter Vorsitz des neu ernannten Präsidenten des Staatsministeriums und preußischen Außenministers, des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg, bis zur letzten Sitzung im Königreich Preußen, geleitet vom Vizepräsidenten Robert Friedberg. Damit wird ein Zeitraum erfaßt, der sowohl Jahre voller Machtentfaltung des größten Bundesstaates des deutschen Kaiserreichs als auch dessen Zusammenbruch und das Ende der preußischen Monarchie mit dem verlorenen Weltkrieg und der Revolution beinhaltet. Das Wirken des königlichen Staatsministeriums in dieser bewegten Periode spiegelt sich ganz wesentlich in den 269 Sitzungsprotokollen¹, von denen 113 auf die Zeit bis August 1914 und weitere 156 auf die mehr als vier Jahre des Ersten Weltkrieges entfallen, wobei rund 1200 Blatt der Friedensära etwa 1400 Blatt vom August 1914 bis zum Waffenstillstand gegenüberstehen.

Nachstehend sollen einige Anmerkungen zum Staatsministerium und seinem Wirken von 1909 bis 1918, vor allem im Hinblick auf die Sitzungsprotokolle, gemacht werden. Dies versteht sich auch als eine Vorarbeit für den im Rahmen der ACTA BORUSSICA, Neue Folge, geplanten sachthematichen Band 1 mit Dokumenten und einer ausführlichen Einleitung zur Entwicklung des Staatsministeriums in den rd. 120 Jahren seines Wirkens. Diese Dokumentation soll eine Basis für die seit langem als Desiderat der Forschung bezeichnete Gesamtdarstellung einer Geschichte des Staatsministeriums bilden.

1. Schwerpunkte der Beratungstätigkeit des preußischen Staatsministeriums

Das Staatsministerium war nicht „nur“ das zentrale oberste Kollegialorgan des preußischen Staates, sondern auch ein wesentlicher Faktor in der Leitung des Deutschen Reichs. Durch die Personalunion zwischen preußischem Ministerpräsidenten und Reichskanzler, die Ernennung verschiedener Reichsstaatssekretäre zu preußischen Ministern sowie die spezifische Stellung des

¹ Die Protokolle sind zu finden im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (Dahlem), unter den Signaturen I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 158–167 bzw. die separat abgelegten sog. Kronratsprotokolle unter Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bd. VI. Diese Signaturen werden nur abgekürzt mit Band- und Blattzahl zitiert. Zur Überlieferung vgl. die vorliegende Einleitung Pkt. 3.

Kabinetts zum Monarchen im Rahmen der konstitutionellen Monarchien von Kaiser- und Königreich waren im Staatsministerium weitreichende Machtbefugnisse konzentriert. Dies realisierte sich in der Weise, daß vor allem die Gesetzentwürfe und Anordnungen von allgemeinem Interesse sowie allgemeine bzw. für alle Ressorts einheitlich zu regelnde Verwaltungsangelegenheiten beraten, Meinungsverschiedenheiten zwischen Ministern geklärt, Personalsachen wie Anstellungen höherer Beamter und politisch bedeutsame oder strittige Ordensverleihungen zur Sprache gebracht, aber auch Disziplinar- und Pensionsachen entschieden wurden, sofern nicht der Monarch selbst eingriff. Aus diesem, hier nur summarisch gekennzeichneten Tätigkeitsspektrum ergibt sich der außerordentliche Stellenwert der Sitzungsprotokolle als Spiegel des staatlich-politischen Lebens.

In dem hier vorzustellenden Material wird eine große Zahl von unterschiedlichen Fragen und Problemen behandelt. Es ergeben sich dabei einige **thematische Schwerpunkte**, wobei die Mehrzahl von dem Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich dominiert wird. An *erster Stelle* sind hier die beiden Versuche zur Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts, einer langjährigen Forderung aller liberalen und linken Kräfte, zu nennen. Zahlreiche Sitzungen des Staatsministeriums von Ende 1909 bis Mitte 1910 sowie vom Frühjahr 1917 bis in die letzten Wochen des Weltkrieges 1918 hinein wurden von den angespannten Diskussionen um diese Kardinalfrage der preußischen Politik bestimmt und ermöglichen in ihrer Ausführlichkeit nicht nur Einblicke in strategische Konzeptionen und taktische Schritte der Regierung insgesamt, sondern auch in die Haltung einzelner Minister. Dabei trug der Reformversuch 1910 von Anfang an Züge der Unausgewogenheit in sich, aber auch der nur beschränkten Reformbereitschaft sowie -fähigkeit der politischen Führung und der hinter ihr stehenden gesellschaftlichen Kräfte. Dies fand u.a. seinen Ausdruck darin, daß die Gesetzesvorlage, kaum daß sie dem Landtag zugeleitet worden war (4. Februar), schon unter dem Aspekt ihres Scheiterns diskutiert wurde (26. Februar). Als im Weltkrieg die Reformideen wieder aufgegriffen wurden, um das Konfliktpotential, das die mit dem „Burgfrieden“ angestrebte innere Einheit gefährdete, zu entschärfen und unter den außerordentlichen Verhältnissen des Krieges die Möglichkeit zu nutzen, den Widerstand der konservativsten Kräfte zu überwinden, war die historische Chance für diesen Teil einer gemäßigten Modernisierung des politischen Systems, sollte sie jemals bestanden haben, schon vertan. Die Reformbemühungen wirkten nur noch krisenverstärkend.

Als *zweiter Schwerpunkt* sind die Diskussionen um die Weiterentwicklung des Steuersystems anzuführen. Sie begannen bereits vor dem Weltkrieg angesichts der Schwierigkeiten, die bedeutenden deutschen Aufrüstungen zu finanzieren, entsprangen aber auch grundsätzlichen Bestrebungen, neue Deckungsmöglichkeiten für die insgesamt stark wachsenden Staatsausgaben zu finden. Unter dem

Zwang einer gigantischen, bis dahin nicht gekannten Staatsverschuldung während des Krieges wurden die Bemühungen um die Erschließung neuer Finanzquellen intensiviert. Die Staatsministerialsitzungsprotokolle geben Hinweise darauf, daß die Basis der Finanzverfassung des Wilhelminischen Deutschlands mit dem System der Zuweisung der direkten und indirekten Steuern, Abgaben und Zölle sowie den Matrikularbeiträgen in Frage gestellt und eine umfassende Steuerreform nach Kriegsende ins Auge gefaßt wurde.

Den *dritten Schwerpunkt* bilden Auseinandersetzungen um die Ansiedlungspolitik in den östlichen Provinzen und die damit verbundenen Fragen der Politik gegenüber vor allem der polnischen Minderheit. Während des Krieges gewann die sog. Polenpolitik durch die Möglichkeit der Schaffung eines polnischen Staates als Satelliten der Mittelmächte und als Puffer zu Rußland eine neue, bedeutend erweiterte europäische Dimension.

Einen *vierten*, in der Kriegszeit vorherrschenden *Schwerpunkt* stellen die Debatten zum Auf- und Ausbau der Kriegsernährungswirtschaft dar. Detailliert lassen sich einzelne Seiten der Entwicklung des Zwangswirtschaftssystems vor allem im Nahrungsmittelsektor verfolgen und Einblicke in die Motive der Akteure gewinnen. Hierzu haben die Sitzungsprotokolle, im Unterschied zu den vorstehend umrissenen drei Schwerpunkten, in der Literatur bisher keine umfassende Auswertung gefunden, und der Forschungsstand ist insgesamt noch unbefriedigend.²

Zum *fünften Schwerpunkt* schließlich gruppieren sich zahlreiche Tagesordnungspunkte zur Beamten- und Personalpolitik. Neben Disziplinar- und Pensionssachen wurden die Besetzung höherer Stellen im Staatsapparat und einzelne Aspekte der Lage der Beamtenschaft beraten. Besondere Beachtung fanden Besoldungsfragen. Als sehr diffizil erwies sich dabei die Abstimmung zwischen den Regelungen für das Reich und für Preußen wegen der zu Recht befürchteten Domino-Effekte im Gefolge einzelner Korrekturen. Das enge Verhältnis der Träger der Bürokratie zum Staat sowie die Probleme und Gefahren, die durch unzufriedene Beamte und aufbegehrende Staatsarbeiter entstehen konnten³, erhöhten den Stellenwert aller diesbezüglichen

² Das vorliegende umfangreiche Schrifttum zur Kriegsernährungswirtschaft besteht vor allem aus Veröffentlichungen der Kriegszeit sowie in den 20er und 30er Jahren erschienenen Publikationen, die im wesentlichen entweder von ehemals verantwortlichen Politikern oder Funktionären bzw. von Doktoranden verfaßt wurden, denen – wenn überhaupt – nur begrenzt Akteneinsicht gewährt worden war oder die Geheimhaltungsverpflichtungen unterlagen. Die Einschätzung von *Jens Flemming* von 1978, daß „eine gründliche, nach den Akten gearbeitete Darstellung der Kriegsernährungswirtschaft“ noch ausstehe und „eine empfindliche Lücke in der Sozialgeschichte des Weltkrieges schließen“ würde (Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890–1925, Bonn 1978, S. 97, Anm. 111) wird jüngst noch von *Jürgen Rund* übernommen: Ernährungswirtschaft und Zwangsarbeit im Raum Hannover 1914 bis 1923, Hannover 1992, S. 5–18.

³ Als am 7.12.1915 „die Gleichstellung der Eisenbahnassistenten in Preußen mit denen im Reich in ihrem Gehalt im Wege des Gesetzes“ beraten wurde, erläuterte Breitenbach, daß eine Ablehnung der Forderungen bei den Beamten „eine große Erbitterung“ hervorrufen würde. Dies könnte auf das ihnen untergebene Personal ausstrahlen, was bei der „schwierigen Lage des Eisenbahnbetriebes [...] zu den verhängnisvollsten Folgen führen“ würde; in: Bd. 161, Bl. 164–164v.

Entscheidungen. Hinzu kam, daß die Einkünfte speziell der unteren Besoldungsgruppen zumeist recht bescheiden waren. Das macht das Bemühen von Staatsministerium und Reichsleitung verständlich, möglichst ausgewogene Kompromißlösungen zu schaffen. Doch immer wieder brachen neue Konflikte auf.

Alle diese Fragen waren Teil der Sitzungen des Staatsministeriums dominierenden **Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich**. Es ist festzustellen, daß sogar primär preußische Angelegenheiten mit unter dem Aspekt betrachtet wurden, welche Beziehungen zum Reich möglicherweise angesprochen wurden. Dabei mußte „die Existenz von zwei Zentralbehörden [...], von denen die eine ihre Kompetenz und ihren Einfluß zu erweitern, die andere jeden Eingriff in ihre Selbständigkeit abzuwehren versuchte, [...] notwendig Reibungen hervorrufen“⁴. Es war aber auf beiden Seiten das Bemühen erkennbar, an einmal gefundene Lösungen anzuknüpfen und diese auf den jeweils aktuellen Fall anzuwenden.

Für all jene Regelungen im Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich, bei denen keine mündliche Beratung im Staatsministerium vorgesehen war, kam es schon 1907 unter dem Ministerpräsidenten Bernhard Fürst v. Bülow zu der grundsätzlichen Festlegung, daß seitens des Reichskanzlers dafür Sorge zu tragen sei, von den Reichsämtern zu erlassende Anordnungen, die Rückwirkungen auf Preußen erwarten ließen, vorab mit den dortigen Ressorts abzustimmen.⁵ Nicht nur, daß dieser Beschluß unter Teilnahme von Bülow gefaßt wurde — in seiner Funktion als Reichskanzler wandte er sich in einem analogen Schreiben an die preußischen Behörden, ihrerseits auch auf die Belange des Reiches zu achten.⁶

Im Verwaltungsablauf kam neben dem intensiven Schriftverkehr der Behörden beider Seiten unter- und miteinander vor allem mündlichen Beratungen ihrer Referenten und leitenden Beamten eine wichtige Rolle zu. Das begründete Bethmann Hollweg Ende 1912 in einem der wenigen Schreiben, die als gemeinsames Dokument vom Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums verfaßt wurden, ausführlich:

„Aus dem organischen Zusammenhang zwischen der Leitung des Reichs und des führenden Bundesstaats Preußen hat sich die Praxis entwickelt, daß zwischen Vertretern der beiderseitigen Ressorts kommissarische Beratungen nicht nur bei der Vorbereitung von Gesetzen

⁴ Klein, Ernst, Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 9/10 (1961), S. 256.

⁵ Vgl. Bd. 153, Bl. 265 u. 268–268v; Sitzung am 1.12.1906.

⁶ Vgl. das Schreiben v. 1.5.1907, in: Rep. 151, HB Nr. 295, n.f., hier das Exemplar an den Finanzminister als Anlage zum Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums (i.V. Unterstaatssekretär Hengstenberg) an den Finanzminister v. 10.5.1907.

würfen, sondern auch über die das Reich und Preußen gleichmäßig berührenden Verwaltungsangelegenheiten stattfinden. In diesen kommissarischen Verhandlungen [...] haben die widerstreitenden Interessen ihren Ausgleich zu finden. Die Beratungen haben den Zweck, die preußischen Ressorts in ständiger Fühlung mit der Politik des Reichskanzlers zu halten und die Reichsressorts, denen es an einer eigenen Verwaltung fehlt, der Erfahrungen der preußischen Verwaltung teilhaftig werden zu lassen. Ich lege Wert darauf, daß derartige [...] Beratungen in allen Fällen gepflogen werden, in denen die Interessensphären des Reichs und Preußens einander berühren. [...] Nur wenn die kommissarischen Beratungen vom Geiste der Kollegialität und dem Bestreben getragen sind, die unbedingt erforderliche Einheitlichkeit in der Politik des Reichs und Preußens zu fördern, können sie zu den Zielen führen, um derentwillen sie eingerichtet sind und gepflegt werden sollen.“⁷

Derartige kommissarische Beratungen dienten, wie verschiedentlich im vorliegenden Band dokumentiert, entweder der Vorbereitung von Staatsministerialsitzungen oder wurden auf ihnen angeregt, wenn sich im Verlauf der Diskussion komplizierte bzw. ohne Hinzuziehung weiterer Experten und Materialien kaum lösbare Probleme auftaten. Detaillierte Anweisungen Bethmann Hollwegs in dem bereits zitierten Dokument, vor allem hinsichtlich des vorbereitenden Charakters solcher Verhandlungen und zum Verbot einer *itio in partes*, die eine wirkliche und allseitige Sachdiskussion verhinderte, weisen aber auf wesentliche Schwierigkeiten beim komplizierten Prozeß der Abstimmung zwischen Preußen und dem Reich hin. Eine wichtige Rolle kam dabei auch den jeweiligen Unterstaatssekretären in der Reichskanzlei, im Rahmen des vorliegenden Bandes also v.a. Arnold Wahnschaffe, der von 1909 bis Mitte 1917 an den meisten Staatsministerialberatungen teilnahm, zu. Er und seine Nachfolger saßen als Kommissare des Reichskanzlers in der Ministerrunde, um die persönliche und schnelle Information ihrer Chefs bei deren Nichtteilnahme sowie generell die direkte Verbindung zu den obersten Reichsbehörden zu befördern.

In den Beratungen des Staatsministeriums spielten ferner bei den meisten Themen mögliche Reaktionen von **Abgeordnetenhaus**, **Reichstag** oder **Bundesrat** eine gewichtige Rolle, wie zahlreiche Protokollpassagen zeigen. Dabei ging es den Ministern sowohl um die Sicherung von Mehrheiten

⁷ Rep. 84a (D), Nr. 2052, Bl. 87–87v, Schreiben an die Chefs der obersten Reichsbehörden v. 22.11.1912, hier die Abschrift für den Justizminister, der in einem gesonderten Schreiben gegenüber seiner eigenen Verwaltung ausdrücklich auf die Bedeutung einer derartigen Verfahrensweise hinwies. Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 4385, Bl. 216. Das Schreiben Bethmann Hollwegs v. 22.11.1912 basiert auf einer Denkschrift Delbrücks v. 18.11., die bereits *Hans Goldschmidt* mitteilt und ihr kaum eine Wirkung v.a. in Preußen zugesteht. Vgl.: *Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Von Bismarck bis 1918*, Berlin 1931, S. 338–344, Dok. Nr. 108, dazu S. 113 f. Zur Denkschrift auch *Werner Frauendienst*, *Das Preußische Staatsministerium 1808–1918. Organisation und Geschichte* (unveröff. Manuskript), S. 187 f., in: *BArch Koblenz*, NL W. Frauendienst, Nr. 3.

als auch um die Vermeidung unbequemer öffentlicher Fragen an die Staatsregierung bzw. die Reichsleitung. Deshalb wurde z.B. auf die Redaktion von Stellungnahmen zu parlamentarischen Anfragen oder die Formulierung von Anträgen an den Bundesrat viel Kraft und Zeit verwendet.

Bei all dem muß zugleich festgestellt werden, daß bedeutende Politikfelder in den Sitzungsprotokollen nicht oder nur am Rande erwähnt werden. Was die **Militärpolitik** betrifft, die in der Friedenszeit kaum Niederschlag in den Protokollen fand, so hängt das wesentlich mit der staatsrechtlichen Sonderstellung des Kriegsministers und der Existenz des Geheimen Militärkabinetts neben dem Staatsministerium zusammen, in starkem Maße aber auch damit, daß Wilhelm II. größten Wert auf die Ausübung des militärischen Oberbefehls legte, möglichst die Entscheidungen an sich zu ziehen suchte und dem Staatsministerium jegliche Zuständigkeit in militärischen Belangen absprach.⁸ Bei der **Außenpolitik** ergab sich eine ähnliche Konstellation dadurch, daß diese gemäß Reichsverfassung beim Reichskanzler angesiedelt war, ein tatsächlich eigenständiges preußisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten nicht mehr existierte, vielmehr in das Auswärtige Amt des Reichs übergegangen war und von einer autonomen preußischen Außenpolitik, die über die Beziehungen zu den anderen deutschen Bundesstaaten hinausging, nicht die Rede sein konnte. Gleichzeitig verstand Wilhelm II. die "Große Politik" als sein ureigenstes Gebiet und war in der Regel nicht bereit, aufgeworfene Fragen mit der Gesamtheit seiner Minister und Reichsstaatssekretäre regelmäßig zu diskutieren; außerdem bevorzugte der Monarch verschiedene nicht beamtete Berater, deren Teilnahme an derartigen Tagungen gegenüber den ranghöchsten Beamten und der politischen Öffentlichkeit nur schwer zu rechtfertigen gewesen wäre.

Zwar kamen dann im Weltkrieg in stärkerem Maße militärische und außenpolitische Fragen zur Sprache, in der Mehrzahl der Fälle erfolgte das jedoch nur im Rahmen von Berichten des Ministerpräsidenten zur Lage und damit im Nachhinein. Dabei ist es für die Stellung des Kriegsministers sowie den schwindenden Einfluß des Staatsministeriums insgesamt in der Endphase des Krieges bezeichnend, daß z.B. der damalige Amtsinhaber Hermann v. Stein am 3. und 16. September 1918 jeweils erklären mußte, keine Kenntnisse über die aktuelle Frontlage zu besitzen.⁹ Um so mehr ist hervorzuheben, daß mit dem Kriegseintritt Italiens und Rumäniens sowie dem Übergang zum verschärften U-Boot-Krieg existentielle Probleme erörtert wurden, von deren Dramatik die

⁸ Vgl. *Schmidt-Bückeberg, Rudolf*, Das Militärkabinet der preußischen Könige und deutschen Kaiser. Seine geschichtliche Entwicklung und staatsrechtliche Stellung 1787–1918, Berlin 1933, z.B. S. 209 u. 214; *Meisner, Heinrich Otto*, Der Kriegsminister 1814–1914. Ein Beitrag zur militärischen Verfassungsgeschichte, Berlin 1940, S. 80–92; auch zu den zivilen Nebenregierungen *ders.*, Zur neueren Geschichte des preußischen Kabinetts, T. 2, in: *FBPG*, Bd. 36 (1924), S. 180–209; *Hartung Fritz*, Verantwortliche Regierung, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen 1848–1918, in: *ebd.*, Bd. 44 (1932), S. 1–45 u. 302–373.

⁹ Vgl. Bd. 167, Bl. 292 bzw. 302.

archivalische Überlieferung wenigstens einen gewissen Widerschein vermittelt. Für den Stellenwert dieser Beratungen ist zu berücksichtigen, daß sie für Bethmann Hollweg auch die Funktion haben sollten, der eigenen politischen Konzeption, die teilweise im Gegensatz zu der der Militärs in der Obersten Heeresleitung stand, zusätzlichen Rückhalt zu schaffen. Schließlich wurde über die Zukunft Polens mehrfach und grundsätzlich konferiert, was sich vor allem aus dem engen Zusammenhang der Kriegszielvorstellungen mit der die preußisch-deutsche Innenpolitik stark beeinflussenden Polenpolitik ergeben haben dürfte.

2. Das Staatsministerium in seinem Verhältnis zur Reichsleitung und zum Monarchen

Mitglieder des Staatsministeriums waren neben dem Ministerpräsidenten die preußischen Ressortminister sowie ausgewählte, zum Staatsminister ernannte Reichsstaatssekretäre ohne preußisches Portefeuille. Als der Verwaltungsbeamte Theobald von Bethmann Hollweg Mitte 1909 die Regierungsgeschäfte übernahm, nachdem sein mehr als Diplomat und Staatsmann geltender Vorgänger Bernhard Fürst von Bülow am Ende einer tiefen innen- und außenpolitischen Krise von Wilhelm II. entlassen worden war, stützte er sich auf ein Kabinett, in dem nur das Handelsministerium mit Reinhold von Sydow, das Kultusministerium mit August von Trott zu Solz und schließlich das Kriegsministerium mit Josias von Heeringen neu besetzt worden waren. Der ehemalige Handelsminister Clemens Delbrück blieb zwar aktiver Staatsminister, übernahm aber das Reichsamt des Innern. Die anderen Mitglieder des Kollegiums, mit denen Bethmann Hollweg schon während seiner eigenen Amtszeit seit 1905 als Innenminister bzw. Staatssekretär des Reichsamts des Innern zusammengearbeitet hatte, waren noch unter Bülow ernannt worden. Es ist nun bezeichnend, daß eben gerade Innenminister Friedrich von Moltke (seit 1907), Finanzminister Georg Frh. von Rheinbaben (seit 1901) und Landwirtschaftsminister Karl von Arnim (Criewen) (seit 1906) mit dem wichtigsten innenpolitischen Reformprojekt, der preußischen Wahlrechtsreform, in derart tiefe Gegensätze zum Reformkurs gerieten, daß sie nach dem kläglichen Scheitern des Gesetzentwurfs die Regierung verließen. Eine Ausnahme bildete der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Alfred von Tirpitz (seit 1898), der sich aber — ausweislich der Protokolle — in den Staatsministerialberatungen aus Erörterungen innenpolitischer Fragen weitgehend heraushielt. August Lentze als neuer Finanzminister und Clemens Frh. v. Schorlemer (Lieser) als Landwirtschaftsminister schieden mit Bethmann Hollweg Mitte 1917 aus dem Amt, während Sydow und Breitenbach (seit 1906) erst in der Novemberrevolution 1918 von ihrem Posten entfernt wurden.

Die personellen Veränderungen im Staatsministerium während des Weltkrieges waren mit ein Ausdruck der sich krisenhaft zuspitzenden Gesamtlage Deutschlands und konnten letztlich den Zusammenbruch Ende 1918 nicht aufhalten. Es sei an dieser Stelle vor allem auf die bereits vor August 1914 zum Tragen kommende und sich während des Krieges verstärkende Tendenz einer vermehrten Berufung von Reichsstaatssekretären zu preußischen Ministern für das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich verwiesen. Generell erfolge eine **Teilnahme von Reichsstaatssekretären** gemäß einem, die bisherige Verfahrensweise präzisierenden und erweiternden Staatsministerialbeschuß¹⁰ vom 11. November 1896 immer dann, wenn Vorlagen aus ihren Behörden beraten wurden oder wenn seitens der Reichskanzlei eine Einladung ausgesprochen worden war. Diese Praxis erschien aber im Ersten Weltkrieg als zu restriktiv. Deshalb bat der noch nicht zum Minister ernannte Staatssekretär im Reichsschatzamt Karl Helfferich unter Verweis auf die Bedeutung der Finanzen in der Kriegswirtschaft in einem Schreiben an den Vizepräsidenten darum, doch alle Finanzfragen berührenden Voten zur Kenntnis zu bekommen und zu allen betreffenden Staatsministerialsitzungen eingeladen zu werden; ein Ansinnen, dem entsprochen wurde.¹¹

Solch eine Verfahrensweise bedeutete aber im Selbstverständnis des Staatsministeriums nicht völlige Öffnung gegenüber den Reichsbehörden. Bei aller Zusammenarbeit war man durchaus auf Eigenständigkeit bedacht. Als z.B. am 1. Juli 1913 eine Stellungnahme Bethmann Hollwegs zu Fragen des Militärstrafgesetzbuches beraten wurde, vermerkte die Geheime Kanzlei: „Die Mitteilung an das R[eichs]J[ustiz]A[mt] wäre nicht [...] angebracht, da es sich hier um eine interne Angelegenheit des St[aa]tsM[inisteriums] handelt.“¹² Ebenso notierte der Unterstaatssekretär im Staatsministerium Adolf Heinrichs zur Beratung einer Abänderung des Gewerkschaftsrechts am 4. Dezember 1915, daß eine „Zuziehung“ wiederum des Reichsjustizamts „nicht in Frage“ komme.¹³ Ob diese Entscheidung fiel, weil bereits im Vorfeld der Sitzung klar sein mußte, daß zwischen den Ministern bzw. Reichsstaatssekretären große Differenzen bestanden und eine sehr kontroverse Diskussion entstehen würde, ist aufgrund der Aktenlage nicht zu entscheiden.

Über Gepflogenheiten bei den Staatsministerialsitzungen berichtete Adolf Wermuth, der von 1909 bis 1912 dem Schatzamt vorstand, in seinen Memoiren: „War ein Staatssekretär an einer bestimmten Beratung beteiligt, so ward er zum Staatsministerium freundlich zugezogen. Er mußte dann, mir ist das häufig widerfahren, so lange im Vorzimmer warten, bis seine Sache herankam.

¹⁰ Vgl. Bd. 126, Bl. 132v.

¹¹ Vgl. die Abschrift in: Rep. 87, ZB Nr. 129, Bl. 159, Schreiben v. 8.2.1915, sowie die Zustimmung durch Clemens Delbrück, ebd., Bl. 159v, hier die Information an den Landwirtschaftsminister.

¹² Bd. 162, Bl. 124.

¹³ Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 14, Bl. 151.

Das schien mir weder würdig noch zureichend für die Lebensinteressen des Reiches, die ich doch mitvertreten sollte.“¹⁴ Diese Praxis wurde in späteren Jahren dadurch etwas abgeschwächt, daß „aus der Sitzung telefonisch mitgeteilt“ wurde, „wann voraussichtlich die Beratung“ des entsprechenden Tagesordnungspunktes beginnen sollte¹⁵. Natürlich vermittelte auch noch solch ein Procedere den Reichsbeamten das Gefühl einer gewissen Minderwertigkeit und stand in enger Beziehung zur höheren Bewertung der gesellschaftlichen Stellung eines preußischen Ministers gegenüber der eines Reichsstaatssekretärs.

In den hier zur Rede stehenden Jahren 1909 bis 1918 erfolgten mehrfach **Ernennungen von Reichsstaatssekretären zu preußischen Ministern**. Es ist auffallend, daß Bethmann Hollweg erst vier Jahre nach Beginn seiner Präsidentschaft zwei Kandidaten in einer Staatsministerialsitzung präsentierte. Am 1. Juli 1914 schlug er vom Auswärtigen Amt Gottlieb von Jagow sowie vom Reichsschatzamt Hermann Kühn vor. Während der Ministerpräsident im Falle Jagows nur bemerkte, daß der Diplomat ja schon bei dessen eineinhalb Jahre zurückliegender Amtsübernahme ins Auge gefaßt worden war und Wilhelm II. sich jetzt dazu bereiterklärt habe, die Ernennung zu vollziehen, führte er im Falle Kühns Motive und Problemlage näher aus. Dabei bleibt dahingestellt, inwieweit das Protokoll, das für diese Sitzung auffallend kurz erscheint, die Ausführungen voll referiert und ob tatsächlich keine Erklärungen aus dem Kollegium heraus abgegeben wurden. Während Kühn in seinem im Protokoll nicht erwähnten Antrag¹⁶ an den Reichskanzler soweit ging, nicht nur die eigene Lage als unhaltbar zu beschreiben, falls er sich nicht gegenüber preußischen Ministern durchsetzen könne, sondern auch die Existenz des Deutschen Reichs als bedroht ansah, sollte nicht das Schatzamt in der Stellung seines Chefs gestärkt werden gegen zunehmende partikularistische Strömungen, machte sich Bethmann Hollweg diese Argumente nur begrenzt zu eigen. Er betonte vielmehr die Notwendigkeit behördlicher Kooperation. Es habe sich bei den unlängst bewältigten schwierigen Verhandlungen¹⁷ „gezeigt, in wie engen Beziehungen das Reichsschatzamt zur preußischen Finanzverwaltung stehen müsse“¹⁸. Angesichts zukünftiger Steuerprojekte „sei der geeignete Augenblick gekommen, um Kühn die Stellung eines Staatsministers einzuräumen. Das Zusammenarbeiten zwischen der Reichsschatzverwaltung und der preußischen Finanzverwaltung werde dadurch gefördert, Meinungsverschiedenheiten würden

¹⁴ Ein Beamtenleben, Berlin 1922, S. 289.

¹⁵ So der Aktenvermerk auf der Tagesordnung betreffend die Einladung des Staatssekretärs im Reichsjustizamt Hermann Lisco zur Sitzung am 28.1.1914, in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 14, Bl. 1. Ähnliche Festlegungen wurden z.B. zur Sitzung am 14.10.1916 und am 16.5.1918 getroffen: vgl. ebd., Bl. 203a bzw. ebd., Bd. 15, Bl. 117.

¹⁶ In Auszügen gedruckt bei *Goldschmidt*, Das Reich und Preußen, S. 347 f., Dok. Nr. 111.

¹⁷ Über den Wehrbeitrag. Vgl. Sitzung am 9.3.1913.

¹⁸ Bd. 163, Bl. 121v; Sitzung am 1.7.1914.

leichter ausgeglichen werden.“ Wenn Bethmann Hollweg weiter betonte, „daß er es nicht für wünschenswert halte, bestimmte Staatssekretäre mit der Stellung eines preußischen Staatsministers zu verbinden und dadurch dem preußischen Staatsministerium eine neue Färbung zu geben; eine Verbindung beider Ämter [...] vielmehr immer nur ad personam erfolgen“ dürfe, dann entsprang das wohl weniger staatstheoretischen Grundsatzüberlegungen als vor allem dem Kalkül, nötigenfalls unliebsame Kandidaten immer noch ausschalten zu können und in Personalfragen nicht Sachzwängen unterliegen zu müssen. Bezeichnend bleibt, daß die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 18. Juli 1914 angesichts der anhaltenden Diskussion in der Presse über die sogenannte Staatssekretarisierung Preußens auf das enge Zusammenwirken der politischen Leitungen von Reich und Preußen verwies: „Es wird [...] die unausgesprochene Meinung unterstellt“, beide „seien wie zwei unversöhnliche Gegner, zwischen denen es nur den Sieg des einen über den anderen, aber keine Verständigung, keine gemeinsame Linie gebe [...]. Für uns gibt es im Preußischen Staatsministerium weder rein preußische noch reine Reichsstimmen, sondern nur Männer, die das Gesamtinteresse Preußen-Deutschlands, d.h. das Lebensinteresse Preußens als Präsidialmacht im Reich und des auf der Vormachtstellung Preußens ruhenden Reichs gleicherweise im Auge zu haben berufen sind.“¹⁹

Die Probleme der Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Staatsministerium verstärkten sich mit Beginn des Weltkrieges, weil neben den trotz aller Kriegsvorbereitungen weit verbreiteten Organisationsschwächen und Improvisationen im zivilen Bereich nicht zuletzt personelle Schwierigkeiten wegen Einberufungen, aber auch wegen zahlreicher spontaner Meldungen von Beamten als Kriegsfreiwillige, auftraten. Den dringenden Forderungen des Tages konnte nicht mehr, wie zu Friedenszeiten üblich, mittels langen Schriftverkehrs oder zahlreicher kommissarischer Beratungen entsprochen werden; jetzt wurden schnelle Lösungen und definitive Entscheidungen gebraucht. Als besonders hinderlich erwies sich, daß in der ersten Zeit Bethmann Hollweg zumeist mit dem Monarchen im Großen Hauptquartier weilte. Auch der dienstälteste Minister, der dann im Staatsministerium den Vorsitz zu führen gehabt hätte, Tirpitz, war (bis Sommer 1915) bei den militärischen Kommandobehörden. Es wäre so an Justizminister Beseler gewesen zu präsidieren, während der stellvertretende Reichskanzler und Staatssekretär im Reichsamt des Innern Delbrück „nur“ als Minister ohne Portefeuille an den Beratungen teilgenommen hätte. Unter dem Druck der Verhältnisse entschloß sich Bethmann Hollweg, den seit seinem Amtsantritt verwaisten Posten des Vizepräsidenten Delbrück anzutragen, „um eine

¹⁹ Zit. nach *Goldschmidt*, Das Reich und Preußen, S. 116 f., Anm.

einheitliche Leitung der Staatsgeschäfte²⁰ zu gewährleisten. Dem entgegenstehende personalpolitische Überlegungen, v.a. die durch einen solchen Schritt provozierte Zurücksetzung und Kränkung Beselers, konnten jetzt leichter ignoriert werden.

Auch danach wurden Reichsstaatssekretäre in das Staatsministerium aufgenommen. Karl Helfferich, seit dem 1. Februar 1915 dem Reichsschatzamt vorstehend, wurde bereits einen Monat später ernannt — zu einem Zeitpunkt, als der Traum vom kurzen Waffengang vorbei war und die Erkenntnis sich verfestigte, daß die ökonomischen Potenzen des Landes ebenso entscheidend für den Sieg sein würden wie die militärische Stärke. Bethmann Hollweg begründete die Ernennung mit den in der „Kriegszeit im Vordergrund stehenden Verhandlungen allgemeiner wirtschaftlicher Natur insbesondere über die wichtigen Fragen der Volksernährung“. An diesen sei „die Reichsverwaltung so sehr beteiligt, daß ihr Staatssekretär „stets“ hinzugezogen werde, weshalb es „erwünscht“ sei, daß er Minister wäre.²¹ Siegfried Gf. v. Roedern, der Nachfolger Helfferichs, habe, so wird in der Literatur berichtet, seine Ernennung direkt zur Bedingung für die Übernahme des Reichsschatzamts gemacht.²² In seinen ungedruckten Memoiren finden sich dazu zwar keine Aussagen, wohl aber eine längere Passage, die die Notwendigkeit einer Mitgliedschaft im Staatsministerium mit Sachzwängen begründet.²³

Bis Mitte 1917 spitzte sich die wirtschaftliche Lage derart zu, daß neue staatlich-organisatorische Leitungsstrukturen in der ausufernden Kriegswirtschaft geschaffen werden mußten. Dazu gehörten vor allem die Ausgliederung der „wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Aufgaben“ aus dem wegen seiner Größe kaum noch regierbaren Reichsamt des Innern und ihre Zusammenfassung in einem Reichswirtschaftsamt. Außerdem schien ein Umbau des Kriegsernährungsamtes und dessen Vereinigung „mit dem Amte des preußischen Ernährungskommissars“²⁴ notwendig, was den Amtsinhaber nach den Vorstellungen des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Georg Michaelis zu einem „Ernährungsminister für die Dauer des Krieges“ machte²⁵.

Die Berufung des neuen Staatssekretärs im Kriegsernährungsamt Wilhelm von Waldow (Reitzenstein) zum Staatsminister ohne Portefeuille am 6. August 1918 war also den Kriegserfordernissen geschuldet. Im Falle von Max Wallraf hingegen, der bereits am 21. Oktober 1917 zum Staatssekretär im Reichsamt des Innern aufgerückt war, wiederholte die Ernennung zum Staatsminister am 7. Januar 1918 die seit 1880 und auch bei seinen Vorgängern Delbrück und Helfferich geübte

²⁰ Bd. 163, Bl. 131v; Sitzung am 15.8.1914. Zur Stellung des Vizepräsidenten vgl. auch *Frauendienst*, Das Preußische Staatsministerium 1808–1918, S. 175 f. u. 196 f., in: *BArch Koblenz*, NL W. Frauendienst, Nr. 3.

²¹ Bd. 164, Bl. 102; Sitzung am 27.2.1915.

²² Vgl. *Goldschmidt*, Das Reich und Preußen, S. 117.

²³ Vgl. *BArch Koblenz*, Kleine Erwerbungen, Nr. 317 Bd. 2, Bl. 222–223.

²⁴ Bd. 166, Bl. 188; Sitzung am 28.7.1917.

²⁵ Ebd., Bl. 190. Vgl. zur Vorgeschichte *Goldschmidt*, Das Reich und Preußen, S. 118 f.

Praxis. Ministerpräsident Hertling kündigte schon auf der Sitzung am 8. Dezember 1917 an, das Staatsministerium demnächst um Zustimmung hierzu zu ersuchen. Die „Verbindung des Reichsamts des Innern mit dem preußischen Staatsministerium habe stets bestanden und erscheine [...] als eine politische Notwendigkeit“. Wallraf habe es als „schwer“ empfunden, „daß diese Beziehungen noch nicht hergestellt seien“²⁶. — Das Protokoll vermerkte zu dieser Mitteilung, auf die zurückzukommen Hertling ausdrücklich ankündigte, keine Reaktionen aus dem Kollegium. Aber schon am 21. Dezember bekannte er, „keineswegs die Bedenken, die im Staatsministerium gegen diese Maßnahme wegen der gegenwärtigen politischen Lage bestanden“, zu verkennen, äußerte aber „vom Standpunkte der Reichsleitung aus“ den „dringenden Wunsch“, die Ernennung zu vollziehen und betonte nochmals: „Wegen des engen Zusammenhanges der Geschäfte des Reichsamts des Innern mit denjenigen des Staatsministeriums sei das Reichsamt des Innern stets im Staatsministerium vertreten gewesen“, und Wallraf „lege auch seinerseits den größten Wert darauf“.²⁷

Von Handelsminister Sydow in diesem Zusammenhang vorgebrachte „grundsätzliche Erwägungen“ verwiesen darauf, daß mit der Aufgliederung des Reichsamts des Innern nur noch ein kleiner Teil der Aufgaben unter der alten Firma verblieben war, „der größere Teil“ hingegen zum Reichswirtschaftsamt geworden sei, weshalb eigentlich dessen Chef die „als notwendig anerkannte Vertretung“ im Staatsministerium übernehmen müßte bzw. wenigstens „gleichzeitig auch der Staatssekretär [...] [Hans Karl Frh.] v. Stein unbeschadet des zu wählenden Zeitpunkts der Ernennung Seiner Majestät zum Staatsminister in Vorschlag gebracht“ werden sollte. Wenn man sich schließlich darauf einigte, dies nicht zu machen, obwohl „sachliche Gründe [...] dafür“ sprachen, dann war das taktischen Überlegungen geschuldet. Es sei „gerade erst wieder im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Wahlrechtsdebatte von konservativer und freikonservativer Seite ausdrücklich vor dem Eindringen der Staatssekretäre des Reichs in das preußische Staatsministerium gewarnt“ worden, weshalb eine Doppelberufung „geradezu provozierend“ gewirkt hätte und man den Fall v. Stein für mehrere Monate verschieben wollte²⁸. Anlässlich der Bildung des Preußischen Staatskommissariats für Wohnungswesen schließlich wurde am 24. April 1918 im Staatsministerium ausdrücklich darauf gedrungen, den designierten Inhaber dieses Amtes nicht auch noch zum Staatsminister zu machen, um einer Entwertung dieser Position vorzubeugen.²⁹

²⁶ Bd. 166, Bl. 366.

²⁷ Ebd., Bl. 375.

²⁸ Ebd., Bl. 375–376v.

²⁹ Vgl. Bd. 167, Bl. 162.

Im Falle des seit August 1917 als Chef des Auswärtigen Amtes wirkenden Richard v. Kühlmann³⁰ wurde auf der gleichen Sitzung am 21. Dezember 1917 festgestellt, daß nicht daran gedacht sei, ihn zum Staatsminister zu berufen.³¹ Wie bereits erwähnt, gab es unter seinen Vorgängern sowohl solche, denen diese Ehrung zuteil wurde — zuletzt G. v. Jagow — als auch andere, denen diese Würde nicht zufiel. Die Entscheidung gegen Kühlmann war wohl ein Beispiel für das von Bethmann Hollweg formulierte Prinzip der Auswahl nur nach der Person und nicht nach dem Amte.

Die Frage der **Verbindung des Amtes des preußischen Ministerpräsidenten mit dem des Reichskanzlers** kam mehrfach zur Sprache. Dies waren aber schon Krisenzeichen, denn aus den Jahren unter Bethmann Hollweg liegt nichts darüber vor. Erst zu Zeiten von Hertling und Max Prinz von Baden finden sich einschlägige Ausführungen. So erklärte Hertling am 4. November 1917 auf der ersten Sitzung des Staatsministeriums, an der er teilnahm, daß er gekommen sei „in der Voraussetzung, daß sich eine Trennung der beiden Ämter durchführen lasse“, und die Absicht gehabt habe, „nur das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Bei näherer Prüfung habe sich aber herausgestellt, daß eine solche Trennung [...] nicht möglich sei [...]. Er sei auch selbst der Ansicht, daß auf den Posten des Ministerpräsidenten an sich ein Preuße gehöre, und daß er dieser neuen Aufgabe nur gewachsen sein könne, wenn er die volle Unterstützung des Staatsministeriums genieße.“³²

Hierauf kam das Staatsministerium in der Sitzung am 2. Oktober 1918 im Zusammenhang mit der bevorstehenden Ernennung von Max von Baden allein zum Reichskanzler nochmals zu sprechen. Roedern meldete zwar grundsätzliche Bedenken hinsichtlich einer Ämtertrennung an, erklärte aber, daß die Kanzlerschaft des Prinzen „wohl nur als eine vorübergehende gedacht“ sei. Zugleich machte Roedern „Zweifel“ geltend, ob diese Separierung „richtig sein würde, denn das Staatsministerium sei doch die feste Grundlage der Regierung, ohne welche die Stellung des Reichskanzlers zweifellos eine wesentlich schwächere sei. [...] jetzt müsse preußische Politik Reichspolitik sein und umgekehrt. Deshalb erscheine ihm eine Trennung nicht möglich.“³³

Der militärische Zusammenbruch September/Oktober 1918 und die sich rapide verschärfenden innenpolitischen Spannungen hatten großen Einfluß auf die Machtverhältnisse und die Stellung des Staatsministeriums. Während der Kanzlerschaft Max von Badens wurde es rasch zu einem „Schattenkabinett“, an dem wichtige politischen Entscheidungen vorbeigingen. Schon der

³⁰ Vgl. die Sitzung am 28.7.1917, TOP 1; *Kühlmann, Richard v.*, Erinnerungen, Heidelberg 1948, S. 469–475.

³¹ Vgl. Bd. 166, Bl. 376v.

³² Ebd., Bl. 323–323v. Vgl. ferner *Frauendienst*, Das Preußische Staatsministerium 1808–1918, S. 233–235, in: *BArch Koblenz*, NL W. Frauendienst, Nr. 3.

³³ Bd. 167, Bl. 331v–332.

Umstand, daß erstmals die Personalunion mit dem Amt des Ministerpräsidenten nicht gegeben war, hatte daran einen gewichtigen Anteil. Zwar war Prinz Max dennoch preußischer Minister, indem er die Funktion des Außenministers bekleidete, und er hatte demzufolge ein Anrecht darauf, an allen Staatsministerialsitzungen teilzunehmen. Tatsächlich aber war dies niemals der Fall³⁴, und das Amt des Außenministers war faktisch nahezu inhaltslos. Um so auffallender wirkt die Tatsache, daß zum Versand der Einladungen zur Sitzung am 5. Oktober 1918 festgelegt wurde, daß die übliche Karte „allen [...] Staatsministern (jedoch nicht [...] dem neuen [...] Min[ister] d[er] a[uswärtigen] A[ngelegenheiten] zuzustellen“ sei.³⁵ — Es dürfte wohl verfehlt sein, hieraus weitreichende Schlußfolgerungen zu ziehen, denn schließlich wurde Max von Baden seitens des Staatsministeriums nur als Übergangskandidat angesehen und hatte selbst Zweifel, das Amt in jenen bewegten Wochen überhaupt ausüben zu können.

Der reale Einfluß des Staatsministeriums war zu diesem Zeitpunkt schon so weit gesunken, daß seine Sitzungsprotokolle ab Mitte Oktober 1918 von der permanenten Klage durchdrungen sind, von den Entscheidungen über Krieg und Frieden sowie über den Abschluß eines Waffenstillstandes weitgehend ausgeschlossen zu sein. Während am 18. Oktober Bill Drews bedauerte, „daß der Wortlaut“ einer Antwortnote an den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson dem Staatsministerium nicht vorgelegt worden sei und der Minister hierin „wieder eine Übergehung des Staatsministeriums“ befürchtete, trumpfte Breitenbach noch auf, daß dann der „Reichskanzler auch nicht [...] erklären könne“, daß das Dokument „mit Zustimmung des Staatsministeriums ergangen sei“³⁶. Auf der folgenden Sitzung am 21. Oktober beschwerte sich der gleiche Minister über die niederdrückende und erschütternde deutsche Antwort: „Das Staatsministerium sei [...] wieder zur Seite geschoben“ worden, „obwohl deutsche und preußische Geschichte [...] gemacht worden sei“³⁷. Die vier Tage später zusammen mit Hergt geäußerte dringende „Bitte“, „daß das Staatsministerium wenigstens zur Nuancierung der Antwort zugezogen werden möge“³⁸, wirkt nur noch hilflos, und die Forderung Breitenbachs vom 4. November, daß „in Zeiten, die für den Staat gefährvoll seien, [...] das Staatsministerium die Führung zu übernehmen“ habe, sich „vor den König stellen“ müsse und „nicht beiseite stehen oder Zurückhaltung üben“ dürfe³⁹, fand in den eigenen Reihen keinen protokollierten Widerhall mehr.

³⁴ Vgl. *Max von Baden*, Erinnerungen und Dokumente, Berlin, Leipzig 1927, S. 358.

³⁵ Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 15, Bl. 142.

³⁶ Bd. 167, Bl. 357 bzw. 360v.

³⁷ Ebd., Bl. 365v.

³⁸ Bd. 167, Bl. 384v; Sitzung am 25.10.1918.

³⁹ Bd. 167, Bl. 406v.

Die bereits erwähnte Personalunion von Reichskanzler und Ministerpräsident hob den Amtsinhaber im Ministerkollegium hervor und verlieh seiner Stimme v.a. in Reichsangelegenheiten besonderes Gewicht. Dennoch blieb der **Ministerpräsident**, der in den Beratungen den Vorsitz führte, **primus inter pares** und vermochte — rein staatsrechtlich gesehen — durch sein Votum die anderen nicht zu überstimmen.⁴⁰ „Nach der Natur der Sache mußte der Ministerpräsident das Recht in Anspruch nehmen, die ‘Richtlinien der Politik’ zu bestimmen; aber es gab keinen Verfassungssatz, der ihm diese Richtlinienkompetenz gesichert hätte.“⁴¹ Inwieweit nun Bethmann Hollweg bzw. seine Nachfolger die preußische Politik aufgrund dieser diffizilen rechtlichen Basis tatsächlich lenkten, fand, was hier nicht näher erläutert werden soll, in zeitgenössischen, speziell juristischen Publikationen sowie der verfassungsgeschichtlichen Literatur durchaus verschiedene Bewertungen. Diese differieren nicht zuletzt auch darin, welch Einfluß der jeweiligen Persönlichkeit auf den Gang der Geschichte zugemessen wird.

Aus den Sitzungsprotokollen als relativ stark formalisierten und den Verlauf der Debatte nur geglättet wiedergebenden Quellen wird der tatsächliche Einfluß eines Ministerpräsidenten kaum ersichtlich. Anhand zahlreicher Formulierungen wie jenen, daß auf einen von ihm gemachten Vorschlag „das Staatsministerium [...] keinen Widerspruch“ erhob⁴² bzw. daß, „da sich keiner der Herren Staatsminister noch zu Wort meldete“, er feststellen konnte, daß seine „Ansicht auch die des Staatsministeriums sei“⁴³, läßt sich nicht einfach schlußfolgern, daß der Ministerpräsident sich kraft Amtes durchzusetzen vermochte. Ebenso lassen sich Passagen nachweisen, in denen der Widerstand von Ressortministern bzw. das Beharren auf ihren Positionen festgeschrieben wurde. Zum Beispiel vermerkt das Protokoll bei der Diskussion um die Zulassung der Feuerbestattung, die in der Öffentlichkeit vehement mit religiösen sowie ethischen Argumenten geführt wurde, lakonisch, daß der Ministerpräsident zwei „Punkte seiner Vorschläge fallen“ ließ.⁴⁴ Bezeichnend für die Stellung des Ministerpräsidenten ist auch ein Fall, den Bethmann Hollweg am 6. Januar 1911 wohl zur eigenen Absicherung im Staatsministerium vortrug: Er habe, aus der Öffentlichkeit darauf angesprochen, in einer Verwaltungsfrage eine Genehmigung zu erteilen, die der

⁴⁰ Vgl. unter Betonung des Aspekts, daß eine rein juristisch-staatsrechtliche Betrachtungsweise der Realität des Staatsministerium nicht gerecht wird *Klein*, Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, S. 236–242. Wegen der Auswertung wichtiger Archivalien wertvoll *Rietdorf, Fritz*, Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, Göttingen, rechts- u. staatswiss. Diss. 1939, S. 72–79, zur Zeit ab Bethmann Hollweg v.a. S. 79, Anm. 1.

⁴¹ *Huber, Ernst Rudolf*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3: Bismarck und das Reich, Stuttgart usw., 3. Aufl. 1988, S. 64.

⁴² Bd. 163, Bl. 121v; Sitzung am 1.7.1914.

⁴³ Bd. 166, Bl. 376v; Sitzung am 21.12.1917.

⁴⁴ Bd. 160, Bl. 34; Sitzung am 9.2.1911.

Innenminister bereits abgelehnt hätte, dem Interessenten nur mitteilen können, daß es ihm dann „ausgeschlossen sei, eine andere Entscheidung zu treffen“⁴⁵.

Die **Teilnahme an den Sitzungen** des Staatsministeriums war obligatorisch⁴⁶; mit Ausnahme der Beratungen zu Pensions- und Disziplinarsachen, worauf weiter unten eingegangen wird. In relativ wenigen Fällen ließen sich Minister von ihren Unterstaatssekretären oder anderen höheren Beamten vertreten.

Wenn nun gerade Tirpitz und auch die Kriegsminister schon zu Friedenszeiten relativ häufig fehlten, dann hing das sowohl mit den zahlreichen, zu ihrem Aufgabengebiet gehörenden Inspektionsreisen als auch mit der Sonderstellung, die das Militär in Preußen-Deutschland gegenüber dem zivilen Staatsapparat bekleidete, zusammen. Zudem wünschte Wilhelm II. ohne Rücksicht auf den Sitzungskalender häufig ausdrücklich die Anwesenheit seines Staatssekretärs des Reichsmarineamts zu Vorträgen oder bei Tische, was dann dem Ministerpräsidenten als Entschuldigungsgrund mitgeteilt wurde.⁴⁷ Doch auch hieraus sollten nicht voreilige Schlüsse gezogen werden, denn Tirpitz beauftragte z.B. den Chef des Marinekabinetts, Georg Alexander v. Müller, genau am 4. November 1911 Wilhelm II. den Entwurf der Flottennovelle mit dem Hinweis darauf zu übergeben, selbst an einer Staatsministerialsitzung teilnehmen zu müssen. Die laut Protokoll behandelten fünf Tagesordnungspunkte verlangten wohl nicht zwingend eine Mitwirkung von Tirpitz, und es ist auch kein Diskussionsbeitrag von ihm überliefert. Selbst die Vermutung, daß die Besprechung des Marokko-Vertrages den Staatssekretär zu einer Teilnahme bewogen haben mag, wird dadurch entkräftet, daß das Thema auch am 16. September sowie am 14. November diskutiert wurde und Tirpitz jeweils nicht anwesend war. Man kann nur vermuten, daß er als geschickter Taktiker entweder einer möglichen spontanen Kritik des Kaisers entgegen oder gegenüber den zivilen Ressorts bzw. der Heeresverwaltung einen kleinen Vorteil dadurch erlangen wollte, daß weder der Reichskanzler noch der Kriegsminister bei der Übergabe des Dokuments zugegen sein konnten bzw. Gelegenheit bekamen, sofort den Monarchen in ihrem Sinne beeinflussen zu können, zumal die Novelle bis zu diesem Zeitpunkt ihnen nicht offiziell zugegangen war.

Aus den Jahren 1915 und 1916 sind sogar drei Sitzungen nachweisbar, zu denen Tirpitz und Wild von Hohenborn bzw. deren Stellvertreter nicht eingeladen wurden. Als am 10. April 1915 das sog. schlesische Angebot diskutiert wurde, d.h. die Frage, ob die Neutralität Italiens durch territoriale

⁴⁵ Ebd., Bl. 13v–14.; Sitzung am 6.1.1911.

⁴⁶ Zur sehr regelmäßigen Teilnahme Bethmann Hollwegs z.B. *Zmarzlik, Hans-Günter*, Bethmann Hollweg als Reichskanzler 1909–1914. Studien zu Möglichkeiten und Grenzen seiner innerpolitischen Machtstellung, Düsseldorf 1957, S. 12, Anm. 2.

⁴⁷ Vgl. wiederholte Notizen in: Rep. 90, Nr. 404.

Zugeständnisse Österreich-Ungarns zu erkaufen und dafür die Donaumonarchie mit Schlesien zu entschädigen sei, wurden v. Capelle und v. Wandel nicht hinzugezogen.⁴⁸ Und am 16. Juli 1915 wurde die allgemeine militärpolitische Lage, die Möglichkeit eines Separatfriedens im Osten angesichts des dortigen bedeutenden Vormarsches, aber auch der befürchtete Kriegseintritt der USA aufgrund des sich verstärkenden U-Boot-Krieges, ohne die Militärs diskutiert. Ebenso war es am 15. März 1916, als eine Verschärfung des U-Boot-Krieges auf der Tagesordnung stand.

Neben dem Ministerpräsidenten als primus inter pares und den Militärs besaß auch der **Finanzminister** eine gewisse Sonderstellung. Sie resultierte aus den finanziellen Sachzwängen, denen Politik unterworfen ist und die allen Handlungen bzw. Projekten der Ressorts Grenzen zieht, weshalb dem Finanzminister eine Art Vetorecht, das bereits auf einem Kronrat am 15. Februar 1852 beschlossen worden war⁴⁹, zustand. Siegfried Graf v. Roedern kam in seinen ungedruckten Memoiren sogar zu dem Ergebnis: „Die vortreffliche Lage der preußischen Finanzen war nicht zum wenigsten auf die [...] staatsrechtliche Stellung des preußischen Finanzministers zurückzuführen“, denn er „trat [...] dem Ministerpräsidenten [...] im Staatsministerium mit seiner Kollegialverfassung nicht nur mit der vollen Autorität eines selbständigen Ressortchefs gegenüber, sondern er konnte in allen finanziellen Fragen durch sein Veto sogar jederzeit eine Entscheidung des Königs extrahieren“⁵⁰. Im Einzelfall wurde ein derartiger Konflikt nicht immer und nicht gleich bis vor den Thron getragen, wie das Beispiel einer Diskussion um „die Gleichstellung der Eisenbahnassistenten in Preußen mit denen im Reich“ vom Dezember 1912 zeigt. An ihrem Ende stellte Bethmann Hollweg fest, daß alle Minister „mit Ausnahme des [...] Finanzministers“ der Ansicht seien, daß allen preußischen Assistenten „eine Unterstützung [...] zu gewähren sei“⁵¹. Dabei blieb es auch, und trotz der Ablehnung durch den Finanzminister in der Staatsministerialsitzung wurden im Folgejahr derartige Zulagen gezahlt.

Die Arbeit des Staatsministeriums wurde durch das Bemühen getragen, es möglichst nicht zu einem offenen, nach außen getragenen Konflikt kommen zu lassen, vielmehr **Einheitlichkeit und Geschlossenheit** zu demonstrieren. Bethmann Hollweg sprach dies in seiner Antrittsrede am 14. Juli 1909 ganz ausdrücklich an: „Er bitte die [...] Staatsminister, ihn auch in seiner neuen Stellung wie bisher zu unterstützen und in allen Fragen, in denen es ihnen erwünscht sei, eventuell vor der Erörterung im Staatsministerium, mit ihm persönlich Fühlung zu nehmen. Auf diesem Wege werde

⁴⁸ Vgl. Rep. 90a, B III 2b Bd. 14, Bl. 93.

⁴⁹ Vgl. Bd. II, Bl. 55.

⁵⁰ *BArch Koblenz*, Kleine Erwerbungen, Nr. 317 Bd. 2, Bl. 221.

⁵¹ Bd. 161, Bl. 170; Sitzung am 7.12.1912. – Zur besonderen Stellung des Finanzministers auch in Personalangelegenheiten vgl. eine von ca. 1917/18 stammende Denkschrift des Geheimen Oberfinanzrates und Vortragenden Rates im Finanzministerium Sachs, in: Rep. 90, Annex L Nr. 44, Bl. 1–23. Ferner *Rietdorf*, Das Preußische Staatsministerium, S. 68–70.

[...] am besten und leichtesten in den Regierungsaktionen die Einheitlichkeit zu wahren sein, auf die es vornehmlich ankomme.“⁵²

Ein demonstratives Element der Kollegialität im Staatsministerium war die Praxis, daß Immediatberichte für die Einreichung von Gesetzentwürfen bei den Parlamenten durch alle Minister unterschrieben sein mußten. Als Mitte 1909 der Bericht zum Gesetzentwurf, betr. Aufhebung der Generalkommission in Bromberg nur von dem Finanz- und dem Landwirtschaftsminister unterzeichnet worden war, wurde — vielleicht angesichts des relativ geringen Stellenwerts der Angelegenheit und wegen der Urlaubszeit — nur ausnahmsweise von der üblichen Praxis abgewichen: “Um keine Verzögerung herbeizuführen, hat das Staatsministerium [...] davon abgesehen, eine Neuausfertigung des Berichts anheimzustellen“ und sich mit der vorliegenden Form „einverstanden erklärt“⁵³.

Das **Verhältnis** des Staatsministeriums **zum Monarchen** wurde beherrscht von der Stellung und dem Selbstverständnis aller Minister als ranghöchste *königliche bzw. kaiserliche* Beamte unter Amtseid mit unbedingtem Gehorsam und unwandelbarer Treue zum Thron, ebenso aber auch durch den realen Einfluß Wilhelms II. auf die Regierungsgeschäfte. Dabei handelte es sich sowohl um seine staatsrechtlich definierten Funktionen im Rahmen von Gesetzgebung und Verwaltung als auch um mehr oder weniger spontane und selbstherrliche, in unterschiedlichem Maße dem verfassungsrechtlichen Spielraum entsprechende bzw. diesen überschreitende Aktivitäten des sog. persönlichen Regiments. Hiermit verbunden waren diverse Aspekte wie die des Einflusses von Hofstaat und verschiedenen, zwar verfassungsmäßig nicht verankerten, tatsächlich aber wirksam werdenden Beratern sowie die komplizierte und impulsive Persönlichkeit Wilhelms II. Für die Jahre vor dem Weltkrieg wird aus den Protokollen erkennbar, daß Bethmann Hollweg, der das Erbe des als sehr erfahren und geschickt im Umgang mit dem Monarchen geltenden Bülow antrat, anscheinend die Taktik verfolgte, den Kaiser und König nach Möglichkeit aus dem Klärungsprozeß *innenpolitischer* Fragen weitgehend herauszuhalten, ihn zugleich als realen Machtfaktor mit ins Kalkül einzubeziehen⁵⁴, und deshalb vor allem ihm gegenüber geschlossen aufzutreten. Speziell anhand der Beratungen zur Wahlrechtsreform, die durch ihren verfassungsändernden Inhalt auch die Stellung der Krone beeinflußt hätte und die Öffentlichkeit in außergewöhnlichem Maße bewegte, ist zu erkennen, wieweit Bethmann Hollweg auf Positionen des Monarchen einging bzw.

⁵² Bd. 158, Bl. 201–201v.

⁵³ Rep. 90a, A IX 2 Nr. 3 Bd. 1, n.f., Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums (i.V. UStS v. Guenther) an die Minister für Finanzen und Landwirtschaft v. 19.7.1909 – Abschrift an alle Ressortminister.

⁵⁴ Das war von besonderer Bedeutung bei Konflikten zwischen zivilen und militärischen Belangen aufgrund des Oberbefehls des Kaisers, auf dessen Ausübung der Monarch – wieweit im Einzelfall er auch davon entfernt war – vehement bestand und in solchen Fragen durchaus massiv gegenüber dem Staatsministerium auftrat – vgl. *Zmarzlik*, Bethmann Hollweg als Reichskanzler, S. 28 f.

Rücksicht nahm. Darüber hinaus gehörte es zum regulären legislativen Prozeß, daß zu allen Gesetzentwürfen, bevor sie an Land- oder Reichstag gingen, ein Immediatbericht erstattet wurde, aufgrund dessen eine Freigabe erst erfolgen konnte, und daß auf den von den Parlamenten beschlossenen Rechtsvorschriften die Unterschrift des Monarchen zur Gültigkeit zwingend notwendig war.

Nicht in jedem Fall gewannen Äußerungen Wilhelms II. sofort Einfluß auf die Arbeit des Staatsministeriums. So berichtete Bethmann Hollweg während einer Debatte zur Reisekostenregelung für Beamte, daß der Monarch bereits mehrfach sein Mißfallen darüber bekundet habe, daß Minister sich bei parlamentarischen Verhandlungen „zu leicht mit Abänderungen von Regierungsvorlagen“, die ja seine Billigung gefunden hatten, „einverstanden erklärt hätten“. Er wünsche „entschieden“, „wenigstens in wichtigeren Fällen vorher gehört zu werden“⁵⁵. Diese Mitteilung genügte anscheinend aber als Argument gegen Finanzminister Rheinbaben, der daraufhin seinen Widerstand gegen die Position des Ministerpräsidenten aufgab. Die Episode vermittelt den Eindruck, daß derartige Bekundungen des Kaisers und Königs wohl für sich allein genommen kaum eine große Durchschlagskraft besaßen; waren sie aber einmal amtlich-öffentlich geworden, dann erschien ein Einspruch kaum möglich.

Deutlich wurde das Bemühen des Staatsministeriums, sich Konflikten mit dem Thron möglichst zu entziehen z.B. im Zusammenhang mit einer Beratung des Jahres 1913 über den Erlaß einer neuen Instruktion zum Waffengebrauch des Militärs im Inland. Der zur Diskussion stehende Entwurf nahm dabei nicht auf eine der bisherigen Dienstvorschrift als Rechtsgrundlage dienende Kabinettsordre aus vorkonstitutioneller Zeit Bezug. Ganz im oben angedeuteten Sinne kam das Staatsministerium zu dem Ergebnis, sich in keiner Weise über deren Gültigkeit, die in der öffentlichen Diskussion jener Monate im Zusammenhang mit der Zabern-Affäre von einigen Seiten in Frage gestellt wurde, zu äußern: „Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, die Kabinettsordre von 1820 für rechtsungültig zu erklären. Dazu sei das Staatsministerium nicht berufen. Eine solche Erklärung sei auch politisch sehr gefährlich.“⁵⁶

In den Beziehungen zum Thron spielte die Frage der verfassungsrechtlich geforderten oder von Wilhelm II. beanspruchten **Unterschriftsleistung des Monarchen** auf verschiedensten Dokumenten und Urkunden wiederholt eine Rolle. Schwierigkeiten ergaben sich vor allem im Zusammenhang mit der regen Reisetätigkeit.⁵⁷ Das große Interesse Wilhelms II. für

⁵⁵ Bd. 159, Bl. 151–151v; Sitzung am 24.5.1910.

⁵⁶ Bd. 163, Bl. 62v; Sitzung am 18.3.1914.

⁵⁷ So erklärte Bethmann Hollweg am 9.3.1910 im Staatsministerium, während der kommenden parlamentarischen Beratungen zur Wahlrechtsreform dem MdA Ernst v. Heydebrand und der Lasa mitteilen zu müssen, daß ein in den Verhandlungen gefundener Kompromiß zwar vom Staatsministerium getragen werde, jedoch noch keine Genehmi-

Personalentscheidungen und Ordensverleihungen nicht nur im Offizierskorps, sondern auch in der höheren zivilen Verwaltung, ließ die Zahl der Unterschriften des Monarchen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Bürokratie und der gewaltigen Aufrüstung bedeutend ansteigen. Dies beinhaltete noch absolutistische Relikte des direkten Kontaktes zwischen der Krone und ihren Dienern, worauf Wilhelm II. großen Wert legte. Der Arbeitsaufwand wurde von dem Monarchen aber mit der Zeit zunehmend als Last empfunden, und seitens des Staatsministeriums bestand ein Interesse daran, den Verwaltungsgang abzukürzen sowie die Möglichkeit unbequemer Allerhöchster Eingriffe zu verringern. Deshalb traf der 1910 durch das Geheime Zivilkabinett übermittelte Wunsch, bald Vorschläge zur Vereinfachung des Verfahrens zu hören, auf offene Ohren. Der Monarch selbst stellte Ordenspatente in den unteren Klassen und die Ernennung von Titularräten zur Disposition, beharrte aber darauf, Bestellungen weiter selbst zu vollziehen. „Dabei soll jedoch strenge daran festgehalten werden, daß es den Allerhöchsten Intentionen nicht entspricht, aus diesem Anlaß Kronrechte irgend welcher Art aufzugeben oder auf die Ministerialinstanz übergehen zu lassen.“⁵⁸ Nach umfangreichem Schriftwechsel unter Auswertung von Statistiken erging unter dem 25. Mai 1911 ein Allerhöchster Erlaß⁵⁹, der die angesprochenen Orden sowie die Kassenetats von Ministerien und obersten Behörden aus den Vorlagen bei der Majestät herausnahm.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und der dadurch gegebenen Ausnahmesituation, daß die Regierung befähigt sein mußte, schnellstens sowie ohne großen Verwaltungsaufwand Anordnungen zu treffen und dabei nur umständlich den im Großen Hauptquartier weilenden Wilhelm II. konsultieren konnte, kam es zu einer wichtigen Veränderung. Mit dem Allerhöchsten Erlaß vom 16. August 1914 wurde das Staatsministerium ermächtigt, „nach Maßgabe der von Mir genehmigten besonderen Vorschläge bestimmte, sonst zu Meiner Entscheidung gelangende Angelegenheiten selbständig zu erledigen“ und hierauf beruhende Erlasse selbst zu zeichnen.⁶⁰ Ein Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums vom gleichen Tag erläuterte, daß die Vorgänge, „soweit es sich um reine Ressortangelegenheiten handelt, lediglich von den beteiligten [...] Ressortministern und nur in Fällen von besonderer Wichtigkeit oder von grundsätzlicher

gung durch den König gefunden habe „wegen der Reise Seiner Majestät“: Bd. 159, Bl. 107v–108; Sitzung am 7., 8. und 9.3.1910. Im Gegensatz dazu das von *Birgit Marschall* für die sog. Nordlandfahrten gezeichnete Bild einer regen und nahezu problemlosen Kommunikation zwischen den Regierungsdienststellen einschließlich des Staatsministeriums und den Reisenden (Reisen und Regieren. Die Nordlandfahrten Kaiser Wilhelms II., Bremerhaven 1991, S. 51 f.).

⁵⁸ Rep. 84a (D), Nr. 1232, Bl. 1, Schreiben an das Staatsministerium v. 29.12.1910, hier das Exemplar des zur Prüfung der Angelegenheit aufgeforderten Justizministers.

⁵⁹ Vgl. ebd., Bl. 62.

⁶⁰ GS, S. 153. *Rietdorf* betont, daß dieser Erlaß Ergebnis einer längeren Entwicklung zur Stärkung der Stellung des Staatsministeriums als Gesamtorgan war, ohne aber die Bemühungen um die Rückgängigmachung im Jahre 1918 zu erwähnen (Das Preußische Staatsministerium, S. 58–60).

Bedeutung oder soweit das Staatsministerium ohnehin zuständig ist, von diesem selbst erledigt werden“⁶¹ sollten. Immerhin umfaßte das beiliegende „Verzeichnis der dem Staatsministerium zur selbständigen Erledigung zu überweisenden Regierungsgeschäfte“⁶² rund dreieinhalb maschinenschriftliche Seiten.

Es ist bezeichnend, daß sich Wilhelm II. Mitte 1918, als ein siegreiches Ende des Krieges wieder in greifbare Nähe gerückt schien, anscheinend mit dem Gedanken trug, den Erlaß vom 16. August 1914 im Frieden wieder außer Kraft zu setzen und zu den alten Verhältnissen zurückzukehren. Wohl mit Unbehagen reagierte man im Staatsministerium auf Wünsche des Monarchen, verschiedene Einzelfälle vorlegen zu sollen. Gf. Hertling schrieb daraufhin an das Geheime Zivilkabinett am 27. August 1918, daß man sich mit dem Statthalter in Elsaß-Lothringen darin einig sei, sich so verhalten zu wollen, als wenn der Erlaß von 1914 teilweise rückgängig gemacht worden sei, eine formelle Rücknahme jedoch keinesfalls beabsichtige.⁶³ Dabei traf der Reichskanzler durchaus auf Verständnis und Zustimmung, wie ein Brief des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts Friedrich Wilhelm von Berg (Markienen) an den Vizepräsidenten Friedberg zu entnehmen ist: „Ich zweifle [...] nicht, daß Seine Majestät auf Vorschlag des [...] Staatsministeriums geneigt sein würden, hinsichtlich einer Anzahl weniger wichtiger Aufgaben die Entscheidung auch im Frieden auf das [...] Staatsministerium zu delegieren.“⁶⁴ In seiner Antwort drängte Robert Friedberg: „Sollte aber bei Seiner Majestät die Absicht bestehen, die dem Staatsministerium durch den Allerhöchsten Erlaß vom 16. August 1914 übertragenen Befugnisse einzuschränken, wie dies bereits durch die [...] mitgeteilte Allerhöchste Willensmeinung geschehen ist“, so bitte er, „dahin wirken zu wollen, daß vor Erlaß einer dahingehenden Allerhöchsten Anordnung dem Staatsministerium Gelegenheit gegeben wird, sich zur Sache zu äußern, und den Entwurf zu einer entsprechenden Allerh[öchsten] Order vorzulegen“, worin bereits formulierte „Einschränkungen mit aufgenommen werden“⁶⁵ sollten. — Damit endet der Aktengang; anscheinend wurde die Sache bis zum Zusammenbruch der Monarchie nicht mehr bearbeitet.

Eine institutionalisierte und direkte Form der Teilnahme des Monarchen an den Beratungen des Staatsministeriums waren die **Kronräte**, deren Protokolle im Rahmen vorliegender Edition in Chronologie und Zählung unter die der regulären Staatsministerialsitzungsprotokolle eingeordnet wurden. Im gesamten Zeitraum von 1909 bis 1918 fanden nur zwei derartige Tagungen statt. Am

⁶¹ Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 2, S. 17 f.

⁶² Ebd., S. 21–24.

⁶³ Vgl. Rep. 89, Nr. 350, Bl. 125.

⁶⁴ Rep. 84a (D), Nr. 4385, Bl. 262.

⁶⁵ Ebd., Bl. 263–263v, Schreiben vom 7.9.1918. Als Anlage wurden ausführliche Statistiken für die Jahre 1914 bis 1918 beigegeben. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 350, Bl. 128–139v.

9. Juli 1917 standen mit dem zweiten Anlauf für die Wahlrechtsreform und am 5. November 1917 mit der Gründung eines polnischen Staates ganz entscheidende Probleme der preußischen und der Reichspolitik auf der Tagesordnung. Um so verwunderlicher muß es aber bleiben, daß in anderen Situationen mit mindestens ebenso gewichtigen Themen andere Entscheidungsgremien benutzt wurden — man denke nur an den ersten Versuch zur Wahlrechtsreform 1910 oder an die schicksalhaften Entwicklungen während der Juli-Krise 1914. Es ist hier nicht der Ort, nach den Motiven von Wilhelm II. Mitte/Ende 1917 zu suchen. Für Bethmann Hollweg und das Staatsministerium kann man aber davon ausgehen, daß ihre Stellung zu diesem Zeitpunkt schon so stark unterhöhlt war, nicht zuletzt durch Konflikte der Minister untereinander, daß sie möglicherweise in vom Monarchen mitgetragenen Beschlüssen sowohl ein Mittel zur inneren Einheit als auch zum Rückhalt gegenüber der politischen Öffentlichkeit und den Militärs suchten. Solch ein kritisches Stadium war wohl auch am 27. April 1918 erreicht, als die parlamentarischen Beratungen zur Wahlrechtsreform ein Ergebnis gebracht hatten, das im Staatsministerium derart kontrovers bewertet wurde, daß eine Einigung ziemlich unwahrscheinlich erschien. Unter der Leitung von Hertling wurde deshalb beschlossen, „daß, wenn der dem König zu haltende schriftliche Vortrag keine Zustimmung fände, Seine Majestät gebeten werden solle, die zuständigen Minister zum mündlichen Vortrag zu empfangen oder die Abhaltung eines Kronrates zu befehlen“⁶⁶. — Dieser fand allerdings nicht statt. Ob in den letzten Monaten des Kaiserreichs einfach Zeit und Kraft für die Vorbereitung solch einer Veranstaltung fehlten, oder ob die Entscheidungsträger andere Gremien bevorzugten, soll an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden. Die Feststellung, daß von 1909 bis 1918 nur zwei Kronräte stattfanden, bedarf insofern einer Erläuterung, als diese Bezeichnung schon von den Zeitgenossen auch in einem weiteren, unpräzisen Sinn als Name für jede Beratung des Kaisers und Königs mit höchsten Regierungsvertretern oder Militärs benutzt wurde, in vorliegender Edition aber unter einem „Kronrat“ nur eine Staatsministerialsitzung unter Leitung des Monarchen verstanden wird.⁶⁷ Selbst Personen aus dem Umfeld des Monarchen deklarierten einfache Besprechungen zu Kronräten; so z.B. Oberst Hans v. Haefen, Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Auswärtigen Amt und zugleich wichtigster Verbindungsmann des Militärs zum Reichskanzler, in seinem Ende 1918 verfaßten dienstlichen

⁶⁶ Bd. 167, Bl. 180v.

⁶⁷ In diesem Sinne auch *Frauendienst*, Das Preußische Staatsministerium 1808–1918, S. 219, Anm. 2, in: *BArch Koblenz*, NL W. Frauendienst, Nr. 3.

Jahresbericht eine Beratung am 2. Oktober 1918.⁶⁸ Auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Paul v. Hintze benannte in seiner Stellungnahme für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages eine Zusammenkunft am 14. August 1918 als Kronrat⁶⁹. Das führte dazu, daß die Abgeordneten 1920/21 sogar Recherchen in den Akten des Staatsministeriums und der Reichskanzlei wegen angeblicher Kronräte im Juli 1914 und September 1917 veranlaßten. In beiden Fällen kam man zu dem Ergebnis, daß es zu diesen Terminen keine Staatsministerialsitzungen unter Beteiligung des Monarchen gegeben hatte.⁷⁰ Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Richard v. Kühlmann berichtete in seinen Memoiren über Vorbereitung und Verlauf einer Beratung am 4. September 1917 und schrieb in diesem Zusammenhang: Sie „wurde damals im Alltag und bei späterer Erwähnung meist als ‘Kronrat’ bezeichnet. Der Ausdruck ist aber nicht völlig korrekt. Die richtige offizielle Bezeichnung war ‘Gemeinsamer Immediatvortrag der Obersten Heeresleitung und des Reichskanzlers’.“⁷¹ — Angesichts dieser Verwirrung ist es nicht verwunderlich, daß in der Literatur zum Wilhelminischen Deutschland und vor allem zum Ersten Weltkrieg immer wieder, mit oder ohne Rückhalt in zeitgenössischen Belegen, von Kronratsitzungen die Rede ist, die eigentlich dieses Prädikat nicht beanspruchen dürften.

3. Entstehung und Überlieferung der Sitzungsprotokolle des Staatsministeriums für die Jahre 1909 bis 1918

In der Verwaltungspraxis stützte sich das Staatsministerium bis zum Ende des Weltkrieges noch auf eine Geschäftsordnung von 1817⁷², die durch zahlreiche Kabinettsordres sowie eigene Beschlüsse fortgeschrieben worden war, ohne jedoch bis zum Ende des Weltkrieges neu kodifiziert worden zu sein.⁷³ In diesen Dokumenten war die Anfertigung von Protokollen zu den einzelnen Sitzungen verankert. Diese Aufzeichnungen bildeten in der Regel den Abschluß eines längeren bürokratischen Prozesses, von dem nachstehend einzelne Abschnitte beschrieben werden sollen.

⁶⁸ Vgl. Anlage 12 zum Gutachten von Bernhard Schwertfeger, in: *Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918*, hrsg. v. Albrecht Philipp, Eugen Fischer und Walter Bloch, 4. R., 2. Bd., Berlin 1925, S. 377.

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 389 (Anl. 15 zum Gutachten B. Schwertfegers).

Besonders weit ging der Adjutant im Kriegsministerium Gustav Böhm in seinen privaten und nicht für eine Veröffentlichung bestimmten Aufzeichnungen, indem er unter dem 3.10.1918 einen Kronrat vermerkte, obwohl Wilhelm II. nicht einmal teilnahm – vgl. *Adjutant im preußischen Kriegsministerium Juni 1918 bis Oktober 1919*. Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm, hrsg. v. Heinz Hürten und Georg Mayer, Stuttgart 1977, S. 35; dazu bereits die kritische Anmerkung der Herausgeber in: ebd., Anm. 84.

⁷⁰ Vgl. Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bd. VI, Bl. 241–246.

⁷¹ *Kühlmann*, Erinnerungen, S. 477–482, das Zitat S. 481.

⁷² Vgl. *Klein*, Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, S. 202 f.

Der **Geschäftsgang** war gewöhnlich folgender: Im federführenden Ministerium bzw. Reichsamt wurde ein Entwurf formuliert, der zusammen mit einem die Problemlage beschreibenden Votum bzw. einem Übersendungsschreiben allen anderen Ministern sowie beteiligten obersten Reichsbehörden zugeleitet wurde und auch eine Empfehlung über die weitere Behandlung dahingehend enthielt, entweder zu einem Beschluß bereits auf dem Umlaufwege im Ergebnis des Votenwechsels zu kommen oder das Material als Vorlage auf die Tagesordnung einer Staatsministerialsitzung zu setzen. Im interministeriellen Schriftverkehr konnte der Wunsch nach mündlicher Verhandlung zu jedem Zeitpunkt und von jedem Minister - auch ohne Bereitstellung einer Vorlage - erhoben werden, und die Akten vermitteln den Eindruck, daß solchen Anliegen entsprochen wurde. Man kann davon ausgehen, daß nahezu alle bedeutsamen legislativen Vorhaben, wenn auch in durchaus unterschiedlichen Stufen ihrer Genese, in den Jahren bis zum Weltkrieg im Staatsministerium zur Sprache gebracht wurden: entweder als eigene Tagesordnungspunkte oder im Rahmen der Verständigungen zur parlamentarischen Geschäftslage, die aber oft nur summarisch protokolliert sind.

Einen repräsentativen, aber sicher nicht vollständigen Überblick über all jene Themenfelder⁷⁴, die — auf die eine oder andere Weise — auf Ministerebene geklärt wurden, gewährt für die Jahre von 1876 bis 1918 z.B. die Aktengruppe „Staatsministerialsachen“ im Bestand „Reichsamt des Innern“ des Bundesarchivs. In ihr wurden Vorgänge zusammengefaßt, die dem Reichsstaatssekretär in seiner Funktion als preußischer Minister zugeleitet worden waren. Allein von 1910 bis 1913 wurden neben fünf Diversa-Akten 68 neue Sachakten angelegt. Im Umlaufverfahren wurden z.B. spezielle Rang- und Titelfragen⁷⁵, die amtliche Tintenprüfung⁷⁶, der Erlaß des Schenkungstempels für Gaben zu einem Bismarck-Denkmal⁷⁷ oder eine Einzelentscheidung im Wasserrecht⁷⁸ behandelt. Der schriftlichen Erledigung vorbehalten blieben ferner Konformitätserklärungen zu Kirchengesetzen und die meisten der sehr zahlreichen Beschlüsse über Ernennungen und Stellenbesetzungen von höheren Beamten sowie zu Ordenssachen.

⁷³ Einen Überblick zum erreichten Stand bietet eine Denkschrift des Ministerialdirektors in der Reichskanzlei Meyer-Gerhard v. 20.2.1919, in: *Das Kabinett Scheidemann 13. Februar bis 20. Juni 1919*, bearb. v. Hagen Schulze, Boppard a. Rh. 1971, S. 1–4, Dok. Nr. 1.

⁷⁴ Mit Ausnahme der Beratungen zu den Kirchengesetzen und ohne die meisten Personal- und Ordenssachen.

⁷⁵ Vgl. *BArch*, RAdI, Nr. 15818: Titel „Veterinärtrat“ für Schlachthofdirektoren; Nr. 15821: Wegfall der Bezeichnung „Subalternbeamter“; Nr. 15830: Verleihung des Charakters als „Rechnungsrat“ an mittlere Beamte der Provinzial-Behörden (alles aus dem Jahr 1910).

⁷⁶ Vgl. ebd., Nr. 15838 (aus dem Jahr 1911).

⁷⁷ Vgl. ebd., Nr. 15839 (aus dem Jahr 1911).

⁷⁸ Vgl. ebd., Nr. 15855: Entwurf eines Gesetzes betr. Bildung einer Genossenschaft zur Entwässerung des linksnieder-rheinischen Industriegebiets (aus dem Jahr 1912).

Wenn nun aber auch seit Jahrzehnten der **preußische Staatshaushalt** und der **Reichshaushalt** nicht im Staatsministerium mündlich beraten wurden, dann war das eine auffällende Ausnahme von der Regel, alles Wichtige — unter den o.g. Einschränkungen — hier zur Diskussion zu stellen. Dafür mögen zwei im engen Zusammenhang stehende Motive eine Rolle gespielt haben. Erstens waren Etatdebatten generell langwierig und verlangten die Zuziehung von Spezialisten, was nicht nur das Zeitbudget der Minister stark belastet, sondern auch Exklusivität und Geheimhaltung der Debatte gefährdet hätte. Zweitens bestand die Gefahr, daß bereits auf Referentenebene gefundene Kompromisse durch die Ressortchefs „im Eifer des Gefechts“ noch gekippt werden konnten, was unter Umständen sogar Konflikte mit den Parlamenten bei Verzögerung der Vorlage des Budgets hätte heraufbeschwören können. Delbrück fühlte sich deshalb in der Sitzung des Staatsministeriums am 21. November 1914 genötigt, seinen Ausführungen zur Verwendung von Reichsmitteln bei der „Unterstützung von Gemeinden [...] auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege“ voranzustellen, daß es „im allgemeinen nicht üblich“ sei, derartiges „zu erörtern, falls eine Einigung der beteiligten Ressorts im Reiche und in Preußen erzielt“ worden sei, meinte aber, eine Ausnahme machen zu müssen, weil es sich „um eine Sache von großer allgemeiner Bedeutung handle“⁷⁹.

War nun im Büro des Staatsministeriums die **Tagesordnung**, die der Unterstaatssekretär in Abstimmung mit dem Ministerpräsidenten formuliert hatte, fertiggestellt, wurde sie zusammen mit einer vorgedruckten, postkartengroßen Einladungskarte, auf der handschriftlich Datum, Uhrzeit sowie Ort der Sitzung ergänzt worden waren, über die Botenmeisterei versandt.⁸⁰ Wenn in den Jahren von 1909 bis 1918 wiederholt Karten benutzt wurden, auf denen von einer „vertraulichen Besprechung“ die Rede war, dann kann deren spezielle Verwendung aus heutiger Sicht nicht nachvollzogen werden, denn die Beratungsthemen des Staatsministeriums galten generell als geheim, wie auch die beiliegenden Tagesordnungen immer einen entsprechenden Vermerk trugen, während nur in wenigen Protokollen einleitend ausdrücklich vermerkt wurde, daß es sich um die Niederschrift zu einer vertraulichen Besprechung handle. — Diese unklare Situation hat dann auch zu der editorischen Entscheidung geführt, die o.g. Formulierung auf den Einladungskarten unberücksichtigt zu lassen und nur ausdrücklichen Qualifizierungen im Protokoll zu folgen.

Tagungsort war in der Regel der Sitzungssaal in dem 1903 bezogenen neuen Dienstgebäude des Staatsministeriums im Berliner Regierungsviertel W 8, Wilhelmstraße Nr. 63. Vor allem während

⁷⁹ Bd. 163, Bl. 268.

⁸⁰ Eine Sammlung von Tagesordnungen und Einladungskarten bildet den Hauptbestandteil der sog. Spezialakten zu den Sitzungsprotokollen und findet sich in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 13–15.

der Parlamentssessionen fanden einzelne Sitzungen aber auch in Räumen des Abgeordnetenhauses oder des Reichstages statt, während die beiden Kronräte im Reichskanzler-Palais (9. Juli 1917) bzw. im Schloß Bellevue (5. November 1917) abgehalten wurden, was jeweils im Kopf der Regesten vermerkt ist.

Das Staatsministerium tagte durchschnittlich ein- bis zweimal wöchentlich, im Weltkrieg auch öfter in der sommerlichen Urlaubszeit. Beratungen an einem Sonntag⁸¹ blieben selten, während sonst die Wochentage wechselten und ein Tagungsbeginn am Nachmittag, oft 17 Uhr, gängig war. Mehrfach finden sich Notizen darüber, daß die Verhandlungen im Laufe des Abends wegen der vorgerückten Stunde abgebrochen wurden.⁸²

Die **Protokolle** wurden durch einen an den Sitzungen teilnehmenden **Protokollführer** nach der Beratung entworfen, von dem in der Niederschrift genannten Vorsitzenden und ggf. dem Unterstaatssekretär im Staatsministerium geprüft, zur Reinschrift gegeben und vollzogen. In der vorliegenden Edition wird davon ausgegangen, daß der jeweilige Unterstaatssekretär als Protokollführer anzusehen ist.⁸³ Wenn dennoch in den meisten Fällen der jeweilige Name in eckigen Klammern gesetzt worden ist, dann weist das nicht nur darauf hin, daß die Autorschaft aus Indizien erschlossen wurde, sondern daß trotz allem auch gewisse Zweifel an einer mechanischen Zuschreibung bestehen: Die Tatsache, daß der Unterstaatssekretär die Reinschriften der meisten Protokolle auf der letzten Seite rechts unten nach den Namenszügen der Minister bzw. der Sichtvermerke weiterer Teilnehmer unterzeichnete, kann nicht als ein *eindeutiges* Indiz genommen werden.⁸⁴ Man wird die Unterschrift der Unterstaatssekretäre aber als Unterschrift des für den Wortlaut Verantwortlichen ansehen können.

⁸¹ So am 9. März 1913 während der Reichstagsdebatten zur Wehrvorlage. Bürovorsteher Riedel notierte in diesem Zusammenhang: „Die übliche Notiz im R[eichs]- u[nd] S[taats]Anzeiger soll unterbleiben (weil Sonntagssitzung).“: Rep. 90, Nr. 404, Bl. 107.

⁸² So am 15. Dezember 1909 während der komplizierten Beratungen über das Reisekostenrecht der Beamten – vgl. das Schreiben Rheinbabens an Bethmann Hollweg v. 16.12.1909, in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 13, n.f.

⁸³ So auch der Ministerialdirektor in der Reichskanzlei Meyer-Gerhard in seiner bereits erwähnten Denkschrift v. 20.2.1919, in: *Das Kabinett Scheidemann*, hrsg. v. H. Schulze, S. 3, Dok. Nr. 1. Die Annahme der Autorschaft des Unterstaatssekretärs steht ferner im Einklang mit Editionen wie: *Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland*, hrsg. v. Leo Stern. *Quellenmaterial* bearb. v. Gerhard Schrader u. Hellmuth Weber, Bde. 2–4, Berlin 1959; *Die Regierung des Prinzen Max von Baden*, bearb. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962; *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Documents extraits des archives de l'office allemand des Affaires étrangères*, hrsg. v. André Scherer u. Jacques Grunewald, T. 1–3, Paris 1962–1976; *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918*, bearb. v. Wilhelm Deist, T. 1–2, Düsseldorf 1970.

⁸⁴ Folgende Beispiele seien hier angeführt: Das (Haupt-)Protokoll der Sitzung am 12. Januar 1917 zu Disziplinarsachen unterzeichnete allein Heinrichs (vgl. Bd. 166, Bl. 18). In einem dazugehörigen Teilprotokoll wird als Protokollführer der Wirkl.GehOREGR im Staatsministerium Paul Frh. v. Rheinbaben genannt, der jedoch seinerseits nicht unterzeichnete – vielmehr ist hier wieder der Name von Heinrichs zu finden (ebd., Bl. 23). Ebenso wird in dem Protokoll vom 17.2.1911 der Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern Theodor Lewald genannt, unter dem Stück steht aber seine Unterschrift *neben* der des Unterstaatssekretärs v. Eisenhart-Rothe (vgl. Bd. 160, Bl. 59). Am 27.11.1916 schließlich war der GehOBergR Fritz Bennhold aus dem Handelsministerium zum Protokollführer

Dem Protokollführer zur Seite standen immer wieder, besonders bei der Beratung komplizierter Steuer- oder Wahlrechtsfragen, sog. Mitprotokollführer v.a. aus den Reihen dienstaltersmäßig noch junger Vortragender Räte der jeweiligen Ressorts. Es ist anzunehmen, daß diese für einzelne Tagesordnungspunkte Entwürfe lieferten⁸⁵, die im Staatsministerium einer Endredaktion unterzogen wurden. Die Namen der Mitprotokollführer werden im Regestenkopf ohne weiteren Zusatz dem Namen des jeweiligen Protokollführers nachgestellt.

Die Protokolle hatten die Aufgabe, erstens gefaßte Beschlüsse zu fixieren und dem Geschäftsverkehr zugänglich zu machen sowie zweitens abwesende Minister über diese sowie über wichtige, im Verlauf der Beratungen geäußerte Positionen zu unterrichten. So entstanden teils knappe, teils relativ lange, meist aber trockene Berichte zum Verlauf der Sitzungen und deren Ergebnissen. Gewöhnlich handelt es sich um Mischprotokolle, in denen die Tagesordnungspunkte durchaus verschiedene Darstellungsformen — vom Typ eines Wortprotokolls bis zu dem eines reinen Beschlußprotokolls — besitzen können.⁸⁶ Neben Tagesordnungspunkten, in denen die Positionen der Minister bis hin zum Redebeitrag referiert werden, wurden solche verfaßt, die allein von der Mehrheitsmeinung abweichende Positionen einzelner Teilnehmer vermerken. Ebenso finden sich aber auch Beratungsgegenstände, zu denen nur die Beschlüsse notiert wurden. Vor allem während des Weltkrieges wurden verschiedentlich Themen derart vertraulich behandelt, daß das Protokoll in der Reinschrift keine inhaltlichen Aussagen enthält. In einer Reihe von Fällen ist es aber im Rahmen des vorliegenden Bandes möglich, anhand von Protokollentwürfen bzw. Mitschriften während der Besprechung diese Lücken zu füllen, worauf weiter unten noch eingegangen wird.

Die generelle Verwendung einer stärker formalisierten Sprache unterstützte das Bemühen, während der Beratungen entstandene Kontroversen zwischen den Teilnehmern oft nur anzudeuten und Differenzen mit anderen Behörden sowie vor allem mit dem Monarchen in äußerst diskreter Weise zu benennen. Es läßt sich dabei kein deutlich ins Auge fallender Unterschied zwischen den einzelnen Stücken aus den Amtszeiten der drei von 1909 bis 1918 verantwortlichen Unterstaatssekretäre im Staatsministerium erkennen.

bestimmt worden, während Heinrichs allein unterschrieb (vgl. Bd. 165, Bl. 366v). Ebenso verwundert es, daß in der Beratung am 14. Februar 1914 auf eine frühere Diskussion Bezug genommen und dabei gewissermaßen als Kronzeuge „von Guenther, der damals als Unterstaatssekretär des Staatsministeriums das Protokoll geführt habe“ (ebd., Bl. 34), benannt wird, was in dieser Form wohl nicht nötig gewesen wäre, wenn ein Automatismus bestanden hätte. In dem Zusammenhang muß noch angemerkt werden, daß an dieser Sitzung v. Guenther ausweislich des Protokolls nicht teilnahm.

⁸⁵ Bereits auf der Sitzung am 30. März 1875 war beschlossen worden, daß der Protokollführer „in besonders schwierigen Fällen“ von den Referenten Teilarbeitungen erbitten konnte (Bd. 87, Bl. 55).

⁸⁶ Vgl. zu den verschiedenen Formen von Beratungsniederschriften die Einleitung von Erich Matthias in: *Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19*, 1. Teil, bearb. v. Susanne Miller u. Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1969, S. CLVIII-CLXVII.

Gemäß der Abarbeitung von Tagesordnungen stehen Themen sehr unterschiedlicher Bedeutung, hochpolitische Fragen und Routineentscheidungen, bürokratisch gleichförmig korrekt erfaßt, unterschiedslos nebeneinander. Da die Diskussionen jedoch manchmal recht bewegt waren und vor allem bei großen und schwierigen Themen die Teilnehmer auch zu Nebenproblemen sich äußerten, hierzu unter Umständen gemeinsame Standpunkte entwickelten und es wohl wichtig erschien, dies für die weitere Arbeit zu fixieren, geben die Protokolle oftmals ebenso inhaltlich fernerliegende Ausführungen wieder, die in den Regesten nur in Ausnahmefällen Erwähnung finden, wohl aber durch das Sachregister erschlossen werden.

Aus dem Vorstehenden ergeben sich der spezifische Charakter und Wert der Quelle „Staatsministerialsitzungsprotokolle“, indem sie einen entscheidenden, manchmal auch *den* entscheidenden Punkt aus dem Prozeß der Entscheidungsfindung im Staatsministerium belegen. Hier wird authentisch⁸⁷ Auskunft gegeben über grundsätzliche Positionen der preußischen Regierung bzw. der Reichsleitung zu zahlreichen Fragen der preußisch-deutschen Geschichte. In relativer Homogenität vermitteln die Protokolle einen blitzlichtartigen Einblick in den Entscheidungsfindungsprozeß, sind in der Regel irgendwo in dessen Mitte und auf der höchsten Entscheidungsebene angesiedelt. Nur selten wurden auf den Beratungen selbst spontan neue legislative Projekte initiiert, und nur im kleineren Teil bildeten Beschlüsse des Staatsministeriums den Abschluß eines staatsrechtlichen Willensbildungsprozesses. Diese Sachlage wurde editorisch zum Anlaß genommen, bei wichtigen Themen im Rahmen der Anmerkungen durch Verweis sowohl auf spezielle Sachakten als auch auf weiterführende Literatur das Umfeld der Verhandlungen zu einzelnen Tagesordnungspunkten transparenter zu machen.

Die **Reinschriften** weisen meist maschinenschriftlich und sehr ordentlich ausgeführte Verbesserungen offensichtlicher Irrtümer durch die Geheime Kanzlei auf. Daneben finden sich in einer größeren Zahl von Fällen auch handschriftliche Korrekturen und/oder Zusätze der Minister und der anderen unterschriftsberechtigten Teilnehmer in den unter ihrem Namen laufenden Passagen bzw. bei Beschlüssen. Diese Eingriffe in den Text wurden vorgenommen, wenn das Protokoll zum Vollzug oder zur Abzeichnung vorgelegt wurde.⁸⁸ In Protokollabschriften wurden diese Veränderungen ohne nähere Kennzeichnung einfach übernommen.

Die Reinschriften der Protokolle wurden gewöhnlich den Ministern zum **Vollzug** sowie weiteren Teilnehmern und verhindert gewesenen Ministern zur **Kenntnisnahme** zugestellt. Es war eine

⁸⁷ Werner Frauendienst spricht direkt von einem intimen Material, in *Frauendienst*, Das Preußische Staatsministerium 1808–1918, S. 1, in: *BArch Koblenz*, NL W. Frauendienst, Nr. 3.

⁸⁸ Allein Drews zeichnete derartige Eingriffe in die Reinschrift ab. Vgl. z.B. Bd. 166, Bl. 218; Sitzung am 17.8.1917.

Ausnahme, wenn z.B. das Protokoll vom 15. März 1916 nur von Bethmann Hollweg vollzogen wurde und er die Anweisung erteilte, es den anderen Ministern nicht vorzulegen.⁸⁹ Immerhin wurde auf jener Sitzung im Zusammenhang mit der Frage des verschärften U-Boot-Krieges auch der Rücktritt von Tirpitz erörtert, der an jenem Tag entlassen wurde. Zu den noch brisanteren Verhandlungen am 16. und 27. Februar 1915 über das sog. schlesische Angebot sind wohl zwar „Protokoll-Entwürfe“ gefertigt worden, diese wurden aber, wie Unterstaatssekretär Heinrichs notierte, „zur Vollziehung nicht allgemein in Umlauf gesetzt, sondern nur [...] dem [...] Ministerpräsidenten vorgelegt [...], der sie einstweilen an sich“ nahm⁹⁰ und nicht mehr dem Geschäftsgang zuführte. Am 8.9.[1917?] vermerkte Heinrichs: „Ich habe [...] Reichskanzler v. Bethmann bei seinem Abgange wiederholt darauf hingewiesen, daß er die beiden Protokollentwürfe über die Italienische Frage noch hinter sich habe. Er entsann sich dessen nicht, versprach aber Nachforschungen, die aber bis jetzt ergebnislos verlaufen sind. Es wird abgewartet werden können, bis der an sich unverbindliche Entwurf etwa aufgefunden wird.“⁹¹

Dem Krieg war es ebenso geschuldet, daß von dem Protokoll vom 15. August 1914 zwei Ausfertigungen erstellt wurden, wobei die zweite bereits alle Korrekturen und Einschübe aus der ersten enthielt.⁹² Aus der Zeit, in der sich Bethmann Hollweg im Großen Hauptquartier aufhielt und die Staatsministerialsitzungen in der Regel von Delbrück geleitet wurden, finden sich Vermerke, daß ihm Protokolle als Entwürfe sowie dann nach Vollzug zugehen sollten.⁹³ Diese Verfahrensweise schien sich so eingespielt zu haben, daß zu den Protokollen vom 2. und 7. November 1914 sogar ausdrücklich bestimmt wurde, dem Ministerpräsidenten die „festgestellten Protokolle“ nicht vorzulegen, da er „in Berlin“ weilte.⁹⁴

Von den vollzogenen Protokollen wurden in der Regel **(Teil-)Abschriften** für die Teilnehmer sowie den Geschäftsgang des Staatsministeriums selbst und der Ressorts einschließlich der Reichsämter angefertigt. Die Verteilung war insofern von Bedeutung, als durch sie darüber entschieden wurde, auf welche Weise und auf welche Bereiche der Ministerialbürokratie die Staatsministerialbeschlüsse direkt und unmittelbar einwirkten. Dabei befanden sich die Verantwortlichen, also das Kollegium des Staatsministeriums unter der Leitung des Ministerpräsidenten sowie der Unterstaatssekretär im Staatsministerium, in einem Dilemma: Auf der einen Seite bestand ein dringendes Interesse an der vollständigen, authentischen und schnellen

⁸⁹ Vgl. Bd. 165, Bl. 8 nach Bl. 102.

⁹⁰ Bd. 164, Bl. 99.

⁹¹ Ebd., Bl. 380v.

⁹² Vgl. Bd. 163, Bl. 131–138v u. 141–148.

⁹³ Vgl. z.B. ebd., Bl. 198–199.

⁹⁴ Vgl. ebd., Bl. 265.

Information aller Minister über die Sitzungen, der Referenten in den Ministerien sowie der Unterbehörden zur Umsetzung der Beschlüsse, und auf der anderen Seite handelte es sich um streng vertrauliches bzw. geheimes Material. Wiederholt verständigte sich deshalb das Staatsministerium hierzu, ohne aber das wachsende Interesse der expandierenden Ministerialbürokratie nach zusätzlichen Abschriften aufzuheben und eine optimale Lösung des Problems finden zu können.

Während des Weltkrieges erhielt verschiedentlich der im Großen Hauptquartier weilende Ministerpräsident bereits kurz nach den Beratungen telefonische Informationen bzw. wurden ihm Beschlüsse noch vor der Endfassung des Protokolls zur Kenntnis gebracht.⁹⁵

Über die Unterschriftsleistung sowie die Verteilung von Abschriften wurde mit Vermerken auf den vollzogenen Reinschriften oder auf beiliegenden Blättern, die im Rahmen der Mikrofiche-Edition mitverfilmt worden sind, minutiös Buch geführt. In einigen Fällen findet sich auch Schriftwechsel betreffend die Überlassung von Kopien in den Spezialakten zur Protokollreihe.⁹⁶ Aus diesem Material soll nachstehend anhand einiger Beispiele gezeigt werden, wie mit der Anfertigung und dem Versand von Abschriften Politik gemacht wurde oder sich ein besonderer Stellenwert einzelner Tagesordnungspunkte auch aus diesen Indizien erschließen läßt.

Relativ häufig finden sich Vermerke wie zum Tagesordnungspunkt 1 der Sitzung am 31. Dezember 1909: „Vervielfältigung und Verteilung [...] unterbleibt einstweilen“⁹⁷; schließlich handelte es sich im konkreten Fall um ein Schlüsseldokument zur Wahlrechtsreform, das durch sein Bekanntwerden das ganze Projekt zum Scheitern verurteilt hätte. Es war üblich, derart brisante Protokollteile eine gewisse Zeit oder andauernd zurückzuhalten. Obwohl entsprechende Aktenvermerke in der Regel vom Unterstaatssekretär abgezeichnet wurden, bleibt es häufig unklar, ob er selbst die Verantwortung hierfür übernahm oder ob er nach Anweisung bzw. wenigstens in Abstimmung mit dem Minister- oder Vizepräsidenten handelte. Aus der Zeit der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs im Weltkrieg sind mehrere Stücke überliefert, die zeitweilig teilweise oder völlig dem Geschäftsgang entzogen wurden. Aufzeichnungen vom 28. Juli 1915 zur möglichen Aufhebung des Jesuiten-Gesetzes wurden zum Beispiel nicht vervielfältigt, so daß selbst der Kultusminister, als er fast einhalb Jahre später darauf zurückgreifen wollte, allein die vollzogene Reinschrift zur Einsichtnahme erhielt.⁹⁸ Für einen Tagesordnungspunkt vom 15. Februar 1916 z.B., in dem die

⁹⁵ So wurden Bethmann Hollweg am 22.10.1914 telefonisch Einzelheiten über den Beschluß des Staatsministeriums zur Frage der Höchstpreise mitgeteilt, obwohl bereits die am Vortag von Unterstaatssekretär Heinrichs für den Ministerpräsidenten verfaßte „Aufzeichnung über das Ergebnis der gestrigen Beratungen des Staatsministeriums in betreff der Höchstpreise für Getreide“ an ihn unterwegs war – vgl. Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 1, n.f.

⁹⁶ Vgl. Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 13–15.

⁹⁷ Bd. 158, Bl. 347.

⁹⁸ Vgl. Bd. 164, Bl. 209, Begleitschreiben v. 8.12.1916.

Verhandlungen mit den USA aus Anlaß des Lusitania-Zwischenfalls besprochen wurden, war einen Monat später festgelegt worden, daß die Vervielfältigung einstweilen unterbleibe. „Für die strenge Geheimhaltung in der Geh[eimen] Kanzlei ist der dienstleitende Kanzleibeamte verantwortlich. [...] Das Prot[okoll] ist vom Bürodirektor verschlossen aufzubewahren.“ Knapp drei Monate nach der Entlassung Bethmann Hollwegs, im Oktober 1917, vermerkte Heinrichs: „Von der Vervielfältigung [...] wird abgesehen. Das Protokoll ist offen zu den Akten zu nehmen.“⁹⁹ Das bereits erwähnte Protokoll vom 15. März 1916 zur Verschärfung des U-Boot-Krieges sowie zum Rücktritt von Tirpitz' wurde hingegen in einem versiegelten Umschlag verwahrt, auf dem der Bürodirektor Riedel am 31. März 1916 „Verschlossen aufzubewahren“ vermerkt hatte, was nach einer Notiz anderer Hand auch noch im Jahre 1924 galt.¹⁰⁰ Weiterhin gab es auch Fälle, in denen zwar Abschriften angefertigt, diese aber teilweise oder vollständig unter Verschuß gehalten wurden.¹⁰¹ Die Verfahren bei der Offenlegung und Verteilung ähnelten denen bereits für die Reinschriften beschriebenen. Generell hatte die Anfertigung von Auszügen „in der für streng geheime Sachen vorgeschriebenen Form“¹⁰² zu erfolgen.

Im Rahmen dieser Einleitung sei noch auf eine besondere Verfahrensweise im **Reichsamt des Innern** hingewiesen. Dessen Chef von 1909 bis 1916, Clemens Delbrück, bekam als Staatsminister ohne Geschäftsbereich bzw. von 1914 bis 1916 als Vizepräsident natürlich auch Protokollabschriften oder -auszüge. Obwohl diese, wie schon betont, generell als geheim galten, setzte er auf zahlreiche Stücke, die in der schon erwähnten **Aktengruppe „Staatsministerialsachen“** überliefert sind, handschriftlich den Vermerk „Geheim“, oft zusammen mit seiner Paraphe, während gleiche Dokumente in anderen Ministerien ohne diesen Zusatz zu den Akten genommen wurden. Da es nun im Rahmen dieser Edition nicht möglich war, die Motive Delbrücks dafür zu ermitteln, blieben derartige Vermerke unberücksichtigt.

Zum Geschäftsgang gehörte, daß am Tag der Beratung eine **Notiz im Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger** erschien, die ohne Erläuterung allein das Stattfinden einer Sitzung meldete. Vor allem bei einigen vertraulichen Beratungen bzw. solchen mit vertraulichen Tagesordnungspunkten

⁹⁹ Bd. 165, Bl. 36.

¹⁰⁰ Ebd., Bl. 102. – Die Notiz von 1924 nach der Paraphe vermutlich von Bürovorsteher Schneider.

¹⁰¹ Das Protokoll vom 8. Oktober 1916 zur zukünftigen staatsrechtlichen Gestaltung Polens wurde z.B. nur den vier unmittelbar mit dem Problem befaßten Teilnehmern in Abschrift zur Verfügung gestellt, während die anderen Exemplare unter Verschuß blieben und erst nach dem Rücktritt Bethmann Hollwegs verteilt wurden: vgl. ebd., Bl. 226–227. Vom Protokoll der Sitzung am 19. August 1916 zur politischen und militärischen Lage waren Abschriften „nur auf Verlangen der beteiligten [...] Minister zu verabfolgen“ (ebd., Bl. 187v).

¹⁰² Bd. 162, Bl. 128, Anweisung zum Protokoll der Sitzung am 16.10.1913.

wurde verfügt, daß keine Zeitungsmeldungen erfolgen sollten.¹⁰³ Es gehörte zu den Ausnahmen, wenn Zusatzinformationen gegeben wurden, wie z.B. für die Sitzungen des Staatsministeriums am 3. und 16. September 1918, als vermerkt wurde, daß sie „unter dem Vorsitz seines Präsidenten Reichskanzler Grafen von Hertling“¹⁰⁴ stattfanden. Geradezu außergewöhnlich war es, daß im „Politischen Tagesbericht“ die Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 17. September 1911 über Beschlüsse des Staatsministeriums vom Vortage berichtete, die zur Milderung der Folgen der im Lande herrschenden großen Dürre dienen sollten.¹⁰⁵

Unter den Protokollen von 1909 bis 1918 nimmt eine Reihe von Stücken zu **Disziplinar- und Pensionssachen** eine Sonderstellung ein, wie auch die entsprechenden Beratungen des Ministeriums selbst sich von den „regulären“ unterscheiden. Gewöhnlich wurden diese Personalien an gesonderten Terminen unter Teilnahme allein der jeweiligen Ressortchefs und ihrer Referenten geklärt.¹⁰⁶ Die darüber verfaßten Protokolle enthalten außer den Namen der Anwesenden nur die Zahl der behandelten Fälle sowie den Standardhinweis, daß hierzu besondere (Teil-) Protokolle angefertigt worden seien. Diese wurden schon zeitgenössisch besonders behandelt und in den separierten Aktengruppen des Staatsministeriums Rep. 90, Annex F: Disziplinaruntersuchungen bzw. Rep. 90, Annex H: Zwangspensionierungen, die, wie Stichproben ergaben, in großer Vollständigkeit und gut geordnet überliefert sind, gesammelt. Da es sich zumeist um äußerst spezielle personalrechtliche Entscheidungen über nicht akademisch gebildete Subalternbeamte handelt, wurde die editorische Entscheidung getroffen, diese (Teil-)Protokolle nicht gesondert nachzuweisen und zu erschließen. Das hat zwar die Konsequenz, daß Namen, Wohnort und Dienststellung der jeweiligen Beamten sowie der Streitgegenstand nicht in die Register mit aufgenommen wurden, dies alles läßt sich aber leicht anhand der Aktenvermerke auf den (Haupt-)Protokollen oder aus den Tagesordnungen ermitteln und ggf. für spezielle biographische, sozial- bzw. lokalgeschichtliche Studien verwerten.

Vorliegender Band basiert zuallererst auf den für 1909 bis 1918 in einer geschlossenen **Aktenreihe** überlieferten Sitzungsprotokollen in der Repositur „Staatsministerium“ (Rep. 90a) des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz.¹⁰⁷ Dieser Bestand aus Reinschriften und vollzogenen Reinschriften ist vollständig erhalten geblieben. Lücken wie z.B. hinsichtlich der schon erwähnten Protokolle vom 16. und 27. Februar 1915 entstanden bereits zur Entstehungszeit der Protokolle,

¹⁰³ Vgl. z.B. betr. Sitzung am 17.2.1911 zur Verfassungsreform in Elsaß-Lothringen in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 13, n.f.

¹⁰⁴ Ebd., Bd. 15, Bl. 131.

¹⁰⁵ Vgl. Nr. 219 v. 17.9.1911.

¹⁰⁶ Zum staatsrechtlichen Aspekt dieser verwaltungsgerichtlichen Tätigkeit des Staatsministeriums vgl. *Rietdorf*, Das Preußische Staatsministerium, S. 55 f.

¹⁰⁷ I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 158–167, sowie die Kronratsprotokolle: Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bd. VI.

und es wird editorisch im Rahmen des nur begrenzt zur Verfügung stehenden Raumes versucht, hierauf einzugehen. Die Hauptüberlieferung kann ergänzt werden durch einzelne Entwürfe unterschiedlichen Reifegrades sowie während der Sitzungen angefertigte Notizen¹⁰⁸ des Unterstaatssekretärs Heinrichs aus dessen Nachlaß. Vor allem letztere ermöglichen die teilweise Rekonstruktion nicht erhaltener Stücke oder nur mit inhaltsleeren Aussagen erfaßter Tagesordnungspunkte. Daneben finden sich in großer Zahl Abschriften bzw. Teilabschriften von Protokollen vor allem in den Sachakten des Staatsministeriums selbst, der preußischen Ressortministerien, aber auch der Reichskanzlei und oberster Reichsämtler. Hier nimmt das Auswärtige Amt durch seine Doppelfunktion auch als preußisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten sowie der Leitung durch Ministerpräsidenten und Reichskanzler in Personalunion auch als Außenminister eine Sonderstellung ein. Ebenso muß erneut auf den mehr als 1000 Nummern umfassenden, vollständig überlieferten Bestand „Staatsministerialsachen“ des Reichsamtes des Innern verwiesen werden, der aufgrund der Funktion seines Chefs als preußischer Minister entstand. Angesichts der besonderen Geschlossenheit dieser Aktengruppe wurde der Versuch unternommen, zusätzlich und ergänzend zu den Hinweisen auf Materialien im Geheimen Staatsarchiv auch auf jene im Bundesarchiv liegenden Quellen zu verweisen.

Die Rolle der **Unterstaatssekretäre im Staatsministerium** beschränkte sich nicht allein auf die Leitung des Büros einschließlich der Erstellung der Staatsministerialsitzungsprotokolle im organisatorisch-technischem Sinne. In einer Reihe von Beratungen ergriffen sie selbst das Wort, und zwar dann, wenn es um die zahlreichen Ordens- und Titelverleihungen mit Namenslisten von wiederholt mehr als 1000 Positionen sowie Disziplinar- und Pensionssachen ging. Handelte es sich bei den personalrechtlichen Fragen um wichtige, die Funktionsfähigkeit der preußischen Bürokratie beeinflussende Probleme, besaßen die Ehrungen und Dekorierungen einen hohen Stellenwert im Selbstverständnis der Wilhelminischen Gesellschaft.

Zu den unmittelbar sich aus der Dienststellung ergebenden Aufgaben gehörten weiterhin die Aufbereitung der dem Staatsministerium zugehenden Materialien und die Entscheidung über deren Einspeisung in den Geschäftsgang. Von besonderer Bedeutung war dies bei den Vorlagen und Voten zu verschiedenen Tagesordnungspunkten von Staatsministerialsitzungen, über die von Fall zu Fall knappe Ausarbeitungen für den Vorsitzenden angefertigt wurden, deren Tendenz — bei aller versuchten Objektivität in der Darstellung — natürlich Einfluß auf die Meinungsbildung des

¹⁰⁸ Es handelt sich hierbei um vermutlich unmittelbare, zumeist nur stichpunktartige und kaum interpunktierte Mitschriften während der Besprechung in äußerst flüchtiger Handschrift mit zahlreichen individuellen Abkürzungen, teilweise in einem gleichmäßigeren Duktus ergänzt und bearbeitet. Die Entzifferung ist aber insgesamt und wegen Verwischungen des Bleistifts verschiedentlich nicht sicher.

Ministerpräsidenten besaß, vor allem, wenn es sich um Themen handelte, die fern lagen bzw. wenn zu wenig Zeit zur intensiven Beschäftigung mit der Materie durch letzteren blieb. Ebenso basierten zahlreiche Schreiben des Minister- und Vizepräsidenten bzw. des Gesamtministeriums auf Entwürfen, die die Unterstaatssekretäre konzipiert hatten.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Indizien, daß die Unterstaatssekretäre im Staatsministerium an einer Schaltstelle in der gesamten Ministerialbürokratie saßen und auch selbst mit Aufgaben von politischer Bedeutung befaßt waren. P. v. Guenther war der Kommissar des Ministerpräsidenten bei den Landtagsverhandlungen zur Wahlrechtsreform 1910¹⁰⁹ und A. Heinrichs der Kommissar des Bundesrats für die Behandlung der U-Boot-Frage in der Haushaltskommission des Reichstages¹¹⁰. Ebenso war er mit der Vertretung des Staatsministeriums bei den während des Weltkrieges eingeführten wöchentlichen Informationen des Auswärtigen Amtes zur außenpolitischen Lage beauftragt worden.¹¹¹ Schließlich, und von der Bedeutung her den vorstehenden Beispielen mindestens gleichwertig, war das Wirken Heinrichs' bei personalpolitischen Entscheidungen nicht nur im oben beschriebenen Rahmen, sondern auch auf höchster Ebene wie im Zusammenhang mit der Rücktrittsdrohung Schorlemers im Februar 1917¹¹² oder der Berufung von Otto Rüdling zum Staatssekretär des Reichspostamtes¹¹³, ohne daß damit die Rolle der Hauptakteure von Wilhelm II. über Personen aus seinem Hofstaat bis hin zu den anderen Ministern und den Reichsstaatssekretären verkleinert werden soll. Dabei wird vieles von der Persönlichkeit des jeweiligen Amtsinhabers sowie der Art und Weise seiner Zusammenarbeit mit dem Ministerpräsidenten abhängig gewesen sein.

Dies sind aber Fragen, die über die im vorliegenden Band edierten Protokolle hinausreichen und auf ein noch unzureichend bearbeitetes, aber Ertrag verheißendes Forschungsfeld weisen, wie auch insgesamt zu wünschen ist, daß die vorgelegten Regesten zu den Staatsministerialprotokollen anregend auf die Geschichtsschreibung zum Anfang des 20. Jahrhunderts wirken.

¹⁰⁹ Vgl. Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 11, Bl. 93.

¹¹⁰ Vgl. Rep. 90, Annex J Nr. 2, n.f., Notiz über die Berufung des Unterstaatssekretärs am 27.3.1916.

¹¹¹ Vgl. Sitzung am 17.8.1915, TOP 3.

¹¹² Vgl. Sitzung am 12.2.1917, TOP 1.

¹¹³ Vgl. Sitzung am 28.7.1917, TOP 1. Ferner: Rep. 90, Nr. 2351, Bl. 41–42v, Aktennotiz Heinrichs' v. 30.7.1917.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|-----------------|---|
| a.D. | = außer Dienst |
| A.u.S.-Rat | = Arbeiter- und Soldatenrat |
| AA | = Auswärtiges Amt |
| Abschr. | = Abschrift |
| Abt. | = Abteilung |
| ADAV | = Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein |
| ADGB | = Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund |
| AdW | = Akademie der Wissenschaften |
| AG | = Aktiengesellschaft |
| AGerR | = Amtsgerichtsrat |
| AH | = Abgeordnetenhaus |
| AK | = Armeekorps |
| AKO | = Allerhöchste Kabinettsorder |
| Altlib./altlib. | = Altliberale/altliberal |
| AMinr. | = Außenminister |
| Amtm. | = Amtmann |
| AmtsAss. | = Amtsassessor |
| Amtsger. | = Amtsgericht |
| AmtsHptm. | = Amtshauptmann |
| Anl. | = Anlage |
| ao. | = außerordentlich |
| AOK | = Armeeoberkommando |
| AppGer. | = Appellationsgericht |
| AppGerR | = Appellationsgerichtsrat |
| AppGerSekr. | = Appellationsgerichtssekretär |
| AR | = Aufsichtsrat |
| Ass. | = Assessor |
| Aufl. | = Auflage |
| [B] | = Beschluß |
| BArch | = Bundesarchiv |
| BauR | = Baurat |
| BdI | = Bund der Industriellen |
| BdL | = Bund der Landwirte |
| BergAss. | = Bergassessor |
| BergHptm. | = Berghauptmann |
| BergR | = Bergrat |
| BergRef. | = Bergreferendar |
| Bevollm. | = Bevollmächtigter |
| Bez. | = Bezirk |
| BezAmtm. | = Bezirksamtman |
| BezPräs. | = Bezirkspräsident |
| BezR | = Bezirksrat |
| BGB | = Bürgerliches Gesetzbuch |
| Bgm. | = Bürgermeister |

| | |
|------------|--|
| bkF | = bei keiner Fraktion |
| BundesR | = Bundesrat |
| DDP | = Deutsche Demokratische Partei |
| Dept. | = Departement |
| DFP | = Deutsche Fortschrittspartei |
| DFsP | = Deutsche Freisinnige Partei |
| Dir. | = Direktor |
| Div. | = Division |
| DivKdr. | = Divisionskommandeur |
| DkP | = Deutschkonservative Partei (ab 1876) |
| DLG | = Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft |
| DNVP | = Deutschnationale Volkspartei |
| Dok. | = Dokument |
| Doz. | = Dozent |
| DRP | = Deutsche Reichspartei |
| Drucks. | = Drucksache |
| Dtld. | = Deutschland |
| DVLP | = Deutsche Vaterlandspartei |
| DVP | = Deutsche Volkspartei |
| ev. | = evangelisch |
| Exz. | = Exzellenz |
| FinMinm. | = Finanzministerium |
| FinMinr. | = Finanzminister |
| FinR | = Finanzrat |
| Frh. | = Freiherr |
| Fst. | = Fürst |
| Fstm. | = Fürstentum |
| FsVg | = Freisinnige Vereinigung |
| FsVP | = Freisinnige Volkspartei |
| FVP | = Fortschrittliche Volkspartei |
| Geh. | = Geheimer |
| GehOFinR | = Geheimer Oberfinanzrat |
| GehOJusR | = Geheimer Oberjustizrat |
| GehR | = Geheimer Rat/Geheimrat |
| Gen. | = General |
| Gen.d.Inf. | = General der Infanterie |
| Gen.d.Kav. | = General der Kavallerie |
| GenDir. | = Generaldirektor |
| GenGouv. | = Generalgouverneur |
| GenKdo. | = Generalkommando |
| GenKom. | = Generalkommissar |
| GenKomm. | = Generalkommission |
| GenLtn. | = Generalleutnant |
| GenMaj. | = Generalmajor |
| GenSekr. | = Generalsekretär |
| Ger. | = Gericht |
| GerAss. | = Gerichtsassessor |
| GerRef. | = Gerichtsreferendar |
| Ges. | = Gesellschaft |
| Gf. | = Graf |

| | |
|-------------|--|
| Gfscht. | = Grafschaft |
| Ghzg. | = Großherzog |
| Ghzgtm. | = Großherzogtum |
| Gouv. | = Gouverneur |
| Gr.GenStab | = Großer Generalstab |
| GS | = Preußische Gesetzsammlung |
| GStAPK | = Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem |
| Gutsbes. | = Gutsbesitzer |
| GWU | = Geschichte in Wissenschaft und Unterricht |
| HA | = Hauptabteilung |
| HandMinm. | = Ministerium für Handel u. Gewerbe |
| HandMinr. | = Handelsminister |
| HAPAG | = Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Actien-Gesellschaft |
| HH | = Herrenhaus |
| Hilfsarb. | = Hilfsarbeiter |
| HK | = Handelskammer |
| HofR | = Hofrat |
| Hptm. | = Hauptmann |
| Hrsg./hrsg. | = Herausgeber/herausgegeben |
| Hs./hs. | = Handschrift/handschriftlich |
| Hzg. | = Herzog |
| Hzgtm. | = Herzogtum |
| i.d.R. | = in der Regel |
| i.e.R. | = im einstweiligen Ruhestand |
| i.R. | = im Ruhestand |
| Inf. | = Infanterie |
| Inf.-Abt. | = Infanterieabteilung |
| Inf.-Rgt. | = Infanterieregiment |
| interim. | = interimistisch |
| Jg./Jgg. | = Jahrgang/Jahrgänge |
| JMinBl. | = Justizministerialblatt |
| JMinm. | = Justizministerium |
| JMinr. | = Justizminister |
| JusR | = Justizrat |
| k.u.k. | = kaiserlich und königlich |
| Kab. | = Kabinett |
| KabR | = Kabinettsrat |
| kath. | = katholisch |
| Kav. | = Kavallerie |
| Kdo. | = Kommando |
| Kdr. | = Kommandeur |
| KEA | = Kriegsernährungsamt |
| KG | = Kammergericht |
| KGAss. | = Kammergerichtsassessor |
| KGR | = Kammergerichtsrat |
| Kgr. | = Königreich |
| KO | = Kabinettsorder |
| KolAbt. | = Kolonialabteilung |
| KolDir. | = Kolonialdirektor |

| | |
|----------------|--|
| KolR | = Kolonialrat |
| Kom. | = Kommissar |
| Komm. | = Kommission |
| kommand. | = kommandierend(e) |
| kommissar. | = kommissarisch |
| kons. | = konservativ |
| KonsR | = Konsistorialrat |
| KoP | = Konservative Partei |
| KPD | = Kommunistische Partei Deutschlands |
| KR | = Kronrat |
| KrMinm. | = Kriegsministerium |
| KrMinr. | = Kriegsminister |
| Krs. | = Kreis |
| KrsAss. | = Kreisassessor |
| KrsDir. | = Kreisdirektor |
| KrsGer. | = Kreisgericht |
| KrsGerR | = Kreisgerichtsrat |
| KrsHptm. | = Kreishauptmann |
| KuMinm. | = Kultusministerium |
| KuMinr. | = Kultusminister |
| LandMinm. | = Ministerium für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten |
| LandMinr. | = Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten |
| LandR | = Landrat |
| LegR | = Legationsrat |
| LegSekr. | = Legationssekretär |
| LG | = Landgericht |
| LGR | = Landgerichtsrat |
| Lib. | = Liberale |
| LT | = Landtag |
| Ltg. | = Leitung |
| Ltn. | = Leutnant |
| Ltr. | = Leiter |
| MAA | = Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten |
| Maj. | = Major |
| MdA | = Mitglied des Abgeordnetenhauses |
| MdH | = Mitglied des Herrenhauses |
| MdI | = Ministerium des Innern/Innenministerium |
| MdLT | = Mitglied des Landtags |
| MdLV | = Mitglied der Landesversammlung |
| MdNatVers. | = Mitglied der Nationalversammlung |
| MdProvAusschuß | = Mitglied des Provinzialausschusses |
| MdProvLT | = Mitglied des Provinziallandtags |
| MdR | = Mitglied des Reichstags |
| MdStR | = Mitglied des Staatsrats |
| MedR | = Medizinalrat |
| MF | = Microfiche |
| MGM | = Militärgeschichtliche Mitteilungen |
| MinAbt. | = Ministerialabteilung |
| MinBl. | = Ministerialblatt |
| MinDir. | = Ministerialdirektor |
| Minm. | = Ministerium |
| Minm.öA | = Ministerium der öffentlichen Arbeiten |

| | |
|-----------------|--|
| MinPräs. | = Ministerpräsident |
| MinR | = Ministerialrat |
| Minr. Kgl. Haus | = Minister des Königlichen Hauses |
| Minr. | = Minister |
| Minr.dI | = Minister des Innern/Innenminister |
| Mitgl. | = Mitglied |
| MöA | = Minister der öffentlichen Arbeiten |
| MS | = Manuskript |
| ms. | = maschinenschriftlich |
| n.f. | = nicht foliiert |
| NatVers. | = Nationalversammlung |
| NL | = Nachlaß |
| NLP | = Nationalliberale Partei |
| OAmtm. | = Oberamtmann |
| OB | = Oberbürgermeister |
| OBauR | = Oberbaurat |
| OBergA | = Oberbergamt |
| OBergABez. | = Oberbergamtsbezirk |
| OBergADir. | = Oberbergamtsdirektor |
| OBergHptm. | = Oberberghauptmann |
| OBergR | = Oberbergat |
| Oberstltn. | = Oberstleutnant |
| OHL | = Oberste Heeresleitung |
| OJusR | = Oberjustizrat |
| OKdo. | = Oberkommando |
| OKirchenR | = Oberkirchenrat |
| OKonsR | = Oberkonsistorialrat |
| OLG | = Oberlandesgericht |
| OLGBez. | = Oberlandesgerichtsbezirk |
| OLGR | = Oberlandesgerichtsrat |
| OLKulturA | = Oberlandeskulturamt |
| OLKulturger. | = Oberlandeskulturgericht |
| Oltm. | = Oberleutnant |
| OPostR | = Oberpostrat |
| OPräs. | = Oberpräsident |
| OPräsR | = Oberpräsidialrat |
| ORegR | = Oberregierungsrat |
| Org. | = Organisation |
| OStAnw. | = Oberstaatsanwalt |
| OVG | = Oberverwaltungsgericht |
| OVGR | = Oberverwaltungsgerichtsrat |
| PA | = Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn |
| PD | = Privatdozent |
| PolDir. | = Polizeidirektor |
| polit. | = politisch |
| PolPräs. | = Polizeipräsident |
| PostR | = Postrat |
| Präs. | = Präsident |
| preuß. | = preußisch |
| Prot. | = Protokoll |
| Prov./prov. | = Provinz/provinzial |

| | |
|-------------|---------------------------------------|
| provis. | = provisorisch |
| ProvKomm. | = Provinzialkommission |
| ProvLT | = Provinziallandtag |
| ProvR | = Provinzialrat |
| ProvSchulR | = Provinzialschulrat |
| ProvVerw. | = Provinzialverwaltung |
| | |
| RAdI | = Reichsamt des Innern |
| RAMinr. | = Reichsaußenminister |
| RArbA | = Reichsarbeitsamt |
| RArbMinm. | = Reichsarbeitsministerium |
| RArbMinr. | = Reichsarbeitsminister |
| RdV | = Rat der Volksbeauftragten |
| RechR | = Rechnungsrat |
| Rechtsanw. | = Rechtsanwalt |
| Ref. | = Referendar |
| Reg. | = Regierung |
| RegAss. | = Regierungsassessor |
| RegBez. | = Regierungsbezirk |
| RegDir. | = Regierungsdirektor |
| RegPräs. | = Regierungspräsident |
| RegR | = Regierungsrat |
| RegRef. | = Regierungsreferendar |
| ReichsR | = Reichsrat |
| Reinschr. | = Reinschrift |
| REisenbahnA | = Reichseisenbahnamt |
| Res. | = Reserve |
| RFinMinm. | = Reichsfinanzministerium |
| RFinMinr. | = Reichsfinanzminister |
| RFKP | = Reichs- und Freikonservative Partei |
| RG | = Reichsgericht |
| RGBL. | = Reichsgesetzblatt |
| RGR | = Reichsgerichtsrat |
| Rgt. | = Regiment |
| RgtKdr. | = Regimentskommandeur |
| rhein. | = rheinisch |
| Rittm. | = Rittmeister |
| RJA | = Reichsjustizamt |
| RJMinr. | = Reichsjustizminister |
| RK | = Reichskanzlei |
| Rklr. | = Reichskanzler |
| RKola | = Reichskolonialamt |
| RKolR | = Reichskolonialrat |
| RKom. | = Reichskommissar |
| RMarineA | = Reichsmarineamt |
| RMdI | = Reichsministerium des Innern |
| RMinr. | = Reichsminister |
| RPA | = Reichspostamt |
| RPMinr. | = Reichspostminister |
| RPräs. | = Reichspräsident |
| RSA | = Reichsschatzamt |
| RSchMinr. | = Reichsschatzminister |
| RStS | = Reichsstaatssekretär |
| RT | = Reichstag |

| | |
|-----------------|--|
| RVMinm. | = Reichsverkehrsministerium |
| RVMinr. | = Reichsverkehrsminister |
| RVO | = Reichsversicherungsordnung |
| RWeMinm. | = Reichswehrministerium |
| RWeMinr. | = Reichswehrminister |
| RWiA | = Reichswirtschaftsamt |
| RWiMinm. | = Reichswirtschaftsministerium |
| RWiMinr. | = Reichswirtschaftsminister |
| RWiR | = Reichswirtschaftsrat |
| SAP | = Sozialistische Arbeiterpartei |
| Sekr. | = Sekretär |
| SPD | = Sozialdemokratische Partei Deutschland |
| Spezialkom. | = Spezialkommissar |
| StadtGerR | = Stadtgerichtsrat |
| StadtHptm. | = Stadthauptmann |
| StadtR | = Stadtrat |
| StAnw. | = Staatsanwalt |
| StAnwR | = Staatsanwaltschaftsrat |
| Stellv./stellv. | = Stellvertreter/stellvertretend |
| StenBerAH | = Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten |
| StenBerBundesR | = Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Bundesrats |
| StenBerHH | = Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Herrenhauses |
| StenBerRT | = Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags |
| StKom. | = Staatskommissar |
| StMinm. | = Staatsministerium |
| StMinr. | = Staatsminister |
| StR | = Staatsrat |
| StS | = Staatssekretär |
| Suppl. | = Supplement |
| TH | = Technische Hochschule |
| TO | = Tagesordnung |
| TOP | = Tagesordnungspunkt |
| Univ. | = Universität |
| USPD | = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| UStS | = Unterstaatssekretär |
| Verf. | = Verfassung |
| Verw. | = Verwaltung |
| VerwGerDir. | = Verwaltungsgerichtsdirektor |
| VerwGerR | = Verwaltungsgerichtsrat |
| VerwR | = Verwaltungsrat |
| Vizeklr. | = Vizekanzler |
| Vizepräsi. | = Vizepräsident |
| VO | = Verordnung |
| VOBl. | = Verordnungsblatt |
| vollz. | = vollzogen |
| Vors. | = Vorsitzender |

| | |
|------------|--|
| Vorst. | = Vorstand/Vorsteher |
| Votr. | = Vortragender |
| VotrR | = Vortragender Rat |
| Wako | = Waffenstillstandskommission |
| Wirkl. | = Wirklich/Wirklicher |
| WissMinm. | = Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung |
| WissMinr. | = Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung |
| WohlfMinm. | = Ministerium für Volkswohlfahrt |
| WTB | = Wolff'sches Telegraphenbüro |
| ZBl. | = Zentralblatt |
| ZDI | = Zentralverband Deutscher Industrieller |
| ZEG | = Zentral-Einkaufs-Gesellschaft |
| Zentrum | = Zentrumsparterie |
| Zivilkab. | = Zivilkabinett |
| Zivilkom. | = Zivilkommissar |
| Zivilverw. | = Zivilverwaltung |
| Ztg. | = Zeitung |

Nr. 1 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juli 1909.

Vollz. Reinschr., Bd. 158, Bl. 200–202v; MF 945.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Guenther.

1. Ernennung von Sydow zum Minister für Handel und Gewerbe und Amtseinführung von Trott zu Solz als neuer Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. — Erklärung Bethmann Hollwegs zur politischen Lage. Keine grundsätzliche Änderung der sachlichen Politik. Er will mit den Konservativen, einem möglichst großen Teil der Liberalen und unter weiterer Beteiligung des Zentrums arbeiten. Wirtschaftspolitisch sind der Abschluß bzw. die Verlängerung der Handelsabkommen mit Amerika sowie mit England geplant; in Preußen namentlich die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes und die innere Kolonisation sowie weiterhin die Verwaltungsreform. Notwendigkeit der Einheitlichkeit bei Regierungsaktionen, weshalb der Ministerpräsident um die Unterstützung durch die anderen Staatsminister bittet. — 2. Die geplante Enteignung im Ansiedlungsgebiete.² Wünsche der Ansiedlungskommission nach baldigem Beginn. Bethmann Hollweg zufolge ist aber die Enteignungsbefugnis [...] eigentlich nur als Drohmittel [...] Gesetz geworden. Wegen der Gefahr von unerwünschten Folgen Vertagung der Entscheidung bis Mitte September. [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Einem.

² Auf der Basis des Gesetzes über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westfalen und Posen v. 20.3.1908, GS, S. 29. Vgl. umfangreiches Material, u.a. Listen von Gütern, in: Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 3, n.f.

Nr. 2 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juli 1909.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 158, Bl. 203–211; MF 945.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Arnim, Moltke, Trott zu Solz. — Prot.: P. Frh. v. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Fleck [für Breitenbach zu 6, U], Frh. v. Schoen [U], H. v. Guenther [zu 1], v. Schwartzkoppen [zu 1], Scheüch [zu 1], Gramsch [zu 2], Altmann, Werner [beide zu 5], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister [beide zu 6].

1. Ordenssachen. [B] — 2. Fortführung der Landerwerbspolitik der Ansiedlungskommission.² Nach Durchführung der Reichsfinanzreform besteht die Möglichkeit, mit der Enteignung vorzugehen, was der wachsende Übermut der Polen [...] erheblich erleichtert.

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Breitenbach, Sydow. — Kriegsminister v. Einem war weder anwesend, noch unterschrieb er das Prot., obwohl er bis zum 11.8.1909 im Amt war und das Dokument ihm hätte vorgelegt werden müssen: vgl. Bl. 211.

² Vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 3, n.f., hier auch eine Aufzeichnung, die von Gramsch an Rheinbaben auf der Sitzung übergeben und versiegelt zu dem Auszug zu TOP 2 in die Spezialakten über das Enteignungsgesetz genommen wurde.

Österreichische Einsprüche³ sind kaum zu erwarten. [B] — 3.–4. Ordenssachen. [B] — 5. Zwei Pensionssachen⁴. [B] — 6. Fünf Disziplinarsachen⁴. [B]

³ Vgl. Mitter, Armin, *Imperialismus und nationale Identität. Die polnische Frage in der deutschen Politik gegenüber Rußland und Österreich-Ungarn 1904 bis 1914*, phil. Diss. Berlin AdW 1988 (MS), S. 167.

⁴ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 3 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Juli 1909.

Reinschr., Bd. 158, Bl. 212; MF 945.

Anwesend: Delbrück [V], Beseler, Moltke, Trott zu Solz. — Prot.: P. Frh. v. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Fleck [für Breitenbach], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann.

Zwölf Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.

Nr. 4 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Oktober 1909.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 158, Bl. 213–225v, 227–229; MF 945.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Sydow, Trott zu Solz. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [für Heeringen], Frh. v. Schoen [U], Mandel [zu 2], H. v. Guenther.

(1. Ordenssachen. Einverständnis über die tunlichste Einschränkung der Ordensvorschläge für Parlamentarier. [B]) — 2. Elsaß-Lothringen. Fortbildung der [...] Verfassung.² Nach Delbrück muß man vom provisorischen Charakter der staatsrechtlichen Beziehungen der Reichslande zum Reich wegkommen. Möglichkeiten für die bundesstaatliche Gleichberechtigung: In Zukunft eigener Landtag mit Gesetzgebung unter Ausschaltung des Reichstags auch bei Verfassungsänderungen sowie Vertretung im Bundesrat. Frage eines gleichen geheimen Wahlrechts für den Landesausschuß. Zunehmende Annäherung großer Teile der Bevölkerung an Deutschland. Keine Schwächung

¹ Gelesen [U]: Moltke, Heeringen.

² Vgl. das Votum Bülow's v. 11.2.1909 in: Rep. 90a, A VII 1 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 191–203v. Auch in: Rep. 84a (D), Nr. 6342, Bl. 65–90 sowie weitere Voien. Das Votum des Justizministers Bl. 115–123. Ferner in: BArch, RA I Nr. 15684. Mit Bezug auf das Prot.: Rauh, Manfred, *Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches*, Düsseldorf 1977, S. 211–218. Auf breiter Literaturbasis: Wehler, Hans-Ulrich, *Elsaß-Lothringen von 1870 bis 1918. Das „Reichsland“ als staatsrechtlich politisches Problem des zweiten deutschen Kaiserreiches*, in: *Zeitschrift f. d. Geschichte d. Oberrheins* 109 (1961), S. 166–175. Zur im Staatsministerium diskutierten Theorie Paul Labands von der Stellung der Bundesstaaten zum Reich vgl. Schönberger, Christoph, *Das Parlament im Anstaltsstaat. Zur Theorie parlamentarischer Repräsentation in der Staatsrechtslehre des Kaiserreiches (1871–1918)*, Frankfurt/M. 1997, S. 96–100.

Preußens im Bundesrat. *Vom bestehenden Landesausschuß ist keine radikale Verfassungspolitik zu erwarten. Haltung der katholischen und evangelischen Geistlichkeit. Keine Änderung der Verhältnisse bezüglich der Eisenbahnen.*

Nr. 5 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Oktober 1909.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 158, Bl. 232–251, 2 Anlagen: Bl. 252–253; MF 945/946. — Teildruck [TOP 8]: Idee und Wirklichkeit einer Universität. Dokumente zur Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, hrsg. v. Wilhelm Weischedel u.a., Berlin 1960, S. 519–522.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim [zu 3–8], Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: Wermuth [U], H. v. Guenther.

1. Amtseinführung¹ von Heeringen als Kriegsminister. — **(2. Tagegelder und Reisekosten der Beamten im Reich und in Preußen².** *Es sollen künftig Nebeneinnahmen durch Dienstreisen ausgeschlossen werden.*) — **3. Drei Ernennungen, u.a. v. Dallwitz zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und von T. v. Jagow zum Polizeipräsidenten für Berlin.** [B] — **(4. Wahlbeteiligung der Beamten.** *Den in Ausübung ihrer Wahlpflicht sehr lässigen Staatsbeamten sollen einzig Freistellungen in weitestem Maße möglich gemacht werden.*³ *Weitere Einflußnahme kann nach Meinung Bethmann Hollwegs höchstens unter der Hand, aber nicht offiziell geschehen.* [B]) — **5. Termin für die Einberufung des Reichstags.**⁴ *Geplante Vorlagen. Ein Kaligesetz ist angesichts der Lage auf dem Kalimarkte nicht mehr so dringlich.* [B] — **6. Titelverleihungen⁵, u.a. an den Industriellen Duisberg. Verleihungsgrundsätze.** [B] — **7. Nordschleswig: Der Andrang der Bevölkerung in die dänischen Volkshochschulen und die notwendige Stärkung des Deutschtums⁶ v.a. durch Hebung des ländlichen Kreditwesens und innere Kolonisation sowie Entwicklung der ländlichen Fortbildungs- und Fachschulen.** [B] — **8. Die Althoffschen Pläne für Dahlem⁷ zur Errichtung von Universitätsinstituten, der landwirtschaftlichen Hochschule sowie von Reichs- und preußischen Regierungsbauten.** [B]

¹ Über den Amtseid wurde ein besonderes [...] Protokoll aufgenommen – vgl. Anlage 1 zum Prot., Bl. 252–252v.

² Vgl. ein Votum des Finanz- und des Innenministers v. 26.4.1909 mit einem Entwurf eines Runderlasses und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 773, n.f.; Rep. 151, I B Nr. 5194, n.f., u.a. Voten der Minister sowie eine Sammlung der Regelungen in den Bundesstaaten.

³ Vgl. dazu das in: Rep. 90, Nr. 307, n.f., liegende, zu den Reichstagswahlen 1907 ergangene Rundschreiben des Innenministers an alle Regierungspräsidenten v. 27.12.1906, auf das in einer Randnotiz auf einer Abschrift des TOP verwiesen wurde.

⁴ Vgl. den Antrag Bethmann Hollwegs (auf Kopfbogen des Reichsamts des Innern) an Wilhelm II. zur Einberufung zum 30.11.1909 und weiteres Material in: Rep. 89, Nr. 213, u.a. Bl. 134–136v ein Immediatbericht des Reichskanzlers v. 23.11.1909.

⁵ Vgl. Rep. 90, Nr. 2006, n.f. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15797.

⁶ Vgl. mit vielen Einzelbeispielen: Petersen, Thomas P., *Preußens Sprachpolitik in Nordschleswig, rechtswiss. Diss. Münster 1995*, v.a. S. 194–336, zur Rolle der Volkshochschulen S. 245.

⁷ Vgl. Rep. 90, Nr. 452a. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15789. – In dem Band „Idee und Wirklichkeit einer Universität...“ (s. Dokumentenkopf) S. 487–524 u. 531–534, auch Voten und weitere Dokumente.

Nr. 6 Sitzung des Staatsministeriums am 22. November 1909.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 158, Bl. 256–278v; MF 946. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 10, Bl. 152–164v; Rep. 77, Tit. 496a Nr. 179 Bd. 2, Bl. 178–199v.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Guenther.

Reform des preußischen Wahlrechts.¹ *Wilhelm II. will damit in Ruhe gelassen werden. Termindruck durch die öffentliche Meinung und die nächste Reichstagswahl*². *Reformbeginn im kommenden Winter. Die Haltung der Parteien bis zur Veröffentlichung der Vorlage. Es wird die konservative Partei bis dahin kein Vertrauen in die Regierung haben, und die Nationalliberalen werden schwer zu praktischer Politik zu gewinnen sein. Die notwendige Entscheidung zwischen den Wahlsystemen. Man kann dabei mit gutem Gewissen die Grundlagen des bisherigen Wahlrechts aufrechterhalten und lediglich Ausartungen [...] beseitigen. Ablehnung eines Pluralwahlsystems und der Berufung von berufsständischen Vertretern. Einzelheiten, u.a. zum Aufrücken der Bildungsträger in eine höhere Wählerabteilung. Bedeutung der Reform für Deutschland. Da Süddeutschland in steigendem Maße der Demokratie verfällt, beruht die gedeihliche Entwicklung des Reichs immer mehr auf Preußen allein. [B]*

¹ *Vgl. den Gesetzentwurf v. 27.10.1909 in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 10, Bl. 2–151, hier auch weiteres Material. Zur Vorbereitung Rep. 77, Tit. 496a Nr. 179 Bd. 1 u. 2. Vorbereitende Statistiken zur Denkschrift des Regierungsrats Meinecke v. 24.12.1907 und der Ergänzung von 1911 in: Beiakte 1c. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15811. Zu den Sitzungen vom 22.11.1909 bis 26.5.1910 die ausführliche Darstellung bei Kühne, Thomas, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994, S. 529–569, hier S. 531–533.*

² *Wurde für den Winter 1910/11 erwartet, fand aber erst am 12.1.1912 statt.*

Nr. 7 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Dezember 1909.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 158, Bl. 280–296v, Anlage: Bl. 297; MF 946/947.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: [H. v. Guenther, zu 1–4, U¹], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 5].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Schoen [U], Wermuth [U], Lisco [U], Wahnschaffe, v. Velsen, Frh. v. Falkenhausen [beide zu 4], H. v. Guenther.

(1. Termin für die Einberufung des Landtags. [B] — 2. Sechs Ernennungen. [B] — 3. Kattowitzer

¹ *Nur mit der Paraphe G¹⁵/₁₂ abgezeichnet.*

Vorgänge.² Maßregelung von Beamten durch die Oppelner Regierung wegen Stimmabgabe für polnische Kandidaten bei den Stadtverordnetenwahlen. Niemand soll aber in solchen Fällen disziplinarisch bestraft werden. Er ist vielmehr nur zu verwarnen oder lediglich im Interesse des Dienstes [...] zu versetzen. Eine drakonische Behandlung allein der Lehrer wird, nach Meinung des Kultusministers, weder vom Zentrum noch von Konservativen und Liberalen [...] gebilligt werden. Man muß mit dem Regierungspräsidenten [...] verhandeln, denn dieser ist in seiner Haltung durch Wilhelm II. bestärkt worden und wird bei einer nachträglichen Änderung der Regierungsverfügung [...] zur Demission veranlaßt werden. [B] — 4. Die jetzigen Schwierigkeiten auf dem Kalimarkte und die Bemühungen um eine gesetzliche Regelung³ sowie das Handelsabkommen mit Amerika⁴. Beurteilung des Kalisyndikats. [B] — 5. Entlastung des Reichsgerichts⁵ u.a. durch Einschränkung von Revisionsmöglichkeiten, um die Zahl der dorthin gelangenden Prozesse nach Möglichkeit zu verringern. [B]

² Vgl. u.a. den Bericht des Regierungspräsidenten v. Oppen an den Innenminister v. 21.11.1909 sowie dessen Immediatbericht v. 24.11.1909 in: Rep. 90, Nr. 467, n.f. Ausführliches Material in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Fasz. aa Nr. 141 Heft 1, Bl. 1–44; ebd., Tit. 253a, Nr. 22 adhib; ebd., Tit. 870 Nr. 47i, Faszikel III. Interne Berichterstattung auch in: BArch, RAAdI Nr. 6104, Bl. 179–261.

³ Vgl. das Votum des Handelsministers v. 22.11.1909, der Gesetzentwurf und weiteres Material in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 63 Bd. 1, Bl. 205–263v. Ein Auszug des Votums bei: Nussbaum, Helga, Die Investitionsstrategie staatlicher und privater Unternehmen unter den Bedingungen eines gesetzlichen Zwangssyndikats (Deutsche Kaliindustrie bis 1914), in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, hrsg. v. Lotte Zumppe, Berlin 1976, S. 81–83. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15803. Zum Syndikat: Blaich, Fritz, Kartell- und Monopolpolitik im kaiserlichen Deutschland. Das Problem der Marktmacht im deutschen Reichstag zwischen 1879 und 1914, Düsseldorf 1973, S. 159–174. – Vgl. das Gesetz über den Absatz von Kalisalzen v. 25. Mai 1910, RGBl., S. 775.

⁴ Vgl. Pommerin, Reiner, Der Kaiser und Amerika. Die USA in der Politik der Reichsleitung 1890–1917, Köln, Wien 1986, S. 314–318.

⁵ Vgl. frühe Gesetzentwürfe betr. die Zuständigkeit des Reichsgerichts v. 21.3. u. 15.6.1908 in: Rep. 84a (D), Nr. 16878, Bl. 185–193 u. 198–209, hier auch weiteres Material. Das legislative Verfahren wurde mit einem Schreiben des Reichsjustizamtes v. 5.4.1909 wieder aufgegriffen: ebd., Bl. 363–373. Anschließend eine Denkschrift des GehOJusR Mügel über die Arbeit des Reichsgerichts v. 19.5.1909: Bl. 383–583 sowie Voten. Bl. 635–652, 661 u. 667–695 ein Entwurf v. 5.8. sowie der dem Staatsministerium vorgelegte Entwurf vom 18.10.1909. Bl. 697–702 der Entwurf eines Gesetzes betr. Änderungen der Rechtsanwaltsordnung. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15801. – Vgl. die Gesetze, betr. die Zuständigkeit des Reichsgerichts sowie betr. Änderungen der Rechtsanwaltsordnung v. 22.5.1910, RGBl., S. 767 bzw. 772.

Nr. 8 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude¹ am 14. Dezember 1909.

Vollz. Reinschr. mit einer hs. Korrektur, Bd. 158, Bl. 298–307; MF 947.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: H. v. Guenther [U].

Weitere Teilnehmer: Richter [zeitweise für Delbrück], Wahnschaffe, H. v. Guenther.

(1. Kattowitzer Vorgänge. Maßregelung von Beamten wegen Stimmabgabe für polnische Kandidaten bei den Stadtverordnetenwahlen. Abstimmung der Vorgehensweise zwischen den Ressorts. [B])

¹ Vgl. Rep. 90a, B VIII 5b Nr. 2 Bd. 13, n.f.

— 2.–3. Ordenssachen. Grundsätze². [B] — 4. Reichstagsinterpellationen³ zu den Kattowitzer Vorgängen und zur Mecklenburgischen Verfassungsfrage⁴. Während die erstgenannte schon zurückgezogen wurde, kann die zweite nach Delbrück nur formell dahin beantwortet werden, daß die Voraussetzungen zu einem Eingreifen des Reichs nicht gegeben sind. Es bleibt die Möglichkeit zur Bundesexekution, sollten die Stände eine Bewilligung der Mittel zur Entrichtung der Matrikularbeiträge künftig verweigern. Ablehnung eines Reichsgesetzes über die Mecklenburgische Verfassung. Nach Bethmann Hollweg ist aber eine alsbaldige [...] Antwort auf die Interpellation eine Unfreundlichkeit gegenüber der mecklenburgischen Seite, der man Zeit zu etwaigen Schritten an den Bundesrat geben sollte. [B]

² Vgl. zu TOP 3 den Immediatantrag des Präses der Generalordenskommission v. Jacobi v. 7.7.1909 zur Bezeichnung der Inhaber des Roten Adler-Ordens und des Kronen-Ordens 4. Kl. als Ritter sowie das Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums (i.V. v. Guenther) an alle Minister v. 7.9. in: Rep. 90, Nr. 2018, n.f.

³ Vgl. die Interpellationen v. 12.12.1909: StenBerRT, Bd. 271, Drucks. Nr. 169 u. 170.

⁴ Zur Gesamtproblematik vgl. das Gutachten des Reichsjustizamtes v. 3.2.1913 in: BArch, RAdI Nr. 6109, Bl. 31–39; Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 4, Stuttgart usw. 1969, S. 425 f. Auf der Basis mecklenburgischer Akten: Botzenhart, Manfred, Staatsbankerott oder Verfassungsoktroi? Das Dilemma der Großherzogtümer Mecklenburg am Ende des Kaiserreichs, in: Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter, hrsg. v. Jürgen Kocka u.a., München usw. 1994, S. 375–390.

Nr. 9 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 15. Dezember 1909.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 158, Bl. 309–322v; MF 947.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: P. Frh. v. Rheinbaben [U²].

Weitere Teilnehmer: v. Conrad [für Arnim], Kraetke [U], Dernburg, Frh. v. Schoen, Wermuth [U], Lisco, Wahnschaffe, Richter, Halle, H. v. Guenther.

(1. Eine Ernennung. [B]) — 2. Beamtenpolitik: Die Beschränkungen der Beamten in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte.³ Unter den jetzigen Verhältnissen ist eine Veröffentlichung hierzu keinesfalls opportun, sonst entsteht ein Sturm in der Presse. Stellung zum „Bund der Festbesoldeten“⁴, der nicht ein Staat im Staate werden darf. Keine Absonderung der Beamten von den übrigen Volkskreisen und keine Vermengung von Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten mit den sog.

¹ Gelesen: Arnim.

² Als Gesehen unterschrieben: Bl. 322v.

³ Vgl. Rep. 90, Nr. 2324, Bl. 70–108v, Anschreiben des Ministerpräsidenten v. 20.7.1909 mit der Denkschrift, betreffend die Beschränkungen der Beamten; Teildruck in: Quellen zur deutschen Innenpolitik, hrsg. v. Hans Fenske, Darmstadt 1991, S. 370–380, Dok. Nr. 176. Vorbereitende Ausarbeitungen in: Rep. 84a (D), Nr. 3144. Ferner: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Fasz. aa Nr. 141 Heft 2, S. 2–39v mit Stellungnahmen der Minister. Eine Petition des Bundes der Festbesoldeten, betr. die Aufhebung des mit dem Steuerprivileg verbundenen verringerten Wahlrechtes, in: Rep. 151, II Nr. 1995, n.f. Ferner: BArch, RAdI Nr. 15790. Mit Bezug auf das Prot.: Rejewski, Harro-Jürgen, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918). Eine rechtshistorische Untersuchung anhand von Ministerialakten aus dem Geheimen Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin 1973, S. 137 f.

⁴ Vgl. zum am 31.10.1909 gegründeten „Bund ...“: Voten zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 1053 Nr. 106, Unter-Nr. 37, Bl. 24–37v. Ferner: Halmen, Rainer M., Staatstreue und Interessenvertretung. Studien zur Soziologie und Sozialgeschichte des deutschen Beamtentums und der Beamtenverbandsbewegung bis zur Novemberrevolution, Hamburg 1988, S. 282–304.

Privatbeamten. *Erwägung einer „väterlichen Mahnung“ an die Beamten.* [B] — **3.** Reisekosten der Staatsbeamten⁵, *Einzelheiten.* [B] *Beratung abgebrochen*⁶.

⁵ Vgl. *Rep. 90, Nr. 773, u.a. ein Schreiben des Reichskanzlers an das Staatsministerium v. 30.10.1909, das den Ministern zugeleitet wurde, sowie die Entwürfe des Immediatberichtes des Finanzministers v. 1.11. u. 6.12.1909, hierzu auch Voten und weiteres Material. Ferner: Rep. 151, I B Nr. 5194, n.f., BArch, RA I Nr. 15263, n.f.*

⁶ Wegen der vorgerückten Stunde: *Brief Rheinbabens an Bethmann Hollweg v. 16.12.1909 in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 13, n.f.*

Nr. 10 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 18. Dezember 1909.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 158, Bl. 323–334; MF 947/948.

*Anwesend [U]*¹: *Rheinbaben [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen.* — *Prot.: P. Frh. v. Rheinbaben [U]*².

Weitere Teilnehmer: Kraetke, Frh. v. Schoen [U], Wermuth [U], Wahnschaffe, Halle, v. Freier, H. v. Guenther.

(1. Polenpolitik: Ablehnung eines von Moltke angeregten Sprachenparagrafen im Rahmen der Reichsversicherungsordnung³ gegen eine etwaige Vorherrschaft der polnischen Sprache in den Versicherungskörperschaften, namentlich den Krankenkassen. Man soll aber die Aufmerksamkeit des Parlaments nicht darauf [...] lenken, und außerdem liegt hierzu ein Bedürfnis nicht vor. [B] — **2. Zwei Ernennungen.** [B]) — **3.** Reisekosten der Staatsbeamten.⁴ *Einzelheiten, u.a. zur Einstufung von Subalternbeamten im Offiziersrang bzw. solchen, die Aussicht haben, Reserveoffizier zu werden, sowie zur Bewertung von Reisen in die Kolonien.* [B] — **4. Zwei Pensionssachen und zwei Disziplinarsachen.**⁵ [B]

¹ *Gelesen [U]: Bethmann Hollweg, Tirpitz.*

² *Als Gesehen unterschrieben (Bl. 334).*

³ *Vgl. das Votum Moltkes v. 23.6.1909 und dessen Befürwortung durch Rheinbaben am 20.7.1909 in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 19 Bd. 3, n.f. Das Votum Moltkes auch in: Rep. 84a (D), Nr. 200, Bl. 555–555v. Der Entwurf der RVO v. 31.3.1909 in: StenBerBundesR, Jg. 1909, Drucks. Nr. 50 u. mehrere ungezählte Anlagen zu Nr. 50.*

⁴ *Vgl. die Vorlage des Finanzministers v. 6.12.1909, seinen Immediatbericht v. 27.12. u. weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 773, n.f. Das Votum Tirpitz' v. 3.12.1909 auch in: Rep. 90, Nr. 776, n.f.*

⁵ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 11 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1909.

Vollz. Reinschr., Bd. 158, Bl. 335; MF 948.

Anwesend: Rheinbaben [V, U], Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz. — *Prot.: [H. v. Guenther, U].*

Weitere Teilnehmer: P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann, H. v. Guenther.

24 Disziplinarsachen.¹ [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.

Nr. 12 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Dezember 1909.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 158, Bl. 337–345v; MF 948. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 10, Bl. 197–202; Rep. 77, Tit. 496a Nr. 179 Bd. 2, Bl. 314–319.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, A. v. Falkenhayn, H. v. Guenther.

(Presse-Indiskretionen¹ zur Wahlrechtsreform. [B]) — Wahlrechtsreform². Die Stellung der Parteien zur direkten Wahl und die Chancen für eine vorherige Verständigung mit ihnen. Erst die Beseitigung der indirekten Wahl gibt nach Delbrück der Vorlage ein Rückgrat. Ohne eine Konzession nach links wird die Vorlage wertlos. Das unterschiedliche Gewicht der städtischen sowie der ländlichen Stimmen. Keine Änderung der Wahlbezirke. Einzelfragen, u.a. Minimierung oder Maximierung³ der Wählerklassen sowie das Aufrücken der Bildungsträger. Festlegung der Grenze zwischen II. und III. Abteilung. [B] — (Der Entwurf⁴ zur Eröffnungsrede für den Landtag. Beratung abgebrochen.)

¹ Vgl. das Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums (i.V. H. v. Guenther) v. 28.12.1909 (an alle Minister ?) in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 10, Bl. 203–203v. Zu Nachforschungen bei der Weser-Zeitung das Schreiben Delbrücks an Bethmann Hollweg v. 29.12.1909 in: BArch, RAdI Nr. 6104, Bl. 297–298v.

² Vgl. Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 10, Bl. 166–196. Das Votum des Innenministers v. 17.12.1909 in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 179 Bd. 2, Bl. 271–292, hier auch die Entwürfe.

³ Vgl. die in der Beratung gewünschten statistischen Zusammenstellungen betr. Heraufsetzung der Maximierungsgrenze des Ministers des Innern v. 28.12.1909 in: PA Bonn, R 4051, n.f.

⁴ Vom 28.12.1909, in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 7, Bl. 210–211v, sowie weiteres Material.

Nr. 13 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Dezember 1909.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 158, Bl. 348–359v, 3 Anlagen: Bl. 360–363v; MF 948.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [teilw. zu 1, V], Tirpitz [zu 1], Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: H. v. Guenther [U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, A. v. Falkenhayn [zu 1], H. v. Guenther.

1. Wahlrechtsreform.¹ Einzelfragen, v.a. zum Aufrücken der Bildungsträger sowie der zivilversorgungsberechtigten Militäranwärter². Grundsätzliche Befürwortung einer direkten Wahl, weil sie die

¹ Vgl. Voten in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 10, Bl. 204–214.

² Vgl. hierzu Anlage I zum Prot.

Stimmenverhältnisse nicht viel verschoben wird. Bemühungen, die Wahlbeteiligung auf dem Lande [...] zu verstärken. [B] — 2. Der Entwurf³ der Thronrede zur Eröffnung des Landtags. [B] — 3. Die beabsichtigten Landtagsvorlagen⁴. [B] — (4. Das geschäftliche Interesse der Deutschen Nachrichten am Entstehen des Bundes der Festbesoldeten sowie bei dem „Beamtentage“⁵. Nachforschungen über vom Fürsten Bülow früher angeregte Beziehungen der Regierung zu dem Blatt⁶. [B])

³ Vgl. den an Wilhelm II. geleiteten Entwurf v. 3.1.1910, der mit der Maßgabe genehmigt wurde, daß der Gesetzentwurf betr. Reisekosten der Staatsbeamten nicht erwähnt werde, in: Rep. 89, Nr. 269, Bl. 75–76v. Das Anschreiben mit dem Konzept der Antwort des Geheimen Zivilkabinetts v. 6.1.1910: ebd., Bl. 74. Der auf der Sitzung festgestellte Text: Anlage 2 zum Prot.; gedruckt in: StenBerAH, Session 1910, Sp. 1–6.

⁴ Eine Zusammenstellung der Titel der Vorlagen wurde mit der TO versandt – vgl. Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 13, n.f. Vgl. auch: BArch, RK, Nr. 2026, Bl. 188–188v; ebd., RA I Nr. 6105, Bl. 6; ebd., Nr. 15786, Bl. 14–15v. – Das Material der einzelnen Ministerien in: Rep. 90a, A IX 2 Nr. 2 Bd. 7, Bl. 55–91v, der Entwurf des Immediatberichtes Bl. 94–107. Die Aufstellung der bestätigten Vorlagen: Anlage 3 zum Prot. Zur auf der Sitzung beschlossenen Absprache v. Guenther mit den Direktoren der beiden Häuser des Landtags betr. der Vorlage von Entwürfen beim Herrenhaus vgl. das Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums (i.V. v. Guenther) an die Minister vom 3.1.1910 in: Rep. 120, CBI Nr. 9 Bd. 2, n.f.

⁵ Am 1.5.1909. – Vgl. Halmen, R. M., *Staatstreue und Interessenvertretung*, S. 269–282.

⁶ In einem Votum v. 20.6.1910 plädierte Bethmann Hollweg mit Delbrück dafür, die Angelegenheit bis auf weiteres auf sich beruhen zu lassen und nicht die Deutschen Nachrichten [...] durch Gewährung von Informationen zu unterstützen: Rep. 77, Tit. 1053 Nr. 106, Unter-Nr. 37, Bl. 27, was der Minister des Innern am 30.7.1910 unterstützte: Bl. 36. Auch: PA Bonn, R 1593 u. 2520, n.f. Ferner: BArch, RA I Nr. 15790. Winters, Fritz, *Der Deutsche Beamtenbund – Seine Entstehung und Entwicklung*, Berlin 1931, S. 10–16.

Nr. 14 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Januar 1910.

Vollz. Reinschr., Bd. 159, Bl. 2–6v; MF 948/949.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Tirpitz. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Guenther.

1. Gewährung von Reisekosten und Diäten an Mda; neuerliche Forderungen.² Freifahrt nach dem Wahlkreise ist abzulehnen, weil sie zur Einrichtung von Sprechtagen für [...] Wähler geradezu verleitet und dadurch zu einer unerträglichen Kontrolle der Verwaltung führt. Eine Regelung als Kompensationsobjekt für der Regierung unbequeme Forderungen in der Reform des Wahlrechts ist denkbar. Angleichung an das Gesetz³ für die Mdr. [B] — Nach den Allerhöchst gebilligten Grundsätzen finden parlamentarische Anträge betr. Einbringung von Gesetzentwürfen bereits durch die

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen.

² Vgl. den Antrag Glatzel v. 3.3.1909 in: StenBerAH, Session 1908/09, Drucks. Nr. 261, den die Budgetkommission in ihrem Antrag auf Drucks. Nr. 506 zu 2 d II anzunehmen empfahl und der nach stürmischer Debatte am 10.5.1910 angenommen wurde: ebd., Sp. 6115–6145. Voten und anderes Material in: Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 7 Bd. 2, n.f.; Rep. 151, I B Nr. 5195, n.f. Ferner: BArch, RA I Nr. 15765 u. 15263; Hatschek, Julius, *Das Parlamentsrecht des Deutschen Reiches*, 1. T., Berlin, Leipzig 1915, S. 604–628. Zu den im Prot. erwähnten Kontakten des Staatsministeriums mit dem Mda Friedberg vgl. Sitzung am 13.2.1909, TOP 4.

³ Vgl. das Gesetz, betr. die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags v. 21.6.1906, RGBl., S. 468.

äußere Tatsache der Vorlegung oder Nichtvorlegung eines solchen ihre Beantwortung.⁴ — 2. *Pressepolitik*. Regelung des Pressedienstes in den einzelnen Ressorts *anlässlich des Artikels*⁵ in der Königsberger Allgemeinen Zeitung „Keine Ausnahmegesetze“ vom 6.1.1910 zu dem noch in der Schwebe befindlichen Parzellierungsverbote. [B] — *Unwürdige Behandlung des Ministerpräsidenten und von Ministern sowie Staatssekretären im Reichstag*⁶ und in der Presse.

⁴ Vgl. das Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums (i.V. Hengstenberg) an die Minister v. 8.11.1906 sowie Bethmann Hollwegs an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. 21.2.1910, in: Rep. 90a, A VIII 4 Nr. 12 Bd. 1, Bl. 215–216v, 222–222v. Letzteres auch in: Rep. 90a, A VIII 4 Nr. 13 Bd. 10, n.f. – Vgl. Sitzung am 16.12.1878, TOP 2.

⁵ Der Artikel und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 1568, n.f.

⁶ Anlaß für die Verärgerung Bethmann Hollwegs waren vor allem Äußerungen Südekums über ihn und Delbrück am 13.1.1910 in: StenBerRT, Bd. 258, S. 483, 486 f.

Nr. 15 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Januar 1910.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 159, Bl. 8–26, Anlage: Bl. 27–27v; MF 949.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: [H. v. Guenther, U], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 4].

Weitere Teilnehmer¹: Kraetke, Dernburg [beide zu 4, 4–5 U], Frh. v. Schoen [zu 3–5, U], Wermuth [zu 4, 4–5 U], Lisco [zu 4–5, U], Wahnschaffe, Caspar, Frh. v. Zedlitz und Neukirch [beide zu 6], H. v. Guenther.

1. *Wahlrechtsreform*². Die Entscheidung zwischen einer Novelle zur Verordnung über die Wahlen v. 30.5.1849 oder einem endgültigen Wahlgesetz als rein taktische Frage. Ablehnung eines Gesetzes wegen unsicherer Mehrheiten dafür im Landtage und der verfassungsrechtlichen Konsequenzen. Stellt man, wie Moltke formuliert, durch eine Kombination von Novelle und Gesetz das Dreiklassensystem [...] unter Verfassungsschutz, so hat die Reform keine Chance. Ohne Dreiklassenwahlrecht wird mit den Konservativen kaum mehr zu rechnen sein. Man muß aber vor allem im Abgeordnetenhaus von vornherein eine Verhetzung der Parteien [...] verhüten. Entscheidung für ein Gesetz zur Abänderung der Vorschriften über die Wahlen³. [B] — (2. „Kattowitzer Vorgänge“⁴ Maßregelung von Beamten wegen Stimmabgabe für polnische Kandidaten bei Kommunalwahlen. Zukünftig ist zu Maßnahmen von solcher Bedeutung vorher die Zustimmung mindestens des Oberpräsidenten, ev[entuell] der Ministerialinstanz einzuholen. Es ist gegen Beamte wegen bloßer sozialdemokratischer Abstammung bei Wahlen nicht einzuschreiten, bevor das Staatsministerium nicht die unbedingte Notwendigkeit dazu anerkennt. [B]) — 3. Mischehen evangelischer Offiziere

¹ Die Unterschriften der Staatssekretäre nur auf den ihnen allein vorgelegten Auszügen der TOP 3–5: Bl. 29–35v.

² Vgl. Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 10, Bl. 234–256. Zusammenfassend: Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 529–569.

³ Vgl. den Immediatbericht mit dem Gesetzentwurf v. 31.1.1910, in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 10, Bl. 274–283v. Auch: Rep. 89, Nr. 269, Bl. 80–99v. Veröffentlicht als: StenBerAH, Session 1910, Drucks. Nr. 110, dem Abgeordnetenhaus vorgelegt am 5.2.1910.

⁴ Vgl. StenBerAH, Session 1910, Sp. 286–420, 19. u. 21.1.1910; StenBerRT, Bd. 258, S. 440–475 u. 479–506, 12. sowie 13.1.1910. Zur Wirkung in der Öffentlichkeit: Bertram, Jürgen, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelminischen Reichs, Düsseldorf 1964, S. 124 f.

mit katholischen Frauen führen, sofern ein Eid über die katholische Erziehung der Kinder gegenüber einem Priester geleistet wird, wie in der Kabinettsordre⁵ vom 7.6.1853 bestimmt, zur Entlassung aus dem Heeresdienst. Es bleibt eine Differenz in dieser Frage zwischen Kurie und Regierung. Vorsichtige Antwort auf Anfragen⁶ im Reichstage. [B] — 4. Reisekosten der Staatsbeamten. Überarbeitung des Gesetzentwurfs⁷ wegen der Bedenken Wilhelms II. Einzelheiten. [B] — 5. Ausführung der revidierten Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst v. 13.11.1908⁸. [B] — 6. Reichsversicherungsordnung. Vorschläge⁹ zur Regelung der Beziehungen von Krankenkassen und Ärzten. Die gesetzliche Einführung eines Tarifvertrages zur Bezahlung der Ärzte wird eine kaum erträgliche Steigerung der Arztkosten zur Folge haben. Schlichtung durch die Regierungspräsidenten ist besonders unerwünscht. [B]

⁵ Der Wortlaut der AKO wird mitgeteilt als Anlage zum Votum des Kriegsministers v. 6.5.1896 betr. einer möglichen Aufhebung, in: Rep. 84a (D), Nr. 1046, Bl. 31. Zur AKO vgl. die Ausarbeitung im Justizministerium v. 3.12.1882 in: Rep. 84a (D), Nr. 10814, Bl. 2–73v, hier Bl. 54. Zur Rechtslage vgl. die Denkschrift des Kultusministeriums von 1882 Eheschließung und gemischte Ehen in Preußen nach canonischem Recht: ebd., Bl. 75, S. 1–42. Vgl. zur Sitzung direkt das Schreiben des Kriegsministers an den Präsidenten des Staatsministeriums v. 11.7.1908, in: BArch, RK, Nr. 907, Bl. 3–11, hier auch eine Darstellung der Behandlung der AKO seit ihrem Erlaß. Voten in: Rep. 77, Tit. 413 Nr. 54 Fasz. 1, Bl. 41–45; hier auch früheres Material.

⁶ In der Session 1909–11 nicht nachweisbar. Sie sollten gemäß der Anlage zum Prot. beantwortet werden. Matthias Erzberger hatte u.a. am 18.3.1909 auf die Fortexistenz der KO hingewiesen, vgl. StenBerRT, Bd. 256, S. 7586 f.

⁷ Vgl. Rep. 90, Nr. 773, n.f., ebenso das im Prot. erwähnte Schreiben des Geh. Zivilkabinetts v. 6.1.1910 mit den Gründen, warum Wilhelm II. nicht zur Vorlage des Gesetzentwurfs im Landtag ermächtigte: Man dürfe nicht zulassen, daß die Staatsbeamten [...] hinter den mit reichlichen Spesen ausgestatteten Angestellten der Industrie und des Handels [...] allzusehr zurückständen. Hier auch der Immediatbericht mit dem Gesetzentwurf v. 3.2.1910; Rep. 90, Nr. 194, n.f. Weiterhin: Rep. 151, I B Nr. 5194, n.f.; BArch, RAdI Nr. 15263. Dem Landtag vorgelegt als StenBerAH, Session 1910, Drucks. Nr. 122 v. 12.2.1910. Zur Regelung im Reich vgl. Immediatberichte in: Rep. 89, Nr. 3927, Bl. 55–62v.

⁸ Zur Berner Übereinkunft, betr. Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, v. 9.9.1886, RGBl. 1887, S. 493, wurde am 13.11.1908 eine revidierte Fassung beschlossen, die bis zum 1.7.1910 zu ratifizieren war. Vgl. Revidierte Berner Übereinkunft..., RGBl. 1910, S. 965.

⁹ Vgl. die Voten Delbrücks v. 22.7.1909 u. 13.1.1910 sowie die Reaktionen anderer Minister in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 19 Bd. 3 u. 4, n.f. Im Bd. 4 u.a. das Votum des Kultusministers v. 28.12.1909 als Vorlage zur Sitzung, eine Zusammenfassung für die Hand des Innenministers zur Staatsministerialberatung sowie die Fassung des RVO-Entwurfs nach den Beschlüssen der am 31.1.1910 abgeschlossenen 2. Lesung der Bundesratsausschüsse. – Ab 7.1.1910 datierende Anträge hierzu, u.a. auch betr. der Ärztefrage, in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 19 Beiakten 2 Bd. 1, n.f.

Nr. 16 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Februar 1910.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 159, Bl. 37–42v, Anlage: Bl. 43–54v; MF 949/950.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Rheinbaben, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: M. Richter [für Delbrück], Wermuth [zu 2–4, 1–4 U], Wahnschaffe, A. v. Falkenhayn [zu 1], H. v. Guenther.

1. Die Begründung zu der Wahlreformvorlage². [B] — 2. Wohnungsgeldzuschuß³ für Beamte. Neuregelung durch Angleichung an das Reich. Herkömmlich folgt Preußen in dieser Frage dem

¹ Gelesen [U]: Delbrück.

² Vgl. die Anlage zu dem Prot. – Die eingehende Besprechung hierzu im Staatsministerium (Bl. 37) wurde nicht protokolliert. Der Gesetzentwurf und die Begründung auch in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 10, Bl. 284–286. Ferner: BArch, RAdI Nr. 15811, Bl. 59–62.

Reiche, während bei den Besoldungen das Umgekehrte üblich ist. Ermächtigung Rheinbabens⁴ für Besprechungen mit den Parteien im AH. [B] — (3. Gleichstellung der preußischen Assistenten mit denen im Reiche in der Besoldung⁵. [B] — 4. Vermutete Überteuering der Nahrungsmittel aufgrund der Finanzreform von 1908/09. Anfrage des MdH Graf von Mirbach⁶. Er kann dazu zwar einen Beschluß des Staatsministeriums wohl wünschen, hat aber in keiner Weise Anspruch darauf. [B])

³ In Preußen galt das von der alten Serviceklasseneinteilung ausgehende Gesetz zur Abänderung des Gesetzes, betr. die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten vom 12. Mai 1873 (GS, S. 209). V. 26.5.1909, GS, S. 91.

⁴ Vgl. die Mitteilung Rheinbabens in der 8. Sitzung der Budgetkommission am 4.2.1910 als Auszug aus dem gedr. Bericht der Kommission in: Rep. 90, Nr. 707, n.f. sowie die Notiz in der Norddt. Allg. Zeitung Nr. 49 v. 27.2.1910 über Kontakte mit Parlamentariern.

⁵ Vgl. mit dem Schriftwechsel seit Mitte 1909: Rep. 151, I B Nr. 4740, n.f.

⁶ Zu Mirbachs Initiative und dem zurückgezogenen Antrag der konservativen Herrenhausfraktion vgl.: Westarp, Kuno Gf., *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, 1. Bd., Berlin 1935, S. 182 f.

Nr. 17 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Februar 1910.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 159, Bl. 56–69; MF 950.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, A. v. Falkenhayn [zu 3], H. v. Guenther.

(1. Wohnungsgeldzuschuß nach dem Muster des Reichs.² Bericht Rheinbabens über die Besprechungen mit den Parteiführern. Eine Verzögerung der Neuregelung steigert nur die Verbitterung der zurzeit zurückgesetzten preußischen Beamten. [B] — 2. Zwei Ernennungen, u.a. von Küster zum Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium. Es ist Sache des jeweiligen Ressortchefs [...], sich seinen Unterstaatssekretär selbst auszuwählen.³ [B] — 3. Die erste Lesung in der Wahlrechtskommission.⁴ Direkte Wahl als [...] Kern der Vorlage, was aber im Herrenhaus schwerlich durchzusetzen ist. Anderes findet jedoch kaum die Allerhöchste Billigung. Man muß es ev[entuell] auf ein Scheitern der Vorlage ankommen lassen. Eine positive Mitarbeit der Nationalliberalen besitzt das größte Gewicht. Die Hauptsache sei, eine gewisse Beruhigung im Lande zu erzielen. Auswirkungen auf die Polenpolitik und das kommunale Wahlrecht. Nach Delbrück ist eine Aufrechterhaltung des Klassensystems entscheidend, alles andere hingegen diskutabel. [B] — 4. Ansiedlungspolitik. Vertrauliche Ausführungen zu den innen- und außenpolitischen Konsequenzen einer Anwendung des Enteignungsrechts gegenüber dem polnischen Grundbesitz⁵ wegen der derzeitigen Unmöglichkeit, freihändig polnischen Grund und

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Im Reich galt das Besoldungsgesetz v. 15.7.1909, RGBl., S. 573, mit Beil. V: Jahressätze an Wohnungsgeldzuschuß (S. 627) sowie Beil. VI: Klasseneinteilung der Orte (S. 628). Aufgrund der Sitzungsergebnisse entstand der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Vorschriften über die Wohnungsgeldzuschüsse und Mietentschädigungen v. 21.4.1910, in: StenBerAH, Session 1910, Drucks. Nr. 290. Dazu der Nachtrag zu der Begründung (o. D.): ebd., Drucks. Nr. 389.

³ Vgl. Sitzung am 11.3.1891, TOP 2.

⁴ Vgl. den Bericht der 12. Kommission in: StenBerAH, Session 1910, Drucks. Nr. 157 A u. B. Dazu: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 179 Bd. 3, Bl. 1–91. – Mit Bezug auf das Prot.: Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 545–549.

⁵ Vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 3, n.f., u.a. ein Schreiben Arnims an Bethmann Hollweg v. 28.1.1910, in dem auf einen Beschluß der Ansiedlungskommission v. 19.1. sowie einen Bericht des Oberpräsidenten v. Waldow v. 22.1. verwiesen wurde, nach denen mit Enteignungen begonnen werden müsse. Zur Fühlungnahme mit Kardinal Kopp vgl.

Boden zu erwerben. *Weil nach Arnim* die in letzter Zeit [...] sehr schwierig gewordene Polenpolitik im jetzigen Sinne nicht fortgesetzt werden kann, bleibt nur übrig, sie zu ändern. Vorsichtige Fühlungnahme mit [...] Kardinal Kopp. *Fortsetzung des Aufkaufs durch die Ansiedlungskommission* [...] in beschränktem Umfange. [B] — 5. Zuwachssteuergesetz. Bitte um baldige Stellungnahmen zum Entwurf⁶.

die drei hs. Privatschreiben des Oberpräsidenten von Schlesien, J. v. Dallwitz, vom 9.3., 27.4 und 15.5.1910 an Bethmann Hollweg in: BArch, RK, Nr. 1005, Bl. 13–14v, 34–34v u. 50–51v.

⁶ Vgl. Rep. 90, Nr. 1475, n.f., der Entwurf v. 22.2.1910 lt. Anschreiben des Reichsschatzamtes. Auch: Rep. 84a (D), Nr. 9126, Bl. 1–6, Druck: S. 1–23; Rep. 120, C V Nr. 36 Bd. 1, n.f. Ferner: BArch, RK, Nr. 290, Bl. 27–49v.

Nr. 18 Sitzung des Staatsministeriums am 7., 8. und 9. März 1910.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 159, Bl. 71–123v, 4 Anlagen: Bl. 124–127; MF 950/951.

Anwesend¹: Bethmann Hollweg, Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: [H. v. Guenther, U], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 6, am 8. u. 9.3.1910, U].

Weitere Teilnehmer¹: Frh. v. Schoen, Wermuth, Lisco, Wahnschaffe, Krenzlin, Frh. v. Falkenhäusen, H. Kühn, H. v. Guenther, Schwarz, Cuno, P. Frh. v. Rheinbaben.

(1. Österreich und die geplanten Schiffahrtsabgaben² auf der Elbe. [B]) — 2. Wahlrechtsreform. Die bisher unbefriedigenden Beschlüsse³ der Wahlrechtskommission. Kontakte mit den Parteien. Gefahr eines Fehlschlages bei Passivität der Regierung. Die Erregung im Volke ist seit 1906 stetig gewachsen. Wenn alles scheitert, wird sie im nächsten Winter noch größer und dann das Ergebnis der Reichstagswahlen⁴ noch schlechter. Kontroverse um den Wahlmodus: öffentlich/geheim/halb geheim/direkt oder indirekt. Befürwortung von Besprechungen mit MdH und beschränkte Verhandlungen mit den Parteien im AH. [B] — (⁵Bericht Bethmann Hollwegs dazu. Die Regierung muß in der Ersten Kammer allen Nachdruck einsetzen. Ein Kompromiß ist sehr unangenehm, das Interesse am Fortgange der Geschäfte des Landes jedoch größer. Wilhelm II. wird die geheime Wahl [...] ganz unzweideutig ablehnen. Einzige Möglichkeit, statt der Annahme des Kompromisses entweder das Parlament aufzulösen oder die Vorlage zurückzuziehen und demnächst eine neue Reform von vornherein mit direkter und geheimer Wahl vorzuschlagen. Allein so behält man die Initiative.

¹ Gelesen [U]: Tirpitz. – Die genaue Anwesenheit und der Vorsitz an den einzelnen Tagen bzw. die Unterschriftsleistung zu den einzelnen TOP ergeben sich aus dem Protokoll.

² Im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Gesetzes betr. den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffahrtsabgaben wurden wiederholt die Beziehungen zu Österreich erörtert. Zum Zeitpunkt der Sitzung wurden Stellungnahmen der Bundesregierungen zum Entwurf v. 17.2.1909, StenBerBundesR, Jg. 1909, Drucks. Nr. 27, eingeholt. Vgl. III. HA, MAA, II Nr. 5537, n.f. Die Verhandlungen mit Österreich waren 1912 immer noch nicht abgeschlossen, vgl. Rep. 89, Nr. 27542, Bl. 10, Immediatbericht des Staatsministeriums v. 21.3.1912, obwohl bereits das Gesetz am 24.12.1911, RGBl., S. 1137, vorlag. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 6106, Bl. 83–237, u. Nr. 15423. Zu den Schiffahrtsabgaben vgl.: Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, S. 55–122.

³ Vgl. StenBerAH, Session 1910, Drucks. 157 A u. B. – Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 556–559.

⁴ Erst am 12.1.1912.

⁵ Fortsetzung des TOP am 9.3.1910: Vor der Tagesordnung.

Unmöglichkeit, rechtzeitig zur Beratung eine Entscheidung des Monarchen⁶ herbeizuführen. Keine Gefährdung der bisherigen Polenpolitik zu erwarten. [B]) — 3. Freifahrtkarten für Mda.⁷ Einzelheiten. [B] — 4. Wechsel der Medizinalabteilung vom Kultusministerium an das Innenministerium.⁸ Entlastung des Kultusministeriums ist dringlich. [B] — 5. Genehmigung einer Hypothekenbank in Bremen.⁹ Eine Ablehnung kann nicht mit Beeinträchtigung preußischer Interessen begründet werden. [B] — 6. Zuwachssteuergesetz¹⁰ muß noch 1910 in den Reichstag wegen der Wahlen. — Wenn vorab keine Einigung zu erreichen ist, dann ist zunächst auf das Gesetz zu verzichten. Jetzt nur Generaldebatte, u.a. darüber, ob außer der Steuerfreiheit für Reich, Staat und Gemeinde eine für die Landesfürsten enthalten sein muß. Dies soll man zunächst festzuschreiben, später jedoch Wilhelm II.¹¹ fragen, ob er darauf verzichtet, falls auch andere Bundesfürsten sich hierzu bereit finden. Arnim und Rheinbaben plädieren für eine Bevorzugung der Landwirtschaft gegenüber dem städtischen Grundbesitz bei sog. wertverbessernden Maßnahmen. Verteilung der Einnahmen zwischen Reich, Bundesstaaten und Gemeinden. Grundsätzliche Zustimmung zum Gesetzentwurf. Abweichendes Votum von Arnim. [B]

⁶ Wilhelm II. reiste am Abend des 6.3.1910 über Oldenburg nach Wilhelmshaven sowie Helgoland zur jährlichen Nordseefahrt ab 10.3. Vgl. Hofnachrichten, in: Vossische Zeitung Nr. 112–117 v. 7.3.1910 (A.) – 10.3.1910 (M.).

⁷ Umfangreiches Material in: Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 7 Bd. 2, n.f. mit dem Immediatbericht v. 20.4.1910 sowie dem Allerh. Erlaß v. 25.4.1910; ferner: Rep. 151, I B Nr. 5195, n.f.; BArch, RAdI Nr. 15765.

⁸ Vgl. zur langen Vorgeschichte: StenBerAH, Session 1911, Drucks. Nr. 44. Dazu die Diskussion am 18.2.1911: ebd., Sp. 2332–2371. Der Immediatbericht und weiteres Material in: Rep. 89, Nr. 3698, Bl. 103. Die Voten des Kultusministers v. 17.1. u. 16.2., das Gegenvotum des Innenministers v. 7.2.1910 und weiteres Material in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Bd. 3, Bl. 278–312 u. 313–320v. Die Anweisung des Kultusministeriums zur Neuordnung des Geschäftsbetriebes in: Rep. 76, IIa Sekt. 48 Gen. 1 Bd. 7, Bl. 44–48; die des Innenministeriums v. 10.3.1910 in: Rep. 77, Nr. 53, Bl. 109–110v. Zu den personellen Konsequenzen: Rep. 89, Nr. 13405, Bl. 49–50. Ferner: BArch, RAdI Nr. 15812. – Vgl. den Allerh. Erlaß v. 30.11.1910, GS 1911, S. 21.

⁹ Vgl. das umfangreiche Material in: Rep. 90, Nr. 1188, n.f., beginnend mit dem Schreiben des Reichskanzlers an das Staatsministerium v. 16.5.1909 mit dem Bremer Antrag, Stellungnahmen der Ressorts und Voten sowie dem Statut. Ferner: Rep. 120, A XI 1 Nr. 28 Bd. 3, n.f.

¹⁰ Vgl. den als Vorlage zur Sitzung vom Reichsschatzamt erarbeiteten Entwurf v. 22./23.2.1910 in: BArch, RK, Nr. 290, Bl. 27–49v. Der Immediatbericht v. 12.3. zur Vorlage an den Reichstag in: Rep. 89, Nr. 27281, Bl. 274 bis 276. Voten einschl. des Entwurfs u. der Ausfertigung des Votums Sydows v. 2.3.1910 in: Rep. 120, C V Nr. 36 Bd. 1, n.f. Auch: Rep. 84a (D), Nr. 9126, Bl. 7–24v einschl. Entwurf und Ausfertigung des Votums des Justizministers v. 6.3.1910. Zu den Verhandlungen im Staatsministerium: Wermuth, Adolf, Ein Beamtenleben. Erinnerungen, Berlin 1922, S. 293–296; mit Bezug auf das Prot.: Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, S. 126 f. – Der Gesetzentwurf wurde am 18.3.1910 dem Bundesrat zugeleitet: vgl. StenBerBundesR, Jg. 1910, Drucks. Nr. 65.

¹¹ Vgl. zur entrüsteten Reaktion Wilhelms II. sein Schreiben an Bethmann Hollweg v. 23.1.1911, in dem er eine Aufhebung eines entsprechenden Reichstagsbeschlusses forderte, in: Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und außenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches, hrsg. v. Willibald Gutsche unter Mitarb. v. Baldur Kaulisch, Berlin 1977, S. 140, Dok. 56.

Nr. 19 Sitzung des Staatsministeriums am 15. März 1910.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 159, Bl. 128–134, Anlage: Bl. 135; MF 951. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 11, Bl. 311–315; Rep. 77, Tit. 496a Nr. 179 Bd. 3, Bl. 111–115.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Rheinbaben, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Guenther.

Wahlrechtsreform¹. *Die Möglichkeit einer Verständigung der vier großen Parteien ist völlig aufzugeben. Bethmann Hollweg hofft auf Einigung mit Freikonservativen, ev[entuell] sogar den Nationalliberalen. Die Regierung benötigt freie Hand, darf aber nicht die Konservativen brüskieren. Diskussion von zwei Varianten einer Stellungnahme im Abgeordnetenhaus². Ablehnung eines Kompromisses, der die Regierung hindert, die bisherige Polenpolitik energisch fortzusetzen, was nahezu unerträglich sein würde. Die Hauptentscheidung liegt zwischen der direkten öffentlichen und der indirekten geheimen Wahl. Nur sie ist noch erreichbar, alles Übrige [...] nebensächlich. Formulierung von Änderungen des Kompromisses im Staatsinteresse.* [B]

¹ Vgl. Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 11, Bl. 310–310v; auch: Rep. 84a (D), Nr. 5688, Bl. 237–237v. Eine Aufzeichnung über eine kommissarische Beratung im Innenministerium am 24.3.1910 in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 179 Bd. 3, Bl. 194–205. Mit Bezug auf das Prot.: Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 559–561.

² Die Fassung der Anlage zum Prot. (Bl. 135) wurde am 16.3.1910 von Bethmann Hollweg vorgetragen: StenBerAH, Session 1910, Sp. 3341 f. (mit geringfügigen Abweichungen in der Schreibweise).

Nr. 20 Sitzung des Staatsministeriums am 9. April 1910.

Vollz. Reinschr., Bd. 159, Bl. 136; MF 951.

Anwesend: Rheinbaben [V, U], Beseler, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz. — Prot.: [P. Frh. v. Rheinbaben, U].

Weitere Teilnehmer: Fleck [für Breitenbach], Berndt, Fuchs, Junghann, Kothe [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann [alle zu 2], H. v. Guenther.

1. Drei Pensionsachen¹. [B] — 2. 24 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 21 Sitzung des Staatsministeriums am 18. April 1910.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 159, Bl. 139–145, Anlage: Bl. 146; MF 952.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Rheinbaben, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz. — Prot.: [H. v. Guenther, U], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 2, U].

Weitere Teilnehmer: Just [für Delbrück, zu 2], Wermuth, Lisco [beide zu 2, U], Wahnschaffe, H. v. Guenther.

1. Wahlrechtsreform.² Die erste Kommissionssitzung im Herrenhaus. Bemühungen eines großen Teils der Alten Fraktion [...] gegen weitere Änderungen des Wahlrechts, v.a. durch Bindung an die

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Delbrück, Heeringen.

² Vgl. das Votum des Innenministers v. 1.4.1910 in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 11, Bl. 50–60v; der Entwurf in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 179 Bd. 3, Bl. 208–221. Ein Exemplar auch in: PA Bonn, R 4052, n.f. Ein sehr privat gehaltener Brief v. Guenther an Valentini v. 17.4.1910 zum Stand der Verhandlungen im Herrenhaus in: Rep. 89, Nr. 180, Bl. 4–5v. Bl. 41–46v auch die telegraphischen Berichte des Reichskanzlers an Wilhelm II. v. 15. u. 19.4.1910; die Antwort des Monarchen v. 19.4. mit massiver Kritik am Herrenhaus als hs. Ergänzung Wilhelms II. Bl. 47–47v. Auszüge aus dem Bericht Bethmann Hollwegs v. 19.4.1910 in: Westarp, Konservative Politik, 1. Bd., S. 106 f.

Verfassung. Zwei Anträge³ von Gf. Yorck. Der Kommission ist lt. Rheinbaben unter der Hand anzudeuten, daß bei einer Verzögerung der Reform die Opfer später nur größer werden. Die Kommission hat kein Zutrauen in die Widerstandskraft der Regierung gegen demokratische Wünsche. Bethmann Hollweg warnt vor Errichtung einer konservativen Diktatur, wenn diese Partei mehr als $\frac{1}{3}$ der Stimmen bekommt. Folgt man dann noch dem Zentrum, so wird dies als Besiegelung einer völligen Unterwerfung unter die konservativ-klerikale Herrschaft betrachtet werden. Ablehnung der Anträge. [B] — 2. Reichstag. Tagegelder für Mitglieder einer Kommission bei Beratungen außerhalb der Session. Ablehnung. Statt dessen Bewilligung eines Pauschquantums.⁴ [B]

³ Vgl. die Anlage zum Prot.: Bl. 146.

⁴ Vgl. Materialien zum Entwurf des Gesetzes, betr. die geschäftliche Behandlung der Entwürfe eines Gesetzes, betr. Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, einer Strafprozeßordnung und eines zu beiden Gesetzen gehörenden Einführungsgesetzes sowie des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung in: Rep. 89, Nr. 213, Bl. 141–147, u.a. der Immediatbericht mit dem Entwurf, Bl. 142–144. Das Gesetz wurde erlassen am 2.6.1910, RGBl., S. 859.

Nr. 22 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Mai 1910.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 159, Bl. 148–157; MF 952.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Rheinbaben, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz. — Prot.: [H. v. Guenther, U], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 1–5, U].

Weitere Teilnehmer: Richter [für Delbrück, zu 1–5], v. Wachs [für Heeringen, zu 1–5], Kraetke, Wermuth, Lisco [alle zu 1–5, U], Lindequist [zu 1–5], Wahnschaffe [zu 4–7], Frh. v. Massenbach [zu 4], H. v. Guenther.

(1. Zwei Ernennungen, u.a. Schwarzkopff zum Unterstaatssekretär im Kultusministerium.[B] — 2. Nachtrag² zum Staatshaushaltsetat. Vertrauliche Mitteilungen. [B] — 3. Einstweilige Zurückstellung des Gesetzentwurfs³ wegen Beschulung blinder und taubstummer Kinder, um nicht die Provinzialdotationen erhöhen zu müssen. [B]) — 4. Reisekosten der Staatsbeamten.⁴ Beratungen im Abgeordnetenhaus. Angleichung an das Reich und Rückgängigmachung der Kommissionsbeschlüsse, die eine direkte Schädigung der Beamten bedeuten. Einzelheiten. [B] — Kritik Wilhelms II., daß die Minister, ohne ihn vorher zu fragen, sich zu leicht mit Abänderungen von Regierungsvorlagen einverstanden erklärt haben; er wünscht entschieden, wenigstens in wichtigeren Fällen vorher gehört zu werden. — (5. Wohnungsgeldzuschuß.

¹ Gelesen [U]: Delbrück, Heeringen.

² Hier der Entwurf des (3.) Nachtragsetats für 1910, in: StenBerAH, Session 1910, Drucks. Nr. 516, ca. v. 4.6.1910.

³ Vgl. den Immediatbericht v. 20.12.1910 in: Rep. 89, Nr. 22576, Bl. 43–46. Der Entwurf mit Begründung: BArch, RAdI Nr. 15824, Bl. 2–16v. Dem Herrenhaus am 10.1.1911 zugeleitet.: StenBerHH, Session 1911, Drucks. Nr. 13. Erlassen als Gesetz, betr. die Beschulung blinder und taubstummer Kinder v. 7.8.1911, GS, S. 168. Zur Gleichstellung der provinzialständischen mit den königlichen Taubstummen- und Blindenlehrer vgl. Rep. 77, Tit. 3973 Nr. 1 Bd. 2, n.f.

⁴ Vgl. den umfangreichen Kommissionsbericht v. 6.5.1910, in: StenBerAH, Session 1910, Drucks. Nr. 338 A–B. Rep. 90, Nr. 774, n.f., u.a. mit einer Zusammenstellung des Büros des Staatsministeriums v. 22.5.1910 zum Stand der Debatte und zu den beiliegenden Voten. Hier auch eine Dokumentation der weiteren parlamentarischen Behandlung und der Immediatbericht des Staatsministeriums v. 17.7.1910. Ferner: Rep. 151, I B Nr. 5194, n.f. Erlassen als Gesetz, betr. die Reisekosten der Staatsbeamten v. 26.7.1910, GS, S. 150. Dazu Ausführungsbestimmungen des Staatsministeriums v. 24.9.1910, GS, S. 269.

Landtagsverhandlungen⁵. *Angleichung an das Reich.* [B] — **6. Herrenhaus. Ablehnung eines Präsentationsrechtes der Ritterschaft von Schleswig-Holstein. Als Kompensation Auszeichnung⁶ von Mitgliedern, u.a. Titelverleihungen an O. Gf. v. Moltke und Ch. Gf. zu Rantzau-Rastorf. Widerspruch Bethmann Hollwegs gegen eine Berufung Rantzaus zum MdH.** [B] — **7. Landtag. Geschäftslage. Dringlichkeit von Gesetzentwürfen noch während der laufenden Session.** [B] — *Keine Erörterung über die Wahlrechtsreform im Staatsministerium, bevor die neuen Entschlüsse der Parteien im Abgeordnetenhaus bekannt sind. Beim Scheitern der Reform muß man sie zurückziehen oder noch besser der Landtag alsbald [...] schließen.* — *Reise der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses nach Saßnitz.* [B]

⁵ Vgl. den Gesetzentwurf v. 21.4.1910, in: *StenBerAH, Session 1910, Drucks. Nr. 290, u. der Nachtrag: Drucks. Nr. 389. Die erste Lesung fand am 7.5.1910 statt: ebd., Sp. 5572–5616; die Gesetzesbegründung durch Rheinbaben ebd., Sp. 5572–5578. Der Immediatbericht in: Rep. 90, Nr. 707, n.f. Erlassen als Gesetz zur Abänderung der Vorschriften über die Wohnungsgeldzuschüsse und Mietenschädigungen v. 25.6.1910, GS, S. 105.*

⁶ Vgl. *Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 142 v. 20.6.1910 (A.).*

Nr. 23 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Mai 1910.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 159, Bl. 159–164v; MF 952.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Rheinbaben, Beseler, Breitenbach, Arnim, Moltke, Sydow, Trott zu Solz. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Guenther.

1. Eine Ernennung: Stieger zum Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten. [B] — **2. Wahlrechtsreform. Stand der Debatten im Abgeordnetenhaus.** *Es ist zu erwarten, daß das Prinzip der indirekten Wahl mit geheimer Abstimmung unterlaufen werden soll. Ebenso ist eine Verbindung von direkter und geheimer Wahl [...] unannehmbar. Die Regierung muß nunmehr klare Positionen beziehen. Bethmann Hollweg bedauert politisch den negativen Ausgang der Reform. In Zukunft wird sich die Kluft zwischen Konservativen und Nationalliberalen [...] weiter vertiefen und letztere werden noch mehr nach links gedrängt werden. Es ist eine schwerlich segensreiche Herrschaft der Konservativen und des Zentrums zu erwarten, wodurch das Zentrum Herr der Lage wird. Keine Möglichkeit weiterer Kompromisse. Ablehnung einer neuen Wahlrechtsvorlage. Da sofortiger Schluß des Landtags wegen der Geschäftslage [...] nicht angängig erscheint und eine förmliche Zurückziehung der Vorlage [...] wegen der [...] erforderlichen schriftlichen Genehmigung Wilhelms II. als untunlich und unnötig erachtet wird, soll erklärt werden², daß die Regierung auf eine Fortführung der Beratungen verzichtet.* [B] — **3. Zeitweilige Vertretung Wilhelms II. bei der Unterschriftsleistung durch den Kronprinzen³.** [B]

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Delbrück, Heeringen.*

² *Vgl. die Erklärung Bethmann Hollwegs am 27.5.1910, in: StenBerAH, Session 1910, Sp. 6055. – Das Abgeordnetenhaus wurde am 16.6.1910 geschlossen.*

³ *Vgl. Rep. 90, Nr. 1948, n.f.; Rep. 89, Nr. 350, Bl. 67–75v, u.a. Bl. 67–67v mit dem Schreiben v. Guenthers an Valentini v. 26.5.1910 mit dem Vorschlag zu Regierungserklärungen in Abgeordneten- und Herrenhaus, die jeder Möglichkeit zur Beunruhigung der Öffentlichkeit den Boden entziehen.*

Nr. 24 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Juni 1910.

Vollz. Reinschr., Bd. 159, Bl. 165; MF 952.

Anwesend: Beseler [V, U], Moltke, Trott zu Solz. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: Köhler [für Rheinbaben], Fleck [für Breitenbach], Küster [für Arnim], v. Herrmann, Frenken [beide zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann [alle zu 2], H. v. Guenther.

1. Eine Pensionssache¹. [B] — 2. 17 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 25 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juni 1910.

Vollz. Reinschr., Bd. 159, Bl. 167–168v; MF 952.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer. — Prot.: [H. v. Guenther, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Guenther.

1. Amtseinführung des Landwirtschaftsministers Schorlemer. — 2.–3. Fünf Ernennungen: Verabschiedung von Finanzminister Rheinbaben² [...] in ein Amt mit weniger Arbeit, nämlich das Oberpräsidium der Rheinprovinz. Ernennung von Lentze zum neuen Finanzminister und des Unterstaatssekretärs im Staatsministerium H. v. Guenther zum Oberpräsidenten in Schlesien. Abschied für den Botschafter in Paris Fürst von Radolin und Ernennung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Frh. von Schön [!] zum Nachfolger. Ernennung des Gesandten in Bukarest A. von Kiderlen-Wächter³ zum neuen Staatssekretär. [B]

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Dallwitz.*

² *Zu den Hintergründen vgl. Zmarzlik, Hans-Günther, Bethmann Hollweg als Reichskanzler 1909–1914. Studien zu Möglichkeiten und Grenzen seiner innerpolitischen Machtstellung, Düsseldorf 1957, S. 11–13.*

³ *Vgl. Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, hrsg. v. Ernst Jäckh, Bd. 2, Berlin., Leipzig, 1924, S. 79–81; Forsbach, Ralf, Alfred von Kiderlen-Wächter (1852–1912). Ein Diplomatenleben im Kaiserreich, Göttingen 1997, S. 347–356.*

Nr. 26 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juli 1910.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 159, Bl. 170–178v; MF 952.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Dallwitz, Lentze. — Prot.: P. Frh. v. Rheinbaben [U].

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen, Schorlemer.*

Weitere Teilnehmer: Küster [für Schorlemer], Wahnschaffe.

(1. Amtseinführung der Minister des Innern H. v. Dallwitz und der Finanzen Lentze — 2. Drei Ernennungen und eine Ordenssache, u.a. Ordensdekoration für den verabschiedeten Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Fleck². [B]) — 3. Erholungsurlaub³ auch für Bahnunterhaltungsarbeiter trotz Rückwirkung auf die Landwirtschaft und die Bergverwaltung wegen Abwanderung der ungelerten Kräfte zu Eisenbahnbaustellen und in Bergwerke. [B] — 4. Ordenssachen und Titelverleihungen, u.a. Meinungsverschiedenheit zur Ernennung der Grafen Mirbach (Sorquitten) sowie Kanitz (Podangen) zu Wirklichen Geheimen Räten. Ablehnung eines Ordens für v. Oldenburg-Januschau. Auszeichnung freisinniger Parlamentarier nur, wenn bei ihnen die Sicherheit gegeben ist, daß sie nicht ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie befürworten. — Das Präsentationsrecht der Stadt Graudenz im Herrenhaus. [B] — (5. Drei Ernennungen. Breitenbach und Sydow beklagen die Zurücksetzung von vielen geeigneten Beamten ihrer Ressorts bei Berufungen als Regierungspräsidenten. [B])

² Die Brillanten zum Roten Adler-Orden I. Kl. wurden von der General-Ordens-Kommission lt. Anweisung v. 5.9.1910 ausgegeben: Rep. 168, Nr. 627, Bl. 18v.

³ Vgl. den Ministererlaß betr. Erholungsurlaub der Arbeiter v. 20.12.1906, Eisenbahn-VOBl., S. 673. Zur Umsetzung des Erlasses vgl.: Die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten in Preußen 1900 bis 1910. Bericht an Seine Majestät den Kaiser und König, erstattet von dem Minister der öffentlichen Arbeiten, Berlin 1911, S. 44. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15698, n.f. Vgl. Sitzung am 1.12.1906, TOP 3.

Nr. 27 Sitzung des Staatsministeriums am 19. September 1910.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 159, Bl. 179–202v; MF 952/953.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Heeringens, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: H. v. Eisenhart-Rothe [U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe.

(1. Ordenssachen und Titelverleihungen zum Jubiläum der Universität Berlin², u.a. an die Wissenschaftler E. Fischer, Harnack, Nernst, v. Schmoller, v. Wilamowitz-Möllendorff. [B]) — 2. Reichstag. Geschäftslage. Um 8–14 Tage spätere Wiedereinberufung. [B] — 3. Maßnahmen zum Schutze der schulentlassenen Jugend gegen staats- und heeresfeindliche Einflüsse.³ Diskussion im Staats-

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Breitenbach.

² Vgl. das Votum des Kultusministers sowie den Entwurf des Immediatantrages v. 18.9.1910 in: Rep. 90, Nr. 1995, n.f. Die Auszeichnungslisten u.a. in der Festschrift: Jahrhundertfeier der Kgl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Berlin 1911.

³ Vgl. Voten in: Rep. 77, Tit. 924 Nr. 1 Bd. 1, u.a. Bl. 209–214 das Votum Heeringens v. 2.4.1910. Ebd., Nr. 6 Bd. 2, u.a. Berichte der Ober- und Regierungspräsidenten zur Jugendfürsorge 1908. Weitere Voten in: Rep. 84a (D), Nr. 10968, Bl. 103–107v u. 109–110. Ebd. Bl. 136–161v als Vorlage zur Sitzung ein Votum des Kultusministers v. 15.7.1910 mit Grundzügen eines Gesetzes über die Fortbildung der volksschulpflichtigen Jugend sowie Stellungnahmen anderer Minister; Bl. 162–183 ein Votum Sydows v. 11.8. mit Entwurf eines Fortbildungsschulgesetzes. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15743. – Aufreichten Quellen: Saul, Klaus, Der Kampf um die Jugend zwischen Volksschule und Kaserne. Ein Beitrag zur „Jugendpflege“ im Wilhelminischen Reich 1890–1914. Dokumentation, in: MGM, Nr. 1/1971 (= H. 9), S. 97–143. Das Votum Heeringens v. 2.4. gedr. in: Harnsdorf v. Enderndorf, Hans Frh., Fortbildungs-Schulpflicht – Jugendpflege – Jugendertüchtigungs-Pflicht. Die Versuche zur Einführung einer staatlichen vormilitärischen Jugendziehung in Deutschland vor dem Kriege und ihre Lösungen, phil. Diss. Erlangen 1936, S. 108–129.

ministerium entsprechend dem dringenden Wunsche des Kriegsministers, obwohl andere Ressorts noch kommissarische Beratung gewünscht hatten. Trotz Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens steigt der sozialdemokratische Einfluß auf die Jugend, weshalb Heeringen energische schleunige Gegenmaßnahmen fordert. Jugendfürsorge als eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Urteil des Reichsgerichts⁴, daß die Unterrichtsverwaltung keine Aufsicht über sozialdemokratischen privaten Turnunterricht auszuüben hat. [B]

⁴ Vgl. das Urteil des 2. Strafsenats v. 28.6.1910 gegen die Redakteure Johannes Weber (Berlin) und Friedrich Wildung (Stötteritz) in: BArch, RK, Nr. 1356, Bl. 254–258v; gekürzt und ohne Namensnennungen in: Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Bd. 44, Leipzig 1911, S. 20–28.

Nr. 28 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Oktober 1910.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 159, Bl. 204–218v, Anlage [versiegelt]: in Bl. 219; MF 953 u. MF-Suppl.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Lisco, Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Zwei Ernennungen², u.a. Spahn zum Präsidenten des Oberlandesgerichtes in Frankfurt a.M. [B] — 2. Verkauf des Tempelhofer Feldes³ durch die Stadt Berlin. — 3. Veröffentlichung des neuen Fideikommißgesetzentwurfs⁴, das zur Rechtsbereinigung dringend erwünscht ist. Gegen das Votum Beselers Vertagung der Veröffentlichung wegen der jetzigen Nervosität der Parteien. [B] — 4. Fideikommission. Notwendigkeit einer Beschränkung der Familienfideikommißbildung in Schlesien⁵, die einen aus politischen und nationalen Gründen bedeutungsvollen leistungsfähigen Bauernstand behindert. Frage einer grundsätzlichen Umkehr in der [...] Fideikommißpolitik. [B] — 5. Verfas-

¹ Die Anlage mit der Information Bethmann Hollwegs über den Auftrag Wilhelms II. gemäß TOP 8 wurde allein durch Bethmann Hollweg sowie v. Eisenhart-Rothe unterschrieben.

² Vgl. das Schreiben des Justizministers an den Präsidenten des Staatsministeriums v. 19.10.1910 in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 13, n.f.

³ Vgl. StenBerRT, Bd. 277, Drucks. Nr. 549: Darstellung der tatsächlichen Vorgänge beim Verkaufe von Teilen des Tempelhofer Feldes; das Begleitschreiben datiert vom 25.11.1910.

⁴ Mit Anschreiben des Justizministers v. 13.12.1909, in: Rep. 90, Nr. 1590, n.f., hier auch eine für Bethmann Hollweg gefertigte Zusammenstellung der Positionen der Minister betr. Vertagung; Der Entwurf auch in: Rep. 84a (M), Nr. 3635, Bl. 66 (Druck); ferner: BArch, RAdI Nr. 15514, Bl. 4 (Druck). – Mit Schreiben v. 31.3.1912 informierte der Präsident des Staatsministeriums (i.V. v. Eisenhart-Rothe), daß von einer Veröffentlichung abgesehen werde: Rep. 84a (M), Nr. 3636, Bl. 152. Zur komplizierten Rechtslage zeitgenössisch: Ramdohr, Hermann, Das Familienfideikommiß im Gebiete des preußischen Allgemeinen Landrechts, Berlin 1909. Mit Bezug auf das Prot.: Eckert, Jörn, Der Kampf um die Familienfideikommission in Deutschland. Studien zum Absterben eines Rechtsinstituts, Frankfurt/M. usw. 1992, v.a. S. 643–651.

⁵ Vgl. Rep. 90, Nr. 2365, u.a. Bl. 189–199v ein Votum des Justizministers v. 28.7.1910 mit einem Vorschlag für die „Grundsätze“ sowie Bl. 224–259 eine Zusammenfassung des Büros des Staatsministeriums für Bethmann Hollweg zur Sitzung; Bl. 175–184 ein Schreiben des Justizministers an den Reichskanzler v. 27.6.1910 mit beiliegenden Immediatberichten v. 30.4. und 11.3.1909 zu den Fideikommiß-Gründungen Gilka-Bötzow und Seherr-Thoss. Zum Schaffgotschen Fideikommiß vgl. den von Wilhelm II. mit Anstreichungen versehenen Immediatbericht Beselers v. 6.12.1910 sowie den Bescheid des Monarchen v. 14.12. in: Rep. 89, Nr. 31105, Bl. 75–87. Der aus den „Grundsätzen“ erwachsene gemeinsame Erlaß von Justiz- u. Landwirtschaftsminister an den Oberpräsidenten von Schlesien v. 22.11.1910 (mit Entwürfen) in: Rep. 90, Nr. 2365, Bl. 270–276, auch: BArch, RAdI Nr. 15514, Bl. 65–65v.

sungsreform in Elsaß-Lothringen. *Kontroverse Diskussion zur Vorlage*⁶. *Vorschlag für ein Parlament mit Oberhaus und 2. Kammer anstelle des Landesausschusses. Dreiklassenwahlrecht ist nicht möglich. Notwendigkeit, unbedingt an der Stellung des Kaisers als des Trägers der Souveränität im Namen des Reichs und an der Funktion des Statthalters festzuhalten.* [B] — **6.** *Einführung einheitlicher Urnen bei Reichstagswahlen sowie Änderung des Wahlreglements (Neuwahlen während der Legislaturperiode).*⁷ — **7.** *Gesetzliche Regelung des Verkaufs und Tragens von Waffen.*⁸ [B] — **8.** *Straßenunruhen in (Berlin-)Moabit.*⁹ *Streng vertrauliche Information über Forderungen Wilhelms II. zur Erarbeitung eines Gesetzes*¹⁰ *zum Schutze der Arbeitswilligen, das in einem Kronrat*¹¹ *beraten werden soll. Notwendigkeit der Prüfung der Frage der Zuständigkeit für die Verhängung des Belagerungszustandes auf der nächsten Sitzung*¹². [B] — **9.** *Verschärfung des Strafmaßes bei Beleidigungen und [...] Angriffen gegen Schutzleute ähnlich wie in Frankreich.* [B]

⁶ Vgl. Rep. 90, Annex E Nr. 2, Bl. 27–51, dazu Voten Bl. 54–67v; Bl. 52–53 u. 70–70v Zusammenfassungen für die Hand des Ministerpräsidenten zur Sitzung. Ferner: BArch, RADl Nr. 15684, Bl. 20–31v. Mit Bezug auf das Prot.: Westarp, *Konservative Politik*, I. Bd., S. 322; Rauh, *Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches*, S. 218, Anm. 63.

⁷ Vgl. Rep. 90, Nr. 112, n.f.; Rep. 84a (D), Nr. 6342, Bl. 363–411, anschließend Voten. Ferner: PA Bonn, R 1468, n.f. BArch, RADl Nr. 15822. Eingebracht in den Bundesrat als StenBerBundesR, Jg. 1910, Drucks. Nr. 153 v. 9.11.1910.

⁸ Vgl. den im Ergebnis der Sitzung erarbeiteten Entwurf eines Reichsgesetzes, betr. das Führen und Feilhalten von Stoß-, Hieb- oder Schußwaffen v. 11.11.1910 in: Rep. 84a (D), Nr. 5727, Bl. 229–236v; hier ebenfalls Voten sowie Material zur langen Vorgeschichte. Ferner: BArch, RADl Nr. 15281, n.f.

⁹ Vgl. die ausführliche Dokumentation in: Rep. 77, Tit. 2515 Nr. 3 Fasz. 4 Bd. 1; ebd., Bd. 2 vor allem mit den Urteilen in den im Gefolge der Unruhen geführten Prozessen. Besonders zur Reaktion der internationalen Presse und dem Konflikt mit ihrem Berliner Verein vgl. auch: PA Bonn, R 4266, n.f. – Mit Bezug auf das Prot.: Bleiber, Helmut, *Die Moabiter Unruhen 1910*, in: ZfG 3 (1955), S. 173–211. Auf breiter Materialbasis: Lindenberger, Thomas, *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914*, Bonn 1995, S. 241–303.

¹⁰ Vgl. die Marginalie Wilhelms II. zum Artikel von Theodor Schiemann: *Die äußere Politik der Woche, Neue Preuß. Zeitung* v. 2.11.1910, über eine angebliche Pflicht zum Schutz Arbeitswilliger: das strebe ich bei uns auch an!, in: Rep. 77, Tit. 945, Nr. 29, Bl. 2–7, das Zitat Bl. 5. Erhebungen des Innenministeriums zu den Polizeiverordnungen über das Streikpostenstehen in: Rep. 77, Tit. 2513 Nr. 1, Beiheft 27, Bl. 205–386; Bl. 370–386 ein zusammenfassender Bericht des ständ. Hilfsarbeiters Polizeidirektor Eckhardt v. 27.10. Ein Votum Sydows v. 5.7.1910 betr. den Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch in: Rep. 120, BB VI Nr. 164 Bd. 5, Bl. 222–229v; hier auch zahlreiche Gerichtsurteile. Kommissarische Beratungen am 2.2.1912 und weiteres Material wie Eingaben Industrieller in: ebd., Bd. 6, Bl. 64–82v. Ein undatiertes Gesetzentwurf des Innenministeriums sowie weiteres Material in: BArch, RK, Nr. 545, Bl. 226–229. Ausarbeitungen für den Justizminister v. Ende Okt. 1910 in: Rep. 84a (D), Nr. 1253, Bl. 7–18v. Mit Bezug auf das Prot. und weiteren Aktennachweisen: Saul, Klaus, *Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903–1914*, Düsseldorf 1974, S. 306–313.

¹¹ Fand nicht statt.

¹² Tatsächlich erst am 15.11.1910, TOP 4.

Nr. 29 Sitzung des Staatsministeriums am 11. November 1910.

Vollz. Reinschr., Bd. 159, Bl. 220; MF 953.

Anwesend: Beseler [V, U], Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Krohne, v. Meyeren, Pochhammer, Laury, Fuchs¹ [alle zu 1], Berndt, Kothe [zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, v. Eichmann [beide zu 2]; H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Acht Pensionssachen². [B] — 2. 21 Disziplinarsachen². [B]

¹ Hier als GehBergR – vermutlich aber der GehOBergR Fuchs wie in der Sitzung am 9.4.1910.

² Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 30 Sitzung des Staatsministeriums am 15. November 1910.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 159, Bl. 222–237; MF 953/954.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Lisco [zu 4, U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Eröffnung des Landtags am 10.1.1911². [B] — 2. Wasserrecht. Entscheidung zur Fertigstellung eines neuen Gesetzentwurfs³ zur Ordnung dieses zersplitterten Rechtsgebietes. [B] — 3. Organisation der staatlichen Jugendpflege.⁴ Zunächst ist eine starke Aktion zugunsten der männlichen Jugend notwendig. Aus finanziellen Gründen erst später auch für die weibliche Jugend, um sie ebenfalls vor den Verlockungen der Sozialdemokratie zu schützen und um dem Volke körperlich und geistig gesunde Mütter zu erziehen. Sonderregelungen aus nationalpolitischen [...] Grundsätzen im Osten. [B] — 4. Auslegung des Artikels 68 der Reichsverfassung. Das Recht zur Verhängung des Belagerungszustandes⁵ steht dem Kaiser sowie den durch Landesgesetze [...] ermächtigten Organen der Landesregierungen zu, also auch dem Staatsministerium. Mit der den Zivilbehörden zustehenden Requisition militärischer Hilfe zur Unterdrückung innerer Unruhen wird nicht immer auszukommen sein. [B] — 5. Gesetzentwurf⁶ über die Friedenspräsenzstärke des

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Tatsächlich am 14.1.1911.

³ Vgl. einen Entwurf v. 30.6.1910 in: Rep. 84a (D), Nr. 5755, Bl. 144–279, der auf den in der Sitzung erwähnten kommissarischen Beratungen überarbeitet wurde und am 17.11.1911 dem Staatsministerium zugeht. Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 5756, Bl. 40–45v. Der Entwurf auch: Rep. 87, F Nr. 904, n.f. Ferner: BArch, RADl Nr. 15087. Dem Abgeordnetenhaus am 27.12.1911 vorgelegt: StenBerAH, Session 1911, Drucks. Nr. 9 A u. B. Das Gesetz wurde unter dem 7.4.1913 publiziert: GS, S. 53. – Die lt. TO stattfindende grundsätzliche Entscheidung über die Einbringung des Wassergesetzentwurfs wurde im Zusammenhang mit der parlamentarischen Situation diskutiert. Der TO liegt ein Verzeichnis der Landtagsvorlagen bei: Rep. 90a, A IX 2 Nr. 2 Bd. 7, Bl. 144–146, das vorbereitende Material der Ministerien Bl. 108–143.

⁴ Vgl. Voten Heeringens, Lentzes und Sydows v. 29.10.–4.11.1910 in: Rep. 84a (D), Nr. 10968, Bl. 243–248v. Im Ergebnis der Sitzung legte der Kultusminister unter dem 11.11.1910 einen Organisationsplan für die erzieherische Arbeit an der schulentlassenen Jugend als Erlaß an die Regierungspräsidenten vor: ebd., Bl. 264–275v; hier auch weiteres Material. Der Organisationsplan auch in: BArch, RK, Nr. 1356, Bl. 185–196. Der Erlaß betr. Jugendpflege v. 18.1.1911, in: ZBl. Unterrichtsverwaltung, S. 276 u. Anlage S. 282. Vgl. ferner den Erlaß, betr. die Pflege der schulentlassenen weiblichen Jugend v. 30.4.1913 in: ebd., S. 519.

⁵ Vgl. zu den bereits am 18.12.1905 vom damaligen Innenminister Bethmann Hollweg angeregten kommissarischen Beratungen Rep. 84a (D), Nr. 11651, Bl. 71–71v. Eine die seitdem andauernde Diskussion zusammenfassende Denkschrift des Reichsjustizamtes über den Belagerungs-(Kriegs-)zustand v. 1.11.1918 in: BArch, RADl Nr. 12215, Bl. 3–17v. – Vgl. Sitzung am 27.11.1870, TOP 3.

⁶ Vgl. den Entwurf mit Anschreiben des Kriegsminister v. 5.11.1910 sowie das zustimmende Votum des Innenministers v. 12.11. in: Rep. 90a, Y II 2a Nr. 1 Bd. 3, n.f.; eingebracht im Reichstag am 26.11.: StenBerRT, Bd. 277, Drucks. Nr. 553. – Zur Entstehungsgeschichte: Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, 1. Bd., Berlin 1930, S. 97–106.

Heeres. Entscheidung gegen ein Aeternat und für das Quinquennat. [B] — 6. Entwurf⁷ der Reichsversicherungsordnung. Vertagung. Entwurf eines Arbeitskammergesetzes zur nächsten Sitzung. [B]

⁷ In Vorbereitung der Sitzung legte das Reichsamt des Innern am 10.11.1910 einen neuen Entwurf zur Regelung der sog. Ärztefrage vor; vgl. Rep. 77, Tit. 923 Nr. 19 Bd. 5, n.f.

Nr. 31 Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1910.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 159, Bl. 239–259; MF 954.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Spielhagen [zu 3–4].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Spielhagen [zu 3–4], Leese [zu 4], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Das Wertzuwachssteuergesetz² soll bei den kommenden Reichstagsverhandlungen mit allem Nachdruck vertreten werden, denn es wird bereits im Haushalt für 1911³ auf den Ertrag [...] gerechnet. — 2. Termin der Reichstagswahlen. — 3. Entwurf⁴ des Arbeitskammergesetzes. Einzelfragen, u.a. Wählbarkeit der Arbeitersekretäre als Mitglieder. Nach Delbrück kann man ohne sie keinen Einfluß auf die Massen gewinnen; zudem hat man in den Arbeitersekretären bei großen Streiks jemand, mit dem man verhandeln kann, da eine Verständigung mit der Sozialdemokratie [...] mehr und mehr in die Ferne gerückt ist. [B] — 4. Entwurf⁵ des 7. Teils der Reichsversicherungsordnung. Einzelfragen, u.a. Hinterbliebenenversicherung⁶ als notwendige sozialpolitische Maßregel. Gefahr einer Beherrschung der Krankenkassen durch die Sozialdemokratie. Steuerfreiheit der Kassen als grundsätzlich zu bekämpfender Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten. Erweiterte Leistungen der Krankenversicherung müssen durchweg energisch bekämpft werden. [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen.

² Vgl. den Entwurf eines Zuwachssteuergesetzes v. 11.4.1910 in: StenBerRT, Bd. 275, Drucks. Nr. 374. Die erste Debatte mit Wermuth und Rheinbaben fand am 15.4.1910 statt: ebd., Bd. 261, S. 2381–2419. Dazu der (1.) Kommissionsbericht v. 10.5.1910, in: ebd., Bd. 276, Drucks. Nr. 515. Der Kommissionsbericht über die dritte Lesung v. 11.1.1911, in: ebd., Bd. 277, Drucks. Nr. 596. Zahlreiche Eingaben zur Gestaltung der Steuer sowie Presseauschnitte in: Rep. 120, C V Nr. 36 Bd. 1 u. 2. Veröffentlicht als: Zuwachssteuergesetz v. 14.2.1911, RGBl., S. 33.

³ Vgl. den am 24.11.1910 dem Reichstag zugeleiteten Entwurf eines Gesetzes, betr. die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1911, nebst Anlagen, in: StenBerRT, Bd. 277, Drucks. Nr. 546.

⁴ Vgl. Rep. 77, Tit. 922 Nr. 7 Bd. 2, Bl. 106–117 das Votum Delbrücks v. 10.12.1909 mit Entwurf; auch: Rep. 84a (D), Nr. 185, Bl. 253–253v; Rep. 120, BB VII 1 Nr. 9 Bd. 6, Bl. 230–241v; eingebracht Februar 1910 als: StenBerRT, Bd. 276, Drucks. Nr. 236. Zur Mitgliedschaft der „Arbeitersekretäre“ genannten Vorsteher der von Arbeiterorganisationen geschaffenen Institute vgl. das Schreiben Bethmann Hollwegs an das sächsische Außenministerium v. 23.4.1909 sowie das Votum Delbrücks v. 3.5.1909 in: Die Sozialpolitik in den letzten Friedensjahren des Kaiserreiches (1905–1914), 3. Bd., 3. T., Darmstadt 1997, S. 137 f., 144–147, Dok. Nr. 36 u. 40. Zur Vorgeschichte des Gesetzentwurfs: Grabherr, Stephan, Die Arbeitskammervorlagen der kaiserlichen Regierung von 1908/1909 – Interessenvertretung der Arbeiterschaft oder staatliche Schlichtungsinstanz, in: IWK 26 (1990), S. 141–157.

⁵ Vgl. StenBerRT, Bd. 280, Drucks. Nr. 946, 7. Teil.

⁶ Vgl. das Material in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 19 Bd. 4, n.f., beginnend mit einem Votum Delbrücks v. 11.1.1910.

Nr. 32 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude¹ am 30. November 1910.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 159, Bl. 261–271v; MF 954/955.

Anwesend [U]²: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Caspar [zu 5], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Titelverleihung. [B] — **2. Ordenssachen und Titelverleihungen zum 25jährigen Jubiläum der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.** [B] — **3. Ordenssache H. A. Bueck. Auszeichnung wegen seiner Verdienste um die Wirtschaftspolitik trotz früherer Differenzen zur Regierung auf sozialpolitischem Gebiet.** [B] — **4. Möglichkeit eines Streiks³ der sozialdemokratischen Bergarbeiterschaft im Ruhrrevier und im Saargebiet. Gefahr eines Zusammengehens mit dem christlichen Gewerkeverein. Vorbereitungen gegen Unruhen.** — **5. Entwurf⁴ eines Versicherungsgesetzes für Privatangestellte, das von der Sache her sittlich und wirtschaftlich gerechtfertigt sowie aus politischen Gründen dringend ist. Erörterung des Zeitpunkts der Veröffentlichung angesichts der aus der Versicherung resultierenden weiteren Belastung des [...] Wirtschaftslebens.** [B] — **6. Verweigerung⁵ des Revisionsrechts für den Schlesischen Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wegen großpolnischer Agitation.** [B]

¹ *Vgl. Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 13, n.f.*

² *Gelesen [U]: Heeringen.*

³ *Vgl. BArch, RADl Nr. 6104, Bl. 260–261v; zur Lage im Ruhrrevier ein anonymer Bericht Bl. 173–178.*

⁴ *Vgl. den (1.) Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte in: Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 13 v. 16.1.1911 (A.), I. u. 2. Beil. Zur Beratung im Bundesrat vgl. den Bericht des Hamburger Bundesratsbevollmächtigten Friedrich Sthamer v. 26.3.1911 in: Quellen zur deutschen Innenpolitik, S. 395–397, Dok. Nr. 183.*

⁵ *Vgl. Voten des Handels- und des Innenministers v. 9. bzw. 17.11.1910 sowie der Entwurf der Ablehnung v. 2.12. in: Rep. 77, Tit. 871 Nr. 4, Fasz. 1, n.f.; hier auch Material für die Hand des Innenministers in Vorbereitung der Staatsministerialsitzung sowie die Vorgeschichte seit 1907. Ferner: Rep. 84a (D), Nr. 10496, Bl. 35–74. Zum Revisionsrecht vgl. das Gesetz, betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften v. 1.5.1889, GS, S. 55, §§ 51 ff. Voten und weiteres Material ferner in: BArch, RADl Nr. 15800.*

Nr. 33 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Dezember 1910.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 159, Bl. 274–285; MF 955.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wermuth [zu 1, U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Ausgleichsunterstützungen bei preußischen Beamtenpensionen.² Notstand der Altpensionäre und die Rückwirkung preußischer Zahlungen auf das Reich. Verschiebung einer Entscheidung, da

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz.*

² *Vgl. Voten des Finanzministers und des Reichsschatzsekretärs v. 14. bzw. 13.12.1910 in: Rep. 84a (D), Nr. 3366, Bl. 4–13v. Ferner Bl. 23–26v die Mitteilung Lentzes v. 29.12.1910 über eine Änderung des Etats im Ergebnis der Sitzung und weiteres Material.*

keine Verständigung zwischen den beiden Finanzressorts erzielt werden kann. [B] — 2. Ordenssachen, u.a. Verleihungen an die Parlamentarier v. Zedlitz und Neukirch, Kaempff, v. Eisenhart-Rothe, Hirsch, Trimborn, Wallenborn. [B] — 3. Vertretung des Handwerks im Herrenhause.³ Keine Vertretung der Arbeiter, solange ihre Berufsorganisationen größtenteils staatsfeindlich sind. [B] — 4. Berufung von Oberbürgermeister Marx aus Düsseldorf in das Herrenhaus. Verschiebung. [B]

³ Vgl. das Votum und den Entwurf des Immediatberichtes des Ministers für Handel und Gewerbe v. 4.1.1911 betr. der Berufung des Klempnermeisters Plate in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 5, Bl. 67–70. Dies und weiteres Material in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 5, Bl. 20–27v. Ferner: BArch, RA1 Nr. 15725, n.f.

Nr. 34 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar 1911.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 160, Bl. 2–6, 2 Anlagen: Bl. 7–9; MF 955.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: H. v. Eisenhart-Rothe [U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Der Entwurf² zur Eröffnungsrede für den [...] Landtag. [B] — 2. Vorlagen³ [...] an den Landtag. [B] — (3. Die jüngsten Kundgebungen⁴ des Papstes betr. die Zulassung [...] zur Kommunion, zur Versetzbarkeit der Geistlichen sowie über den sog. Antimodernisteneid und die Überwachung der Geistlichen. Keine Stellungnahme des Staatsministeriums zu Bestimmungen rein kirchlicher Natur im Reichstag oder Landtag⁵. Das Problem der Eidesleistung. Die Fuldaer Bischofskonferenz⁶ hat aber die theologischen Universitäts- und Lyzeal-Professoren hiervon befreit. Nach Trott zu Solz und Bethmann Hollweg ist ein förmlicher Protest abzulehnen, da ein neuer Kulturkampf angesichts der politischen Lage ein höchst unzweckmäßiges und aussichtsloses Unternehmen wäre. Man soll

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen.

² Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 8, Bl. 29–31v, vorbereitendes Material einschl. des Handexemplars v. Eisenhart-Rothes in der Sitzung Bl. 5–35v. Frühere Entwürfe v. 12. und 28.12.1910 in: PA Bonn, R 4046, n.f. Ferner: BArch, RA1 Nr. 15786, Bl. 33–50. Zum festgestellten Text vgl. Anlage 1 zum Prot.

³ Der Entwurf des im Prot. erwähnten Immediatberichtes v. 3.1.1911 in: Rep. 90a, A IX 2 Nr. 2 Bd. 7, Bl. 153–167.

⁴ Vgl. den Immediatbericht des Kultusministers v. 21.9.1910 in: Rep. 89, Nr. 22720, Bl. 13–24v mit umfangreichen Marginalien Wilhelms II. Der Bericht v. 10.9.1910 des Gesandten beim Päpstlichen Stuhl v. Bergen zum Motu proprio in: Rep. 77, Tit. 413 Nr. 45, Bl. 223–225v. Die Dekrete zur Kommunion De aetate admittendorum ad primam communionem eucharisticam v. 8.8. (auch unter dem Titel: Quam singulari) und zur Versetzbarkeit v. 20.8.1910 De amotione administrativa ab officio et beneficio curato sowie das Motupropio zur Überwachung der Geistlichen v. 1.9.1910 Quo quaedam statuuntur leges ad modernismi periculum propulsandum v. 1.9.1910 in: Acta Apostolicae Sedis. Commentarium officiale, An. II, Vol. II (1910), p. 577–583, 636–648 u. 655–680. Zur Versetzbarkeit vgl. das Schreiben des Kultusministers an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten v. 7.1.1911 sowie einen Erlaß an die preußischen Gesandten v. 11.1., in: PA Bonn, R 4026, n.f. Eine deutsche Übersetzung des Antimodernisteneides in: Schultheß 1910, S. 568f. Vgl. drei Interpellationen im Abgeordnetenhaus zur Enzyklika v. 3. u. 4.6.1910 in: StenBerAH, Session 1910, Drucks. Nr. 517, 519 u. 524; ferner der 70. Bericht der Petitionskommission v. 13.6.1911 in: ebd., Drucks. Nr. 590. Zum Eid vgl. Trippen, Norbert, Theologie und Lehramt im Konflikt. Die kirchlichen Maßnahmen gegen den Modernismus im Jahre 1907 und ihre Auswirkungen in Deutschland, Freiburg, Basel, Wien 1977; Knopp, Gisbert, Die Borromäusenzyklika von 1910 und ihr Widerhall in Preußen, in: Zeitschrift f. Kirchengeschichte 86 (1975), S. 41–77.

⁵ Vgl. aber Bethmann Hollweg am 7.3.1911: StenBerAH, Session 1911, Sp. 3459–3468.

⁶ Vgl. Akten der Fuldaer Bischofskonferenz, Bd. 3, Mainz 1985, S. 152–159, Nr. 183, u. die Anlagen S. 159–176, Nr. 184–202, zur Befreiung S. 162, Nr. 191. Der Wortlaut der auf der Sitzung des Staatsministeriums besprochenen Beschlüsse der Konferenz vom 13.–15.12.1910 in Anlage 2 zum Prot.

besser möglichste Zurückhaltung zeigen und nicht in die unter den Katholiken hervorgerufene Gärung eingreifen. Es muß ein *modus vivendi* mit der katholischen Kirche gefunden werden. [B]

Nr. 35 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Januar 1911.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 160, Bl. 11–23v; MF 955.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Küster [für Schorlemer], Lisco [zu 2, U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. *Gesetzentwurf*² über kommunale Zweckverbände, da die Bestimmungen in den Gemeindeverfassungsgesetzen [...] der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr entsprechen. Ein Spezialgesetz³ zum Zweck-Verband Groß-Berlin wegen der eigenartigen Verhältnisse Berlins und seiner Vororte sowie der Verkehrsverhältnisse. Die Vertretung Berlins in der Verbandsversammlung. Die Sonderstellung von Spandau. Die Gefahr einer Aushebelung der auf der Städteordnung beruhenden Selbstverwaltung der Städte durch Bildung von Zwangsverbänden. [B] — 2. Zunahme der Beleidigungen in der Presse gegen Träger der höchsten Staatsämter.⁴ Beschimpfungen des Ministerpräsidenten und einzelner Minister u.a. im Zusammenhang mit den Moabiter Unruhen⁵. Notwendigkeit einer Strafverfolgung, um dem Gerechtigkeitsgefühl des Volkes zu entsprechen. Es darf das Rechtsempfinden nicht erschüttert werden. Deshalb sind bei schwerwiegenden Verdächtigungen oder wenn [...] auf eine empfindliche Bestrafung gerechnet werden kann, die Verfahren in Angriff zu nehmen. [B]

¹ Gelesen [U]: Schorlemer.

² Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 6107, Bl. 17–28v einschl. Votum des Innenministers v. 29.12.1910. Ferner: BArch, RAAd Nr. 15835, n.f.

³ Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 6107, Bl. 29–43. — Auch: Takáts, Elek, *Der Verband Groß-Berlin vom 19. Juli 1911 bis 1. Okt. 1920, seine wirtschaftlichen Aufgaben und Leistungen insbesondere im Verkehrs- und Siedlungswesen, wirtschafts- u. sozialwiss. Diss. Köln 1933*; Escher, Felix, *Berlin und sein Umland. Zur Genese der Berliner Stadtlandschaft bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1985, S. 318–322.*

⁴ Die Vorlage des Justizministers v. 31.12.1910 in: Rep. 120, CB I Nr. 25, Bl. 60–60v; hier auch weiteres Material und Voten.

⁵ Vgl. die zahlreichen Presseberichte in: Rep. 77, Tit. 2515 Nr. 3 Fasz. 4 Bd. 1 sowie: PA Bonn, R 4266, n.f. Ferner: BArch, RAAd Nr. 15831.

Nr. 36 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Januar 1911.

Vollz. Reinschr., Bd. 160, Bl. 25; MF 955.

Anwesend [U]: Beseler [V], Breitenbach, Schorlemer [zu 1–2a u. teilw. 2b], Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Berndt, Laury, Kreuz [alle zu 2a], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann [alle zu 2b], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Eine Ordenssache. [B] — 2a. Zwei Pensionssachen¹. — 2b. Sechzehn Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 37 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Januar 1911.

Reinschr., Bd. 160, Bl. 26; MF 955.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz. — Prot.: P. Frh. v. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Berndt, Prym [beide zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben [auch für H. v. Eisenhart-Rothe, zu 2], A. v. Steinmeister, v. Eichmann [beide zu 2].

1. Eine Pensionssache¹. [B] — 2. Elf Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 38 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 9. Februar 1911.

Vollz. Reinschr., Bd. 160, Bl. 28–41; MF 955/956.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler [zu 4], Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Küntzel [für Beseler, zu 1–3], Wahnschaffe, v. Seefeld [zu 4], H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Indiskretionen in der Presse über die Eröffnungsrede für den Landtag.² Notwendigkeit stärkerer Zurückhaltung im Verkehr der Ministerialreferenten mit der Presse. — 2. Der Entwurf³ eines Hausarbeitsgesetzes. Die Ergebnisse der Kommissionsberatungen im Reichstag. Eine Hebung der außerordentlich niedrigen Löhne in der Heimarbeit durch die Bildung von paritätisch zusammengesetzten Lohntarifkommissionen zur Festsetzung von Mindestlöhnen bleibt unannehmbar. Die Regierung muß auf die Zusammensetzung der Lohnämter [...] Einfluß haben. Schaffung der Möglichkeit für eine Errichtung von Lohnausschüssen durch den Bundesrat bei besonders niedrigem Entgelt der Hausarbeiter. [B]) — 3. Zulassung der fakultativen Feuerbestattung⁴ wie in anderen deutschen Bundesstaaten. [B] — 4. Ausdehnung der gesetzlichen

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Breitenbach.

² Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 8, Bl. 62–63 mit Artikeln aus der Täglichen Rundschau Nr. 13 v. 8.1.1911: Was die Thronrede bringen wird; und der National-Zeitung Nr. 7 v. 8.1.1911: Die nächste Thronrede. Die angekündigten Gesetzentwürfe. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15253, Bl. 68.

³ Vgl. den Bericht der 12. Kommission zur Beratung des Entwurfs eines Hausarbeitsgesetzes – Nr. 237 der DS. – v. 29.11.1910, in: StenBerRT, Bd. 277, Drucks. Nr. 554. – Umfangreiches Material, beginnend mit kommissarischen Beratungen von 1907 über eine Novelle zur Gewerbeordnung bis zu den Reichstagsverhandlungen in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 23 Bd. 4 u. Beiheft. Ebenso: Rep. 84a (D), Nr. 11350, u.a. Bl. 19–37v der Gesetzentwurf v. November 1909. Erlassen am 20.12.1911, RGBl., S. 976.

⁴ Vgl. das Material in Vorbereitung eines Gesetzes in: Rep. 77, Tit. 1380 Nr. 23 Bd. 2, Bl. 200–203v; Bl. 217–222v der I. bis 3. Entwurf aus dem Jahre 1908; Bl. 295 die Niederschrift über kommissarische Beratungen und Bl. 293–294v der daraus erwachsene 4. Entwurf von 1909, hier auch Material zur Situation in anderen Bundesstaaten sowie Schriftwechsel mit dem Reichsamt des Innern. Dessen Akten in: BArch, RAAdI Nr. 15836. Eine Anfrage des

Schulpflicht auf die gesamte berufstätige Jugend *mittels der Fortbildungsschulen*⁵, um sie auch gegen die Sozialdemokratie nutzbar zu machen. Der Einfluß der Arbeitgeber auf die Schuldeputationen. [B] Die Beratung wird abgebrochen und vertagt.

Kultusministers v. 21.11.1910 bei der Botschaft in Rom, ob Gerüchte über eine Sanktionierung der Leichenverbrennung seitens des Vatikans bestätigt werden könnten, sowie die abschlägige Antwort in: PA Bonn, R 4266, n.f. Zur Reformbewegung der Feuerbestattung vgl. Fischer, Norbert, Vom Gottesacker zum Krematorium. Eine Sozialgeschichte der Friedhöfe in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, Köln, Weimar, Wien 1996, S. 97–124.

⁵ *Vgl. den von Sydow am 11.8.1910 vorgelegten Entwurf eines Fortbildungsschulgesetzes in: Rep. 84a (D), Nr. 10968, Bl. 162–183, hier auch Voten. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15743, Bl. 233–259v; ebd., Nr. 15744, Bl. 12–63.*

Nr. 39 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 11. Februar 1911.

Vollz. Reinschr., Bd. 160, Bl. 43–50v; MF 956.

*Anwesend [U]*¹: *Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].*

Weitere Teilnehmer: v. Seefeld [zu 3], H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Zulassung der fakultativen Feuerbestattung. Endredaktion des Gesetzentwurfs² [B] — 2. Genehmigung einer Informationsreise von MdR³. [B] — 3. Ausbau der Fortbildungsschulen.⁴ Stellung der Leiter und Lehrer. Disziplinalgewalt auch über im Nebenamte angestellte Lehrer, Reichs- oder Staatsbeamte sowie Privatpersonen. Die staatsrechtliche Lage der Lehrer, ihre Stellung zu den Gemeindebeamten. [B]

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen.*

² *Vgl. die Immediatberichte v. 27.2. u. 8.9.1911 in: Rep. 89, Nr. 23502, Bl. 117–120 u. 125–126v. Erlassen als Gesetz, betr. die Feuerbestattung v. 14.9.1911, GS, S. 193.*

³ *Vgl. die Reiseplanungen in: BArch, RAAdI Nr. 6105, Bl. 26–72.*

⁴ *Vgl. den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Abänderung der §§ 114 a usw. der Gewerbeordnung v. 11.2.1910, in: StenBerRT, Bd. 273, Drucks. Nr. 238. Dazu der Kommissionsbericht v. 23.5.1911, in: ebd., Bd. 282, Drucks. Nr. 1048. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15744.*

Nr. 40 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Februar 1911.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 160, Bl. 52–59, Anlage: Bl. 60; MF 956. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex E Nr. 2, Bl. 201–208v.

*Anwesend [U]*¹: *Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: Lewald [U].*

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe [U], Lewald.

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz.*

Unannehmbarkeit der Beschlüsse² der Reichstagskommission zur [...] Elsaß-Lothringischen Verfassungsreform hinsichtlich Erhebung [...] zu einem selbständigen Bundesstaat und zur Veränderung in der Stellung des Statthalters. Aussetzung der Kommissionsberatungen durch eine Erklärung³ Delbrücks. Lediglich die Frage des Stimmrechts im Bundesrat ist diskutabel. Man kann nach dessen Zustimmung für diesen 3 vom Statthalter zu instruierende Stimmen [...] verleihen. Andernfalls besteht die Gefahr für eine nicht erträgliche Vermehrung des süddeutschen Einflusses. [B]

² Vgl. *StenBerRT*, Bd. 281, Drucks. Nr. 1032. Vgl. ferner eine Tischvorlage (Delbrücks ?) aus der Sitzung in: *Rep. 84a (D)*, Nr. 6342, Bl. 661–683. Ein Teildruck der Denkschrift des Reichsamts des Innern v. 19.2.1911 in: *Quellen zur deutschen Innenpolitik*, S. 389–392, Dok. Nr. 181; hier auch der Wortlaut der Erklärung Delbrücks: S. 393–395, Dok. Nr. 182. Mit Bezug auf das Prot.: Rauh, *Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches*, S. 224–226.

³ Vgl. die Anlage zum Staatsministerialsitzungsprotokoll sowie den Kommissionsbericht in: *StenBerRT*, Bd. 281, Drucks. Nr. 1032.

Nr. 41 Sitzung des Staatsministeriums am 3. März 1911.

Vollz. Reinschr., Bd. 160, Bl. 62a–62by; MF 956.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Ernennung von Prinz Ratibor zum Oberpräsidenten von Westfalen. [B] *Es war auch bisher üblich [...], daß ein Oberpräsidium mit einem Katholiken besetzt ist. — 2. Ernennung von Bill Drews zum Regierungspräsidenten in Köslin.* [B]

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen.*

Nr. 42 Sitzung des Staatsministeriums am 20. März 1911.

Vollz. Reinschr. mit einer hs. Korrektur, Bd. 160, Bl. 64–72v; MF 956/957.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Kraetke, Wermuth, Lisco [alle zu 2, U], v. Kiderlen-Wächter [zu 2], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Der Jahresbericht der Ansiedlungskommission für [...] 1910². Notwendigkeit einer Stellung

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen.*

² *Der Bericht in: StenBerAH, Session 1911, Drucks. Nr. 195 A u. B. Dazu Material in: Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 3, n.f. Zu den im Prot. erwähnten Erwerbungen aus dem Besitz des Großherzogs von Sachsen-Weimar vgl. ebd., Nr. 24, n.f. Zur Herrschaft Reisen vgl. Rep. 77, Tit. 870 Nr. 47e, Fasz. XX, n.f.*

nahme³ der Regierung zur Enteignungsfrage *in der Richtung, daß man fest entschlossen ist, die Ansiedlungspolitik zum Schutze des Deutschtums [...] fortzuführen und auch von der Befugnis zur Enteignung [...] Gebrauch zu machen beabsichtigt. Die Frage von Enteignungen bereits 1911 und später als politische Entscheidung. Verzicht im laufenden Jahr wegen der Reichstagswahlen.)* — **2.** *Die Geschäftslage im Reichstag und der Termin der Neuwahlen. Die Frage der Gewährung von Diäten⁴ für die MdR im Falle einer Herbsttagung.* [B]

³ Vgl. *StenBerAH, Session 1911, Drucks. Nr. 366, S. 3341 mit Abweichungen gegenüber der im Staatsministerium beschlossenen Fassung.*

⁴ *Im Ergebnis der Sitzung wurde u.a. das Gesetz, betr. die Gewährung einer außerordentlichen Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags v. 15.6.1911, RGBl., S. 247, in die Wege geleitet, um die Erledigung wichtiger Vorlagen zu gewährleisten.*

Nr. 43 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 3. Mai 1911.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 160, Bl. 74–87, Anlage: Bl. 88–89; MF 957.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: v. Wachs [für Heeringen], Wahnschaffe, Caspar [zu 1], H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Reichsversicherungsordnung. *Der Stand der Beratungen des Reichstags², dem, trotz einzelner Bedenken, zuzustimmen ist. Einzelfragen, u.a. die Rechte der Versicherungsämter gegenüber den Ortskrankenkassen. Einsparungen bei der landwirtschaftlichen Versicherung. In der als Arztfrage bezeichneten Frage eines Vertragsverhältnisses zwischen den Ärzten und den Kassen wurde keine Einigung erreicht und nur ein Provisorium geschaffen. Vorkehrungen gegen sozialdemokratischen Mißbrauch der Kasseneinrichtungen.* [B]) — **2.** *Eine Ernennung.* [B] — **3.** *Die Verlängerung des Stahlwerksverbandes und des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats³, deren Verträge 1912 bzw. 1915 auslaufen, als Frage von besonderer Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben. Die Beteiligung des Bergfiskus an den Syndikaten. Es ist von einer gewissen politischen Tragweite [...], wenn der Syndikatsgedanke von der Regierung klar anerkannt wird.* [B]

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz.*

² *Vgl. StenBerRT, Bd. 280, Drucks. Nr. 946, 7. Teil. Dazu: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 19 Bd. 5, n.f., u.a. mit dem Ergebnis kommissarischer Beratungen zur sog. Ärztefrage am 8.11.1910 sowie der von Delbrück auf der Sitzung angekündigte Zusammenstellung von Beschlüssen der Reichstagskommission v. 6.5.1911. Das Material ab August 1911 zur Entstehung der Verordnung über Geschäftsgang und Verfahren der Versicherungsämter, v. 24.12.1911, RGBl., S. 1107, in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 26 Bd. 1, n.f.*

³ *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 72 adhib 45 Bd. 3, Bl. 193–193v, Schreiben des Oberbergamtes Dortmund v. 19.4.1910, in dem das Problem erstmals angesprochen wurde. Hier auch Material zur Lage der Syndikate. Der in der Sitzung vorgelegte Entwurf einer Erklärung des Staatsministeriums und ein Votum des Kriegsministers in: Rep. 84a (D), Nr. 11127, Bl. 173–175. In der Anlage zum Prot. die in der Sitzung festgestellte Fassung. Eine Rede Sydows am 20.5.1911 im Abgeordnetenhaus einschl. einer Erklärung des Staatsministeriums in: StenBerAH, Session 1911, Sp. 6744–6750, die Erklärung Sp. 6748 f. Pressematerial in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 72 adhib 45 Bd. 4, v.a. Bl. 1–5 u. 13–15. Ferner: BArch, RA DI Nr. 15833, Bl. 198–206v.*

Nr. 44 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 20. Mai 1911.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 160, Bl. 91–106v; MF 957.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer [zu 1], Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Herrmann [zu 1], Kirschstein [zu 1].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Stieger, Peters, Herrmann, Kirschstein [alle zu 1], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Der Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsabgaben im Zusammenhang mit der Kanalisierung von Lahn, Mosel und Saar¹. Auswirkungen auf die deutsche Montanindustrie und deren Konkurrenz in Frankreich, Belgien und Lothringen. Widersprüche zwischen wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten. Tarifiermäßigungen bei der Eisenbahn als Alternative. [B] — **2.** Die Entwürfe² zum Verfassungsgesetz und zum Wahlgesetz für Elsaß-Lothringen im Ergebnis der Kommissionsberatungen im Reichstag. Einzelfragen, u.a. Regelung des Budgetrechts, die Zusammensetzung der Ersten Kammer und die Gleichberechtigung der Konfessionen. Wahlrechtsfragen. [B]

¹ Vgl. Rep. 90a, N III 2 Nr. 1 Bd. 12, n.f. mit Voten und Ausarbeitungen des Büros des Staatsministeriums für die Hand des Vorsitzenden in Vorbereitung der Sitzung. Ein Votum Breitenbachs v. 17.5.1911, in: III. HA, MAA, II Nr. 5538, n.f. Über Differenzen zur Mosel- und Saar-Kanalisierung zwischen Breitenbach und einem elsäß-lothringischen Bundesratsbevollmächtigten im Jahre 1914 vgl. Rep. 84a (D), Nr. 6342, Bl. 1033–1045, auch: BArch, RAdI Nr. 15891. Zur Kanalisierung ferner: BArch, RAdI Nr. 15820. Vgl. das Gesetz, betr. den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsabgaben v. 24.12.1911, RGBl., S. 1137; dazu eine Verordnung betr. teilweises Inkrafttreten des Gesetzes v. 29.4.1912, RGBl., S. 259.

² Vgl. StenBerRT, Bd. 281, Drucks. Nr. 1032, Kommissionsbericht v. 20.5.1911.

Nr. 45 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juni 1911.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 160, Bl. 108–124; MF 957/958.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Nachträgliche Zustimmung zur Schließung des Abgeordnetenhauses² wegen Obstruktion und andauernder Beschlußunfähigkeit. [B] — **2.** Wegen der Verfassungsreform ist ein verstärkter Beamtenaustausch³ zwischen Elsaß-Lothringen und anderen Bundesstaaten, insbesondere mit Preußen, anzustreben, um das Deutschtum zu heben. — **3.** Urlaubstermine der Minister. — **4.** Die

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen.

² Am 16.6.1911. – Vgl. das Votum des Innenministers v. 17.1.1912 über den unerwünschten Verlauf der Beratungen des Abgeordnetenhauses in den letzten Tagen der verfloßenen Session in: Rep. 84a (D), Nr. 1186, Bl. 323–328, das Zitat Bl. 323. Ferner: BArch, RK, Nr. 1087, Bl. 68 und beiliegendes Material.

³ Vgl. Materialien zur Beschäftigung von elsäß-lothringischen Beamten bei preußischen und Reichsbehörden 1911–1914 in: Rep. 90, Annex E Nr. 10.

Notlage der oberschlesischen Eisenindustrie⁴ und Möglichkeiten der Staatshilfe, v.a. Ermäßigung von Eisenbahntarifen. Stellung des Landeseisenbahnrats zum Staatsministerium. [B] — 5. Ablehnung eines Gesetzentwurfs⁵ gegen unwirtschaftliche Grundstücksteilungen. Mit seiner Hilfe ist kein Schutz deutschen Grund und Bodens in den Ostmarken zu erreichen wegen zu erwartender Schwierigkeiten der Gesetzesanwendung. Die Lage der Ansiedlungskommission⁶, die Frage der Enteignungen und ein möglicher Wechsel in der Ansiedlungstätigkeit. [B] — 6.–7. Zwei Ernennungen. [B] — 8. Herrenhausberufungen⁷. [B] — 9. Termin der Reichstagswahlen.⁸ Keine Herbsttagung des Landtags notwendig. [B]

⁴ Vgl. schon das gemeinsame Votum des Ministers für Handel und Gewerbe und des Ministers für öffentliche Arbeiten v. 12.7.1910 in Reaktion auf eine Denkschrift des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, östl. Gruppe zu Kattowitz, v. 14.10.1909, sowie mehrere Voten des Ministers für öffentliche Arbeiten v. 4.6.1911 und später in: Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 5, n.f.

⁵ Vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 3, n.f. Ein Bericht v. 25.6.1911 über kommissarische Beratungen einschl. eines Gesetzentwurfs in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. 1 Bd. 6, Bl. 117–142. Ein im Ergebnis der Sitzung vom Landwirtschaftsminister erarbeiteter Entwurf v. 11.9. in: Rep. 90, Nr. 1614, n.f. Hier auch Protokolle kommissarischer Beratungen usw. bis hin zum endgültigen Gesetzentwurf. Dieser mit dem Immediatbericht v. 20.4.1912 in: Rep. 90, Nr. 1615, n.f. Ferner: BArch, RAdl Nr. 15783, Bl. 126–150. Zur Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes auch auf Schleswig-Holstein, die vom Landwirtschaftsminister unter direktem Bezug auf die Sitzung erfolgte, vgl. dessen Votum v. 17.4.1912 sowie weiteres Material und den Gesetzentwurf in: Rep. 90a, H II 3d Nr. 25 Bd. 1, n.f.

⁶ Zu Erwerbungen aus dem Besitz des Ghzg. von Sachsen-Weimar-Eisenach vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 24, n.f.

⁷ Vgl. das Votum Dallwitz' v. 20.6.1911 und weiteres Material in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 5, Bl. 89–97v.

⁸ Vgl. den Immediatbericht des Reichskanzlers mit dem Vorschlag, die Wahlen am 12.1.1912 anzusetzen, in: Rep. 89, Nr. 213, Bl. 151–152.

Nr. 46 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juli 1911.

Reinschr., Bd. 160, Bl. 125; MF 958.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach, Trott zu Solz, Lentze. — Prot.: [P. Frh. v. Rheinbaben, U].

Weitere Teilnehmer: P. Frh. v. Rheinbaben [für H. v. Eisenhart-Rothe], Maubach, Lewald, Weyhe, Laury, Thiesing, Prym [alle zu 1], A. v. Steinmeister, v. Eichmann [beide zu 2].

1. Acht Pensionssachen¹. [B] — 2. 25 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 47 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juli 1911.

Vollz. Reinschr., Bd. 160, Bl. 127–128; MF 958.

Anwesend [U]¹: Delbrück [V], Sydow, Trott zu Solz, Dallwitz. — Prot.: P. Frh. v. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Stieger [für Breitenbach], Michaelis [für Lentze], Bourwieg [für Beseler], Schroeter [für Schorlemer].

¹ Gelesen [U]: Bethmann Hollweg.

1. Ordenssachen. [B] — 2. Berufungen in das Herrenhaus. [B]

Nr. 48 Sitzung des Staatsministeriums am 16. September 1911.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 160, Bl. 134–157v; MF 958.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Wolffram [zu 4], Laury [zu 4].

Weitere Teilnehmer: Wermuth [U²], Wahnschaffe, Granzow [zu 4], Wolffram [zu 4], Laury [zu 4], H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Vertrauliche Mitteilungen über den Stand der Marokko-Angelegenheit³.) — 2. Eine Ordenssache sowie vier Ernennungen. [B] — 3. Problematik einer Mitgliedschaft von Ministern im Ehrenausschuß für die Breslauer Jahrtausendausstellung zur Erinnerung an die Freiheitskriege, da seitens der Stadt eine spätere politische Nutzung der Festhalle auch zu sozialdemokratischen Versammlungen⁴ in Aussicht gestellt wird. Nachdem aber einzelne Minister ihre Bereitschaft bereits erklärt haben, soll man die Sache auf sich beruhen lassen. [B] — 4. Maßnahmen gegen die Folgen der Dürre⁵. Keine Aufgabe der Grundlagen der Wirtschaftspolitik wie Schutzzölle und Importbeschränkungen gegen Viehseuchen. Einzelfragen, u.a. Frachtermäßigungen bei der Eisenbahn für Futter und verschiedene Nahrungsmittel. Die Fleischsteuerung⁶ und die Möglichkeit von Importen, v.a. von Kühlfleisch. Hilfe für Staatsbeamte und Arbeiter in Staatsbetrieben in dem drohenden Existenzkampf in Form von Teuerungszulagen oder als Unterstützungen. Vorbereitungen für einen erwarteten wirklichen Notstand im Laufe des Winters. [B] — 5. Der Landtag soll nicht im Herbst⁷ zusammenberufen werden. Es ergibt sich mit der Steuerreform [...] Agitationsstoff in Vorbereitung der Reichstagswahlen. [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Die Geheime Kanzlei vermerkte, daß bei den Protokollauszügen die Unterschrift nur zu TOP 4 gelten sollte: Bl. 157v.

³ Vgl. Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hrsg. v. Johannes Lepsius u.a., 29. Bd., Berlin 1925, v.a. S. 361–454.

⁴ Bis zur Sitzung hatten sich Minister sowohl zu einer Teilnahme bereit erklärt als auch diese abgelehnt – vgl. Rep. 90, Nr. 347, n.f.

⁵ Umfangreiches Material ausschließlich von Aug. bis Okt. 1911 in: Rep. 90a, D II 2d Nr. 12 Bd. 1, u.a. Bl. 55–79 eine Ausarbeitung (verm. v. Eisenhart-Rothes) v. 14.9.1911 in Vorbereitung der Sitzung für Bethmann Hollweg sowie Bl. 108–115v zur Änderung der Eisenbahntarife. Zu diesen insgesamt: Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 5, n.f., u.a. mit einem Votum Breitenbachs v. 12.8.1911. Die Ermäßigung trat ab 18.9.1911 in Kraft: Ausnahmetarif für Futter und Streumittel, in: Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 222 v. 20.9.1911, 5. Beil. Zu den Ergebnissen der Sitzung vgl.: Politischer Tagesbericht [für den 16.9.1911], in: Norddt. Allg. Zeitung Nr. 219 v. 17.9.1911 – die anderen TOP werden hier nicht erwähnt. Ferner: BArch, RA I Nr. 15840. Zu den Auswirkungen der Dürre: Calwer, Richard, Das Wirtschaftsjahr 1911. Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Für Volkswirte und Geschäftsmänner, Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen, I. T., Jena 1913, S. 66–95. Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Witt, Peter-Christian, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des wilhelminischen Deutschland, Lübeck u. Hamburg 1970, S. 341.

⁶ Vgl. u.a. zahlreiche Eingaben und Berichte verschiedenster Verwaltungsebenen in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 14 Bd. 16, n.f. Grundsätzlich und unter dem Aspekt der Haltung der politischen Parteien: Nonn, Christoph, Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1996.

⁷ Vgl. Voten in: PA Bonn, R 4046, n.f.

Nr. 49 Sitzung des Staatsministeriums am 29. September 1911.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 160, Bl. 162–174v; MF 959.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Wolffram [zu 2].

Weitere Teilnehmer: Lusensky [für Sydow], Wermuth [zu 2, U], Wahnschaffe, Wolffram [zu 2], H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Eine Ernennung. [B]) — 2. Überblick über die Entstehung und Entwicklung des Einfuhrscheinsystems und die Möglichkeiten seiner Reform², die nach Wermuth günstig sind. Einzelheiten zur deutschen und der Welternte sowie zu Zöllen und den schädlichen Wirkungen [...] für die Reichskasse. Kontroverse Diskussion zur Frage einer Änderung des Systems. Sie wird nach Schorlemer eine vollkommene Umwälzung in den wirtschaftlichen Verhältnissen ganz Ostelbiens herbeiführen. Die Frage von Modifikationen bei der Anwendung der Einfuhrscheine. Die massive öffentliche Kritik an den Einfuhrscheinen angesichts der massiven Teuerung, worin die Möglichkeit von Unruhen sowie Demonstrationen liegt. Die Haltung der Parteien auch im Wahlkampf. [B] — (3. Kriegserklärung Italiens an die Türkei³.)

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Sydow, Heeringen.

² Vgl. das im Ergebnis der Sitzung geschriebene Votum des Ministers für öffentliche Arbeiten v. 20.10.1911 in: Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 5, n.f.; zur Diskussion über eine neue gesetzliche Regelung vgl. Rep. 120, C VII 1 Nr. 56 Geheim, n.f. Ferner: BArch, RADl Nr. 15840. — Zeitgenössisch: Beckmann, Friedrich, Einfuhrscheinsysteme. Kritische Betrachtung mit besonderer Berücksichtigung der Getreideeinfuhrscheine, Karlsruhe 1911, v.a. S. 27–128. — Mit Bezug auf das Prot.: Witt, Die Finanzpolitik, S. 340 f.

³ Am 28.9.1911, wurde das italienische Ultimatum überreicht und am Folgetag von der Türkei abgelehnt. Vgl.: Die Große Politik der Europäischen Kabinette, Bd. 30, I. H., Berlin 1926, S. 61–63, Nr. 10841.

Nr. 50 Sitzung des Staatsministeriums am 4. November 1911.

Vollz. Reinschr. mit einer hs. Korrektur, Bd. 160, Bl. 176–183; MF 959.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Kraetke [zu 3, U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Vertrauliche Auskunft zum Marokkovertrag¹. Verabschiedung des Staatssekretärs des Reichskolonialamts F. v. Lindequist.) — 2. Termin der Landtagseröffnung². [B] — 3. Wahl von Sozialdemokraten durch Beamte³ sowie die Stimmhaltung bei Entscheidungen zwischen einem staatsfeindlichen und einem nationalgesinnten Kandidaten. Es besteht für Beamte zwar keine gesetzliche,

¹ Vgl. Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Französischen Republik, betr. Marokko. V. 4.11.1911, RGBl. 1912, S. 197.

² Am 15.1.1912.

³ Vgl. eine Aufzeichnung o.D. in Vorbereitung der Sitzung sowie das Material zur Entstehung der Erklärung und deren Wortlaut in: Rep. 90, Nr. 307, n.f. Zum in der Sitzung angesprochenen Problem der Stichwahlen vgl. einen Artikel unter dem Titel „Wahlbewegung“ in: Norddt. Allg. Zeitung Nr. 7 v. 10.1.1912, u. Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung Nr. 25 v. 16.1.1912. Vgl. Bertram, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag, S. 125–128.

doch eine moralische Wahlpflicht. *Entwurf einer zu veröffentlichenden Erklärung.* [B] — **4. Ernennung des interimistischen Leiters des Reichskolonialamtes Solz zum Bundesratsbevollmächtigten.** [B] — **5. Beteiligung der Minister an Stadtverordnetenwahlen, wenn dem sozialdemokratischen Kandidaten ein bürgerlicher gegenübersteht.** [B]

Nr. 51 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 14. November 1911.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 160, Bl. 185–189v, Anlage: Bl. 190–191v; MF 959.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Kiderlen-Wächter [U²], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Die Abkommen³ über Marokko und Äquatorialafrika. *Die verfassungsrechtliche Frage⁴, ob alle Verträge mit fremden Staaten zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der gesetzgebenden Faktoren bedürfen. Die Haltung der Parteien. Der Grundsatz, daß der Kaiser das Reich völkerrechtlich vertritt und damit auch Kolonialbesitz [...] erwerben oder abtreten kann, wird durch die Erklärung⁵ Delbrücks in der Budgetkommission bekräftigt, zugleich aber angesichts der großen Aufwendungen, die für die [...] Kolonien erforderlich gewesen sind, den gesetzgebenden Körperschaften in weiterem Umfang als bisher eine Mitwirkung zugestanden.* [B] — **(2. Ansiedlungspolitik. Trotz Landmangel der Ansiedlungskommission soll erst nach den Wahlen mit Enteignungen⁶ begonnen werden wegen der politischen Lage im Osten und da vom geschäftlichen Standpunkt der Ansiedlung kein zwingender Grund vorliegt. Aus technischen Gründen ergeben sich den Winter über Verzögerungen, doch dann kann man dem Landtage gleich mit einer vollendeten Tatsache gegenübertreten.** [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Die Geheime Kanzlei vermerkte, daß bei den Protokollauszügen die Unterschrift nur zu TOP 1 gelten sollte: Bl. 189v.

³ Vgl. Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Französischen Republik, betr. Marokko. V. 4.11.1911, sowie: betr. Äquatorial-Afrika. V. 4.11.1911, RGBl. 1912, S. 197 bzw. S. 206.

⁴ Vgl. dazu Interpellationen in: StenBerRT, Bd. 282, Drucks. Nr. 1138 u. 1142–1144. In Vorbereitung ihrer Beantwortung wurde für den 12.11.1911 vom Reichskanzler zu einer kommissarischen Beratung eingeladen. Zur Unterrichtung des Justizministers noch am 12.11.: Rep. 84a (D), Nr. 6238, Bl. 299–301. Dem Reichstag waren am 8.11. die Denkschrift des Reichskolonialamtes über die neuen Erwerbungen, die Information des Kanzlers v. 10.11. zum Notenwechsel zwischen v. Kiderlen-Wächter und dem französischen Botschafter Jules Cambon sowie am 11.11. das Äquatorial-Afrika-Abkommen selbst zugeleitet worden: StenBerRT, Bd. 282, Drucks. Nr. 1140, 1159 u. 1160. Zur verfassungsrechtlichen Problematik vgl.: Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, S. 165 f.

⁵ Vgl. die Anlage zum Prot.: Bl. 190–191v.

⁶ Material u.a. mit Aufstellungen zu den zu enteignenden Gütern in: Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 3, n.f. Ein Immediatbericht Schorlemers v. 18.1.1912 sowie ein Handschreiben an Wilhelm II. v. 21.1.1912, auf dem Valentini unter dem 23.1. vermerkte, daß die Sache [...] vertagt sei und einstw[eilen] nicht vorgelegt werden soll, in: Rep. 89, Nr. 31700, Bl. 3a–3nv.

Nr. 52 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Dezember 1911.

Reinschr., Bd. 160, Bl. 192; MF 959.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz [zu 1, teilw. zu 2], Dallwitz [zu 1, teilw. zu 2]. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Berndt, Weyhe, Laury, Prym, Böhme [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann [alle zu 2], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Sechs Pensionssachen¹. [B] — 2. 19 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 53 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Dezember 1911.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 160, Bl. 194–203v; MF 959/960.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Fernow [zu 5].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Michaelis [zu 2], Heinke [zu 2], Fernow [zu 2], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Ordenssachen. [B] — 2. Plan für eine Flottennovelle und eine Heeresnovelle.² Strenge Geheimhaltung vor den Wahlen. — 3. Die neueintretenden Arbeiter der Staatsbetriebe sollen schriftlich verpflichtet werden, sich von sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten.³ Keine Ausdehnung dieser Maßnahme auf die bereits im Dienst befindlichen, weil Widerstand zu befürchten ist. Frage, ob die Aktion wegen der links stehenden Presse bis nach den Wahlen zu verschieben ist. [B] — 4. Eine Ernennung. Grundsätze betr. Eisenbahndirektionspräsidenten. [B] — 5. Die Mittel für Dienstinkommensverbesserungen der Lehrer und die Einkommens- und Ergänzungssteuer⁴. Einzelfragen, u.a. die nach der Beweislast des Steuerpflichtigen oder der

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz.*

² *Zum Gesamtproblem: Witt, Die Finanzpolitik, S. 337–356.*

³ *Vgl. den Entwurf eines Rundschreibens in: Rep. 90, Nr. 307, n.f. Vgl. ferner die Anfrage des Reichsamts des Innern an Reichsmarineamt, Kriegsministerium sowie Bergbauabteilung des Handelsministeriums v. 4.11.1911, ob sie einverstanden wären, zwar jede Agitation mit Entlassung zu bestrafen, ansonsten aber nicht nach einer Mitgliedschaft der Staatsarbeiter in Parteien oder Gewerkschaften zu fragen, sowie die Antworten, in: Die Sozialpolitik in den letzten Friedensjahren des Kaiserreiches (1905–1914), 4. Bd., 2. T., Darmstadt 1998, S. 519 bzw. 531–533, Dok. Nr. 149 bzw. 154–157.*

⁴ *Vgl. Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 14, n.f. mit dem Gesetzentwurf v. 13.11.1911 betr. Abänderung des Einkommensteuer- und des Ergänzungssteuergesetzes sowie Voten, weiterem Material und dem Beschluß des Staatsministeriums v. 15.12.1911. Der Immediatbericht v. 22.12.1911 in: Rep. 89, Nr. 27242, Bl. 348–353. Auch: Rep. 90a, F III 3 Nr. 3 Bd. 2, n.f.; der Entwurf und Voten ebenso in: Rep. 120, C V Nr. 15 Bd. 6, n.f. Der Entwurf wurde am 15.1.1912 eingebracht als: StenBerAH, Session 1912/13, Drucks. Nr. 28 A–C sowie Nr. 101. Ferner: BArch, RAdI Nr. 15843.*

Veranlagungskommission sowie nach der Möglichkeit, die Landräte⁵ durch besondere Steuerkommissare zu ersetzen, um geordnete Verhältnisse in der Steuerverwaltung zu schaffen. [B]

⁵ Vgl. Rep. 90a, B III 7b Nr. 28 Bd. 1, Bl. 57–83v sowie 89–92v; u.a. Bl. 57–62 ein Votum des Finanzministers v. 13.11.1911. Zum Gesamtproblem: Witt, Peter-Christian, *Der preußische Landrat als Steuerbeamter 1891–1918. Bemerkungen zur politischen und sozialen Funktion des deutschen Beamtentums*, in: *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. Imanuel Geiss u.a., Düsseldorf 1973, S. 205–236.

Nr. 54 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Januar 1912.

Vollz. Reinschr., Bd. 161, Bl. 2–4v, 2 Anlagen: Bl. 5–8; MF 960.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [zu 1–2, V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: H. v. Eisenhart-Rothe [U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe [zu 1], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Der Entwurf² zur Eröffnungsrede zum Landtag. [B] — (2. Der Termin für den Zusammentritt des Reichstags³ in Rücksicht auf die zu erwartenden Heeres- und Flottenvorlagen. [B]) — 3. Die Vorlagen⁴ für den Landtag. [B] — 4. Resolutionen des Abgeordnetenhauses und die in Vorschlag gebrachte Beantwortung⁵, u.a. Ersatz der Bezeichnung Subalternbeamte durch mittlere Beamte⁶. [B] — 5. Herrenhausberufungen.⁷ Es ist fraglich, ob es zur Zeit zweckmäßig sei, Wilhelm II. die Berufung eines Juden wie des Industriellen und Kunstmäzens E. Arnhold vorzuschlagen. [B]

¹ Gelesen [U]: Heeringen.

² Vgl. das vorbereitende Material einschl. das Handexemplar v. Eisenhart-Rothes in der Sitzung in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 8, Bl. 68–81v. Der von Wilhelm II. genehmigte Immediatbericht v. 11.1.1912 in: Rep. 89, Nr. 269, Bl. 148–149v. Vgl. PA Bonn, R 4047, n.f. Der in der Sitzung festgestellte Wortlaut in: Anlage 1 zum Prot.: Bl. 5–6v. Zur Ankündigung der Heeres- und Flottenvorlagen vgl. das Immediatschreiben Bethmann Hollwegs v. 30.12.1911 sowie die Antwort Wilhelms II. in: Rep. 89, Bl. 92–97.

³ Am 7.2.1912. Vgl. dazu den Immediatbericht des Reichskanzlers v. 16.1.1912 in: Rep. 89, Nr. 213, Bl. 176; Bl. 185 bis 194 der Entwurf und die Endfassung der Thronrede sowie Material dazu.

⁴ Material der Ministerien in: Rep. 90a, A IX 2 Nr. 2 Bd. 7, Bl. 168–204v. — Der Entwurf des Immediatberichtes ebd., Bl. 206–222. Die (mit der TO versandte?) Übersicht auch in: BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 2–3.

⁵ Vgl. Bl. 7–8, bereits mit der TO versandt. — Vgl. das Material der einzelnen Ministerien in: Rep. 90a, A VIII 4 Nr. 13 Bd. 11, n.f.

⁶ Vgl. den Votenwechsel sowie weiteres Material einschl. des Protokolls einer kommissarischen Beratung der Ressorts am 18.12.1911 in: Rep. 90, Nr. 573, n.f. Auch in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20, adhib III.

⁷ Vgl. Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 5, Bl. 101–119; zu den Bedenken betr. Arnhold v.a. Bl. 106–106v.

Nr. 55 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Februar 1912.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 161, Bl. 10–23v; MF 960.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [zu 1–2, V], Delbrück [V zu 3], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Herrmann [zu 1].

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Dallwitz.

Weitere Teilnehmer: Holtz [für Dallwitz], Wahnschaffe [zu 1–2], Velsen [zu 3], Herrmann [zu 1], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Die Kanalisierung von Mosel und Saar² ist zur Zeit nicht angezeigt. Als Kompensation Ermäßigung der hohen Bahntarife im Interesse der Montanindustrie trotz Mindereinnahmen bei den Bahnen. Man darf sich nicht einseitig durch Erwägungen finanzieller Art bestimmen lassen, denn der Staat ist doch nicht dazu da, nur Finanzpolitik zu treiben. [B] — 2. Die Errichtung einer Universität in Frankfurt a.M.³ Bedenken, u.a., daß die politisch recht weit links stehende Bürgerschaft die neue Universität in ein radikales Fahrwasser drängen wird. [B] — 3. Rangerhöhung und Verbesserung der Besoldung der staatlichen Bergwerksdirektoren⁴ wegen permanenter Abwanderung in die Privatindustrie.

² Umfangreiches Material in: Rep. 90a, N III 2 Nr. 1 Bd. 13, n.f., u.a. mit einer Ausarbeitung des Büros des Staatsministeriums für Bethmann Hollweg. Zu den Differenzen zwischen Staatsministerium und Wilhelm II. vgl. das Schreiben Valentinis v. 27.5.1910 in: Rep. 90a, D I 1 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 81–81v. Zur Ermäßigung der Bahntarife vgl. die Voten Breitenbachs v. 5. u. 16.2.1912 in: Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 5, n.f. Zu der in der Sitzung erörterten Finanzlage der Staatsbahnen vgl. Rep. 90a, E II 2 Nr. 11 Bd. 2, n.f., u.a. mit einem Auszug aus dem Immediatbericht v. 5.1.1912 betr. Etat für 1912. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15820.

³ Vgl. Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. I Nr. 1 Bd. 1, u.a. Bl. 241–418 umfangreiche Rechtsgutachten, Bl. 419–430 bzw. 455–461 Voten des Finanzministers v. 12.12.1911 bzw. 8.1.1912 sowie ein Votum des Kultusministers v. 15.2.1912; der Entwurf Bl. 468–476v. Dieses auch in: BArch, RAAdI Nr. 15847, Bl. 227–229v. Ferner: Kluge, Paul, Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914–1932, Frankfurt/M. 1972, S. 66–109, v.a. S. 96 f.

⁴ Vgl. Voten vom 20.9.1911 bis zum 23.2.1912 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20, Beiheft 34, n.f. Ferner: BArch, RAAdI, Nr. 15842. Umgesetzt durch den Allerh. Erlaß, betr. die anderweite Regelung der Rangverhältnisse der Staatswerksdirektoren und der Stellvertreter der Vorsitzenden der Bergwerksdirektionen v. 29.3.1912, GS, S. 52.

Nr. 56 Sitzung des Staatsministeriums am 4. März 1912.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 161, Bl. 25–47; MF 960/961. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y II 2a Nr. 1 Bd. 4, n.f.; Rep. 90a, Y II 2b Nr. 3 Bd. 5, Bl. 5–24v; BArch, RK, Nr. 952, Bl. 195–214v.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Capelle [für Tirpitz], Wermuth, Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

Erste Verständigung über die Wehrvorlage² und deren Deckung³. Verstärkung der Flotte ist notwendig, um sofort schlagfertig zu sein, da die Entwicklung des Krieges [...] sich jetzt schneller als

¹ Gelesen: Tirpitz [U].

² Vgl. ein Votum Heeringens v. 5.1.1912, in: Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, 1. Bd., Anlagen, Berlin 1930, S. 138–141, Dok. Nr. 43 – die hier nicht gedr. Anlage in: BArch, RK, Nr. 951/1, Bl. 195–197 – sowie das Schreiben Tirpitz' v. 29.2.1912 in: ebd., Nr. 952, Bl. 138 – die Anlage, d.h. die aktuelle Fassung der Flottennovelle, fehlt hier. Die zur Veröffentlichung in der Norddt. Allg. Zeitung geplante Fassung in: ebd., Bl. 170–181. Die umfangreichen Sachakten zur gesamten Wehrvorlage in: BArch, RK, Nr. 951–954. Der endgültige Entwurf veröffentlicht in: StenBerRT, Bd. 299, Drucks. Nr. 352 u. 353.

³ Vgl. die Denkschrift Lentzes zum Staatshaushalt als Anlage zum Immediatbericht des Staatsministeriums v. 22.12.1911 in: Rep. 89, Nr. 27242, Bl. 331–346. Ausführlich: Kroboth, Rudolf, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches während der Reichskanzlerschaft Bethmann Hollwegs und die Geld- und Kapitalmarktverhältnisse (1909–1913/14), Frankfurt/M., Bern, New York 1986, S. 119–188, zur Sitzung v.a. S. 156–159.

früher vollzieht. Bau von Unterseebooten. Die Flottenrüstung wird die Spannung mit England steigern. Der Zwang zur gleichzeitigen Heeresverstärkung, da die Entscheidung bei einem kommenden Krieg schließlich doch in Kämpfen auf dem Lande fällt. Notwendigkeit schneller Kriegsbereitschaft insgesamt. Aufstellung technischer Truppenteile. Zur Zeit besteht keine eminente Kriegsgefahr, und es wird bei einer ruhigen konsequenten Politik ein Krieg nicht unvermeidlich sein. Deckung der Kosten der Wehrvorlage nur durch neue Steuern möglich. Einzelheiten. Wahl zwischen einer modifizierten Erbschaftssteuer⁴, die man aber nicht dem auf einem so demokratischen Wahlrecht beruhenden Reichstage ausliefern und deshalb von den Bundesstaaten erheben lassen muß, oder Einkommens- und Vermögenssteuern, die ebenfalls von den Einzelstaaten [...] aufgebracht werden. Nach Bethmann Hollweg muß man aber froh sein, wenn überhaupt etwas zustande kommt. [B]

⁴ Zur Notwendigkeit der Erbschaftssteuer sowie der Einführung von Monopolen vgl. die Schreiben von Wermuth an Tirpitz v. 28.11. sowie an Bethmann Hollweg v. 8.12.1911, gedr. in: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914, 31. Bd., Berlin 1926, S. 35–42, Dok. Nr. 11324 bzw.: Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, 1. Bd., Anlage, S. 135–138, Dok. zu Nr. 42. Vgl. die Entwürfe und weiteren Materialien in: Rep. 151, HB Nr. 1451, u.a. Bl. 50–60v die Grundzüge für des Erbschaftssteuergesetz v. 23.1.1912. Bl. 133–137 die im Anschluß an die Sitzung verfaßte Stellungnahme Schorlemers v. 8.3.1912 gegen den Entwurf des Erbschaftssteuer- und Finanzgesetzes; auch in: Rep. 89, Nr. 27282, Bl. 45–49. Zahlreiche Vorschläge zu einer Einkommensteuer in: Rep. 151, II Nr. 2003–2004. Zusammenfassend: Wischermann, Clemens, Die Erbschaftssteuer im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Finanzprinzip versus Familienprinzip, in: Steuern, Abgaben und Dienste vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Referate der 15. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 14.–17. April 1993 in Bamberg, Stuttgart 1994, S. 171–180. Mit Bezug auf das Prot.: Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, S. 241–247.

Nr. 57 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 21. März 1912.

Vollz. Reinschr., Bd. 161, Bl. 49–55v; MF 961. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y II 2a Nr. 1 Bd. 4, n.f.; BArch, RK, Nr. 953, Bl. 133–138.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Nay.

Weitere Teilnehmer: Mügel [für Beseler], Kühn [U], Wahnschaffe, Köhler, Joeden, Frh. v. Falkenhausen, Nay, H. v. Eisenhart-Rothe.

Finanzierung der Wehrvorlage. Bericht Bethmann Hollwegs über eine Besprechung² mit den leitenden Ministern und Finanzministern der Bundesstaaten. Allgemeine Ablehnung einer Besitzsteuer, insbesondere einer Erbschaftssteuer. Als Alternative wurde allseitig die Beseitigung der sog. Liebesgabe bei der Branntweinbesteuerung vorgeschlagen. Dazu Entwurf³ eines Gesetzes betr. Beseitigung des Branntweinkontingents. Gegensätze zwischen nord- und süddeutschen Interessen. Einzelheiten. [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Beseler.

² Vgl. den Immediatbericht Bethmann Hollwegs v. 17.3.1912 in: Rep. 89, Nr. 27282, Bl. 55–56. Das Prot. der Beratung in: BArch, RK, Nr. 953, Bl. 41–62v sowie dazu hs. Aufzeichnungen (Bethmann Hollwegs?) Bl. 63–127. Auch die kurzen Notizen im Politischen Tagesbericht [v. 14. u. 15.3.1912] der Norddt. Allg. Zeitung Nr. 63 u. 64 v. 15. bzw. 16.3.1912.

³ Vgl. das mit Eingangstempel vom 21.3.1912 versehene Exemplar des Handelsministeriums in: Rep. 120, C V Nr. 9 adhib 2, n.f. Dazu der Entwurf eines Schreibens an das Reichsschatzamt u. den Finanzminister v. 22.3. und die geheime Bundesratsdrucksache v. 21.3. mit Begründung, die am 23.3. im Handelsministerium vorlag: StenBerBundesR, Jg. 1912, Drucks. Nr. 40. Auch: BArch, RK, Nr. 953, Bl. 139–155v.

Nr. 58 Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1912.

Reinschr., Bd. 161, Bl. 56; MF 961.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach, Sydow, Schorlemer, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Steinmetz, Burghardt, v. Ziller, Berndt, Rundnagel, Schneider [MdI], v. Velsen, Tiesler, Böhme, Prym [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann, H. v. Eisenhart-Rothe [alle zu 2].

1. Neun Pensionssachen¹. [B] — 2. 24 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 59 Sitzung des Staatsministeriums am 1. April 1912.

Vollz. Reinschr., Bd. 161, Bl. 61–62; MF 961. Entwurf mit hs. Korrekturen: Bl. 58–59v. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y II 2a Nr. 1 Bd. 4, n.f.; BArch, RA dI Nr. 6108, Bl. 34–35.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Sydow, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Nay.

Weitere Teilnehmer: v. Coels v.d. Brügghen [für Breitenbach], v. Chappius [für Trott zu Solz], Küster, Kühn [U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe, Nay.

Die Finanzierung der Wehrvorlage durch Wegfall der sog. Liebesgabe bei der Branntweinbesteuerung.² Stellungnahme zu den Verhandlungen in den Bundesratsausschüssen. Einzelheiten. [B]

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer.*

² *Vgl. den sehr privat gehaltenen Bericht Wahnschaffes an Valentini zu den Finanzierungsfragen v. 31.3.1912 mit Ankündigung einer Beratung Bethmann Hollwegs mit den leitenden Ministern Bayerns, Württembergs und Badens am 1.4. in: Rep. 89, Nr. 27282, Bl. 61–62v. Ferner das Telegramm des Reichskanzlers über die Annahme der Deckungsvorlage an Wilhelm II. v. 2.4.1912: ebd., Bl. 63–63v sowie weiteres Material. Anträge der Bundesstaaten im Bundesrat sowie die von seinen Ausschüssen überarbeitete Fassung des Gesetzentwurfs v. 1.4.1912 in: Rep. 120, C V Nr. 9 adhib 2, n.f.*

Nr. 60 Sitzung des Staatsministeriums am 20. April 1912.

Vollz. Reinschr., Bd. 161, Bl. 64–66; MF 961.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz.*

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Anträge² zur Wahlrechtsreform im Abgeordnetenhaus. Mögliche Antwort³ durch Dallwitz, daß ohne [...] Schuld der Staatsregierung eine entsprechende Vorlage vor zwei Jahren scheiterte und der Zeitpunkt für einen neuen Versuch auch von ihr bestimmt wird. [B] — (2. Die Frage demnächstiger Vertagung des Landtags⁴ und noch zu erledigender Gesetzentwürfe. [B])

² Vgl. *StenBerAH, Session 1912/13, Drucks. Nr. 121, ersetzt durch Drucks. Nr. 131: Antrag Aronsohn, sowie Drucks. 233: Antrag Friedberg. Dazu das Votum des Ministers des Innern v. 26.3.1912 in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 12, Bl. 299–300v; auch: PA Bonn, R 4052, n.f.*

³ Vgl. *StenBerAH, Session 1912/13, 25.4.1912, Sp. 4539 f.*

⁴ Am 8.6.1912.

Nr. 61 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Mai 1912.

Vollz. Reinschr., Bd. 161, Bl. 68–71, Anlage: Bl. 72–74; MF 961.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Eine Ernennung. [B] — 2. Die Geschäftslage im Abgeordnetenhaus.² Dringlichkeit einzelner Vorlagen, v.a. keine Einbringung eines Entwurfs³ für das Parzellierungsgesetz, weil es im Endziel gegen die Polen gerichtet ist und ggf. die Stimmen der polnischen Abgeordneten im Reichstage bei der Deckungsfrage [...] den Ausschlag geben. [B]

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen.*

² Vgl. *das mit der TO verteilte Schreiben des Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. 29.4.1912 in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 13, n.f.; eine Aufstellung in Anlage 1 zum Prot.*

³ Vgl. *Rep. 90, Nr. 1568, n.f. Der von Wilhelm II. genehmigte Immediatbericht zur Einbringung des Gesetzentwurfs in den Landtag v. 20.4.1912 in: Rep. 89, Nr. 31700, Bl. 5–12v; hier auch das Schreiben des Geheimen Zivilkabinetts v. 27.4., daß der Monarch von den Ausführungen des Berichts [...] mit schmerzlichem Bedauern Kenntnis genommen habe und einen Vortrag des Innen- sowie des Landwirtschaftsministers erwarte: ebd., Bl. 13–13v. Dazu eine Notiz des Büros des Staatsministeriums in: Rep. 90, Nr. 1615, n.f. Ein Votum Lentzes v. 29.4.1912, in: PA Bonn, R 2521, n.f. Der Bericht v. 25.6.1911 über kommissarische Beratungen einschl. Gesetzentwurf auch in: Rep. 76, Ila Sekt. 47 Gen. 1 Bd. 6, Bl. 117–142, der Entwurf Bl. 135–142.*

Nr. 62 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Mai 1912.

Reinschr., Bd. 161, Bl. 75; MF 961.

Anwesend: Beseler [V], Sydow [teilw.], Trott zu Solz, Schorlemer [teilw.], Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Hoff [für Breitenbach], Holtz [für Dallwitz], Maubach, Berndt, Denhard [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann [alle zu 2], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Zwei Pensionssachen¹. [B] — 2. 23 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 63 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Mai 1912.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 161, Bl. 77–83; MF 961.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Jahn [zu 2].

Weitere Teilnehmer: Holtz [für Dallwitz], Kühn, Wahnschaffe, Jahn, H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Die Beleidigung Bethmann Hollwegs durch Frh. v. Zedlitz.¹) — 2. Die Deckung der Wehrvorlagen² und die Verschlechterung des Gesetzentwurfs³ zur Branntweinbesteuerung durch den Reichstag. Kompensation durch die Verlängerung der Laufzeit der erhöhten Zuckersteuer sowie die Vorlage eines Gesetzentwurfs⁴ für eine Besitzsteuer im kommenden Jahr mit dem Recht des Parlaments, die Steuersätze alljährlich durch den Reichshaushaltsetat festzusetzen. Bedenken Kühns und Lentzes, daß man sich vom Reichstage bestimmte Maßnahmen für die Zukunft vorschreiben läßt. Dies bedeutet den Beginn der parlamentarischen Herrschaft, dem ein glattes Unannehmbar entgegengesetzt werden muß. Dennoch Zustimmung, da die Regierung in der Ausgestaltung der geplanten Vorlage freie Hand behält. [B]

¹ Auf der Tagung des Gesamtvorstandes der Reichs- und Freikonservativen Partei am 12.5.1912. — Vgl. dazu das Wilhelm II. vorgelegte Material einschl. des Berichts in der Zeitung „Die Post“ Nr. 222 v. 12.5.1912: Die Reichs- und freikonservative Partei und die politische Lage, in: Rep. 89, Nr. 3577, Bl. 163–176. — Ferner: Der Kanzler im Urteil seiner Parteigenossen, in: Vossische Zeitung Nr. 242 v. 13.5.1912 (M.).

² Vgl. StenBerRT, Bd. 299, Drucks. Nr. 352 u. 353.

³ Vgl. den Kommissionsbericht v. 17.5.1912, in: StenBerRT, Bd. 299, Drucks. Nr. 473. Dazu das Telegramm des Reichskanzlers an den Gesandten Frh. v. Jenisch für Valentini v. 18.5.1912 über die Kürzungen und die weitere Taktik der Reichsleitung in: Rep. 89, Nr. 27282, Bl. 71–72v; Bl. 89–90 der Immediatbericht v. 9.6.1912. Erlassen als Gesetz, betr. Beseitigung des Branntweinkontingents v. 14.6.1912, RGBl., S. 378. Presseauszüge zum Wegfall der sog. Liebesgabe sowie Materialien zu den Ausführungsbestimmungen in: Rep. 120, C V Nr. 9 Bd. 19 u. 20, n.f. Ein Exemplar der TO mit einer hs. Notiz Lentzes zum Ergebnis der Sitzung in: Rep. 151, HB Nr. 1451, Bl. 190. Mit Bezug auf das Prot.: Witt, Die Finanzpolitik, S. 354 f.

⁴ Vgl. den Entwurf, der als Anlage zum Entwurf eines Gesetzes, betr. Änderungen im Finanzwesen v. 28.3.1913 veröffentlicht wurde, in: StenBerRT, Bd. 301, Drucks. Nr. 872.

Nr. 64 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juni 1912.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 161, Bl. 85–96; MF 962.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz [zu 2], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Holtz [für Dallwitz], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

¹ Gelesen [U]: Heeringen.

1. Teilung des Regierungsbezirks Arnberg² durch die Schaffung einer zusätzlichen Regierung zu Dortmund. Das Bedürfnis nach ständigen Wechselbeziehungen zwischen der dortigen Regierung und der Industrie. [B] — 2. Die Gründung der Volksfürsorge als einer sozialdemokratischen Lebensversicherungsanstalt.³ Die Gefahr, daß eine erhebliche Machterweiterung für die SPD durch diese Organisation entsteht. Keine Möglichkeit für ein gesetzliches Verbot, wohl aber für eine strenge staatliche Aufsicht. Die Bedeutung einer kräftigen staatlichen Förderung der öffentlichen Versicherungsanstalten für die Entschuldung des Grundbesitzes. [B]

² Vgl. Rep. 90, Nr. 2313, Bl. 10–14. Die Stellungnahme des Innenministers v. 16.5.1912 zur Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 151, I B Nr. 2175, n.f.; hier auch das Votum des Finanzministers v. 11.6. sowie frühere Materialien zum Teilungsprojekt. Vorangegangenes vgl. Sitzung vom 23.3.1901.

³ Vgl. Rep. 90, Nr. 1215, n.f., hier auch zur Organisation einer Abwehr gegen die „Volksfürsorge“. Mit Bezug auf das Prot.: Trischler, Helmuth, Gewerkschaftliche Sozialreform und bürgerliche Sammlungspolitik. Die Volksversicherung im Wilhelminischen Deutschland, in: Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, Festschrift für Gerhard A. Ritter, hrsg. v. Jürgen Kocka u.a., München usw. 1994, S. 626 f.

Nr. 65 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Juni 1912.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 161, Bl. 98–102; MF 962. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1568, n.f.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Ganse.

Weitere Teilnehmer: v. Coels v.d. Brügghen [für Breitenbach], Holtz [für Dallwitz], Wahnschaffe, Ganse, H. v. Eisenhart-Rothe.

Der Entwurf² eines Gesetzes „über die Beschränkung von Grundstücksteilungen und die Förderung der inneren Kolonisation“. Die Vorgeschichte des sogenannten Parzellierungsgesetzes. Die Notwendigkeit, national unerwünschte Grundstücksteilungen im Osten zu verhindern und Maßnahmen zur Förderung der inneren Kolonisation zu unterstützen. Notwendigkeit einer Genehmigung von Grundstücksteilungen durch den Regierungspräsidenten und nicht durch eine Kollegialbehörde, um das Verfahren zu beschleunigen. Einzelheiten des Gesetzentwurfs. [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Breitenbach, Heeringen, Dallwitz.

² Der Gesetzentwurf vom 15.6.1912 sowie das Vormaterial seit 1907 mit früheren Entwürfen in: Rep. 90, Nr. 1568, n.f. Ferner: BArch, RAdI Nr. 15858; Puhle, Hans-Jürgen, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1966, S. 259, Anm. 232.

Nr. 66 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juli 1912.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 161, Bl. 104–107; MF 962. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2212, Bl. 183–186.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer. — Prot.: A. v. Steinmeister [U].

Weitere Teilnehmer: Stieger [für Breitenbach], v. Wachs [für Heeringen, teilw.], Freund [für Dallwitz], Michaelis [für Lentze], Wahnschaffe.

Ordenssachen² und Auszeichnungen³, u.a. für MdR Erzberger, der in neuerer Zeit dem Kriegsministerium bei den Reichstagsverhandlungen über militärische Vorlagen in hohem Grade nützlich war, MdR Schiffer, den Polizeipräsidenten von Jagow in Berlin und den Schriftsteller Sudermann. [B]

¹ Gelesen [U]: Heeringen, Dallwitz, Lentze, Breitenbach; bei letzterem mit dem Zusatz: gelesen unter Bezug auf das beiliegende Votum. Liegt nicht bei.

² Vgl. Rep. 90, Nr. 2212–2214.

³ Vgl. zur Berufung von K. v. Dewitz in das Herrenhaus. Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 5, Bl. 148–162.

Nr. 67 Sitzung des Staatsministeriums am 24. September 1912.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 161, Bl. 109–132; MF 962/963.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Kühn² [U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Tod des Botschafters Staatsminister Frh. Marschall v. Bieberstein.) — 2. Fleischmangel³ und die Fleischteuerung erfüllen Reichs- und Staatsbehörden mit ernster Sorge. Möglichkeiten des Fleischimports und die Lockerung des veterinärpolizeilichen Schutzes, v.a. bei Gefrierfleisch. Die Haltung der Agrarier sowie der Parteien. Die Frage einer Mitwirkung der Kommunen bei der städtischen Fleischversorgung. Aus prinzipiellen Gründen ist nicht an dem festgefügtten Zollgebäude zu rütteln. Die Frage der Selbstversorgung Deutschlands als Prinzip der Wirtschaftspolitik; deren Bedeutung auch für Krisenzeiten und Krieg. Die Notwendigkeit einer verstärkten inneren Kolonisation. [B]⁴

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Vgl. zur Einladung Kühns, die am 22.9.1912 von Bethmann Hollweg noch verneint wurde, was aber zwei Tage später widerrufen wurde: BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 22.

³ Vgl. Rep. 90a, D II 2d Nr. 12 Bd. 2, Bl. 1–194v, 216–364v, u.a. Bl. 136–161 das Votum Schorlemers v. 24.9.1912 mit Anlage; anschließendes Material: ebd., Bd. 3. Ferner: BArch, RK, Nr. 1210, v.a. Bl. 1–158 u. 167–205. Zum im Prot. erwähnten Import russischer Schweine nach Oberschlesien vgl. auch: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 14 Bd. 16, n.f. Wertvoll: Calwer, Richard, Das Wirtschaftsjahr 1912. Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Für Volkswirte und Geschäftsmänner, Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen, I. T., Jena 1914, v.a. S. 92–94, 176–179 u. 287–293.

⁴ Vgl. die Verlautbarung zum Beschluß (nicht wörtlich) in: Norddt. Allg. Zeitung Nr. 229 v. 29.9.1912; auch: Wippermann 1912 II, S. 142 f. — Bereits am 26.9.1912 wurde in einer Notiz darüber informiert, daß das Staatsministerium sich über die Hauptpunkte der sofort einzuleitenden Regierungsaktion geeinigt habe: Politischer Tagesbericht. [v. 25.9.1912], in: Norddt. Allg. Zeitung Nr. 226 v. 26.9.1912.

Nr. 68 Sitzung des Staatsministeriums am 30. September 1912.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 161, Bl. 134–143v; MF 963. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 87, ZB Nr. 220, Bl. 149–158v; BArch, RK, Nr. 898, Bl. 219–228v.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Lisco [U], v. Kiderlen-Wächter [U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

Die Jesuitenfrage und die unter Frh. v. Hertling initiierte mildere Praxis bei der Handhabung des Jesuitengesetzes für Bayern² als eine vor allem politische Angelegenheit. Der Antrag³ Bayerns an den Bundesrat, eine authentische Interpretation des Begriffs der verbotenen Ordenstätigkeit⁴ zu geben. Die unterschiedliche Praxis in der Auslegung des Gesetzes durch die einzelnen Bundesstaaten. Der Versuch Bethmann Hollwegs, eine das Ansehen des Reichs nicht schädigende Entscheidung zu treffen, die jedoch keine Verschärfung der bisherigen Übung herbeiführt und keinen Wechsel des Ministeriums in Bayern provoziert. Die öffentliche Erregung [...] und die Verhandlungen⁵ im Reichstage. Kontroverse Diskussion über den einzuschlagenden Weg und die Fassung eines Bundesratsbeschlusses⁶. [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Vgl. die vertraulichen bayerischen Erlasse v. 11.3.1912, abgedr. in: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917. Dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld, hrsg. v. Ernst Deuerlein, I. T., Boppard a. Rh. 1973, S. 147 f., Anm. 2. Hier auch mehrfach zum Bundesrat: S. 147–171. Schreiben des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) und des Kultusministers über die Entwicklungen in Bayern v. 12. u. 15.4.1912 in: Rep. 84a (D), Nr. 10889, Bl. 72–76v. Eine Sammlung von Presseberichten in: Bernhard Duhr SJ, Das Jesuitengesetz, sein Abbau und seine Aufhebung. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Neuzeit. Nach den gleichzeitigen Quellen, Freiburg i. Br. 1919, S. 82–105.

³ Vom 18.4.1912, in: StenBerBundesR, Jg. 1912, Drucks. Nr. 50. Vgl. dazu das Telegramm Bethmann Hollwegs an Wilhelm II. v. 23.4.1912 in: Rep. 89, Nr. 24156, Bl. 16a–16av. Die Materialien zur Beratung des Bundesrates einschl. des ministeriellen Briefwechsels in: Rep. 84a (D), Nr. 10889, u.a. Bl. 126–143v ein Gutachten des Reichsjustizamtes v. 6.7.1912 sowie Voten; ebd., Bl. 156–164 dann Material zu der auf der Staatsministersitzung beschlossenen Erarbeitung der authentischen Interpretation. Ferner: Rep. 87, ZB Nr. 220, Bl. 115–148 u. 159–164v; BArch, RK, Nr. 898, v.a. Bl. 108–109 u. 156–249v.

⁴ Die Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. die Ausführung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu. V. 5.7.1872, RGBl., S. 254, verbot summarisch die Ausübung einer Ordenstätigkeit, insbesondere in Kirche und Schule, sowie die Abhaltung von Missionen (§ 1).

⁵ Am 26.4.1912: vgl. StenBerRT, Bd. 284, S. 1434–1461.

⁶ Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1912, S. 739, Anlage 1 zum Prot. v. 28.11.1912 (§ 1004); auch: Bekanntmachung, betr. die Ausführung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu v. 28.11.1912, RGBl., S. 553.

Nr. 69 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Oktober 1912.

Reinschr., Bd. 161, Bl. 144; MF 963.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach, Sydow [teilw.], Trott zu Solz [teilw.], Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Küster [für Schorlemer], v. Gröning [zu 1], Berndt, Pochhammer [zu 1], Hueck, Fischer, Stapff, Articus, Prym [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann [alle zu 2], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Acht Pensionssachen¹. [B] — 2. 26 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 70 Sitzung des Staatsministeriums am 11. November 1912.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 161, Bl. 146–156; MF 963. Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1633, Bl. 43–52v; Rep. 84a (D), Nr. 6108, Bl. 33–42v.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: A. v. Steinmeister [U].

Weitere Teilnehmer: v. Chappius [für Trott zu Solz], v. Wachs [für Heeringen], Wahnschaffe.

Fiskalische Waldverkäufe an den Zweckverband Groß-Berlin.² Die Schaffung eines dauerhaften Wald- und Wiesengürtels sowie Bereitstellung von Gelände für städtische öffentliche Zwecke im Interesse der Volks- und Wohnungshygiene. Sicherung von Terrain für den Fiskus, um nicht mit einem Zweckverband verhandeln zu müssen, der nach 30 Jahren ein ganz rotes Gesicht haben kann. [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Trott zu Solz, Heeringen.

² Vgl. das Vormaterial aufgrund einer Anfrage des Berliner Oberbürgermeisters v. 12.3.1910 in: Rep. 90, Nr. 1632, Bl. 126–277. Zur Sitzung vgl. ebd., Nr. 1633, Bl. 1–42 mit Voten, der im Prot. erwähnten Karte sowie einer Ausarbeitung A. v. Steinmeisters v. 7.11.1912 für Bethmann Hollweg mit einer Zusammenfassung des Materials. Die Karte auch in: Rep. 84a (D), Nr. 6108, Bl. 3. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15862, n.f.

Nr. 71 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Dezember 1912.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 161, Bl. 158–170; MF 963.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: A. v. Steinmeister [U].

Weitere Teilnehmer: Kühn [U], Wahnschaffe, A. v. Steinmeister.

1. Erwerb des Nachbargrundstücks des Abgeordnetenhauses¹ und das Recht eines der beiden Häuser des Landtags [...], die Anwesenheit bestimmter Minister zu verlangen. Präsenzpflicht als

¹ Vgl. die Abgeordnetenhausdiskussion am 4.12.1912, in: StenBerAH, Session 1912/13. Sp. 8461–8480. Auf den Antrag Friedberg v. 7.12.1912 (ebd., Drucks. Nr. 860) antwortete dann Bethmann Hollweg am 12.12.1912, in: ebd., Sp. 9003 f. Der Kommissionsbericht v. 11.3.1913, in: ebd., Drucks. Nr. 1257. Ferner das Votum des Ministers des Innern v. 6.12.1912 in: Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 126–128v, auch in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 16 Bd. 6, Bl. 227–229; Rep. 120, CB I Nr. 13, Bl. 105–108; BArch, RAAdI Nr. 15848, Bl. 196–198. Weiteres Material in: Rep. 90a, A VIII 4 Nr. 15 Bd. 1, Bl. 98–106v. Das Schreiben des Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. 4.12.1912 mit der Information über das Verlangen des Hauses nach Anwesenheit von Ministerpräsident und Kriegsminister in: Rep. 169 C, Abschnitt 66 Nr. 5, Bl. 233.

Ausfluß ihrer Verantwortlichkeit. *Das Parlament kann aber nur die Teilnahme der zuständigen Minister verlangen.* [B] — **2.** Die Gleichstellung der Eisenbahnassistenten in Preußen mit denen im Reich in ihrem Gehalt,² *auch angesichts der herrschenden Teuerung. Verweigerung bewirkt große Erbitterung und Gefahr von verhängnisvollen Folgen bei der gegenwärtigen schwierigen Lage des Eisenbahnbetriebes.*³ *Keine völlige Neuregelung der gesamten Besoldungen zur Zeit möglich.* [B]

² *Vgl. den mit Anschreiben v. 11.3.1911 von Bethmann Hollweg im Staatsministerium verteilten Bericht des Reichsschatzamtes v. 9.3. über das Dienst Einkommen der Post- und Eisenbahnassistenten und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 689, n.f. Voten vom Nov./Dez. 1912 sowie Material aus den Vorjahren in: Rep. 151, I B Nr. 4740, n.f.; hier auch das Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums (i.V. v. Eisenhart-Rothe) v. 19.2.1913 zur Umsetzung des Sitzungsbeschlusses (hier fälschlich datiert auf den 17.12.1912). Weiteres Material: ebd., Nr. 4741, n.f. Ferner: BArch, RAdI Nr. 15730, n.f.*

³ *Vgl. den Petitions-Bericht der 22. Abgeordnetenhaus-Kommission v. 30.11.1912 über Verkehrsstockungen im Ruhrgebiet in: StenBerAH, Session 1912/13, Drucks. Nr. 846.*

Nr. 72 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude¹ am 11. Dezember 1912.

Vollz. Reinschr. mit hs. Einschub, Bd. 161, Bl. 172–177v; MF 963/964.

Anwesend [U]²: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: A. v. Steinmeister [U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe.

1. *Ordenssachen³, u.a. Auszeichnung des Unterstaatssekretärs Michaelis.* [B] — **(2.** *Das Recht des Abgeordnetenhauses, die Anwesenheit bestimmter Minister [...] verlangen zu können. Haltung der Parteien und deren Berufung auf einen Präzedenzfall⁴ von 1863. Gefahr einer Verschärfung der gegenwärtigen Spannung zwischen der Staatsregierung und dem Abgeordnetenhaus.* [B])

¹ *Nach dem hs. Vermerk Wahnschaffes auf dem Formular der TO in: BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 28.*

² *Gelesen [U]: Tirpitz.*

³ *Vgl. Rep. 90, Nr. 2135–2137.*

⁴ *Vgl. die mehrfachen Anträge in den Debatten vom 17.4. bis 18.5.1863, in: StenBerAH, Session 1863, S. 909, 1238–1243 u. 1247, sowie die abschlägigen Antworten des Staatsministeriums ebd., S. 1207, 1213 f. u. 1247 f.*

Nr. 73 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Januar 1913.

Reinschr., Bd. 162, Bl. 1; MF 964.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach [teilw.], Trott zu Solz, Schorlemer [teilw.], Dallwitz. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Berndt, v. Velsen, Böhme [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, v. Eichmann [beide zu 2], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Drei Pensions­sachen¹. [B] — 2. 26 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 74 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Januar 1913

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 162, Bl. 3–12; MF 964.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus und die Geschäftslage¹. Der Wunsch der vier großen Parteien nach Frühjahrs­wahlen und die Dringlichkeit einzelner Vorlagen, u.a. zum Ausbau der Oder², das Eisenbahn­anleihegesetz³ sowie das Wohnungsgesetz⁴. Hierbei muß eine Entscheidung zwischen einem preußischen oder einem Reichsgesetz getroffen werden. Verzicht auf ein Parzellierungsgesetz⁵ wegen der zu erwartenden großen Agitation der Polen. Gefahr, daß die lebhaftere revolutionäre Stimmung von Galizien⁶ aus übergreift. [B] — 2. Abwehrmaßregeln gegen die sozialdemokratische Volksversicherung unter dem Namen „Volksfürsorge“⁷. Versuch einer Vereinigung aller etwa in Frage kommenden Organisationen. Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen der privaten und der öffentlichen Versicherungsanstalten trotz der großen Abneigung zwischen beiden. Beteiligung der vom Deutschen Kriegerbund getragenen Lebensversicherungsanstalt, die zurzeit das einzige Unternehmen ist, das der sozialdemokratischen Agitation sogleich wirksam entgegenarbeiten kann. [B]

¹ Vgl. Voten und weiteres Material in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 2 Bd. 1, Bl. 179–188 u. 195–202v; ferner: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 10 Bd. 1, Bl. 209–214v; PA Bonn, R 4052 u. 4053, n.f. Die Wahlen fanden am 3.6.1913 statt.

² Vgl. den Gesetzentwurf, betr. die Verbesserung der Oderwasserstraße unterhalb Breslaus v. 31.1.1913 in: Rep. 90a, N III 2 Nr. 1 Bd. 13, n.f. Auch: III. HA, MAA, II Nr. 5534, n.f., eingebracht am 14.2.1913 als StenBerAH, Session 1912/13, Drucks. Nr. 1162.

³ Vgl. die Entwürfe v. 21.3.1912 u. 4.3.1913 in: Rep. 77, Tit. 258 Nr. 63 Bd. 6, Bl. 8–16 bzw. 46–54.

⁴ Der Entwurf mit Anschreiben v. 6.1.1913 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 adhib 8 Bd. 9, Bl. 1–16; in dieser Akte sowie Bd. 8 u. 10 einschließl. Beiheft Bd. 1 u. 2 weiteres Material. Ebenso: Rep. 84a (D), Nr. 5812, Bl. 230–249v zur Vorgeschichte ab 1906 sowie ein Votum des Handelsministers v. 10.1.1913 (Bl. 251–257v). Ein Überblick bei Berger-Thimme, Dorothea, Wohnungsfrage und Sozialstaat. Untersuchungen zu den Anfängen staatlicher Wohnungspolitik in Deutschland, Frankfurt/M., Bern 1976, S. 233–242.

⁵ Vgl. die im Ergebnis der Sitzung vom 29.6.1912 fertiggestellten Entwürfe v. 31.10.1912 für das Gesetz und den Immediatbericht sowie eine zusammenfassende Ausarbeitung des Büros des Staatsministeriums für Bethmann Hollweg in: Rep. 90, Nr. 1569, n.f.

⁶ Vgl. Mitter, Armin, Galizien – Krisenherd in den Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (1910–1914), in: Jahrbuch f. Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 28, Berlin 1984, S. 207–233, v.a. S. 224–230.

⁷ Vgl. Rep. 90, Nr. 1216, n.f.

Nr. 75 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 22. Januar 1913.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 162, Bl. 14–20v; MF 964.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Normativbestimmungen für Wahlurnen bei den Reichstagswahlen zur Wahrung des Wahlheimnisses². [B] — **2.** Fiskalische Waldverkäufe an den Zweckverband von Groß-Berlin³. [B] — **(3.** Gemeinsames Vorgehen der öffentlichen und privaten Versicherungsanstalten [...] gegen die sozialdemokratische Volksversicherung.)

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen.

² Umfangreiches Material in: Rep. 90, Nr. 112, n.f. Voten auch in: Rep. 84a (D), Nr. 6263, Bl. 145–150, 155–167 u. 183–185. Umgesetzt als: Bekanntmachung über die Änderung des Wahlreglements vom 28. Mai 1870. V. 4.6.1913, RGBl., S. 314.

³ Vgl. Material über die Verkaufsbedingungen in: Rep. 90, Nr. 1633, Bl. 59 u. 63–115, sowie eine von Bethmann Hollweg gelesene Aufzeichnung des Büros des Staatsministeriums v. 21.1.1913 über den Stand der Angelegenheit Bl. 116–117v. Ferner: Rep. 84a (D), Nr. 6108, Bl. 69–71.

Nr. 76 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Januar 1913.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 162, Bl. 22–34; MF 964. — Abschr.: BArch, RAdI Nr. 15744, Bl. 96–107v.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

Ländliche Fortbildungsschulen. *Stand der Verhandlungen in der Herrenhauskommission² und die Bestrebungen des Landtags nach der Aufnahme von religiöser Unterweisung in den Unterricht. Keine Einführung obligatorischen Religionsunterrichts trotz der Wünsche besonders der Zentrums-
partei, wohl aber Bewahrung der Möglichkeit, außerhalb der Fortbildungsstunden [...] in religiöser und sittlicher Beziehung fördernd einzuwirken. Gefahr von Reibereien mit der katholischen Kirche bei der Auswahl von Lehrkräften.* [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Vgl. den Entwurf v. 30.9.1912 in: StenBerHH, Session 1912/13, Drucks. Nr. 160. Dazu der Kommissionsbericht v. 20.1.1913: ebd., Nr. 207. Die Debatten am 31.1.1913: ebd., Sp. 894–906 (Rückverweisung an die Kommission) und 12.3.1913: ebd. Sp. 1090–1115. Im Abgeordnetenhaus am 14.4.1913 angenommen: vgl. StenBerAH, Session 1912/13, Sp. 14082–14123. – Ferner: BArch, RAdI Nr. 15744. Zeitgenössisch: Müller, Carl, Grundriß der Geschichte des preußischen Volksschulwesens, Osterwieck/Harz und Leipzig, 5. u. 6. Aufl. 1914, S. 620–641.

Nr. 77 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Februar 1913.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 162, Bl. 36–49v; MF 964/965. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, E II 1 Nr. 4 Bd. 1, Bl. 181–194v; Rep. 90a, F III 3 Nr. 7 Bd. 1, n.f.; Rep. 90a, Y II 2a Nr. 1 Bd. 5, n.f.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz [teilw.], Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Hoffmann.

Weitere Teilnehmer: Kühn [U], Richter, Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe, Hoffmann.

Die Deckung der neuen Wehrvorlage². *Weitere Rüstung, da die Möglichkeit, das Schwert ziehen zu müssen, nahe gerückt ist. Die Finanzierung stellt noch nicht dagewesene Anforderungen an die Steuerkraft des deutschen Volkes. Da für eine weitere Belastung durch indirekte Steuern³ [...] die Parteien nicht zu haben sind und eine Anleihe auf dem Markt nicht möglich ist, bleibt zur Deckung für die einmaligen Ausgaben [...] eine einmalige Abgabe vom Vermögen⁴ als Opfer vom deutschen Volke. Nach Bethmann Hollweg handelt es sich nicht eigentlich um eine Steuer, sondern um eine einmalige Vermögensabgabe — eine Brandschatzung. Im Reichstag muß die Regierung aber mit allen Mitteln gegen die Umwandlung [...] in eine dauernde Vermögenssteuer kämpfen. Eine direkte Reichssteuer vernichte die Selbständigkeit der Bundesstaaten. Lentze sieht hierin die Gefährdung dafür, daß Preußen Preußen bleibe. Die Haltung der Parteien und Bundesstaaten gegenüber möglichen Steuern zur Finanzierung der laufenden Ausgaben: Entscheidung für die Erbschaftssteuer oder eine Umlegung auf die Matrikularbeiträge zusammen mit einem subsidiären Reichsvermögenssteuergesetz und einer anderen Steuer. [B]*

¹ Gelesen [U]: Delbrück.

² Vgl. *Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft*, 1. Bd., S. 154–157; ebd., 1. Bd., Anlagen, S. 150–188, Dok. 51–61, u.a. S. 150–152 das Schreiben Heeringens an Bethmann Hollweg v. 2.12.1912, Dok. Nr. 51. Fassungen v. März 1913 in: *BArch, RA I Nr. 6109, Bl. 87–107*, veröffentlicht als: *StenBerBundesR*, Jg. 1913, Drucks. Nr. 30, 31, 34, 36, 37 u. 43–46 v. 11.–27.3.1913. Die Prot. der Reichshaushalts-Kommission in: *Rep. 90a, F III 3 Nr. 7 Bd. 1, n.f. Der Bericht v. 5.3.1912 über das Ergebnis der Sitzung vom Vortag in: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917, 1. T., S. 128–130, Dok. Nr. 8. Zur Entscheidung für eine neue Heeresvorlage vgl.: Förster, Stig, *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890–1913*, Stuttgart 1985, S. 247–274.*

³ Vgl. die *Denkschrift über die Einführung einer allgemeinen Besitzsteuer im Reiche des Reichsschatzamtes v. 14.12.1912* in: *Rep. 151, HB Nr. 1452, Bl. 30, S. 1–28. Hier auch Voten und Bl. 109, S. 1–11 der Entwurf zum Wehrbeitrag v. 4.3.1913 sowie spätere Fassungen. Zur Ablehnung einer möglichen Kohlensteuer durch den Handelsminister in seinem Schreiben v. 9.7.1913 an Reichsschatzamt und den Finanzminister in: *Rep. 120, C V Nr. 39 Bd. 1, n.f.**

⁴ Zum freiwilligen Wehrbeitrag vgl. *Rep. 120, C V Nr. 43 Bd. 1, n.f., u.a. mit dem dem Bundesrat als Drucks. Nr. 30 eingereichten Entwurf eines Wehrbeitragsgesetzes v. 11.3.1913. Umfassend: BArch, RK, Nr. 220 u. 221. Zur Aufnahme in der Öffentlichkeit vgl. die *Tagebuchnotiz Wandels v. 10.3.1913* in: *Greiner, Gerhard, Deutsche Rüstungspolitik. General Franz Wandels Tagebuchaufzeichnungen aus dem preußischen Kriegsministerium*, in: *MGM 2/1985 (= Nr. 38), S. 144; Zilch, Reinhold, Die Reichsbank und die finanzielle Kriegsvorbereitung 1907 bis 1914*, Berlin 1987, S. 130. Ferner: *Westarp, Konservative Politik, 1. Bd., S. 250 f.; Witt, Die Finanzpolitik, S. 356–376, v.a. S. 362 f.; Kroboth, Die Finanzpolitik, S. 210–282, zum Prot. S. 213–217.**

Nr. 78 Sitzung des Staatsministeriums am 4. März 1913.

Vollz. Reinschr., Bd. 162, Bl. 51–59v; MF 965.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Lewald [zu 2].

Weitere Teilnehmer: Lisco [zu 1–2, U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe, Lewald [zu 2].

(1. Indiskretion² in der Presse über die Finanzierung der Wehrevorlage durch eine Vermögensabgabe und die freiwillige Beteiligung von Wilhelm II.) — 2. Anfrage der [...] Mecklenburgischen Regierungen an den Bundesrat, ob dieser auf ihren Antrag unter [...] Erweiterung der Reichskompetenz zu einem Eingreifen des Reichs in die mecklenburgischen Verfassungsverhältnisse³ die Hand bieten würde. *Es bestehen schwerwiegende Bedenken, daß eine einzelstaatliche Verfassungsfrage durch das Reich geregelt wird. Dies ist ein Verstoß* gegen den föderativen Charakter des Reichs, *wodurch die Selbständigkeit der Bundesstaaten gefährdet wird. Instruierung der preußischen Stimme im Bundesrat⁴ sowie Empfehlung, auf diplomatischem Wege [...] Widerspruch gegen eine Oktoyierung der Verfassung bei den mecklenburgischen Regierungen einzulegen.* [B] — 3. Festlegung des Termins der Landtagswahlen⁵ auf den 3. Juni, damit keine polnischen Wahlmänner und Sozialdemokraten in die Wahlorgane hineinkommen, da in der Pfingstwoche die sonst stark engagierten Lehrer durch ihre Kongresse nicht ausreichend zur Verfügung stehen. [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Breitenbach, Heeringen.

² Vgl. das Telegramm des Reichskanzlers an Wilhelm II. v. 1.3.1913 über die Indiskretionen in der Presse vom gleichen Tage und eine beabsichtigte Stellungnahme in der Norddt. Allg. Zeitung in: Rep. 89, Nr. 27282, Bl. 104–105.

³ Umfassend ein Gutachten des Reichsjustizamtes v. 3.2.1913 in: BArch, RAAd Nr. 6109, Bl. 31–39; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 425–427.

⁴ Vgl. den Beschluß des Bundesrats v. 13.3.1913, in: StenBerBundesR, Jg. 1913, S. 158, § 400.

⁵ Voten und vorbereitendes Material für die Hand des Ministerpräsidenten in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 2 Bd. 1, Bl. 206–211v, der Immediatbericht v. 6.3.1913 und die Allerh. Erlasse v. 12.3.1913 Bl. 215–217. Voten auch in: PA Bonn, R 4053, n.f. Vgl. ferner das Rundschreiben von Dallwitz an die Ober- und Regierungspräsidenten v. 18.3.1913, betr. des unverzüglichen Beginns der Vorbereitungen zu den Wahlen, in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 33 Bd. 12, n.f.

Nr. 79 Sitzung des Staatsministeriums am 9. März 1913.

Vollz. Reinschr., Bd. 162, Bl. 61–67v; MF 965. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, E II 1 Nr. 4 Bd. 1, Bl. 195–201v; Rep. 90a, Y II 2a Nr. 1 Bd. 5, n.f.; Rep. 87, ZB Nr. 244, Bl. 56–62v.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Hoffmann.

Weitere Teilnehmer: Kühn [U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe, Hoffmann.

Deckung der Wehrvorlage. Vorbereitung einer Beratung der leitenden bundesstaatlichen Minister.¹ Die militärpolitische Lage. Deutschland ist zu einer außerordentlichen und schleunigen Verstärkung des Heeres genötigt. Die Deckung der laufenden Kosten und die Bundesregierungen. Diskussion verschiedener Besitzsteuern² und einer Erhöhung der Matrikularbeiträge. Im Reichstag ist eine Erbschaftssteuer [...] mit der Rechten und dem Zentrum nicht zu machen. Den Bundesstaaten ist zunächst ein Vermögenszuwachssteuergesetz vorzuschlagen, als Ersatz dann aber nicht die Erbschaftssteuer, sondern entweder die Übernahme der Landesstempel oder die erhöhten Matrikularbeiträge. Mögliche weitere Steuern zur Deckung des noch verbleibenden Bedarfs. Der einmalige Wehrbeitrag und die Steuerfreiheit der Landesfürsten³ als staatsrechtlicher Grundsatz. [B]

¹ Vgl. die Randnotiz Wilhelms II. zur Meldung des Reichskanzlers über die Ansetzung der Beratung auf den 10.3.: jetzt erst! [...] das konnte schon vor 6 Wochen geschehen, in: Rep. 89, Nr. 27282, Bl. 106, Telegramm v. 5.3.1913; Bl. 115 der telegraphische Bericht v. 11.3.1913 zum Verhandlungsergebnis. Zum Prot. und zur Beratung am 10./11.3.1913 vgl.: Westarp, *Konservative Politik*, 1. Bd., S. 229–232, 255; Kroboth, *Die Finanzpolitik*, S. 218–225.

² Zum Widerstand seitens des Landwirtschaftsministeriums vgl. das Material in: Rep. 87, ZB Nr. 244, Bl. 1–54, hier u.a. die Vorlagen des Reichskanzlers (Reichsschatzamt) sowie der Entwurf des Votums Schorlemers v. 25.1.1913, ferner eine Zusammenstellung v. 4.3.1913 für die Besprechung über die Deckung der Wehrvorlagen (vorläufige Entwürfe) mit einer Randnotiz (Schorlemers ?) v. 10.3.1913 zu den Ergebnissen. – Das Besitzsteuergesetz datiert v. 3.7.1913, RGBl., S. 524.

³ Zum freiwilligen Wehrbeitrag der Bundesfürsten vgl. Rep. 90a, F III 3 Nr. 8 Bd. 1, n.f. – Zur Haltung Wilhelms II. sein Briefwechsel mit dem sächsischen König und zu den Positionen des Hausministeriums vgl. Rep. 89, Nr. 27282, v.a. Bl. 107–140 u. 142–150.

Nr. 80 Sitzung des Staatsministeriums am 13. März 1913.

Reinschr., Bd. 162, Bl. 68; MF 965.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach [teilw.], Trott zu Solz, Schorlemer [teilw.], Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Berndt, Böhme [beide zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann [alle zu 2], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Eine Pensionssache.¹ [B] — 2. 22 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 81 Sitzung des Staatsministeriums am 3. April 1913.

Vollz. Reinschr., Bd. 162, Bl. 70–78; MF 965.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

1. Standeserhöhungen, Adelsverleihungen bzw. Berufungen in das Herrenhaus² zum Regierungsjubiläum, u.a. für F. v. Moltke, F. v. Mendelssohn und R. Havenstein. [B] — 2. Bekämpfung des Alkoholismus. Keine Ergänzung³ der Gewerbeordnung dahingehend, daß Schankkonzessionen bevorzugt an Gemeinden und gemeinnützige Vereine erteilt werden. Über letztere könnten SPD und Polen Einfluß gewinnen. [B] — 3. Keine Herausgabe amtlichen Materials an Private [...] ohne Genehmigung durch die Ressortchefs. Bemühungen des Zentrums um eine Statistik über die Konfessionen der einzelnen Beamten. [B]

² Vgl. Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 5, Bl. 135–184. Betr. den Bankier L. Delbrück vgl. Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 4, Bl. 160–162v u. 168–171. Ein Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den Innenminister v. 10.3.1913 betr. Herrenhausberufungen in: Rep. 77, Tit. 98 Nr. 108 Bd. 1, n.f.

³ Vgl. das Votum des Innenministers v. 10.5.1912 sowie Gesetzentwürfe des Reichsamts des Innern v. 30.5. u. 25.10.1912 in: Rep. 120, BB I 1 Nr. 12 Bd. 28, Bl. 119–127, 133–135 u. 207–229. Weiteres Material einschl. Voten in: ebd., Bl. 275–294. Das Votum des Innenministers in: Rep. 84a (D), Nr. 11351, Bl. 140–142v; hier auch weiteres Material der Jahre 1911–13, so Bl. 87–107 der Entwurf v. 25.10.1912.

Nr. 82 Sitzung des Staatsministeriums am 19. April 1913.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 162, Bl. 80–92; MF 965/966. Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 689, n.f.

Anwesend[U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Maeder.

Weitere Teilnehmer: Kraetke [U], Kühn [U], Wahnschaffe, Hergt, Jahn, Maeder, H. v. Eisenhart-Rothe.

Aufbesserung der Gehälter der Assistenten² und Unterbeamten sowie von Arbeitern im Staatsdienst, besonders bei der Post und der Eisenbahn. Differenzen zum Reichstag, der wieder seine Rechte überschritt, indem er einseitig Ausgabeposten in den Etat³ einstellte. Dem ist bisher mit aller Entschiedenheit [...] widersprochen worden. Mit Rücksicht auf die Heeresvorlage sowie die Wahlen ist aber den Wünschen in beschränktem Umfang entgegenzukommen, denn die Besoldungen sind sehr kärglich bemessen. Die zu prüfende Frage von Kinderzulagen, die den immer dringlicher betonten sozialen Anschauungen entsprechen. Rückwirkungen für Handel und Industrie sowie auf die Besoldungsverhältnisse in Preußen. Gefahr, daß unerträgliche Folgerungen sich ergeben. [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen.

² Vgl. Voten und weiteres Material einschl. einer Ausarbeitung des Büros des Staatsministeriums für Bethmann Hollweg zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 689, n.f.; Rep. 151, I B Nr. 4741, n.f., u.a. mit zahlreichen Presseartikeln zu einer möglichen Novelle zum preußischen Besoldungsgesetz.

³ Vgl. StenBerRT, Bd. 301, Drucks. Nr. 716 u. 737.

Nr. 83 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Mai 1913.

Vollz. Reinschr., Bd. 162, Bl. 94–97v; MF 966.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [zu 1–2, V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen, Dallwitz [zu 1–3, zu 4 teilw.], Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Maeder.

Weitere Teilnehmer: Küster [für Schorlemer], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Die Herrenhausberatungen zum Ausgrabungsgesetz². Durch Abänderungen gegenüber dem Abgeordnetenhaus ist der Entwurf für die Regierung wertlos geworden. Die weitere Verfahrensweise. Nach Trott zu Solz ist eine baldige Verabschiedung [...] sehr wichtig, als durch eine weitere Verzögerung des [...] Schutzes der Funde doch ein größerer Schaden entstehen kann und Wilhelm II. ein besonderes Interesse an dem Schutze historischer Gegenstände und Altertümer zeigt. Ablehnung der vom Kultusminister vorgeschlagenen vorläufigen Regelung [...] im Wege der Notverordnung nach Art. 63 der Verfassung von 1850. [B] — 2. Vertrauliche Mitteilungen über die Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland und dem Prinzen Ernst August wegen des Verzichtes auf Hannover³. — 3. Keine Aufnahme der dem Prinzen Ernst August [...] von Braunschweig und Lüneburg verliehenen hannöverschen Orden in die neue Rangliste⁴, da das Recht, Orden zu verleihen, [...] auf dem Souveränitätsrecht beruht. [B] — 4. Eine Ernennung. [B]) — 5. Vorschläge für Rangerhöhungen und Titelverleihungen. Grundsätze und Einzelfälle⁵. [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Schorlemer.

² Vgl. StenBerAH, Session 1912/13, Drucks. Nr. 1196; dazu der 1. u. 2. Kommissionsbericht v. 19. u. 24.4.1913, Drucks. Nr. 1413 u. 1484; als Drucks. Nr. 1553 an das Herrenhaus gegeben. Von diesem als StenBerHH, Session 1912/13, Drucks. Nr. 306 v. 24.4.1913 beraten am 2.5.1913: ebd., S. 1563–1599. Zur Rechtslage sowie regionalen Regelungen vgl. Berichte der Oberpräsidenten in: Rep. 84a (D), Nr. 10751, Bl. 5–110. Ferner: BArch, RADl Nr. 15868. Erlassen als Ausgrabungsgesetz v. 26.3.1914, GS, S. 41. Zusammenfassend: Speitkamp, Winfried, Die Verwaltung der Geschichte. Denkmalpflege und Staat in Deutschland 1871–1933, Göttingen 1996, S. 197 f.

³ Umfangreiches Material, v.a. zur Auslegung der braunschweigischen Reversalien, in: Rep. 89, Nr. 13123. Auf der Basis auch von Familienpapieren: Hartwieg, Wilhelm, Um Braunschweigs Thron 1912/13. Ein Beitrag zur Geschichte der Thronbesteigung des Herzogs Ernst August im Jahre 1913, Braunschweig 1964.

⁴ Vgl. Rangliste der Königlich Preussischen Armee und des XIII. (Königlich Württembergischen) Armeekorps für 1913. Mit den Dienstalsterlisten der Generale und Staboffiziere und einem Anhang, Berlin 1913, S. 378.

⁵ Vgl. Rep. 90, Nr. 1978 u. 1979; Voten in ebd., Nr. 1984, n.f., u. 1999, n.f. Der Immediatbericht v. 6.5.1913 sowie der abschlägige Bescheid des Geh. Zivilkabinetts v. 13.6.1913 in: Rep. 90, Nr. 543, n. f. Ferner: BArch, RADl Nr. 15871.

Nr. 84 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Mai 1913.

Vollz. Reinschr. mit einem Einschub, Bd. 162, Bl. 99–103v; MF 966.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Küster [für Schorlemer], Lisco [U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

¹ Gelesen [U]: Heeringen.

1. *Ablehnung der Todesstrafe für Verrat militärischer Geheimnisse auch im Frieden. Zustimmung des Staatsministeriums zur Position des Staatssekretärs des Reichsjustizamts Lisco² auch gegen den Wunsch Wilhelms II.* [B] — 2. *Die Form der Eröffnung und die Schließung des Landtags³. Die kommende erste Sitzung des Abgeordnetenhauses.* [B] — (3. *Zum Regierungsjubiläum [...] keine allgemeine Amnestie, jedoch Straferlasse in Einzelfällen in weitem Umfang. Keine Teilamnestie für das Militär wie 1894, damit keine unterschiedliche Behandlung der Zivilbevölkerung und des Militärs erfolgt, auch wegen der Wehrvorlage.*⁴ [B] — 4.–5. *Zwei Ernennungen*⁵. [B])

² *Vgl. den die Todesstrafe nicht empfehlenden Immediatbericht Bethmann Hollwegs v. 20.3.1913 in: Rep. 89, Nr. 17750, Bl. 203–205; ebd., Bl. 207 ein Schreiben des Reichskanzlers an Valentini, daß dem Wunsche seiner Majestät [...], für die schwersten Fälle vollendeten Verrats durch Inländer die Todesstrafe anzudrohen, [...] dadurch Rechnung getragen werde, daß die Frage bei der Beratung im Bundesrat zur Erörterung gebracht werde. Hier auch der Immediatbericht des Kanzlers v. 28.5.1914, in dem mitgeteilt wird, daß die Frage der Todesstrafe zwar eingehend geprüft [...], mit Rücksicht auf die politischen Bedenken der Vorschlag aber verworfen worden sei: Bl. 211–213, die Zitate Bl. 211. Das Material zur Überarbeitung der Spionagegesetzgebung, angeregt durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sowie einen Bericht des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow v. 7.2.1912, einschl. verschiedener Entwürfe und Voten zur Sitzung, in: Rep. 77, Tit. 872 Nr. 13, Beiheft 1, n.f. Ein Gesetzentwurf des Reichsjustizamtes v. Jan. 1913 mit lebenslänglichem Zuchthaus als Höchststrafe in: BArch, RADl Nr. 12215/1, Bl. 3–6.*

³ *Der vom Staatsministerium festgestellte Entwurf der Eröffnungsrede in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 8, Bl. 107 bis 107v, hier auch weitere Fassungen. – Ebenso: PA Bonn, R 4047, n.f. Ferner: BArch, RK, Nr. 1087, Bl. 98.*

⁴ *Vgl. den Entwurf des Immediatberichtes des Justizministers v. 23.5.1913 an das Geh. Zivilkabinett betr. einer Amnestie sowie das Schreiben des Justizministers v. 27.5.1913 betr. einzelner Straferlasse in: Rep. 89, Nr. 18671, n.f. Hier auch die Kabinettsordre betr. Elsaß-Lothringen.*

⁵ *Material betr. den Ministerialdirektor im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Wichert in: Rep. 90, Nr. 1984, n.f.: Rep. 90a, A IV 3 Nr. 22 Bd. 1, Bl. 2.*

Nr. 85 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Mai 1913.

Vollz. Reinschr. mit einem Einschub, Bd. 162, Bl. 105–110; MF 966.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Heeringen [zum Ende], Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Langermann und Erenkamp [für Heeringen], Küster [für Schorlemer], Lisco [U], Wahnschaffe, Lewald, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. *Verschärfung des Presserechts sowie der Vereinsgesetzgebung in Elsaß-Lothringen.*¹ *Vereine sollen auch aufgelöst werden können, wenn sie [...] die öffentliche Sicherheit gefährdeten oder [...] andere als die in der Satzung bestimmten Zwecke verfolgen. Erweiterte Möglichkeiten zum Verbot von fremdsprachigen oder im Ausland herausgegebenen Druckschriften. Notwendigkeit einer Beschränkung der Zensur auf periodische Druckschriften, da es für eine Überwachung aller Druckerzeugnisse kein Gegenstück in irgend einem Preßgesetz der Welt gibt und sonst die ganze*

¹ *Vgl. die Anträge Elsaß-Lothringens im Bundesrat v. 26.4.1913 betr. Vereinsgesetzgebung und 2.5. betr. Presserecht, in: StenBerBundesR, Jg. 1913, Bd. 1, Drucks. Nr. 63 u. 64. Eine Ausarbeitung (v. Eisenhart-Rothes ?) v. 26.5.1913 zur Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 90, Nr. 2264, Bl. 261–261v, hier auch weiteres Material. Ein Votum Delbrücks v. 21.5.1913 in: Rep. 84a (D), Nr. 6340, S. 1033–1037, hier auch ein Entwurf zum Presserecht v. 10.10.1910: S. 575–588 sowie ebd. S. 1009–1101 der Antrag Preußens im Bundesrat. Ferner: BArch, RADl Nr. 15832.*

Vorschrift ein Schlag ins Wasser sein wird. Wegen Indiskretion² zu den geplanten Entwürfen in der Presse ist eine SPD-Interpellation³ zu erwarten. Da im Reichstag keine Zustimmung des Zentrums zu erwarten ist, muß mit der Behandlung wegen der Wehrvorlage gewartet werden, damit nicht eine mögliche Ablehnung dieser Entwürfe als eine schwere Niederlage wirkt. Frage der Notwendigkeit der Ermächtigung Wilhelms II. für die Abgabe der preußischen Stimme im Bundesrat. [B] — 2. Bei Begnadigungen für Zivil- und für Militärpersonen [...] aus Anlaß des Regierungsjubiläums⁴ ist möglichst nach einheitlichen Gesichtspunkten vorzugehen, damit keine abfällige Kritik [...] bei den Verhandlungen über die Wehrvorlage⁵ laut wird. [B]

² Zu den Ermittlungen seitens des Reichsamts des Innern vgl. BArch, RADl Nr. 15832, Bl. 84–93v mit Ausschnitten aus der französischen Presse.

³ Vgl. StenBerRT, Bd. 302, Drucks. Nr. 1000 v. 20.5.1913; dazu die Debatte am 30. u. 31.5.1913: StenBerRT, Bd. 290, S. 5341–5384.

⁴ Vgl. den Allerh. Erlaß v. 16.6.1913, JMinBl., S. 189. Zur Abstimmung mit den Bundesstaaten vgl. BArch, RADl Nr. 6109, Bl. 237–276.

⁵ Zur starken Belastung der Reichstagsverhandlungen durch v.a. sozialdemokratische Redner bei der Beratung des Militär-Etats vgl. die Tagebuchnotiz General Franz Wandels v. 14.6.1913 in: Greiner, Deutsche Rüstungspolitik, in: MGM 2/1985 (= Nr. 38), S. 144–146.

Nr. 86 Sitzung des Staatsministeriums im Abgeordnetenhaus am 12. Juni 1913.

Vollz. Reinschr. mit einem Einschub, Bd. 162, Bl. 112–114; MF 966.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Die Frage des Landtagsschlusses und die Jubiläumsfeierlichkeiten.² [B] — 2. Eine Titelverleihung.³ Grundsätze zur Verleihung des Titels Geheimer Regierungsrat an Industrielle. [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Heeringen.

² Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 11, n.f. Zu den Feierlichkeiten insgesamt vgl. Rep. 90, Nr. 1973, n.f. Voten Loebells v. 2. u. 8.6.1913 auch in: Rep. 87, ZB Nr. 109, Bl. 151–153. Voten ferner in: PA Bonn, R 4047, n.f.

³ Vgl. Rep. 90, Nr. 2006, n.f.

Nr. 87 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Juni 1913.

Reinschr., Bd. 162, Bl. 115; MF 966.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach, Sydow, Dallwitz. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Chappius [für Trott zu Solz], Michaelis [für Lentze], Huber, Rundnagel [beide zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, v. Eichmann [beide zu 2], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Zwei Pensionssachen¹. [B] — 2. 19 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 88 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Juni 1913.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 162, Bl. 118–123; MF 966. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2316, Bl. 167–172.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Trott zu Solz, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Schreiner, Küster, Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe, A. v. Falkenhayn, Sachs, v. Eichmann.

Die in der Verwaltungsreform bisher unternommenen Schritte sowie die kommenden Aufgaben: Novelle¹ zum Landesverwaltungsgesetz zur Durchführung des bürokratischen Prinzips bei allen Regierungsabteilungen; Aufhebung der Generalkommissionen in Königsberg und Breslau² sowie Übertragung ihrer Geschäfte einschließlich der früheren Generalkommission in Bromberg auf die Behörden der allgemeinen Landesverwaltung und die ordentlichen Gerichte³, schließlich eine Novelle⁴ zum Kommunalabgabengesetz, die einen Gesetzentwurf über die Einschränkung kommunaler Aufsichtsbezugnisse⁵ überflüssig macht. Einzelfragen, u.a. zur Konservierung des Kollegialsystems bei Schulangelegenheiten und in den Steuerabteilungen.⁶ Möglichst kein Erlaß eines Schulverwaltungsgesetzes angesichts von stärksten politischen Bedenken und keine Bildung von Kreis-schulämtern [...] bis zum Ausbau ihres selbständigen Wirkungskreises. [B]

¹ *Ein Entwurf mit Anschreiben von Dallwitz v. 21.11.1912 in: Rep. 90, Nr. 2316, Bl. 135–150v, Voten Bl. 157–166v; der Entwurf auch: Rep. 84a (D), Nr. 4269, Bl. 173–268. Der am 6.1.1912 von Wilhelm II. genehmigte Entwurf in: Rep. 90, Nr. 2297, Bl. 296–323v, hier auch weiteres Material. Der Entwurf v. 15.11.1913 in: Rep. 90, Nr. 4270, Bl. 39–94, wurde dem Herrenhaus zugeleitet: StenBerHH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 6. Ferner: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 adhib Bd. 3. — Vgl. den ausführlichen Kommentar: Friedrichs, Karl, Das Landesverwaltungsgesetz vom 30. Juli 1883 nebst den gesamten Nebengesetzen, Berlin 1910. Ein Überblick mit wichtiger zeitgenössischer Literatur bei: Riefner, Wolfgang, Preußen, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, Stuttgart 1984, S. 712–714. Ferner: Süle, Tibor, Preußische Bürokratietradition. Zur Entwicklung von Verwaltung und Beamtenschaft in Deutschland 1871–1918, Göttingen 1988, S. 48–52.*

² *Vgl. den Gesetzentwurf betr. Königsberg und Bromberg v. 1.5.1909 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 adhib Bd. 1, Bl. 74–81v, dazu hier auch Voten. Erlassen als Gesetz, betr. die Aufhebung der Generalkommission für die Provinzen Westpreußen und Posen in Bromberg v. 24.7.1909, GS, S. 637. Daran anschließend das Votum des Landwirtschaftsministers v. 15.10.1909 zur Aufhebung der Generalkommissionen insgesamt in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 adhib Bd. 1, Bl. 148–185; ferner weitere Voten und Materialien, fortgeführt in: ebd., Bd. 2.*

³ *Vgl. den vorläufigen Entwurf des Immediatberichtes v. 6.1.1913 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 adhib Bd. 3, Bl. 13–23v, sowie weiteres Material.*

⁴ *Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 8992, n.f., hier ein Entwurf v. 22.11.1913 und spätere Fassungen. Der Immediatbericht v. 31.1.1914 in: Rep. 89, Nr. 27403, n.f. Ferner ein Entwurf v. 29.12.1913 in: BArch, RAdI Nr. 15879, Bl. 3–35v und umfangreiches weiteres Material.*

⁵ *Es finden sich als Anlage zum Bericht der Immediatkommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform v. 22.3.1913 Grundzüge für Vorschläge zur Einschränkung staatlicher Kommunalaufsichtsrechte in: Rep. 84a (D), Nr. 4269, Bl. 359–362, die auch nach der Sitzung des Staatsministeriums weiterbearbeitet wurden. Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 4270, Bl. 18–36v mit Voten v. 7.10. u. 1.11.1913.*

⁶ *Vgl. dazu Materialien der Immediatkommission v. Juli 1911 bis Jan. 1912 in: Rep. 90a, B III 7b Nr. 28 Bd. 1, Bl. 127–187.*

Nr. 89 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 1. Juli 1913.

Vollz. Reinschr. mit einem Einschub, Bd. 162, Bl. 125–126; MF 966/967.

Anwesend: Bethmann Hollweg [V, U], Delbrück [U], Beseler [U], Breitenbach [U], Sydow [U], Trott zu Solz [U], Heeringen, Dallwitz [U]. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Eisenhart-Rothe.

1. *Bevorstehender Amtswechsel von Heeringen zu Falkenhayn im Amt des Kriegsministers.*¹ —
2. *Information zur Erklärung*² *Bethmann Hollwegs im Reichstage [...] über die Änderung des Militärstrafgesetzbuchs aus Anlaß der Erfurter Vorgänge*³.

¹ *Vgl. Rep. 90, Nr. 893, n.f.; Afflerbach, Holger, Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994, S. 103–114.*

² *Am 30.6.1913, in: StenBerRT, Bd. 290, S. 5923.*

³ *Verurteilung von sieben Reservisten und Soldaten wegen sog. grober Exzesse in Erfurt am Tage einer Kontrollversammlung, zu denen Beurlaubte ein- bis zweimal jährlich einberufen werden konnten. Vgl. StenBerRT, Bd. 290, S. 5908–5915.*

Nr. 90 Sitzung des Staatsministeriums am 9. September 1913.

Reinschr., Bd. 162, Bl. 127; MF 967.

Anwesend: Breitenbach [V], Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für Beseler], Fleischer, Berndt, v. Velsen, Henatsch, Rundnagel [alle zu 1], v. Eichmann [zu 2], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. *Vier Pensionssachen*¹. [B] —
2. *Sieben Disziplinarsachen*¹. [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 91 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Oktober 1913.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 162, Bl. 129–140v, Anlage: Bl. 141; MF 967.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Lisco [U], Wahnschaffe, Lewald, H. v. Eisenhart-Rothe.

¹ *Gelesen [U]: Schorlemer.*

1. Amtseinführung von Kriegsminister A. von Falkenhayn. — 2. Die braunschweigische Frage² und die Heirat von Victoria Luise von Preußen mit [...] Ernst August. Da vom Prinzen und seinem Vater ein ausdrücklicher Verzicht [...] auf Hannover nicht zu erlangen gewesen wäre, weil sie auf Rechte, die sich [...] auf ein Königtum von Gottes Gnaden gründen, überhaupt nicht verzichten können und dies zudem eine Felonie gegenüber den [...] Hannoveranern ist, hätte auf Verlobung und Thronbesteigung verzichtet werden müssen. Der Prinz wäre ein Märtyrer des Welfentums. Durch die Heirat ist zwischen Preußen und dem Welfenhouse ein Friedensverhältnis eingetreten. Die bei Thronbesteigung gemäß braunschweigischem Staatsrechte erforderlichen [...] Reversalien enthalten ein volles Bekenntnis zum Reich, zur Reichsverfassung und zu den Verpflichtungen, die jedem einzelnen Bundesfürsten durch diese auferlegt sind. Deshalb preußischer Antrag³ im Bundesrat, damit das braunschweigische Provisorium beendet wird. In der welfischen Frage liegt zwar eine Unbequemlichkeit, aber keine eigentliche Gefahr mehr. [B] — (3. Gerüchte, daß die Eisenbahn ihre Investitionen möglichst einschränkt zur Schonung des Anleihemarktes. Nach Breitenbach kann aus rein verkehrstechnischen Gründen die Bautätigkeit nicht eingeschränkt werden, doch ist es derzeit unmöglich, das nötige Geld zu beschaffen, denn der Markt nimmt die preußischen Anleihen nicht auf. Gefahr einer weichenden Konjunktur. Man muß jedoch aus allgemeinen politischen Erwägungen [...] die drohende Arbeitslosigkeit⁴ auch staatlicherseits durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach Möglichkeit zu bekämpfen suchen.)

² Ausführliches Material zur Hochzeit am 24.5.1913 in: Rep. 89, Nr. 3123, Bl. 76a–149. Die geheime und Presse-Berichterstattung zum Verhalten der Welfen Februar bis September 1913 in: Rep. 77, Tit. 343a Nr. 142, Fasz. 5. Mit Bezug auf das Prot.: Bringmann, Wilhelm, Die braunschweigische Thronfolgefrage. Eine verfassungsgeschichtliche Untersuchung der Rechtmäßigkeit des Ausschlusses der jüngeren Linie des Welfenhauses von der Thronfolge in Braunschweig 1884–1913, Frankfurt/M. usw. 1988, S. 208–216, v.a. S. 211.

³ Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1913, Drucks. Nr. 125: Antrag Preußens v. 16.10.1913. Der Beschluß v. 27.10.1913 in: ebd., S. 827 u. 829 (Anlage) (§ 1161).

⁴ Bereits am 2.9.1913 verwies Bethmann Hollweg Sydow und Beseler darauf, daß der fast in jedem Jahre bei Beginn des Winters wiederkehrende Mangel an Arbeitsgelegenheit – soweit er nicht [...] schon besteht – in diesem Jahre früher und vielleicht in stärkerem Maße als gewöhnlich einsetzen wird und daß man sich auf eine öffentliche Stellungnahme vorbereiten müsse: Rep. 90a, D II 3a Nr. 1 Bd. 2, Bl. 22–23, das Zitat Bl. 22. Am 25.11.1913 wurde im Reichstag die Interpellation Albrecht eingebracht, die Delbrück am 5.12.1913 beantwortete: StenBerRT, Bd. 303, Drucks. Nr. 1184 bzw. Bd. 292, S. 6212–6219. Eine Denkschrift des Reichsamts des Innern (vom Anf. Dezember ?), die auch an den Reichstag gegeben wurde, in der o.a. Akte Bl. 76–170.

Nr. 92 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Oktober 1913.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 162, Bl. 143–157v; MF 967.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe, v. Eichmann.

1. Die Einberufung des Landtags.² Keine unnötige Ausdehnung der Parlamentszeit, sonst bleibt den Parteien hinreichende Zeit, in eine Erörterung der Welfenfrage, der Steuergesetze zur Deckung der

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Vgl. eine Aufstellung zu den Herbsttagungen des Landtags seit 1907 in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 295 bis 296v. Vgl. auch: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 12, n.f. Ein Votum des Ministers des Innern v. 3.11.1913 in: PA Bonn, R 4047, n.f.

Wehrvorlage [...] sowie der Wahlreform einzutreten. *Die geplanten großen Vorlagen*³. [B] — **2.** Der Entwurf⁴ eines Fideikommißgesetzes zur Beseitigung der weitgehenden *Rechtszersplitterung und der dadurch bestehenden Rechtsunsicherheit. Notwendigkeit für ein gewisses Maßhalten bei Neubildungen wegen der inneren Kolonisation, weil in einzelnen Landesteilen die Fideikommission eine übermäßige Ausdehnung besitzen, was sozialpolitisch und wirtschaftlich nicht erwünscht ist. Ziel, den selbstbewirtschafteten und vorbildlichen Großbetrieb zu der normalen Form des landwirtschaftlichen Fideikommisses zu machen. Einzelfragen, u.a. daß bei Neugründungen der Grundbesitz [...] mindestens 50 Jahre im Besitz der Familie sein muß und 2500 ha landwirtschaftliche Fläche nicht übersteigen darf. Keine Aufhebung künftiger oder bestehender Ahnenklauseln in den Stiftungsurkunden. Vorlage des Entwurfs zuerst im Herrenhause*⁵. *Möglichkeiten für gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung auch des bäuerlichen Besitzes.* [B]

³ Vgl. als Anlage zu der Einladung die Vorschläge der [...] Ressortminister für die Einbringung der Landtagsvorlagen: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 297–298; auch: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 13, n.f.; BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 48–49. Das Material der einzelnen Ministerien in: Rep. 90a, A IX 2 Nr. 2 Bd. 7, Bl. 230–261, der Entwurf des Immediatberichtes v. 31.12.1913: Bl. 262–276.

⁴ Mit Anschreiben des Justizministers v. 5.8.1913 in: Rep. 90, Nr. 1591, n.f., hier auch eine Aufzeichnung des Büros des Staatsministeriums zum Vergleich der Entwürfe von 1909 und 1913 sowie ein Votum des Innenministers v. 20.10.1913, ebenso eine Zusammenstellung der Ergebnisse der auf der Sitzung beschlossenen kommissarischen Beratung. Der Entwurf auch: Rep. 84a (M), Nr. 3637, Bl. 4–11. Die Ergebnisse der kommissarischen Beratungen im Gefolge der Sitzung sowie die Entwürfe zur Vorlage im Landtag: ebd., Bl. 60–106. Voten von 1911–1912 in: Rep. 84a (M), Nr. 3636, Bl. 62–86v. Ferner: BArch, RA I Nr. 15514, Bl. 84–128. Mit Bezug auf das Prot.: Eckert, Der Kampf um die Familienfideikommission, v.a. S. 652–654.

⁵ Vgl. StenBerHH, Session 1912/13, Drucks. Nr. 5 A–D v. 29.12.1913. Zur Behandlung im Landtag vgl.: Heß, Klaus Junker und bürgerliche Großgrundbesitzer im Kaiserreich. Landwirtschaftlicher Großbetrieb, Großgrundbesitz und Familienfideikommiß in Preußen 1867/71–1914, Stuttgart 1990, S. 136–141.

Nr. 93 Sitzung des Staatsministeriums am 13. November 1913.

Vollz. Reinschr., Bd. 162, Bl. 159–159v; MF 967.

Anwesend [U]¹: Delbrück [zu 1, V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Küster [für Schorlemer], Berndt, Klausener, Kiepert, Böhme [alle zu 2a], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 2b], A. v. Steinmeister, v. Eichmann [beide zu 2a], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Zwei Ernennungen. [B] — **2a.** Drei Pensionssachen². [B] — **2b.** 25 Disziplinarsachen². [B]

¹ Gelesen [U]: Bethmann Hollweg, Tirpitz, Schorlemer, Falkenhayn.

² Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 94 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 28. November 1913.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 162, Bl. 166–187v; MF 967/968.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [zu 3, V], Delbrück [V zu 1–2], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U], [Hergt zu 1].

Weitere Teilnehmer: Kraetke [U], Kühn [U], Wahnschaffe [zu 3], Hergt, Maeder, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Beamtenbesoldung. *Die Beseitigung der Verschiedenheiten zwischen Preußen und dem Reich v.a. seit der jüngsten Novelle² des Reichs, aber keine größere Ausdehnung der Maßnahmen auf zahlreiche Beamtenklassen, da die Abschwächung der Konjunktur mit dementsprechender Geldverbilligung und Rückgang in den Preisen verschiedener Lebensmittel viele Forderungen aufhebt. Auch wegen der Lage des Staatshaushalts nur Änderungen zur Angleichung an das Reich. Einzelheiten, u.a. zu einzelnen Beamtenkategorien und zum Wohnungsgeldzuschuß³. [B] — 2. Die Stellung des Landeswasseramts als Zentralbehörde und oberster Gerichtshof in wasserrechtlichen Fragen.⁴ [B] — 3. Das Parzellierungsgesetz⁵ im Zusammenhang mit der Polenpolitik und der Enteignungsfrage einschließlich des staatlichen Vorkaufsrechts. Nach Schorlemer erzwingt die gesamte politische Situation die Veröffentlichung des Entwurfs. Diskussion, ob das Vorkaufsrecht als nützliche Ergänzung des Enteignungsrechts es ermöglicht, daß von letzterem zunächst kein Gebrauch gemacht zu werden braucht, oder ob man zur Enteignung von Latifundien schreiten muß, da sonst das gefährdete Deutschtum durch Stärkung und Abrundung deutscher Niederlassungen nicht zu sichern ist. [B]*

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Falkenhayn.*

² *Vgl. das Gesetz zur Abänderung des Besoldungsgesetzes. V. 29.7.1913, RGBl., S. 618. Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 689, n.f. Ferner: BArch, RAAd Nr. 15730, n.f.*

³ *Vgl. Voten ab Juni 1913 in: Rep. 90, Nr. 707, n.f.*

⁴ *Vgl. den mit Anschreiben des Landwirtschaftsministers v. 14.5.1913 vorgelegten Entwurf einer VO sowie weiteres Material einschl. Voten in: Rep. 87, Nr. 7359, Bl. 25–37, u.a. Bl. 112–113v Material für die Hand des Ministers in der Sitzung. Der Entwurf eines Immediatberichtes des Landwirtschaftsministers v. 3.2.1914 betr. Rangverhältnisse in: Rep. 90, Nr. 543, n.f. Ferner: BArch, RAAd Nr. 15087. — Das Landeswasseramt wurde dem Staatsministerium direkt unterstellt; vgl. die VO, betr. das Landeswasseramt v. 18.3.1914, GS, S. 55. Die Zuständigkeit wurde durch das Wassergesetz v. 7.4.1913, GS, S. 53, begründet und später durch das Fischereigesetz v. 11.5.1916, GS, S. 140, erweitert. Vgl. ferner den Allerh. Erlaß, betr. die Rangverhältnisse der Beamten des Landeswasseramts v. 9.3.1914, GS, S. 64.*

⁵ *Vgl. eine Denkschrift Schorlemers und Voten dazu sowie eine zusammenfassende Ausarbeitung des Büros des Staatsministeriums für Bethmann Hollweg zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1569, n.f.; hier auch folgende Voten und Materialien zu kommissarischen Beratungen sowie der Immediatbericht v. 11.2.1914 mit Gesetzentwurf, veröffentlicht am 2.3.1914 als Gesetzentwurf über Teilung land- und forstwirtschaftlicher Besitzungen (Grundteilungsgesetz) in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 196.*

Nr. 95 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Dezember 1913.

Vollz. Reinschr., Bd. 162, Bl. 189–190; MF 968.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Schorlemer.*

Weitere Teilnehmer: Küster [für Schorlemer], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Ordenssachen². [B] — **2. Streng vertrauliche** eingehende Besprechung der gesamten innenpolitischen Lage.³

² Vgl. Rep. 90, Nr. 2138–2140.

³ Vermutl. zur laufenden Etat-Debatte im Reichstag, in der auch die Zabern-Affäre zur Sprache kam, zumal am 11.12.1913 die Verhandlungen vor dem Kriegsgericht der 30. Division (Straßburg) begannen; vgl.: Schultheß 1913, S. 415–436. – Bei dem streng vertraulichen Charakter der Besprechung ist von einer protokollarischen Aufzeichnung [...] abgesehen worden.

Nr. 96 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Dezember 1913.

Vollz. Reinschr., Bd. 162, Bl. 192–194v; MF 968.

*Anwesend [U]*¹: Bethmann Hollweg, Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — *Prot.:* [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Der Entwurf zur Thronrede² zur Eröffnung des Landtags. Keine Erwähnung der Wahlreform, da diese 1914 nicht erneut in Angriff genommen wird, denn Wilhelm II. ist damit unter keinen Umständen einverstanden, und die politische Erregung von 1912 rät davon ab, jetzt wieder Versuche zu machen. Ebenso ist ein Versprechen auf weite Sicht [...] nicht wieder zu empfehlen. [B] — **2. Vorschläge für Ordenssachen und Berufungen** in das Herrenhaus. Hierbei werden Handel und Industrie in letzter Zeit [...] schon hinreichend berücksichtigt.

¹ Gelesen [U]: Delbrück.

² Vgl. das vorbereitende Material einschl. das Handexemplar v. Eisenhart-Rothes in der Sitzung in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 8, Bl. 125–139v, der den Ministern zugeleitete Entwurf Bl. 130–131. Der Entwurf v. 1.1.1914 in: Rep. 89, Nr. 269, Bl. 172–173v, der Genehmigungsvermerk Wilhelms II. auf dem Anschreiben Bl. 171. Der Entwurf mit Voten auch in: PA Bonn, R 4047, n.f. – Die Thronrede in: StenBerAH, Session 1914/15, Sp. 2–6. Vgl. zur Wahlrechtsreform: Westarp, Konservative Politik, 1. Bd., S. 123 f.

Nr. 97 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Januar 1914.

Vollz. Reinschr. mit einem hs. Einschub, Bd. 163, Bl. 2–10; MF 968.

*Anwesend [U]*¹: Bethmann Hollweg, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — *Prot.:* [H. v. Eisenhart-Rothe, U], Erythropel [zu I].

*Weitere Teilnehmer: Kühn [U*²], Wahnschaffe, Erythropel³, Maeder³, H. v. Eisenhart-Rothe.

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Die Geheime Kanzlei vermerkte, daß bei den Protokollauszügen die Unterschrift nur zu TOP 1 gelten sollte (Bl. 1).

³ Vermutlich nur zu TOP 1.

1. Die Versorgungsbezüge der Altpensionäre und Althinterbliebenen⁴ und das alte preußische Prinzip [...], daß Gehalts- und Pensionsverbesserungen nicht auf ausgeschiedene Beamte Anwendung finden dürfen. Zur Zeit beginnende Überlegungen im Reich⁵ für eine gesetzliche Regelung sind nur eine Folge der preußischen Erhöhung der Unterstützungsfonds im Jahre 1910. Es ist aber unerwünscht, daß Preußen sich bei dieser Gelegenheit vom Reich ins Schlepptau nehmen läßt. Deshalb ist gleichzeitiges Vorgehen angebracht. [B] — 2. Berufungen in das Herrenhaus,⁶ vor allem aus den Provinzen Posen und Schleswig-Holstein. Ordenssachen. [B] — 3. Eine Ordenssache. Die geplante Auszeichnung des Unterstaatssekretärs Mandel in Straßburg. Bethmann Hollweg informiert, daß wegen der Zabern-Affäre Wilhelm II. ihn bitten ließ, die beabsichtigte Dekorierung rückgängig zu machen. Zustimmung. [B]

⁴ Vgl. die vom Finanzminister mit Anschreiben v. 20.4.1912 versandten Grundsätze über die Gewährung von Zuwendungen an Altpensionäre und Althinterbliebene, das Exemplar des Justizministers in: Rep. 84a (D), Nr. 3366, Bl. 88–96. Die Grundsätze wurden am 16.7. den Unterbehörden mitgeteilt: ebd., Bl. 133–133v; Bl. 190–193v ein Gesetzentwurf des Finanzministers v. 5.1.1914; hier auch weiteres Material, u.a. Bl. 228–230 ein Entwurf der Grundsätze v. 19.2.1914, die mit Datum v. 10.3. veröffentlicht wurden Bl. 253–254v.

⁵ Vgl. z.B. den Entwurf eines Reichsgesetzes über die Fürsorge bei Unfällen im öffentlichen Dienste und bei gemeinnützigen Tätigkeiten (Dienst-Unfallfürsorgegesetz) (D.U.F.G.), den Delbrück seitens des Reichsamts des Innern dem Staatsministerium am 7.9.1913 vorlegte, in: Rep. 84a (D), Nr. 3396, Bl. 161–289v, hier auch Voten und weiteres Material. Voten ebenso in: Rep. 90, Nr. 2355, Bl. 291–312v. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15829, n.f.

⁶ Vgl. Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 5, Bl. 192–213. Die mit der TO versandten Schreiben Valentinis an Bethmann Hollweg v. 31.12.1913 sowie Delbrücks an v. Eisenhart-Rothe v. 3.1.1913 betr. Franz Hitze auch in: BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 56–57. Zu Adickes auch: BArch, RAAdI Nr. 15878.

Nr. 98 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 28. Januar 1914.

Vollz. Reinschr. mit Einschüben, Bd. 163, Bl. 12–17v; MF 968/969.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Lisco [U²], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

(1. Vorträge aus dem Gebiete der praktischen Verwaltung für den Kronprinzen.³ — 2. Grundsätzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Keine Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, sondern einer Denkschrift für den Reichstag⁴. Notwendigkeit einer Stellungnahme, denn es macht sich nach Breitenbach in den Arbeiterverbänden [...] eine große Unruhe bemerkbar, die bei dem Umfange dieser Verbände recht unbequem werden kann. Die Haltung der Parteien.) — 3. Sozialdemokraten und Militärdienst⁵. In

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Die Geheime Kanzlei vermerkte, daß bei den Protokollauszügen die Unterschrift nur zu TOP 3 gelten sollte (Bl. 11).

³ Vgl. den Allerh. Erlaß v. 27.1.1914 in: Rep. 89, Nr. 3652, Bl. 200–200v. Ferner: Jonas, Klaus W., Der Kronprinz Wilhelm, Frankfurt/M. 1962, S. 138 f.

⁴ Vgl. das Material zu kommissarischen Beratungen am 20.10.1913 in: Rep. 151, HB Nr. 1260, Bl. 23–41; hier auch Entwürfe einer Erklärung Delbrücks im Reichstag. Sie wurde am 29.1.1914 abgegeben, in: StenBerRT, Bd. 292, S. 6855. Der Antrag Bassermann v. 24.1.1914 betr. Anfertigung einer Denkschrift (ebd., Bd. 303, Drucks. Nr. 1311) wurde vom Reichstag angenommen: Bd. 292, S. 7052. Vermutlich wegen Schluß der Session und des beginnenden Krieges wurde dieses Dokument nicht vorgelegt.

⁵ Zu den im Prot. erwähnten Fällen Düwell und Stoecker: StenBerRT, Bd. 285, S. 2260–2266. Die Anfrage Hofrichter u. Schulz (Erfurt, SPD) v. 12.12.1913: Bd. 303, Drucks. Nr. 1251, und die dilatorische Antwort Wild v. Hohenborn: Bd. 291, S. 6549 f., sowie weitere Diskussionen, u.a. Bd. 294, S. 8469–8471 u. 8508–8515 mit der Stellungnahme Falkenhayns. Zum Fall Stoecker vgl. Rep. 77, Tit. 332f Nr. 5 Bd. 2, u.a. Bl. 2–6 das vom Kriegsministerium zusam-

Zukunft wird — gegen Einspruch Falkenhayns — nicht schon die Betätigung für die Sozialdemokratie an sich die Entziehung des Berechtigungsscheins für den einjährig-freiwilligen Militärdienst zur Folge haben [...], sondern es hierzu in jedem Falle des Nachweises moralischer Ungeeignetheit auf Grund bestimmter Vorgänge bedürfen. Es ist die Art der Agitation das Entscheidende. Die Verwaltungspraxis darf aber nicht als Ergebnis von Diskussionen im Reichstage verändert werden, damit man in den Augen der Öffentlichkeit sozialdemokratischen Ansprüchen gegenüber nicht zurückweicht. Einzelfälle, u.a. die Nichtbeförderung K. Liebknechts zum Gefreiten. [B]

mengestellte Material mit zahlreichen Anlagen. Auch: Stoecker, Helmuth, *Jugend und frühe Entwicklung Walter Stoeckers. Beitrag zu einer Biographie, phil. Habil. Berlin 1963 (MS), S. 8, 79–83. Zu Liebknecht und anderen vgl. das Votum Falkenhayns v. 11.1.1914 in: BArch, RA1 Nr. 6110, Bl. 8a, einliegend Bl. 1–3.*

Nr. 99 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Januar 1914.

Vollz. Reinschr. mit einer Streichung, Bd. 163, Bl. 19–20; MF 969.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Ernennungen, u.a. R. von der Schulenburg zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und Frh. v. Falkenhausen zum Regierungspräsidenten in Potsdam. [B] — 2. Ernennungen in Elsaß-Lothringen als Konsequenz aus der Zabern-Affäre. Rücktritte des Statthalters Gf. Wedel und des Staatssekretärs Zorn von Bulach. Vorschlag von Gf. von Roedern zum neuen Staatssekretär.

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz.*

Nr. 100 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 30. Januar 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 22–31; MF 969.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Schorlemer, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: v. Chappius [für Trott zu Solz, zu 1–2], Lisco [zu 3, U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe, A. v. Steinmeister.

1. Die Übertragung des bisher vom Reich beanspruchten Anteils der Zuwachssteuer² auf die

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Trott zu Solz.*

² *V. 14.2.1911, RGBL., S. 33.*

Landes- oder die nachgeordneten Behörden³ soll aus Billigkeitsgründen das Recht zur Folge haben, daß über den Steuererlaß die Kommunalbehörden zu befinden haben. [B] — 2. Bei dem im Anschluß an die Novelle⁴ zum Landesverwaltungsgesetz zu erlassenden Gesetz über Zuständigkeiten in Schulsachen ist, da auch das gewerbliche Privatschulwesen⁵ berührt wird, der Handelsminister mit an der Einbringung des Gesetzentwurfs zu beteiligen. Keine Ausdehnung der Bestimmungen auf Posen, damit der Landtag nicht noch die Einführung des Volksschulunterhaltungsgesetzes⁶ dort verlangt. [B] — (3. Die Rechtsgrundlagen⁷, zu welchem Zeitpunkte das Militär zum Einschreiten im Frieden berechtigt ist und welche zeitlichen Grenzen seiner Betätigung gesetzt sind. Es muß bestimmt werden, daß es nur dann einzuschreiten befugt ist, wenn die Zivilbehörden außer Stand gesetzt sind, die Requisition⁸ ergehen zu lassen. Es muß die Möglichkeit einer Wiederholung der [...] Vorgänge in Zabern ausgeschaltet werden. [B])

³ Vgl. den dem Votum des Innenministers v. 12.1.1914 beiliegenden Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum § 1 des Reichsgesetzes über Änderungen im Finanzwesen vom 3.7.1913 sowie weitere Voten in: Rep. 120, C V Nr. 36 Bd. 4, n.f. Dem Abgeordnetenhaus vorgelegt am 23.4.1914; StenBerAH, Session 1912/13, Drucks. Nr. 339.

⁴ Vgl. den Entwurf v. 15.11.1913 zu einer Novelle zum Landesverwaltungsgesetz in: Rep. 84a (D), Nr. 4270, Bl. 39–94.

⁵ Vgl. zu den im Prot. Bl. 26v erwähnten mehrfachen Wünschen im Landtag zur Regelung des Privatschulwesens die nicht erledigten Anträge Aronsohn v. 30.1. u. 19.2.1914 in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 101 u. 162.

⁶ Gesetz, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen v. 28.7.1906, GS, S. 335; § 70 schloß die Provinzen Posen und Westpreußen als Geltungsbereich aus.

⁷ Umfangreiches Material mit ministeriellen Gutachten in: Rep. 84a (D), Nr. 2245, Bl. 14–33v, 195–313v. Die Genesis der Bestimmungen in: Rep. 77, Tit. 1206 Nr. 3 Bd. 1, n.f. Zur Sitzung des Staatsministeriums vgl.: Afflerbach, Falkenhayn, S. 124. Ferner: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 596–603. Zeitgenössisch u.a. Jellinek, Walter, Zabern. Über das Verhaftungsrecht des Militärs, Tübingen 1914; ders., Notiz zum Falle Zabern, in: Archiv des öffentlichen Rechts 33 (1915), S. 247 f.

⁸ Hier i. S. einer Anforderung des Militärs.

Nr. 101 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Februar 1914.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 163, Bl. 33–46; MF 969

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer [zu 1–2], Dallwitz, Lentze, Falkenhayn [zu 1–2]. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Lisco, Solf [beide zu 3, U], Kühn [U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe, Kestner [zu 2].

(1. Eine Ordenssache sowie Ernennungen, u.a. des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern Holtz [...] zum Chefpräsidenten der Oberrechnungskammer. Der ebenfalls zu den Kandidaten der engeren Wahl gehörende Unterstaatssekretär Michaelis kann wohl einmal bei anderen wichtigeren und arbeitsreicheren Stellen in Frage kommen. [B]) — 2. Rennwettgesetz². Das Verbot illegaler Buchmacher und die Aufteilung der Totalisatorabgabe zwischen Reich und Bundesstaaten, teils zur Beförderung der Pferdezucht, teils zu Aufbesserungen der Beamtengehälter und der Pensionen

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Vgl. Entwürfe des Reichsschatzamtes v. 12.12.1913 u. 11.2.1914 in: Rep. 120, C V Nr. 44 Bd. 1, n.f., hier ferner Anträge der Bundesstaaten im Bundesrat; der Entwurf v. 11.2.1914 auch in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. 1 Bd. 6, Bl. 290–305; veröffentlicht als StenBerRT, Bd. 305, Drucks. Nr. 1547.

angesichts der finanziell beklagenswerten Lage des Reichs. Einzelfragen. [B] — 3. Der Gesetzentwurf³ über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofs, v.a. die Entscheidung zum Sitzort zwischen Leipzig, Hamburg oder Berlin, da der Reichstag [...] aus Animosität gegen Preußen [...] Berlin nicht will. Hamburg ist nicht annehmbar. [B]

³ Vgl. den Immediatbericht des Reichskanzlers v. 24.2.1910 in: Rep. 89, Nr. 16881, Bl. 20–26. Veröffentlicht als: StenBerRT, Bd. 303, Drucks. Nr. 1174.

Nr. 102 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 16. Februar 1914.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 163, Bl. 48–53; MF 969. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 690, n.f.; BArch, RAAdI Nr. 15730, n.f.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Falkenhayn [kurz vor Schluß der Sitzung]. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Dallwitz], Kraetke, Kühn, Wahnschaffe, Noelle, H. v. Eisenhart-Rothe.

Beamten-Besoldung. Die dem Landtag vorgelegte Novelle² zur preußischen Besoldungsordnung. Keine Ausdehnung der Verbesserungen v.a. wegen der Rückwirkung auf das Reich, die Kommunen und die Privatwirtschaft. Im Interesse der Disziplin sollen Verbesserungen nur auf Vorschlag der Staatsregierung, nicht auf Grund der Anträge des Parlaments erfolgen. Es ist ein Grundsatz [...], daß der Reichstag ohne Zustimmung des Bundesrats keine neuen Ausgaben in den Etat einstellen darf. Sonst ist der Reichstag aufzulösen.³ Weitere mögliche Verbesserungen für einzelne Beamtengruppen. Einzelheiten. [B]

¹ Gelesen [U]: Dallwitz, Falkenhayn.

² Vgl. den Entwurf v. 9.2.1914 eines Gesetzes zur Abänderung der Besoldungsordnung in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 154 u. Anlage Nr. 215. Dazu die Erklärung der Staatsregierung in der Budget-Kommission am 8.6.1914: ebd., Drucks. Nr. 550. Voten sowie Pressematerial zur Rückwirkung der im Reich beabsichtigten 3. Ergänzung zur Besoldungsordnung auf Preußen in: Rep. 90, Nr. 690, n.f. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15730, n.f.

³ Vgl. zur Frage einer Schließung oder Vertagung den Telegrammwechsel mit den Bundesstaaten in: BArch, RAAdI Nr. 6110, Bl. 63–94.

Nr. 103 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1914.

Reinschr., Bd. 163, Bl. 54; MF 969.

Anwesend: Beseler [V], Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer [teilw.], Lentze. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Stieger [für Breitenbach], v. Jarotzky [für Dallwitz], Humbert, Rundnagel [zu 1], Böhme [zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann [alle zu 2], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Fünf Pensionssachen¹. [B] — 2. 20 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 104 Sitzung des Staatsministeriums am 11. März 1914.

Vollz. Reinschr. mit Einschüben, Bd. 163, Bl. 64–72v; MF 970.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Kühn [zu 4, U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe, Maeder [zu 4].

1. Drei Ernennungen, u.a. Drews zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern. [B] — 2. Eine Ordenssache. [B] — 3. Der Bau der Ostküstenbahn in Schleswig als eine nationale Forderung. Obwohl die wirtschaftlichen Vorteile von den großen Opfern übertroffen werden, müssen wegen der Stärkung des Deutschtums² Bedenken angesichts der großen politischen Bedeutung der Frage und der Ersparnisse in der Vergangenheit zurücktreten. Es liegt aber nicht im nationalen Interesse, daß die neue Bahn den Verkehr mit Dänemark erleichtert. Einzelheiten, u.a. zur Streckenführung. [B] — 4. Der Entwurf³ eines Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Altpensionäre und Althinterbliebene. Einzelfragen. [B]

¹ Gelesen [U]: Delbrück.

² Zur „Deutschtumspolitik“ vgl.: Hoffmann, Ernst, Das Nationalitätenproblem, in: Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 8, T. 2, Lfg. 2, Neumünster 1995, S. 270–281. Zum Bahnbau vgl. BArch, RAAdI Nr. 15890.

³ Vgl. den Ministern zugeleitete Schreiben des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes v. 19.2.1914 mit beiliegendem Gesetzentwurf in: Rep. 84a (D), Nr. 6312, Bl. 39–57. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15829, n.f. Zur Diskussion ab Dez. 1914 vgl. das Schreiben des Finanzministers an den Justizminister v. 3.12.1914 in: Rep. 84a (D), Nr. 3362, Bl. 29; hier auch weiteres Material.

Nr. 105 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 18. März 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 56–63; MF 969/970. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 2245, Bl. 329–335v.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Tirpitz, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Lisco [U], Richter, Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe.

Die überarbeitete Instruktion² über den Waffengebrauch des Militärs. Massive Fragen in der Öffentlichkeit nach den Unruhen in Zabern, ob u.a. die bis dahin als Rechtsgrundlage dienende

¹ Gelesen [U]: Delbrück, Breitenbach.

² Vgl. die Vorschrift über den Waffengebrauch des Militärs und seine Mitwirkung zur Unterdrückung innerer Unruhen v. 23.3.1899, Berlin 1913 (= D.V.E. Nr. 6. Nur für den Dienstgebrauch bestimmt), sowie die Preußische Allerhöchste Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs und seine Mitwirkung zur Unterdrückung innerer Unruhen v. 19.3.1914, in: Romen, Anton/Rissom, Carl, Waffengebrauch und Festnahmerecht des Militärs. Eine Erläuterung der Preußischen Allerhöchsten Dienstvorschrift vom 19. März 1914 und der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen

Kabinettsordre³ von 1820 [...] noch weiter als *Basis* für eine Instruktion dienen *kann unter Berücksichtigung des Art. 36 der Verfassung von 1850. Differenzen* zwischen dem Kriegsministerium, das sich für die Rechtsbeständigkeit *ausspricht, sowie dem Justizministerium und dem Reichsjustizamte, die dies verneinen, weshalb jetzt ohne Bezug auf 1820 formuliert wird.* Die neue Instruktion wird, da sie die [...] Kabinettsordre von 1820 nicht *verwerte*, diesen rechtlichen Zweifeln entzogen, *womit die Angelegenheit [...] für das Staatsministerium erledigt ist.* Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, die Kabinettsordre von 1820 für rechtsungültig zu erklären. Dazu sei das Staatsministerium nicht berufen. Eine solche Erklärung sei auch politisch sehr gefährlich. [B]

aller Bundesstaaten, Berlin 1914. Der o.a. Druck von 1913 sowie Voten des Kriegs- und Innenministeriums, des Reichsjustizamtes und weiteres Material in: Rep. 84a (D), Nr. 2245, Bl. 14–33v, 195–313v.

³ AKO, die gegenseitigen Befugnisse und Pflichten der Militär- und Civilbehörden in den Festungen und andern Garnison-Städten in polizeilichen Angelegenheiten betreffend v. 17.10.1820, in: Annalen der Preußischen innern Staatsverwaltung, hrsg. v. K. A. Kampz, Bd. 4 (1820), S. 810–812.

Nr. 106 Sitzung des Staatsministeriums am 27. März 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 75–85v; MF 970.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Lisco, v. Jagow [beide zu 1, U], Kriege [zu 1], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe, v. Eichmann.

1. Entwurf² eines Reichsgesetzes über die Haftpflicht der Eisenbahnen *zwecks Rechtsvereinheitlichung. Dem Vorschlag des Auswärtigen Amtes, daß* Ausländern ein Ersatzanspruch [...] nur insoweit *zusteht* wie Deutschen [...] in dem Heimatstaat des betreffenden Ausländers, *stehen* juristische Bedenken [...] schwerwiegender Natur *entgegen. Sie sind* unüberwindlich, *obwohl das Bemühen,* die Interessen der Deutschen im Auslande besser zu schützen, *sehr sympathisch ist. Man kann aber keinen entsprechenden Druck auf auswärtige Staaten ausüben.* — (2. Die Besetzung³ der Senatspräsidentenstelle an dem neu errichteten Landeswasseramt *und die Parität zwischen Handel und Gewerbe auf der einen und der Landwirtschaft auf der anderen Seite.* [B])

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

² Vgl. Voten zu dem Gesetzentwurf des Reichsjustizamtes v. 11.2.1912 sowie zu einer den Ministern am 17.1.1914 zugeleiteten Denkschrift des Auswärtigen Amtes in: Rep. 77, Tit. 258, Nr. 79, n.f.; der Entwurf, die Denkschrift und weiteres Material wie einer Ausarbeitung für den Innenminister: ebd., adhib., n.f. Die Voten auch in: Rep. 90a, K 11 Nr. 8a Bd. 1, n.f. Ferner: BArch, RA dI Nr. 15850, n.f.

³ Zur Ernennung des Geheimen Oberregierungsrats Kisker zum Senatspräsidenten des Landeswasseramtes vgl. das Schreiben Schorlemers v. 17.4.1914 in: Rep. 87, Nr. 7364, Bl. 10–10v.

Nr. 107 Sitzung des Staatsministeriums am 30. März 1914.

Reinschr., Bd. 163, Bl. 86; MF 970.

Anwesend: Beseler [V], Sydow, Trott zu Solz, Dallwitz. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Stieger [für Breitenbach], Michaelis [für Lentze], Humbert, Rundnagel [beide zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann [alle zu 2], H. v. Eisenhart-Rothe.

1. Eine Pensionssache¹. [B] — 2. 15 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 108 Sitzung des Staatsministeriums am 29. April 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrektur, Bd. 163, Bl. 90–93; MF 970.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Tirpitz, Delbrück, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Dallwitz, Lentze, Falkenhayn. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe, v. Eichmann.

1. Die Frage der ungleichmäßigen Heranziehung der Beamten, Lehrer, Kirchendiener und Militärpersonen in den östlichen Landesteilen zu den Volksschullasten², die hier noch als Schulsocietätslasten durch Hausväterbeiträge aufgebracht werden, während sie in den anderen Provinzen zu regulären Gemeindelasten geworden sind. Aufhebung der veralteten Bestimmungen, auch wenn eine gewisse Verstimmung des bisher befreiten Großgrundbesitzes zu erwarten ist. Sorge, daß aber mit der notwendig folgenden Einführung des Beamtenprivilegs³ auch die polnisch-katholischen Geistlichen hiervon profitieren und den freiwerdenden Teil ihres Einkommens voraussichtlich der polnischen Propaganda zur Verfügung stellen. Deckung der Ausfälle nur für schwache Gemeinden durch entsprechende Erhöhung der Staatszuschüsse. [B] — **2.** Ernennung von Dallwitz⁴ zum neuen Statthalter von Elsaß-Lothringen.

¹ *Gelesen [U]: Breitenbach.*

² *Vgl. Voten sowie eine vom Büro des Staatsministerium für Bethmann Hollweg zur Sitzung angefertigte Ausarbeitung in: Rep. 90, Nr. 625, n.f. Ferner: BArch, RA1 Nr. 15892.*

³ *Hier: Befreiung von bestimmten Steuern und Abgaben.*

⁴ *Vgl. Zmarzlik, Bethmann Hollweg, S. 127–130.*

Nr. 109 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Mai 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 95–103v, Anlage: Bl. 104–106; MF 970/971.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Falkenhayn, Loebell. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, A. v. Steinmeister, H. v. Eisenhart-Rothe.

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz.*

1. *Amtseinführung des Ministers des Innern von Loebell.* — 2. *Die Geschäftslage² und die Vertagung des Landtags, die Dringlichkeit einzelner Vorlagen, u.a. des Etats, von Fideikommißgesetz³, [...] Grundteilungsgesetz⁴ und Kommunalabgabengesetz⁵.* [B] — 3. *Die Frage des Waldverkaufs des Fiskus an den Zweckverband Groß-Berlin.⁶ Einzelheiten. Man muß den Zweckverband lebensfähig machen. Er ist geschaffen worden, um die Entstehung eines „Groß-Berlin“ als eines einzigen städtischen Gemeinwesens mit einer Stadtverordnetenversammlung mit mehreren hundert Mitgliedern, in der die Sozialdemokratie das Übergewicht habe, zu verhindern, weshalb der Fiskus [...] Opfer bringen muß.* [B]

² Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 12, n.f. mit einer Anlage zur TO mit hs. Erläuterungen zur Geschäftslage und dem Beschlußentwurf sowie dem Immediatbericht v. 18.5.1914. Ferner: BArch, RK, Nr. 1087, Bl. 113–114; ebd., Nr. 2027, Bl. 73–76. – Die mit der TO versandte Liste der Vorlagen wurde als Anlage dem Prot. beigegeben.

³ Der Thronbericht v. 13.12.1913 mit Gesetzentwurf und Genehmigung Wilhelms II. in: Rep. 90, Nr. 1592, n.f. – Der Bericht der Herrenhaus-Kommission: StenBerHH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 82 A–C, die Debatte am 25.5.1914 in ebd., Sp. 256–313. Dem Abgeordnetenhaus vorgelegt am 25.5.1914 als StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 546. Die erste Lesung am 12. u. 13.6.1914 in: ebd., Sp. 7945–8016, 8053–8107. Der 1. Kommissionsbericht v. 23.7.1914 in: ebd., Drucks. Nr. 36 A u. B. Vom Justizminister selbst ausgearbeitetes Material (in Vorbereitung der Staatsministerialsitzung?) in: Rep. 84a (M), Nr. 3639, Bl. 30.

⁴ Vgl. den Bericht der 14. Kommission des Abgeordnetenhauses v. 13.7.1914, in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 35 A–D.

⁵ Vgl. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes v. 2.2.1914, in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 116. Material zur Entstehung des Entwurfs und seiner Behandlung in: Rep. 84a (D), Nr. 8993, n.f.

⁶ Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 6108, Bl. 91–125, u.a. Aufzeichnungen zu kommissarischen Beratungen.

Nr. 110 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Juni 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 108–118v; MF 971.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg, Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Falkenhayn, Loebell. — Prot.: [H. v. Eisenhart-Rothe, U].

Weitere Teilnehmer: Lisco, v. Jagow [beide zu 4, U], Wahnschaffe, H. v. Eisenhart-Rothe [zu 2–5], v. Eichmann.

(1. Ernennung des Unterstaatssekretärs im Staatsministerium v. Eisenhart-Rothe zum Oberpräsidenten von Posen. [B] — 2. Fortführung der Kommissionsberatungen im Abgeordnetenhaus zum Wohnungsgesetzentwurf¹ auch während der Vertagung, da sonst der Bericht nicht fertiggestellt wird, wodurch im Sommer eine verstärkte Agitation in den Gemeinden entsteht. Die Genehmigung von Wilhelm II. liegt bereits vor. [B] — 3. Ernennungen, u.a. Göppert zum Unterstaatssekretär im Handelsministerium. [B]) — 4. Die gegen die dänische Agitation in Nordschleswig zu ergreifenden Maßregeln.² Neben Beschränkungen für den Verkehr nach Dänemark ist auch der Zufluß dänischer Elemente [...] zu unterbinden. Es soll eine Abschiebung von Dänen, die keine

¹ Vgl. StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 16 v. 23.12.1913. Der Kommissionsbericht v. 4.7.1914, in: ebd., Drucks. Nr. 634 A–D. Umfangreiches Material zur Entstehung des Gesetzentwurfs in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 adhib 8 Bd. 9 u. 10 einschließlich Beiheft Bd. 1 u. 2 sowie Rep. 84a (D), Nr. 5813.

² Vgl. zahlreiche Berichte verschiedener Behörden zur Situation im 1. Halbjahr 1914 in: Rep. 77, Tit. 4030, Nr. 15–17; BArch, RAdI Nr. 15886. Ferner: Blatt, Lothar, Die rechtliche Behandlung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein von 1866 bis 1914. Unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Königlich Preußischen Oberverwaltungsgerichts, S. 94 f.

Niederlassungsgenehmigung *besitzen*, nach allgemein politischen Gesichtspunkten auch in solchen Fällen *erfolgen*, wo rein persönliche Ausweisungsgründe für den einzelnen nicht *vorliegen*. *Umfangreiche Diskussion über Vereinbarkeit mit dem Handelsvertrag³ von 1818 und den Meistbegünstigungsklauseln anderer Handelsverträge*. Bei Maßnahmen gegenüber Dänemark soll man sich lediglich auf dessen einschränkendes Niederlassungsrecht berufen. Einzelheiten. Es geht um eine allmähliche Abwanderung, es ist aber von einer alsbaldigen unterschiedslosen Massenausweisung [...] abzusehen. *Ablehnung eines Paßzwangs*. [B] — (5. Urlaubszeiten der Minister.)

³ *Traité de commerce entre Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi de Danemarck, conclu à Copenhague le 17^{me} Juin 1818, GS, S. 183.*

Nr. 111 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juni 1914.

Reinschr., Bd. 163, Bl. 119; MF 971.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Falkenhayn [teilw.], Loebell. — Prot.: [P. Frh. v. Rheinbaben, U].

Weitere Teilnehmer: A. v. Steinmeister, v. Eichmann, Schneider, Thiesing, v. Winterfeld, P. Frh. v. Rheinbaben [für Heinrichs].

1. Eine Pensionssache¹. [B] — 2. 21 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 112 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juli 1914.

Vollz. Reinschr., Bd. 163, Bl. 121–122; MF 971. — Teildruck [aus TOP 1]: Goldschmidt, Hans, Das Reich und Preußen, Berlin 1931, S. 348 f., Dok. Nr. 112.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Falkenhayn, Loebell. — Prot.: [P. Frh. v. Rheinbaben, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, P. Frh. v. Rheinbaben.

1. Ernennung der Staatssekretäre von Jagow und Kühn² zu preußischen Staatsministern ohne Portefeuille. Bethmann Hollweg legt Wert darauf, [...] grundsätzlich zum Ausdruck zu bringen, daß es nicht [...] wünschenswert ist, bestimmte Staatssekretariate mit der Stellung eines [...] Staatsministers zu verbinden und dadurch dem [...] Staatsministerium eine neue Färbung³ zu geben; eine

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Delbrück, Breitenbach.*

² *Vgl. zum Problem der Anciennität, nach der Kühn vor Jagow zu nennen gewesen wäre: Rep. 90, Nr. 537, n.f.*

³ *Zur zeitgenössischen Diskussion einer möglichen Schwächung Preußens gegenüber dem Reiche im Staatsministerium vgl. z.B. den Bericht des Gesandten in Dresden, v. Schwerin, an Bethmann Hollweg v. 11.7.1914 sowie dessen Antwort v. 18.7. auf eine besorgte Nachfrage des sächsischen Finanzministers v. Seydewitz in: PA Bonn, R 742, n.f. Hier auch der Artikel „Rückblicke“ aus der Norddt. Allg. Zeitung v. 19.7.1914. Grundsätzlich: Goldschmidt, Hans, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Von Bismarck bis 1918, Berlin 1931, v.a. S. 114–116.*

Verbindung beider Ämter *darf* vielmehr immer nur ad personam erfolgen. [B] — 2. Eine Ernennung. [B]

Nr. 113 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juli 1914.

Vollz. Reinschr., Bd. 163, Bl. 124–127v, Anlage: Bl. 128–129v; MF 971. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2428, Bl. 9–15v; Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 1, S. 1–12; Teildruck¹ [ohne Anlage]: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914, 2. Bd., Berlin 1927, S. 162–166, Dok. Nr. 456.

Anwesend [U]²: Bethmann Hollweg [zu 1–3, V], Tirpitz [zu 1 u. 2], Delbrück [zu 3–6, V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Falkenhayn [zu 1–3], Loebell, Kühn. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Überblick über die augenblickliche politische Lage *durch Bethmann Hollweg. Sie schwankt* von Stunde zu Stunde und *ist* auch jetzt [...] noch zweifelhaft. *Die diplomatischen Aktivitäten.* Es müßte der größte Wert darauf gelegt werden, Rußland als den schuldigen Teil hinzustellen. *Das Zusammenwirken* von Deutschland und England [...], um einen europäischen Krieg zu vermeiden. Vor weiteren Entschlüssen *soll* die Aktion in Wien zum Abschluß gebracht werden, *denn die deutsche Erklärung* der drohenden Kriegsgefahr *bedeutet* die Mobilmachung und diese [...] den Krieg. *Dabei ist* die Hoffnung auf England gleich Null. *Bethmann Hollweg betont*, daß alle Regierungen [...] und die große Mehrheit der Völker an sich friedfertig *sind* — aber es *ist* der Stein ins Rollen geraten. Als Politiker *gibt* er jedoch [...] die Hoffnung und Bemühungen auf Erhaltung des Friedens noch nicht auf. Die Entscheidung könne in kurzer Zeit erfolgen, dann werde eine andere Marschroute eingeschlagen. Die allgemeine Stimmung *ist* in Deutschland gut *und* auch von der Sozialdemokratie³ *ist* nichts [...] zu befürchten. *Es wird* von einem Generalstreik oder Partialstreik oder Sabotage [...] keine Rede sein. — 2. *Anordnung der „Sicherung“ für die Marine* als einer rein defensiven Maßnahme *auf Drängen* von Tirpitz⁴ und Falkenhayn, *während die Ausrufung der „drohenden Kriegsgefahr“ größere Konsequenzen hat und noch nicht durchgeführt werden soll.* *Nachdem Bethmann Hollweg seine Bedenken ausgeräumt sieht, erklärt er sein Einverständnis damit, daß Tirpitz einen entsprechenden Antrag bei Wilhelm II. stellt.* — 3. *Mögliche Strafverfolgung der Redner, die zum Massenstreik auffordern.* [B] — 4. *Erlaß eines Aus- und Durchfuhrverbotes⁵ für landwirtschaftliche und gärtnerische Erzeugnisse, für Automobile und für*

¹ *Mit Abweichungen. Nachdruck in: Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, bearb. u. eingel. v. Imanuel Geiss, Bd. 2, Hannover 1964, S. 371–375.*

² *Gelesen [U]: Jagow. Entgegen den Gepflogenheiten vermerkte das Prot. ausdrücklich: Exzellenz von Jagow war verhindert (Bl. 124).*

³ *Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1, Berlin, 3. Aufl. 1971, S. 272; Schellenberg, Johanna, Probleme der Burgfriedenspolitik im ersten Weltkrieg – Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen Deutschlands von 1914–1916, phil. Diss. Berlin 1967 (MS), S. 92 f.*

⁴ *Vgl. den Bericht über die Sitzung in: Tirpitz, Alfred v., Politische Dokumente, Bd. 2, Hamburg u. Berlin 1926, S. 5.*

⁵ *Umgesetzt durch die am 31.7.1914 erlassenen Verordnungen betr. das Verbot der Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen; betr. das Verbot der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln; betr. die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen (Motorwagen, Motorfahrrädern und Teilen davon) und von Mineralrohölen, Steinkohlenteer und allen aus diesen hergestellten Ölen, RGBl., S. 259 f.*

Pferde. [B] — 5. Die 25 Entwürfe⁶ von Gesetzen und Verordnungen, welche im Falle der Mobilmachung erlassen werden müssen. [B] — 6. Anfrage Loebells zur Einberufung des Landtags im Kriegsfall als eindrucksvolle Rücksichtnahme auf die Parlamentarier.

⁶ Vgl. die Aufstellung in der Anlage zum Prot. – Die für die finanzielle Mobilmachung vorbereiteten Entwürfe, Nr. 3–8 der Anlage zum Prot., sind gedruckt in: *Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft*, 1. Bd., Anlagen, S. 347–354, Dok. Nr. 101. Zur Vorgeschichte vgl.: *Zilch, Die Reichsbank und die finanzielle Kriegsvorbereitung*, S. 125 f.

Nr. 114 Sitzung des Staatsministeriums am 15. August 1914.

*Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 131–138v; 2. Ausfertigung¹: Bl. 141–148v; MF 971/972. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2428, Bl. 82–89; Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 7, Bl. 272–286; Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 8, Bl. 5–12; Rep. 90a, D I 1 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 69–76; Rep. 90a, D II 3a Nr. 7 Bd. 1, Bl. 4–11; Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 26, n.f.; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 1, n.f.; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 1, n.f.; Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 2, S. 1–15; PA Bonn, R 4260, Bl. 5–12; Teildruck: *Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente*, hrsg. v. Willibald Gutsche u.a., Berlin 1977, S. 190 f., Dok. Nr. 93.*

Anwesend [U]²: Bethmann Hollweg, Tirpitz, Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Falkenhayn, Loebell, Kühn, Jagow. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Kraetke [U], Lisco [U], Solf [U], Wahnschaffe, Heinrichs.

Bericht Bethmann Hollwegs zur Lage.³ Abreise Wilhelms II. ins Feld und seine Entlastung von einem Teile der laufenden Regierungsgeschäfte.⁴ Ernennung⁵ von Delbrück zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums. Bethmann Hollweg wünscht aber [...], die Leitung der Geschäfte in der Hand zu behalten. Glatter Verlauf der Mobilmachung. Die Einmütigkeit des [...] Volkes und der [...] Parteien muß in ihrer ganzen Großartigkeit gewahrt bleiben, weshalb in der Behandlung der Sozialdemokratie, der Polen⁶ und Dänen sowie der Presse [...] größte Vorsicht geboten ist. Die SPD beginnt, für ihr Wohlverhalten Quittung zu verlangen.⁷ Man muß möglichstes Entgegenkommen zeigen, ohne sich aber festzulegen sowie größte Vorsicht walten lassen, denn mit der Duldung von

¹ Unter Berücksichtigung der Korrekturen und Zusätze der 1. Ausfertigung.

² Die Unterschriften der Minister sind auf beide Ausfertigungen verteilt, während Kraetke, Lisco und Solf nur die erste abzeichneten.

³ Vgl. Werner Frauendienst, *Das Preußische Staatsministerium 1808–1918. Organisation und Geschichte*, Manuskript, S. 199–201, in: *BArch, NL W. Frauendienst*, Nr. 3.

⁴ Das Große Hauptquartier befand sich anfänglich in Koblenz. – Zu den neuen Kompetenzen für das Staatsministerium und den Reichskanzler auf der Basis zweier Allerh. Erlasse v. 16.8.1914, GS, S. 153 bzw. RGBl., S. 379, vgl. Rep. 90, Nr. 1955, n.f. Das Verzeichnis der dem Staatsministerium zur selbständigen Erledigung zu überweisenden Regierungsgeschäfte auch in: Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 2, S. 21–24. Ebenso: Rep. 89, Nr. 350, Bl. 78–79v; hier auch Bl. 83–83v bzw. 80–81v das Schreiben Heinrichs' an alle Minister sowie die Stellungnahme Beselers v. 8. bzw. 9.8.1914 sowie weiteres Material.

⁵ Vgl. den Allerh. Erlaß v. 16.8.1914 in: Rep. 89, Nr. 3727, Bl. 77.

⁶ Vgl. den Erlaß Loebells an die Oberpräsidenten von Breslau, Posen und Danzig v. 23.8.1914 in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 8, Bl. 14, inliegend Bl. 1–2; hier auch weiteres Material.

⁷ Mit Bezug auf das Prot. und den hier erwähnten Vertrieß des „Vorwärts“ auf den Bahnhöfen vgl.: *Kruse, Wolfgang, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses*, Essen 1994, S. 202.

*SPD-Mitgliedern in der Eisenbahnverwaltung*⁸ soll in Grundsätze des Staates eine Bresche geschlagen werden. Ernennung des polnischen Weihbischofs Likowski zum Erzbischof von Posen. Die große Zahl von Arbeitslosen⁹ und Maßnahmen zur Überwindung der Stockungen des wirtschaftlichen Lebens¹⁰, auch durch Einschränkung der Ausfuhrverbote [...] gegen Neutrale. Die Kartoffeltrocknung¹¹ ist mit allen Mitteln zu fördern, v.a. als Ersatz für Futtermittel¹² aus dem Ausland. Mangel an Pferden sowie von Benzin und Benzol in der Landwirtschaft. Kupfer und Kautschuk sind für die Heeresverwaltung unentbehrlich, weshalb auch sie in die militärische Verwaltung genommen werden müssen. Der theoretisch bereits gelösten Frage der künstlichen Herstellung des Kautschuks ist näherzutreten. Nach Tirpitz sind Nord- und Ostsee [...] frei und stehen dem Handel offen. Eine Blockade ist nicht durchführbar. Haushaltslage:¹³ Vom Kriegsetat über 5 Milliarden M wird etwa die Hälfte schon in 1 Monat verausgabt sein. Eine Anleihe wird aber auf Schwierigkeiten stoßen. Verwendung früherer Beamter, v.a. in der Verwaltung okkupierter Länder. Die Erneuerung des Eisernen Kreuzes¹⁴ gilt auch für Kolonien. [B]

⁸ Vgl. *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918*, bearb. v. Wilhelm Deist, T. 1, Düsseldorf 1970, S. 194, Dok. Nr. 79, Anm. 4.

⁹ Vgl. die Aufzeichnung über eine Beratung der Ressorts, Reichsämtler usw. am 19.8.1914 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3f Bd. 1, Bl. 121–126v.

¹⁰ Zu den Maßnahmen, die z.T. auf der Sitzung erwähnt wurden, vgl.: *Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges v. 23.11.1914* in: *StenBerRT*, Bd. 315, Drucks. Nr. 26, S. 49–55.

¹¹ Vgl. Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 1, n.f. Lautenbach, Wilhelm, *Die Kartoffeltrocknung im Kriege*, Berlin 1919. Zu seiner Anregung im Staatsministerium vgl.: Delbrück, Clemens v., *Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914*. Aus dem Nachlaß hrsg. v. Joachim v. Delbrück, München 1924, S. 120 f.

¹² Vgl. die Voten Breitenbachs zur Frachtermäßigung für Getreide und Kartoffeln sowie weiteres Material in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 1, n.f.

¹³ Vgl. Voten und weiteres Material in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 26, n.f.

¹⁴ Urkunde über die Erneuerung des Eisernen Kreuzes. V. 5.8.1914, GS, S. 147.

Nr. 115 Sitzung des Staatsministeriums am 29. August 1914.

Reinschr. [Abschr.¹], Bd. 163, Bl. 167–179v; Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bl. 152–165v; MF 972. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 4, S. 1–19.

Anwesend [U]: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Kühn. — Prot.: [Heinrichs, U], Hüttenhein.

Weitere Teilnehmer: v. Capelle [für Tirpitz], Wild v. Hohenborn [für Falkenhayn], Wahnschaffe, B. Gf. v. Wedel², Hüttenhein, Heinrichs.

1. Notstandsarbeiten.³ „Beschäftigung von Kriegsgefangenen“ am Mittellandkanal⁴ auf Anregung Wilhelms II. Angesichts der notwendigen langen Vorbereitungszeit sowie zu erwartender innen-

¹ Unter Berücksichtigung der Korrekturen der vollzogenen Reinschrift.

² Zu seiner Berufung als Kommissar des Auswärtigen Amtes vgl. PA Bonn, R 4042, n.f.

³ Umfangreiches Material in: Rep. 90a, D II 3a Nr. 7 Bd. 1 sowie adhib I u. II. Vgl. den Immediatbericht Breitenbachs v. 4.9.1914 in: Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 5, S. 43–48; der Entwurf des Berichts in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3f Bd. 1, Bl. 151–156v. Hier auch das Prot. einer kommissarischen Beratung am 2.10.1914: ebd., Bl. 210–216v sowie ebd., Bd. 2, Bl. 6–13v. Weiteres Material in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 Bd. 3, Bl. 90–93v u. 153–158. Auch: Rep. 89, Nr. 32406, Bl. 1–29. Ferner: BArch, RK, Nr. 2436/2; Bl. 2–3 u. 14–17v.

⁴ Vgl. Rep. 90a, N III 2 Nr. 1 Bd. 14, n.f.; Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3f Bd. 1, Bl. 129–132. Zum Gesamtproblem der Beschäftigung von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern: Oltmer, Jochen, *Bäuerliche Ökonomie und Arbeitskräftepolitik im Ersten Weltkrieg. Beschäftigungsstruktur, Arbeitsverhältnisse und Rekrutierung von Ersatzarbeitskräften in der Landwirtschaft des Emslandes 1914–1918*, Sögel 1995, S. 229–432.

politischer Schwierigkeiten sind aber zuerst andere Projekte (bis auf zwei Stichkanäle) in Angriff zu nehmen. Innere Zwistigkeiten müsse die Staatsregierung während des Krieges vermeiden. *Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen im Vergleich zu 1866 und 1870/71*⁵. *Es muß* aus politischen und sozialen Gründen *zuerst* für die einheimischen Arbeiter gesorgt werden. *Einzelvorschläge.* Bekämpfung der Arbeitslosigkeit⁶ *als* Problem, dem alles nachgestellt werden *muß*. Im Rücken der schlagenden Heere muß sich eine ruhige Bevölkerung befinden, nicht eine Menge revolutionierter Arbeitsloser, *wobei* Unterstützungen *jedoch* kein Ersatz für Arbeit *sind*. Der moralische Stand der Bevölkerung sinke, wenn keine Arbeit gewährt werde. *Notwendigkeit einer Vereinfachung des Enteignungsverfahrens*⁷ *v.a. für* Erdarbeiten. *Aufwendungen hierfür sind* mehr oder weniger *als* Kriegsleistungen aufzufassen, deren Kosten später die Feinde zu erstatten haben. [B] — **2.** *Hilfsaktion für Ostpreußen*⁸ *zur* Linderung der augenblicklichen Not *der Flüchtlinge und Geschädigten* in großzügiger Weise durch Staatsmittel. — **3.** *Einberufung des Landtages. Geschäftslage.*⁹ Bedenken gegen die Weiterberatung von Gesetzentwürfen mit politischer Grundlage, wie z.B. des Grundteilungsgesetzes¹⁰. *Die* Beurlaubung der zur Fahne eingezogenen *MdA.* *Eine Schließung des Landtags muß* weiterer Entscheidung vorbehalten bleiben. *Allein* der Schluß der Session *vermag* der Staatsregierung freie Hand *zu* verschaffen. [B]

⁵ *Vgl. Sitzung am 7.9.1870, TOP 2.*

⁶ *Vgl. zu den zahlreichen ergriffenen Maßnahmen: Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges v. 23.11.1914 in: StenBerRT, Bd. 315, Drucks. Nr. 26, S. 50–55.*

⁷ *Im Ergebnis der Sitzung wurden publiziert die VO, betr. ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen v. 11.9.1914, sowie der Erlaß des Staatsministeriums, betr. die Bezeichnung von Arbeiten, für welche das vereinfachte Enteignungsverfahren zunächst Anwendung finden soll, v. 15.9.1914, GS, S. 159 bzw. 161. Hierzu ein Votum Breitenbachs v. 15.9.1914 auch in: BArch, RAdI Nr. 15882, Bl. 286–288. Zur späteren Verfahrensweise vgl.: BArch, RAdI Nr. 15917, v.a. Bl. 15–18v.*

⁸ *Umfangreiches Material in: Rep. 90, Nr. 1059, n.f., u.a. das Prot. einer Beratung Delbrücks mit Ministern und deren Kommissaren am 26.8.1914. Vgl. auch: Groeben, Klaus v.d. Die öffentliche Verwaltung im Spannungsfeld der Politik, dargestellt am Beispiel Ostpreußen, Berlin 1979, S. 153–167.*

⁹ *Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 12, n.f. Das Schreiben Loebells, in dem er eine Besprechung der parlamentarischen Lage im Hinblick auf das am 10. oder 11. November stattfindende Wiederzusammentreten des Abgeordnetenhauses wünschte, auch in: BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 82.*

¹⁰ *Vgl. zum Stand der Diskussion den Kommissionsbericht v. 13.7.1914 in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 35 A–D.*

Nr. 116 Sitzung des Staatsministeriums am 15. September 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 182–197v; MF 972/973. — Ms. Entwurf mit hs. Korrekturen in: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 5, S. 1–42.

Anwesend [U]: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Kühn. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. *Eine Ordenssache sowie Ernennungen, u.a. Versetzung des Oberpräsidenten v. Windheim in Königsberg [...] nach Hannover, weil er den jetzt anstehenden Aufgaben nicht in vollem Maße gewachsen ist und auch in ruhigeren Zeiten [...] Aufgaben nicht immer glücklich gelöst hat.*

Beurlaubung des *Oberpräsidenten D. v. Bülow* zu Schleswig und Ernennung von *F. v. Moltke*. [B] — **2.** Hilfsaktion in Ostpreußen.¹ *Einzelfragen*. Den Staatsbehörden allein kann die Verantwortung [...] nicht auferlegt werden, sondern es muß eine Kommission gebildet werden, welche diese [...] mit zu tragen hat, das Vertrauen der Bevölkerung stärkt und im wesentlichen nur beratend und anregend tätig ist. Keine direkte Vertretung der Parlamente, um dem Drang der Parlamentarier in die Exekutive zu begegnen. Entschädigung der Beamten ist Sache der Ressorts. Möglichkeiten einer Verbindung des Retablisements mit der seit längerem notwendigen Besitzbefestigung in Ostpreußen. [B] — **3.** Einberufung des Landtags². Damit die Verhandlungen in würdiger Weise verlaufen, ist eine vertrauliche Verhandlung mit den Parteien einschließlich der SPD erforderlich. Geschäftslage. [B] — **(4.** Einverständnis Wilhelms II. mit Einberufung des Landtags wegen Fortführung des Mittellandkanals.³ Es ist aber politisch richtiger, von dem Projekt Abstand zu nehmen. — **5.** Versorgungslage. Frage Lentzes, ob angesichts niedriger Getreidevorräte im nächsten Frühjahr [...] schon jetzt eine Aufspeicherung⁴ ins Auge zu fassen ist. Schorlemer hofft auf Abhilfe, indem sonst verfüttertes Getreide durch anderes Futter ersetzt wird und das Getreide somit der menschlichen Ernährung zur Verfügung steht. Preistreiberei durch unlautere Geschäftsgebarung vieler Händler. Notwendigkeit, die gesamten Futtermittelbestände festzustellen und ihren Verkauf durch Festsetzung von Höchstpreisen zu regeln.)

¹ Vgl. umfangreiches Material in: Rep. 90, Nr. 1059, n.f. einschl. des Prot. der angeregten kommissarischen Beratung am 17.9.1914 und des Entwurfs des Thronberichts. Der Thronbericht und der Entwurf der Antwort Wilhelms II. in: Rep. 89, Nr. 32406, Bl. 58–62v; Rep. 151, HB Nr. 959, n.f. Ferner: BArch, RAAdI Nr. 15900, Bl. 1–49. — Am 24.9.1914 unterzeichnete Wilhelm II. einen entsprechenden Allerh. Erlaß zur Hilfsaktion, wozu das Staatsministerium unter dem 29.9. die Bildung der provinziellen Kriegshilfskommission und von örtlichen Kriegshilfsausschüssen sowie die Gewährung von Vorentscheidungen anwies. Vgl. Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 233 v. 3.10.1914.

² Vgl. den Immediatbericht v. 19.9.1914 einschl. der ausgefertigten Urkunden in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 12, n.f.; Rep. 89, Nr. 269, Bl. 179–184.

³ Vgl. Rep. 90a, N III 2 Nr. 1 Bd. 14, n.f. Das Schreiben Valentinis v. 11.9.1914 mit dem Einverständnis Wilhelms II. in: BArch, RK, Nr. 2436/2, Bl. 20–20v. Ferner: ebd., RAAdI Nr. 15899, n.f.

⁴ Umfangreiches Material, darunter zahlreiche Eingaben sowie Berichte v.a. von Regierungspräsidenten, zu Höchstpreisen in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 10 Bd. 1.

Nr. 117 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Oktober 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 201–217v; MF 973.

Anwesend [U]: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [für Falkenhayn], Jahn [für Kühn¹], Wahnschaffe, Heinrichs.

(1. Die Anregung seitens der Beamtenvereine zu einem besonderen Beitrag der Beamtenschaft für Kriegswohlfahrtszwecke² soll auf sich beruhen bleiben, denn eine Oktroyierung durch eine Empfehlung seitens des Staatsministeriums ist einfach unmöglich. [B]) — **2.** Kriegsfinanzierung. Ausgabe von Schatzanweisungen. Besprechungen mit den Parteiführern im Landtag, damit die

¹ Gelesen [U]: Kühn.

² Hieraus erwuchs aber die Idee einer gemeinsamen Spende der Minister und Staatssekretäre: vgl. Rep. 90, Annex J Nr. 14.

*Vorlage*³ ohne Debatten und Erklärungen angenommen wird. Keine Verhandlung über die schwebenden Gesetzesvorlagen sowie die polnischen Wünsche⁴. Man muß aber zu erkennen geben, daß nach dem Krieg sich innenpolitisch ganz neue und schwierige Aufgaben stellen und die Staatsregierung damit an den Landtag herantreten wird. Einzelfragen. Information, daß die Fortführung des Mittellandkanals [...] endgültig gescheitert ist. [B] — 3. Beendigung der Oktobertagung⁵ des Landtags. — (4. Berufung des Fürsten Drucki-Lubecki als angesehenen Polen von loyaler Gesinnung in das Herrenhaus⁶. [B] — 5. Auszeichnungen für die Kriegswohlfahrtspflege. Grundsätze. [B] — 6. Abschied für Landräte und andere Beamte, die als Kriegsfreiwillige ohne Erlaubnis ihren bisherigen amtlichen Posten verließen.⁷ [B]) — 7. Durchführung von Ersatzwahlen zum Reichstag⁸ sowie zu Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen möglichst ohne Wahlkampf, trotz einzelner Bedenken hinsichtlich einer Verschiebung zugunsten der Sozialdemokraten. Plan einer Besprechung mit den Parteien, damit wegen der Kompliziertheit des [...] Wahlverfahrens keine Landtagsersatzwahlen⁹ stattfinden, zumal sie zurzeit politisch auch nicht so wichtig sind angesichts ruhender Gesetzgebung. [B] — 8. Anweisung für das Verhalten der Beamten beim Einfall des Feindes aufgrund der Erfahrungen in Ostpreußen. Revision der Bestimmungen¹⁰ angesichts der Unmenschlichkeit, mit der die Russen vorgehen. Gerüchte über die unwürdige Behandlung und Ermordung einzelner Landräte sind aber übertrieben. Untere Beamte sollen zukünftig nach Möglichkeit auf ihren Posten verbleiben, während Landräte dies von ihrer Wirksamkeit [...] im Interesse des Kreises abhängig zu machen haben. [B] — 9. Grundsätze für die Beförderung von Beamten während des Krieges einschließlich Verleihung von Titeln und Orden.¹¹ Entlastung Wilhelms II. [B] — 10. Vollmacht des Staatsministeriums zur selbständigen Erledigung von Regierungsangelegenheiten betreffend Waldeck-Pyrmont.¹² — 11. Urbarmachung von Ödland; vertagt.

³ Über einen Kredit von 1,5 Mrd. M – vgl.: *StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 640; StenBerHH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 134. Vgl. die Prot. der auf der Sitzung angeregten Beratungen mit fünf MdH sowie 15 MdA (einschl. Hirsch/SPD) am 21.10.1914 in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 12, n.f. Ebd., E VI 1 Nr. 1 Bd. 26, n.f. Voten und auch eine Notiz von Riedel v. 22.10.1914, daß Hirsch um amtliche Hilfe bat bei der schleunigen Vervielfältigung der Erklärung, die seine Partei am 22.10. abgeben wolle, und Heinrichs dem zugestimmt habe. Hier auch ein Exemplar derselben.*

⁴ Vgl. die Ausarbeitung Heinrichs' Die Polenfrage v. 26.11.1914 in: *Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 8, Bl. 26 u. 33–34.*

⁵ Am 22.10.1914 – vgl. *StenBerAH, Session 1914/15, Sp. 8322–8338.*

⁶ Vgl. *Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 5, Bl. 241–246.*

⁷ Vgl. zum im Prot. erwähnten Fall des O. Lucius v. Ballhausen: *Rep. 90, Nr. 1039, n.f., hier auch sein Abschiedsgesuch; ferner: Rep. 77, Nr. 4634, Bl. 149 ff.*

⁸ *Betr. Ersatzwahlen in Baden und Hamburg Ende 1914/Jan. 1915 vgl. PA Bonn, R 1470, n.f. Mit Bezug auf das Prot.: Schellenberg, Probleme der Burgfriedenspolitik, S. 136–138.*

⁹ Vgl. *Rep. 77, Tit. 496a Nr. 33 Bd. 12, n.f. In den im Prot. genannten Wahlkreisen Fraustadt-Lissa-Rawitsch-Gostyn sowie Frankfurt-Lebus fanden Ersatzwahlen ohne Gegenkandidaten am 19. bzw. 20.5.1915 statt – vgl. Kühne, Thomas, Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867–1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994, S. 287 u. 221.*

¹⁰ Die im Prot. erwähnte Instruktion v. 11./13.11.1891 in: *Rep. 77, Tit. 332bb Nr. 4 Bd. 2, n.f. Zahlreiche Berichte auch der Presse über das Verhalten v.a. der Landräte in: Rep. 77, Tit. 99 Nr. 80a Beiheft 1 Bd. 1. Hier u.a. Bl. 31–35v ein Erlaß des Innenministers an Oberpräsidenten v. Batocki v. 9.10.1914. Der Erlaß wurde, wie am 22.10.1914 mitgeteilt, vom Staatsministerium auf seiner Sitzung gebilligt: Bl. 40–40v. Vgl. Groeben, Die öffentliche Verwaltung, S. 163. – Zur Entstehung der Instruktion von 1891 vgl. Sitzung am 14.6.1891, TOP 1.*

¹¹ Vgl. das Schreiben Valentinis v. 7.10.1914, den Immediatbericht v. 14.11.1914, den zustimmenden Allerh. Erlaß v. 23.11.1914 und weiteres Material in: *Rep. 90, Nr. 1952, n.f.*

¹² Vgl. *Rep. 90, Nr. 1955, n.f. Erlassen als: Allerh. Erlaß über die Ermächtigung des Staatsministeriums zur selbständigen Erledigung der Regierungsgeschäfte im Bereiche der Staatsverwaltung v. 16.8./26.10.1914, Waldecksches Regierungs-Bl., S. 167.*

Nr. 118 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Oktober 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 221–236v, Anlage: Bl. 237; MF 973/974.

Anwesend [U]: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Kühn. — Prot.: Heinrichs [U], Wiedfeldt.

Weitere Teilnehmer¹: v. Capelle [für Tirpitz], v. Wandel [für Falkenhayn], Wahnschaffe, Wiedfeldt, Heinrichs.

1. Versorgungslage. Sicherung der Brotversorgung.² Die Bevölkerung hat noch keine Vorstellung von dem Ernst der Lage. Gefahr, daß man im Sommer gezwungen ist, trotz aller Erfolge im Felde einen Hungerfrieden zu schließen. Man muß mit den Vorräten [...] unter allen Umständen auskommen, da private Händler kaum Getreide aus dem Auslande hereinschaffen können und der Reichseinkauf³ Weizen [...] an die Heeresverwaltung⁴ abgibt. Ausführliche Besprechung von Maßnahmen zur Bewirtschaftung. Obwohl Loebell fordert, den Hausfrauen einen heiligen Schreck durch höhere Preise einzujagen, wird dies von der Mehrheit der Minister abgelehnt, denn es entsteht nur Unzufriedenheit. Die moralische Stimmung sei für die Kriegführung nicht minder wichtig als der Getreidevorrat. Generelle Notwendigkeit von Höchstpreisen, um uferlose Preistreiberien zu verhindern. Frage, ob Preußen oder das Reich die Getreidevorräte in die Hand bekommen muß. Entscheidung für ein für den Großhandel bestimmtes Enteignungsverfahren durch den Bundesrat. Keine Verstaatlichung des Getreidehandels. [B] — **2. Militärische Vorbereitung der Jugend⁵;** vertagt. — **[3.] Besprechung einer Notverordnung⁶ betr. Ödlandskulturen** wird außerhalb der Sitzung erledigt. [B]

¹ Lt. Aktennotiz von Riedel v. 20.10.1914, 1(?) Uhr nachm. – der Beratungsbeginn war auf 5 Uhr angesetzt – wurde auf Wunsch von Schorlemer nachträglich noch Exz. Lisco eingeladen zum TOP 2, 2. Teil: Rep. 90a, B III 2 b Nr. 2 Bd. 14, Bl. 60. Liscos Name erscheint aber nicht im Prot. – seine Teilnahme ist unwahrscheinlich.

² Vgl. das Votum Schorlemers v. 15.10.1915 in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 9 Bd. 1, Bl. 3–4v. Vgl. Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 1, n.f., u.a. zur Höchstpreis-VO für Getreide u. Kleie sowie der Backwaren-VO; ferner Heinrichs' Aufzeichnung über das Ergebnis der Beratung mit Begleitschreiben an Bethmann Hollweg v. 21.10.1914. Zur Ernährungssituation Ende 1914 das Material zur Sitzung des BundesR am 19.1.1915 in: Rep. 90, Nr. 2479, Bl. 322–329. Ferner: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 10 Bd. 1–3. Zur Aufklärungsarbeit als ein Ergebnis der Sitzung z.B. im Ressort des Kultusministeriums vgl. Rep. 76, IIa Sekt. 47 Nr. 11 Bd. 1, n.f. Für die Öffentlichkeit: Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges v. 23.11.1914, in: StenBerRT, Bd. 315, Drucks. Nr. 26, S. 65–77. Vgl. auch die von Otto Wiedfeldt verfaßte und Sept. 1918 abgeschlossene Darstellung: Die Bewirtschaftung von Korn, Mehl und Brot im Deutschen Reiche, ihre Entstehung und ihre Grundzüge, Berlin 1919. Mit Bezug auf das Prot.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1, S. 409.

³ Ab 5.1.1915 in die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m.b.H. (ZEG) übergegangen.

⁴ Zur Versorgung des Heeres grundsätzlich der interne, gedr. Bericht der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung für die Zeit bis zum 30. April 1916, O.O. (Berlin 1916 ?), hier das numerierte Exemplar Nr. 71, in: Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Berlin, Sign.: Krieg 1914–24436.

⁵ Formulierung entsprechend der TO in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 14, Bl. 60.

⁶ Vgl. VO über die Bildung von Genossenschaften zur Bodenverbesserung von Moor-, Heide- u. ähnlichen Ländereien v. 7.11.1914, GS, S. 165. Vgl. auch die Bekanntmachung über die privatrechtlichen Verhältnisse von Genossenschaften zum Zwecke der Bodenverbesserung v. 28.10.1914, RGBl., S. 466. Die im Prot. angesprochene Denkschrift v. Max Sering betr. Moorlandkultivierung v. 27.9.1914 in: Rep. 89, Nr. 32406, Bl. 82–90. Hierauf beruhend: Deutschlands Versorgung mit Nahrungsmitteln, in: Täg. Rundschau Nr. 478 u. 480 v. 6. u. 7.10.1914.

Nr. 119 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Oktober 1914.

Vollz. Reinschr., Bd. 163, Bl. 241–241v; MF 974.

Anwesend: Beseler [V, U], Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Lentze. — Prot.: [Heinrichs, U¹].

Weitere Teilnehmer: Berndt, v. Kienitz, Königs [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Eichmann [alle zu 2], Heinrichs.

Drei Pensionssachen² sowie elf Disziplinarsachen². Bei Disziplinarsachen gegen [...] Beschuldigte, die zum Heeresdienst einberufen sind, kann im Einzelfall eine mildere Beurteilung gerechtfertigt sein. [B]

¹ *Mit Paraphe abgezeichnet.*

² *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 120 Sitzung des Staatsministeriums am 2. November 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 243–251; MF 974.

Anwesend [U]: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Kühn. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [für Falkenhayn, U], Kraetke, Wahnschaffe, Heinrichs.

(1. Versorgungslage. Gründung einer Getreideeinkaufsgesellschaft¹ auf breiterer Grundlage zur Regelung des Konsums und zum Ankauf großer Getreidemengen durch das Reich und Preußen. Notwendigkeit einer klaren Abgrenzung der verschiedenen Organisationen in der Kriegswirtschaft, damit sie nicht neben- oder gar gegeneinander arbeiten. [B] — 2. Generalkommandos. Notwendigkeit einheitlicher Anordnungen besonders in den östlichen Grenzprovinzen, um keine Beunruhigung der Bevölkerung hervorzurufen, die im bevorstehenden Winter [...] die schlimmsten Folgen haben kann.) — 3. Militärische Vorbereitung der Jugend während des Kriegszustandes² unter Teilnahme auch sozialdemokratischer Jugendlicher. Meinungsverschiedenheiten in der SPD. Nach v. Wandel sollen die Bedenken seitens der gemäßigten Kräfte ausgeräumt werden. Das bringt kaum bei den Radikalen große Erfolge [...], indessen muß doch durch ein gewisses Entgegenkommen der Versuch gemacht werden, auch die sozialdemokratische Jugend in großem Umfange in die Bewegung hineinzuziehen, da ein großer Teil der Partei die Beteiligung

¹ *Nachdem das Finanzministerium bereits Oktober 1914 eine provisorische Gesellschaft ins Leben gerufen hatte, wurde jetzt die Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H. vorbereitet, die am 25.11.1914 gegründet wurde. Der Immediatbericht v. 3.11.1914 sowie weiteres Material in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 1, n.f. Ein Votum des Finanzministers v. 3.11.1914 in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 9 Bd. 1, Bl. 24–26, hier auch weiteres Material zur Gründung.*

² *Umfangreiches Material ab April 1914 in: Rep. 77, Tit. 924 Nr. 9 Bd. 1, u.a. Bl. 31–47 ein Gesetzentwurf v. 28.7.1914. Ein Votum Loebells zu den im Prot. erwähnten Arbeiterturnvereinen in: Rep. 90, Nr. 2264, Bl. 364–366. Zur militärischen Vorbereitung auch: BArch, RAAdI Nr. 13008. – Mit Bezug auf das Prot.: Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 202–204 u. 210 f., Dok. Nr. 85 u. 90; Wohlgemuth, Heinz, Burgkrieg, nicht Burgfriede! Der Kampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und ihrer Anhänger um die Rettung der deutschen Nation in den Jahren 1914–1916, Berlin 1963, S. 75; einschließlich weiterer Aktenbelege: Bethge, Werner, Bestrebungen der herrschenden Klassen zur Militarisierung der männlichen Jugend in den Jahren 1910 bis 1917/18, phil. Diss. Potsdam 1968 (MS), S. 213–218 u. 234–237; Saul, Klaus, Jugend im Schatten des Krieges. Vormilitärische Ausbildung – Kriegswirtschaftlicher Einsatz – Schulalltag in Deutschland 1914–1918, in: MGM Nr. 2/1983 (= H. 34), S. 91–111.*

anscheinend wünscht. Grundsätzliche Diskussion des Verhältnisses zu Arbeiterorganisationen, die für ihr Entgegenkommen in der Jugendpflege nun auf diesem Gebiete auch Konzessionen wollen. Trotz zu Solz betont, daß Zugeständnisse nur der jetzigen Lage geschuldet sind. Welche Haltung die SPD nach dem Krieg einnehmen wird und wie man sich dann zu ihr verhält, ist noch nicht zu entscheiden. Nach Delbrück wird das im Felde stehende Volk [...] mit ganz anderen Anschauungen zurückkommen, und [...] die Monarchie steht jetzt fester [...] als je. Die Revisionisten wollten aus einer revolutionären eine nationaldemokratische Partei machen, die sich mit der Monarchie vertrage. [B] — 4.³ Die Frage der endgültigen Kriegsentschädigung für die Beamten.⁴ Es erfolgt eine Vorentscheidung mittels Pauschbetrag, aber bei der endgültigen Erstattung kann kein Unterschied zu Nichtbeamten gemacht werden. Einzelfragen. [B]

³ Ob der hs. Vermerk auf Bl. 251 über eine Disziplinarsache auf einen nicht protokollierten TOP verweist, ist unklar.

⁴ Umfangreiches Material in: Rep. 90, Nr. 1059, n.f., u.a. ein Rundschreiben des Innenministers v. 2.10.1914 sowie ein Einspruch des Oberpräsidenten v. Batocki-Friebe, daß Beamte und Domänenpächter gesondert entschädigt werden würden und nicht von der „Kriegshilfskommission ...“. Ferner: BArch, RA I Nr. 15900, Bl. 40–122.

Nr. 121 Sitzung des Staatsministeriums am 7. November 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 256–262; MF 974.

Anwesend [U]¹: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Lentze, Loebell, Kühn. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Capelle [für Tirpitz, U], Küster [für Schorlemer], v. Wandel [für Falkenhayn, U], Richter, Michaelis, Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Versorgungslage. Gründung der Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H.² Da die Höchstpreise den Markt außer Kraft setzen, müssen Vorräte bis zur neuen Ernte angelegt werden. Gefahr einer Hungersnot. Einzelheiten, u.a. Beteiligung Preußens und die Rückversicherung durch das Reich. Keine Reichsgarantie für gesonderte Gesellschaften einzelner Bundesstaaten. Der Finanzierungsmechanismus.³ Schutz [...] gegen [...] militärische Beschlagnahme durch einzelne Gouverneure oder Truppenführer. [B] — 2. Zuckering des Weines⁴ aus dem Jahrgang 1914. [B]

¹ Gelesen [U]: Schorlemer.

² Vgl. ein Votum des Finanzministers v. 5.11.1914 in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 9 Bd. 1, Bl. 28–30; weiterhin Bl. 31–35 die in der Sitzung von ihm vorgelegten Leitsätze für die Gründung einer GmbH für den Erwerb und die Lagerung von Nahrungsmitteln v. 7.11.1914 sowie Bl. 100–104 deren vermutlich im Gefolge der Staatsministerialsitzung veränderte Fassung. Die Leitsätze auch in: BArch, RK, Nr. 2466, Bl. 77v–83. Zur Gründung: Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 2. Nachtrag v. 8.3.1915, in: StenBerRT, Bd. 315, Drucks. Nr. 44, S. 44–52; mit Bezug auf das Prot.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1, S. 410.

³ Vgl. die Aufzeichnung über die finanzielle Beteiligung des Reichs an den Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung und Erhaltung der Viehbestände v. Anfang Mai 1915 in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 42 Bd. 7, n.f.

⁴ Im Ergebnis einer gemeinsamen Eingabe der Handelskammern zu Koblenz und Trier an den Reichskanzler v. 7.10.1914 wurde die Bekanntmachung, betr. vorübergehende Änderung des Weingesetzes. V. 26.11.1914, RGBl., S. 486, erlassen. Die Eingabe sowie weiteres Material in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 34 Bd. 16, n.f.

Nr. 122 Sitzung des Staatsministeriums am 21. November 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 267–278, Anlage: Bl. 279–279v; MF 974. — Nicht korrigierter u. vollz. Entwurf einschl. Anlage, Bl. 282–294v.

Anwesend [U]¹: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Lentze, Loebell, Kühn. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Küster [für Schorlemer], v. Wandel [für Falkenhayn, U], Lisco² [U], Johannes [zu 3–4], Wahnschaffe, Heinrichs, v. Eichmann [zu 3].

(1. Zwei Ernennungen. [B] — 2. Verwendung von Reichsmitteln zur Unterstützung von Gemeinden [...] auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege.³ [B]) **— 3.** Ausgestaltung der städtischen Einigungsämter⁴ zur Vermittlung zwischen Mietern und Vermietern *angesichts der* wachsenden Mißstände im Wohnungswesen. *Die Bewegung der Hausbesitzer für staatliche Mittel zur Deckung von Mietausfällen wird bedenklich. Es ist aber ausgeschlossen, Gelder zur ausschließlichen Unterstützung eines Berufsstandes zu vergeben. Eine Bundesratsverordnung⁵ mit Übertragung der notwendigen Befugnisse auf Gemeindebehörden bedeutet Erweiterung der Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung. Frage nach der Zulässigkeit einer solchen Verfassungsänderung im Wege einer Notverordnung des Bundesrats. [B] — 4. Verpflegungseinkäufe in Oberschlesien *für dort stehende österreichische Truppen.⁶ Weil in Russisch-Polen keine Zivilverwaltung mehr besteht, dehnen die Generalkommandos [...] ihre Kompetenzen über die Grenze aus. Da hier etwa 200 000 Menschen sich in der elendsten Verfassung befinden und [...] Hunger leiden, ist Linderung dieses Notstandes [...] schon zur Aufrechterhaltung der Ruhe nötig. Es muß unbedingt einer Revolte im Rücken des Heeres vorgebeugt werden. Auch in Belgien entscheiden die Befehlshaber nur nach militärischen Gesichtspunkten. Man könne aber die Bevölkerung im Rücken der kämpfenden Heere nicht verhungern lassen. Probleme der Ausfuhr von Getreide und Petroleum aus Rumänien.⁷ Angesichts des dortigen bösen Willens muß man starken diplomatischen Druck ausüben.**

¹ Gelesen [U]: Schorlemer.

² Vermutlich nur zu TOP 3; die Unterschrift bezieht sich nur auf diesen TOP.

³ Vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3f Bd. 2, u.a. die Schreiben des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) v. 13. u. 20.11. sowie 1. u. 11.12.1914: Bl. 163–165, 179–181v, 230–237v u. 264–265; ferner den Antrag Sachsens im BundesR v. 26.11.1914: Bl. 202–203v. Auch in: Rep. 90, Annex J Nr. 10 u. 12. Ausführungsbestimmungen in: ZBl. Dt. Reich, S. 619. Weiter: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3f Bd. 3, u.a. Bl. 22–29 das Votum des Innenministers v. 24.12.1914 und Bl. 53–54 das des Reichsamts des Innern v. 17.12.1914; Bl. 58–60 die Antwort Loebells v. 28.12.1914. Zur Behandlung im Abgeordnetenhaus vgl. das Prot. zur Besprechung des Präsidenten mit den Fraktionsvorsitzenden am 6.2.1915 in: Rep. 120, CBI Nr. 9 Bd. 3, n.f.

⁴ Vgl. Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges v. 23.11.1914, in: StenBerRT, Bd. 315, Drucks. Nr. 26, S. 21; 2. Nachtrag v. 8.3.1915, in: ebd., Bd. 315, Drucks. Nr. 44, S. 9–12. Zu Mieten und Mietbeihilfen im Weltkrieg vgl. Führer, Karl Christian, Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960, Stuttgart 1995, S. 117–126.

⁵ Vgl. den Entwurf in der Anlage zum Prot. Die Bekanntmachung, betr. Einigungsämter v. 15.12.1914, RGBl., S. 511, weicht hiervon aber erheblich ab.

⁶ Vgl. Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 1, n.f. Das Prot. über Beratungen mit Österreich-Ungarn betr. gegenseitige Ausfuhr Ende Sept. 1914 in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 4 Bd. 3, Bl. 223–269; ebd., Bd. 4, Bl. 68–69v. Noch am 30.10.1914 sprach sich das Kriegsministerium gegen eine Lebensmittelausfuhr nach Russisch-Polen aus: vgl. ebd., Bl. 313.

⁷ Vgl. Helfferich, Karl, Der Weltkrieg. Ausgabe in einem Band, Berlin o.J. (ca. 1919), S. 252 f.

Nr. 123 Sitzung des Staatsministeriums am 28. November 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 296–298; MF 975. — Hs. Entwurf Heinrichs'¹ mit Korrekturen in: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 6, S. 1–8.

Anwesend: Bethmann Hollweg [V, U], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Kühn, Jagow. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: v. Capelle [für Tirpitz], v. Wandel [für Falkenhayn], Kraetke, Lisco, Solf, Wahnschaffe, Heinrichs.

Bericht Bethmann Hollwegs über die allgemeine militärische und politische Lage.² Es ist anzunehmen, daß der Krieg noch lange dauert, auch Rückschläge sind vielleicht noch möglich. Belgien und Nordfrankreich sind dabei ein Faustpfand, zudem wird im wesentlichen nur in Feindesland gekämpft.³ Die Gesamtlage kann — ungeachtet der Probleme in Ostpreußen — als gut⁴ angesehen werden und berechtigt zur Hoffnung auf einen endgültigen Sieg. Die finanzielle Rüstung hat sich glänzend bewährt.⁵ Zwar wird sich die verhältnismäßig günstige wirtschaftliche Lage mit längerer Dauer des Krieges wohl verschlechtern, aber auch dann wird man durchkommen. Über Friedensbedingungen kann man erst nach dem Sieg reden. Sie hängen von dem Grade der militärischen Stärke ab. Man wird aber nicht über die Welt [...] disponieren können, denn schon ein Standhalten gegen eine solche ungeheure Koalition bedeutet einen Erfolg, welcher die Gewähr für den späteren Frieden in sich trägt. Das einmütige Zusammenhalten und die opferwillige gemeinsame Arbeit ohne Parteirücksichten erleichtern den Sieg und die Lösung der Probleme der inneren Politik. Deutschland kann nicht mehr durch die Rückkehr von Parteigegensätzen wieder zerrissen werden. Man muß durchhalten bis zum siegreichen Ende, wozu man auch die Kraft hat!

¹ Mit hs. Randnotizen und Korrekturen (von Riedel ?), die v.a. den Wortlaut in die indirekte Rede setzten.

² Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Lewerenz, Lilli, Die deutsche Politik im Baltikum 1914–1918, phil. Diss. Hamburg 1958 (MS), S. 100; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1, S. 381.

³ Hs. korrigiert aus: [...], und wir müßten dankbar sein, daß der Krieg im wesentlichen in [...] Feindesland geführt werde: Bl. 297.

⁴ Hs. korrigiert aus: [...] im allgemeinen als gut [...]: Bl. 297.

⁵ Vgl. den Bericht des Reichsbankpräsidenten Havenstein v. 25.9.1914, in: BArch, RK, Nr. 2398, Bl. 240–262.

Nr. 124 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Dezember 1914.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 163, Bl. 300–316v; MF 975.

Anwesend [U]: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Kühn. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Capelle [für Tirpitz, U], v. Wandel [für Falkenhayn, U], Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Burgfriedenspolitik. Bestätigung der Wahl sozialdemokratischer Gemeindebeamter [...] durch

die Kommunalaufsichtsbehörden.¹ *Kontroverse, ob sozialdemokratische Gesinnung mit den Pflichten eines Kommunalbeamten nicht vereinbar ist, da jetzt die Sozialdemokraten [...] ihr Leben für das [...] Vaterland einsetzen und in den Parlamenten die nötigen Mittel bewilligen.* Unruhen und Mißstimmungen *sind zu vermeiden und die Einmütigkeit der Parteien zu wahren, denn es geht um die Erhaltung des Staates. Die große Masse in der SPD kann möglicherweise von den politischen Zielen der Partei abgewendet werden, wenn es gelingt, auch die Parteiführer zu spalten und zum Teil in ein gemäßigteres und nationales Fahrwasser zu lenken. Bis dahin gewisse Rücksichten bei Prüfung der Einzelfälle². Der Staat darf aber keine Bindung für die Zukunft eingehen und eine Waffe aus der Hand geben. Erlaß von allgemeinen Direktiven.* [B] — **2. Bau von Kalkstickstoffwerken³ zur Sicherstellung der Volksernährung und angesichts des unerwarteten Munitionsbedarfs u.a. durch die BASF sowie ein Finanzkonsortium der Deutschen Bank mit Staatskapital⁴ als Darlehen. Kontroverse zwischen Schorlemer und Lentze über das Risiko einer staatlichen Absatzgarantie für 6 Jahre. Delbrück für größte Vorsicht bei Verhandlungen mit A. v. Gwinner. Zur Minderung des Risikos ist sofort eine Absatzgesellschaft unter starker Beteiligung der Landwirtschaft in Angriff zu nehmen. Möglichkeiten einer Stickstoffversorgung unabhängig von Chile.** [B] — *Weitere TOP⁵ werden vertagt.*

¹ Vgl. das Votum Delbrücks v. 23.12.1914 in: Rep. 90a, D I 1 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 99–99v; der auf der Sitzung angeregte Runderlaß des Innenministers v. 6.1.1915: ebd., Bl. 111–113. Voten Loebells und Schorlemers in: BArch, RADl Nr. 15901, Bl. 1–3. Presseauszüge vom Nov.1914–Jan. 1915 in: Rep. 77, CBS Nr. 142 Bd. 2, Bl. 104–114. Mit Bezug auf das Prot.: Westarp, *Konservative Politik*, 2. Bd., Berlin 1935, S. 221; Schellenberg, *Probleme der Burgfriedenspolitik*, S. 122–124, 132–135; *Deutschland im ersten Weltkrieg*, Bd. 1, S. 424, 429, 432 f.

² Vgl. z.B. das Schreiben Breitenbachs an die Eisenbahndirektion Hannover v. 11.9.1914, die Mitgliedschaft von Bahnarbeitern und Beamten in Konsumvereinen nicht mehr zu beanstanden, in: BArch, Reichseisenbahnamt, Nr. A 2/635, Bl. 28.

³ Voten und weiteres Material wie Schriftwechsel mit interessierten Firmen in: Rep. 90a, Y IX 5d Nr. 1 Bd. 1, Bl. 1–125. Mit Bezug auf das Prot.: Stein, Eberhard, *Salpeter für Ludendorff und die IG. Zwei Beiträge zur deutschen Stickstoffchemie im 1. Weltkrieg. Als MS gedruckt, Leuna-Merseburg 1963, S. 21 f.*; Roth, Regina, *Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungsinstrumente*, Berlin 1997, S. 50 u. 200. Zum Munitionsmangel vgl. Wild v. Hohenborn an seine Frau am 25.11.1914: *Wir haben uns im Kriegsministerium gründlich verrechnet. Zit. nach: Adolf Wild v. Hohenborn. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des preußischen Generals als Kriegsminister und Truppenführer im Ersten Weltkrieg*, hrsg. v. Helmut Reichold u. Gerhard Granier, Boppard a. Rh. 1986, S. 40, Dok. Nr. 21.

⁴ Vgl. die Aufzeichnung über die finanzielle Beteiligung des Reichs an den Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung und Erhaltung der Viehbestände v. Anf. Mai 1915 in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 42 Bd. 7, n.f. *Der Vertragsentwurf mit der Deutschen Bank in: BArch, RK, Nr. 2466/1, Bl. 35–45. Zur Frage, inwieweit die Bank uneigennützig gehandelt habe, vgl.: Feldman, Gerald D., Die Deutsche Bank vom ersten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise 1914–1924, in: Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995, S. 157.*

⁵ U.a. Befreiung der sozialdemokratischen Versicherungsgesellschaft „Volksfürsorge“, Hamburg, vom Aktienstempel. Vgl. die TO in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 14, Bl. 74v.

Nr. 125 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Januar 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 2–19; MF 975/976. Nicht korrigierter Entwurf¹, Bl. 22–39.

Anwesend [U]: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Kühn. — Prot.: [Heinrichs, U], Wiedfeldt [zu 4].

¹ Auf Bl. 22 hs. als Abschrift bezeichnet.

Weitere Teilnehmer: v. Capelle [für Tirpitz, U], v. Wandel [für Falkenhayn, U], Wahnschaffe, Wiedfeldt [zu 4], Heinrichs.

(1. Dank Wilhelms II. für Neujahrswünsche. [B]) — 2. Landtagsverhandlungen. *Geschäftslage*. Es ist mit den Parteiführern Fühlung² zu nehmen, um Auseinandersetzungen zu vermeiden. Keine neuen Gesetze und keine Weiterberatung politisch brisanter Materien mit Ausnahme des Entwurfs³ zum Fideikommißgesetz, denn nach dem Kriege wird es angesichts der großen Kapitalanhäufungen [...], z.B. bei Armeelieferanten, vermehrt zu Neubildungen kommen, bei denen man entscheidend mitsprechen muß. Etat 1915.⁴ Einzelfragen, u.a. werden die Polen sich hinsichtlich der Nichtweiterbewilligung von Mitteln für die Deutschtumspolitik schwerlich wieder mit allgemeinen Versprechungen [...] begnügen. Bestätigung von Notverordnungen. [B] — 3. Landtagsersatzwahlen.⁵ Kontakt mit Parteien, daß diese ihren Besitzstand respektieren und sich vorher einigen. [B] — 4. *Versorgungslage*. Sicherstellung der Volksernährung durch Sparsamkeit und Höchstpreise. Die Zuverlässigkeit der Statistik und ihre Fortführung⁶. Während nach Loebell die Lage ernst ist, weshalb er Beschlagnahme sowie Verteilung aller Getreidevorräte befürwortet, sieht Delbrück zu übertriebenem Pessimismus [...] und übereilten Maßnahmen keinen Grund. Das Publikum muß sich aber des Ernstes [...] bewußt werden und aufgeklärt werden. Größere Wirksamkeit der Höchstpreise durch schnelle Strafverfahren und Presseberichte. Das Heikelste und Unbequemste ist die Fleischfrage, da bei der Knappheit des Futters der Schweinebestand⁷ nicht erhalten werden kann. Man muß Abschlachten und [...] Konservieren [...] so schnell und so radikal wie möglich. Bei der Bewirtschaftung wird das Eingreifen der kommandierenden Generale [...] von allen Seiten beklagt,⁸ besonders, da im Osten jeder macht, was ihm gut dünkt. Nach Loebell muß dringend alles in Händen der Zivilbehörden bleiben. Die Lage in Russisch-Polen.⁹ Es ist eine Hungersnot im Rücken des [...] Heeres völlig unerträglich.

² Vgl. hs. Aufzeichnungen über Gespräche sowie den Bericht an den Reichskanzler in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 12, n.f. Zur Vorbereitung der auf der Sitzung angeregten Verhandlungen mit Parteiführern vgl. Rep. 84a (M), Nr. 3639, Bl. 41 ff.

³ Vgl. die Fassung im Bericht der Abgeordnetenhauskommission v. 23.7.1914, in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 36 A–B.

⁴ Vgl. Rep. 90, Nr. 1386, n.f.

⁵ Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 33 Bd. 12, n.f.

⁶ Vgl. Bekanntmachung, betr. statistische Aufnahmen der Vorräte von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei, v. 29.10.1914, RGBl., S. 466; Bekanntmachung über die Vornahme einer Erhebung der Vorräte von Getreide und Mehl am 9.5.1915, v. 22.4.1915, RGBl., S. 241.

⁷ Vgl. Erlaß des Ministers des Innern v. 7.3.1915 in: Rep. 90, Nr. 2480, Bl. 31–32. Das Votum Loebells v. 16.1.1915 mit Vorratsstatistik, das die Bundesratsverordnung vorbereitete, in: BArch, RAAdI Nr. 15904, n.f. Zur Futtermittellieferung vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 42 Bd. 6 u. 7. – Skalweit, August/ Klaas, Walter, Das Schwein in der Kriegsernährungswirtschaft, Berlin 1917; Skalweit, August, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Stuttgart usw. 1927, S. 92–98.

⁸ Vgl. das Schreiben Loebells an Beseler v. 1.12.1914, in: Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 20 f., Dok. Nr. 8. Mit Bezug auf das Prot.: Schellenberg, Probleme der Burgfriedenspolitik, S. 69 f. Umfangreiches Material wie Schriftwechsel der zivilen preußischen Ministerien und der Reichsämtler sowie Eingaben einschl. der, meist lavierenden, Antwortschreiben des Reichsamts des Innern in: BArch, RAAdI Nr. 12215/1, Bl. 281 ff. u. ebd., Nr. 12216.

⁹ Vgl. das Votum des Ministers des Innern v. 29.12.1914 mit dem Bericht des Regierungspräsidenten von Oppeln v. 21.12.1914 über die Versorgungstätigkeit der deutschen Zivilverwaltung im Kreis Bendzin in: Rep. 76, Ila Sekt. 47 Nr. 11 Bd. 1, n.f. Hier auch Voten anderer Minister.

Nr. 126 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Januar 1915.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 164, Bl. 41–62v; MF 976/977.

Anwesend [U]: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Kühn. — Prot.: [Heinrichs, U], Wiedfeldt [zu 2].

Weitere Teilnehmer: v. Capelle [für Tirpitz, U], v. Wandel [für Falkenhayn, U], Wahnschaffe, Wiedfeldt [zu 2], Heinrichs.

(1. Beamte einschließlich Staatsminister haben in den besetzten feindlichen Landesteilen Militär- oder Ziviluniform zu tragen.¹ [B]) — 2. Versorgungslage.² Es besteht nach Delbrück unter Umständen Anlaß zu ersten Bedenken³. Schlechte Ergebnisse der Kriegs-Getreide-Gesellschaft. Deshalb Enteignung⁴ der Bestände durch Vermittlung der Landräte⁵ unter Ausnutzung der Enteignungsbefugnis des Höchstpreisgesetzes⁶. Einzelheiten, u.a. zur Versorgung mit Fleisch⁷ und zur Kartoffelbewirtschaftung.⁸ Die Wirkung der Höchstpreise auf die Einfuhr; deren Monopolisierung durch den Reichseinkauf⁹. Beim Aufkauf im Auslande wird wegen der Kinder und Kranken für Weizen jeder Preis gezahlt, denn bei den großen Verlusten im Felde ist eine Erhöhung der Kindersterblichkeit im Interesse der Zukunft unseres Volkes gewiß nicht zu verantworten. Dem englischen Aushungerungsplan muß die zielbewußte Organisation des ganzen Wirtschaftslebens entgegengesetzt werden. [B] — 3. Anlage von Stickstoffabriken¹⁰ und die Finanzierung seitens der Deutschen Bank. Einzelheiten, v.a. die Garantieübernahme durch den Staat, die Bildung einer Absatzgesellschaft und die Monopolisierung des Salpeterhandels nach dem Krieg. Die Verhältnisse sind sehr ungünstig, aber absolut notwendig, um die erforderlichen Düngemittel [...] zu beschaffen. Die nachträgliche Indemnitätserklärung durch den Landtag bzw. Reichstag. [B] — 4. Burgfriedenspolitik. Keine Zulassung der Reichssektion der Eisenbahner des

¹ Vgl. dazu die Notiz Heinrichs' zu dem Entwurf eines Schreibens Delbrücks an den Reichskanzler v. 15.1.1915 in: Rep. 90a, B I 2 Nr. 4 Bd. 1, Bl. 145–145v.

² Vgl. mit Voten zur Kriegs-Getreide-Gesellschaft Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 2, n.f.; auch mit zahlreichen Berichten von Regierungspräsidenten und Eingaben aus der Wirtschaft Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 10 Bd. 5–8.

³ Kurt Riezler notierte am 20.1.1915: Heinrichs [...] Vortrag wegen Hungersnot. Es geht aber nur mit den energischsten Maßregeln. Zit. nach: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972, S. 242, Dok. Nr. 592.

⁴ Vgl. Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 2. Nachtrag v. 8.3.1915, in: StenBerRT, Bd. 315, Drucks. Nr. 44, S. 38–52. Rückblickend hielt Delbrück den Beginn der Enteignungen für einen Wendepunkt in der Kriegswirtschaftspolitik: Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung, S. 115.

⁵ Vgl. Hassell, Ulrich v., Die Einrichtungen der preußischen Landkreise auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft, Berlin 1918, v.a. S. 2–28.

⁶ Vgl. Gesetz, betr. Höchstpreise v. 4.8.1914, RGBl., S. 339, § 2; dazu die Bekanntmachung über Höchstpreise v. 28.10.1914, RGBl., S. 458.

⁷ Vgl. umfangreiches Material in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 5 Bd. 1, n.f.

⁸ Vgl. Bekanntmachung über die Höchstpreise für Speisekartoffeln v. 23.11.1914, RGBl., S. 483. Dazu Rundschreiben Ministers für Handel und Gewerbe v. 2.12.1914 in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 10 Bd. 5, Bl. 12–14, sowie ebd., Bd. 6–9 zur Ausführung. Weiteres Material in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 42 Bd. 6.

⁹ Ab 5.1.1915 in die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m.b.H. (ZEG) übergegangen.

¹⁰ Vgl. Voten, u.a. zur Finanzierungsfrage in: Rep. 90a, Y IX 5d Nr. 1 Bd. 1, Bl. 126–179. Ferner: BArch, RK, Nr. 2466/1, Bl. 46. Helfferich, K., Der Weltkrieg, S. 203–206; Fischer, Wolfram, WASAG. Die Geschichte eines Unternehmens 1891–1966, Berlin 1966, S. 54 f. Mit Bezug auf das Prot.: Stein, Salpeter für Ludendorff und die IG, S. 22.

sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes.¹¹ *Es muß „der Burgfriede“ [...] auch der Regierung gegenüber gewahrt werden, denn der Eisenbahnbetrieb muß vor jeder Störung durch Ausstandsgefahr bewahrt werden.* [B]

¹¹ Gemeint ist der Deutsche Transportarbeiter-Verband, Reichssekktion der Eisenbahner. Ein Votum Delbrücks in: Rep. 90a, D I 1 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 114–114v. Im Ergebnis der Sitzung ein Votum Breitenbachs v. 16.4.1915, in: BArch, Reichseisenbahnamt, Nr. A 2/ 635, Bl. 77, hier auch Bl. 46v–57 das Prot. der 4. regelmäßigen Konferenz der Bundesregierungen mit Staatsbahnbesitz am 22.1.1915, TOP 1a; Bl. 100v–101 das Prot. der 5. Konferenz am 5.11.1915 unter Bezugnahme auf die Beratungen im Staatsministerium. Ferner: BArch, RAAdl Nr. 15907. – Zur Rolle des Verbandes: Bieber, Hans-Joachim, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920*, T. 1, Hamburg 1981, S. 176 f.

Nr. 127 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Februar 1915.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 164, Bl. 64–81v; MF 977.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg¹ [V], Delbrück, Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow. — Prot.: [Heinrichs, U], Wiedfeldt [zu 2].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [für Wild v. Hohenborn, U], Helfferich [U], Wahnschaffe, Tigges [zu 2], Heinrichs.

1. Versorgungslage. Überblick über den Stand zu Beginn des Krieges und die bisherigen Maßnahmen.² *Notwendigkeit der Getreidehöchstpreise, um eine bedenkliche [...] Mißstimmung zu vermeiden. Kontroverse Bewertung der Kriegs-Getreide-Gesellschaft³, der Höchstpreise und des „Schweinemords“⁴ seitens der Abschlachtungsfanatiker. Bisher ist alles von der Bevölkerung [...] willig aufgenommen worden. Die Regierung hätte doch nun die weitere Gestaltung der Dinge in der Hand. Bewirtschaftung der Kartoffeln.⁵ Kauf im Auslande als das einzige wirklich wirksame Mittel. Hierbei darf, wie Kühn, Bethmann Hollweg und Helfferich betonen, Geld keine Rolle*

¹ Theodor Wolff vermerkte am 21.1.1915 in seinem Tagebuch: Bethmann in Berlin – wegen des bedrohlichen Getreidemangels. Zit. nach : Tagebücher 1914–1919. Der erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am „Berliner Tageblatt“ und Mitbegründers der „Demokratischen Partei“, hrsg. v. Bernd Sösemann, Bd. 1, Boppard a. Rh. 1984, S. 150.

² Vgl. das Votum Loebells zur Volksernährung v. 16.1.1915 in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 1, n.f. Eine Voten und weiteres Material zusammenfassende Aufzeichnung des Zentralbüros des Kultusministeriums v. 2.2.1915 für den Minister zur Sitzung sowie die Voten in: Rep. 76, IIa, Sekt. 47, Nr. 11 Bd. 1, n.f. Zur im Prot. erwähnten Einsparung von Malz vgl. Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 4 Bd. 1, n.f. Die im Prot. angeführten Berichte des Regierungspräsidenten Kruse (Düsseldorf) in: Rep. 77, Tit. 332r Nr. 123; verstreut auch in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 42 Bd. 6 u. 7 sowie Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 10 Bd. 1–4. Zu den Aktivitäten Kruses: Hoffmann, Erich, Francis Kruse, in: *Westfälische Lebensbilder. Sonderreihe: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien*, Bd. 2, Münster/Westf. 1937, S. 375–377.

³ Vgl. u.a. Gesellschaftsvertrag sowie Allgemeine Geschäftsbedingungen und weiteres Material in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 3, n.f.

⁴ Vgl. zur Sicherung der Fleischversorgung Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 5 Bd. 1, n.f.; zur Haferversorgung: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 6 Bd. 1, n.f.

⁵ Vgl. Bekanntmachung über die Höchstpreise für Speisekartoffeln v. 15.2.1915, RGBl., S. 95. Umfangreiches Material in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 1, n.f., u.a. der Bericht des Präsidenten des Kais. Statistischen Amtes betr. Schweinebestand und Kartoffelvorrat v. 24.3.1915; weiterhin: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 42 Bd. 6 u. 7; ebd., Nr. 84 adhib 10 Bd. 10, n.f.

spielen.⁶ *Importprobleme*. [B] — **2. Titelmäufe.**⁷ Zurückziehung der Strafanträge, u.a. gegen den sozialdemokratischen „Vorwärts“ [...], das „Berliner Tageblatt“ sowie Karl Liebknecht, weil die Freisprechung der Angeklagten wahrscheinlich sei. *Es wird* Vorsorge getroffen, daß einer Wiederholung [...] mit Sicherheit vorgebeugt wird. [B] — **(3. Hilfsaktion für die unter Hunger und Kälte [...] leidende Bevölkerung [...] Russisch-Polens, v.a. für die Juden.**⁸ *Keine offizielle Teilnahme von Ministern oder Oberpräsidenten. Möglichkeit, die Hilfsaktion unter der Hand mit staatlichen Mitteln zu unterstützen.* [B])

⁶ *In seinen Memoiren schrieb Helfferich, daß er diese Parole später auf das schärfste bekämpft habe. Vgl.: Im Weltkrieg, S. 212.*

⁷ *Vgl. Rep. 90, Nr. 271, n.f. Ferner: BArch, RAdI Nr. 15905. – Bei den im Prot. erwähnten Zeitungsartikeln handelt es sich um: Der Titelschacher in Preußen. Der lyrische Sozialistentöter, in: Berliner Tageblatt Nr. 254 v. 20.5.1914 (A.) sowie Liebknecht, Karl, Reichsverbandshauptling und sonst noch was, in: Vorwärts Nr. 136 v. 20.5.1914. Vgl. auch: ders., Beinahe Kriegsminister und sonst noch was!, Vorwärts Nr. 134 v. 18.5.1914, in: ders., Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 7, Berlin 1971, S. 347–352.*

⁸ *Internationale Hilfe unterblieb weitgehend, da Lieferungen aus dem Ausland sich nicht ermöglichen ließen – vgl. unter Bezug auf das Prot.: Lemke, Heinz, Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (Bis zur Februarrevolution), Berlin 1977, S. 115 f. Zum Scheitern auch: 2. Vierteljahresbericht der Kaiserlich Deutschen Zivilverwaltung links der Weichsel, O.O., S. 44.*

Nr. 128 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Februar 1915.

Reinschr., Bd. 164, Bl. 82; MF 977.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Berndt, F. v. Velsen, Fritzschen [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Seydlitz [alle zu 2], Heinrichs.

Drei Pensionssachen¹ und 15 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 129 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Februar 1915.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 164, Bl. 84–96v, Anlage: Bl. 97; MF 977.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [U], Wahnschaffe, Richter [U], Michaelis [U], Heinrichs.

1. Amtseinführung des Kriegsministers Wild von Hohenborn.¹ — **2. Versorgungslage.** Lehrkursus

¹ *Über den Amtseid wurde ein besonderes, hier angeschlossenes Protokoll aufgenommen (Bl. 84) — liegt nicht bei und konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Zur Ernennung vgl. Rep. 90, Nr. 893, n.f. Das Brieftelegramm Wilhelms II. v. 20.1.1915 in: BArch, RK, Nr. 2047, Bl. 104–104v. Vgl. auch den Brief Wild*

über Volksernährung² zur Propaganda. Kontroverse Diskussion zur Schweineabschlachtung in weitem Umfange. Die Hauptschwierigkeit in der Volksernährung³ liegt weniger bei den Nahrungsmitteln, als in der Futterfrage. Import erheblicher Mengen aus Belgien⁴. — 3. Erweiterung der Stadtkreise Essen und Oberhausen auf Wunsch der Kruppschen Werke, auch wenn im Landtag von der Weiterberatung schwebender Gesetzesvorlagen Abstand genommen wird. [B] — 4. Landtagstagung⁵. Einleitend soll eine zusammenfassende Darstellung der [...] auf wirtschaftlichem Gebiete getroffenen Maßregeln⁶ gegeben werden. Obwohl gegen die Polenpolitik [...] Widerspruch zu erwarten sein wird⁷, wird man Loebell zufolge alle Maßnahmen [...] zum Schutz des Deutschtums [...] weder jetzt noch künftig aufheben können und dazu Stellung nehmen. Keinerlei bindende Erklärungen zur Wahlrechtsfrage.⁸ Man muß die Haltung fast der gesamten Sozialdemokratie anerkennen und sich vom Geiste friedlichen Zusammenwirkens auch weiterhin leiten lassen. — 5. Versorgungslage. Regelung des Verkehrs mit Hafer.⁹ Man darf unter keinen Umständen wegen Hafermangel um Frieden bitten. [B] — 6. Versorgungslage. Das von der Fa. Reichseinkauf in Rumänien¹⁰ angekaufte Getreide. Transportprobleme. — 7. Versorgungslage in Berlin.¹¹ Bitte um Mehl von der Kriegs-Getreide-Gesellschaft. Eine mögliche Bewilligung hat große wirtschaftspolitische Bedeutung, da die Gesellschaft ursprünglicher Bestimmung gemäß ihre Getreidebestände zurückhalten soll. Man muß aber den Eintritt eines Notstandes verhindern. Vertretung der Landwirtschaft in der Leitung der Gesellschaft.¹² [B]

v. Hohenborns an seine Frau (o.D.), in: Adolf Wild v. Hohenborn. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, S. 53, Dok. Nr. 32.

² Vom 3. bis 6.2.1915 im Gebäude des Abgeordnetenhauses. Vgl. das bereits am 3.4.1915 dem Geheimen Zivilkabinett übersandte Buch „Volksernährung im Kriege. Vorträge, gehalten in dem vom Königl. Preuß. Ministerium des Innern veranstalteten Lehrkurs für Redner. Berlin, Abgeordnetenhaus, 3. bis 6. Februar 1915“, Berlin 1915. Das Begleitschreiben Loebells in: Rep. 89, Nr. 32407, Bl. 144. Zentrale und regionale Rededispositionen abgedr. bei: Roerkohl, Anne, Hungerblockade und Heimatfront. Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkrieges, Stuttgart 1991, S. 367–371, Quellen Nr. V u. VI. Umfangreiches Material zur Propaganda mit Hilfe der Lehrer und der Geistlichkeit vom Februar bis Sept. 1915 in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Nr. 11 Bd. 1–3.

³ Vgl. zur Getreideversorgung im Februar u. März 1915: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 3, n.f.

⁴ Vgl. Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 6 Bd. 1, n.f.

⁵ Vgl. zu Vorberatungen mit den Parteiführern: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 12, n.f.

⁶ Vgl. Lentze am 9.2.1915 in: StenBerAH, Session 1914/15, Sp. 8351–8358; am 22.2.1915 auch Delbrück: ebd., Sp. 8387–8389.

⁷ Vgl. z.B. die Ausführungen v. Trampczynskis am 9.3.1915 in: StenBerAH, Session 1914/15, Sp. 8744 f. Die in der Sitzung bestätigte Stellungnahme des Staatsministeriums, als Anlage dem Prot. beigegeben (Bl. 97), wurde nicht im Plenum verlesen. Verschiedene Fassungen in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 8, Bl. 89–90, 94–97 u. 117–119v. Vgl. ferner z.B. den vom Konsulat in Lemberg (z.Z. Wien) dem Auswärtigen Amt übersandten Auszug aus der Nowa Reforma (Krakau) v. 19.2.1915 mit dem Titel: Die polnischen Positionen im preußischen Budget, in: PA Bonn, R 327, n.f. Vgl. ferner den Entwurf eines Schreibens Loebells an Bethmann Hollweg v. 20.6.1915, in dem für eine Weiterführung der Polenpolitik plädiert wird in: Rep. 77, Tit. 863a, Nr. 20, Bl. 1–4v. Mit Bezug auf das Prot.: Lemke, Allianz und Rivalität, S. 160.

⁸ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Schellenberg, Probleme der Burgfriedenspolitik, S. 142 f.; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, Berlin, 2. Aufl. 1970, S. 225.

⁹ Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 10 Bd. 7 u. 8.

¹⁰ Zu den Käufen in Rumänien vgl.: Helfferich, Der Weltkrieg, S. 252 f.

¹¹ Vgl. Die Versorgung Berlins mit Mehl und Brot im Erntejahr 1914/15, Berlin 1915, S. 90 f.

¹² Vgl. Eingabe des Bundes deutscher Landwirte an den Reichskanzler v. 26.2.1915, in: Kiesenwetter, Otto v., Fünfundzwanzig Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes. Geschichtliche Darstellung des Bundes der Landwirte. Zum 18. Februar 1918, Berlin 1918, S. 362–370, hier S. 365.

Nr. 130 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 16.¹ Februar 1915.

*Hs. Notizen*² Heinrichs', Fundort: *GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 7, S. 1–18; MF-Suppl.*

Anwesend: [Bethmann Hollweg, V³], [Beseler], [Breitenbach], [Delbrück], [Jagow], [Lentze], [Loebell], [Schorlemer], [Sydow], [Tirpitz], [Trott zu Solz], [Wild v. Hohenborn]. — Prot.: Heinrichs.

Dramatische Diskussion über Forderung Italiens⁴ an Öst[erreich]⁵ auf Abgabe des Trentino.⁶ Gefahr des Kriegseintritts, was Konsequenzen nach allen Richtungen hat und Todesgefahr heraufbeschwört. Da It[alien] [...] sich nicht mit Grenzregulierungen begnügen wird, muß man Öst[erreich] eine Konzession machen. Abtretung von Sachsen u[nd] Bayern an die Doppelmonarchie ist nach Bethmann Hollweg unmöglich, während Elsaß-Lothringen einstweilen in Überlegungen einzubeziehen ist. Vorschlag der Abtretung eines Teiles Schlesiens. Schwere Kontroverse, denn dies ist nach Delbrück gegen preußisches Gefühl und die moralische Wirkung ungeheuer. Während Wild v. Hohenborn resignierend formuliert: Dann lieber It[alien] noch auf den Hals, befürworten andere Minister das Opfer. Bethmann Hollweg bemerkt lakonisch: Weiß kein anderes Mittel, und Loebell erklärt: Wenn [...] nur so zu verhindern ist, daß It[alien] u[nd] R[umänien] in den Krieg eintreten, so muß es geschehen. Haltung der Parlamente, die nach Lentze die Sache nie verstehen werden, sowie die Notwendigkeit, den König v[on] Pr[eußen] zu veranlassen, Teile Schlesiens abzutreten. Möglichkeiten für einen Separatfr[ieden] mit R[ußland]. Auch Österreich besitzt diese Chance, da es innerlich Ost-Galizien schon aufgegeben hat. Während der Ministerpräsident sich auf die Position stellt, bei einem Einmarsch Italiens Öst[erreich]

¹ Während auf S. 1 der Notizen Heinrichs' 17.2.1915 vermerkt ist, erfolgt die Datierung nach Einladungskarte und Aktennotizen in: Bd. 164, Bl. 99–100 sowie Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 14, Bl. 84–85. – Vermutlich erfolgte die Fertigstellung des endgültigen Protokolls am 17.2., zumal der Schriftduktus des Datums etwas verschieden vom weiteren Text erscheint.

² Vermutlich die unmittelbare, zumeist nur stichpunktartige und kaum interpunktierte Mitschrift während der Besprechung in äußerst flüchtiger Handschrift mit zahlreichen individuellen Abkürzungen. Die Entzifferung ist deshalb wegen Verwischungen des Bleistifts verschiedentlich nicht sicher. – Eine vollz. Reinschr. wurde nicht gefertigt. Eine von Heinrichs abgezeichnete Aktennotiz v. 26.11.1915 besagt allein: Die Protokoll-Entwürfe über Vertrauliche Besprechungen [...] vom 16. u. 27. Februar d.J., in denen die militärische und politische Lage mit Bezug auf Italien erörtert worden ist, sind zur Vollziehung nicht allgemein in Umlauf gesetzt, sondern nur [...] dem [...] Ministerpräsidenten vorgelegt worden, der sie einstweilen an sich genommen hat (Bl. 99). – Die Entwürfe konnten in den vorliegenden Akten einschl. des PA Bonn nicht nachgewiesen werden. – Am 8.9.[1917 ?] notierte Heinrichs schließlich: Ich habe den Herrn Reichskanzler v. Bethmann bei seinem Abgange wiederholt darauf hingewiesen, daß er die beiden Protokollentwürfe über die Italienische Frage noch hinter sich habe. Er entsann sich dessen nicht, versprach aber Nachforschungen, die aber bis jetzt ergebnislos verlaufen sind. Es wird abgewartet werden können, bis der an sich unverbindliche Entwurf etwa aufgefunden wird. z.d.A. (Bl. 380v). – Irrtümlich bei Wolfgang J. Mommsen, der sich auf den Nachlaß stützt, der Vermerk, daß die amtlichen Reinschriften die Erörterungen über diese streng geheimen Fragen nicht in vollem Wortlaut enthielten. Vgl., ders., *Die italienische Frage in der Politik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg 1914–1915*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken*, Bd. 48 (1968), S. 303, Anm. 42.

³ Gemäß Anciennität.

⁴ Ausführlich zur italienischen Politik und unter Benutzung des weiter unten angeführten Aufsatzes von Zechlin: Monticone, Alberto, *Deutschland und die Neutralität Italiens 1914–1915*, Wiesbaden 1982, v.a. S. 82–118.

⁵ Vgl. Prot. des k.u.k. Ministerrates v. 3.2. u. 8.3.1915, in: *Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914–1918)*, eingel. u. zusammengest. v. Miklós Komjáthy, Budapest 1966, S. 192–233.

⁶ Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Zechlin, Egmont, *Das „schlesische Angebot“ und die italienische Kriegsgefahr 1915*, in: *GWU 14* (1963), S. 533–556, v.a. 539–543; unter Benutzung des Burian-Nachlasses: *Deutschland im ersten Weltkrieg*, Bd. 2, S. 205–209.

militärisch nicht unterst[ützen] zu können u[nd] zu müssen, widerspricht Jagow dahingehend, daß es im Krieg gegen Serbien nicht alleingelassen werden darf, denn sonst bricht die Türkei zusammen.

Nr. 131 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 27. Februar 1915.

Prot.-teil in vollz. Reinschr., Bd. 164, Bl. 102; Hs. Notizen¹ Heinrichs' für die Hauptdiskussion, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 8, S. 1–15; MF 978 u. MF-Suppl.

Anwesend²: Bethmann Hollweg [V, U], Delbrück [U], Tirpitz, Sydow [U], Trott zu Solz [U], Schorlemer [U], Lentze [U], Loebell [U], Jagow [U], Wild v. Hohenborn. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

[1.] Fortführung der Diskussion³, daß der Krieg unvermeidlich ist, fall[s] It[alien] das Tr[entino] nicht bekommt. Es muß eine Einigung zwischen Ö[sterreich] u[nd] I[talien] erreicht werden, weil die Gefahr zu kolossal ist. Frage, ob man gegenüber Wien mit der Drohung arbeiten soll, daß D[Deutschland] dem Einmarsch der It[aliener] [...] nicht entgegentreten wird. Möglichkeiten einer Kompensation für Öst[erreich] und das Bestreben, diese auf russ[ischem] Gebiet zu suchen. Das Beste ist das Kohlengebiet von Sosnowice. Bethmann Hollweg erklärt, den letzten Schritt, die Hergabe von Schlesien, [...] nur zu tun, wenn er den bündigen Beweis besitzt, daß es ohne dem nicht geht. Bei allem muß aber die allgemeine Lage [...] auch berücksichtigt werden: der mögliche Kriegseintritt von Japan⁴ u[nd] Amerika sowie Rum[änien]. Frage, ob Falk[enhayn] [...] seine Stimme [...] bei Sr. Maj[estät] dafür abgeben wird, falls keine andere Möglichkeit als die Abtretung von Schlesien besteht. Unsicherheit Wild v. Hohenborns über die Haltung Falkenhayns. Schließlich stimmt das Staatsministerium der eventuellen Gebietsabtretung [...] einstimmig zu, da die Oberste Heeresleitung den Eintritt Italiens in die Reihe unserer Feinde für unerträglich erklärt hat und, falls dieser Eintritt durch kein anderes Mittel abgewandt werden kann, diese Gebietsabtretung auch ihrerseits befürwortet. [B] — ([2.] Da bei den [...] Verhandlungen allgemeiner wirtschaftlicher Natur insbesondere über die [...] Fragen der Volksernährung die Reichsfinanzverwaltung so sehr beteiligt ist, wird man Staatssekretär Helfferich stets zuziehen. Vorschlag der Ernennung [...] zum Staatsminister. [B])

¹ Zur Überlieferung vgl. Sitzung am 16.2.1915.

² Die Unterschriften nach dem Protokollteil für den Nachtrag.

³ Kurt Riezler notierte: Heute ist Staatsministerialsitzung wegen der schlesischen Concession. Der Kanzler hat sich also doch entschlossen. Zit. nach: Tagebücher, S. 253, Dok. Nr. 598. Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Zechlin, Das „schlesische Angebot“, in: GWU 14 (1963), S. 543 f.

⁴ Vgl. zur deutschen Japanpolitik 1915: Hayashima, Akira, Die Illusion des Sonderfriedens. Deutsche Verständigungspolitik mit Japan im ersten Weltkrieg, München, Wien 1982, S. 31–46.

Nr. 132 Sitzung des Staatsministeriums am 10. April 1915.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 164, Bl. 105–111v; für TOP 2 auch hs. Notizen Heinrichs' u. der Entwurf, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 9, S. 19–32 u. 1–16; MF 978 u. MF-Suppl.

Anwesend¹ [U]: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Amtseinführung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts K. Helfferich.² — 2. Überblick über die gegenwärtige politische und militärische Lage.³ Möglichkeit der Abtretung eines Teils von [...] Schlesien an Österreich oder der russischen Kohlengruben in Sosnowice. Die Lage in Frankr[eich], in Engl[and] sowie in Indien und Ägypten. Beim U-Boot-Krieg ist die Wirkung [...] schwer zu schätzen. Nach Bethmann Hollweg kann ein Friedensangebot nicht von D[eu]tschland ausgehen [...], sondern muß vom Gegner kommen. Frage, ob eine Fortsetzung des Krieges die militärische Sit[uation] bessert. Wenn [...] nein [...], dann muß Friede geschlossen werden. Die zukünftige Grenze zu Belgien⁴, bei der neben wirtschaftl[ichen] Rücksichten ebenso der militärische Schutz zu berücksichtigen ist. Keine Bildung von einem Reichsland, auch wegen Widerstand des Königs von Bayern.⁵ — 3. Elsaß-Lothringen. Die Frage einer Aufteilung der Reichslande⁶, weil die bisherige Politik falsch gewesen ist und viele unerfreuliche Erscheinungen pro-französischer Haltungen hervorgerufen haben. Jetzt sei die letzte Gelegenheit, Wandel zu schaffen. Es ist nur durch Anschluß an andere deutsche Staaten eine Besserung der Verhältnisse, v.a. Germanisierung und wirtschaftliche Entwicklung, zu erreichen. Konsequenzen einer Machtverschiebung im Reich. Es ist der Versuch zu machen, Preußen so viel [...], Bayern so wenig wie möglich zu geben und Baden von Kosten für den Aufbau Elsaß-Lothringens zu entlasten. Kompensationen für andere Bundesstaaten. Das Problem der Bildung von einem südwestdeutschen Reichseisenbahnnetze⁷, wodurch

7–800.000 Eisenbahner unter das Regiment des Reichstags gestellt werden, was geradezu verderblich wirken und einen Verlust an preußischer Staatshoheit bedeuten kann. Gefahr, daß partikularistische Kämpfe zwischen den Bundesstaaten entstehen. [B] — 4. Versorgungslage.⁸ Die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Ernährung der Bevölkerung und der Viehbestände sowie die Notwendigkeit der Ernährung der belgischen Bevölkerung. [B]

¹ In der Aktennotiz Heinrichs' v. 9.4.1915 zur Verteilung der Einladungen wurden ausdrücklich Tirpitz und der Kriegsminister ausgenommen und die ursprünglich vorgesehene Versendung an den stellv. Kriegsminister sowie an Admiral v. Capelle gestrichen. Riedel vermerkte zu letzteren am Rand: Diese beiden Herren sollen nach Bestimmung S[einer] E[xzellenz] nicht eingeladen werden: Rep. 90a, B III 2b Bd. 14, Bl. 93.

² Über den Amtseid wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen (Bl. 105). Dieses liegt nicht bei und konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

³ Bei dem streng vertraulichen Charakter dieser Mitteilungen ist von einer Aufzeichnung der Einzelheiten abgesehen worden. (Bl. 105)

⁴ Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Zechlin, Egmont, Das Kriegsziel der „Selbstbehauptung“, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko. Zur deutschen Politik im Ersten Weltkrieg. Aufsätze, Düsseldorf 1979, S. 109.

⁵ Vgl. zur Unterredung zwischen Matthias Erzberger und Ludwig III. Dez. 1914: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917, 1. T., S. 379 f., Dok. Nr. 147, Lerchenfeld am 8.1.1915. Ferner Kurt Riezler über die Beratung des Reichskanzlers mit den süddeutschen Ministerpräsidenten in: Tagebücher, S. 266, Dok. Nr. 602.

⁶ In: Rep. 90, Annex E Nr. 3, Bl. 209–214 eine Ausarbeitung des Büros des Staatsministeriums in Vorbereitung der Sitzung. Ein Bericht des badischen Staatsministers A. Frh. v. Dusch über die Beratung der Bundesstaaten am 8.4.1915 in: Janßen, Karl-Heinz, Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914/18, Göttingen usw. 1963, S. 297–300. Zur bayerischen Haltung: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917, 1. T., v.a. S. 388 f., 396 f. u. 424 f.

⁷ Vgl. Breitenbachs Denkschrift, betreffend Neugestaltung der Eisenbahnverhältnisse aus Anlaß einer Teilung Elsaß-Lothringens v. 13.2.1915, in: BArch, RK, Nr. 69, Bl. 23–34.

⁸ Vgl. umfangreiches Material in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 3, n.f.; Rep. 120, C VIII 1 Nr. 42 Bd. 7 u. 8, n.f. sowie ebd., C VIII 1 Nr. 84 adhib 11 Bd. 10, n.f., hier auch das erwähnte Schreiben des Intendanten des Feldheeres v. 6.4. u. die Antwort des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) v. 13.4.1915. — Kurt Riezler notierte am 26.3.1915: Am 1. Juni die Kartoffeln zu Ende., zit. nach: Tagebücher, S. 261, Dok. Nr. 601.

Nr. 133 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Mai 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 113–123; MF 978.

Anwesend [U]: Delbrück [V], Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell. — Prot.: [Heinrichs, U], Güthe [zu 2].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [für Wild v. Hohenborn, U], Lisco [zu 2, U], Wahnschaffe, Hermes [zu 2], Güthe [zu 2], Heinrichs.

1. Versorgungslage. *Wirtschaftsplan für die Landwirtschaft im Erntejahr 1915/16.¹ Umgestaltung der Kriegswirtschaftsorganisation. Forderungen a) der Landwirtschaft, möglichst die Behörden auszuschalten und den Schwerpunkt in einen „wirtschaftlichen Generalstab“² zu legen, der vorzugsweise aus landwirtschaftlichen Sachverständigen und aus Professoren usw. gebildet werden soll bzw. b) vom Generalstab der Armee, daß eine Stelle geschaffen wird, die in allen [...] volkswirtschaftlichen Fragen unabhängig entscheidet. Entschiedener Widerspruch v. Wandels, denn es ist staatsrechtlich nicht [...] vertretbar [...], wenn dem Generalstab eine entscheidende Stimme zugestanden oder ein Offizier zum Diktator ernannt wird. Obwohl die Schaffung eines Ständigen Beirats zweckmäßig ist, weil er eine Entlastung der Behörden bringt und zur Beruhigung der Bevölkerung dienen kann, ist dies lt. Loebell eine außerordentlich umfangreiche und komplizierte Behörde mit Vertretern aller großen Berufsgruppen. Man muß sich wehren gegen Versuche, die verantwortlichen Ressorts zurückzudrängen. Die Staatsregierung ist dem Könige und den Parlamenten gegenüber verantwortlich und muß sich deshalb auch dagegen wenden, daß der Generalstab [...] neuerdings wiederholt versucht hat, sich in die Regelung der volkswirtschaftlichen Fragen einzumischen. Er ist nur eine Kommandobehörde ohne parlamentarische Verantwortlichkeit und kann somit nur durch die Vermittlung des Kriegsministers mit der Regierung verkehren. Man kann zudem Äußerungen großer Interessenvertretungen entgegennehmen, darf sich aber nicht von [...] Voten der Berufsorganisationen abhängig machen. Notwendigkeit weiterer Bedarfs- wie auch Verfügungsbeschränkung bei Nahrungs- und Futtermitteln, da man nicht weiß, wie lange der Krieg noch dauert. Bei der Verteilung der Vorräte kann das Prinzip der Selbstverwaltung vielleicht noch weiter ausgedehnt werden. [B] — 2. Änderung der Zahlungsfristverordnungen³ des Bundesrats. Keine Begünstigung der Hypothekenskapitalschuldner angesichts der Klagen der Hausbesitzer wegen nicht eintreibbarer Mietzinsforderungen.⁴ Bedeutung der Regelung für den Hypothekenmarkt und die 2. Kriegsanzleihe. [B]*

¹ *Material von Ende 1914 bis Mitte 1915 in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 1–3; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 4 u. 5; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 4 Bd. 1; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 1. Erklärungen Delbrücks am 14.5. u. 17.8.1915 in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, bearb. v. Reinhard Schiffers u.a., 1. Bd., Düsseldorf 1981, S. 113 f. u. 135–143. Mit Bezug auf das Prot.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 134–136.*

² *Zu Forderungen bereits vor Aug. 1914 vgl.: Zilch, Reinhold, Zur wirtschaftlichen Vorbereitung des deutschen Imperialismus auf den ersten Weltkrieg. Das Protokoll der Sitzung des „Wirtschaftlichen Ausschusses“ bei der „Ständigen Kommission für Mobilmachungsangelegenheiten“ vom Mai 1914, in: ZfG 24 (1976), S. 202–215, v.a. S. 203, Anm. 12. Ferner das Schreiben von Großindustriellen und Professoren zur Bildung eines Kriegswirtschaftsamtes als Eckstein eines volkswirtschaftlichen Generalstabs v. 1.5.1915 in: BArch, RK, Nr. 1269, Bl. 12–18, hier auch weiteres Material. Zusammenfassend: Zunkel, Friedrich, Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1974, S. 32–42.*

³ *Bekanntmachung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen v. 7.8.1914, bzw. betr. die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden v. 22.12.1914, RGBl., S. 359 bzw. 543. Dazu: Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 5. Nachtrag v. 14.8.1915, in: StenBerRT, Bd. 316, Drucks. Nr. 107, S. 4 f.*

⁴ *Vgl.: Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918, bearb. v. Ingo Materna u.a., Weimar 1987, S. 35, Dok. Nr. 35 v. 3.1.1915.*

— 3. Beilegung der Befugnis zur eidlichen Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen an die Kriegshilfsausschüsse in Ostpreußen. [B]

Nr. 134 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Mai 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 125–143; für die Ausführungen Bethmann Hollwegs vor der TO die hs. Notizen Heinrichs', Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 10, S. 1–4; MF 978/979 u. MF-Suppl. — Teildruck [aus TOP 1]: Saul, Klaus, Jugend im Schatten des Krieges, in: MGM 2/1983 (= H. 34), S. 130–132, Dok. 12.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Tirpitz, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: Heinrichs [U], Maeder [zu 4–5].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Maeder [zu 4–5], Heinrichs.

(Vertrauliche Mitteilungen *Bethmann Hollwegs* über die politische Lage, die nicht genau zu beurteilen ist. *Italien scheint bereit zum Kriege angesichts weiterer Forderungen gegenüber Öst[erreich], das sich jedoch weigere. Deutsche Versprechungen betr. größerer Komp[ensationen] bes[onders] in Albanien. Es ist bei der milit[ärischen] Lage Italien äußerstenfalls zu ertragen, wenn nicht noch Rumänien u[nd] dan[n] der ganze Balkan hinzukommen. Möglichkeit, die Neutralität von Rum[änien] sicherzustellen mittels österreichischer Zugeständnisse in Siebenbürgen [...] u[nd] durch 3 südl[iche] Kreise der Buk[owina]. Deutschland muß hart auftreten, denn Wien spielt das gleiche Spiel wie mit Italien. Also alle Hoffnung ist noch nicht aufzugeben, es kommt aber vermutlich Krieg. Die milit[ärische] Situation ist so wie von der Telegrafentagentur Wolff geschildert.²)*

— 1. *Militärische Vorbereitung der Jugend.* Entwurf³ eines Gesetzes über die Vorbereitung zur Erfüllung der Wehrpflicht, denn die freiwillige Jugendpflege erfaßt nicht alle Bevölkerungskreise, und man wird kaum [...] einer Friedensära entgegengehen. Grundsätzliche Zustimmung, jedoch Bedenken angesichts solcher in das Volksleben tief eingreifenden und kostspieligen Maßnahmen, die zudem den großen Arbeitskräftemangel der Landwirtschaft während des Krieges verschärfen können. Notwendigkeit einer Verständigung mit den Parteien, obwohl der Burgfrieden kaum gestört wird. Teilweise Zustimmung bei Sozialdemokraten sowie Nationalliberalen, da sie in den Maßnahmen einen ersten Schritt zum Milizheere sehen. Gefahr, die militärische Verfassung zu ändern. Es sind zwar bisher alle Fragen der Neuorientierung der inneren Politik⁴ zurückgestellt worden, aber dieser Standpunkt wird sich kaum noch aufrechterhalten lassen. Man muß sich schon jetzt fragen, was überhaupt konzediert werden könne und z.B. die Planungen mit einer

¹ Gelesen [U]: Breitenbach.

² Vgl. *Amtliche Kriegs-Depeschen. Nach den Berichten des Wolff'schen Telegr.-Bureaus, 2. Bd., Berlin 1915.*

³ Vgl. Rep. 90a, Y I Nr. 2 Bd. 2, n.f. Ferner: Rep. 77, Tit. 924 Nr. 9 Bd. 1, Bl. 87–91, Schreiben des Kriegsministers an den Vizepräsidenten des Staatsministeriums v. 2.2.1915, mit dem, unter Verweis auf die Unterbrechung der Beratungen wegen des Kriegsausbruchs, die Fortführung initiiert wurde; hier auch weiteres Material. Das Votum des Kriegsministers in: *Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 218–221, Dok. Nr. 94; unter Bezug auf das Prot.: Saul, Jugend im Schatten des Krieges, in: MGM 2/1983 (= H. 34), S. 105–107; mit weiteren Quellennachweisen: Bethge, Bestrebungen der herrschenden Klassen zur Militarisierung der männlichen Jugend, S. 317–319. Für die Entwicklung 1916–1918 vgl. Rep. 77, Tit. 924 Nr. 9 Bd. 2.*

⁴ Vgl. ein für Bethmann Hollweg persönlich bestimmtes Votum Delbrücks v. 23.5.1915, in: *BArch, RAAdI Nr. 6111, Bl. 35–41v. Mit Bezug auf das Prot.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 225 f.*

Änderung des Vereinsrechts [...] kombinieren. [B] — 2. Landtagstagung⁵ ist nach Möglichkeit abzukürzen, um Vorlagen durch Sessionsschluß zur Erledigung zu bringen und der Staatsregierung freie Hand zu geben, über den Zusammentritt des Landtags Entscheidung zu treffen, was allein der verfassungsmäßigen Stellung der Krone entspricht. Keine Nachgiebigkeit auch angesichts von Neigungen, die Maßnahmen der Regierung unter eine fortlaufende Kontrolle zu stellen. Die Geschäftslage, u.a. zum Fideikommißgesetz⁶ und Wohnungsgesetz⁷. [B] — (3. Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles in Posen und Gnesen mit dem loyalen polnischen Domkapitular Dalbor⁸ in Abstimmung mit dem Papst und unter Ausschaltung der Domkapitel. [B]) — 4. Zusatzrente⁹ bei der Militärversorgung zur Aufrechterhaltung des sozialen Standes der betroffenen Familien. [B] — 5. Kriegsfinanzierung. Besteuerung der Kriegsgewinne¹⁰, da es sozial gerechtfertigt ist, wenn diejenigen, die während des Krieges ihr Vermögen in erheblichem Umfang vermehren, auch in besonderem Maße zu den Lasten des Krieges herangezogen werden. Grundzüge ähnlich der Vermögenszuwachssteuer und der Wehrbeitragsveranlagung. [B]

⁵ Vgl. die Zusammenstellungen zur Geschäftslage in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 1 Bd. 2, n.f.; ebd., A VIII 2b Nr. 4 Bd. 13, n.f. Ein Votum Loebells v. 25.2.1915 auch in: Rep. 87, ZB Nr. 109, Bl. 234–236. Weitere Voten und Materialien in: Rep. 120, CB I Nr. 9 Bd. 3, n.f.

⁶ Der Entwurf in abgeänderter Fassung v. 25.5.1915 in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 546. Vgl. Voten des Justiz- und des Landwirtschaftsministers in Vorbereitung der Sitzung sowie einen Brief des MdA Pachnicke v. 8.2.1915 mit dem Wortlaut eines Beschlusses seiner Fraktion in: Rep. 90, Nr. 1594, n.f. Ferner: BArch, RADl Nr. 15514, Bl. 84–128. Mit Bezug auf das Prot.: Eckert, Der Kampf um die Familienfideikommission, S. 670 f.

⁷ Vgl. den Kommissionsbericht v. 6.7.1914 in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 634 A–D, am 2.6.1915 an die Kommission zurückverwiesen: ebd., Sp. 8786–8788. Zur Behandlung im Weltkrieg vgl.: Berger-Thimme, Wohnungsfrage und Sozialstaat, S. 243–252.

⁸ Vgl. den Eid, die Telegramme des Kaisers und des Reichskanzlers an Dalbor sowie dessen Antwort in: Wippermann 1915 II, S. 473 f. Mit Bezug auf das Prot.: Lemke, Allianz und Rivalität, S. 160.

⁹ Vgl. die mit der TO versandte Grundsätzliche Stellungnahme Helfferichs v. 7.5.1915 (1. Teil) in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 14, Bl. 110–111v. Die im Staatsministerium angeregte Erklärung Helfferichs am 29.5.1915 in: StenBerRT, Bd. 306, S. 165 f.

¹⁰ Vgl. die mit der TO versandte Grundsätzliche Stellungnahme Helfferichs v. 7.5.1915 (2. Teil) in: Rep. 90a, B III 2b Bd. 14, Bl. 111v–112. Auch: Rep. 90a, F III 3 Nr. 13 Bd. 1, n.f.; III. HA, MAA, III Nr. 17356, n.f. Ferner: BArch, RK, Nr. 285, Bl. 2–4; ebd., Nr. 2027, Bl. 110–112. – Eine Erklärung Helfferichs am 18.3.1915 in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 1. Bd., S. 68 f. Die im Staatsministerium angeregte Plenumserklärung Helfferichs am 20.8.1915 in: StenBerRT, Bd. 306, S. 223.

Nr. 135 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Mai 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 145–149; für TOP 3 auch hs. Notizen Heinrichs', Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 11, S. 1–3; MF 979 u. MF-Suppl.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Fünf Ernennungen. [B] — 2. Landtag. Geschäftslage. Keine Weiterberatung des Wohnungsgesetzentwurfs und des Fideikommißgesetzentwurfs² wegen möglicher Störung des Burgfriedens, und

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Sydow.

² Vgl. die abgeänderte Fassung v. 25.5.1915 in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 546.

da die Schließung *der Session*³ bereits beschlossen ist. [B] — **3.** Vertrauliche Mitteilungen über die gegenwärtige politische Lage. *Der Kriegseintritt von Italien. Es wurden in Wien alle Hebel angesetzt, um Ö[sterreich] zu Conc[essionen] zu bringen, denn es wäre Italien zu halten gewesen. Man wird den Zutritt des neuen Feindes ertragen können. Es gibt von Italien aber keine off[izielle] Kriegserklärung. Italien ist ebenso mit der Türk[ei] nicht im Kriegszustande. Das Verhältnis zu Rumänien ist schwierig. Mögliche österreichisch-ungarische Gebietsabtretungen. Der König u[nd] Brat[ianu] versuchen, neutral zu bleib[en] u[nd] können dies auch durchsetzen. Wenn aber R[umänien] nach der Seite der Tripel[-Entente] neigt, wird dies auch Bulg[arien]⁴ machen.*

³ Vgl. zu den Bestrebungen im Abgeordnetenhaus, keine Schließung, sondern nur eine Vertagung zu erreichen: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 13, n.f., v.a. Prot. des Seniorenkonvents v. 17.5.1915. Die Session wurde am 24.6.1915 geschlossen.

⁴ Vgl. Friedrich, Wolfgang-Uwe, *Bulgarien und die Mächte 1913–1915. Ein Beitrag zur Weltkriegs- und Imperialismusgeschichte*, Stuttgart 1985, v.a. S. 169 ff.

Nr. 136 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juni 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 151–157v; MF 979.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Schließung des Landtags.¹ *Geschäftslage. Kein Nachgeben gegenüber Bestrebungen des Abgeordnetenhauses für eine Vertagung. Nach Meinung der Parlamentarier muß es doch der Wunsch der Regierung sein, vor allem im Krieg den Rat der Landesvertretung zur Seite zu haben.* [B] — **2.** *Kriegsfinanzierung. Bestrebungen in der Bremer Bürgerschaft² und im Abgeordnetenhause³ für eine bundesstaatliche Kriegsgewinnsteuer. Da aber das Reich die das Einkommen und das Vermögen steigernden Gewinne veranlaßt, so gebührt auch ihm allein die Einnahme aus der [...] Steuer. Abstimmung mit den übrigen Bundesstaaten, daß die Frage [...] bereits reichsseitig in die Hand genommen wurde. Die Steuer muß einen konfiskatorischen Charakter haben.* [B] — **3.** *Versorgungslage. Durch die fortgesetzte Steigerung aller Lebensmittel-, insbesondere der Fleischpreise⁴, ist im Volke eine gewisse Unruhe und Unzufriedenheit⁵ entstanden. Es ist von größter Bedeutung [...], Abhilfe zu schaffen.*

¹ Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 13, n.f., u.a. Prot. des Seniorenkonvents v. 3.6.1915. Ferner das Prot. einer Beratung mit den Fraktionsvertretern v. 9.6.1915, in der der Präsident des Abgeordnetenhauses vom Beschluß des Staatsministeriums berichtete in: Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 14 Bd. 1, Bl. 75–76.

² Vgl. als Frühestes: Bericht der Steuerdeputation der Bremer Bürgerschaft v. 19.5.1915 betr. Besteuerung der infolge des Krieges erzielten Gewinne (mit Gesetzentwurf), in: Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1915, Bremen 1916, S. 283–285; die Zustimmung des Senats v. 25.5. Ebd., S. 291. Dazu: Erörterung einer Kriegsgewinnsteuer in Bremen, in: Norddt. Allg. Zeitung Nr. 147 v. 29.5.1915 (2. A.).

³ Vgl. den Antrag v. Strombeck sowie den im Prot. erwähnten Antrag Arendt v. 1.6.1915 in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. 732 u. 733. Presseauschnitte vom Mai bis September 1915 in: Rep. 120, C V Nr. 47 Bd. 1, Bl. 19–35.

⁴ Vgl. das Material zur Fleischversorgung und der Preisentwicklung in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 5 Bd. 1, n.f.

⁵ Vgl. die im Prot. erwähnten Stimmungsberichte in: Berichte des Berliner Polizeipräsidenten, S. 42–62, Dok. 42–65, v.a. S. 62, Bericht v. 29.5.1915. Ferner Wurm (SPD) und Delbrück am 15.5. bzw. 17.8.1915 in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 1. Bd., S. 118 f. u. 142.

Nr. 137 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juni 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 159–168; MF 979.

Anwesend [U]¹: Delbrück [V], Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U], Wiedfeldt [zu 3].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [für Wild v. Hohenborn, U], Mügel [für Beseler], Wahnschaffe, Heinrichs.

(1. Titelverleihung: Verleihung des Prädikats „Exzellenz“ an den Präsidenten des Reichstags J. Kaempf. [B]) — 2. Schluß des Landtags. [B] — 3. Versorgungslage. Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915.² *Das bisherige Verhältnis zwischen Regierungsstellen, Organisationen und den Kommunalverbänden.*³ *Es gibt in weiten Kreisen, namentlich der Landwirtschaft, eine tiefgreifende Verstimmung und erheblichen Unwillen. Frage, ob beschlagnahmt wird für das Reich, für den Kommunalverband oder für den Staat. Gründung der Reichsgetreidestelle unter Einbindung der Kriegs-Getreide-Gesellschaft. Einzelheiten, u.a. zu den Leitungsstrukturen, bei denen die Landwirtschaft [...] stärker vertreten sein muß. [B]*

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Beseler, Jagow.*

² *Umfangreiches Material in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 2, n.f., u.a. der mit Anschreiben v. 12.6.1915 übersandte Vorläufige Entwurf einer VO über die Höchstpreise für Roggen, Weizen u[nd] Hafer. Ferner: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 4, n.f.; ebd., Y IX 5c Nr. 4 Bd. 1, n.f.; ebd., Y IX 5c Nr. 6 Bd. 1, n.f. Die Berichte der Oberpräsidenten auch in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Nr. 11 Bd. 3, n.f. Die Berichte Nr. 2 u. 3 der Verhandlungen der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses v. 5.6.1915, die auf der Sitzung erwähnt wurden, in: BArch, RA DI Nr. 13040, Bl. 20–29 u. 53–60. – Zusammenfassend Delbrück am 17.8.1915 in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 1. Bd., S. 134–143; Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 5. Nachtrag v. 14.8.1915, in: StenBerRT, Bd. 316, Drucks. Nr. 107, v.a. S. 34–40. Ferner: Wiedfeldt, Die Bewirtschaftung von Korn, Mehl und Brot, v.a. S. 43–55 u. 141–172.*

³ *Zur Gründung einer Landesvermittlungsstelle [...], welche den Geschäftsverkehr der Reichsgetreidestelle mit den preußischen Behörden und Kommunalverbänden zu vermitteln habe, vgl. die Einladung des Innenministers v. 13.7.1915 zu kommissarischen Beratungen am 16.7. sowie eine Aufzeichnung über die Ergebnisse für Heinrichs in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 10 Bd. 1, Bl. 27–41, das Zitat Bl. 27. Hier auch weiteres Material.*

Nr. 138 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juni 1915.

Reinschr., Bd. 164, Bl. 169; MF 979.

Anwesend: Beseler [V], Trott zu Solz, Lentze. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Stieger [für Breitenbach], Freund [für Loebell], Tilmann, Cuny, Lindemann, Niermann, Lochner, Popitz [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister [beide zu 2], Heinrichs.

1. Acht Pensionssachen¹. [B] — 2. Sechs Disziplinarsachen¹. [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 139 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Juli 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 171–183, 2 Anlagen: Bl. 184–185v; MF 979.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Richter [für Delbrück, U], v. Capelle [für Tirpitz, U], Michaelis [für Lentze, U], Wahnschaffe, Heinrichs.

(1. Ordenssache Gf. Hue de Grais¹. [B]) — 2. Verleihung von Auszeichnungen für daheim erworbene Kriegsverdienste.² Stiftung eines Kriegsverdienstkreuzes und des Eisernen Kreuzes, getragen am schwarz-weißen Bande. Die Frage der bisherigen Ungleichbehandlung von zivilen Beamten bei Ordensauszeichnungen für Verdienste im Krieg. [B] — 3. Regelung der Kriegswohlfahrtspflege.³ Gefahr einer Zersplitterung der Kräfte und Mittel. Keine Notwendigkeit einer staatlichen Genehmigung für die von Geistlichen innerhalb der Kirchengemeinde veranstalteten Sammlungen für Zwecke dieser Kirchengemeinde. [B]

¹ *Vgl. die Aktennotiz auf einer Abschr. des TOP, daß der Antrag später abgelehnt worden sei und auch eine andere Auszeichnung nicht erfolgte in: Rep. 90a, A IV 3 Nr. 22 Bd. 1, Bl. 75v. Voten und weiteres Material in: Rep. 77, Tit. 153 Nr. 127 gen. Bd. 1, n.f.*

² *Vgl. umfangreiches Material einschl. Voten und Beschluß des Staatsministeriums in: Rep. 90a, Kriegsakten, Nr. 50 Bd. 1, n.f.; ebd., Nr. 51 Bd. 1, Bl. 1–18v. Weiterhin: Rep. 77, Tit. 153 Nr. 16 Bd. 2, n.f., hier u.a. eine Stellungnahme aus dem Innenministerium v. 12.7.1915 für die Hand Loebells; Material ebenso in: ebd., Nr. 58 Bd. 2, n.f. Ferner: BArch, RAdI Nr. 15908, 15909 u. 15920. Entwürfe des Allerh. Erlasses zur Stiftung des Verdienstkreuzes sowie für die Verleihungsgrundsätze werden in den Anlagen zum Prot. mitgeteilt.*

³ *Vgl. Bekanntmachung über die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege v. 22.7.1915, RGBl., S. 449.*

Nr. 140 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Juli 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 187–204; für TOP 1 auch die hs. Notizen Heinrichs', Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 12, S. 1–9; MF 980 u. MF-Suppl.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: Heinrichs [U], Wiedfeldt [zu 2–3].

Weitere Teilnehmer: Michaelis [für Lentze zu 2–4¹, U], Wahnschaffe, Richter, Wiedfeldt [zu 2–3], Heinrichs.

1. Vertrauliche Mitteilungen über die gegenwärtige militärische und politische Lage. Die Erfolge von Hindenburg im Osten. Größte Sorge [...] bleiben die Dardanellen u[nd] Constantinopel, v.a.

¹ *Nach einer Aktennotiz Riedels v. 15.7.1915 abends wurden auf Anordnung Bethmann Hollwegs, der zu Beginn der Sitzung vertrauliche Mitteilungen machen wollte, Michaelis und Wiedfeldt erst eine Viertelstunde später eingeladen. Vgl. Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 14, Bl. 130.*

wegen Munitionsmangel.² *Rußlands Lage sowie seine Anleihen im Ausland. Die deutsche Finanzlage, die leider auch nicht besser ist. Der U-Boot-Krieg. Hoffnung, den Krieg mit A[merika] auszuschließen. Ebenso ist der Abbruch der dipl[omatischen] Beziehungen nicht [...] wahrscheinlich. Die Stimmung im Lande. Obwohl in Deutschland die Besprechung der Kriegsziele [...] untersagt ist, findet sie mittels interner Denkschriften statt. Die „Professoren“-Denkschrift³, für deren Ziele die militärische Basis [...] nicht gegeben und über die auch Wilhelm II. sehr ungehalten ist. Das publizistische Wirken vom Bund neues Vaterland [...] gegen die Annexionen.⁴ Falls man Warschau nehmen und die russische Bugstellung niederzwingen kann sowie die Dardanellen fallen, dann sind Rußlands Zusammenbruch u[nd] Frieden nicht unmöglich. — 2. Versorgungslage. Höchstpreise für Brotgetreide, Hafer und Gerste.⁵ Einzelheiten. Eine Steigerung der Brotpreise ist einfach unerträglich und [...] Wasser auf die Mühle des radikalen Flügels der Sozialdemokratie. Die Gewerkschaftsführer würden schon sehr besorgt, ob sie ihre Leute noch in der Hand behielten, die Frauen könnten sie nicht mehr zurückhalten, übertriebene Klagen gelangten in die Schützengräben und die Stimmung dort lasse teilweise schon nach. Bedeutung der Höchstpreise für die Zeit über den Friedensschluß hinaus. — Die Lage der Textilindustrie⁶, die allerschwersten Zeiten entgegen geht. [B] — 3. Versorgungslage. Höchstpreise für Hafer. Einzelheiten. [B] — 4. Versorgungslage. Bestimmungen zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers sind politisch außerordentlich wichtig, obwohl die praktische Wirkung [...] etwas problematischer Natur ist. [B]*

² Zum Serbienfeldzug vgl. mit Bezug auf den TOP: Ulrich, Volker, *Entscheidung im Osten oder Sicherung der Dardanellen: Das Ringen um den Serbienfeldzug 1915. Ein Beitrag zum Verhältnis von Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg*, in: MGM Nr. 2/1982 (= H. 32), S. 50.

³ Vgl. den Druck in: Grumbach, Salomon, *Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August 1914 in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden. Mit einem Anhang: Antiannexionistische Kundgebungen, Lausanne 1917, S. 132–140; später u.a. in: Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945*, hrsg. u. eingel. v. Wolfgang Schumann u.a., Berlin 1975, S. 119–125, Dok. Nr. 38. Zu Aktivitäten des auf der Sitzung erwähnten Generals Frh. v. Gayl vgl. z.B. sein Schreiben an den Reichskanzler über Kriegszieleforderungen in Westfalen und im rheinischen Industriegebiet v. 23.6.1915, in: *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945*, hrsg. v. Reinhard Opitz, Köln 1977, S. 328–335, Dok. Nr. 21 u. 22.

⁴ Vgl. die auf der Sitzung erwähnte Denkschrift: *Sollen wir annektieren? Kritische Denkschrift zur Eingabe der sechs großen wirtschaftlichen Verbände vom 20. Mai 1915, O.O.*

⁵ Vgl. umfangreiches Material zur Umsetzung der in der Sitzung besprochenen, am 28.6.1915 erlassenen Rechtsvorschriften, RGBl., S. 363–409; Ausführungsbestimmungen in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 2, n.f.; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 4, n.f. sowie Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 10 Bd. 11. Vgl. zusammenfassend: *Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges*, 5. Nachtrag v. 14.8.1915 in: StenBerRT, Bd. 316, Drucks. Nr. 107, v.a. S. 64–67.

⁶ Vgl. zur Unterstützung arbeitslos gewordener Textilarbeiter: *Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges*, 5. Nachtrag v. 14.8.1915 in: StenBerRT, Bd. 316, Drucks. Nr. 107, S. 24 f.

Nr. 141 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juli 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 210–219; MF 980; hs. Entwurf Heinrichs', Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 13, S. 3–33.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Beseler, Lentze, Wild v. Hohenborn.*

1. Streng vertrauliche *Diskussion zur Aufhebung des Jesuitengesetzes² als einem Ausnahmegesetz, da der Krieg [...] den festen Zusammenschluß aller Parteien und Konfessionen im gemeinsamen Kampfe gezeitigt hat. Veränderte Haltung der Zentrumspartei. Konsens, daß die Aufhebung nicht während des Krieges erfolgen darf, sondern gleichzeitig mit den übrigen auf dem Gebiete der inneren Politik bei Abschluß des Krieges zu treffenden Maßnahmen, um nicht Sozialdemokraten und Polen auch die sofortige Erfüllung ihrer Wünsche verlangen zu lassen. Außenpolitische Bedeutung, da sich der Vatikan während des Krieges [...] sehr entgegenkommend gezeigt hat und seine Hilfe z.B. bei der Lösung des belgischen Problems³ wichtig sein kann. Es muß aber die Regelung des Ordenswesens in Preußen bestehen bleiben, weil in etwaigen späteren, politisch ungünstigeren Zeiten ein erneuter Kulturkampf in Preußen nicht ausgeschlossen ist.* [B] — 2. *Ordenssachen.* [B] — 3. *Kundgebung⁴ des Kaisers und Königs* anlässlich des [...] Jahrestages der Mobilmachung. [B] — 4. *Errichtung einer [...] Landesfuttermittelstelle⁵.* [B] — 5. *Versorgungslage. Probleme bei der Beschaffung der nötigen Futtermittel⁶ für die Landwirtschaft. Die Seeblockade. Notwendigkeit des Eisenbahntransports aus Rumänien, sonst bleibt nichts übrig, als durch einen Einmarsch in Serbien die Donau freizumachen. Pläne zur Herstellung von Ersatzfuttermitteln.* [B]

² Vgl. eine Denkschrift des Reichskanzlers für Wilhelm II. sowie eine zweite nur für Valentini mit Begleitschreiben Wahnschaffes v. 7.7.1915, auch zur weiteren Verfahrensweise im Staatsministerium in: Rep. 89, Nr. 24156, Bl. 28a–28r; der Entwurf des Antwortschreibens v. 20.7. mit der Information über die Zustimmung Wilhelms II. ebd., Bl. 28s. Umfangreiches Material, auch im Ergebnis der Sitzung, in: Rep. 84a (M), Nr. 7370, n.f.; Rep. 87, ZB Nr. 220, Bl. 166–192. Als Beispiel für wiederholte parlamentarische Vorstöße: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 1. Bd., S. 60–63, Sitzung am 18.5.1915. Ferner der Kommissionsbericht zum Antrag Porsch, betr. die Rechtsfähigkeit von katholischen Ordensniederlassungen (Drucks. Nr. 346 v. 25.4.1914) in: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 638 v. 10.6.1914. Pressematerial zur Handhabung des Gesetzes im Krieg bei: Duhr, Das Jesuitengesetz, S. 114–117.

³ Vgl. Meseberg-Haubold, Ilse, *Der Widerstand Kardinal Merciers gegen die deutsche Besetzung Belgiens 1914 bis 1918. Ein Beitrag zur politischen Rolle des Katholizismus im ersten Weltkrieg.* Frankfurt/M., Bern 1982. Zur Bedeutung für Russisch-Polen vgl. mit Bezug auf das Prot.: Lemke, *Allianz und Rivalität*, S. 161, v.a. Anm. 248.

⁴ *Reichs- und Staatsanzeiger* Nr. 179 (Sonderausgabe) v. 31.7.1915 (A.).

⁵ Vgl. Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 11 Bd. 1, n.f.

⁶ Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 42 Bd. 8 u. 9. Ferner die Darstellung des stellv. Vorsitzenden der Reichsfuttermittelstelle: Freyberg, Karl Frh. v., *Die Futtermittelwirtschaft im Kriege*, Berlin 1919. Zur im Prot. angesprochenen Frage der Verwendung von Zucker vgl. Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 3 Bd. 1, n.f.

Nr. 142 Sitzung des Staatsministeriums am 14. August 1915.

Reinschr., Bd. 164, Bl. 220; MF 979.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach, Jagow. — Prot.: [v. Seydlitz, U], [P. Frh. v. Rheinbaben, U].

Weitere Teilnehmer: v. Chappius [für Trott zu Solz], Polenz, Berndt, F.v. Velsen [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister [beide zu 2], v. Seydlitz.

1. *Zwei Pensionssachen¹.* [B] — 2. *Acht Disziplinarsachen¹.* [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 143 Sitzung des Staatsministeriums am 17. August 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 222–231; MF 980. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 5d Nr. 1 Bd. 1, Bl. 213–225.

*Anwesend [U]*¹: *Delbrück [V], Beseler, Schorlemer, Lentze, Jagow, Helfferich. — Prot.: [P. Frh. v. Rheinbaben, U], Pilger.*

*Weitere Teilnehmer: v. Wandel*² *[U], Wahnschaffe, Pilger, P. Frh. v. Rheinbaben.*

1. Stickstoffversorgung. Entwurf³ eines Ermächtigungsgesetzes zur Einführung eines Stickstoff-Handelsmonopols. *Da es gegen die Stimmen der SPD nicht angenommen werden kann, sind deren Forderungen nach Einsetzung eines Monopolbeirats unter Zuziehung von MdR und nach sozialpolitischen Vorschriften betr. Tarifverträge, Vereinigungsrecht [...] sowie auf Angestellten- und Arbeiterausschüsse zu prüfen. Obwohl ein mit Parlamentariern besetzter Beirat in den Verwaltungen der Reichsbehörden ein Novum bildet, ist er angesichts der kommunalen Erfahrungen zu akzeptieren, zumal er nützlich wirken kann. Auch wenn man Tarifverträgen nicht ablehnend gegenüber steht, kann man sich aber nicht gesetzlich darauf festlegen und sie zur Norm machen. Starker Widerspruch gegen ein Handelsmonopol, besonders von der BASF, denn diese glaubt, den Stickstoffmarkt in Zukunft allein beherrschen zu können. Gefahr eines Weltstickstofftrusts unter französischem und englischem Einfluß. [B] — (2. Wegen Pressemitteilungen über die vertraulichen Verhandlungen in der verstärkten Budgetkommission des Reichstags wird die Kommission beschließen⁴, daß zeitweilig nur Mitglieder Zutritt haben. Deshalb ist auch die Zuziehung der Bundesratskommissare einzuschränken. — 3. Anregung, daß [...] Staatsminister durch das Auswärtige Amt periodisch über auswärtige Angelegenheiten informiert werden.⁵ [B])*

¹ *Gelesen [U]: Bethmann Hollweg, Tirpitz, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Loebell.*

² *Im Prot. bei den Ministern aufgeführt: Bl. 222.*

³ *Der Entwurf v. 8.3.1915 in: StenBerRT, Bd. 315, Drucks. Nr. 47. Umfangreiches Material zu seiner Entstehung in: Rep. 90a, Y IX 5d Nr. 1 Bd. 1, v.a. Bl. 180 ff. – Der Entwurf eines Artikels für die Norddt. Allg. Zeitung, den Helfferich im Ergebnis einer Nachtsitzung der Stickstoff-Kommission an das Auswärtige Amt zur Prüfung übersandte, in: PA Bonn, R 2523, n.f., das Zitat aus dem Begleitschreiben v. 21.8.1915. Vgl. Zum Ermächtigungsgesetz betreffend ein Stickstoff-Handelsmonopol, in: Nr. 232 v. 22.8.1915 (I. A.).*

⁴ *Vgl. das von Schorlemer in der Sitzung erwähnte Schreiben Delbrücks v. 14.8.1915 in: Rep. 84a (D), Nr. 6263, Bl. 325–326. Ein entsprechender Beschluß wird in der Edition: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, I. Bd., für die Sitzungen vom 17.–27.8.1915 nicht mitgeteilt (vgl. S. 134–200). Die nächste Sitzung fand erst am 1.12.1915 statt.*

⁵ *Vgl. PA Bonn, R 2457, n.f., u.a. mit Schreiben des Auswärtigen Amtes v. 24.8.1915 betr. eine wöchentliche Information, sowie den Meldungen der Ressortchefs mit den Namen der von ihnen beauftragten Beamten. Delbrück als Vizepräsident selbst benannte am 30.8.1915 Heinrichs. Vgl. z.B. auch: Rep. 87, ZB Nr. 129, Bl. 161. Zum Anlaß für die Intervention Lentzes vgl.: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917, I. T., S. 531, Dok. Nr. 211.*

Nr. 144 Sitzung des Staatsministeriums am 21. September 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 235–247; MF 981; hs. Notizen Heinrichs', Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 14, S. 47–80; für TOP 1 Entwurf, in: ebd., S. 5–46.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [teilw. zu I, V], Delbrück, Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Vertrauliche Mitteilungen über die [...] militärische und politische Lage, u.a. über den Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte, die Operationen gegen Serbien und die Kämpfe an den Dardanellen². Die Lage einzelner Ententestaaten und Italiens. Das Verhältnis zu Griechenland.³ Da deutsches Interesse an der Unterbrechung des Verkehrs im Suezkanal⁴ besteht, muß dies mit allen Mitteln erreicht werden, denn hier ist einer der verwundbaren Punkte Englands. Dieses ist gewillt [...], einen Erschöpfungskrieg [...] zu führen, weshalb ein neuer Winterfeldzug wahrscheinlich ist. Das deutsche Menschenmaterial reicht aber noch bis in den Winter 1916/17.⁵ Schwieriger Überblick über den Stand des Wirtschaftskrieges, wobei die Versorgung der Bevölkerung unter großen Schwierigkeiten gesichert ist. Einzelheiten. Besonders die Frage der Preise ist ernst und kann die Stimmung [...] bedenklich beeinflussen, wobei die wichtigste Aufgabe der Regierung darin besteht, hier eine angemessene Regelung herbeizuführen, u.a. durch Preisprüfungsstellen⁶. Lage einzelner Industriezweige, die Kohlenknappheit und die Bewirtschaftung der Kartoffeln. Die Kriegskosten, ihre Deckung durch Anleihen sowie kurzfristige Schatzscheine, wobei der Abstand der durch die Kriegsanleihen aufbringbaren Mittel gegen den Bedarf immer größer wird.⁷ Deutsche Zahlungen für die Bundesgenossen.⁸ Die Finanzlage Großbritanniens und der Versuch, in Amerika [...] eine richtige Anleihe zu erhalten.⁹ — 2. Das Verfahren der stellvertretenden kommandierenden Generale hinsichtlich der Warenausfuhr.¹⁰ [B]

¹ Gelesen [U]: Wild v. Hohenborn.

² Vgl. *Der Weltkrieg 1914 bis 1918*, 8. Bd., Berlin 1932, S. 196–291; ebd., Bd. 9, Berlin 1933, S. 173–193.

³ Vgl. Leon, George B., *Greece and the Great Powers 1914–1917*, Thessaloniki 1974, v.a. S. 272–277.

⁴ Vgl. mit Hinweisen auf Angriffsmöglichkeiten: Meinardus, Wilhelm, *Der Suez-Kanal*. Vortrag ... im Historischen Verein zu Münster, Münster i.W. o.J. (ca. 1915) (gedr.), in: *Rep.* 89, Nr. 13351, Bl. 20–33.

⁵ Im Gegensatz dazu Wild v. Hohenborn in einer Tagebuchnotiz v. 1.11.1915, daß nur bis Sommer 1916 Ersatzmöglichkeiten beständen; vgl. Adolf Wild v. Hohenborn, *Briefe und Tagebuchaufzeichnungen*, S. 83, Dok. Nr. 49.

⁶ Vgl. die Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25.9.1915, *RGBl.*, S. 607.

⁷ Vgl. zusammenfassend: Zilch, Reinhold, *Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914–1918. Mit einem Anhang von Jürgen Koppatz: Katalog des deutschen Besatzungsgeldes im Ersten Weltkrieg (Europa)*, Goldbach 1994, S. 44–65.

⁸ Betr. Österreich-Ungarn vgl. Helfferich, *Der Weltkrieg*, S. 406 f.

⁹ Vgl. Burk, Kathleen, *Britain, America and the Sinews of War, 1914–1918*, Boston usw. 1985, v.a. S. 30–35 zur im Prot. erwähnten britischen Delegation.

¹⁰ Vgl. *Militär und Innenpolitik*, T. I, S. 35–39, Dok. Nr. 18, v.a. S. 36, Anm. 14 mit Bezug auf das Prot. Umfangreiches Material in: *BArch, RADl* Nr. 12216 u. 12217.

Nr. 145 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Oktober 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 249–267, Anlage: Bl. 268–271v; MF 981.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Richter, v. Braun, v. Oven, Heinrichs.

1. *Versorgungslage.*¹ Die Situation ist außerordentlich ernst und brennend. Die Preise sind in sprunghafter Weise gestiegen, was eine schwere innerpolitische Gefahr in sich birgt. Nach Loebell² herrscht erbitterte Stimmung weiter Volkskreise [...] gegen die [...] Landwirtschaft mit ernstesten Folgen für die Aufrechterhaltung unserer nationalen Wirtschaftspolitik und der gesamten inneren Politik³ nach Kriegsende. Das Problem möglicher Zwangssyndizierungen durch die Gemeinden, damit Produktion und Absatz in gewissen Grenzen von einer Zentralstelle aus zu leiten sind. Einzelheiten. Die Einführung weiterer Lebensmittelkarten, besonders von Butter- oder Fettkarten⁴. Man darf nicht warten, bis das Messer an der Kehle sitzt. Kartoffelbewirtschaftung⁵, u.a. durch Einführung von Höchstpreisen gegen den Widerstand Schorlemers. Niederschlagung von Prozessen wegen Landfriedensbruch oder Aufruhr aufgrund von Lebensmittelunruhen⁶ in Berlin und Umgebung [...] wegen der bedenklichen politischen Wirkung der Bestrafungen, nicht zuletzt auch auf das Ausland. Lage in der Kriegsindustrie. Ein Streik ist nicht erträglich. [B] — 2. Die Einberufung des Landtags soll nicht vor Weihnachten liegen, damit die Ernährungsfrage nicht in der früheren umfassenden und [...] unbequemen Form erörtert wird.⁷ [B]

¹ Vgl. die Zusammenstellung der Maßnahmen zur Regelung des Lebensmittelverkehrs als Anlage zum Prot. Das Votum Loebells v. 22.10.1915 und weiteres Material in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 3 u. 4. Zur Frage der Eingriffe der Militärbehörden vgl. den Briefwechsel des Innenministeriums mit Unterbehörden, u.a. ein Bericht des Oberpräsidenten in Münster v. 19.7.1915, in: Rep. 197 A, Generalia C I Nr. 4, Bl. 14–16v; hier auch weiteres Material. Zusammenfassend: Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 6. Nachtrag v. 26.11.1915, in: StenBerRT, Bd. 316, Drucks. Nr. 147, S. 1–83. Dazu: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 1. Bd., S. 218–235, Sitzungen v. 3.–7.12.1915.

² Wild v. Hohenborn vermerkte am 23.11.1915 Meinungsverschiedenheiten zwischen Schorlemer und Loebell, bei denen der Vorwurf der Begünstigung oder wenigstens bewußten Nichteinschränkung der antiagrarischen bürgerlichen Hetzereien erhoben wurde: Adolf Wild v. Hohenborn. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, S. 114, Tagebuchnotiz, Dok. Nr. 62.

³ Von und bis Politik hs. Zusatz Beselers: Bl. 256.

⁴ Vgl. die Bekanntmachung über den Verkehr mit Butter v. 8.12.1915, RGBl., S. 807, § 8. Bereits am 20.10.1915 wurde auf der Pressebesprechung vertraulich informiert, daß Delbrück dem Reichskanzler am Vortage Vorschläge zur Bewirtschaftung gemacht hätte. Vgl. dazu: Rep. 77, Tit. 949, Nr. 12, Bl. 50–51. Zur Versorgung mit Fetten und Ölen vgl. Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 8 Bd. 1, n.f. Zum Bedarf: Kriegsausschuß für die pflanzlichen und tierischen Öle und Fette. Bericht 1915, Streng geheim, Berlin 1915, S. 9 (hier das Exemplar der Deutschen Bucherei Leipzig, Sign.: ZB 23350). Zu der in der Anlage zum Prot. angeführten Versorgung mit Kakao vgl. Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 10 Bd. 1, n.f.

⁵ Vgl. das Material in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 2, n.f. Zur Vorgeschichte: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 10 Bd. 9–11. – Es wurden erlassen: Bekanntmachung über die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln und die Preisstellung für den Weiterverkauf; [...] über die Abänderung der Bekanntmachung über die Kartoffelversorgung v. 9.10.1915; [...] über die Regelung der Kartoffelpreise, alle v. 28.10.1915, RGBl., S. 709–711. Vgl. ferner: Hansen, J./ Arnoldi, Fritz, Die Kartoffel in der Kriegswirtschaft, Berlin 1916. – Arnoldi war stellv. Vorsitzender der Reichskartoffelstelle.

⁶ Vgl. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten, S. 89–93, Dok. Nr. 95–97, Berichte v. 16. u 19.10.1915.

⁷ Am 27.11.1915 traf sich Bethmann Hollweg mit Vertretern aller Fraktionen des Abgeordnetenhauses zu einer Besprechung über Fragen der Volksernährung. Vgl. Wippermann 1915 II, S. 609 f. Der Landtag wurde zum 13.1.1916 einberufen.

Nr. 146 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Oktober 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 273–289v; MF 981/982; für TOP 1 Entwurf mit hs. Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 15, S. 3–38.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Die elsäß-lothringische Frage.¹ *Notwendigkeit, in Verfassung und Verwaltung der Reichslande neue Wege zu beschreiten. Eine Aufteilung bzw. Angliederung an Bayern, Baden, Württemberg oder Preußen darf nicht Gegenstand eines Streitens [...] werden. Nach dem Krieg wird keine Lösung möglich sein, die eine ernste Unzufriedenheit in einem Bundesstaate hervorruft. Möglichkeit von Kompensationen, v.a. für Sachsen, das eventuell bei der Okkupierung polnischer Landesteile berücksichtigt werden kann,² denn Gebietsabtretungen in Deutschland sind im 20. Jahrhundert ausgeschlossen. Die Gefahr der Vormachtstellung Bayerns in Süddeutschland. Militärische Bedenken³ gegen die Angliederung an Bayern, v.a. wegen Konsequenzen aus dem Reservatrecht. Möglichkeit einer katholisierenden Mission Bayerns, das zudem bei einer eventuell kommenden Auflösung Österreichs als zweite und [...] katholische Macht in Deutschland eine sehr erhebliche Stärkung erfährt.* — 2. Erhöhung der aus dem Reichsfonds für Kriegswohlfahrtspflege bereitzustellenden Monatsbeträge⁴ [...] im Interesse der Erhaltung vaterlandsfreudiger Stimmung der im Felde stehenden Ernährer wie der zurückgebliebenen Angehörigen.

¹ Vgl. *Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Annex E Nr. 3, Bl. 221–390. Der bayerische Gesandte Lerchenfeld meldete am 11.9.1915, daß bereits vor Wochen die Minister zu Voten aufgefordert worden waren, diese durchaus unterschiedlich lauteten und mehrheitlich eine Vereinigung des Elsaß mit Bayern ablehnten: Briefwechsel Hertling–Lerchenfeld 1912–1917, I. T., S. 541, Dok. Nr. 219. Ferner: Janßen, Macht und Verblendung, S. 58–85.*

² *Zur Polen-Frage auf der Sitzung vgl. u.a. eine Denkschrift Jagows v. 25.10.1915 in: Rep. 90, Annex J Nr. 7, n.f.; Abdruck in: Basler, Werner, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918, Berlin 1962, S. 387–389, Anlage 5.*

³ *Vgl. die Überlegungen Wild v. Hohenborns zu seinen Ausführungen in: Adolf Wild v. Hohenborn. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, S. 94–96 u. 104–106, Notizen v. 1.–10.11.1915, Dok. Nr. 49, 55 u. 56. Dazu auch: Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, 3. Bd., München 1964, S. 114.*

⁴ *Vgl. Rep. 90, Annex J Nr. 10, n.f., u.a. mit den Voten sowie mehreren Immediatberichten mit Gesetzentwürfen; der Entwurf eines Gesetzes über Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeideverbände mit Begründung v. 28.1.1915 neben weiterem Material auch in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3f Bd. 3, Bl. 98–103, veröffentlicht als: StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 660 v. 4.2.1915. Ferner: BArch, RAAd Nr. 15904, n.f. Zusammenfassend: Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 6. Nachtrag v. 26.11.1915, in: StenBerRT, Bd. 316, Drucks. Nr. 147, S.113–121; ebd., S. 118f. eine Statistik zu den in der Sitzung angesprochenen Leistungen der Bundesstaaten.*

Nr. 147 Sitzung des Staatsministeriums am 13. November 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 291–305; MF 982. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 5 Bd. 2, n.f.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel, Wahnschaffe, Heinrichs.

1. *Versorgungslage, die außerordentlich schwierig und bedrohlich ist. Regelung des Butterver-*

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, v. Wandel.*

brauchs und für Fette², um die Arbeiter zufriedenzustellen. Gefahr großer Beunruhigung oder sogar von Krawallen, weil der Irrglaube entstehen kann, daß mit Butterkarten ein Anspruch auf Butter besteht, wie dies beim Brot der Fall ist. Da auf dem Lande in weiten Kreisen eine große Mißstimmung schon wegen der Kartoffelablieferung herrscht, muß jetzt mit Vorsicht gehandelt werden, um eine Drosselung der Produktion zu vermeiden. Keine Auslandsläden [...], in denen ausländische Butter und Fette zu hohen Preisen verkauft werden. Man muß durch öffentliche Aufklärungen³ auf die Beruhigung der Bevölkerung hinwirken. [B] — [2.] Landtagseröffnung. Verlagt.

² Vgl. zur Fettversorgung im Zusammenhang mit dem Fleischbedarf Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 5 Bd. 1 u. 2. Zu den Reichsbutterkarten Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 4, n.f. Ein Bericht Heinrichs' über eine Besprechung betr. Buttereinfuhr am 4.11.1915, auf der eine Staatsministerialsitzung beantragt wurde, sowie weiteres Material in: BArch, RAdI Nr. 15904, n.f. Zusammenfassend: Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 6. Nachtrag v. 26.11.1915, in: StenBerRT, Bd. 316, Drucks. Nr. 147, S. 47–51. Ferner: Ewald, M., Die pflanzlichen und tierischen Öle und Fette, ausschließlich der Molkereiprodukte, in Frieden und Krieg, Berlin 1918; Ruge, L., Deutschlands Milch- und Speisefett-Versorgung im Kriege, Berlin 1918. Zu Krawallen vor Butterhandlungen: Berichte des Berliner Polizeipräsidenten, S. 89–93, Dok. Nr. 95–97, Berichte v. 16. u. 19.10.1915. Es wurden die Bekanntmachungen über die Festsetzung der Grundpreise für Butter und die Preisstellung für den Weiterverkauf v. 24.10.1915 bzw. zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs v. 28.10.1915 erlassen: RGBL., S. 705 bzw. 714.

³ Vgl. Material zur Pressearbeit einschl. der hieraus erwachsenen „Leitsätze für die Behandlung der Teuerungsfrage in der Presse“ des Kriegspresseamtes v. 27.12.1915 in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 4, n.f. Ein Schreiben des Kriegsministeriums an das stellv. Generalkommando des VIII. Armeekorps über die vom Innenminister ergriffenen Maßnahmen zur Aufklärung der Öffentlichkeit in Ernährungsfragen v. 25.11.1915 sowie die „Leitsätze ...“, in: Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 292 f. u. 279–282, Dok. Nr. 125 u. 121. Ein Votum Schorlemers v. 16.11.1915 über die innenpolitische Propaganda in: BArch, RAdI Nr. 15904, n.f.

Nr. 148 Sitzung des Staatsministeriums am 18. November 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 307–325; MF 982/983; für TOP 1 Entwurf mit hs. Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 16, S. 1–13.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [für Wild v. Hohenborn, U], Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Vertrauliche Mitteilungen Bethmann Hollwegs über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen [...] zu Österreich-Ungarn nach dem Kriege aufgrund einer Unterredung mit dem k.u.k. Außenminister Burian¹. Man muß das Bündnis von 1879 zum allgemeinen Schutzbündnisse erweitern und durch militärische Abmachungen und wirtschaftliche Annäherung festigen. Weitergehende Forderungen Falkenhayns² werden an der politischen Unmöglichkeit scheitern. Über ein Zollbündnis³, das die allmähliche Verschmelzung des ganzen Gebietes zu einer wirtschaftlichen

¹ Burian weilte am 10. und 11.11.1915 in Berlin: vgl. Wippermann 1915 II, S. 775 f. Vgl. zu den Vereinbarungen: Basler, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum, S. 389 f., Anlage 7; mit Bezug auf das Prot.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 214 f. V.a. auf der Basis österreichisch-ungarischer Akten: Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Sonderausgabe auf Grund der 3. Aufl., Düsseldorf 1967, S. 174–178.

² Vgl. Afflerbach, Falkenhayn, S. 321–335, v.a. S. 335.

³ Vgl. die verschiedenen Fassungen des Prot. und weitere Materialien einer Beratung zahlreicher Minister und leitender Reichsbeamter unter Vorsitz des Reichskanzlers am 5.6.1915, in: BArch, RAdI Nr. 6111, Bl. 46–80b.

Einheit zum Ziele *hat, soll ein* unzerstörbarer mitteleuropäischer Wirtschaftskern⁴ begründet werden, an welchen sich später andere Staaten [...] ankristallisieren können. *Nach* Burian *ist* das deutsche Übergewicht in Österreich für Deutschland eine Lebensfrage [...] und von ausschlaggebender Bedeutung. — Unverbindliche und rein akademische *Diskussion über die Zukunft* Polens.⁵ *Entweder Rückgabe in einem Separatfrieden mit Rußland, was Trott zu Solz befürwortet, oder Angliederung [...]* an Österreich-Ungarn *mit Grenzveränderungen zugunsten Deutschlands als die* noch immer am wenigsten ungünstige Lösung. *Man hat* gegen die Wiederaufrichtung eines selbständigen Polens [...] schwere Bedenken. [B] — **2.** Die Einberufung des Landtags *und die* Landtagsvorlagen⁶, *von denen allein jene einzubringen sind*, auf deren Verabschiedung die Staatsregierung Wert *legte* und deren Durchberatung keine besonderen Schwierigkeiten *entgegenstehen*. *Einzelheiten. Beim Fideikommißgesetz⁷ wird es* zu sehr unerwünschten politischen Diskussionen *kommen, was den Burgfrieden* in erheblicher Weise gefährdet. *Er wird* wahrscheinlich schon sowieso in die Brüche gehen, aber die Staatsregierung *soll* ihrerseits nichts unternehmen, was *dies beschleunigt*. Das Abgeordnetenhaus *läßt* den Wunsch *erkennen*, möglichst lange zusammenzubleiben, um einen dauernden Einfluß auf die Ereignisse zu gewinnen. Dieser Zustand wird *nach Delbrück* aber geradezu unerträglich werden, falls der Reichstag und der Landtag an verschiedenen Enden des Strickes *ziehen*. [B] — (*Die Frage einer Erhöhung der direkten Steuern in Preußen, denn man muß weiter mit einem starken Defizit rechnen. Eine Kriegsgewinnsteuer⁸ wird das Reich nicht davon zurückhalten, auf die direkten Steuern der Einzelstaaten überzugreifen, weshalb man ihm zuvorkommen muß. Die Lage der Reichsfinanzen. Es wird* mit der bloßen Kreditwirtschaft allein nicht *weitergehen*. *Mögliche Steuern auf Verbrauch und Verkehr.*⁹ [B] — **3.** *Ernennungen, u.a. des Regierungspräsidenten v. Falkenhausen¹⁰ zum Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium.* [B])

⁴ Vgl. Delbrück, *Die wirtschaftliche Mobilmachung*, S. 127 f. — Mit Bezug auf das Prot.: Gutsche, Willibald, *Zur Mitteleuropapolitik der deutschen Reichsleitung von der Jahrhundertwende bis zum Ende des ersten Weltkrieges*, in: *Jahrbuch f. Geschichte*, Bd. 15, Berlin 1977, S. 101.

⁵ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Geiss, Imanuel, *Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*, Lübeck, Hamburg 1960, S. 98 f.; Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, S. 231, Anm. 74 (hier irrtümlich auf den 18.10.1915 datiert); Ulrich, Volker, *Die polnische Frage und die deutschen Mitteleuropapläne im Herbst 1915*, in: *Historisches Jahrbuch*, Bd. 104, München 1984, S. 364, Anm. 61 u. S. 368–370.

⁶ Vgl. die als Anlage zur TO versandte Aufstellung in: *Rep. 90a, B III 2b Nr. 2, Bl. 149–149v*; auch: *BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 125–125v*. — *Das Material der einzelnen Ministerien in: Rep. 90a, A IX 2 Nr. 2 Bd. 8, Bl. 1–30, der Entwurf des Immediatberichtes Bl. 43–52.*

⁷ Nicht wieder vorgelegt.

⁸ Vgl. den vom Reichsschatzamt mit Anschreiben vom 29.10.1915 versandten Entwurf eines Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne in: *Rep. 120, C V Nr. 47 Bd. 1, Bl. 36–40.*

⁹ Vgl. den Entwurf eines Reichsstempelgesetzes v. 13.12.1915 in: *Rep. 120, C V Nr. 48; Bd. 1, n.f.*

¹⁰ Vgl. die Schreiben Schorlemers an Heinrichs v. 12.6. u. 17.11.1915 in: *Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 29, S. 1–1a u. 8–8a.*

Nr. 149 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Dezember 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 327–335v; MF 983. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 16, Bl. 16–24v; Rep. 90a, F III 3 Nr. 7 Bd. 2, n.f.; PA Bonn, R 4048, n.f.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [teilw. anwesend, V], Delbrück [V während der Abwesenheit des Ministerpräsidenten], Tirpitz [teilw. anwesend], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

Kriegsfinanzierung. Erhöhung der direkten Staatssteuern *angesichts der schlechten* Lage der preußischen Finanzen *als Zuschläge zur Einkommensteuer und Ergänzungssteuer.*² *Einzelheiten.* Gefahr der Quotisierung der Steuern. *Es ist* Ziel des Landtags, durch diese Form der Steuerbewilligung einen wesentlichen Einfluß auf die Staatsregierung zu erhalten. *Deshalb* Vorbesprechung mit Vertretern sämtlicher Parteien, *daß sie im Plenum nicht* die bekannten großen Streitfragen *aufrollen.* *Sonst wird* der Reichstag [...] mit dem Hinweis, daß das Klassenparlament nicht zu einer stärkeren Heranziehung von Einkommen und Vermögen *kommt,* Preußen seine letzte Steuerquelle *nehmen.* Nach dem Kriege müsse ein ganz neues und nach allen Seiten hin durchdachtes und geprüftes Steuergesetz vorgelegt werden. *Das Defizit des Reichsetats und die Kriegsgewinnsteuer³ des Reichs.* *Einzelheiten.* Jeder Tag, den der Krieg länger dauerte, mehre die Lasten des Reichs und mindere die Möglichkeit, eine einigermaßen ansehnliche Kriegsentschädigung zu erlangen. *Möglichkeit einer einmaligen Reichsvermögenssteuer⁴.* *Bei zu hohen Sätzen wird* Deutschland in seiner wirtschaftlichen Entwicklung auf 50 Jahre lahmgelegt und nicht imstande sein [...], in einen neuen Krieg hineinzugehen. *Unklar, wie nach dem Krieg* eine Abbürdung der Reichslasten auf die Bundesstaaten *stattfindet.* *Es besteht die Sorge [...],* daß die kleineren Staaten dazu übergehen müßten, mit Preußen eine [...] Finanzgemeinschaft zu bilden. *Durch* Beschränkung der Souveränität der einzelnen Bundesfürsten *werden aber nach Sydow* die Grundlagen der Reichsverfassung *gefährdet.* [B]

¹ Gelesen [U]: Jagow, Wild v. Hohenborn.

² Vgl. die Tischvorlage des Finanzministers in: Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 16, Bl. 15; ebenso Bl. 27–51 u. 61–78 Gesetzentwürfe v. 21.12.1915 sowie der Entwurf des Thronberichtes v. 6.1.1916. Auch: Rep. 90a, F III 3 Nr. 3 Bd. 2, n.f. Der Thronbericht v. 6.1. sowie zum Vollzug des angenommenen Gesetzes v. 2.7.1916, in: Rep. 89, Nr. 27243, n.f. Ferner: BArch, RAdI Nr. 15918, n.f. – Vgl. das Gesetz, betr. die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer v. 8.7.1916, GS, S. 109. Zu den bundesstaatlichen Steuern und Einnahmen im Krieg: Helfferich, Der Weltkrieg, S. 224–227. Eine Kontroverse zwischen E. David und Helfferich am 7.12.1915 in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, I. Bd., S. 246.

³ Vgl. den Entwurf eines Gesetzes vom Ende November 1915 über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne in: StenBerRT, Bd. 316, Drucks. Nr. 149. Dazu der Bericht der Haushaltskommission v. 14.12.1915: ebd., Bd. 317, Drucks. Nr. 175. Das Gesetz datiert v. 24.12.1915, RGBl., S. 837.

⁴ Vgl. den Entwurf Helfferichs v. 29.10.1915 betr. Besteuerung auch der großen Gesellschaften in: BArch, RK, Nr. 285, Bl. 15–19.

Nr. 150 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Dezember 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 337–345v; MF 983.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U], Lewald [zu 2].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [U], Wahnschaffe, Lewald [zu 2], Heinrichs.

(1. Keine Stellungnahme zur Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags trotz Wünschen aus verschiedenen Fraktionen. *Es ist nach Beseler* vielleicht ganz zweckmäßig, unmittelbar nach dem Friedensschlusse Neuwahlen anzuordnen. [B]) — 2. Reichsvereinsgesetz von 1908. Kontro-

verse Diskussion eines Gesetzentwurfs¹ in Bezug auf die Gewerkschaften nach dem Kriege. Sie haben nach Delbrück bei richtiger Auslegung des Gesetzes, wenn sie sich im Rahmen ihrer eigentlichen Bestrebungen, der Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bewegen, nicht als politische Vereine zu gelten. Restriktive preußische Verwaltungspraxis und [...] Rechtsprechung haben zu einem Gefühl der Rechtlosigkeit in den Gewerkschaften geführt. Aber selbst die sozialdemokratischen haben sich jetzt in den Dienst der nationalen Aufgaben gestellt und Hervorragendes geleistet. Es muß Abhilfe noch während der Kriegszeit geben, sonst fällt es schwer [...], den national und gemäßigt gesonnenen Teil der Sozialdemokratie auf seiten der Regierung zu halten. General v. Wandel sieht aber Probleme für die Leistungsfähigkeit der Militärbetriebe und anderer Staatsbetriebe durch das Streikrecht beim Machthunger der Gewerkschaften. Insgesamt geht es nach Delbrück nicht darum [...], neues Recht zu schaffen, sondern das vorhandene gegenüber nicht gewollten Einengungen klarzustellen. Dabei wird eine Störung des Burgfriedens [...] nicht in Frage kommen. [B] — (3. Versorgungslage. Da eine direkte Gefahr für die Ernährung des Volkes nicht vorhanden, aber allerdings eine gewisse Krisis noch nicht überwunden ist und die Presse der Ernährungsfrage eine allzu große Bedeutung beilegt, ist auf eine Beruhigung der Bevölkerung hinzuwirken². [B] — 4. Bei Verhandlungen im Bundesrat sind unerfreuliche Diskussionen zwischen [...] Vertretern der preußischen Ressorts bzw. mit Vertretern der Reichsleitung [...] in Gegenwart von Vertretern der anderen Bundesstaaten [...] zu vermeiden. — 5. Elsaß-Lothringen. Angesichts einer nicht von der bayerischen Regierung ausgehenden Agitation für die eigenen Ansprüche bei einer Aufteilung muß man im Interesse des Friedens unter den Bundesstaaten³ [...] einstweilen die Frage ruhen [...] lassen. Bei weiteren Arbeiten muß der Eindruck vermieden werden, als ob bereits bestimmte Teilungspläne existieren. [B])

¹ Vgl. Rep. 90, Nr. 2265, Bl. 81–82v mit Notiz Heinrichs' vom 11.12.1915: Bl. 80–80v. Hier auch Voten und weiteres Material Bl. 43–60. Die Voten Delbrücks und Wild v. Hohenborns v. 29.11. u. 1.12.1915 gedruckt in: Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 267–270, Dok. Nr. 116 u. 117 einschließl. umfangreicher Quellennachweise und mit Bezug auf das Prot. Vgl. auch den Bericht der 8. Reichstags-Kommission v. 25.8.1915 in: StenBerRT, Bd. 316, Drucks. Nr. 133. Zur Gewerkschaftsfrage: Bieber, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, T. 1, S. 168–171. Ferner das dem Prot. beiliegende Schreiben Loebells zur Kontroverse mit Delbrück über eine angebliche Denkschrift des Innenministeriums, Bl. 346–348.

² Vgl. die im Prot. erwähnten eindringlichen Worte Helfferichs am 4.12.1915 in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 1. Bd., S. 230. Die Stellungnahme Bethmann Hollwegs im Reichstag am 9.12.1915 in: StenBerRT, Bd. 306, S. 428 f.

³ Lerchenfeld berichtete bedauernd am 16.12.1915, daß der Reichskanzler um jeden Preis eine Differenz zwischen den Bundesfürsten vermieden sehen wolle: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917, 1. T., S. 562, Dok. Nr. 230.

Nr. 151 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Dezember 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 350–365; MF 983. — Teildrucke [aus TOP 1]: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, R. II, Bd. 1, Berlin 1958, S. 258–260, Dok. Nr. 90; Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917, S. 251 f., Dok. Nr. 136.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [U], Wahnschaffe, Heinrichs.

¹ Gelesen [U]: Tirpitz.

1. *Reichsvereinsgesetz von 1908. Nochmals zur Abänderung betr. die Gewerkschaften², da die SPD-Führer revisionistischer Richtung Bethmann Hollweg bedrängen, mögliche Konzessionen [...] nicht erst für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht zu stellen. Den Revisionisten ist durch irgendwelchen Erfolg auf dem Gebiete der inneren Politik eine Erleichterung zu verschaffen, denn sie haben im Krieg bis jetzt an keiner Stelle versagt. Man muß die günstige Entwicklung in der SPD unterstützen, weil bei der zunehmenden Schwierigkeit der Kriegführung [...] diese Frage von der allergrößten Bedeutung ist. Angesichts der starken Bedenken Loebells betont Bethmann, daß dies nicht eine Belohnung ist, sondern [...] eine Konsequenz der gegebenen Tatsachen. Man muß prüfen, ob die einengenden und niederhaltenden Bestrebungen der Gesetzgebung mit Rücksicht auf die jetzt veränderte Haltung der durch sie betroffenen Volkskreise noch notwendig sind.* [B] — (2. *Versorgungslage. Der vom Zentrum ausgehenden Forderung nach einem aus Bundesrat und Reichstag zusammengesetzten Ausschuß [...] mit voller Beschlußgewalt als Zentralstelle für Lebensmittelversorgung³ muß unter allen Umständen entgegengetreten werden. Möglich und verfassungsmäßig [...] unbedenklich ist hingegen ein Beirat, der ein Votum consultativum besitzt.* [B] — 3. *Die Thronrede⁴ zur Landtagseröffnung diesmal als allgemein gehaltene politische Ansprache mit dem Hinweis auf das neue Steuergesetz.* [B]) — 4. *Polenpolitik. Diskussion, ob der polnischen Partei bei einer diesbezüglichen Forderung⁵ eine Erklärung⁶ zum Kapitalabfindungsgesetz für Militärpensionen dahingehend gegeben wird, daß bei Ansiedlung die polnischen Kriegsinvaliden den deutschen gleichgestellt werden. Gefahr, eine Revision der preußischen Polengesetzgebung [...] schon während des Krieges herbeizuführen⁷ oder gar einen Eingriff der Reichsgesetzgebung in die preußische Polengesetzgebung zuzulassen. Es muß das Ansiedlungswerk [...] zur Stärkung des Deutschtums als Bollwerk [...] bleiben, denn die Haltung der Polen ist, wie zahlreiche Desertionen beweisen, sehr zweideutig. Gefahr einer polnischen Irridenta, wenn jenseits der Grenzen ein neues Großpolen errichtet wird.* [B]

² Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 284–286, Dok. Nr. 123; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 234 f. Auch: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 223 f. Der Immediatbericht Loebells über die innerpolitische Entwicklung während des Krieges v. 22.11.1915 in: BArch, RADl Nr. 6111, Bl. 151, S. 1–27.

³ Vgl. den Antrag zum Bericht der Haushalts-Kommission v. 20.8.1915 – Nr. 113 der Drucks. – (Resolution Albrecht) v. 20.8.1915 sowie die Resolution Erzberger v. 6.12.1915 in: StenBerRT, Bd. 316, Drucks. Nr. 115 bzw. 143; ferner die Bundesratsresolution vom 16.9.1915 in: StenBerBundesR, Jg. 1915, S. 809, Anlage 2 zum Prot. v. 16.9.1915. Zur staatsrechtlichen Stellung eines Beirats die Ausführungen des ständigen Hilfsarbeiters im Staatsministerium Otto v. Schlieben v. 1.1.1916 in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 20–21v. Ferner: Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5, Stuttgart usw., rev. Nachdruck 1978/1992, S. 82.

⁴ Das Material zur Entstehung des Entwurfs in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 8, Bl. 161–270v, der den Ministern zur Sitzung zugeleitete Entwurf mit den Anlagen: ebd., Bl. 260–270v. Dieser auch in: Rep. 84a (M), Nr. 3342, n.f.; PA Bonn, R 4048, n.f.

⁵ Wurde nicht im Plenum erhoben. – Wild v. Hohenborn notierte am 20.1.1916 in seinem Tagebuch: *Recht fatal habe ich die innerpolitischen preußischen Verhältnisse dadurch empfunden, daß das [...] Kapitalabfindungsgesetz von der Handvoll Polen benutzt werden sollte, um – gestützt auf das Zentrum – eine Abänderung der [...] Polengesetzgebung zu erzwingen. Das so segensreiche Ziele verfolgende Gesetz mußte zurückgestellt werden.* Zit. nach: Adolf Wild v. Hohenborn, Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, S. 128, Dok. Nr. 67.

⁶ Die Erklärung Wild v. Hohenborns bei der Vorlage des Gesetzentwurfs am 10.4.1916 in: StenBerRT, Bd. 307, S. 958. – Zur Ansiedlung der Invaliden das Schreiben des Innenministers v. 16.10.1916 mit Leitsätzen für eine künftige Bodenpolitik in der Ostmark in: Rep. 90, Nr. 1615, n.f. Ausführlich zur Entstehung des Gesetzes in: BArch, RADl Nr. 12880, n.f., hier u.a. ein Schreiben Schorlemers an Delbrück v. 4./5.2.1916 mit dem Entwurf einer Erklärung im Abgeordnetenhaus sowie Heinrichs' Vorschlag v. 24.3.1916 für eine Reichstagsklärung. Weiter: ebd., Nr. 12881, n.f. Umgesetzt als Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz) v. 3.7.1916, RGBl., S. 680. Dazu die Anweisung des Kriegsministeriums v. 26.7.1916, Armee-VOBl., S. 320.

⁷ Zur Frage einer Neuorientierung der Polenpolitik vgl. z.B. das Votum Loebells v. 13.12.1915 sowie die als Anlage dienenden Berichte der Oberpräsidenten v. Okt./Nov. 1915 in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 8 bzw. Bd. 8 adhib, n.f.

Nr. 152 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Dezember 1915.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 164, Bl. 367–374v; MF 984; Entwurf mit hs. Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 17, S. 1–20. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1, Bd. 4, n.f.; Rep. 90a, Y IX 5d Nr. 4 Bd. 1, n.f.; Rep. 84a (M), Nr. 7998, S. 1–16; PA Bonn, R 2527, n.f.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich. — Prot.: Heinrichs [U], Mathies.

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [U], Wahnschaffe, Heinrichs, Mathies.

Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web- und Wirkwaren² als außergewöhnlich weitgehender Eingriff in das Wirtschaftsleben, da erstmals eine große Industrie völlig abgebaut wird. Man befindet sich an einem Wendepunkt in den wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen, da die OHL den unerwarteten Auftrag erteilt hat, die Versorgung des Heeres [...] für einen weiteren Krieg von drei Jahren³ [...] sicherzustellen, obwohl nach Bethmann Hollweg über die voraussichtliche Dauer [...] mit Bestimmtheit nichts gesagt werden kann. Durch entscheidende militärische Schläge allein könne der Krieg nicht beendet werden; hinzu müsse bei dem Gegner immer die Überlegung treten, daß die Weiterführung des Krieges vernichtend wirke. Schließlich wird es immer schwerer, den Krieg durchzuführen. Unterschiedliche Meinungen über die Möglichkeit eines erheblich längeren Krieges, dessen Schwierigkeit [...] unermessbar ist. Notwendigkeit der beschleunigten Aufstellung eines umfassenden und wohlgedachten Planes, wie das Volk zu ernähren und die Industrie fortzuführen ist. Frage nach dem günstigen Augenblick für die Beschlagnahmen, die einstweilen hinausgeschoben werden sollen, wegen der Stimmung im Volke⁴ und auch unter den fechtenden Truppen. — Dringender Appell Schorlemers, daß bei Beschlagnahmen Belgien in keiner Hinsicht besser zu behandeln ist als Deutschland.⁵ [B]

¹ Gelesen [U]: Tirpitz, Jagow.

² Vgl. die Ausarbeitung Heinrichs' für Bethmann Hollweg in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 90a, Y IX 5d Nr. 4 Bd. 1, n.f. Umfangreiches Material in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3k Bd. 1, u.a. Bl. 19–22v die Niederschrift zu einer Beratung über arbeitslose Textilarbeiter am 21.7.1915; ferner: ebd., Bd. 2–3; auch: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3l Bd. 1, u.a. Bl. 58–65v u. 108–120v Niederschriften zu Beratungen ab Febr. 1916 über die Beschlagnahmen. Zusammenfassend: Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 9. Nachtrag v. 26.9.1916 in: StenBerRT, Bd. 319, Drucks. Nr. 403, S. 105–108. Zur sog. Reichsstelle für bürgerliche Kleidung („Reichsbekleidungsstelle“), anfängl. als „Zentralstelle für die Beschaffung des Bedarfs von Web-, Wirk- und Seilerwaren der Zivilverwaltungen“, dann als „Reichsstelle für Zivilbeamtenuniformen“ geplant, vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 3l Bd. 1, n.f. Ferner: Goebel, Otto, Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg einschließlich des Hindenburg-Programms, Stuttgart usw. 1930, S. 51–81, v.a. S. 69–71; Müller, Alfred, Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung 1914–1918 im Dienste des deutschen Monopolkapitals, Berlin 1955, S. 94.

³ Wild v. Hohenborn notierte am 11.12.1915 in seinem Tagebuch: Wir können noch lange, lange Krieg führen! Sicher ist mein Haushaltsplan bis zur Jahreswende 16/17; aber das ist kein Endertermin! Zit. nach: Adolf Wild v. Hohenborn. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, S. 119, Dok. Nr. 65.

⁴ Vgl. mit Bezug auf das Prot. das Votum des Ministers des Innern v. 16.12.1915 betr. Grundsätze und Handhabung der Zensur in Ernährungsfragen in: Rep. 151, HB Nr. 890, Bl. 214–215v und dazu Bl. 216–216v die Antwort des Reichskanzlers v. 22.12.1915. Ferner eine Anweisung der Oberzensurstelle des Kriegspresseamtes v. 26.1.1916 in Vorbereitung der Beschlagnahme und Bestandserhebung in: Rep. 90a, Y IX 5d Nr. 4 Bd. 1, n.f., sowie weiteres Material in dieser Akte. Zur Zensurfrage vgl.: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 438.

⁵ Zu der im Prot. erwähnten Fällung von Nußbäumen in Belgien vgl. Rep. 90a, Y IX 5d Nr. 10 Bd. 1, n.f.

Nr. 153 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Januar 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 2–17v; MF 984. — Teildruck [aus TOP I]: Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, bearb. v. Wilhelm Deist, Düsseldorf 1970, T. 1, S. 355–357, Dok. Nr. 141.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz [teilw. zu I], Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Feststellung der Thronrede.² *Kontroverse Diskussion, ob und in welcher Form eine Erklärung über das Wahlrecht³ aufzunehmen ist. Während Bethmann Hollweg, Beseler, Breitenbach, Helfferich, Sydow und Wild v. Hohenborn dies befürworten, denn man wird um eine Änderung des Wahlrechts nach dem Krieg keinesfalls herumkommen, wollen die anderen Minister die Frage nicht ansprechen, weil so der Burgfrieden als von der Regierung aufgehoben erscheint. Es liegt die Deutung nahe, daß in der gesamten Politik [...] ein entschiedener Ruck nach links erfolgen soll, worin immerhin etwas Bedenkliches liegt. Die Regierung muß nach Loebell über den Parteien stehen. Es hat der Krieg [...] mit sich gebracht [...], daß alle wichtigen Maßnahmen [...] mehr oder weniger nach links orientiert erscheinen. Es ist aber eine bedeutungsvolle Aufgabe lt. Helfferich, einen großen Teil der Sozialdemokratie zu positiver Arbeit zu gewinnen sowie die große Masse ihrer Wähler aus den Schützengräben auf den Boden unserer Gesellschaftsordnung zurückzuführen. Dazu sind Konzessionen notwendig. Erarbeitung einer Kompromißformel, da eine vollständige Übereinstimmung über den in der Wahlrechtsfrage zu gehenden Weg nicht erzielt wird. [B] — 2. Kriegsfinanzierung. Die Erhöhung der Steuerzuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer.⁴ Einzelheiten. Die politischen Bedenken gegen die stärkere Belastung der kleinen Einkommen angesichts der Teuerung. Die Unterstützungsbedürftigkeit der kleinen Beamten.⁵ Tendenz einer Radikalisierung des Steuersystems. Eine weitere Ausgestaltung der direkten Steuern wird davon abhängig gemacht, ob und inwieweit dann die größeren Einkommen noch belastungsfähig sind. [B]*

¹ *Gelesen [U]: Delbrück, Tirpitz.*

² *Der Wilhelm II. vorgelegte und genehmigte Entwurf v. 5.1.1916 in: Rep. 89, Nr. 269, Bl. 193–194v. Die Thronrede in: StenBerAH, Session 1916/18, Sp. 1–4.*

³ *Wild v. Hohenborn notierte am 20.1.1916 in seinem Tagebuch: Der Streit um die Opportunität der Erwähnung der preußischen Wahlfragen [...] spaltet das Staatsministerium in zwei fast gleiche Parteien. Zit. nach: Adolf Wild v. Hohenborn. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, S. 127 f., Dok. Nr. 67. Vgl. eine Denkschrift Loebells zur Wahlrechtsfrage v. 25.8.1915 mit Anstreichungen und Randnotizen Wilhelms II. in: Rep. 89, Nr. 180, Bl. 62–83v. Mit Bezug auf das Prot.: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 257 f. u. 280 (hier auf den 2. und 3.1.1916 datiert); Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 356–358. Nur mit indirekter Kenntnis des Prot.: Patemann, Reinhard, Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964, S. 38 f.*

⁴ *Die Entwürfe v. 21.12.1915 sowie der Entwurf des Thronberichts v. 6.1.1916 in: Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 16, Bl. 27–51 u. 61–78. Auch: Rep. 90a, F III 3 Nr. 3 Bd. 2, n.f. Ferner: BArch, RA I Nr. 15918, n.f. Der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommenssteuer und zur Ergänzungssteuer, v. 7.1.1916 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 24.*

⁵ *Vgl. zahlreiche Eingaben von Beamtenverbänden sowie der Briefwechsel der Ressorts in: Rep. 90, Nr. 806, n.f. Ein gemeinsames Rundschreiben der Minister für Finanzen und des Innern v. 22.9.1915 zur Gewährung von Kriegshilfen für die gering besoldeten [...] Staatsbeamten in: Rep. 77, Tit. 858 Nr. 2a Bd. 1, n.f. Hier auch die weitere Entwicklung.*

Nr. 154 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Januar 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 20–34v; MF 984/985.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U], Wiedfeldt.

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Michaelis [zu 3, U], Frh. v. Stein, Wiedfeldt [beide zu 3], Heinrichs.

(1. *Da in der Thronrede ein Hinweis auf die Wahlreform kommt, ist mit den Parteiführern wie mit der Presse² [...] zu sprechen. Dabei ist der Hinweis als eine allgemeine Orientierung und nicht etwa als eine besondere neue Ankündigung, sondern als etwas Selbstverständliches darzustellen, um eine große Mißstimmung unter den Rechten sowie eine Zuspitzung der [...] politischen Verhältnisse zu vermeiden. Zensurmaßnahmen können Verstimmung hervorrufen. [B]*) — **2.** *Polenpolitik. Eine Entscheidung über den bereits im Oktober 1914 gestellten Kreditantrag der Verbandsbank der polnischen Genossenschaften bei der preußischen Zentralgenossenschaftskasse³ ist mit Hinweis darauf, daß die Genossenschaften zurzeit genügend flüssige Mittel besitzen, hinauszuschieben, da man so nicht auf die Frage der allgemeinen Polenpolitik einzugehen braucht. Einerseits sind die Genossenschaften bekanntermaßen ein Hauptkampfinstrument der Polen gegen das Deutschland, andererseits kann man während des Krieges [...] die wirtschaftliche Stützung eines Teiles der ländlichen Bevölkerung kaum ablehnen. [B]* — **3.** *Versorgungslage. Maßnahmen zur Einschränkung des Getreideverbrauchs,⁴ denn die Ernte ist schlechter als erwartet ausgefallen, und es wird nicht so sparsam gewirtschaftet wie im Vorjahre. Einzelheiten, u.a. Einschränkung der Brotration⁵. Man war bisher immer zu optimistisch und hat daher oft lange gezögert, durchgreifende Maßnahmen zu treffen. Wegen der Wirkung auf das Ausland sowie der bis in den Schützengraben wirkenden Stimmung im Inland muß geschickt vorgegangen werden. [B]*

¹ *Gelesen [U]: Tirpitz, Jagow.*

² *Vgl. vorbereitendes Material in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 8, Bl. 283–293; Pressereaktionen in: Wippermann 1916 I, 1, S. 87–89.*

³ *Vgl. die Voten in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 8, Bl. 191–193v, 201, 242–246. Ferner: BArch, RA I Nr. 15919, n.f.*

⁴ *Vgl. umfangreiches Material in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 4, n.f., u.a. die Vorschläge zur Bewirtschaftung des Brotgetreides aus dem Erntejahr 1916. Zur Verwendung von Getreide als Viehfutter: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 5 Bd. 2, n.f. Ferner: Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 8. Nachtrag v. 12.3.1916, in: StenBerRT, Bd. 317, Drucks. Nr. 225, S. 15–18.*

⁵ *Zur im Prot. erwähnten Situation in Berlin: Die Zusatzbrotkarte. Eine Erklärung des OB Wermuth in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, in: Berliner Tageblatt Nr. 37 v. 21.1.1916 (M.), 1. Beibl. In der Abendausgabe, Nr. 38 v. 21.1.1916, wurde dann gemeldet, daß die alten Brotkarten aufgerufen und durch neue ersetzt werden würden.*

Nr. 155 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Januar 1916.

Reinschr., Bd. 165, Bl. 35; MF 985.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze [teilw.]. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Paul, Berndt, Henatsch [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister [beide zu 2], v. Schlieben, Heinrichs.

1. Zwei Pensionssachen¹. [B] — 2. Acht Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 156 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Februar 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 37–52v; MF 985.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. U-Boot-Krieg. Bericht Bethmann Hollwegs über den Stand der Verhandlungen mit Amerika zur Erledigung des Lusitania-Falles.¹ Man muß einen Bruch vermeiden, denn sonst dient die ganze ungeheure Geldmacht Amerikas [...] der Entente. Es ist nun in einer Abgeordnetenhauskommission eine große Debatte² darüber in Szene gesetzt worden als Vorstoß gegen den Reichskanzler und seine auswärtige Politik. Man darf aber dem Landtag nicht das Recht zugestehen, Fragen der auswärtigen Politik in derselben Weise zu behandeln, wie dies im Reichstag erfolgt. Das führt zu einer Verschiebung der Gewalten und zur Auflösung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Reichs. Schließlich soll die Frage der Zuständigkeit des Landtags nicht zu sehr in den Vordergrund gestellt werden, denn das Volk hat sich so groß gezeigt, daß man es nicht mehr wie in früheren Zeiten behandeln kann. [B] — 2. Versorgungslage. Sicherung der Volksernährung, auch bei gestörter Einfuhr aus den neutralen Staaten³ wegen zunehmenden Drucks der Entente und Verschlechterung der Valuta Deutschlands. Die Zahlungsbilanz, die Erleichterung der Ausfuhr und die Beschränkung der Einfuhr, bes. für Luxusartikel. Die Einsetzung eines Ausschusses zur Regelung der Warenausfuhr⁴. Einzelheiten, u.a. Einführung der Butterkarte⁵. Problem, daß Deutschland für die Bundesgenossen mitzusorgen hat.⁶ Zudem muß sich die Militärverwaltung bei der Deckung

¹ Ausführlich: Simpson, Colin, *Die Lusitania*, Frankfurt/M. 1973. Ferner: Birnbaum, Karl E., *Peace Moves and U-Boat Warfare. A Study of Imperial Germany's Policy towards the United States April 18, 1916 – January 9, 1917*, Stockholm 1958, S. 1–46.

² Vgl. den Beschluß der Haushaltskommission v. 9.2.1915 sowie die Antwort des Reichskanzlers v. 12.2.1915 in: Schultheß 1916 I, S. 39. Dazu auch die Tagebucheintragungen Wild v. Hohenborns und Riezlers v. 20.2. bzw. 11.2.1916 in: Adolf Wild v. Hohenborn, *Briefe und Tagebuchaufzeichnungen*, S. 135, Dok. Nr. 72, bzw. Riezler, *Tagebücher*, S. 331 f., Dok. Nr. 653. Zu einer Erklärung Delbrücks im Bundesrat am 17.2.1916 vgl.: Deuerlein, Ernst, *Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870–1918. Dargestellt vornehmlich auf Grund bisher unveröffentlichter Akten des Bayerischen Geheimen Staatsarchivs/München, der Bayerischen Staatskanzlei/München, des Württembergischen Hauptstaatsarchivs/Stuttgart und des Badischen Generallandesarchivs/ Karlsruhe, Regensburg 1955*, S. 191.

³ Vgl. die dem Justizminister auf der Sitzung übergebene umfangreiche Denkschrift des Reichskanzlers v. 7.2.1916 in: Rep. 84a (D), Nr. 7997, n.f. Zu diesem Dokument auch Wild v. Hohenborns Tagebuchnotiz v. 20.1.1916 in: Adolf Wild v. Hohenborn, *Briefe und Tagebuchaufzeichnungen*, S. 129, Dok. Nr. 67. Zur im Prot. behandelten Kaffee-, Tee- und Kakaoeinfuhr: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 10 Bd. 1, n.f.

⁴ Ab 16.1.1917 war der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen tätig.

⁵ Zu den im Prot. erwähnten Koblenzer Erfahrungen mit Butterkarten vgl. Bott, John Patrick, *The German Food Crisis of World War I: The Cases of Coblenz und Cologne*, Univ. of Missouri at Columbia, Columbia/MO, PhD Diss. 1981.

⁶ Vgl. eine von Gf. Keyserlingk verfaßte Denkschrift v. 8.4.1916 in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 4 Bd. 1, Bl. 8–10v. Ferner das Telegramm Helfferichs an v. Falkenhayn v. 25(?) .11.1915 in: BArch, RK, Nr. 2458/9, Bl. 61v–62.

ihres Bedarfs *der zivilen Organisationen bedienen, denn es hat nichts so sehr zur Verwirrung des Marktes und zur Steigerung der Preise beigetragen, als daß die [...] militärischen Versorgungsstellen ohne Rücksicht auf die [...] Bevölkerung aufkaufen.* [B]

Nr. 157 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Februar 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 54–65v; MF 985.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U], R. Schulze [zu 1], Renaud [zu 2].

Weitere Teilnehmer: Kraetke [zu 1, U], Wahnschaffe, Heinrichs, R. Schulze [zu 1], Renaud [zu 2].

1. Kriegsfinanzierung. *Einer mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebenden außerordentlichen Reichsabgabe¹ kommt finanziell die wichtigste Rolle zur Deckung des Haushaltsdefizits zu. Einzelheiten, u.a. Forderung Bayerns nach einer Änderung in der Berechnung der Ausgleichsbeträge für die Überschüsse aus dem Reichspostwesen sowie die Einschränkung der Portofreiheit der Feldpostsendungen.* [B] — **2. Bestrebungen zur Gründung eines [...] Reichseisenbahnnetzes² sind abzulehnen, wobei die wichtigsten Gründe [...] im Reichstage nicht vom Regierungstische aus bekannt gegeben werden können. Schließlich wird durch die neue Struktur die Vormachtstellung Preußens verringert und das Parlament sich in die Verwaltung über Gebühr einmischen können, was insbesondere die Dienstzucht [...] und damit die Leistungsfähigkeit [...] empfindlich beeinträchtigen kann. Man muß deshalb in einer Erklärung³ die verkehrs- und finanztechnische Seite der Frage betonen. Zudem ist die Mehrzahl der eisenbahnbesitzenden Bundesstaaten dagegen. [B]**

¹ *Vgl. StenBerRT, Bd. 317, Drucks. Nr. 222. Dazu: Helfferich, Der Weltkrieg, S. 227–229; Roesler, Konrad, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Berlin 1967, S. 107.*

² *Ein Votum Helfferichs v. 7.2.1916 in: Rep. 90, Nr. 404, Bl. 125–125v. Breitenbachs Votum über die Frage der Gründung eines deutschen Reichseisenbahnnetzes v. 15.12.1915 sowie dazu antwortende Voten anderer Minister in: Rep. 77, Tit. 258 Nr. 1, Sonderheft 1, Bl. 2–9, 10–26 u. 28–30. Ferner Breitenbachs Aufzeichnung betreffend den Zusammenschluß der badischen und württembergischen Staatsbahnen mit den Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen v. 13.10.1915 in: BArch, RK, Nr. 69, Bl. 50–59; Voten und weiteres Material ebd., Bl. 39–46 u. 60–72. – Intensive Vorstöße im Reichstag gab es erst 1917; vgl. StenBerRT, Bd. 320, Drucks. Nr. 694 v. 23.3.1917.*

³ *Vgl. den Entwurf v. 14.3.1916 in: BArch, RK, Nr. 69, Bl. 100–102 mit Anschreiben des Reichskanzlers an den Präsidenten des Reichseisenbahnamtes Bl. 97–99.*

Nr. 158 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Februar 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 67–86; MF 985/986.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U], Siefert [zu 2].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [U], Wahnschaffe, Siefert [zu 2], Heinrichs.

1. Kriegsfinanzierung. *Da der Reichstag wie bei Wehrbeitrag und Besitzsteuer von 1913 einen Beitrag der Landesfürsten zu der Kriegsgewinnsteuer² fordern wird, bisher aber regierungsseitig davon ausgegangen wird, daß die Freiheit des Landesfürsten von den direkten Abgaben ein allgemeines deutsches Landesstaatsrecht ist und auch dem Reiche gegenüber gewahrt bleibt, sollen sich die Bundesfürsten [...] aus eigener Entschließung bereit erklären, freiwillig zu zahlen. Wilhelm II. muß die Initiative³ ergreifen. Eine andere Lösung erscheint kaum denkbar, denn die Verhältnisse verlangen eine gesetzliche Steuerpflicht der Fürsten im Reiche. [B] — 2. Reichsvereinsgesetz von 1908. Änderung v.a. zugunsten der Gewerkschaften⁴ als dem konservativen Element in der Sozialdemokratie. Nach Delbrück hat die Regierung [...] mit ihrer bisherigen Politik nichts erreicht. Die Gewerkschaften sind trotzdem [...] zu großer Macht gelangt und zu unentbehrlichen Gliedern des Wirtschaftslebens geworden. Man hat ein Interesse daran, sie zu unterstützen, um sie [...] frei zu machen von der Gefolgschaft gegenüber der Sozialdemokratie. Einzelheiten. [B] — 3. Bei der Behandlung der besetzten feindlichen Gebiete muß es als billige und selbstverständliche Folge des Krieges angesehen werden, daß sie die wirtschaftlichen Lasten und Nachteile mit Deutschland zu teilen haben. Einzelheiten betr. Kupfervorräte⁵ und Nußbäume in Belgien bzw. Russisch-Polen⁶. Hohe Bedeutung der Commission for Relief für die Nahrungsmittelversorgung in Belgien.⁷ [B]*

¹ Gelesen [U]: Trott zu Solz, Jagow.

² Vgl. den vom Reichsschatzamt am 19.1.1916 übersandten Entwurf eines Kriegsvermögenszuwachs- und Kriegsgewinnsteuergesetzes in: Rep. 120, C V Nr. 47 Bd. 1, Bl. 124–129; ebd., Bl. 132–136 u. 138 der Entwurf eines Kriegsgewinnsteuergesetzes v. 4.2.1916. Zu Forderungen im Reichstag vgl. z.B. Eduard David (SPD) bereits am 20.12.1915 in: StenBerRT, Bd. 306, S. 461. Dazu eine Stellungnahme Helfferichs am 13.4.1916: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 2. Bd., Düsseldorf 1981, S. 510 f.

³ Vgl. ein Votum Helfferichs v. 20.2.1916, die Entwürfe des Immediatberichtes v. 4.3.1916 und des Schreibens Wilhelms II. an die Bundesfürsten sowie deren Original-Antworten in: Rep. 90a, F III 3 Nr. 14, n.f. Die Mitteilung Valentinis an den Hausminister v. 6.3.1916 in: Rep. 89, Nr. 27353, n.f. — Ferner: Rep. 87, ZB Nr. 244, Bl. 89a–89cv; BArch, RK, Nr. 285, Bl. 34–36v; ebd., RAdI Nr. 15922, n.f.

⁴ Vgl. das Material in: Rep. 90, Nr. 2265, Bl. 94–179v, u.a. Bl. 176–179v mit einer Aufzeichnung Heinrichs' für Bethmann Hollweg in Vorbereitung der Sitzung.

⁵ Zu den geplanten Beschlagnahmen auch von kirchlichem Eigentum Ende 1917 vgl. Scheidgen, Hermann-Josef, Deutsche Bischöfe im Ersten Weltkrieg. Die Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz und ihre Ordinariate 1914–1918, Köln, Weimar, Wien 1991, S. 316–319.

⁶ Vgl. Rep. 90a, Y IX 5d Nr. 10 Bd. 1, n.f., u.a. mit einer Aufzeichnung Heinrichs' für Bethmann Hollweg in Vorbereitung der Sitzung. Ferner Voten sowie Berichte aus dem Generalgouvernement in: Rep. 90, Annex J Nr. 20, Bl. 177–180v, 199–207 u. 227–229; Rep. 89, Nr. 13221, Bl. 18–19.

⁷ Am 4.2.1916 äußerte Bethmann Hollweg im Ergebnis von Besprechungen mit dem Generalgouvernement Lerchenfeld gegenüber, daß man für das Weiterbestehen der „Relief Kommission“ jedes Opfer bringen müsse: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917, 1. T., S. 578, Dok. Nr. 237, Brief v. 5.2.1916. Zur amerikanischen Lebensmittelversorgung vgl.: Pirenne, Henri, La Belgique et la Guerre Mondiale, Paris, New Haven 1928, S. 132–165; Hoover, Herbert Clark, An American Epic, Bd. 1, The Relief of Belgium, Chicago 1959.

Nr. 159 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 88–95v; MF 986.

Anwesend [U]¹: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U], Hoffmann [zu 1].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Hoffmann [zu 1], Heinrichs.

1. Kriegsfinanzierung. Der Entwurf² eines Frachturkundenstempelgesetzes als Teil der Besteuerung des gesamten Verkehrs. Einzelheiten. [B] — **(2. Geschäftslage im Landtage, Einzelheiten, u.a. zum Gesetzentwürfe zur Einrichtung von Schätzungsämtern³ sowie zur Steuervorlage⁴.** Reichstag und Abgeordnetenhaus warten gegenseitig auf den Vortritt. Man muß aber die Steuervorlage als ein Schutzgesetz gegen etwaige Übergriffe des Reichstags durchbringen. Notwendigkeit, daß im Reichstag die Kriegssteuer⁵ auch gegen die Sozialdemokraten angenommen wird, bevor die neuen Kriegskredite⁶ beraten werden, deren Ablehnung⁷ durch die SPD unbedingt verhindert werden muß. — **3.** Die Verhandlungen zur Bewilligung von Freifahrtkarten⁸ für Mda. Im Plenum haben Abgeordnete in ungewöhnlich scharfer Form die bisherige Verweigerung als ein Mangel an Rücksicht der Regierung gegenüber den Wünschen des Hauses bezeichnet und sich sogar zu der Drohung verstiegen, ob man nicht seine Macht zeigen muß, indem man z.B. den Ministern die Repräsentationsgelder oder [...] andere Annehmlichkeiten verweigert. Ein derartiges Verhalten muß mit Nachdruck zurückgewiesen werden. Zustimmung der Regierung nur bei gleichzeitiger Regelung der Diätenfrage, wobei die Hauptsache die Verkürzung der Sessionen ist. [B])

¹ Gelesen [U]: Trott zu Solz.

² Vgl. StenBerRT, Bd. 317, Drucks. Nr. 226.

³ Vgl. den Kommissionsbericht v. 14.11.1916 einschl. Gesetzentwurf in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 270 A–E. Zu ministeriellen Arbeiten noch im 1. Halbjahr 1914 vgl. BArch, RAAdI Nr. 15904, n.f.

⁴ Vgl. Entwurf eines Gesetzes, betr. die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommenssteuer und zur Ergänzungssteuer v. 7.1.1916 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 24.

⁵ Vgl. den am 13.3.1916 vorgelegten Entwurf eines Kriegsgewinnsteuergesetzes in: StenBerRT, Bd. 317, Drucks. Nr. 223.

⁶ Über 12 Mrd. M. Vgl. den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1916, in: StenBerRT, Bd. 318, Drucks. Nr. 382.

⁷ Während am 7.6.1916 Ledebour für die SPD die Annahme der Kredite erklärte, lehnte Haase seitens der neu gegründeten Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft strikt ab; vgl. StenBerRT, Bd. 308, S. 1591 bzw. 1592.

⁸ Vgl. die im Prot. erwähnten Debatten in: StenBerAH, Session 1916/18, Sp. 1209–1228, die Wortmeldungen Schmeddings und Friedbergs Sp. 1212–1214 bzw. 1223–1226. Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 8, n.f.; Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 7 Bd. 2 u. 3, n.f.; Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 10 Bd. 1, n.f. Auch: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 16 Bd. 6, Bl. 238–245.

Nr. 160 Sitzung des Staatsministeriums am 6. März 1916.

Vollz. Reinschr., Bd. 165, Bl. 97–101v; MF 986.

Anwesend [U]¹: Delbrück [V], Tirpitz, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

¹ Gelesen [U]: Bethmann Hollweg, Wild v. Hohenborn.

Weitere Teilnehmer: v. Wandel, Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Infolge der Beschlagnahme der deutschen Schiffe durch Portugal *hat man diesem den Krieg erklärt², wobei es sich von Anfang des Krieges an nicht neutral, sondern direkt feindlich gegen Deutschland verhielt. Die Kämpfe an der Grenze von Deutsch-Südwestafrika und Angola. Der Vorteil einer Kriegserklärung [...] für die späteren Friedensverhandlungen hinsichtlich der portugiesischen Kolonien. Notwendige Rücksicht auf andere neutrale Länder, in welchen sich noch deutsche Schiffe befinden, v.a. Spanien und Brasilien. — 2.* Freifahrtkarten für Mda. Angriffe sind noch etwas energischer zurückzuweisen.³ [B]

² Zur Beschlagnahme am 23./25.2.1916 und zur Kriegserklärung am 10.3.1916 vgl. Wippermann 1916 I, 1, S. 386. Ferner: Rep. 90, Nr. 2428, Bl. 243–244. Die Erklärung Jagows im Bundesrat am 6.3.1916 in: StenBerBundesR, Jg. 1916, S. 192 f. (§ 194). Weiterhin: Wheeler, Douglas L., *Republican Portugal. A Political History 1910–1926*, Madison/Wisc. 1978, S. 127–132.

³ Geplant bei der 3. Etatsberatung im Abgeordnetenhaus, die am 20.3.1916 stattfand, in der aber das Problem nicht berührt wurde: vgl. StenBerAH, Session 1916/18, Sp. 1978–1994.

Nr. 161 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 15. März 1916.

Reinschr., Bd. 165, Bl. 1–8 nach Bl. 102; MF 986.

Anwesend: Bethmann Hollweg [V], Delbrück, Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helferich. — Prot.: A. v. Steinmeister.

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe.

1. *U-Boot-Krieg.* Streng vertrauliche Ausführungen Bethmann Hollwegs zur Frage eines rücksichtslosen U-Boot-Krieges¹, dem unmittelbar bevorstehenden Abschied von Tirpitz² und dem Verhältnis zu den USA³. Kritik Wilhelms II. zum Teil in drastischen Ausdrücken an den Plänen der Marine, denn es ist einerseits unmöglich, England durch U-Boote auf die Knie zu zwingen, andererseits dumm, sich den Krieg mit Amerika auf den Hals zu laden. Die Intrigenwirtschaft seitens des Reichsmarineamts und die Zensur in Marineangelegenheiten. Auch wenn Tirpitz sich große Verdienste erwarb, ist sein Rücktritt notwendig, denn im Reichsmarineamt hat sich eine Nebenregierung herausgebildet, die in jeder Weise die Politik durchkreuzt. Die Minister erklären ihre Zustimmung, auch wenn im Volke eine tiefgehende Erregung herrscht und man nicht weiß, wie hoch die Wellen [...] noch schlagen werden. Nach Delbrück liegt der Herd des Pessimismus im

¹ In der sehr umfangreichen Literatur wird das Prot. i.d.R. nicht erwähnt; eine Ausnahme: Kaulisch, Baldur, *Die Auseinandersetzung um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg innerhalb der herrschenden Klasse Deutschlands während des ersten Weltkrieges (Herbst 1914 bis Frühjahr 1917)*, Diss. A Berlin AdW 1970 (MS), S. 127 f., 133 sowie Anmerkungsteil, S. 38, Anm. 101. – Vgl. die Tagebucheinträge Wild v. Hohenborns v. 7. u. 10.3.1916 in: Adolf Wild v. Hohenborn, *Briefe und Tagebuchaufzeichnungen*, S. 139 f., 142–144, Dok. Nr. 76 u. 79.

² Ohne Hinweis auf die Sitzung: Tirpitz, *Politische Dokumente*, Bd. 2, S. 485–522.

³ Vgl. May, Ernest Richard, *The World War and American Isolation 1914–1917*, Cambridge 1959, S. 197–276; Jonas, Manfred, *The United States and Germany. A Diplomatic History*, Ithaca, London 1984, S. 95–115.

Abgeordnetenhaus. *Deshalb ist es die Hauptsache, daß es nicht sehr lange tagt.* — 2. Die Vertagung des Landtags⁴ und die Geschäftslage⁵. [B]

⁴ Das Abgeordnetenhaus vertagte sich am 22.3. auf den 30.5.1916. Vgl. *StenBerAH, Session 1916/18, Sp. 2135 u. 2146.*

⁵ Vgl. die Prot. der Beratungen des Seniorenkonvents am 8. u. 20.3.1916 in: *Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 14 Bd. 1, Bl. 79–81 u. 84–85 sowie die noch am 8.3. von Heinrichs verfaßte Aktennotiz: Bl. 83–83v.*

Nr. 162 Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 104–111v; MF 986/987.

Anwesend [U]: Delbrück [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U], L. Heinke.

Weitere Teilnehmer: v. Oven [für Wild v. Hohenborn], Lisco [U], Solf [U], Wahnschaffe, Heinke, Heinrichs.

Entwurf¹ eines Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet. *Frage, ob für Preußen und das Reich einheitliche Grundsätze hinsichtlich der Wertbemessung zur Anwendung kommen. Das Verfahren von 1871, als eine reichliche Kriegsentschädigung zur Verfügung stand. Einzelheiten.* [B]

¹ Vgl. *StenBerRT, Bd. 317, Drucks. Nr. 275. Ein als Anlage zur TO versandter Entwurf 5a für einen einzufügenden § 17a in: BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 141.*

Nr. 163 Sitzung des Staatsministeriums am 11. April 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 114–130; MF 987. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2265, Bl. 239–255; Rep. 90a, D I 1 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 224–240; Rep. 92, NL Braun A Nr. 19a I, n.f.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn², Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Richter [U], Caspar [U], Heinrichs.

Reichsvereinsgesetz von 1908. Änderung³ mit dem politischen Zweck einer Stützung des rechten Flügels der Sozialdemokratie. Das Problem der Ausdehnung der Bestimmungen [...] auf die Landarbeiter und auf die Eisenbahner sowie das der Teilnahme von Jugendlichen [...] an den Gewerkschaften. Frage Schorlemers, ob das Eindringen der Sozialdemokratie auf dem Lande eine ernste Gefahr bedeutet. Die Haltung der Parteien. Bethmann Hollweg weist auf die Möglichkeit hin,

¹ *Gelesen [U]: Delbrück.*

² Vgl. die hs. Notiz Heinrichs' v. 10.4.1916 zur Teilnahme des Kriegsministers in: *Rep. 90, Nr. 2265, Bl. 237.*

³ Vgl. *Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 2265, Bl. 226–236, ferner Bl. 200–211v eine Aufzeichnung über Unterredungen mit Vertretern von Reichstagsparteien sowie Bl. 224–225 die Eingabe der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands v. 4.4.1916. Mit Bezug auf das Prot.: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 224 f. (hier irrtümlich auf den 10.4.1916 datiert); Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 284–286, Dok. Nr. 123, v.a. S. 286.*

daß im Reichstag der Burgfriede durch die unerfreulichsten Debatten gestört wird, fragt aber zugleich, ob es noch einen Burgfrieden gibt angesichts des Auftretens der Konservativen und Nationalliberalen in der Frage des U-Boot-Krieges. Jüngst hat Heydebrand von der Lasa jegliche konservative Hülfe aufgekündigt. Bei einem anderen Kanzler ist aber mit seiner Partei wohl eine Änderung des Reichsvereinsgesetzes möglich. [B]

Nr. 164 Sitzung des Staatsministeriums am 26. April 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 134–142; MF 987. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Braun A Nr. 19a I, n.f.

Anwesend [U]¹: Beseler [V], Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

Der U-Boot-Krieg und die amerikanische Note² vom 20.4.1916 zum Sussex-Fall³ angesichts der angeblich gegen alle Menschlichkeit verstoßenden Methode der deutschen Kriegführung, bei der das Leben und das Eigentum der Neutralen nicht genügend garantiert wird. Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den USA wird voraussichtlich bald und gewissermaßen automatisch zum Kriege führen. Angesichts der Wirkung [...] auf die Neutralen muß Deutschland auf einen Kampf gegen die ganze Welt rechnen. Die Haltung von Österreich-Ungarn und der Türkei. Da eine Beendigung des Krieges durch die Unterseeboote zur Zeit⁴ nicht zu erzwingen ist, muß man Konzessionen machen, wenn sie mit Deutschlands Ehre vereinbar sind. Die Stimmung im Lande⁵ werde allerdings außerordentlich erregt werden. Es ist jedoch die Pflicht des Staatsministeriums, für den [...] Reichskanzler einzutreten; das Staatsministerium muß ihn stützen und ihm zur Seite stehen.⁶ Rechtzeitige Orientierung der Presse und der Parteiführer sowie umsichtige Pressezensur sind notwendig.

¹ *Gelesen: [U]: Bethmann Hollweg, Delbrück, Breitenbach, Wild v. Hohenborn.*

² *Der Text der v. 18.4. datierenden und am 20.4.1916 überreichten Note in: Wippermann 1916 I, 2, S. 854–857.*

³ *Versenkung des französischen Passagier-Dampfers „Sussex“ am 24.3.1916.*

⁴ *Zur Zeit hs. Zusatz Loebells.*

⁵ *Vgl. Oppelland, Torsten, Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914–1918, Düsseldorf 1995, S. 125–132.*

⁶ *Der Entwurf des Prot. wurde Delbrück und Breitenbach mit einem in der Akte beiliegenden Begleitschreiben Heinrichs' v. 27.4.1916 zugesandt, in dem es auf Bl. 131 heißt: Ich darf hinzufügen, daß die anwesenden [...] St[aats]M[inister] sämtlich mit dem beabsichtigten Vorgehen einverstanden waren und daß insbesondere vom Innenminister und dem [...] Landw[irtschafts]Min[ister] mit Nachdruck betont wurde, es sei Aufgabe des St[aats]M[inisteriums], in dieser ersten Lage dem [...] Reichskanzler zur Seite zu stehen.*

Nr. 165 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Mai 1916.

Reinschr., Bd. 165, Bl. 149; MF 987.

Anwesend: Beseler [V], Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Loebell. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Stieger [für Breitenbach], Cuny, Berndt [beide zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Schlieben [alle zu 2], Heinrichs.

1. Eine Pensionssache¹. [B] — 2. 13 Disziplinarsachen¹. [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 166 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Mai 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 145–152v; MF 987/988. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1353, n.f.; Rep. 90a, B III 7b Nr. 28 Bd. 1, Bl. 289–296v; Rep. 90a, E II 1 Nr. 4 Bd. 1, Bl. 202–209v; Rep. 90a, F III 3 Nr. 7 Bd. 2, n.f.; Rep. 90a, F III 3 Nr. 13 Bd. 2, n.f.; Rep 87, ZB Nr. 244, Bl. 98–105v; Rep. 92, NL Braun A Nr. 19a I, n.f.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: [P. Frh. v. Rheinbaben, U], Moesle.

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Richter, Moesle, P. Frh. v. Rheinbaben [für Heinrichs].

Kriegsfinanzierung. Die Steuervorlagen¹ im Reichstage. Die Änderungen am Entwurf² eines Kriegsgewinnsteuergesetzes, wodurch neben der Vermögenszuwachssteuer [...] eine selbständige Einkommenszuwachssteuer sowie nochmals ein Wehrbeitrag erhoben werden. In einer so schweren Zeit geht es nicht an, eine Steuer zu beschließen, die unter Umständen die Vermögenssubstanz verringert. Die Haltung der Parteien. Die zunehmende Inanspruchnahme direkter Steuern durch das Reich, obwohl auch die Finanzlage der Bundesstaaten und der Kommunen kriegsbedingt ganz außerordentlich bedrängt ist. Die Frage der Überantwortung der direkten Steuern an das Reich ist eine Lebensfrage der Bundesstaaten³ und auch Preußens, das aufgerieben wird zwischen den Kommunen und dem Reich. Dabei müssen aber gegenüber dem Erhalt des Reichskredits Befürchtungen einer Trübung des Verhältnisses zum [...] Landtage zurückstehen, denn die Bundesstaaten müssen auch finanziell selbständig bleiben. Deshalb ist unter allen Umständen ein Scheitern der Vorlage zu vermeiden. Einzelheiten. Mit dem Frieden kommt nach Helfferich der kritischste Punkt für die Volkswirtschaft und für die Finanzwirtschaft des Reichs, denn es werden bei der endgültigen Neuordnung der Finanzen [...] Besitz und Vermögen noch sehr kräftig [...] bluten müssen. [B]

¹ *Vgl. v.a. Entwurf eines Kriegsgewinnsteuergesetzes v. 13.3.1916 in: StenBerRT, Bd. 317, Drucks. Nr. 223. Die erste Debatte am 16. u. 22.3.1916 in: ebd., Bd. 306, S. 768–776 u. 778–836. Die zweite Beratung fand dann erst am 31.5.1916 statt. Der Kommissionsbericht v. 27.5.1916 in: ebd., Bd. 318, Drucks. Nr. 320. Angenommen als Kriegsteuergesetz v. 21.6.1916, RGBl., S. 561.*

² *Vgl. StenBerRT, Bd. 318, Drucks. Nr. 320, Anlage I u. II. In der Kommission umbenannt in Kriegsteuergesetz.*

³ *Vgl. das Schreiben Helfferichs an den bayerischen Finanzminister v. Breunig v. 11.5.1916 in: BArch, RK, Nr. 285, Bl. 176–179, sowie den Bericht Lerchenfelds über Beratungen mit den Bundesstaaten, in: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917, I. T., S. 520 f., Dok. Nr. 259, Schreiben v. 13.5.1916.*

Nr. 167 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Mai 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 155–165v; MF 988.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Beseler, Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: [P. Frh. v. Rheinbaben, U], Jung [zu 1].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel [U], Wahnschaffe, Frh. v. Stein [zu 1, U], Jung [zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben [für Heinrichs].

1. Versorgungslage. *Angesichts wachsender Knappheit der Lebensmittel¹ sind die Produktion zu erhöhen sowie die Verteilung [...] in eine straffe Hand zu legen durch die Schaffung eines Kriegsernährungsamts², das alle Behörden überragen und [...] auch zum Teil ausschalten kann. Bisher sind durch die Wahrnehmung der ressortmäßigen Zuständigkeiten Verzögerungen und Abschwächungen eingetreten. Es bedürfen die nahezu schrankenlosen Befugnisse der Militärbefehlshaber einer Regelung, denn durch den bisherigen Dualismus zwischen Militär- und Zivilbehörden sind Schwierigkeiten entstanden.³ Die Konzentration der Machtbefugnisse beim Reichskanzler berührt die verfassungsmäßige Zuständigkeit⁴ der Bundesregierungen auf dem Gebiete der Legislative, gibt aber die Möglichkeit, Lücken der Gesetzgebung zu schließen, auch vorgreifend Anordnungen zu treffen, [...] die dann aber dem Bundesrat unverzüglich vorzulegen sind. Das neue Amt soll allen nichtmilitärischen Behörden Anordnungen [...] erteilen [...] können, die Gesetzeskraft [...] für die Landeszentralbehörden besitzen. Darin liegt zweifellos eine Verfassungsänderung, was jedoch unerlässlich ist. Wenn dann noch die kommandierenden Generale [...] den Anordnungen des Kriegsministeriums auf dem Gebiete der Volksernährung folgen, ist dies die Schaffung einer Lebensmittel-Diktatur. Entschiedener Widerspruch allein von Schorlemer, der eine kollegiale Behörde verlangt, damit der Anspruch seines Ministeriums, an den Entschließungen des Direktoriums mit maßgebender Stimme beteiligt zu sein, gewährleistet ist. Da alles auf die zur Leitung berufene Persönlichkeit ankommt und mit v. Batocki⁵ jemand beauftragt wird, gegen den*

¹ *Vgl. die Denkschrift v. April 1916 zur Gestaltung der Ernährungswirtschaft im 3. Kriegsjahr in: Rep. 89, Nr. 32408, Bl. 183–193v; ferner den Immediatbericht Helfferichs v. 19.6.1916 in: Rep. 89, Nr. 32422, Bl. 7–64.*

² *Vgl. Voten und weiteres Material in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 7, n.f.; Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 3 Bd. 1. Ausführliche Dokumentation der Bildung des KEA in dem Bestand Preuß. Staatskommissar für Volksernährung: Rep. 197 A, Generalia A II Nr. 1 Bd. 1, beginnend mit Bl. 1–10v die Denkschrift des Vorsitzenden des Direktoriums der Reichsgetreidestelle Michaelis v. 23.3.1916 einschl. des ersten Entwurfs einer Bundesrats-VO bis hin zu den Voten und Denkschriften zu Vorberatungen und zur Sitzung Bl. 51–88v. Im Ergebnis der Sitzung wurden am 22.5.1916 die Bekanntmachungen über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung sowie über die Errichtung eines Kriegsernährungsamts erlassen, RGBL., S. 401 bzw. 402. – Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 9. Nachtrag v. 26.9.1916, in: StenBerRT, Bd. 319, Drucks. Nr. 403, S. 5f.; Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 2. Bd., S. 626–635, Sitzung am 24.5.1916. – Das Kriegsernährungsamt, in: Norddt. Allg. Zeitung Nr. 142 v. 23.5.1916 (A.). Ferner: Skalweit, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, S. 179–187; Feldman, Gerald D., Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin, Bonn 1985, S. 103–107.*

³ *Vgl. den Schriftwechsel des Innenministeriums über einzelne Konflikte mit Militärbehörden sowie Rundschreiben Wild v. Hohenborns an die Militärbefehlshaber im Inland v. 1.5.1916 bzw. Loebells an die Oberpräsidenten v. 2.5. zur Verbesserung der Zusammenarbeit in: Rep. 197 A, Generalia C I Nr. 4, Bl. 1 ff., die Rundschreiben Bl. 128–129 bzw. 198–198v.*

⁴ *Zu den Gesprächen Bethmann Hollwegs mit den Bundesstaaten vgl. sein Telegramm an Wilhelm II. v. 16.5.1916 in: Rep. 89, Nr. 3587, Bl. 1g–1i. Ferner Berichte über den Besuch des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batocki in Stuttgart am 18.7.1916 in: PA Bonn, R 1296, n.f.*

⁵ *Zur Personaldebatte vgl.: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917, 1. T., S. 521 f., Dok. Nr. 260, Schreiben Lerchenfelds v. 18.5.1916.*

Widerspruch [...] aus landwirtschaftlichen Kreisen nicht zu erwarten ist, läßt Schorlemer seinen Widerspruch fallen. [B] — 2. Die Vertagung des Landtags⁶. [B]

⁶ Vgl. die Protokolle des Seniorenkonvents des Abgeordnetenhauses v. 10. u. 24.5.1916 in: Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 14 Bd. 1, Bl. 88–89 bzw. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 13, n.f.

Nr. 168 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Mai 1916.

Vollz. Reinschr., Bd. 165, Bl. 168–170; MF 988. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 13, n.f.; Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 14 Bd. 1, Bl. 94–96; Rep. 87, ZB Nr. 129, Bl. 163–165; PA Bonn, R 4260, Bl. 27–29.

Anwesend¹: Bethmann Hollweg [V, U], Delbrück, Breitenbach [U], Beseler [U], Sydow [U], Trott zu Solz [U], Schorlemer [U], Lentze [U], Jagow [U], Helfferich [U]. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

Verabschiedung von Delbrück.² Begrüßung von Breitenbach als Vizepräsidenten. — Gestaltung der bevorstehenden Landtagssession. Einzelheiten. Die Annahme des Steuergesetzes³ im Herrenhause ist keineswegs ganz sicher. [B]

¹ Gelesen [U]: Loebell, Wild v. Hohenborn.

² Vgl. Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung, S. 197, 317–319; Helfferich, Der Weltkrieg, S. 235 f.

³ Gemeint ist der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommenssteuer und zur Ergänzungssteuer v. 7.1.1916 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 24.

Nr. 169 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Mai 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 172–175v; MF 988.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Lentze, Loebell, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Ernennungen, u.a. Frh. v. Tschammer und Quaritz zum Statthalter in Elsaß-Lothringen, T. v. Jagow zum Regierungspräsidenten in Breslau und H. v. Oppen zum Berliner Polizeipräsidenten. [B] — 2. Arbeitsplan des Landtags². Einzelheiten, u.a. die Steuervorlage und die Haltung der konservativen Parteien des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses dazu; die Zweckmäßigkeit

¹ Gelesen [U]: Beseler, Jagow, Wild v. Hohenborn.

² Das in der Sitzung erwähnte Prot. des Seniorenkonvents des Abgeordnetenhauses v. 24.5.1916 in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 13, n.f. Auch: Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 14 Bd. 1, Bl. 97–98v; ferner Bl. 101–101v Notizen Heinrichs' zu einem Schreiben an den Herrenhauspräsidenten Gf. Arnim.

der Behandlung des Wohnungsgesetzes³ angesichts der Sorge, daß diese Materie anderenfalls reichseinheitlich geregelt wird. Möglichst späte Zusammenkunft des Landtags, weil sonst bei dem Mangel an Beratungstoff die Ernährungsfrage [...] unerwünschten Raum in den Verhandlungen einnimmt. [B]

³ Vgl. den Entwurf in: *StenBerAH, Session 1914/15, Drucks. Nr. 16 v. 23.12.1913. Zur Frage der reichseinheitlichen Regelung vgl. den 1. Bericht (Teilbericht) der 10. Kommission v. 12.5.1916 zur Beratung aller das Wohnungswesen betreffenden Anträge und Petitionen, in: StenBerRT, Bd. 318, Drucks. Nr. 295.*

Nr. 170 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Juni 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 177–181v; MF 988. — Abschr.: PA Bonn, R 1363, n.f.

Anwesend [U]¹: Breitenbach [V], Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

Beamtenpolitik. Der vom Generallandschaftsdirektor W. Kapp gegen den Reichskanzler öffentlich erhobene Vorwurf der Unfähigkeit und Schwäche² als Reaktion auf einen disziplinarischen Verweis wegen seiner Denkschrift³ zur Regierungspolitik. Indem jetzt Kapp den sachlichen Streit [...] auf das persönliche Gebiet geschoben hat, bedeutet dies eine Verletzung der Beamtendisziplin, die alles überschreitet, was ein Beamter, auch ein mittelbarer Staatsbeamter, sich erlauben darf und die nur mit Entfernung aus dem Amte beantwortet werden kann. Diskussion zur Verfahrensweise. Kein Disziplinarverfahren, sondern Nichtbestätigung im Amt, um möglichst wenig Anhaltspunkte für eine neue Polemik⁴ zu bieten. [B]

¹ Gelesen [U]: Bethmann Hollweg, Beseler, Lentze, Wild v. Hohenborn.

² Vgl. die Stellungnahme Kapps v. 14.6.1916 in: *Wippermann 1916 I, 2, S. 1186. Dazu offiziös: Politischer Tagesbericht v. 21.6.1916, in: Norddt. Allg. Zeitung Nr. 171 v. 22.6.1916 (1. A.). Zur Duellforderung vgl. das Schreiben Kapps an Schorlemer v. 18.6.1916 in: PA Bonn, R 1363, n.f. Mit Bezug auf die Sitzung: Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, 3. Bd., S. 218, v.a. Anm. 4 (S. 627); Kaulisch, Die Auseinandersetzung um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, S. 163; Hagenlücke, Heinz, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997, S. 130 f.*

³ Die nationalen Kreise und der Reichskanzler. Denkschrift. Nicht zur Veröffentlichung bestimmt, Königsberg Pr. 1916, 51 S. (ms. vervielf.), in: *Rep. 77, Tit. 874 K, Nr. 28, Bl. 3–30v; hier auch weiteres Material. Im Beiheft zu dieser Akte eine Sammlung von Pressestimmen. Die Denkschrift ebenso in: Rep. 89, Nr. 667, Bl. 189–216v; PA Bonn, R 1363, n.f.*

⁴ Bethmann Hollweg hatte in ungewöhnlich scharfer Form bereits am 5.6.1916 öffentlich geantwortet, vgl. *StenBerRT, Bd. 307, S. 1509–1512, hier S. 1511; ferner am 6.6.1916: ebd. S. 1536 f., hier S. 1537. Zur Pressereaktion vgl. Wippermann 1916 I, 2, S. 1172–1174. – Am 22.6. verbreitete die Norddt. Allg. Zeitung eine Stellungnahme, auf die Kapp mit einer Notiz zur Entscheidung des Staatsministeriums v. 20.6. reagierte; während dieses ausdrücklich beschlossen hatte, von einer Veröffentlichung Abstand zu nehmen. Die Stellungnahme in: Wippermann, ebd., S. 1186 f.*

Nr. 171 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Juli 1916.

Vollz. Reinschr., Bd. 165, Bl. 183–185v; MF 988.

Anwesend [U]¹: Breitenbach [V], Beseler, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Zwei Ernennungen. Entbindung v. Batockis von seinem Amte als Oberpräsident der Provinz Ostpreußen und Übernahme der Leitung des Kriegsernährungsamts. Die Ausgestaltung des Amtes sowie die Abgrenzung seiner Zuständigkeit.² Keine Zurückführung in das Reichsamt des Innern zum 1. September, auch wenn dann die schweren Gefahren gebannt sind, welche der Volksernährung in den nächsten Wochen noch drohen sowie die schwersten Mißstände der bisherigen Organisation [...] gemildert sind. Es muß jedes Nebeneinanderregieren verschiedener Reichsstellen auf das Ernährungsgebiet ausgeschlossen werden. Der Versuch General Groeners, bei der Tätigkeit des Kriegsernährungsamts die preußischen Landesbehörden möglichst auszuschalten und durch eine militärische Organisation zu ersetzen. Vorschlag des Landeshauptmanns F. v. Berg als neuen Oberpräsidenten in Ostpreußen. [B] — 2. Vorträge aus dem Gebiete der praktischen Verwaltung für den Kronprinzen.³ Wilhelm II. hat den Auftrag an Landrat H. Frh. v. Maltzahn zurückgezogen.

¹ Gelesen [U]: Bethmann Hollweg, Sydow, Jagow, Wild v. Hohenborn, Helfferich.

² Vgl. das Schreiben v. Batockis an den Reichskanzler v. 2.7.1916 in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 3 Bd. 1, Bl. 91–92v. Vgl. ferner u.a. die Schreiben des Innenministers betr. die ihm unterstellten Behörden an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. 9.6. bzw. 4.7.1916 in: Rep. 197 A, Generalia A II Nr. 1 Bd. 1, Bl. 109–110v u. 120–121. Zum Verhältnis von Groener zum Kriegsernährungsamt vgl. den Bericht über die Vorstandssitzung am 29.9.1916 in ebd., Bl. 151–154. Schon die Beschwerde Steins über Michaelis v. 7.4.1917 sowie dessen Antwort v. 11.4. in: Rep. 197 A, Generalia A I Nr. 4, Bl. 11–14v. Ferner: Adolf Wild v. Hohenborn. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, S. 157 f., Dok. Nr. 96, Tagebuchnotiz v. 4.6.1916.

³ Vgl. die Mitteilungen des Geheimen Zivilkabinetts v. 22.6.1916 in: Rep. 89, Nr. 3652, Bl. 208–208v sowie die darauf beruhende Loebells v. 30.6.1916 in: BArch, RAAdI Nr. 6112, Bl. 21. Maltzahns Stellung war schon seit Ende 1914 wegen Indiskretionen sowie seiner kritischen Haltung zur Politik Bethmann Hollwegs sehr unsicher geworden. Hierzu und bis zur tatsächlichen Ablösung 1916, u.a. mit dem sehr privat gehaltenen Briefwechsel zwischen Valentini und Loebell, vgl. Rep. 89, Nr. 3137/1. – Gemäß Telegramm Nr. 361 des Legationsrates Grünau im Großen Hauptquartier an das Auswärtige Amt v. 18./19.6.1916 galt v. Maltzahn als Verbreiter eines Gerüchtes, daß dem Auswärtigen Amt der Sieg bei Skagerrak unangenehm gewesen sei, weil er einen bereits eingeleiteten schimpflichen Frieden mit England störte. Grünau wurde daraufhin gemäß Weisung Wilhelms II. aus der Umgebung des Kronprinzen entfernt. Vgl. die Telegramme Nr. 365 u. 370, in: PA Bonn, R 1363, das Zitat aus dem 3. Stück. Treutler ergänzte gegenüber dem Reichskanzler am 27.6., daß dies nicht mit dem Vorstoß für Hindenburg zusammenhänge, sondern auf Allerhöchste Initiative auf Grund der Verleumdung Euerer Exzellenz (Seeschlacht) erfolgt sei; ebd., Nr. 377. Ab Herbst 1916 gab es Vorträge durch F. W. Frh. v. Prittwitz; vgl. Jonas, Der Kronprinz, S. 139.

Nr. 172 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Juli 1916.

Reinschr., Bd. 165, Bl. 186; MF 988.

Anwesend: Beseler [V], Breitenbach, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell. — Prot.: [Heinrichs].

Weitere Teilnehmer: Berndt, v. Guérari, Matibel [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 2, U¹], A. v. Steinmeister, v. Schlieben [beide zu 2], Heinrichs.

1. Zwei Pensionssachen². [B] — 2. Fünf Disziplinarsachen². [B]

¹ Die Unterschrift erfolgte i.V., vermutlich für den Protokollführer Heinrichs.

² Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 173 Sitzung des Staatsministeriums am 19. August 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 188–202v; MF 988/989. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2428, Bl. 291–304; Rep. 90, Nr. 2433, Bl. 2–15; Rep. 90, Annex J Nr. 2, n.f.; Rep. 90, Annex J Nr. 7, n.f. (Textverlust¹); PA Bonn, R 4260, Bl. 30–45; Druck²: *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Documents*, hrsg. v. André Scherer u. Jacques Grunewald, t. 1, Paris 1962, S. 440–454, Dok. Nr. 311.

Anwesend [U]³: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

Bericht Bethmann Hollwegs zur politischen und militärischen Lage, die schwer und ernst, aber nicht [...] bedrohlich ist. Einzelheiten, v.a. zu den Kämpfen um Verdun, zur Ausdehnung des Befehlsbereichs Hindenburgs⁴ sowie zum bedenklichen Zustand der österreichisch-ungarischen Armee. Die außenpolitische Lage, v.a. die Haltung Rumäniens, die im allgemeinen [...] von den militärischen Ereignissen abhängt. Friedensaussichten seien jetzt ebensowenig und noch weniger als früher vorhanden.⁵ Die innenpolitischen Verhältnisse. Da man die größte wirtschaftliche Not [...] wohl überstanden hat, ist die Hoffnung berechtigt, daß eine weitere Herabstimmung des Kriegsgeistes [...] durch wirtschaftliche Verhältnisse nicht veranlaßt wird. Dennoch zunehmende Friedenssehnsucht. Dabei ist die U-Bootfrage [...] wieder in den Vordergrund getreten. Es wird aber jetzt ein Bruch mit Amerika noch schlimmer als im Mai, wo eine wirtschaftliche Katastrophe drohte. Hetzereien der Alldeutschen in Süddeutschland, um durch Aufpeitschung der partikularistischen Bestrebungen ihr Ziel zu erreichen. Die Eingabe an sämtliche Bundesfürsten und die Adresse⁶ an den König von Bayern, v.a. als Versuch einer Ausspielung des Hauses Wittelsbach gegen das Haus Hohenzollern. Einzelheiten zu den Treibereien gegen den Reichskanzler und die Person des Kaisers. Es ist dieser Pamphletliteratur entgegenzutreten, weil sonst unhaltbare Zustände eintreten [...], die eine große Gefahr für die Monarchie in sich bergen. Es ist das Volk wiederaufzurichten und in die Höhe zu führen, auch durch verstärktes Engagement der Geistlichen und Lehrer, und klarzumachen, daß Deutschland jetzt nicht in der Lage ist, ein Ende des Krieges herbeizuführen. Man kann nicht wie die Gegner sinkenden Mut durch die

¹ Die S. 3–8 des Textes sind aus der Akte herausgeschnitten.

² Mit geringfügigen Abweichungen.

³ Gelesen [U]: Lentze, Wild v. Hohenborn.

⁴ Als Oberbefehlshaber Ost. Vgl.: *Der Weltkrieg 1914 bis 1918*, 10. Bd., Berlin 1936, S. 523–537.

⁵ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, S. 206.

⁶ Gedr. in: *Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917*, 1. T., S. 660–667, Dok. Nr. 279, Anlage zum Brief Lerchenfelds v. 9.8.1916. Der Briefwechsel Juli/Aug. 1916 wird von diesem Thema dominiert, vgl. ebd., S. 631–660. Ferner: Deuerlein, *Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten*, S. 195–197 u. 287–292.

Proklamierung maßloser Kriegsziele aufpeitschen, denn die breiten Massen *stehen* wohl für das Vaterland *im Kampf*, aber nicht für eine derartige Expansionspolitik.⁷ *Notwendigkeit der Neuorganisation der offiziellen Presse*⁸ *sofort nach* Eintritt des Friedens. *Frage, ob ein stärkeres persönliches Hervortreten der Minister wie in England sinnvoll ist. Das Scheitern der Gründung des „Deutschen Nationalausschusses“*⁹ *Kontroverse in der polnischen Frage*¹⁰. *Es ist gefährlich [...], den Schutz der östlichen Grenze Österreich anzuvertrauen. Da aber eine Annexion Polens [...]* nicht in Frage *kommt, sieht Bethmann Hollweg die einzige Möglichkeit darin, unter Vorbehalt einer strategischen Grenzberichtigung eine Autonomie zu gewähren. Für Loebell erscheint dies nur als das kleinere Übel, denn je selbständiger und freiheitlicher man das neue Polen ausgestaltet, desto mehr werden dorthin die Polen aus Deutschland gravitieren. Während mit Wien Einverständnis erreicht*¹¹ *wurde, daß der beim Schlusse des Krieges zu schaffende polnische Staat militärisch und politisch [...]* eng an Deutschland *anzugliedern ist, besteht über die Form der wirtschaftlichen Angliederung noch keine Einigung. Die Zukunft von Litauen*¹² und Kurland.

⁷ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 498.

⁸ Vgl. Rep. 90, Nr. 2433, Bl. 22–39, zur Herausgabe der Korrespondenz „Deutsche Kriegsnachrichten“ und Bl. 40–47 das Prot. einer von der OHL veranlaßten Besprechung zur Propaganda v. 20.11.1916. Mit Bezug auf das Prot.: Koszyk, Kurt, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968, S. 67. Zu Plänen vom Aug. 1914 zur Gründung einer neuen Zeitung vgl. BArch, RA I Nr. 15898.

⁹ Vgl. ein Schreiben Loebells an Valentini v. 6.7.1916 mit Anlagen in: Rep. 89, Nr. 667, Bl. 230–237. Mit Bezug auf das Prot.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 404–406.

¹⁰ Zum Ergebnis vorliegender Sitzung vgl. das Votum Loebells v. 5.9.1916 in: Rep. 90, Annex J Nr. 7, n.f. – Vgl. aus der umfangreichen Literatur mit Bezug auf das Prot.: Grosfeld, Leon, *Polityka państw centralnych wobec sprawy polskiej w latach pierwszej wojny światowej*, Warschau 1962, S. 148, zu den ebenfalls im Prot. erwähnten Wiener Verhandlungen ebd., S. 125–127; Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, 3. Bd., S. 264 f. Ferner: Conze, Werner, *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, Köln, Graz 1958, S. 165–225; Lemke, Allianz und Rivalität, S. 253–272, 307–320 u. 328 f.

¹¹ In den Wiener Vereinbarungen v. 11. u. 12.8.1916, deren Schlußdokument mehrfach gedruckt vorliegt, u.a. in: *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Documents extraits des archives de l'office allemand des Affaires étrangères*, hrsg. v. André Scherer u. Jaques Grunewald, t. 1, Paris 1962, S. 427, Dok. Nr. 303.

¹² Zum Einfluß der polnische Frage auf die Entwicklung in Litauen vgl. Linde, Gerd, *Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg*, Wiesbaden 1965, S. 72–79.

Nr. 174 Vertrauliche Sitzung des Staatsministeriums am 28. August 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 204–208; MF 989. — Abschr.: PA Bonn, R 4260, Bl. 46–49v; Druck¹: *L'Allemagne et les problèmes de la paix*, t. 1, S. 461–465, Dok. Nr. 318.

Anwesend [U]²: Bethmann Hollweg [V], Beseler, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich. — Prot.: A. v. Steinmeister [U].

Weitere Teilnehmer: v. Wandel, Wahnschaffe.

¹ Mit geringfügigen Abweichungen.

² Gelesen [U]: Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Wild v. Hohenborn.

Die Kriegserklärungen von Italien und Rumänien. Deutschland muß den Krieg auch an Rumänien erklären, [...] da Österreich sonst ganz zusammenbricht.³ Einverständnis des Staatsministeriums. Die Lage wird wohl noch ernster.⁴ Es ist aber fraglich, ob die Stimmung im Lande [...] noch schlechter oder der Willen zum Durchhalten verstärkt wird. Die Aufgabe der Staatsregierung liegt darin, auf möglichste Besserung hinzuarbeiten. Angesichts der veränderten Lage soll dem Reichstage Gelegenheit gegeben werden, sich [...] zu äußern, während ein frühzeitiges Zusammen-treten des preußischen Landtags jedoch nicht erforderlich ist. Unentschiedene Diskussion, ob es an der Zeit ist, zum rücksichtslosen Unterseebootkrieg überzugehen,⁵ denn durch das Vorgehen Rumäniens sind manche Gründe dagegen fortgefallen. In jedem Fall wird ein erheblicher Rückgang der Zufuhren an Lebensmitteln aus neutralen Ländern eintreten. Zweifellos ist ebenso der Bruch mit Amerika. [B]

³ Vgl. Silberstein, Gerard E., *The Troubled Alliance. German-Austrian Relations 1914 to 1917*, Lexington (Kent.) 1970, S. 179–333, zu den Rückschlägen 1916 v.a. S. 302–333.

⁴ Zur Situation vgl.: Riezler, *Tagebücher*, S. 372–374, Eintragung v. 30.8.1916. Mit Bezug auf das Prot.: Schellenberg, *Probleme der Burgfriedenspolitik*, S. 264 f.; *Deutschland im ersten Weltkrieg*, Bd. 2, S. 402.

⁵ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: *Deutschland im ersten Weltkrieg*, Bd. 2, S. 383.

Nr. 175 Sitzung des Staatsministeriums am 21. September 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 210–224v; MF 989.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. *Die zukünftige staatliche Gestalt Polens sowie die Forderung der deutschen und österreichisch-ungarischen OHL nach Nutzbarmachung der polnischen Bevölkerung für den Heeresdienst angesichts der Ersatzschwierigkeiten¹. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung eines Manifestes², in dem den Polen bestimmte Zusagen wegen der Erlangung der Selbständigkeit gemacht werden, und die Werbung für ein Freiwilligenkorps. Schwere Bedenken einzelner Minister, die aber angesichts der mit [...] großem Ernst geltend gemachten militärischen Anforderungen verdrängt werden. Unklarheit, ob ein Sonderfrieden mit Rußland, dem zwar augenblicklich keinerlei Chancen gegeben werden, generell erschwert wird. Frage, ob das Völkerrecht [...] nicht verletzt wird, wenn Einwohner des eroberten Landes zum Kriegsdienst gegen den bisherigen Landesherren herangezogen werden, was ja als ein Treubruch und eine Felonie zu werten ist; schließlich muß Deutschland [...] Wert darauf legen, völkerrechtlich unantastbar dazustehen. Keine Werbung unter den in Deutschland befindlichen polnischen Arbeitern und Militärgefangenen wegen Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft und in den industriellen Kriegsbetrieben. Die zu erwartenden Schwierigkeiten [...] für die preußische Polenpolitik³ und die Stellung des [...]*

¹ Vgl. den Entwurf einer Denkschrift des Reichskanzlers an Hindenburg v. Sept. 1916 in: *BArch, RAAdI Nr. 6112, Bl. 52–58*. Ferner: *Der Weltkrieg 1914 bis 1918*, 10. Bd., S. 626–628; ebd., 11. Bd., Berlin 1938, S. 41–44.

² Am 5.11.1916. Vgl. den Druck in: *Wippermann 1916 II*, 2, S. 937. Mit Bezug auf das Prot.: Steglich, *Wolfgang/ Winterhager, Wilhelm E., Die Polenproklamation vom 5. November 1916*, in: *MGM Nr. 1/1978 (= H. 23)*, S. 116.

³ Seit dem 2. Halbjahr 1915 fanden Diskussionen zur Neuorientierung der Polenpolitik statt. Dazu *Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 8, Bd. 8 adhib* sowie *Bd. 9, hier v.a. Bl. 72–75, 84–91, 101–104 u. 112–117 Einladungen und Prot. der kommissarischen Beratungen ab Mai 1916* sowie *Bl. 118–118v das Votum Loebells v. 5.9.1916 zur Sitzung des Staatsministeriums; schließlich Bl. 177–187v das zusammenfassende Votum Loebells v. 16.10.1916. Mit Bezug auf das Prot.: Kaulisch, *Die Auseinandersetzung um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg*, S. 175.*

Reichskanzlers. *Notwendigkeit*, rechtzeitig mit der Presse und den Parteiführern Fühlung zu nehmen.⁴ *Während aber Loebell den Kampf um den Boden in den gemischtsprachigen Provinzen nicht aufgeben will und nur die Mittel, mit denen gekämpft wird, zu ändern bereit ist, stimmt Bethmann Hollweg mit Trott zu Solz darin überein, daß die Polenpolitik sich in einer Sackgasse befindet und man einen anderen Standpunkt einnehmen muß wie vor dem Kriege. Dabei muß Polen als kein vollkommen selbständiges, sondern ein von Deutschland abhängiges Gebilde mit eigener Verwaltung und [...] Spitze geschaffen werden unter deutscher militärischer Vorherrschaft als Pufferstaat zu Rußland einschließlich strategischer Grenzregulierungen zu [...] Gunsten Deutschlands. In einem zukünftigen Kriege wird nach Schorlemers Überzeugung schließlich Polen der Kriegsschauplatz sein. [B] — 2. Glückwünsche für Beseler zum 75. Geburtstag.*

⁴ *Vgl. die Aufzeichnungen Heinrichs' sowie die vielfältige Protokollnotiz zur Beratung Breitenbachs, Loebells und Lentzes mit den Führern der „Ostmarkenmehrheit“ des Abgeordnetenhauses am 29.9.1916 in: Rep. 90, Annex J Nr. 7, n.f. Mit Bezug auf das Prot.: Lemke, Allianz und Rivalität, S. 347–349.*

Nr. 176 Vertrauliche Sitzung des Staatsministeriums am 8. Oktober 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 228–244v; MF 989/990. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2428, Bl. 321–333v; Rep. 90, Annex J Nr. 7, n.f.; Rep. 84a (M), Nr. 7101, n.f.; Rep. 120, CB I Nr. 150, n.f.; Druck: L'Allemagne et les problèmes de la paix, t. 1, S. 492–508, Dok. Nr. 341.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: H. H. v. Beseler [U], Wahnschaffe, Heinrichs.

Die zukünftige staatsrechtliche Gestaltung Polens.¹ *Bericht des Generalgouverneurs H. H. v. Beseler und Diskussion.* Deutschland habe im Osten unter den schlechten Grenzen schwer gelitten. Diese weiter vorzuschieben, ist das anzustrebende Ziel ohne nochmalige Teilung Polens oder seine Anlehnung [...] an Österreich-Ungarn. *Deshalb Schaffung eines selbständigen Polen unter Anlehnung an Deutschland als Pufferstaat. Abschluß v.a. einer Militärkonvention². Einzelheiten, auch zum beginnenden Staatsaufbau bereits durch die Verwaltungstätigkeit des Generalgouvernements. Möglichkeiten zum Zusammenwirken mit dem polnischen Klerus, der von oben den Wink erhalten hat, für den Aufbau eines selbständigen Polen unter Anlehnung an Deutschland einzutreten. Der deutsche Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet, die künftige Eisenbahnverwaltung und der enge Zollanschluß. Die militärpolitische Gesamtlage und die Friedensaussichten. Gefahr, daß Deutschland über kurz oder lang gezwungen ist, aus Nahrungsmangel Frieden zu schließen. Frage, ob eine sofortige Polenproklamation einen Sonderfrieden mit Rußland behindert.³ Die Wirkung auf die öffentliche Stimmung in Deutschland,*

¹ *Vgl. aus der umfangreichen Literatur mit Bezug auf das Prot.: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 65 f.; Geiss, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918, S. 113; Grosfeld, Polityka państw centralnych, S. 150–152; Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, 3. Bd., S. 638, Anm. 26; Lemke, Allianz und Rivalität, S. 336 f., 341 (Anm. 71) u. 349–351.*

² *Vgl. den vorläufigen Entwurf, abgedr. bei: Basler, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum, S. 393–395.*

³ *Vgl. rückblickend: Bethmann Hollweg, Theobald v., Betrachtungen zum Weltkriege, 2. T., Berlin 1921, S. 87–106, v.a. 98–106.*

die durchaus schlecht, ja gefährlich und von zunehmendem Mißtrauen gegen die leitenden Männer gekennzeichnet ist. Deshalb muß man die Parteiführer und die Presse zu einem richtigen Verständnis der jetzigen Lage der polnischen Frage bringen.⁴ Appell Loebells, daß es eine eiserne Konsequenz und eine hohe Staatskunst ist, wenn man trotz allem die Ansiedlungspolitik kräftig fortführt, um die Grenzprovinzen [...] mit deutschen Elementen zu durchsetzen. Forderung Loebells, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg mit voller Kraft gegen England einsetzen muß. Mitteilungen über die bisherigen Ergebnisse. [B]

⁴ Vgl. die Aufzeichnungen Heinrichs' über Besprechungen mit Parteiführern am 9. u. 21.10.1916 in: Rep. 90, Annex J Nr. 7, n.f.

Nr. 177 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Oktober 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 246–260; MF 990.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U], Meister [zu 2], A. v. Steinmeister [zu 3].

Weitere Teilnehmer: Kraetke, Lisco, Gf. v. Roedern [alle zu 3, U], Wahnschaffe, Meister [zu 2], Heinrichs.

(1. Ernennung² des Gf. v. Kospoth zum Wirkl. GehR. [B]) — 2. Freifahrtskarten für Mda. Der schwache Besuch des Abgeordnetenhauses kann ja manche Bequemlichkeit mit sich bringen, ist aber letzten Endes doch unwürdig, zumal höhere Anwesenheit die Ausschaltung des manchmal recht lästigen überwiegenden Einflusses der wenigen Berufsparlamentarier möglich macht. Einzelheiten. Bleibt die Reichsregierung gegenüber dem Reichstage fest, dann wird es die preußische [...] auch, schließlich ist die Staatsautorität gefährdet. Jetzt kommt durch die verständige Haltung des größten Teiles der Sozialdemokratie sowie die Unschädlichmachung des Abgeordneten Liebknecht³ [...] eine Schließung des Reichstags überhaupt nicht mehr in Frage. Mögliche Schwierigkeiten bei einem gemeinsamen Operieren von Mda und MdR, denn ihr Konspirieren miteinander ist wahrscheinlich. [B] — 3. Verwaltungsreform. Verminderung der Ausgaben für Beamtengehälter durch Vereinfachung der Behördenorganisation⁴ wegen der großen öffentlichen Lasten [...] nach dem Kriege. In der Not hat es sich gezeigt, daß mit einer weit geringeren Zahl von Beamten auszukommen ist. Frühere Bemühungen der Immediatkommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform⁵ scheiterten. Einzelheiten, u.a., ob die Regierungen oder die Oberpräsidien zu beseitigen sind. Die notwendige Fühlung zwischen Verwaltung und Justiz in Abstimmung mit dem Reichsjustizamt. In einer neuen Kommission dürfen die Mitglieder von Anweisungen ihrer Ressortchefs nicht abhängig sein. Widerspruch Breitenbachs, denn es ist

¹ Gelesen [U]: Jagow.

² Am 22.10.1916. — Zu den im Prot. erwähnten Vorgängen von 1905 vgl. Rep. 90, Nr. 309, n.f. Vgl. ferner die Sitzung am 27.4.1907, TOP 7.

³ K. Liebknecht wurde am 1.5.1916 während einer Demonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin verhaftet und am 23.8. bzw. 4.11.1916 (letztinstanzlich) zu einer Zuchthausstrafe mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

⁴ Vgl. das Votum des Finanzministers v. 19.8.1916 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 adhib Bd. 3, Bl. 134–140v, sowie Bl. 148–154v andere Voten. Hier auch weiteres Material.

⁵ Die mit Allerh. Erlaß v. 7.6.1909 gebildete Kommission wurde mit Erlaß v. 3.1.1917 aufgelöst; vgl. den Aktenvermerk in: Rep. 90a, B III 6 Nr. 46 Bd. 1, Bl. 44.

zweifelhaft, ob die [...] Verwaltung *eine derartige Reform braucht*. Die Regierungen *sind* das Rückgrat *und haben höchstens Mängel, die unschwer beseitigt werden können*. Jetzt geht es nur um deren Ausmerzung, während es sich vor 100 Jahren *hingegen* um die Beseitigung schwerer Mißstände *handelte*. Insgesamt ist nach dem Kriege [...] die Erschließung von neuen großzügigen Einnahmequellen (Monopolen usw.) *dringend notwendig*. Forderung nach besserer Ausbildung der höheren Beamten *hinsichtlich* allgemeine Bildung *sowie* auf wirtschaftlichem Gebiete. [B]

Nr. 178 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Oktober 1916.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 165, Bl. 262–272; MF 990.

Anwesend [U]¹: Breitenbach [V], Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Wild v. Hohenborn, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

(1. Die Vertrauensmännerversammlung des unabhängigen Nationalausschusses² vom 15.10.1916 in Räumen des Abgeordnetenhauses und die persönlichen Angriffe gegen den [...] Reichskanzler.³ Die Praxis des Präsidenten Gf. v. Schwerin, an Mda ohne Unterschied der Partei, also z.B. auch an Sozialdemokraten, einzelne Räume [...] zur Verfügung zu stellen, denn das Recht des Staatsanwalts hat nach seiner Rechtsauffassung vor den Türen des Parlaments Halt zu machen. — 2. Pressepolitik. Der Abgang O. Hammanns als Dirigent der Presseabteilung im Auswärtigen Amte und die Nachfolge durch den bisherigen Leiter des Kriegspresseamtes, Major Deutelmoser.⁴ Bedeutung dieser Stelle in der allgemeinen Politik [...] und auch für die mit zu vertretende innere Politik Preußens.) — 3. Ordenssachen, Grundsätze. Verleihung des Eisernen Kreuzes am weißen Bande an Beamte der Zivilverwaltungen und der ihnen angegliederten Kriegsorganisationen. Gefahr einer großen Mißstimmung gegenüber den Militär- und Marinebehörden, wenn nicht zur Hebung der Dienstfreudigkeit und zur Beseitigung bestehender Härten der Personenkreis der zu Dekorierenden weiter gefaßt wird. Schließlich ist das preußische Beamtentum geradezu dahin erzogen [...], in der Verleihung von Allerhöchsten Auszeichnungen ein Entgelt für seine Diensttätigkeit zu erblicken. Fragen der Stiftung von einem besonderen Verdienstkreuz⁵, zur Verleihung von Friedensdekorationen mit Kriegsband und der Schaffung einer Kriegsdenkmünze⁶. [B]

¹ Gelesen [U]: Bethmann Hollweg.

² Gemeint ist der am 22.7.1916 gegründete Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden.

³ Vgl. zu Versammlung und Presseberichterstattung: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 240.

⁴ Vgl. unter Benutzung des Deutelmoser-Nachlasses: Creutz, Martin, Die Pressepolitik der kaiserlichen Regierung während des Ersten Weltkrieges. Die Exekutive, die Journalisten und der Teufelskreis der Berichterstattung, Frankfurt/M. usw. 1996, S. 23–28.

⁵ Vgl. die Voten in: Rep. 90a, Kriegsakten, Nr. 50 Bd. 1 u. 2, sowie ebd., Nr. 107 Bd. 1, n.f. Ebenso: Rep. 77, Tit. 153 Nr. 58 Bd. 2, n.f.; ebd., Nr. 127 gen. Bd. 1, n.f. Auch: BArch, RAAdI Nr. 15920, n.f. Nach dem Schreiben des Vizepräsidenten des Staatsministeriums an den Handelsminister v. 24.4.1917 sei der auf der Sitzung in Aussicht genommene Thronbericht seinerzeit aus nachträglichen Erwägungen heraus nicht erstattet worden: Rep. 90a, A IV 3 Nr. 22 Bd. 2, Bl. 41. Ferner: Adolf Wild v. Hohenborn. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, S. 162 f., Dok. Nr. 99, Brief an seine Frau v. 9.6.1916.

⁶ Hier i. S. Medaille. Sie wurde nicht mehr ausgegeben.

Nr. 179 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 277–291v; MF 990/991. — Teildruck [TOP 2]: L'Allemagne et les problèmes de la paix, t. 1, S. 525–531, Dok. Nr. 351.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn¹, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U], A. Schulze [zu 3].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Fideikommiss². Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung in absehbarer Zeit, da durch den Krieg der Grundbesitz sehr mobil wird und der drohenden Gefahr ungesunder Fideikommißbildungen entgegenzutreten ist. Die Haltung der Parteien. Zwar bedeutet die Wiedereinbringung des Gesetzes [...] einen Bruch des Burgfriedens, aber nach allem, was bereits vorgekommen ist, kann von einem wirklichen Burgfrieden [...] kaum noch die Rede sein. Auch vermag man während der langen Dauer des Krieges nicht alle wichtigen Fragen, die einen gewissen Konfliktstoff bergen, noch fernerweit zurückstellen. Die Zulassung bäuerlicher Fideikommiss beinhaltet die Gefahr einer leichteren Bindung des polnischen Grundbesitzes. [B] — **2. Die polnische Angelegenheit. Sofortige Nutzbarmachung der polnischen Mannschaften als Forderung der OHL**, da es unabsehbar ist, wie lange der Krieg noch andauert und man das größtmögliche Angebot an Menschen und Material unbedingt benötigt. Nachdem auch Wilhelm II. sich entschieden hat, muß man sich Loebell zufolge loyal fügen und für eine möglichst glatte Durchführung der Maßnahmen [...] sorgen. Der Entwurf³ des Manifestes bietet, obwohl ein gewisses Risiko fortbesteht, Spielraum für die Errichtung eines an Deutschland angelehnten [...] Pufferstaates. Bei einem Sieg hat man die Kraft, Polen in gewünschter Form [...] anzugliedern. — **3. Bestrebungen des Reichstags nach Einsetzung eines ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten [...]**, der auch nach Schluß der Session weiterzutagen ermächtigt sein soll.⁴ Gefahr einer bedenklichen Richtung hin zur Parlamentskontrolle und zum parlamentarischen System, in dem die Regierung aus der Mehrheit des Parlaments gebildet wird. Es ist aber im Krieg gut, wenn die Abgeordneten Gelegenheit bekommen, von Zeit zu Zeit ihre Ansichten auszutauschen, da sie sonst leicht zu extremen Auffassungen neigen. Im Frieden aber werde man zur bisherigen Übung zurückkehren müssen, sonst komme man auf eine schiefe Bahn. Furcht, daß auch das Abgeordnetenhaus gleich dem Reichstage die Erörterung außenpolitischer Fragen anstrebt.⁵ [B] — **4. Abtretung des Fürstentums**

¹ Die Unterschriftsleiste wurde nicht vollzogen – es findet sich aber auf Bl. 291v der Vermerk: Bei der Vervielfältigung des Protokolls ist auch dieser Name mit umzudrucken. Wild v. Hohenborn bekam noch nach seiner Entlassung den sich auf seinen Diskussionsbeitrag beziehenden Protokollteil zur Autorisation an die Front gesandt: vgl. Bl. 273–275 u. 292.

² Vgl. das Votum des Justizministers v. 1.11.1916 mit Anlagen sowie Material kommissarischer Beratungen in: Rep. 90, Nr. 1594, n.f. Mit Bezug auf das Prot.: Werner Frauendienst, Das Preußische Staatsministerium 1808–1918. Organisation und Geschichte, Manuskript, S. 205–207, in: BArch, NL W. Frauendienst, Nr. 3.; Eckert, Der Kampf um die Familienfideikommiss, S. 672 f.

³ Vgl. Bl. 285v–286. Mit Bezug auf das Prot.: Steglich/ Winterhager, Die Polenproklamation, in: MGM Nr. 1/1978 (= H. 23), S. 116.

⁴ Vgl. den Antrag des Haushaltsausschusses (Spahn u. Bassermann) v. 9.10.1916 in: StenBerRT, Bd. 319, Drucks. Nr. 418, die Begründung durch Bassermann am 11.10.1916: ebd., Bd. 308, S. 1741 f. Dazu das Votum Wild v. Hohenborns v. 22.10.1916 in: Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 442–444, Dok. Nr. 177. Mit VO v. 4.11.1916 wurde der Haushaltsausschuß ermächtigt [...], zur Besprechung auswärtiger und sonstiger mit dem Kriege im Zusammenhang stehender politischer Fragen während der Zeit der Vertagung zusammenzutreten (StenBerRT, Bd. 319, Drucks. Nr. 507, § 1).

⁵ Vgl. das Schreiben Bethmann Hollwegs an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. 12.2.1916 über die Behandlung außenpolitischer Fragen in der Haushaltskommission am 7.2. sowie dessen Schreiben v. 9.6., in dem über einen Beschluß der Kommission informiert wird, daß das Abgeordnetenhaus an seinem verfassungsmäßigen Rechte

Birkenfeld an Preußen.⁶ *Es ist der oldenburgischen Regierung [...] naheulegen, daß sie ihren Plan bis auf weiteres nicht weiter verfolgt. Grundsätzliche Bedenken bei einer Verschiebung von Hoheitsgrenzen besonders angesichts der Neuregelung der elsäß-lothringischen Frage. Bei Friedensschluß muß der Kaiser [...] in allen großen Fragen in Fühlung mit den Monarchen der großen Bundesstaaten stehen, und man kann nicht wissen, was hierbei noch an das Licht kommt.* [B]

festhalte, auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrate [...] zu ersuchen: Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 153–155, das Zitat Bl. 155. Zur Kontroverse 1916 umfangreich: Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 1 adhib Bd. 1.

⁶ *Das Votum Loebells v. 11.10.1916 in: III. HA, MAA, I Nr. 3702, Bl. 1–5v, hier auch weiteres Material. Zur Einbeziehung des Fürstentums in eine Reichsreform, v.a. im Zusammenhang mit der Gründung einer Groß-Hessischen Republik und mit Bezug auf oldenburgische Aspirationen 1916 vgl.: Das Kabinett Bauer, 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, bearb. v. Anton Golecki, Boppard a. Rh. 1980 (= Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik), S. 126, Dok. Nr. 26, Besprechung zwischen Reichs- und Landesvertretern über die großhessische Frage v. 14.7.1919. Vgl. die Staatsministerialsitzung am 22.9.1919, TOP 3.*

Nr. 180 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Oktober 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 296–312v; MF 991.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Lentze, Loebell, Jagow, Wild v. Hohenborn¹, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

Das Friedensangebot der Mittelmächte² als die nach Meinung Sydows wohl wichtigste Frage, die je im Staatsministerium behandelt worden ist. Nach Bethmann Hollweg ist nicht zu erwarten, daß die Fortsetzung des Krieges bis in das nächste Jahr etwa eine bessere Lage bringt. Jetzt ist der psychologische Moment für einen positiven Schritt zum Frieden gekommen. Die militärische Lage und die mangelnde Widerstandskraft der Verbündeten. Die Stimmung im Volke, das nach Frieden fragt und teilweise der Regierung den Vorwurf macht, daß sie ratlos und tatlos ist. Es ist deren Pflicht [...], alles zu tun, um der Nation zu zeigen, daß man bereit ist, den Krieg zu beenden. Der Inhalt des Friedensangebots. Einzelheiten, u.a. zu Belgien. Hoffnung auf die pazifistischen Neigungen innerhalb der feindlichen Völker. Man muß ein faires Angebot machen, das den Neutralen die Augen öffnet. Bei einer Ablehnung ist man dann in der Lage [...], das Letzte aus dem Volke herauszuziehen. Es muß für die Kriegsindustrie mobil gemacht werden, nötigenfalls im Wege gesetzlichen Zwanges.³ Während Breitenbach nähere Aufklärung wünscht und sogar einen Hungerfrieden befürchtet, stimmt Loebell in allen Punkten zu, denn die Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art werden immer mehr in den Vordergrund treten. Lentze und Sydow sind sich darin einig, daß das Angebot mit Hohn abgewiesen werden wird. Lentze und Helfferich rechnen

¹ *Die Unterschriftsleiste wurde nicht vollzogen; es findet sich aber Bl. 312v der Vermerk: Bei der Vervielfältigung kann der Name [...] mit abgedruckt werden.*

² *Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Riezler, Tagebücher, S. 378, Eintragung v. 3.11.1916. – Aus der zahlreichen Literatur: Steglich, Wolfgang, Bündnissicherung oder Verständigungsfrieden. Untersuchungen zu dem Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916, Göttingen usw. 1958, S. 39–58, v.a. S. 50–52; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 541–545.*

³ *Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 473.*

damit, daß die breiten Massen des Volkes [...] gestärkt werden in dem festen Entschlusse durchzuhalten. Helfferich fordert, die Führung in den Friedensverhandlungen in die Hand zu nehmen, denn wenn die Entente die Initiative ergreift und den status quo ante vorschlägt, wird Deutschland außerstande sein weiterzukämpfen. weil die Sozialdemokraten dann nicht neue Kriegskredite bewilligen und bei weiterer Zuspitzung der inneren Schwierigkeiten [...] selbst schwere Unruhen⁴ nicht ausgeschlossen sind. Kontroverse Bethmann Hollwegs mit Wild v. Hohenborn⁵, der die Opportunität dieses Angebots angesichts der militärischen Situation nicht anerkennt, weil es fast nach einem verlorenen Feldzug aussieht. Der Kriegsminister zeigt sich über das Einverständnis der OHL mit der Aktion erstaunt und tief erschüttert. Bedenken der Minister zum Hindenburgprogramm, das wohl nur zum Teil durchgeführt werden kann, sowie zur Forderung von Hindenburg und Ludendorff nach sofortiger Einführung eines gesetzlichen Arbeitszwanges für alle männlichen Personen vom 15. bis 60. Jahr, was Bethmann für unausführbar hält, denn hierdurch wird der Eindruck einer Bankrotterklärung entstehen. Wilhelm II. ist dafür nur bei Ablehnung des Friedensangebots.

⁴ Korrigiert aus: [...] und eine Revolution würde nicht ausgeschlossen sein (Bl. 309).

⁵ Vgl. seine Tagebuchnotiz v. 29.10.1916: [...] die letzte Staatsministerialsitzung ließ das Faß des Ärgers überlaufen. Die Geschichte wird lehren, ob er recht hatte oder ich. Noch weiß ich nicht, ob er seine Absicht, jetzt mit Friedensvorschlägen an unsere Feinde heranzutreten, ausführen wird; aber ein Zusammenarbeiten mit ihm war nicht mehr möglich, seit ich ihm meine Ansicht so ausgesprochen habe, wie ich es in der Sitzung tun zu müssen glaubte. Zit. nach: Adolf Wild v. Hohenborn. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, S. 205, Dok. Nr. 146.

Nr. 181 Sitzung des Staatsministeriums am 10. November 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 316–337; MF 991/992.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Jagow, Helfferich, Stein. — Prot.: [Heinrichs, U], Siefert [zu 2].

Weitere Teilnehmer: Groener [U], Wahnschaffe, Siefert [zu 2], Heinrichs.

[1.] Amtseinführung¹ Kriegsminister [...] von Stein. — **2. Vaterländischer Hilfsdienst** während des Krieges. Entwurf² eines Gesetzes. *Da nach Ansicht der OHL die Herstellung von Munition und Waffen ganz außerordentlich gesteigert werden muß, es aber an Arbeitskräften mangelt, sind die in Deutschland vorhandenen für die Zwecke der Kriegführung durch Einführung eines Arbeitszwanges für Männer zu verwerten. Bei Frauen³ übersteige das Angebot noch die Nachfrage. Abstimmung mit den Industriellen und den Arbeitnehmerorganisationen, denn man will nicht hart in die Betriebe sowie in den freien Arbeitsvertrag eingreifen. Aber es kann nötig werden, Betriebe*

¹ Über den Amtseid wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen (Bl. 316); liegt nicht bei und konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Zur Ernennung vgl. Rep. 90, Nr. 893, n.f.; BArch, RK, Nr. 2047; Bl. 113–117. Ferner: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 272.

² Der Entwurf als Abdruck des Handexemplars Groeners mit zahlreichen Bezügen zum Prot. in den Anm. in: Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 515–519, Dok. Nr. 199. Zum Gesamtkomplex des Hilfsdienstgesetzes vgl.: ebd., S. 461–526, Dok. Nr. 184–202. Weiteres Material in: Rep. 90, Annex J Nr. 31, n.f.; Rep. 151, HB Nr. 825, n.f. Ferner: Helfferich, Der Weltkrieg, S. 276–292; zur Arbeit am Entwurf bis zu den Reichstagsverhandlungen v.a. S. 283–285 mit terminlichen Ungenauigkeiten. Aus der umfangreichen Literatur mit Bezug auf das Prot.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 470–476, v.a. S. 473; Feldman, Arme, Industrie und Arbeiterschaft, S. 169–173, v.a. S. 170 f.

³ Vgl. Dammer, Susanne, Mütterlichkeit und Frauendienstpflicht. Versuche der Vergesellschaftung „weiblicher Fähigkeiten“ durch eine Dienstverpflichtung (Deutschland 1890–1918), Weinheim 1988, S. 212–220.

einzuschränken oder stillzulegen bzw. Arbeit zuzuweisen. Einzelheiten, u.a. zur Forderung nach Beseitigung jeder Beschränkung der Organisationsfreiheit, besonders für ausländische Arbeiter wie Belgier und Polen in Gewerkschaften, was grundsätzlich abzulehnen ist. Aufbau von Einigungsämtern als eine nur für die Dauer des Krieges bestimmte Einrichtung. Diskussion, ob durch den Arbeitszwang das Streikrecht beseitigt ist. Helfferich legt größten Wert darauf, daß die Gewerkschaften für das Gesetz gewonnen werden, um mögliche passive Resistenz zu vermeiden. Es muß vermieden werden, daß Kämpfe um das Gesetz nach außen hervortreten, weshalb bei Belagerungszustand und Zensur ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen ist. Kontroverse über die Einbeziehung von 16jährigen, da deren Ausbildung [...] gestört und wohl von den wenigsten später wieder aufgenommen werden wird. Obwohl Groener erklärt, nicht so vorzugehen wie bei der Wehrpflicht und in erster Reihe die Tätigkeit im Rahmen des [...] Hilfsdienstes eine freiwillige sein soll, plädiert die überwiegende Mehrheit der Minister für den Beginn der Dienstpflicht erst mit vollendetem 17. Lebensjahr. [B] — Aufgaben und Stellung des Kriegsammtes⁴, dem man großes Vertrauen geschenkt hat und das nirgends mit rauher Hand eingreifen, sondern nur schrittweise vorgehen wird in engster Fühlung mit den obersten Reichs- und Staatsbehörden. Vertretung der Industrie und der Arbeiter im Kriegsamt, denn man kann den Krieg nicht durchführen ohne deren Mitwirkung.

⁴ Vgl. Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 5 Bd. 1; Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 498–500, 508 f. u. 523–526, Dok. Nr. 191, 196 u. 202.

Nr. 182 Sitzung des Staatsministeriums am 15. November 1916.

Reinschr., Bd. 165, Bl. 338; MF 992.

Anwesend: Beseler [V], Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Stieger [für Breitenbach], Berndt, Führer, Lezius, Stölzel, Matibel, W. Roth [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Schlieben [alle zu 2], Heinrichs.

1. Fünf Pensionssachen¹. [B] — 2. Sieben Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 183 Sitzung des Staatsministeriums am 26. November 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 340–356, Anlage: Bl. 357–357v; MF 992.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein. — Prot.: [Heinrichs, U], Siefert [zu 1].

Weitere Teilnehmer: Lisco, Gf. v. Roedern [beide U], Richter, Groener, Wahnschaffe, Heinrichs, Siefert [zu 1].

1. *Vaterländischer Hilfsdienst. Die Beratungen im Haushaltsausschuß¹ zum Gesetzentwurf und die Fragen, auf deren Regelung das Parlament unter keinen Umständen verzichtet, denn das Gesetz beinhaltet so erhebliche Beschränkungen der persönlichen Freiheit, daß [...] Rechtsgarantien aufgenommen werden müssen. Mit einer Reichstagsbeteiligung bei den Ausführungsbestimmungen durch Übertragung an den Haushaltsausschuß kommt man aber auf einen allzu bedenklichen Weg, denn dieses Gremium strebt danach, wie Helfferich betont, mitzuregieren. Da man aber keinesfalls das Gesetz scheitern lassen darf, ist einem ad hoc-Ausschuß zuzustimmen. Obwohl v.a. die Sozialdemokraten obligatorische Arbeiterausschüsse und [...] Einigungsämter² fordern, ist Rechtsschutz [...] nur insoweit zu gewähren, wie Zwang herrscht. Anlehnung an das preußische Berggesetz, dessen obligatorische Arbeiterausschüsse [...] sich wohl mitunter als überflüssig, aber im allgemeinen nicht als störend und im Krieg sogar als nützlich erwiesen haben. Keine Ausdehnung der Regelung auf die Landwirtschaft. Kontroverse über die Entschädigung stillgelegter Betriebe und eine Gewinnbeschränkung. Einzelfälle. Während Roedern über die unerträglich hohen Forderungen der Großindustrie bei Kriegslieferungen klagt und eine Preisschiedsstelle fordert, wozu das Reichsjustizamt bereits einen Gesetzentwurf³ formuliert hat, sieht die Mehrheit der Minister dies als nicht gangbar an, auch wenn der Grundgedanke⁴ sympathisch bleibt. Da aber die Hauptsache ist, daß schnell geliefert wird und nach Meinung des Kriegsministers die Kostenfrage nicht in den Vordergrund gestellt werden darf, ist wegen der Gerechtigkeit ein neues Kriegssteuergesetz zu erarbeiten. [B] — 2. Eine Ernennung. [B]*

¹ Vgl. *Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 2. Bd., S. 1021–1068, Sitzungen v. 23.–25.11.1916. Zu den Beratungen: Helfferich, Der Weltkrieg, S. 285–287.*

² *Zur Vorgeschichte umfangreiches Material in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3f Bd. 5, u.a. Bl. 27–34v das Schreiben des Kriegsministeriums zur Schaffung von Schlichtungsstellen v. 11.4.1916.*

³ *Vgl. Anlage, Bl. 357–357v.*

⁴ *Vgl. Materialien zu Gründung und Wirken der Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 Bd. 14, Bl. 455–456v. Die erste Beratung der Kommission fand am 19.12.1916 statt: ebd., Bd. 15, Bl. 6–8; in dieser Akte auch die gedr. vertraulichen stenografischen Berichte. Bereits am 18.3.1916 lud Lisco zu einer kommissarischen Beratung, ob gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden sollten. Vgl. das Einladungsschreiben mit Fragenkatalog sowie eine Notiz über das Ergebnis der Besprechung am 25.3. in: Rep. 120, C V Nr. 47 Bd. 1, Bl. 165–166.*

Nr. 184 Sitzung des Staatsministeriums am 27. November 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 359–366v; MF 992.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein. — Prot.: [Heinrichs, U], Bennhold.

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Roedern [U], Wahnschaffe, Heinrichs, Bennhold.

Die von der Kohlenindustrie beabsichtigte Brennstoffpreiserhöhung als Frage von Wichtigkeit [...] für das gesamte Wirtschaftsleben, für die allgemeine Stimmung und für die Aufrechterhaltung einer gedeihlichen Entwicklung der im Krieg wie im Frieden bedeutsamen Kohlenindustrie. Der Kohlenmangel.¹ Während Sydow angesichts der bisherigen Mäßigung [...] in der Preisfrage, die z.T. nur durch die Einwirkung der Zentralbehörde zu erreichen gewesen war, trotz politischer Bedenken, für

¹ *Vgl. die zahlreichen Eingaben aus der Wirtschaft an das Handelsministerium allein von Mai bis Nov. 1916 in: Rep. 121, Abt. E, Tit. VI Sekt. 1 Nr. 129 Bd. 9. – Aufzeichnungen zu Verhandlungen Sydows mit Bergbauvertretern konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Preiszuschläge plädiert, um den Kohlenbergbau [...] leistungsfähig zu erhalten, betrachten die anderen Minister eine Preiserhöhung als im Moment sehr unerwünscht, zumal die von der Industrie behauptete Gewinnminderung [...] nicht ausreichend ist für eine Maßnahme, die große Mißstimmung und Erbitterung bringt und die vom Reich in Aussicht genommene Kohlensteuer² stören wird. Keine Höchstpreisverordnung, da die praktische Durchführung sehr große Schwierigkeiten bereitet. [B]

² *Vgl. die Materialien betr. einer geplanten Kohlensteuer, u.a. zur Frage der Tarifierung der unterschiedlichen Kohlesorten und -qualitäten in: Rep. 120, C V Nr. 39 Bd. 1, n.f. Ein Entwurf v. 28.1.1917 mit Einladung zu einer kommissarischen Beratung am 31.1. auch in: Rep. 87, ZB Nr. 244, Bl. 107–113v. Der Immediatbericht v. 4.2.1917 zum Gesetzentwurf sowie zur Annahme durch den Reichstag v. 23.12.1917 in: Rep. 89, Nr. 27553, Bl. 1–3v u. 7–7v.*

Nr. 185 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Dezember 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 368–377; MF 992/993. — Teildruck [TOP 1]: Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 526–536, Dok. Nr. 203.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein. — Prot.: [Heinrichs, U], Leese [zu 1].

Weitere Teilnehmer: Lisco, Gf. v. Roedern, Wahnschaffe, Heinrichs.

1. *Die zweite Lesung des Gesetzes, betr. den vaterländischen Hilfsdienst, die sehr unbequeme Änderungen des Entwurfs¹ gebracht hat. Einzelheiten, v.a. zur Einführung der Arbeiterausschüsse für die Landwirtschaft und die Eisenbahnverwaltung. Dringende Warnung Breitenbachs, daß bei der Bahn das Lohnniveau außerordentlich gesteigert wird. Aber auch er hat wie die anderen Minister keinen Zweifel, daß das Gesetz angenommen werden muß. Nach Loebell ist es aber in der parlamentarischen Geschichte [...] das erste Mal, daß ein Gesetz so schwerwiegende Änderungen in den bestehenden sozialpolitischen Verhältnissen verursacht. Es ist im Frieden [...] einfach undenkbar, ein Gesetz mit solchen Eingriffen in die verschiedensten Verhältnisse, die völlig außerhalb seines Zweckes liegen, anzunehmen. Großer Unwillen über das unerhörte Verhalten der regierungsfreundlichen Parteien, die besonders durch Abwesenheit eines Teils ihrer Abgeordneten es den Sozialdemokraten ermöglichten, ihren Willen durchzusetzen. [B] — 2. Mitteilung über eine Eingabe² der deutschen Bischöfe an den Kaiser betr. alsbaldige Aufhebung des Jesuitengesetzes. — 3. Der Zeitpunkt für die Bekanntgabe der Friedensaktion. Nach Bethmann Hollweg ist eine Reichstagsklärung³ notwendig.*

¹ *Vgl. StenBerRT, Bd. 320, Drucks. Nr. 509 (o.D.). Dazu die Zusammenstellung mit den Beschlüssen des Reichstags in: ebd., Drucks. Nr. 560 v. 30.11.1916. Die 1. und 2. Lesung fanden am 29. bzw. 30.11.1916 statt: ebd., Bd. 308, S. 2156–2195 u. 2198–2277.*

² *Vgl. Rep. 89, Nr. 24156, Bl. 31–40. Auch: Rep. 84a (M), Nr. 7370, n.f.; Rep. 87, ZB Nr. 220, Bl. 195–200v.*

³ *Am 12.12.1916. — Vgl. StenBerRT, Bd. 309, S. 2331–2333, der Text der Note S. 2332.*

Nr. 186 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Dezember 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 379–386; MF 993.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich. — Prot.: [Heinrichs, U], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 1].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. *Fideikommiss. Die im Gesetzentwurf² vorgesehene Gründung von Stammgütern und die von verschiedenen Seiten geäußerte Besorgnis, hierdurch das deutsch-nationale Interesse in den Ostmarken zu gefährden. Gegenwärtig ist ein solches Ausnahmegesetz [...] unmöglich, denn eine Polendebatte im Abgeordnetenhaus leitet Wasser auf die Mühlen des Auslandes. Loebell fordert, alles zu vermeiden, was die Stimmung der Deutschen in der Ostmark noch mehr verschlechtert und den Anschein erwecken kann, daß die bisherige Ansiedlungspolitik aufgegeben wird. Die Stellung der Parteien zum Entwurf. Notwendigkeit, nochmals mit den Parteien zu verhandeln. [B] — (2. Die Haltung der Presse anlässlich der Reichstagsverhandlungen über den vaterländischen Hilfsdienst³ sowie die Angriffe gegen [...] Helfferich und Breitenbach in der Vossischen Zeitung⁴, wogegen etwas geschehen muß⁵. [B])*

¹ *Gelesen [U]: Stein.*

² *In: Rep. 90, Nr. 1594, n.f., hier ebenso ein Votum des Justiz- und des Landwirtschaftsministers v. 12.12.1916 zur weiteren Behandlung sowie Protokolle zu kommissarischen Beratungen und der Immediatbericht v. 9.1.1917 mit dem überarbeiteten Entwurf. Das Votum auch in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 248–249v. Zusammenfassend zur Frage der Ansiedlung polnischer Kriegsinvaliden das Schreiben des Innenministers v. 16.10.1916 in: Rep. 90, Nr. 1615, n.f.*

³ *Die Lesungen fanden am 29., 30.11. sowie 2.12.1916 statt; vgl.: StenBerRT, Bd. 308, S. 2156–2195, 2198–2277 u. 2286–2326.*

⁴ *Seit dem 25.11.1916 erschien in nahezu jeder Ausgabe eine umfangreiche, i.d.R. nicht namentlich gekennzeichnete Berichterstattung über die Beratungen zum Gesetzentwurf. Bei dem im Prot. erwähnten Artikel handelt es sich um: Bernhard, Georg, Friedensvorbereitungen, in: Vossische Zeitung Nr. 620 v. 4.12.1916 (M.).*

⁵ *Bei dem von Helfferich angekündigten Artikel handelt es sich um den nicht namentlich gezeichneten Aufsatz: Sozialpolitik im Hilfsdienstgesetz, in: Norddt. Allg. Zeitung Nr. 337 v. 5.12.1916, 2. A. Dazu eine kurze Richtigstellung unter gleichem Titel: ebd., Nr. 338 v. 6.12.1916, 2. A. – Die beabsichtigte Stellungnahme Breitenbachs im Abgeordnetenhaus erfolgte am 7.12.1916; vgl. StenBerAH, Session 1916/18, Sp. 2642–2644.*

Nr. 187 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Dezember 1916.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 165, Bl. 388–396v; Sonderprot. [TOP 4]: Bl. 398–401; MF 993 u. MF-Suppl.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U], Bennhold [zu 2], Meister [zu 3].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, v. Velsen [zu 1–3], Heinrichs.

1. *Amtseinführung des Staatssekretärs im Reichsschatzamt* Gf. v. Roedern als Staatsminister. — 2. *Brennstoffpreiserhöhung.*¹ *Ablehnende Haltung der Bergbauvertreter gegenüber Anregungen zur Dämpfung und zeitlichen Verschiebung der geplanten Maßnahmen. Sonst kann, da die Betriebsergebnisse jetzt zumeist unbefriedigend oder negativ sind, die zur Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaues erforderliche Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft nicht vorgenommen werden. Bei den staatlichen Steinkohlenbergwerken hat nach der Meinung Lentzes jede fiskalische Rücksicht zugunsten der allgemeinen Interessen zurückzutreten.* [B] — 3. *Aufwandsentschädigung für MdA zur Verbesserung der Anwesenheit und um der Ausdehnung des Berufsparlamentarismus entgegenzuwirken. Man hat im Lande große Schwierigkeiten, geeignete Kandidaten zu bekommen.* [B] — 4. *Vertrauliche Mitteilungen über die allgemeine Lage und das Friedensangebot. Einzelheiten zu den Friedensbedingungen hinsichtlich Polens, Frankreichs, Belgiens, der Kolonien, einer Geldentschädigung, zu schaffender Flottenstützpunkte sowie der Forderungen seitens der Bundesgenossen. Dies alles öffentlich bekannt zu machen ist nur dann möglich, wenn man als Sieger den Frieden diktiert. Schon eine Orientierung der Parteiführer sei nicht unbedenklich. Es ist aber geradezu unmöglich, den Reichstagshauptausschuß davon in Kenntnis zu setzen, denn man kann nicht mit einer durch das Parlament gebundenen Marschroute Frieden schließen. Deutschland hatte die Neutralen keineswegs um eine Vermittlung, sondern nur um [...] Übermittlung der Noten gebeten. Wilhelm II. legt Wert darauf [...], persönlich als der Anreger und Vertreter der Friedensaktion zu erscheinen — entsprechende Änderung der Rede*² *Bethmann Hollwegs.* [B]

¹ *Vgl. die mit Anschreiben des Büros des Staatsministeriums vom 7.12.1916 übersandten Angaben des Handelsministers zur Frage der Brennstoffpreiserhöhung in: Rep. 77, Tit. 332r Nr. 85, Bl. 135–140.*

² *Am 12.12.1916 – vgl. StenBerRT, Bd. 309, S. 2331–2333.*

Nr. 188 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Januar 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 2–12, Anlage: Bl. 13–14; Sonderprot. [TOP 3]: Bl. 15–17v; MF 993/994.

*Anwesend [U]*¹: *Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein. — Prot.: [Heinrichs, U], v. Schlieben [zu 1–2].*

Weitere Teilnehmer: v. Batocki [zu 1, U], Groener [zu 1–2, U], Wahnschaffe, Heinrichs.

1. *Versorgungslage.* *Bildung von Kriegswirtschaftsämtern und Kriegswirtschaftsstellen*² *zur Regelung der Volksernährung, da die unteren Verwaltungsbehörden schon die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit [...] weit überschritten haben, weshalb ein großer Teil der kriegswirtschaftlichen Anordnungen lediglich auf dem Papier stehen bleibt. Der Aufbau der neu zu bildenden Organe wird durch das Entgegenkommen der Militärverwaltung möglich. Gefahr [...], daß ein Dualismus in der Behördentätigkeit entsteht. Es wird deshalb die Zuständigkeit zwischen dem*

¹ *Gelesen [U]: Roedern.*

² *Zur Gründung: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 1–25, u.a. mit dem Antrag des Kriegsamt v. 29.12.1916. Dieser auch in: BArch, RAAdI Nr. 15926, Bl. 5–8. Bundesstaatliche Anträge v. Ende Jan. 1917 an den Bundesrat in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 35, Bl. 38–41v u. 43–47. Ferner: Der Landwirtschaftsminister und die Ernährungsfragen, in: Germania Nr. 5 v. 4.1.1917, sowie der Briefwechsel Schorlemers und Batockis mit dem Berliner OB Wermuth in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 10, Bl. 7–22. – Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft, S. 230–235, v.a. S. 231.*

Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt scharf abgegrenzt.³ Die Düngemittelfrage. [B] — 2. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem Minister der öffentlichen Arbeiten und dem Kriegsamt.⁴ Breitenbach sieht Anzeichen dafür, daß das Amt eine Änderung in der Zuständigkeit der Eisenbahnverwaltung anstrebt, indem es unendlich mehr Rechte in Anspruch nimmt als zugestanden werden können. Während Stein und Bethmann Hollweg zu vermitteln versuchen, droht Groener mit Diktatur: Er wird es nicht für das größte Unglück halten, wenn die militärischen Eingriffe weitergehen [...] als bisher. Wird Breitenbach nicht helfend eingreifen, dann muß es die OHL, da sie die Verantwortung dafür trägt, daß die Hemmnisse in den Transportverhältnissen⁵ zur Realisierung des Hindenburgprogramms ausgeräumt werden. Dazu muß der Verkehr [...] gemindert werden, weshalb planmäßig auf allen Gebieten vorzugehen ist. Warnung Breitenbachs, diesen an sich richtigen Gedanken [...] bis zum Extrem zu übertreiben. Die Ermächtigung für das Kriegsamt, [...] mit den höchsten Staatsbehörden direkt zu verkehren, steht nicht den Gepflogenheiten des Staatsministeriums entgegen, daß sich die Minister in Fragen grundsätzlicher oder allgemeiner Bedeutung direkt untereinander in Verbindung setzen. [B] — 3. Notwendigkeit der Aufhebung⁶ des Jesuitengesetzes von 1872 bei der langen Dauer des Krieges noch vor dem Friedensschlusse, womit aber nach Meinung Lentzes ein wichtiges Kompensationsobjekt für neue Steuergesetze nach Kriegsende entfällt. [B] — (4. Besetzung des Regierungspräsidiums Potsdam. — 5. Zwei Titelverleihungen. [B])

³ Vgl. dazu das Prot. einer Beratung mehrerer Minister mit v. Batocki am 20.12.1916 in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 3 Bd. 1, Bl. 131–134v. Der Entwurf eines Organisationsplanes als Anlage zum Prot. des Staatsministeriums, Bl. 13–14.

⁴ Zum Kompetenzkonflikt vgl. Breitenbach: an die Minister v. 28.12.1916 mit dem Wunsch nach Beratung im Staatsministerium und weiteres Material in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 5 Bd. 1, Bl. 14–49, das Schreiben Bl. 16–17. Ein Schreiben des Kriegsministers v. 1.1.1917 in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 15, Bl. 3. Breitenbachs Erklärung v. 28.12.1916 auch in: Rep. 84a (M), Nr. 7192, n.f. Eine Intervention Breitenbachs beim Reichskanzler v. 1.12.1916 zum Verhältnis des Kriegsamts zur Staatseisenbahnverwaltung in: BArch, RK, Nr. 93, Bl. 32–33v, und weiteres Material. Ferner: Verfügung des Kriegsamts betr. Regelung der Zuständigkeitsbereiche in kriegswirtschaftlichen Fragen v. 9.2.1917 in: Militär und Innenpolitik, T. 1, S. 565–568, Dok. Nr. 217. Dazu auch: Blick in die Vergangenheit. Aus den Lebenserinnerungen des Kgl. Preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten Paul Justin von Breitenbach und des Kgl. Preußischen Baurats Erich Metzeltin, in: Jahrbuch des Eisenbahnwesens, 7. Folge, Darmstadt 1956, S. 192; Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft, S. 209–213.

⁵ Vgl. die Notizen Heinrichs' über eine Besprechung zwischen Bethmann Hollweg, Breitenbach, Sydow, Helferich und Ludendorff am 16.2.1917 in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 6 Bd. 1, Bl. 12–14v. Ferner die vom Kriegsministerium/Kriegsamt herausgegebenen Richtlinien für den Versand von mittelbaren und unmittelbaren militärischen Gütern v. 9.3.1917 in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 6 Bd. 1, Bl. 56–57v, sowie Bl. 77–80v die Fassung v. 10.6.1917.

⁶ Vgl. Schreiben des Reichskanzlers Bethmann Hollweg an Wilhelm II. mit der Information über die Willensbildung im Staatsministerium in: Rep. 89, Nr. 24156, Bl. 29–30v. Umgesetzt als Gesetz, betr. die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4.7.1872. V. 19.4.1917, RGBl., S. 362.

Nr. 189 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Januar 1917.

Vollz. Reinschr., Bd. 166, Bl. 18, ein Teilprot. [Abschr., Metallogramm]: Bl. 19–23; MF 994.

Anwesend [U¹]: Beseler [V], Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U]; Teilprot.: P. Frh. v. Rheinbaben.

Weitere Teilnehmer: Stieger² [für Breitenbach], P. Frh. v. Rheinbaben², A. v. Steinmeister², v. Schlieben², Heinrichs.

¹ Nur Teilprot.

² Nicht im Teilprot. genannt.

*Sieben Disziplinarsachen*³. [B] — *Im Anschluß an einen strittigen Disziplinarfall wird festgestellt, daß es wegen möglicher Rechtsunsicherheit nicht ratsam ist, an einem einmal festgestellten Beschlusse des Staatsministeriums zu rütteln. Eine andere Besetzung des Staatsministeriums könne sonst ein ganz anderes Ergebnis zur Folge haben; das würde aber möglicherweise zu eigentümlichen Konsequenzen führen.* [B]

³ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.*

Nr. 190 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Januar 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 25–33v; MF 994.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

Vertrauliche Mitteilungen über die gegenwärtige politische und militärische Lage.¹ *Die ablehnende Antwort der Ententemächte auf die Friedensvorschläge², die dennoch gut gewirkt haben und geradezu notwendig waren, denn die Stimmung im Lande hatte angefangen, bedenklich zu werden. Jetzt ist die Überzeugung ganz allgemein [...], daß weitergekämpft werden muß. Mit der Entscheidung zum rücksichtslosen U-Bootkrieg³ steht man vor dem ernstesten Entschluß, der zu fassen ist. Ob die Vorteile dann die Nachteile eines Bruches mit Amerika überwiegen und ob eine andere Aussicht auf erfolgreiche Beendigung des Krieges nicht besteht, ist nicht berechenbar — vielmehr handelt es sich hier um persönliche Überzeugungen. Man wird nach Maßgabe des militärischen Gutachtens sich entscheiden. Bethmann Hollweg konnte es nicht verantworten [...], dem Kaiser abzuraten, und ist auch nicht zurückgetreten, denn der Abschied wäre dem Lande einen schlechter Dienst gewesen. Zustimmung und Dank aller Minister. Perspektiven der Volksernährung in Deutschland sowie Österreich⁴, in England und bei den Neutralen. Die erbeuteten rumänischen Vorräte und die Transportschwierigkeiten. Sicher ist der diplomatische Bruch mit Amerika, eine Kriegserklärung aber noch zweifelhaft. Die USA vermögen für die Entente aber das Mehrfache von dem leisten [...], was bis jetzt geschehen ist. Sie haben bisher nur zu einem kleineren Teile ihr Potential in den Dienst der Entente gestellt. Warnungen vor den Folgen für den Wiederaufbau [...] nach dem Kriege.*

¹ *Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, 3. Bd., S. 349–397, hier S. 396 f.; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 244–279, hier S. 278.*

² *Vgl. Piloty, Robert, Das Friedensangebot der Mittelmächte. Eine Zusammenstellung des Wortlautes der auf den Frieden bezüglichen Noten und Kundgebungen der Kriegführenden und Neutralen vom Dezember 1916 und vom Januar und Februar 1917 nebst Betrachtungen über den Geist und die Folgen dieser Kundgebungen, Tübingen 1917, S. 1–44. Mit Bezug auf das Prot.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 722.*

³ *Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 152.*

⁴ *Zu den Verhandlungen über Österreich betr. Ernährungsfragen vgl. BArch, RA I Nr. 6113, Bl. 10–24.*

Nr. 191 Sitzung des Staatsministeriums im Ministerzimmer des Abgeordnetenhauses am 19. Januar 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 35–38; MF 994.

Anwesend [U]¹: Breitenbach [V], Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Stein. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

1. Eine Ernennung: *Frh. v. Massenbach als neuer Regierungspräsident [...] zu Potsdam. Das dortige Präsidium ist aus mancherlei Gründen schwierig [...], insbesondere auch mit Rücksicht auf die zahlreichen Vororte Berlins. Es stand kein nichtadliger Kandidat zur Verfügung. Es ist notwendig, den Vorwürfen entgegen zu treten, daß nicht etwa lediglich die Tüchtigkeit entscheidet, sondern bestimmte soziale Schichten bevorzugt werden. Die Vorwürfe wegen Bevorzugung des Adels in den höheren Verwaltungsstellen sind in dem behaupteten Umfange nicht zutreffend. Es ist unzeitgemäß und unrichtig, Unterschiede zu machen zwischen adligen und bürgerlichen Beamten. Bestehende Disparitäten sind in der historischen Entwicklung begründet — dadurch sind noch nicht genügend bürgerliche Elemente vorhanden. Ebenso soll Parteizugehörigkeit [...] nicht ausschlaggebend sein. Vorkehrungen, damit bei den nach dem Friedensschlusse bevorstehenden großen Revirements nach diesen Grundsätzen zu verfahren ist.* [B] — **(2. Aufwandsentschädigung für MdA.** [B])

¹ *Gelesen [U]: Bethmann Hollweg, Helfferich, Roedern.*

Nr. 192 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Januar 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 40–48v; MF 994.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U], Siller [zu 2].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs, Siller [zu 2].

(1. Die Polendebatte des Abgeordnetenhauses mit einer anmaßenden und taktlosen Rede Korfantys und der dadurch notwendig gewordenen schroffen Zurückweisung durch Loebell.¹ *Es ist empfehlenswert, gelegentlich zu betonen, daß die Polen keineswegs in ihrer Gesamtheit hinter der [...] Fraktion stehen.* [B]) — **2. Kriegsfinanzierung. Neue Steuern.**² *Obwohl tiefgreifende Bedenken*

¹ *Vgl. die Reden Korfantys und Loebells in: StenBerAH, Session 1916/18, Sp. 3103–3115. Dazu der Sonderbericht Nr. 18 des Kriegspresseamts/Inlandsstelle v. 7.2.1917: Überblick über die polnische Presse in: Rep. 90, Annex J Nr. 8, n.f. Vgl. Broszat, Martin, 200 Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt/M., 2. Aufl. 1972, S. 197; zur Wirkung auf die polnische Bevölkerung auch: Historia Dyplomacji Polskiej, T. 3, Warschau 1982, S. 860.*

² *Vgl. die Entwürfe in: StenBerRT, Bd. 320, Drucks. Nr. 621, 622, 624 u. 631. Für die Kohlensteuer schon der Entwurf des Reichsschatzamt v. 28.1.1917 mit Votum Loebells v. 7.2.1917 in: Rep. 87, ZB Nr. 244, Bl. 107–113v. Vgl. dazu insgesamt die nicht veröffentlichten Memoiren Roederns zum Weltkrieg, in: BArch Koblenz, Kleine Erwerbungen, Nr. 317, NL Roedern Bd. 2, Bl. 234–238; Lotz, Walther, Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege, Stuttgart usw. 1927, S. 62–69; Roesler, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches, S. 109–112. Zum speziell für die Kohlensteuer geplanten und im Prot. erwähnten 2½-Pf.-Stück vgl. Rep. 90, Nr. 1362, n.f., sowie die Debatten im Abgeordnetenhaus und Reichstag am 13.2. bzw. 28.3.1917: StenBerAH, Session 1916/18, Sp. 3425 f., bzw. StenBerRT, Bd. 309, S. 2792.*

gegen eine steuerliche Zwischenreform³ existieren, v.a. weil man sich wertvoller parlamentarischer Kompensationsobjekte beraubt, verlangen die Grundsätze einer soliden Reichsfinanzverwaltung eine Eröffnung neuer Steuerquellen. Notwendigkeit, daß selbst der Anschein einer unsoliden Finanzgebarung [...] im Auslande sowie im Inland vermieden wird. Bedenken, daß der Reichstag durch die neuen Steuern die finanzielle Selbständigkeit der Einzelstaaten und die Finanzgebarung der Kommunen aufs äußerste erschwert, müssen zurückstehen, zugleich aber weitere Einbrüche des Reichs in die finanzielle Selbständigkeit der Bundesstaaten nach Möglichkeit verhindert werden. Einzelheiten. [B]

³ Zum Verhältnis von Zwischen- und Gesamtreform vgl. BArch, NL Saemisch Bd. 22, Bl. 24 u. 40v, Tagebuchnotizen v. 16.12.1916 u. 1.4.1917.

Nr. 193 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Februar 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 50–60; MF 994/995.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Versorgungslage. Forderung Loebells nach Einrichtung einer Zentrale für Ernährungsfragen in Preußen,² da es an einer Stelle fehlt, in welcher die verschiedenen Aufgaben zusammengefaßt und einheitlich geleitet werden von einem Kommissar [...], der unabhängig von der Zustimmung der einzelnen Ressorts die gesamte Verwaltung führt und für sie verantwortlich ist. Entschiedener Einspruch und Rücktrittsdrohung Schorlemers³, denn so wird der Einfluß des Landwirtschaftsministers noch weiter zurückgedrängt. Die Probleme können auch ohne Kommissar mit einem Federstrich beseitigt werden. Es besteht sowohl der Vorwurf, daß er, Schorlemer, die Interessen der Landwirtschaft einseitig vertritt, als auch inhaltlich eine so große Verschiedenheit der Auffassungen, daß es für ihn unmöglich ist, auf die Geltendmachung seiner Ansichten zu

¹ Gelesen [U]: Beseler.

² Vgl. das Material in Vorbereitung der Sitzung sowie die mit der TO versandten Beschlußentwürfe in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 1, Bl. 5–71v, hier auch weiteres Material. Ein Votum Steins v. 12.2.1917 sowie die Entwürfe auch in: BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 164–167v. Ausführlich ist die Gründung dokumentiert in: Rep. 197 A, Generalia A I Nr. 1, u.a. Bl. 9–10v der Entwurf des Schreibens des Innenministers v. 1.2.1917 mit dem Gründungsvorschlag und dem Wunsch nach einer Staatsministerialsitzung, ferner Materialien in deren Vorbereitung sowie Voten. – Der Immediatbericht, der Beschluß des Staatsministeriums sowie die Genehmigung Wilhelm II. v. 17.2.1917 in: Rep. 89, Nr. 32422, Bl. 77–79; veröff. als: Verfügung, betr. Verwaltungsgebiet des Staatskommissars für Volksernährung v. 21.3.1917 in: LandMinBl., S. 92. Das Schreiben v. Batockis an Bethmann Hollweg v. 31.7.1917 in: Goldschmidt, Das Reich und Preußen, S. 351 f., Dok. Nr. 115. Mit Bezug auf die Sitzung: Politischer Tagesbericht, in: Norddt. Allg. Zeitung Nr. 44 v. 14.2.1917 (I. A.); mit Bezug auf das Prot.: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 409 f.; Roehrkohl, Anne, Hungerblockade und Heimatfront, S. 91 f.

³ Vgl. das Entlassungsgesuch v. 18.1.1917 und ein Schreiben Schorlemers an v. Valentini v. 13.2.1917 in: Rep. 89, Nr. 3746, Bl. 11f–gg u. 11t–u mit Beilagen. Ferner: Schorlemer an Heinrichs v. 16.2.1917 in: Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 29, S. 12–12a. Der Konflikt verursachte derartige Spannungen, daß die Norddt. Allg. Zeitung fremde Meldungen dementierte, daß Schorlemer sein Portefeuille zur Verfügung gestellt habe: Das Reich, in: Nr. 48 v. 18.2.1917 (2. A.), und Bethmann Hollweg am 14.3.1917 im Abgeordnetenhaus spontan das Wort ergriff, ohne aber die Kontroverse zu erwähnen: StenBerAH, Session 1916/18, Sp. 5254–5259. Dazu auch sein Telegramm an Wilhelm II. v. 15.3.1917 in: Rep. 89, Nr. 32424, Bl. 3e.

verzichten. *Schorlemer will nur bleiben, wenn Wilhelm II. ausdrücklichen Befehl gibt. Beschwichtigungsversuche anderer Minister, daß man die Sorgen [...] völlig versteht, denn es wurden die meisten preußischen Ressorts im Krieg in ihrer Selbständigkeit stark beschnitten. Aber der Staatskommissar soll keine Ernährungspolitik machen. Die Verantwortung bleibt bei den Ressorts. Es ist immer möglich, alle Maßnahmen, gegen welche [...] Bedenken aufkommen, an das Staatsministerium heranzuziehen. — Ernennung des Unterstaatssekretärs im Finanzministerium Michaelis zum Staatskommissar. [B] — (2. Steuerfreiheit der Kriegsteuerungszulagen der Beamten und der im öffentlichen Dienst stehenden Arbeiter.⁴ Die Forderung⁵ der SPD, auch Angestellte und Arbeiter privater Betriebe für ihre [...] Teuerungszulagen frei von Staats- und Gemeindesteuern zu stellen, ist unannehmbar, da so die ganze Sache uferlos und die Ungerechtigkeit gegenüber anderen kleinen selbständigen Existenzen [...] noch größer wird. [B])*

⁴ Vgl. Gesetzentwurf betr. Steuerfreiheit der Kriegsteuerungszulagen v. 13.12.1916 in: *StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 347* (= Antrag König, Schmidt/Conz). Dazu der Kommissionsbericht v. 1.2.1917: *ebd., Drucks. Nr. 422, die Diskussion und der mündliche Kommissionsbericht in: ebd., Sp. 3372–3376 u. 3391; die Rede Lentzes: ebd., Sp. 3387–3389. Der verabschiedete Gesetzentwurf mit Begleitschreiben Lentzes an das Staatsministerium v. 15.5.1917 sowie der Entwurf zum Thronbericht in: Rep. 77, Tit. 43 Nr. 89, Fasz. 2, Bl. 51–54. Erlassen als Gesetz, betr. Steuerfreiheit der Kriegsbeihilfen usw. v. 30.5.1917, GS, S. 72.*

⁵ Vgl. den Zusatzantrag Braun v. 8.2.1917, in: *StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 431. Dazu die Aktennotiz Heinrichs' v. 12.2.1917 in: Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 16, Bl. 242.*

Nr. 194 Sitzung des Staatsministeriums im Kleinen Bundesratssaal des Reichstages am 1. März 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 62–66v; MF 995. — Abschr.: Rep. 90, Nr. 1595, n.f.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Helfferich, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Drews [für Loebell], Wahnschaffe, Heinrichs.

Der Entwurf² des Fideikommißgesetzes. Reaktionen der Parteien und im Reichstage³, wo die Nationalliberalen und Freisinnigen hierin einen Bruch des Burgfriedens sehen. Die Versuche⁴, die Errichtung und Vergrößerung von Fideikommissen und Stammgütern reichsgesetzlich zu untersagen. Der mögliche Konflikt zwischen den beiden Parlamenten und auch mit der Regierung. Notwendigkeit, daß man unter Wahrung des Burgfriedens an dem Gesetze weiterarbeitet, damit bei Friedensschluß Kriegsgewinne nicht sofort in Fideikommissen angelegt werden. [B]

¹ *Gelesen [U]: Loebell, Stein.*

² *Vom 15.1.1917 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 380 A–F. Niederschriften Heinrichs' über Beratungen Bethmann Hollwegs, Beselers und Schorlemers mit Parlamentariern am 20.1. und 19.2.1917 in: Rep. 90, Nr. 1595, n.f. Der Kommissionsbericht v. 23.4.1917 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 533 A–C. Ein Gutachten aus dem Justizministerium v. Ende Februar 1917, warum dieses Gesetz während des Krieges eingebracht wird, auch in: BArch, RAdI Nr. 15926, Bl. 26–33.*

³ *Vgl. die Debatten v. 27.2.–1.3.1917 in: StenBerRT, Bd. 309, S. 2391–2487; ferner die Aufzeichnung über die Zuständigkeit des Reichstags, die Reichsregierung wegen der Einbringung des Fideikommißgesetzentwurfes im Landtage zu interpellieren, v. 1.3.1917 in: BArch, RAdI Nr. 15926, Bl. 34–35.*

⁴ *Vgl. die Anträge v. 2.3.1917 in: StenBerRT, Bd. 320, Drucks. Nr. 641 (Ablaß) u. 643 (Albrecht).*

Nr. 195 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 68–75v; MF 995. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 10, Bl. 140–147v; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 6, n.f.; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 5 Bd. 4, n.f.; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 4, n.f.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Schorlemer, Lentze, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U], v. Schlieben.

Weitere Teilnehmer: v. Batocki, Michaelis, Wahnschaffe, Heinrichs.

Versorgungslage. Die vom Kriegsernährungsamt geplante wesentliche Herabsetzung der Rindvieh- und Schweinepreise sowie die Erhöhung der Getreide- und Kartoffelpreise,² da zuviel menschliche Nahrungsmittel verbotenerweise verfüttert werden und Kartoffelmangel große und lebhaft Beunruhigung in der Bevölkerung schafft, Brotmangel sogar direkt vernichtend wirkt und dann die Lage kaum zu halten ist. Es muß in die landwirtschaftliche Erzeugung und Wirtschaft eingegriffen werden, was nicht erwünscht ist und die Produktion zweifellos beeinträchtigt, aber nicht zu vermeiden ist. Soziale Rücksichten müßten jetzt³ bei der Preisabmessung zurücktreten. Scharfe Kritik Schorlemers⁴, daß der Plan des K.E.A. auf den Augenblick zugeschnitten ist und sich in späteren Zeiten rächen wird. Deshalb kann er, was ausdrücklich zu den Akten zu nehmen ist, die Verantwortung für die Vorschläge [...] nicht tragen. [B]

¹ *Gelesen [U]: Trott zu Solz, Loebell.*

² *Vgl. umfangreiches Material, u.a. die Verordnungsentwürfe in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 10, Bl. 121–139; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 6, n.f.; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 5 Bd. 4, n.f.; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 4, n.f.; Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 10 Bd. 12, n.f. Ferner: Statistik der Nahrungsmittelversorgung, hrsg. v. Reichswirtschaftsministerium, T. 2: Erzeugerhöchstpreise A. Vegetabilische Produkte. B. Animalische Produkte. Abgeschlossen Dezember 1919, Berlin 1919 (Nur für den Dienstgebrauch); Aereboe, Friedrich/ Warmbold, Hermann, Preisverhältnisse landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Kriege. Mit einer Einleitung von Albert Hesse, Preisbildung und Preispolitik im Kriege, Berlin 1917 (Vorwort vom Februar 1917); für eine breite Öffentlichkeit bestimmt: Die Kriegsernährungs-Wirtschaft 1917, hrsg. v. Kriegs-Ernährungsamt, Berlin 1917. – Aereboe, F., Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, Stuttgart usw. 1927, S. 53–56; Skalweit, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, S. 106–114.*

³ *Hs. Zusatz Sydows.*

⁴ *Vgl. zu den schweren Differenzen mit Schorlemer das Material von Mitte 1917 in: Rep. 197 A, Generalia A I Nr. 20, Bl. 1–116, u.a. Bl. 40–51 das Schreiben Michaelis' an den Innenminister v. 9.5.1917, da dieser sich gütigst bereit erklärt hätte, den zweifellos zwischen dem Landwirtschaftsministerium und dem Staatskommissar [...] bestehenden Gegensatz zu mildern oder möglichst zu beseitigen, das Zitat Bl. 46.*

Nr. 196 Sitzung des Staatsministeriums am 13. März 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 77–90v; MF 995.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Drews [für Loebell], Wahnschaffe, Heinrichs.

¹ *Gelesen [U]: Loebell.*

(1. Fideikommiss. Die Kommissionsberatungen² und die Parteien. Die Nichtzulassung von Neugründungen bis mehrere Jahre nach Kriegsende beruhigt die jetzt vielfach aufgeregten Bevölkerungskreise. Es soll im Landtag regierungsseitig vom Reichstage und seinen Forderungen zum Gesetz überhaupt nicht gesprochen werden. Das Abgeordnetenhaus sei in dieser Beziehung sehr empfindlich.) — 2. Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete der Polen-politik³ als gewisses Entgegenkommen bereits vor Friedensschluß. Mögliche Schritte bei Einigkeit darüber [...], daß die positiven Maßnahmen zur Förderung des Deutschtums, also Siedlungspolitik [...], Besitzbefestigung sowie die Deutschtumsfonds, aufrecht erhalten werden. Da man in jedem Fall nach dem Kriege ein selbständiges Polen bekommt, folgt von selbst, daß [...] die bisherige Polenpolitik nicht fortzusetzen ist. Schließlich ist nach Bethmann Hollweg der Krieg, der bisher gegen das Polentum in Preußen geführt wurde, mit dem Ziele des Friedensschlusses geführt worden. Deshalb Aufhebung des sog. Enteignungsparagraphen⁴ [...], des Sprachenparagraphen⁵ sowie Konzessionen auf dem Gebiete der Schulsprache trotz ernstester Bedenken Lentzes. Das Deutschtum muß [...] unbedingt geschützt werden, da die Polen sich viel stärker vermehrten u[nd] es schon dadurch gefährdet werde. Dazu komme dann noch die Irridenta.⁶ Haltung der Parteien.⁷ [B] — 3. Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Niederlassungen geistlicher Orden ist, obwohl keine sachlichen Bedenken vorliegen, einstweilen noch zurückzustellen, um nicht die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu erschweren. [B]

² Vgl. das Material für Bethmann Hollweg zur Vorbereitung auf die Sitzung in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 319–322. Der Gesetzentwurf v. 15.1.1917 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 380 A–E. Dazu der Kommissionsbericht v. 23.4.1917: ebd., Drucks. Nr. 533 A–C. Mit Bezug auf das Prot.: Eckert, Der Kampf um die Familienfideikommiss, S. 686 f.

³ Vgl. das Votum Loebells v. 16.10.1916 in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 303–318. Ein Auszug und weiteres Material in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 8 Bd. 2, Bl. 201–201v. Ferner eine Ausarbeitung von Heinrichs v. 12.3.1917 für Bethmann Hollweg zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 2266, Bl. 24–27. Mit Bezug auf das Prot.: Lemke, Allianz und Rivalität, S. 438–440.

⁴ Gemeint ist Art. I, Abs. 10, des Gesetzes über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen v. 20.3.1908, GS, S. 29. Ein Schreiben des Innenministers v. 11.4.1917 sowie die Aufforderung Bethmann Hollwegs v. 1.4. an Schorlemer, im Ergebnis der Sitzung einen Gesetzentwurf vorzulegen, in: Rep. 90, Nr. 1616, n.f. Hier auch der Entwurf v. 21.4. mit Begleitmaterial. Der Immediatbericht v. 2.5. ebenso in: Rep. 89, Nr. 31700, Bl. 92–93. Ferner: BArch, RA I Nr. 15926, Bl. 45–49v.

⁵ Gemeint ist § 12, Abs. 1, des Reichsvereinsgesetzes v. 19.4.1908, RGBl., S. 151.

⁶ Von Das Deutschtum bis Irridenta hs. Zusatz Lentzes (Bl. 82).

⁷ Zur geplanten Rede Fst. Radziwills und der Erklärung der Staatsregierung im Herrenhaus vgl. das Telegramm Bethmann Hollwegs v. 24.3.1917 an Valentini sowie die Zustimmung Wilhelms II. in: Rep. 89, Nr. 13289, Bl. 68–68c. Entwürfe der von Drews und Heinrichs konzipierten Herrenhaus-Erklärung in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 338–350; auch: BArch, RA I Nr. 6113, Bl. 28–33. – Zur Gesamtsituation vgl.: Riezler, Tagebücher, S. 413–415, Notizen v. 8. u. 10.3.1917.

Nr. 197 Sitzung des Staatsministeriums am 20. März 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 92–99; MF 995.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [zu 1 u. teilw. zu 2, V], Breitenbach [teilw. zu 2 V], Beseler [zu 1], Sydow, Trott zu Solz, Lentze, Helfferich, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Drews [für Loebell], Wahnschaffe, Heinrichs.

¹ Gelesen [U]: Schorlemer, Loebell, Stein.

(1. Fideikomnisse. Die Kommissionsberatungen². [B]) — 2. Ernennungen, da einige höhere Verwaltungsbeamte nicht imstande sind, den erhöhten dienstlichen Anforderungen, die sich im Kriege stellen, zu genügen. Dabei sollen praktische Beispiele dafür gegeben werden, Posten nicht nur aus den Kreisen der inneren Verwaltung heraus zu besetzen, sondern auch mit anderen tüchtigen Kandidaten, darunter auch Angehörigen der gemäßigten Richtung der nationalliberalen Partei. Nach Breitenbach wird wohl die ganze Vorschlagsliste [...] als ein politisches Programm³ erscheinen. Wechsel bei Oberpräsidenten, u.a. für Hannover und Magdeburg, ggf. auch Potsdam, bei Regierungspräsidenten und einigen Landräten, bei denen zunächst nur einige Exempel zu statuieren sind, die dann hoffentlich eine gute Wirkung zeigen. [B]

² Vgl. den Kommissionsbericht v. 23.4.1917 in: *StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 533 A–C.*

³ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Runge, Wolfgang, *Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933*, Stuttgart 1965, S. 178 f. W. Groener notierte bereits am 19.10.1916 im Tagebuch, daß Landräte und Regierungspräsidenten, die versagen, abgesägt werden müßten, damit die Leute den Ernst der Lage erkennen. Zit. nach: Groener, Wilhelm, *Lebenserinnerungen. Jugend – Generalstab – Weltkrieg*, hrsg. v. Friedrich Frh. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957, S. 554.

Nr. 198 Sitzung des Staatsministeriums am 5. April 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 102–120; MF 996. — Teildrucke: Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, hrsg. v. Leo Stern, Bd. 2, Berlin 1959, S. 409–417, Dok. Nr. 24; Militär und Innenpolitik, T. 2, S. 703 f., Dok. Nr. 277.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Loebell, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. *Wahlrechtsreform.* Da die politische Situation nach innen und außen nach den Worten Bethmann Hollwegs sich so zugespitzt hat, ist ein in der Öffentlichkeit erkennbarer Schritt [...] erforderlich durch Verheißung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen.² Man darf nicht beim Pluralwahlssystem stehenbleiben nach den Erfahrungen des Krieges. Notwendigkeit einer gleichzeitigen Reform des Herrenhauses³ als Regulator [...] gegen etwa zu weitgehende radikale Tendenzen der zweiten Kammer. Der entscheidende Grund für die Reform liegt aber in der auswärtigen Politik mit ihrer starken Gefährdung der monarchischen und dynastischen Zustände. Es muß die Monarchie sich als eine volkstümliche darstellen und ein Eingreifen des Staatsministeriums [...] in der Form erfolgen, daß Wilhelm II. zu seinem Volke

¹ Gelesen [U]: Lentze.

² Vgl. Voten Lentzes und Loebells sowie weiteres Material in: *Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 2; die Telegramme Nr. 22 u. 23 des Legationsrats Frh. v. Grünau an das Auswärtige Amt /Nur für den Reichskanzler/ v. 4.4.1917 in: PA Bonn, R 4053, n.f. mit Anfrage bzw. Ermächtigung zu der Initiative auf der Sitzung. Ferner: BArch, RA1 Nr. 15925; Riezler, Tagebücher, S. 423, Notiz v. 6.4.1917. — Mit Bezug auf das Prot. u.a.: Westarp, *Konservative Politik*, 2. Bd., S. 263 f.; Patemann, *Der Kampf um die preußische Wahlreform*, S. 61 f.; *Deutschland im ersten Weltkrieg*, Bd. 2, S. 729; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 5, S. 155 f.*

³ Vgl. eine Heinrichs vom Hilfsarbeiter im Staatsministerium Regierungsrat Wolff am 3.4.1917 übergebene Ausarbeitung, die teilweise auch dem Minister- und dem Vizepräsidenten zugänglich gemacht wurde, in: *Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 5, Bl. 95–104. Ein Votum Drews' v. 6.6.1917 in: BArch, RA1 Nr. 15925, Bl. 63–83, hier auch anschließendes Material. Mit Bezug auf das Prot.: Spenkuch, Hartwin, *Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854–1918*, Düsseldorf 1998, S. 126.*

spricht, dabei aber die Regierung [...] die Führung übernimmt, denn 1848 gibt ein warnendes Beispiel. *Kontroverse Stellungnahmen aller Minister. Es lag dem Staatsministerium noch nie eine so schwere Frage vor. Die Vorschläge werden schließlich eine Wandlung des Wesens des preußischen Staates zur Folge haben. Unterschiedliche Bewertung, ob die Ernährungsschwierigkeiten und die Notlage des Volkes zu Massenaufständen⁴ führen können, v.a. angesichts der Zustände in Rußland, die eine starke und gefährliche Rückwirkung auf die großen Massen besitzen. Bisher hat man das Einschreiten des Militärs erfreulicherweise vermieden. Die Frage des Zeitpunktes der Veröffentlichung. Unsicherheit, ob sich Wilhelm II. für das gleiche Wahlrecht entscheidet. Bethmann Hollweg ist sich aber darüber klar, daß er bei Ablehnung zurücktreten muß, denn wenn jetzt eine entgegengesetzte Politik eingeschlagen wird, so sei er ein unmöglicher Mann. [B] — 2. Bitte Hindenburgs, seinen Schriftwechsel mit Ministern in Parlamentsreden nicht zu erwähnen, damit seine Person nicht in die Parteikämpfe hineingezogen wird.*⁵

⁴ Vgl. mit Bezug auf das Prot. (hier irrtümlich auf den 4.4.1917 datiert): Westarp, *Konservative Politik*, 2. Bd., S. 279.

⁵ Vgl. das Schreiben Hindenburgs an Bethmann Hollweg v. 19.3.1917 in: *Rep. 90, Nr. 2429, Bl. 15.* — In diesem Sinne wurden oberste Behörden informiert; vgl. z.B. das Schreiben des Stellvertreters des Reichskanzlers an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. 19.6.1917 in: *PA Bonn, R 742, n.f.*

Nr. 199 Sitzung des Staatsministeriums am 6. April 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 121–126v, Anlage: Bl. 127–128; MF 996. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VII 1 Nr. 1 Bd. 1, adhib. Bl. 75–82; Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 5, Bl. 124–131; Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib. Bd. 2, Bl. 93–100; Rep. 90a, D I 1 Nr. 2 Bd. 2, Bl. 142–149; Rep. 92, NL Braun A Nr. 19a I, n.f.; PA Bonn, R 4260, Bl. 92–99; Teildruck: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 2, S. 417–419, Dok. Nr. 25.

Anwesend [U]¹: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Trott zu Solz, Schorlemer, Loebell, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

Wahlrechtsreform. Die Kaiserliche Kundgebung über das Wahlrecht (Osterbotschaft).² Diskussion zum neuen Entwurf³, nach dem die Wahlvorlage erst nach dem Kriege eingebracht [...] und nicht das gleiche Wahlrecht angekündigt [...], sondern nur [...] die Beseitigung des Klassenwahlrechts gefordert wird, um schwere Kämpfe im Innern während des Krieges zu vermeiden. Stellungnahmen aller Minister. Einzelheiten, u.a., ob auch auf die Beseitigung der Ausnahmegesetze und auf die neue Polenpolitik sowie auf die Verbesserung des Arbeiterrechtes und auf die Ausgestaltung der Selbstverwaltung hingewiesen werden soll. Wirkung der Botschaft auf die Stimmung in der Armee.⁴ Bei den in der nächsten Zeit anlässlich der Herabsetzung der Brotationen zu erwartenden

¹ Gelesen [U]: Sydow, Lentze.

² Vgl. Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 84 v. 7.4.1917. Dazu: Riezler, *Tagebücher*, S. 423 f., Notiz v. 6.4.1917. Mit Bezug auf das Prot.: *Deutschland im ersten Weltkrieg*, Bd. 2, S. 729 f.

³ Vgl. Anlage zum Prot., Bl. 127–128. Zwei Fassungen mit zahlr. hs. Korrekturen in: *Rep. 90a, D I 1 Nr. 2 Bd. 2, Bl. 150–157; Zur Vorbereitung des Textes vgl. Rep. 89, Nr. 180, Bl. 153–163.*

⁴ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: *Militär und Innenpolitik*, T. 2, Düsseldorf 1970, S. 704, Anm. 8, Dok. Nr. 277.

größeren Demonstrationen *soll bei einem eventuell nötigen* Gebrauch der Waffen möglichste Zurückhaltung beobachtet werden. Die Truppen sollten [...] stets bereitgehalten [...], die Aufrechterhaltung der Ordnung *jedoch* der Polizei überlassen werden. *Beim Immediatvortrag Bethmann Hollwegs ist es nach den Worten Breitenbachs* unbedingtes Gebot, daß *Wilhelm II.* über den Ernst der [...] Lage in vollem Umfange aufgeklärt wird.⁵ [B]

⁵ Vgl. das Schreiben Bethmann Hollwegs v. 10.4.1917 an Valentini zur Lage in: Rep. 89, Nr. 32424, Bl. 170–172.

Nr. 200 Sitzung des Staatsministeriums am 18. April 1917.

Reinschr., Bd. 166, Bl. 129; MF 996.

Anwesend: Beseler [V], Sydow, Schorlemer. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Stieger [für Breitenbach], Chappius [für Trott zu Solz], Freund [für Loebell], Schönbach, Berndt, Fürstenau [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben, A. v. Steinmeister, v. Schlieben, Wolff [alle zu 2], Heinrichs.

1. Zwei Pensionssachen¹. [B] — 2. Zwölf Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 201 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Mai 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 132–144; MF 996.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U], v. Schlieben.

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Kanäle. Reichsbeihilfen für den Ausbau von Binnenwasserstraßen auf Antrag Bayerns als Kompensation für geringe Reichsinvestitionen in seine Kriegsindustrie. Es ist aber aus politischen Gründen bedenklich, wenn für innerpreußische Kanalprojekte wie den Mittellandkanal ebenfalls eine Beihilfe gewährt wird, denn man muß freie Hand behalten. Kein Donau-Mainkanal ohne Fortführung in Österreich-Ungarn. [B] — (2. Der Termin des Landtagsschlusses. Der Wiederzusammentritt¹, der angesichts der schwierigen Lage auf dem Gebiete der auswärtigen und inneren Politik [...] nicht [...] zulange hinausgeschoben werden kann. Geschäftslage, u.a. beim

¹ Vgl. Prot. der Beratung des Seniorenkonvents des Abgeordnetenhauses v. 1.5.1917 sowie die Voten der Minister des Innern und für Handel und Gewerbe v. 11. bzw. 12.5.1917 in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 13, n.f. Weitere Voten und Materialien in: Rep. 120, CB I Nr. 9 Bd. 3, n.f.

Wohnungsgesetz² und beim Fideikommißgesetz³. [B] — **3. Stellungnahme zur rechtlichen Position des Verfassungsausschusses⁴ des Reichstags und seinen Beratungsgegenständen:** I. die Wahlrechte der Bundesstaaten, v.a. die Mecklenburgische Verfassungsfrage. *Notwendigkeit einer Lösung. Keine Reichseinmischung, da die Verfassung [...] das heiligste Recht der Bundesstaaten ist;* II. Reichstagswahlrecht und [...] Wahlkreiseinteilung. *Möglichkeit einer Teilreform. Einzelheiten. Gefahr der Entrechtung des platten Landes. Zusammenhang mit der preußischen Wahlrechtsfrage und deren Stand;* III. *das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament⁵. Die Fragen des Staatsgerichtshofs, der Verantwortlichkeit der Staatssekretäre und der Bildung eines Koalitionskabinetts. Angesichts der Unbestimmtheit und Verworrenheit der bisherigen Wünsche an den Ausschuß soll die Reichsregierung [...] eine abwartende Stellung einnehmen. Parlamentarische Minister ohne parlamentarisches System sind eine Unmöglichkeit und in Deutschland und Preußen undurchführbar. Es ist zukünftig für Preußen empfehlenswert, wegen Gesetzentwürfen mit den großen Bundesstaaten Fühlung zu nehmen, bevor sie ins Staatsministerium kommen.* [B] — **(4. Mögliche Arbeiterfragen im Reichstag⁶, v.a. betr. Beschleunigung der Bildung der Arbeiterausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetze sowie nach einem Arbeitskammergesetz.)**

² Vgl. den Entwurf in: *StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 299 Dazu der Kommissionsbericht v. 15.3.1917: ebd., Drucks. Nr. 530 A–D, sowie die Ergänzung: Drucks. Nr. 552 mit der Zusammenstellung des Entwurfs der Session 1914/15 mit der Regierungsvorlage 1916/17; Drucks. Nr. 582 die Zusammenstellung mit den Beschlüssen v. 30.4.–2.5.1917; Drucks. Nr. 595 die Zusammenstellung der Regierungsvorlage mit den Beschlüssen v. 2.5.1917. Die Diskussion am 30.4.–2.5.1917 in: ebd., Session 1916/18, Sp. 5718–5754, 5759–5781 u. 5832–5854. Voten Loebells und Sydows v. 11. u. 12.5.1917 in: Rep. 87, ZB Nr. 109, Bl. 219–221v. Der Immediatbericht v. 24.3.1918 in: Rep. 89, Nr. 28558, Bl. 100–100v. Beschlossen als Wohnungsgesetz v. 28.3.1918, GS, S. 23.*

³ Vgl. die eine Aussetzung der Beratungen befürwortenden Entwürfe für Regierungserklärungen im Abgeordnetenhaus in: Rep. 90, Nr. 1595, n.f.

⁴ Durch Beschluß v. 30.3.1917 geschaffen. Er tagte v. 2.–11.5.1917. Dazu der 1. und 2. Bericht v. 4.7. u. 4.10.1917, in: *StenBerRT, Bd. 321 u. 322, Drucks. Nr. 895 bzw. Nr. 1104. Die Debatte: ebd., Bd. 309, S. 2932–2934. Das Votum Helfferichs v. 23.4.1917 sowie weiteres Material einschl. Niederschriften zu den Verhandlungen des Ausschusses in: Rep. 90, Nr. 116, n.f.; das Votum Helfferichs mit Anlagen auch in: Rep. 84a (D), Nr. 6238, Bl. 427–510 sowie Rep. 90a, A VII 1 Nr. 1 Bd. 1, adhib, Bl. 85–127; hier anschließend weiteres Material. Die Denkschrift sowie ein Votum Loebells v. 19.6.1917 in: PA Bonn, R 1470, n.f. Zur Haltung Helfferichs mit Bezug auf das Prot. vgl.: Patemann, *Der Kampf um die preußische Wahlreform*, S. 65. Zur Haltung des Kriegsministers vgl.: *Militär und Innenpolitik*, T. 2, S. 749, Anm. 9, Dok. Nr. 296.*

⁵ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Westarp, *Konservative Politik*, 2. Bd., S. 249 f.

⁶ Vgl. den 1. Bericht des 22. Ausschusses für den vaterländischen Hilfsdienst in: *StenBerRT, Bd. 321, Drucks. Nr. 856. Dazu: Rep. 90, Annex J Nr. 32, n.f.*

Nr. 202 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Mai 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 146–153v; MF 997. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VII 1 Nr. 1 Bd. 1, adhib, Bl. 220–227v; Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 5, Bl. 133–140v; Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 2, Bl. 173–180v; Rep. 90a, D I 1 Nr. 2 Bd. 2, Bl. 194–201v; PA Bonn, R 4260, Bl. 108–115v.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

*Wahlrechtsreform*¹. Die Erörterungen *Loebells*² mit Konservativen, Freikonservativen, *Zentrums- politikern* und Nationalliberalen, mit denen ein Block der Rechtsparteien gegen das gleiche allgemeine Wahlrecht sowie den damit verbundenen zu großen *Einfluß* der Sozialdemokratie und für ein Pluralwahlrecht *gebildet werden konnte*, was ein großes Opfer darstellt. Einzelheiten. Das Staatsministerium wird aber vor Fertigstellung der Vorarbeiten für den ganzen Reformplan keine Stellung [...] nehmen, um die volle Freiheit der Entscheidung [...] innerhalb der durch die Osterbotschaft³ gezogenen Grenzen zu behalten, denn es ist noch nicht zu übersehen [...], wie lange der Krieg noch dauert. Notwendigkeit einer ausgiebigen Reform des Herrenhauses, die Teil einer Gesamtvorlage werden muß. Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses des Reichstages, wo es schon scharfe Vorstöße gegen das preußische Wahlrecht gab. [B]

¹ Vgl. *Voten Lobells und Lentzes* in: *Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 2, Bl. 165–172v. Mit Bezug auf das Prot.: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 269; Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 73–76.*

² Vgl. *das Telegramm Bethmann Hollwegs an Valentini* v. 20.5.1917 mit einer Information über Absprachen, von denen weder der Ministerpräsident selbst noch das Staatsministerium etwas gewußt hätten, in: *Rep. 89, Nr. 180, Bl. 183; Bl. 188 ein Entwurf Bethmann Hollwegs* v. 23. (?) 5.1917 für eine Stellungnahme des Staatsministeriums. Ein *Votum Loebells* v. 19.6.1917 in: *Rep. 90, Nr. 116, n.f.*

³ Vgl. *Reichs- und Staatsanzeiger* Nr. 84 v. 7.4.1917.

Nr. 203 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Juli 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 155–162; MF 997.

Anwesend [U]¹: *Bethmann Hollweg* [V], *Breitenbach*, *Sydow*, *Trott zu Solz*, *Schorlemer*, *Loebell*, *Helfferrich*, *Roedern*. — Prot.: [*Heinrichs*, U].

Weitere Teilnehmer: *Wahnschaffe*, *Heinrichs*.

1. Die Verhandlungen im Verfassungsausschuß des Reichstages zur Änderung der großen Reichstagswahlkreise.² Hierbei muß man den Wünschen teilweise Rechnung tragen, um andere Wünsche z.B. hinsichtlich der Offiziersernennungen und der Stellung der bundesstaatlichen Vertreter im Reichstage³ leichter in den Hintergrund schieben zu können. Zusammenhang mit der Wahlrechtsvorlage in Preußen. Die innen- und außenpolitische Lage angesichts Kriegsmüdigkeit und antideutscher Stimmung in Österreich und auch in Ungarn, dem unter den Abgeordneten weitverbreiteten Eindruck vom angeblichen Fiasko im U-Bootkrieg und der Unsicherheit, ob es Deutschland [...] wirtschaftlich schafft. Wenn die Regierung nicht bereit sei, auf innerpolitischem Gebiete Notwendigkeiten zu erfüllen, die auf der Hand lägen, dann würde die Situation unhaltbar werden. Es ist dem Pessimismus mit aller Macht entgegenzutreten. Es ist die innere Einigkeit [...] in Scherben gegangen [...] wegen der Kriegsziele und wegen der innerpolitischen Fragen. Es kommt auf die Stimmung der Arbeiter an. [B] — **2.** *Wahlrechtsreform*. Der Antrag zum Wahlrecht in den Bundesstaaten⁴ ist mit Verweis auf die Osterbotschaft sowie Schritte in einzelnen Bundesstaaten zu beantworten und dabei das föderative Moment mit Nachdruck in den Vordergrund zu stellen. [B]

¹ Gelesen [U]: *Beseler*, *Lentze*, *Stein*.

² Vgl. den 1. u. 4. *Kommissionsbericht* v. 4.7.1917 bzw. 22.6.1918 in: *StenBerRT, Bd. 321 bzw. 324, Drucks. Nr. 895 u. 1681. Ein Votum des Ministers des Innern* v. 19.6.1917 in: *Rep. 90a, A VII 1 Nr. 1 Bd. 1, adhib, Bl. 228–234. Gesetzentwürfe aus dem Reichsamt des Innern* v. 13.7. u. 21.7.1917 in: *Rep. 84a (D), Nr. 6263, Bl. 575–605, hier auch weiteres Material. Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 269, 337 f.*

³ Vgl. den 3. *Kommissionsbericht* v. 4.10.1917 in: *StenBerRT, Bd. 322, Drucks. Nr. 1125.*

⁴ Vgl. *StenBerRT, Bd. 320, Drucks. Nr. 690, Abschnitt D; ebd., Bd. 321, Drucks. Nr. 736.*

Nr. 204 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juli 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 165–172v; MF 997. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VII 1 Nr. 1 Bd. 1, adhib, Bl. 274–282; Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 2, Bl. 225–233; Rep. 90a, D I 1 Nr. 2 Bd. 2, Bl. 218–226; Rep. 84a (M), Nr. 3343, n.f.; Rep. 92, NL Braun A Nr. 19a I, n.f.; PA Bonn, R 4053, n.f.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

Wahlrechtsreform.¹ Kontroverse Diskussion² zur Lage in Vorbereitung eines Kronrats unter Zuziehung aller Staatssekretäre. Während Lentze, Loebell, Schorlemer, Stein und Trott zu Solz am Pluralwahlrecht festhalten bzw. eine Entscheidung hinauszögern wollen, denn man darf, da die militärische Lage [...] durchaus gut ist, die Flinte nicht ins Korn werfen, zeigen sich Bethmann Hollweg und die anderen Minister davon überzeugt, daß kein anderes Wahlrecht als das gleiche [...] gebracht werden darf, weder jetzt noch nach dem Kriege. Da es gefährlich wird, wenn die Krone [...] schließlich unter dem allergrößten äußeren Drucke dies konzedieren muß, hat sie den Schritt schon jetzt zu tun, wo er doch noch als ein freier Akt darzustellen ist. Die zu erwartende große Erregung auf dem Lande, namentlich unter der demagogischen Propaganda des Bundes der Landwirte. Einzelheiten zur innenpolitischen Situation. Die allgemeine Stimmung ist gegenwärtig außerordentlich herabgedrückt wegen zu geringer Erfolge des U-Bootkrieges und der kritischen Lage der Volksernährung mit wirtschaftlicher Not, sogar teilweise Hunger, und in verschiedenen Orten ist es zu Unruhen gekommen, die sehr ernst stimmen. Gefahr eines Generalstreiks. Rücktrittsangebote Lentzes, Loebells und Schorlemers und Vorschlag Lentzes nach Demission des gesamten Ministeriums. Nach Breitenbach können eine Zustimmung Wilhelms II. zum gleichen Wahlrecht allein neue Männer mit einer neuen Spitze umsetzen. Schluß der Besprechung ohne Abstimmung wegen der kommenden Kronratssitzung.

¹ *Vgl. die Nachricht Loebells v. 9.7.1917 an v. Valentini über die Sitzung mit dem Hinweis, daß leider nur Wahlrecht behandelt wurde und nicht der Kanzlerwechsel in: Rep. 89, Nr. 3577, Bl. 302–303, das Zitat Bl. 302. Umfangreiches Material in: PA Bonn, R 4053, n.f. – Mit Bezug auf das Prot.: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 272 u. 277 (zuletzt falsch datiert auf den 7.7.1917), 278 u. 350 f.; Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 82–91, v.a. S. 90; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 750 f.*

² *Heinrichs vermerkte auf Bl. 164 am 25.7.1917: Es sind [...] die Ausführungen der [...] Minister mit Rücksicht darauf, daß die den gleichen Gegenstand betreffenden Verhandlungen des Kronrats vom folgenden Tage eingehend protokolliert worden sind, nur in ihren Hauptpunkten wiedergegeben. Vgl. auch die hs. Aufzeichnungen Heinrichs' über eine Besprechung Bethmann Hollwegs mit Breitenbach, Loebell, Helfferich, Roedern, Zimmermann, v. Capelle und Wahnschaffe am 8.7.1917 vor der Staatsministerialsitzung in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 2, Bl. 215–219v.*

Nr. 205 Sitzung des Kronrats im Kongreßsaal des Reichskanzlerhauses¹ am 9. Juli 1917.

Vollz. Reinschr., Bd. VI, Bl. 181–202; MF KR 39/40. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VII 1 Nr. 1 Bd. 1, adhib, Bl. 283–303v; Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1, adhib Bd. 2, Bl. 234–254v; Rep. 90a, D I 1 Nr. 2 Bd. 2, Bl. 227–247v; Rep. 84a (M), Nr. 3343, n.f.; Rep. 92, NL Braun A Nr. 19a I, n.f.; PA Bonn, R. 4260, Bl. 117–137v; Druck²: Croon, Helmuth, *Die Anfänge der Parlamentarisierung*, in: *Zur Problematik „Preußen und das Reich“*, hrsg. v. Oswald Hauser, Köln, Wien 1984, S. 126–154; Teildrucke [Ausführungen Steins u. v. Capelles]: *Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution*, Bd. 2, Berlin 1959, S. 588–595, Dok. Nr. 143; *Militär und Innenpolitik*, T. 2, S. 786 f., Dok. Nr. 315.

Anwesend [U]: Wilhelm II., Bethmann Hollweg, Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Kraetke, Lisco, Solf, v. Capelle, A. Zimmermann [alle U], v. Valentini, Wahnschaffe, Heinrichs.

Die gegenwärtige gesamte politische Lage und [...] die preußische Wahlrechtsvorlage.³ Während Bethmann Hollweg unter — z.T. eingeschränkter — Zustimmung für das gleiche Wahlrecht plädiert, denn es ist fraglich, ob es aussichtsreich ist, sich einer Entwicklung, die dem großen Völkerlingen mit Naturnotwendigkeit folgt, entgegenzustimmen, widersprechen Lentze und Loebell. Es steigert nur die Zahl der SPD-Abgeordneten bis zum Status der stärksten Fraktion, die den Präsidenten nominiert, mit Polen und Freisinn die Majorität bildet und damit Einfluß [...] auf die gesamte [...] Verwaltung, [...] die Fragen der Kirche, der Schulverwaltung, der Steuern, der Landwirtschaft sowie auf die Verhältnisse der Regierung zu ihrer Beamtenschaft und Polizei ausübt. Es wird sich ein fortdauernder Kampf um die Erweiterung der parlamentarischen Rechte entwickeln, welcher die Unversehrtheit der Rechte der Krone schwer gefährdet. Loebell betont, daß er es für ausgeschlossen hält, daß die bestehenden Schwierigkeiten tatsächlich so beseitigt werden können. Die gegenwärtige Stimmung ist ungeheuer gespannt, v.a. wegen Zusammenfallen der Enttäuschung, daß der Krieg im August nicht beendet wurde, mit größter wirtschaftlicher Not und Unterernährung [...] bis zum Hungern. Es gibt Streikbewegungen sowie recht schwere Unruhen, wo das Militär ohne Blutvergießen eingreifen mußte. Auswirkungen der Wahlrechtsreform auf andere Bundesstaaten. Wirkungen der letzten Rede⁴ von Lloyd George, daß man mit dem autokratischen Deutschland keinen Frieden machen kann. Erfahrungen Roederns als

¹ Ortsangabe nach: Helfferich, *Der Weltkrieg*, S. 445.

² Nach der Abschr. in: Rep. 92, NL Braun.

³ Vgl. die Anmerkungen Wilhelms II. v. 10.5.1918 über den Verlauf des Kronrats am Rand des Aufsatzes „Das Wort des Königs“, *Berliner Börsen-Zeitung* v. 9.5.1918, in dem ein Beitrag von Friedrich Thimme aus der Zeitschrift *Deutsche Politik* referiert wird, in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 4, Bl. 335–336. Dazu eine Aktennotiz A. v. Steinmeisters v. 16.5.1918 und ein Schreiben Friedbergs an das Zivilkabinett v. 21.5.1918: ebd. Bl. 339–344v. Der Brief in: Rep. 89, Nr. 181, Bl. 93–94. Eine Aufzeichnung Helfferichs v. Juli 1918 in: BArch, RK, Nr. 2403/6, Bl. 2–3. Außerdem: Bethmann Hollweg, Th. v., *Betrachtungen zum Weltkriege*, 2. T., S. 195, Anm. 1, u. S. 220 f.; Helfferich, *Der Weltkrieg*, S. 445 f.; Riezler, *Tagebücher*, S. 442, 444 u. 446, Stichworte v. 14.7.1917 bzw. undatierte Notizen; Braun, Magnus Frh. v., *Von Ostpreußen nach Texas. Erlebnisse und zeitgenössische Betrachtungen eines Ostdeutschen*, Stollham (Oldenburg), 2. Aufl. 1955, S. 112 f. — Mit Bezug auf das Prot.: Westarp, *Konservative Politik*, 2. Bd., S. 271–280 u. 350–352; Patemann, *Der Kampf um die preußische Wahlreform*, S. 90 f.; *Deutschland im ersten Weltkrieg*, Bd. 2, S. 751.

⁴ Am 29.6.1917 in Glasgow — vgl. Schultheß 1917 II, S. 304 f. Ein Bericht der Auslandsstelle des Kriegspresseamtes v. 14.7.1917 über ausländische Reaktionen in: Rep. 89, Nr. 668, Bl. 163–166.

Landrat und in Elsaß-Lothringen im Zusammenarbeiten [...] mit sozialdemokratisch durchsetzten bzw. auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählten Körperschaften. *Nach Bethmann Hollweg ist es unbedingt nötig, den rechten Flügel der SPD wieder zu stärken und sich der Hilfe der Gewerkschaften zu bedienen. Schluß der Verhandlungen durch Wilhelm II. Er wird die für Preußens Zukunft so einschneidenden und bedeutungsvollen Fragen noch weiter erwägen und dann einen Beschluß fassen.*

Nr. 206 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Juli 1917.

Vollz. Reinschr. mit Einschüben, Bd. 166, Bl. 174–176; MF 997. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2351, Bl. 16–18; Rep. 90, Nr. 2353, Bl. 25–27; Rep. 90a, A VII 1 Nr. 1 Bd. 1, adhib, Bl. 304–306; Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1, adhib Bd. 2, Bl. 255–257; Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1, zu adhib Bd. 3, Bl. 2–4; Rep. 90a, D I 1 Nr. 2 Bd. 2, Bl. 248–250, Rep. 84a (M), Nr. 3343, n.f.

Anwesend [U]: Bethmann Hollweg [V], Breitenbach, Beseler, Sydow, Trott zu Solz, Schorlemer, Lentze, Loebell, Helfferich, Stein, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

Wahlrechtsreform. Bericht Bethmann Hollwegs über seinen Vortrag am Vortage bei Wilhelm II. Dieser wollte, da die vorgeschlagenen Maßnahmen [...] so schwerwiegender Natur und von solch großer Bedeutung für die ganze Zukunft Preußens erscheinen, Rücksprache mit dem Kronprinzen¹ nehmen und auch noch keine Antwort auf das Rücktrittsangebot Bethmann Hollwegs geben. Inzwischen hat sich Wilhelm II. aber für die Proklamierung des gleichen Wahlrechts entschieden und Bethmann Hollweg gebeten, die Geschäfte weiterzuführen. Erklärung Breitenbachs, daß es angezeigt ist, daß die Staatsminister insgesamt ihr Portefeuille [...] zur Verfügung stellen, um [...] die schwierige Aufgabe der Neugestaltung des Staatsministeriums zu erleichtern. Während Trott zu Solz informiert, daß sein Abschiedsgesuch schon eingereicht ist, betonen Sydow sowie Beseler² [...] ihre Bereitwilligkeit, ihren Posten gegebenenfalls zur Verfügung zu stellen, daß dies aber kein Demissionsgesuch ist wie von Lentze, Loebell, Schorlemer und Stein³. Helfferich und Roedern stellen ihre Ämter [...] zur Verfügung. Bethmann Hollweg erklärt, daß er die schwere Last [...] weiter tragen wird.⁴

¹ *Vgl. ein Schreiben Heinrichs' an GehKabR v. Berg v. 10.6.1918 über Bedenken des Kronprinzen betr. einzelner Protokollformulierungen in: Rep. 89, Nr. 181, Bl. 108–108v. Dieses mit Anlage auch in: BArch, RK, Nr. 2403/6, Bl. 111–113v. Hier nach Bl. 68 u.a. ein Bericht des Kronprinzen v. 18.7.1918 über die Vorgänge vom 10. bis 13.7.1917. Zur Stellungnahme des Kronprinzen zur Reform sowie seiner Kritik am Prot. vgl. den dem Prot. nachgehefteten Schriftwechsel Bl. 177–185. Weiteres Material in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1, zu adhib Bd. 3, u.a. Bl. 12–14v Aufzeichnungen Bethmann Hollwegs über seinen Vortrag bei Wilhelm II. sowie ein Gespräch mit diesem am 12.7.; ferner Bl. 15–18 hs. Aufzeichnungen Helfferichs v. Juni 1918. Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Westarp, *Konservative Politik*, 2. Bd., S. 352 f.; Patemann, *Der Kampf um die preußische Wahlreform*, S. 93.*

² *Vgl. das Abschiedsgesuch v. 24.7.1917 in: Rep. 90, Nr. 2351, Bl. 21.*

³ *Zur Vermittlung Max v. Badens bei der Entlassung des Kriegsministers vgl.: Stein, Hermann v., *Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges*, Leipzig 1919, S. 135.*

⁴ *Seine Entlassung erfolgte am 14.7.1917.*

Nr. 207 Sitzung des Staatsministeriums im Reichskanzlerhause am 28. Juli 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 187–190v; MF 997/998.

Anwesend¹ [U]: Michaelis [V], Breitenbach, Sydow, Helfferich, Roedern. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, Heinrichs.

1. Die Teilung des Reichsamts des Innern² durch Ausgliederung der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Aufgaben zu einem neu zu bildenden Reichswirtschaftsamt³ sowie Einrichtung eines besonderen Vizekanzleramtes mit Helfferich für Sonderaufträge, insbesondere die Vorbereitung der Friedensverhandlungen. Dem verbleibenden Reichsamt des Innern fallen weiterhin spezielle Aufgaben wie die Verwaltung der besetzten Gebiete, die Neueinteilung der Reichstagswahlbezirke und die Verhandlungen in dem Verfassungsausschusse des Reichstags zu. Die Stellen der zwei Unterstaatssekretäre im Reichswirtschaftsamt sollen dem Wunsche ihrer Parteien entsprechend mit einem Sozialdemokraten sowie vielleicht mit einem Nationalliberalen besetzt werden. Ernennungen, u.a. als Staatssekretär des Reichspostamtes Rüdlin⁴, des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann, als Innenminister Drews, Kultusminister Schmidt(-Ott)⁵, Finanzminister Hergt, Justizminister Spahn oder Porsch, ggf. v. Krause, sowie als Landwirtschaftsminister P. v. Eisenhart-Rothe oder A. Frh. v. Massenbach⁶. Das neue Kabinett wird demnach den Charakter eines Beamtenministeriums tragen, welches berufen ist, die Geschäfte nach Maßgabe der Allerhöchsten Befehle zu führen. Umbau des Kriegsernährungsamts und Vereinigung mit dem Amte des preußischen Ernährungskommissars unter v. Waldow, der dann ein Ernährungsminister für die Dauer des Krieges ist⁷ — als sein Unterstaatssekretär der Sozialdemokrat A. Müller⁸. [B] — (2. Eine Ernennung. [B])

¹ Lt. Aktennotiz Heinrichs' für Michaelis v. 26.7.1917 seien die noch amtierenden Staatsminister eingeladen worden; vgl. Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 15, Bl. 54.

² Vgl. die Immediatanträge von Michaelis sowie einzelne Bestellungen in: Rep. 89, Nr. 13420, Bl. 124–129v. Ein Schreiben von Michaelis an Wilhelm II. v. 28.7.1917 in: ebd., Nr. 3587, Bl. 8–9. — Eine undatierte Denkschrift in den Handakten von MinDir. Lewald in: BArch, RA I Nr. 14366/7, Bl. 13–23.

³ Vgl. den Immediatbericht Michaelis v. 9.10.1917 in: Rep. 89, Nr. 27682, Bl. 1–1v; Bl. 5 der Allerh. Erlaß über die Errichtung des Reichswirtschaftsamts v. 21.10.1917 sowie Bl. 10–10v eine Übersicht der Geschäftsbereiche. Der Allerh. Erlaß wurde veröffentlicht in: RGBl., S. 963.

⁴ Vgl. zu den Absprachen mit Rüdlin eine Aktennotiz Heinrichs' in: Rep. 90, Nr. 2351, Bl. 47–48.

⁵ Zur Berufung vgl. Schmidt-Ott, Friedrich, Erlebtes und Erstrebtes 1860–1950, Wiesbaden 1952, S. 152 f.

⁶ Vgl. zur Ablehnung die Aktennotiz Heinrichs' v. 30.7.1917 in: Rep. 90, Nr. 2351, Bl. 41–42v.

⁷ Vgl. das vom Kriegsministerium an den Reichskanzler weitergeleitete Telegramm Ludendorffs v. 2.8.1917 mit der Forderung nach Einheitlichkeit in der Bearbeitung der Ernährungsfrage in: BArch, RK, Nr. 2398/10, Bl. 368. Dazu ein gemeinsames Votum Sydows, Eisenhart-Rothes und Drews' v. 14.8.1917, u.a. mit der Forderung nach der anderweitigen Regelung des Verhältnisses des Staatskommissars zu den Ministerialinstanzen, sowie weiteres Material bis hin zu dem Allerh. Erlaß v. 23.8.1917 in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 1, Bl. 153–161, das Zitat Bl. 153. Ein Schreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes (i.V. Edler v. Braun) an den Stellvertreter des Reichskanzlers v. 23.8.1917 mit den Entwürfen der Allerh. Erlasse in: Rep. 197 A, Generalia A II Nr. 1 Bd. 1, Bl. 231–236. — Mit Bezug auf das Prot. (hier fälschlich auf den 24.7.1917 datiert): Goldschmidt, Das Reich und Preußen, S. 119.

⁸ Zur erstmaligen Ernennung eines Sozialdemokraten vgl. z.B.: Staat und Sozialdemokratie, in: Vorwärts Nr. 216 v. 9.8.1917.

Nr. 208 Sitzung des Staatsministeriums am 7. August 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 192–198v; MF 998.

Anwesend [U]¹: Michaelis [V], Breitenbach, Sydow, Helfferich, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Eisenhart-Rothe. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Wahnschaffe, v. Graevenitz, Heinrichs.

1. Begrüßung von Michaelis und Ansprache des neuen Ministerpräsidenten. — 2. Wahlrechtsreform.² Nach der Entscheidung Wilhelms II. für das gleiche Wahlrecht muß sich die Staatsregierung [...] rückhaltlos für die Einführung einsetzen. Das neue Recht kann in seinem [...] Kern nur das Reichstagswahlrecht sein. Jeder Gedanke, [...] ein der Sache nach anderes Wahlrecht unterzuschieben, ist von vornherein zurückzuweisen. Die Haltung der Parteien und die weitere Verfahrensweise. Es ist die Einbringung der Vorlage sehr bedenklich, wenn sie nicht noch im laufenden Winter verabschiedet werden wird, da dies sonst einen Kampf der Meinungen und Parteien bis zum Ende des Krieges heraufbeschwört. Die Neugestaltung des Herrenhauses. [B] — 3. Eine Ernennung. [B] — 4. Die prinzipielle Frage des Wiedereintritts verabschiedeter Minister in den Staatsdienst als Oberpräsidenten ist von allgemeiner politischer Bedeutung, da die Demission wegen der ablehnenden Haltung gegenüber dem gleichen Wahlrecht erfolgt. Zweckmäßigkeit, die Angelegenheit dilatorisch zu behandeln. Erneute Beratung zur Wiederbesetzung der Posten in Kassel und Stettin notwendig. [B]

¹ Gelesen [U]: Stein, Schmidt-Ott, Hergt.

² Vgl. das Votum Drews' v. 6.8.1917 mit Korrekturen sowie Ergänzung v. 14.8.1917 in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 2, Bl. 268–283 u. 288–294; auch: Rep. 89, Nr. 180, Bl. 220–235v; auch in: PA Bonn, R 4053, n.f.

Nr. 209 Sitzung des Staatsministeriums am 16. August 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 200–211; MF 998.

Anwesend [U]¹: Michaelis [V], Breitenbach, Sydow, Helfferich, Stein, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Meister [zu 3].

Weitere Teilnehmer: v. Graevenitz, Meister [zu 3], Heinrichs.

(1. Begrüßung von Schmidt-Ott und Hergt. — 2. Eine Ernennung. [B]) — 3. Wahlrechtsreform.² Es geht grundsätzlich um das „gleiche Wahlrecht“, denn die Allgemeinheit des Wahlrechts unterliegt gewissen Beschränkungen und wird schon dadurch ausgeschlossen, daß es unzweifelhaft Frauen und Jugendlichen auch fernerhin versagt bleibt. Weitere Einzelheiten, v.a. zur Wahlkreis-einteilung.³ Man muß Waldow zufolge angesichts der zu erwartenden niederdrückenden Änderungen in der zukünftigen Zusammensetzung des Parlaments so viele Hemmungen als nur irgend möglich [...] in das Gesetz aufnehmen. Dabei sollen Änderungen der Vorlage möglichst vermieden werden, weshalb Vorverhandlungen zu führen sind. [B] — (4. Die im Brennpunkte des

¹ Gelesen [U]: Roedern.

² Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 105 f.

³ Vgl. das von Drews erbetene Votum, das am 24.8.1917 abgesandt wurde, in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 2, Bl. 302–312. Dazu eine Beratung der Ressorts am 29.8.1917: ebd., Bl. 317–319.

öffentlichen Interesses stehende Frage der Kohlenversorgung.⁴ *Im Winter wird die Gefahr innerer Unruhen und Umwälzungen [...] eine so dringende, daß die Verantwortung für ihre Unterdrückung nicht übernommen werden kann, sonst ist die Katastrophe da. Aufgaben und Kompetenzen des Kohlenkommissars, der nur im engen Zusammenhange mit dem Kriegsamt wirken kann und keinen besonderen Behördenapparat mit unteren Instanzen benötigt. Notwendigkeit einer Entscheidung der OHL, daß die Versorgung der Zivilbevölkerung Vorrang hat.*)

⁴ Vgl. Schreiben Groeners an die Bundesregierungen v. 25.7.1917 in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 Bd. 16, Bl. 237–238.

Nr. 210 Sitzung des Staatsministeriums am 17. August 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 213–225; MF 998.

Anwesend [U]¹: Michaelis [zu 3, V], Breitenbach, Sydow, Helfferich, Stein, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Meister [zu 3].

Weitere Teilnehmer: v. Graevenitz, Meister [zu 3], Heinrichs.

(1.–2. Zwei Ernennungen. [B]) — 3. Wahlreform und Neugestaltung des Herrenhauses², um die bestimmenden Kräfte des öffentlichen Lebens zu erfassen, denn z.Z. repräsentiert es noch die romantischen Ideen Friedrich Wilhelms IV. Deshalb sollen angesichts der kulturellen und wirtschaftlichen Fortentwicklung Stadt und Land speziell auch Handel und Industrie vertreten seien. Einzelheiten, u.a. zu einer besonderen Vertretung der Arbeitnehmer, da ein Interesse daran besteht, die Arbeiterschaft in das Getriebe des Staatslebens einzufügen und daran im positiven Sinne zu interessieren sowie zu der gesetzlichen Zusicherung an das Judentum, einen Vertreter stellen zu können. Das ist aber erst für die Zukunft möglich, da noch keine gemeinsame Vertretung der israelitischen Synagogengemeinden existiert. Vertagung der Entscheidung über die Zahl der aus besonderem Vertrauen des Königs zu berufenden Mitglieder. [B]

¹ Gelesen [U]: Roedern.

² Vgl. das umfangreiche Material in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 5, Bl. 143–228v, u.a. Bl. 144–164 ein Memorandum Loebells v. 6.6.1917. Zu dessen Vorschlägen vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 127f. Wichtig die Interims-Akten, betreffend: die Eingaben, Vorschläge, Zeitungsaufsätze usw. zu der preußischen Herrenhausreform von 1917/1918 in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 adhib. n.f.

Nr. 211 Sitzung des Staatsministeriums am 4. September 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 228–242; MF 998/999. Ms. Entwurf mit hs. Korrekturen, teilw. doppelt überliefert mit unterschiedl. Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 19, Bl. 1–24. — Abschr.: PA Bonn, R 4260, Bl. 204–232; Druck: *L'Allemagne et les problèmes de la paix*, t. 2, S. 391–406, Dok. Nr. 236.

Anwesend [U]¹: Michaelis [V], Breitenbach, Sydow, Helfferich, Stein, Roedern, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: v. Graevenitz, Heinrichs.

Die militärische und wirtschaftliche Lage² und die Friedensziele. Obwohl der Geist der Truppe [...] tadellos ist, besteht ein breiter Wunsch nach baldigem Frieden. Die inneren Verhältnisse sind sehr ernst hinsichtlich der gesamten Volksversorgung, was bei einem weiteren Winterfeldzuge zur Explosion führen kann. Zudem ist die finanzielle Situation [...] außerordentlich ernst. Schließlich bereitet Österreich-Ungarn [...] größte Sorge.³ Deshalb muß man zu einem baldigen Friedensschluß kommen, ohne selbst die Initiative zu ergreifen, denn man kann nicht auf die erhoffte Wirkung des U-Boot-Krieges warten. Es ist aber ein Programm aufzustellen, das die realen Sicherheiten auflistet, die auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu fordern sind, v.a. gegenüber Belgien. Da eine Beschränkung seiner Souveränität [...] nicht mehr gefordert werden kann außer in der Autonomie Flanderns, ist es erforderlich, die wirtschaftlichen Ziele weiter zu ziehen. Der ganze Krieg sei zu einem Wirtschaftskrieg geworden. Einzelheiten, u.a. zum Eisenbahnwesen, zum Anschluß Belgiens an Deutschland auf zoll-, münz- und bankpolitischem Gebiete sowie zum Erzgebiet von Longwy-Briey⁴ und dem Kohlefeld der Campine⁵, die für Deutschland dienstbar gemacht werden müssen, während eine territoriale Einverleibung [...] keine entscheidende Frage ist. Notwendigkeit, das Vertrauen des Reichstags zu erwerben, um seinen Ansprüchen [...] auf Parlements herrschaft begegnen zu können. [B]

¹ Gelesen [U]: Roedern.

² Vgl. dazu die Denkschrift Ludendorffs für den Reichskanzler v. 14.9.1917 in: BArch, RK, Nr. 2403/5, Bl. 109–113 sowie Bl. 121 die telegraphische Ergänzung v. 24.9.1917.

³ Vgl. den Bericht v. Seeckts an v. Hindenburg v. 31.7.1917 in: Meier-Welcker, Hans, Die Beurteilung der politischen Lage in Österreich-Ungarn durch Generalmajor von Seeckt im Sommer 1917, in: MGM Nr. 2/1968 (= H. 4), S. 99–104.

⁴ Vgl. zwei aus der ersten Zeit des Krieges stammende und dem Minister für Handel und Gewerbe ca. Mai 1917 erneut vorgelegte, umfangreiche Denkschriften in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 84 adhib 6 Bd. 1, Bl. 324–435.

⁵ Vgl. das im Prot. erwähnte Gutachten Uthemanns v. April 1917 in: Rep. 120, C VIII Nr. 19 Bd. 12, Bl. 127–163, dazu ein Begleitschreiben Helfferichs v. 25.7.1917: ebd., Bl. 124–124v.

Nr. 212 Sitzung des Staatsministeriums am 14. September 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 244–256v; MF 999. — Teildruck [TOP 2]: *L'Allemagne et les problèmes de la paix*, t. 2, S. 427–429, Dok. Nr. 250.

Anwesend [U]¹: Michaelis [V], Breitenbach, Sydow, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Meister [zu 5].

Weitere Teilnehmer: v. Graevenitz, Meister [zu 5], Heinrichs.

(1. Wiederwahl von Kapp zum Generallandschaftsdirektor, nachdem die persönlichen Differenzen zu Bethmann Hollweg beseitigt sind. Da Kapp aber die einem jeden Beamten in der Kritik des obersten Reichsbeamten gezogene Grenze überschritt, ist nach der disziplinarischen Seite hin noch ein

¹ Gelesen [U]: Helfferich, Stein.

weiterer Schritt *notwendig*. [B] — **2.** Elsaß-Lothringen. *Der Stand der Verhandlungen.*² *Die Umgestaltung der Reichslande zu einem selbständigen Bundesstaat muß einstweilen noch dilatorisch behandelt werden. Die weitere staatsrechtliche Entwicklung im Königreich Polen, wozu das Staatsministerium [...] in jedem entscheidenden Stadium gehört werden soll, da die inneren und äußeren polnischen Fragen in engstem Zusammenhange miteinander stehen. Einzelheiten. Einstweilen wird man die bisherige Politik fortsetzen [...] müssen. Wenn die Polen [...] in der Aufziehung ihres eigenen Staatswesens nicht vorankommen, ist zu erwägen, [...] wieder der Militärverwaltung weitergehende Befugnisse zu übertragen.* — **3.** *Der Wiederezusammentritt des Landtags. Geschäftslage*³, u.a. bei der Behandlung des Fideikommißgesetzes⁴. *Da die weitere Beratung Michaelis zufolge eine schwere Belastung der politischen Situation herbeiführen kann, ist die Sache [...] lediglich vom taktischen Standpunkte aus zu betrachten.* [B] — **4.** *Die Frage der Kohlenpreise.*⁵ *Gefahr, daß die großen Lohnerhöhungen der letzten Zeit eine erneute Erhöhung der Preise nach sich ziehen. Dadurch kann aber der Wunsch des Reichstags gesteigert werden, die Überwachung und Regelung der Kohlenproduktion in die Hand zu bekommen. Obwohl man bisher Forderungen der Zechenbesitzer [...], jede Lohnerhöhung in eine Preiserhöhung umzusetzen, nicht verhindern konnte, ist ein erneuter Versuch [...] notwendig, wenigstens eine zeitliche Verschiebung zu erreichen.* [B] — **5.** *Wahlrechtsreform und Reform des Herrenhauses*⁶. *Die Haltung der Parteien, Einzelheiten. Es muß verhindert werden, daß die beiden Kammern eine Verständigung suchen, die das gleiche Wahlrecht gefährdet. Einzelheiten, u.a. zur vollen Etatsbeteiligung des Herrenhauses.* [B]

² *Material über Besprechungen der Reichsleitung mit dem Statthalter sowie diplomatische Berichte aus den Bundesstaaten in: PA Bonn, R 2978, n.f. Vgl. das Ergebnisprotokoll der Besprechungen in Bad Kreuznach am 9.8.1917 in: BArch, RK, Nr. 2403/5, Bl. 97.*

³ *Vgl. die Meldungen der Ministerien in: Rep. 90a, A IX 2 Nr. 2 Bd. 8, Bl. 78–107. Das Prot. der Beratung des Seniorenkonzils des Abgeordnetenhauses v. 26.9.1917 in: Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 14 Bd. 1, Bl. 127–128v.*

⁴ *Vgl. den Kommissionsbericht v. 23.4.1917, in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 533 A–C. Voten vor allem des Justiz- und Landwirtschaftsministers über die weitere Verfahrensweise nach der Aussetzung der Abgeordnetenhausberatungen im Frühjahr in: Rep. 90, Nr. 1595, n.f.*

⁵ *Zur im Prot. erwähnten Preiserhöhung im 1. Halbjahr vgl. Rep. 151, I C Nr. 9928, Bl. 1–7; ferner Bl. 44–45 der Bericht Sydows v. 22.9.1917 über Verhandlungen mit Vertretern des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats. Zur Kohlenversorgung insgesamt vgl. die Verhandlungen der verstärkten Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses v. 23.–25.10.1917 in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 11, Bl. 209–247.*

⁶ *Vgl. die von Michaelis (i.V. Heinrichs) im Verfolg der gestrigen Besprechung des Staatsministeriums den Ministern übersandte Immediateingabe des Präsidenten des Herrenhauses mit Anlage in: PA Bonn, R 4054, n.f.*

Nr. 213 Sitzung des Staatsministeriums am 18. September 1917.

Reinschr., Bd. 166, Bl. 257; MF 999.

Anwesend: Sydow [V], Spahn [teilw.], Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Hoff [für Breitenbach], Freund [für Drews], A. v. Steinmeister [zu 1], v. Schlieben [zu 1], Wolff [zu 1], Berndt, Roedenbeck, Matibel [alle zu 2], Heinrichs.

1. *Neun Disziplinarsachen*¹. [B] — **2.** *Zwei Pensionssachen*¹. [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.*

Nr. 214 Sitzung des Staatsministeriums am 21. September 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 259–271v, Anlage: Bl. 272; MF 999. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 5, Bl. 265–277; PA Bonn, R 4260, Bl. 182–195.

Anwesend [U]: Michaelis [V], Breitenbach, Sydow, Helfferich, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Meister.

Weitere Teilnehmer: v. Graevenitz, Meister, Heinrichs.

Wahlrechtsreform. Die Reform des Herrenhauses¹ und die Durchbringung des gleichen Wahlrechts. Vorschläge zur Zusammensetzung der Ersten Kammer², um einen wirksamen Gegendruck gegen ein radikales Abgeordnetenhaus zu schaffen. Die Befürchtung vor einer Demokratisierung Preußens ist lt. Waldow im Lande außerordentlich groß; die Staatsregierung muß deshalb zeigen, daß sie diese Gefahr erkennt und die Bremse ansetzt, wo es noch möglich ist. Einzelheiten, u.a. zur Frage der Vertretung des Grundbesitzes und zur Notwendigkeit einer ausgiebigen Berücksichtigung von Vertretern der ländlichen und [...] städtischen Selbstverwaltung, deren Rolle [...] ständig wichtiger wird, indem ihr der Staat selbst [...] fortdauernd neue Aufgaben überträgt. Meinungsverschiedenheiten betr. Vertretung der Arbeitnehmer. Da sie aber keine öffentliche Vertretung besitzen und sogar die Gefahr besteht, daß Vertreter der radikalen Arbeiterpartei eine Mitgliedschaft erlangen, soll jetzt die Arbeitervertretung fortgelassen werden. [B]

¹ *Vgl. die Aufzeichnungen für den Ministerpräsidenten zur Sitzung in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 5, Bl. 260–264 u. 278–279v. — Mit Bezug auf das Prot.: Spenkuch, Herrenhaus, S. 129 f.*

² *Vgl. die Vorschläge Breitenbachs in der Anlage zum Prot.: Bl. 272.*

Nr. 215 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Oktober 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 274–285; MF 999/1000. — Druck: L'Allemagne et les problèmes de la paix, t. 2, S. 464–477, Dok. Nr. 272.

Anwesend [U]: Michaelis [V], Breitenbach, Sydow, Helfferich, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Graevenitz, Heinrichs.

1. Glückwünsche des Staatsministeriums zum 70. Geburtstag von Hindenburg. — **2.** Die Frage der Herstellung der Autonomie Elsaß-Lothringens. *Stellungnahme der Reichsleitung angesichts möglicher Reichstagsdebatten. Während bisher die Einverleibung durch Preußen als die an sich beste Lösung angesehen wurde, lassen Aspirationen Bayerns [...] auf das Elsaß¹ den Gedanken einer Teilung entstehen, gegen den sich aber Widerstand bei den süddeutschen Staaten und Sachsen² regt und sich im Reichstage mehr und mehr das Bestreben geltend macht, einen selbständigen*

¹ *Umfangreiches Material in: Rep. 90, Annex E Nr. 4, u.a. Bl. 36–42 bzw. 49–59 die im Prot. erwähnten Denkschriften von Schwartz und Ehrhard (beide Namen im Prot. fehlerhaft). Vgl. ferner den Bericht des bayerischen Legationsrats Krafft an Hertling über eine Unterredung Michaelis' mit Kronprinz Rupprecht in: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917, I. T., S. 925 f., Dok. Nr. 396, Beilage c, Bericht v. 4.9.1917.*

² *Vgl. z.B. ein sächsisches Promemoria mit Begleitschreiben v. 29. 10.1917, in: PA Bonn 2978, n.f.*

Bundesstaat zu schaffen. Vor- und Nachteile dieser Varianten und die vom Statthalter Dallwitz benannten Kautelen im Falle einer Autonomie. Einzelheiten. Kontroverse Diskussion, v.a. angesichts des Problems, ob die Regelung der [...] Frage in irgendwelche Verbindung mit dem Friedensschluß gebracht werden muß und ob vom Reichstag hier eine Machtprobe veranstaltet wird. Michaelis wird den Versuch machen, die Mehrheitsparteien von einer sofortigen Besprechung abzubringen. Unklarheit, wie man im Falle eines Konfliktes mit dem Reichstage vorgeht.

Nr. 216 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Oktober 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 287–299; MF 1000.

Anwesend [U]: Michaelis [V], Breitenbach, Sydow, Helfferich, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Meister [zu 4].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

(Glückwünsche des Staatsministeriums zum 70. Geburtstag von Hindenburg). — **1.** *Die geplanten Landtagsvorlagen. Einzelheiten, u.a. die Umgestaltung der beiden Häuser des Landtags. Notwendigkeit einer Erhöhung des Grundkapitals der Seehandlung¹, damit diese angesichts der fortgesetzt gesteigerten Konzentration der Großbanken [...] die notwendige Fühlung mit der Großfinanz behält und stark genug bleibt zur Abwehr etwaiger schädlicher Einflüsse der Großbanken auf den Staat. — 2. Ernennungen. Die Wiederverwendung der aus dem Staatsministerium geschiedenen vier Staatsminister. [B] — 3. Die Zurücksetzung von jüdischen Bürgern beim Zutritt zu Ämtern und bei Beförderungen trotz der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung.² Die Situation in den Ressorts, Einzelheiten. Bereitschaft, ein Entgegenkommen zu versuchen, wobei die Ernennung von Juden zu aktiven Offizieren [...] unmöglich ist. [B] — 4. Die Reform des Herrenhauses. Die Regierungsvorschläge finden nicht das richtige Verständnis und den vollen Glauben für die ernste Absicht, gleiches Wahlrecht unter allen Umständen durchzusetzen, weshalb auf eine Mithilfe des gegenwärtigen Herrenhauses [...] nur sehr beschränkt zu rechnen ist. Diskussion zum Gesetzentwurf³. Einzelheiten, u.a. zur Vertretung des Grundbesitzes sowie der Selbstverwaltung. Auch wenn eine Ausschaltung der Arbeiter heftige Angriffe in der Öffentlichkeit hervorrufen wird, können diese keinen Anspruch auf eine Vertretung im berufsständischen Rahmen [...] erheben und müssen deshalb ausscheiden. [B] Die Sitzung wird vertagt.*

¹ *Vgl. das Votum Hergts v. 1.10.1917 und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 1171, n.f.; der Immediatbericht v. 22.10.1917 in: Rep. 89, Nr. 26932, Bl. 259–260, der Gesetzentwurf in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 663. Ferner: BArch, RAdI Nr. 15926, Bl. 68–83. Erlassen als Gesetz, betr. Firma und Grundkapital der Seehandlung v. 25.2.1918, GS, S. 15.*

² *Vgl. die als Anlage zur TO versandte Eingabe von GehJusR Cassel v. 20.9.1917 sowie die Antwort Michaelis' v. 27.9., daß die Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen des Staatsministeriums zur Sprache komme, in: BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 180–184. Vgl. zu einem Vorstoß von Spahn bei Wilhelm II.: Ormond, Thomas, Richterwürde und Regierungstreue. Dienstrecht, politische Betätigung und Disziplinierung der Richter in Preußen, Baden und Hessen 1866–1918, Frankfurt/M. 1994, S. 501.*

³ *Vom 2.10.1917 in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1, adhib Bd. 2, Bl. 338–342. Ferner: BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 185 bis 190v. Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 107.*

Nr. 217 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Oktober 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 302–308v, Anlage: Bl. 309–309v; MF 1000. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 5, Bl. 315–323v; PA Bonn, R 4054, n.f.

Anwesend [U]¹: Breitenbach [V], Sydow, Helfferich [zum Schluß], Roedern [zum Schluß], Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Meister.

Weitere Teilnehmer: Heinrichs, Meister.

Fortführung der Beratung zur Herrenhausreform. Einzelheiten, u.a. zur Vertretung des Grundbesitzes und zur Zahl der aus besonderem Vertrauen des Königs Berufenen. Bekräftigung, daß Arbeitern eine förmliche Zugehörigkeit zum Herrenhause nicht zu gewähren ist. Auswirkungen auf das Steuer- und Etatsbewilligungsrecht. Notwendigkeit, gegen den Radikalismus [...] noch Hemmungen zu schaffen, da die demokratische Gestaltung der parlamentarischen Einrichtungen besondere Besorgnisse auf dem Gebiete von Kirche und Unterricht entstehen läßt. Erarbeitung von einem abgeänderten Gesetzentwurf². [B]

¹ *Gelesen [U]: Michaelis, Stein.*

² *Vgl. Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1, adhib Bd. 2, Bl. 344–345.*

Nr. 218 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Oktober 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 311–320v; MF 1000/1001. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 5, Bl. 354–364v; Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1, adhib Bd. 2, Bl. 368–377v; PA Bonn, R 4260, Bl. 233–242v.

Anwesend [U]¹: Michaelis [V], Breitenbach, Sydow, Helfferich, Stein, Roedern, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Fritzschen.

Weitere Teilnehmer: Meister, Fritzschen, Heinrichs.

Die Entwürfe² der Gesetze über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten und die Zusammensetzung des Herrenhauses. Kontroverse, ob eine Verkoppelung beider Gesetze fixiert werden soll, denn in der Öffentlichkeit ist bereits Unruhe darüber entstanden, daß die Regierung nicht mit voller Kraft [...] die Wahlreform vertritt. Sie muß aber nach Drews mit allen Mitteln und mit voller Ehrlichkeit durchgesetzt werden. Da ohne die Reform des Herrenhauses die des Abgeordnetenhauses nicht möglich ist, muß die Reform als einheitliches gesetzgeberisches Werk betrachtet werden. Veränderungen in den etatsrechtlichen Verfassungsbestimmungen.³ Einzelheiten, u.a. zur Haltung der Parteien. Die künftige Zusammensetzung des Herrenhauses. Einzelheiten, u.a. zur Frage einer Verstärkung der Vertretung von Handel und Industrie. Da man

¹ *Gelesen [U]: Waldow.*

² *Vgl. Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1, adhib Bd. 2, Bl. 352–367. Auch: PA Bonn, R 4054, n.f. Der Immediatbericht v. 30.10.1917 in: Rep. 89, Nr. 180, Bl. 243–307. Mit Bezug auf das Prot.: Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 109–111.*

³ *Vgl. das gemeinsame Votum (einschl. Berichtigung) des Ministers des Innern und des Finanzministers v. 25.10.1917 mit dem Entwurf eines Gesetzes betr. Abänderung der Art. 62 u. 99 der Verfassungsurkunde v. 31.1.1850, in: PA Bonn, R 4243, n.f.*

letztere im Kriege nach den Worten Sydows wiederholt schädigen mußte, z.B. durch das Hilfsdienstgesetz, herrscht jetzt ein lebhaftes politisches Interesse daran, sich mit ihr gut zu stellen. Breitenbach regt an, die Gesetzesbegründung weniger pathetisch zu fassen, ohne eine besondere Hervorhebung einer angeblichen Initiative Wilhelms II. Statt dessen muß der Wunsch des Volkes nach der Reform des Wahlrechts [...] im Vordergrunde stehen. Die politische Entwicklung des Volkes dürfe nicht zu stark betont werden. [B]

Nr. 219 Sitzung des Staatsministeriums am 4. November 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 323–329; MF 1001. Ms. Entwurf mit hs. Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 21, Bl. 1–6. — Teildrucke [TOP 2]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 2, S. 754–757, Dok. Nr. 228; L'Allemagne et les problèmes de la paix, t. 2, S. 526–532, Dok. Nr. 301.

Anwesend [U]: Hertling [teilw., V], Breitenbach, Sydow, Helfferich, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: Kühlmann, Heinrichs.

1. Begrüßung des neuen Ministerpräsidenten Gf. v. Hertling. Obwohl er eine Trennung der Ämter¹ des Reichskanzlers von dem des Präsidenten des Staatsministeriums beabsichtigte, hat sich herausgestellt, daß dies nicht möglich ist, wobei auf dem Posten des Ministerpräsidenten an sich ein Preuße gehört. — 2. Die Lösung der polnischen Frage. Gedankenaustausch nur informatorischer Natur in Vorbereitung der Kronratssitzung² zu den Meinungsverschiedenheiten mit der OHL. Die politische Lage in Polen.³ Nachdem im Kreuznacher Abkommen⁴ [...] vereinbart wurde, daß Deutschland in Polen und Österreich in Rumänien Vormacht sein soll, hat sich aufgrund von Reibungen [...] neuerdings die Frage aufgedrängt, ob es nicht ratsam ist, Rumänien als deutsches und Polen als österreichisches Interessengebiet zu betrachten.⁵ Gefahr, daß auf einem Friedenskongreß [...] ein selbständiges Polen entsteht, angelehnt an Österreich und mit Sitz einer umfassenden polnischen Irridenta. Bei Annexion der aus strategischen Gründen unentbehrlichen Gebietsteile kann man, den Intentionen der OHL folgend, den Rest Polens sich selbst überlassen, was automatisch eine Anlehnung an Österreich zur Folge hat, oder an Rußland zurückgeben. Da

¹ Vgl.: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearb. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, 1. T, Düsseldorf 1959, S. 322–407, Dok. Nr. 66–75 d. Eine von Erzberger dem Auswärtigen Amt am 29.10.1917 übergebene Denkschrift in: PA Bonn, R 742, n.f. Ferner: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 388–395.

² Zur Terminierung vgl. den Telegrammwechsel u.a. zwischen Geheimen Zivilkabinett und Auswärtigen Amt sowie Staatsministerium in: PA Bonn, R 4054, n.f. – Heinrichs vermerkte in einem Anschreiben v. 28.11.1917, das er dem den Ministern zum Vollzug zugehenden Prot. beilegte, daß die Ausführungen [...] mit Rücksicht darauf, daß die den gleichen Gegenstand betreffenden Verhandlungen des Kronrats vom folgenden Tage eingehend protokolliert worden sind, nur in ihren Hauptpunkten wiedergegeben wurden (Bl. 322).

³ Vgl. den ganz geheimen Bericht Beselers v. 15.10.1917 im Anschluß an den Halbjahresbericht über die Verwaltung des Generalgouvernements Warschau in: Rep. 89, Nr. 13289, Bl. 83, S. 1–12. Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Conze, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 325; Geiss, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918, S. 126 f.; Basler, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum, S. 206–208; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 780 f.

⁴ Vom 18.5.1917: L'Allemagne et les problèmes de la paix, t. 2, Paris 1966, S. 204–206, Dok. Nr. 123. Zum Gesamtkomplex vgl.: Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 295–302.

⁵ Vgl. die Aufzeichnung über eine Besprechung unter Leitung Kühlmanns am 5.11.1917 in: BArch, RAAdI Nr. 6113, Bl. 74–77v.

aber dort zurzeit keine verhandlungsfähige Regierung besteht, bleibt nur die austro-polnische Lösung, worauf auch die inneren Verhältnisse in Österreich drängen. Durch eine Ablehnung würde die Belastung des Bündnisses zu groß werden. Zugleich ist es nötig, die deutsche Machtbasis in Europa zu verbreitern, was nur durch ein engeres Verhältnis zu Österreich geschehen kann. Auch wenn sich Rußland [...] bereits an Polen desinteressiert gezeigt hat, muß man die Freiheit behalten, hierüber ein Abkommen mit Rußland zu treffen. Untrennbarer Zusammenhang mit der litauischen und kurländischen Frage.⁶ Die deutschen Interessen [...] in Rumänien.

⁶ Vgl. die Zusammenstellung der auf die staatliche Entwicklung I. Polens, II. Kurlands, III. Litauens bezüglichen amtlichen Schriftstücke in: *Rep. 90, Annex J Nr. 25, Bl. 192–200v.*

Nr. 220 Sitzung des Kronrats im Schloß Bellevue am 5. November 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen¹, Bd. VI, Bl. 208–232v; MF KR 40/41. Ms. Entwurf mit hs. Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 22, Bl. 1–32. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex J Nr. 8, n.f.; Teildruck: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 2, S. 758–763, Dok. Nr. 229.

Anwesend [U]: Wilhelm II., Hertling, Breitenbach, Sydow, Helfferich, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: Solf, v. Capelle, v. Kühlmann [U], Rüdlin, v. Krause, Wallraf, Schwander, v. Hindenburg [U], v. Beseler [U], Ludendorff [U], v. Holtzendorff, v. Lyncker, v. Müller, v. Valentini, Gf. v. Wedel [U], Heinrichs, v. Graevenitz, v. Stengel, v. Preger.

Die schwebenden Verhandlungen über die polnische Frage², ein Problem, das Hertling zufolge seit zwei Jahrhunderten die Welt in Atem hält und vielleicht niemals ganz gelöst wird. Notwendigkeit einer Entscheidung vor einem Friedenskongreß als eine der schwerwiegendsten, vor die die deutsche Politik seit Jahrzehnten gestellt ist. Hoffnungen auf Einfluß im Königreich Polen zur Kräftigung des Deutschen Reichs nach Osten haben sich nicht erfüllt. Erhebliche Zweifel an den Kreuznacher Abmachungen sowie an dem Gedanken, diese dahin zu revidieren, daß in Rumänien Deutschland bedingungslos die Vormacht eingeräumt werden soll, während [...] Polen in ein engeres staatsrechtliches Verhältnis zur Doppelmonarchie kommt. Es gibt nun vier Möglichkeiten, wobei, da Rußland z.Z. kein Vertragspartner ist, die Wiederherstellung des früheren Zustandes sowie eine neue Teilung Polens wegfällt. Kontroverse Diskussion zwischen den Befürwortern eines selbständigen Polens, das an Deutschland angegliedert ist militärisch, politisch und wirtschaftlich, und den Protagonisten der austro-polnischen Lösung bei noch erheblich gesteigerten deutschen wirtschaftlichen Interessen in Polen. Beseler³ und Hindenburg verweisen sowohl auf die schon erreichten Ergebnisse, das Land staatlich weiter zu entwickeln, als auch darauf, daß die austro-polnische Lösung für Österreich einen ganz gewaltigen Machtzuwachs bedeutet und dadurch die Gefahr besteht, daß ein neuer Panslawismus von Wien aus wächst. Hindenburg warnt, die

¹ Von der Hand Wilhelms II.

² Vgl. dazu den *Berliner Lokalanzeiger*, der über eine angebliche Einigung auf dem Kronrat betr. Polen berichtete: Ein Übereinkommen über Polen, Nr. 567 v. 7.11.1917; hierzu eine Sammlung internationaler Pressemeldungen in: *PA Bonn*, R 21594, Bl. 139 u. 143–146. — Mit Bezug auf das Prot.: *Conze, Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 325–328; *Geiss, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918*, S. 126 f.; *Basler, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*, S. 206–208; *Deutschland im ersten Weltkrieg*, Bd. 2, S. 781 f.

³ Vgl. die auf den Kronrat Bezug nehmende, als ganz geheim und persönlich bezeichnete Denkschrift Beselers für den Reichskanzler v. 12.11.1917 in: *Rep. 89, Nr. 13289, Bl. 90, S. 1–10.*

Donaumonarchie nicht überstark werden zu lassen, denn wie lange man im Frieden mit ihr lebt, kann man nicht mit Gewißheit vorausbestimmen. Ludendorff sieht eine Verschlechterung der europäischen militärstrategischen Lage insgesamt. Die Befürworter der austro-polnischen Lösung, darunter die Mehrheit der Staatsminister, orten trotz schwerer [...] Bedenken in ihr die Chance, einen mitteleuropäischen Block zu bilden. Da auf einem Friedenskongreß sicher die austro-polnische Lösung [...] ohne Gegenleistungen kommt, ist es besser, dieser entschlossen und beherzt ins Auge zu blicken und sie von einer Reihe von Kautelen (auch betr. Kurland und Litauen) abhängig zu machen. Einzelheiten. Wilhelm II. betont, daß das Problem vor allem als Rassenfrage gesehen werden muß: Der Pole und der Deutsche gehen niemals zusammen, auch wenn es zum Aufblühen des Landes kommt. Obwohl Wilhelm II. die Gefahr einer Irridenta sieht, erklärt er die austro-polnische Lösung als das Richtige. Die großen Erwartungen an Rumänien⁴, das eine ungeheure Zukunft besitzt. Einzelheiten. Deutschland braucht es auch für eine zweite Landverbindung nach dem Orient [...], von Österreich und von Bulgarien unabhängig. [B]

⁴ Vgl. schon das Telegramm Wilhelms II. v. 24.9.1917 über seine Reise durch Rumänien in: BArch, RK, Nr. 2403/5, Bl. 124–125v.

Nr. 221 Sitzung des Staatsministeriums am 20. November 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Einschüben, Bd. 166, Bl. 331–337; MF 1001.

Anwesend [U]: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Fritzschen [zu 2].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Meister, Fritzschen [beide zu 2], Valentiner [zu 3–4], Heinrichs.

(1. Begrüßung von Friedberg als Vizepräsidenten des Staatsministeriums.) — **2.** Die Gesetzentwürfe¹ zur Reform des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses. *Wilhelm II. hat sich mit großer Entschiedenheit für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen, weil es unmöglich ist, die politischen Rechte der aus dem Felde zurückkehrenden Krieger verschieden zu bemessen. Zusammensetzung des Herrenhauses, Einzelheiten. Ablehnung einer Verkoppelung der beiden Gesetze nach kontroverser Diskussion. [B]* — **3.** Die Bestätigung der Wahl des Generallandschaftsdirektors Kapp. *Meinungsverschiedenheiten. Erneute Beratung notwendig, da die Autorität der Staatsregierung zwar eine Ablehnung erfordert, hierdurch aber in den gegenwärtig erregten Zeiten [...] große und wichtige Volkskreise gereizt werden. [B]* — **4.** Verwaltungsreform². *Die mögliche Aufhebung der Regierungsinstanz und die Reform der Provinzialbehörden, die Erweiterung der Selbstverwaltung in der allgemeinen inneren Verwaltung und der Schulverwaltung sowie die Umgestaltung des Beschlußverfahrens und des Verwaltungsstreitverfahrens. Ziel ist eine vom Staatsministerium gebilligte Denkschrift³ für außerhalb der Behördenorganisation*

¹ Vgl. Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1, adhib Bd. 3, Bl. 2–30. Ferner Voten und weiteres Material in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 6, n.f. – Mit Bezug auf das Prot.: Patemann, *Der Kampf um die preußische Wahlreform*, S. 109 f.

² Vgl. Entwurf eines Gesetzes über Ermächtigung des Staatsministeriums zu Maßnahmen, betr. Vereinfachung der Verwaltung v. 22.9.1917 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 613.

³ Vgl. den internen Druck der Vorlage des Innenministers Grundzüge einer Verwaltungsreform 1917, Berlin (1917), in: Rep. 84a (D), Nr. 4271, Bl. 14–115v, dazu Bl. 116–158v u. 189–203 Voten sowie Material im Ergebnis der Beschlüsse des Staatsministeriums. Das Votum Roederns v. 27.10.1917, dem sich der Kultusminister anschloß, die Denkschrift nicht einem weiteren Kreise von Gutachtern zu unterbreiten, auch in: BArch, RADl Nr. 15926, Bl. 90. Weiterhin: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 adhib Bd. 3, Bl. 507–514. Umfangreiches Material u.a. zur Entstehung der Denkschrift im Nachlaß von Drews, so z.B. Rep. 92, NL Drews, Nr. 22 sowie Nr. 35 u. 36. In den beiden letzten Akten eine Votensammlung.

stehende Gutachter. [B] — Die Vereinheitlichung des Strafvollzugswesens und die Übertragung des gesamten Strafvollzugs an die Justizverwaltung.⁴ — (5.–6. Zwei Ordenssachen, u.a. betr. Max Liebermann. [B])

⁴ Vgl. Allerh. Erlaß, betr. die Vereinheitlichung des Strafvollzugs v. 14.12.1917, GS 1918, S. 11. Dazu: Allg. Verfügung über den Übergang der bisher der Verwaltung des Innern unterstellten Strafanstalten und Gefängnisse auf die Justizverwaltung v. 15.3.1918, JMinBl., S. 67.

Nr. 222 Sitzung des Staatsministeriums am 27. November 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 341–352v; MF 1001.

Anwesend [U]¹: Hertling [teilw. zu 1, V], Friedberg [V teilw. zu 1 u. zu 2], Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Siefert [zu 1].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Stein [zu 1], v. Berg (Markienen) [zu 2], v. Radowitz, Siefert [zu 1], Heinrichs.

1. Abgabe einer Reichstagserklärung des Reichskanzlers² über gewisse Zugeständnisse auf dem Gebiete der Sozialpolitik hinsichtlich der Einführung der vollen Koalitionsfreiheit³ und der Einbringung eines Arbeitskammergesetzes⁴. Es hat sich die Stellung der Regierung zu den Gewerkschaften während des Krieges viel freundlicher als früher gestaltet, denn sie entwickelten eine für das Staatswohl nützliche Tätigkeit, und man hat sich vielfach ihrer Hilfe mit bestem Erfolge bedient, darunter gerade der Arbeitersekretäre. Rechtsprechung und Strafbestimmungen gegen Streikvergehen, Einzelheiten. Besorgnis, [...] daß auch den Angestellten der Eisenbahnverwaltung volle Koalitionsfreiheit gegeben wird und daß eine Ausdehnung des Gesetzes auf die Landwirtschaft erfolgt. Keine Regelung des Staatsarbeiterrechts insgesamt. [B] — 2. Bestätigung der Wahl von Kapp zum Generallandschaftsdirektor. Die Nichtbestätigung kann in weiten Kreisen des Volkes einen Sturm der Entrüstung hervorrufen und insbesondere die ostpreußische Landwirtschaft tief verletzen. [B]

¹ Gelesen [U]: v. Stein. Die Unterschriftsleiste v. Berg wurde nicht vollzogen, auf Abschriften sollte aber lt. Anweisung Heinrichs' v. 12.1.1918 der Name mit aufgeführt werden. Vgl. Bl. 338 u. 352v.

² Vgl. Hertling am 29.11.1917 in: StenBerRT, Bd. 311, S. 3944–3947, hier S. 3946.

³ Vgl. die im Reichswirtschaftsamt für den Reichskanzler erstellte Aufzeichnung, betr. Aufhebung des § 152 Abs. 2, § 153 der Gewerbeordnung, in: Rep. 120, BB VI Nr. 164 Bd. 7, Bl. 224–224v; Bl. 231–235 der Gesetzentwurf v. 28.1.1918 sowie Bl. 236–237 u. 240–241 Voten. Eingbracht am 19.4.1918 als: StenBerRT, Bd. 324, Drucks. Nr. 1491. Die Aufzeichnung für den Reichskanzler auch in: Rep. 84a (D), Nr. 1254, Bl. 230–230v.

⁴ Vgl. den auf den Beschlüssen des Reichstages von 1909/10 beruhenden Entwurf des Reichswirtschaftsamtes v. 3.12.1917 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 9 Bd. 7, Bl. 8–12v, dazu auch die im Prot. erwähnte Aufzeichnung, betreffend ein Arbeitskammergesetz für die Hand des Reichskanzlers, ebd., Bl. 4–6. Ferner das Material in: Rep. 77, Tit. 922 Nr. 7 Bd. 3, v.a. Bl. 20–25 eine Aufzeichnung für den Minister in Vorbereitung der Sitzung.

Nr. 223 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Dezember 1917.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 166, Bl. 360–369; MF 1001/1002. Ms. Entwurf mit hs. Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 23, S. 1–11a. — Teildrucke [TOP 2]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 2, S. 807–813, Dok. Nr. 259; L'Allemagne et les problèmes de la paix, t. 3, S. 90–97, Dok. Nr. 62; Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages. Dokumentensammlung, Bd. 1, Berlin 1967, S. 77–85, Dok. Nr. 22.

Anwesend [U]¹: Hertling [V], Friedberg, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kühlmann [zu 2, U], v. Radowitz, Heinrichs.

(1. Ernennungen, u.a. von Göppert zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt. [B]) — 2. Mitteilungen über die Verhandlungen [...] in Brest-Litowsk und [...] mit der OHL.² Die staatsrechtlichen Fragen betr. die zukünftige Gestaltung Kurlands und Litauens³, die sich unter Anlehnung an Deutschland selbständig machen wollen. Die Form der Verwaltung der besetzten Gebiete, die z.Z. Ober-Ost unterstehen, aber langsam in eine Zivilverwaltung überführt werden sollen. Deutsche Wünsche sowie die der Verbündeten für einen Präliminarfrieden. Die Durchführung der austro-polnischen Frage. Der Wunsch der OHL, durch erhebliche Annexionen die strategische Sicherheit der deutschen Grenzen zu schützen in Form eines Sicherheitsstreifens⁴, was bei Österreich auf lebhaften Widerstand gestoßen ist. Einzelheiten, auch hinsichtlich der preußischen Polenpolitik. Die Möglichkeit, die Getreide- und Futtermittelvorräte durch russische Zufuhr zu ergänzen. Notwendigkeit, die russischen und polnischen Kriegsgefangenen und [...] Zivilarbeiter zurückzuhalten, denn sonst wird die deutsche Landwirtschaft schlechterdings zu Boden geworfen, und es entstehen Probleme im Bergbau.⁵ — 3. Ernennung des Staatssekretärs Wallraf zum [...] Staatsminister, denn die Verbindung des Reichsamtes des Innern mit dem [...] Staatsministerium hat stets bestanden und ist eine politische Notwendigkeit. — 4. Kriegsfinanzierung.⁶ Frage, ob eine erneute Zwischengesetzgebung zur Beibehaltung der bisherigen Praxis, wonach die nötigen Mittel für die Verzinsung der Anleihe aus den laufenden Einnahmen bereitzustellen sind, notwendig ist, oder ob mit einem baldigen Frieden das Gesamtsteuerprogramm in Angriff genommen wird. Einzelheiten zum Ernst der Finanzlage. Notwendigkeit einer Besitzsteuer. Gerade wegen der unbedingten Geheimhaltung der

¹ Gelesen [U]: Breitenbach.

² Zu den Verhandlungen vgl.: Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages. Dokumentensammlung, Bd. 1, Berlin 1967, S. 25–74, Dok. Nr. 1–21; Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, bearb. v. Werner Hahlweg, Düsseldorf 1971, S. 13–86, Dok. 1–46. Mit Bezug auf das Prot. u.a.: Conze, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 329; Rosenfeld, Günter, Sowjet-Rußland und Deutschland 1917–1922, Berlin, 2. Aufl. 1984, S. 28 f.

³ Vgl. grundsätzlich für das Folgende sowie mit Bezug auf das Prot.: Volkman, Hans-Erich, Die deutsche Baltikumpolitik zwischen Brest-Litowsk und Compiègne. Ein Beitrag zur „Kriegszieldiskussion“, Köln, Wien 1970, v.a. S. 17, 30 u. 41.

⁴ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Geiss, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918, S. 129–131.

⁵ Vgl. das Schreiben Waldows an Helfferich v. 4.1.1918 in: Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 1, S. 244 f., Dok. Nr. 84.

⁶ Vgl. die Denkschrift Roederns v. 21.5.1917 in: PA Bonn, R 2393, n.f.; Rückblickend der Staatssekretär in seinen Memoiren: BArch Koblenz, Kleine Erwerbungen Nr. 317, NL Roedern Bd. 2, Bl. 238–239.

Steuerprojekte ist der Reichsschatzsekretär [...] Mitglied des Staatsministeriums. — **5. Der kommende preußische Staatshaushaltsetat⁷ und die Frage der Eisenbahngütertarife⁸.**

⁷ Vgl. Rep. 90, Nr. 1387, n.f. Erlassen als Gesetz, betr. die Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1918, v. 18.6.1918, GS, S. 99.

⁸ Vgl. das Schreiben Breitenbachs an alle Minister v. 20.10.1917, Voten und weiteres Material bis zur Annahme des Gesetzes über die Erhebung von Kriegszuschlägen im Güter- und Tierverkehr der Staatseisenbahnen v. 20.3.1918 (GS, S. 19) in: Rep. 90a, K II 3 Nr. 2 Bd. 2, n.f. Auch: Rep. 77, Tit. 258 Nr. 64 Bd. 2, Bl. 389–411v.

Nr. 224 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Dezember 1917.

Reinschr., Bd. 166, Bl. 370; MF 1002.

Anwesend: Friedberg [V], Sydow, Spahn, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Stieger [für Breitenbach], v. Chappius [für Schmidt-Ott], Berndt, Matibel [beide zu 1], A. v. Steinmeister, Valentiner, Wolff [alle zu 2], Heinrichs.

1. Eine Pensionssache¹. [B] — 2. Sieben Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H bzw. F.

Nr. 225 Vertrauliche Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1917.

Vollz. Reinschr., Bd. 166, Bl. 372–378; MF 1002. — Teildrucke¹ [TOP 1]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 2, S. 850–852, Dok. Nr. 277; Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 1, S. 157–161, Dok. Nr. 48.

Anwesend [U]²: Hertling [V], Friedberg, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Heinrichs.

1. Der gemeinsame Immediatvortrag³ Hertlings mit der OHL zur russischen Frage und weiteren Kriegszielen. Die Frage der Grenzregulierungen nach Polen zu ist wegen unannehmbarer Gegenvorschläge Österreichs noch nicht entschieden. Die künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse im Baltikum. Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, Einzelheiten. Sowohl die amerikanische Regierung als auch Flugblätter der USPD⁴ fordern Friedensverhandlungen von Volk zu Volk, wodurch ein Konflikt zwischen Regierung und Volk in Deutschland heraufbeschworen wird.

¹ Mit geringfügigen Abweichungen.

² Gelesen [U]: Breitenbach.

³ Am 18.12.1917. Vgl. die Aufzeichnung zu den Ergebnissen in: Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 1, S. 125–127, Dok. Nr. 40. Mit Bezug auf das Prot.: Geiss, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918, S. 130 f.; Volkmann, Die deutsche Baltikumpolitik, S. 18 f. (Anm. 40) u. 37 f.

⁴ Vgl. Der Friede von Brest-Litowsk, S. 131 f., Dok. Nr. 95; Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, hrsg. v. L. Stern. Quellenmaterial, bearb. v. Gerhard Schrader u. Hellmuth Weber, Bd. 2, Berlin 1959, S. 845–848, Dok. Nr. 274 u. 275.

Zensurfragen.⁵ Ablehnung einer von Wilhelm II. angeregten Hilfsaktion für Finnland, da Nahrungsmittel [...] bei dem gegenwärtigen zweifelhaften Stande der eigenen Volksernährung nicht zur Verfügung stehen. Bericht über die erstmalige Besprechung mit den Führern der Reichstagsparteien einschließlich Haase (USPD).⁶ Befürwortung des Wunsches einer dauernden Fühlungnahme der MdR mit der Reichsregierung durch Hertling, aber völlige Ablehnung permanenter Vertretung des Parlaments bei den laufenden Geschäften. — 2. Notwendigkeit der Ernennung von Staatssekretär Wallraf zum Staatsminister.⁷ Frage, ob nicht gleichzeitig auch der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts vorzuschlagen ist. Wegen der politischen Warnungen vor dem Eindringen der Staatssekretäre des Reichs in das [...] Staatsministerium wird man bei H. K. Frh. v. Stein noch warten. Gegenwärtig sind eine Ernennung v. Kühlmanns sowie des Vizekanzlers v. Payer nicht vorgesehen. [B] — (3. Übernahme des Unterstaatssekretärs Frh. v. Falkenhausen in die Verwaltung des Ober-Ost-Gebietes. Besoldung, Einzelheiten. [B])

⁵ Vgl. die Richtlinien der Oberzensurstelle für die Behandlung von Nachrichten über die Waffenstillstandsverhandlungen v. 20.12.1917 in: *Die Auswirkungen der ... Oktoberrevolution*, Bd. 2, S. 848 f., Dok. Nr. 276.

⁶ Vgl. die Niederschrift v. 20.12.1917 in: *Deutsch-sowjetische Beziehungen*, Bd. 1, S. 144–152, Dok. Nr. 45.

⁷ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Goldschmidt, *Das Reich und Preußen*, S. 123–127.

Nr. 226 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Januar 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 2–13v; MF 1002. — Teildrucke [TOP 2]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 2, S. 900–904, Dok. Nr. 303; Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 1, S. 265–269, Dok. Nr. 96.

Anwesend [U]: Hertling zu 1–3, teilw. zu 4, V], Friedberg [V teilw. zu 4 u. zu 5–7], Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, A. Schulze [zu 3], Heinrichs.

(1. Begrüßung von Wallraf). — 2. Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Es gibt kein Rücktrittsgesuch Ludendorffs¹. Einem Wunsche von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, über diese Probleme mit Hertling reden zu wollen, ist zu entsprechen, auch wenn es in erster Linie [...] eine Reichsangelegenheit ist und zur Zuständigkeit des Reichstags gehört. Es ist aber wegen der Erregung in weiten Kreisen nicht günstig, eine solche scharfe Abgrenzung [...] zu ziehen. Schließlich geht es auch um die neuen Grenzen [...] nach Osten und damit verbundene preußische Interessen. In Brest-Litowsk wird man in vorsichtiger Form weiter verhandeln, da sich nach Hertling die jetzige russische Regierung höchstens nur noch einige Monate hält. Welche Bedingungen man den Westmächten bei etwaigen Friedensverhandlungen [...] stellen soll, hängt von dem Erfolge der kommenden deutschen Offensive² ab. [B] — 3. Der Entwurf³ eines Gesetzes über die Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen wegen der demographischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten.

¹ Vgl. zum Konflikt um Ludendorff das Gutachten von Bernhard Schwertfeger in: *Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918*, hrsg. v. Albrecht Philipp u.a., 4. R., 2. Bd., Berlin 1925, S. 46–54 u. 130–135, Anlage 4 u. 5 zu T. 1; *Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk*, Bd. 1, S. 254–260, Dok. Nr. 91 u. 92.

² Die sog. Michael-Offensive ab 21.3.1918.

³ Vom 29.11.1917 in: *Rep.* 90, Nr. 116, n.f. Veröffentlicht als: *StenBerRT*, Bd. 323, Drucks. Nr. 1288 v. 16.2.1918.

Keine Verhältniswahl für das ganze Reich, weil die SPD den Hauptgewinn davon haben wird. Einzelheiten. Mögliche Auswirkungen auf das preußische Wahlrecht. [B] — 4. Vorschläge⁴ für Berufungen in das Herrenhaus [...], da in der der Wahlrechtsvorlage zugeneigten neuen Fraktion [...] der Wunsch nach Verstärkung besteht, ohne daß dies stark nach einem Pairschub aussieht. Einzelheiten, u.a. betr. Bethmann Hollweg sowie Michaelis. [B] — 5. Staatshaushalt 1918⁵, der wegen der Deckung früherer Fehlbeträge um 100 Mill. defizitär ist. Einzelheiten, u.a. zu den Eisenbahnfinanzen. Wegen zu erwartender Steigerungen bei Löhnen und Gehältern sind die Aussichten [...] recht trübe. — 6. Regelung des Verkehrs mit landwirtschaftlichen Grundstücken⁶. [B] — (7. Notwendigkeit einer Verlängerung⁷ der Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses, da Neuwahlen aufgrund des veränderten Charakters des Krieges nicht wie 1866 und 1870 stattfinden können. Außerdem ist die Wahlreform noch nicht abgeschlossen, und ein Wahlkampf führt zur weiteren Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze. [B])

⁴ Vgl. einzelne Vorschläge in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 6, n.f.; Voten in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 6, Bl. 71–75v; PA Bonn, R 4054, n.f. Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 519 f.

⁵ Vgl. das Material in: Rep. 90, Nr. 1387, n.f. Eine Aufzeichnung zur Besprechung am 21.10.1917 über die Löhne in der Rüstungsindustrie und bei der Eisenbahn in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3f Bd. 6, Bl. 53–53zv. Ein Schreiben Breitenbachs v. 7.1.1918 in: BArch, RK, Nr. 116, Bl. 40–59.

⁶ Vgl. Bekanntmachung über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken v. 15.3.1918, RGBl., S. 123; dazu Material in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. 1 Bd. 7, n.f.

⁷ Die in Verfolg der Sitzung entstandenen Voten Friedbergs v. 7.2.1917 und Drews' v. 11.2.1917 in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 3, Bl. 234–236; dieses sowie weiteres Material in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 10 Bd. 1, Bl. 219–236. Dazu insgesamt: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 16 Beiakte 1. Ferner: PA Bonn, R 4054, n.f. Weitere Voten und Materialien in: Rep. 120, CB I Nr. 9 Bd. 3, n.f. – Beschlossen als: Gesetz über die Verlängerung der Legislaturperiode des Hauses der Abgeordneten v. 8.6.1918, GS, S. 74.

Nr. 227 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Januar 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 15–25v; MF 1002/1003. — Teildruck [aus TOP 1]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 2, S. 914–916, Dok. Nr. 311.

Anwesend [U]¹: Friedberg [V], Breitenbach, Sydow, Stein, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Valentiner [zu 2], Huber [zu 5].

Weitere Teilnehmer: Lewald [für Wallraf], Valentiner [zu 2], Huber [zu 5], Heinrichs.

(1. Die gegenwärtige politische Lage. Es herrscht kein politischer Konflikt zwischen der OHL und der politischen Leitung, und die Personalfragen sind materiell erledigt.² Von diesen Vorgängen ist das Staatsministerium gänzlich ausgeschieden sowie nicht unterrichtet gewesen. Es wird ihm keine Gelegenheit gegeben, um rechtzeitig zu aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Dies ist ein Zustand, der mit seiner staatsrechtlichen Stellung [...] nicht vereinbar ist. Es muß die Bitte — keine Beschwerde — ausgesprochen werden, daß [...] in der angedeuteten Richtung Rücksicht genommen wird. Bei allen Klagen [...] auch schon unter den früheren Kanzlern, informierten diese doch i.d.R. rechtzeitig, und die dazu erforderliche Zeit muß erübrigt werden. Es muß das Staatsministerium [...] von schwebenden Verhandlungen frühzeitig genug orientiert werden [...], um die Meinung der Präsidialmacht in wichtigen zur Entscheidung stehenden politischen

¹ Gelesen [U]: Hertling, Roedern, Waldow, Wallraf.

² Vgl. zum Ultimatum Ludendorffs am 12.1.1918: Hertling, Karl Gf. v., Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters, Freiburg i. Br. 1919, S. 55 f.

Angelegenheiten noch rechtzeitig zum Ausdruck bringen zu können. [B]) — 2. *Die im Landtage abzugebende Erklärung*³ zur Polenfrage, in der der Schutz der Deutschen mit voller Stärke betont und allen auf Loslösung oder Autonomie gerichteten Bestrebungen entschieden entgegengetreten werden muß. [B] — 3. *Keine Berufungen* in das Herrenhaus⁴, da dies den Eindruck eines „Pairschubs“ macht. [B] — 4. *Ordenssachen*. Verleihung des Eisernen Kreuzes II. Kl. an mittlere Beamte, Grundsätze. [B] — 5. *Bestrebungen des Kronprinzen zur Teilnahme* [...] an den Staatsgeschäften⁵. *Es kann ihm eine Stimme im Staatsministerium nicht eingeräumt werden. Zurückweisung, daß neben dem geschriebenen* [...] ein ungeschriebenes Verfassungsrecht besteht, aus dem ein Anspruch folgt. Das Staatsministerium wird Wilhelm II. um Anweisung bitten, wie es sich zu verhalten habe, ohne auch nur den Schein des Versuchs einer Einmischung in das Verhältnis zum Kronprinzen zu erwecken. Daß letzterer in den Staatsgeschäften besser unterwiesen werden muß, unterliegt keinem Zweifel. Gefahr von Indiskretionen⁶ und Einmischungen in Personalfragen durch die Umgebung des Kronprinzen. [B]

³ Vgl. Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 10, Bl. 150–151v. – Drews sprach am 21.1.1918 ohne Bezug auf die im Prot. erwähnte Rede Korfantys und auch weit entfernt von der Vorlage: StenBerAH, Session 1916/18, Sp. 7439–7441.

⁴ Vgl. die auf Beschluß der vorangegangenen Sitzung angefertigte neue Namensliste Drews' in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 6, Bl. 81–81v.

⁵ Vgl. die umfangreiche Denkschrift des Kronprinzen und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 1949, n.f. Die Denkschrift auch in: Rep. 89, Nr. 3653, Bl. 4, mit Anschreiben Hertlings an Valentini v. 30.12.1917 und der Ankündigung einer baldigen Besprechung im Staatsministerium, sowie den Immediatbericht v. 31.1.1918 mit Begleitschreiben an v. Berg Bl. 11–13, und weiteres Material. – Elf Bände Handakten des dem Auswärtigen Amt zugeordneten Landrats v. Prittwitz zur Information des Kronprinzen aus der Zeit vom Nov. 1916 bis zum Nov. 1918 belegen die Auswahl des Materials, das dem Thronfolger von der Wilhelmstraße zugänglich gemacht wurde: PA Bonn, R 3506–3516. Dazu die Anweisung Hertlings als Reichskanzler und Präsident des Staatsministeriums zur Auswahl des Materials v. 14.3.1918 in: Rep. 84a (M), Nr. 3358, n.f.

⁶ Die Passage aus der Wortmeldung Breitenbachs auf Bl. 23: Dies würde die Gefahr höchst unerwünschter Indiskretionen von seiten der Umgebung des Kronprinzen mit sich bringen. wurde, vermutlich von Breitenbach selbst, gestrichen.

Nr. 228 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Januar 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 27–31v; MF 1003. — Teildruck [aus TOP I]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 3, S. 926–929, Dok. Nr. 317.

Anwesend [U]¹: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Heinrichs.

1. *Stellungnahme Hertlings zum Wunsch des Staatsministeriums, über schwebende politische Fragen eingehender unterrichtet zu werden, v.a. angesichts der Unmöglichkeit, die Stellung des Reichskanzlers von der des preußischen Ministerpräsidenten zu trennen. In den Meinungsverschiedenheiten mit der OHL ist ein Ausgleich erreicht worden, es bleibt aber der allein verantwortliche Ratgeber der Krone der Reichskanzler. Die OHL ist berechtigt und auch verpflichtet, bezüglich militärischer Interessen [...] Anregungen zu geben, nicht aber in Form von Befehlen. Übereinkommen, hierzu bei Differenzen die Entscheidung [...] des Kaisers anzurufen. Das wird entweder die OHL von jeder Verantwortung entlasten, oder den Kanzler veranlassen, die nötigen*

¹ Gelesen [U]: Roedern, Wallraf.

Konsequenzen zu ziehen. *Er kann die gewaltige staatsrechtliche Verantwortung [...] nicht mit der OHL teilen. Keine Einigung mit der OHL über die strategische Grenzberichtigung nach Polen², jedoch Konsens über Form der Volksabstimmung in den besetzten Gebieten. Ein Recht der Selbstbestimmung kann aber erst dann zur Anwendung gelangen, wenn [...] geordnete Verhältnisse eingetreten sind. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk und das Mißtrauen der Militärs gegen v. Kühlmann³, der aber nicht abberufen werden kann. Die Entlassung des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts v. Valentini und die Berufung v. Bergs als Nachfolger.⁴ Die schlechte Versorgungslage in Österreich. Keine Möglichkeit deutscher Hilfe. — 2. Ernennung v. Batockis zum Oberpräsidenten für Ostpreußen. [B] — 3. Regelung der Beteiligung des Kronprinzen an den Dienstgeschäften der inneren Verwaltung⁵ und die mögliche Berufung eines ständigen Beraters, der dem Ministerpräsidenten verantwortlich bleibt.*

² Vgl. die Prot.-Entwürfe der in der Sitzung erwähnten Beratungen am 22. u. 23.1.1918 im Reichsamt des Innern in: Rep. 90, Annex J Nr. 34, Bl. 54–56v, 61–66. Mit Bezug auf das Staatsministerialsitzungsprotokoll.: Geiss, *Der polnische Grenzstreifen 1914–1918*, S. 133, Anm. 415.

³ Vgl. Kühlmann, Richard v., *Erinnerungen*, Heidelberg 1948, S. 534–542.

⁴ Vgl. die Erinnerungen v. Bergs in: Friedrich v. Berg als Chef des geheimen Zivilkabinetts 1918. *Erinnerungen aus seinem Nachlaß*, bearb. v. Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1971, S. 91–97, dazu auch Potthoff einleitend, S. 43–53.

⁵ Vgl. das vorbereitende Material des Justizministeriums zur Sitzung in: Rep. 84a (M), Nr. 3357, n.f. Aufzeichnungen über die Zusendung von Materialien, einschl. Auszügen aus Staatsministerialsitzungsprotokollen, an den Kronprinzen in: Rep. 90, Nr. 1954, n.f.

Nr. 229 (I.) Vertrauliche Sitzung des Staatsministeriums am 4. Februar 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 38–42; MF 1003. Ms. Entwurf mit hs. Korrekturen, Fundort: Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 24, S. 1–4a. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex J Nr. 34, Bl. 71–85; Teildrucke: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 3, S. 1082–1086, Dok. Nr. 408; L'Allemagne et les problèmes de la paix, t. 3, S. 339–341, Dok. Nr. 224.

Anwesend [U]: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Heinrichs, Valentiner.

1. Die Wünsche der OHL in bezug auf die Gestaltung des von Polen zu fordernden Grenzstreifens.¹ *Frage, was mit den 2 Millionen Polen anzufangen ist, insbesondere ob und in welchem Umfange sie aus- und umgesiedelt werden sollen, denn so viele Polen und Juden können nur schwer ohne Schaden Preußen einverleibt werden. Solch Vorgehen wird aber weltpolitisch ungünstig wirken, da die Polen dies als eine neue Teilung Polens betrachten werden, was Ludendorff gegenüber geltend zu machen ist. — 2.* Stand des Streikes.² *Einzelheiten. Das Verhältnis zwischen der alten Sozialdemokratie und den unabhängigen Sozialdemokraten. Es gab keine Verhandlungen der Streikenden mit den Reichs- und Staatsbehörden, da ein Streik in militärisch wichtigen Betrieben*

¹ Das in der Sitzung angekündigte Material des Generalgouvernements Warschau zur Besitzverteilung v. 21.2.1918 in: Rep. 90, Annex J Nr. 34, Bl. 95–119. – Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Conze, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 332 f.; Geiss, *Der polnische Grenzstreifen 1914–1918*, S. 133–135 sowie die im Anhang abgedruckte (2.) Karte.

² Vgl. die Sammlung der Pressemeldungen sowie Berichte der Berliner Polizei in: Rep. 90, Annex J Nr. 36, S. 108–128v, ferner: ebd. S. 184–200 der *Immediatbericht Drews' v. 18.2.1918 mit Korrekturen* S. 183. Ein weiterer *Immediatbericht v. 7.2.1918* in: Rep. 89, Nr. 668, Bl. 192–192ddv. Breites Material in: PA Bonn, R 2468 u. 2469, n.f., u.a. mit dem Prot. einer Besprechung über die Streikbewegung im Kriegsministerium am 17. Februar 1918.

auch dann Landesverrat *ist*, wenn er nicht mit der Absicht unternommen *wird*, dem Feinde Vorschub zu leisten. *Über ein Verbrechen kann nicht verhandelt werden. Man muß auch in Zukunft mit Streiks rechnen, v.a. bei Verringerung der Brotration. Es ist absolut notwendig [...], das fehlende Brot aus der Ukraine zu holen.*³

³ Vgl. z.B. die Diskussion am 19.2.1918: *Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 4. Bd., Düsseldorf 1983, S. 1954–1957. Dazu auch der Bericht des Kriegsernährungsamtes v. 30.4.1918 über die Getreidelieferung aus der Ukraine in: Rep. 89, Nr. 32423, Bl. 70–79.*

Nr. 230 (II.) Sitzung des Staatsministeriums am 4. Februar 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 43–49v; MF 1003. Ms. Entwurf mit hs. Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 24, S. 5–12a. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Braun A Nr. 19a I, n.f.; Teildrucke: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 3, S. 1087–1094, Dok. Nr. 409; L'Allemagne et les problèmes de la paix, t. 3, S. 341–352, Dok. Nr. 225.

Anwesend [U]: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: Ludendorff [U], v. Bartenwerffer, Oberst v. Winterfeldt, v. Kühlmann [U], v. Radowitz, Heinrichs, Valentiner.

Weitere Besprechung über die polnischen Fragen im Beisein des auf [...] Wunsch des Staatsministeriums [...] teilnehmenden *Generals* Ludendorff, *der gesicherte Grenzen Ostpreußens gegenüber Rußland durch einen Grenzstreifen fordert. Kurland und Litauen müssen so abhängig sein, daß sie als militärisches Aufmarschgebiet betrachtet werden können. Die Frage, ob und inwieweit eine Aussiedlung polnischer Elemente aus dem Grenzstreifen möglich ist. Weitere nationalpolitisch gefährliche Elemente, wie namentlich auch die Juden, sind zu verpflanzen und auch zur Auswanderung nach Amerika anzuregen. Kontroverse Diskussion, in der seitens der zivilen Ressorts zahlreiche Bedenken und Vorschläge für eine veränderte Grenzziehung formuliert werden, da diese neue Teilung Polens [...] die Polen auf immer zu Feinden macht. Bei der austro-polnischen Lösung kann ein engerer wirtschaftlicher Verband zwischen Polen und Österreich nicht zugegeben werden, insbesondere dürfen sie nicht zollpolitisch eine vollkommene Einheit bilden. Schwierigkeit der kommenden Verhandlungen, da sich das Gesamtverhältnis zu Österreich [...] in einer akuten Krise wegen Kriegsmüdigkeit befindet. Frage, ob Polen nach der Proklamation vom 5.11.1916 selbständig ist und die vom Regenschaftsrat vertretene Auffassung zutrifft, daß alle Zuständigkeiten [...] auf ihn übergegangen sind. Hinweis Ludendorffs, sich hierüber nicht in Verhandlungen einzulassen, da man so nichts erreichen kann. Die Sicherung der Grenzen im Westen und die Kriegsziele. Einzelheiten.*

Nr. 231 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Februar 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 51–66v; MF 1003.

Anwesend [U]: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], Saemisch [zu 5].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Steinkopff, Saemisch [beide zu 5], Heinrichs.

(1. Zustimmung zur Bitte des Regierungspräsidenten v. Schwerin zu Frankfurt a. O. um Zurdispositionsstellung, da er die gegenwärtige Politik [...] nicht in der geforderten Weise hinsichtlich der Wahlreform vertreten kann. Es soll durch einen solchen Einzelfall ausdrücklich gezeigt werden, daß die Regierung es mit der Wahlrechtsvorlage völlig ernst nimmt.¹ [B] — 2. Ablehnung der Ernennung von Lentze zum Oberpräsidenten von Pommern, da dieser als Minister vielleicht gerade der ausgesprochenste Gegner der Wahlreform¹ war. Darin können sonst die Konservativen [...] ein Einlenken der Regierung erblicken. [B] — 3. Ordenssache MdR Stresemann.² — 4. Mitteilungen Hertlings über Besprechungen mit österreichischen Politikern und Militärs.³ Das Vorgehen in Brest-Litowsk und der Friede mit der Ukraine⁴. Einigung über die Verteilung der [...] zu erwartenden Lebensmittelzufuhren. Auf Wunsch des österreichisch-ungarischen Außenministers Gf. Czernin wurde eine authentische Interpretation der aus dem Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sich herleitenden Verpflichtungen zur Weiterführung des Krieges formuliert, wonach nicht nur die territoriale Unverletzlichkeit des deutschen Gebietes, sondern auch die wirtschaftliche Sicherheit [...] durch Ausschaltung des Wirtschaftskrieges und tunlichste Wiederherstellung der überseeischen Beziehungen zu erreichen sind. Die Regelung der zukünftigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Polens verlangt sehr gründliche Klärung. Es ist zweifelhaft [...], ob sich die austro-polnische Lösung [...] durchführen läßt.) — 5. Kriegsfinanzierung. Der Reichshaushalt 1918 und die neuen Reichssteuern.⁵ Einzelheiten. Wegen der Zuordnung der Kriegsausgaben sind die Reichsetats ab 1915 [...] als fiktive zu bezeichnen. Roedern plädiert dafür, statt die Deckung des Defizits einer endgültigen Finanzreform zu überantworten, den Weg der regelmäßigen formalen Deckung [...] weiter zu verfolgen, da die politische Situation nicht klar zu übersehen ist und insbesondere ein naher Friede nicht in Aussicht steht. Es müssen am Schluß des Krieges die Kriegsgewinne bis zum Letztmöglichen ausgeschöpft werden. Die Wirkung der Steuervorlagen auf die allgemeine Stimmung, die kaum einer Verschlechterung fähig ist. [B]

¹ Vgl. das Rundschreiben Drews' an die Regierungspräsidenten v. 11.2.1918, in dem mit Nachdruck gefordert wird, daß die Politik der Staatsregierung unbedingt nach außen hin vertreten werde, in: Rep. 90, Nr. 2324, Bl. 185–186, das Zitat Bl. 185; mit Bezug auf das Prot.: Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 142.

² Vgl. Stresemanns Schreiben an Friedberg v. 5.2.1918 in: Rep. 90a, A IV 3 Nr. 22 Bd. 2, Bl. 162–163.

³ Vgl. das Prot. über die Verhandlungen v. 5.2.1918 in: Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 1, Berlin 1967, S. 353–375, Dok. Nr. 134; ferner das Telegramm Hertlings an Legationsrat Frh. v. Grünau zum Vortrag bei Wilhelm II. in: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 492, Dok. Nr. 283.

⁴ Vgl. Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik andererseits v. 9.2.1918, RGBl., S. 1010.

⁵ Vgl. die Darstellung in den Memoiren Roederns in: BArch Koblenz, Kleine Erwerbungen, Nr. 317, NL Roedern Bd. 2, Bl. 238–240. Der Immediatbericht Hertlings v. 12.2.1918 in: Rep. 89, Nr. 27282, Bl. 225–229. Die mit der TO versandte vertrauliche Notiz zur Sitzung des Staatsministeriums mit den Eckzahlen in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 15, Bl. 97–97v, vermutl. die Hs. von Saemisch mit Korrekturen Roederns; eine maschinenschriftliche Fassung in: BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 201–202. Ferner: Rep. 90, Nr. 1354 u. 1355. – Zusammenfassend: Roesler, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches, S. 112–119.

Nr. 232 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Februar 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 68–73; MF 1004. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 807, n.f.

Anwesend [U]¹: Friedberg [V], Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], Löhlein.

Weitere Teilnehmer: Löhlein, Heinrichs.

Teuerungszulagen für die Beamten und Arbeiter im Staatsdienst.² Die Bedeutung einer Fühlung mit den Beamtenverbänden [...], da die Beamten sich immer mehr zusammenschließen und ihre Betätigung über rein wirtschaftliche Angelegenheiten ausdehnen. Es muß aber unter allen Umständen [...] vermieden werden, daß die Beamtenschaft, welche der Staat für die Aufrechterhaltung einer guten Volksstimmung braucht, den linksstehenden Parteien in die Arme getrieben wird. Abstimmung der Zulagen mit den Bundesstaaten, welche bereits durch kriegswirtschaftliche Eingriffe der Zentralinstanzen verstimmt sind, sowie den Gemeinden und dem Reich. Einzelheiten. [B]

¹ Gelesen [U]: Hertling.

² Vgl. das Votum des Finanzministers v. 11.2.1918 in: Rep. 90, Nr. 807, n.f., hier auch zahlreiche Eingaben vor allem von Beamtenverbänden, sowie Materialien der Ressorts zur Gewährung der Zulagen. Im Abgeordnetenhaus vor allem der Antrag Eckert v. 17.11.1918: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 691, der am 1.12.1917 der Kommission überwiesen wurde: ebd., Bd. 6, Sp. 6558, sowie der mündlich erstattete Kommissionsbericht v. 15.3.1918: ebd., Bd. 8, S. 8651–8662. Umgesetzt z.B. durch die Allgem. Verfügung des Justizministers betr. Kriegsteuerungsbezüge v. 4.4.1918, JMinBl., S. 100. Zu den Zahlungen im Ressort des Innenministeriums vgl. Rep. 77, Tit. 858 Nr. 2a Bd. 1; ... im Ressort des Handelsministeriums vgl. Rep. 120, A I 1 Nr. 141b Bd. 6.

Nr. 233 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Februar 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 76–92; MF 1004. — Teildruck [TOP 1]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 3, S. 1179, Dok. Nr. 451.

Anwesend [U]¹: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], Siefert [zu 2], v. Kameke [zu 3–4].

Weitere Teilnehmer: v. Krause [zu 2, U], Frh. v. Stein [zu 2–3, U], v. Radowitz, Siefert [zu 2], Heinrichs.

(1. Bericht Hertlings zu den Beratungen mit Wilhelm II. und der OHL über die militärischen Maßnahmen im Osten² angesichts des Abbruchs der Verhandlungen in Brest-Litowsk. Notwendigkeit des Vormarsches, um die Früchte des Sieges zu sichern. — Zustimmung Wilhelms II. zum Stand der

¹ Gelesen [U]: Schmidt-Ott.

² Vgl. das Prot. über die Verhandlungen v. 13.2.1918 sowie das Telegramm v. Radowitz' an den Direktor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes in: Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 1, S. 403–411, Dok. Nr. 149 u. 150. Ferner: Baumgart, Winfried, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien, München 1966, S. 23–27.

Wahlrechtsvorlage.) — 2. Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung³ und die Frage eines ausreichenden Arbeitswilligenschutzes, namentlich auch gegenüber dem Zwangsmittel der Verrufserklärung. *Einvernehmen*, ausreichende Kautelen gegen Mißbrauch des Koalitionsrechts zu schaffen. *Während aber v.a. Stein für eine explizite Verschärfung des Strafrechts plädiert, tritt die Mehrheit der Minister dafür ein, dies im Zusammenhang mit der Reform des Strafgesetzbuchs zu prüfen.* [B] — 3. Ausgestaltung der Norddeutschen Zeitung,⁴ da die Regierung ein erstklassiges, mit allen geistigen und technischen Mitteln ausgestattetes Blatt zur Verfügung benötigt. *Die Bemühungen der Reichsleitung und der bestehende Vertrag mit Reimar Hobbing als Verleger. Die jetzt aufgekommenen Bedenken v.a. wegen der zugesicherten Nachrichtenpriorität. Man darf sich dem Verleger nicht mit Haut und Haaren verschreiben. Möglichkeit eines neuen Vertrages, da er auch auf Preußen ausgedehnt werden soll. Einzelheiten.* [B] — 4. Stand der Verhandlungen zur Wahlrechtsvorlage.⁵ *Frage, ob die Regierung von vornherein jede Form eines Pluralwahlrechts als unannehmbar erklären soll. Drohung Hertlings, sein Amt [...] zur Verfügung zu stellen, wenn auch nur der Schein entsteht, als ob die Regierung vom Königswort abgerückt ist. Notwendigkeit einer einjährigen Verlängerung der Legislaturperiode, damit das Wahlgesetz möglichst rasch durchgebracht wird und weil, selbst wenn im Sommer Frieden geschlossen wird, die Wähler im Dezember kaum vollzählig zu Hause sind.* [B] — (5. *Vorschlag zur Wiederbesetzung der Stelle des Oberpräsidenten von Pommern mit Michaelis sowie für die Rheinprovinz durch v. Coels von der Brügghe.* [B] — 6. *Eine Ernennung.* [B] — 7. *Die Kriegsteuerungszulagen der Beamten.*⁶ *Einzelheiten.* [B])

³ Vgl. den Gesetzentwurf des Reichskazlers u. Präsidenten des Staatsministeriums v. 28.1.1918 in: Rep. 84a (D), Nr. 1254, Bl. 238–242, dazu Bl. 243–247 Voten. Der Immediatbericht v. 28.2.1918 zur Vorlage an den Bundesrat mit Randnotizen Wilhelms II., der zwar den Entwurf unterzeichnete, ihn aber entschieden ablehnte und dagegen protestierte, in der Sache nicht gefragt worden zu sein, in: Rep. 89, Nr. 27776, Bl. 117–118: *Das Vorgehen der Regierung sei gegen preußische Gepflogenheit, denn Ankündigungen von Gesetzmaßregeln seien ohne des Königs Genehmigung [...] unstatthaft und in Zukunft zu unterlassen. Das ist ein Parlamentarisches Regime, was ich mir für Preußen unbedingt verbitte. Dazu Bl. 130–131v die mit einer Bitte um Gelegenheit für einen Immediatvortrag verbundene Stellungnahme Hertlings v. 17.3.1918. Der Gesetzentwurf dann in: StenBerRT, Bd. 324, Drucks. Nr. 1491. – Zu der Kontroverse mit Wilhelm II. vgl. mit weiteren Quellenbelegen: Sitzung am 22.3.1918, TOP 2.*

⁴ *Umfangreiches Material wie Briefwechsel mit Hobbing und Vertragstexte in: Rep. 151, HB Nr. 890, Bl. 307–337; ebd., Nr. 891, n.f. Zur Vorgeschichte: Rep. 90, Nr. 2415. Ferner: Koszyk, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, S. 58–67; Creutz, Die Pressepolitik der kaiserlichen Regierung, S. 225–229. – Zur Umsetzung des Abkommens v. 13.5.1918 durch das Auswärtige Amt vgl. PA Bonn, R 1598, n.f.*

⁵ Vgl. den Kommissionsbericht v. 21.2.1918 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 820. Auch: Rep. 90a, A VIII Id Nr. 1 adhib Bd. 3, Bl. 234–267. Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 144f.

⁶ Vgl. die Notiz v. 13.3.1918 über die Erklärung des Finanzministers in der Haushaltskommission am 12.3.1918 in: Rep. 90, Nr. 807, n.f. Der mündliche Kommissionsbericht v. 15.3.1918 in: StenBerAH, Session 1916/18, S. 8651–8662.

Nr. 234 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Februar 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 94–111; MF 1004. — Teildruck [TOP 1]: *Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution*, Bd. 3, S. 1204 f., Dok. Nr. 466.

Anwesend [U]¹: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Siefert [zu 3], Feig [zu 3].

¹ Gelesen [U]: Wallraf.

Weitere Teilnehmer: Rüdlin, Frh. v. Stein [beide zu 3, U], v. Radowitz, Siefert, Feig [beide zu 3], Heinrichs.

(1. Wiederbeginn der *Verhandlungen in Brest-Litowsk und Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Rumänien*², bei denen hoffentlich ein wirklicher Widerstand von rumänischer Seite nicht mehr kommt. Die sehr großen Differenzen zwischen Bulgarien und Rumänien wegen der Dobrudscha. — Die Reichstagsrede Payers zum preußischen Wahlrecht,³ in der nach Breitenbach direkt etwas Bedrohliches gegen Preußen lag. Es soll die Reichsleitung sich hinsichtlich preußischer Angelegenheiten möglichste Zurückhaltung auferlegen. — 2. *Polenpolitik. Herrenhausberatung des Entwurfs, betr. Aufhebung des polnischen Enteignungsgesetzes.*⁴ Versuch, daß keine Polendebatte im Plenum stattfindet, da die polnische Frage außerordentlich verschärft ist und die Verhandlungen über das Königreich Polen somit zweifellos [...] erschwert werden. [B]) — 3. Entwurf⁵ eines Arbeitskammergesetzes, das notwendig ist, da der Arbeiter nicht mehr nur in der Gewerkschaft seine Vertretung erblicken wird, sondern auch in den Kammern. Einzelheiten. Obwohl Breitenbach grundsätzlich gegen die Einbeziehung der Eisenbahnen plädiert, hält er diesen Standpunkt nicht aufrecht, da dies größte Unruhe [...] hervorrufen kann. Wegen des Ausschlusses der landwirtschaftlichen Arbeiter wird ein Gesetz erwogen, diese in die Landwirtschaftskammern aufzunehmen. [B]

² Vgl. Kühlmann, *Erinnerungen*, S. 550–554. Ferner: Bornemann, Elke, *Der Frieden von Bukarest 1918*, Frankfurt/M., Bern, Las Vegas 1978, S. 28–45.

³ Am 25.2.1918. Vgl. *StenBerRT*, Bd. 311, S. 4143–4148, v.a. S. 4144 f.; die Ausführungen wurden zunehmend von Zwischenrufen usw. begleitet. Dazu Materialien und Presseberichte, z.T. mit hs. Randnotizen von Wilhelm II., in: *PA Bonn*, R 1296, n.f.

⁴ Vgl. zum Stand der Verhandlungen den Bericht der Herrenhauskommission v. 27.2.1918 in: *StenBerHH*, Session 1916/18, Drucks. Nr. 237. Ein Brief Gf. Arnim-Boitzenburgs (an Heinrichs ?) v. 18.2.1918 und weiteres Material einschl. einer Aufzeichnung (v. Steinmeisters ?) über die angeregte Besprechung mit MdH am 7.3.1918 in: *Rep.* 90, Nr. 1616, n.f.

⁵ Vom 9.2.1918 in: *Rep.* 120, *BB VII 1* Nr. 9 Bd. 7, Bl. 40–56, dazu Bl. 37–39 das gemeinsame Anschreiben des Reichskanzlers und des Präsidenten des Staatsministeriums sowie Bl. 69–128v u.a. Protokolle zu kommissarischen Beratungen in Vorbereitung des Entwurfs und Voten; ferner: *Rep.* 77, Tit. 922 Nr. 7 Bd. 3, n.f. einschl. einer Referentenvorlage für den Minister zur Sitzung. Zusammenfassend: Bieber, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution*, T. 1, S. 390–402.

Nr. 235 Sitzung des Staatsministeriums am 9. März 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 113–121; MF 1004/1005. — Teildruck [TOP 1 u. 3]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 3, S. 1234–1237, Dok. Nr. 482.

Anwesend [U]¹: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [A. v. Steinmeister, U], Siefert [zu 2], Feig [zu 2].

Weitere Teilnehmer: Rüdlin [U], Frh. v. Stein [U], v. Schlieben, Siefert, Feig [beide zu 2], A. v. Steinmeister.

(1. und 3. Wunsch Finnlands, es bei Bekämpfung der im Lande hervorgetretenen revolutionären Umtriebe durch eine militärische Aktion zu unterstützen.² Unklarheit über die völkerrechtliche

¹ Gelesen [U]: Waldow.

² Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Menger, Manfred, *Die Finnlandpolitik des deutschen Imperialismus 1917–1918*, Berlin 1974, S. 155–162, v.a. S. 157.

Zulässigkeit sowie die staatsrechtliche Zuständigkeit, denn Deutschland würde in einen neuen Krieg eintreten. Während Stein das Recht zu helfen und Ordnung zu schaffen betont, zumal es dort Vorräte gibt, die nötig gebraucht werden, plädieren die anderen Minister dafür, vor weiterer Erörterung [...] die mit Rußland und Finnland abgeschlossenen Friedensverträge zu prüfen. Stein und Drews fordern, tatsächlichen Zwang auszuüben, während die anderen Teilnehmer Bedenken hegen, ohne Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags zu handeln. Es sollen Waffen, Munition und Freiwillige allein zur Verfügung gestellt werden, wenn Finnland die Kosten trägt. Die Angelegenheit ist in Anwesenheit Wilhelms II. zur Entscheidung zu bringen. [B] — 2. Der Entwurf³ eines Arbeitskammergesetzes. Einzelheiten, v.a. die Frage einer etwaigen Unterstellung der Eisenbahnen und der Post unter die Bestimmungen über das Einigungswesen, und die Forderung, daß dann weder eine Betriebseinstellung noch eine gemeinsame Arbeitsniederlegung zulässig sind. Notwendigkeit einer Kompromißformel, denn es gilt, das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben. Später kann man nach Hertling immer noch durch die Gesetzgebung eingreifen. [B] — 4. Zwei Ernennungen. [B]

³ Vgl. StenBerRT, Bd. 324, Drucks. Nr. 1490. Die Aufzeichnung Heinrichs' Vorgeschichte und wesentlicher Inhalt des Entwurfs eines Arbeitskammergesetzes für den Kronprinzen v. 16.3.1918 in: Rep. 90, Nr. 1954, n.f.

Nr. 236 Sitzung des Staatsministeriums am 22. März 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 126–136v; MF 1005. Ms. Entwurf für TOP 1–4 mit hs. Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 25, S. 1–4a. — Teildruck [TOP 6]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 3, S. 1252–1256, Dok. Nr. 496.

Anwesend [U]: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: Heinrichs [U], Krohne [zu 5].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Stein [zu 5, U], v. Radowitz, Krohne [zu 5], Heinrichs.

(1. Ordenssachen. Grundsätze hinsichtlich der Auszeichnungen für Beamte, die aus dem Dienste der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten ausscheiden. [B] — 2. Wunsch Wilhelms II., im Reiche wie in Preußen über wichtige gesetzgeberische Pläne zu einer Zeit orientiert zu werden, wenn Seine Entschlußfreiheit noch nicht durch Zusagen oder sonstige Festlegungen gegenüber Parlament oder Öffentlichkeit beschränkt ist.¹ [B] — 3. Außenpolitische Fragen, u.a. die Verhandlungen der Mehrheitsparteien des Reichstags mit Vertretern der neuen polnischen Regierung über eine Aufrichtung des Königreichs [...] ohne deutsche Annexionen², was einen Übergriff des Parlaments in die Exekutive bedeutet. Zunächst ist mit Österreich über die Lösung der polnischen Frage ins reine zu kommen. Festhalten an der Abzweigung eines Grenzschutzstreifens. — 4. Kriegsfinanzierung. Der Gesetzentwurf³ über die Besteuerung des Weines. Einzelheiten. [B] — 5. Wohnungsnot. Notwendigkeit der Einsetzung eines Staatskommissars für das Wohnungswesen als Frage von großer politischer Bedeutung. Die

¹ Anlaß war die geplante Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung: vgl. Sitzung am 19.2.1918, TOP 2. Zur Intervention Wilhelms II. vgl. den Briefwechsel mit dem Geheimen Zivilkabinett in: Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 35, S. 3–18. Das Schreiben Hertlings an das Staatsministerium v. 29.7.1918 in: Rep. 90, Nr. 194, n.f.

² Vgl. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, 2. T., Düsseldorf 1959, S. 290–343, v.a. 290 f., 311 f., 332 f. u. 336 f. Ferner: Conze, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 350 f.

³ Vgl. StenBerRT, Bd. 324, Drucks. Nr. 1457.

Vereinigung der [...] zerstreuten Befugnisse *der einzelnen* Ressorts [...] in einem Wohnungsamt beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten. *Die Bildung* eines neuen Fachministeriums für Bauen *soll später geprüft werden.* [B] — (6. Der Stand der Volksernährung. *Einzelheiten. Frage, welche Vorräte aus der Ukraine*⁴ *herangeschafft werden können, denn die Macht der Zentralrada reicht nicht weiter als die deutschen Bajonette. Insgesamt ist die Versorgungslage günstiger als im Vorjahre, und man kann hoffen durchzukommen.*)

⁴ Vgl. das Prot. der 56. (a.o.) Sitzung des Beirats für Volksernährung v. 26.4.1918 sowie den Bericht über Getreidelieferung aus der Ukraine v. 30.4.1918 in: Rep. 89, Nr. 32423, Bl. 170–185.

Nr. 237 Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1918.

Reinschr., Bd. 167, Bl. 137; MF 1005.

Anwesend: Friedberg [V], Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe [teilw.]. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Stieger [für Breitenbach], Wirkl.GehOFinR Heinke [für Hergt], Heinrichs, A. v. Steinmeister, Valentiner, v. Kameke.

*Acht Disziplinarsachen*¹. [B]

¹ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.*

Nr. 238 Sitzung des Staatsministeriums am 4. April 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 139–145; MF 1005.

*Anwesend [U]*¹: *Friedberg [V], Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], v. Kameke.*

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Mügel, Busch, Heinrichs.

1. Kriegsfinanzierung. *Der Entwurf*² *eines Umsatzsteuergesetzes. Einzelheiten, v.a. hinsichtlich der Erfassung der Luxuswaren und der Befreiung gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen, besonders bei Lieferungen von Leitungswasser, Gas und Elektrizität.* [B] — **2. Kriegsfinanzierung.** *Entwurf*³ *eines Gesetzes gegen die Steuerflucht. Einzelheiten.* [B] — **3. Prinzipielle Frage, ob bei Präsidialanträgen an den Bundesrat das vorherige Einverständnis des [...] Staatsministeriums vorliegen muß. Während für das Steuerprogramm Roedern das beneficium belli in Anspruch nimmt, besteht grundsätzlich Einvernehmen darin, daß ein Entwurf erst dann an den Bundesrat**

¹ *Gelesen [U]: Hertling, Spahn, Drews, Hergt.*

² *Vgl. Gesetzentwürfe v. 20.2. u. 16.3.1918, Voten sowie weiteres Material in: Rep. 120, C V Nr. 48 Bd. 2, n.f. Immediatberichte vom 12.3. und 25.10.1918 in: Rep. 89, Nr. 27287, Bl. 1–3v u. 6–8. Ferner: BArch, RAdI Nr. 15943, n.f. – Dem Reichstag vorgelegt als: StenBerRT, Bd. 324, Drucks. Nr. 1461. Dazu auch: ebd., Drucks. zu Nr. 1461. Erlassen am 26.7.1918, RGBl., S. 779.*

³ *Vgl. StenBerRT, Bd. 324, Drucks. Nr. 1466.*

gelangen darf, wenn die formelle Zustimmung des Staatsministeriums vorliegt. Es muß, wenn auch der Krieg in manchen Fällen die Außerachtlassung gewisser Formalitäten entschuldbar macht, dem Staatsministerium die Stellung gegeben werden, die ihm nach der Verfassung und der Tradition gebührt. Das ist unumgänglich nötig, damit bei den Beratungen im Bundesrate Meinungsverschiedenheiten zwischen den preußischen Bevollmächtigten auf jeden Fall vermieden werden. Während vor Einrichtung des Kriegsernährungsamts alle wichtigen die Volksernährung betreffenden Fragen im Staatsministerium erörtert wurden, soll es jetzt in jedem einzelnen Falle dem [...] Ermessen Waldows überlassen bleiben, ob er Bundesratsverordnungen, die auf Grund des sog. Ermächtigungsgesetzes⁴ erlassen wurden, dem Staatsministerium vorab zur Kenntnis bringt. [B]

⁴ Vgl. Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse v. 4.8.1914, RGBl., S. 327.

Nr. 239 Sitzung des Staatsministeriums am 18. April 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 147–158v; MF 1005/1006.

Anwesend [U]¹: Friedberg [V], Roedern, Waldow, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], Valentiner [zu 2–4].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Sydow], Mügel [für Spahn], v. Krause [zu 3, U], Heinrichs.

(1. Ernennungen. Die Wiederbesetzung des Oberpräsidentenpostens in der Rheinprovinz durch Landrat v. Groote² [...], wenn es auch bedauerlich ist, daß er mit der Industrie keine näheren Beziehungen hat. [B]) — 2. Erhöhung der Diäten und Ausdehnung der Freifahrtberechtigung für MdR³ sowie Verbesserungen bei der Feststellung ihrer Anwesenheit in den Plenarsitzungen Einzelheiten. Der dringende Wunsch des Staatsministeriums nach einer besseren Zusammenarbeit zwischen dem Reiche und Preußen für die Zukunft. [B] — 3. Sozialpolitik. Möglichkeiten, die Lage der unehelichen Kinder⁴ aus Gründen der jetzt so notwendigen Bevölkerungspolitik zu verbessern, denn ihre Sterblichkeit ist sehr groß, weil in ihren ersten Lebensjahren schlecht für sie gesorgt wird. Uneinigkeit, ob eine Verbesserung durch die Beseitigung der Einrede aus dem Mehrverkehre und entsprechende Änderung im BGB⁵ oder durch die Aufwendung ausreichender öffentlicher Mittel über die Landarmenverbände zu erreichen ist. Einzelheiten. [B] — (4. Versorgungslage.⁶ Der Fehlbetrag beim Brotgetreide ist nur aus der Ukraine zu decken, wozu aber militärische Maßnahmen zur Sicherung der Transporte notwendig sind. Außerdem sollten deutsche Truppen auch in Taurien einrücken. Die unumgängliche Herabsetzung der Brotration⁷ wird in jedem Fall Störungen hervorrufen. Einzelheiten. [B])

¹ Gelesen [U]: Hertling, Breitenbach, Sydow, Stein, Spahn.

² Groote erwog noch im Frühjahr 1918, zugunsten seines Vorsitzes in der Landwirtschaftskammer der Provinz aus dem Staatsdienst auszuschcheiden. Vgl. Romeyk, Horst, Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816–1945, Düsseldorf 1994, S. 65, 68, 80 f. u. 482.

³ Vgl. Rep. 90, Nr. 8, n.f.; Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 7 Bd. 4, n.f.

⁴ Vgl. die Voten des Finanzministers und des Kultusministers v. 5. bzw. 30.1.1918 in: Rep. 92, NL Schmidt-Ott, Nr. C 4, Bl. 262–265 bzw. 120–120v, 134–134v. Ferner der 1. Teilbericht der Kommission für Bevölkerungspolitik v. 23.4.1918 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 904.

⁵ Gedacht war an eine Änderung des § 1717.

⁶ Vgl. die Aufzeichnung über die 55. u. 56. (a. o.) Sitzung des Beirats für Volksernährung am 17.4. bzw. 26.4.1918 in: Rep. 89, Nr. 32423, Bl. 6–14 bzw. 170–175v.

⁷ Für den 15.6.1918 erwartet.

Nr. 240 Sitzung des Staatsministeriums am 24. April 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 160–169v; MF 1006.

Anwesend [U]¹: Friedberg [V], Breitenbach, Sydow, Stein, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], Meister [zu 2], Valentiner [zu 1].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Stein [zu 1, U], Meister [zu 2], Heinrichs, Valentiner [zu 1].

1. *Die Bildung eines Staatskommissariats für das Wohnungswesen.² Die ganze Regelung wird mehr den Charakter eines Provisoriums tragen und weder zur Schaffung eines besonderen Ministeriums noch zur Bestellung eines Staatskommissars mit dem persönlichen Rang eines Ministers führen, denn dies kann leicht [...] Übertreibungen hervorrufen. Dabei wird der Vizepräsident [...] die staatsrechtliche Verantwortung [...] übernehmen, da es in Preußen nur verantwortliche Minister gebe und die Stellung des Staatskommissars nach innen [...] noch einer klareren Fassung bedarf. Einzelheiten, u.a. zur Abgrenzung der Zuständigkeiten bei den Stadtschaften und den Landschaften als besondere Formen der Grundkreditinstitute. [B] — 2. Ausschluß des Fürsten v. Lichnowsky³ aus dem Herrenhaus wegen unwürdigen Verhaltens. Der Beschluß erfolgte in einer geheimen Sitzung⁴, an der auch die an diesem Tag präsenten Vertreter der Staatsregierung nicht teilnahmen. Da aber das Recht der Regierung auf Teilnahme [...] unzweifelhaft ist, soll dies der Ersten Kammer gegenüber betont werden. [B]*

¹ *Gelesen [U]: Hertling, Roedern, Waldow, Spahn.*

² *Das Amt wurde mit der AKO v. 17.5.1918 geschaffen. Vgl. Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 120 v. 24.5.1918. Zusammenfassend eine Aufzeichnung Heinrichs' für den Kronprinzen in: Rep. 90, Nr. 1954, n.f. Mit Stellungnahmen einzelner Minister zur Einrichtung des Staatskommissariats: Rep. 90a, B III 5e Nr. 1 Bd. 1, n.f. Das Immediatschreiben v. 15.5.1918 sowie der Allerh. Erlaß v. 17.5. betr. Ernennung Frh. Coels v. d. Brügghen auch in: Rep. 90, Nr. 949, n.f. Hier ebenso u.a. der Beschluß des Staatsministeriums v. 31.5. über die Zuständigkeiten, veröff. in: Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 228 v. 26.9.1918.*

³ *Wegen Veröffentlichung seiner Broschüre: Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege. Meine Londoner Mission 1912–1914, Verlag W. Paul, Görlitz o.J. (1917), 31 S. Die Druckschrift übersandte Friedberg den Ministern am 30.4.1918; das Expl. für Wallraf in: BArch, RA1 Nr. 6114, Bl. 11 u. 12, S. 1–31. Ein Schreiben Drews' an den Reichskanzler v. 30.3.1918 und Materialien wie eine Stellungnahme des Reichsjustizamtes v. 23.3. zum weiteren Vorgehen in: Rep. 77, Tit. 874 L Nr. 16 Bd. 1, Bl. 1–2v u. 6–10; ebd. 31–67 auch Pressestimmen. Während Wilhelm II. am 14.8.1918 in einer Beratung unter Zustimmung des Kronprinzen und Ludendorffs eine strenge Bestrafung forderte, plädierte Hertling am 17.8. für Mäßigung, da die Flugschrift nur geringe Wirkung zeige; vgl. PA Bonn, R 22456, n.f. Zu Lichnowsky und seiner zunehmenden Kritik am Auswärtigen Amt vgl. das umfangreiche Material einschl. der Denkschrift in unterschiedlichen Fassungen, die anfänglich ms. vervielf. verbreitet wurde und über die dem Amt von verschiedener Seite amtlich und privat berichtet wurde, in: PA Bonn, R 1381–1384.*

⁴ *Am 10.4.1918. Der Ausschluß erfolgte am 11.7. und wurde zum 1.8.1918 wirksam. Dazu die Rechtfertigungsschrift Lichnowskys: Meine Londoner Mission 1912–1914 und eine Eingabe an das Preußische Herrenhaus, Berlin 1918. Die Stellungnahme des Staatsministeriums gegenüber dem Herrenhaus in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 4 Bd. 1 adhib, n.f.*

Nr. 241 Sitzung des Staatsministeriums am 27. April 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 171–180v; MF 1006. — Teildruck [TOP 2]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 3, S. 1318–1320, Dok. Nr. 538.

Anwesend [U]: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], Meister [zu 2].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Meister [zu 2], Heinrichs.

(1. Mitteilung Hertlings über seinen Besuch im Großen Hauptquartier.¹ Optimismus Wilhelms II. und Hindenburgs im Hinblick auf die militärischen Operationen. *Es ist unzweckmäßig, wegen der Unvorsichtigkeiten v. Kühlmanns während der Bukarester Friedensverhandlungen² etwa politische Konsequenzen zu ziehen. Festhalten Wilhelms II. an der Forderung des gleichen Wahlrechts.*) — 2. Wahlrechtsreform. *Die Ergebnisse der Beratungen³ im Abgeordnetenhaus, wonach das gleiche Wahlrecht [...] durch ein sich im wesentlichen auf Besitzstimmen gründendes Pluralwahlrecht ersetzt wurde, was für die Regierung nicht annehmbar ist. Kontroverse Diskussion über eine mögliche Auflösung der Zweiten Kammer⁴ und die Wirkung dieser Maßnahme auf die innen- und außenpolitische Lage. Drews plädiert für Auflösung, da die Rücksicht auf die Stimmung der Arbeiter wesentlich bestimmend ist; sonst verliert man die Parteien für die äußere Politik und die Friedensverhandlungen. Hergt befürchtet, daß der Wahlkampf äußerst scharfe Formen annimmt, mit negativer Rückwirkung auf die Front. Friedberg lehnt eine Rücksichtnahme auf die „Patriotischen Preußen“ ab und fragt, was diese Kreise getan hätten, um dem Volke und der Regierung ein Entgegenkommen zu zeigen. Breitenbach bemängelt v.a. den Eindruck [...], daß der führende Staat in seinen wichtigen Verfassungsfragen durch die Rücksicht auf das Reich vergewaltigt wird. Eine Entscheidung über Neuwahlen soll ohne engste Fühlung mit der OHL nicht gefaßt werden. Einigung auf den Kompromißvorschlag Drews', die Vorlagen zwar dem Herrenhaus zu unterbreiten, gleichzeitig aber die Auflösung des Abgeordnetenhauses von der Regierung feierlich für den Fall anzukündigen, daß das Herrenhaus nicht das gleiche Wahlrecht wiederherstellt. Sofern keine Einigung im Staatsministerium über einen schriftlichen Immediatvortrag an Wilhelm II. erreicht wird, soll er die zuständigen Minister zum mündlichen Vortrag [...] empfangen oder einen Kronrat befehlen. [B]*

¹ Vom 22. bis 24.4.1918. Vgl. Wippermann 1918 I, 2, S. 652.

² Vgl. Hertling, K. Gf. v., *Ein Jahr in der Reichskanzlei*, S. 90 f.; Kühlmann, *Erinnerungen*, S. 563–565; Bornemann, *Der Frieden von Bukarest 1918*, S. 218–224.

³ Vgl. den Prot.-Entwurf mit weiteren hs. Notizen Heinrichs' über eine Unterredung zwischen Friedberg, Spahn, Drews, Schmidt-Ott und Hergt am 27.3.1918 in: *Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1, adhib Bd. 3, Bl. 350–354. Ferner der Kommissionsbericht v. 21.2.1918 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 820. Das Telegramm Hertlings an Wilhelm II. v. 27.4.1918 zu den im Prot. erwähnten Ergebnissen des Verfassungsausschusses des Abgeordnetenhauses mit Randnotizen des Monarchen in: Rep. 89, Nr. 181, Bl. 75–89. Mit Bezug auf das Prot.: Westarp, *Konservative Politik*, 2. Bd., S. 520; Patemann, *Der Kampf um die preußische Wahlreform*, S. 162–165.*

⁴ Vgl. die Aufzeichnung von Heinrichs in Vorbereitung der Sitzung (für Hertling ?) v. 26.4.1918 in: *Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 1 Bd. 2, n.f.*

Nr. 242 Sitzung des Staatsministeriums am 29. April 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 182–182v u. 184, Anlage: Bl. 183; MF 1006. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 4, Bl. 109–110; Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 10 Bd. 1, Bl. 255–256.; PA Bonn, R 4054, n.f.

Anwesend [U]¹: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], Meister.

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Meister, Heinrichs.

Wahlrechtsreform. Das weitere Vorgehen und der Entwurf² zu dem beschlossenen Thronbericht mit dem Entwurf³ einer Erklärung der Staatsregierung zur Auflösung des Abgeordnetenhauses.

¹ Gelesen [U]: Stein.

² Vgl. ein redigiertes Exemplar in: Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 33, S. 57–64. Mit Bezug auf das Prot.: Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 165.

³ Vgl. Anlage zum Prot.

Nr. 243 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 3. Mai 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 186–191v; MF 1006. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 4, Bl. 203–208v; PA Bonn, R 4054, n.f.

Anwesend [U]¹: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Heinrichs.

Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts im Abgeordnetenhaus.² Wilhelm II. hat die Erklärung des Staatsministeriums zur Auflösung der Zweiten Kammer abgelehnt, da er sich nicht binden lassen will, das Abgeordnetenhaus unter allen Umständen noch während des Krieges aufzulösen. Die verfassungsrechtliche Stellung des Herrenhauses, das als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu dieser für das ganze Staats- und Verfassungsleben grundlegenden Frage Stellung nehmen muß. Außerdem ist die OHL zweifellos gegen jede Auflösung.³ Wirkungen auf den Reichstag und, verbunden mit einer gleichzeitigen Herabsetzung der Brotration, auf die Stimmung der Bevölkerung, woraus die bedenklichsten Konsequenzen entstehen können. Michaelis hat gehen müssen, weil allseitig Zweifel entstanden waren, ob er noch auf dem Boden der Friedensresolution und des Wahlrechtsprogramms stand. Es dürfen keine Zweifel an der Erfüllung durch das Kabinett Hertling aufkommen. Rücktrittsangebote von Drews, Friedberg und Hertling sowie der mögliche Rücktritt v. Payers beim Scheitern der Reform. Das Verhalten der OHL, das es Friedberg nicht möglich macht, weiter im Amt zu bleiben. Bedenken gegen eine Formulierung, daß eine mögliche Parlamentsauflösung allein erfolgt, wenn dies mit der Kriegslage verträglich ist, denn dann entscheidet nur die OHL. [B]

¹ Gelesen [U]: Stein.

² Am 2.5.1918. Vgl. StenBerAH, Session 1916/18, Sp. 9398–9454; die Kommissionsberichte v. 23.4.1918: ebd., Drucks. Nr. 879–881 (jeweils A u. B) sowie Nr. 881 C. Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 520 f.; Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 176–178.

³ Vgl. das Prot. einer Besprechung beim Reichskanzler am 2.5.1918 in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 4, Bl. 169–177.

Nr. 244 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 16. Mai 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 193–210; MF 1006/1007.

Anwesend [U]¹: Hertling [V], Friedberg, Sydow, Stein, Roedern, Spahn, Drews, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [A. v. Steinmeister, U], Saemisch [zu 1–2]

Weitere Teilnehmer: Rüdlin [U], Schrader [für v. Capelle, U], v. Radowitz, Saemisch [zu 1–2], A. v. Steinmeister [für Heinrichs].

1. Kriegsfinanzierung. Die Steuerdebatten² im Haushaltsausschuß des Reichstags. Einzelheiten, u.a. zur Forderung nach Besteuerung des Besitzes, da seit 1916 ein nur noch als fiktiv zu bezeichnender Etat aufgestellt worden ist. Dies ist nach Roedern richtig gewesen, solange als man mit einem kurzen Krieg rechnete und es daher für richtiger hielt, die Öffentlichkeit nicht unnötig durch Anforderungen neuer Steuern zu beunruhigen. Die bis zum Krieg mit gewissen Einschränkungen betriebene Scheidung bezüglich direkter und indirekter Steuern zwischen Bundesstaaten einerseits und Reich andererseits ist angesichts des gewaltig gestiegenen Reichsbedarfs nicht mehr aufrechtzuhalten. Die Mittel, die der Reichstag hat, um seinen Willen hinsichtlich der Besitzbesteuerung durchzusetzen, wobei nach Roedern die Idee durchaus gerechtfertigt ist. Die Haltung der Parteien und der Bundesstaaten, an die ein Zugeständnis notwendig ist. Einzelheiten. Scharfer Widerspruch Hergts, weil die Aufgabe des Grundsatzes, daß das Reich in keiner Form an die Besteuerung des Einkommens herangehen darf, Kampf mit dem preußischen Landtag bedeutet. Es ist aber ein Kompromiß bei der Mehreinkommenssteuer möglich. Nach Roedern muß man mit einer noch längeren Dauer des Krieges rechnen, weshalb die Finanzen des Reichs sich in dringendster Not befinden, was Hergt in Abrede stellt. Er fordert, daß sich nach völliger Klarstellung des vom Reichstag unbedingt Geforderten das [...] Staatsministerium noch einmal zur Beratung zusammenfinden muß, um ggf. Wilhelm II. anzurufen, worauf Roedern für den Fall der Ablehnung seines Vorschlags mit Rücktritt droht, denn es hat der Grundsatz zu gelten, daß das Reich, das den Krieg führt, auch allem anderen vorangehen muß. Die schwierige Stellung des Reichsschatzsekretärs. [B] — **2.** Die ungünstige finanzielle Lage der Postverwaltung und eine Einschränkung bei der Portofreiheit der Feldpostsendungen. Wegen der negativen Wirkung auf die Stimmung bei der Truppe muß die Angelegenheit nochmals zwischen den Ressorts beraten werden. [B] — **3.** Der Entwurf eines Jugendfürsorgegesetzes.³ [B] — **(4.** Besichtigungsreise von Mda. [B])⁴

¹ Gelesen [U]: Breitenbach, Waldow, Schmidt-Ott.

² Vgl. Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 4. Bd., S. 2145–2159, v.a. 2153–2159, Sitzungen v. 10. bis 14.5.1918. Der Kommissionsbericht über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 – Nr. 1465 der Drucksachen – v. 8.7.1918 in: StenBerRT, Bd. 325, Drucks. Nr. 1739. Vgl. die Darstellung bei Roedern in: BArch Koblenz, Kleine Erwerbungen Nr. 317, NL Roedern Bd. 2, Bl. 238–244, v.a. Bl. 241–242 mit Bezug auf die Sitzung.

³ Vgl. den Entwurf des Ministers des Innern v. 4.4.1918 mit den Stellungnahmen der Ressorts sowie umfangreichen Vormaterial ab 1916 in: Rep. 76, VII neu Sekt. 1 A Teil 4 Nr. 25 Bd. 1, n.f.; BArch, RAfI Nr. 15930, Bl. 65–73. Veröffentlicht als Gesetzentwurf v. 9.7.1918 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 1213.

⁴ Ob noch ein weiterer, aber nicht protokollierter TOP behandelt wurde, geht aus dem zugezogenen Material nicht hervor. Lt. Versandliste zur TO erhielt der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes nachträglich ein Exemplar mit dem Zusatz, daß er zu der zu Beginn der Sitzung stattfindenden Vertraulichen Besprechung über politische Ereign[isse] geladen sei: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 15, Bl. 117 – die drei letzten Worte anscheinend von Riedel selbst gestrichen.

Nr. 245 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 17. Mai 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 212–216v; MF 1007. — Teildruck [TOP 1]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 3, S. 1355 f., Dok. Nr. 565.

Anwesend [U]¹: Friedberg [V], Sydow, Stein, Spahn, Drews, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [A. v. Steinmeister, U].

Weitere Teilnehmer: v. Kühlmann [zu 1, U], v. Radowitz, A. v. Steinmeister [für Heinrichs].

1. Der Friede mit der Ukraine² und das Verhältnis zu ihr. Der Friedensschluß mit Rumänien³ und die Vorwürfe, warum das dortige Königtum [...] nicht beseitigt wurde. Die laufenden Verhandlungen, die mit unzähligen Einzelheiten bepackt sind wegen der deutschen Petroleuminteressenten [...], die die Hoffnung gehabt hatten, die ganze rumänische Produktion übernehmen zu können. Territoriale Fragen, v.a. betr. Bulgarien und der Dobrudscha. Stand der Besprechungen [...] wegen anderweitiger Gestaltung des Bundesverhältnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Die Zukunft von Livland sowie Estland und Kurland.⁴ Mißhandlungen deutscher Gefangener in Rumänien sowie rumänischer durch die Türken und die Bulgaren. Die Lage in den Ententestaaten, Einzelheiten. — 2. Eine Ordenssache sowie Ernennungen. [B]

¹ Gelesen [U]: Hertling, Breitenbach, Roedern, Waldow, Schmidt-Ott, Wallraf.

² Am 9.2.1918 unterzeichnet.

³ Am 7.5.1918 unterzeichnet. Vgl. zur Dobrudschafrage in den Verhandlungen Kühlmann, Erinnerungen, S. 551–553.

⁴ Vgl. die Voten Hergts und Breitenbachs v. 1. bzw. 5.5.1918 in: Rep. 90, Annex J Nr. 25, Bl. 251–258; ferner: ebd., Bl. 277–306 der Entwurf eines Bündnisvertrages mit Motiven v. 14.4.1918 sowie Bl. 331–339v das Prot. einer kommissarischen Besprechung im Reichsamt des Innern am 14.5.1918. – Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Lewerenz, Die deutsche Politik im Baltikum 1914–1918, S. 234; Volkmann, Die deutsche Baltikumspolitik, S. 156 (hier irrtümlich auf den 13.5.1918 datiert).

Nr. 246 (I.) Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juni 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 218–225v; MF 1007.

Anwesend [U]¹: Hertling [V], Friedberg, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [A. v. Steinmeister, U], Valentiner [zu 2], v. Kameke [zu 1].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Valentiner [zu 2], v. Kameke [zu 1], A. v. Steinmeister.

1. Die Verfahrensweise der zweifachen Abstimmung im Abgeordnetenhaus über Gesetzentwürfe, die eine Verfassungsänderung enthalten, gemäß Art. 107 der Verfassung.² Einzelheiten. Einlenken der Regierung, denn man will, obwohl die Frage zweifelhaft ist, sich nicht dem Verdacht [...] einer weiteren Verzögerung der Wahlrechtsfrage aussetzen. [B] — 2. Versorgungslage. Die Entwicklung

¹ Gelesen [U]: Breitenbach, Wallraf.

² Vgl. die Aufzeichnungen A. v. Steinmeisters zur Rechtslage für Hertling und Friedberg v. 30. u. 31.5.1918, ein Votum Spahns v. 30.5.1918 und weiteres Material in: Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 3 Bd. 1, Bl. 130–141v. Das Votum Spahns auch in: BArch, RAAdl Nr. 15939, n.f. Zur Rechtslage in: Rep. 90, Nr. 2250, Bl. 107–303.

der Getreidepreise³, die in Deutschland, abgesehen von Dänemark [...], bei weitem die niedrigsten [...] der Welt sind. Waldow ist davon überzeugt [...], daß sie erhöht werden müssen, um einen Rückgang des Anbaus zu verhindern, ohne aber die Wünsche⁴ der Landwirtschaft voll zu erfüllen. Einzelheiten. Unterschiedliche Beurteilung ihrer Lage. Die Haltung ihrer Führer, die so gut wie nichts getan haben, um durch Aufklärung die Mißstimmung unter den Landwirten zu beheben. Man muß überlegen, ob einige von ihnen bei den nächsten Wahlen in ihren Interessenvertretungen staatlich bestätigt werden sollen. Notwendigkeit von Fördermaßnahmen, denn Deutschland wird in Zukunft im wesentlichen auf die eigene Getreideproduktion angewiesen sein. Die Gefahr einer allgemeinen Preissteigerung. Forderung Roederns, je mehr man sich dem Ende des Krieges nähert, desto mehr muß man von der Zuschußwirtschaft zurückkommen. Übereinstimmung mit dem Reichsbankpräsidenten R. Havenstein in der Beurteilung der allgemeinen Finanzlage⁵. Einzelheiten. Unmöglichkeit, die papiernen Umlaufmittel noch weiter zu vermehren. Die Reichsbank würde sonst nicht mehr in der Lage sein, den Krieg noch weiter zu finanzieren. [B]

³ Vgl. die Denkschrift des Kriegsernährungsamts v. Mai 1918 Die Getreidepreise im Weltkriege sowie weiteres Material in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 6, n.f.; die Denkschrift auch in: Rep. 89, Nr. 32423, Bl. 261–269; ebd. Bl. 298–309 die Prot. der Vorstandssitzungen des Kriegsernährungsamtes am 30.5. u. 13.6.1918. Der Referentenentwurf einer VO über Getreidepreise für die Ernte 1918, in: BArch, Vertreter des Reichskanzlers bei der OHL (R 07.01) Bd. 6, Bl. 4–6.

⁴ Vgl. die bereits Anf. 1918 abgeschlossene Festschrift des Bundes der Landwirte: Kiesenwetter, Fünfundzwanzig Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes, S. 198 f.

⁵ Zusammenfassend: Feldman, Gerald D., *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York, Oxford 1997, S. 49 f.

Nr. 247 (II.) Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juni 1918.

Reinschr., Bd. 167, Bl. 226; MF 1007.

Anwesend: Friedberg [V], Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [A. v. Steinmeister].

Weitere Teilnehmer: Stieger [für Breitenbach], A. v. Steinmeister [für Heinrichs], Valentiner, v. Kameke.

Sieben Disziplinarsachen¹. [B]

¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.

Nr. 248 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Juni 1918.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 167, Bl. 229–239v; MF 1007.

Anwesend [U]: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern [zu 1–2], Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], Valentiner [zu 2–6].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Valentiner [zu 2–6], Heinrichs.

1. Mitteilung *Hertlings* über Besprechungen mit dem österreichisch-ungarischen Außenminister Burian, in denen die bestehenden Gegensätze scharf herausgearbeitet wurden.¹ *Glatter Verlauf der Verhandlung über die Grundlinien des neuen Bündnisvertrages, die im wesentlichen dem alten folgen. Burians nachdrückliches Festhalten an der austropolnischen Lösung, obwohl Deutschland eine Personalunion zwischen Polen und Österreich nicht für annehmbar hält. Einzelheiten zu Wirtschaftsfragen, zu den Eisenbahnen und zur Währungsfrage*². Entgegenkommen *Burians* bei der Grenzsicherung [...], falls nicht zu große Gebiete gefordert werden. *Weitere Verfahrensweise*. [B] — 2. *Reform des Reichstagswahlrechts. Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses*.³ *Einzelheiten. Mögliche Rückwirkung auf Preußen*. [B] — 3. *Aufwandsentschädigung an den Präsidenten des Reichstages, um ökonomische Schwierigkeiten auszuräumen, welche der Wahl eines besonders geeigneten Kandidaten entgegenstehen können*. [B] — (4. *Verlängerungen der Legislaturperioden von Reichstag und 2. Kammer für Elsaß-Lothringen*. [B] — 5. *Besichtigungsreise von Mda nach Ostpreußen*⁴ [...] und in das Baltikum. *Während angesichts der geplanten Übernahme der Souveränität über Kurland für dessen Besichtigung eine gewisse aktive Legitimation des Landtags anzuerkennen ist, bestehen erhebliche Bedenken bei Livland sowie Estland und Litauen, deren Zukunft [...] noch dunkel ist. Außerdem geht es kaum an, die Mda nach Litauen reisen zu lassen, da die Art der dortigen militärischen Verwaltung auf zunehmende Kritik stößt und die Mda sich nicht alle dort lautwerdenden Klagen anhören sollen*. [B]) — 6. *Landtag. Die Geschäftslage und eine mögliche Vertagung*.⁵ *Einzelheiten, u.a. zur weiteren Behandlung der Wahlrechtsvorlage. Die Frage der Gewährung der Freifahrtkarten sowie der Diätenzahlungen bis zum neuen Plenum als alter Zankapfel zwischen Parlament und Regierung*. [B] — 7. *Eine Ernennung*. [B]

¹ Vgl. Hertling, K. Gf. v., *Ein Jahr in der Reichskanzlei*, S. 112; Gonda, Imre, *Verfall der Kaiserreiche in Mitteleuropa. Der Zweibund in den letzten Kriegsjahren 1916–1918*, Budapest 1977, S. 385–397, v.a. S. 395 f. Auch: Conze, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 367 f. Zur Grenzfrage im Osten vgl. die Denkschrift der OHL v. 5.7.1918 sowie vorbereitendes Material und das Prot. einer Besprechung bei v. Payer am 9.8.1918 in: Rep. 90, Annex J Nr. 34, Bl. 176–183v, 184–200.

² Vgl. zur widersprüchlichen Entwicklung im 1. Halbjahr 1918: Zilch, *Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg*, S. 352–361, v.a. S. 357 f.

³ Vgl. den Bericht des Ausschusses v. 22.6.1918 in: *StenBerRT*, Bd. 324, Drucks. Nr. 1681.

⁴ Vgl. den Bericht über die Besichtigung Ostpreußens in: *StenBerAH*, Session 1916/18, Drucks. Nr. 1293. Zu möglichen Kanalbauwünschen, die den Mda auf der Reise vorgetragen werden könnten, vgl. den Briefwechsel Breitenbachs mit den Ressorts vom August 1918 in: Rep. 90a, N III 2 Nr. 1 Bd. 15, n.f.

⁵ Vgl. u.a. den Entwurf der AKO in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 14, n.f.

Nr. 249 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Juni 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 244–253; MF 1007/1008.

Anwesend [U]: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], Meister [zu I].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Meister [zu I], Heinrichs.

1. *Wahlrechtsreform*¹. Die Lage vor der Überweisung der Vorlagen an das Herrenhaus, wo sie vermutlich sofort an einen Ausschuß verwiesen werden, um einen Zusammenstoß möglichst zu

¹ Vgl. die Zusammenstellung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses mit den in der 4. Beratung am 12.6.1918 gefaßten Beschlüssen in: *StenBerAH*, Session 1916/18, Drucks. Nr. 1120. Das Votum Drews' v. 19.6.1918 und weiteres Material in: Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 3 Bd. 1, Bl. 144–150. Ferner: Rep. 90, Nr. 2250, Bl. 306–382v. Das

vermeiden oder hinauszuschieben. Einzelheiten, auch zur Haltung der Parteien. Obwohl die Konservativen sich der Regierungsvorlage außerordentlich angenähert haben, werden sie weiter dem gleichen Wahlrecht widerstehen. Nach Sydow ist im Hinblick auf den Reichstag mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses ein geringerer Nachteil verbunden als mit dem Zurückweichen der Regierung. Anregung Wallrafs, die bürgerliche Linke möglichst von den Sozialdemokraten zu isolieren und mit ersterer eine Verständigung zu suchen. [B] — (2. Veröffentlichung der Denkschrift „Grundzüge einer landesrechtlichen Justizreform“² sowie der zur Verwaltungsreform³. [B] — 3. Kriegsfinanzierung. Besteuerung von Luxusgegenständen.⁴ Einzelheiten, u.a. zur Einfuhr im Hinblick auf die Valuta sowie zu den Interessen des Kunsthandels, der Museen und der ernsthaften Sammler. [B])

Votum Drews auch in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 4, Bl. 436–441v; PA Bonn, R 4054, n.f. – Mit Bezug auf das Prot.: Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 200.

² *Erfolgte erst Mai 1919 unter dem Namen ihres Verfassers: Mügel, Oskar, Grundzüge einer landesrechtlichen Justizreform. Denkschrift, dem Staatsministerium am 25. Januar 1918 vorgelegt, Berlin 1919.*

³ *Erfolgte vermutl. auch erst Mai 1919: Drews, Bill, Grundzüge einer Verwaltungsreform. Amtliche Ausgabe, Berlin 1919 (lt. Vorwort abgeschlossen 29.7.1917, mit Änderungen bis Nov. 1918). – Material zur Arbeit am Entwurf der Denkschrift in: Rep. 84a (D), Nr. 4271, Bl. 232–434.*

⁴ *Vgl. Schmidt-Ott, Erlebtes, S. 156 f.*

Nr. 250 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juli 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 255–259v; MF 1008.

Anwesend [U]¹: Friedberg [V], Breitenbach, Sydow, Waldow, Spahn, Schmidt-Ott, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U], Valentiner [zu 3].

Weitere Teilnehmer: Meister [zu 3], Heinrichs, Valentiner [zu 3].

(1.–2. Zwei Ernennungen. Die während des Krieges entstandenen ungewöhnlichen Verhältnisse durch außerordentliche Bevorzugungen einzelner Beamter außerhalb der Anciennität. Diese Vorgehensweise darf nicht übertrieben werden. [B]) — 3. Freifahrtkarten für Mda während der kommenden Vertagung der Zweiten Kammer.² Die verfassungsrechtlichen Bedenken. Man muß zwar nach Hergt Festigkeit gegenüber einem einmal eingenommenen Standpunkte beobachten [...] und sich nicht durch Rücksichten auf die Wünsche der Abgeordneten beirren lassen, ist aber im Kriege zum Einlenken gezwungen, damit es nicht zu einem Konflikt kommt, der nicht erwünscht ist. [B]

¹ *Gelesen [U]: Hertling, Stein, Roedern, Drews, Eisenhart-Rothe, Wallraf.*

² *Der Antrag des Präsidenten des Abgeordnetenhauses wurde mit der TO versandt; liegt in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 15 nicht bei. Voten und weiteres Material in: Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 7 Bd. 4, n.f.*

Nr. 251 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Juli 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 261–275; MF 1008. — Teildruck [aus TOP 3]: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 3, S. 1431–1437, Dok. Nr. 617.

Anwesend [U]¹: Hertling [zu 1–2, V], Friedberg [V zu 3–5], Breitenbach, Sydow, Stein, Waldow, Spahn, Drews, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], Valentiner [zu 2], v. Kameke [zu 3].

Weitere Teilnehmer: v. Radowitz, Frh. v. Falkenhausen, Heinrichs.

(1. Kühlmann-Krisis². Bedauern Hertlings über die Verabschiedung, aber die Bedenken [...] namentlich bei der OHL gegen Kühlmann sind so groß gewesen, daß ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit ihr bei seinem Verbleiben nicht mehr möglich ist. Hierauf ist aber in der jetzigen kritischen Zeit ganz besonders großer Wert zu legen. Die Wirkung auf den Reichstag und die Berufung des Admirals v. Hintze, der von der Notwendigkeit durchdrungen ist, daß er keine eigene Politik, sondern nur die des Reichskanzlers treiben kann. Die Zukunft von Belgien als einem Faustpfand. Es soll wieder selbständig werden und in Frieden und Freundschaft mit Deutschland leben.) — 2. Die staatsrechtliche generelle Frage, ob der König von Preußen die Kronen von Kurland und Litauen, ggf. als Kaiser, annehmen soll. Die geplanten Verträge mit dem Deutschen Reich.³ Der mögliche Anschluß von Litauen an Sachsen und das föderative System. Die Probleme mit den politisch durchweg unreifen Führern des litauischen Volkes, die durch Verkündung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in eine utopisch nationalistische Richtung geraten sind. Oktroyierung eines Herrschers und einer Konvention nur als ultima ratio angesichts der Hoffnung, daß eine litauische Mehrheit zum Eingehen auf die deutschen Wünsche bereit ist, wenn sie sich dadurch eine Erlösung von der vorläufigen Zwangsverwaltung und die endgültige Aufrichtung eines eigenen Staatswesens erkaufen kann. [B] — (3. Die Forderungen der Bergarbeiter und die Streiklage.⁴ Notwendigkeit einer Lohnerhöhung, um die Kohlenförderung mit allen Mitteln zu steigern. Da dies nur unter Verlusten für die Unternehmer möglich ist, muß nach Sydow eine gleichzeitige Erhöhung der Kohlenpreise erfolgen. Zweifel Breitenbachs, denn es wurden doch gute Erträge erwirtschaftet. Frage, ob dem staatlichen Bergbau nicht in stärkerem Maße ein Druck auf die Preise möglich ist. Die Gefahren einer erneuten allgemeinen Preissteigerung. Wegen der schwierigen Verhältnisse der kommenden Übergangswirtschaft ist von allen Ressorts der Forderung nach dem Achtstundentag Widerstand zu leisten. [B] — 4.–5. Ernennungen. [B])

¹ Gelesen [U]: Roedern, Schmidt-Ott.

² Vgl. Aufzeichnungen Heinrichs' v. 18.7.1918 in: Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 36, S. 9–12; das Telegramm Hindenburgs v. 24.6.1918 in: BArch, RK, Nr. 2398/11, Bl. 325, weiteres Material anschließend. – Hertling, K. Gf. v., Ein Jahr in der Reichskanzlei, S. 124–134, u.a. mit einem Schreiben des Reichskanzlers an v. Payer S. 131–134; Kühlmann, Erinnerungen, S. 569–581. Ferner: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 4. Bd., S. 2277–2289, Sitzungen v. 11. u. 12.7.1918 mit Quellennachweisen.

³ Vgl. Voten Hergts und Breitenbachs v. 1. bzw. 5.5.1918 in: Rep. 90, Annex J Nr. 25, Bl. 251–258; der Entwurf eines Bündnisvertrages mit Motiven v. 14.4.1918, Bl. 277–306 sowie Bl. 331–339v das Prot. einer kommissarischen Besprechung im Reichsamt des Innern am 14.5.1918; die Voten der Minister zu den Entwürfen und weiteres Material Bl. 352–383v sowie 396–404. Zum Anschluß an Sachsen vgl. den Bericht des Gesandten v. Schwerin in Dresden v. 7.5.1918 über Ausführungen des sächsischen Staatsministers Vitzthum in: BArch, RAdI Nr. 6114, Bl. 14–16. – Zur Arbeit an den Verträgen vgl. die Memoiren des im Prot. erwähnten Prof. Bredt: Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 bis 1933, hrsg. v. Martin Schumacher, Düsseldorf 1970, S. 136–140. Mit Bezug auf das Prot.: Lewerenz, Die deutsche Politik im Baltikum 1914–1918, S. 223; Volkmann, Die deutsche Baltikumspolitik, S. 180 f.

⁴ Vgl. z.B. den Bericht des Stellv. Generalkommandos des VI. Armeekorps (Breslau) v. 19.7.1918 in: BArch, RK, Nr. 2398/12, Bl. 4–11.

Nr. 252 Sitzung des Staatsministeriums am 19. August 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 277–287v; MF 1008.

Anwesend [U]¹: Breitenbach [V], Sydow, Stein, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Jahn [für Roedern], Mügel [für Spahn], A. v. Steinmeister, Erythropel [beide zu 2], Heinrichs.

(1. Titelverleihung. Grundsätze betr. Wirklicher Geheimer Räte. [B]) — 2. Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Beamtenschaft. Vorbereitung einer Berichterstattung an Wilhelm II. Durch die zunehmende Entwertung des Geldes *leiden die Beamten* wachsende wirtschaftliche Not, *und ihre Stimmung ist zweifellos eine schlechte. Es ist eine dringende Aufgabe des Staates, sie vor äußerer Not und Verschuldung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen, damit sie sich gegenüber den übrigen Volksschichten [...] in ihrer sozialen Stellung halten, denn sie sind wegen fehlender höherer Kriegsverdienste und -gewinne [...] von allen Berufsständen vergleichsweise am schlechtesten gestellt. Ein pflichttreuer und in jeder Beziehung zuverlässiger Beamtenstand ist eine der sichersten Stützen des Staates, der sich den neuen Verhältnissen zwar anpaßt, aber ein „rocher de bronze“ bleibt gegenüber allen neuzeitlichen Bestrebungen nach Demokratisierung, Parlamentarisierung und Gleichmacherei, wodurch das Gebäude des Staates nur untergraben und erschüttert wird. Der Plan, mit einer großzügigen Unterstützungsaktion durch Gewährung einer einmaligen Kriegsteuerungszulage² wirkungsvoll zu helfen, denn eine Änderung der Besoldungsordnung ist erst nach dem Krieg möglich, nicht zuletzt wegen der möglichen Verknüpfung ihrer parlamentarischen Behandlung mit der der Wahlrechtsreform. Einzelheiten. Notwendigkeit, daß Reich und Preußen [...] einheitlich vorgehen. Die Haltung verschiedener Bundesstaaten. [B] — 3. Anhörung von Begutachtern über die Denkschrift zur Verwaltungsreform³; abgesetzt. — 4. Die Angliederung Kurlands, Livlands, Estlands und Litauens an das Deutsche Reich⁴ und die staatsrechtliche Unzuständigkeit des Reichstags in der Frage einer Personalunion. [B]*

¹ Gelesen [U]: Hertling, Friedberg, Roedern, Waldow, Spahn, Wallraf.

² Vgl. das Rundschreiben des Finanzministers v. 19.7.1918 an die Ressortminister und Reichskanzler/Reichsschatzamt, Reichspostamt u. Reichsamt des Innern sowie des Vizepräsidenten (i.V. Heinrichs) v. 27.7. als Vorlagen zu der Staatsministerialsitzung, Stellungnahmen der Ressorts sowie Eingaben von Beamtenverbänden in: Rep. 90, Nr. 808, n.f. Auch: Rep. 120, A I 1 Nr. 141b Bd. 6, hier ferner u.a. Bl. 194–195v Aufzeichnung über eine kommissarische Besprechung am 19.7.1918. Umgesetzt z.B. durch die Allg. Verfügung des Justizministers über einmalige Kriegsteuerungszulagen („E.K.Z. 18“) für Beamte und höhere Lohnangestellte sowie einmalige Kriegsbeihilfen („E.K.B. 18“) für Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene von Beamten v. 4.9.1918, JMinBl., S. 370. Dazu die Denkschrift des Finanzministers v. 18.10.1918 in: StenBerAH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 1228. Zu den Zahlungen im Ressort des Innenministeriums vgl. Rep. 77, Tit. 858 Nr. 2a Bd. 1, n.f.

³ Vgl. Drews, B., Grundzüge einer Verwaltungsreform. – Dazu das Votum des Kultusministers v. 16.8.1918 in: Rep. 92, NL Schmidt-Ott, Nr. C 4, Bl. 112–116, hier auch weiteres Material einschl. Voten.

⁴ Die im Prot. erwähnte Denkschrift des Staatsministeriums v. 15.8.1918 mit Randbemerkungen Wilhelms II. in: Rep. 90, Annex J Nr. 26, Bl. 100–108v, hier auch Voten. Druck in: Volkmann, Die deutsche Baltikumspolitik, S. 235–239, Anlage II; mit Bezug hierauf und auf das Prot. ebd., S. 189 f.

Nr. 253 Sitzung des Staatsministeriums am 3. September 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 291–297v; MF 1009. Ms. Entwurf mit hs. Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 27, S. 1–6. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex J Nr. 26, Bl. 151–157v; Rep. 92, NL Braun A Nr. 19a I, n.f.; BArch, RK, Nr. 2398/12, Bl. 69–75v; PA Bonn, R 4261, Bl. 71–79v; Teildrucke¹, u.a.: Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918, Berlin, 3. Aufl. 1927, S. 9f., Dok. Nr. 3²; Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 3, S. 1521–1526, Dok. Nr. 663.

Anwesend [U]³: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. d. Bussche-Haddenhausen, Heinrichs.

Bericht Hertlings über die Lage⁴. Es muß jeder gangbare Weg betreten werden [...], der zu einer Verständigung mit dem Feinde führen kann, um mit Ehren aus dem Kriege herauszukommen. Da ein Friedensangebot [...] doch nur schnöde abgewiesen wird, müssen Kontakte, möglichst durch neutrale oder sonst geeignete Persönlichkeiten, geknüpft werden. Die aufzustellenden Friedensbedingungen. Probleme durch das unbedingte Friedensbedürfnis [...] in Österreich-Ungarn und die zweifellos schlechte Stimmung in Deutschland⁵. — Wunsch Hergts und Drews', weil über wichtige Fragen dem Staatsministerium nichts näheres bekannt ist, durch häufigere Informationen im kleineren Kreise, vielleicht zusammen mit den Staatssekretären, orientiert zu werden. Man muß vor Parlament und Presse ins Bild gesetzt sein, da sonst die Gefahr entsteht, daß eine andere Politik in Preußen wie im Reiche gemacht wird. — In den Verhandlungen zu Polen ist man wegen der Thronbesetzung wieder einmal auf einem toten Punkt.⁶ — Das Verhältnis zur gegenwärtigen russischen Regierung und die Ergänzungsverträge zum Brest-Litovsker Frieden⁷. Um eine neue Ostfront zu verhindern, ist man genötigt, sich mit den Bolschewisten abzufinden. Die deshalb aufkommende öffentliche Kritik vorzugsweise aus Bankkreisen und von Helfferich an den Verträgen. Die Abberufung Helfferichs aus Moskau wegen der Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Behandlung der [...] Sowjetregierung.⁸ — Die baltische Frage⁹, die eine eminent preußische ist.

¹ Weitere, hier nicht angeführte Teildrucke sind i.d.R. Nachdrucke bzw. umfassen nur Textsplitter.

² Mit nicht gekennzeichneten Auslassungen und kleineren Abweichungen.

³ Gelesen [U]: Sydow.

⁴ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Schwertfeger, Gutachten, in: Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs, 4. R., Bd. 2, S. 241–243, zu den im Prot. erwähnten Wiener Verhandlungen v. Hintzes auch die Aufzeichnungen aus dem Auswärtigen Amt, S. 352–356, Anlage 7. Zu der im Prot. erwähnten Besprechung zu den Friedensbedingungen in Spa am 14.8.1918 vgl.: Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs, Berlin, 3. Aufl. 1927, S. 3–6, Dok. Nr. 1. Hierauf basierend eine umfangreiche Sekundärliteratur.

⁵ Vgl. die Anweisung des Reichskanzlers v. 29.8.1918 zur Propagandaarbeit in: Rep. 90, Nr. 2429, Bl. 145–146, das Zitat Bl. 145. Dazu u.a. ein Aufruf Hindenburgs v. 2.9.1918 in der Denkschrift über das Nachrichtenwesen der Marineleitung, in: Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs, 10. Bd., 1. Halb-Bd., Berlin 1928, S. 257–260.

⁶ Vgl. Conze, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 366–379, v.a. 372 f.

⁷ Vom 27.8.1918, RGBl., S. 1154, 1172 u. 1190, durch die im Prot. erwähnten geheimen Zusätze erweitert, die in einem Briefwechsel zwischen v. Hintze und Joffe v. 27.8.1918 enthalten sind – vgl. den Druck in: Geheimzusätze zum Brest-Litovsker Vertrag, in: Europäische Gespräche. Monatshefte für auswärtige Politik 4 (1926), 148–153.

⁸ Vgl. die Aufzeichnung Helfferichs v. 19.8.1918 in: Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 1, S. 709–712, Dok. Nr. 255. Ferner das Rücktrittsgesuch Helfferichs v. 30.8.1918, gedr. in: Raumer, Kurt v., Das Ende von Helfferichs Moskauer Mission 1918, in: Gesamtdeutsche Vergangenheit. Festgabe für Heinrich Ritter v. Srbik zum 60. Geburtstag am 10. November 1938, München 1938, S. 397–399. Dazu: Baumgart, Deutsche Ostpolitik, S. 233–257, v.a. 245–257.

Kontroverse Diskussion, die erkennen läßt, daß zwischen dem Auswärtigen Amt und der preußischen Regierung eine nähere Fühlung notwendig ist. Trotz Dringlichkeit hegt v. Hintze [...] Bedenken [...], das Baltenland schon jetzt dem Deutschen Reiche anzuschließen; vielleicht geschieht dies besser überhaupt nicht angesichts der allgemeinen Weltlage. Diese muß nach Friedberg maßgebend sein, denn bei einer Angliederung wird man dem Vorwurf der Annexionspolitik ausgesetzt. [B] — Die Verhältnisse in der Ukraine, aus der v.a. das Brotgetreide nicht herauszubekommen ist. Forderung Waldows nach Aufrechterhaltung der militärischen Besetzung, denn wie Österreich-Ungarn ist man absolut auf die Ukraine angewiesen, zumal es [...] ein Wunder war, daß man mit der vergangenen eigenen Ernte noch durchgekommen ist.

⁹ Vgl. das umfangreiche Material in: Rep. 90, Annex J Nr. 26, u.a. Bl. 114–143 die überarbeiteten Entwürfe der Staatsverträge v. 13.8.1918 sowie Bl. 148–149 hs. Notizen Heinrichs' zur Beratung Friedbergs, Drews, Hergts und Wallrafs am 2.9.1918. – Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Lewerenz, *Die deutsche Politik im Baltikum 1914–1918*, S. 241; Volkmann, *Die deutsche Baltikumspolitik*, S. 198.

Nr. 254 Sitzung des Staatsministeriums am 16. September 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 299–315; MF 1009. — Teildruck: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 4, S. 1565–1567, Dok. Nr. 682.

Anwesend [U]¹: Hertling [V], Friedberg, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U], Valentiner [zu 4], v. Kameke [zu 5].

Weitere Teilnehmer: v. Hintze [zu 1, U], v. Radowitz, Frh. Coels v. d. Brügghe, Heinrichs, Valentiner [zu 4], v. Kameke [zu 5].

1. *Die Lage durch die Friedensdemarche Österreich-Ungarns². Bereits Mitte August waren in Deutschland politische Leitung und OHL übereinstimmend der Ansicht, daß man den Krieg durch Vermittlung Neutraler zu einem die deutschen Interessen sichernden und ehrenvollen Ende [...] bringen muß. Die Verhandlungen mit Österreich, die letztlich zu keinem Erfolge führten, da Kaiser Karl die Idee unterstützte, mit einem Manifest, welches eine Aufforderung zum Frieden enthält, an alle kriegführenden und neutralen Mächte als einzig möglichen Schutz vor einer Revolution heranzutreten. Es darf nicht von Verrat geredet werden. Wirkung auf die Bulgaren und Türken sowie die innere politische Lage, die sehr ungeklärt ist. Die parlamentarischen Führer haben vielfach Neigung, mit Österreich zusammen zu gehen. Die kommende Beratung im Hauptausschuß des Reichstags³. Keine Verhinderung möglich entsprechend einem Vorschlag Steins, da das Schatzamt eine neue Kreditvorlage⁴ wieder benötigt. Unklarheit über die verfassungsmäßigen Grundlagen der Verhandlungen im Hauptausschuß. Es herrscht eine sehr schlechte Stimmung, die nach einem Ventil drängt wie dem Ziel, die gesetzliche Arbeitszeit herabzusetzen. Tatsächlich geht es aber um Parlamentarisierung des gesamten Regierungssystems, wobei die freien Gewerkschaften [...] als*

¹ Gelesen [U]: Breitenbach, Schmidt-Ott.

² Vgl. *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 20–25, Dok. Nr. 5. – Gonda, *Verfall der Kaiserreiche in Mitteleuropa*, S. 398–407.

³ Am 24.–27.9.1918 – vgl.: *Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918*, 4. Bd., S. 2289–2324 mit Quellen- und Literaturnachweisen.

⁴ Nicht mehr eingebracht.

Hilfstruppen der Sozialdemokraten tätig sind. — (2. Eine Ernennung. [B] — 3. Besprechung des Mannschaftsversorgungsgesetzes⁵; vertagt.) — 4. Beamtenpolitik. Erlaß einer Verfügung⁶ zur Frage der politischen Betätigung der Beamten, damit die Regierung für die kommenden politischen Kämpfe einen festen Boden unter den Füßen bekommt. Einzelheiten. Im Abgeordnetenhaus legt man gerade auf die absolute Unparteilichkeit der Beamten ganz besonderen Wert. Sonderstellung der politischen Beamten, denen man unmöglich gestatten kann, als Gegner des allgemeinen Wahlrechts aufzutreten. [B] — Die unerfreuliche Polemik in manchen Kreisblättern mit Invektiven gegen Mitglieder der Staatsregierung. Die Stellung der Kreisblätter zu den Kreisverwaltungen, die sehr verschieden geregelt ist. Während des Krieges ist aber kaum [...] eine gesunde Regelung der Frage zu erreichen. — 5. Wahlrechtsreform.⁷ Einzelheiten. Die Frage der Beilegung des vollen Etatsrechts an das Herrenhaus. Noch keine Stellungnahme zu Wünschen, daß dessen eine Rechte noch weiter verstärkt werden müssen, wogegen aber lebhaft Bedenken vorliegen. Nach Drews soll die Erste Kammer in die Lage gesetzt werden, zu radikale Gesetze aus der Zweiten zum Scheitern zu bringen. Eine mögliche Ausdehnung der Durchzählung auf alle Gesetze wird aber dem Einkammersystem Tür und Tor öffnen. [B]

⁵ Vgl. Bekanntmachung, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften v. 28.9.1918, RGBl., S. 1223.

⁶ Vgl. den Entwurf des Innenministers v. 16.8.1918 und eine Ausarbeitung von Heinrichs, die Friedberg abzeichnete und am 16.9. zurückgab, in: Rep. 90, Nr. 2324, Bl. 223–224v u. 228–229v sowie das Material zur Endredaktion der Verfügung, betr. die politische Betätigung der Staatsbeamten v. 21.10.1918, JMinBl., S. 420. Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Rejewski, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht, S. 141–149.

⁷ Vgl. u.a. das Schreiben Drews' v. 8.9.1918 als Antwort auf den Vorschlag Schorlemers zur Neueinteilung der Wahlbezirke in: Rep. 90a, VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 4, Bl. 492–497.

Nr. 255 Sitzung des Staatsministeriums am 27. September 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 318–325v; MF 1009. Ms. Entwurf mit hs. Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 28, S. 1–8a. — Teildruck [TOP 2]¹: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearb. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, 2. T., Düsseldorf 1959, S. 704–707, Dok. Nr. 236.

Anwesend [U]: Hertling [V], Friedberg, Breitenbach, Sydow, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Eisenhart-Rothe, Hergt. — Prot.: Heinrichs [U], Valentiner [zu 2–5].

Weitere Teilnehmer: Waitz [für den Kriegsminister], Frh. v. d. Bussche-Haddenhausen [für den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes], v. Radowitz, Heinrichs.

1. Vertrauliche Mitteilungen zu der in Bulgarien eingetretenen Krisis und den Bestrebungen zu einem sofortigen Waffenstillstand². — Die formelle Behandlung eiliger politischer Mitteilungen. Es ist dafür zu sorgen, daß die Staatsminister ebenso schnell wie die Parteiführer informiert werden. — Die formelle Behandlung der baltischen Frage. Die Bedenken im Auswärtigen Amt

¹ Nach dem Entwurf im NL Heinrichs.

² Am 25.9.1918 machte die bulgarische Regierung einen offiziellen Waffenstillstands- und Friedensvorschlag – der Waffenstillstand wurde am 29.9.1918 unterzeichnet: vgl. Schultheß 1918 II, S. 531, 533. Vgl. zur bulgarischen Krise: Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Bd. 13, (Berlin 1942) Bonn 1956, S. 407–409; Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, S. 680–687, Prot. v. 27.9.1918; Krizman, Bogdan, Der militärische Zusammenbruch auf dem Balkan 1918, in: Österreichische Osthefte 10 (1968), 269–293.

gegenüber der vom Staatsministerium [...] vorgeschlagenen Personalunion³ [...] mit Preußen und die Empfehlung für eine Vertagung der Angelegenheit in Übereinstimmung mit der OHL. Hertling wird die Einberufung eines Kronrats in Anregung bringen. [B] — 2. Die innerpolitische Lage, [...] die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstags und die Bedingungen⁴, welche die Sozialdemokraten für ihren Eintritt in die Regierung stellen, wobei es doch im Reiche verfassungsmäßig kein „Kabinett“ gibt, in das man eintreten kann. Das Programm der Mehrheitsparteien. Mit Friedberg sind wohl alle [...] Minister der Auffassung, daß weitere Konzessionen nicht gemacht werden können. Die Kanzlerkrise⁵, die künstlich gemacht wird. Einzelheiten zur Rolle der Presse. Die Beschwerden [...] über das Verhalten des Militärs zum Vereins- und Versammlungsrecht⁶, die ein energisches Eingreifen zur Abgrenzung der Militär- und Zivilgewalt notwendig machen, indem Wilhelm II. den kommandierenden Generalen den Befehl erteilt, Anordnungen, welche nicht rein militärische Maßnahmen betreffen, nur im Einvernehmen mit der zuständigen Zivilbehörde zu erlassen. Die Wahlrechtsreform in der Herrenhauskommission⁷, wo eine Mehrheit für das gleiche allgemeine Wahlrecht mit einer Altersstimme zu erwarten ist, was zu einer Entspannung der Lage führen kann. Keine Annahme einer Reform entsprechend der Abgeordnetenhaus-Vorlage trotz des Wunsches von Konservativen, denn dies bedeutet nach Drews entweder die Militärdiktatur oder [...] Scheidemann an der Spitze der Regierung. — 3. Der Stand der Verhandlungen in der polnischen Frage.⁸ Die geplante Übergabe von Gefängnisverwaltungen an das Königreich Polen. — 4. Die Perspektive der Polenpolitik und mögliche aus dem Osten Preußens kommende Wünsche wegen Verstärkung der Ostmarkenpolitik. — 5. Versorgungslage. Klagen Waldows über die gegen das Kriegsernährungsamt gerichtete Politik einer Anzahl von kommandierenden Generalen. —⁹

³ Vgl. das Prot. zu den Besprechungen beim Reichskanzler am 20.9.1918 sowie weiteres Material in: Rep. 90, Annex J Nr. 26, Bl. 168–172 u. 173–194; außerdem Bl. 195–229 die überarbeitete Fassung der Staatsverträge v. 7.10.1918. – Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Lewerenz, Die deutsche Politik im Baltikum 1914–1918, S. 241; Volkmann, Die deutsche Baltikumspolitik, S. 200. Zu der im Prot. erwähnten Äußerung v. Payers im Hauptausschuß betr. der OHL vgl.: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 4. Bd., S. 2302–2305, Sitzung v. 24.9.1918.

⁴ Vgl. mit umfangreichen Quellennachweisen: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 4. Bd., S. 2314–2320, der Beitrag Hertlings S. 2314–2317, Sitzung v. 26.9.1918.

⁵ Vgl. die Notiz Heinrichs' zu Hertlings Abgang v. (?) Okt. 1918 mit Bezug auf das Prot. in: Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 30, S. 34–35.

⁶ Vgl. aus der Vielzahl zeitgenössischer Belege Reden Scheidemanns und Fischbecks am 25.9.1918 sowie die Antwort Hertlings am 26.9. in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, 4. Bd., S. 2309–2311 u. 2314. Der Immediatbericht Hertlings v. 28.10.1918 in: Rep. 89, Nr. 32411, Bl. 109–111. Zu den Reformansätzen: Schudnagies, Christian, Der Kriegs- und Belagerungszustand im Deutschen Reich während des Ersten Weltkrieges. Eine Studie zur Entwicklung und Handhabung des deutschen Ausnahmestandsrechts bis 1918, Frankfurt/M. usw. 1994, S. 209–221.

⁷ Vgl. mit Bezug auf das Prot.: Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 219 f.

⁸ Vgl. die Aufzeichnung über die kommissarischen Beratungen in Berlin am 24.–28.9.1918 mit den österreichisch-ungarischen Vertretern in: Rep. 90, Annex J Nr. 9, n.f.

⁹ Im Prot.-Entwurf wurde ein TOP 6 zur Frage der Behandlung der politischen Zukunft der östlichen Randstaaten und der Stand der Entschließungen über die Personalunion von Heinrichs gestrichen und dafür ans Ende von TOP 5 gesetzt: Damit wurden die Verhandlungen geschlossen: Rep. 92, NL Heinrichs Nr. 28, S. 8a.

Nr. 256 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 30. September 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 326–329v; MF 1009. — Abschr.: GStAPK, I, HA, Rep. 92, NL Braun A Nr. 19a I, n.f. — Teildruck: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 4, S. 1581 f., Dok. Nr. 694.

Anwesend [U]¹: Friedberg [V], Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

Rücktritt von Hertling. *Wilhelm II. wünscht*, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes *mitarbeitet und* Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen *sind*, in weiterem Umfange an den Rechten und Pflichten der Regierung *teilnehmen*. Die *geplante* Aufnahme von Parlamentariern in Reichsregierung und Staatsregierung. Bericht Roederns über die Verhandlungen² im Großen Hauptquartier, wo, wie bei der OHL, eine außerordentlich ernste Auffassung zur Lage herrscht. *Es muß eine innere Einheitsfront geschaffen werden*. Nach Ludendorff *sind alle Reformen* in höchstem Maße eilbedürftig, *denn jeder Tag kostet* jetzt 10 000 Mann. *Es muß jeder Schritt*, um den anzubietenden Frieden auf breite Basis zu stellen, sofort und in den nächsten Tagen erfolgen. *Es sollen* den neu zu ernennenden Staatssekretären *solche Ämter* übergeben werden, *die aus einer Teilung existierender Reichsämter gebildet werden*, während in Preußen wegen der kollegialen Verfassung des Staatsministeriums auch Minister ohne Portefeuille ein entscheidendes Votum haben. *Keine Einigung, ob solche Ernennungen erfolgen sollen. Keine Ernennung der neuen Staatssekretäre [...] zu Bundesratsbevollmächtigten*. Rücktrittsangebote Roederns u. v. Hintzes. Nach Breitenbach ist aber angesichts der Tiefe der Krisis ein Rücktritt aller Minister verfrüht. Er warnt vor einem neu zu bildenden und unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Reichsarbeitsamt³, das geradezu katastrophal für die großen Betriebsverwaltungen Preußens werden kann. Bisher keine Verhandlungen v. Payers und Roederns wegen Änderungen in der preußischen Staatsregierung. [B]

¹ Gelesen [U]: Waldow.

² Vgl. die Darstellung in den Memoiren: BArch Koblenz, Kleine Erwerbungen, Nr. 317, NL Roedern Bd. 2, Bl. 328–340. Ferner: Schwertfeger, Gutachten, in: Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, 4. R., Bd. 2, S. 248–256, 260–281 u. S. 283 mit Bezug auf das Prot., dazu auch S. 365, Anlage 11, Aufzeichnungen Ludendorffs v. 31.10.1918; S. 403–411 als Anlage 15 die Auskunft v. Hintzes v. 28.8.1922, S. 415–425; Anlage 16 die Auskunft Roederns v. 20.12.1923, S. 422 mit Bezug auf das Prot.

³ Vgl. den Allerhöchsten Erlaß über die Errichtung eines Reichsarbeitsamts v. 4.10.1918, RGBl., S. 1231. Vgl. allgemein: Hubatsch, Walter, Entstehung und Entwicklung des Reichswirtschaftsministeriums 1880–1933. Ein Beitrag zur Verwaltungsgeschichte der Reichsministerien. Darstellung und Dokumentation, Berlin 1978, S. 21.

Nr. 257 Vertrauliche Sitzung des Staatsministeriums am 2. Oktober 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 330–333v; MF 1009/1010.

Anwesend [U]¹: Breitenbach [V], Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: Heinrichs [U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

Bericht Roederns über die wichtigsten und schwerwiegendsten Ereignisse des vorangegangenen Tages.² Die von der neuen Regierung einzuleitende Friedensaktion entsprechend der Forderung der

¹ Gelesen [U]: Friedberg.

² Vgl. die Dokumente vom 1.10.1918 mit umfangreicher Kommentierung in: Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearb. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962, S. 3–37, Dok. Nr. 1–7. In diesem Bd. auch zahlreiche Sachbezüge auf die noch folgenden Sitzungen.

OHL angesichts der Gefahr eines Rückzuges an der Westfront unter riesigen Verlusten und der Schaffung einer verwüsteten Zone auch auf deutschem Boden. Das 14-Punkte-Programm Wilsons³ als Grundlage für die Friedensverhandlungen. Dabei liegt die Verantwortung für den Frieden [...] verfassungsmäßig beim Kaiser unter der verantwortlichen Gegenzeichnung des Kanzlers, der sich bei derartig wichtigen politischen Schritten aber nach bisheriger Übung stets⁴ des Einverständnisses des Staatsministeriums vergewissert hat. Die in Aussicht genommene Ernennung von Max von Baden zum Reichskanzler als vorübergehende Lösung. Einstimmiges Votum, nachdem Sydow seine Bedenken zurückgezogen hat, gegen eine Trennung der Ämter des Reichskanzlers und des Ministerpräsidenten, weil das Staatsministerium schließlich die feste Grundlage der Regierung ist, ohne welche die Stellung des Reichskanzlers zweifellos eine wesentlich schwächere ist. In der gegebenen Situation muß preußische Politik Reichspolitik sein und umgekehrt. Die Notwendigkeit, Einrichtungen zu schaffen, die eine dauernde Verbindung zwischen Reichskanzler und Staatsministerium besser als bisher gewährleisten. Zur Zeit geht es nur um die Aufnahme von Parlamentariern in die Reichsleitung, weshalb keinerlei Verhandlungen über eine anderweite Zusammensetzung des Staatsministeriums stattzufinden haben. [B]

³ Vgl. Wippermann 1918 I, 1, S. 198–202.

⁴ Von bei bis stets hs. von Roedern ergänzt (Bl. 330).

Nr. 258 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Oktober 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 335–337; MF 1010.

Anwesend [U]: Friedberg [V], Breitenbach, Sydow, Stein, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Wallraf. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

Die Abfassung des Friedensangebots¹ an den Präsidenten Wilson, das von der neuen Regierung ausgehen solle. Ebenso ist der Hauptausschuß des Reichstags noch rechtzeitig vorher zu orientieren. Die Mehrheit der Minister plädiert dafür, die 14 Wilsonpunkte als Ausgangspunkt der Verhandlungen zu nehmen. Nach Hindenburg ist eine sofortige Räumung des besetzten Gebietes aber nicht durchführbar [...] ohne schwere Schädigungen. Kann man über die eventuelle Abtretung Elsaß-Lothringens [...] äußerstenfalls noch reden, ist dies bezüglich der polnischen Gebietsteile Preußens [...] schlechterdings unmöglich. Während Hergt die Verantwortlichkeit für das Friedensangebot bei der OHL allein sieht, betonen Friedberg und Stein, daß, nachdem diese einen Friedensschluß gefordert hat, ihr der Vorgang aus der Hand [...] herausgenommen und [...] von den politischen Stellen entschieden werden muß. Information zur militärischen Lage.

¹ Vgl. Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes, S. 74, Dok. Nr. 34.

Nr. 259 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Oktober 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 339–341; MF 1010.

Anwesend: Hertling [zu 1], Friedberg [V, U], Breitenbach [U], Sydow [U], Stein [U], Roedern [U], Waldow [U], Spahn [U], Drews [U], Schmidt-Ott [U], Eisenhart-Rothe [U], Hergt [U]. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

- 1. Der Wunsch Hertlings, sich vom [...] Staatsministerium zu verabschieden. Abschiedsworte Friedbergs und Antwort Hertlings, der angesichts der gespannten Lage auf dem Kriegsschauplatze und im Innern nicht die sich verstärkende Forderung der Demokratisierung der Verfassung und der Parlamentarisierung der Regierung hat mitmachen können. Er hofft aber, daß die demokratische Welle die Dämme nicht niederreißen kann, die den föderativen Charakter des Bundes schützen. —*
- 2. Der kommende Abschied von Breitenbach¹ sowie seines Unterstaatssekretärs Stieger. Breitenbach will möglichst bald ausscheiden, denn er kann die Radikalisierung der Regierung [...] nicht mitmachen. Vor dem Kriege war er der schärfste Gegner der SPD, und seit 1914 mußte er ihr Eindringen [...] in die Eisenbahnarbeiterschaft dennoch dulden. Jetzt ist er aber nicht bereit, einer sich jetzt entwickelnden universalen Gültigkeit eines Arbeitskammergesetzes² zuzustimmen. Nur durch Rücktritt ist ein hierin liegender Konflikt zwischen dem Reich und Preußen zu verhindern. Warnung Breitenbachs, sein Ressort mit einem Parlamentarier oder [...] Militär zu besetzen, denn es erfordert jemanden mit genügender Vorbildung und Kenntnis auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und der Eisenbahnwirtschaft. [B]*

¹ *Vgl. die Memoiren in: BArch Koblenz, Kleine Erwerbungen, Nr. 382, NL Breitenbach, Bl. 149 u. 205 sowie Anlage 12: Entlassungsgesuch v. 6.10.1918, n.f. Ferner das Schreiben Heinrichs' an das Geheime Zivilkabinett v. 5.10.1918 in: Rep. 89, Nr. 3746, Bl. 59–60.*

² *Vgl. den Entwurf in: StenBerRT, Bd. 324, Drucks. Nr. 1490. Dazu umfangreiches Material in: Rep. 77, Tit. 922 Nr. 7 Bd. 3, n.f. Zur Ausdehnung des Gültigkeitsbereiches auf die Seeschifffahrt und die Landwirtschaft vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 9 Bd. 7, Bl. 231–236 u. 245–246. Ein Immediatbericht des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsamt u.a. über den Stand der Kommissionsberatungen zum Arbeitskammergesetz v. 26.9.1918 in: Rep. 89, Nr. 27683, Bl. 1–4v.*

Nr. 260 Vertrauliche Sitzung des Staatsministeriums am 11. Oktober 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 344–348v; MF 1010.

Anwesend [U]: Friedberg [V], Breitenbach, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Fischbeck [auftragsweise], Scheüch. — Prot.: [A. v. Steinmeister, U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. d. Bussche [für Max v. Baden], Wahnschaffe, A. v. Steinmeister [für Heinrichs].

Die Antwortnote an die USA. Die Lage Deutschlands sowie seiner Verbündeten am 29.9.1918. Die absolute Notwendigkeit, zu einer Waffenruhe zu kommen und sodann Frieden zu schließen.

Diskussion des Entwurfs¹ der Note, wobei eine Unklarheit in der deutschen Fassung bezüglich der Räumung der östlichen fremden Gebiete mit Absicht belassen wurde. Einzelheiten zur Ersatzlage, zur Versorgung mit Öl² und zur militärischen Lage, die nach Ludendorff sich nicht verbessern, wohl aber weiter verschlechtern kann, ohne daß aber eine kommende Katastrophe anzunehmen ist. Die Frage eines möglichen Verzichts auf Elsaß-Lothringen und auf gewisse polnische Landesteile. Notwendigkeit, die Haltung der OHL dazu kennenzulernen. Sonst kann die Regierung vom Volke dafür verantwortlich gemacht werden, daß sie auf diese schweren Bedingungen einging, ohne daß die OHL dies wollte. Hoffnung, daß mit dem Eingehen auf die Wilsonsche Note ein Rechtsfrieden geschaffen wird, der nicht Bedingungen schafft, die das Volkstum der Besiegten schwer schädigen. Man darf, so Drews, nicht formulieren, daß man die „Bedingungen“ Wilsons annimmt, sondern nur, daß man sie als Grundlage für die Verhandlungen nimmt, um die Möglichkeit offen zu halten, mit ehrlichem Gesicht wieder zu den Waffen [...] greifen zu können, wenn zu schwere Zumutungen [...] gestellt werden. Warnung Fischbecks, daß eine nicht [...] glatte Zustimmung [...] als Ablehnung angesehen werden wird, und daß hinter dieser die Möglichkeit eines Diktierfriedens stehen kann. [B]

¹ Vgl. *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 95, Dok. Nr. 40. Vgl. ferner den Hinweis Roederns auf schwerste Bedenken im Staatsministerium gegen eine kurze Fassung der Note in der Sitzung des Gesamtkabinetts am 12.10.1918, in: *Die Regierung des Prinzen Max v. Baden*, S. 144–147, hier S. 145, Anm. 11, Dok. Nr. 44.

² Vgl. die Information des Chefs des Stabes des Feldheeres v. 19.10.1918 in: *BArch, RK, Nr. 2398/12, Bl. 157–157v.* – Ferner: *Adjutant im preußischen Kriegsministerium Juni 1918 bis Oktober 1919. Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm*, hrsg. v. Heinz Hürten u. Georg Mayer, Stuttgart 1977, S. 41, Notiz v. 18.10.1918.

Nr. 261 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Oktober 1918.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [zu TOP 1] mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 350–354v; MF 1010.

Anwesend [U]¹: Friedberg [V], Breitenbach, Roedern, Spahn, Drews, Eisenhart-Rothe, Hergt, Fischbeck [auftragsweise], Scheüch. — Prot.: [Heinrichs, U], Valentiner.

Weitere Teilnehmer: Heinrichs, Valentiner.

(1. Amtseinführung² des Handelsministers Fischbeck und des Kriegsministers Scheüch.) — 2. Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung, v.a. hinsichtlich des Rechtes des Kaisers zur Erklärung des Krieges.³ Notwendigkeit einer Sitzung des Staatsministeriums angesichts der großen Tragweite einer diesbezüglichen Entscheidung, durch die der Kaiser nach außen der rechtlich bevollmächtigte Vertreter des Reichs bleibt und sein Recht zur Erklärung des Krieges [...] nicht berührt wird, jedoch nach innen zukünftig keinen Frieden ohne Zustimmung des Reichstags

¹ *Gelesen [U]: Waldow, Schmidt-Ott, Max Prinz v. Baden.*

² *Das Protokoll über den Amtseid von Scheüch als Teil-Prot., Bl. 354–354v. — Zur Ernennung, die bereits am 8.10.1918 erfolgte, obwohl die Ordre erst zum Folgetag ausgestellt werden sollte: Adjutant im preußischen Kriegsministerium, S. 36 f., Notiz v. 8.10.1918.*

³ *Vgl. den Auszug aus der Vorlage v. 13.10.1918 in: Die Regierung des Prinzen Max v. Baden, S. 131, Anm. 30, Dok. Nr. 39; ferner den Bericht des württembergischen Bundesratsbevollmächtigten über die Beratung in den Bundesratskommissionen am 15.10.1918 in: ebd., S. 190–193, Dok. Nr. 59. — Zur Bedeutung dieses Verfassungsartikels für die Antwortnote v. 12.10.1918 an Wilson vgl.: Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 5, S. 584 f.*

schließen darf. Bisher ist die Rechtspraxis nicht einheitlich gewesen. Nach Scheüch⁴ muß aus militärischer Sicht die Möglichkeit bleiben, ohne jegliche Verzögerung den Krieg erklären zu können, ohne daß erst der Reichstag berufen wird. Während aber Roedern und Fischbeck auf einen Völkerbund hoffen, durch den in Zukunft die Volksvertretung bei jeder Kriegserklärung gehört werden muß, betonen v.a. Eisenhart-Rothe und Scheüch, daß hierauf einstweilen noch keine Rücksicht genommen werden kann. Nach Roedern ist aber die volle Beteiligung des Reichstags bei derartigen Verträgen [...] ein allgemeiner Wunsch der modernen Zeit. Tue die Reichsregierung nicht den ersten Schritt zu seiner Verwirklichung, so werde ihn die Volksvertretung tun. [B]

⁴ *Vgl. das Schreiben Scheüchs an Unterstaatssekretär Lewald (Reichsamt des Innern) v. 20.10.1918 in: Militär und Innenpolitik, T. 2, S. 1325 f., Dok. Nr. 489, Anm. 2 mit Bezug auf das Prot. Der aus dem Reichsamt kommende Gesetzentwurf v. 3.10.1918 in: Rep. 84a (D), Nr. 6238, Bl. 614–619, dem Bundesrat zugeleitet als StenBerBundesR, Jg. 1918, Drucks. Nr. 203 v. 5.10.1918.*

Nr. 262 Vertrauliche Sitzung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 355–361; MF 1010. — Teildruck: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 4, S. 1627–1630, Dok. Nr. 722.

Anwesend [U]¹: Friedberg [V], Breitenbach, Roedern, Waldow, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Fischbeck, Scheüch. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

[1.] *Die Verhandlungen² zur Beantwortung der Wilson-Note vom 14.10.1918³. Rücktrittsdrohung von Ludendorff und möglicherweise auch Hindenburgs, wenn zusätzlich zu ihnen noch eine Art Militärkommission gutachterlich gehört wird. Während nach Friedberg die Demissionen vom rein militärischen Standpunkt aus zu ertragen sind, hat man geglaubt, daß die politische Wirkung aber sehr ungünstig und nicht zu ertragen sein wird. Die erheblich optimistischere Lagebeurteilung der OHL, die hofft, die Front allmählich und ohne wesentliche Schädigung zurücknehmen zu können. Einzelheiten zur Mannschaftsersatzfrage und zur Möglichkeit, Rumänien und die anderen östlichen besetzten Gebiete zu halten. — Die Hauptgedanken der Antwortnote⁴, wonach eine Räumung besetzter Gebiete nur bei gleichzeitiger Waffenruhe zugestanden werden kann. Unannehmbarkeit von allem, was mit der militärischen Ehre und Würde unvereinbar ist. Zurückweisung der Vorwürfe wegen des angeblichen ungesetzlichen und unmenschlichen Verfahrens der deutschen Streitkräfte. Entgegenkommen in den deutschen Verfassungsverhältnissen. Bedauern Drews', daß der Wortlaut des Textes nicht vorgelegt wurde, weshalb er auch hier wieder eine Übergehung des Staatsministeriums befürchten muß. Forderung Breitenbachs und Friedbergs, daß bei Nichtvorlage des endgültigen Textes der Reichskanzler dann auch nicht [...] erklären darf, daß die Note mit Zustimmung des Staatsministeriums verfaßt wurde. Die mögliche Forderung Wilsons nach Abdankung Wilhelms II. Notwendigkeit, daß dieser durch den Reichskanzler oder den Chef des Zivilkabinetts Delbrück über diese so ungeheuer wichtigen Vorkommnisse offen unterrichtet wird. Möglichkeit der Mobilisierung aller Kriegsverwendungsfähigen aus allen Staats- und*

¹ *Gelesen [U]: Max Prinz v. Baden.*

² *Vgl. die Dokumente v. 16. bis 18.10.1918 mit z.T. sehr ähnlichen Argumentationen wie während der Staatsministerialsitzung in: Die Regierung des Prinzen Max v. Baden, S. 205–269, Dok. Nr. 61–69.*

³ *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes, S. 109 f., Dok. Nr. 48.*

⁴ *Vgl. den Entwurf in: Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1927, S. 456–458. — Die Note v. 21.10.1918, in: Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes, S. 167 f., Dok. Nr. 64.*

Gemeindebehörden und Schließung der oberen Klassen der Schulen. Das Kriegsministerium prüft ein allgemeines Massenaufgebot von Freiwilligen.⁵ — Die Frage einer generellen Umstellung und Normung⁶ in der Industrie zur Massenherstellung gleichmäßiger Gegenstände als eine Frage, die in der Bedeutung weit über die Dauer des Krieges hinausweist. — [2.] Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern. Die intensive revolutionäre Wühlarbeit der russischen Botschaft sowie die Überwachung der Spartacus-Gruppe und den noch weiter linksstehenden Leuten, um aufgrund von Tatsachen [...] die Botschaft⁷ [...] loszuwerden und nur noch ein Generalkonsulat zu gestatten. [B]

⁵ Vgl. zu ab dem 8.10.1918 laufenden Verhandlungen im Kultusministerium: Schmidt-Ott, *Erlebtes*, S. 162.

⁶ Im Prot. Normalisierung.

⁷ Vgl. das Schreiben Drews' an den Reichskanzler v. 19.10.1918 mit Bezug auf die Sitzung in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 256–258, Dok. Nr. 97.

Nr. 263 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Oktober 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 363–379v; MF 1010/1011. — Teildruck: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 4, S. 1644–1657, Dok. Nr. 733.

Anwesend: Friedberg [V, U], Breitenbach [U], Roedern, Waldow, Spahn [U], Drews [U], Schmidt-Ott [U], Eisenhart-Rothe [U], Hergt [U], Fischbeck [auftragsweise, U], Scheüch [U]. — Prot.: [Heinrichs, U], Tigges [zu 2], Valentiner [zu 3].

Weitere Teilnehmer: v. Krause [zu 2, U], Trimborn [zu 2], Lewald [zu 3, U], Heinrichs, Tigges [zu 2], Valentiner [zu 3].

(1. Die deutsche Antwort vom 20.10.1918¹ auf die amerikanische Note vom 14.10. Einzelheiten zur Redaktionsarbeit² sowie zur Beteiligung des Staatsministeriums an der Feststellung des Textes. Es ist, so Breitenbach, wieder zur Seite geschoben worden, obwohl deutsche und preußische Geschichte gemacht wurde. Mögliche Wirkungen einer Beschränkung des U-Bootkrieges. Die Gefahr der Abtretung des nordschleswigschen Gebietes. Die zunehmende hochverräterische öffentliche Diskussion über eine Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen. Notwendigkeit verschärfter Zensur. Drews hat veranlaßt, daß Versammlungen der USPD verboten werden, die darauf ausgehen, eine Revolution hervorzurufen, Scheidemann und Genossen wegzujagen und mit den Bolschewisten zu paktieren. Revolutionären Bestrebungen muß man programmäßig entgegenwirken und Leute, die zur Revolution auffordern, festnehmen, ebenso Zeitungen verbieten³, sonst wird man in wenigen Wochen vor einer blutigen Revolution stehen. Man werde zwar auch diese unterdrücken können, aber der Eindruck derartiger Unruhen werde im Volke ein ungeheurer sein. [B]) — 2. Strafverfolgung. Die im Reich geplante erweiterte Möglichkeit, während des Krieges einzelne Strafuntersuchungen im Wege der Gnade niederzuschlagen⁴ nicht nur zu Gunsten von Kriegsteilnehmern, sondern bezogen auf alle [...] Straftaten, womit auch

¹ Vgl. die Antwortnote, die am 20.10. erarbeitet wurde, aber erst am 21.10.1918 abging, in: *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 167 f., Dok. Nr. 64.

² Vgl. die Dokumente vom 19. u. 20.10.1918 mit z.T. sehr ähnlichen Argumentationen wie während der Staatsministerialsitzung in: *Die Regierung des Prinzen Max v. Baden*, S. 269–299, Dok. Nr. 70–78 b; ohne Bezug auf eine Mitwirkung des Staatsministeriums auch: Max v. Baden, *Erinnerungen*, S. 458–460.

³ Vgl. das mit Bezug auf die Sitzung formulierte Schreiben Friedbergs an den Reichskanzler v. 22.10.1918 in: *Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution*, Bd. 4, Berlin 1959, S. 1659 f., Dok. Nr. 735.

⁴ Vgl. als Vorlage zur Sitzung den Gesetzentwurf des Reichsjustizamtes v. 21.10.1918 in: *Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution*, Bd. 4, S. 1658 f., Dok. Nr. 734.

zahlreiche *Verfahren* wegen Landesverrats *wegfallen*. *Mögliche* Folgerungen für Preußen. *Der Reichstag wird zustimmen, obwohl* es sich um eine Durchbrechung des sog. Legalitätsprinzips im Strafprozesse *handelt*. *Es besteht aber* zu einem gleichartigen Vorgehen in Preußen keine Veranlassung. [B] — **3. Maßnahmen** für den Fall einer Volksabstimmung in den von polnisch sprechender Bevölkerung bewohnten preußischen Gebietsteilen.⁵ *Die zu erwartenden energischen Forderungen⁶ der Polen im Reichstag, bei deren Beantwortung* wenn möglich Konzessionen z.B. hinsichtlich der Erteilung des Religionsunterrichts und des Privatunterrichts in Aussicht *gestellt werden sollen*. *Möglichkeiten* der Aufklärung der Bevölkerung in wirtschaftlicher Beziehung [...] mit dem Ziele des Beweises, daß die eigenen Interessen der Polen *für* ihr Verbleiben im Königreiche Preußen *sprechen*, wobei in Westpreußen und Posen [...] eine erfolversprechende Einflußnahme *nicht möglich ist, selbst* bei Gewährung der Autonomie. *Deshalb soll man nicht vorab auf eines der wertvollsten Tauschobjekte für die Friedenskonferenz verzichten*. *Nach Drews ist es unzweifelhaft, daß* nach Friedensschluß [...] sämtliche Ausnahmegesetze aufzuheben *sind*. *Unterschiede zwischen den einzelnen Landesteilen, z.B. betr. Oberschlesien. Die Frage, ob eine Räumung Polens [...] angebracht und ausführbar ist. Die Bedeutung einer sicheren Eisenbahnverbindung mit der Ukraine. Man muß die Okkupationsarmee in Polen [...] belassen, um die Revolution fernzuhalten*. [B] — **4. Ernennung von Freund zum Unterstaatssekretär im Innenministerium**. [B] — **5. Möglichst keine Übernahme von elsäß-lothringischen Beamten nach Preußen bis zur definitiven Regelung der Verhältnisse**.⁷ *Dann wird man aber* das weiteste Entgegenkommen zeigen *müssen*. [B] — **6. Kommende Reichstagsanträge⁸** gegen die Kommandogewalt des Kaisers und Königs. *Besonders mit dem Eid auf die Verfassung wird* in gefährlichster Weise die Politik in die Armee hineingetragen. *Die Gegenzeichnung der Offizierspatente durch das Kriegsministerium und die Unterstellung des Militärkabinetts unter den Kriegsminister. Bitte Scheüchs, diese schwerwiegenden Fragen nicht über das Knie zu brechen*.

⁵ Vgl. mit z.T. sehr ähnlichen Argumentationen wie während der Staatsministerialsitzung das Prot. der Sitzung des Kriegskabinetts v. 14.10.1918 in: *Die Regierung des Prinzen Max v. Baden*, S. 184–188, Dok. Nr. 56.

⁶ Vgl. z.B. die Erklärung von Anton Stychel am 23.10.1918 in: *StenBerRT*, Bd. 314, S. 6193–6199.

⁷ Vgl. das Telegramm des Statthalters an den Reichskanzler v. 6.11.1918 über die Unruhe unter altdeutschen Beamten in: *BArch, RA1 Nr. 12990, Bl. 108–109*.

⁸ Vgl. die Vorschläge des Unterausschusses des Interfraktionellen Ausschusses zur verfassungsmäßigen Regelung der Kommandogewalt, dem württembergischen Staatsministerium am 21.10.1918 zugesandt, in: *Die Regierung des Prinzen Max v. Baden*, S. 306 f., Dok. Nr. 81.

Nr. 264 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 25. Oktober 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 380–387v; MF 1011. — Teildruck: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 4, S. 1677 f., Dok. Nr. 747.

Anwesend: Friedberg [V, U], Breitenbach [U], Roedern, Waldow, Spahn [U], Drews [U], Schmidt-Ott [U], Eisenhart-Rothe [U], Hergt [U], Fischbeck [U], Scheüch [U]. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

Waffenstillstand. Bericht Friedbergs über eine unverbindliche Aussprache im sog. Kriegskabinett¹ zur Antwortnote des Präsidenten Wilson v. 24.10.1918², die zu einer kurzen und kühlen Erklärung³ nötigt. Dringende Bitte Hergts und Breitenbachs, daß das Staatsministerium wenigstens zur Nuancierung der Antwort zugezogen wird. Es sind derart verschärfte Bedingungen zu erwarten, daß Deutschland nach dem Waffenstillstand nicht wieder in die Lage kommen soll, die Waffen von neuem zu erheben. Frage, ob das auf Kapitulation hinausläuft. Die Frage Wilsons nach der Dauerhaftigkeit der Verfassungsänderung in Deutschland, die bereits vorgenommen oder noch im Gange ist. Einzelheiten betr. a) der Stellung des Kaisers hinsichtlich des Abschlusses von Verträgen mit dem Ausland, b) der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, der nur dann sein Amt führen dürfen, wenn er sich des Vertrauens der Mehrheit der Volksvertretung erfreut, und c) der Kommandogewalt des Kaisers im modernen Verfassungsstaat. Insgesamt wird das parlamentarische System im Reiche festgelegt. Die neue Stellung des Kriegsministers als Stellvertreter des Reichskanzlers und die für die Kommandogewalt des Kaisers [...] verantwortliche Person, die dem Parlament Rede und Antwort stehen soll, was eine gewaltige Neuerung bedeutet. Erklärung Scheüchs, daß er sich aus politischen Gründen fügen muß, um für die Armee zu retten, was noch gerettet werden kann. Nach Friedberg ist von jeher die Frage der Eingliederung des Militärs in den Verfassungsstaat eine brennende gewesen. Weitere Einzelheiten zur innen- und außenpolitischen Lage, u.a. mehrere schwere Insubordinationen bei den Transporten an die Front sowie das Problem der Fahnenflucht. Versuch, deshalb auf die SPD durch Vermittlung der ihr angehörigen Staatssekretäre einzuwirken. Im Kriegskabinett besteht eine große Besorgnis darüber, daß bei einem Rückzug [...] der Bolschewismus überhand nimmt. Notwendigkeit gemeinschaftlicher genereller Grundsätze zur Unterdrückung bolschewistischer Putsche für die kommandierenden Generale.

¹ Vgl. das Prot. der Beratung v. 24.10.1918 abends in: *Die Regierung des Prinzen Max v. Baden*, S. 332–341, Dok. Nr. 89.

² Vgl. *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 189 f., Dok. Nr. 76.

³ Am 27.10.1918 abgegeben: *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 208, Dok. Nr. 85.

Nr. 265 Vertrauliche Sitzung des Staatsministeriums am 26. Oktober 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 388–389. MF 1011.

Anwesend: Friedberg [V, U], Breitenbach [U], Waldow, Spahn [U], Drews [U], Schmidt-Ott [U], Eisenhart-Rothe [U], Hergt, Fischbeck [U]. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

Information über den Abschied von Ludendorff.¹ — Der Wortlaut der Antwortnote² an Wilson. [B] — Informationen zur militärischen Lage. Die günstigere Situation an der Westfront und die Gerüchte über einen Sonderfrieden zwischen Österreich und Italien sowie von Ungarn, was eine direkte Bedrohung Oberschlesiens bedeuten kann.

¹ Vgl. den *Erinnerungsbericht von Oberst Hans v. Haefen* in: *Die Regierung des Prinzen Max v. Baden*, S. 360–362, Dok. Nr. 95 mit weiterführendem Material.

² Vom 27.10.1918. Der letzte Satz hat gegenüber der auf der Sitzung verlesenen Fassung, Bl. 388v–389, folgenden Wortlaut: Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat: *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 208, Dok. Nr. 85.

Nr. 266 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Oktober 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 390–401. MF 1011.

Anwesend: Friedberg [V, U], Breitenbach [U], Roedern, Waldow, Spahn [U], Drews [U], Schmidt-Ott [U], Eisenhart-Rothe [U], Hergt, Fischbeck [auftragsweise, U], Scheüch. — Prot.: [A. v. Steinmeister, U], Valentiner [zu 1–5].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. d. Bussche-Haddenhausen [zu 4], Lewald [zu 5], A. v. Steinmeister [für Heinrichs].

(1. *Die Demobilisierung wird Arbeitslosigkeit und wohl auch [...] Unruhen bringen. Verpflichtung des Staates, soviel Arbeitsgelegenheit als nur möglich zu schaffen durch Bereitstellung von Krediten. Eine beim Reichswirtschaftsamt zu bildende Demobilisierungskommission¹ wird eine zentrale Disposition erarbeiten, die gesamte Einzelausführung soll aber den Bundesstaaten überlassen bleiben. [B]*) — **2.** *Bedenken Friedbergs gegen den Herrenhaus-Antrag des Grafen York vom 26.10.1918², wonach es die Pflicht und das Recht der Ersten Kammer ist, den unlöslichen Zusammenhang zwischen Herrscherhaus und Volk durch eine Kundgebung zum Ausdruck zu bringen. Solche Stellungnahme wird der Krone keineswegs nützen. Dabei mögliche Angriffe auf die Reichstagsmehrheit und die Reichsregierung sind durch die Staatsregierung [...] kurz und energisch zurückzuweisen. Gefahr, daß dadurch der Eindruck entsteht, daß man nicht mit einer Loyalitätserklärung gegenüber Wilhelm II. einverstanden ist. Es gibt keine Verschiedenheit in der Pflichtauffassung zwischen Reichs- und Staatsregierung. [B]* — **3.** *Neuregelung und Kodifikation des gesamten Beamtenrechts. Im Abgeordnetenhaus soll, statt die bisherige Zurückhaltung zu üben, eine möglichst entgegenkommende Erklärung³ abgegeben werden. [B]* — **4.** *Die nordschleswigsche Frage,⁴ die auch durch Wilson aufgerollt wird. Um keine gespannte Lage mit Dänemark entstehen zu lassen, muß die deutsche Seite dies selbst regeln und so der Entente [...] ein Verhandlungsobjekt aus der Hand nehmen, was zudem die Bahn für eine gesunde gesamt-skandinavische Politik öffnet, die für die Friedenskonferenz notwendig ist. Das mögliche Plebiszit und seine Folgen. Einzelheiten.* — **5.** *Die Frage der Anerkennung Elsaß-Lothringens als Bundesstaat⁵ ist z.Z. sehr im Fluß. Möglichkeit eines Staates nach Art von Luxemburg. Konsequenzen für die Verwaltung der Eisenbahnen.* — **6.** *Die für den Fall des Waffenstillstandes*

¹ *Vgl. die Diskussion im Interfraktionellen Ausschuß am 7.11.1918: Die Regierung des Prinzen Max v. Baden, S. 569 f., Dok. Nr. 135; ferner das Prot. der Sitzung des Kriegskabinetts v. 8.11.1918 in: ebd., S. 583–589, Dok. Nr. 139, hier S. 586–589.*

² *Vgl. StenBerHH, Session 1916/18, Drucks. Nr. 311 bzw. 312. — Am 26.10.1918, weil, wie formuliert wurde, geschäftsordnungsmäßige Bedenken gegen seine sofortige Behandlung nicht ausgeschlossen seien, nicht beraten; in der nächsten Sitzung am 31.10. aber einstimmig angenommen: vgl. ebd., Session 1916/18, Sp. 1272 u. 1277. — Vgl. bereits die Diskussion im Kriegskabinett am 25.10.1918 in: Die Regierung des Prinzen Max v. Baden, S. 346 f., Dok. Nr. 90.*

³ *Erfolgte nicht mehr; die letzte Sitzung fand am 23.10.1918 statt.*

⁴ *Vgl. das Prot. der Sitzung des Kriegskabinetts v. 23.10.1918 in: Die Regierung des Prinzen Max v. Baden, S. 312–320, Dok. Nr. 84, hier S. 312–318 mit weitgehender Ähnlichkeit in den Ausführungen Drews' sowie weiterführenden Anm.*

⁵ *Vgl. den mit der TO übersandten Entwurf für eine Neufassung von Art. III, Satz 2 der Verfassung Elsaß-Lothringens v. 31.5.1911 sowie das Begleitschreiben von Ministerialdirektor Lewald (Reichsamt des Innern) an Breitenbach v. 25.10.1918 in: BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 223–224. Ferner: Ausführungen von Lewald in einer Ausschußberatung des Bundesrats am 28.10.1918 sowie die Diskussion dazu in: Die Regierung des Prinzen Max v. Baden, S. 419 f., Dok. Nr. 103, Bericht des württembergischen stellvertretenden Bevollmächtigten Schäffer. Außerdem das Prot. der Sitzung des Kriegskabinetts v. 30.10.1918 in: ebd., S. 423–427, Dok. Nr. 106, hier TOP I, S. 423 f.*

oder des Aufrufs zur nationalen Verteidigung zu erlassende allgemeine Amnestie. [B] — 7. *Kein militärischer Kundschafterdienst durch die Zivilbeamten der Rheinprovinz bei deren bevorstehender Besetzung.*⁶ [B]

⁶ Vgl. die Anfrage des Regierungspräsidenten in Aachen v. 24.10.1918, ob bei Aufrechterhaltung des Allerh. Erlasses v. 1891 nicht die Gefahr von Verurteilungen wegen Spionage bestehe, in: Rep. 77, Tit. 99 Nr. 80a Beiheft 2 Bd. 2, Bl. 5. Nach schriftl. Information an den Ministerpräsidenten sowie den Kriegsminister am 26.10. beschied Drews den Oberpräsidenten in Koblenz am 2.11., daß die Allerh. Erlasse weiterhin gelte, im Falle einer möglichen Räumung gefährdeter Gebiete aber über die Zurückziehung der Beamten besondere Anordnung ergehe; Bl. 5v–8v, das Zitat Bl. 8v.

Nr. 267 Sitzung des Staatsministeriums am 4. November 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 403–408v; MF 1011. — Teildruck: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 4, S. 1733 f., Dok. Nr. 775.

Anwesend: Friedberg [V, U], Breitenbach [U], Roedern, Waldow, Spahn [U], Drews [U], Schmidt-Ott [U], Eisenhart-Rothe [U], Hergt [U], Fischbeck¹ [U], Scheüch [U]. — Prot.: [A. v. Steinmeister], Valentiner [zu 1].

Weitere Teilnehmer: A. v. Steinmeister [für Heinrichs], Hartwich.

1. Die Militär-Versorgungsgesetze² und die wirtschaftliche Lage vieler Kriegsteilnehmer. Es ist zuzugestehen, daß sie den Anforderungen [...] bei weitem nicht mehr genügen. Man darf sich aber die Initiative [...] nicht aus der Hand nehmen lassen. Es besteht die Gefahr, daß der Reichstag betonen wird, daß das Volk [...] ihm lediglich im Wege der Verwaltung zugesprochene Vergünstigungen als Almosen betrachtet, während es einen gesetzlichen Anspruch darauf zu haben glaubt. Notwendigkeit der Neugestaltung des Rechtsmittel-Verfahrens, was eine ganz außerordentliche politische Bedeutung besitzt. Es werden sich unter dem Druck des Krieges die Wünsche der Massen [...] leichter mit der Leistungsfähigkeit des Reichs in Einklang bringen lassen [...] als nach Friedensschluß, obwohl sich die finanzielle Seite der Frage durch den voraussichtlichen Ausgang des Krieges noch viel unerfreulicher gestalten wird. Eine Verschiebung wäre von erheblicher Gefährlichkeit. [B] — 2. *Kriegsfinanzierung. Keine umfassende Steuergesetznovelle, da entweder ein schneller Friede [...] zunächst dringlichere Aufgaben bringt, oder so ernste, die Mobilisation der gesamten Volkswirtschaft erfordernde Ereignisse zu erwarten sind, daß für derartige Arbeiten kein Raum bleibt. Notwendigkeit einer Reform der formalen und materiellen Steuergesetzgebung entsprechend dem Beispiel anderer Bundesstaaten.* [B] — 3. *Forderung³ Breitenbachs, daß in Zeiten, die für den Staat gefahrvoll sind, das Staatsministerium die Führung zu übernehmen hat, denn die Monarchie ist durch äußere und innere Feinde bedroht. Man muß sich vor den König stellen und nicht beiseite stehen oder Zurückhaltung üben sowie dies dem Reichskanzler zur Kenntnis geben. Forderung an die Reichsleitung, gegen die Bestrebungen*

¹ Der Zusatz in der Anwesenheitsliste auftragsweise (Bl. 409) wurde vermutl. vom vorangegangenen Prot. übernommen, obwohl am Vortag bereits die Ernennung durch KO erfolgt war.

² Vgl. den Überblick in: Taschenkalender für das Heer, hrsg. von Karl Frh. v. Gall, Berlin, 40. Jg. 1917, S. 108–154. — Die Vorlage des Kriegsministers sowie die Voten des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

³ Vgl. das Votum v. 2.11.1918 in: Die Regierung des Prinzen Max v. Baden, S. 471–473, Dok. Nr. 118.

zur Abschaffung der Krone aktiv vorzugehen. *Längere Debatte.*⁴ [B] — (4. *Einschränkung bei der Verleihung von Titeln und Orden wegen der unzeitgemäßen Belästigung der ministeriellen Arbeit.*)

⁴ *Das Prot. vermerkt nur: Über die Ausführungen von Drews und [...] der anderen [...] Minister ist auf Anordnung von Friedberg ein Protokoll nicht aufgenommen worden.*

Nr. 268 Sitzung des Staatsministeriums am 8. November 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 167, Bl. 409–414; MF 1011. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Braun A Nr. 19a I, n.f.; Druck: Die Auswirkungen der [...] Oktoberrevolution, Bd. 4, S. 1776–1782, Dok. Nr. 795.

Anwesend: Friedberg [V, U], Breitenbach [U], Roedern, Waldow, Spahn [U], Drews [U], Schmidt-Ott [U], Eisenhart-Rothe [U], Hergt [U], Fischbeck [U], Scheüch [U]. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

(1. *Freilassung aller Strafgefangenen aus den Meutereien in der Marine 1917*¹ *aufgrund der in Kiel zugesicherten Amnestie.*) — 2. *Ausführliche Mitteilungen über das weitere Umsichgreifen der revolutionären Bewegung, die Berlin noch nicht erfaßt hat. Entschlossenheit des Oberkommandierenden in den Marken [...], gegen die Meuterer mit militärischer Gewalt vorzugehen.*² *Es geschehe zum Schutze der Hauptstadt alles was möglich sei. Notwendigkeit einer Anweisung an alle Behörden, daß sie ihre Tätigkeit fortsetzen [...], soweit es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zur Durchführung der Volksernährung nötig ist.* [B] — 3. *Bericht Friedbergs zur Sitzung des Kriegskabinetts am 7.11.1918*³ *in der die SPD fünf ultimative Forderungen wegen ihres weiteren Verbleibens in der [...] Regierung erhob. Das Entlassungsgesuch Max von Badens und seine Bereitschaft, das Amt bis zum Abschluß des Waffenstillstandes weiter zu führen. Die SPD-Politiker können nach eigener Einschätzung revolutionäre Entwicklungen nur dann verhindern, wenn [...] das gleiche Wahlrecht in Preußen [...] und die Parlamentarisierung der preußischen Regierung sofort durchgeführt werden. Unterstützung dieser Forderungen auch durch einzelne bürgerliche Parlamentarier. Während aber Friedberg auf die Schwerfälligkeit der Gesetzgebung hinwies, betonten die SPD-Politiker, daß man nicht monatelang das Volk von der Revolution zurückhalten kann. Nach Roedern sind jedoch ein anständiger Friede sowie die Demobilisierung ohne die SPD nicht möglich. Diskussion zur Zukunft des Staatsministeriums, von dem, falls das Militär nicht fest bleibt, nicht mehr die Rede sein wird. Notwendigkeit sofortiger Parlamentarisierung und die Frage der Demission. Die Rücktrittsgesuche von Drews, Hergt, [...] Eisenhart-Rothe, [...] Schmidt-Ott*⁴ *sowie Waldow und Breitenbach. Friedberg wird unbedingt gehen nach Neubildung des Ministeriums, falls er dazu den Auftrag erhält. Dringende*

¹ *Vgl. die Niederschrift über die Besprechung zwischen Vertretern des Gouvernements Kiel und des Arbeiter- und Soldaten-Rats in Anwesenheit des Staatssekretärs Haußmann und des MdR Noske in: Militär und Innenpolitik, T. 2, S. 1363–1371, hier S. 1370, Dok. Nr. 503.*

² *Vgl. den Bericht v. Linsingens v. 16.11.1918 über seine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution in: Die Regierung des Prinzen Max v. Baden, S. 620–628, Dok. Nr. 150.*

³ *Vgl. Die Regierung des Prinzen Max v. Baden, S. 574–581, Dok. Nr. 137, die fünf Forderungen der SPD S. 577. Zur Wahlrechtsreform und mit Bezug auf das Prot. vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 140, Anm. 50. Vgl. Werner Frauendienst, Das Preußische Staatsministerium 1808–1918. Organisation und Geschichte, Manuskript, S. 252–254, in: BArch, NL W. Frauendienst, Nr. 3.*

⁴ *Vgl. Schmidt-Ott, Erlebtes, S. 162 f.*

Notwendigkeit, daß bei der Änderung des gesamten Verwaltungssystems und der Exekutive in Preußen [...] nicht die ganze Verwaltungsmaschine [...] still steht und kein allgemeiner Zusammensturz kommt.

Nr. 269 Sitzung des Staatsministeriums am 11. November 1918.

Vollz. Reinschr., Bd. 167, Bl. 415–418v; MF 1011. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Braun A Nr. 19a I, n.f.

Anwesend [U]: Friedberg [V], Breitenbach, Spahn, Drews, Schmidt-Ott, Eisenhart-Rothe, Hergt, Fischbeck, Scheüch. — Prot.: [Heinrichs, U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

Mitteilung über die gegenwärtige politische Lage *und den Thronverzicht Wilhelms II.* Die neuen Gewalten *haben* tatsächlich die Macht an sich gerissen. *Die* bedingungslose Annahme der Waffenstillstandsbedingungen, *die dem Wilsonschen Rechtsfrieden geradezu ins Gesicht schlagen.* *Nach Aussage des Reichskanzlers Ebert kommt ein Zusammentreten des Reichstags unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr in Frage. Weiterarbeit des Kriegsministeriums wegen der Demobilisierung und zur Beseitigung der Ernährungsschwierigkeiten. Die Rückführung des Feldheeres. Dessen Umbildung in ein Heimatheer mit Elementen, die die gegenwärtige Regierung zu unterstützen bereit sind. Die Ostgrenze und die polnischen Bestrebungen in Posen, [...] Teile von Preußen loszureißen. Während Heinrichs, Scheüch und Spahn die Möglichkeit einer Regentschaft sehen und daraus ableiten, daß zunächst das Staatsministerium berufen ist, die gesamten Regierungsgeschäfte weiterzuführen, betont Friedberg, daß eine revolutionäre Regierungsgewalt besteht, die [...] sich auch in Preußen mit Gewalt durchsetzen wird, weshalb zu prüfen ist, in welcher Form das Staatsministerium weiter funktionieren kann oder ob es zurücktreten muß. Es sprechen sehr wichtige Interessen [...] für die Weiterführung der Geschäfte durch die [...] Ressortminister, wenn sie auch in gewissem Umfange unter eine Kontrolle der neuen Regierung gestellt werden müssen. Verständnis für die Beamten, die bei einem Ausscheiden aus ihrem Amt ihre Pension verlieren und deshalb weiter arbeiten wollen, zumal unklar ist, wie lange [...] die neue Regierung dauern und es [...] sich wohl nur um ein kurzes Provisorium handeln wird. Auch deshalb muß die Abdankungsfrage zweifellos klargestellt werden, damit sich die Beamtenschaft nicht in ihrem Gewissen gebunden fühlt. Das Staatsministerium muß diese Klarstellung selbst in die Hand [...] nehmen, um dadurch seine Stellung, die ihm nach der Verfassung zukomme, festzulegen. Nach Friedberg wird man jedoch, einer faktischen Gewalt gegenüber gestellt, [...] weichen müssen, bis dahin aber die Geschäfte weiterführen.¹*

¹ *Schmidt-Ott formulierte in seinen Memoiren, Friedberg habe das Staatsministerium für erledigt erklärt; Erlebtes, S. 163. Vgl. ferner Werner Frauendienst, Das Preußische Staatsministerium 1808–1918. Organisation und Geschichte, Manuskript, S. 256 f., in: BArch, NL W. Frauendienst, Nr. 3.*

Sachregister

*Automatisch sortiert, d.h. 1. wird die mechanische Wortfolge verwendet, und 2. werden Umlaute als Stamm-
laute eingeordnet (z.B. ä = a) — allein Artikel im Namen von Presseorganen finden keine Beachtung, also:*

Der Tag → *Der Tag*.

Namenszusätze wie Kaiserlich, Königlich und Preußisch entfallen in der Regel.

Alle Begriffe, Institutionen und Sachwörter beziehen sich in der Regel auf Preußen.

Aachen (Regierungsbezirk) 177/**165** 256

Abgaben

→ Steuern und Abgaben

Abgeordnetenhaus

- Arnsberg (Regierungsbezirk), Teilung 64/**161** 85–89
- Ausgrabungsgesetz (1914) 83/**162** 94–94v
- Beamte 54/**161** 7v–8, 55/161 20v–23v, 71/161 165v, 169–170; 82/**162** 81v, 91v, 94/162 166–179; 97/**163** 2–7, 102/163 48–53; 193/**166** 58v–60; 232/**167** 68–73, 233/167 92, 252/167 280–280v, 254/167 304v–307, 309
- Fischereigesetz (1916) 148/**164** 314v, 315v–316
- Gebäude
 - - Ankauf Nachbargrundstück 71/**161** 158–164, 72/161 174v–177v
 - - Raumvergabe an MdA 178/**165** 262–263
- Geschäftsordnung/Struktur AH
 - - Budgetkommission 125/**164** 2v; 229/**167** 41
 - - Mehrheitsverhältnisse 21/**159** 142v, 27/159 182
 - - Obstruktion, Debatten 45/**160** 108v
 - - Seniorenkonvent 23/**159** 159
- Kirchenfragen 188/**166** 16, 196/166 89v
- Kommunales 35/**160** 15, 18–18v; 148/**164** 315v–316v; 159/**165** 91v–94, 179/165 280v
- Landwirtschaft/Ansiedlungspolitik 17/**159** 66; 42/**160** 64–69, 45/160 112v, 116, 117v; 61/**161** 68v–71, 65/161 98–102; 94/**162** 181v–187v; 154/**165** 21v; 205/**VI** 190v; 263/**167** 375v–377
 - - Fideikommißgesetzentwurf 92/**162** 145–157v; 148/**164** 314v, 315v; 179/**165** 277–281, 186/165 379–385; 194/**166** 62–66v, 196/166 77–78, 197/166 92–93v
- Mitglieder
 - - Anwesenheit 177/**165** 249
 - - Berufsparlamentarier, Einfluß 177/**165** 249v
 - - Beurlaubung von der Front 115/**163** 179–179v
 - - Freifahrtkarten, Reisekosten und Diäten 14/**159** 2–5v, 18/159 81–82v; 61/**161** 68v; 109/**163** 96; 134/**164** 137; 159/**165** 94–95v, 160/165 101–101v, 177/165 246v–252, 187/165 390v–396; 191/**166** 38, 210/166 213v; 239/**167** 149–150, 248/167 236v–239v, 250/167 257v–259v
 - - Immunität von K. Liebknecht 127/**164** 79v–81
 - - Informationsreisen 244/**167** 210, 248/167 235–236v, 237v, 250/167 258v, 253/167 292v–293, 295, 255/167 320v–321
 - - Präsident, Aufwandsentschädigung 248/**167** 234–234v

- - Redefreiheit *178/165* 262v–263
- - Zusammenwirken mit MdR *92/162* 145; *177/165* 249v
- Reichstag *202/166* 148v
- - parallele Debatten *194/166* 62v, *196/166* 78, *197/166* 92–93v
- - Zuständigkeit *226/167* 3–4
- Schul- und Bildungsfragen *22/159* 148v; *38/160* 37v–38, 40v; *55/161* 16v; *76/162* 22–34; *108/163* 90–92v; *134/164* 128v
- - Jugend, militärische Vorbildung *134/164* 128v
- Sessionen (Eröffnung, Thronreden, Dauer, Schluß)
- - 1907: *92/162* 143
- - 1910: *7/158* 280, *13/158* 357–358, 361–362, 363–363v; *22/159* 155v–157
- - 1911: *30/159* 222–223; *34/160* 2, *45/160* 108–108v; *92/162* 143
- - 1912/13: *54/161* 2v, *60/161* 65v–66, *61/161* 68, 72–74; *74/162* 3–8v
- - 1913: *84/162* 99v–101, *86/162* 112–112v, *92/162* 143–145
- - 1914/15: *96/162* 192–194; *109/163* 95–96, 104–106, *115/163* 178v; *125/164* 2–9v, *129/164* 87, *135/164* 145v–149, *136/164* 151–155, *137/164* 159v–160
- - 1916/18: *148/164* 313v–317; *161/165* nach Bl. 102: Bl. 7, *168/165* 169v–170; *198/166* 105, 117v–118, *201/166* 137–138, *212/166* 247–248v, *216/166* 287–288v; *226/167* 12v–13v, *233/167* 86–91
- - Herbsttagungen *92/162* 143–145
- Staatshaushalt (Gesetzentwurf) *60/161* 64–65v; *117/163* 202–204; *125/164* 2v–9v, *129/164* 87–90, 97, *134/164* 136; *210/166* 219, *223/166* 369; *241/167* 173v, 176v, *242/167* 182–182v
- Staatsministerium/Ministerien u. Beziehungen zu ihnen *134/164* 137, *136/164* 152
- - Anträge des AH u. Beantwortung *14/159* 2v–3; *54/161* 2v
- - Bauministerium (Plan) *236/167* 131v
- - Beratungen mit Parteiführern *117/163* 202–204, 208v–209; *125/164* 2–9v, *136/164* 151–155
- - Kreisblätter *254/167* 307, 309
- - Medizinalabteilung, Wechsel vom KuMinm. zum MdI *18/159* 84
- - Minister: Anwesenheit, Rederecht u. Verantwortlichkeit *71/161* 158–164, *72/161* 174v–177v; *264/167* 384
- - parallele Debatten von AH u. RT *92/162* 145
- staatsrechtliche Stellung des AH
- - Außenpolitik, keine Zuständigkeit des AH *156/165* 37–46v
- - Einnahmewilligungsrecht *100/163* 22v–26v; *148/164* 318, *149/164* 327–335v
- - Verfassungsänderungen, Verfahrensweise *246/167* 218–219v
- Verwaltungsreform *88/162* 118–123; *177/165* 253; *249/167* 250v
- Wahlen/Wahlkreise *42/160* 68, *50/160* 178–178v; *71/161* 165v, 169–170; *74/162* 3–8v, *75/162* 15–15v, *78/162* 58–59v, *82/162* 91v; *201/166* 138v–142v
- - Ersatzwahlen 1914–1918/Wahlkreise *117/163* 206v–209; *125/164* 9v–10; *208/166* 194v; *226/167* 12v
- Wahlrecht
- - Reform 1909/10: *12/158* 338–339; *15/159* 9–10, *17/159* 60–60v, 62, 64v–65, *18/159* 71–72, 79–82v, 107, 109–109v, *21/159* 142, *22/159* 156–156v, *23/159* 161, 164; *60/161* 64–65v;
- - Reform 1917/18: *198/166* 102–120, *199/166* 121–126v, *202/166* 146–153v; *205/VI* 181–202; *206/166* 174–176, *208/166* 193–196v, *209/166* 201–207, *210/166* 213v–214, *212/166* 250–256v, *214/166* 259–272, *216/166* 291v–299, *217/166* 302–308v, *218/166* 311–320v, *221/166* 331–333v, 336v; *233/167* 82–90v, *241/167* 171v–180v, *242/167* 182–184, *243/167* 186–191v, *249/167* 244–250, *254/167* 309–315

- Wasser/Wasserstraßen 30/**159** 222–222v; 44/**160** 94–94v, 96; 55/**161** 10–16; 94/**162** 179–181v; 106/**163** 84
- Weltkrieg/Bewirtschaftung im Weltkrieg 116/**163** 187v–194v, 124/163 311v; 126/**164** 54–55, 59v–60, 129/164 87v–88, 133/164 113–118v, 140/164 199; 156/**165** 37–46v, 161/165 nach Bl. 102: Bl. 3v, 186/165 385–386; 198/**166** 102–120, 199/166 121–126v, 202/166 148v; 236/**167** 133v
- - Baltikum, Angliederung an das Deutsche Reich/ Personalunion 251/**167** 262v, 267v, 253/167 295v–296
- - Friedensvertrag von Brest-Litowsk 226/**167** 3–3v
- - Kriegsfinanzierung 136/**164** 155v, 137/164 159v–160, 165, 148/164 317–322v, 149/164 327–335v; 166/**165** 145–152v, 168/165 170, 169/165 173v; 231/**167** 59v, 267/167 405v–406v
- - Rumänien, Kriegserklärung 174/**165** 205v
- - Staatskommissar f. Volksernährung, Vereinigung mit Kriegsernährungsamt 207/**166** 190v
- Wirtschaftsfragen (vor Aug. 1914) 43/**160** 82–89, 45/160 109v, 111
- - Eisenbahn/Reichseisenbahn 104/**163** 66; 157/**165** 59, 61; 223/**166** 369
- Zabern- Affäre 99/**163** 19v
- Absatzgarantie** (staatliche)
- Kalkstickstoffwerke 124/**163** 309–316v
- Achtstundentag** 251/**167** 270–271, 254/167 303
- Adel** 220/**VI** 226
- Herrenhausmitgliedschaft 210/**166** 214v–215, 221–221v, 214/166 259–272, 216/166 293–299
- Standeserhöhungen 81/**162** 70–74v; 239/**167** 148
- Verwaltungsbeamte, adliger Anteil 191/**166** 35–37v
- Afrika** 160/**165** 97v–101, 180/165 303, 187/165 399
- [einzelne Staaten bzw. Territorien]
- Ägypten** 132/Fundort S. 30; 144/**164** 237v; 176/**165** 241v
- Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften** (Frankfurt/M.) 55/**161** 17
- Akademien**
- Kunst/Kunsthandel
- Aktiengesellschaft für Stickstoffdünger** (in Knapsack) 124/**163** 309–316v; 126/**164** 54v, 56v–60
- Aktiengesellschaften** (allgemein) 149/**164** 329v–330; 153/**165** 14–15, 17
- Aktienstempel** 124/**163** 316v
- Ålandinseln** 235/**167** 113v, 119v
- Albanien** 130/Fundort S. 15; 134/Fundort S. 1; 180/**165** 299v
- Albertiner** (regierendes Haus) 220/**VI** 229v
- Alkoholismus**
- Bekämpfung 81/**162** 74v–78
- Branntwein/Branntweinsteuer
- Alldeutscher Verband** 42/**160** 68v; 173/**165** 191, 202; 205/**VI** 184, 186v
- Kriegsziele 203/**166** 156v, 160v, 161v
- Allenstein** (Regierungsbezirk) 118/**163** 226, 229, 237
- Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG)** 124/**163** 315
- Allgemeines Landrecht** (1794) 15/**159** 15v; 92/**162** 145v; 118/**163** 221
- Ausländer, privatrechtliche Gleichstellung 106/**163** 75–84
- Waffengebrauch des Militärs im Inland 100/**163** 29–31
- Alsen** (Insel) 266/**167** 396v–397
- Altena** (Kreis) 64/**161** 85v
- Ammoniakverkaufsvereinigung** (Bochum) 126/**164** 57v, 60

Amnestien 84/162 101–103, 85/162 108v–110; 129/164 90, 145/164 256v–257; 266/167 400v, 268/167 409, 269/167 417

- für Soldaten 125/164 3–9v

Angestellte 222/166 347

- Arbeiter- u. Angestelltenausschüsse 201/166 144

- - im Stickstoffmonopol 143/164 222–230

- Kriegsteuerzuschläge, Steuerfreiheit 193/166 58v–60

- staatsbürgerliche Rechte 9/158 309–316

- Versicherung (1911) 32/159 264–268v

→ Reichsversicherungsordnung (1911)

Angola (portug. Kolonie) 160/165 100v

Anhalt (Bundesstaat) 124/163 300; 158/165 73; 201/166 135

Anleihen 125/164 9, 148/164 317v

- Eisenbahnanleihen 22/159 157; 74/162 4, 8; 125/164 4v–5, 9v

- Reichsanleihen 56/161 31v–32; 77/162 36–49v, 91/162 137–140v

→ Kriegsfinanzierung

Annexionen

→ [einzelne Staaten bzw. Territorien]; Friedensschlüsse; Kriegsziele; okkupierte Gebiete

Ansiedlungspolitik/Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen 1/158 201v–202v, 2/158 206–210; 17/159 65–68v, 28/159 206v; 42/160 64–69, 45/160 111v–122v, 51/160

187v–189v; 74/162 5, 8, 94/162 181v–187v; 151/164 361v; 175/165 219v, 176/165 236v, 186/165 381v; 201/166 138; 227/167 17–17v

- Änderung der preuß. Polenpolitik 196/166 78–89, 201/166 138

- - Enteignungsgesetz, Aufhebung 234/167 95v–96v, 263/167 371v–376

- Getreidekäufe des Präsidenten in Rußland 120/163 246v

- Kapitalabfindungsgesetz (1916) 151/164 358v–365; 227/167 17v

→ Polen (als Minderheit)

Apenrade (Kreis) 110/163 112v–118v; 266/167 396v–397

Äquatorialafrika-Abkommen (1911) 51/160 185–187v, 190–191v

Arbeiter

- Arbeiterausschüsse 201/166 143v

- - Arbeiter- u. Angestelltenausschüsse im Stickstoffmonopol 143/164 222–230

- Arbeitergesetzgebung 199/166 121v–123; 205/VI 198

- Arbeitslosigkeit/Notstandsarbeiten 49/160 166; 91/162 137–140v; 114/163 142v–148, 115/163 167–176, 116/163 195v–196v, 122/163 268–268v

- - Demobilisierung 266/167 390–391

- Heimarbeiter/Hausarbeitsgesetz (1911) 31/159 244–244v; 38/160 28v–30

- Herrenhausvertretung 210/166 217v, 219v–220, 222v, 223v, 214/166 259v–261, 263–263v, 265–267, 269–271, 216/166 294–294v, 217/166 303, 218/166 317–318v

- Lohn 254/167 303

- - Kriegsteuerzuschläge 193/166 58v–60; 232/167 68–73

- - Mindestlöhne (Kaligesetz 1910) 31/159 245

- russisch-polnische 150/164 339v; 175/165 212v, 219, 220v–221, 223–224, 176/165 240

- Schülerarbeit bei Kriegsausbruch 114/163 144–144v

- Schwer- und Schwerstarbeiter, Zusatzkarten 229/167 41v

- Staatsbetriebe

- - Arbeitslosigkeit (Aug. 1914) 114/163 142v–148

- - Einkommens- sowie Ergänzungssteuer 53/160 199v–203v

- - Entlohnung 82/**162** 80–92
- - russ. Besetzung in Ostpreußen (Aug. 1914), Entschädigung 120/**163** 249–251
- - Konsumvereine, Mitgliedschaft 124/**163** 301v–302
- - Notlage (Dürre 1911) 48/**160** 136v, 150v–157
- - Rechtsstellung der Arbeiter/Koalitions- u. Streikrecht 98/**163** 12–13v; 150/**164** 339; 222/**166** 343v, 346v, 347v–349v
- - SPD, Mitgliedschaft u. Kontakte zur Partei 15/**159** 14; 53/**160** 196v–198; 150/**164** 339–339v
- - Volksfürsorge (sozialdemokrat. Lebensversicherung), Einfluß 64/**161** 94–96
- Vaterländischer Hilfsdienst 181/**165** 316v–317v, 320, 322, 183/165 340–355v, 357–357v, 185/165 368–376
- Arbeitskammergesetz; Bergbau/Berggesetz; Eisenbahn; [einzelne Industriezweige]; Frauen; Gewerkschaften; Landwirtschaft; Militärwerkstätten
- Arbeitersekretäre** 222/**166** 341v, 347; 234/**167** 102, 235/167 116
- Einfluß auf Gewerbeberichte 31/**159** 243v
- Vaterländischer Hilfsdienst 185/**165** 368, 370v
- - Schlichtungsstellen 183/**165** 343
- Wählbarkeit für geplante Arbeitskammern 31/**159** 242–245v
- Wirken als Reichstagsmitglieder 185/**165** 368, 370v
- Zusammenarbeit mit Regierung 31/**159** 243–245v
- Arbeiter; Gewerkschaften
- Arbeiter-Turnerbund** (Leipzig) 120/**163** 246v
- Arbeitgeberverbände**
- Herrenhausvertretung 218/**166** 318
- Arbeitskammergesetz** (Entwurf) 30/**159** 237, 31/159 240–246; 38/**160** 29v; 201/**166** 143v–144, 222/166 341–349v; 234/**167** 97–111, 235/167 115–119v, 236/167 127v, 259/167 341
- Arbeitslosigkeit**
- Arbeiter
- Arenberg, Herzöge v.** (Standesherrl. Familie mit Fideikommiß) 92/**162** 149v
- Argentinien**
- Nahrungs- und Futtermittelexport 48/**160** 146v, 149–149v, 49/160 165v; 67/**161** 111–132; 127/**164** 67v; 174/**165** 206v; 190/**166** 28v
- Armenien** 187/**165** 399v; 223/**166** 362v
- Armenverwaltung**
- Kinder
- Arndt's Korrespondenz** (kath. Pressekorrespondenz) 156/**165** 43v
- Arnsberg** (Regierungsbezirk)
- Teilung 64/**161** 85–89
- Ärzte**
- Eisernes Kreuz, Verleihungen 178/**165** 271v
- Herrenhausvertretung 214/**166** 270v
- Reichsversicherungsordnung (1911); Wirtschaftlicher Verband deutscher Ärzte
- Atheismus**
- Feuerbestattung 38/**160** 30v–34
- Aufsichtsamt für Privatversicherung** 64/**161** 89v, 91
- Augustinus-Verein** 77/**162** 46
- Augustów** (Kreis, Russisch-Polen) 229/**167** 38v
- Augustów-Kanal** 223/**166** 363; 230/**167** 47v
- Ausgrabungsgesetz** (1914) 74/**162** 6v, 83/162 94–94v

Ausländer

- Aufenthaltsbeschränkung und Abschiebung *110/163* 108v–118v
- privatrechtliche Gleichstellung *106/163* 75–84

Auslandsdeutsche

- Entschädigung für Kriegsschäden *162/165* 110–110v

Außenhandel *126/164* 47v–48; *156/165* 49–52v; *231/167* 54

- Export
- - Ausfuhrverbote *48/160* 144v–147; *113/163* 127, *114/163* 143v, *122/163* 275v–276
- - Ausschuß zur Regelung der Warenausfuhr *156/165* 51, 52v
- Import *126/164* 47v–49v, *127/164* 76, *145/164* 253; *269/167* 415v
- - Blockade u. U-Boot-Krieg *114/163* 143v–144, *118/163* 232; *141/164* 218, *144/164* 240v–241; *173/165* 190v
- - Einfuhrscheine *48/160* 142v–144v, *49/160* 163–174
- - Luxusartikel *156/165* 50v, 52v; *249/167* 251–253
- Kriegsernährungsamt *167/165* 155v–156

→ [einzelne Waren]

Außenpolitik

- Kabinett Bethmann Hollweg
 - - U-Boot-Krieg u. USA *156/165* 37–46v, *164/165* 134–142; *190/166* 25–33v
 - Landtag nicht zuständig *156/165* 37–46v
 - Reichstag, ständige Kommission *179/165* 287v–290v
 - Staatsministerium, Unterrichtung durch Reichskanzler *227/167* 15v–16, *228/167* 27
- Auswärtiges Amt

Ausstellungen

→ Messen/Ausstellungen

Australien *67/161* 130–131; *183/165* 352v

- Nahrungs- und Futtermittelexport *48/160* 148; *67/161* 111, 121, 128, 130–131; *174/165* 206v; *190/166* 28v

Auswärtiges Amt *126/164* 48

- Auskünfte an LT u. RT *156/165* 43
- Pressepolitik/Propaganda *125/164* 13; *192/166* 40; *253/167* 292
- - Beziehungen zu P. Rohrbach *176/165* 235v
- - Presseabteilung *178/165* 263–263v
- Skagerrakschlacht (1916), Bewertung *173/165* 193
- Staatsministerium
- - Beziehungen zueinander *253/167* 296–296v
- - Unterrichtung *143/164* 231; *227/167* 15v–16, *228/167* 27, *253/167* 292v, *255/167* 320–320v
- Staatssekretäre *126/164* 41
- - Hintze *251/167* 261v–262
- - Jagow *112/163* 121–121v
- - Kiderlen-Wächter *25/159* 168–168v
- - Kühlmann *207/166* 188; *241/167* 171–171v, *251/167* 261–262
- - Verhältnis zum Reichskanzler *251/167* 262

→ Außenpolitik

Autarkie (Deutschlands) *126/164* 58v; *246/167* 219v**Automobile/Autoverkehr** *106/163* 75v, *113/163* 127; *238/167* 140, 142v

- Dienstautos der Regierungspräsidien *64/161* 87v–88
- Weltkrieg, Materialmangel *126/164* 50v, *144/164* 241

Baden (Bundesstaat) 4/158 221; 27/159 184, 30/159 222v, 231v; 38/160 29v, 40/160 54, 44/160 92, 45/160 114v; 59/161 61, 68/161 138–138v; 74/162 6v, 77/162 39, 47v, 91/162 138; 105/163 59; 141/164 210; 153/165 15, 157/165 59, 62, 163/165 115, 185/165 370v; 198/166 116, 201/166 133, 209/166 210, 215/166 279v; 234/167 103, 239/167 153, 254/167 311, 312v

- Territorium

- - Angliederung von Teilen Österreichs 146/164 284

- - Elsaß-Lothringen, Aufteilung 132/164 105–110v, 146/164 273–285v, 150/164 344v

Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF) 124/163 309–316v; 126/164 54v, 57, 58v–60, 143/164 226v

Bagdadbahn

→ Eisenbahn

Balkan/Balkanstaaten 113/163 125v; 147/164 301; 180/165 297, 301v, 303v, 310

- Nahrungs- und Futtermittelexport nach Deutschland 67/161 112v, 116v, 122v, 128; 145/164 251v, 147/164 298v, 301v; 154/165 31

→ [einzelne Staaten]

Balkankrieg

- Zweiter (1913) 77/162 38, 79/162 61v; 144/164 236; 255/167 318v

Baltikum 220/VI 228, 231v; 245/167 215–215v, 251/167 262–269v, 252/167 287–287v, 292v–293, 295, 253/167 294v–296v, 255/167 320v–322

- Informationsreise von MdA 248/167 235–236v

→ [einzelne Staaten]

Bank of England 173/165 193v

Banken 114/163 144; 216/166 288v

- Herrenhausvertretung 218/166 316v

- italienische Guthaben in Deutschland, Zurückziehung 130/Fundort S. 7

- Kritik an Verhandlungen mit Bolschewiki 253/167 294v

→ [einzelne Banken]

Bauern 5/158 244v; 28/159 206; 92/162 157–157v; 125/164 4

- Fideikommiss 28/159 208v–210v

- - bäuerliche 179/165 277v–281, 186/165 379–385

- Herrenhausvertretung 214/166 259v, 260v, 264, 216/166 295v

→ Deutscher Bauernbund; [einzelne Staaten]

Bauernbank (Danzig) 45/160 115; 74/162 5

Bauwesen 18/159 98–98v; 91/162 137–140v; 114/163 146; 240/167 164v

- Bauarbeiter, Vaterländischer Hilfsdienst 181/165 325

- - Schlichtungsstellen 183/165 343

- Baugesellschaften 18/159 102v; 179/165 281

- Bewirtschaftung der Rohstoffe 240/167 166v–167

→ Kirche (evangelische); Kirche/Konfession, Wohnungen/Wohnungsbau

Bayern (Bundesstaat) 4/158 221; 31/159 240v; 38/160 29v, 45/160 114v; 54/161 2, 68/161 134, 139; 74/162 6v, 81/162 75v, 83/162 95, 91/162 138, 94/162 182v; 137/164 165v, 150/164 339v;

153/165 13, 156/165 40v, 42, 157/165 59–60, 163/165 115, 166/165 149, 177/165 257v, 181/165 329; 198/166 103, 108, 222/166 347; 228/167 31, 233/167 81v–82v, 234/167 103, 246/167 223–223v, 249/167 246v, 263/167 378v, 264/167 382v, 384

- Bundesrat 40/160 54; 122/163 271v

- - Zollermäßigung wegen Dürre (1911) 48/160 145v–146

- Jesuitengesetz (1872) *196/166* 85v
- - Erlaß (bayr.) v. 11.3.1912 zur erleichterten Handhabung des Gesetzes *68/161* 134–143v;
141/164 210, 215v
- Kaiser, Abdankung *263/167* 365–365v
- Staatsrecht/Verhältnis zum Reich *30/159* 230v; *125/164* 8
- - Postausgleichsbeträge *157/165* 54v, 57–57v
- - Reservatrechte *146/164* 277v–285v; *231/167* 63
- Territorium *130/Fundort* S. 9; *132/Fundort* S. 26
- - Deutsch-Österreich *263/167* 365v
- - Elsaß-Lothringen, Aufteilung *132/164* 105–110v, *146/164* 273–285v, *150/164* 344v; *215/166*
274v, *276–276v*
- - Pfalz (badische), bayerische Ansprüche *91/162* 134v
- Wasser/Wasserstraßen *30/159* 222v
- - Kanalbau, Reichsbeihilfen *201/166* 132–137
- Wehrvorlagen (1912/13) *57/161* 49v; *77/162* 46, 49, *79/162* 61–67v
- Weltkrieg *161/165* nach Bl. 102: Bl. 3v, *173/165* 192v; *201/166* 136, *209/166* 210; *252/167* 283v
- - Bewirtschaftung *118/163* 234; *127/164* 78, *137/164* 167, *140/164* 203–203v; *154/165* 28v–30v,
156/165 50v; *231/167* 63–63v, *236/167* 135
- - Kriegsernährungsamt, Vertretung *207/166* 188, 190–190v
- - Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H., Beteiligung *121/163* 258
- - Kriegssteuern *148/164* 319–320; *153/165* 15, *166/165* 149; *231/167* 63–63v
- Beamte** (allgemein) *216/166* 296; *232/167* 72, *252/167* 278–279, 280v
- Ausbildung *177/165* 256v
- - in Elsaß-Lothringen *215/166* 277v, 280
- Beamtenverbände *252/167* 283
- Beförderungen
- - Anciennität *250/167* 256
- - Probezeit *251/167* 274v–275
- - Rechtsanspruch *231/167* 51
- - im Weltkrieg, Grundsätze *117/163* 202v, 215v–217
- Beleidigungen durch die Presse *127/164* 79v–81
- Besoldung
- - Kriegsteuerzulagen *117/163* 202v; *153/165* 13v, 16; *226/167* 11–11v, *232/167* 68–73,
233/167 92, *252/167* 278–286v
- - Spenden für Kriegswohlfahrtspflege *117/163* 201–202
- - Vaterländischer Hilfsdienst *185/165* 370–370v
- Gewerkschaften u. Konsumvereine, Mitgliedschaft *124/163* 301v–302
- Herrenhausvertretung *218/166* 318
- Mitgliedschaft in Provinziallandtagen *214/166* 263, 267v
- staatsbürgerliche Rechte/politische Beamte *9/158* 309–316; *254/167* 304–307, 309
- - Demokratisierung *252/167* 279
- Wahlen/Wahlrecht *5/158* 233v–234v; *15/159* 13v–14; *50/160* 177–183; *205/VI* 185v, 194v;
233/167 87
- - „Kattowitzer Vorgänge“ *7/158* 280v–284, *8/158* 298–298v
- Weltkrieg *231/167* 52
- - Abschied für Beamte, die als Kriegsfreiwillige ungenehmigt zivilen Posten verließen *117/163*
205v–206v
- - Besetzung durch Entente 1918, Militärsplionage für Deutschland *266/167* 400v–401

- - Massenaufgebot von Freiwilligen (Plan, Okt. 1918) 262/167 357v–358v
- - okkupierte Gebiete, Einsatz 114/163 148; 126/164 41; 236/167 126–127
- - Ostpreußen, russische Invasion (Aug. 1914) 115/163 177v; 116/163 188–194v, 117/163 209–215v, 120/163 247–251
- - Reklamation 113/163 127v
- Bund der Festbesoldeten; Disziplinalgewalt/Disziplinarrecht; Militär; Ordenssachen; Titelverleihungen; Verband deutscher Beamtenvereine
- Beamte (Kommunen) 39/160 43v–50v**
- Besoldung 232/167 68–73
- - Kinderzulage 82/162 81v
- - Kriegsteuerungszulagen, Steuerfreiheit 193/166 58v–60
- Massenaufgebot von Freiwilligen (Plan, Okt. 1918) 262/167 358v
- Pensionen 97/163 6v
- Polen, Zulassung zu kommunalen Ämtern 196/166 79
- staatsbürgerliche Rechte 9/158 309–316
- Wahlen, Bestätigung 124/163 300–309; 199/166 122v
- Beamte (Krankenkassen)**
- Dienstvergehen 148/164 316v
- Beamte (Preußen) 252/167 278–279**
- Anzahl u. Verwaltungsreform 177/165 252–260
- Assistenten 16/159 40–40v; 71/161 164–170; 82/162 80–92, 94/162 166–179
- Beamtenrecht, Neuregelung u. Kodifikation 266/167 393v–395
- Beamtenverbände 266/167 394v
- Besoldung 16/159 37–40; 48/160 136v, 150v–157v; 71/161 164–170; 82/162 80–92, 94/162 166–179; 102/163 48–53; 177/165 252–260; 225/166 376v–378; 252/167 278–286v
- - Kriegsteuerungszulagen 193/166 58v–60; 232/167 68–73
- - Volksschullasten 108/163 90–92v
- - Wohnungsgeld 13/158 357v–358; 16/159 37–40, 17/159 56–56v, 22/159 153–164; 54/161 7v–8; 94/162 173v–179
- Indiskretionen gegenüber Presse 38/160 28–28v
- Pensionen 33/159 274–280v; 97/163 2–7, 104/163 71–72v; 269/167 417v
- Rangerhöhungen 55/161 20v–23v; 83/162 96v–97
- Reisekosten und Tagegelder 5/158 232–232v, 9/158 316–322v, 10/158 325–333v; 15/159 16–18, 18/159 82, 22/159 149–153
- Reklamationen im Kriegsfall 113/163 127v
- Revolution (1918/19) 269/167 417–418
- staatsbürgerliche Rechte 9/158 309–316; 254/167 304–307, 309
- - Kanalrebelln 254/167 306
- - Wahlen/Wahlrecht, Kattowitzer Vorgänge“ 7/158 280v–284, 8/158 298–298v
- Disziplinalgewalt/Disziplinarrecht; Lehrer; Ordenssachen; Pensionen/Pensionsachen; Titelverleihungen
- Beamte (Reich)**
- Assistenten 16/159 40–40v; 71/161 164–170; 82/162 80–92, 94/162 166–179; 102/163 48–53
- auswärtiger Dienst 15/159 17–18
- Beamtengesetz (Plan) 266/167 393v
- Besoldung 16/159 37–40; 48/160 136v, 150v–157v; 82/162 80–92, 94/162 166–179; 102/163 48–53; 225/166 376v–378
- - Kriegsteuerungszulagen 193/166 58v–60; 252/167 283–286v

- - Wohnungsgeld *16/159* 37–40, *17/159* 56–56v; *94/162* 173v–179
- Elsaß-Lothringen, Räumung
- - Übernahme nach Preußen *263/167* 377v
- Kolonialbeamte *15/159* 17v–18
- Pensionen *33/159* 274–280v; *97/163* 2–7, *104/163* 71–72v
- Reisekosten und Tagegelder *5/158* 232–232v, *9/158* 316–322v, *10/158* 325–333v; *15/159* 16–18, *22/159* 149–153
- staatsbürgerliche Rechte *9/158* 309–316
- - Wahlen/Wahlrecht, Kattowitzer Vorgänge“ *8/158* 298–298v
- Befreiungskriege 1812/13**
- Krieg 1812/13
- Belagerungszustand**
- Bielefeld (1885) *30/159* 231v
- Königshütte (Kreis Beuthen, 1871) *30/159* 231v
- Vaterländischer Hilfsdienst *181/165* 319v, 332
- Waffengebrauch *100/163* 31
- Weltkrieg *181/165* 329; *255/167* 323v
- Streiks und Unruhen; Verfassung (Reich)
- Belgien** *43/160* 83v, *44/160* 92v, *48/160* 147v–148, *49/160* 166; *54/161* 3, *55/161* 15v 3; *106/163* 80; *132/Fundort* S. 26; *198/166* 116v; *205/VI* 196; *211/166* 231; *230/167* 49v, *251/167* 262, *254/167* 310, *263/167* 374v
- Aufrüstung *77/162* 38, *79/162* 61–61v
- Belgier in deutschen Gewerkschaften *181/165* 318v, 328v
- Eisenbahn *102/163* 50; *211/166* 231, 233, 235–235v, 237v, 241
- Export von Vieh u. Fleisch nach Deutschland *67/161* 116v–117, 121, 122v, 126–126v, 128, 131v
- Weltkrieg
- - Friedensschluß *132/Fundort* S. 25; *180/165* 300; *255/167* 322v
- Generalgouvernement Belgien
- Belorußland** *176/165* 228v; *220/VI* 229; *263/167* 375
- Benzin/Benzol** *114/163* 144–146, *120/163* 243v; *126/164* 56
- Petroleum/Petroleummonopol
- Bergbau/Berggesetz** (1865) *32/159* 262v; *43/160* 82–89, *44/160* 92–98; *55/161* 13v; *91/162* 138v; *220/VI* 219v
- Arbeiter *144/164* 244v; *251/167* 270–274
- - Arbeiterausschüsse *183/165* 342–342v, 348v–350
- - Arbeitskräftemangel *114/163* 143v–144; *134/164* 128–128v; *209/166* 207–211
- - Kriegsgefangene, russisch-polnische *223/166* 365
- - Lohnerhöhungen *212/166* 248v–250
- - Urlaub *26/159* 171v
- - Zusatzrationen *154/165* 26v, 29v, 30v, 32v–33v, *187/165* 389v
- Bergfiskus *43/160* 82–89; *146/164* 280–280v, *148/164* 317; *177/165* 254
- - Bergbeamte, Rangerhöhung wegen Abwanderung in Privatwirtschaft *55/161* 20v–23v
- - Gewerkschaften *150/164* 340v–341
- - Kohlenpreise *184/165* 359–366v, *187/165* 388–390v; *251/167* 271
- Vaterländischer Hilfsdienst *185/165* 370v–371
- Beamte (Preußen); [einzelne Reviere bzw. Montanunternehmen]; Knappschaften
- Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben**
- Giesche's Erben, Georg von, Bergwerksgesellschaft

- Bergwerksgesellschaft Hermann** 184/165 361v–362
- Berlin** (Stadt)
- Stadt- und Schnellbahn 35/160 13–19v; 74/162 4, 8; 240/167 165
 - Umwandlung in Provinz (Plan) 149/164 332v
 - Wald- und Wiesengürtel 70/161 146–156; 75/162 16–20; 109/163 96v–103v
- Berliner Börsenzeitung** 201/166 139, 141v
- Berliner Lokalanzeiger** 227/167 18–18v
- Berliner Tageblatt** 14/159 6v; 35/160 22v, 49/160 168; 56/161 38; 122/163 270v; 127/164 79v–81; 166/165 148v; 205/VI 184v; 255/167 323–323v, 267/167 407
- Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, rev. Fassung** (1908)
- Urheberrecht
- Besatzungspolitik** (allgemein) 181/165 330; 228/167 27v
- 14-Punkte-Programm Wilsons und Räumung 228/167 27v, 260/167 345–345v, 262/167 356–356v, 263/167 368–377v, 264/167 380
 - Beamte 114/163 148; 126/164 41
 - - Verwendung als Steuerveranlagungskommissare nach Demobilisierung 267/167 406
 - Eisenbahn 181/165 323v; 188/166 6
 - Heeresverpflegung 118/163 224, 226, 228; 154/165 24v
 - Hunger Zivilbevölkerung 122/163 276v–277v
 - Militärverwaltung, Übergang in Zivilverwaltung 255/167 322v
 - Unterstellung unter Reichsamt des Innern 207/166 188v
 - - Ausdehnung der dt. Generalkommandos 122/163 276
 - wirtschaftliche Ausnutzung 152/164 368v; 158/165 83v–86
- [einzelne okkupierte Gebiete]; Weltkrieg
- Besitzsteuer** 166/165 145–152v; 223/166 366v, 367v; 231/167 56v, 244/167 193–207v
- Wehrvorlagen (1912/13) 56/161 25–47, 57/161 49–49v; 77/162 36–49v, 79/162 61–67v
- Bessarabien** 223/166 362; 245/167 212v, 214
- Bevölkerung/Bevölkerungspolitik** 126/164 49v–50; 252/167 279–279v
- Kindersterblichkeit 239/167 151–156
- Bezirksausschüsse**
- Fideikomisse 92/162 151–151v, 154
 - Verwaltungsreform 88/162 118
- Bezugsvereinigung deutscher Landwirte** 124/163 310v, 313v; 125/164 16, 126/164 52–60v, 129/164 86v–87, 137/164 168
- Bier/Biersteuer** 127/164 78, 137/164 167v–168; 157/165 54, 166/165 149v; 223/166 367; 231/167 56, 61–61v, 62v–64v, 66, 236/167 129, 135, 244/167 193
- Birkenfeld** (Fürstentum)
- Abtretung an Preußen 179/165 290v–291v
- Bistritza** (Fluß) 180/165 299v
- Blinde**
- Schulen
- Blockade**
- Weltkrieg
- Bobr** (Fluß) 176/165 231; 223/166 363
- Bodendenkmale**
- Ausgrabungsgesetz
- Bolschewiki**
- Rußland/Sowjetrußland

- Börsensteuer** 77/162 48, 79/162 64v, 67; 231/167 57v, 59v
- Bosch-Werke**
→ Robert-Bosch-AG
- Bosnien** 220/VI 224v
- Botschaften/Gesandtschaften**
- Hl. Stuhl 135/Fundort S. 3
- Moskau 253/167 292v, 294v
- Bozen** (Landschaft) 134/Fundort S. 1
- Brandenburg** (Provinz) 18/159 71, 22/159 155v–156; 49/160 167v; 64/161 89v; 117/163 202v–203; 140/164 190v, 195; 246/167 223–223v
- Berliner Vororte, Verhältnis zur Provinz 197/166 94
- Provinzialverband Groß-Berlin (Plan) 216/166 287v–288
- Branntwein/Branntweinsteuer** 56/161 39, 41, 43v–44v, 57/161 49–55v, 59/161 61–62, 63/161 77–83; 126/164 50; 157/165 54, 166/165 149v; 223/166 367; 231/167 56, 64v–66, 236/167 129v
- Branntweinmonopol 244/167 193
- Rohstoffimport wegen Nahrungsmittelmangel 48/160 136–147v
- Spiritus 125/164 16, 126/164 50v
- - Benzinersatz 114/163 145, 146v, 120/163 243v
- - Kautschuksynthese 114/163 147v
→ Alkoholismus; Spirituszentrale GmbH; Wein/Weinbau
- Brasilien** 160/165 99v–100v
- Brassert** (Kohlengrube) 184/165 362
- Braunschweig** (Bundesstaat) 83/162 95–96; 116/163 196; 163/165 115; 201/166 135
- territoriale Ansprüche 179/165 291
- Thronbesteigung Hzg. Ernst August (1913) 91/162 129–137
- Bremen** (Freie und Hansestadt) 18/159 84–87; 100/163 30v, 105/163 59; 146/164 286v–287; 198/166 114v
- Kriegsgewinnsteuer 136/164 155–157
- Bremer Pfandbrief AG** 18/159 84–87
- Bremervörde** (Kreis) 254/167 308
- Breslau** (Regierungsbezirk) 49/160 162–163; 169/165 172v
→ Festungen
- Brest-Litowsk, Friedensvertrag von**
→ Friedensvertrag von Brest-Litowsk
- Briesen** (Kreis) 45/160 121
- Briey** (lothr. Montanrevier)
→ Longwy und Briey
- Bromberg** (Kreis) 45/160 115v
- Brot/Brotversorgung**
- Bewirtschaftung im Weltkrieg 118/163 221–237; 137/164 160–168, 140/164 187–203; 153/165 15v, 154/165 24v–34v; 195/166 68–69v; 205/VI 187; 212/166 249v, 223/166 364; 228/167 29v–30, 229/167 40v–42, 236/167 133v, 239/167 156v–158v, 241/167 173, 175, 177v, 243/167 187, 246/167 220v–225v
→ Getreide
- Bukowina** 134/Fundort S. 3; 135/Fundort S. 2; 173/165 189v
- Bulgarien** 106/163 77; 135/Fundort S. 2; 144/164 236v; 174/165 204v–205; 219/166 329; 220/VI 231; 236/167 129v, 245/167 213v, 264/167 386, 265/167 388v
- Beziehungen zu nicht-deutschen Staaten 236/167 134, 245/167 214

- Export von Nahrungs- und Futtermitteln nach Deutschland 67/161 109v–110, 131v; 147/164 299v, 302–303
- Weltkrieg 113/163 125v; 173/165 189v, 180/165 298, 301v, 312v; 246/167 219v, 254/167 301v, 255/167 318–320, 257/167 331, 260/167 344v, 346v
- - Bukarester Frieden 234/167 94v
- - deutsche Subsidien 144/164 236–237v; 245/167 213v
- - Friedensschluß 185/165 376–377, 180/165 299v, 301; 254/167 301–301v, 265/167 388v
- - Friedensvertrag von Brest-Litowsk 225/166 372v
- - Kriegseintritt 144/164 235–237v, 239v; 156/165 44
- - Kriegsgefangene, rumänische, Mißhandlung 245/167 215v
- - Kriegsziele 144/164 236v; 174/165 204v, 180/165 299v, 310, 312; 223/166 362; 245/167 213v–214
- Balkankrieg
- Bülow-Block** 18/159 105v
- Bülow'sche Finanzreform**
- Finanzreformen
- Bund der Festbesoldeten** 9/158 309–316, 13/158 358–359v
- Bund der Landwirte (BdL)** 77/162 46; 204/166 168, 172v; 236/167 133v
- Höchstpreise 140/164 189v–190
- Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H., Finanzierung 121/163 257v
- Bund Neues Vaterland** 140/Fundort S. 6, 9
- Bundesfürsten** 91/162 129v
- Friedensschluß, Abstimmung mit Kaiser 179/165 290v
- Offiziere und Militärbeamte der Kontingente, Ernennung 264/167 382–382v, 384
- Steuerfreiheit 18/159 115v–117, 122v–123; 56/161 34, 63/161 80v; 79/162 67–67v; 158/165 67–67v
- Bundesrat**
- Außenhandel
- - Ausfuhrverbote 113/163 127
- - Einfuhrscheine 48/160 142v–144v, 49/160 163–174
- Außenpolitik 156/165 40; 255/167 320
- - Äquatorialafrika- u. Marokko-Abkommen (1911) 51/160 185–187v, 190–191v
- - Finnland, Militärintervention Deutschlands 235/167 113–115, 119v–120v
- - Kriegserklärungen u. Friedensschluß, Zuständigkeit 261/167 350–353v
- Beamtenbesoldung 71/161 164v; 232/167 68v
- - Kriegsteuerungszulagen 252/167 283v
- Berner Übereinkunft ... (1908) 15/159 18v–20
- Bevollmächtigte/Geschäftsordnung/Struktur Bundesrat
- - berufsständische Interessenvertretungen, Einfluß 133/164 115v
- - Bevollmächtigte 156/165 40; 203/166 155v; 255/167 322v, 256/167 327v–328
- - Diskussionen zwischen preuß. Ressorts und Reichsvertretern vermeiden 150/164 343v–344v; 238/167 144v
- - Geheimhaltung Beratungsgegenstände 223/166 368v
- - Präsidialmacht u. Stimmgleichheit 40/160 55v–56
- - Vorlagen, Zustimmung des Staatsministeriums 238/167 139, 143v–145

- Bewirtschaftung im Weltkrieg 129/164 87v–88; 137/164 160–168, 151/164 356v–358; 195/166 73v–75v
- - Gesetz zur Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen (4.8.1914) 238/167 144v
- - Getreide 121/163 258–261v; 127/164 65–65v; 154/165 25v; 236/167 133v
- - Höchstpreise 118/163 226, 230, 234v, 235v–236; 145/164 254; 195/166 73v–75v
- - Kriegsernährungsamt 167/165 155–165
- - „Schweinemord“ 125/164 13v–14v, 16
- Einigungsämter 122/163 268v–274v, 279–279v
- Elsaß-Lothringen 4/158 214v–229; 28/159 213–213v, 217; 40/160 52–60, 44/160 102–102v, 104v–105; 85/162 105–108v; 150/164 345
- Fideikommißgesetzentwurf 135/164 148v; 194/166 64v, 212/166 247v–248
- Jesuitengesetz (1872) 68/161 134–143v; 141/164 210–217v; 188/166 15v, 196/166 90
- Kolonien 51/160 185v
- - Kolonialgerichtshof 101/163 42v–46
- Kronprinz, Teilnahme an den Staatsgeschäften 227/167 19–25v
- Mecklenburg-Schwerin u. -Strelitz, Verfassungsfrage 78/162 51v–58
- Militär
- - Jugend, militärische Vorbildung 134/164 132v–133
- - Militärstrafgesetzbuch, Novelle (1913) 89/162 125v–126
- - Militärversorgungsgesetze 134/164 140v–141v; 267/167 403v
- Reichstag 239/167 149
- - Budgetkommission, Geheimhaltung von Verhandlungen 143/164 230–231
- - gleichzeitige Mitgliedschaft 203/166 155v; 255/167 322v
- - Verfassungsausschuß 198/166 107
- Reichsvereinsgesetznovelle (1916) 85/162 105–108v; 151/164 350v–351; 158/165 74, 163/165 115, 127v
- - Sprachenparagraph, Aufhebung 196/166 85–85v
- Rennwettgesetz 101/163 34–42v
- Sozialpolitik
- - Angestelltenversicherung (1911) 32/159 264–268v
- - Arbeitskammergesetz (Entwurf) 222/166 341v, 348, 349v; 234/167 98v, 100v, 103v
- - Beirat gemeinsam mit Reichstag zur Lebensmittelversorgung 151/164 356v–358
- - Heimarbeiter, Mindestlöhne 38/160 29v–30
- - Kinder (uneheliche), soziale Absicherung 239/167 151–156
- - Reichsversicherungsordnung (1911) 15/159 26
- staatsrechtliche Stellung 156/165 40; 238/167 144v, 261/167 350–353v
- - Souveränität der Bundesstaaten 149/164 335
- - Stellung zwischen Regierung und Parlament 201/166 143–143v
- - Stimmrechte der Bundesstaaten 40/160 48v, 54; 85/162 107v–108
- - Verfassung (Reich), Reform 264/167 381
- Wehrvorlagen (1912/13) 59/161 61–62; 77/162 36–49v, 78/162 51v, 79/162 61–67v
- Welfenfrage 91/162 129–137
- Weltkrieg
- - Friedensschluß 187/165 396–396v, 398–401v; 261/167 350–353v
- - Kriegsschäden, Entschädigung im Reichsgebiet 162/165 107, 108v–109v
- - Kriegssteuern 118/163 234v; 166/165 145–152v; 192/166 40v–48v; 231/167 59v–66v, 236/167 129–129v, 238/167 139–143, 249/167 251v

- - Mobilmachung (1914), Schubladengesetze *113/163* 127–129v
- - U-Boot-Krieg *161/165* nach Bl. 102: Bl. 2v, *173/165* 191v
- Wirtschaft *18/159* 85; *121/163* 262; *233/167* 76v
- - Genossenschaften, Revisionsrecht *32/159* 269–271v
- - Grundstücksverkehrsverordnung *226/167* 12–12v
- - Stickstoffmonopol, Vertretung im Beirat *143/164* 222–230
- - Vaterländischer Hilfsdienst *181/165* 316–337, *183/165* 340–355v, 357–357v
- Zuwachssteuergesetz (1911) *18/159* 87v–88, 119; *100/163* 22–26v
- Bundesstaaten** (allgemein) *157/165* 54v
- Beamte
- - Besoldung *232/167* 68–73, *252/167* 283v, 284v–285
- - Kommunalbeamte, Bestätigung von SPD-Mitgliedern *124/163* 300–309
- Bewirtschaftung im Weltkrieg *121/163* 256–261v; *125/164* 12v–13, *126/164* 43–43v, *127/164* 66, *140/164* 187–187v
- - Kriegsernährungsamt *167/165* 155–165
- - Kriegswirtschaftsämter u. -stellen *188/166* 5–6
- Eisenbahn *185/165* 370v
- - Reichseisenbahn, Pläne *157/165* 58v–65v
- Elsaß-Lothringen *146/164* 273–285v, *150/164* 344v–345; *212/166* 244v–247, *215/166* 274–285
- Kanalbau *201/166* 132–137
- Souveränität *149/164* 335; *249/167* 245
- - Finanzhoheit *31/159* 252–252v; *149/164* 333v, 334v–335; *166/165* 150–151, *173/165* 191
- - mecklenburgischer Verfassungskonflikt *78/162* 51v–58
- - Personalunion des preuß. Königs mit baltischen Fürstentümern *251/167* 267–267v
- - Recht zur Verhängung des Belagerungszustands *30/159* 230v–236
- - Reichsgesetzentwürfe, Bekanntgabe vor Behandlung im preuß. Staatsministerium *201/166* 143v
- Sozialpolitik
- - Kinder (uneheliche), Fürsorge *239/167* 154
- - Kriegswohlfahrtspflege u. Reichsmittel *146/164* 285v–289v
- Steuern und Abgaben *18/159* 101v; *231/167* 60, *244/167* 193–207v, *267/167* 406
- - Steuerfreiheit *18/159* 102–102v, 115v–116
- Territorien u. Grenzen zueinander *179/165* 290v–291v
- Wahlrechtsreform (preuß.) *201/166* 138–138v, 139v, *202/166* 148v, *203/166* 155v–156, 161v–162; *205/VI* 187v, 190v, 200v–201; *209/166* 207
- Wehrvorlagen (1912/13) *56/161* 25–47, *57/161* 49–55v; *79/162* 61–67v
- Weltkrieg
- - Amnestie für Soldaten *125/164* 5–5v
- - Demobilisierungskommission *266/167* 390v
- - Kriegssteuern *136/164* 155–157; *166/165* 145–152v; *192/166* 40v–48v; *231/167* 55v–66v, *244/167* 193–207v
- - Notverordnungsrecht *122/163* 272
- - Vaterländischer Hilfsdienst, Arbeiterausschüsse *201/166* 143v–144
- Matrikularbeiträge
- Bürgerliches Gesetzbuch** (1900)
- Ausländer, privatrechtliche Gleichstellung *106/163* 75–84
- uneheliche Kinder *239/167* 151–156

- Burgfriedenspolitik** (gesamt) *114/163* 141–148v, *115/163* 167v, *120/163* 244–246v, *123/163* 297v–298, *124/163* 300–309; *126/164* 60v–62v, *129/164* 89v–90, *134/164* 128, 131v, 140, *135/164* 145v–149; *153/165* 7–7v, 8v, 11v–12, *163/165* 121v–122; *199/166* 124
 - Ende *148/164* 315; *179/165* 278–278v; *194/166* 62, 64
 - Jesuitengesetz (1872) *141/164* 210–217v
 - Niederschlagung von Verfahren, u.a. gegen K. Liebknecht *127/164* 79v–81
 - Zentrumspartei *141/164* 210–217v
 → [einzelne Parteien bzw. politischen Kräfte]; Weltkrieg
- Büro Dr. Helfferich**
 → Kriegsstelle zur Vorbereitung der Wirtschaftsfragen für die Friedensverhandlungen (Büro Dr. Helfferich)
- Butter**
 → Fett/Butter
- BZ am Mittag** (Zeitung) *78/162* 51; *254/167* 301v
- Campine** (Montanrevier) *211/166* 231, 233v, 235v–236v, 237v
Carré (Zirkus) *106/163* 77v
- Charlottenburger Gasanstalt** (Berlin) *144/164* 246
- Château Salins** (Kreis, Elsaß-Lothringen) *146/164* 278
- Chile** *124/163* 310–316v; *126/164* 52v, 56v, *143/164* 228v–229
- China** *223/166* 365v
- Cholm** (Gouvernement) *231/167* 54, *234/167* 96
- Commission de Droit international privé** *106/163* 78
- Commission for Relief** (Generalgouvernement Belgien) *158/165* 85
- Daily-Telegraph-Affäre** (1908) *18/159* 112v
- Daimler-Motoren-Gesellschaft** *267/167* 406
- Dalmatien** *130/Fundort S. 3*; *220/VI* 224v
- Dänemark** *106/163* 77; *156/165* 47; *190/166* 31; *235/167* 120v, *246/167* 219v, *266/167* 395v
 - Augustenburgisches Haus, Thronfolge *91/162* 133, 134–134v
 - Eisenbahnverbindung nach Schleswig *104/163* 65v–70v
 - Export *48/160* 147v, 149; *67/161* 119; *114/163* 147v; *126/164* 44v, *127/164* 72v, *145/164* 251v; *173/165* 200v, *174/165* 206–207; *236/167* 135v
 - - Handelsvertrag (1818) *110/163* 108v–118v
 - Weltkrieg
 - - Ausfuhrverbot Deutschlands *114/163* 143v
 - - Friedensschluß *266/167* 395–398v
 - - Neutralität *114/163* 146v–147; *190/166* 25v–26
 - - U-Boot-Krieg *141/164* 218; *174/165* 206; *190/166* 25v–26v, 28, 31
 → Schleswig-Holstein (Provinz)
- Dänen** (als Minderheit) *5/158* 241–247; *104/163* 65v–70, *110/163* 108v–118v, *114/163* 142; *134/164* 131–131v, *148/164* 324
 → Schleswig-Holstein (Provinz)
- Danzig** (Regierungsbezirk)
 - Abtretung *263/167* 368
- Dardanellen** (Meerenge) *132/Fundort S. 30*; *144/164* 235v–236, 237v, 239–239v, 243v–244, *148/164* 312; *180/165* 300; *264/167* 386

- Darlehnskasse** (des Reichs 1914–24)
- Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H., Finanzierung *121/163* 257v
- Darlehnskassen** (Sparvereine)
→ Sparkassen
- Demobilisierung**
→ Kriegswirtschaft; Weltkrieg
- Denkmale/Denkmalpflege** *240/167* 164v–166
- Deutsch-Französischer Krieg** (1870/71)
→ Krieg 1870/71
- Deutsch-Hannoversche Rechtspartei** *202/166* 148v
- Deutsch-Katholiken** *42/160* 65–65v
- Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG** *184/165* 361v
- Deutsch-Österreichischer Krieg** (1866)
→ Krieg 1866
- Deutsch-Südwestafrika** *160/165* 97v–98
- Deutsche Bank** *124/163* 309–316v; *126/164* 52–60v
- Deutsche Fraktion** (Reichstag) *244/167* 193v
- Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft** (DLG) *32/159* 261–261v; *126/164* 54
- Deutsche Nachrichten** (Organ des Dt. Beamtenbundes) *13/158* 358–359
- Deutsche Orientgesellschaft** *97/163* 9v, 10
- Deutsche Tageszeitung** *48/160* 157; *91/162* 136; *173/165* 194, 202; *203/166* 159v
- Deutsche Vaterlandspartei** (DVLP) *221/166* 333v; *234/167* 95v
- Beamte, Engagement für die Partei *254/167* 304v
- Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik** (Berlin) *183/165* 352
- Deutsche Zeitung** *203/166* 159v; *263/167* 365
- Deutscher Bauernbund** *67/161* 112v, 114v
- Deutscher Eisenbahnerverband** *181/165* 323; *222/166* 343v
- Deutscher Fleischerverband** *156/165* 48
- Deutscher Handelstag** *137/164* 159; *173/165* 201
- Deutscher Hausbesitzerbund** *122/163* 269; *184/165* 360
- Deutscher Kriegerbund** *74/162* 10v–12
- Deutscher Landwirtschaftsrat** *137/164* 159, 160, 163; *154/165* 24v, *161/165* nach Bl. 102: Bl. 4, 6v, *173/165* 201
- Kriegswirtschaft, Ständiger Beirat *133/164* 113v–118v
- Deutscher Nationalausschuß** *173/165* 197v, 199v
- Deutscher Nationalverband** (in Ungarn) *220/VI* 224v
- Deutscher Ostmarken-Verein** *51/160* 188v; *125/164* 4v; *175/165* 218v
- Ansiedlungskommission, Enteignungen *42/160* 68v, *45/160* 115, 119v
→ Ostmarken/Ostmarken-Verein
- Deutscher Städtetag** *217/166* 302; *239/167* 156
- Bewirtschaftung im Weltkrieg *140/164* 189, 191, *145/164* 264v; *184/165* 360, 363v, *187/165* 389v; *212/166* 249
- Deutscher Transportarbeiterverband** *158/165* 78v
- Reichssektion der Eisenbahner *126/164* 60v–62v
- Deutsches Museum** (München) *68/161* 143
- Deutsches Reich** (allgemein)
- Garantie und Haftung für Kriegswirtschaftsgesellschaften *121/163* 256–261v
- Staatsaufbau *156/165* 39v–46v

- Steuerfreiheit *18/159* 101v, 102v, 115v
- Bundesrat; Bundesstaaten; [einzelne Reichsbehörden]; Preußen-Reich-Verhältnis; Reichstag; Verfassung (Reich)
- Deutschkonservative Partei**
- Konservative Partei/Deutschkonservative Partei
- Deutschland** (Lebensversicherungsgesellschaft) *74/162* 10
- Deutschtumspolitik** (allgemein) *45/160* 108v, 111v–122v; *125/164* 6, *129/164* 88–90, 97; *196/166* 78–89
- Eisenbahnen, Bedeutung *104/163* 65v–70v
- Disziplinalgewalt/Disziplinarrecht**
- Disziplinarsachen (Einzelfälle) *2/158* 211, *3/158*, *10/158* 334, *11/158*; *20/159*, *24/159*, *29/159*; *36–37/160*, *46/160*, *52/160*; *58/161*, *62/161*, *69/161*; *73/162*, *80/162*, *87/162*, *90/162*, *93/162*; *103/163*, *107/163*, *111/163*, *117/163* 205v–206v, *119/163*; *128/164*, *138/164*, *142/164*; *155/165*, *165/165*, *170/165*, *172/165*, *182/165*; *189/166*, *200/166*, *213/166*, *224/166*; *237/167*, *247/167*
- - Grundsätze *170/165* 177–181v; *189/166* 19–23, *212/166* 244v–245, *221/166* 333v–335v, *222/166* 349v–352v
- - Abschied für Beamte, die als Kriegsfreiwillige ungenehmigt ihren zivilen Posten verließen *117/163* 205v–206v
- - Bestrafung Einberufener mildern *119/163* 241–241v
- - Verfahren gegen W. Kapp *170/165* 177–181v; *212/166* 244–245v, *221/166* 333v–335v, *222/166* 349v–352v
- Kommunalbeamte, Bestätigung von Sozialdemokraten *124/163* 300–309
- Verwaltungsreform/Neuregelung *88/162* 118v, 121–121v; *266/167* 393v–395
- Wahlrechtsreform, Auswirkungen *205/VI* 185v
- Beamte; Lehrer; Schulen
- Dividendensteuer** *56/161* 32–32v
- Dobrudscha** *180/165* 296v, 298, 307; *223/166* 362; *234/167* 94v, *245/167* 213v
- Domänen/Domänenpächter** *148/164* 317; *177/165* 258v; *263/167* 369v
- Ostpreußen, Entschädigung (Aug. 1914) *120/163* 247–251
- Dombrowaer Kohlenbecken** *223/166* 363v; *262/167* 360v
- Dominikaner** *141/164* 214v
- Donau** (Fluß) *114/163* 146v; *127/164* 67v, 75v, *129/164* 93v, *141/164* 218v, *144/164* 241v, 242v, 244, *145/164* 251v–252, *147/164* 298v; *180/165* 299v; *190/166* 31v, *201/166* 133, 135–135v; *245/167* 214, 215v, *260/167* 346v, *264/167* 385v, *265/167* 388v
- Donau-Kanäle *201/166* 133–133v, 136
- Dortmund** (geplanter Regierungsbezirk) *64/161* 85–89
- Dreibund** *220/VI* 211
- Dresdner Bank** *154/165* 21v–22
- Drina** (Fluß) *180/165* 299v
- Druckereien**
- Arbeitskammergesetz (Entwurf) *234/167* 97v
- Düngemittel**
- Landwirtschaft
- Dürre**
- Landwirtschaft
- Düsseldorf** (Regierungsbezirk) *203/166* 161; *205/VI* 187
- Bewirtschaftung im Weltkrieg *118/163* 231, *124/163* 302v; *125/164* 11

Economist (brit. Zeitschrift) 152/164 371

Ehe

- uneheliche Kinder 239/167 151–156

Eid/Eidesleistung

- Vernehmungsbefehl des Kriegshilfsausschusses f. Ostpreußen 133/164 123

Eier/Geflügel

- Bewirtschaftung im Weltkrieg 145/164 253, 271; 236/167 136

- - Landesamt für Nahrungsmittel und Eier 193/166 50–50v

Einfuhrscheine

→ Zoll

Eingemeindungen

- Essen 129/164 87

Einigungsämter (städtische) 122/163 268v–274v, 279–279v

Einigungsämter (Vaterländischer Hilfsdienst)

→ Schlichtungsstellen/-ämter

Einkommens- und Ergänzungssteuer 53/160 199v–203v; 54/161 25–47, 56/161 25–47; 125/164 7v, 148/164 318–321, 149/164 328v; 153/165 13–17v, 159/165 92v, 166/165 145–152v; 226/167 11, 244/167 194v

- Veranlagungskommissare 267/167 405v–406

→ Vermögenssteuer; Zuwachssteuergesetz (1911)

Eisen/Stahl

→ Montan- und Schwerindustrie

Eisenbahn 114/163 144v; 157/165 59v; 198/166 111; 226/167 12, 233/167 81v

- Bahnarbeiter 26/159 170v–175; 71/161 167; 186/165 385v; 193/166 59v, 204/166 167;

205/VI 193v; 208/166 196v; 229/167 41v, 252/167 280, 253/167 292–292v

- - Arbeitskammergesetz (Entwurf) 234/167 97–111, 235/167 115–119v

- - Koalitionsrecht/Gewerkschaften 150/164 339–339v, 341; 163/165 114–130, 181/165 320, 322–323; 222/166 343v, 346v, 347v–348; 235/167 116

- - Herrenhausvertretung 210/166 223v

- - SPD-Einfluß 259/167 340v–341

- Bauten/Eisenbahntechnik 70/161 147v; 91/162 137–140v

- - Demobilisierung, Notstandsarbeiten 266/167 390v

- - Elektrifizierung 124/163 315

- - Informationsreise von MdA betr. Eisenbahntechnik 248/167 236

- - Krupp-Werke, Bahnanschluß 129/164 87

- Beamte 204/166 167; 205/VI 193v; 216/166 291

- - Besoldung 82/162 80–92; 232/167 69v, 71–72

- - Eisenbahnassistenten 71/161 164–170

- - Entschädigung (russ. Invasion Aug. 1914) 120/163 250–251

- - Mitgliedschaft in Konsumvereinen 124/163 301v–302

- Eisenbahndirektionen

- - Altona 104/163 65v–70v; 208/166 196v

- - Danzig 205/VI 193v

- - Elberfeld 205/VI 193v

- - Stettin 205/VI 193v

- Etat 55/161 12–16; 115/163 169v; 126/164 49, 51; 153/165 16v; 226/167 11

- - Eisenbahnausgleichsfonds 148/164 317, 149/164 328

- Frachtstempel/Verkehrssteuer 148/164 322–322v; 159/165 88–91v; 192/166 44–44v, 47

- Gewerbeordnung (1869) 31/**159** 240v–241
- Haftpflicht 106/**163** 75–84
- Hindenburg-Programm 180/**165** 302v; 188/**166** 9v–11v
- Internationale Eisenbahnkonferenz Bern 106/**163** 78
- Kompetenzstreit Ministerium d. öffentl. Arbeiten vs. Kriegsamt 188/**166** 6–11v
- Landeseisenbahnrat
 - - Bezirkseisenbahnräte 235/**167** 118v
 - - Staatsministerium, Verhältnis zueinander 45/**160** 109v–111
- Linien
 - - Bagdadbahn 144/**164** 237v; 220/**VI** 231
 - - Berlin-Hamburg 268/**167** 409v
 - - Berlin-Hannover 268/**167** 409v
 - - Berlin-Köln 268/**167** 409v
 - - Bitterfeld-Leipzig-Halle 124/**163** 315
 - - Czernawoda-Konstanza 220/**VI** 231
 - - Dobrudscha-Durchquerungsbahn 245/**167** 213v
 - - Festland-Insel Sylt 266/**167** 397–397v
 - - Grenzstreifen zu Polen 229/**167** 39, 230/167 43–49v
 - - Iwango-rod-Galizien 263/**167** 373v
 - - Kalisch-Lodz 125/**164** 18v
 - - Kowel – Brest-Litowsk 263/**167** 373v
 - - Meinerzhagen-Olpe-Kreuzthal 44/**160** 91v
 - - Oberruhrthal 64/**161** 88
 - - Ostküstenbahn (Schleswig) 104/**163** 65v–70v
 - - Südbahn 265/**167** 388v
 - - Thorn-Lodz-Skiernewice 125/**164** 18v
 - - Weidenau-Haiger 44/**160** 91v
 - - Wien-Czenstochau-Lodz 125/**164** 18v
- Preußisch-hessische Staatsbahnen 55/**161** 12–12v, 14–16; 132/**164** 110v
- Reichseisenbahn 55/**161** 12, 14–16; 132/**164** 109–110v; 157/**165** 58v–65v
- - Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen 157/**165** 61v–62
- Schifffahrt, Konkurrenz 44/**160** 91–102
- Tarife 91/**162** 140; 223/**166** 369; 226/**167** 11–11v, 246/167 220, 266/167 400
- - Ermäßigungen 44/**160** 91–102, 45/160 109v–111, 48/160 136–142v, 49/160 171v–172; 55/**161** 10–16, 67/161 117, 124v–125v, 131v–132; 114/**163** 146, 118/163 233v; 147/**164** 302–302v
- Transportprobleme (Inland) 71/**161** 165; 118/**163** 231, 122/163 276, 277v; 129/**164** 90–94, 141/164 218–218v, 144/164 245–245v, 145/164 255, 259–259v, 147/164 301; 154/**165** 31, 32v, 181/165 322, 323v, 332v, 184/165 359–360v, 364, 187/165 389–390; 198/**166** 114v; 236/**167** 133, 136
- - Kohlen 125/**164** 19; 205/**VI** 191v; 209/**166** 207v–209, 212/166 249v–250; 239/**167** 157
- - Militärtransporte, Plünderung und Störung 264/**167** 385v–386v
- - Revolution (1918/19) 268/**167** 409v
- Unglück des Zirkus Carré 106/**163** 77v
- Vaterländischer Hilfsdienst 183/**165** 342, 351, 185/165 368–376, 186/165 385
- Verwaltungsreform 177/**165** 254, 258
- Waffenstillstand, Abgabe von Waggons 269/**167** 415v
- Anleihen; [einzelne Staaten u. Territorien]; Deutscher Eisenbahnerverband; Deutscher Transportarbeiterverband; Nahverkehr, öffentlicher; Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter

Eisernes Kreuz

→ Ordenssachen

Elbe (Fluß) *18/159* 71; *44/160* 100–101; *115/163* 168, *116/163* 196–196v, *124/163* 315; *201/166* 133–135v, *209/166* 200v- und Mittellandkanal *115/163* 167v, 171v, 174**Elektrizität/Elektrizitätsversorgung** *35/160* 12, 20v; *91/162* 140–140v; *124/163* 310v; *143/164* 225v; *216/166* 287v- Besteuerung *77/162* 49; *238/167* 139–143- Kohleversorgung *205/VI* 191v; *209/166* 207v–208

→ Eisenbahn; Nahverkehr, öffentlicher

Elsaß-Lothringen *22/159* 155v, *28/159* 215v; *215/166* 277v–278

- Beamte

- - Ausbildung *215/166* 277v, 280- - Austausch mit anderen Bundesstaaten *45/160* 108v–109v- - Wahl pro-frz. bzw. SPD-Kandidaten *50/160* 179, 181v- Bundesrat, Stimmrecht *40/160* 52–60, *44/160* 102–102v, 104v–105- Eisenbahn *4/158* 228v; *28/159* 214v, *31/159* 240v; *146/164* 275v–276, 278v, 281v; *212/166* 246, *215/166* 277, 280; *266/167* 399v- Industrie *4/158* 223; *43/160* 83–83v; *44/160* 92–102; *55/161* 12v–13; *146/164* 280–280v; *211/166* 236, 238, *215/166* 283; *230/167* 44- Kirche *4/158* 223–224; *146/164* 274–274v, 280v; *205/VI* 198; *215/166* 278, 281- Landtag *44/160* 103; *248/167* 234v–235- - Budgetrecht *44/160* 102v, *215/166* 274v, 276v–277, 280, *218/166* 315- Landwirtschaft/Grundbesitz *56/161* 36v, 38v; *215/166* 277–277v; *246/167* 223- Militär *146/164* 277- - Soldaten *4/158* 223–223v; *98/163* 14; *215/166* 277, 279v- - Waffengebrauch im Inland *105/163* 59v, 62- - Zabern-Affäre *97/163* 10, *99/163* 19v–20; *215/166* 280- Minderheitenpolitik *45/160* 108v; *132/164* 105–110v- - Ausländerrecht *110/163* 110–110v; *215/166* 277- - Sprachenfrage *4/158* 221; *28/159* 215v; *44/160* 103; *196/166* 85v, 87; *215/166* 277- Presserecht *85/162* 105–108v; *215/166* 277- Reichsvereinsgesetz (1908) *85/162* 105–108v; *196/166* 85v, 87- Reichstag, Fraktion der Elsässer *185/165* 368; *204/166* 169v- Staatsrecht/Verhältnis zum Reich *230/167* 46- - Bundesstaat (Plan) *212/166* 245v–247, *215/166* 274–285; *220/VI* 221v; *230/167* 49, *241/167* 177, *251/167* 269–269v, *266/167* 398v–400v- - Belagerungszustand, Gesetz (1892) *30/159* 233- - Partikularismus u. Wiedervereinigung mit Frankreich *4/158* 220–220v; *28/159* 212v–213; *45/160* 108v- - Verfassung/Verfassungsreform/Autonomie *4/158* 214v–229; *28/159* 212–217; *40/160* 52–60, *44/160* 102–106v, *45/160* 108v; *212/166* 255v–256, *215/166* 274–285

- Staatssekretäre

- - Amtswechsel Zorn von Bulach/Roedern *99/163* 19v–20- Statthalter *28/159* 213; *40/160* 52–60- - Dallwitz *108/163* 92v–93- - Tschammer u. Quaritz *169/165* 172- - Wedel *99/163* 19v–20

- Steuern und Abgaben 44/**160** 102v; 59/**161** 61; 231/**167** 63
- - Zoll 215/**166** 277, 279v–280
- SPD 50/**160** 179, 181v; 98/**163** 14; 205/**VI** 188v, 198
- Territorium 211/**166** 241; 251/**167** 269–269v
- - Teilung (Plan) 132/**164** 105–110v, 146/164 273–285v, 150/164 344v–345; 179/**165** 290v, 291v
- - Gebietsaustausch 130/Fundort S. 9, 15; 180/**165** 302v, 307v; 220/**VI** 228
- Wahlrecht/Wahlrechtsreform 75/**162** 14v; 198/**166** 115, 204/166 170, 171v; 205/**VI** 188v; 209/166 201v–202; 233/**167** 89
- Weltkrieg 114/**163** 142; 125/**164** 11v; 185/**165** 368; 204/**166** 169v; 230/**167** 45, 263/167 377v, 266/167 399v
- - 14–Punkte-Programm Wilsons 257/**167** 333, 258/167 335v–337, 260/167 345v, 347–348
- - Friedensschluß 211/**166** 228v, 215/166 275v–285
- - Überläufer aus Elsaß-Lothringen in frz. Armee 175/**165** 218
- Bundesrat; Kriegervereine
- Ems-Jade-Kanal** 117/**163** 204
- Englische Gasgesellschaft** (Berlin) 144/**164** 246; 216/**166** 289
- Enteignungen**
- Deichgesetz (1848) 35/**160** 18v
- Entschädigung deutscher Gläubiger durch sowjetrussische Goldzahlungen 253/**167** 294
- Notverordnungen (1914) 115/**163** 168v, 117/163 202v
- Ansiedlungspolitik/Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen
- Entente** 135/Fundort S. 2; 152/**164** 371; 173/**165** 189, 174/165 204v, 176/165 242v, 180/165 299; 228/**167** 28v, 236/167 128, 255/167 318v
- Kriegsziele 175/**165** 214v, 180/165 297, 301v
- Saloniki-Armee 255/**167** 318v
- [einzelne Staaten]; Weltkrieg
- Enzykliken**
- Kirche (katholische)
- Erbschaftssteuer** 56/**161** 25–47, 57/161 49–49v, 63/161 77v–83; 77/**162** 36–49v, 79/162 61–67v; 166/**165** 147v; 223/**166** 367v; 231/**167** 56v, 267/167 406
- Kriegsfolgelasten, Finanzierung 211/**166** 236v; 246/**167** 221v
- Erfurt** (Regierungsbezirk) 177/**165** 256
- Erfurter Vorgänge** (1913)
- Soldaten
- Ergänzungssteuer**
- Einkommens- und Ergänzungssteuer
- Ermächtigungsgesetz** (4.8.1914)
- Gesetz zur Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen
- Ernennungen**
- Grundsätze 83/**162** 96v–97; 191/**166** 35–37v, 197/166 93v–99; 250/**167** 255v–257, 251/167 274v–275
- - Einfluß Kronprinz verhindern 227/**167** 22v–23, 24v
- Ansiedlungskommission, Präsident 83/**162** 96–96v
- Auswärtiges Amt, Pressechef 178/**165** 263–263v
- Bergbeamte
- - Bonn 45/**160** 122v
- - Clausthal 45/**160** 122v
- - Oberberghauptmann 207/**166** 190v, 210/166 213

- Besatzungsbeamte (OberOst) 225/**166** 376v–378
- Bibliothekare
 - Wiesbaden 84/**162** 103v
- Botschafter/Gesandte
 - London 67/**161** 109
 - Moskau 253/**167** 292v, 294v
 - Paris 25/**159** 168
- Bundesratsbevollmächtigte 26/**159** 170–170v; 50/**160** 183
- Eisenbahnbeamte 53/**160** 198–199v
 - Grundsätze betr. Ernennung von Juden 216/**166** 291
 - Direktion Altona 250/**167** 255, 255v
 - Direktion Berlin 26/**159** 170v; 208/**166** 196v
 - Direktion Kattowitz 53/**160** 198–199v
 - Direktion Mainz 183/**165** 355v–356
 - Eisenbahnzentralamt 53/**160** 198–199v
- Elsaß-Lothringen, Statthalter 108/**163** 92v–93; 169/**165** 172
- Finanzbeamte
 - Oberrechnungskammer 101/**163** 33–34, 104/163 64v–65v
 - Staatsschuldenverwaltung 101/**163** 33v; 245/**167** 216–216v
- Generallandschaftsdirektoren
 - Kapp, Wolfgang 170/**165** 177–181v; 221/**166** 333v–335v, 222/166 349v–352v
- Gesamt-Wasserstraßenbeirat, Präsident 106/**163** 84–85v
- Landräte 117/**163** 216v
 - Niederbarnim 45/**160** 123
 - Saarbrücken 169/**165** 173
- Ministerialbeamte (sonst.)
 - Grundsätze 83/**162** 97; 117/**163** 216v
 - Finanzministerium 7/**158** 280v; 245/**167** 216–216v
 - Justizministerium 9/**158** 309, 10/158 325
 - Kriegsernährungsamt 167/**165** 164–165
 - Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten 22/**159** 148; 48/**160** 134v
 - Ministerium der öffentlichen Arbeiten 23/**159** 159, 26/159 170–170v; 61/**161** 68; 84/**162** 103; 250/**167** 255–255v
 - Ministerium des Innern 93/**162** 159
 - Ministerium für Elsaß-Lothringen 99/**163** 19v–20
 - Ministerium für Handel und Gewerbe 45/**160** 122v; 110/**163** 108v; 207/**166** 190v, 210/166 213, 223/166 360–360v; 233/**167** 91v–92; 251/167 274v–275
 - Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten 17/**159** 57; 99/**163** 19–19v; 135/**164** 145–145v; 251/**167** 274–274v
 - Reichswirtschaftsamt 207/**166** 187–190v, 225/166 374v–376v
 - Staatskommissariat für Volksernährung 193/**166** 58v
- Oberpräsidenten
 - Grundsätze 83/**162** 96v; 117/**163** 216v; 208/**166** 197–198v
 - Brandenburg 99/**163** 19; 197/**166** 94–94v, 98, 208/166 197–197v, 216/166 289–289v
 - Hannover 116/**163** 182–183v; 197/**166** 94v, 95v, 97v–99
 - Hessen-Nassau 208/**166** 197, 198v
 - Ostpreußen 116/**163** 182–183v; 171/**165** 183–185; 197/**166** 94v; 228/**167** 29, 30v–31

- - Pommern 48/160 134–134v; 208/166 197–198v, 209/166 200–201; 231/167 51–53v, 233/167 90v
- - Posen 48/160 134v; 110/163 108–108v
- - Rheinprovinz 25/159 167–167v; 208/166 197–198v, 216/166 288v–289; 231/167 52v, 233/167 90–91v, 239/167 147–148v
- - Sachsen 197/166 94–94v, 98, 208/166 197–197v, 216/166 289–289v
- - Schlesien 5/158 232v–233; 25/159 168
- - Schleswig-Holstein 116/163 184–184v
- - Westfalen 41/160 62a–62b
- Provinzialbeamte (sonst.)
- - Oberpräsidialrat Königsberg 135/164 145v
- - Oberregierungsräte 117/163 216v
- - Polizeipräsident Berlin 5/158 233; 169/165 172
- - Polizeipräsident Breslau 169/165 172v–173
- - Polizeipräsident Hannover 197/166 97
- Regierungspräsidenten
- - Allenstein 83/162 96–96v
- - Aurich 26/159 177v
- - Breslau 49/160 162–163; 169/165 172–172v
- - Bromberg 197/166 95–95v, 96v
- - Düsseldorf 5/158 233
- - Erfurt 235/167 120v, 121
- - Frankfurt/O. 231/167 51, 235/167 120v
- - Gumbinnen 83/162 96–96v; 135/164 145v
- - Hannover 43/160 81v–82; 197/166 94–99
- - Koblenz 26/159 177v
- - Königsberg 135/164 145–145v
- - Köslin 41/160 62bv; 104/163 64v–65v
- - Liegnitz 122/163 267–267v
- - Lüneburg 112/163 121v–122; 231/167 51
- - Magdeburg 5/158 233v; 197/166 94v–96
- - Merseburg 26/159 177v
- - Minden 5/158 233; 197/166 95–95v, 96v
- - Münster 93/162 159–159v
- - Oppeln 148/164 323–325
- - Osnabrück 197/166 95–96
- - Posen 197/166 95–95v, 96v
- - Potsdam 99/163 19–19v; 148/164 323–325; 188/166 11v, 191/166 35–37v
- - Schleswig 135/164 145v, 148/164 323–325
- - Stade 43/160 81v–82
- - Stralsund 197/166 95–95v, 97
- - Trier 248/167 239v
- Reichskommissar für Kurland und Litauen 251/167 274–274v
- Richter
- - Grundsätze betr. Ernennung von Juden 216/166 290v
- - Kammergericht 10/158 325
- - LG Duisburg 254/167 304
- - LG Kassel 28/159 204

- - OLG Frankfurt/M. 28/**159** 204
- - OLG Kiel 28/**159** 204
- - OVG 101/**163** 33v, 104/163 64–65v, 117/163 216v
- Staatsanwälte
- - Grundsätze betr. Ernennung von Juden 216/**166** 290v
- Staatskommissare
- - für Volksernährung 193/**166** 58v
- Staatssekretäre (Reich)
- - Auswärtiges Amt 25/**159** 168–168v; 207/**166** 188
- - Elsaß-Lothringen 99/**163** 19v–20
- - Kriegsernährungsamt 167/**165** 164–165; 207/**166** 190–190v
- - Reichsamt des Innern 168/**165** 168–169v; 206/**166** 175v, 207/166 188–189
- - Reichsjustizamt 207/**166** 187v–188
- - Reichskolonialamt 50/**160** 176; 207/**166** 189
- - Reichsmarineamt 161/**165** nach Bl. 102: Bl. 1–8
- - Reichspostamt 207/**166** 188
- - Reichsschatzamt 206/**166** 175v
- - Reichswirtschaftsamt 207/**166** 188–188v
- Unterstaatssekretäre
- - Grundsätze 83/**162** 96v–97
- - Finanzministerium 210/**166** 213v
- - Kriegsernährungsamt 167/**165** 164–165; 207/**166** 188, 190–190v
- - Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten 22/**159** 148; 48/**160** 134v; 263/**167** 377v
- - Ministerium der öffentlichen Arbeiten 23/**159** 159; 259/**167** 340
- - Ministerium des Innern 104/**163** 64v–65v
- - Ministerium für Handel und Gewerbe 110/**163** 108v; 223/**166** 360–360v
- - Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten 17/**159** 57; 148/**164** 323–325; 225/**166** 376v–378
- - Reichsamt des Innern 207/**166** 188v
- - Reichswirtschaftsamt 207/**166** 189, 223/166 360–360v
- - Staatsministerium 26/**159** 177–177v; 110/**163** 108
- betr. Minister [einzelne Ministerien]; Kirche (katholische); Staatsministerium; Titelverleihungen
- Ersatzfuttermgesellschaft m.b.H.**
- Kriegsausschuß für Ersatzfutter
- Estland** 223/**166** 362, 225/166 372v; 228/**167** 27v; 245/167 215–215v, 248/167 235–236v, 251/167 262–269v, 252/167 287–287v
- Export**
- Außenhandel; [einzelne Staaten bzw. Waren]
- Fa. F. Caesar Wollheim** (Kohlengroßhandlung u. Reederei) 125/**164** 18v
- Falkenberg** (Kreis, Prov. Schlesien) 28/**159** 209v
- Familienstiftungen**
- Grundbesitz/Großgrundbesitz
- Feldpost**
- Reichspost/Reichspostamt
- Festungen** 223/**166** 363v–364
- Adrianopel 144/**164** 236v

- belgische *211/166* 230v, 232v, 240v–241
- Breslau *125/164* 15
- Köln *121/163* 260
- Nowo-Georgiewsk *223/166* 363
- polnische *176/165* 239–239v
- Straßburg *146/164* 277
- Thorn *223/166* 364
- Ulm *146/164* 277
- Verpflegung *121/163* 259v–260
- westpreußische *125/164* 17v
- Heer/Heeresvorlagen
- Fett/Butter** *149/164* 328v
- Bewirtschaftung im Weltkrieg *145/164* 251–252, 268, 269v–270, *147/164* 291–305, *150/164* 343v–344; *156/165* 47–50v, *167/165* 159, 162, *174/165* 206–206v; *195/166* 68–75v; *236/167* 134v, 135v
- - Reichsfettstelle, Verhältnis zum Landwirtschaftsministerium *193/166* 53
- Feuerbestattungsgesetz** (1911) *38/160* 30v–34, *39/160* 43
- Fideikomisse**
- Grundbesitz/Großgrundbesitz
- Finanzministerium**
- Behördentätigkeit
- - Einschränkung wegen Massenaufgebot von Freiwilligen (Plan, Okt. 1918) *262/167* 357v
- Minister
- - Amtswechsel Rheinbaben/Lentze *25/159* 167–168, *26/159* 170
- - Dombois, Kandidatur *207/166* 187
- - Hergt *207/166* 187, *209/166* 200; *268/167* 410–414
- - Lentze *206/166* 175
- Reichsschatzamt, Verhältnis zueinander *112/163* 121–121v
- Finanzreformen**
- 1891/93 (Miquel'sche) *19/159* 133
- 1908/09 (Bülow'sche) *16/159* 41–42; *18/159* 78, 111v, 112v, *19/159* 128v
- nach dem Weltkrieg notwendig *231/167* 55
- Finnland** *220/VI* 228; *225/166* 373v–374; *235/167* 113–115, 119v–120v, *236/167* 134v
- Fisch/Fischerei** *48/160* 140
- Bewirtschaftung im Weltkrieg *145/164* 253, 271v
- Fischereigesetz (1916) *115/163* 178v–179; *125/164* 5v, *134/164* 136–136v, 138–139, *135/164* 146, 147v, *136/164* 152–152v, 153v–154v, *137/164* 159v–160, *148/164* 314v, 315v–316v
- Flandern** *157/165* 58, *180/165* 303–304, 307v; *211/166* 230–230v; *258/167* 336v, *262/167* 355v
- Fleisch**
- Bewirtschaftung im Weltkrieg *118/163* 228v; *125/164* 13v–14v, 16 *126/164* 43v, 46v–47, *127/164* 67v–68, 72v, 74, 77–77v, *129/164* 84v–87, *136/164* 157–157v, *140/164* 187–203, *144/164* 240–240v, *145/164* 252–253, 266–266v, 270–271, *147/164* 294; *156/165* 47v–48, 50–50v, *167/165* 159, 161v, *174/165* 206–206v; *193/166* 53, *195/166* 68–75v; *231/167* 56, *236/167* 133v, *239/167* 157v–158
- - Landesfleischamt *193/166* 50
- Gefrier- u. Kühlfleisch/Konserven *48/160* 148v–150v; *67/161* 110v–132; *125/164* 13v–14v
- Teuerung *48/160* 135–157v, *49/160* 163–174; *67/161* 109–132; *74/162* 5, 8

- Übergangswirtschaft, Preiserhöhung 246/167 222
- Vieh (Futter, Handel, Zucht)
- Flensburg** (Kreis) 110/163 112v–118v; 266/167 396v–397
- Flotte**
- Marine/Marinepolitik
- Flugblätter**
- Presse/Pressepolitik; Stimmungslage der Bevölkerung
- Forbach** (Kreis, Elsaß-Lothringen) 146/164 278, 280
- Förster**
- Wald/Waldungen
- Fortbildungsschulen**
- Schulen
- Fortschrittliche Volkspartei (FVP)**
- Freisinn (Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung, Fortschrittliche Volkspartei)
- Frachtkundensteuer**
- Verkehrssteuern
- Fraktion der Elsässer**
- Elsaß-Lothringen
- Fraktion der Polen (AH/RT)**
- Polen (als Minderheit)
- Frankfurter Zeitung** 55/161 18; 192/166 40–40v; 233/167 85
- Frankreich** 48/160 147v, 49/160 166; 77/162 41; 126/164 61v, 146/164 289; 156/165 44–44v; 254/167 310, 263/167 368
- Armee 77/162 38, 79/162 61v; 123/163 296v–297; 134/164 125v; 175/165 213v, 176/165 233v–234
- - elsässische Überläufer 175/165 218
- - poln. Überläufer aus Deutschland 151/164 360v
- Beziehungen zu Deutschland 220/VI 229v
- - Chauvinismus und Kriegsgefahr 56/161 26; 79/162 61v
- - nach dem Weltkrieg 148/164 311
- Beziehungen zu nicht-deutschen Staaten 79/162 61; 131/Fundort S. 3; 148/164 312v; 175/165 213v, 176/165 234; 190/166 25v, 211/166 232
- Elsaß-Lothringen 4/158 218, 220, 223, 228; 44/160 105v; 85/162 107; 132/164 105–110v; 215/166 276v, 278v
- - Annexion mit Friedensschluß (1918) 266/167 399v
- - Aufenthaltsverbot für Franzosen (Plan 1889) 110/163 110–110v
- Export 7/158 289; 67/161 110, 118
- - deutsche Zölle 48/160 146v
- Presse/Presserecht 85/162 107v; 126/164 51v; 173/165 198
- Rechtsverhältnisse 9/158 312; 28/159 218v; 205/VI 190, 194v
- - Ausländerrecht 106/163 80–80v
- Weltkrieg 113/163 125v; 125/164 6–7; 164/165 135, 138v, 175/165 213v, 181/165 316; 203/166 159; 260/167 347v
- - Friedensschluß/Waffenstillstand 173/165 189v, 180/165 300; 190/166 25–25v, 203/166 159, 211/166 232; 265/167 388–388v
- - Lage 123/163 296v–297; 126/164 61v; 132/Fundort S. 21–22, 28, 30; 144/164 236, 148/164 313, 152/164 373v; 164/165 135, 173/165 197v, 176/165 233v–234, 180/165 310v–311; 203/166 158–158v, 215/166 279; 220/VI 217v; 245/167 214v, 265/167 388–388v

- - Offensiven *173/165* 188–189v; *264/167* 385v
- - Propaganda *173/165* 201v–202
- - Reparationen an Deutschland *180/165* 303
- - Schlachten 1916 (Somme, Verdun) *161/165* nach Bl. 102: Bl. 5, *164/165* 135, 137, *173/165* 188v, 189v; *190/166* 30v
- - Wirtschaft *91/162* 139–139v
- - Schwerindustrie *43/160* 83v, *44/160* 92v, 93v, 99v; *55/161* 13
- - Weltstickstoffrust *143/164* 229
- Longwy und Briey; Nordfrankreich
- Franziskaner** *141/164* 214v
- Frauen** *140/164* 189v; *180/165* 305v
- Frauenarbeit *32/159* 266; *114/163* 144v, *115/163* 170; *134/164* 128v; *251/167* 273, *262/167* 358v
- - Vaterländischer Hilfsdienst *181/165* 316v–317v, 320, 322
- Wahlrecht *205/VI* 195; *268/167* 410v
- - zu Arbeitskammern *31/159* 242
- weibliche Jugendliche *30/159* 223v; *141/164* 211; *188/166* 16v, *215/166* 277v
- Kinder; Jugend/Jugendfürsorge; Ordenssachen; Stimmungslage der Bevölkerung
- Freiheitskriege** (1812/13)
- Krieg 1812/13
- Freikonservative Partei**
- Reichs- und Freikonservative Partei
- Freisinn (Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung, Fortschritt. Volkspartei)**
- 31/159* 248v; *51/160* 185v, 186v; *78/162* 58v, *92/162* 145; *98/163* 12–13, *117/163* 207v; *134/164* 139v, *151/164* 359; *244/167* 193v, *234/167* 104v, *256/167* 328v
- Elsaß-Lothringen *40/160* 53, *44/160* 103; *215/166* 274v, 279
- Kriegsfinanzierung/-wirtschaft *149/164* 330; *166/165* 145v–146v, *185/165* 368v; *204/166* 169v; *267/167* 405v
- Landwirtschaftspolitik *74/162* 7v
- - Fideikommißgesetzentwurf *125/164* 4, 6–6v, *134/164* 137v, *135/164* 147v–148, *148/164* 314–314v; *179/165* 277v–278, 279v; *194/166* 62–64v, *196/166* 77, *197/166* 92–93, *212/166* 247–248
- mecklenburgische Verfassungsfrage *8/158* 305–305v
- Militärpolitik *89/162* 125v; *100/163* 29v
- - Wehrvorlage (1912) *56/161* 26v, *57/161* 53, *63/161* 77v–83
- Parteiorganisation
- - Berlin *49/160* 171v
- - Polen (als Minderheit) *154/165* 22v
- - Polen (Königreich 1916–18) *175/165* 213, 216, 221
- Reichstag
- - ständige Kommission für Außenpolitik *179/165* 287v
- - Verfassungsausschuß *198/166* 115
- Reichsvereinsgesetznovelle (1916) *163/165* 114v, 123v; *196/166* 85
- Wahlrechtsreform *6/158* 257v, 259, 261, 274, 277v, *12/158* 338; *15/159* 9; *60/161* 64–65v; *96/162* 193–194; *198/166* 106v–107, *201/166* 140, 142, *202/166* 148v, 150v, *203/166* 155v, *204/166* 165v–166, 169v; *205/VI* 185v–186; *208/166* 193v, *218/166* 314; *241/167* 172, *243/167* 187v, 191v, *249/167* 244v, 248v

- Wirtschaftspolitik
- - Einfuhrschecksystem 48/160 142v, 49/160 167v, 169
- - Kaligesetz (1910) 7/158 288v
- - Stickstoffmonopol 143/164 227–227v
- Friedensschlüsse** 118/163 223v, 123/163 297v; 125/164 8, 129/164 93; 130/Fundort S. 1–18; 132/Fundort S. 24–25; 148/164 309, 311–312v, 152/164 371; 166/165 149–150; 173/165 189v–190, 174/165 207v, 175/165 211–211v, 213, 216–216v, 176/165 236v–244, 179/165 281v–287v, 180/165 309v; 203/166 158–158v, 204/166 169v; 205/VI 183, 184v, 190v; 211/166 228–242, 212/166 249v, 215/166 275v–285; 220/VI 210v, 211v, 222v, 228v; 223/166 360v–366, 225/166 372–374; 226/167 2v–3, 228/167 27v, 229/167 38–39v, 41, 231/167 53v–55, 233/167 76v, 90–90v, 234/167 94–94v, 241/167 173v, 245/167 212–214, 253/167 291–292, 296v, 254/167 299–304, 307v, 264/167 385v, 265/167 388–389, 266/167 395–399v, 267/167 404v
- „Büro Dr. Helfferich“ 207/166 187v
- Friedensangebot der Mittelmächte (Dez. 1916) 180/165 296–312v, 185/165 376–377, 187/165 396–396v, 398–401v; 190/166 25–33v, 211/166 234v; 243/167 187
- Friedensangebot (Okt. 1918) 256/167 329v, 257/167 330–333v, 258/167 335–337, 260/167 344–348v
- Friedensvermittlungen
- - Papstnote (1917) 211/166 229v
- - durch Wilson/14-Punkte-Programm 190/166 25, 198/166 104; 257/167 331, 258/167 335–337, 260/167 344–348v, 262/167 355–357v, 360v, 263/167 363–366v, 264/167 380–387v, 265/167 388–389, 266/167 396, 269/167 415v
- Friedensverträge
- - Frankfurter Frieden (1871) 4/158 215, 220v; 110/163 110
- - Wiener Frieden (1866) 215/166 282
- Kapitulation 264/167 385, 265/167 388–389
- Reichstag, Friedenskundgebung 205/VI 198v–199
- SPD-Interpellation (1915) 151/164 351
- Waffenstillstand 269/167 415v
- [einzelne Kriege]; Elsaß-Lothringen; Reparationen
- Friedensvertrag von Brest-Litowsk** (1918) 223/166 360v–366, 225/166 372–374; 226/167 2–4, 227/167 15, 228/167 27–30v, 231/167 53v, 233/167 76–76v, 234/167 94, 236/167 128, 245/167 212–212v, 251/167 267, 268v, 253/167 293v–294v, 261/167 350–353v
- Ergänzungsverträge 253/167 293v–294v, 296
- Finnland 235/167 113–115, 119v–120v
- Friedensvertrag von Bukarest** (1918) 234/167 94–94v, 245/167 212v–214
- Vorwürfe an Kühlmann 241/167 171–171v
- Friedrich Krupp AG** 126/164 57v, 59; 161/165 nach Bl. 102: Bl. 7
- Erweiterung u. Bahnanschluß 129/164 87
- Gruson-Werk (Magdeburg) 181/165 333
- Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H., Beteiligung 121/163 257v
- Kriegslieferungen, Preis 183/165 352
- Friedrich-Wilhelm-Lebensversicherungs-AG** 74/162 10
- Fürstlich Henckelsche Verwaltung** 188/166 11v
- Futtermittel**
- Kriegsausschuß für Ersatzfutter; Vieh (Futter, Handel, Zucht)

Gallipoli (Halbinsel) *144/164* 244

Gärtnerereien

- Arbeitskammergesetz (Entwurf) *234/167* 103

Gaskrieg

→ Weltkrieg

Gaststätten *234/167* 103

- Brotverbrauch, Einschränkung *118/163* 229, 233

- Schankkonzessionen u. Bekämpfung Alkoholismus *81/162* 74v–78

Gaswerke (städtische) *184/165* 360, 363, *187/165* 389; *205/VI* 191v; *209/166* 207v–209; *234/167* 101v, *238/167* 139–143

Gefängnisse *233/167* 83

- Vereinheitlichung des Strafvollzugs *221/166* 336v

Geheimhaltung (im Staatsapparat) *38/160* 28–28v; *78/162* 51–51v; *205/VI* 188; *234/167* 98v–100, 107v

- Bundesrat gegenüber *223/166* 368v

- militär. Geheimnisse, Todesstrafe *84/162* 99–99v

- Reichstag (Budgetkommission) gegenüber *143/164* 230–231

Gemeinden/Gemeindeverfassung

→ Beamte (Kommunen); Beamte (Preußen); Kommunen/Kommunalverbände

Gemeinnützige Organisationen

- wirtschaftlicher Notstand (1911) *48/160* 139, 141

Gemüse

- Bewirtschaftung im Weltkrieg *145/164* 271v; *205/VI* 183; *236/167* 136

Generale, kommandierende/Generalkommandos

→ Heer/Heeresvorlagen

Generalgouvernement Belgien *117/163* 213, *123/163* 297; *141/164* 211; *158/165* 84v; *211/166* 231; *260/167* 348v, *269/167* 416

- Versorgungslage *118/163* 224, *122/163* 277v; *127/164* 81, *132/164* 111

- - Commission for Relief *158/165* 85

- wirtschaftliche Ausnutzung *125/164* 16, *129/164* 86v, *144/164* 246–246v, *147/164* 304v–305, *152/164* 369–369v; *158/165* 73, 83v–86

- - Kriegswirtschaftsämter u. -stellen *188/166* 2v

- - Nußbäume, Abholzung für Gewehrschäfte *152/164* 369

→ Belgien

Generalgouvernement Lublin *125/164* 14v–15

- Generalgouvernement Warschau, Verhältnis zueinander *175/165* 210v–211, *176/165* 230v, 244; *212/166* 246v; *220/VI* 209v, 212–212v, 215v–216

→ Polen (Königreich 1916–18)/Russisch-Polen

Generalgouvernement Warschau *116/163* 185; *125/164* 16, 18–18v; *229/167* 38v, *230/167* 45v, *263/167* 372v–373

- Ausfuhrverbot Deutschlands, Aufhebung *122/163* 275v–276

- Generalgouvernement Lublin, Verhältnis zueinander *175/165* 210v–211, *176/165* 230v, 244; *212/166* 246v; *220/VI* 209v, 212–212v, 215v–216

- Reichstag

- - Einreiseverbot für poln. MdR *263/167* 373v

- Versorgungslage *118/163* 224, *122/163* 275–278; *125/164* 15–16, 18

- wirtschaftlichen Ausnutzung
- - Kriegswirtschaftsämtler u. -stellen *188/166* 2v
- - Nahrungs- und Futtermittelexport nach Deutschland *125/164* 15–16, 18; *236/167* 135v
- Zivilverwaltung *122/163* 276; *125/164* 15
- Ordenssachen; Polen (Königreich 1916–18)/Russisch-Polen
- Generalkommando**
- Heer/Heeresvorlagen
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands**
- Eisenbahnarbeiter *163/165* 120, 128
- Gewerkschaften
- Generalkommissionen**
- Überführung in die allgemeine Verwaltung
- - Breslau, Bromberg u. Königsberg *88/162* 118v; *134/164* 138–139
- Generallandschaften**
- Landschaften
- Generalstab**
- Heer/Heeresvorlagen
- Genossenschaften** *125/164* 13v–14v, 16, *126/164* 55
- Anklamer Verkaufsgenossenschaft *118/163* 228
- polnische *32/159* 269–271v; *186/165* 380v; *196/166* 79
- - Verbandsbank der polnischen Genossenschaften *154/165* 21–24
- Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften *126/164* 54
- Schlesischer Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften *32/159* 269–271v
- Konsumgenossenschaften u. -vereine; Zentralgenossenschaftskasse
- Gerichte**
- Amtsgerichte
- - Abonnements der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung *233/167* 84
- Gerichtsverfassungsgesetz (1877) *21/159* 144
- Gewerbegerichte *31/159* 243v, 257–258; *235/167* 117
- Kriegsgerichte, außerordentliche, u. Verfahren wegen Landesverrat *263/167* 366v–367
- Kriegswirtschaftsverfahren, Beschleunigung *125/164* 11, 13
- Landgerichte *177/165* 255, 257–257v
- Oberlandesgerichte
- - Fideikomnisse, Bestätigung *179/165* 277v
- - Geschäftsumfang *7/158* 292v
- - Kriegsteuerungszulagen *232/167* 70v; *252/167* 281v
- - Reichsvereinsgesetz (1908) *150/164* 338
- Oberlandeskulturgericht als Zentralbehörde *94/162* 179–181v
- Polnisch als Gerichtssprache *263/167* 374v
- Revolution 1918/19, Weiterführung der Geschäfte *269/167* 417
- Schöffengerichte *28/159* 218v
- Staatsgerichtshof (Plan) *201/166* 142v
- Verwaltungsreform *177/165* 255, 257–257v
- Haager Schiedsgericht; Kammergericht; Oberverwaltungsgericht; Reichsgericht; Staatsanwaltschaften
- Germania** (Zeitung) *178/165* 262
- Gesamt-Wasserstraßenbeirat**
- Wasser/Wasserstraßen

Gesandtschaften

→ Botschaften/Gesandtschaften

Geschäftssprachengesetz (1876)- Reichsversicherungsordnung (1911) *10/158* 324**Gesellschaften mit beschränkter Haftung**- Einkommenssteuerzuschläge *149/164* 328**Gesellschaftssteuer** *79/162* 61–67v; *231/167* 57v, 58v–59, 66v, *244/167* 193v**Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst**

→ Kriegswirtschaft

Gesetz zur Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen (4.8.1914)*181/165* 319v; *238/167* 144v**Gesindeordnungen**- Vaterländischer Hilfsdienst *185/165* 369**Getränkesteuern** *223/166* 366v–367v; *231/167* 56, 58v, 61, 66v- alkoholfreie Getränke *231/167* 56, 61v, 64, 66–66v

→ [einzelne Getränke]

Getreide- Ausfuhrverbot *113/163* 126–127- Bewirtschaftung im Weltkrieg *116/163* 196v–197v, *118/163* 221–237, *120/163* 243–244, *121/163* 256–261v; *125/164* 10–19, *126/164* 41v–51v, *127/164* 64–79v, *129/164* 90–96, *133/164* 114v, *137/164* 160–168, *140/164* 187–203, *144/164* 241v, 242, *145/164* 249–266v, 268–271v; *153/165* 15v, *154/165* 25v, 29–29v; *193/166* 51, *195/166* 68–75v; *220/VI* 231; *223/166* 364–365; *228/167* 29v–30, *231/167* 56, 64, *236/167* 128, 133, *239/167* 156v–158v, *246/167* 219v–225v- - Landesgetreideamt *141/164* 217v; *193/166* 50, 52v- - Reichsgetreidestelle *129/164* 94–96, *137/164* 160–168, *140/164* 191–191v; *154/165* 24v–34v; *193/166* 56v; *236/167* 133, *246/167* 219v–225v- Einfuhrscheine *48/160* 142v–144v, *49/160* 163–174- Grenzprovinzen Ost, Räumung der Bestände *120/163* 243- Mißernte (1911) *48/160* 135–157v- Mühlen, Schließung im Weltkrieg *193/166* 56v–58- Österreich-Ungarn, Austausch *122/163* 275–278; *125/164* 11; *228/167* 29v–30

→ Düngemittel

Gewerbeordnung (1869)/Gewerbeinspektoren *65/161* 99; *179/165* 288, *181/165* 334v–335, *183/165* 346; *233/167* 76v–80, *236/167* 127v- Arbeitskammergesetz (Entwurf) *222/166* 341–349v- Eisenbahn *31/159* 240v–241- Getreidebewirtschaftung im Weltkrieg *154/165* 25v, 29–29v- Gewerbeberichte *31/159* 243v, 257–258; *177/165* 257; *235/167* 117- Koalitionsrecht *222/166* 341–349v- Schankkonzessionen/Alkoholismus *81/162* 74v–78

→ Gewerkschaften

Gewerbesteuer *244/167* 201v**Gewerkschaften** *31/159* 243–243v; *136/164* 157–157v, *140/164* 189v, 197v–198v, *150/164* 339–343; *198/166* 119v; *205/VI* 191v–192, 200v; *222/166* 341–349v; *229/167* 40, *241/167* 178v, *251/167* 270, *254/167* 303–303v- Arbeitskammergesetz (Entwurf) *234/167* 97–111, *235/167* 115–119v- Ausländer, Mitgliedschaft *150/164* 339v; *181/165* 318v, 325v, 328v- Gewerbeordnung, Aufhebung § 153/Verrufserklärungen *233/167* 76v–80

- Reichsvereinsgesetznovelle (1916) *150/164* 337v–343, *151/164* 350–356v; *153/165* 11, *158/165* 69–83v, *163/165* 114–130
- Richtungen
 - - christliche *32/159* 262v–264; *74/162* 9; *140/164* 198v, *150/164* 340; *163/165* 126, *181/165* 323; *241/167* 178v
 - - Hirsch-Dunckersche *74/162* 9; *150/164* 340; *205/VI* 192; *241/167* 178v
 - - Repräsentanz in Versicherungsämtern u. Knappschaftskassen *31/159* 257v, 242v
 - - sozialdemokratische *32/159* 262v–264; *98/163* 13v–17v, *124/163* 302; *126/164* 60v–62v, *140/164* 198; *241/167* 178v, *254/167* 303v
- Tarifverträge *143/164* 222–230
- Vaterländischer Hilfsdienst *181/165* 317v–337, *183/165* 340–355v, 357–357v
- Arbeiter; [einzelne Gewerkschaften bzw. Staaten]; Volksfürsorge
- Gewerkverein christlicher Bergarbeiter** *32/159* 262v–264
- Giesche's Erben, Georg von, Bergwerksgesellschaft (Breslau)** *184/165* 362; *251/167* 272
- Glas**
 - Kristall/Kristallglas
- Gläubiger**
 - Zahlungsstundung *133/164* 118v–123
- Gold**
 - Goldindustrie u. Vaterländischer Hilfsdienst *181/165* 332v
 - Sammlung *118/163* 227v
 - sowjetrussische Zahlungen *253/167* 294
 - Zufluß nach Amerika *144/164* 239
 - Währung
- Gotenburger System**
 - Alkoholismus
- Grenze/Grenzstreifen**
 - Polen (Königreich 1916–18)/Russisch-Polen
- Griechenland** *144/164* 236v, 237, *152/164* 372v–373; *156/165* 47; *198/166* 103v; *205/VI* 191
- Grodziecer Höhenzug** *223/166* 363v
- Großbritannien** *67/161* 124v; *156/165* 44–44v, *163/165* 126, *173/165* 195v, 196v, *180/165* 309; *205/VI* 190–191, 194v, 199v; *215/166* 278v, *222/166* 342v; *246/167* 224v
- Armee *123/163* 296v; *175/165* 213v, 214v, *176/165* 233v, 238
- Beziehungen zu Deutschland *148/164* 308; *173/165* 197v, 199v
- - Flottenrüstung u. Kriegsbereitschaft *56/161* 25v, 30
- - Handelsvertrag *1/158* 200v; *110/163* 111
- - nach dem Weltkrieg *148/164* 311; *220/VI* 211v, 228v–229
- Beziehungen zu nicht-deutschen Staaten *144/164* 237v–238, *148/164* 312v; *175/165* 211, *176/165* 241v; *211/166* 232; *266/167* 396–396v
- - Belgien *158/165* 85; *211/166* 230, 230v, 235v, 240v–241, *225/166* 372v
- - Portugal u. Mocambique *160/165* 97–101
- Export *43/160* 84v, *49/160* 166; *174/165* 204; *190/166* 25v; *249/167* 252
- Import *125/164* 12v, *127/164* 75v; *175/165* 213, *184/165* 359v; *190/166* 28v
- - Nahrungsmittel *48/160* 149–149v; *67/161* 111, 119v, 121; *145/164* 251v; *174/165* 206v–207, *186/165* 381–381v; *190/166* 28–28v

- Weltkrieg *113/163* 125v; *144/164* 235v; *152/164* 369v; *156/165* 38, 47; *164/165* 137v; *173/165* 191v–193v, 201v–202; *176/165* 234, 242; *211/166* 234, 237
- - Friedensschluß *152/164* 371; *173/165* 189v; *180/165* 300, 307–307v; *185/165* 400; *198/166* 103v; *203/166* 159; *211/166* 232; *260/167* 347v
- - Kriegsfinanzierung *144/164* 238v; *148/164* 318v, 321; *149/164* 330; *153/165* 15v; *164/165* 138v; *180/165* 306, 310v; *192/166* 41v, 43–43v; *231/167* 55v; *244/167* 194v, 198v
- - Kriegsziele *176/165* 234; *205/VI* 199v–200
- - Lage *126/164* 47; *132/Fundort* S. 23, 26–27, 30; *146/164* 289; *174/165* 206v; *180/165* 301v, 310v–311; *190/166* 25–33v; *203/166* 158v; *205/VI* 196v; *220/VI* 217v; *245/167* 214v
- - Nord-Ostsee-Kanal *266/167* 396–396v
- - Offensiven *164/165* 135; *173/165* 188–188v
- - Reparationen an Deutschland *180/165* 303
- - U-Boot-Krieg/Blockade *118/163* 232; *125/164* 18v; *126/164* 51; *127/164* 75v; *132/Fundort* S. 23; *161/165* nach Bl. 102: Bl. 1v, 2v–5v, 7; *164/165* 134–142; *173/165* 191v; *174/165* 204; *190/166* 25–33v; *203/166* 157, 159; *204/166* 166v
- - Waffen u. Munition *181/165* 316, 318; *183/165* 343v; *190/166* 28v
- Wirtschaft *43/160* 84v; *181/165* 318
- - Heimarbeiter, Lohnämter *31/159* 244–244v; *38/160* 29
- - Weltstickstofftrust *143/164* 228v–229
- Bank of England
- Große Berliner Straßenbahn AG** *35/160* 17v–18
- Großes Hauptquartier**
- Militär
- Grundbesitz/Großgrundbesitz**
- Auseinandersetzungsangelegenheiten *134/164* 138
- Besitzbefestigung *116/163* 186–194v
- Besteuerung *77/162* 42; *79/162* 61–67v; *149/164* 331, 333v
- - Zuwachssteuergesetz (1911) *18/159* 78, 87–92, 96–102v, 111v, 112v, 115v–123v
- Fideikommiss *1/158* 201; *13/159* 205; *18/159* 78, 88v, 111v, 112v, 122v–123, 28/159 204v–211v; *125/164* 4–9v
- - Fideikommißgesetzentwurf *28/159* 204v–205v; *92/162* 143v, 145–157v; *109/163* 95v, 104–106; *115/163* 179–179v; *134/164* 137v–138; *135/164* 145v–149; *136/164* 152; *148/164* 313v–317; *179/165* 277–281; *186/165* 379–385; *194/166* 62–66v; *196/166* 77–78; *197/166* 92–93v; *198/166* 107; *201/166* 137–138; *205/VI* 190v; *212/166* 247–248v
- Herrenhausvertretung *210/166* 214–223v; *212/166* 250, 252; *214/166* 259–272; *216/166* 291v–299; *217/166* 302–308v; *218/166* 318v
- Höferolle/Stammgüter *125/164* 4; *179/165* 280; *186/165* 380v
- Immobilienhandel *45/160* 111v–122v; *65/161* 98–102; *179/165* 278–278v; *226/167* 12–12v
- Parzellierungen, Einschränkung (Gesetzentwurf) *14/159* 6; *45/160* 111v–122v; *61/161* 68v–71; *65/161* 98–102; *74/162* 3v, 5, 7v–8; *92/162* 143v; *94/162* 181v–187v; *109/163* 95v, 104–106; *115/163* 178–179v; *116/163* 195v; *117/163* 203; *148/164* 314v
- Rentengüter, Zwischenkredite zur Gründung *22/159* 156v
- Verschuldung *1/158* 201; *28/159* 207; *64/161* 89v
- Volksschullasten in Posen u. Westpreußen *108/163* 90–92v
- Vorkaufsrecht, staatliches *94/162* 181v–187v
- Ansiedlungspolitik/Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen; Bauern; Domänen/Domänenpächter; Gutsbezirke

Gruson-Werk

→ Friedrich Krupp AG

Guatemala *110/163* 111

Gumbinnen (Regierungsbezirk) *117/163* 213v, *118/163* 226, 229, 237

Gummi/Kautschuk

- Bewirtschaftung im Weltkrieg *114/163* 146–146v; *144/164* 241

- Kautschuksynthese *114/163* 147v

Gutsbezirke

- keine Ortsstatute *35/160* 12

Haager Abkommen, betr. die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges (1907)

- Kriegsgefangenenarbeit *115/163* 169v, 174v–175

Haager Schiedsgericht

- - betr. Dänen in Nordschleswig *110/163* 117

Habsburger (regierendes Haus) *220/VI* 216, 224v, 232; *245/167* 214, *254/167* 300v

- poln. Thron *253/167* 293

Hadersleben (Kreis) *110/163* 112v–118v; *266/167* 396v–397

Haftpflicht

- staatliche, bei Eisenbahn *106/163* 75–84

Hagenau (Kreis) *146/164* 278–279v

Halle (Regierungsbezirk) *252/167* 277

Hamburg (Freie und Hansestadt) *18/159* 86v; *77/162* 39; *105/163* 59; *198/166* 107v–108, *203/166* 161v; *226/167* 4v, *249/167* 245

- Kriegswohlfahrtspflege *146/164* 286v–287, 289

- Reichstag, Vertretung durch SPD *198/166* 108

Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Actien-Gesellschaft (HAPAG) *114/163* 147v

Hamburger Großverkaufsgesellschaft *136/164* 157

Handel/Großhandel *149/164* 334; *231/167* 56

- Schleichhandel/Schwarzmarkt *125/164* 15; *223/166* 364v; *229/167* 41v–42, *236/167* 136, *251/167* 270, 273v, *252/167* 280v

- Stickstoffmonopol *143/164* 222–230

- Vertretung

- - im Herrenhaus *210/166* 214, 217–217v, 222v–223, *214/166* 263, 265–268, *217/166* 303v, 308–308v, *218/166* 316v–319v

- - im Gesamt-Wasserstraßenbeirat *106/163* 84–85v

- - in der Reichsgetreidestelle *137/164* 160–168

- Zwangssyndizierung *145/164* 249v–250v, 271v

→ Außenhandel; Deutscher Handelstag; Höchstpreise; Kunst/Kunsthandel

Handelskammern *198/166* 112v, *210/166* 222v–223, *214/166* 266, *216/166* 287v, *218/166* 318, *222/166* 347

- Berlin *125/164* 14–14v, *140/164* 189

- Danzig *210/166* 222v

- Essen *118/163* 224, 225v, 232v–233

- Königsberg *113/163* 187v, 194; *210/166* 222v

- Magdeburg *116/163* 196

- Memel *210/166* 222v

- Stettin *210/166* 222v

- Tilsit *113/163* 187v, 194; *210/166* 222v
- württembergische u. Kanalbau *201/166* 133
- Handelsverträge** *43/160* 85–86, *48/160* 136–136v, *49/160* 163v; *67/161* 110v; *110/163* 108v–118v; *156/165* 40, *187/165* 399v
- Dänemark (1818) *110/163* 108v–118v
- Großbritannien *1/158* 200v
- - Dominions *110/163* 111
- Guatemala *110/163* 111
- Italien *144/164* 244
- Österreich-Ungarn *110/163* 110v–111; *207/166* 189v
- Rußland *110/163* 111v; *223/166* 362, *225/166* 373–373v
- Serbien *110/163* 111
- Vereinigte Staaten von Amerika *1/158* 200v, *7/158* 284v–290v
- Handwerk/Handwerker** *183/165* 343v; *234/167* 103
- Herrenhausvertretung *33/159* 283v–285; *210/166* 217–217v, 219v, 222v–223, *214/166* 259v
- Vaterländischer Hilfsdienst *181/165* 325, 327v, 332v
- Hannover** (Provinz) *2/158* 210; *18/159* 85v, 86v, 104–104v; *35/160* 11; *64/161* 93, *67/161* 116; *76/162* 22, 29v; *145/164* 254v; *186/165* 381v
- Forstarbeitergewerkschaft *150/164* 341v, 342; *158/165* 77v, *163/165* 118
- Herrenhaus, Präsentationsrecht *22/159* 154v; *54/161* 3v–4
- Moore/Moorschutz *117/163* 202v–203
- Verwaltung *64/161* 87v
- - Oberpräsidium, Grundsätze für Besetzung *197/166* 94v–99
- Welfen/Welfenfrage *91/162* 129–137, *92/162* 144–145
- - Ordensverleihungen (nach 1866) *83/162* 95–96
- Deutsch-Hannoversche Rechtspartei
- Hannover** (Regierungsbezirk) *216/166* 295
- Regierungspräsidium, Grundsätze für Besetzung *197/166* 94v–99
- Hannover-Elbe-Kanal** *201/166* 133v
- Hansestädte, Freie** *205/VI* 190v; *235/167* 116v–117
- [einzelne Hansestädte]
- Harpener Bergbau AG** *184/165* 361–362
- Harz** (Bergbaurevier) *48/160* 154
- Hauptritterschaftsdirektion der Kur- und Neumark** *240/167* 161
- Hausbesitzer**
- Deutscher Hausbesitzerbund; Wohnungen/Wohnungsbau
- Havas** (frz. Nachrichtenagentur) *132/Fundort* S. 21
- Havel** (Fluß)
- Havelländisches Luch *244/167* 210
- Heer/Heeresvorlagen** *134/164* 125v–136; *199/166* 126; *205/VI* 191v, 198, 201v; *260/167* 346v
- Abdankung Kaiser/König, Verhalten der Truppe *267/167* 407v
- Feldheer/Heimatheer, Übergang *269/167* 416
- Garnisonen
- - Elsaß-Lothringen *146/164* 277
- Großer Generalstab *120/163* 243; *266/167* 397v
- - Eisernes Kreuz, Verleihungen *178/165* 264
- - Kriegsernährungsamt, Verhältnis zueinander *171/165* 185
- - kriegswirtschaftliche Kompetenz *133/164* 114–118

- Juden, Benachteiligung bei Ernennungen 216/166 290
- Kasernen
 - Berlin 70/161 147v
- Kommandierende Generale/Generalkommandos 120/163 244; 255/167 323v
 - Belagerungszustand, Recht zur Verhängung 30/159 231–236
 - Bewirtschaftung im Weltkrieg 121/163 260, 122/163 275v–276; 125/164 11, 14v–15, 16v–18, 126/164 42v, 144/164 246v–247, 145/164 250, 258–258v, 260v; 154/165 25v, 28v, 156/165 49, 51v, 167/165 155–156, 160v, 162, 181/165 318, 319v, 333v; 188/166 3v–6, 13–14
 - Breslau (VI. Armeekorps) 122/163 276v
 - Eisernes Kreuz, Verleihungen 178/165 266
 - Jugend, militärische Vorbildung 120/163 245
 - Kriegsernährungsamt, Kompetenz 255/167 325–325v
 - Kriegswohlfahrtspflege 117/163 201–202
 - Oberkommandierender in den Marken 173/165 194
 - Stettin (II. Armeekorps) 255/167 323v
 - Unruhen 199/166 124v; 264/167 387
 - Zensur 124/163 301v
- Oberste Heeresleitung (OHL) 152/164 368v, 371; 176/165 235–235v, 243–244; 211/166 228v, 215/166 281v, 225/166 376v; 245/167 213, 215, 254/167 303v, 255/167 321v, 263/167 372v, 266/167 391v
 - Bulgarien, militär. Zusammenbruch 255/167 318v–320
 - Friedensschluß 180/165 296–312v, 187/165 398v; 254/167 299, 301, 256/167 329v, 257/167 330–333v, 258/167 335–337, 260/167 345v, 347–347v, 262/167 355–357v, 264/167 384v
 - Friedensvertrag von Brest-Litowsk 225/166 372; 226/167 3, 233/167 76–76v
 - Friedensvertrag von Bukarest 241/167 171v
 - Hindenburg und Ludendorff 226/167 2, 262/167 355–356v, 265/167 388
 - Kabinett Max v. Baden, Bildung 260/167 345v
 - Kriegswirtschaft 167/165 156v, 181/165 316–337; 203/166 161, 209/166 209–211; 251/167 273
 - Kriegsziele 211/166 230–232, 235, 239–239v, 241v, 219/166 323v–329; 220/VI 208–232v; 230/167 47
 - Kühlmann-Krisis 251/167 261
 - Kurland und Litauen, Übergang zur Zivilverwaltung 223/166 361v
 - Lageeinschätzung 203/166 157v; 256/167 326–329v, 260/167 344–348v
 - Polen 175/165 210–224v, 179/165 281v, 285, 286v; 229/167 38–39v, 230/167 43–49v, 236/167 128v, 248/167 230, 263/167 372v
 - Reichsleitung, Zusammenarbeit 227/167 15–15v, 228/167 27–30v, 251/167 261–261v
 - Stimmungslage 239/167 157, 241/167 171
 - U-Boot-Krieg 190/166 25v, 203/166 157
 - Waffenstillstand 269/167 415v
 - Wahlrechtsreform 241/167 176v, 243/167 186v, 188v, 190–190v
- Pioniertruppen 56/161 29v
- Rangliste (Armee) 83/162 95–96
- Truppenteile (deutsche)
 - II. Armeekorps 255/167 323v
 - VI. Armeekorps, stellv. Generalkommando 122/163 276v
 - VI. Landwehr-Armeekorps 122/163 276
 - VII. Armeekorps 145/164 262

- - 8. Armee, Oberkommando *113/163* 184v–185, 191
- Truppenübungsplätze
- - Grenzstreifen zu Polen *229/167* 38v–39, *230/167* 45
- - Jüterbog *220/VI* 231
- - Tempelhofer Feld (b. Berlin) *28/159* 204
- Verluste *256/167* 327, *257/167* 330v
- Verpflegung *118/163* 224, 226, 228, *124/163* 309v; *125/164* 11, *126/164* 58v–59, *133/164* 114v, *140/164* 187–203; *156/165* 49
- - okkupierte Gebiete *154/165* 24v
- - Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung *118/163* 228v, *120/163* 243v, *121/163* 258; *125/164* 18, *127/164* 65v–66, *129/164* 90–93v, *133/164* 116, 117v, 118v, *137/164* 167v–168
- Volksheer *199/166* 123v
- Festungen; Krieg...; Militär; Weltkrieg
- Heeresvorlagen** *30/159* 236–236v; *53/160* 196–196v; *56/161* 25–47
- Heimarbeit/Heimarbeiter**
- Arbeiter
- Heinze**
- Lex Heinze
- Helgoland** (Insel) *146/164* 287v, *148/164* 317; *162/165* 110v
- Henckelsche Verwaltung**
- Fürstlich Henckelsche Verwaltung
- Herrenhaus**
- Abgeordnetenhaus
- - Mitglieder, Reisekosten und Diäten *159/165* 95, *187/165* 393; *191/166* 38, *198/166* 104v, 109v, *210/166* 213v, 219v, *214/166* 271v
- - Stand der Vorlagen vom AH *246/167* 218v–219
- Ausgrabungsgesetz (1914) *83/162* 94–94v
- Beamte
- - Eisenbahnassistenten *71/161* 166–167, 169–169v
- - Krankenkassen *148/164* 316v–317
- Fideikommission *92/162* 145–157v; *135/164* 146; *179/165* 277
- - Fideikommissionsgesetzentwurf *196/166* 78, *197/166* 92–92v
- Fischereigesetz (1916) *134/164* 138–139, *136/164* 152, *137/164* 159v–160, *148/164* 314v, 316v
- Minderheiten
- - Dänen *110/163* 118
- - Polen *94/162* 185; *192/166* 40v, *196/166* 86–86v, 88v–89, *201/166* 138; *227/167* 16v, *234/167* 95v–96v, *263/167* 371v–372, 374–377
- Mitglieder/Struktur HH
- - Ausschluß Fürst Lichnowsky *240/167* 167–169v
- - Berufung Bethmann Hollweg u. Michaelis *226/167* 7–11
- - Berufungen/Pairschub *22/159* 154–155v, *26/159* 177; *33/159* 283v–285; *45/160* 123–124, *47/160* 127v–128; *54/161* 2v–4v; *81/162* 70–74v, *91/162* 136–136v, *96/162* 194–194v; *97/163* 7–9; *208/166* 194v, 195v, *210/166* 218v, *212/166* 250v, 252, *214/166* 264v–265, 269, 270v, *216/166* 298, *217/166* 304, *218/166* 318; *226/167* 7–11, *227/167* 17v–18v, 20, *241/167* 180–180v
- - Fraktionen *18/159* 80, *21/159* 139, 142–142v; *263/167* 372, *266/167* 391–394
- - Freifahrtkarten, Reisekosten und Diäten *14/159* 3; *177/165* 250v–252; *239/167* 149
- - Juden *54/161* 3–4v
- - Zusammensetzung, Kritik des AH *18/159* 79

- Notstände
- - oberschlesische Eisenindustrie *45/160* 109v, 111
- - Ostpreußen (Aug. 1914) *116/163* 187v–194v
- - Teuerung *16/159* 41–41v
- Schulfragen *76/162* 22–34; *100/163* 27v, *108/163* 90–92v
- Sessionen (Eröffnung, Thronreden, Dauer, Schluß)
- - 1910: *12/158* 345v, *13/158* 357v
- - 1912: *54/161* 2v, *61/161* 70
- - 1913: *74/162* 4–4v, 7v, *92/162* 143–145
- - 1914/15: *109/163* 95–96, 104–106; *136/164* 151–155, *137/164* 159v–160
- - 1916: *168/165* 169v–170
- - 1917: *201/166* 137
- - 1918: *248/167* 236v
- Staatshaushalt *117/163* 202–204; *248/167* 236v
- - Haushaltsrecht *210/166* 219; *254/167* 309–315
- Staatsministerium, Beratung mit den Parteiführern *117/163* 202–204
- Wahlrecht
- - Reform 1909/10: *6/158* 257v, 263v, *12/158* 338v; *15/159* 9, 11, *17/159* 61–61v, 63–64, *18/159* 72v, 74v–76v, 79–81, 103–103v, 111–112, 113v, 114v–115, *19/159* 129–129v, 130v, *21/159* 139
- - Reform 1917/18: *153/165* 8; *198/166* 102–120, *199/166* 121–126v, *202/166* 148–149v, 152, *204/166* 170v, 171v; *205/VI* 185v, 191v, 198; *208/166* 194–194v, *209/166* 201–207, *212/166* 250–256v, *214/166* 259–271v, *216/166* 287v, 291v–299, *217/166* 302–308v, *218/166* 311–320v, *221/166* 331–333v, 336v; *226/167* 7–11, *233/167* 89, *241/167* 171v–180v, *242/167* 182–184, *243/167* 186–191v, *248/167* 236v, 237v, *249/167* 244–250, *254/167* 309–315, *263/167* 372
- Wasser/Wasserbau *94/162* 179; *115/163* 168
- Weltkrieg
- - Kriegsfinanzierung *149/164* 333v, 335v; *168/165* 169v–170, *169/165* 173v–174
- - Kundgebung betr. Verbundenheit zwischen Krone und Volk (31.10.1918) *266/167* 391–394
- - U-Boot-Krieg *161/165* nach Bl. 102: Bl. 7
- Wohnungsgesetz (1918) *134/164* 139v–140, *135/164* 147v
- Herzegowina** *220/VI* 224v
- Hessen** (Bundesstaat) *27/159* 190; *38/160* 34; *59/161* 61v; *132/164* 110v; *163/165* 115, *166/165* 145; *198/166* 116; *252/167* 283v, *254/167* 311
- Elsaß-Lothringen, Aufteilung *215/166* 276v
- Jesuitengesetz (1872) *68/161* 138–138v
- Hessen-Nassau** (Provinz) *18/159* 104–104v; *45/160* 113v; *76/162* 22, 29v
- Herrenhausvertretung *22/159* 154v
- Rheingau *150/164* 341v
- Hibernia Bergwerks AG** *43/160* 84v; *184/165* 361–361v, 364, 365v
- Hildesheim** (Regierungsbezirk) *163/165* 126, *177/165* 256
- Hilfsdienst/Hilfsdienstgesetz**
- Kriegswirtschaft
- Hindenburg-Programm**
- Kriegswirtschaft
- Hinterbliebene**
- Witwen und Waisen

Höchstpreise *118/163* 221, 236, *121/163* 256–256v; *125/164* 11, 13, 15v, *133/164* 113–118v; *184/165* 359v

- Preisprüfung/Preisprüfungsstellen *144/164* 240v–241, *145/164* 249v–250; *184/165* 359v
→ [einzelne Waren]; Handel/Großhandel; Kriegswirtschaft; Teuerung; Versorgungslage

Hof (Kreis)

- Abtretung an Sachsen *146/164* 275v

Hohensalza (Kreis) *2/158* 209v

Hohenzollern (regierendes Haus)

→ Kaiser/König

Hohenzollern-Sigmaringen (Fürsten) *210/166* 214v, *214/166* 260–261, 268v

Hohenzollernsche Lande (Regierungsbezirk Sigmaringen) *13/158* 349v; *35/160* 11; *76/162* 29v; *158/165* 73

Holz

→ Wald/Waldungen

Hungersnot

→ Versorgungslage

Hypotheken/Hypothekenbanken *18/159* 85, 86v; *74/162* 7, *91/162* 138; *133/164* 118v–123, *148/164* 314v, *149/164* 331; *154/165* 22, *179/165* 281

- Einigungs- u. Schätzungsämter *122/163* 268v–274v, 279–279v; *148/164* 314v, 315v–316v; *159/165* 91v–94, *161/165* nach Bl. 102: Bl. 7v

- ministerielle Zuordnung *240/167* 160v–167

→ [einzelne Banken]

Import

→ Außenhandel; [einzelne Staaten bzw. Waren]

Indien *132/Fundort* S. 30; *174/165* 206v

Industrie/Industrielle

- Betriebszusammenlegungen *209/166* 210

- chemische Industrie u. Stickstoffmonopol *143/164* 222–230

- Kohlen- u. Rohstoffmangel *144/164* 241–241v; *209/166* 207–211

- Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H., Beteiligung *121/163* 257v

- Kriegslieferungen, Preise *183/165* 352–355v

- Massenproduktion, Normung *262/167* 358v–359

- Vaterländischer Hilfsdienst *181/165* 317v–337, *183/165* 340–355v, 357–357v

- Vermögenssteuer *149/164* 330v, 333v–334

- Vertretung

- - im Herrenhaus *210/166* 214, 217–217v, 222v–223, *212/166* 250v, *214/166* 259v, 263–264, 265–265v, 267–267v, *216/166* 292v, 296–296v, 297v, *217/166* 308v, *218/166* 316v–319v

- - im Gesamt-Wasserstraßenbeirat *106/163* 84–85v

- - in der Reichsgetreidestelle *137/164* 160–168

→ Titelverleihungen; Zentralverband Deutscher Industrieller

Inflation

→ Währung

Information (Pressedienst)

- Verbreitung von Geheimmaterial *38/160* 28–28v

Innere Kolonisation *1/158* 201, *5/158* 244v; *17/159* 66v, 67v, *18/159* 102v; *67/161* 117v, 121v, 124, 126v, 130v; *92/162* 152v–153v; *148/164* 314v

- Latifundien *28/159* 206v, 208, 209v–210v

- Parzellierungen, Einschränkung 45/160 111v–122v; 65/161 98–102; 94/162 181v–187v
- Ansiedlungspolitik/Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen
- Inseratensteuer**
- Wehrvorlage (1913) 77/162 37, 45–48v, 79/162 67
- Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft** (Kiel) 231/167 53v
- Invalidenrenten** 211/166 236; 244/167 194
- Iserlohn** (Kreis) 64/161 85–89
- Isonzo** (Fluß) 131/Fundort S. 7; 134/Fundort S. 1; 173/165 188v, 185/165 376v
- Italien** 106/163 77, 79–79v, 81v; 126/164 61v; 198/166 103v–104; 205/VI 190, 191; 265/167 388v
- Arbeiter in Deutschland 163/165 128v
- Beziehungen zu nicht-deutschen Staaten 77/162 38, 79/162 61; 135/Fundort S. 2
- Import, Rohstoffe 125/164 18v, 126/164 48; 174/165 204
- Irridenta in Österreich-Ungarn 220/VI 224v, 226v, 230
- Weltkrieg 113/163 125v; 144/164 243v–244, 148/164 313; 173/165 201v–202, 180/165 299v, 187/165 399; 198/166 104, 211/166 230; 220/VI 211v; 245/167 214v–215
- - Ausweisung deutscher Vatikan-Angehöriger 190/166 25
- - deutsche Schiffe 160/165 101
- - Friedensschluß 161/165 nach Bl. 102: Bl. 5, 180/165 300; 190/166 25, 203/166 158–159; 265/167 388
- - Kriegseintritt 130/Fundort S. 1–18; 131/Fundort S. 1–15; 132/Fundort S. 19–32; 134/Fundort S. 1–4; 135/Fundort S. 1–3; 174/165 204–208
- - Kriegsziele 134/Fundort S. 1
- - Offensiven 173/165 188v; 190/166 30v; 220/VI 223; 223/166 362v
- Italienisch-türkischer Krieg 1911/12** 49/160 174v

- Jade** (Fluß) 115/163 168
- Januarstreiks** (1918)
- Streiks und Unruhen
- Japan** 131/Fundort S. 5–6; 132/Fundort S. 27; 175/165 213v, 180/165 309, 181/165 316v; 190/166 33–33v; 220/VI 228v
- Jesuiten/Jesuitengesetz** (1872) 68/161 134–143v; 141/164 210–217v, 150/164 343; 153/165 7v, 9v, 11, 185/165 376; 188/166 11v, 15–17v, 196/166 80v, 85v, 89v–90v, 198/166 106v, 216/166 288
- Orden (geistliche)
- Juden** 28/159 216; 220/VI 229; 230/167 46
- Beamte, Benachteiligung 216/166 290–291v
- Herrenhausberufungen 54/161 3–4v; 210/166 218, 224v
- Polen/Russisch-Polen 148/164 311v; 175/165 217, 176/165 229; 223/166 364
- - Auswanderung aus Grenzstreifen 230/167 45v
- - Hunger 122/163 276v; 127/164 81–81v
- Jugend/Jugendfürsorge** 27/159 183–202, 30/159 223–230v, 72/161 172; 134/164 128v, 136v, 139; 216/166 287v; 244/167 210, 262/167 358v
- Gewerkschaften/Arbeiterorganisationen 120/163 244–246v; 150/164 338–343, 151/164 352–356v; 158/165 69–83v, 163/165 114–130
- männliche/weibliche Jugend 30/159 223–227, 229–230
- militärische Vorbildung 120/163 244–246v, 124/163 306; 134/164 125–136
- Sexualpädagogik 168/165 169v

- Wahlrecht 209/166 201v
- Kinder; Pfadfinder; Schulen; Sport/Sportunterricht
- Juli-Krise** (1914)
- Weltkrieg
- Jungdeutschlandbund** (Jugendorganisation) 114/163 144v
- Junggesellensteuer** (Plan) 57/161 49v–50
- Justizministerium**
- Beamte, Reklamation im Kriegsfall 113/163 127v
- - Juden, Benachteiligung 216/166 290
- Minister
- - Beseler 175/165 224v; 206/166 175
- - inaktive, automatisch Herrenhausmitglieder 210/166 224
- - Kandidaturen P. v. Krause u. Porsch 207/166 187v
- - Spahn 207/166 187v; 268/167 413v
- Revolution 1918/19 u. Weiterführung der Geschäfte 269/167 417
- Staatsanwaltschaft, Beeinflussung 28/159 218v
- Strafvollzug, Zuordnung 221/166 336v
- Justizprüfungskommission** 48/160 134
- Justizreform** 179/165 288; 252/167 279v
- Denkschrift, Veröffentlichung 249/167 250–251

- Kabinettsordres**
- Kaiser/König
- Kaffee** 49/160 163–174; 156/165 48–48v; 231/167 59v–66
- Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft** 86/162 113; 97/163 9v–10
- Kaiser-Wilhelm-Kanal** 113/163 126, 115/163 172; 266/167 396–397
- Kaiser-Wilhelm-Spende** 74/162 11
- Kaiser/König** 91/162 129v; 156/165 45; 198/166 103v–120, 199/166 126, 204/166 166v; 205/VI 185v, 190, 191v, 194–194v, 200–201; 206/166 175v–176
- Abdankung 262/167 357, 263/167 364v–366v, 266/167 391–394, 267/167 406v–408, 268/167 410, 269/167 415–418v
- - Führungsaufgabe des Staatsministeriums bei Gefährdung der Monarchie 267/167 406v–408
- Abwesenheit u. staatsrechtliche Handlungsfähigkeit 30/159 233v
- Amnestien 84/162 101–103, 85/162 108v–110; 263/167 366v–368
- Außenpolitik, Zuständigkeit 156/165 40, 45; 261/167 350–353v, 264/167 380v
- - Friedensvertrag von Brest-Litowsk, Ratifizierung 253/167 294v
- - Kriegserklärungen/Friedensschluß 156/165 40, 179/165 290v; 257/167 330, 261/167 350–353v, 264/167 380v
- Belagerungszustand, Recht zur Verhängung 30/159 230v–236
- Bundesrat, Ermächtigung des Kaisers für die Abgabe der preuß. Stimmen 85/162 107v–108
- Elsaß-Lothringen, Souveränität 4/158 214v–229; 28/159 213; 40/160 52–60
- Herrenhaus
- - Berufungen 210/166 214v, 220–221, 214/166 259–271v, 216/166 291v–299, 217/166 302–308v, 218/166 316–319v, 221/166 331v
- - Hohenzollern-Prinzen 210/166 214v, 214/166 260, 268v, 221/166 331v
- - Kundgebung betr. Verbundenheit zwischen Krone und Volk (31.10.1918) 266/167 391–394
- Hohenzollern (regierendes Haus) 173/165 192v, 193v; 205/VI 191, 220/VI 216; 227/167 23
- Information durch Regierung 236/167 127–128, 262/167 357–357v

- Kabinettsordres: Gültigkeit bei Erlaß vor 1850 100/163 29–31, 105/163 56–63
- kaiserliche Familie, Aufenthalt in der Revolution (1918/19) 269/167 416v
- Kolonien, staatsrechtliche Stellung zum Monarchen 51/160 185–187v, 190–191v
- Militärkabinett 267/167 406v, 268/167 410–411, 269/167 415–416v
- - Unterstellung unter den Kriegsminister 263/167 378v–379, 264/167 383
- Militäroberbefehl 30/159 230v; 263/167 377v–379v, 264/167 380v–384v
- - Intervention in Finnland 235/167 120
- - Militärkonvention mit Polen 176/165 231, 179/165 283v
- Parlamente
- - Landtag, Recht zu Eröffnung u. Schluß 134/164 136v–137v
- - Reichstag, Vertagung 179/165 288–290v
- Personalunionen/Thronangebote
- - mit dem Baltikum 251/167 262–269v, 252/167 287–287v, 253/167 295v–296, 255/167 321–322
- - Polen: preuß. Prinz als Regent 253/167 293
- „Persönliches Regiment“ 22/159 151–151v
- - Althoff's Pläne zum Ausbau von Dahlem (b. Berlin) 5/158 247–251
- - Auszeichnungen außerhalb Anciennität 27/159 180
- - Beschwörung einer „slawischen Gefahr“ 220/VI 214, 216, 222v, 224v, 225v, 227v–232v
- Regentschaft von Eitel Friedrich 269/167 416v
- Reichskanzler u. Gegenzeichnung kaiserlicher Verordnungen 30/159 231; 156/165 45
- Regierungsjubiläum 1913 78/162 58–59v, 81/162 70–74v, 83/162 97–97v, 84/162 101–103, 85/162 108v–110, 86/162 112v–114
- Rumänien, Geburtstagstelegramm an Ferdinand I. 174/165 204v–205
- Rußland, Sturz des Zaren 198/166 114
- Staatsministerium 198/166 104v–105
- - Neujahrswünsche an Wilhelm II. 125/164 2
- Stellvertretung (Unterschriftsleistung) durch Kronprinz 23/159 164–164v
- Waldeck-Pyrmont 117/163 217–217v
- Weltkrieg 141/164 217v
- - Abreise an die Front 114/163 141, 148v
- - Entlastung durch Staatsministerium 114/163 141–141v, 117/163 215v–217v; 170/165 178v–179
- - U-Boot-Krieg 173/165 193v, 202v
- Zivilkabinett 177/165 246
- - Amtswechsel GehKabR Valentini/Berg 228/167 28v–29, 30v–31
- Kronprinz
- Kaiserliches Statistisches Amt**
- Vorratsstatistik Getreide 118/163 222, 232
- Kakao** 145/164 253, 271v; 156/165 48–48v
- Kali/Kaligesetz** (1910) 7/158 284v–290v; 43/160 83; 56/161 39, 41, 43v–44v
- Elsaß-Lothringen 146/164 280–280v
- Export 156/165 50v–51v
- Mindestlöhne 31/159 245; 251/167 272v
- Kammergericht** 7/158 292v–293; 94/162 179–181v
- Präsident, Herrenhausmitgliedschaft 210/166 223v–224
- Kanada** 174/165 206v; 190/166 28

Kanäle 254/167 306

- Grenzstreifen zu Polen 230/167 45, 47
- Kanalarbeiter, Urlaub 26/159 172–174
- Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Zuordnung 236/167 131–131v
- Reichsbeihilfen zum Bau 201/166 132–137
- [einzelne Kanäle]; Südwestdeutscher Kanalverein; Wasser/Wasserstraßen

Kapitalabfindungsgesetz (1916)

- Ansiedlungspolitik/Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen

Kapitulation

- Friedensschlüsse

Kartoffeln

- Bewirtschaftung im Weltkrieg 118/163 221–237; 125/164 14–16v, 126/164 41v–51v, 127/164 64–79v, 132/164 110v–111v, 133/164 114v, 116–116v, 140/164 187–203, 144/164 240v, 243–243v, 244v, 145/164 250, 253–266v, 147/164 294, 300v–302v; 154/165 28v, 32, 167/165 161v, 176/165 234v, 180/165 302v; 195/166 68–75v, 203/166 161; 205/VI 183, 189v; 212/166 248v, 249v; 228/167 29v, 229/167 41–41v, 236/167 133–133v, 134v–135, 239/167 157–158v, 251/167 273v, 253/167 292
- - Reichskartoffelstelle 145/164 254v–255v
- Trocknung 114/163 144v–145v, 118/163 232v; 126/164 45–45v, 127/164 66–66v, 73v; 236/167 135

Kasernen

- Heer/Heeresvorlagen

Kassel (Regierungsbezirk) 64/161 93

Kathedersozialismus 55/161 20

Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb 184/165 362

„Kattowitzer Vorgänge“ (1909)

- Wahlen

Kiautschou (Kolonie) 180/165 303, 187/165 39

- Kolonial- und Konsulargericht 101/163 44

Kieler Förde 266/167 397

Kinder

- Beamte
- - Kinderversicherung 252/167 279
- - Kinderzulagen 82/162 80–92; 252/167 278–286v
- Kindesmord 239/167 152
- Sterblichkeit 126/164 49v–50
- uneheliche, Rechtsstellung u. Überlebenschance 239/167 151–156
- Jugend/Jugendfürsorge

Kino 216/166 287v

Kirche (evangelische) 5/158 244; 186/165 383v; 205/VI 190, 195v–196

- Erfurter Kirchenkonferenz (1898) 38/160 30v
- Evangelischer Bund 141/164 215
- Evangelischer Oberkirchenrat
- - Feuerbestattung 38/160 33v
- - Kirchenbau 240/167 164v
- Finanzierung, Staatszuschüsse 149/164 331v; 205/VI 196
- Generalsynode 38/160 30v; 210/166 218, 224
- Herrenhausvertretung 210/166 218, 224–224v

- Mischehen *15/159* 14v–16
- Schulen, kirchliche *205/VI* 196
- Kirche (katholische)** *15/159* 15–15v; *186/165* 383, 384v; *205/VI* 190, 195v–196
- Antimodernisteneid (Motuproprio v. 1.9.1910) *34/160* 2–6, 9
- Bischöfe/Bistümer
- - Passau, Hirtenbrief 1917 *205/VI* 190
- - Posen und Gnesen (Erzbischof) *114/163* 142; *134/164* 140–140v; *196/166* 87
- - Bischofskonferenz Fulda *34/160* 4, 9; *210/166* 218, 224v
- Domkapitel/Domstifte
- - Elsaß-Lothringen *215/166* 281
- - Posen und Gnesen *134/164* 140–140v
- Finanzierung, Staatszuschüsse *149/164* 331v; *205/VI* 196
- Geistliche, Disziplinarrecht *34/160* 2–6, 9
- Herrenhausvertretung *210/166* 218, 224–224v, *214/166* 259v
- Hl. Stuhl/Papst *15/159* 15; *34/160* 2–6, 9; *134/164* 140–140v, *141/164* 211
- - Enzyklika: Pascendi dominici gregis (1907) *34/160* 3v, 9
- - Enzyklika: Editae saepe (Borromäus-E., 1910) *34/160* 5–5v
- - Gesandtschaft Preußens *135/Fundort* S. 3
- - Note 1917 *211/166* 229v
- Kirchenbau *240/167* 164v–165v
- Klöster, Verleihung der juristischen Persönlichkeit *188/166* 16v–17v
- Kommunion (päpstl. Dekret v. 8.8.1910) *34/160* 2–6, 9
- Kriegseintritt Italiens *134/Fundort* S. 4
- Litauen, Ausweisung des Administrators aus Wilna *251/167* 267v, 268
- Mischehen *15/159* 14v–16
- Schule
- - kirchliche *205/VI* 196
- - Religionsunterricht/Oppelner System *263/167* 368v–377v
- Orden (geistliche)
- Kirche (russisch-orthodoxe)**
- Polen (Königreich 1916–18) *176/165* 229v
- Kirche/Konfession** (allgemein) *149/164* 329; *198/166* 118v; *205/VI* 185v, 194v
- Beamte, Konfessionszugehörigkeit *81/162* 78; *216/166* 290v
- Fideikomnisse, Konfessionszugehörigkeit *186/165* 383–384v
- Geistliche
- - Besoldung/Pensionen *97/163* 6v
- - Entschädigung (russische Invasion Aug. 1914) *120/163* 248v–251
- - Stimmungslage der Bevölkerung *125/164* 11v; *173/165* 194, 199, 201, 202v
- - Kriegsteuerungszulagen *193/166* 58v–60; *232/167* 72v, *252/167* 280v, 286–286v
- - Kriegswohlfahrtspflege, Sammlungen *139/164* 180v–183
- - polnische Pfarrer, Gehaltszulagen *196/166* 79
- - Vaterländischer Hilfsdienst *181/165* 328
- - Volksschullasten *108/163* 90–92v
- Herrenhausvertretung *210/166* 217v–218, 224, *212/166* 253–253v, *214/166* 259v, *216/166* 294v
- Staat und Kirche, Trennung *205/VI* 196
- - Landtag, Einfluß auf Kirchenrecht *217/166* 304v, 306, *218/166* 315
- - Religionsunterricht *205/VI* 196

Kleinasien

- wirtschaftliche Ausnutzung im Weltkrieg *158/165* 84

Knappschaften

- Gesetz (1906) *125/164* 4v, 9v

- Knappschaftskassen *31/159* 242v

- - Herrenhausvertretung *210/166* 223v

Kohle *44/160* 91v–102

- Ausfuhrverbote *49/160* 166; *125/164* 18–19, *126/164* 47v; *184/165* 359v; *190/166* 33, *209/166* 207v–208

- Bewirtschaftung im Weltkrieg *114/163* 143v–144, *120/163* 243v; *125/164* 19, *126/164* 56, *143/164* 229v, *144/164* 245v–246v; *184/165* 359–366, *187/165* 388–390v; *204/166* 169; *205/VI* 184, 191v, 192v; *209/166* 207–211, *211/166* 228v–229, *212/166* 248v–250; *228/167* 29v, *239/167* 157, *236/167* 133, 136, *246/167* 222v, 223v, *251/167* 270–274, *263/167* 372v

- - Reichskommissar für die Kohlenverteilung *209/166* 207–211; *239/167* 157

- - Syndikat für Auslandsverkäufe *184/165* 362

- Eisenbahntarife, Ermäßigung *55/161* 10–16

- Kohlensteuer *77/162* 46v, 48v–49; *184/165* 363v, 364v, 366v, *187/165* 390v; *205/VI* 198; *223/166* 366v, 368; *231/167* 61v

→ [einzelne Montanbetriebe oder -reviere bzw. Staaten]; Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat

Kölnische Volkszeitung *49/160* 167, *50/160* 177

Kölnische Zeitung *201/166* 142

Kolonialwaren

- Import aus neutralen Staaten *174/165* 206–206v

Kolonialpolitik

- Kolonialgerichtshof *101/163* 42v–46

- Rechtsstellung *51/160* 185–187v, 190–191v; *162/165* 110–110v

- Rechtssystem auf preuß. Basis *101/163* 43–43v

- Weltkrieg *180/165* 300, 302v–303, 306, *187/165* 399; *260/167* 348v

- - Eisernes Kreuz, Verleihungen *114/163* 148–148v; *178/165* 264v

- - Kriegsziele Deutschlands *187/165* 399; *211/166* 241v; *231/167* 54

→ [einzelne Kolonien]

Kolonisation, innere

→ Innere Kolonisation

Kommandierende Generale/Generalkommandos

→ Heer/Heeresvorlagen

Kommunen/Kommunalverbände *215/166* 277v; *249/167* 246

- Beiräte mit kommunalen Abgeordneten *143/164* 222–230

- Betriebe *235/167* 115v

- - Gemischtwirtschaftliche Unternehmen, Umsatzsteuerbefreiung *238/167* 139–143

- Bewirtschaftung im Weltkrieg *125/164* 13v–14v, 16, *126/164* 42v–43, 46v–47, *127/164* 66v–67, 74, 78v–79v, *129/164* 84v–87, *133/164* 114, 117–118, *137/164* 160–168, *140/164* 187–203, *145/164* 249–266v, 268–271v, *147/164* 291–305; *154/165* 24v–34v, *167/165* 162; *236/167* 133v, 135, *239/167* 157

- - Kohlenpreise *184/165* 360, 363, *187/165* 389

- - Kriegsernährungsamt *167/165* 156, 161v

- - Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H. *121/163* 257–261v

- Finanzen *108/163* 90v–91; *149/164* 331v–332; *166/165* 147v–148, 150v, *177/165* 252v; *192/166* 47v, *223/166* 366v; *226/167* 11v, *231/167* 63v
- - Einkommenssteuer *148/164* 321, *149/164* 328v–329
- - Kommunalabgaben u. -steuern *18/159* 102v, 115v–116, 122; *70/161* 147–147v, 150; *88/162* 118v, *92/162* 143v; *109/163* 95v, 104–106, *115/163* 178; *125/164* 5v–6; *166/165* 148; *192/166* 42v; *231/167* 59, 63v–64, *244/167* 193–207v
- - Zuwachssteuergesetz (1911) *18/159* 101v, 119v–121v; *100/163* 22–26v
- Fleischnot (1911/12) *67/161* 111v–132
- Grundstücksverkehrsverordnung *226/167* 12–12v
- Herrenhausvertretung *210/166* 215v–216, *214/166* 259–271v, *217/166* 308
- Kommunalwahlen
- - Berlin *5/158* 234; *50/160* 183
- - Ersatzwahlen 1914–18 *117/163* 206v–209
- - Kattowitz (1909) *6/158* 278v, *7/158* 280v–284, *8/158* 298–298v, 305, *9/158* 310v; *15/159* 13v–14v; *50/160* 179v–181
- - Köln *6/158* 259v
- - Wahlrecht *17/159* 61; *202/166* 147, *216/166* 287v
- Kreisblätter *254/167* 308
- Kriegswohlfahrtspflege, zusätzliche Reichsmittel *122/163* 268–268v; *146/164* 285v–289v
- Schankkonzessionen *81/162* 74v–78
- SPD, Mitwirkung an der Verwaltung *205/VI* 197v–198
- Staatsaufsicht u. Selbstverwaltung *88/162* 118v; *177/165* 253; *199/166* 121v–122v
- - Staatskommissar für Volksernährung *193/166* 57
- Verwaltungen
- - Einschränkung wegen Massenaufgebot von Freiwilligen (Plan, Okt. 1918) *262/167* 358v
- - Verwaltungsreform *177/165* 253, 256v
- Zweckverbände, kommunale
- - Gesetz (1911) *35/160* 11–21
- - Groß-Berlin *35/160* 11–21; *70/161* 146–156; *75/162* 16–20; *109/163* 96v–103v, *122/163* 269; *149/164* 332v; *187/165* 391v; *191/166* 36, *197/166* 94, 98v–99, *216/166* 287v, 289
- Beamte; Städte/Städtebau; Wohnungen/Wohnungsbau
- Kongo** *180/165* 300
- Königlich Preußische Staatsbank (Seehandlung)**
- Seehandlung
- Königsberg (Kreis)** *254/167* 308v
- Königsberger Allgemeine Zeitung** *14/159* 5v–6
- Konjunktur**
- Wirtschaftslage
- Konservative Partei/Deutschkonservative Partei** *18/159* 105v–106; *64/161* 86–87; *91/162* 136; *134/164* 136; *173/165* 202; *197/166* 96, *199/166* 123v, *203/166* 156v
- Abgeordnetenhaus
- - Anwesenheit von Ministern *72/161* 174v, 176–176v
- - Freifahrtkarten, Reisekosten und Diäten *187/165* 391; *248/167* 237, 238v, *250/167* 257v, 258v
- - Vertagung Okt. 1914 *113/163* 195
- Außenpolitik
- - Äquatorialafrika- u. Marokko-Abkommen (1911) *51/160* 185v, 187v
- - Friedensvertrag von Brest-Litowsk *226/167* 3

- Ansiedlungspolitik/Ansiedlungskommission *17/159* 66v; *42/160* 65v, *45/160* 115, 121v, *51/160* 188v; *115/163* 172v; *151/164* 362
- Beamtenpolitik *71/161* 166v; *97/163* 2v
- - Wahlverhalten gegenüber SPD *50/160* 177v, 180, 181v
- Elsaß-Lothringen *40/160* 52v, 57, *44/160* 104v; *150/164* 345
- Fortbildungsschulen *45/160* 108; *76/162* 23–34
- Kriegsfinanzierung *148/164* 320v–321, *149/164* 329, 330v, 333–334; *159/165* 91v–92, *166/165* 145v, 146v, *169/165* 173v–174v; *244/167* 200v
- Kriegswirtschaft *140/164* 199; *183/165* 341v
- - Vaterländischer Hilfsdienst *181/165* 329, *183/165* 341v–342, *185/165* 368, 369v, 372v
- - Versorgungslage *161/165* nach Bl. 102: Bl. 6v–7
- Landwirtschaftspolitik *61/161* 70v; *74/162* 5
- - Fideikommißgesetzentwurf *28/159* 204v–205v; *125/164* 3v–9v, *148/164* 314; *179/165* 278–278v; *186/165* 383, 385; *194/166* 64–66v, *196/166* 77–78, *197/166* 92v, *212/166* 247v
- - Fleischnot (1912) *67/161* 123, 129
- Polen (als Minderheit) *2/158* 206v; *175/165* 216; *196/166* 86v
- Reichstag
- - Reichstagswahlrecht *28/159* 217–218; *201/166* 139–139v
- - Session 1914–18 *150/164* 337v
- - ständige Kommission für Außenpolitik *179/165* 287v, 290
- - Verfassungsausschuß *198/166* 104v, 115–115v
- Reichsvereinsgesetznovelle (1916) *150/164* 338, *151/164* 351; *158/165* 69v, *163/165* 114v, 116v–117, 119, 122–122v, 124v, 126v; *255/167* 323v
- Sozialpolitik
- - Arbeitskammergesetz (Entwurf 1910) *31/159* 241v
- - Reichsversicherungsordnung (1911) *31/159* 248v, 254, 255v–256; *43/160* 74v, 79v
- - Waldverkäufe des Fiskus an Berlin *75/162* 16
- - Wohnungsgesetz (1918) *117/163* 203v; *134/164* 139v; *179/165* 280v
- Steuerpolitik
- - Einkommens- und Ergänzungssteuer *148/164* 320v, *149/164* 329; *153/165* 13v
- - Kommunalabgaben *109/163* 95v
- - Zuwachssteuergesetz (1911) *18/159* 88
- U-Boot-Krieg *156/165* 43v, *161/165* nach Bl. 102: Bl. 4, 6v, *163/165* 122, *173/165* 191, 193, 198v
- Wahlen
- - Ersatzwahlen 1914–18 *117/163* 207v
- - „Kattowitzer Vorgänge“ *7/158* 281, 283
- - Kommunalwahlen Berlin *5/158* 234
- - Reichstagswahlrecht *248/167* 232–234
- - Wahlrechtsreform *6/158* 257v, 258v, 276–277, 278v, *12/158* 338–338v; *15/159* 8–9v, 10v, *17/159* 57v–64v, *18/159* 71v–72v, 74–75v, 76v–78v, 79v, 103v, 107–108, 109v–112v, 113v, 114v–115, *19/159* 128v–129v, 131–132, 133v, *21/159* 143, *23/159* 159v, 160v, 161v, 162v–163v; *96/162* 193–193v; *153/165* 3v–5, 7, 8v–9, 10; *198/166* 106v, 115v, 117, *202/166* 146–153v, *204/166* 168v; *205/VI* 182, 185, 186v, 189; *208/166* 194, *210/166* 218v, *212/166* 247v, 251, 255, *214/166* 269v, *218/166* 314–314v, 315v; *231/167* 53, *233/167* 86v, *234/167* 94v–95, *241/167* 175v, *243/167* 186–186v, *249/167* 244v, 245v, 250, *254/167* 313, *256/167* 329
- Wehrvorlagen (1912/13) *56/161* 26v–27v, 35–35v, 37–38, 39v, 40v, 42–43, 44v–45v, *57/161* 53, *63/161* 77v–83; *74/162* 6, 8, *77/162* 36–49v, *79/162* 66

- Wirtschaftspolitik
- - Bergfiskus, Beteiligung am Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat 43/160 82v
- - Einfuhrscheinsystem 48/160 142v, 49/160 164v, 167
- - Kaligesetz (1910) 7/158 288v
- - Mittellandkanal 115/163 170v, 175v, 116/163 195v–196v, 117/163 204, 201/166 135v
- - Stickstoffmonopol 143/164 227
- Zusammenarbeit mit
- - christlichen Gewerkschaften 140/164 198v
- - Regierung Bethmann Hollweg 1/158 200v; 163/165 122
- - Zentrumspartei 23/159 161
- Ordenssachen
- Konsumgenossenschaften u. -vereine** 48/160 140v
- Konsumverein Bochum 67/161 125
- Konsumverein Cottbus 124/163 301v–302
- Mitgliedschaft von Beamten u. Staatsarbeitern 64/161 95v; 124/163 301v–302, 305–306; 126/164 62
- Genossenschaften; Zentralverband Deutscher Konsumvereine
- Korrespondenz Arndt** (kath. Pressekorrespondenz) 156/165 43v
- Kowno** (russ. Gouvernement) 113/163 125v
- Krankenkassen**
- Beamte; Reichsversicherungsordnung (1911)
- Kreisausschüsse/-tage**
- Ansiedlungspolitik, Wirkung auf Zusammensetzung 17/159 68
- Herrenhausvertretung 210/166 216–216v, 222, 214/166 261, 264, 218/166 319v
- Kreisblätter**
- Presse/Pressepolitik
- Kreuznacher Abkommen** (1917) 219/166 323v–329; 220/VI 208–232v; 223/166 362v
- Kreuz-Zeitung**
- Neue Preußische Zeitung
- Krieg** (allgemein)
- Kriegserklärung, Zuständigkeit zur Abgabe 156/165 40
- „Zukunftskrieg“ (das Bild vom kommenden Krieg) 56/161 25–26, 28v–31; 134/164 126v, 134v–135
- Militär
- Krieg 1756–63** 220/VI 220
- Krieg 1806** 180/165 309
- Beamte, Verhalten bei feindlicher Invasion 117/163 211
- Krieg 1812/13**
- Jahrtausendausstellung Breslau (1912) 48/160 134v–135
- Krieg 1864** 235/167 120v, 266/167 395v
- Krieg 1866** 115/163 169v, 117/163 211; 266/167 395v
- Königgrätz (Schlacht) 220/VI 211
- Wiener Frieden 215/166 282
- Krieg 1870/71** 134/164 134v–135
- Besatzungstruppen 117/163 214
- Frankfurter Frieden (1871) 4/158 215, 220v; 110/163 110
- Kriegsentschädigung 162/165 106–106v

- Kriegsgefangene, Arbeit *115/163* 170

- Sedan (Schlacht) *176/165* 236v

Krieg 1914/18

→ Weltkrieg

Kriegervereine *72/161* 172–172v

- Elsaß-Lothringen *33/159* 282v–283; *95/162* 189v–190

Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H. *120/163* 243–244, *121/163* 256–261v; *126/164* 42–51v, *127/164* 65, 73, *129/164* 94–96v, *133/164* 116–118v, *137/164* 160–168, *140/164* 187v–203, *144/164* 241v–242

Kriegsakademie

- Neubau *70/161* 147v

Kriegsamt

→ Kriegsministerium

Kriegsanleihen

→ Kriegsfinanzierung

Kriegsausschuß für Ersatzfutter *141/164* 218v–219

Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen

- Kohlenpreise *184/165* 360, 363

Kriegsausschüsse

→ Schlichtungsstellen/-ämter

Kriegsernährungsamt *167/165* 155–165, *168/165* 168v, *171/165* 183–185, *173/165* 201v, *183/165* 340v–341v; *193/166* 50–58v, *195/166* 68–75v, *198/166* 104, 119v; *205/VI* 184; *246/167* 221v

- Frieden von Brest-Litowsk *223/166* 364v–365v

- Kommandierende Generale, Konflikte *255/167* 325, 326v

- Kriegswirtschaftsämter u. -stellen *188/166* 2–6, 13–14

- parlamentarischer Beirat *229/167* 41v

- Staatssekretäre

- - Batocki-Friebe *207/166* 190

- - Personalunion mit preuß. Staatskommissar f. Volksernährung *207/166* 188, 190

- - Waldow *207/166* 190–190v; *268/167* 410–414

- Verhältnis zum Staatsministerium *238/167* 144v–145

Kriegsfinanzierung *126/164* 58; *140/Fundort* S. 3, 8; *144/164* 237–238, *148/164* 317–322v, *149/164* 327–335v; *153/165* 13–17v, *159/165* 88–94, *161/165* nach Bl. 102: Bl. 6, 7v–8, *166/165* 145–152v, *168/165* 169v–170, *180/165* 306, *183/165* 344, 352–355v; *192/166* 40v–48v, *196/166* 88–89; *205/VI* 198; *211/166* 236–237, 239, *223/166* 366–368v; *231/167* 54v–66v, *236/167* 128, *244/167* 193–207v, *246/167* 221v, *254/167* 302v

- Finanzbedarf nach dem Krieg *177/165* 252–253, 254v, 255v, 260; *211/166* 236–236v

- Kriegsanleihen *114/163* 148, *118/163* 227v, *123/163* 296v; *133/164* 121v; *173/165* 201, *178/165* 270, *180/165* 309; *204/166* 169v, *208/166* 196; *231/167* 54v–55v, 56v, 59v, 62, *244/167* 201, 204v

→ [einzelne Staaten]; Reparationen; Subsidien

Kriegsgefangene *115/163* 167–176, *116/163* 195v, *118/163* 224, 228v; *127/164* 68, *140/164* 190, *144/164* 246; *154/165* 33, *175/165* 218–219, 220v–221, 223–224, *176/165* 240; *223/166* 364v; *251/167* 272–273

- Rückkehrer aus Rußland *260/167* 346v

→ [einzelne Kriege bzw. Staaten]

Kriegsgewinne/Kriegsgewinnsteuern 118/163 227, 234v; 125/164 3v, 126/164 50, 134/164 141v–143, 136/164 155–157, 137/164 159v–160, 148/164 319v, 322, 149/164 329v, 151/164 358v; 158/165 67–69; 192/166 40v–48v, 194/166 63v, 196/166 77–78, 197/166 92–93v; 205/VI 182–183, 191v, 197v; 231/167 55v, 56v–57v, 59, 61v, 244/167 193–207v, 267/167 406

Kriegsinvaliden

- Kriegsteuerungszulagen 252/167 279v

→ Ansiedlungspolitik/Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen; Militärversorgungsgesetze

Kriegskakaogesellschaft m.b.H. 156/165 48v

→ Kakao

Kriegsleistungen/Kriegsleistungsgesetz (1875)

- Bezahlung durch Reparationen an Deutschland 115/163 170v, 116/163 185v

- Vaterländischer Hilfsdienst 181/165 319v, 332

Kriegsminister/Kriegsministerium

- Eisernes Kreuz, Verleihungen an Ministerialbeamte 178/165 264v

- Gebäude 71/161 158–164

- Generalstab, Kontakte mit Staatsministerium 133/164 115v, 116v

- Kriegsamt 181/165 332–333v, 183/165 346, 351v, 352v, 354, 357–357v; 188/166 10, 209/166 207–211; 240/167 166v–167

- - Kompetenzstreit mit Ministerium der öffentlichen Arbeiten 188/166 6–11v

- - Kriegsrohstoffabteilung 152/164 367v; 158/165 84v, 187/165 389

- - Kriegswirtschaftsämter u. -stellen 188/166 2–6, 13–14

- - Vaterländischer Hilfsdienst 185/165 369–369v

- Militärkabinett, Unterstellung 263/167 378v–379

- Minister

- - Fachkenntnisse, Notwendigkeit 268/167 413

- - Falkenhayn 89/162 125, 91/162 129, 141

- - Göhre als Beigeordneter 269/167 416

- - Heeringen 5/158 232, 252–252v; 89/162 125

- - Rederecht im Abgeordnetenhaus 71/161 158–164

- - Reichskanzler, Stellvertretung 264/167 381v–382

- - Scheüch 261/167 350, 354–354v

- - Stein 181/165 316; 206/166 175–175v

- - Unkenntnis der militärischen Lage 253/167 292, 254/167 302

- - Verantwortlichkeit gegenüber RT 264/167 381v–382, 384

- - Wild von Hohenborn, Amtseinführung 129/164 84

- Revolution (1918/19) 269/167 416

Kriegsschäden

- Entschädigung im Reichsgebiet 162/165 104–111v

- Ostpreußen (Aug. 1914) 115/163 177–177v, 178v, 116/163 184v–194v, 117/163 209–215v, 120/163 247–251

Kriegsstelle zur Vorbereitung der Wirtschaftsfragen für die Friedensverhandlungen (Büro Dr. Helfferich) 207/166 187v

Kriegssteuern

→ [einzelne Staaten]; Kriegsfinanzierung; Kriegsgewinne/Kriegsgewinnsteuern

Kriegswirtschaft (allgemein) 120/163 243v–244; 133/164 113–118v, 152/164 367v–374v;

193/166 54, 203/166 157–157v, 204/166 169; 205/VI 193, 195v

- Eisernes Kreuz, Verleihungen 178/165 271

- Hindenburg-Programm *180/165* 300v, 302–302v, 304–305, 308v, 311–311v, *184/165* 359v, 365v; *188/166* 9v–11v, *203/166* 161, *209/166* 210; *231/167* 62
- Neubau von Betrieben mit Staatskapital *121/163* 256–261v, *124/163* 309–316v; *126/164* 52–60v
- parlamentarische Zuständigkeit *129/164* 87v–88
- Rohstoffbewirtschaftung (allgemein) *114/163* 143v–147v; *125/164* 11, 13, *144/164* 241, *152/164* 367v–374v; *211/166* 229, 237; *231/167* 56
- - Absatzgarantien des Staates *126/164* 52–60v
- - Kriegsfolgelasten, Finanzierung *211/166* 236v
- strategische Lage von Betrieben *124/163* 311
- Übergangswirtschaft u. Demobilisierung *134/164* 133, *140/164* 193v, 199v, *144/164* 241v; *177/165* 255v, 260; *231/167* 56v, *246/167* 221v, *251/167* 271v
- Vaterländischer Hilfsdienst *180/165* 300v–301, *181/165* 316–337, *183/165* 340–355v, 357–357v, *184/165* 362v, 364v, 366v, *185/165* 368–376, *186/165* 385–386; *188/166* 8, *198/166* 110v, *218/166* 317; *234/167* 99, 106v, *235/167* 117, *260/167* 346v
- [einzelne Organisationen bzw. Dienststellen, Produkte u. Wirtschaftsgüter]; Kriegsminister/Kriegsministerium; Waffen und Munition; Wirtschaftslage
- Kriegswohlfahrtspflege** *117/163* 201–202, *122/163* 268–268v; *129/164* 87v, *133/164* 367v, *139/164* 182, *149/164* 328, 334v–335, *150/164* 342v
- Auszeichnungen für Verdienste, Grundsätze *117/163* 205–205v
- kirchliche Sammlungen, Genehmigung *139/164* 180v–183
- Kommunen, zusätzliche Reichsmittel *122/163* 268–268v; *146/164* 285v–289v
- Kriegsziele** (Deutschlands) *132/164* 107; *132/Fundort* S. 25–26, *140/Fundort* S. 4–9; *141/164* 217v; *173/165* 191, 194–194v, 198v, 200–200v, *180/165* 296–312v, *187/165* 398v–399v; *198/166* 107, *203/166* 156v, 160v–161v, *211/166* 228–242, *219/166* 323v–329; *220/VI* 208–232v; *223/166* 360v–366, *225/166* 372–374; *230/167* 47, 49–49v, *231/167* 54, *251/167* 262, *253/167* 291v, 296v
- Abstimmung mit Österreich-Ungarn *219/166* 323v–329; *220/VI* 208–232v; *231/167* 54
- [einzelne Staaten bzw. Territorien]
- Kroatien** *220/VI* 224v
- Kronprinz**
- Abdankung *267/167* 407v
- Stellvertretung des Kaisers bei Unterschriftsleistung *23/159* 164–164v
- Teilnahme an den Staatsgeschäften *227/167* 19–25v, *228/167* 31–31v
- Vorträge über Verwaltungspraxis *98/163* 12; *171/165* 185–185v
- Kaiser/König
- Krupp-Werke**
- Friedrich Krupp AG
- Kunst/Kunsthandel** *249/167* 251–253
- Künstler u. Vaterländischer Hilfsdienst *181/165* 328
- Kunstakademien *240/167* 164v
- Maler
- - Ordenssache Max Liebermann *221/166* 337
- Musikinstrumente *238/167* 140–141v
- Kupfer**
- Bewirtschaftung im Weltkrieg *114/163* 146–146v, 147v
- - okkupierte Gebiete *152/164* 369; *158/165* 83v–86
- Kur- und Neumärkische Haupt-Ritterschafts-Direktion**
- Hauptritterschaftsdirektion der Kur- und Neumark

Kurland *148/164* 311; *173/165* 199–199v, *175/165* 212, 218v, *176/165* 235v, *180/165* 300, 303, *187/165* 398v; *203/166* 160v, *211/166* 230, 234v, 239v, *219/166* 327–328, 329; *220/VI* 219v, 222; *223/166* 360v–362, *225/166* 372–372v; *230/167* 44, *245/167* 215–215v, *248/167* 235v, *251/167* 262–269v, *252/167* 287–287v, *253/167* 295

- Informationsreise von MdA *248/167* 235–236v, *253/167* 292v–293, 295, *255/167* 320v–321
- Reichskommissar für Kurland und Litauen *251/167* 274–274v

Küstenland (österr. Kronländer) *220/VI* 226v

Lage, militärische/politische

→ Stimmungslage der Bevölkerung; Weltkrieg

Lahn (Fluß)

- Kanalisierung *44/160* 91–102; *55/161* 10–16

Landarbeiter

→ Landwirtschaft

Landesamt für Nahrungsmittel und Eier

→ Eier/Geflügel

Landeseisenbahnrat

→ Eisenbahn

Landesfleischamt

→ Fleisch

Landesfuttermittelstelle

→ Vieh

Landesgetreidestelle

→ Getreide

Landesgewerbeamt *27/159* 193

Landesökonomiekollegium *92/162* 148v; *140/164* 188v

- Kriegswirtschaft, Ständiger Beirat *133/164* 114–115

Landesvermittlungsstellen

→ Getreide

Landesverrat

- Fürst Lichnowsky *240/167* 169–169v
- Niederschlagung von Verfahren *263/167* 366v–368
- Streiks in militärisch wichtigen Betrieben *229/167* 40–40v
- Verfahren an Kriegsgerichten *263/167* 366v–367

Landesverwaltungsgesetz (1883)

- Verwaltungsreform *88/162* 118–123, *92/162* 143v, 145; *125/164* 5v

Landeswasseramt/-rat

→ Wasser/Wasserstraßen

Landräte (allgemein)

- Bewirtschaftung im Weltkrieg *125/164* 10v, *126/164* 42–42v, *127/164* 69, *129/164* 94–96; *145/164* 249–266v; *154/165* 25–25v, 27–27v; *197/166* 92v, 97
- - Kriegswirtschaftsämter u. -stellen *188/166* 2–6, 13–14
- Eisernes Kreuz, Verleihungen *178/165* 265
- Herrenhausmitgliedschaft *210/166* 216, *217/166* 308
- Kreisblätter *254/167* 307–309
- Kriegsanzleihepropaganda *173/165* 201

- Kriegsfreiwillige
- - Abschied, wenn ungenehmigt ziviler Posten verlassen wurde *117/163* 205v–206v
- - Massenaufgebot (Plan, Okt. 1918), Verbot Teilnahme *262/167* 358
- politische Betätigung *254/167* 305v–306, 309
- russische Invasion (Aug. 1914) *117/163* 209–215v
- Schulaufsicht *88/162* 121v–122v
- SPD, Zusammenarbeit *205/VI* 197v
- Steuerveranlagung: durch Steuerkommissare zu ersetzen *53/160* 200v–203v; *267/167* 406
- Verwaltungsreform *177/165* 253v, 259
- Landschaften** (Kreditinstitute) *246/167* 223v
- Generallandschaften
- - Ostpreußen, Direktor W. Kapp *173/165* 200; *222/166* 349v–352v, *212/166* 244–245v
- Kriegsschäden (Ostpreußen Aug. 1914) *116/163* 185v–194v
- ministerielle Zuordnung *240/167* 160v–167
- Hypotheken/Hypothekenbanken
- Landtag**
- Außenpolitik, keine Zuständigkeit *156/165* 37–46v
- Einnahmewilligungsrecht *148/164* 318
- Sessionen (Eröffnung, Thronreden, Dauer, Schluß)
- - 1908: *6/158* 256–257; *153/165* 3–11v; *205/VI* 182v
- - 1911: *34/160* 2, *38/160* 28–28v, *45/160* 108–108v, 124, *48/160* 157–157v
- - 1912: *50/160* 176–177, *51/160* 189–189v; *54/161* 2
- - 1913: *84/162* 99–101, *86/162* 112–112v
- - 1914/15: *109/163* 95–96, 104–106, *113/163* 127v, *115/163* 172v–176, 178–179v, *116/163* 194v–195v, *117/163* 202v–204v; *125/164* 2–9v, *129/164* 87–90, 97, *134/164* 136–140, *135/164* 145v–149, *136/164* 151–155, *137/164* 159v–160
- - 1916/18: *145/164* 266v–267, *148/164* 313v–317, *151/164* 358–358v; *153/165* 2–13, *154/165* 20–20v, *159/165* 91v–94, *161/165* nach Bl. 102: Bl. 7v–8, *167/165* 165v, *168/165* 169v–170, *169/165* 173–175v; *201/166* 137–138, *212/166* 247, *216/166* 287–288v; *248/167* 236v–239v
- - Einberufung rechtzeitig für Etatberatungen *54/161* 7v–8
- Staatshaushalt (Gesetzentwurf) *125/164* 2v–9v, *129/164* 87–90, 97, *134/164* 136; *223/166* 369
- Staatsministerium
- - Recht zur Schließung Landtag *134/164* 136v–137v
- - Verantwortlichkeit der Minister *71/161* 158–164
- Vereinigter Landtag (1847), Herrenkurie *210/166* 215
- Landwirtschaft** *67/161* 114, 120, 123v–124; *114/163* 144–145; *140/164* 187, *145/164* 249–266v, 268–271v, *147/164* 300v; *154/165* 28v, *161/165* nach Bl. 102: Bl. 6v; *246/167* 219v
- Düngemittel *124/163* 309–316v; *125/164* 17, *126/164* 52–60v; *167/165* 155v; *193/166* 53
- - Eisenbahntarife *48/160* 137v–138
- - Händler, Vertretung im Stickstoffmonopol *143/164* 222–230
- - Kriegswirtschaftsämter u. -stellen *188/166* 4v–6
- Einfuhrscheine *48/160* 142v–144v, *49/160* 163–174
- Ernte *48/160* 135–157v; *67/161* 113; *118/163* 221–237, *124/163* 309v, 311; *126/164* 55v, *127/164* 64v, *133/164* 113–118v, *137/164* 160–168, *140/164* 187–203, *144/164* 240; *154/165* 24v–34v, *167/165* 159v, *171/165* 184v, *174/165* 206v, *176/165* 234v, *180/165* 302v, 305v, 308v; *188/166* 5v, *190/166* 25v, 28, *193/166* 50v, *195/166* 68–75v, *203/166* 161, *204/166* 165v, 169v; *205/VI* 183–184, 187v, 189v, 198v; *246/167* 219v–225v

- Kohleversorgung 209/166 207v–208v; 251/167 273v
- Landarbeiter 28/159 206v
- - Abwanderung in Städte 26/159 172–175
- - Arbeitskammern, Ausschluß 234/167 101–102, 104v
- - Arbeitskräftemangel 127/164 70v, 134/164 127v, 130v–131, 140/164 190, 152/164 368v–370; 175/165 218–219, 220v–221, 223–224, 181/165 326; 188/166 2–6, 13–14, 223/166 364v, 365v; 260/167 346v, 266/167 391
- - Koalitionsrecht 150/164 341v; 158/165 72v–83v, 163/165 114–130; 222/166 344, 348v–349
- Reichsversicherungsordnung (1911)/Unfallversicherung 15/159 23v; 61/161 69v–71
- Umsatzsteuer 238/167 140v–141
- Vaterländischer Hilfsdienst 181/165 316v, 321v, 326
- - Schlichtungsstellen 183/165 342, 350–351, 185/165 368–376
- Vermögenssteuer 149/164 330v–331, 333v–334
- Vertretung
- - im Herrenhaus 210/166 215v–217, 221v–222v, 223v, 218/166 316v, 317v, 319
- - im Gesamt-Wasserstraßenbeirat 106/163 84–85v
- - im Stickstoffmonopol (Beirat) 143/164 222–230
- - in der Reichsgetreidestelle 137/164 160–168
- Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft; Deutscher Landwirtschaftsrat; [einzelne Agrarerzeugnisse bzw. Staaten]
- Landwirtschaftskammern**
- Bewirtschaftung im Weltkrieg 118/163 228v; 125/164 16, 127/164 68, 145/164 255–255v, 258v
- Brandenburg 118/163 228v
- Ernteberichte 48/160 136v
- Getreidepreise 246/167 222
- Herrenhausvertretung 210/166 217–217v, 214/166 260v, 268, 216/166 295v, 218/166 318v
- Landarbeiter, Zusammenschluß 234/167 101
- Wahlrechtsreform 198/166 112v
- Lateinische Münzunion** 211/166 234
- Währung
- Lausitz (Territorium)** 184/165 359v–360, 362
- Abtretung an Sachsen 146/164 275v
- Lebensversicherungen** 64/161 89v, 92v–93, 96; 74/162 9–12, 75/162 20v
- [einzelne Gesellschaften]
- Leder/Lederindustrie** 181/165 317, 332v; 211/166 229
- Lehrer** 97/163 6v; 205/VI 196v
- Besoldung 53/160 199v–203v; 82/162 88v–90; 102/163 49v–53
- - Kriegsteuerungszulagen 193/166 58v–60; 252/167 286
- Herrenhausmitgliedschaft 214/166 270v; 226/167 9–9v
- Juden, Benachteiligung 216/166 291–291v
- Lehrervereine 78/162 58v–59
- Propagandaarbeit im Weltkrieg 125/164 11v; 173/165 194, 199, 201, 202v
- russische Invasion Aug. 1914, Entschädigung 116/163 188–194v, 120/163 247–251
- staatsrechtliche Stellung 39/160 43v–50v
- Vaterländischer Hilfsdienst 181/165 328, 330
- Volksschullehrer 27/159 184v; 102/163 49v–53
- - Besoldung 232/167 72v, 252/167 280v, 286–286v

- Wahlen, Arbeit in Wahlorganen 78/162 58v–59
- Schulen
- Leipziger Ärzteverband**
- Wirtschaftlicher Verband deutscher Ärzte
- Leipziger Tageblatt** 255/167 323
- Leipziger Volkszeitung** 263/167 364v
- Lettland** 253/167 295v
- Lex Heinze** 240/167 168
- Limonadensteuer** 231/167 66
- Linden** (Kreis) 54/161 4
- Lippe** (Bundesstaat)
- Bewirtschaftung im Weltkrieg 137/164 167
- Lippe** (Fluß) 115/163 171v
- Lippe-Seitenkanal 115/163 168, 173v
- Litauen** 148/164 311; 173/165 199, 175/165 212, 218v, 176/165 228v, 235v, 179/165 286v, 180/165 300, 303, 187/165 398v; 203/166 160v, 211/166 230, 234v 239v, 219/166 327–328, 329; 220/VI 219v, 222, 229, 231v; 223/166 360v–363, 225/166 372–372v, 377v; 230/167 44, 245/167 215v, 251/167 262–269v, 252/167 287–287v, 253/167 293–293v
- Informationsreise von MdA 248/167 235–236v
- kath. Administrator in Wilna, Ausweisung 251/167 267v–268
- Militärverwaltung, Mißstände 248/167 236
- Reichskommissar für Kurland und Litauen 251/167 274–274v
- Livland** 223/166 362, 225/166 372v; 245/167 215–215v, 248/167 235–236v, 251/167 262–269v, 252/167 287–287v
- Loewe AG**
- Ludwig Loewe & Co. AG
- Longwy und Briey** (Bergbaurevier) 55/161 13; 132/164 107, 146/164 279v; 180/165 302v, 187/165 398v; 203/166 160v, 211/166 232, 235v–238, 239v, 240, 242; 220/VI 221v; 230/167 44, 49
- Lonzawerke** (Stickstofffabrik, Waldshut/Baden) 126/164 58
- Lotterien** 166/165 148
- Elsaß-Lothringen
- Lovcen** (montenegrin. Landschaft) 180/165 299v
- Lübeck** (Freie und Hansestadt) 18/159 86v; 77/162 39; 146/164 286v–287
- Ludwig Loewe & Co. AG** 126/164 57v, 59
- Luftwaffe**
- Betriebe, strategische Lage 124/163 311; 263/167 377v
- Flugplätze im Grenzstreifen zu Polen 229/167 38v–39, 230/167 45
- Marinefliegerei 56/161 31; 77/162 36v
- Weichsel, Bedeutung als Fliegerstraße 230/167 43v
- Wehrvorlage (1912) 56/161 29v, 31
- Militär; Weltkrieg
- Lusitania** (US-amerikan. Schiff) 156/165 37–46v
- Luxemburg** (Großherzogtum) 40/160 54v; 44/160 92v–93v; 55/161 12v–13; 211/166 236; 220/VI 221v; 266/167 399
- - südwestdeutsches Reichseisenbahnnetz 132/164 109

- Luxusindustrie/Luxussteuer** 156/165 50v, 52v; 223/166 368; 231/167 57v, 59v, 238/167 139–143, 244/167 193, 249/167 251–253
 - Vaterländischer Hilfsdienst 181/165 332v
- Maas** (Fluß) 161/165 nach Bl. 102: Bl. 6; 220/VI 221v
- Macva-Winkel** (serb. Landschaft) 180/165 299v
- Madeira** (Insel) 160/165 97v
- Main** (Fluß) 44/160 100v–101
- Malapane-Prozna-Kanal** 230/167 47
- Mannschaftsversorgungsgesetze**
 → Soldaten
- Mansfelder Land** (Bergbaurevier) 30/159 235
- Marine/Marinepolitik** 121/163 256v, 258v; 205/VI 191v, 201v; 209/166 207v; 260/167 346v
 - Admiralstab 173/165 200v, 178/165 264; 266/167 397v
 - Meutereien 1917, Amnestie 268/167 409
 - Nachrichtenbüro Reichsmarineamt 161/165 nach Bl. 102: Bl. 1v–2
 - Offiziere und Beamte, Gegenzeichnung der Patente durch StS Reichsmarineamt 264/167 382
 - Reichsmarineamt, Staatssekretäre
 - - Amtswechsel Tirpitz/Capelle 161/165 nach Bl. 102: Bl. 1–8
 - Seekriegsleitung, Friedensangebot Oktober 1918 257/167 330v–331
 - Stützpunkte 187/165 399, 211/166 230–232, 241v
 - Wehrvorlage (1912) 53/160 196–196v; 56/161 25–47
 → Militär; Weltkrieg
- Maritza** (Fluß) 144/164 236v
- Mark** (Grafschaft) 64/161 85–89
- Mark Brandenburg** (Provinz)
 → Brandenburg (Provinz)
- Markkurs**
 → Währung
- Marokko/Marokko-Abkommen** (1911) 48/160 134, 136v, 49/160 168v, 50/160 176, 51/160 185–187v, 190–191v; 156/165 44v
- Matrikularbeiträge** 63/161 81, 82v; 132/164 110; 231/167 59v–60, 244/167 195v, 202
 - Kriegssteuern 166/165 145–152v
 - mecklenburgische Stände, Verweigerung 8/158 306
 - Wehrvorlagen (1912/13) 56/161 40–40v, 42, 46; 77/162 36–49v, 79/162 61–67v
 → Bundesstaaten (allgemein)
- Le **Matin** (Zeitung) 85/162 105v
- Mazedonien** 144/164 236v; 174/165 204v, 180/165 299v
- Mecklenburg/-Schwerin bzw. -Strelitz** (Bundesstaaten) 18/159 85v; 57/161 49v–50; 157/165 59, 163/165 115; 198/166 107v, 201/166 135, 203/166 161v; 205/VI 190v
 - Beamte
 - - Massenaufgebot von Freiwilligen (Plan, Okt. 1918) 262/167 357v
 - Verfassungsfrage 8/158 305–307v; 78/162 51v–58; 201/166 138–138v
- Medizinalangelegenheiten**
 - ministerielle Zuordnung 18/159 82v–84

Melioration 122/163 270v, 271v–272; 176/165 232; 194/166 65; 244/167 210

- Meliorationsämter 88/162 118

- Moore 74/162 5; 115/163 170v, 117/163 202v–203, 124/163 310v; 125/164 4v, 9v

- Notstandsarbeiten 114/163 143, 115/163 167–176

Messen/Ausstellungen

- Reichswirtschaftsamt, Zuständigkeit 207/166 189v

Mexiko 106/163 77

Militär (allgemein)

- Armeelieferanten 125/164 3v

- Geheimnisverrat, Todesstrafe 84/162 99–99v

- Großes Hauptquartier 123/163 296; 144/164 235v; 164/165 134, 174/165 205; 216/166 287, 225/166 372; 249/167 250, 253/167 292

- - Beurteilung der Politiker 199/166 125

- - Friedensangebot der Mittelmächte (Dez. 1916) 180/165 296–312v, 185/165 377

- - Kühlmann-Krise 251/167 261

- - Lageeinschätzung 256/167 326v

- - Stimmung 241/167 171

- - Vaterländischer Hilfsdienst 181/165 324v, 326v

- Militäranwärterwesen, Reform 252/167 279v

- Militärbeamte

- - Ernennung durch Kaiser/König 263/167 377v–379v, 264/167 382

- - Ernennungsrecht in Bundesstaaten 264/167 382v, 384

- - Kriegsteuerungszulagen 252/167 283v–284

- Militärdienst u. Sozialdemokratie

- - Befehlsverweigerungen 1918, Einflußnahme SPD-Staatssekretäre 264/167 386v

- - Einjährig-Freiwillige, Zulassung von SPD-Mitgliedern 98/163 13v–17v

- Militärdiktatur 255/167 324

- - Androhung durch Groener 188/166 10

- - betr. Kriegswirtschaft 133/164 115

- Waffengebrauch im Inland 100/163 29–31, 105/163 56–63; 205/VI 187, 200v; 255/167 323v

- Wehrpflicht/Wehrverfassung 134/164 130; 231/167 60v

- - militärische Vorbildung 134/164 125–136

- Wehrvorlage (1912) 53/160 196–196v; 56/161 25–47, 57/161 49–55v, 59/161 61–62, 61/161 70v, 63/161 77–83

- Wehrvorlage (1913) 77/162 36–49v, 78/162 51–51v, 79/162 61–67v, 84/162 102v, 85/162 108v, 89/162 125v–126, 92/162 144–145

→ [einzelne Staaten]; Haager Abkommen, betr. die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges; Heer; Heeresvorlagen; Krieg...; Luftwaffe; Marine/Marinepolitik; Offiziere; Soldaten; Waffen und Munition; Weltkrieg

Militärisch-politische Korrespondenz 78/162 51

Militärkabinett

→ Kaiser/König

Militärstrafgesetzbuch (1872)

- Novelle (1913) 89/162 125v–126

Militärstrafverfahren

- Steuerflucht 238/167 143–143v

Militärversorgungsgesetze

- Novelle (Plan) 267/167 403–405v
- Zusatzrente 134/164 140v–141v

Militärwerkstätten 150/164 339, 340v

→ Arbeiter

Minderheiten

→ Dänen (als Minderheit); Elsaß-Lothringen; Polen (als Minderheit)

Mineralwassersteuer 231/167 66

Minette (Montanrevier) 44/160 91v–102

Minister (allgemein) 198/166 120

- Außenpolitik: Unterrichtung durch Reichsleitung 143/164 231; 253/167 292v
- Beleidigungen durch die Presse 35/160 21–23v; 127/164 79v–81; 186/165 385–386; 254/167 307–307v
- - „Fall Zitzewitz“ (betr. Breitenbach u. Heeringen) 35/160 22v
- inaktive
- - Herrenhausmitgliedschaft 210/166 218, 224, 214/166 261, 263v, 268
- - Verwendung als Oberpräsidenten 208/166 197–198v
- Kommunalwahlen, Teilnahme gegen SPD 50/160 183
- Mitgliedschaft in Ehrenausschüssen 48/160 134v–135
- öffentliche Reden u. Stimmungslage der Bevölkerung 173/165 195v, 196v, 201, 202v
- ohne Portefeuille 256/167 327v
- Recht auf Berufung der Unterstaatssekretäre 17/159 57; 259/167 340–341v
- Reichsleitung, Mitarbeit 71/161 158–164
- Rederecht im Abgeordnetenhaus 71/161 158–164
- Repräsentationsgelder 117/163 201–202; 159/165 94v
- - Hilfsaktion, persönliche, für Russisch-Polen 127/164 81–81v
- Uniform 126/164 41
- Urlaubstermine 45/160 109v; 110/163 118v
- Verantwortlichkeit, parlamentarische 14/159 3v; 71/161 158–164; 133/164 115v; 201/166 142v–143v; 205/VI 194–194v; 255/167 322v, 257/167 332v–333, 268/167 410–414
- Zuständigkeiten, Einschränkung im Weltkrieg 193/166 52–58v

→ Staatsministerium

Ministerien (allgemein) 133/164 115v; 252/167 281v, 285

- Geheimhaltung 38/160 28–28v
- Revolution 1918/19, Weiterführung der Geschäfte 269/167 416–418

→ Staatsministerium

Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten

- Fortbildungsschulen 27/159 182v–184, 188, 189v, 191v–192, 196–197; 39/160 43v–50v
- Jugendfürsorge 30/159 223–230v
- Medizinalabteilung, Abgabe an Ministerium des Innern 18/159 82v–84
- Minister
- - Schmidt-Ott 207/166 187, 209/166 200; 268/167 410–414
- - Trott zu Solz 1/158 200; 206/166 175v
- - Trott zu Solz, Vertretung durch UStS Wever (1908/09) 2/158 210v

Ministerium der öffentlichen Arbeiten 236/167 130v

- Abonnements der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung 233/167 81v–82
- Kriegsamt, Verhältnis zueinander 188/166 6–11v, 193/166 55v

- Minister
- - Breitenbach 206/166 175; 259/167 340–341v, 268/167 410–414
- - Fachkenntnisse, Notwendigkeit 259/167 341–341v, 268/167 413
- Strompolizei/Wasserbauabteilung 177/165 259v; 236/167 131
- Wohnungskommissar 236/167 129v–133, 240/167 160–167
- Ministerium des Innern**
- Bewirtschaftung im Weltkrieg 125/164 11v, 16v–18
- Geheimhaltung 38/160 28–28v; 227/167 18v
- Kommunalaufsicht u. Staatskommissar für Volksernährung 193/166 57
- Medizinalabteilung, Übernahme vom Kultusministerium 18/159 82v–84
- Minister
- - Dallwitz 26/159 170; 108/163 92v–93
- - Drews 207/166 187; 243/167 188, 268/167 410–414
- - Lentze 204/166 167v, 171v–172v
- - Loebell 109/163 95; 206/166 175–175v
- Strafvollzug, Abgabe an Justizministerium 221/166 336v
- Ministerium für Handel und Gewerbe**
- Fortbildungsschulen 27/159 191v–192; 39/160 43v–50v; 100/163 26v–28v
- Jugendfürsorge 30/159 223–230v
- Minister
- - Fischbeck 261/167 350
- - Sydow 1/158 200; 206/166 175
- Strompolizei 177/165 259v
- Wohnungskommissar 236/167 129v–131, 240/167 160–167
- Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten**
- Bauabteilung 236/167 131v
- - Wohnungskommissar 240/167 160–167
- Fortbildungsschulen 100/163 26v–28v
- Kriegsernährungsamt, Verhältnis zueinander 167/165 157v–165; 195/166 70–70v, 73–74
- Minister
- - Eisenhart-Rothe 207/166 187v; 268/167 410–414
- - Kandidaturen v. Freier, v. Grootte u. A. Frh. v. Massenbach 207/166 187v
- - Schorlemer 25/159 167; 193/166 52–53v, 204/166 168v, 171v–172v, 206/166 175–175v
- Reichsfettstelle 193/166 53
- Zentrale für Ernährungsfragen (Preußen) 193/166 52–58v
- Zuständigkeiten, Einschränkung im Weltkrieg 193/166 52–58v
- Ministerium für Volkswohlfahrt** 268/167 413
- Ministerpräsident/Vizepräsident**
- Abreise an die Front Aug. 1914 114/163 141
- Ämtertrennung Reichskanzler/Ministerpräsident unmöglich 219/166 323–323v; 228/167 27, 257/167 331v–332v
- Bethmann Hollweg 198/166 119v–120, 204/166 167v, 171v–172v, 206/166 174–176; 256/167 328
- - Beleidigungen durch Südekum bzw. Frh. v. Zedlitz 14/159 6–6v; 63/161 77
- - Grundsätze der Politik 1/158 200–201; 95/162 190; 117/163 203v, 123/163 297v–298; 198/166 119v–120
- Hertling 219/166 323–323v; 233/167 89v, 243/167 188, 256/167 326–329v, 257/167 330–333v, 259/167 339–339v, 268/167 412

- Michaelis 208/166 192–193
- Unterrichtung des Staatsministeriums durch MinPräs. bzw. Reichskanzler 227/167 15–16, 253/167 292v, 255/167 320–320v
- Vizepräsident
- - Amtswechsel Delbrück-Breitenbach 168/165 168–169v
- - Delbrück 114/163 141v
- - Friedberg 221/166 331; 243/167 188, 268/167 413–414
- Wohnungskommissar, Unterstellungsverhältnis 240/167 160v
- Staatsministerium
- Miquel'sche Finanzreform**
- Finanzreformen
- Mischehen**
- Offiziere
- Mitteldeutschland** 118/163 228; 126/164 49, 145/164 259; 203/166 161
- Braunkohle, Preise 184/165 359v–362
- Mitteleuropa** 148/164 308; 220/VI 211v, 223, 227v
- Mittellandkanal** 44/160 97v; 115/163 167–176, 116/163 195v, 117/163 204; 201/166 134–137; 254/167 312
- Mittelmeer** 144/164 239v; 161/165 nach Bl. 102: Bl. 2v–3
- Mittelstandskasse** (Posen) 45/160 115; 74/162 5
- Moabiter Unruhen** (1910)
- Streiks und Unruhen
- Mocambique** (portug. Kolonie) 160/165 97v, 100v
- Moldau** (Moldova, rumän. Landschaft) 245/167 212v
- Monopole/Staatsmonopole**
- Finanzierung der Kriegsfolgelasten 177/165 255v, 260; 211/166 236v; 231/167 56, 61v
- Wehrvorlage (1912) 56/161 39, 41, 43v
- [einzelne Monopole]
- Montan- und Schwerindustrie** (allgemein) 43/160 82–89, 44/160 91–102, 45/160 109v–111; 183/165 350, 184/165 359–359v; 241/167 175v
- Eisen/Stahl 7/158 286; 125/164 14v, 126/164 48; 156/165 50, 187/165 389; 190/166 33, 211/166 232, 235v–236
- - Eisenbahntarife 55/161 10–16
- Bergbau/Berggesetz; [einzelne Industriereviere]
- Montenegro** 180/165 299v; 198/166 116v; 255/167 322v
- Moore**
- Melioration
- Moratorium** (wirtschaftliches) 133/164 118v–123
- Mosel** (Fluß) 44/160 91–102; 55/161 10–16
- Weinanbaugebiet 121/163 261v
- Mulde** (Fluß) 124/163 315
- Müllerei/Mühlen**
- Getreide
- Münchener Neueste Nachrichten** 263/167 364v
- Munition**
- Kriegswirtschaft; Waffen und Munition
- Münster** (Regierungsbezirk) 93/162 159v

Münzen

→ Lateinische Münzunion; Währung

Murmanküste 260/167 348v

Museen

→ Kunst/Kunsthandel

Nahrungsmittel

- Bewirtschaftung im Weltkrieg 114/163 144v–146v, 116/163 196v–197v, 118/163 221–237, 120/163 243–244, 121/163 256–261v, 122/163 276–277v, 124/163 309–316v; 132/164 110v–111v, 136/164 157–157v, 137/164 160–168, 140/164 187–203, 145/164 249–266v, 268–271v, 147/164 291–305, 148/164 317–317v; 153/165 15v, 154/165 24v–34v, 156/165 47v, 50–50v, 184/165 359v; 239/167 158, 269/167 415v

- - Beirat aus Reichstag u. Bundesrat 151/164 356v–358

- - Kriegsernährungsamt 167/165 155–165

- - Pressekampagne 150/164 343–343v

- Eisenbahntarife 48/160 136–142v

- Konservenfabriken 125/164 13v

- Nahrungsmittelgewerbe

- - Arbeitskammergesetz (Entwurf) 234/167 103

- Preise (bis 1914) 16/159 41–41v, 22/159 149, 32/159 267v; 49/160 163–174; 94/162 166v

- Zigarren als Ersatz 181/165 327v

→ Teuerung; Versorgungslage

Nahverkehr, öffentlicher

- Elektrifizierung

- - Stadtbahn Berlin 74/162 4, 8

- - Stadtbahn Bitterfeld 124/163 314v–315

- Schnellbahnen (Hoch- u. Untergrundbahnen) 35/160 13–19v

- Straßenbahn

- - Berlin, Untertunnelung der „Linden“ 240/167 165

- - Frauen, Beschäftigung im Vaterländischen Hilfsdienst 181/165 317v

- - Haftpflicht 106/163 75v

- Verkehrssteuer 192/166 47–48v

Narew (Fluß) 176/165 231; 223/166 363; 230/167 44

Nassau (Herzogtum) 92/162 145v

Nationalliberale Partei (NLP) 18/159 104v, 105v, 22/159 153v; 157/165 58v, 175/165 216, 176/165 240v; 233/167 85

- Abgeordnetenhaus

- - Anwesenheit von Ministern 72/161 174v

- - Freifahrtkarten 159/165 94, 177/165 249

- - Verlängerung der Session 92/162 145

- Äquatorialafrika- u. Marokko-Abkommen 51/160 185, 186v–187v

- Ansiedlungspolitik/Ansiedlungskommission ... 17/159 66v; 45/160 115, 51/160 189; 199/166 122

- Beziehungen zur Regierung/Reichsleitung 1/158 200v

- - Justizminister 207/166 187–187v

- - Koalitionskabinette 201/166 142v

- - Reichsbehörden, Besetzung mit nationallib. Kandidaten 207/166 188, 189v

- Elsaß-Lothringen 40/160 52v–53, 44/160 106; 150/164 345; 215/166 275

- Kriegswirtschaft 140/164 199
- - Vaterländischer Hilfsdienst 181/165 329, 185/165 368v, 369v, 370v, 372
- Landwirtschaftspolitik 61/161 68
- - Fideikommißgesetzentwurf 28/159 205–205v; 125/164 4, 135/164 146v, 148/164 314; 179/165 277v–278, 279v, 186/165 379v, 383–383v; 194/166 62–64, 196/166 77, 197/166 92v–93, 212/166 247–247v
- - Fleischnot (1911/12) 67/161 112v, 114v, 117v, 127v
- Mitgliedschaft u. Parteiorganisation
- - Kasseler Parteitag (1910) 28/159 205
- - Mitglieder als Kandidaten für höhere staatliche Verwaltung 197/166 97v
- - Parteipresse u. Regierung 173/165 202
- Provinziales und kommunales Wirken
- - Bremervörde, Kreisblatt 254/167 308
- - Hannover (Provinz) 197/166 94v–95, 97v, 99
- - Posen (Prov.) 108/163 90v
- Militärpolitik 134/164 130
- - „Erfurter Vorgänge“ 89/162 125v
- - Wehrvorlagen (1912/13) 56/161 26v, 27v, 37–38, 42v–43, 44v, 63/161 77v–83; 77/162 39v
- Reichstag 179/165 287v; 198/166 115
- Reichsvereinsgesetz (1908) 163/165 116, 118v, 123v, 126–126v; 196/166 85
- Sozialpolitik 31/159 248v; 43/160 74v; 98/163 12v
- - Wohnungsgesetz (1918) 134/164 139v, 135/164 146v; 179/165 280v
- Steuerpolitik 148/164 320v; 159/165 93v, 166/165 145v, 146v, 169/165 173v; 244/167 193v, 267/167 405v
- Verfassungspolitik 201/166 134
- - Parlamentarisierung 268/167 411v
- - Staatsgerichtshof 201/166 142v
- Wahlen 32/159 263; 78/162 58v; 117/163 207v
- - „Kattowitzer Vorgänge“ 7/158 281
- - Wahlrechtsreform 6/158 257v, 259, 261, 265, 277–278, 12/158 338–338v; 15/159 8v–9, 10v–11, 17/159 57v–59v, 61v–65, 18/159 71v–74v, 76v–78, 79v–80v, 103–105v, 110–115v, 19/159 128–130, 131–131v, 134, 21/159 139v, 140v, 23/159 159v–160, 161, 162v, 163v; 60/161 64–65v; 96/162 193v; 198/166 106, 108v, 115v, 201/166 139, 140v, 202/166 146–153v, 204/166 166; 205/VI 185–186, 188v, 190v; 208/166 194, 209/166 204, 212/166 251–251v, 218/166 311v, 314–314v, 316; 233/167 86v, 87v, 241/167 172, 174, 177, 249/167 249v, 254/167 314, 268/167 413v
- Weltkrieg
- - Friedensangebot der Mittelmächte (Dez. 1916) 187/165 398
- - Friedensvertrag von Brest-Litowsk 226/167 3
- - U-Boot-Krieg 161/165 nach Bl. 102: Bl. 7, 163/165 122, 173/165 191
- Wirtschaftspolitik 7/158 288v; 43/160 82v; 143/164 227–227v
- - Einfuhrscheinsystem 48/160 142v, 49/160 164v, 167v
- Ordenssachen
- Neckar** (Fluß)
- Kanalisierung 44/160 91–102; 146/164 281v
- Netze** (Fluß) 201/166 133v
- Neue Preußische Zeitung** (Kreuz-Zeitung) 6/158 258; 173/165 202
- Neuseeland** 183/165 352v

- Neutrale Staaten** *126/164* 47v; *164/165* 135v; *198/166* 103v, *211/166* 229, 234v
 - Friedensschluß *180/165* 299; *254/167* 299–299v
 - Handel mit Deutschland *114/163* 143v; *125/164* 18–19; *156/165* 46v–52v, *173/165* 200v; *246/167* 222
 - Steuerflucht Deutscher *231/167* 58v
Neutral-Moresnet (Gemeinde b. Aachen) *211/166* 235
Niederbarnim (Kreis) *35/160* 12v, 15; *204/166* 171v, *210/166* 213v
 - Zusammenarbeit Landrat-SPD *205/VI* 197v
Niederlande *44/160* 101, *48/160* 147v, 149v; *141/164* 214v; *159/165* 88v
 - Export *127/164* 76
 - - nach Deutschland *67/161* 109v–110, 112v, 116–116v, 122v, 131v; *126/164* 44v, 45v, 49, *127/164* 72v, 76; *156/165* 47–48, *173/165* 200v, *174/165* 206–207; *236/167* 135v, *239/167* 157v
 - Import aus Deutschland *125/164* 18v; *156/165* 52; *190/166* 33; *236/167* 128, 134v
 - Weltkrieg *159/165* 88v, *164/165* 135v, *174/165* 206; *190/166* 25v–26, 28, 31, 33; *211/166* 240v; *236/167* 128
 - - Friedensschluß, Vermittlung *253/167* 291v
Niederrhein (Landschaft) *55/161* 12v; *67/161* 116
Niederschlesien *251/167* 270
Njemen (Fluß) *223/166* 363
Nogat (Fluß) *22/159* 156v
Nord-Ostsee-Kanal
 → Kaiser-Wilhelm-Kanal
Norddeutsche Allgemeine Zeitung *49/160* 171v; *78/162* 51v, *91/162* 131, 138v; *153/165* 3, 5, 11, *156/165* 39, 41–46v, *173/165* 195v, 198, *186/165* 385v–386; *199/166* 123, *216/166* 289; *236/167* 133v
 - Umgestaltung *233/167* 80–86
Norddeutsche Verlagsanstalt AG *233/167* 80v
Nordfrankreich (Besatzungsgebiet) *123/163* 297; *147/164* 305
 - Export, Zuckerrüben nach Deutschland *118/163* 224, *125/164* 15v–16, *127/164* 71
Nordschleswig-Politik
 → Dänen (als Minderheit)
Nordsee *113/163* 126, *114/163* 147
 - U-Boot-Krieg *161/165* nach Bl. 102: Bl. 2v–3
 - Wahlorte auf Inseln *13/158* 349v
Nordstern Lebens-Versicherungs-AG *74/162* 9
Normung/Normalisierung (industrieller Massenproduktion)
 → Industrie/Industrielle
Norwegen *239/167* 153–153v
 - Blockade *141/164* 218; *174/165* 206v; *190/166* 28
 - Friedensschluß (1918) u. Nordschleswig *266/167* 398v
Notstandsarbeiten
 → Arbeiter
Nouvelliste d'Alsace Lorraine (Zeitschrift) *4/158* 228; *28/159* 213

Oberbefehlshaber Ost/Gebiet des Oberbefehlshabers Ost
 → OberOst
Oberelsaß (Regierungsbezirk) *118/163* 226, 229, 237; *132/164* 107v
Oberlausitz *92/162* 145v

OberOst 122/163 276v; 125/164 15; 173/165 188v, 195, 201v; 236/167 135v

- Informationsreise von MdA 248/167 235v, 236v
- Übergang zur Zivilverwaltung 223/166 361–361v

Oberpräsidien/Oberpräsidenten

- Bewirtschaftung im Weltkrieg 154/165 26v; 197/166 92v; 205/VI 184, 198v, 199v
- - Kriegswirtschaftsämter u. -stellen 188/166 4, 5v
- Dispositionsfonds 30/159 224–227v
- Hilfsaktion für Russisch-Polen (besetztes Gebiet) 127/164 81–81v
- Kommandierende Generale, Verhältnis zueinander 167/165 162
- Kriegsteuerungszulagen 252/167 285v
- Repräsentationsgelder u. Kriegswohlfahrtspflege 117/163 201–202
- Unruhen, Anweisungen an Polizei 199/166 124v
- Verwaltungsreform 177/165 253v, 256–257, 259–259v

Oberrechnungskammer

- Monitum betr. Reisekosten und Tagegelder von Beamten 22/159 150
- Verwaltungsreform 88/162 118

Oberschlesien 45/160 109v–111; 91/162 137v; 124/163 312v; 181/165 318v; 220/VI 226v; 222/166 344v; 265/167 388v

- Arbeitskräftemangel 114/163 143v–144, 122/163 276v; 209/166 208–208v
 - Bergbau 212/166 248v; 251/167 270, 273v
 - - Bergfiskus, Beteiligung an Kartellen und Trusts 43/160 82v, 84
 - - Kohle 125/164 19; 184/165 359–366v, 187/165 389–390; 212/166 248v, 249v; 251/167 272v
 - - Oberschlesische Kohlenkonvention 144/164 246v
 - Kriegsziele Deutschlands 223/166 363–363v, 365v
 - Landwirtschaft/Ansiedlungspolitik 45/160 114v, 49/160 165v; 122/163 275–278; 263/167 369v
 - Polen (als Minderheit) 192/166 40v, 196/166 80v, 84v
 - Stimmungslage der Bevölkerung 204/166 165v; 205/VI 187, 189v, 191v; 251/167 270, 273v, 262/167 360v
 - Territorium 117/163 212; 230/167 44
 - - Abtretung 263/167 368–371
 - - Grenzstreifen zu Polen 230/167 44v
 - Verkehrslage 44/160 95–96v
 - - Eisenbahn 265/167 388v
 - Versorgungslage 45/160 109v–111, 48/160 154, 49/160 167v; 67/161 111v, 117–118, 131v; 125/164 14v, 19; 263/167 370v
 - - Verpflegung österr.-ungar. Truppen 122/163 275–278
- Schlesien; Wahlen

Oberstaatsanwaltschaften

→ Staatsanwaltschaften

Oberste Heeresleitung (OHL)

→ Heer/Heerespolitik

Oberverwaltungsgericht

- Unterstellung als Zentralbehörde 94/162 179–181v
- Urteile betr.
- - Einkommens- und Ergänzungssteuer 53/160 199v–200v
- - Gemeindebeamte, SPD-Mitgliedschaft 124/163 300–309

- - Reichsvereinsgesetz (1908) *150/164* 338, 342; *158/165* 74v, 76–76v
- - Schulen *100/163* 26v–28v
- Verwaltungsreform *88/162* 118v, 123

Oberzensurstelle

→ Presse/Pressepolitik

Oberzolldirektionen

→ Zoll/Zollbeamte

Obst

- Bewirtschaftung im Weltkrieg *167/165* 162; *236/167* 136

Oder (Fluß) *44/160* 101–101v; *74/162* 4v, 5, 7v–8; *115/163* 168, 171v; *201/166* 133–133v, 135–135v

Ödland *118/163* 236v, *124/163* 310v

- Zwangskulturgenossenschaften *125/164* 4v, 9v

→ Melioration

Oesel (Insel) *220/VI* 228v

Œuvre pour l'édification et l'entretien des tombes militaires (Zeitschrift) *28/159* 213

Offiziere *216/166* 296

- Befehlsverweigerungen u. Widerstand von Soldaten *264/167* 385v–387v

- Elsaß-Lothringer *4/158* 223v

- Ernennungen, Rechtslage u. Grundsätze *124/163* 306v; *203/166* 155v, *216/166* 291; *263/167* 377v–379v, *264/167* 378v–379, 382v, 384

- Feldmarschälle, Berufung ins Herrenhaus *210/166* 218, 224v, *214/166* 261, 268

- Kriegsteuerungszulagen *252/167* 283v–285

- Kriegswirtschaftsämter u. -stellen, Personal *188/166* 3v–6, 13–14

- Mischehen evangelischer Offiziere *15/159* 14v–15v, 27–27v

- Pensionen *104/163* 71–72v

- Politische Haltung, Zeitungslektüre u. Wahlrechtsreform *199/166* 124v–126

- Reserveoffiziere: Verabschiedung bei Wahl der SPD *50/160* 181v–182

- Vaterländischer Hilfsdienst, Schlichtungsstellen *185/165* 374v–375

→ Jugend/Jugendfürsorge; Militär; Reichspost; Soldaten

Okkupierte Gebiete

→ Besatzungspolitik; [einzelne okkupierte Gebiete]; Weltkrieg

Öl

→ Fett/Butter; Petroleum/Petroleummonopol

Oldenburg (Bundesstaat) *18/159* 85v; *105/163* 59; *157/165* 59–60

- Birkenfeld (Fstm.), Abgabe an Preußen *179/165* 290v–291v

Olpe (Kreis) *64/161* 85–89

Olympische Spiele

→ Sport/Sportunterricht

Oppeln (Regierungsbezirk) *15/159* 14–14v, *28/159* 209–210, 211v; *64/161* 87–88

- Jugendfürsorge *30/159* 224–230v

- „Kattowitzer Vorgänge“ *7/158* 280v–284, *8/158* 298–298v

Oppelner System (Religionsunterricht) *263/167* 374v

Optische Werke Goerz *229/167* 39v, 41

Orden (geistliche) *141/164* 214v; *188/166* 15v–17v, *196/166* 87, 89–90v, *216/166* 288

→ [einzelne Orden]

- Ordenssachen** 2/158 203–206, 210–210v, 4/158 213–214, 8/158 299–303v; 26/159 170v, 175v–177, 27/159 179–180, 32/159 261–262v, 33/159 281–283; 36/160 25, 47/160 127–127v, 48/160 134, 53/160 194–196; 66/161 104–107, 72/161 172–174v; 83/162 97–97v, 95/162 189–190, 96/162 194–194v; 104/163 65; 139/164 171–171v, 141/164 217v; 221/166 337; 231/167 53v, 239/167 147v–148, 245/167 216–216v, 251/167 274v
- Beamte
 - - Bedeutung von Orden 178/165 263v–272
 - - Bevorzugung 252/167 279
 - Eisernes Kreuz (1870) 178/165 266v, 268
 - Generalordenskommission 218/166 315
 - Grundsätze betr. Verleihungen 8/158 303v–305
 - - an Beamte 117/163 215v–217
 - - an Beamte in okkupierten Gebieten 236/167 126–127
 - - an Erzieher in der Jugendfürsorge 72/161 172
 - - an Polen 196/166 79
 - - Eisernes Kreuz (Weltkrieg) 114/163 148–148v; 139/164 171v–180v, 184–185v; 178/165 263v–272; 205/VI 182v; 227/167 18v–19
 - - Frauenverdienstkreuz 117/163 205–205v
 - - Kriegsverdienstkreuz 139/164 171v–180v, 184–185v; 178/165 263v–272; 227/167 18v–19
 - - Luisenorden 117/163 205–205v
 - - Rote-Kreuz-Medaille 117/163 205–205v
 - - Verdienstkreuz (Goldenes u. Silbernes) 95/162 189
 - - während des Weltkrieges 117/163 202v, 215v–217; 139/164 171v–180v, 184–185v; 267/167 408–408v
 - Käuflichkeit von Auszeichnungen 127/164 79v–81
 - Kriegsgedenkmünze (Weltkrieg, Plan) 178/165 266v–267v
 - Silber, Einsparung 139/164 173
 - Verleihungsrecht 83/162 95–96
- Osnabrück** (Regierungsbezirk) 177/165 256
- Osterbotschaft** (1917)
- Wahlrecht
- Österreich-Ungarn** 49/160 166; 77/162 38, 79/162 61v; 140/164 199v, 146/164 284; 156/165 50v; 198/166 104; 220/VI 229, 236/167 129v, 240/167 165, 254/167 300v, 265/167 388v
- Armee/Truppenteile 122/162 275–278; 125/164 11, 144/164 236; 173/165 188v–189, 174/165 205, 175/165 210, 180/165 298
 - - dt. Offiziere im k.u.k. Kriegsministerium 173/165 189
 - - Oberste Heeresleitung (k.u.k.) 231/167 53v, 245/167 214, 254/167 301
 - Beziehungen zu Deutschland 2/158 207v; 110/163 110v; 157/165 56; 203/166 156v
 - - Ansiedlungspolitik Deutschlands 2/158 207v; 74/162 8–8v
 - - Bündnis/Militärkonvention 148/164 307; 203/166 156v, 158–159, 160v, 219/166 329; 220/VI 220v; 231/167 53v–54v, 245/167 214–214v, 248/167 229–232, 254/167 300v
 - - Deutsch-Österreich, Verbindungen zu Bayern 263/167 365v
 - - Handelsvertrag 48/160 137v; 110/163 110v–111; 207/166 189v
 - - nach dem Weltkrieg 148/164 307–313
 - - Zollunion 148/164 308; 211/166 234, 245/167 215
 - Beziehungen zu nicht-deutschen Staaten 126/164 49, 129/164 93v–94; 134/Fundort S. 1; 148/164 307–313; 164/165 136–137, 173/165 189v; 229/167 39, 236/167 134, 253/167 297
 - - Bulgarien 144/164 236v; 255/167 318v–320

- - Polen/Russisch-Polen *122/163* 277; *173/165* 194v–195v, 196v–197, 199–202, *175/165* 210–224v, *176/165* 228–244v, *179/165* 281v–287v; *212/166* 246v; *220/VI* 208–232v; *228/167* 27v–28, 30, *229/167* 39, *230/167* 44v–45, 47–47v, *231/167* 54–54v, *236/167* 128v, *245/167* 215, *248/167* 229–232, *253/167* 293, *263/167* 373
- - Serbien *130/Fundort* S. 1–18
- Export *48/160* 145; *190/166* 31v
- - Nahrungs- und Futtermittel nach Deutschland *48/160* 147v–148; *118/163* 228, *122/163* 275–278; *141/164* 219, *147/164* 299
- Import *48/160* 149; *125/164* 19; *228/167* 29v–30
- - Ausfuhrverbot Deutschlands *113/163* 127
- Jesuitenniederlassung Feldkirch (Vorarlberg) *141/164* 214v
- Schifffahrt *18/159* 71; *44/160* 92, 100
- - Donau-Main-Kanal *201/166* 132v–133, 135
- Staatsgebiet *146/164* 284; *229/167* 39
- - Austausch zur Wahrung der ital. Neutralität *130/Fundort* S. 1–18; *131/Fundort* S. 1–15; *132/Fundort* S. 19–32; *135/Fundort* S. 1–3
- Territorien/Völkerschaften *220/VI* 224v
- - Ausländer, privatrechtliche Gleichstellung *106/163* 77v–79
- - Böhmen/Tschechen/Slowenen *146/164* 283; *220/VI* 224v, 230; *228/167* 29v, *230/167* 44v
- - Galizien *74/162* 8–8v; *129/164* 93v; *130/Fundort* S. 6; *135/Fundort* S. 2; *148/164* 309v, 311v; *176/165* 233; *203/166* 160v–161, *211/166* 229, *219/166* 324v, 325v; *220/VI* 208–232v; *223/166* 365v
- - italienische Irridenta *220/VI* 226v; *225/166* 372
- - Schlesien *130/Fundort* S. 1–18; *131/Fundort* S. 1–15; *132/Fundort* S. 19–32
- - Ungarn *82/162* 81v; *228/167* 30, *264/167* 385v–386, *265/167* 388–389
- Weltkrieg *125/164* 11, 15, *144/164* 237v; *192/166* 41v, *203/166* 156v, 158–159, 160v; *260/167* 345
- - deutsche Truppen, Stationierung *122/163* 276
- - Friedensschluß *130/Fundort* S. 6; *180/165* 296–312v, *185/165* 376v; *203/166* 158, *211/166* 228v–229, 234v, 237, 238v; *220/VI* 211v, 222v; *253/167* 291v, *254/167* 299–304, *257/167* 331–331v, *265/167* 388v
- - Friedensvertrag von Brest-Litowsk *223/166* 362–363, 365–365v; *225/166* 372–373
- - Friedensvertrag von Bukarest *234/167* 94v
- - Italien, Kriegseintritt *130/Fundort* S. 1–18; *131/Fundort* S. 1–15; *132/Fundort* S. 19–32; *134/Fundort* S. 1–4; *135/Fundort* S. 1–3
- - Juli-Krise (1914) *113/163* 124–126
- - Kriegsziele *180/165* 299v; *211/166* 230, *219/166* 323v–329; *220/VI* 208–232v; *245/167* 213v–214
- - Lage *118/163* 229; *140/164* 199v, *144/164* 236; *156/165* 49v, *174/165* 205, 207, *180/165* 298, 310–311, 312v; *190/166* 25v, 31, *203/166* 156v–158, 159–159v, *211/166* 228v–229, 239; *228/167* 29–30, *229/167* 41, *230/167* 47v, *236/167* 134v, *241/167* 171, *246/167* 219v, *253/167* 297, *254/167* 299v–301, *260/167* 344v
- - Offensiven *135/Fundort* S. 2; *190/166* 30v; *220/VI* 223; *223/166* 362v; *245/167* 213, 214v–215
- - Rumänien, Kriegseintritt *134/Fundort* S. 3; *135/Fundort* S. 2; *174/165* 204v–208
- Wirtschaft/Währung *101/163* 37; *153/165* 14; *211/166* 236v
- Subsidien
- Ostfriesland** *146/164* 287v, *148/164* 317
- Osthavelland** (Kreis) *140/164* 195v

- Ostmarken/Ostmarkenpolitik** 2/158 206v, 209–209v, 5/158 246v–247; 110/163 110v; 186/165 381v, 384; 196/166 78–89, 199/166 121v–122v; 249/167 245, 255/167 325, 258/167 335v–336
 - Ostmarkenzulage (1914) 125/164 8v
 → Deutscher Ostmarken-Verein
- Ostproußen** (Provinz) 64/161 86, 89v; 76/162 34; 144/164 245v, 146/164 287v; 201/166 140; 220/VI 222
 - Grundbesitz/Innere Kolonisation 18/159 90; 45/160 113v, 114v; 67/161 122, 130v; 116/163 186–194v; 134/164 138
 - Informationsreise von MdA 248/167 235–236v
 - Landwirtschaft 48/160 145, 149, 49/160 172; 140/164 190–190v, 145/164 262v; 195/166 72
 - Ostgrenze/Grenzstreifen 176/165 229; 223/166 363v, 365v; 230/167 43–44
 - russische Besetzung Aug. 1914/Hilfsaktion u. Wiederaufbau 115/163 173, 177–177v, 178v, 116/163 184v–194v, 117/163 201v, 203v–204, 209–215v, 120/163 247–251, 123/163 297; 125/164 5, 9v, 133/164 123, 148/164 317, 149/164 328; 162/165 107, 166/165 147v, 168/165 169v; 230/167 44v
 - Stimmungslage der Bevölkerung 221/166 334–335, 222/166 350v–351
 - Truppen-Revolten 264/167 386
- Ostproußische Landschaft** (Kreditinstitut) 212/166 244
- Ostsee/Ostseestädte** 113/163 125v; 223/166 362
 - Handel 49/160 164v, 166v, 167v; 114/163 147
 - Polen, Seezugang 175/165 217v, 176/165 232; 220/VI 216, 223v, 231v
 - U-Boot-Krieg 161/165 nach Bl. 102: Bl. 2v–3
- Palästina** 260/167 344v
- Papier**
 - Bewirtschaftung im Weltkrieg 233/167 84v
 - Papiersteuer 77/162 49
- Paraguay** 106/163 77
- Parlamentarismus/Parlamentarisierung** 201/166 142v–143v, 204/166 168v, 170v; 252/167 279, 254/167 303v, 259/167 339v, 261/167 353, 264/167 381
 - Ernennung von Ministern 179/165 288v–289; 205/VI 194v
 - Lloyd George, Forderung nach Demokratisierung Deutschlands 205/VI 198v, 199v–200
 - Minister, parlamentarische Verantwortlichkeit 14/159 3v; 71/161 158–164; 133/164 115v; 201/166 142v–143v; 205/VI 194–194v; 255/167 322v, 257/167 332v–333, 268/167 410–414
 - Regierungsbeteiligung der SPD 255/167 322–324v
 - Umbildung Reichsleitung u. preuß. Regierung nach Rücktritt Hertlings 256/167 326–329v, 257/167 330–333v
 → Minister (allgemein); Staatsministerium; Staatssekretäre
- Parteien** (allgemein)
 - Beratungen des Staatsministeriums mit den Parteiführern betr.
 - - Elsaß-Lothringen 215/166 275–276, 278
 - - Ersatzwahlen (1914–18) 117/163 208v–209; 125/164 10
 - - Etatberatungen (1915) 125/164 2–9v
 - - Fideikommißgesetzentwurf 212/166 248v
 - - Freifahrtkarten, Reisekosten und Diäten für MdR 239/167 150
 - - Friedensangebot der Mittelmächte (Dez. 1916) 187/165 396–396v, 398–401v
 - - Friedensvertrag von Brest-Litowsk 225/166 372v, 373v; 226/167 3–3v
 - - Kriegskredite (Herbst 1914) 117/163 202–204

- - Kriegssteuern *157/165* 64v, *166/165* 145–146
- - Osterbotschaft (1917) *199/166* 124
- - Polen (als Minderheit) *175/165* 216, 218v–219, 222v, *176/165* 228, 239v–240v, 241v, 244, *179/165* 287
- - Reichsvereinsgesetznovelle (1916) *163/165* 114, 119v
- - U-Boot-Krieg *156/165* 38v, 42v–43, 44v
- - Vertagung Landtag *136/164* 151–155
- - Zuschläge zur Einkommens- und Ergänzungssteuer *153/165* 17
- - Wahlrechtsreform *154/165* 20; *202/166* 146–153v, *209/166* 204, *212/166* 250v–251v
- Listenwahl *248/167* 232v
- politische Beamte *254/167* 306v–307
- [einzelne Parteien]

Parzellierungen

→ Grundbesitz/Großgrundbesitz

Il Pensiero (irredentistische Zeitschrift, Nizza) *85/162* 107v

Pensionen/Pensionssachen *2/158* 210v–211, *10/158* 334; *20/159*, *24/159*, *29/159*; *36–37/160*, *46/160*, *52/160*; *58/161*, *62/161*, *69/161*; *73/162*, *80/162*, *87/162*, *90/162*, *93/162*; *103/163*, *107/163*, *111/163*, *119/163*; *128/164*, *138/164*, *142/164*; *155/165*, *165/165*, *172/165*, *182/165*; *200/166*, *213/166*, *224/166*

→ Beamte; Soldaten

Personenstandswesen

- Zulassung polnischer Familiennamen *196/166* 79

Petroleum/Petroleummonopol *143/164* 223v–224; *260/167* 346v, *264/167* 385v

- Bewirtschaftung im Weltkrieg *126/164* 50v

- Import *49/160* 163–174; *122/163* 276, 277v; *257/167* 331v

- Rumänien *220/VI* 219v, 231

- - Friedensvertrag von Bukarest *245/167* 213v

- Wehrvorlage (1912) *56/161* 39, 41, 43v–44

→ Benzin/Benzol

Pfadfinder *114/163* 144v

Pfalz *132/164* 109

- badischer Teil *91/162* 134v

- Elsaß-Lothringen, Aufteilung *132/164* 106, *146/164* 273–285v

Pferde *113/163* 127, *114/163* 144–145v, 147v; *125/164* 16v, 17v, 18, *127/164* 65v, 66, *129/164* 90–93, *140/164* 190, *147/164* 300v; *154/165* 31; *231/167* 64, *236/167* 135

- Rennen, Besteuerung der Wetten (Rennwettgesetz, Entwurf) *94/162* 169v; *101/163* 34–42v

Phytia (amerik. Dampfer) *141/164* 218

Polen (Königreich 1916–18)/**Russisch-Polen** *74/162* 8; *122/163* 277; *146/164* 274v, 282v; *173/165* 194v–197, 199–202, *175/165* 210–224v, *176/165* 228–244v, *179/165* 281v–287v, *180/165* 297, 299v, 301, 303–303v, 311v, *187/165* 398v; *211/166* 230, 234v, 239v, 241, *212/166* 246–247, *219/166* 323v–329; *220/VI* 208–232v; *227/167* 16–17v, *248/167* 229–232, *253/167* 292v, *255/167* 324v, *263/167* 372v–373, 375–375v

- 14-Punkte-Programm Wilsons *257/167* 333

- austro-polnische Lösung *146/164* 283, *148/164* 308v–313; *173/165* 194v–195v, 196v–197, 199–202; *211/166* 241, *219/166* 323v–329; *220/VI* 208–232v; *223/166* 362v–363; *228/167* 30, *245/167* 215, *248/167* 229–232, *253/167* 293

- Eisenbahn *148/164* 309v; *176/165* 232, 237v, 239v, 241, 243v, *179/165* 283, 287–287v; *220/VI* 219v; *230/167* 48, *231/167* 54, *248/167* 229v–230v, *263/167* 372v–377v

- Hungersnot 127/164 81–81v
- Juden 148/164 311v
- Kirche 176/165 229, 230v, 240; 220/VI 213
- Kriegsgefangene 223/166 364v–365
- Kriegsschauplatz in der Zukunft 123/163 297; 175/165 218v
- Landwirtschaft 176/165 232, 186/165 379v, 381v
- Reichstag, Verhandlungen mit Regentschaftsrat 236/167 128–128v
- Staatsaufbau des Königreichs 231/167 54, 255/167 324v
- - Regentschaftsrat 220/VI 213; 212/166 246–247; 230/167 48v–49, 234/167 96–96v
- - Staatsrat (poln.) 196/166 80; 220/VI 213; 212/166 246–246v
- - Thronbesetzung 253/167 293
- - Vertrauensleute in Berlin 263/167 375v–376
- Territorium
- - Grenze/Grenzstreifen 148/164 308v–313; 175/165 215v, 217; 223/166 363–363, 366, 225/166 372; 228/167 27v–28, 30, 229/167 38–39v, 230/167 43–49v, 236/167 128–128v, 241/167 177–177v, 248/167 230, 253/167 293–293v, 269/167 416–416v
- - Ostseezugang 220/VI 216
- Wirtschaft 127/164 72v; 158/165 85v
- - Währungsfrage 248/167 230–230v
- - Zoll/Zollunion mit Österreich-Ungarn 231/167 54, 248/167 229v, 230v, 232
- Generalgouvernement Lublin bzw. Warschau; OberOst; Rußland/Sowjetrußland
- Polen** (als Minderheit) 2/158 207v, 6/158 261v, 270v, 10/158 324v; 17/159 60v, 66, 18/159 106v, 109, 19/159 130, 32/159 269v, 271; 114/163 142, 117/163 202–204; 125/164 4v–8v, 129/164 88–90, 97, 148/164 323v, 151/164 352v, 358v–365; 153/165 11, 154/165 21–24, 175/165 210–224v, 236v, 179/165 279v, 286v–287; 196/166 78–89, 198/166 106v, 199/166 121v–123, 212/166 246–246v; 220/VI 227–232v; 227/167 16–17v, 234/167 95v–96v, 255/167 324v–325
- 14-Punkte-Programm Wilsons 263/167 368–377v
- Fraktion der Polen (AH) 65/161 99; 186/165 383; 192/166 40–40v; 253/167 295v
- - Änderung der Regierungspolitik 125/164 4v–8v; 196/166 78–89
- - Ansiedlungskommission, Enteignungen 42/160 65v, 68v, 45/160 118v, 120
- - Wahlrecht/Wahlrechtsreform 15/159 8v, 17/159 60–60v, 62, 19/159 128; 201/166 140, 202/166 147, 148v; 205/VI 185v; 208/166 193v, 209/166 204; 241/167 172
- Fraktion der Polen (RT) 40/160 53; 175/165 213, 185/165 368; 226/167 6v, 263/167 368
- - Kriegsfinanzierung 166/165 145v–146; 204/166 169v
- Genossenschaften, polnische 32/159 269–271v; 186/165 380v; 196/166 79
- - Verbandsbank der polnischen Genossenschaften 154/165 21–24
- Gewerkschaften 150/164 339v; 181/165 318v, 328v
- Kirche
- - Erzbischof Likowski v. Posen/Gnesen 114/163 142
- - Jesuitengesetz (1872) 141/164 214
- Jugend, militärische Vorbildung 134/164 131–131v
- Landwirtschaft
- - Fideikommisse/Fideikommißgesetzentwurf 28/159 205, 206v, 211v; 92/162 146v; 179/165 279, 186/165 379–385
- - Parzellierungen/Parzellierungsgesetz 45/160 111v–122v, 61/161 69v; 74/162 8–8v, 94/162 181v–187v; 117/163 203
- Reichsvereinsgesetznovelle (1916) 150/164 338v
- Schankkonzessionen 81/162 74v–78

- Schulfragen
- - Privat- u. Religionsunterricht 263/167 368v–377v
- - poln. Unterricht in einem poln. Waisenhaus 227/167 17
- - Volksschullasten 108/163 90–92v
- Sprachenfrage u. Reichsversicherungsordnung (1911) 10/158 323–325
- Volksabstimmung 263/167 368–377v
- Westfalen
- Ansiedlungspolitik/Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen; OberOst; Ostmarken/
Ostmarkenpolitik; Wahlen
- Polizei** 146/164 276v; 199/166 124–124v; 264/167 386
- Belagerungszustand, Verstärkung durch Armee 30/159 234
- Massenaufgebot von Freiwilligen (Plan, Okt. 1918), Verbot Teilnahme 262/167 358–358v
- Polnische Partei der nationalen Arbeit im preußischen Staate** 196/166 83–83v
- Pommern** (Provinz) 22/159 155v–156; 64/161 89v, 67/161 115v; 117/163 202v–203, 145/164
250v, 150/164 341v; 154/165 27v; 209/166 208v
- Grundbesitz/Landwirtschaft 18/159 90; 45/160 113v, 114v, 48/160 137v; 67/161 122; 74/162 7,
92/162 153v; 125/164 10v, 140/164 190v, 195v, 151/164 359, 361v; 209/166 200
- Portugal/portug. Kolonien**
- Kriegserklärung Deutschlands 160/165 97–101
- Posen** (Provinz) 42/160 65; 64/161 89v; 76/162 28, 34; 104/163 69; 140/164 190v; 196/166
83v–84v, 202/166 147
- 14-Punkte-Programm Wilsons 260/167 345v, 347–347
- Abtretung 263/167 368–369, 370v, 376v, 269/167 416v
- Ansiedlungspolitik/Grundbesitz 2/158 209v; 18/159 90; 45/160 114; 51/160 188–189; 65/161
101v; 94/162 184v, 187; 134/164 138, 151/164 359, 361v; 186/165 381–382v
- - polnische Genossenschaften 32/159 270–271v; 61/161 69v; 154/165 22v
- Beamte
- - antipolnische Gesinnung 196/166 85
- - polnische 50/160 178–178v
- Erzbistum 134/164 140–140v
- Grenzstreifen zu Polen 230/167 43–44, 46
- Herrenhausvertretung 97/163 7–9
- Jugendfürsorge 30/159 224–230v
- Volksschullasten, Sonderrecht 100/163 27v, 108/163 90–92v
- Weltkrieg 114/163 142, 117/163 209v
- - Getreideschiebereien Gf. Mielzynski 186/165 381–381v
- Ansiedlungspolitik/Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen; Kirche (katholische);
Polen (als Minderheit)
- Posen** (Regierungsbezirk) 8/158 301–301v; 196/166 84v
- Posen-West** (Kreis)
- Güterkäufe durch Ansiedlungskommission 45/160 115v
- Post**
- Reichspost/Reichspostamt
- Die **Post** (Zeitung) 48/160 157; 263/167 364v
- Prager Frieden** (1866)
- Krieg 1866
- Preise**
- [einzelne Waren]; Höchstpreise; Teuerung

Presse/Pressepolitik

- Angriffe auf Regierung *14/159* 6–6v
 - Beleidigung von Ministern *35/160* 21–23v; *254/167* 307–307v
 - Berliner Zeitungen *154/165* 20v; *203/166* 160; *255/167* 323
 - Ententepropaganda *180/165* 299
 - Flugblätter *145/164* 263; *225/166* 374; *229/167* 40v–41, *262/167* 359v–360v
 - Geheimhaltung amtlichen Materials *27/159* 182–182v; *38/160* 28–28v; *78/162* 51–51v
 - Herrenhausmitgliedschaft von Pressevertretern *214/166* 270v; *226/167* 8–8v
 - Kampagnen der Regierung betr.
 - - Abdankung des Kaisers/Königs *263/167* 364v–366v, *267/167* 406v, 408
 - - Abgabe polnischsprachiger Gebiete *263/167* 368v–369
 - - Angestelltenversicherung (1911) *32/159* 268v
 - - Angriffe auf Schorlemer *193/166* 54v, 55v–56, 58
 - - Eisenbahn-Aufträge u. Konjunktur *91/162* 137v
 - - Ersatzwahlen 1914–18 *117/163* 208v
 - - Ostmarkenpolitik *2/158* 209–209v
 - - Polen (Königreich 1916–18) *179/165* 285v, 287–287v
 - - Rumänien, Kriegserklärung *174/165* 206
 - - Stimmungslage der Bevölkerung *173/165* 194; *203/166* 158v–161v
 - - Teuerung *16/159* 41–42; *49/160* 168v, 171v–172v
 - - Textilien-Beschlagnahme *152/164* 368v–369, 374
 - - Thronrede 1916 (Wahlrechtsreform) *154/165* 20–20v
 - - U-Boot-Krieg *161/165* nach Bl. 102: Bl. 4, 6–7v, *164/165* 142
 - - Versorgungslage *125/164* 10v–14, *126/164* 50v–51, *150/164* 343–343v
 - Kreisblätter *254/167* 307–309
 - offiziöse Presse
 - - Nachrichtenmonopol *233/167* 81
 - - Staatszeitung (Bayern) *233/167* 81v–82
 - - Umgestaltung *173/165* 195v, 197v–198, 201, 202v; *233/167* 80–86
 - Presseerlaß (1915) *254/167* 307v
 - polnische Zeitungen, Zulassung zum Bahnverkehrsvertrieb *196/166* 79
 - Presseämter
 - - Auswärtiges Amt, Presseabteilung *178/165* 263–263v
 - - Kriegspresseamt, Abgang Deutelmöser *178/165* 263
 - - Pressedienst Regierung *14/159* 6
 - - Reichsmarineamt, Nachrichtenbüro *161/165* nach Bl. 102: Bl. 1v–2
 - Zeitungslektüre von Soldaten u. Offizieren *199/166* 125
 - Zensur *124/163* 301v; *140/164* 198; *161/165* nach Bl. 102: Bl. 1v, *164/165* 142, *170/165* 177–181v, *173/165* 192, 194, 197v, *181/165* 329; *205/VI* 193–193v; *225/166* 374
 - - betr. Abdankung Kaiser u. Kronprinz *263/167* 364v–366v
- [einzelne Staaten, Zeitungen bzw. Verlage]; Elsaß-Lothringen; Inseratensteuer

Preußen-Reich-Verhältnis

- Beamte
 - - Besoldung, Angleichung *5/158* 232–232v; *16/159* 37–40v, *17/159* 56–56v, *33/159* 274–280v; *48/160* 136v, 150v–157v; *71/161* 164–170; *82/162* 80–92, *94/162* 166–179; *97/163* 2–7, *102/163* 48–53; *177/165* 252–260; *225/166* 376v–378; *252/167* 278–286v
- Besteuerung *77/162*; *149/164*, *166/164*; *244/167* 193–207v

- Bundesrat
- - Diskussionen zwischen preuß. Ressorts u. Reichsvertretern sind zu vermeiden *150/164* 343v–344v; *238/167* 144v
- - Vorlagen, Zustimmung des Staatsministeriums *201/166* 143v; *238/167* 139, 143v–145
- Kriegswirtschaft, Kompetenzen *118/163* 221–237, *120/163* 243v–244, *121/163* 256–261v; *167/165* 155–165, *171/165* 183–185; *193/166* 50–58v, *207/166* 188, 190
- Notwendigkeit einheitlicher Politik in Krisenzeiten *164/164*; *228/167* 27–30v, *234/167* 94v–95v, *252/167* 278–286v, *253/167* 294v–296v, *255/167* 320–322, *257/167* 330–331, *259/167* 341, *262/167* 355–361, *263/167* 363–366v, *264/167* 380–387v, *268/167* 410–410v, *269/167*
- Parlamentarier, Diäten *14/159* 2–5v, *18/159* 81–82v; *159/165* 94–95v, *160/165* 101–101v, *177/165* 246v–252, *187/165* 390v–396; *248/167* 236v–239v, *250/167* 257v–259v
- Strafverfolgung, Angleichung Preußen-Reich *263/167* 366v–368
- Deutsches Reich; [einzelne Bundesstaaten]; Elsaß-Lothringen; Kaiser/König; Kanäle; Kriegsgewinne/Kriegsgewinnsteuer; Kriegsschäden; Mecklenburg/-Schwerin bzw. Strelitz (Bundesstaaten); Reichs...; Staatssekretäre; Süddeutschland; Wahlrecht; Wohnungen/Wohnungsbau
- Privatbeamte**
- Angestellte; Beamte
- Prostituierte**
- Kinder von P., Rechtsstellung *239/167* 153v
- Provinzen** (allgemein) *22/159* 148v
- Herrenhausvertretung *210/166* 216, *222–222v*, *214/166* 259–272, *217/166* 308
- Kriegswirtschaftsämter u. -stellen *188/166* 3v–6, 13–14
- Provinziallandtage *17/159* 68; *177/165* 252; *214/166* 263
- Verwaltungsreform *177/165* 256, 259v; *221/166* 336
- Provinzialschulkollegien**
- Schulen
- Quittungssteuer** *77/162* 46v; *148/164* 322v, *149/164* 329v; *157/165* 54, 56v
- Rawa** (Fluß) *74/162* 5
- Rechtsanwälte** *88/162* 122v–123
- Herrenhausvertretung *214/166* 270v
- Rechtsanwaltsordnung, Änderung zur Entlastung Reichsgericht (1910) *7/158* 291–296v
- Rechtsprechung**
- Revolution 1918/19, Weiterführung der Geschäfte *269/167* 417
- Vermeidung von Rechtsunsicherheit *189/166* 19–23
- Redemptoristen** *68/161* 140
- Reformation**
- 400. Jahrestag *188/166* 15v, *196/166* 89v
- Regentschaft**
- Kronprinz
- Regentschaftsrat** (poln.)
- Polen (Königreich 1916–18)/Russisch-Polen
- Regierungen/Regierungspräsidenten** (allgemein)
- Ansiedlungs- u. Kolonisationspolitik *65/161* 99v–100; *151/164* 360; *196/166* 78v
- Behördenorganisation/-personal
- - Dienstautos *64/161* 87v
- - Domänen-Dezernenten *177/165* 258v

- - Konfession 64/161 85v
- - Oberpräsidien, Zusammenarbeit 177/165 259v
- - Regierungsbezirke, Teilung 64/161 85–89
- - Verwaltungsreform 88/162 118–123; 177/165 253–253v, 256–259; 221/166 336
- Besoldung, Kriegsteuerungszulagen 232/167 70v, 252/167 285v
- Schulaufsicht 39/160 43v–50v; 88/162 119–122v
- Sozialpolitik
- - Jugendfürsorge 30/159 224v–230v
- - Schiedsrichter zwischen Krankenkassen u. Ärzten 15/159 21v–24
- Weltkrieg 201/166 144; 205/VI 184
- - Bewirtschaftung 154/165 26–27; 188/166 5v, 197/166 92v
- - Eisernes Kreuz, Verleihungen 178/165 265
- - Kriegswohlfahrtspflege 117/163 201–202; 146/164 288
- - Ostpreußen, russische Invasion (Aug. 1914) 117/163 209–215v
- Reichs- und Freikonservative Partei (RFKP)** 43/160 74v, 82v, 51/160 187v; 57/161 53, 63/161 77; 163/165 114v, 176/165 240v, 179/165 287v
- Abgeordnetenhaus, Anwesenheit von Ministern 72/161 174v
- Elsaß-Lothringen 40/160 53, 44/160 103
- Grundbesitz/Ansiedlungspolitik 17/159 66v; 45/160 115, 51/160 188v; 61/161 68v, 70v
- - Fideikommißgesetzentwurf 179/165 278, 186/165 383; 194/166 64–64v, 196/166 77, 197/166 92–92v
- Wahlrechtsreform 6/158 274, 12/158 338; 15/159 9, 17/159 65, 18/159 71v–73, 78, 105v, 111v, 113, 19/159 128–128v, 130v–131, 133, 21/159 139v, 140v, 23/159 159v–160, 162v, 163v; 198/166 106v, 108v, 202/166 146–153v; 205/VI 185; 208/166 194, 212/166 251–251v, 218/166 311v, 314–314v; 241/167 172
- Weltkrieg 181/165 329; 226/167 3
- - Kriegssteuern 231/167 59v–60
- Reichsamt des Innern** 32/159 261v–262; 133/164 116; 207/166 187–190v
- Außenhandelsmonopol 126/164 47v–48
- Kriegsernährungsamt, Verhältnis zueinander 171/165 183–185
- Reichskommissar für Kurland und Litauen 251/167 274–274v
- Reichswirtschaftsamt, Ausgliederung 207/166 187–190v
- SPD-Leitung 256/167 328v
- Staatsministerium, Verhältnis zueinander 223/166 366, 225/166 374–376v
- Staatssekretäre
- - Delbrück 168/165 168–169v
- - Helfferich 132/164 105; 206/166 175v, 207/166 189
- - Wallraf 207/166 188–188v, 223/166 366, 225/166 374–376v; 226/167 2
- Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen**
- Eisenbahn
- Reichsamt für Wasserstraßen (Plan)**
- Wasser/Wasserstraßen
- Reichsämtler/Reichsbehörden (allgemein)** 257/167 332
- MdR als Mitglieder von Beiräten 143/164 222–230
- Teilungen 256/167 327–327v
- Reichsanleihen**
- Anleihen; Kriegsfinanzierung

Reichsarbeitsamt

- Gründung u. SPD-Leitung 256/167 328v

Reichsbank 91/162 139, 140; 114/163 144, 118/163 232v; 143/164 224, 144/164 241, 152/164 367v; 156/165 47–52v, 166/165 149v, 173/165 201; 246/167 221v, 252/167 280

- Goldzahlungen Sowjetrußlands 253/167 294

- Kriegsabgabe 148/164 319v, 149/164 329v

- Ukraine, Bezahlung von Lieferungen 253/167 297–297v

→ Währung

Reichsbekleidungsstelle

→ Textilien/Textilindustrie

Reichsdarlehnskasse

→ Darlehnskasse

Reichseinkauf

→ Zentral-Einkaufs-Gesellschaft (ZEG)

Reichseisenbahn

→ Eisenbahn

Reichsfettstelle

→ Fett/Butter

Reichsfinanzreform

→ Finanzreformen

Reichsfuttermittelstelle

→ Vieh

Reichsgericht 7/158 291–296v

- Kolonialgerichtshof (Plan) 101/163 43v–46

- Schadensbegriff 162/165 109–109v

- Unterstellung als Zentralbehörde 94/162 179–181v

- Urteile betr.

- - Landesverrat von Kriegsteilnehmern 229/167 40v, 263/167 366v–368

- - Reichsvereinsgesetz (1908) 150/164 342

- - Streikdelikte 222/166 342–342v

- Verwaltungsreform 177/165 255

→ Gerichte

Reichsgetreidestelle

→ Getreide

Reichshaushalt 246/167 221v

- Ausgaben 33/159 274–280v

- Einnahmen 18/159 101v, 31/159 239–240; 49/160 163–164; 57/161 53v–54

- für 1914 101/163 34–42v, 114/163 148, 122/163 268–268v; 125/164 8v

- für 1915 125/164 7v–8, 148/164 317–322v

- für 1915–18 231/167 54v

- für 1916 148/164 315, 149/164 327v; 157/165 54–58v; 192/166 41

- für 1916–18 244/167 193v

- für 1917 192/166 40v–48v, 201/166 132–137

- für 1918 223/166 366–368v; 231/167 54v–66v, 235/167 113v, 244/167 193–207v, 269/167 416

- Matrikularbeiträge 125/164 8

→ Staatshaushalt

Reichsjustizamt

- StS v. Krause 207/166 187v–188
- Verwaltungsreform 177/165 254v, 257v

Reichskanzler/Reichskanzlei

- Friedensschluß
- - Abstimmung mit Staatsministerium 257/167 330–330v
- Gebäude 71/161 158–164
- Rechte/Stellung
- - Abgeordnetenhaus, Verhältnis zueinander 71/161 158–164
- - Gegenzeichnung kaiserlicher Verordnungen u. parlamentarische Verantwortlichkeit 30/159 231; 156/165 45; 205/VI 194–194v; 263/167 377v–379v, 264/167 380v–381v
- - Personalunion Reichskanzler/Ministerpräsident 219/166 323–323v; 228/167 27, 257/167 331v–332v
- - Unterrichtung des Staatsministeriums über Reichspolitik 227/167 15–16, 228/167 27–30v
- - Verhältnis zum StS AA 251/167 262
- - Zusammenarbeit mit OHL 251/167 261–261v
- Reichskanzler
- - Bethmann Hollweg 156/165 44v, 173/165 193v, 178/165 262; 190/166 25–33v; 256/167 328
- - Hertling 255/167 323–323v, 256/167 326–329v, 257/167 330–333v, 259/167 339–339v
- - Max v. Baden 257/167 330–333v, 268/167 410–411
- - Michaelis 208/166 192–193
- Vizekanzler
- - Helfferich 206/166 175v, 207/166 187v
- - Payer 225/166 375–375v, 376v; 234/167 94v–95v

Reichskartoffelstelle

→ Kartoffeln

Reichskohlenkommissar/Reichskommissar für die Kohlenverteilung

→ Kohle

Reichskolonialamt

- Eisernes Kreuz, Verleihungen 178/165 264
- Staatssekretäre
- - Dernburg 207/166 189
- - Lindequist 50/160 176

Reichsmarineamt

→ Marine/Marinepolitik

Reichspost/Reichspostamt 157/165 55; 198/166 111

- Arbeitskammergesetz (Entwurf) 234/167 102–102v, 108, 235/167 115–119v
- Beamte 120/163 248–251, 124/163 301v–302; 232/167 69v
- - Assistenten, Besoldung 16/159 40–40v; 71/161 164–170; 82/162 80–92, 94/162 166–179
- Kriegsabgabe 244/167 193
- Oberpostdirektionen
- - Ostpreußen 120/163 249v–251
- polnische Sprache im Postverkehr 196/166 79
- Porto 148/164 322v, 149/164 329v
- - Feldpost, Portofreiheit 244/167 208–209v
- - Reichsabgabe 157/165 54–58v; 231/167 57v
- Postvertrag mit Österreich-Ungarn 157/165 56

- Staatssekretär
- - Rüdlin 207/166 188
- Telegraphenkabel 180/165 299
- [einzelne Staaten bzw. Postgebiete]
- Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise**
- Höchstpreise; Nahrungsmittel
- Reichsschatzamt 17/159 56**
- Kriegswirtschaftsgesellschaften 121/163 257, 261
- Staatssekretäre 173/165 201
- - Helfferich 131/164 102
- - Kühn 112/163 121–121v
- - Roedern 187/165 388; 206/166 175v; 244/167 205, 268/167 411
- Verhältnis zu Finanz- u. Staatsministerium 112/163 121–121v; 223/166 368v; 244/167 205
- Reichsgetreidestelle 137/164 160–168
- Reichsschatzanweisungen**
- Schatzanweisungen
- Reichsschuld**
- Übernahme eines Anteils durch Nordschleswig bei Abtretung 266/167 398v
- Reichsschuldenkommission 143/164 223v
- Staatsschuld
- Reichssektion der Eisenbahner**
- Deutscher Transportarbeiterverband
- Reichsstaatssekretäre**
- [einzelne Reichsämtler]; Staatsministerium; Staatssekretäre
- Reichsstelle für die bürgerliche Bekleidung**
- Textilien/Textilindustrie
- Reichsstelle für Kartoffelversorgung**
- Kartoffeln
- Reichsstempelgesetz (1909)**
- Stempelabgaben/Stempelsteuer
- Reichstag**
- Abgeordnetenhaus 202/166 148v; 226/167 13
- - parallele Debatten 92/162 145
- - Reichsgesetz (Plan) wegen Verzögerung Fideikommißgesetz 194/166 62v, 196/166 78
- - Zuständigkeit 226/167 3–4
- Amnestie 263/167 367v
- Außenpolitik 156/165 39v, 43
- - Äquatorialafrika- u. Marokko-Abkommen 51/160 185–187v, 190–191v
- - Baltikum 251/167 267v, 252/167 287–287v, 255/167 321–321
- - Bulgarien, Zusammenbruch 255/167 318
- - Finnland, Militärintervention 235/167 113–115, 119v–120v
- - Kühlmann-Krise 251/167 261–261v
- Beamte
- - Besoldung u. Pensionen 82/162 80–92, 94/162 166–179; 102/163 48–53, 104/163 71–72v; 252/167 280
- - Eisenbahnassistenten Preußen/Reich 71/161 164v; 82/162 80–92
- - Kapp, W., Denkschrift 170/165 178
- - Militärbeamte, Ernennung 263/167 377v–379v

- - staatsbürgerliche Rechte 9/**158** 309–316; 254/**167** 304v
- - Tagegelder und Reisekosten 5/**158** 232–232v
- Bevölkerungspolitik 239/**167** 151–156
- Bundesrat 134/**164** 137v; 203/**166** 155v
- - gleichzeitige Mitgliedschaft Bevollmächtigter im RT 255/**167** 322v
- Eisenbahn 106/**163** 75–84
- - Reichseisenbahn 132/**164** 109–110v; 157/**165** 58v–65v
- Elsaß-Lothringen 4/**158** 214v–229; 28/**159** 213–214; 40/**160** 52–60; 85/**162** 105–108v; 99/**163** 19v; 146/**164** 273v; 212/**166** 245v–246, 215/166 274–285; 241/**167** 177v
- Geschäftsordnung/Struktur RT 204/**166** 167–168v
- - Beirat für Lebensmittelversorgung 151/**164** 356v–358; 246/**167** 221, 225v
- - geheime Sitzungen u. Recht der Staatsminister zur Teilnahme 240/**167** 168
- - Haushaltsausschuß/Hauptausschuß 134/**164** 141v–143, 143/164 230–231; 183/**165** 340–355v, 357–357v; 204/**166** 169–169v; 251/**167** 261, 254/167 302–302v, 255/167 318, 322, 258/167 335
- - Kommissionen, Tagungen außerhalb der Sessionen 179/**165** 287v–290v
- - Präsident 137/**164** 159–159v
- - Sitz der Leitung der Januarstreiks im RT- Gebäude 229/**167** 40–40v
- - ständiger Ausschuß für Außenpolitik 179/**165** 287v–290v
- - Verfassungsausschuß 198/**166** 104v, 107, 115, 119–119v, 199/166 125v–126, 201/166 138–143v, 202/166 146v, 150–150v, 152, 203/166 155–162, 204/166 167; 205/**VI** 184v, 187v; 209/166 205v; 229/**167** 40v
- Jesuitengesetz (1872) 68/**161** 134v, 135v, 137; 141/**164** 210–217v; 188/**166** 15v
- Juden, Benachteiligung bei Ernennungen 216/**166** 290
- Kolonien
- - Erwerb und Abtretung 51/**160** 185–187v, 190–191v
- - Kolonialgerichtshof 101/**163** 42v–46
- Landwirtschaft/Ansiedlungspolitik 42/**160** 65v–66, 45/160 114, 116, 51/160 187v–189v
- - Fideikommißgesetzentwurf 135/**164** 148v; 194/**166** 62–66v, 196/166 77v, 212/166 247–247v
- - Kapitalabfindungsgesetz (1916) 151/**164** 358v–365; 227/**167** 17v
- Mecklenburgische Verfassungsfrage 8/**158** 305–307v; 78/**162** 52v, 55v–56
- Militärpolitik
- - Jugend, militärische Vorbildung 134/**164** 125v–136
- - Militärstrafgesetzbuch (1872), Änderung 89/**162** 125v–126
- - Militärversorgungsgesetze 134/**164** 140v–141v; 267/**167** 403–405v
- - Offiziere, Ernennung 63/**167** 377v–379v
- - Sozialdemokraten als Einjährig-Freiwillige 98/**163** 13v–17v
- - Waffengebrauch im Inland 105/**163** 56–63
- - Wehrvorlagen 56/**161** 25–47, 57/161 49–55v, 61/161 70v, 63/161 77–83; 77/**162** 36–49v, 79/162 61–67v
- - Zabern-Affäre 99/**163** 19v
- Mitglieder 14/**159** 2–5v; 263/**167** 373v
- - Freifahrtkarten, Reisekosten und Diäten 14/**159** 2–5v, 18/159 81v, 21/159 144–145; 159/**165** 94–95v, 177/165 246v–252, 179/165 288, 289v, 187/165 390v–396; 239/**167** 148v–151, 250/167 258–259v
- - Informationsreisen 39/**160** 43–43v
- - Liebknecht, K., Maßnahmen gegen ihn 177/**165** 248
- - Zusammenwirken mit MdA 177/**165** 249v
- Norddeutsche Allgemeine Zeitung 233/**167** 82–82v

- Polen (als Minderheit) 234/**167** 96, 263/167 369v
- Polen (Königreich 1916–18)
 - - Abtretung polnischsprachiger Gebiete 263/**167** 368–377v
 - - Grenzstreifen 236/**167** 128–128v, 241/167 177–177v
 - - Post/Porto 157/**165** 54v
 - Reichshaushalt/Haushaltsrecht 82/**162** 80–92; 102/**163** 48–53, 117/163 203v, 122/163 268–268v; 244/**167** 195v
 - Reichsleitung
 - - Kabinett Max von Baden 260/**167** 345
 - - parlamentarische Staatssekretäre 211/**166** 231v
 - - Reichskanzler, parlamentarische Verantwortlichkeit 156/**165** 45; 264/**167** 380v–381
 - Reichsvereinsgesetznovelle (1916) 150/**164** 338–343, 151/164 350–356v; 158/**165** 69–83v, 163/165 114–130
 - Rennwettgesetz 101/**163** 34–42v
 - Revolution (1918/19) 269/**167** 416
 - Schleswig-Holstein, dänische Agitation 110/**163** 108v–118v
 - Sessionen (Eröffnung, Thronreden, Dauer, Schluß)
 - - 1910: 27/**159** 180–181
 - - 1911: 42/**160** 69–72v
 - - 1912: 54/**161** 2–2v
 - - 1914–18: 117/**163** 206v–209, 129/**164** 87v, 136/164 152v, 145/164 266v, 150/164 337–337v; 169/**165** 173v, 177/165 248; 211/**166** 231v, 215/166 282v, 284–285; 248/**167** 234v–235, 254/167 302–302v
 - - Recht zur Schließung 27/**159** 180–180v; 179/**165** 287v–290v
 - - Schließung (Plan) wegen Wahlrechtsreform 202/**166** 148v, 211/166 231v
 - - Schließung, Plan Sept. 1918 254/**167** 302–302v
 - Sozialpolitik 64/**161** 95v; 81/**162** 75v
 - - Angestelltenversicherung (1911) 32/**159** 264–268v
 - - Arbeiter in Staatsbetrieben, Rechtsverhältnisse 98/**163** 12–13v; 205/**VI** 198
 - - Arbeitskammergesetz (Entwurf) 222/**166** 341–349v; 234/**167** 97–111, 235/167 115–119v
 - - Fleischnot (1911/12) 67/**161** 112, 118–118v, 119v
 - - Kinder (uneheliche) soziale Absicherung 239/**167** 151–156
 - - Reichsversicherungsordnung (1911) 30/**159** 236v–237, 31/159 246–259; 43/**160** 74–81v
 - - Wohnungsgesetz 74/**162** 5v–6v; 135/**164** 147; 179/**165** 280v
 - staatsrechtliche Stellung 211/**166** 231v, 237–238v
 - - Einschränkung der kais./kgl. Kommandogewalt 263/**167** 377v–379v
 - - Friedensschluß, Zuständigkeit 261/**167** 350–353v
 - - Führungsanspruch in der Politik 204/**166** 167v–168v
 - - Kriegsminister, parlamentarische Verantwortlichkeit 264/**167** 384
 - - Militärkabinett, Unterstellung 263/**167** 378v
 - Steuern 231/**167** 56v, 236/167 129
 - - Branntwein-/„Liebesgabe“ 57/**161** 49–55v
 - - direkte 63/**161** 78v–79; 148/**164** 317v–322v, 149/164 329
 - - Luxus- 231/**167** 57v, 59v, 249/167 251–253
 - - Reichseinkommen- 153/**165** 14, 16
 - - Umsatz- 238/**167** 139–143
 - - Zucker- 63/**161** 77v–83
 - - Zuwachssteuer- 18/**159** 87–87v; 100/**163** 22–26v

- Verfassung (Reich), Reform 263/167 378v, 264/167 380v–384v
- Verwaltungsreform 177/165 253
- Wahlen/Wahlkreise 6/158 256v, 258v; 28/159 217v, 31/159 239v–240; 42/160 65v–66, 45/160 114, 116, 124, 50/160 176–177, 51/160 187v–189v; 226/167 4–7
- - Ersatzwahlen (1914–1918)/Wahlkreise 117/163 206v–209; 201/166 139, 140v–141; 226/167 5v–6
- - „Kattowitzer Vorgänge“ 8/158 302–302v
- - Wahlurnen 28/159 217–218; 75/162 14–16
- - Wahlrechtsreform (Preußen) 15/159 8v, 18/159 74, 78, 21/159 139; 96/162 192v; 198/166 103–103v, 201/166 138v–142v, 202/166 148v, 150–150v, 152, 203/166 155–161v; 205/VI 183v–202; 207/166 188v, 208/166 194, 209/166 201–207, 211/166 231v; 226/167 4–7, 233/167 89–90, 234/167 94v–95v, 241/167 171v–180v, 243/167 186–191v, 248/167 232–234, 249/167 247v
- Wasser/Wasserstraßen 201/166 136v–137
- - Schiffsabgaben 39/160 43–43v, 44/160 91–102
- Welfenfrage 91/162 134
- Weltkrieg 261/167 352
- - Bewirtschaftung im Weltkrieg 126/164 56v, 133/164 113, 114v, 137/164 160, 165, 140/164 199, 145/164 258v, 151/164 356v–358; 212/166 249
- - Friedensschluß 180/165 302, 308, 185/165 376v, 187/165 396–396v, 398–401v; 205/VI 198v–199; 211/166 237–239; 258/167 335, 263/167 368–377v
- - Friedensvertrag von Brest-Litowsk 225/166 373v; 236/167 128, 253/167 294v
- - Generalstreik 204/166 169v
- - Kriegsernährungsamt 167/165 159v, 169/165 173v, 171/165 183v
- - Kriegsfinanzierung 117/163 203v, 118/163 234v; 134/164 140v–143, 136/164 155–155v, 148/164 317–322v, 149/164 327v–335v; 158/165 67–69, 159/165 91v–94, 161/165 nach Bl. 102: Bl. 8, 166/165 145–152v, 169/165 174; 192/166 40v–48v, 208/166 196; 231/167 54v–66v, 236/167 128, 244/167 193–207v, 251/167 261v, 254/167 302v
- - Kriegs-Notverordnungen, nachträgliche Genehmigung 117/163 203v
- - Kriegsschäden, Entschädigung im Reichsgebiet 162/165 104–111v
- - Kriegswohlfahrtspflege, Reichsmittel 146/164 286, 288v–289
- - Kriegsziele 211/166 230–231v, 239v–241v
- - Ostpreußen-Hilfsaktion (Aug. 1914) 116/163 193–194v
- - Rumänien, Kriegserklärung 174/165 205v, 207v
- - Schlesien, Abgabe an Österreich 130/Fundort S. 11–12
- - U-Boot-Krieg 161/165 nach Bl. 102: Bl. 7, 164/165 134–142; 190/166 26
- - Versorgungslage 150/164 343v
- Wirtschaftspolitik 91/162 139; 121/163 262; 233/167 78
- - Einfuhrscheinsystem 48/160 142v–144v, 49/160 163–174
- - Kalibergbau 7/158 288v; 251/167 272v
- - Stickstoffmonopol, Beirat 143/164 222–230
- - Vaterländischer Hilfsdienst 181/165 319v–337v, 183/165 340–355v, 357–357v, 185/165 368–376, 186/165 385–386
- Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften** 126/164 54
- Reichsvereinsgesetz** (1908) 30/159 231v; 185/165 373v–374v; 196/166 77–90v; 255/167 323v
- Novelle (1916) 150/164 337v–343, 151/164 350–356v; 158/165 69–83v, 163/165 114–130, 179/165 278v, 181/165 326v; 198/166 106v
- Versammlungsverbote 263/167 365, 268/167 410

Reichsverfassung

→ Verfassung (Reich)

Reichsversicherungsordnung (1911) *10/158* 323–325; *15/159* 20–26, *21/159* 144, *30/159* 236v–237, *31/159* 246–259; *43/160* 74–81v; *61/161* 69v–71; *125/164* 4v; *179/165* 288; *205/VI* 191v- Reichsversicherungsamt als Zentralbehörde *94/162* 179–181v

- Versicherungsämter

- - Herrenhaus, Wahl der Arbeitervertreter *210/166* 223v- - Oberversicherungsamt Arnberg (Plan) *64/161* 86v

→ Angestellte; Beamte

Reichswirtschaftsamt *207/166* 187–190v, *225/166* 374v–376v; *256/167* 328v- Demobilisierungskommission *266/167* 390–391- Reichsarbeitsamt, Abspaltung *256/167* 328v- Reichskommissar für Wohnungswesen *236/167* 130v, *240/167* 160–167

- Staatssekretäre

- - Schwander *207/166* 188–188v- - Stein *225/166* 375–376v**Reis** *126/164* 48v**Rennwettgesetz** (Entwurf) *94/162* 169v; *101/163* 34–42v

→ Pferde

Reparationen *115/163* 170v, *116/163* 185v; *132/164* 109v–110, *149/164* 330v; *180/165* 300, 303, *187/165* 399; *211/166* 240v; *257/167* 333

→ Friedensschlüsse; Kriegsziele

Reuß/ältere u. jüngere Linie (Bundesstaaten) *158/165* 73- Bundesrat, Vereinigung der Stimmen *40/160* 58**Revolution 1848/49:** *198/166* 112**Revolution 1918/19:** *263/167* 365, *264/167* 384v, 386v–387, *267/167* 406v–408, *268/167* 409–414, *269/167* 415–418v- Ankündigung durch Ebert *254/167* 302v- Behörden, Weiterarbeit *268/167* 409v–410, 412v**Rhein** (Fluß) *44/160* 91–102; *74/162* 4–4v; *146/164* 274v; *201/166* 135, *211/166* 238- Oberrheinische Tiefebene *246/167* 223- Schifffahrtsabgaben *39/160* 43–43v**Rhein-Elbe-Kanal** *201/166* 133v**Rhein-Hannover-Kanal** *44/160* 97v; *115/163* 168v

→ Mittellandkanal

Rhein-Herne-Kanal *55/161* 11v–12**Rheinisch-Westfälisches Kohlsyndikat** *43/160* 82–89, *44/160* 93; *144/164* 246v; *184/165* 363- Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H., Beteiligung *121/163* 257v**Rheinischer Bauernverein** *154/165* 22**Rheinpreußen** (Zeche) *184/165* 361v**Rheinprovinz** *18/159* 86v; *35/160* 11–12, *45/160* 113v; *56/161* 38v, *64/161* 93; *76/162* 29v, *92/162* 145v; *115/163* 177v; *145/164* 254v, 259; *181/165* 318v, *186/165* 381v; *220/VI* 221v; *263/167* 364v- Invasion, feindliche, u. Militärsplionage dt. Beamter *266/167* 400v–401**A. Riebeck'sche Montanwerke AG** *184/165* 362**Ritterakademien**- Liegnitz *177/165* 246

Rittergüter

→ Grundbesitz/Großgrundbesitz

Robert-Bosch-AG 267/167 406**Rockefeller-Gruppe** (amerik. Finanzgruppe) 144/164 239**Rohfett GmbH** 156/165 48

→ Fett/Butter

Rohstoffbewirtschaftung (allgemein)

→ Kriegswirtschaft

Rosenberg (Kreis, Prov. Westpreußen) 28/159 210v**Rotes Kreuz**

→ Kriegswohlfahrtspflege; Ordenssachen

Rügen (Insel) 74/162 7**Ruhr** (Fluß) 18/159 71; 44/160 95–96; 55/161 10–16; 184/165 361, 363, 366v; 211/166 238, 212/166 248v**Ruhrgebiet/-bergbau** 32/159 262v–264; 44/160 91v–102; 91/162 137v; 125/164 19, 144/164 246; 183/165 343, 184/165 362–362v, 364, 187/165 388–390v; 211/166 238, 212/166 248v, 222/166 342; 229/167 40, 234/167 104, 251/167 270–270v, 272v, 254/167 303

- Fiskus, Beteiligung an Kartellen und Trusts 43/160 83–83v, 84v–86

- Kanäle/Wasserstraßen 74/162 5; 201/166 133

- Mobilmachung, Arbeitskräftemangel 114/163 143v–144, 145v

- strategische Lage 230/167 44, 49v, 260/167 348

- Versorgungslage 126/164 45v, 140/164 193; 204/166 165v; 239/167 157v

Rumänien 79/162 61v; 125/164 18; 219/166 327, 328v; 220/VI 219v, 231; 245/167 212v–213

- Beziehungen zu nicht-deutschen Staaten 144/164 236–237, 239v; 164/165 135v; 188/166 9v, 190/166 31v, 223/166 362; 229/167 39, 245/167 214

- Export 156/165 50

- - Benzin/Benzol 114/163 144–144v, 146v, 122/163 276, 277v; 125/164 18v, 129/164 93v–94; 257/167 331

- - Nahrungs- und Futtermittel nach Deutschland 67/161 109v–110, 131v; 122/163 276, 277v; 125/164 18–18v, 126/164 47–47v, 49–49v, 127/164 67v, 76, 129/164 86v, 93v–94; 132/Fundort S. 31; 141/164 218–218v, 147/164 299v, 302–303; 154/165 28, 31, 174/165 206; 223/166 364v; 246/167 219v, 253/167 297

- Import

- - aus Deutschland 125/164 18–19, 126/164 47v

- - Nahrungs- und Futtermittel 205/VI 189v

- Weltkrieg 113/163 125v; 176/165 234v, 180/165 296v–298, 303v, 307, 308v, 310–312v, 185/165 376v; 190/166 27v, 31–31v, 219/166 323v–329; 220/VI 208–232v; 245/167 213–215, 257/167 331v, 260/167 346v, 262/167 356

- - deutsche Kriegsgefangene 245/167 215v, 260/167 346v

- - Friedensvertrag von Bukarest 234/167 94–94v, 241/167 171, 171v, 245/167 212–214

- - Kriegseintritt 130/Fundort S. 1–18; 131/Fundort S. 3–15; 132/Fundort S. 28, 31–32;

134/Fundort S. 3–4; 135/Fundort S. 2–3; 173/165 189–189v, 190v, 174/165 204–208, 175/165 211, 213v

Rußland/Sowjetrußland 77/162 38, 79/162 61v; 106/163 80, 83v; 223/166 364v; 248/167 230

- Armee/Truppenteile 115/163 177v, 123/163 297; 125/164 14v, 144/164 235–235v; 175/165 213v, 176/165 233v; 235/167 120v

- Armenien 187/165 399v; 223/166 362v

- Beziehungen zu Deutschland *110/163* 110v; *148/164* 307v–308
- - Bolschewiki u. USPD *263/167* 365
- - Botschaft Berlin *262/167* 359–361
- - Bündnis nach dem Weltkrieg *220/VI* 228v
- - Gesandtschaft Moskau, Abberufung Helfferichs *253/167* 292v
- - Goldzahlungen (an Deutschland) *253/167* 294
- - Handelsvertrag *48/160* 146–146v; *67/161* 117–118, 131v; *110/163* 111v
- - russisch-polnische Arbeiter in Deutschland/Wanderarbeiter *150/164* 339v; *173/165* 189v; *223/166* 364v–365v
- Beziehungen zu nicht-deutschen Staaten *135/Fundort S. 2*; *173/165* 189v, *175/165* 211; *254/167* 301v
- Export von Nahrungs- und Futtermitteln nach Deutschland *48/160* 138v; *67/161* 109v–110v, 112v, 116v–118v, 131v; *118/163* 223, *120/163* 243v; *126/164* 49, *127/164* 67v; *223/166* 364–365
- Import von Getreide *246/167* 219v–220
- Landwirtschaft *48/160* 147v, *49/160* 165v–166; *176/165* 228v–229; *220/VI* 213v
- Revolution (1917) *74/162* 8; *198/166* 103v–104v, 107–107v, 110v, 113v–114v, 119v, *211/166* 234v; *220/VI* 217v, 229v
- - Revolutionsregierung als Verhandlungspartner *219/166* 324v, 325v, 328; *220/VI* 210v, 218v, 228v; *226/167* 2v, *228/167* 30v, *253/167* 293v–294v
- Territorium
- - Kompensation an Österreich für das Trentino *131/Fundort S. 5*, 10–11; *132/Fundort S. 19–20*
- - Sibirien *236/167* 135v
- Weltkrieg *130/Fundort S. 7*; *132/Fundort S. 29*, *140/Fundort S. 1–3*, 7–9; *144/164* 235v, 237, 243v, *148/164* 307–313, *152/164* 373v; *175/165* 211v–212, *180/165* 297v, 299v, 301v, 303, 310v–311, *181/165* 316–316v; *203/166* 159, *211/166* 239–239v, *219/166* 323v–329; *220/VI* 208–232v; *230/167* 43v, *245/167* 214
- - annektierte Gebiete *132/164* 107, *148/164* 311; *203/166* 156v
- - Friedensschluß *130/Fundort S. 1–18*; *148/164* 309, 311–312v, *152/164* 373v; *173/165* 190, *174/165* 207v, *175/165* 211–211v, 213, 216–216v, *180/165* 297v, 300, 303–304, 308–309, 312; *203/166* 158–159, *204/166* 169v; *220/VI* 210v, 218v, 228v; *223/166* 360v–366, *225/166* 372–374; *226/167* 2–4, *228/167* 30v, *231/167* 53v–54, *233/167* 76–76v, *234/167* 94, *235/167* 113–115, 119v–120v, *245/167* 2, *253/167* 293v–294v
- - Juli-Krise (1914) *113/163* 124v–126
- - Kriegsgefangene *223/166* 364v–365; *260/167* 346v
- - Kriegsziele *180/165* 300; *219/166* 323v–329; *220/VI* 208–232v
- - Offensiven *164/165* 135, *173/165* 189–189v, 196, *175/165* 210; *203/166* 157v; *245/167* 214
- - Ostpreußen, Besetzung *115/163* 177–177v, *116/163* 184v–194v, *117/163* 209–215v; *230/167* 44v, *245/167* 214
- [baltische Territorien bzw. Baltikum]; Belorußland; Generalgouvernement Lublin bzw. Warschau; OberOst; Polen (Königreich 1916–18)/Russisch-Polen

Saale (Fluß) *44/160* 100–100v

Saar (Fluß) *44/160* 91–102; *55/161* 10–16; *184/165* 362v, *187/165* 389; *211/166* 236, 238, *212/166* 248v

- Weinanbaugebiet *121/163* 261v

Saarburg (Kreis) *146/164* 278

- Saargebiet** 44/160 93–93v, 48/160 154; 67/161 122; 211/166 236, 238; 220/VI 221v
 - Bergbau 32/159 263–263v; 55/161 12v, 13v, 20v–21, 67/161 122; 125/164 19, 144/164 246;
 184/165 359–360, 187/165 389; 212/166 248v, 249v; 251/167 270, 272v
 - - Fiskus, Beteiligung an Kartellen und Trusts 43/160 82v–83v, 84v
 - Verkehrslage
- Saargemünd** (Kreis, Elsaß-Lothringen) 146/164 278–279v
- Saccharin**
 → Zucker/Zuckersteuer
- Sachsen** (Bundesstaat) 6/158 259v, 261v; 27/159 184, 186, 30/159 222v, 231v; 38/160 29v,
 34, 36, 44/160 101; 57/161 49–49v; 124/163 300; 140/164 201, 150/164 339v; 181/165 318;
 198/166 107v; 246/167 223v, 251/167 272v, 264/167 382v
 - Eisenbahn 157/165 59, 185/165 370v; 192/166 44v, 222/166 347
 - Jesuitengesetz (1872) 68/161 138
 - Personalunion mit Litauen 248/167 235v, 251/167 262–269v
 - Territorium
 - - Austausch zur Wahrung der ital. Neutralität 130/Fundort S. 9; 146/164 274v, 282v–283
 - - Elsaß-Lothringen, Aufteilung 132/164 105–110v, 146/164 273–285v; 179/165 291v; 215/166
 274v, 276v
 - Wehrvorlagen (1912/13) 56/161 29, 57/161 49–50, 59/161 61v, 63/161 79–80; 77/162 39,
 47v–48
 - Weltkrieg 146/164 286v, 288v–289, 148/164 319
 - - Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H., Beteiligung 121/163 258
- Sachsen** (Ghzgtm., Bundesstaat) 6/158 261v; 38/160 34; 105/163 59; 137/164 167
- Sachsen** (Provinz) 22/159 155v–156; 64/161 93
- Sachsen-Coburg u. Gotha** (Bundesstaat) 38/160 34, 45/160 114v, 122v; 197/166 95
- Sachsen-Meiningen** (Bundesstaat) 38/160 34
- Saloniki** (griech. Landschaft) 152/164 372v–373; 161/165 nach Bl. 102: Bl. 5v, 173/165 189v,
 180/165 298; 255/167 318v
- Salpetermonopol**
 → Landwirtschaft
- Salz** 122/163 275v; 263/167 372v
- Sandschak** (von Novipazar) 130/Fundort S. 5
- Save** (Fluß) 180/165 299v
- Schaaffhausenscher Bankverein** 216/166 288v
- Schankkonzessionen** 81/162 74v–78
- Schatzanweisungen**
 - Preußen 117/163 202; 166/165 147v
 - Reich 144/164 237–238; 166/165 149v; 211/166 236; 231/167 54v, 244/167 201, 246/167 221v
- Scherl-Verlag** 161/165 nach Bl. 102: Bl. 3, 7v
- Schiffahrt/Schiffahrtsabgaben** 18/159 71; 39/160 43–43v, 40/160 53v, 44/160 91–102; 201/166
 132–137, 209/166 207v
 - Eisenbahn, Entlastung 114/163 144v–145v
 - Schiffsfrachtkundenstempel 159/165 88–91v
 - Schleppmonopolgesetz (1913) 74/162 4–4v, 7v–8

- Weltkrieg *113/163* 126–126v, *114/163* 143v, 147; *162/165* 110–110v; *180/165* 300; *211/166* 231, 233v, 235v, 237v, 241
- - Schiffe in fremden Häfen *141/164* 218; *160/165* 97–101, *161/165* nach Bl. 102: Bl. 5, *164/165* 136, 138; *236/167* 128
- Wasser/Wasserstraßen
- Schleichhandel**
- Handel/Großhandel
- Schlesien** (Provinz) *28/159* 209v; *64/161* 89v; *117/163* 209v, *122/163* 275–278; *125/164* 11, 14v–15; *203/166* 161; *263/167* 370–370v
- Ansiedlungspolitik/Innere Kolonisation *28/159* 205v–211v; *51/160* 188v; *92/162* 145v, 152, 153v; *151/164* 361v
- - Genossenschaften, polnische *32/159* 269–271v
- Kohlenbergbau *144/164* 246; *251/167* 270
- Landwirtschaft *125/164* 10v, *140/164* 195v
- Schulen
- - Fortbildungsschulen *5/158* 245; *76/162* 22, 29v
- - Volkshochschulen u. Nationalitätenkampf *5/158* 241–247
- Territorium
- - Abgabe an Österreich *130/Fundort* S. 1–18; *131/Fundort* S. 1–15; *132/Fundort* S. 19–32; *135/Fundort* S. 1
- - Grenzstreifen zu Polen *176/165* 229; *230/167* 44v, 46
- Wahlen
- Schlesischer Bankverein** (Breslau) *216/166* 288v
- Schlesischer Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften** *32/159* 269–271v
- Schleswig** (Kreis) *7/158* 280v
- Schleswig-Holstein** (Provinz) *18/159* 85v–86; *64/161* 93
- Eisenbahn, Netzplanung u. Nationalitätenkampf *104/163* 65v–70v
- Herrenhausvertretung *22/159* 154–155v; *45/160* 123–124, *47/160* 127v–128; *97/163* 7–9
- Landwirtschaft *48/160* 137, 149; *117/163* 202v–203, *118/163* 222v
- - Fideikomisse *92/162* 145v, 153v
- Nordschleswig, Abtretung an Dänemark *263/167* 364–364v; *266/167* 395–398v
- Schulen
- - Sozialdemokraten in Schulvorständen u. -deputationen *124/163* 302–302v, 304
- - Fortbildungsschulen *76/162* 28
- - Volkshochschulen *5/158* 241–247
- SPD u. militärische Vorbildung Jugend *120/163* 244–246v, *124/163* 306–306v; *134/164* 131–131v
- Dänemark; Dänen (als Minderheit)
- Schlichtungsstellen/-ämter** *181/165* 318–318v, 329, *183/165* 340–355v, 357–357v, *185/165* 368–376
- Achtstundentag *254/167* 303
- Kriegswirtschaft
- Schriftsteller**
- Herrenhausvertretung *214/166* 270v
- Schubin** (Kreis) *2/158* 209v
- Schuldner**
- Moratorium (Weltkrieg) *133/164* 118v–123

Schulen

- Fortbildungsschulen 5/158 244v; 22/159 155v–156, 27/159 181–202, 30/159 225–230v; 38/160 34–41, 39/160 43v–50v; 76/162 22–34; 100/163 26v–28v; 207/166 189v; 244/167 210
- Herrenhaus, Einfluß auf Schulrecht 212/166 253, 217/166
- Jugendfürsorge 27/159 188–201, 30/159 225–230v
- Polnisch als Unterrichtssprache 196/166 79v–89v; 263/167 368v–377v
- Privatschulen 205/VI 196
- Provinzialschulkollegium Brandenburg
- - Stellung zum SPD-Turnverein Fichte 120/163 245v–246
- Religionsunterricht 34/160 2v; 205/VI 196; 227/167 17, 263/167 368v–377v
- Schulaufsicht 39/160 43v–50v; 74/162 6v, 88/162 118v–122v
- - Schuldeputationen u. -vorstände, Bestätigung von Sozialdemokraten 124/163 302–302v, 304v, 306
- Schulvereine 5/158 241v; 196/166 79v
- Sonderschulen f. blinde und taubstumme Kinder 22/159 148v
- Verwaltungsreform 100/163 26v–28v; 221/166 336
- Volkshochschulen, Schleswig 5/158 241–247
- Volksschulen 205/VI 196, 197v
- - Unterhalt/Schullasten 15/159 12–12v; 100/163 27v, 108/163 90–92v; 148/164 318, 149/164 332–332v
- Wahlrechtsreform 198/166 118v; 205/VI 185v, 195v–196
- Weltkrieg 117/163 202v; 125/164 11v
- - Ostpreußen, Wiederaufbau 116/163 189–190, 120/163 249–249v
- - Schließung von Schulen wegen Massenaufgebot von Freiwilligen (Plan, Okt. 1918) 262/167 357v–358
- - Schülerarbeit 114/163 144–144v
- - Vaterländischer Hilfsdienst 181/165 328, 329v–330
- [einzelne Staaten bzw. Territorien]; Jesuiten/Jesuitengesetz; Lehrer; Ritterakademien; Sport/Sportunterricht
- Schutzmächte** (Deutschlands)
- Weltkrieg (1914–1918)
- Schwarzburg-Rudolstadt u. -Sondershausen** (Bundesstaaten) 124/163 300
- Bundesrat, Vereinigung beider Stimmen 40/160 58
- Schwarzes Meer** 161/165 nach Bl. 102: Bl. 2v–3
- Schwarzmarkt**
- Handel/Großhandel
- Schweden** 190/166 25v, 31; 254/167 311, 266/167 398v
- Export 190/166 28v; 225/166 373v
- - Nahrungs- und Futtermittel nach Deutschland 48/160 148–149; 126/164 49v; 174/165 206–206v
- Import aus Deutschland 7/158 286; 114/163 143v; 156/165 52; 236/167 134v
- „Schweinemord“
- Vieh (Futter, Handel, Zucht)
- Schweiz** 44/160 92, 100; 106/163 77–77v, 79; 263/167 374v
- Export von Lebensmitteln nach Deutschland 67/161 116v, 126–126v; 174/165 206v
- Import 67/161 116v; 190/166 31v;
- - Ausfuhrverbot Deutschlands 113/163 127

- Weltkrieg *190/166* 25v, 26v, 31
- - Schutzmacht für Deutschland *180/165* 300; *260/167* 344v
- Schwetz** (Kreis) *45/160* 120v–121
- Seehandlung** (Preußische Staatsbank) *91/162* 140; *216/166* 288–288v
- Seekrieg**
- Weltkrieg
- Selbstverwaltung** *218/166* 320
- Herrenhausvertretung *210/166* 215v, 221v, *214/166* 259–272, *216/166* 294
- Kriegswirtschaftsorganisation *133/164* 117–117v
- Polen (Königreich 1916–18) *176/165* 232v
- Verwaltungsreform *221/166* 336
- Kommunen/Kommunalverbände; Verwaltungsreform
- Senckenberg-Stiftung** (Frankfurt/M.) *86/162* 114
- Serbien** *144/164* 236v; *198/166* 116v; *255/167* 322v
- Export von Vieh und Fleisch *67/161* 109v–110v, 131v
- Handelsvertrag *110/163* 111
- Weltkrieg *144/164* 236v; *180/165* 299v; *211/166* 230
- - deutsche Offensive (1915) *141/164* 218v, *144/164* 235v, 242v, 243v, *152/164* 373v
- - Kriegseintritt *113/163* 124–126v; *130/Fundort* S. 4; *134/Fundort* S. 1; *176/165* 242v
- - wirtschaftliche Ausnutzung, Gleichstellung mit Deutschland *145/164* 252; *156/165* 48, *158/165* 84, 85v
- Sexualpädagogik** *168/165* 169v
- Siebenbürgen** *134/Fundort* S. 3; *173/165* 189v, *180/165* 296v, 299v
- Siebenjähriger Krieg** (1756–1763)
- Krieg 1756–1763
- Sieg** (Fluß) *44/160* 96–96v
- Siegen** (Kreis) *64/161* 85–89
- Siegerland** (Bergbaurevier) *43/160* 84v–85, *44/160* 91v–102
- Silber** *139/164* 173
- Skandinavien** *143/164* 229
- Export *156/165* 47; *190/166* 28v
- Weltkrieg, Friedensschluß u. Nordschleswig-Frage *266/167* 395–398v
- Societas Jesu**
- Jesuiten/Jesuitengesetz
- Soest** (Kreis) *64/161* 85–89
- Soldaten** *199/166* 126
- Amnestie *125/164* 3–9v
- Eid auf Reichsverfassung *263/167* 377v–379v
- „Erfurter Vorgänge“ (1913) *89/162* 125v
- Ersatz/Rekruten *120/163* 244–246v; *134/164* 125–136, *144/164* 236; *175/165* 213v, 224, *176/165* 237, *179/165* 281v, *180/165* 307, 310v; *253/167* 292–292v, *254/167* 303v, *260/167* 346–346v, *262/167* 355v–356
- - Elsaß-Lothringer *146/164* 276–277, 282v; *215/166* 277
- - Einjährig-Freiwillige, Zulassung von Sozialdemokraten *98/163* 13v–17v
- - Freiwillige *177/163* 205v–206v; *235/167* 113–115, 119v–120v
- - Massenaufgebot von Freiwilligen (Plan, Okt. 1918) *262/167* 357v–358v
- - militärische Vorbildung *120/163* 244–246v, *124/163* 306; *134/164* 125–136

- - Reklamation von Justizbeamten *113/163* 127v
- - Transporte, Störung *264/167* 385v–386v
- Fahnenflucht *264/167* 386, *269/167* 415v–416
- - Elsaß-Lothringer *132/164* 105v; *175/165* 218
- - Polen *151/164* 360v
- Gefallene *256/167* 327, *257/167* 330v, *260/167* 346v
- Mannschaftsversorgungsgesetze *254/167* 304
- Sold *56/161* 29v–30
- Unteroffiziere: Ernennung von Sozialdemokraten *124/163* 306v
- Verpflegung, Revolten *264/167* 386v
- Volksschullasten *108/163* 90–92v
- Wahlrecht/Wahlrechtsreform *28/159* 216; *125/164* 9v–10; *199/166* 125–126
- Ansiedlungspolitik/Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen; [einzelne Staaten]; Militär; Offiziere
- Soldatenräte** (1918/19) *269/167* 415v–416
- Sonderburg** (Kreis) *110/163* 112v–118v; *266/167* 396v
- Sosnowice** (Kohlenrevier) *131/Fundort* S. 5 10–11; *132/Fundort* S. 19–20
- Souvenir français** (Zeitschrift)
- Œuvre pour l'édification et l'entretien des tombes militaires
- Sowjetrußland**
- Rußland/Sowjetrußland
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (SPD) *91/162* 136; *101/163* 34v, 38, *117/163* 201v; *151/164* 359
- Abgeordnetenhaus/Landtag *92/162* 145; *116/163* 195; *125/164* 2v; *177/165* 247, *178/165* 262v
- Außenpolitik *235/167* 114v, *253/167* 295v
- - Äquatorialafrika- u. Marokko-Abkommen (1911), Verfassungsrecht *51/160* 185, 186v, 187v
- - Rußland, Februarrevolution *198/166* 114v–115
- - Sowjetrußland, Verbindungen zur Botschaft *262/167* 360v–361
- Elsaß-Lothringen *28/159* 214; *40/160* 53, *44/160* 103, 105–106; *85/162* 105v; *146/164* 274v; *215/166* 274v, 275v
- Kaiser/König, Abdankung *267/167* 407–407v
- Kirchenpolitik *205/VI* 196
- - Jesuitengesetz (1872) *141/164* 210–217v
- Jugend/Jugendarbeit *27/159* 181–202v, *30/159* 223v; *38/160* 35–40; *120/163* 244–246v, *124/163* 306; *134/164* 125–136
- Koalitionsrecht
- - Gewerkschaften *32/159* 262v–264; *254/167* 303v
- - Reichsvereinsgesetz (1908) *27/159* 197v–198, 202–202v; *150/164* 337v–343, *151/164* 350–356v; *158/165* 69–83v, *163/165*; *196/166* 80v, 85
- - Staatsarbeiter u. Beamte *53/160* 196v–198; *126/164* 60v–62v
- - Tarifverträge *193/166* 59
- Landwirtschaftspolitik
- - Fideikommißgesetzentwurf *125/164* 6, *135/164* 147v, *148/164* 314–314v; *179/165* 278, 280
- - Landarbeiter *150/164* 341v
- Militärpolitik *134/164* 130
- - Befehlsverweigerungen 1918, Einflußnahme SPD-Staatssekretäre *264/167* 386v
- - Einjährig-Freiwillige, Zulassung von SPD-Mitgliedern *98/163* 13v–17v
- - kais./kgl. Kommandogewalt, Einschränkung *264/167* 381v

- - Soldaten, Sold 56/**161** 29v–30
- Mitgliedschaft u. Parteiorganisation
- - Liebknecht, Gerücht von seiner Erschießung 114/**163** 147
- - Revisionisten, Unterstützung durch Regierung 151/**164** 350–356v
- - Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft 198/**166** 105v, 119v, 201/166 143v
- - Zulassung von Agitatoren zum Studium 98/**163** 16–16v
- provinziiales und kommunales Wirken
- - Bestätigung von SPD-Mitgliedern als Kommunalbeamte 124/**163** 300–309
- - Hamburg, Vertretung im Reichstag durch Sozialdemokraten 198/**166** 108
- - Kommunalwahlen 117/**163** 206v–209
- - Nutzung kommunaler Räume 48/**160** 134v–135
- - Sachsen-Coburg u. Gotha 197/**166** 95
- - Zweckverband Groß-Berlin 109/**163** 100–103v
- Reichstag 150/**164** 337–337v; 198/**166** 108, 115; 254/**167** 302
- Revolution (1918/19) 268/**167** 410–414
- Schul- und Bildungspolitik 76/**162** 28; 205/**VI** 196
- - Sportunterricht, außerschulischer 27/**159** 197v–198, 202–202v
- Sozialpolitik 32/**159** 267–268; 115/**163** 172; 234/**167** 104v
- - Krankenkassen 31/**159** 248–250, 252, 257v–258; 43/**160** 80v–81
- - Volksfürsorge (Lebensversicherung) 64/**161** 89–96; 74/**162** 9–12, 75/162 20v
- - Wohnungsgesetz (1918) 135/**164** 147v; 179/**165** 280v
- Staatsministerium/Reichsleitung 259/**167** 340v–341
- - Burgfriedenspolitik u. SPD 114/**163** 141–148v, 117/163 222–230, 120/163 244–246v, 124/163 300–309; 153/**165** 4v–5, 11–12
- - Isolierung der Partei als Regierungsziel 249/**167** 248
- - Regierungsbeteiligung/SPD-Staatssekretäre 255/**167** 322, 324, 256/167 326v, 328v, 264/167 386v, 268/167 410–414
- - Zusammenarbeit mit SPD 129/**164** 89v–90; 207/**166** 188, 189v, 190v
- Steuerpolitik 79/**162** 64v; 148/**164** 320v; 192/**166** 43; 244/**167** 193v, 267/167 405v
- Verkehrspolitik 35/**160** 14v
- - Eisenbahn 31/**159** 240v; 114/**163** 146v; 157/**165** 58v–59; 208/**166** 196v
- Wahlen 15/**159** 13v–14; 49/**160** 166–166v, 50/160 177–183; 78/**162** 58v; 226/**167** 4v–7
- - Wahlrechtsreform 6/**158** 259, 261, 270v, 276, 12/158 343; 15/**159** 8v, 17/159 60–60v, 62, 18/159 106v, 114–114v, 19/159 128, 28/159 217v; 96/**162** 193v; 198/**166** 106v, 108v, 110, 111v–112, 117, 119v, 201/166 138v–140, 142, 202/166 148v, 149v, 203/166 155v–156, 204/166 165v, 168, 169v; 205/**VI** 182–202; 208/166 193v, 209/166 204; 241/**167** 172, 243/167 187v
- - Reichstagswahlrecht 248/**167** 233v
- Weltkrieg 113/**163** 126; 136/**164** 157–157v, 145/164 255v, 146/164 288v, 150/164 343v; 183/**165** 352, 355v; 268/**167** 411
- - Bewirtschaftung im Weltkrieg 127/**164** 66, 140/164 187–203; 246/**167** 220v, 222
- - Friedensschluß 151/**164** 351; 173/**165** 200v, 180/165 309; 203/**166** 161v; 204/166 171; 254/**167** 302
- - Kriegsfinanzierung 148/**164** 320v, 149/164 330, 152/164 372; 159/**165** 93–93v, 166/165 145v, 183/165 355v; 204/**166** 169v
- - Kriegsteuerungszulagen, Steuerfreiheit 193/**166** 58v–60
- - Vaterländischer Hilfsdienst 181/**165** 322–323, 324v, 183/165 342–343, 351v, 185/165 368–368v, 186/165 385

- Wirtschaftspolitik 49/160 167v, 169; 149/164 329v; 201/166 143v
- - Schankkonzessionen 8/162 74v–78
- - Stickstoffmonopol, Beirat 143/164 222–230
- Zentrumspartei, Bündnis mit Industriellen gegen SPD 77/162 46
- Burgfriedenspolitik; Gewerkschaften; Streiks und Unruhen; Vorwärts
- Sozialistische Monatshefte** 179/165 288v
- Sozialpolitik/Sozialgesetzgebung** 31/159 254v; 205/VI 191v; 222/166 341–349v; 263/167 370
- Reichswirtschaftsamt, Zuständigkeit 207/166 189
- uneheliche Kinder, Absicherung 239/167 151–156
- ZDI und StS des Innern, Differenzen (1902) 32/159 261v–262
- Arbeiter; Gewerkschaften; Reichsversicherungsordnung
- Spanien** 141/164 214, 215v; 160/165 100–101, 180/165 300; 190/166 28–28v
- Sparkassen** 133/164 119v, 121–121v, 144/164 238; 246/167 223v
- Spartakusbund** 229/167 41v, 262/167 359v
- Spionage**
- Elsaß-Lothringen 132/164 105v, 146/164 276
- Militärspionage der Beamten bei feindlicher Invasion 266/167 400v–401
- Spirituszentrale GmbH** 57/161 51, 54–54v; 231/167 64v
- Sport/Sportunterricht** 27/159 183, 186–202v
- Olympische Spiele Berlin (1916, Plan) 101/163 45
- Schulen
- Staatsangehörigkeit**
- Gesetz (1913) 1/158 201
- Schleswig-Holstein, Optanten-Vertrag (1907) 266/167 395v
- Staatsanwaltschaften**
- Beeinflussung durch Justizminister 28/159 218v
- Oberstaatsanwaltschaften Berlin u. Kiel
- - Revolution 1918/19, Weiterführung der Geschäfte 269/167 417
- Gerichte
- Staatsarbeiter**
- Arbeiter
- Staatshaushalt** (Preußen) 212/166 256v
- Ausgaben 9/162 138
- - Ausgleichsunterstützungen für Pensionäre 33/159 274–280v
- für 1908 (1910): 22/159 156v
- für 1909: 12/158 345v
- für 1910: 22/159 148
- für 1913: 74/162 8
- für 1914: 92/162 144v, 94/162 167; 102/163 48–53, 114/163 145–145v, 115/163 169v, 173, 116/163 191v, 192v–193, 117/163 202–204; 149/164 328; 153/165 13–17v
- für 1915: 109/163 95v–96, 104–106, 115/163 178; 125/164 2v–9v, 129/164 88–90, 97, 148/164 317–322v, 149/164 328; 153/165 13–17v
- für 1916: 148/164 315–315v, 149/164 328; 153/165 13–17v, 166/165 147v–148
- für 1918: 223/166 368v–369; 226/167 11–12, 241/167 173v, 176v, 242/167 182–182v
- Haushaltsrecht 210/166 219, 212/166 253–256v, 214/166 259v, 217/166 305–308v, 218/166 314v–316; 254/167 309–315
- Anleihen; Provinzialdotationen; Reichshaushalt

Staatskommissar für das Wohnungswesen

→ Wohnungen/Wohnungsbau

Staatskommissar für Volksernährung 193/166 58v

- Verbindung mit Kriegsernährungsamt 207/166 188, 190–190v

→ Versorgungslage; Zentrale für Ernährungsfragen

Staatskommissare (allgemein)

- staatsrechtliche Stellung 240/167 161–167

Staatsministerium

- Abgeordnetenhaus, Beantwortung von Anträgen u. Resolutionen 14/159 2v–3; 54/161 2v

- Außenpolitik

- - Abstimmung mit AA 253/167 296–296v

- - Unterrichtung der Minister durch Reichsleitung 143/164 231; 227/167 15v–16, 228/167 27, 253/167 292v, 255/167 320–320v

- Bauministerium (Plan) 236/167 129v–133, 240/167 160–167

- Beratungen mit den Parteiführern 117/163 202–204, 208v–209; 125/164 2–10, 136/164 151–155, 148/164 314, 315v–316, 149/164 328v, 331v–335v, 151/164 361; 153/165 17, 154/165 20, 156/165 38v, 42v–43, 44v, 157/165 64v, 161/165 nach Bl. 102: Bl. 4, 163/165 114, 119v, 166/165 145–146, 175/165 216, 218v–219, 222v, 176/165 228, 239v–240v, 241v, 244, 179/165 287, 187/165 396–396v, 398–401v; 199/166 124, 202/166 146–153v; 205/VI 184v–185; 209/166 204, 212/166 248v–249, 250v–251v, 215/166 275–276, 278, 225/166 372v, 373v; 226/167 3–3v, 239/167 150

- berufsständische Interessenvertretungen, Einfluß 133/164 115–117v

- Bundesrat: Zustimmung zu Präsidialvorlagen 201/166 143v; 238/167 139, 143v–145

- Geburtstagsglückwünsche

- - für Beseler 175/165 224v

- - für Hindenburg 215/166 274, 216/166 287

- Geschäftsordnung

- - Disziplinaentscheidungen nicht revidierbar 189/166 19–23

- - Einmütigkeit der Beschlüsse 167/165 163v

- - Geheimhaltung/Indiskretionen 12/158 337; 227/167 18v

- - Gesetzentwürfe vorab Bundesstaaten bekanntgeben 201/166 143v

- Kabinett Bethmann Hollweg 1/158 200–201v; 95/162 190; 117/163 203v, 123/163 297v–298; 204/166 167v, 171v–172v; 205/VI 195; 206/166 175, 207/166 187

- Kabinett Hertling 243/167 188–189, 259/167 339–339v

- Kabinett Michaelis 207/166 187–190v, 208/166 192–193

- Kaiser u. König/Monarch 198/166 104v–105

- - Entlastung im Krieg 114/163 141–141v, 117/163 217–217v; 170/165 178v–179

- - Kabinettsordres vor 1850, Gültigkeit 105/163 56–63

- - Neujahrswünsche des Staatsministeriums 125/164 2

- - Kronprinz, Teilnahme an Staatsgeschäften 227/167 19–25v, 228/167 31–31v

- - Unterrichtung Wilhelms II. 236/167 127–128

- Ministerpräsident/Reichskanzler

- - Ämtertrennung Reichskanzler/Ministerpräsident unmöglich 219/166 323–323v

- - Unterrichtung der anderen Minister 227/167 15–16, 228/167 27–30v, 253/167 292v, 255/167 320–320v

- Neuorientierung der Politik 134/164 134, 141/164 211v, 145/164 256; 153/165 4–4v; 198/166 102–120, 203/166 157v

- parlamentarische Verantwortlichkeit/Parlamentarismus *14/159* 3v; *71/161* 158–164; *133/164* 115v; *201/166* 142v–143v; *205/VI* 194–194v; *255/167* 322v, *257/167* 332v–333, *268/167* 410–414
- Rechte
 - Belagerungszustand, Verhängung *30/159* 231v–236
 - Friedensschluß *180/165* 298v
 - Landtag, Schließung *134/164* 136v–137v
 - Teilnahme an allen RT- u. HH-Beratungen *240/167* 167–169v
 - Zustimmung zu Bundesrats-Präsidialvorlagen *238/167* 139, 143v–145
 - Revolution (1918/19) *267/167* 406v–408, *269/167* 415–418v
 - Verhältnis zu obersten Behörden *133/164* 115v
 - Auswärtiges Amt *253/167* 296–296v
 - Generalstab *133/164* 115v, 116v
 - Großes Hauptquartier *199/166* 125
 - OHL *227/167* 15–15v, *228/167* 27–30v
 - Kriegsernährungsamt *238/167* 144v–145
 - Landeseisenbahnrat *45/160* 109v–111
 - Landeswasseramt *94/162* 179–181v
 - Reichsamt des Innern *223/166* 366, *225/166* 374–376v
 - Reichsleitung (gesamt) *257/167* 330–330v, *262/167* 357, 360v, *263/167* 363–363v, 365v–366, *266/167* 392v
 - Reichsmarineamt *161/165* nach Bl. 102: Bl. 2v
 - Reichsschatzamt *112/163* 121–121v; *223/166* 368v; *244/167* 205
 - Reichswirtschaftsamt *225/166* 374–376v
 - Wohnungskommissar *236/167* 129v–133, *240/167* 160–167
 - Waldeck-Pyrmont (Fstm.), selbständige Erledigung von Regierungsangelegenheiten im Weltkrieg *117/163* 217–217v
- [einzelne Ministerien]; Minister (allgemein); Ministerpräsident/Vizepräsident; Parteien; Reichskanzler/Reichskanzlei
- Staatsrat** *227/167* 20–20v
- Staatsschuld**
 - Übernahme eines Anteils durch Elsaß-Lothringen bei Etablierung als Bundesstaat *266/167* 399v
 - Reichsschuld
- Staatssekretäre** (Reich)
 - Bundesratsbevollmächtigte *256/167* 327v–328
 - Ernennungen zu preuß. Ministern *112/163* 121v; *225/166* 375–376
 - Helfferich *131/164* 102, *132/164* 105
 - Jagow *112/163* 121–121v
 - Kühlmann *225/166* 376v
 - Kühn *112/163* 121–121v
 - Stein *225/166* 375–376v
 - Wallraf *207/166* 190, *225/166* 374–376v
 - gemeinsame Besprechungen *253/167* 292v
 - Kronrat v. 9.7.1917, Teilnahme *204/166* 166v
 - parlamentarische *211/166* 231v; *255/167* 323, *256/167* 327–327v
 - Verantwortlichkeitsgesetz (Plan) *201/166* 142–142v
 - [einzelne Reichsämtler]
- Stade** (Regierungsbezirk) *177/165* 256

Städte/Städtebau

- Bürgermeister/Oberbürgermeister
- - Verwendung als Steuerveranlagungskommissare 267/167 406
- - Kandidaten für höhere staatliche Verwaltung 197/166 95v
- Freiflächen, Wald- und Wiesengürtel 70/161 146–156; 109/163 96v–103v
- Herrenhausvertretung 210/166 215v–216, 221v–222, 214/166 260v–261, 263, 265, 266v, 216/166 291v–292, 294–294v, 296v–297v, 217/166 302–308v, 218/166 317, 319
- Kohleversorgung 205/VI 191v; 209/166 207–211, 212/166 249
- Stadt und Land. Verhältnis zueinander
- - Wahlrechtsreform 12/158 339v–340, 341v–343v, 13/158 350–350v, 355v–356; 210/166 214, 216
- - Zuwachssteuergesetz (1911) 18/159 87v, 89, 118v
- Stadtverordnetenversammlungen
- - Düsseldorf, SPD-Majorität 124/163 302v
- - Ersatzwahlen (1914–18) 117/163 206v–209
- Städteordnungen
- - kommunale Zwangsverbände 35/160 19v–21
- - östliche Provinzen 249/167 246
- Deutscher Städtetag; Kommunen/Kommunalverbände; Wohnungen/Wohnungsbau

Stadtschaften (Kreditinstitute)

- ministerielle Zuordnung 240/167 160v–167
- Hypotheken/Hypothekenbanken

Stahlwerksverband 43/160 82–89

Statistisches Landesamt 5/158 249v; 140/164 190

- Statistisches Jahrbuch 118/163 227v
- Volkszählung (1864) 226/167 4
- Kaiserliches Statistisches Amt

Stellenbesetzungen

- Ernennungen

Stellvertretende Generalkommandos

- Heer/Heerespolitik

Stempelabgaben/Stempelsteuer 18/159 87; 77/162 37v, 46v, 47v, 79/162 61–67v; 166/165 148; 238/167 139v, 143v, 244/167 193

Stendal (Kreis) 254/167 307–308v

Steuern und Abgaben (allgemein) 18/159 88; 56/161 26–28v, 31–47; 74/162 6, 8, 77/162 36–49v; 148/164 317–322v, 149/164 327–335v; 153/165 15–15v; 205/VI 185v; 246/167 221v, 267/167 406

- Bewilligungsrecht 148/164 318, 149/164 327–335v
- Erhebung durch Landräte 53/160 200v–203v
- Kommunen, Befreiung 238/167 139–143
- Reform nach Kriegsende 226/167 11v, 12, 267/167 405v–406v
- Steuerflucht 231/167 58v, 238/167 143, 143v
- Verhältnis Reich, Bundesstaaten, Kommunen 244/167 193–207v

- Bundesfürsten; [einzelne Steuern bzw. Abgaben]; Kriegsfinanzierung; Matrikularbeiträge

Stickstoffbewirtschaftung 124/163 312; 126/164 52–60v, 143/164 222–230; 188/166 5v

- Landwirtschaft

Stimmungslage an der Front (1914–1918) 145/164 261v; 146/164 285v–289v; 152/164 369; 199/166 124–126, 211/166 228v; 244/167 208–209v, 251/167 261v

- Stimmungslage der Bevölkerung** (1914–1918) *120/163* 244, *124/163* 300–309; *125/164* 12v, *127/164* 69v, *129/164* 95v; *140/Fundort* S. 4–9; *145/164* 263, *147/164* 303v, *151/164* 350v, *152/164* 370v–371v; *154/165* 31v, *173/165* 190–202v, *174/165* 205v, *176/165* 235–235v, 240, *180/165* 298v, 305v, 309v; *190/166* 30v, *203/166* 156–156v, 157v–161v, *204/166* 165–172v; *205/VI* 181–202; *209/166* 207–211, *211/166* 228–229, 234v, 238, *212/166* 249v; *226/167* 3v, *229/167* 39v–42, *231/167* 60, 61v, *241/167* 171, *242/167* 182v, *243/167* 187, *244/167* 209, *246/167* 225, *251/167* 273, *253/167* 291v–292, *254/167* 300–304, *257/167* 333–333v, *259/167* 339v, *260/167* 347v, *262/167* 359–361, *264/167* 385v–387v, *265/167* 388v
- der Arbeiter *241/167* 173, 178v–179
 - - Bergarbeiter *144/164* 244v
 - der Beamten *252/167* 280v
 - der Eisenbahner *208/166* 196v
 - der Frauen *140/164* 189v; *180/165* 305v
 - der Landbevölkerung *147/164* 300v; *154/165* 28v, *161/165* nach Bl. 102: Bl. 6v
 - der Lehrer *173/165* 194, 199, 202v
 - gegenüber Landwirtschaft *167/165* 159v; *246/167* 225–225v
 - u. Elsaß-Lothringens Autonomie *215/166* 275v
 - u. Friedensangebot der Mittelmächte (Dez. 1916) *190/166* 25–33v
 - u. Friedensdemonstrationen *152/164* 372
 - u. Januarstreiks (1918) *229/167* 39v–42
 - u. Kohlenpreise *184/165* 359–366v
 - u. Kriegssteuern *192/166* 43v
 - u. Kriegswohlfahrtspflege *146/164* 285v–289v
 - u. Ostpreußen *221/166* 334–335, *222/166* 350v–351
 - u. Polen (Königreich 1916–18), Errichtung *175/165* 213v, 221
 - u. Portofreiheit der Feldpost *244/167* 208–209v
 - u. Textilien-Beschlagnahmung *152/164* 369
 - u. U-Boot-Krieg *161/165* nach Bl. 102: Bl. 3v–4, 6–7; *190/166* 25–33v
 - u. Versorgungslage *118/163* 221–237; *136/164* 157–157v, *140/164* 187–203, *145/164* 249–266v, 268–271v; *195/166* 68v–69, *198/166* 104, 105v, 109v–120, *199/166* 124–124v
 - u. Wahlrechtsreform *198/166* 102–120
 - Wirkung auf Ausland *125/164* 12v
- [einzelne Staaten]; Presse/Pressepolitik; Weltkrieg
- Strafgesetzbuch** (1870/71)
- Einführungsgesetz (1871)
 - - Strafverschärfung während Belagerungszustand *30/159* 230v–231, 233
 - Streikdelikte *222/166* 342v
 - Verrufserklärungen, Strafbarkeit *233/167* 77–80
- Strafprozeßordnung** (1877) *21/159* 144; *179/165* 288
- Strafverfolgung**
- Angleichung Preußen-Reich *263/167* 366v–368
 - Legalitätsprinzip *263/167* 367v
 - Steuerflucht als Militärstrafverfahren *238/167* 143–143v
 - Niederschlagung durch Gnadenerweise des Kaisers *263/167* 366v–368
- Amnestie; Gefängnisse; Gerichte; Todesstrafe
- Stralsund** (Regierungsbezirk) *177/165* 256; *197/166* 97
- Straßenbahn**
- Nahverkehr, öffentlicher

- Streiks und Unruhen** 32/159 263–264; 145/164 261v, 152/164 372; 180/165 309; 198/166 104–104v, 105v, 110v, 113v, 114v, 119v, 204/166 165v, 169–169v; 205/VI 183, 184–202; 229/167 40v–42, 239/167 157, 241/167 173, 178–178v
- Arbeitersekretäre, Einfluß 31/159 244
 - Arbeitskammern 234/167 100v, 109v, 235/167 115–119v
 - Bergarbeiter 64/161 87v; 222/166 342; 229/167 40, 251/167 270–274, 262/167 360v
 - Berlin 203/166 161; 205/VI 187; 229/167 39v–42, 262/167 359–361
 - - Grunewald u. Tempelhof (b. Berlin) (1917) 198/166 111
 - - Moabiter Unruhen (1910) 28/159 218, zu 219; 35/160 21v
 - Demobilisierung 266/167 390
 - Eisenbahn 186/165 385v; 252/167 280
 - Generalstreik 113/163 126–126v; 204/166 169v
 - Januarstreiks 1918 229/167 39v–42, 231/167 61v, 241/167 173, 243/167 187v
 - Lebensmittelunruhen 140/164 187–203, 145/164 256v–257, 147/164 294v; 198/166 104v, 105v, 109v–120, 204/166 165v
 - Streikrecht 222/166 342, 342v
 - - Strafverfolgung wegen Aufruf zum Generalstreik (Juli 1914) 113/163 126v
 - - Gesetz zum Schutz Arbeitswilliger (Entwurf) 28/159 218, zu 219
 - Vaterländischer Hilfsdienst 181/165 319–337
 - Verhandlungen der Streikenden mit Reichs- und Staatsbehörden 229/167 40
 - Waffen u. Militäreinsatz 100/163 29–31, 105/163 56–63; 199/166 124–124v; 229/167 40v
 - Stimmungslage der Bevölkerung
- Subsidien** (im Weltkrieg) 145/164 261v
- britische an Verbündete 144/164 238v
 - deutsche an Verbündete 144/164 236–238; 156/165 49v, 50; 211/166 236v; 231/167 62, 245/167 213v
 - österreichisch-ungarische an Verbündete 144/164 237v, 238
- Südafrika** 49/160 165v; 176/165 240
- Süddeutschland** 6/158 260; 40/160 57, 58v; 146/164 274, 150/164 344v; 157/165 62v, 173/165 191; 198/166 108, 199/166 122, 201/166 132, 135; 205/VI 200; 209/166 210; 220/VI 227; 236/167 129, 240/167 165, 246/167 223, 266/167 400
- Bierbesteuerung 231/167 63–63v, 65v
 - Branntweinsteuer 57/161 50v–55v, 59/161 61–62
 - Kriegsernährungsamt 167/165 158, 161v, 162v, 164–164v
 - Verkehrssteuer 192/166 44v, 45v, 48
 - Versorgungslage 118/163 223, 229, 231–232, 145/164 258v
- Südtirol** 220/VI 226v
- Südwestdeutscher Kanalverein** 201/166 133
- Suezkanal** 144/164 237v–238, 239v–240
- Sussex** (frz. Schiff) 164/165 134–142
- Suwalki** (Gouvernement/Kreis, Russisch-Polen) 116/163 185; 229/167 38v
- Sylt** (Insel) 266/167 397
- Syndikat für Auslandsverkäufe**
- Kohle
- Syndikate und Trusts** (allgemein) 43/160 82–89

- Tabak/Tabaksteuer** *148/164* 322v, *149/164* 329v; *220/VI* 231; *223/166* 368; *246/167* 221v
 - Zigarren als Lebensmitteleratz *181/165* 327v
 - Zoll *231/167* 66v
- Der **Tag** (Zeitung) *157/165* 59v; *192/166* 40–40v; *234/167* 104v
- Tägliche Rundschau** (Zeitung) *173/165* 202v; *203/166* 159v
- Taktik der verbrannten Erde** *257/167* 330v
- Tee** *49/160* 163–174; *156/165* 48–48v; *231/167* 66
- Telegraphenkabel**
 → Reichspost
- Teltow** (Kreis) *35/160* 12v, 15
- Le **Temps** (Zeitung) *85/162* 105v
- Teuerung** *16/159* 41–41v, *33/159* 275–280v; *49/160* 163–174; *74/162* 5; *136/164* 157–157v, *140/164* 203–204, *145/164* 249–266v, 268–271v, *146/164* 285v; *153/165* 13v, 16, *156/165* 49; *246/167* 221, 221v, 224v, *251/167* 270–274, *252/167* 278–286v, *267/167* 403, 405
 → Höchstpreise
- Textilien/Textilindustrie** *234/167* 97v
 - Bewirtschaftung im Weltkrieg *140/164* 189, 190v, 197v, 200, 201, *144/164* 241–241v, 244v, *146/164* 286–287, *152/164* 368v–370; *156/165* 49–49v, *181/165* 316v–317, *183/165* 344; *215/166* 283; *251/167* 273v–274
 - - Reichsbekleidungsstelle *152/164* 367–374v
 - Vaterländischer Hilfsdienst *181/165* 316v–317, 332v
- Theiß** (Fluß) *135*/Fundort S. 2
- Thüringen/thüringische Bundesstaaten** *146/164* 282; *205/VI* 190v; *235/167* 121
 - Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H., Beteiligung *121/163* 259
- Titelverleihungen** *5/158* 235v–241; *26/159* 175–177, *27/159* 179–180, *32/159* 261–261v; *86/162* 112v–114
 - Beamte, Bevorzugung *252/167* 279
 - Exzellenz
 - - Präsident Reichstag *137/164* 159–159v
 - Geheime Regierungsräte *250/167* 255v–257v
 - Grundsätze betr.
 - - Geheimer Regierungsrat *5/158* 235v–241; *86/162* 112v–114; *188/166* 12; *250/167* 255v–257
 - - Verleihungen an Ärzte *117/163* 216–217
 - - Verleihungen an Industrielle *5/158* 235v–241
 - - Verleihungen an Polen *196/166* 79
 - - Verleihungen im Weltkrieg *117/163* 215v–217; *250/167* 255v–257; *267/167* 408–408v
 - - Wirkliche Geheime Räte *252/167* 277v–278
 - Titelkauf *127/164* 79v–81
 - Verhältnis preußischer Titel zu Reichstiteln *250/167* 257
 - Wirkliche Geheime Räte *26/159* 170v–171, *27/159* 179; *171/165* 184, *177/165* 246–246v; *225/166* 377; *231/167* 52, *252/167* 277–278
 → Ernennungen; Ordenssachen
- Todesstrafe**
 - Verrat militärischer Geheimnisse *84/162* 99–99v
 - Vollstreckung in der Revolution (1918/19) *269/167* 417
 → Geheimhaltung; Strafverfolgung
- Tondern** (Kreis) *5/158* 241v; *110/163* 112v–118v; *266/167* 396v–397

- Trentino** (Landschaft) *130/Fundort S. 1–18; 131/Fundort S. 1–15; 132/Fundort S. 19–32; 134/Fundort S. 1–4*
- Trier** (Kohlengrube) *184/165 362*
- Tripolis** (Wilajet) *77/162 38, 79/162 61*
- Truppenübungsplätze**
→ Heer/Heeresvorlagen
- Tunesien** *131/Fundort S. 6*
- Türkei** *79/162 61v; 106/163 77; 158/165 85v; 246/167 219v*
- Beziehungen zu Deutschland *131/Fundort S. 5; 156/165 49v–50; 219/166 329*
- Beziehungen zu nicht-deutschen Staaten *130/Fundort S. 4–5; 135/Fundort S. 2; 144/164 236v, 239v–240; 164/165 136–137, 180/165 300; 236/167 134, 245/167 214*
- Export u. Import von Nahrungsmitteln *156/165 50; 236/167 134*
- Weltkrieg *144/164 236, 239–240; 156/165 49v, 50, 174/165 205, 180/165 298, 310, 312v; 260/167 344v, 346v*
- - deutsche Truppen *157/165 58*
- - Friedensschluß *180/165 300–301, 185/165 376v; 254/167 301–301v, 257/167 331–331v*
- - Friedensvertrag von Brest-Litowsk *223/166 361v, 225/166 372v*
- - Kriegsgefangene, rumänische, Mißhandlung *245/167 215v*
- - Kriegsziele *187/165 399v; 223/166 362v*
→ Italienisch-türkischer Krieg 1911/12; Subsidien
- Turnverein Fichte** (Berlin) *120/163 245v–246*
- U-Boote/U-Boot-Krieg**
→ Marine/Marinepolitik; Weltkrieg
- Übergangswirtschaft**
→ Kriegswirtschaft
- Ukraine** *220/VI 228v–229; 225/166 373–373v; 231/167 54, 245/167 212–212v*
- dt. Einmarsch/ Besetzung (1918) *235/167 113v, 120, 236/167 134, 253/167 296v–297, 264/167 386*
- Eisenbahn, Transit durch Polen *248/167 230v, 263/167 372v, 373v*
- Friedensvertrag von Brest-Litowsk *231/167 53v–54, 233/167 76, 245/167 212–212v*
- Import/Export/Kompensationsgeschäfte *236/167 133v–135v, 239/167 156v–158, 245/167 212v, 246/167 219v–220, 253/167 296v–297v, 263/167 372v*
- Währungsfrage *253/167 296v–297*
- Umsatzsteuer** *223/166 368; 231/167 56, 59v–60, 238/167 139–143v, 244/167 193, 249/167 251*
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (USPD) *225/166 374, 234/167 95, 263/167 364v–366*
- Beratungen mit der Reichsleitung *225/166 372v, 373v*
- Kriegskredite *204/166 169v; 236/167 128*
- Soldaten, Befehlsverweigerungen *264/167 386v–387*
- sowjetrussische Botschaft, Verbindungen *262/167 359–359v*
- Streikagitation *204/166 169*
- - Januarstreiks (1918) *229/167 39v–42*
- Versammlungen, Verbot *263/167 364v–365*
- Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden**
- Angriffe auf Bethmann Hollweg *178/165 262*

Universitäten und Hochschulen

- Architektur (Lehrgebiet) 240/167 164v
- Berlin 27/159 179–180; 55/161 17v; 98/163 16
- - Dahlem, Althoffs Pläne 5/158 247–251
- - Landwirtschaftliche Hochschule, Neubau 70/161 147v
- Breslau 55/161 16; 98/163 16
- - Landwirtschaftliche Hochschule 55/161 17
- Frankfurt/M. (Plan) 55/161 16–20v
- Freiburg 55/161 17v
- Gießen 55/161 17
- Halle 55/161 16v
- Handelshochschulen 55/161 18v–19
- Heidelberg 55/161 17v
- Herrenhausvertretung 210/166 217, 224, 216/166 294v, 218/166 319v
- Jena 55/161 16v
- katholisch-theologische Fakultäten 34/160 4v, 9
- Königsberg 98/163 16
- Kriegsausbruch, studentische Arbeitseinsätze 114/163 144
- Kuratoren 254/167 306–306v
- Landwirtschaftliche Hochschulen 5/158 248; 55/161 17, 70/161 147v
- Leipzig 55/161 16v
- Marburg 55/161 16v, 17v; 254/167 306–306v
- Münster 55/161 16v
- Professoren, politische Mandate 254/167 306v
- Sozialdemokraten
- - Nichtzulassung als Dozenten (Fall Leo Arons) 124/163 303–303v
- - Zulassung zum Studium 98/163 16–16v
- Straßburg 146/164 279v, 283v; 215/166 277
- - katholische Fakultät 4/158 223v–224
- Vaterländischer Hilfsdienst 181/165 328, 329v
- Warschau 175/165 217v
- Würzburg 55/161 17v

Unruhen

→ Streiks und Unruhen

Urania (Lebensversicherungsgesellschaft) 74/162 10

Urheberrecht 15/159 18–20

Urlaub

- in Staatsbetrieben 26/159 170v–175

→ Minister

Vaterländischer Hilfsdienst

→ Kriegswirtschaft

Vatikan

→ Kirche (katholische)

Veranlagungskommissare

→ Einkommens- und Ergänzungssteuer

Verband der deutschen Eisenbahnarbeiter 208/166 196v

→ Deutscher Transportarbeiterverband

- Verband der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten** 212/166 245
- Verband der Talgsmelzen** 156/165 48
- Verband deutscher Beamtenvereine** 117/163 201–202; 232/167 68–73
- Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter** 185/165 368v
- Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten** 64/161 89–96
- Verbandsbank der polnischen Genossenschaften**
- Kreditantrag bei der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse 154/165 21–24
- Verbrauchssteuern** 166/165 145–152v; 211/166 236v
- Verein Berliner Produkthändler** 118/163 228v
- Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller**
- östliche Gruppe, Notlage 45/160 109v–111
- Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken** 121/163 257v
- Vereinigte Margarinefabriken** 156/165 47
- Vereinigte Staaten von Amerika** 106/163 80; 143/164 228v, 144/164 239; 174/165 206v; 190/166 33; 254/167 310
- Außenpolitik 148/164 308; 156/165 44v; 190/166 32–32v; 220/VI 211v, 228v–229
 - - Beziehungen zu nicht-deutschen Staaten 164/165 136v; 211/166 229, 234v
 - Export 7/158 284v–290v; 125/164 12v; 175/165 213v; 190/166 28
 - - nach Deutschland 48/160 148–149; 67/161 110v, 121; 126/164 49v; 144/164 241v
 - Handelsvertrag 1/158 200v, 7/158 284v–290v
 - Russisch-Polen (besetztes Gebiet), Unterstützung der Juden 127/164 81–81v
 - Weltkrieg 144/164 238v, 239; 156/165 37v, 164/165 135, 180/165 309, 316; 190/166 32v–33, 225/166 373; 245/167 214v, 263/167 364
 - - 14-Punkte-Programm Wilsons 257/167 333, 258/167 335v–337, 260/167 344–348v, 262/167 356v, 263/167 368–377v
 - - Commission for Relief 156/165 38
 - - Friedensschluß 180/165 300, 301v, 187/165 400; 190/166 25, 198/166 104; 257/167 330v–331, 258/167 335–337, 260/167 344–348v
 - - Kriegseintritt/U-Boot-Krieg 131/Fundort S. 5, 140/Fundort S. 4; 141/164 218, 152/164 373; 156/165 37–46v, 50, 161/165 nach Bl. 102: Bl. 1–8, 164/165 134–142, 173/165 190v, 198v, 174/165 206v–208; 190/166 25–33v, 198/166 103v–104v; 205/VI 199v
 - - Schutzmacht für Deutschland 180/165 300
- Verfassung** (31.1.1850)
- Abgeordnetenhaus
 - - Anwesenheit von Ministern 72/161 174v–177v
 - Änderung 21/159 140–143; 246/167 218–219v
 - Herrenhaus
 - - Reisekosten und Diäten 177/165 250v
 - Lehrer als Staatsdiener 39/160 43v–50v
 - Waffengebrauch des Militärs im Inland 100/163 29–31, 105/163 56–63
 - Wahlrecht
- Verfassung** (Reich) (1871) 157/165 54v; 203/166 155–162; 205/VI 186v
- Außenpolitik, Zuständigkeit 51/160 185–187v, 190–191v; 156/165 39v–46v, 179/165 290v, 187/165 398, 400; 261/167 350–353v, 262/167 356v–357
 - Belagerungszustand, Zuständigkeit 28/159 218v, 30/159 230v–236
 - Bundesstaaten
 - - Bundesfürsten, Steuerfreiheit 158/165 67–67v
 - - Finanzgemeinschaften u. Souveränität 149/164 334v–335

- Kompetenz-Kompetenz 8/158 306v; 78/162 51v–58
- Kriegsernährungsamt, Stellung 167/165 155v–156
- Notverordnungen des Bundesrats 122/163 268v–274v, 279–279v
- Reform 263/167 378v, 264/167 380–384v
- Reichstag, Recht zur Vertagung 179/165 288v, 290
- Soldateneid 263/167 377v–379v

Verfassungsausschuß

→ Reichstag

Verkaufsvereinigung der oberschlesischen Kokswerke (Berlin) 126/164 57v

Verkehrssteuern 157/165 64, 159/165 88–91v, 166/165 145–152v; 192/166 40v–48v; 205/VI 198; 223/166 367; 231/167 61v

Vermögenssteuer 56/161 25–47; 79/162 61–67v; 149/164 330v–331v, 332v–334; 211/166 236v; 267/167 406

→ Zuwachssteuergesetz

Versicherungen

- Besteuerung 79/162 66v
 - Feuerversicherungsanstalten 22/159 156v
 - - Kriegsschäden Ostpreußen Aug. 1914 116/163 185v–194v
- [einzelne Gesellschaften]

Versicherungsämter

→ Reichsversicherungsordnung (1911)

Versorgungslage

- Fleischnot/Dürre (1911/12) 48/160 135–157v, 49/160 166–166v, 168v, 171v–172; 67/161 109–132
- Weltkrieg 114/163 144v–146v, 116/163 196v–197v, 118/163 221–237, 120/163 243–244, 121/163 256–261v, 122/163 276–277v, 124/163 309–316v; 125/164 10–19, 126/164 41v–51v, 127/164 64–79v, 132/164 110v–111v, 136/164 157–157v, 140/164 187–204, 144/164 240–244v, 145/164 249–266v, 268–271v, 147/164 294v, 150/164 343–343v; 156/165 46v–52v, 168/165 169v, 169/165 175, 171/165 183v, 173/165 190, 176/165 234v, 240v, 241v, 179/165 289, 180/165 306v, 187/165 389v; 190/166 27v–33v, 195/166 68–75v, 198/166 104, 105v, 109v–120, 199/166 124–124v, 203/166 161, 204/166 165v; 205/VI 183, 187; 211/166 229, 234v, 237, 223/166 364–364v, 225/166 373v–374; 229/167 41v, 236/167 133–136v, 239/167 157–158v, 241/167 173, 177v–179, 246/167 219v–225v, 251/167 270, 272–273, 253/167 297, 254/167 303, 263/167 370–370v
- - Beamte in Versorgungsbehörden, Verbot Teilnahme am Massenaufgebot von Freiwilligen (Plan, Okt. 1918) 262/167 358
- - Kriegswirtschaftsämter u. -stellen 188/166 2–6, 13–14
- - Lehrkurse für Volksernährung 129/164 84–85
- - Waffenstillstand 269/167 415v–416

→ [einzelne Staaten bzw. Versorgungsgüter]; Höchstpreise; Kriegsernährungsamt; Nahrungsmittel; Streiks und Unruhen; Zentrale für Ernährungsfragen

Verwaltungsreform 1/158 201; 18/159 83v; 88/162 118–123, 92/162 143v; 100/163 26v–28v; 177/165 252–260; 218/166 320, 221/166 335v–336v; 226/167 12, 252/167 279v

- Beamtenrecht, Neuregelung u. Kodifikation 266/167 394
- Denkschrift 252/167 286v–287
- - Veröffentlichung 249/167 250v–251

Victoria zu Berlin. Allgemeine Versicherungs-AG 74/162 10

- Vieh** (Futter, Handel, Zucht) 48/**160** 135–157v; 57/**161** 54v, 67/161 109–132; 114/**163** 144v–145v, 116/163 196v–197v, 118/163 221–237; 125/**164** 10–19, 126/164 41v–51v, 127/164 64–79v, 129/164 86–86v, 90–93, 95–95v, 132/164 110v–111v, 133/164 114v, 141/164 217v–219, 144/164 242–243, 145/164 251v–252, 147/164 298v–299, 301v–302, 148/164 317v, 149/164 328–328v; 154/**165** 25v–34v, 167/165 155v; 195/**166** 68–75v, 203/166 161, 211/166 229, 223/166 364–364v; 236/**167** 134v, 135v, 246/167 219v–225v
- Milch/Käse, Bewirtschaftung im Weltkrieg 144/**164** 242v–243, 145/164 251v–252, 268v–269, 147/164 291–305; 195/**166** 68–75v
 - Reichsfuttermittelstelle 141/**164** 217v
 - „Schweinemord“ 125/**164** 13v–14v, 16, 126/164 46v–47, 127/164 67v–68, 72, 74, 77–77v, 129/164 84v–87, 147/164 294; 193/**166** 53
- [einzelne Staaten u. Territorien]; Fleisch; Zentralviehhandelsverband
- Vizekanzler**
- Reichskanzler/Reichskanzlei
- Vizepräsident** (Staatsministerium)
- Ministerpräsident/Vizepräsident
- Vogesen** (Gebirge) 132/**164** 107; 260/**167** 348v
- Völkerbund** (Plan) 255/**167** 322v, 261/167 352–353
- Völkerrecht** 227/**167** 16
- Militärintervention in Finnland 235/**167** 113–115, 119v–120v
 - Beachtung durch Deutschland u. die Entente 175/**165** 212v, 215v, 217, 220, 176/165 236
 - U-Boot-Krieg 164/**165** 134–142
 - Selbstbestimmungsrecht (der Völker) 228/**167** 27v, 251/167 266, 266/167 396
- Volksfürsorge** (sozialdemokratische Lebensversicherung) 64/**161** 89–96; 74/**162** 9–12, 75/162 20v
- Vorwärts** (Zeitung) 98/**163** 16, 114/163 146v, 120/163 244v, 124/163 301v; 127/**164** 79v–81; 203/**166** 156; 267/**167** 407v
- Vossische Zeitung** 49/**160** 168; 186/**165** 385; 255/**167** 323–323v
- Waffen und Munition** 56/**161** 29v; 124/**163** 311; 140/Fundort S. 1; 180/**165** 297v, 300v, 307v, 308v, 183/165 352, 354v; 205/**VI** 193, 195v; 231/**167** 62, 263/167 364
- Gas 180/**165** 296v
 - Gewehre 158/**165** 83v–86
 - - belgische Nußbäume für Gewehrschäfte 152/**164** 369
 - Reichswaffengesetz (Plan) 28/**159** 218
 - Vaterländischer Hilfsdienst 181/**165** 316–337
 - Waffengebrauch des Militärs im Inland 100/**163** 29–31, 105/163 56–63; 199/**166** 124–124v; 205/**VI** 187; 229/**167** 40v
- [einzelne Staaten]; Kriegswirtschaft
- Waffenstillstand**
- Friedensschlüsse; Weltkrieg
- Wahlen**
- Beamte, Wahlpflicht 5/**158** 233v–234v; 50/**160** 177–183
 - Ersatzwahlen (1914–18) 117/**163** 206v–209; 125/**164** 9v–10
 - „Kattowitzer Vorgänge“ 6/**158** 278v, 7/158 280v–284, 8/158 298–298v, 305, 9/158 310v; 15/**159** 13v–14v; 50/**160** 179v–181
 - Wahlurnen 28/**159** 217–217v; 75/**162** 14–16
 - Wahlalter für Schlichtungsstellen 183/**165** 342v, 349
- [einzelne Körperschaften]

Wahlrecht 28/159 213v, 216

- Frauen 268/167 410v
- Freifahrt für MdA als Kompensationsobjekt im AH 14/159 3v
- Reform (1909/10) 6/158 256–278v, 12/158 337–345v, 13/158 348–357, 360; 15/159 8–13v, 16/159 37, 43–54v, 17/159 57v–65, 18/159 71–81, 103–115v, 19/159 128–135, 21/159 128–143v, 22/159 156–156v, 23/159 159–164; 60/161 64–65v; 92/162 144, 96/162 192–194; 129/164 89v; 153/165 2–13, 154/165 20–20v
- Reform 1917/18: 198/166 102–120, 199/166 121–126v, 201/166 138v–142v, 202/166 146–153v, 203/166 155–162, 204/166 165–172v; 205/VI 181–202; 206/166 174–176, 208/166 193–196v, 209/166 201–207, 210/166 213v–225, 212/166 250–256v, 214/166 259–272, 216/166 287v–288, 291v–299, 217/166 302–308v, 218/166 311–320v, 221/166 331–333v, 336v, 225/166 376; 226/167 4–7, 13, 231/167 51v, 52v, 233/167 76v, 86–90v, 234/167 94v–95v, 241/167 171v–180v, 242/167 182–184, 243/167 186–191v, 246/167 218, 248/167 233–234, 236v, 237v, 239, 249/167 244–250, 252/167 279v, 254/167 306, 307v, 309–315, 255/167 322, 323v–324v, 256/167 328, 263/167 372, 267/167 405v, 268/167 410–410v
- Reichstagswahlrecht 201/166 138v–142v; 248/167 232–234
- [einzelne Körperschaften]

Währung

- 2½-Pf.-Münze (Plan) 192/166 46v–47
- Geldentwertung/Markkurs 18/159 90; 144/164 241; 156/165 47–52v; 246/167 221v, 249/167 252
- Goldreserve 152/164 367v; 156/165 50
- - sowjetrussische Zahlungen 253/167 294
- Münzunionen mit Deutschland
- - Belgien 211/166 231, 237v
- - Litauen 223/166 361
- Gold; Lateinische Münzunion; Reichsbank

Waisen

→ Witwen und Waisen

Walachei 180/165 296v–297; 245/167 212v

Wald/Waldungen 148/164 317; 197/166 95

- Forstarbeitergewerkschaft 150/164 341v–342; 158/165 77v, 163/165 118, 126
- Förster, Besoldung 71/161 166
- Forstverwaltung, Verwaltungsreform 177/165 259
- Holz, Bewirtschaftung 125/164 14v; 183/165 343
- - für Gewehrschäfte 158/165 83v–86
- Wald- und Wiesengürtel um Großstädte (Berlin) 70/161 146–156; 75/162 16–20; 109/163 96v–103v

Waldeck und Pyrmont (Bundesstaat) 45/160 114v

- Bundesrat, Stimmverhalten mit Preußen 40/160 58v
- Finanzgemeinschaft mit Preußen 149/164 334v
- Vollmacht des preuß. Staatsministerium 117/163 217–217v

Warthe (Fluß) 201/166 133v, 223/166 362v, 364; 230/167 44v, 45v

Wasser/Wasserstraßen 44/160 91–102; 125/164 5, 9v

- Deichgesetz (1848), Enteignungen 35/160 18v
- Gesamt-Wasserstraßenbeirat
- - Mitglieder, Parität zwischen Landwirtschaft sowie Handel und Gewerbe 106/163 84–85v
- - Wasserstraßenbeiräte, regionale 235/167 118v

- Grundwasser u. Umweltschäden (Grunewald b. Berlin) *109/163* 97–101v
- Landeswasserstraßenamt, Unterstellung als Zentralbehörde *94/162* 179–181v
- Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Zuordnung *236/167* 131–132, *240/167* 160–167
- Notstandsarbeiten *115/163* 167–176; *266/167* 391
- Reichsamt für Wasserstraßen (Plan) *201/166* 134
- Strompolizei, Verwaltungsreform *177/165* 259v
- Wassergesetz (1913) *30/159* 222–223; *74/162* 4–4v; *136/164* 152v, 153v–154
- Wasserwerke *184/165* 360; *205/VI* 191v; *209/166* 207v–208; *234/167* 101v, *235/167* 115v, *238/167* 139–143
- [einzelne Gewässer bzw. Territorien]; Kanäle; Schifffahrt/Schiffahrtsabgaben
- Wechselstempelsteuer**
- Stempelabgaben/Stempelsteuer
- Weckruf** (Organ des Dt. Transportarbeiterverbandes) *158/165* 78v
- Wehrpflicht/Wehrverfassung**
- Militär
- Wehrsteuer/Wehrbeitrag** (1913) *56/161* 33v, *57/161* 49v–50; *77/162* 36–49v, *78/162* 51–51v, *79/162* 61–67v; *102/163* 50; *134/164* 142; *231/167* 59–60
- Wiederholung *149/164* 330–331, 332v, 333v–334; *166/165* 145–152v; *244/167* 196v–207v
- Wehrvorlagen**
- Militär
- Weichsel** (Fluß) *117/163* 215, *120/163* 243; *176/165* 231; *201/166* 133v, *223/166* 362v–364; *230/167* 43v
- Wein/Weinbau** *121/163* 261v–262
- Weinbergsgewerkschaft *150/164* 341v; *158/165* 77v
- Weinsteuer/Schaumweinsteuer *223/166* 367; *231/167* 56, 61–61v, 64–66, *236/167* 129–129v, *244/167* 193
- Branntwein/Branntweinsteuer
- Weißenburg** (Kreis, Elsaß-Lothringen) *146/164* 278–279v
- Weißrußland**
- Belorußland
- Welfen**
- Hannover (Provinz)
- Weltkrieg** (1914–1918)
- Blockade *114/163* 143v, 147, *118/163* 232; *126/164* 47, 51, *127/164* 75v, *144/164* 241; *156/165* 38, *174/165* 206–206v
- Dauer *123/163* 297; *148/164* 319, *149/164* 330v, *152/164* 367v–374v; *153/165* 10v, *179/165* 281v, *180/165* 296–312v; *202/166* 146v, *204/166* 166
- Fronten, einzelne
- - Donau-Front *260/167* 346v, *265/167* 388v
- - Isonzo-Front *185/165* 376v
- - Ostfront *123/163* 297; *129/164* 92–93; *140/Fundort* S. 1, 8; *144/164* 235; *173/165* 188v–189, *174/165* 205v, *176/165* 234, *180/165* 296v, 297v; *190/166* 30v, *211/166* 228v; *220/VI* 218v; *233/167* 76–76v, *253/167* 293v
- - Südostfront *176/165* 234
- - Westfront *123/163* 296v–297; *129/164* 92–93; *140/Fundort* S. 7; *173/165* 188, *174/165* 205v, *180/165* 296v, 297v; *211/166* 228; *226/167* 2v–3, *241/167* 175v, *245/167* 214v, *254/167* 301–301v, 303v, *257/167* 330v, *258/167* 336–337, *260/167* 344v, 345v–346, *265/167* 388–388v
- Gaskrieg *180/165* 296v

- Juli-Krise *113/163* 124–129v, *114/163* 141v–148; *141/164* 217v; *176/165* 242–242v
- - Einberufung des Reichstags *261/167* 352
- - Jahrestag *141/164* 217v
- - Kriegsschuld Deutschlands (Denkschrift Fst. Lichnowskys 1918) *240/167* 167–169v
- - „Schubladengesetze“ *113/163* 127–129v
- Kriegsende
- - Demobilisierung/Demobilisierungskommission *226/167* 13, *266/167* 390–391, *268/167* 411, *269/167* 416
- - Kapitulation Deutschlands *264/167* 385, *265/167* 388–389
- Kriegsgedenkmünze (Plan) *178/165* 266v–267v
- Kriegsgefahr (vor 1914) *56/161* 26; *77/162* 38, *79/162* 61–62
- Lage *140/Fundort* S. 1–9; *145/164* 252v; *174/165* 205v, 207–207v, *176/165* 234v; *203/166* 155–161v, *204/166* 165–172v; *205/VI* 181–202; *206/166* 174–176; *227/167* 15, *259/167* 339–339v
- - Heeresberichte, Wahrheitsgehalt *173/165* 188
- - militärische *123/163* 296–298; *132/164* 105; *134/Fundort* S. 4; *140/164* 187, *144/164* 235–246v; *173/165* 188–189, *180/165* 296v–298v, 307, 307v; *204/166* 169, *211/166* 228–242; *243/167* 189–189v, *253/167* 291–292, *254/167* 302, 303v–304, *256/167* 326–329v, *257/167* 330v–333, *258/167* 336–337, *260/167* 344–344v, *262/167* 355v–356v, *264/167* 385–386, *265/167* 388–388v
- - politische *123/163* 296–298; *132/164* 105; *134/Fundort* S. 1–4; *135/164* 149; *135/Fundort* S. 1–3; *140/164* 187, *144/164* 235–246v; *173/165* 189–202v, *187/165* 396–396v, 398–401v; *198/166* 102–120, *211/166* 228–242; *243/167* 189–189v, *253/167* 291–297v, *254/167* 302–304, *255/167* 322–324v, *256/167* 326–329v, *257/167* 330v–333, *258/167* 335–337, *260/167* 344–344v, *264/167* 385–387v
- Kriegsgerichte
- - außerordentliche, u. Verfahren wegen Landesverrat *263/167* 366v–367
- Kriegsverbrechen Deutschlands
- - Rückweisung alliierter Propaganda *198/166* 109
- - Forderung Wilsons nach Schuldanerkenntnis *262/167* 356v
- Lazarette *178/165* 271v
- Luftkrieg
- - Angriffe gegen Großbritannien *164/165* 137v, *173/165* 193v, 197v
- - Flugplätze im Grenzstreifen zu Polen *229/167* 38v–39, *230/167* 45
- Rückzug, deutscher *258/167* 335v–336, *262/167* 355v
- - Taktik der verbrannten Erde *257/167* 330v, *260/167* 346
- Schlachten (einzelne)
- - Champagne (1918) *258/167* 336v
- - Dardanellen (1915) *132/Fundort* S. 30; *144/164* 235v–236, 237v, 239–239v, 243v–244, *148/164* 312
- - Flandern (1918) *258/167* 336v, *262/167* 355v
- - Marne (1914) *144/164* 236v; *176/165* 235
- - Saloniki (1916) *161/165* nach Bl. 102: Bl. 5v, *173/165* 189v, *180/165* 298
- - Sereth (1917) *144/164* 236
- - Somme (1916) *173/165* 189v, *175/165* 213v, *176/165* 234v, *180/165* 297, 301v, 307; *188/166* 9v, *190/166* 32
- - St. Quentin (1918) *258/167* 336v
- - Verdun (1916) *161/165* nach Bl. 102: Bl. 5–6, *164/165* 135, 137, *173/165* 188v, *174/165* 207, *180/165* 296v, 307; *190/166* 30v
- - Wilna (1915) *144/164* 235

- Schutzmächte (Deutschlands)
- - Friedensangebot der Mittelmächte (Dez. 1916) *180/165* 299v–300
- Seekrieg
- - Häfen, Mobilmachung u. Sicherung (1914) *113/163* 126
- - Marine-Neutereien 1917, Amnestie *268/167* 409
- - Seekriegsleitung, Friedensangebot Oktober 1918 *257/167* 330v–331
- - Skagerrak (1916) *173/165* 193
- - U-Boot-Krieg *132/Fundort* S. 23, *140/Fundort* S. 4; *144/164* 239v; *156/165* 37–46v, *161/165* nach Bl. 102:
Bl. 1–8, *164/165* 134–142, *173/165* 190v–202v, *174/165* 206–208, *176/165* 242v–243, 244v, *179/165* 289, *180/165* 298v, 301v; *190/166* 25–33v, *198/166* 104, 107, *203/166* 156–157, 159, *204/166* 165v, 166v; *205/VI* 187, 191; *211/166* 229v, 238v–239, 241v–242; *226/167* 3v, *263/167* 363v–364
- Waffenstillstand *255/167* 319, *257/167* 331, *260/167* 344–344v, 347v, *262/167* 356v, *263/167* 363–366v, *264/167* 380–387v, *265/167* 388–389, *268/167* 410–411, *269/167* 415v–416
- - Amnestie *266/167* 400v
- Burgfriedenspolitik; [einzelne Staaten bzw. Waffengattungen]; Friedensschlüsse; Krieg ...; Militär; Neutrale Staaten; Okkupierte Gebiete; Ordenssachen; Stimmungslage an der Front; Stimmungslage der Bevölkerung; Versorgungslage; Waffen und Munition
- Weltstickstofftrust** *143/164* 228v–229
- Werne** (Kohlengrube) *184/165* 362
- Werra** (Fluß) *44/160* 100v
- Wertzuwachssteuer**
- Zuwachssteuergesetz
- Wesel-Lippstadt-Kanal** *115/163* 171v
- Weser** (Fluß) *44/160* 101; *74/162* 4–4v, 8; *115/163* 168; *129/164* 94v
- Weser-Zeitung** (Bremen) *12/158* 337
- Westdeutschland**
- Versorgungslage *118/163* 223, 228, 231–232; *126/164* 49
- Westfalen** (Provinz) *55/161* 12v; *76/162* 29v; *115/163* 171v, *117/163* 202v–203; *181/165* 318v, *186/165* 381v; *216/166* 295; *220/VI* 221v; *229/167* 41
- Arnsberg (Regierungsbezirk), Teilung *64/161* 85–89
- Versorgungslage *67/161* 116; *129/164* 86, *145/164* 254v, 259, 260v
- Westfälischer Merkur** (Zeitung) *49/160* 167
- Westhavelland** (Kreis) *140/164* 195v
- Westpreußen** (Provinz) *48/160* 145, *49/160* 167v; *64/161* 89v; *76/162* 28, 34; *104/163* 69, *113/163* 194–194v, *117/163* 209v; *125/164* 10v–11, 17v, *140/164* 190v; *196/166* 83v, *202/166* 147
- Ansiedlungskommission ... *17/159* 65–68v; *151/164* 359, 361v
- innere Kolonisation *45/160* 114; *65/161* 101v; *94/162* 187; *134/164* 138
- - poln. Genossenschaften *32/159* 270v–271; *154/165* 22v
- Jugendfürsorge *30/159* 224–230v
- Territorium
- - Abtretung *263/167* 368–369, 370v, 376v
- - Grenzstreifen *223/166* 363, 366; *230/167* 43–44, 46
- Volksschullasten, Sonderrecht *108/163* 90–92v
- Wettiner** (regierendes Haus) *251/167* 266
- litauischer Thron *245/167* 215v

Wiederaufbau

→ Kriegswirtschaft

Wiesbaden (Regierungsbezirk) 5/158 245; 158/165 77v, 163/165 118

Wilhelma in Magdeburg. Allgemeine Versicherungs-AG 74/162 10

Wilsons 14-Punkte-Programm

→ Friedensschlüsse

Wirnitz (Kreis) 2/158 209v

Wirtschaftliche Vereinigung (Reichstagsfraktion)

- Haltung zur Reichsversicherungsordnung (1911) 43/160 74v

Wirtschaftlicher Verband deutscher Ärzte 15/159 21, 23–23v

Wirtschaftsplan

→ Landwirtschaft

Wirtschaftslage (allgemein) 49/160 166; 57/161 52v; 91/162 137–140v, 94/162 166v; 114/163 142v–147v, 115/163 169v, 174v; 126/164 56; 212/166 256v

→ Kriegswirtschaft

Wirtschaftspolitik

- Grundlagen 48/160 135–135v; 67/161 113, 120

Wittelsbach (regierendes Haus) 173/165 192, 193v

Witwen und Waisen

- Militärversorgungsgesetze, Novelle 267/167 403–405v

- Unterstützung 33/159 274–280v; 117/163 201v; 134/164 140v–141v; 211/166 236; 244/167 194, 252/167 281

- Waisenhaus, poln., Unterrichtssprache 227/167 17

Wohnungen/Wohnungsbau 133/164 118v–123, 149/164 331, 332v, 333v; 181/165 319, 335v; 234/167 97, 249/167 246

- Bauland/ Freiflächen 18/159 98–98v; 70/161 146–156; 75/162 18

- Beamte, Unterstützung beim Wohnungserwerb 252/167 279

- Einigungsämter 122/163 268v–274v, 279–279v

- Schätzungsämter 148/164 314v, 315v–316v

- Wohnungsgesetz (1918) 74/162 5v–6v, 7v, 8v, 92/162 143v; 115/163 179, 117/163 203v; 125/164 4v–9v, 134/164 139v–140, 135/164 146–148v, 136/164 152–152v; 169/165 174v–175v, 179/165 280v–281; 201/166 137v–138

- Wohnungskommissar 236/167 129v–133, 240/167 160–167

- Wohnungsministerium (Plan) 256/167 329

→ Bauwesen; Städte/Städtebau

Wohnungsgeld

→ Beamte

Wolff'sches Telegrafienbüro 91/162 136; 134/Fundort S. 4; 154/165 26v, 178/165 263; 269/167 417

Wollheim (Fa.)

→ Fa. F. Caesar Wollheim

Wongrowitz (Kreis) 2/158 209v

Württemberg (Bundesstaat) 4/158 221; 27/159 184, 30/159 222v; 38/160 29v, 32, 34v; 57/161 49v, 59/161 61v, 68/161 138; 84/162 101v; 117/163 206v; 148/164 319; 161/165 nach Bl. 102: Bl. 3v, 163/165 115; 201/166 133, 209/166 210, 215/166 279v; 226/167 4v, 234/167 103, 252/167 283v, 254/167 311, 263/167 378v–379, 264/167 384, 267/167 406

- Bundesrat 40/160 54; 122/163 271v

- Eisenbahn 157/165 59, 60v; 185/165 370v; 234/167 99v

- Elsaß-Lothringen, Aufteilung *132/164* 105–110v, *146/164* 273–285v, *150/164* 344v; *179/165* 291v; *215/166* 274v, 276v
- Kriegs-Getreide-Gesellschaft m.b.H., Beteiligung *121/163* 258

Zabern (Kreis) *146/164* 278

„Zabern-Affäre“ *97/163* 10, *99/163* 19v–20, *100/163* 30, *105/163* 56, 62; *215/166* 280

Zensur

→ Presse/Pressepolitik

Zentral-Einkaufs-Gesellschaft (ZEG) *118/163* 230, 232, *120/163* 243v, *121/163* 258, 260v; *127/164* 68, 71v–77, *129/164* 85v–86v, 90–93, *133/164* 116, 117v, *147/164* 291v, 294, 300, 301v–302; *154/165* 31, *156/165* 52, *171/165* 183v, 185

- Aufhebung *263/167* 370v

Zentrale für Ernährungsfragen (Preußen) *193/166* 50–58v

→ Versorgungslage

Zentralgenossenschaftskasse *121/163* 257v

- als Zentralbehörde *94/162* 179–181v

- polnische Genossenschaften *154/165* 21–24; *196/166* 79

Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung

→ Heer/Heerespolitik

Zentralverband Deutscher Industrieller (ZDI) *32/159* 261v–262v

Zentralverband Deutscher Konsumvereine *64/161* 89

→ Konsumgenossenschaften u. -vereine

Zentralviehhandelsverband *195/166* 68

Zentrumspartei *74/162* 9, *75/162* 16, *81/162* 78, *89/162* 125v, *91/162* 136; *140/164* 199, *145/164* 258v, *149/164* 330; *156/165* 41v, *159/165* 94, *175/165* 213, *183/165* 342–342v, 352, *185/165* 368v–369, *186/165* 383; *196/166* 87, *201/166* 142v; *226/167* 3, *244/167* 193v, 202v, *267/167* 405v

- Äquatorialafrika u. Marokko-Abkommen (1911) *51/160* 185v, 186v, 187v

- Ansiedlungspolitik *42/160* 65v, 68v, *45/160* 118v, 120; *151/164* 359; *154/165* 22v

- Arnsberg (Regierungsbezirk), Teilung *64/161* 85v, 86–87

- Beziehungen zu anderen Parteien *23/159* 161; *77/162* 46; *255/167* 322–323

- Beziehungen zur Regierung *1/158* 200v; *93/162* 159; *201/166* 142, *207/166* 187–187v; *255/167* 323v

- - Burgfriedenspolitik *141/164* 210–217v

- Elsaß-Lothringen *4/158* 224; *28/159* 214; *40/160* 52v, 55, *44/160* 105–106; *85/162* 108

- Kirchenpolitik *196/166* 90; *205/VI* 196

- - Jesuitengesetz (1872) *141/164* 210–217v; *188/166* 15–16v, *196/166* 87

- Kriegsfinanzierung *149/164* 330, 333v; *166/165* 145v–146v, 149, *169/165* 174, *183/165* 344, 355; *196/166* 87; *244/167* 193v, 202v

- Landwirtschaftspolitik *65/161* 99

- - Fideikommißgesetzentwurf *28/159* 205; *125/164* 4, *148/164* 314, 316; *179/165* 277v–278, 280, *186/165* 379v, 383v, 384v–385; *194/166* 62, 63v–64v, *196/166* 77–77v, *197/166* 92v–93v, *201/166* 137v–138, *212/166* 247v

- Mittellandkanal *116/163* 195v–196v

- parlamentarisches Wirken (allgemein) *72/161* 174v, 176v

- - Beirat für Lebensmittelversorgung *151/164* 356v–358

- - Reichstag, ständige Kommission für Außenpolitik *179/165* 287v, 288v, 289v–290

- Reichsvereinsgesetz (1908) *163/165* 114v, 116, 118v, 120, 123–124, 126; *196/166* 85

- Schul- und Bildungspolitik
- - Fortbildungsschulen 76/162 22–34
- Sozialpolitik 31/159 245v–246; 67/161 127v; 179/165 280v
- - Reichsversicherungsordnung (1911) 31/159 248v, 250v–251, 255, 257v; 43/160 74v, 76, 79v
- Wahlen 28/159 217v; 50/160 180; 117/163 206v–207
- - „Kattowitzer Vorgänge“ 7/158 281, 8/158 305–305v
- Wahlrechtsreform
- - 1909/10: 6/158 261, 266, 12/158 338–338v; 15/159 8v, 18/159 71v–72v, 73v–75, 77, 78, 103v, 105v, 107, 109v, 110, 112–112v, 114v, 115v, 19/159 128v, 129v, 132, 21/159 139v, 140v, 142v–143, 23/159 159–160v, 162v–163; 96/162 193v–194
- - 1917/18: 153/165 8v; 198/166 106, 108v, 115v, 116v, 201/166 142, 202/166 146–153v, 204/166 166; 205/VI 185–186, 188v; 208/166 194, 209/166 204, 212/166 251–251v, 218/166 311v–312, 314, 316; 233/167 86v, 87v, 241/167 172, 243/167 187v, 249/167 244v, 247, 268/167 413v
- - Reichstagswahlkreise, Übernahme für AH-Wahl 201/166 139–140v
- Wehrvorlagen (1912/13) 56/161 26–27v, 35v–37v, 39v, 40v–41, 42v–43, 44v, 63/161 77v–83; 74/162 6, 77/162 36–49v, 79/162 63, 65–66
- Wirtschaftspolitik 7/158 288v; 31/159 240v; 43/160 82v, 48/160 143, 49/160 167
- - Stickstoffmonopol 143/164 226–227v
- Ordenssachen
- Zitzewitz** („Fall Zitzewitz“)
- Minister
- Zivilkabinett**
- Kaiser/König
- Zoll** 18/159 90; 48/160 146; 67/161 113, 118v; 140/164 199v, 146/164 276v; 215/166 277; 231/167 66v, 263/167 370
- Ausfuhrzoll (Kali) 7/158 284v–290v
- Beamte
- - Oberzolldirektion Breslau, „Kattowitzer Vorgänge“ 8/158 298–298v
- Einfuhrscheine 49/160 163–174
- Einnahmen 148/164 319v; 192/166 41; 244/167 194
- Meistbegünstigung u. privatrechtliche Gleichstellung von Ausländern 106/163 75–84
- Schutzzoll 124/163 312; 143/164 228v; 156/165 40
- Tarife
- - von 1902: 49/160 163; 179/165 288
- - von 1906: 49/160 163–163v; 205/VI 191v
- Zollunionen mit
- - Belgien 211/166 231, 234, 235v, 237v; 230/167 49v
- - Litauen 223/166 361
- - Österreich-Ungarn 148/164 308; 219/166 324v, 327v; 220/VI 211; 245/167 215
- - Polen (Königreich 1916–18) 176/165 232
- Zollvereinsvertrag (8.7.1867) 231/167 63v
- [einzelne Staaten bzw. Zollgüter]
- Zucker/Zuckersteuer** 48/160 135–157v; 63/161 77v–83; 77/162 42, 79/162 66v; 121/163 261v–262, 122/163 275v; 140/164 193; 157/165 54; 220/VI 231; 246/167 221v
- Bewirtschaftung im Weltkrieg 145/164 253, 271v; 167/165 162; 236/167 136, 239/167 157v
- Süßstoff 167/165 162

- Viehfutter *125/164* 15v–16v, *127/164* 66, 67v, 71, *129/164* 91v–92 *140/164* 190, *144/164* 242v;
236/167 135

Zuwachssteuergesetz (1911) *17/159* 68v–69, *18/159* 87–92, 96–102v, 115v–123v, *31/159*
239–239v

- Vermögenszuwachssteuer *134/164* 143; *166/165* 145–152v

Zwangskulturgenossenschaften

→ Ödland

Zwangssyndizierungen

→ Handel/Großhandel

Zweckverbände, kommunale

→ Kommunen/Kommunalverbände

Zweibund

- Neugestaltung *248/167* 229–232

Personenregister

*Automatisch sortiert, d.h. 1. wird die mechanische Wortfolge verwendet, und 2. werden Umlaute als Stamm-
laute eingeordnet (z.B. ä = a).*

- Ackermann, Friedrich** (1866–1931), 1890 Ref., 1894 Ass., 1896 StadtR Danzig, 1907 Bgm. Rathenow, 1907–31 OB Stettin, 1907–18 MdH 67/162 115v
- Adamy**, Immobilienhändler in der Prov. Posen 45/160 110v
- Adickes, Franz** (1846–1915), Kommunalpolitiker, 1873–77 2. Bgm. (Beigeordneter) Dortmund, 1877 Altona, 1883 OB, 1890/91–1912 (a.D.) OB Frankfurt/M., 1909 Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 1912 Mitgl. u. 1913–14 Vors. AR Dresdener Bank, 1914 Wirkl.GehR, 1884–1912 MdH (1914 pers. Berufung in das HH – nicht eingetreten –) 97/163 7, 9
- Adler, Eduard** (1861–1940?), sozialdemokrat. Politiker, 1894–1918 Redakteur, 1904–18 Stadtverordneter Kiel, 1908 Kandidat zum AH, Vors. Bezirksjugendausschuß SPD u. Förderer des sozialdemokrat. Arbeitersports, 5.–9.11.1918 Beigeordneter OB Kiel, 9.11.1918 Beigeordneter RegPräs., 1920/21–26 (i.R.) LandR Eckernförde 120/163 244v–245
- Agag**, biblischer König der Amalekiter 173/165 193
- Ahlwardt, Hermann** (1846–1914), Pädagoge, radikaler Antisemit, 1866 Lehrer, 1873 Rektor einer Gemeindeschule Berlin, 1892 Entlassung wegen öffentl. polit. Betätigung, 1892–1903 MdR (Dt. Reformpartei), Ausschluß aus dem RT 6/158 267
- Albedyll, Emil v.** (1824–1897), Offizier, 1862 Rittm. in der Abt. f. persönl. Angelegenheiten des KrMinm., 1866 Flügeladjutant Wilhelms I., Oberst, 1871 Abt.-Chef KrMinm., 1872–88 Chef Geh. MilitärKab., 1876 GenAdjutant, 1886 Gen.d.Kav. u. GenAdjutant Wilhelms I., Kdr. Leibgendarmerie, 1888–93 Kdr. VII. AK (Münster) 263/167 378v
- Albert, König der Belgier** (1875–1934), Offizier, 1909–34 König, Hzg. zu Sachsen, Prinz v. Sachsen-Coburg u. Gotha 198/166 116v
- Almeida, Antonio José de** (1866–1929), portug. Politiker, Republikaner, 16.3.1916–15.4.1917 MinPräs. 160/165 98
- Alten, Kurt v.** (1864–1927), 1900–09 LandR Schleswig, 1910–nach 1918 PolPräs. Magdeburg, 1902 MdA (DkP) 7/158 280v
- Altenberg, Arthur** (geb. 1862), 1884 Ref., 1890 GerAss. Königsberg, 1891 besoldeter StadtR u. Stadtkämmerer Memel, 1893–1918 1. OB Memel, 1920–21 Präs. Landesdirektorium Memelgebiet, 1921 Dir. Memeler Waggonfabrik u. Vors. AR Memeler Zellulose AG, Mitgl. Vorstand ostpreuß. Städtetag, 1894/95–1918 MdH 26/159 176v
- Althans, Richard** (1862–1939), 1886 BergRef., 1890 BergAss. Saarbrücken, 1892 Berginspektor, 1902 BergR, 1904 OBergR u. Mitgl. OBergA Bonn, 1905 Hilfsarb. sowie VortrR u. GehBergR HandMinm., 1908 GehOBergR, 1910–12 beurlaubt zum RAdI als Hilfsarb., 1.10.1917–1.4.1923 OBergHptm. u. MinDir. HandMinm., zugl. Mitgl. Komm. zur Beaufsichtigung der Techn. Versuchsanstalten sowie Vors. OPrüfungskomm. für das Bergfach, 1923 i.e.R., 1927 i.R. 210/166 213
- Althoff, Friedrich** (1839–1908), Jurist, 1861 Auskultator KrsGer. Neuwied u. Berlin, 1864 GerRef. KG, 1866 Justizsenat Ehrenbreitstein, 1869 GerAss. LG Bonn, 1870 Advokat, 1871 Hilfsarb. Reg. Straßburg, 1872 Prof. Straßburg, 1882 MdStR v. Elsaß-Lothr., 1882 GehRegR u. VortrR

- KuMinm., 1888 GehORegR, 1897–1907 MinDir. (Leiter Abt. Hochschulwesen) u. Wirkl. GehORegR, 1904 Exz., 1907 Wirkl. GehR, i.R. u. MdH 5/158 247–251; 254/167 306v
- Althoff, Marie** (1843–1925), Frau von F. Althoff u. Nachlaßverwalterin 5/158 249
- Altmann, Robert** (1852–1911), 1878 GerAss., 1881 RegAss., 1886 RegR u. Mitgl. einer Eisenbahndirektion, 1899 ORegR Eisenbahndirektion Köln, 1907 Hilfsarb. sowie GehRegR u. VortrR Minm.öA, um 1909 auch Mitgl. Disziplinarhof für nichtrichterliche Beamte 2/158 210v
- Amann**, Magazinverwalter in Straßburg, Mitarbeit im Kriegervereinswesen, 1910 Ordenssache 33/159 283
- Andrassy, Guyla Gf. zu** (1823–1890), ungar. Magnat u. Diplomat, 1867 ungar. MinPräs. u. Mitarchitekt des österr.-ungar. Ausgleichs, 1871–79 k.u.k. AMinr. 148/164 308v
- Arco, Georg Gf. v.** 1869–1940), Offizier, Physiker u. Elektroingenieur, 1903–31 stellv. Dir. Gesellschaft f. drahtlose Telegraphie (Telefunken), 1914–18 stellv. Vors. bzw. Mitgl. Vorstand „Bund Neues Vaterland“, Juni 1916 Gründungsmitgl. der pazifist. „Vereinigung Gleichgesinnter“, Ende 1918 Mitgl. USPD 140/Fundort S. 6
- Arendt, Otto** (1854–1936), Publizist, 1882 Gründungsmitgl. Dt. Verein für Doppelwährung, 1888 Hrsg. „Deutsches Wochenblatt“, Mitgl. Bimetallisten-Bund, Gründungsmitgl. Dt. Kolonialgesellschaft, Mitgl. Vorstand Alldt. Verband, 1886–1918 MdA (RFKP), 1898–1918 MdR 14/159 2; 136/164 155v
- Aristoteles** (384–322 v.u.Z.), griech. Philosoph 205/VI 190
- Arndt**, Buchhalter Reichsbankhauptstelle Halle/S., 1913 Ordenssache 83/162 97v
- Arndt, G. Adolf** (1849–1926), Jurist, 1875 GerAss., 1876 Kreisrichter, 1877 Übertritt i. d. Bergverw., stellv. Chef OBERG A Halle/S., GehOBERG R, 1900 Prof. f. dt. Staatsrecht u. Strafprozeß Königsberg 30/159 231
- Arnhold, Eduard** (1849–1925), Kaufmann, Chef u. 1882 Alleininhaber Fa. F. Caesar Wollheim (Kohlengroßhandlung u. Reederei), 1897–1918 Mitgl. Börsenausschuß Berliner Börse, 1900 Gründungsmitgl. Handelsvertragsverein, 1901 Geh. Kommerzienrat, 1903 Mitgl. Zentralausschuß Reichsbank, Mitgl. zahlreicher AR, u.a. 1912 stellv. Vors. bzw. Vors. AR Dresdener Bank, um 1916 Mitarb. RKom. f. Übergangswirtschaft, Förderer Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Mitgl. Ältestenkollegium Berliner Kaufmannschaft, Landeseisenbahnrat u. Gesamtwasserstraßenbeirat, Kunstmäzen, 1913–18 MdH 54/161 3–4, 72/161 173v; 81/162 71–73, 74v
- Arnim (Boitzenburg), Dietlof Gf. v.** (1867–1933), Majoratsbes., Rittm. a.D., Kanzler Johanniter-Orden, 1898–1918 MdH (1916–18 Präs.), Vors. ProvLT Brandenburg, 1913 zur Fürstung vorgeschlagen 81/162 70–70v; 168/165 169v–170; 212/166 250–250v, 252, 214/166, 216/166 292; 234/167 96, 240/167 167v–168v, 255/167 324v, 263/167 371v–372, 375v, 377, 266/167 391–391v
- Arnim (Criewen), Bern(har)d v.** (1850–1939), Marineoffizier, Gutsbes., 1867 Eintritt in die Marine, 1875 Ltn. z.S. beim Torpedoversuchsdetachment Kiel, 1876 Übertritt in die Seewehr (bis 1882) u. Bewirtschaftung des elterl. Gutes, 1889 Mitgl. Komm. zur landwirtschaftl. Begutachtung BGB, 1892 Vors. d. Dt. Landwirtschaftsges., 1895 stellv. Mitgl. Landeseisenbahnrat, 1896 Mitgl. Direktion uckermärk. Ritterschaft in Prenzlau, 1902 Mitgl. Landesökonomiekollegium, 21./23.11.1906–18.6.1910 LandMinr., Mitgl. Überschwemmungsausschuß, 1906–18 MdH 1–2/158, 4–13/158; 14–23/159; 45/160 110v, 114; 94/162 185; 126/164 52v–55, 57v
- Arnold, O.** (geb. 1846/47), Inhaber Fa. Schäffer & Budenberg GmbH (Magdeburg-Buckau), Geh. Kommerzienrat, StadtR u. Städtältester, Mitgl. Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 97/163 10; 140/164 189
- Arons, Leo** (1860–1919), Physiker, Schwiegersohn des Bankiers Julius Bleichröder, 1888 Habilitation, 1890 PD Berlin, 1891 Mitgl. SPD, 1. Assistent am physikal. Institut Univ. Berlin, 1893 als Assistent ausgeschieden, 1899 Einleitung Disziplinarverfahren wegen sozialdemokrat. Betätigung,

- 20.1.1900 Aberkennung der Eigenschaft als PD, Mitgl. Berliner Stadtverordnetenversammlung u. für SPD sowie Gewerkschaften tätig, die er auch finanziell unterstützt *124/163* 303
- Aronsohn, Louis** (1850–1928), Bankier u. Rittergutsbes., Präs. HK Bromberg, 1908 Geh. Kommerzienrat, Febr. 1915 finanztechn. Beirat der Zivilverw. Russisch-Polen, 1904–19 MdA/MdLV (FVP/DDP) *53/160* 194v; *98/163* 12v; *197/166* 92–93v; *234/167* 106v, *266/167* 393v
- Articus, Ernst** (1876–1946), Jurist, 1900 GerRef., 1903 GerAss., 1905 RegAss., 1906 Spezialkom. Pommern, 1911 RegR u. Hilfsarb. OLKulturger. sowie LandMinm., 1.4.1914 an die Landges. „Eigene Scholle“ Frankfurt/O. beurlaubt, 2.8.1914 Kriegsdienst, 13.9.1915 Spezialkom. u. Hilfsarb. LandMinm., 15.12.1915 GehRegR u. VortrR LandMinm., 18.7.1918 Präs. OLKulturger. (später OLKulturA), 1920 MinDir. LandMinm. u. stellv. Bevollm.z.ReichR, 1929 Präs. Reichsschuldenverw., Mitgl. Ständ. Ausschuß f. d. ländl. Siedlungswesen *69/161*
- Arz von Straußenburg, Arthur Frh. (Baron)** (1857–1935), k.u.k. Offizier, Gen.d.Inf., 1915 Feldmarschalleutnant u. Kommand. Gen. VI. Korps, Oberbefehlshaber 1. Armee, 27.2.1917 Chef GenStab, 9.2.1918 GenOberst *245/167* 214v–215
- Asquith, Herbert Henry**, (1925: **Earl of Oxford and Asquith**) (1852–1928), brit. Politiker, 1886–1918, 6.4.1908–5.12.1916 (Rücktritt) Premier-Minr. *173/165* 198
- Auerswald (Faulen), Hans Albert v.** (1834–1916), Fideikommißbes., 1882–1905 LandR Rosenberg, GehRegR, GenLandschaftsR *72/161* 174–174v
- Auguste Viktoria, dt. Kaiserin u. Königin v. Preußen** (1858–1921), geb. Prinzessin v. Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, 1881 Heirat des späteren Wilhelm II., 1888–1918 dt. Kaiserin u. Königin v. Preußen *117/163* 205; *158/165* 68; *269/167* 416v
- Averescu, Alexandru** (1859–1938), rumän. Gen. u. Politiker, Armee- u. Heeresgruppenbefehlshaber, 9.2.–14.3.1918 MinPräs. *245/167* 213
- Bacmeister, Ernst** (1913 v.) (1853–1938), Offizier, 1872 Ltn., 1888 Hptm., 1892–93 Adjutant im KrMinm., 1893 Maj., Truppendienst, 1900 Oberstltm., 1901 Abt.-Chef KrMinm., 1905 Oberst u. Rgt.-Kdr., 1907 GenMaj., 1910 GenLt. u. Kdr. 39. Div. (Colmar), 1910 Dept.-Dir. KrMinm., stellv. Bevollm.z.BundesR, 1.9.1914–5.8.1916 stellv. kommand. Gen. Breslau *122/163* 275v
- Bacmeister, Walter** (1877–1953), Journalist u. Zeitungsverleger, 1904 Verleger u. Chefredakteur Bergisch-Märk. Ztg. Elberfeld, Mitgl. Dt. Flottenverein, Wehrverein, Dt. Kolonialgesellschaft, Geschäftsführender Ausschuß Alldt. Verband, Geschäftsführer NLP Duisburg, Ausschußmitgl. der Vereinigten Nationalen Parteien, 1914–18 MdA (NLP) *156/165* 42, *173/165* 193v
- Bake, Alfred** (1907: v.) (1854–1934), 1880 RegRef. Wiesbaden, 1881 Merseburg, 1883 RegAss. Kassel, 1886 LandR St. Goarshausen, 1891/92 LandR Saarbrücken, 1899 ORegR u. stellv. RegPräs. Wiesbaden, 1903 RegPräs. Trier, 1908–30.9.1919 (a.D.) RegPräs. Arnsberg, 1913 Wirkl. GehORegR *41/160* 62a; *64/161* 86v; *154/165* 26v
- Ballestrem, Franz Gf. v.** (1834–1910), Majoratsbes. u. Montanunternehmer, 1855 Offizier, 1871 Verwalter seines oberschles. Grund- u. Bergwerksbesitzes, 1900 Wirkl.GehR, 1872–93 u. 1898–1907 MdR (Zentrum, 1890 Fraktionsvors., 1890–93 Vizopräs. RT, 1898–1906 Präs. RT), 1891–1903 MdA, 1903 MdH *35/160* 12; *248/167* 234v
- Ballod, Karl** (1864–1931), Staatswissenschaftler, 1893–95 ev. Geistlicher in Statoust/Ural, 1899 PD Berlin, 1905 Mitgl. Statist. Landesamt, 1908 im RSA, 1914 HonProf. Berlin, 1918 Mitgl. Sozialisierungskomm., 1920 Prof. Riga *118/163* 229, 232
- Baltz, Constanz** (1918: v.) (1854–1918), Jurist, 1878 GerRef. KG, 1880 RegRef. Reg. Magdeburg, 1881 Hilfsarb. LandR u. Bgm. Genthin, 1883 RegAss. Reg. Köslin, 1885/86 LandR Gelsenkirchen, 1891 Hilfsarb. OPräs. Westfalen, 1892 RegR, 1894 Dirigent der Bauabt. im PolPräs. Berlin, 1898 ORegR Reg. Breslau, 1903 RegPräs. Magdeburg, 6.1./4.3.1908–16.6.1918 (†) RegPräs. Trier *154/165* 26v; *209/166* 200v; *239/167* 147v–148, *248/167* 239v

Bamberg „Fall Bamberg“ ca. 1916 *178/165* 267

Bamberger, Ludwig (1823–1899), Jurist u. Publizist, 1848 Redakteur Mainzer Ztg., Mitgl. Vorparlament, 1849 polit. Führer rheinhess. Freikorps, Flucht, 1850 Todesurteil (in Abwesenh.), 1851–58 Bankier Antwerpen, Rotterdam u. Paris, 1868 Rückkehr nach Mainz, 1870/71 Preßbeauftragter im Großen Hauptquartier u. Bismarcks, Publizistik für die Reichsbank, 1868–71 MdR Norddt. Bund, 1871–93 MdR (NLP/LibVg/DFsP) *56/161* 37; *79/162* 67

Bartenwerffer, Paul v. (1867–1928), Offizier, Oberst, 2.8.1914–10.2.1915 Chef GenStab Garde-Reserve-Korps, GenMaj. *230/167*

Bartscher, Adolf (1874–1939), Jurist, Sekr. Amtsger., 1908–18 MdA (Zentrum), 1921–33 MdProvLT Westfalen, stellv. MdStR *266/167* 393v

Bärwinkel, Rud. Felix (geb. 1864), 1895 GerAss., 1897 RegAss., 1898 LandR Sondershausen, 1903–18 MdR (NLP) *8/158* 300

Bassermann, Ernst (1854–1917), bad. Jurist, 1880 Rechtsanw. Mannheim, 1893–1903, 1904–17 MdR (NLP, 1898–1917 Fraktionsvors., 1904–17 Parteivors.), Jan. 1916 Mitgl. parlamentar. Beirat f. Volksernährung *57/161* 53, *63/161* 77–83; *67/162* 114v, 127v, *77/162* 44v–45; *98/163* 12v–13; *141/164* 215; *161/165* nach Bl. 102: Bl. 3v–4, 7, *164/165* 141, *166/165* 145v, *177/165* 249v

Batocki-Bledau

→ Batocki-Friebe, Adolf v.

Batocki-Friebe, Adolf v. (1868–1944), Jurist u. Staatswissenschaftler, 1889 GerRef. Falkenberg/OS, Königsberg, 1892 RegRef., 1895 RegAss., Bewirtschaftung des väterl. Besitzes Bledau, 1900–07 LandR Königsberg, 1907–14 Vors. Landwirtschaftskammer Ostpreußen, Mitgl. Dt. Landwirtschaftsrat u. Landesökonomiekollegium, 1909 Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 1.10.1914–1.8.1916, 1.2.1918–30.6.1919 OPräs. Ostpreußen, 22./29.5.1916–6.8.1917 Präs. Kriegsernährungsamt, 10.8.1916 mit Ernennung zum Wirkl.GehR u. Exz. i.e.R., Aug. 1917 Teilnahme an den Kämpfen in Italien (Maj. d.R.), bis Jan. 1918 dt. Gouv. von Udine, Mitte April 1918 auch Kurator Univ. Königsberg, Mitgl. Sozialisierungskomm., ab Mitte 1919 Verw. der eigenen Güter u. landwirtschaftl. Versuche, 1921 RKom. f. Wiederaufbau, Gründungsmitgl. Institut f. ostdt. Wirtschaft, Mitgl. VerwR Reichsbahnges., Mitgl. zahlreicher AR, 1910–18 MdH *94/162* 182v; *115/163* 177v, *116/163* 182v–183v, *117/163* 204, 208, *120/163* 247–248; *134/164* 138–139, *145/164* 256, *151/164* 359v; *167/165* 164–165, *171/165* 183–185; *188/166*, *193/166* 52v–53, 58v, *195/166*, *207/166* 190; *228/167* 30v, *264/167* 386

Baudissin, Friedrich Gf. v. (1852–1921), Marineoffizier, 1867 Eintritt in preuß. Marine, 1880 Kapitänltn., 1885–86 Kommandant der „Albatroß“ (Gefechte im Bismarck-Archipel), ab 1891 wiederholt im RMarineA, 1899 Flügeladjutant Wilhelm II., 1904 Inspekteur I. Marine-Inspektion, 1904–06 Befehlshaber I. Geschwader Hochseeflotte, 1905 Vizeadmiral, 1907 kommandiert zur Dienstleistung bei Wilhelm II., 1908 Admiral, 1908–09 Chef Admiralstab Marine, 1909–13 (z.D.) u. Chef Marinestation Nordsee *174/165* 205

Bauer, Gustav (1870–1944), Angestellter u. sozialdemokrat. Politiker, 1895–1918 Gründungsmitgl. u. 1. Vors. Verband der Büroangestellten, 1903–08 Sekr. u. 1908–18 2. Vors. des Zentralen Arbeitersekretariats der freien Gewerkschaften Berlin zur Vertretung der Invaliden u. Unfallverletzten vor dem Reichsversicherungsamt, 1908–18 Vors. GenKomm. der Gewerkschaften Dtlds., Jan. 1916 Mitgl. parlamentar. Beirat f. Volksernährung, 1917 1. stellv. Vors. Volksbund f. Freiheit u. Vaterland, 4./31.10.1918 StS RArbA, 1919 RArbMinr., 1919–20 Rklr., 1920 RSchMinr., auch RVMinr., 1921–22 RSchMinr. u. Vizeklr., 1912–25 MdR/MdNatVers. (SPD) *183/165* 342, *185/165* 368v

Baum, Rudolf (1913: v.) (geb. 1877), Textilfabrikant, 1905 Teilhaber Fa. Schliepe-v. Baum (Kattundruckerei/Elberfeld), Geh. Kommerzienrat, Mitgl. AR Bergisch-Märk. Bank u. Kaiserhof-Hotel-AG *81/162* 70v

- Baumbach, Philipp v.** (1860–1911), 1884 Ref., 1889 RegAss. Danzig, 1894–1902/03 LandR Gelnhausen, 1902 Hilfsarb. FinMinm., 1903 GehFinR u. VotrR, GehOFinR, 1908–09 RegPräs. Osnabrück, 1909–11 RegPräs. Breslau *49/160* 162–163
- Baur, Heinrich** (1846–1925), 1872 Ref., 1874 BergAss., 1875 Bergwerks-Dir., 1881 Berginspektor, 1884 Bergmeister, 1886 BergR, 1894 OBergR, 1898 Mitgl. OBergA Bonn, 1901 Hilfsarb. u. GehBergR u. VotrR HandMinm., 1903 BergHptm. Dortmund, 1906 Dir. OBergA Bonn, 1911 i.R. *45/160* 122v
- Beck**, Gutsbesitzer Prov. Posen *45/160* 110v
- Becker, Dr.**, Landeskom. Mannheim *2/158* 204v
- Becker, (Friedrich) Wilhelm** (1911: v.) (1835–1924), 1861 GerAss. Naumburg, 1862 StadtR Halberstadt, 1865 Bgm. Zeitz, 1868 Halberstadt, 1875 OB Dortmund, 1876 Düsseldorf, 1884 MdStR, 1886–1907 OB Köln, 1868–86, 1891–1918 MdH (1895–1908 2., 1908–18 1. Vizepräs.), 1895–97, 1903–07 Vors. Rhein. ProvLT, 1907 Wirkl.GehR *18/159* 76, 80v, 103–103v, *33/159* 285
- Becker, Johann Baptist** (1869–1951), Jurist, 1902 MinR bad. FinMinm., 1908 bad. StR, Präs. bad. FinMinm., 1916–18 bad. FinMinr. *244/167* 197
- Becker, Karl** (1858–1924), Landwirt, 1889 GerAss., 1898 Amtsrichter Hennef, 1904 AGerR, 1906 LGR Köln, 28.12.1917 GehJusR, Vorstandsmitgl. Rhein. Bauernverein, 1899–1918 MdA, 1902–12 MdR (Zentrum) *33/159* 281v
- Beckerath, Rudolf v.** (geb. 1863), 1897/98–1902/03 LandR Dillenburg, 1902/03–09 Hanau, 1909–28 PolPräs. Hannover *197/166* 96v–97, 98v
- Behr (Behrenhoff), Carl** (1877: **Gf.**) v. (1865–1933), Fideikommißbes., 1895–1919 LandR Greifswald, 1911 Kammerherr, 1913 Mitgl. Beirat Landesanstalt f. Gewässerkunde, 1909–18 MdH (1912–18 Vors. d. Alten Fraktion), 1910 MdProvAusschuß (1918 Vors.), 1921–33 Mitgl. ReichsR, 1921 MdStR *23/159* 159v–160, 161v, 162v; *169/165* 174; *266/167* 391, 393
- Behrendt, Gustav** (1859–1912), 1886 GerAss., 1890 Eintritt in Staatseisenbahndienst, 1891 RegAss., 1895 RegR u. Mitgl. Eisenbahndirektion Berlin, 1898 GehRegR u. VotrR Reichseisenbahnamt, 1903 Mitgl. Eisenbahndirektion Berlin, 1904 Präs. Eisenbahndirektion Berlin, 1910 Vorschlag als UStS Minm.öA, MinDir. Minm.öA *26/159* 170v; *61/161* 68
- Behrens, Franz** (1872–1943), Gärtner, christl.-sozialer Gewerkschaftsführer, 1898–1902 Sekr. Ev. Arbeiterverein Berlin, 1899–1905 Redakteur, 1903–05 Arbeitersekr. Soziale Geschäftsstelle für das ev. Dtld., 1905–12 GenSekr. Gewerkverein christl. Bergarbeiter Dtlds., 1912–33 Vors. Gesamtverband Krankenkassen Dtlds. u. stellv. Vors. Gesamtverband christl.-sozialer Wirtschaftsvereine, 1907–30, 1932–33 MdR/MdNatVers. (Vors. Christl.-soziale Partei Deutschlands, DNVP – Austritt 1929 –, christl.-sozialer Volksdienst) *158/165* 70, 83, *185/165* 368v; *234/167* 104v
- Beissel von Gymnich, Otto Gf.** (1851–1931), Jurist u. Landwirt, 1880/81 Bgm. Kronenburg u. Marmagen, 1884/85–89 LandR Koblenz, 1891 Kreisdeputierter Bergheim, 1891/92–30.9.1919 (i.R.) LandR Bergheim, 1901–20 Vors. ProvAusschuß Rheinprovinz, 1907–18 MdH *239/167* 147v
- Beldiman, Alexander** rumän. Diplomat, 1897–1916 Gesandter Berlin *114/163* 146v
- Below, Otto v.** (1857–1944), Offizier, 1875 Ltn., 1889 im GenStab, 1890 Hptm., 1909 GenMaj. u. Brigade-Kdr., 1912 GenLtn. u. DivKdr., Aug. 1914 Gen.d.Inf. u. Kdr. I. ResKorps, Nov. 1914 Oberbefehlshaber 8. Armee, 1916–17 einer Heeresgruppe in Mazedonien, Okt. 1917 14. Armee in Italien, 1918 17. Armee, zuletzt 1. Armee im Westen, Jan. 1919 Kommand. Gen. XVII. AK (Danzig), 26.6.1919 z. D. *180/165* 298
- Bender, Georg** (1848–1924), Jurist, 1872 Ref., 1878 Ass. u. StadtR, 1880 2. Bgm. u. 1888 1. Bgm. Thorn, 1891–1912 OB Breslau u. MdH *48/160* 135
- Benedikt XV.** (1854–1922) (eigentl. Giacomo Marchese della Chiesa), Priester, 1914 Kardinal, 3.9.1914–22.1.1922 (†) Papst *134/164* 140, *141/164* 211; *211/166* 229v

- Bennhold, Fritz** (geb. 1865), 1891 GerAss., 1892 Hilfsarb. OBergA Breslau, 1893 Dortmund, 1899 OBergR, 1907–11 Halle/S., GehBergR, 1909–10 auch Vors. des Schiedsgerichts f. Arbeiterversicherung Merseburg, 1911–21 VotrR HandMinm., 1914 GehOBergR, Aug. 1914–Herbst 1915 Kriegsdienst, Hptm. Landwehr a.D., Nov. 1918 Mitgl. des Ausschusses der Beamten u. Angestellten des HandMinm., 1921 BergHptm. OBergA Halle/S., 1921 Geschäftsführer Reichskohlenrat, Mitgl. AR Hibernia, Bergwerks-AG Recklinghausen, Preussag 184/165, 187/165
- Bennigsen, Rudolf v.** (1824–1902), Rittergutsbes., Jurist, 1846–56 in hannov. Diensten, 1856 a.D. zur Bewirtschaftung des väterl. Gutes, 1868–88 LandesDir. Prov. Hannover, 1888–97 OPräs. Hannover, 1889 Wirkl.GehR, 1856–66 Mitgl. 2. hannov. Kammer, 1859 Gründungsmitgl. Dt. Nationalverein u. 1867 der NLP (1872–91 Vors.), 1867–71 Mitgl. Norddt. RT, 1867–83 MdA (1873–79 Präs. AH), 1871–83, 1887–98 MdR 197/166 94v
- Benzler, Willibrod(us) (Willibald)** (1853–1921), Geistlicher, 1874 Benediktiner, 1877 kath. Priester, 1880 Lektor f. Dogmatik, 1883 Prior, 1893 Abt Maria Laach, 1901–19 Bischof v. Metz, Rücktritt unter frz. Druck 4/158 224
- Berckheim, Siegmund** (1900: **Gf.**) v., (1851–1927), Grund- u. Majoratsherr, 1870–91 Offizier, Major, Übertritt in den diplomat. Dienst, 1903 bad. Wirkl.GehR, Kammerherr, 1903–15 bad. Gesandter Berlin u. stellv. Bevollm.z.BundesR, auch Gesandter Dresden 2/158 204v
- Berg (Markienen), Friedrich v.** (1866–1939), Rittergutsbes., Jurist, 1886–92 Offizier, Maj. a.D., 1888 pers. Adjutant Prinz Friedrich Leopold v. Preußen, 1894 GerRef. Bartenstein, 1896 RegRef. Danzig, 1899 RegAss., 1900 Landratsamt Niederbarnim, 1903/04–06 LandR Goldap, 1906 GehRegR u. VotrR Zivilkab., 1909–16 LandesHptm. Ostpreußen, 1910 Kammerherr, 3.10.1914 auch Flüchtlingskom. f. ganz Ostpreußen als Kom. des OPräs., 21.7./10.8.1916–21.1.1918 OPräs. Ostpreußen, 16.1.–11.10.1918 Chef Zivilkab. u. Wirkl.GehR, 1921–27 GenBevollm. preuß. Königshaus, 1916–18 MdH, 1919 Vors. ProvLT Ostpreußen, 1920–32 Adelsmarschall, Kommendator Johanniter-Orden 116/163 183v; 171/165 184–185; 221/166 333v–334, 335v, 222/166; 228/167 29, 30v–31, 241/167 171v, 243/167 188–188v, 252/167 278, 254/167 306v, 255/167 324, 256/167 327, 257/167 332v
- Berg (Schönfeld), Kurd III. Gf. v.** (1856–1923), Jurist, 1890–99 LandR Gifhorn, 1899 Maßregelung als „Kanalrebelle“ u. Kammerherr, 1900 ORegR Hannover, 1903 PolDir. Kassel, 1904 PolPräs., 1905 Hannover, 1909 RegPräs. Stade, 1911–17 Hannover, 1894–1900 MdA (DkP) 43/160 81v; 197/166 95, 98v
- Berlepsch, Hans Hermann Frh. v.** (1843–1926), Jurist u. Gutsbes., 1867 Ref. Reg. Erfurt, 1870/71 im Sanitäts- u. Verwaltungsdienst in Frankreich, u.a. Unterpräfekt Chartres, 1873/74–77 LandR Kattowitz, 1877 leitender StMinr. Schwarzburg-Sondershausen, 1881 Vizepräs. Reg. Koblenz, 1884 RegPräs. Düsseldorf u. MdStR, 1889 OPräs. Rheinprovinz, 1890–96 HandMinr., 1897 Übernahme der Zeitschrift „Soziale Praxis“, 1900 Gründungsmitgl. Internat. Vereinigung f. gesetzl. Arbeiterschutz, 1901–20 Gründungsmitgl. u. Vors. Gesellschaft f. Soziale Reform 32/159 262
- Berndt**, 1890 GerAss., 1892 Amtsrichter Gartz a.O., 1900 Landrichter Stettin, 1905 LGR, 1906 OLGR, 1909 GehJusR u. VotrR JMinm., 1912 GehOJusR, 1920 MinR 20/159, 29/159, 36–37/159; 52/160; 58/161 56, 62/161, 69/161; 73/162, 80/162, 90/162, 93/162; 119/163; 128/164, 142/164; 155/165, 165/165, 172/165, 182/165; 200/166, 213/166, 224/166
- Bernhard, Georg** (1875–1944), Publizist, 1896 Wirtschaftsredakteur der „Welt am Montag“, 1904 Gründer u. Besitzer des „Plutus“, 1906 Ausschluß aus der SPD, 1909 Leitung der Ullstein-Tageszeitungen, 1913 Verbindungsmann zur Vossischen Zeitung, 1914 Dir. bei Ullstein u. Leitungsmitgl. Voss. Zeitung, Schatzmeister Verein Berliner Presse u. Reichsverband der dt. Presse, 1920–30 Chefredakteur Voss. Zeitung 186/165 385–385v; 255/167 323

Bernhard, Hzg. v. Sachsen-Meiningen und Hildburghausen (1851–1928), preuß. Offizier, 1878 Maj., 1885 Oberst u. Kdr. Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Rgt., 1889 GenMaj. u. Kdr. 4. Inf.-Brigade, 1891 GenLtn. u. Kdr. 2. Garde-Inf.-Div., 1895 Gen.d.Inf. u. Kdr. VI. AK, 1903 z.D. u. Generalinspekteur 2. Armee-Inspektion sowie GenOberst m. d. Range eines Feldmarschalls, 1912 z.D., 1914 Hgz., 12.11.1918 Thronverzicht *173/165* 193

Bernhard, Ludwig (1875–1935), Nationalökonom, 1909 Prof. f. Staatswissenschaften Berlin, ca. 1918 bei der OHL, Schriften u.a. zum Nationalitätenkampf in den Ostprovinzen *229/167* 38v

Bernstorff, Johann Heinrich Gf. v. (1862–1939), Offizier u. Diplomat, 1889 Militärattaché Konstantinopel, 1890 im AA, 1896 LegSekr. St. Petersburg, 1898 LegR München, 1902 Botschaftsrat London, 1906 GenKonsul Kairo, 1908 Botschafter Washington, 1917–18 Konstantinopel, 16.10.1917 Wirkl.GehR, 1921–28 MdR (Gründungsmitgl. DDP), Präs. Dt. Liga f. d. Völkerbund, 1933 Emigration *156/165* 37, *164/165* 135

Bertram, Adolf (1859–1945), 1881 kath. Priester, 1906–14 Bischof Hildesheim, Okt. 1914–45 Fürstbischof Breslau, 1916 Kardinal, 1930 Erzbischof, Vors. Fuldaer Bischofskonferenz, Sprecher des Episkopats der kath. Kirche in Dtl. *263/167* 369v, 371, 376

Beseler, Hans Hartwig v. (1850–1921), Offizier, Gen.d.Inf. z.D. u. à l.s. Garde-Pionier-Bataillon, Aug. 1914–15 kommand. Gen. III. Reservekorps, 4.9.1915–18 GenGouv. Warschau, 1912 MdH *173/165* 194v, *175/165* 210v, 214, 217v, 220v, 223, *176/165*, *179/165* 281v–284v, 286–286v, 287v; *219/166* 324, 329; *220/VI*; *227/167* 17

Beseler, Max(imilian) (1917: v.) (1841–1921), Jurist, 1863 Auskultator, 1865 GerRef. KrsGer. Berlin, 1867 GerAss. KG, 1868 AppGer. Greifswald, 1870 Hannover u. Amtsrichter Greifswald, 1874 Richter Berlin, 1879 LGR, 1882 Dir. LG Saarbrücken, 1886 Düsseldorf, 1888 Präs. LG Oppeln, 1892 Präs. AppGer. Berlin I, 1897 Präs. OLG Kiel, 1904 Breslau, 20.11.1905–6.8.1917 JMinr., 1905 MdH, Kronsyndikus *1–3/158*, *5–13/158*; *14–33/159*; *34–46/160*, *48–53/160*; *54–72/161*; *73–89/162*, *91–96/162*; *97–124/163*; *125–129/164*; *130–131/Fundort*; *132–136/164*, *138–140/164*, *142–152/164*; *153–168/165*, *171–187/165*; *188–192/166*, *195–196/166*, *198–203/166*; *205/VI*; *206/166*, *216/166* 290v

Bethmann Hollweg, Theobald v. (1856–1921), Jurist, 1879 Ref. Berlin, 1885 RegAss. Potsdam, 1885/86–96 LandR Oberbarnim, 1890 MdR (RFKP), 1896 OPräsR Potsdam, 1899 RegPräs. Bromberg u. OPräs. Brandenburg, 21./24.3.1905–24.6.1907 Minr.dI, 15.4.1905 Bevollm.z. BundesR, 1905 Wirkl.GehR, 12.–22.11.1906 auch einstweilige Leitung LandMinm., Juni 1907 StS RADl, stellv. Rklr., 24./26.6.1907–14.7.1909 Vizepräs. StMinm., 14.7.1909–14.7.1917 Präs. StMinm., AMinr. u. Rklr. *1–2/158*, *4–10/158*, *12–13/158*; *14–19/159*, *21–23/159*, *25–28/159*, *30–33/159*; *34–35/160*, *38–45/160*, *48–53/160*; *54–57/161*, *59–61/161*, *63–68/161*, *70–72/161*; *74–79/162*, *81–86/162*, *88–89/162*, *91–96/162*; *97–102/163*, *104–106/163*, *108–110/163*, *112–114/163*, *115/163* 174, 176, *117/163* 203, *120/163* 243, *123/163*; *127/164*, *129/164*; *130–131/Fundort*; *132/164*, *134–136/164*, *139–141/164*, *144–152/164*; *153–154/165*, *156–161/165*, *163/165*, *164/165* 134, 136, *166–171/165*, *173–177/165*, *178/165* 262–262v, *179–181/165*, *183–187/165*; *188/166*, *190/166*, *191/166* 35v–36, *192–193/166*, *195–196/166*, *198–199/166*, *201–203/166*; *205/VI*; *206/166*, *208/166* 197, *211/166* 232v–233, *234v–235*, *212/166* 244–245, *216/166* 290–291, *219/166* 323v; *220/VI* 208v, 218v, 227, 229v; *221/166* 333v–335, *222/166* 349v, 350v–351; *226/167* 3v, 7v, 8v, 9v–10v, *227/167* 15v, *230/167* 45, 48, *233/167* 80v, 83v, *234/167* 98v, *254/167* 302v, *256/167* 328

Beuchelt, Georg (1852–1913), Fabrikant, 1899–1913 MdA, 1907–12 MdR (DkP), Mitgl. ZDI *8/158* 300

Beyerlein, BauR Stuttgart, 1909 Ordenssache *2/158* 205

Bischoffshausen, Alexander v. (1846–1928), 1868 KG-Auskultator, 1873 GerAss., 1878 RegAss. PolPräs. Berlin, 1881/82–89 LandR Pinneberg, 1889 ORegR Reg. Schleswig, 1897–99 RegPräs. Minden, 1899 MinDir. u. Wirkl.GehORegR MdI, 1900 UStS MdI, auch Kom. bei der Ansiedlungskomm., 1907 Präs. Prüfungskomm. f. höhere Verwaltungsbeamte sowie 1907 Wirkl.GehR u. Exz.,

31.12.1907 Präs. Hauptverw. Staatsschulden u. Reichsschuldenverw., Mitte 1918 a.D., Landschaftsmaler *101/163* 33v; *245/167* 216

Bismarck auf Welle, Wilhelm v. (geb. 1867), 1889 GerRef., 1892 RegRef. Reg. Stettin, 1895 RegAss., 1896 kommissar. LandR Mühlhausen/Thür., 1896 beim LandR Stendal, 1898–1918/1919 LandR Stendal, Jan. 1915–Mai 1916 Kriegsdienst, ab 26.11.1918 Vertretung (gesundheitl. Gründen dienstunfähig), Febr. 1919 a.D. *254/167* 308–308v

Bismarck, Otto (1865: **Gf.**) (1871: **Fürst**) **v.** (1815–1898), Rittergutsbes., 1851 Gesandter am Bundestag, 1859 Botschafter St. Petersburg, 1862–72, 1873–90 MinPräs. u. AMinr. 1871–90 auch Rklr., 1880–90 auch HandMinr., 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1849–52 Mitgl. 2. Kammer, 1867, 1891–93 MdR (bkF) *6/158* 260v; *27/159* 191v, *28/159* 216, *30/159* 231; *40/160* 58v, *50/160* 178, 180, 182–182v; *72/161* 176v; *91/162* 130–130v, 133, 135–135v; *100/163* 30v, *110/163* 110, 116v; *132/164* 106, *141/164* 211v, *148/164* 307, 308v; *156/165* 40, *157/165* 61v, *175/165* 219v, *176/165* 243v; *198/166* 120, *219/166* 325; *220/VI* 211, 220v; *227/167* 15v, 21–22, 24v–25, *254/167* 304v

Bissing, Moritz Ferdinand Frh. v. (1844–1917), Offizier, 1865 Ltn., 1883 Hptm. imGenStab, 1894 GenMaj., 1897 GenLtn., Gen.d.Kav., 18.5.1901–11.12.1907 Kdr. VII. AK (Münster), z.D., Flügeladjutant, 1910–17 MdH, GenOberst à l.s. Garde du Corps, 1911 Mitgl. Bundesleitung Jungdeutschland-Bund, 28.11.1914–18.4.1917 (†) GenGouv. Belgien *125/164* 116v; *132/Fundort* S. 28–29; *158/165* 84–85, *168/165* 169v; *211/166* 230v

Bitta, Joseph (1856–1932), Jurist, 1878–83 GerRef. Breslau, 1883 GerAss. u. Hilfsarb. Staatsanwaltschaft Glogau, 1884 Rechtsanw. Tarnowitz, 1884–96 Syndikus Gräfl. Henckelsche Verw., 1885–1910 Mitgl. Vorstand (ab 1898 Vors.) Schles. Eisen- u. Stahlberufsgenossenschaft, 1896–1910 Mitgl. Vorstand HK Oppeln, 1890 Mitgl. Ausschuß Landesversicherungsanstalt Schlesien (ab 1910 stellv. Vors.), 1896–1909 GenDir. Fürstl. Donnersmarcksche Verw., GehJusR, 1918 Rechtsanw. OLG Breslau, 3.2./Sept. 1919–21 RegPräs. Oppeln, 22.11.1919–1.7.1923 (i.R.) kommissar. OPräs. Oberschlesien, 1910–18 MdA (Zentrum), 1919–22 MdR/MdNatVers., 1921–23 MdStR *194/166* 64v

Bitter, Rudolf (1880: **v.**) (1846–1914), Jurist, 1866 Eintritt in Justizdienst, 1872 preuß. Verwaltungsdienst, 1873 RegAss. bei Reg. u. OPräs. Posen, 1875 LandR Waldenburg, 1879–88 MdA (RFKP), 1882 GehRegR u. VortrR MdI, 1888 RegPräs. Oppeln, 1898 MinDir. MdI, 1899 OPräs. Posen, auch Stellv. Vors. Ansiedlungskomm., 1902 Wirkl.GehR, 1903 Mitgl. AR Gräfl. Henckel-Donnersmarcksche Hüttenwerke, 1905 Präs. Hauptverw. Staatsschulden, 1907 Präs. OVG, 1909 Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, Kronsyndikus, 1910 MdH *101/163* 33v, *104/163* 64

Blanckenburg, Richard v. (1854–1926), Rittergutsbes., Rittm. a.D., 1907–18 MdH (deutschkons.) *33/159* 281v

Blankenhorn, Ernst (1853–1917), Weingutbesitzer, Kommerzienrat, Rittm. a.D., 1887–90, 1893–1917 MdR (NLP) *8/158* 300

Blomeyer, Paul (1859–1918), Jurist, 1882 GerRef. OLG Breslau, 1884 RegRef. Oppeln, 1887 RegAss. Königsberg, 1889/90–94 LandR Pleschen, 1895–1903 Meseritz, 1903 Präs. Ansiedlungskomm., 1908–1.6.1917 (a.D.) RegPräs. Stralsund u. Wirkl.GehORegR *197/166* 95–95v

Blumenthal, Daniel (1860–1930), Jurist, 1886–91 Rechtsanw. LG Mülhausen/Els., OLG Colmar, 1905/08–28.7.1914 Bgm. Colmar, JusR, Mitgl. Elsaß-Lothr. Volkspartei, 1900 Mitgl. BezR Colmar, 1903 Mitgl. Landesausschuß, 1903–07 MdR (Elsässer), 1912–14 Mitgl. 1. Kammer, nach Kriegsausbruch Flucht nach Frankreich *44/160* 105v; *132/164* 105v

Bock, PostR in Stuttgart, 1909 Ordenssache *2/158* 205

Bode, Wilhelm (1914: **v.**) (1845–1929), Jurist u. Kunsthistoriker, 1872 Assistent Kgl. Museen Berlin, 1878 Direktorassistent Gemäldegalerie, 1880 Dir. bei den Kgl. Museen, 1883 Abt.-Dir., 1889 GehRegR, 1890 Dir. Gemäldegalerie, 1905/06–20 GenDir. Kgl. Museen zu Berlin, 1906

- Wirkl.GehORegR, 1910 Wirkl.GehR u. Exz., 1911 nebenamtl. Hilfsarb. KuMinm. 249/167 251–251v
- Boehmer, Felix** (geb. 1851), Jurist, 1878 GerAss. u. Kreisrichter Köslin, 1879 Amtsrichter, 1881 Wollin, 1892 AGerR, 1893 LGR Stettin, 1897 Dir. LG Stargard/Pomm., 1908 GehJusR, 1907–13 MdA (DkP) 53/160 194v
- Bohlen und Halbach, Gustav v.**
→ Krupp v. Bohlen und Halbach, Gustav
- Böhme, Karl** (1877–um 1940), 1909 Geschäftsführer Dt. Bauernbund, 1907–28 MdR/MdNatVers. (Dt.-soziale wirtschaftl. Vereinigung, NLP, DDP) 67/162 112v–113, 127v; 140/164 199; 254/167 307
- Böhme, Otto** (1876–1956), RegAss. MdI, (Frühjahr 1914) 1915–21 LandR Simmern (1919 von den frz. Besatzungstruppen ausgewiesen), 1921 a.D., 1916–19 MdProvLT 52/160 192; 58/161 56; 73/162 1, 80/162, 93/162; 103/163
- Böker, Moritz** (1853–1933), Ingenieur, 1885/95–31.12.1919 Dir./GenDir. Bergische Stahl-industrie GmbH (Remscheid), 1902 Kommerzienrat, 1910 Geh. Kommerzienrat, Mitgl. AR Dt. Bank u. zahlreicher anderer AR 226/167 9
- Bonar Law, Andrew** (1858–1923), brit. Politiker, 1916–19 Chancellor of the Exchequer, 1922–23 Premierminister 244/167 194v
- Boris III. v. Bulgarien** (1894–1943), Offizier, Kronprinz, 3.10.1918–28.8.1943 König 255/167 320
- Borries, Georg v.** (1857–1922), 1884–91 LandR Norden, 1891–1902 LandR Herford, 1902–08 PolPräs. Berlin, 1908–09 RegPräs. Magdeburg, 1909–1.6.1917 RegPräs. Minden, 1913 Wirkl. GehORegR, 1917 a.D. 5/158 233v; 197/166 95–95v
- Bötticher, Karl Heinrich** (1864: v.) (1833–1907), 1860 GerAss., 1863 RegAss., 1864 Hilfsarb. HandMinm., 1865 StadtR Stralsund, 1869 RegR MdI, 1872 Landdrost Hannover, 1876 RegPräs. Schleswig, 1879 OPräs. Schleswig-Holstein, 1880–97 StS RAdI, 1880–97 StMinr. o. Geschäftsbereich, 1881–97 Stellv. Rklr. u. zeitw. Mitverwaltung HandMinm., 1888–97 auch Vizepräs. StMinm., 1897/98–1906 OPräs. Sachsen, 1866–70, 1882–93 MdA (KoP/DkP, bkF), 1878–79 MdR (RFKP), 1901 MdH 32/159 261v; 179/165 288–288v
- Bötticher, Richard** (1917: v.) (1855–1934), Jurist, 1879 GerRef. AppGer. Magdeburg, 1881 RegRef. Magdeburg, 1884 RegAss., 1885 Potsdam, 1888/9 LandR Querfurt, 1903/04 LandR Saarbrücken u. zugl. kommissar. PolDir., 4.1.1909–1.5.1917 (a.D.) RegPräs. Osnabrück, 1907–09 MdProvLT 81/162 73v; 197/166 95–95v
- Böttinger, Henry T.** (1907: v.) (1848–1920), Kaufmann, Rittergutsbes., bis 1882 Eigentümer des Würzburger Hofbräuhauses, 1882 in der Leitung der Farbenfabriken Bayer (Elberfeld) u. 1907 Vors. AR, GehRegR, 1891–1908 MdA (NLP), 1909 MdH 5/158 237v
- Bourwieg, Max** (geb. 1856), 1881 GerAss., 1884 Amtsrichter Halle/S., 1889 Landrichter, 1891 Berlin II, 1894 LGR, 1895 OLGR, 1895 GehJusR u. VotrR JMinm., 1898 GehOJusR, 1907 MinDir. u. Wirkl.GehOJusR, 1910 stellv. Bevollm.z.BundesR, 1917 Wirkl.GehR 47/160
- Brand, Arthur** (geb. 1870), 1896 GerAss., 1901 Amtsrichter Lychen, 1905 Berlin I, 1906 Berlin-Mitte, 1909 KGR, 8.9.1918 Präs. LG Duisburg, ca. 1935 a.D. 254/167 304
- Brandenstein, Hans v.** (1849–1938), Jurist, 1878 GerAss., 1880 RegAss. Potsdam, 1883 im MdI, 1884 beim OPräs. Magdeburg, 1886 RegR, 1888 Dienst beim damaligen Prinzen Wilhelm u. OPräsR Potsdam, 1895–1903 (z.D.) RegPräs. Hannover, 1903–21 Syndikus Hauptritterschafts-direktion der Kur- u. Neumark (Berlin), 27.12.1914 Chef „Zivilverw. für Polen links der Weichsel“, 5.1.1915 Chef Finanzverw. Russisch-Polen u. Exz., 11.3.1915 Rücktrittsgesuch wegen Differenzen mit dem OberOst, 17.4.1915 a.D., 1905–13 MdA (DkP) 125/164 15

Brandenstein, Joachim Frh. v. (1864–1941), Diplomat, 1905–18 Mecklenburg. Gesandter Berlin, GehLegR, Führer Landbund, 1924–26 MinPräs. Mecklenburg-Schwerin (DNVP) 8/158 305v; 78/162 57; 201/166 138v

Brandström, Edvard (1850–1921), schwed. Diplomat u. GenMaj., 1906–20 Botschafter St. Petersburg 253/167 294

Bratianu, Ion Constantin (1864–1927), rumän. Politiker, 1909–11, 17.1.1914–8.2.1918, 12.12.1918–27.9.1919, 19.1.1922–30.3.1926 MinPräs. 135/Fundort S. 2; 173/165 189–189v, 174/165 204v

Braun, Ernst (1857–1916), hess. Politiker, 1898 MinR hess. MdI, 1900 Ltr. MinAbt. f. Landwirtschaft, Handel u. Gewerbe, 1906/07 Präs. MdI, 1907–10 hess. Minr.dI, 1910–15 (i.R.) FinMinr., 1910–16 Präs. Oberrechnungskammer 144/164 238

Braun, Friedrich Edler v. (1863–1923), 1888 bayr. Staatsdienst, 1909 im bayr. MdI, 1910 ORegR, 1912 MinR u. Vorsteher landwirtschaftl. Abt., 1.6.1916 bayr. MinDir., Verfasser von „Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden? Eine Kriegsbetrachtung“ (München 1914), Mitte 1915 Vertreter der nichtpreuß. Bundesstaaten im AR Kriegsgetreidegesellschaft, März 1916 auch 1. stellv. Vors. Vorstand Reichsfleischstelle, Ende Mai 1916–20 Mitgl. Vorstand bzw. Herbst 1917 UStS Kriegsernährungsamt, 30.8.1917 Wirkl.GehR, 1920–23 MdR (DNVP) 118/163 228; 137/164 165v; 207/166 188, 190–190v; 239/167 156v

Braun, Magnus Frh. v. (1878–1972), Jurist u. Staatswissenschaftler, 1899 GerRef. Königsberg u. Domnau, 1902 RegRef. bei Reg. Koblenz u. LandR Wetzlar, 1905 RegAss. beim LandR Hirschberg u. Essen, 1906 beurlaubt zur Disconto-Ges./Filiale London, 1907 beim OPräs. Danzig, 1907–11 Hilfsarb. HandMinm., 1909 Mitgl. Johanniter-Orden, 1911 LandR Wirsitz, März 1915 Hilfsarb. u. dann GehRegR RAdI, 1916 Leiter Nachrichtenstelle (f. kriegswirtschaftl. Fragen), 6.9.–5.11.1917 MinDir. RK u. Ltr. Presseabt., Dez. 1917 KrsHptm. Sejny (Litauen), Febr. 1918 StadtHptm. Dünaburg, Sept.–1.11.1918 (i.e.R.) Leiter polit. Abt. Militärverw. Wilna, 1.1.1919 Vertretung PolPräs. Stettin, 1919 Hilfsarb. MdI, dann GehRegR u. VortrR, 1919–20 RegPräs. Gumbinnen (i.e.R. wegen Beteiligung am Kapp-Putsch), 1920 Verbands-Dir. Raiffeisen-Genossenschaft Berlin, 1926 GenDir. dt. Gesamtverband Raiffeisen-Genossenschaft u. Raiffeisen-Bank, 1926 Mitgl. VerwR Dt. Rentenbank, 1927 Mitgl. AR Berliner Bankverein u. weiterer AR, Mitgl. vorl. RWiR, Zentralausschuß Reichsbank, Reichskalirat, 1932–33 RMinr. f. Ernährung u. Landwirtschaft, zugl. kommissar. LandMinr., Mitgl. DkP, dann DNVP 145/164

Braun, Otto (1872–1955), Schriftsetzer u. sozialdemokrat. Politiker, 1900–11 Geschäftsführer Königsberger Allg. Ortskrankenkasse, 1902–12 Stadtverordneter Königsberg, 1913–18, 1921–33 MdA/MdLT, 12.11.1918–21.4.1921 LandMinr. (bis 3.1.1919 in Gemeinschaft mit A. Hofer), 1920–33 MinPräs. (mit kurzen Unterbrechungen), 1911–21 Mitgl. Parteivorstand SPD, 1920–33 MdR 193/166 59–60

Brauns, v., MinDir.

→ Braun, Friedrich Edler v.

Bredt, August (1817–1895), Jurist, 1842 Ref. Koblenz, 1844 Berlin, 1846 Ass., 1847 RegAss. Düsseldorf, 1847/48 kommissar. LandR Elberfeld, kommissar. beim OPräs. Rheinprov., 1849 Zivilkom. Elberfeld, 1850 Reg. Sigmaringen, dann Düsseldorf, 1854 Hilfsarb. FinMinm., 1855 1. Bgm. Barmen, 1857 OB u. RegR, 1868 GehRegR, 1883 Mitgl. AR Barmer Bankverein, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1851–52 Mitgl. 2. Kammer, 1874/75–95 MdH 33/159 285

Bredt, Johann Victor (1879–1940), Jurist u. Volkswirt, 1897 Volontär Barmer Bankverein, 1901 Ref., 1903 RegRef. Koblenz, 1906–11 RegAss., 1910 PD, 1914–15 Kriegsdienst, 6.3.1915–Okt. 1916 in Zivilverw. f. Polen (Chef verschiedener Kreise), einzelne Kommandos als Offizier (u.a. Unterrichtsoffizier), Nov. 1917–Nov. 1918 in der Zivilverw. von OberOst (Vorbereitung der Verträge mit Kurland u. Litauen), Demobilisierung, 1919 Prof. f. Staats-, Verwaltungs- u. Kirchenrecht

Marburg, Mitarbeit in der Kommunalverw., 1930 RJMinr., 1911–18, 1921–24 MdA/MdLT (RFKP, Reichspartei des Dt. Mittelstands/Wirtschaftspartei), 1918 Gründungsmitgl. DNVP, 1924–33 MdR 251/167 264v

Breitenbach, Paul (1909: v.) (1850–1930), 1877 GerAss., 1878 Übertritt z. Eisenbahnverw., 1880 RegAss., 1885 RegR, 1894 Dir. Eisenbahn-Betriebsamt Hamburg, 1895 ORegR Eisenbahndirektion Altona, 1895 Präs. Eisenbahndirektion Mainz, 1903 Köln, 11./14.5.1906–13.11.1918 MöA, 21.5.1906 Chef REisenbahnA, auch 22.5.1916–9.11.1917 Vizepräs. StMinm. 1–2/158, 4–13/158; 14–19/159, 21–23/159, 25–33/159; 34–46/160, 48–53/160; 54–72/161; 73–96/162; 97–124/163; 125–129/164; 130–131/Fundort; 132/164, 134–137/164, 139–142/164, 144–152/164; 153–163/165, 166–173/165, 175–181/165, 183–187/165; 188/166, 190–193/166, 195–196/166, 198–199/166, 201–203/166; 205/VI; 206–212/166, 214–219/166; 220/VI; 221–222/166; 226–236/167, 238/167, 240–243/167, 248–253/167, 255–269/167

Bremen, Egon v. (1852–1919), 1878 RegAss., 1879 Hilfsarb. KuMinm., 1884 RegR Münster, 1886 Hilfsarb. KuMinm., 1887 GehRegR u. VotrR, 1890 GehORegR, 1902 Wirkl.GehORegR, 1910 MinDir., auch Vorstand der Allg. Dt. Pensionsanstalt f. Lehrerinnen und Erzieherinnen, 1912 Wirkl.GehR, Exz., 1.7.1919 a.D. 22/159 148; 95/162 189–189v; 104/163 64v

Brettreich, Maximilian Friedrich (1906: v.) **Ritter v.** (1858–1938), Jurist, 1907–12, 11.12.1916–8.11.1918 bayr. Minr.dI 236/167 133v

Breunig, Georg (1914: **Ritter**) v. (1855–1933), Jurist, 1895 bayr. RegR, 1901 VerwGerR, 1903 MinR bayr. FinMinm., 10.2.1912–8.11.1918 bayr. FinMinr. 132/164 109; 166/165 147

Brey, August (1864–1937), Schuhmacher, 1889–94 selbst. Meister, 1890–94 ehrenamtl. u. 1895–ca. 1931 hauptamtl. Vors. Hauptvorstand Fabrikarbeiterverband, Sitz Hannover, zugleich 1892–1906 Redakteur Verbandszeitung „Der Proletarier“, Gründungsmitgl., Sekr. u. dann Präs. Fabrikarbeiter-Internationale, 1906–32 MdR/MdNatVers. (SPD), 1906–ca. 1928 Landesvors. SPD Prov. Hannover, Nov. 1918 Mitgl. A.u.S.-Rat Hannover 143/164 222–230

Briand, Aristide (1862–1932), frz. Politiker u. Diplomat, 1909–29 mehrfach MinPräs., u.a. auch 1915–17 AMinr. sowie Inhaber weiterer Minr.-Ämter 173/165 189v

Brockdorff-Rantzau, Ulrich Gf. (1869–1928), Jurist u. Diplomat, 1894 Attaché Brüssel, 1896 im AA, 1897 LegSkr. St. Petersburg, 1901 Wien, LegR, Den Haag, 1905 Botschaftsrat, 1909 polit. GenKonsul Budapest, Mai 1912–Dez. 1918 Gesandter Kopenhagen, 18./30.12.1918 StS AA, 1919 Bevollm.z.BundesR u. RAMinr., Ltr. dt. Delegation Pariser Friedenskonferenz, 1922–28 (†) Botschafter Moskau 250/167 256–257, 263/167 363v, 364v, 266/167 395–398

Brockhusen, Hans-Joachim v. (1869–1928), 1903–11 LandR Grünberg, 1911–August 1914 Kolberg-Körlin, a.D. als Kriegsfreiwilliger, Hptm., Rechtsritter des Johanniter-Ordens 117/163 206–206v

Bronstein, Leib

→ Trotzki, Lew Dawidowitsch

Brumme, (geb. 1863/64), 1883/84 Eintritt in Eisenbahndienst, 1907 RechR, Eisenbahnbetriebskontrollleur Halle/S., 1912 Ordenssache 66/161 107

Brümmer, Franz (1859–1934), 1882 GerRef., 1886 Ass. GenKomm. Düsseldorf, 1887 RegAss., Spezialkom. Dierdorf, 1891 Sigmaringen, 1892 RegR, 1898 Hilfsarb. OLKulturger., 1899 Hilfsarb. LandMinm., 1900 GehRegR u. VotrR, 1903 Präs. GenKomm. Düsseldorf, 1911 Wirkl.GehORegR u. MinDir. LandMinm., Mitte 1917 Vertretung UStS, Juli 1918 UStS LandMinm., Febr. 1919 i.R., Präs. Fürstl. Hofkammer des Hauses Hohenzollern 251/167 274–274v

Brüning, Gustav v. (1864–1913), Chemiker u. Industrieller, 1892 Mitgl. AR u. 1899 Mitgl. Vorstand, dann GenDir. Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning, Mitgl. AR weiterer Unternehmen, 1912 GehRegR 86/162 112v

- Brunner, Heinrich** (1840–1915), Jurist, Rechtshistoriker, 1873 Prof. Berlin, GehJusR, 1884 Mitgl. AdW Berlin, 1885 GehJusR, 1897/98 Rektor Univ. Berlin, 1902–12 Vors. Dt. Juristentage, 1910 Wirkl.GehR, Exz., 1912–15 MdH u. Kronsyndikus 27/159 179; 54/161 4, 72/161 173
- Brunstermann, Wilhelm** (1866–1933), 1889 GerRef., 1893 GerAss., 1894 Amtsrichter, 1900 AGerR, Stadthagen, 1904–12 MdR (RFKP), 1906 MdProvLT Schaumburg-Lippe 33/159 281v; 53/160 195
- Buch, Georg v.** (1856–1924), Mitbes. eines Rittergutes, 1895–1917 LandR Angermünde, 1905–18 MdA (DkP nahestehend) 116/163 196; 129/164 87
- Buch-Carmzow, Leopold v.** (1850–1927), 1882–91 beim OPräs. Sachsen, 1895 OPräsR, 1912 Wirkl.GehR, Haupttritterschaftsdirektor Kur- u. Neumark, Kapitular Domstift Brandenburg, 1890–95 MdA (DkP), 1901–18 MdR, Mitgl. Vorstand (11er Ausschuß) DkP, 1912–18 MdH 18/159 76–76v, 21/159 141v, 143; 149/164 333v, 335v; 161/165 nach Bl. 102: Bl. 7, 179/165 277, 186/165 384v; 198/166 107
- Bücher, Friedrich** (geb. 1883), 1909 Dr. jur., Staatsrechtler, Ref. 30/159 231
- Büchsel, Wilhelm** (1848–1920), Marineoffizier, 1865 Eintritt in preuß. Marine, 1873 Ltn. z.S., 1874–75 zur Admiralität kommandiert, 1881–84 Ausrüstungs-Dir. Werft Kiel, 1882 Korvettenkapitän, 1889 Kapitän z.S. u. Kdr. II. Matrosen-Div. Wilhelmshaven, 1890 Vorst. militär. Abt. RMarineA, 1895 Dir. techn. Abt. u. stellv. Bevollm.z.BundesR, 1897 Kontreadmiral, 1899 Chef II. Div. des I. Geschwaders, 1900 Dir. allg. MarineDept. RMarineA u. stellv. Bevollm.z.BundesR, 1901 Vizeadmiral, 1902–08 (z.D.) Chef Admiralstab, 1905 Admiral, 1910 Präs. ev. Presseverband f. Dtl., 1.11.1915–15.3.1916 reaktiviert u. Dir. VerwDept. RMarineA, zugl. Wahrnehmung der Geschäfte des UStS, 10.3.1916 einstweilige Übernahme der Geschäfte von Tirpitz 161/165 nach Bl. 102: Bl. 2
- Budde, Hermann** (1904: v.) (1851–1906), Offizier, 1869 Sekonde-Ltn., 1877 Premier-Ltn., 1878–79 im GenStab, 1882 Hptm., 1887 im GenStab, 1888 Maj., 1890 Truppenkommandos, 1895 in der Eisenbahnabt. GenStab, 1896 Chef, 1897 Oberst, 1900 GenMaj. a.D. (auf eigenen Wunsch), 1900–02 GenDir. Dt. Waffen- u. Munitionsfabrik, Berlin, 23.6.1902–28.4.1906 (†) MöA u. Chef REisenbahnA 55/161 11
- Bueck, Henry Axel** (1830–1916), Landwirt, 1860 Gutsbes., 1867 Mitgl. Kongreß norddt. Landwirte, 1872 in dessen Ausschuß, 1873 Geschäftsführer bzw. GenSkr. Langnamverein, 1876 Gründungsmitgl. ZDI, 1882 Gründungsmitgl. Dt. Kolonialverein, 1887–1910 Geschäftsführer ZDI, 1887 Gründungsmitgl. Dt. Kolonialgesellschaft, 1898 Gründungs- u. Vorstandsmitgl. Dt. Flottenverein, 1904–10 Mitgeschäftsführer d. Hauptstelle Dt. Arbeitgeberverbände, 1907 auch Mitgl. Direktorium ZDI, Gründungsmitgl. u. Geschäftsführer Verein Dt. Eisen- u. Stahlindustrieller sowie seiner Nordwestl. Gruppe, 1894–98 MdA (NLP) 32/159 261v–262v
- Bülow (Plüskow-Bossee), Detlev W. Th. v.** (1854–1925), Fideikommißbes., 1887–94 (a.D.) LandR Storman, 1906 Kammerherr, 1907–24.8.1914 (a.D.) OPräs. Schleswig-Holstein, 21.8.1914 Wirkl.GehR, 1889–1907 MdA (RFKP), 1889 MdProvAusschuß 8/158 301; 22/159 154v; 104/163 66–66v, 69, 116/163 184–184v
- Bülow (Gudow), Friedrich v.** (1872–1915), Fideikommißbes., Erblandmarschall Lauenburg, Rittm. d. Res., 20.2.1915 (†) gefallen 45/160 123v
- Bülow, Bernhard** (1899: **Gf.**, 1905: **Fürst**) v. (1849–1929), Diplomat, 1878–84 Sekr. Botschaft Paris, 1896 Botschafter Rom, 1897 StS AA, 1897–1900 StMinr., 1900–09 MinPräs., AMinr. u. Rklr., 1914/15 Sonderbotschafter Rom, 1906–18 MdH 4/158 218v, 5/158 236v, 6/158 256, 277, 13/158 358v; 18/159 112v; 40/160 58v, 50/160 178–178v; 56/161 27, 60/161 65; 91/162 130v, 94/162 183, 185, 187v; 130/Fundort, 134/Fundort S. 2–4, 135/Fundort S. 1; 156/165 40; 203/166 160v; 227/167 15v

- Bülow, Friedrich v.** (1868–1936), Jurist, 1891 Ref., 1896 Ass., 1900/01–07 LandR Hzgtm. Lauenburg, 1907 OPräsR Schleswig u. Vertreter des OPräs., 1915 OPräsR Königsberg, 1917 RegPräs. Bromberg, Mitte 1917 Vors. Kuratorium Kaiser-Wilhelm-Institut f. Landwirtschaft, Jan. 1919 Wahrnehmung der Geschäfte des OPräs. u. RegPräs. Posen, Nov. 1919 Reichs- u. StKom. f. das an Polen abzutretende Gebiet der RegBez. Bromberg u. Posen, Demobilmachungskommissar Posen, 1922–33 (i.R.) OPräs. Grenzmark Posen-Westpreußen 135/164 145v; 197/166 96v
- Bülow, Wilhelm v.** (1850–1929), Jurist, 1881 GerAss., 1884 Amtsrichter Braubach, 1894 Bad Homburg v.d.H., 1896 AGerR, 1913 GehJusR, 1904–08 MdA (NLP), Mitgl. Hauptvorstand Dt. Kolonialgesellschaft 8/158 300
- Bumm, Ernst** (1858–1925), 1904 Prof. für Gynäkologie Berlin, GehMedR 27/159 179v
- Burckhardt, Hieronymus** (geb. 1865), 1882 Landwirt, 1894 Leiter landwirtschaftl.-techn. Abt. BdL, 1900 GenBevollm. Bibundi-Pflanzungs-Ges. Kamerun, 1901 GenSekr. Zentralstelle preuß. Landwirtschaftskammern, 1906 zugl. ständ. stellv. GenSekr. Landesökonomiekollegium, 1910 Ökonomierat, 1912 Dezernent Verband preuß. Landwirtschaftskammern, Aug. 1914–1919 Geschäftsführer Zentralstelle zur Beschaffung Heeresverpflegung, 28.7.1915 Hilfsarb. LandMinm., 16.1.1916 Reg.- u. Landesökonomierat, März 1916 auch Mitgl. Vorstand Reichsfleischstelle, 5.8.1917–31.12.1928 (i.R.) GehRegR u. VortrR LandMinm., Reichsfutterstelle, auch 1916–20 Geschäftsführer Landesfleischamt, stellv. Vors. Zentralviehhandelsverband, 1929 Geschäftsführer Genossenschaftl. Reichsviehverwertungs GmbH 129/164 92, 140/164 191v, 192v
- Burghardt, Johannes** (1859–1919), Jurist, 1885 GerAss., 1889 Amtsrichter Jacobshagen, 1893 Landrichter Berlin I, 1899 LGR, 1902 KGR, 1906 GehJusR u. VortrR JMinm., 1909 GehOJusR 58/161 56
- Burian von Rajecz, István (Stephan)** (1918: **Gf.**) (1851–1922), österr.-ungar. Diplomat u. Politiker, 1912–15 ungar. Minr. am Hoflager Wien, 13.1.1915–22.12.1916 k.u.k. AMinr., Dez. 1916–16.4.1918 k.u.k. FinMinr., 16.4.–25.10.1918 k.u.k. AMinr. u. Minr. des k.u.k. Hauses, Rücktritt wegen Sonderfriedensangebot 130–131/Fundort; 134/Fundort S. 1–3; 148/164 307–313; 164/165 136, 179/165 281v–282, 180/165 299–300, 302–302v, 311v; 248/167 229–330, 253/167 293, 254/167 299v–301, 255/167 319v
- Burmow, Christo Dimitrow**, bulg. Offizier, ca. Mitte Sept. 1918 stellv. Oberstkommandierender bulg. Armee 255/167 318v
- Busch, Felix** (1871–1938), Jurist, 1893 GerRef. Hanau, 1897 RegRef. Kassel, 1900 RegAss. OPräsidium Posen, Tätigkeit in Banken, 1901 beim LandR Herford, 1902 beim OPräs. Posen, 1903–05 2. StKom. Berliner Börse, 1905 LandR Hörde, 1907 Hilfsarb. FinMinm., 1908 VortrR u. GehFinR, 1908–11 auch Kom. bei der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse, 1911 GehOFinR, 1911–17 LandR Niederbarnim, Sept. 1917 UStS FinMinm., 1919 Mitgl. Staatenausschuß, 1920 i.e.R., Vors. Verband dt. öffentl. Kreditanstalten, Mitgl. AR Dt. Landesbanken-Zentrale u. Gesamtausschuß Preuß. Zentralgenossenschaftskasse, Mitgl. vorl. RWiR 45/160 122v–123; 124/163 304; 210/166 213v; 238/167
- Bussche(-Ippenburg), Erich Frh. von dem** (1878–1957), 1896 Offizier, 1914 stellv. Abt.-Chef beim Stab des Chefs der OHL, 1918 Maj. in Operationsabt. beim Chef GenStab Feldheer, 1921 Ltr. Heeresorganisations-Abt. RWeMinm. 256/167 327
- Bussche-Haddenhausen, Hilmar Frh. von dem** (1867–1939), Jurist u. Diplomat, 1889 GerRef. im OLGBez. Celle, 1894 GerAss., 1895 Eintritt in AA, 1895 LegSekr. Tanger, 1897 Buenos Aires, 1900 Kairo, 1902 2. BotschaftsSekr. London, 1903 Botschaftsrat Washington, 1906 VortrR AA, 1910 Gesandter Buenos Aires, 1914 Bukarest, Nov. 1916–Ende 1918 (beurl.) 2. UStS AA, 27.1.1918 Wirkl.GehR 174/165 204v; 253/167, 255/167, 260/167, 266/167
- Büxenstein, Georg W.** (1857–1924), Zeitungs- u. Buchverleger, Chef des Büxenstein-Konzerns, Kommerzienrat, Gründungsmitgl. der „Deutschen Nachrichten“, Geh. Kommerzienrat, 1899 Grün-

dungsmitgl. u. Mitgl. Repräsentantenausschuß Kais. Automobil-Club, Mitgl. Vorstand Dt. Wehrverein, Präs. Tarifgemeinschaft des dt. Buchdrucks 13/158 358–359

Cadorna, Luigi Conte di (1828–1928), ital. Offizier, Juli 1914 Chef GenStab ital. Armee u. GenLtn., Gen., Oberbefehlshaber ital. Armee u. Oberkommandierender in den Isonzo-Schlachten, Nov. 1917 Amtsenthebung, 1923 Rehabilitierung u. Marschall 174/165 204

Cahensly, Peter Paul Simon (1838–1923), Kaufmann, 1886–1915 MdA (Zentrum), 1898–1903 MdR, 1883 GenSekr. u. 1899 Präs. Raphaelsverein zum Schutze kath. Auswanderer 8/158 300

Caillaux, Joseph (1863–1944), frz. Finanzwissenschaftler u. Politiker, 1899–1922 mehrfach frz. FinMinr., 1911–12 auch MinPräs., Jan. 1918 Verhaftung wegen Landesverrat (angebl. Einverständnis mit den Deutschen), 1920 Freispruch, aber Verurteilung wegen Korrespondenz mit dem Feinde u. Verbannung aus Paris, 1924 Begnadigung 161/165 nach Bl. 102: Bl. 5

Calker, Fritz van (1864–1957), Jurist, 1896–1918 Prof. Straßburg, 1920 Prof. TH München (Polit. Wissenschaften), 1912–18 MdR (NLP), Mitgl. DVP 72/161 172v; 150/164 337–337v; 215/166 275

Calwer, Richard (1868–1927), sozialdemokrat. Wirtschaftswissenschaftler u. Publizist, Hrsg. u. a. von „Das Wirtschaftsjahr“ sowie „Wirtschaftsstatist. Monatsberichte“, 1898–1903 MdR (SPD), 1909 Austritt aus der SPD 118/163 230v

Campe, Rudolf v. (1860–1939), Jurist, 1882 GerRef. OLG Celle, 1887 GerAss. Amtsger., 1890 Göttingen, 1891 Hilfsrichter Hildesheim, 1894 Amtsrichter Northeim, 1899 Landrichter Hildesheim, 1901 LGR, 1906 Dir. LG, 1914 GehJusR, 1916 Präs. LG Stade, 1.6.1917–9.4.1920 RegPräs. Minden, nach dem Kapp-Putsch amtsenthoben u. a.D., 1904–17, 1921–32 MdA/MdLT (NLP, DVP, 1924–28 bkF) 8/158 300; 197/166 96, 97v–98

Capelle, Eduard (1912: v.) (1855–1931), Offizier, 1887 KapitänLtn., 1891–94 u. ab 1895 im RMarineA, 1894 Korvettenkapitän, 1894–95 BordKdo., 1898 Fregattenkapitän, 1900 Kapitän z.S., 1905Dir. VerwDept. RMarineA, zugl. stellv. Bevollm.z.BundesR, 1906 Kontreadmiral, 1909 Vizeadmiral, 1913 Admiral, 30.5.1914–31.10.1915 (z.D.) zugleich Wahrnehmung der Geschäfte des UStS, 15./20.3.1916–5./7.10.1918 StS RMarineA u. Bevollm.z.BundesR 56/161; 115/163, 118/163, 121/163, 123–124/163; 125–126/164, 139/164; 161/165 nach Bl. 102: Bl. 2, 164/165 136; 205/VI, 220/VI

Caprivi, Leo (1891: Gf.) v. (1831–1899), Offizier, 1849 Eintritt in die Armee, 1861 Hptm. im GenStab, 1870 Oberstltm., Chef GenStab X. AK, 1872 Oberst, AbtLtr. KrMinm., 1887 GenMaj. (Inf.), GenLtn. u. Kdr. 30. Div., 1883 Chef der Admiralität, 1884 MdStR, 1888 kommand. Gen. X. AK (Hannover), 1890–94 Rklr., 1890–92 auch MinPräs. u. AMinr. 43/160 80

Caro, Nikodem (1871–1935), Chemiker u. Industrieller, Prof. Chemie, GehRegR, entwickelte mit Ad. Frank Verfahren zur Herstellung von Kalkstickstoff, Mitgl. bzw. Vors. zahlreicher AR, u. a. Bayer. Stickstoffwerke (1908 Gründung), Bayer. Kraftwerks-AG, Dt. Bank 126/164 55v, 59v

Caspar, Franz Erich (1849–1927), Jurist, 1869 Ref. Greifswald, 1874 Paderborn, 1875 GerAss. u. Hilfsrichter KrsGer. Berlin, 1877 Kreisrichter Brandenburg/Havel, 1877 RegAss. Potsdam, 1880 Hilfsarb. RAdI, 1881 RegR u. ständ. Hilfsarb., 1885 GehRegR u. Mitgl. Reichsversicherungsamt, 1889 VortrR RAdI, 1892 GehORegR, 1894–96 auch Mitgl. Bundesamt für Heimatwesen, 1896 auch Vors. Oberseeamt, 1901 Dir. RAdI, 1912 Wirkl.GehR u. Exz., 2.11.1917 UStS RWiA, Okt. 1918 RArbA (ab. 21.3.1919 RArbMinm.), Juli 1919 a.D. 15/159, 32/159; 43/160; 163/165; 207/166 189

Cassel, Oskar (1849–1923), Jurist, 1879 Rechtsanw. u. 1892 Notar, GehJusR, 1909 Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 1888 Stadtverordneter Berlin, 1905–19 MdA/MdLV (FsVP, DDP) 8/158 300v; 53/160 194v; 66/161 105, 72/161 173; 109/163 99v, 103; 202/166 147, 216/166 290–291v; 226/167 7v–8

Chappius, Hermann v. (1855–1925), Jurist, 1876 Ref., 1882 GerAss., 1883 LandR Schubin, 1888 RegR Posen, 1889 bei Reg. u. OPräsidium Posen, 1890 Hilfsarb. KuMinm., 1891 GehRegR u. VortrR, 1895 MinDir., 1903 Wirkl.GehORegR, 1911–18 UStS, 1912 Wirkl.GehR 48/160 134v; 59/161, 70/161; 87/162; 100/163; 142/164; 200/166, 224/166

Chrysan, Peter (geb. 1861), Bäcker, 1889 Meister, 1905 Stadtverordneter Bonn, 1912–18 MdR (Zentrum) 72/161 173

Class, Heinrich (pseud.: **Einhart, Daniel Fryman**) (1868–53), Jurist, 1895 Rechtsanw. Mainz, 1897 Anschluß an ADV u. 1901 Mitgl. Hauptltg., 1904 stellv. u. 1908–39 Vors. ADV, Gründungsmitgl. Dt. Wehrverein, Anf. Aug. 1914 Gründungsmitgl. Kriegsausschuß der dt. Industrie, 1916 des Unabhängigen ausschusses f. einen dt. Frieden, 1917 der DVP, Nov. 1933 MdR (Gast der NSDAP) 140/Fundort S. 9

Clémenceau, Georges (1841–1929), frz. Politiker, 1906–09 MinPräs. u. Minr.dI, 1917–20 MinPräs. u. KrMinr. 245/167 214v, 265/167 388–388v

Coböken, Jos., Redakteur „Berliner Beamtenzeitung“ u. „Deutsche Nachrichten“ 13/158 358–359

Coels von der Brügghe, Clothilde v. (1879–1970), geb. v. Hartmann-Krey, 1910 Heirat mit Franz. v. Coels 233/167 91v

Coels von der Brügghe, Franz Frh. v. (1858–1945), 1877 GerRef., 1879 RegRef. Aachen, 1882 RegAss. Breslau, 1883/84 LandR Aachen, 1899 OPräsR beim OPräsidium Rheinprovinz, 1903 RegPräs. Arnsberg, 1907 UStS Minm.öA (Wasserbauabt.) u. stellv. Bevollm.z.BundesR, Wirkl. GehR, 17.5./3.6.1918 auch StKom. f. Wohnungswesen, Vors. Gesamtwasserstraßenbeirat, 1.1.1919 i.R. 41/160 62a–62b; 59/161, 61/161 69, 65/161; 233/167 91–91v, 239/167 147, 240/167 162, 165v, 254/167

Cohen (-Reuß), Emanuel (genannt **Max**) (1876–1963), kaufmänn. Angestellter, Publizist, 1901 Mitgl. SPD, 1912–18 MdR, 11.11.–23.12.1918 Mitgl. Vollzugsrat, seit 1. Reichsrätekongreß stellv. Vors. Zentralrat, April 1919 1. Vors., 1920–33 Mitgl. RWiR, 1934 Emigration Frankreich, nach 1945 Pariser Korrespondent dt. Zeitungen, 1908–14 Stadtverordneter Frankfurt/M. 198/166 114v

Colshorn, Hermann (1853–1931), Rittergutsbes., Welfenfürer, Kaufmann, 1874 Großbritannien, 1881 Bremen, 1888–98 Rußland, 1903–07 u. 1912–24 MdR/MdNatVers. (Dt.-Hannov. Partei bzw. Hospitant Zentrum) 91/162 132, 136

Conrad v. Hötendorf, Franz Frh. (1918: **Gf.**) (1852–1925), österr. Offizier, 1906–11 (Entlassung), Dez. 1912–1917 (Entlassung) Chef österr.-ungar. GenStab, 1908 Gen.d.Inf., Generalfeldmarschall, Kdr. Südwestfront Tirol, Juli 1918 Rücktritt, k.u.k. Wirkl.GehR 131/Fundort S. 4; 179/165 281v

Conrad, Alfred (1904: **v.**), (1852–1914), Jurist, 1875 GerRef. AppGer. Frankfurt/O., 1880 RegRef. Danzig, 1882 RegAss. Merseburg, 1882/84 LandR Flatow, 1895 Hilfsarb. LandMinm. u. GehRegR sowie VortrR, 1898 GehORegR, 1899 RegPräs. Bromberg, 1901 Chef RK u. Wirkl. GehORegR sowie VortrR, 1904 UStS LandMinm. u. stellv. Bevollm.z.BundesR, 1909 Wirkl.GehR, 1910–22.1.1914 (†) OPräs. Brandenburg, 1888–99 MdA (DkP) 9/158; 99/163 19, 109/163 97v

Contag, Carl (1863–1934), 1889 GerAss. Königsberg, 1890 StadtR Insterburg, 1891 2. Bgm. Elbing, 1899–1924 1. Bgm. bzw. OB Nordhausen (ab 1911 auf Lebenszeit), 1900–18 MdH 66/161 105

Conze, Friedrich (geb. 1864), 1889 GerRef., 1891 RegRef., 1894 RegAss. beim OPräs. Danzig u. RegPräs. Posen, 1901 LandR Mogilno, 1908 Hilfsarb. MdI, 1909 GehRegR u. VortrR MdI, 1912 GehORegR, Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, 1919 MinDir. WohlfMinm., Wirkl.GehORegR, 1930–34 Präs. Ev. Bund, Mitgl. 1. dt. Nat. Synode u. Zentralausschuß f. Innere Mission 8/158 302v

Cumberland, Herzog v.

→ Ernst August, Prinz v. Großbritannien u. Irland

Cuno, Wilhelm (1876–1933), Jurist, 1907 Ass. u. Hilfsarb. RSA, 1910 RegR, 1912 GehRegR u. VortrR, auch Aug. 1915–Juli 1916 Mitgl. Direktion u. Geschäftsführer Reichsgetreidestelle, Mitarb. v. StS Batocki zur Org. des Kriegsernährungsamt, 30.11.1916 GehORegR, Dez. 1916 auch Mitgl. Komm. zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen, 1.1.1917 Dir., um 1918 stellv. Vors. der Landwirtschaftl. Betriebsstelle f. Kriegswirtschaft beim Kriegsernährungsamt, ab 20.12.1918 GenDir. HAPAG, Sachverständiger bei Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen, 22.11.1922–12.8.23 Rklr., Rückkehr zur HAPAG, ab 1926 erneut deren Leitung *18/159; 137/164 166*

Cuno, Willi (1860–1951), Jurist, 1888 Magistrats-Ass. Berlin, 1898 StadtR Königsberg, 1901–27 1. Bgm., dann OB Hagen, 1906–12 MdR (FVP), 1918 Mitgl. DDP *53/160 194v*

Cuny, Georg, Dr., 1904 GehRegR u. VortrR Minm.öA., 1909–um 1912 GehORegR, auch Mitgl. Disziplinarhof f. nichtrichterl. Beamte sowie der Allg. Abt. des Ständ. Beirats des Landesgewerbeamtes *138/164; 165/165*

Czernin von und zu Chudenitz, Ottokar Gf. (1872–1932), Jurist u. Diplomat, 1895 Eintritt in den österr.-ungar. diplom. Dienst, 1898–1902 in den Botschaften in Paris u. Den Haag, 1903 MdLT Böhmens, 1912 Mitgl. österr. HH, 1913 Gesandter Bukarest, 22.12.1916–14.4.1918 k.u.k. AMinr., Rücktritt wegen der Sixtus-Affäre, 1920–23 Mitgl. Nationalrat (Bürgerl.-demokrat. Partei) *203/166 156v, 211/166 228v, 219/166 325; 220/VI 215v, 223, 225, 228; 223/166 361v, 362v–363, 225/166 372v; 226/167 2v, 230/167 47v, 231/167 53v–54, 234/167 94–94v, 245/167 213–214v*

d’Hondt, Victor (1841–1901), Prof. Rechtswissenschaft Gent, 1882 Entwicklung des d’Hondt’schen Höchstzahlverfahrens *226/167 5–6*

Dade, Heinrich (1866–1923), 1895 Geschäftsführer Dt. Landwirtschaftsrat, daneben zeitweilig GenSekr. Landesökonomiekollegium u. der Zentralstelle der Landwirtschaftskammern, Dez. 1916 stellv. Vors. Ausschuß z. Förderung der Landwirtschaft, ao. Prof. f. Landwirtschaft Berlin *140/164 190*

Dagmar, Prinzessin von Dänemark

→ Maria Feodorowna

Dalbor, Edmund (1869–1926), 1893 Priester, 1894 Kaplan Posen, 1895 Vikar, 1896 Kanzler Ordinariat Posen, 1899 Prof. f. Kirchenrecht Priesterseminar Posen u. Pönitentiar, 1901 Kanonikat, 1903 Domprediger, 1909 GenVikar u. Offizial Posen, Domkapitular Posen, 1915 Erzbischof v. Posen u. Gnesen, bis 1917 Teilnahme an den Fuldaer Bischofskonferenzen, 1919 Primas Poloniae u. Kardinal *134/164 140–140v; 196/166 84v, 87*

Dallmann, Revierförster in Gülzow, 1911 Ordenssache *47/160 127v*

Dallwitz, Hans (Johann) v. (1855–1919), Jurist, 1886/87–99 LandR Lüben (als „Kanalrebell“ z.D.), 1900 RegR OPräsidium Posen, Hilfsarb. MdI, 1901 GehRegR u. VortrR MdI, 1902 anhaltinischer StMinr., 1909–10 OPräs. Schlesien, 18.6.1910–18.4.1914 Minr.dI, 1.5.1914–Okt. 1918 Statthalter in Elsaß-Lothr., 1894–99 MdA (DkP) *5/158 232v; 26/159 170, 27–33/159; 34–35/160, 38–45/160, 47–53/160; 54–57/161, 59–72/161; 73–96/162; 97–108/163, 110/163 108v, 114/163 142; 132/164 108, 146/164 273; 196/166 85v, 87, 212/166 245v, 215/166 276v, 279v, 282*

Dalwigk zu Lichtenfels, Adolf Maximilian Frh. v. (1860–1924), Jurist, 1884 GerRef. Ahaus, 1884 LG Paderborn, Münster, 1886 bei Staatsanwaltschaft Münster, 1887 RegRef. Reg. Düsseldorf, 1891 RegAss. Kassel, Stettin, 1895/96 LandR Wipperfürth, 1904/05–17 Siegburgkreis, 17.9./1.10.1917–Juli 1922 (i.e.R.) RegPräs. Aachen, 1922 Vors. Landwirtschaftskammer Rheinprovinz *266/167 400v*

Danckl

→ Dankl von Krasnik, Victor

Dandl, Otto (1908: **Ritter v.**) (1868–1942), Jurist, 1897 im bayr. JMinm., 1906 zugl. in der Geheimkanzlei des Prinzregenten, 1908 MinR, 1911 MinDir., 1912 Chef Zivilkab., 11.11.1917–8.11.1918 MinPräs., AMinr. u. Minr. Kgl.Haus, 1919 Präs. Landesfinanzamt Würzburg, 1929–33 München 264/167 384

Dankl (1917: **von Krasnik**), **Victor** (1917: **Frh.**) (1854–1941), österr. Offizier, 1912 Gen. Kavallerie, 30.7.1914 Kdr. 1. österr. Armee in Galizien, 23.5.1915 Landesverteidigungskommandant Tirol, 1.5.1916 GenOberst u. Kdr. 11. Armee im Trentino 125/164 14v

Daude, Paul (1851–1913), Jurist, 1885 Universitätsrichter Berlin, 1910 GehRegR 27/159 179v

David, Eduard (1863–1930), Lehrer, Journalist u. Redakteur, 1891–94 Gymnasium+ Gießen, 1893 Mitgl. SPD u. Entlassung, 1896 Redakteur, 1896–1908 MdProvLT Hessen, 1897–1905 LandesparteiSekr. Hessen, 1903–30 MdR/MdNatVers. (ab 1912 Mitgl. Fraktionsvorstand, Febr. 1919 Präs. NatVers.), 15.10.1918–Anf. 1919 UStS AA, 1919–20 RMinr. o. Geschäftsbereich bzw. RMinr.dI, 1921–27 Bevollm. Vertreter Reichsregierung u. des AA bei der hess. LandesReg., Doz. f. Politik TH Darmstadt 120/163 246; 149/164 330; 264/167 381v

Davier, Carl v. (1853–1936), Rittergutsbes., 1884 RegAss., 1888–95 LandR ZnIn, 1895–97 Gardelegen, 1903–13 MdA (DkP) 33/159 281

Delbrück, Clemens (1916: **v.**) (1856–1921), Jurist, 1877 GerRef., 1882 RegAss. Marienwerder, 1885 LandR Tuchel, 1892 RegR OPräsidium Danzig, 1896 OB Danzig, 1902 OPräs. Westpreußen, 18/19.10. (4.11.) 1905–14.7.1909 HandMinr., 14./15.7.1909–22.5.1916 StS RAdI, Stellv. Rklr., StMinr. o. Geschäftsber., 16.8.1914–22.5.1916 auch Vizepräs. StMinm. u. Mitgl. Reichsbankkuratorium, 14.10.–20.11.1918 Chef d. Geh. Zivilkab., 1896–1902 MdH, 1919–21 MdR/MdNatVers. (DNVP) 1–10/158, 12–13/158; 14–19/159, 21–23/159, 25–28/159, 30–33/159; 34–35/160, 38–45/160, 47–51/160, 53/160; 54–57/161, 59–61/161, 63–68/161, 70–72/161; 74–79/162, 81–86/162, 88–89/162, 91–96/162; 97–102/163, 104–106/163, 108–110/163, 112–118/163, 120–124/163; 125–127/164, 129/164; 130–131/Fundort; 132–137/164, 140–141/164, 143–152/164; 153/165 7, 154/165, 156–162/165, 177/165 247–248v; 212/166 248, 215/166 281; 262/167 357, 269/167 418v

Delbrück, Hans (1848–1929), Historiker u. Publizist, 1874–79 Erzieher Prinz Waldemar v. Preußen, 1881 PD, 1882/83 Gründung u. Mithrsg. „Politische Wochenschrift“, 1889–1919 Hrsg. „Preußische Jahrbücher“, 1885 ao. u. 1890 o. Prof. f. Geschichte Berlin, 1885–93 Hrsg. „Europäischer Geschichtskalender“ („Schultheß“), 1882–85 MdA (RFKP), 1884–90 MdR, 1914 Mitgl. Dt. Ges. v. 1914 204/166 166

Delbrück, Ludwig (1860–1913), Bankier, Gutsbes., 1910 Teilhaber Fa. Delbrück, Leo (1910 Schickler) & Co., Mitgl. Aktionärsausschuß Bank Berliner Kassenverein, stellv. Mitgl. Zentralausschuß Reichsbank, 1909 Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 1909 Mitgl. Staatsschuldenkomm., Kais. Schatullenverwalter, Kommerzienrat, Schatzmeister Dt. Flottenverein in Preußen, 1908–13 MdH 81/162 71v–73

Delius, Karl (1846–1914), Tuchfabrikant Aachen, Geh. Kommerzienrat, Präs. HK, stellv. Vors. Hoesch AG, 1909–14 MdH, Senator Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 97/163 9v

Denhard, Wilhelm (1876–1944), Jurist, 1897 Ref. Treptow a.d. Rega u. Stettin, 1902 Ass. Frankfurt/M., 1904 Verw. Zölle u. indirekte Steuern Stettin, Cleve, Münster/W, Liebau, Breslau, 1912 RegR FinMinm., 1914 GehFinR u. VortrR, Mitte 1915 Kriegsdienst, Hptm. Reserve-Feldartillerieregiment 2, Ende 1915 mit diesem beim II. AK, 1917/18 Landespräsident u. Chef Abt. Handel u. Gewerbe OberOst bzw. Verw. balt. Lande in Riga, Sept. 1919 GehOFinR u. Versetzung ins RFinMinm., 1921 MinDir., Präs. Landesfinanzamt Hannover, 1925 i.R. 62/161 75

Dernburg, Bernhard (1865–1937), Kaufmann u. Bankier, 1889 Dir. Dt. Treuhandges., 1901 im Direktorium der Bank f. Handel u. Industrie (Darmstädter Bank), 1906 Stellv. KolDir. AA u. Wirkl.GehR, Exz., stellv. Bevollm.z.BundesR, 17.5.1907–9.6.1910 StS RKoLA, Rücktritt, 1911

Mitgl. AR Dt.-Asiat. Bank u. Bundesleitung Jungdeutschland-Bund, 1913–18 MdH, Aug. 1914–Sommer 1915 Leiter eines Informationsbüros in New York zur dt. Gegenpropaganda, Mitte Okt. 1917 Mitgl. Beirat f. Städtebau des Minm.öA, 1919 RFinMinr. u. Vizeklr., Teilnahme an Reparationsverhandlungen, am Dawes- u. Young-Plan, 1925 Mitgl. Interfraktionelle Koloniale Vereinigung bzw. Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft, 1931–36 Vors. AR Akzept- u. Garantiebank, Mitgl. zahlreicher AR, Ende 1918 Gründungsmitgl. DDP, 1919–21

MdNatVers./MdR 9/158; 15/159

17v–18; 126/164 49v; 207/166 189

Deutmoser, Eberhard Eduard (1873–1956), Offizier, 1904–09 mit Unterbrechungen zum GenStab kommandiert, Truppendienst, Maj., 1913 Pressechef KrMinm., Aug. 1914 Pressechef GenStab, Oberstltm., 15.10.1915 Chef Kriegspresseamt OHL, 1.11.1916 Dirigent Presseabt. AA, 8.2.1917 MinDir. u. Wirkl.GehLegR, 1./5.11.1917–Nov. 1918 Pressechef RK, nach 1918 in der Privatwirtschaft 178/165 263–263v; 233/167 82, 263/167 366–366v

Dewitz, Hermann v. (1854–1939), Rittergutsbes., 1871–83 (a.D.) Offizier, Oltm., 1884–1912 Bewirtschaftung seines Rittergutes, 1912 Rentier, 1893–1907 MdR (DkP), 1895–1918 MdA, 1908–12 Kreisdeputierter 56/161 41v; 176/165 240v

Dewitz, Kurt v. (1847–1925), Fideikommißbes., 1875 Ass., 1878 LandR Dramburg, 1884 Rüdeshelm, 1890–99 VerwDir. BezAusschuß Potsdam, 1899 RegPräs. Erfurt, 1903 Frankfurt/O., 1906–07 OPräs. Schleswig-Holstein, 1907 Wirkl.GehR, 1912–18 MdH 66/161 105v

Dewitz, Otto v. (1850–1926), Landwirt u. Offizier, Gutsbes., 1882 LandR Prüm, 1886–92 Oldenburg (Holstein), Bewirtschaftung der eigenen Güter, 1904–18 MdA (RFKP) 8/158 300

Dewitz, v., Presse- u. Zeitschriftenveröffentl. zum staatl. Vorkaufsrecht [Hermann v. Dewitz?] 94/162 182v, 96/162 193v

Diels, Hermann (1848–1922), Lehrer u. Altphilologe, 1877 Königsstädt. Gymnasium Berlin, 1881 Mitgl. AdW (1895–1920 Sekretar phil.-hist. Kl.), 1882 Prof. Berlin, 1905/06 Rektor, 1912 GehORegR 83/162 97

Dinslage, Anton (geb. 1853), Jurist, 1882 GerAss., 1886 Amtsrichter Recklinghausen, 1893 Landrichter Arnsberg, 1896 LGR, 1914 GehJusR, 1904–19 MdA/MdLV (Zentrum) 53/160 195

Dippe, Hermann (geb. 1867), Landwirt u. Rittergutsbes., 1899–1913 MdA (NLP) 53/160 194v

Dirksen, Ella v. (1860–1916), geb. Schnitzler, Frau von Willibald v. D. 81/162 70v

Dirksen, Karl Willibald (Willy) (1887: v.) (1852–1928), Jurist, Diplomat, Rittergutsbes., 1875 Ref., 1880 Ass., 1888 Wirkl.LegR u. VotrR AA, Gesandter, 1903 i.R., 1903–12 MdR, 1904–13 MdA (RFKP), 1914–18 MdH 81/162 70v, 85/162 105

Dittmann, Wilhelm (1874–1954), Tischler, sozialdemokrat. Redakteur u. Politiker, 1912–18, 1920–33 MdR (1920–24 Vizepräs. RT, Vors. Fraktion), 1916 Gründungsmitgl. u. Mitgl. Vorstand Sozialist. Arbeitsgemeinschaft, April 1917 Gründungsmitgl. USPD, Jan. 1918 Mitgl. Aktionsausschuß Groß-Berliner Arbeiterrat, Nov. 1918 Mitgl. Rat der Volksbeauftragten, 1922 erneut SPD 229/167 40v

Döhl, RechR, 1913 Ordenssache 83/162 97v

Dohna-Schlobitten, Richard Gf. zu (1900: **Fürst zu**) (1843–1916), Fideikommißbes., 1861–67 Offizier, Oberst à l.s., 1883 Hofjägermeister, 1891 Vizeoberjägermeister, 1890–94 MdA (DkP), 1890–93, 1903–12 MdR, 1894–1916 MdH 72/161 174

Dombois, Adolf (1909: v.) (1857–nach 1934), Jurist, 1879 Ref., 1884 GerAss., 1885 RegAss. Reg. Aachen, 1890 RegR FinMinm., 1891 GehFinR u. VotrR, 1897 GehOFinR, 1902 UStS u. Wirkl.GehOFinR, 1909 Präs. Staatsbank (Seehandlung) u. Wirkl.GehR, 1910 auch Mitgl. AR Ansiedlungsges. „Neue Scholle“, 1924 i.R., Mitgl. AR Preuß. Pfandbrief-Bank sowie der Darmstädter u. Nationalbank 101/163 34; 207/166 187

Dönhoff, Fritz (1863–1943), Jurist, 1884 GerRef., 1886 RegRef. Reg. Düsseldorf, 1889 RegAss. Arnsberg, 1890 Hilfsarb. HandMinm., 1894/95 LandR Solingen, 1900 GehRegR u. VortrR HandMinm., 1903 GehORegR, 1.4.1913–14.12.1917 Wirkl.GehORegR u. MinDir. HandMinm., Vors. Landesgewerbeamt, 14.12.1917–1.10.1927 UStS/StS HandMinm., März 1919 stellv. Mitgl. Staatenausschuß, Vors. AR Preußag, 2. Vors. Reichsverband der Rheinländer 33/159 282; 223/166 360–360v; 239/167

Dönhoff-Friedrichstein, August Gf. v. (1845–1920), Fideikommissbes., LegR, Maj. a.D., 1875–1918 MdH, 1882 Kammerherr, 1898 Wirkl.GehR, Landhofmeister, Oberburggraf, Obermarschall, 1898–1918 MdR (DkP) 72/161 174

Doornkaat, ten, Dr., Erfinder von Ersatzfutter aus Holz 141/164 218v

Dove, Heinrich (1853–1931), Jurist, 1875 Ref. Alt-Landsberg u. Berlin, 1880 Ass. Schneidemühl u. Münster/Westf., 1881 Amtsrichter Rogasen, 1884 Landrichter u. LGR Frankfurt/M., OLGR (a.D.), 1898–1902 Syndikus Älteste Kaufmannschaft Berlin, dann der HK, 1902 Stadtverordneter, 1907 GehJusR, Mitgl. Vorstand Zentralverein f. d. Wohl der arbeitenden Klassen, Mitgl. Landeskomm. f. d. Kolonien, 1903 MdR (FsVg, 1912 2. Vizepräs.) 66/161 105

Drews, Wilhelm (Bill) (1870–1938), 1891 GerRef., 1894 RegRef., 1897 RegAss. u. Vertretung LandR Usingen, 1897 kommissar. Hilfsarb. MdI, 1902/03 LandR Oschersleben, 1905 Hilfsarb. u. dann GehRegR u. VortrR MdI, 1908 GehORegR, 1911 RegPräs. Köslin, 18.3.1914 UStS MdI, 1917 Kom. (1919–23 StKom.) für die Vorbereitung Verwaltungsreform, 6./8.8.1917–10./13.11.1918 Minr.dI, 1921–37 Präs. preuß. OVG (Präs. III. Senat), 1922 HonProf. Berlin, Vors. Dozentenkollegien Hochschule f. Politik u. Verwaltungsakademie, 1937 i.R. 41/160 62bv; 104/163 64v–65; 158/165 70, 159/165 94v, 168/165 169v; 194/166, 196–197/166, 207/166 187, 208–212/166, 214–219/166; 220/VI; 221–223/166, 225/166; 226–237/167, 240–249/167, 251–269/167

Druki-Lubecki, Franciszek Ksavery (Xaver), Fürst v. (1860–1918), Rittergutsbes., polit. Führer der kons. Polen, bis 1912 in München, danach in Preußen, 18.10.1914 MdH, Missionen für die Burgfriedenspolitik, u.a. Vorschlag, ErzHgz. Stephan zum König v. Polen zu krönen 117/163 204v–205; 127/164 81; 192/166 40v

Dryander, Gottfried (1918: v.) (1876–1951), 1899 GerRef., 1901 RegRef. Potsdam, 1904 RegAss. Hadersleben, 1905 Landratsamtverweser Appenrode, 1908 LandR Hadersleben, 1913 Hilfsarb. RADl, 1914 GehRegR u. VortrR Geh. Zivilkab., Vertreter d. Kab.-Chefs in Berlin bzw. im Großen Hauptquartier, Mai 1918 GehORegR, Nov. 1918 provis. Chef Zivilkab., 1919–20 (i.e.R.) Mitarb. StMinm., 1926 Verwaltungsrechtsrat, 1931–41 (i.R.) OVGR, 1942–45 wiss. Mitarb. bzw. Kurator Dt. Institut f. Wirtschaftsforschung Berlin, 1921–24 MdLT, 1924–30 MdR (DNVP, seit 1930 volksskons.) 104/163 66v–67v, 69; 139/164 171

Duisberg, Carl (1861–1935), Chemiker und Großindustrieller, 1904 Prof., 1909 GehRegR, 1912–25 GenDir. Farbenfabriken Bayer Leverkusen, 1914–18 berufsständ. Mitarb. RWiA u. Mitgl. Kriegsausschuß dt. Industrie sowie AR Kriegsschemikalien AG, 1916 bzw. 1925 Aufbau der IG Farben, 1925–31 Vors. RDI 5/158 236–237v; 86/162 112v; 203/166 161

Dulheuer, Paul (1865–1925), Jurist u. Mediziner, 1887 GerRef., 1889 RegRef., Schleswig, 1890 RegArnsberg, 1891 Schleswig, 1892/92 RegAss. Osnabrück, Kassel, 1893 RegAss., 1898 Hilfsarb. FinMinm., 1901 RegR, 1902 GehFinR u. VortrR FinMinm., 1905 GehOFinR, bis 1907 auch Mitgl. Komm. der Versuchs- u. Prüfungsanstalt f. Wasserversorgung u. Abwässerbeseitigung, 1913 MinDir. u. Wirkl.GehOFinR, 25.7.1918 stellv. Bevollm.z.BundesR, 1919 zum Staatenausschuß 27/159 179v–180

Dusch, Alexander (1881: Frh.) v., (1851–1923), 1877 Ref., 1878 Amtsrichter, 1880 StAnw. Heidelberg, 1881 LGR, 1895 I. StAnw. Karlsruhe, 1899 OStAnw. Karlsruhe, zugl. MinR JMinm. u. KuMinm., 1901 Präs. JMinm. u. KuMinm., 1904 Minr., 8.3.1905–Dez. 1917 MinPräs. Baden u. Minr. Kgl.Haus, JMinr. u. AMinr. 2/158 203v; 132/164 106v, 146/164 273

Düwell, Wilhelm (1866–1936), sozialdemokrat. Jugendfunktionär, gerichtl. verurteilt, 1911 Verweigerung des Berechtigungsscheines als Einjährig-Freiwilliger 98/163 13v–17v

Dzierzykraj von Morawski, Franciczek v.

→ Morawski (-Dzierzykraj), Franciczek v.

Ebbinghaus, Gustav (1864–1946), 1903 LandR Obertaunuskreis, 1904–05 (a.D.) Düsseldorf, GehORegR, 1913–18 MdH, Kurator Universität Bonn, Senator Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 81/162 74–74v

Ebert, Friedrich (1871–1925), Sattler u. sozialdemokrat. Politiker, 1889 SPD u. Mitgl. Sattlerverband, 1891–1905 zeitw. Vors. SPD Bremen u. Allg. Dt. Sattlerverband, Filiale Bremen sowie Gewerkschaftskartell, 1893–94 Redakteur „Bremer Bürgerzeitung“, 1900–05 Mitgl. Bürgerschaft, 1905 Mitgl. Parteivorstand SPD, 1908 Vors. Zentralstelle f. d. arbeitende Jugend Dtl., 1912–18 MdR (1916 Vors. Fraktion), 1913–19 Mitvorsitzender SPD, Jan. 1916 Mitgl. parlamentar. Beirat f. Volksernährung, Jan. 1918 Mitgl. Berliner Streikleitung, 9.11.1918 Rklr., 10.11.1918–Febr. 1919 Vors. RdV, 11.2.1919–28.2.1925 (†) RPräs. 163/165 114v, 115v, 117v, 183/165 342, 185/165 368v; 254/167 302–302v, 303v, 269/167 415–416, 418

Eccius, Max (1835–1918), Jurist, 1873 Hilfsarb. JMinm., 1874 ao. Prof. u. Kreisrichter Greifswald, 1877 Hilfsarb. RJA, 1878 GehRegR u. VortrR, 1887 Präs. OLG Kassel, 1896 Wirkl. GehOJusR, 1905 Wirkl. GehR u. Präs. Justizprüfungskomm., 1911 a.D. 48/160 134; 81/162 73v

Ecker, Friedrich (1859–1924), 1900–19 LandR Winsen/Luhe, 1914 auch Präs. Zivilverw. Ostflandern in Gent, 1908–18 MdA (NLP) 33/159 281v

Ehlert, Oberförster in Vorheide, 1911 Disziplinarsache 36/160 25

Ehrhard, Albert (1862–1940), Theologe, 1903 Prof. f. Kirchengeschichte Straßburg (kath.-theol. Fakultät), 1920–27 (em.) Prof. Bonn 215/166 284v

Ehrhardt, Gustav (1833–1913), Militär-Intendanturrat, 1875 GehRegR, 1881 GehORegR, 1898 Dir. Rechnungshof, 1900 Wirkl. GehORegR, 1910 Wirkl. GehR u. Vizepräs. 53/160 195

Eichborn, Philipp (1908: v.) (1844–1926), Bankier, 1876 Mitinhaber der Fa. Eichborn & Co. (Breslau), Geh. Kommerzienrat, 1874 Mitgl. u. dann Präs. HK Breslau, Ältester des Vereines Christl. Kaufleute Breslaus, Mitgl. bzw. Beigeordneter Reichsbankhauptstelle Breslau, Vors. AR Schles. Boden-Credit-Actien-Bank, 1876–85 Stadtverordneter, 1876–1905 MdProvLT 226/167 9

Eichmann, Friedrich v. (1866–1918), 1889 GerRef., 1893 RegRef. Köslin, 1895/96 RegAss. u. Vertretung LandR Lüben sowie Teltow, 1897 Ansiedlungskomm., 1900/01 LandR Pleschen, 1904 beim OPräs. Posen, 1906 RegR, 1907 Hilfsarb. StMinm., 1908 GehRegR u. VortrR StMinm., 1911 GehORegR, 1917–29.6.1918 (†) RegPräs. Aurich 3/158, 11/158; 20/159, 24/159, 29/159; 36–37/160, 46/160, 52/160; 58/161, 62/161, 69/161; 73/162, 80/162, 87–88/162, 90/162, 93/162; 103/163, 106–108/163, 110–111/163, 119/163, 122/163

Einem, genannt v. Rothmaler, Karl v. (1853–1934), 1870 preuß. Offizier, 1881 im GenStab, Truppenkommandos, 1895 Chef des Stabes VII. AK (Münster), 1898 Abt.-Chef im Allg. Kriegsdept. KrMinm., 1900 Dir. u. stellv. KrMinr., 14.8.1903–11.8.1909 KrMinr., 1907 Gen. Kavallerie, 1909 Vertretung des kommand. Gen. VII. AK, 1914–18 Kommand. Gen., dann Kdr. III. Armee (GenOberst) 1/158

Eisenhart-Rothe, Georg v. (1849–1942), Jurist, 1869–81 Offizier, Rittm. a.D., 1881 Rittergutsbes., GenLandschaftsDir. Pommern, 1892–1913 MdA (DkP), 1918 MdH 33/159 281

Eisenhart-Rothe, Hans (Johann) v. (1862–1942), Jurist, 1884 GerRef. KG, 1887 RegRef., 1890 RegAss., 1891 LandR Schubin, 1895 LandR Bromberg, 1904 im Geh. Zivilkab., 1905 GehRegR u. VortrR, 1908 GehORegR, 1909 RegPräs. Merseburg, 20./26.7.1910–30.6.14 UStS StMinm., 15.6./1.7.1914–20.1.1919 OPräs. Posen, 3.8.1917 Wirkl. GehR, 1.11.1919 i.e.R. bzw. Mai 1920

i.R. 26–33/159; 34–46/160, 48–53/160; 54–65/161, 67–72/161; 73–96/162; 97–112/163, 114/163
142, 117/163 204v–206, 209v; 151/164 359v, 362; 154/165 21–22, 186/165 382

Eisenhart-Rothe, Paul v. (1857–1923), Jurist, 1878 GerRef., 1881 RegRef., 1885 RegAss.
Hilfsarb. ProvVerw. Stettin, 1886 Landesrat Pommern, 1898–1917 LandesHptm. Pommern, 1911
Rechtsritter Johanniter-Orden, 6./7.8.1917–12./13.11.1918 LandMinr. u. Bevollm.z.BundesR
207/166 187v, 208–219/166; 220/VI; 221–223/166, 225/166; 226–249/167, 251–269/167

Eitel-Friedrich, Prinz v. Preußen (1883–1942), Sohn Wilhelms II., Offizier, 1911 Statthalter
Pommern, 1914 RgtKdr., 4.4.1915–11.10.1918 Kdr. 1. Garde-Inf.-Div., GenMaj. 269/167 416v

Elster, Ludwig (1856–1935), Jurist u. Staatswissenschaftler, 1878/79 Volontär Statist. Büro Stadt
Berlin, 1887 Prof. Breslau, 1891–97 Mit-Hrsg. u. 1915–33 Hrsg. Jahrbücher f. Nationalökonomie
u. Statistik, Hrsg. Handwörterbuch Staatswissenschaften, 1897 Hilfsarb. KuMinm., 1897 GehRegR
u. VortrR (Nachfolger Althoffs), 1902 Mitgl. Prüfungskomm. f. höhere VerwBeamte, 1907 Geh.
ORegR, Mitgl. Kuratorium d. Landwirtschaftl. Hochschule, 1910 Wirkl.GehORegR, 1916 a.D.,
1922 Gründungsmitgl. Vereinigung der sozial- u. wirtschaftswiss. Hochschullehrer 27/159
179–179v

Eltzbacher, Paul (geb. 1868), Jurist, 1895 GerAss., 1906 Prof. Handelshochschule Berlin,
1914–15 Rektor 127/164 68v–69, 71v, 77, 129/164 84v–85

Encke, 1888 GerAss. 1892 Amtsrichter Halle/S., 1893 Landrichter Halberstadt, 1901 Halle/S.,
1903 LGR, 1905 KGR, 1909 hauptamtl. Mitgl. Justizprüfungskomm., 1909 GehJusR u. VortrR
JMinm., 1913 Senatspräs. KG, nach 1918 a.D. 10/158 325

Engelbert, 1896 GerAss., 1901 StAnw. Bochum, 1904 Berlin II, 1906 Berlin III, 1908 KG Berlin,
1909 GehJusR u. VortrR JMinm. 10/158 325

Engelbrecht, Thies Hinrich (1853–1934), Jurist u. Landwirt, Hofbesitzer in Obendeich b. Glück-
stadt (Schlesw.-Holst.), Mitgl. Vorstand Dt. Landwirtschaftsges. u. Landwirtschaftskammer
Schleswig-Holstein, Mitgl. Dt. Landwirtschaftsrat, Landesökonomiekollegium u.

Landeseisenbahnrat, 1895–1914 MdA (RFKP), 1914–18 MdH 32/159 261v; 97/163 8–9

Engler, Karl (1842–1925), Chemiker, 1876–1919 Prof. Karlsruhe, 1870 Mitentdecker Indigosyn-
these, bad. Wirkl.GehR, 1887–90 MdR (NLP), 1891 Mitgl. 1. bad. Kammer 143/164 226v

Enver Bey (Pascha) (1881–1922), türk. Politiker u. Offizier, 1909 Militärattaché Berlin, Anf.
1914 Oberst u. KrMinr. (Kabinett Said Halim), Pascha, Schwiegersohn des Sultans, Gen., Okt.
1918 Flucht nach Rußland, begründet in Ascharien (Kaukasus) Sowjetregierung, Abberufung nach
Moskau nach dem Vertrag Sowjetrußlands (16.3.1921) mit Mustafa Kemal (Atatürk) 144/164 239;
174/165 205

Enver Pascha

→ Enver Bey (Pascha)

Erffa, Hermann Hartmann Frh. v. (1845–1912), Jurist u. Landwirt, Majorats- u. Rittergutsbes.,
1889 Mitgl. ProvR, 1881–1912 Mitgl. Dt. Landwirtschaftsrat, 1888 Kammerherr, 1889 Mitgl. Lan-
desökonomiekollegium, Vorstand Landwirtschaftskammer, 1876 Mitgl. sächs. ProvLT, 1894/95 u.
1908 Vorstand DkP, Funktionär BdL, 1886–1912 MdA (u.a. Vors. Budgetkomm.) 4/158 213–
213v, 8/158 299v; 53/160 194; 60/161 65v–66, 61/161 68–68v, 70v–71

Erhardt

→ Ehrhard, Albert

Ernst August, Hzg. v. Cumberland (1845–1923), Prinz v. Großbritannien u. Irland, Gen. à l.s.
der brit. Armee, 1878 Hzg. v. Cumberland sowie zu Braunschweig u. Lüneburg, 1884
Erbberechtigung im Hzgtm. Braunschweig 83/162 95–95v, 91/162 129–137

Ernst August, Hzg. zu Braunschweig u. Lüneburg (1887–1953), Prinz v. Großbritannien u.
Irland, 1913–8.11.1918 (Abdankung) Hzg. zu Braunschweig u. Lüneburg, preuß. Olt., 1913
Heirat mit Victoria Luise, Tochter Wilhelms II. 83/162 95–96, 91/162 129–137

- Ernst Ludwig, Ghzg. v. Hessen** (1868–1937), Offizier, Eintritt in das preuß. Heer, 1892 Oberst, 13.3.1892–10.11.1918 Ghzg., 1896 GenLtn., 1900 preuß. Gen.d.Inf. à l.s. *146/164* 275
- Erythropel, Hermann** (1874–1930), 1897 GerRef. Uslar, 1902 GerAss., 1905 RegAss. u. Justitiar Reg. Breslau, 1907 beim OPräs. Breslau, 1909 RegR, im RSA, im PolPräsidium Berlin, 1911 Hilfsarb. FinMinm., 1913 GehFinR u. VortrR, 1914–18 Rittm. d. Res., Anfang 1917 GehOFinR, 1921 stellv. Bevollm.z.ReichR, 1922 auch Mitgl. Hauptverw. Staatsschulden, 1923 MinDir., 1928 z.D. *97/163*; *252/167*
- Erzberger, Matthias** (1875–1921), Lehrer u. Publizist, 1894 Volksschullehrer, 1896–1903 Redakteur, 1896 Mitgl. Landesleitung Volksverein f. d. kath. Deutschland, 1899 Gründungsmitgl. Christl. Gewerkschaften, 1903–21 (mit kurzen Unterbrechungen) Mdr/MdNatVers. (Zentrum, Vors. Budget-Komm.), 1904 Mitgl. Reichsschuldenkomm., Okt. 1914–18 Zentralstelle für Auslandsdienst, 1915–17 Mitgl. AR Thyssen-Konzern, Separatfriedensbemühungen, um 1915 auch Mitgl. VerwR ZEG, Jan. 1916 Mitgl. parlamentar. Beirat f. Volksernährung, 4.10. (beauftragt)/31.10.–9.11.1918 StS o. Portefeuille, 21.10.1918 Leiter Zentrale f. Heimatdienst, Nov. 1918 Leiter Wako, 1919 Minr. o. Portefeuille, 1919–20 Vizeklr. u. RFinMinr., 1921 (†) ermordet *30/159* 236; *53/160* 195; *63/161* 77–83, *66/161* 104v–105; *77/162* 37, 45v; *101/163* 34v; *132/Fundort* S. 27; *151/164* 357v; *161/165* nach Bl. 102: Bl. 3v; *204/166* 169v, *215/166* 275; *243/167* 187v, *244/167* 196v, *251/167* 266, 267v, *267/167* 406v, *269/167* 415v–416
- Etzdorf, Rüdiger** (1899: v.) (geb. 1852), 1876 GerRef., 1883 RegRef., 1885 Ass., 1889–1907 LandR Elbing, 1907 Hilfsarb. LandMinm., dann GehRegR u. VortrR sowie Mitgl. Statist. Zentralkomm. LandMinm., Verwalter Herrschaft Cadinen, GehORegR *36/160* 25
- Eulenburg, Botho Gf. zu** (1831–1912), 1859–64 LandR Deutsch-Krone, 1864 Hilfsarb. MdI, 1865 GehRegR u. VortrR MdI, 1869 RegPräs. Wiesbaden, 1872 BezPräs. Metz, 1873 OPräs. Hannover, 1878 Minr.dI, 1881 OPräs. Hessen-Nassau, 1892–94 MinPräs. u. Minr.dI, 1909 Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 1863–70, 1879–81 MdA (KoP/DkP, bkF), 1867 MdR, 1899 MdH (Vors. Alte Fraktion) *6/158* 264v; *18/159* 76–76v, 103, *21/159* 143v; *241/167* 172v, 176v, 180, *249/167* 244v, 246
- Eulenburg, Friedrich Gf. zu** (1815–1881), RegAss., 1848 Hilfsarb. FinMinm., 1849 im MdI u. in der Landesverw. Schleswig, 1852 GenKonsul Belgien, 1855 LegR, 1859 Gesandter China, Japan u. Siam (ostasiat. Expedition), 1862–78 Minr.dI, 1866–77 MdA (bkF) *68/161* 137v; *105/163* 60v
- Evert**, Pastor Hamburg, Verf. einer Predigt über König Agag *173/165* 193
- Ewerlien, Emil** (geb. 1861), 1881 im Landratsamt Wehlau, 1881 Amtssekr. Adl. Rockelheim, 1889 kommissar. Bgm. Wehlau, 1889 Amtsanz. Amtsger., 1891 Hilfsarb. Geh. Kalkulator KuMinm., 1895 Geh. expedierender Sekr. u. Kalkulator, 1902 Vorsteher Zentralbüro, 1911 GehRechR, 1913 Bürodirekt. *95/162* 189v
- Falcao, Paolo**, portug. Politiker, 17.5.1915 Mitgl. des revolüt. Komitees (aufgelöst am 20.5.15), 17.5./20.5.1915–März 1916 JMinr *160/165* 99v
- Falk, Adalbert** (1827–1900), Jurist, 1853 StAnw. Lyck, 1861 KG, 1862 AppGerR Glogau, 1868 GehJusR JMinm., 1871 Bevollm.z.BundesR, GehOJusR, 1872–79 KuMinr., 1882–1900 Präs. OLG Hamm, 1859–61, 1873–82 MdA (Mathis, bkF), 1867, 1873–82 MdR (altlib. Centrum, bkF, RFKP, NLP) *68/161* 137v; *216/166* 291v
- Falkenhausen, Friedrich Frh. v.** (1869–1946), 1890 Ref. KG, 1894 RegRef. Potsdam, 1895 RegAss., 1896 beim LandR Lübben, 1899 LandR Lübben, 1905 Hilfsarb. u. dann GehRegR u. VortrR LandMinm., 1910 GehORegR, 1.2.1914 RegPräs. Potsdam, zugl. Chef märk. Wasserstraßen, 31.7.1915–8.1.1916 Vors. Landesamt f. Futtermittel, auch Vors. Landesgetreideamt, Mitgl. Direktion Reichsgetreidestelle, 26.11.1915–1917 UStS LandMinm., 29.11.1915 auch stellv. Bevollm.z.BundesR, 1.12.1915 auch Vors. Landesveterinäramt, 26.5.1916 auch Mitgl. Vorstand Kriegsernährungsamt, Wirkl.GehORegR, 11.11.1917 als Wirkl.GehR mit d. Wahrnehmung

Geschäfte VerwChef OberOst beauftragt, 7.12.1917 zugl. Zivilkom. f. Kurland u. Litauen, 5./15.6.1918 RKom. für die Ostseegebiete u. Litauen, Juli 1918 z.D., 8.11.1918 von Funktion entbunden 7/158 285–290v; 18/159; 57/161; 99/163 19–19v, 124/163 301, 306; 141/164 217v, 148/164 323–325; 167/165 164v–165; 223/166 361v, 225/166 376v–378; 251/167

Falkenhayn, Arthur v. (1857–1929), Bruder E. v. Falkenhayns, 1880–83 GerRef. Küstrin u. Greifswald, 1883 RegRef. Marienwerder, 1886 RegAss., 1887 LandR Zabrze, 1891 Tarnowitz, 1898 GehRegR u. VortrR MdI, 1901 GehORegR, 1903–11 auch nichtständ. Mitgl. Reichsver-sicherungsamt, 1911 auch Präs. Kuratorium Preuß. Rentenversicherungsanstalt, 1912 Wirkl. GehORegR, 1914–18 Kriegsdienst, Hptm., Kompanie- u. Bataillonsführer, Maj. im Hauptquartier Heeresgruppe F (Palästina u. Syrien), bis 1918 beim OKdo. X (Rußland), MinR, 1924 i.R. 12–13/158; 16/159, 17/159; 88/162

Falkenhayn, Erich v. (1861–1922), 1880 Ltn., 1893 Hptm. im GenStab, 1897 Abschied u. Instruktionsoffizier in China, 1899 Maj. im GenStab à l.s. u. zum GenStab ostasiat. Expeditions-korps, dann im Stab Besatzungsbrigade, 1903 Bataillons-Kdr., 1905 Oberstltn., 1906 Abt.-Chef GenStab, 1906 Chef GenStab IV. Armee (Metz), 1908 Oberst, 1911 Kdr. 4. Garderegiment z.F., 1912 GenMaj. u. Brigade-Kdr., 7./9.7.1913–20.1.1915 KrMinr. u. GenLtn., 14.9.1914–28.8.1916 Chef GenStab der Armee, 14.9.–1.10.1914 GenQuartierm., 20.1.1915 Gen.d.Inf., mit AKO v. 3.8.1914 im Großen Hauptquartier (Vertretung durch GenMaj. Wild v. Hohenborn), Sept. (offiziell 3.11.1914)–29.8.1916 Chef GenStab u. OHL, 1916/17 Oberbefehlshaber IX. Armee in Rumänien, 1917/18 Führer Heeresgruppe in Palästina (Asien-Korps), Ende 1918/19 Führer X. Armee in Litauen 89/162 125, 91–96/162; 97–102/163, 104–106/163, 108–115/163; 130/Fundort S. 11; 131/Fundort; 132/Fundort S. 21–32; 134/Fundort S. 3–4; 140/Fundort S. 5, 7; 144/164 235v–236, 148/164 307v, 310v, 311v, 149/164 332, 152/164 373, 374v; 174/165 204v–205; 220/VI 227, 229v

Fehrenbach, Konstantin (1852–1926), Jurist, 1882 Rechtsanw. Freiburg i.Br., 1885–87, 1901–13 Mitgl. bad. 2. Kammer, 1903–26 MdR/MdNatVers. (Zentrum, 1918–20 Präs., 1923–26 Frak-tionsvors.), 21.6.1920–5.5.1921 Rklr. 53/160 194v; 236/167 128v, 248/167 234, 263/167 368, 269/167 416

Feig, Johannes (1873–1936), Statistiker, 1899 GerAss. u. Hilfsarb. Statistisches Reichsamt, Hilfs- arb. RMarineA, 1901 Ltr. Statist. Amt Düsseldorf, 1907 Mitgl. Statist. Reichsamt, GehRegR, 1917 Hilfsarb. RWiA, 5.9.1918 VortrR, 1920 MinR RArbMinm., 1924–28 dt. Vertreter beim Internat. Arbeitsamt Genf, 1935 i.R. 234–235/167

Feja, Verbindungsmann der Reichsleitung zu poln. separatist. Kreisen 263/167 371

Ferdinand I., König v. Bulgarien (1861–1948), geb. als Prinz v. Sachsen-Coburg u. Gotha (kath. Zweig Koháry), österr. Kav.-Offizier, 1887 Wahl als Fürst v. Bulgarien (autonomes u. der Pforte tributäres Fstm.) durch bulg. NatVers., 1896 Anerkennung durch die Pforte u. Rußland, 5.10.1908–3.10.1918 (Abdankung) König 174/165 205; 255/167 318v–320

Ferdinand I., König v. Rumänien (1865–1927), geb. als Prinz F. v. Hohenzollern-Sigmaringen, 1889 Anerkennung als rumän. Thronfolger, 11.10.1914–20.7.1927 König v. Rumänien (1922 Krönung zum König v. Neurumänien) 135/Fundort S. 2; 173/165 189v, 174/165 204v–205; 234/167 94–94v, 245/167 212v–213

Fernow, (geb. 1857), 1878 RegRef., 1884 RegAss. Verw. direkte Steuern, 1885 bei Reg. Schleswig, Frankfurt/O., 1890 RegR Verw. direkte Steuern Frankfurt/O., 1895 ORegR, 1898 Breslau, 1900 Hilfsarb. FinMinm., 1901 GehFinR u. VortrR, 1904 GehOFinR, Wirkl. GehOFinR, nach 1914 auch Präs. Generallotteriedirektion, Nov. 1918 Mitgl. Beamtenrat FinMinm. 53/160 196–196v, 199v–203v

- Fidler, Karl v.** (1856–1927), 1888–1900 LandR Schleswig, 1900–03 LandR u. 1902–03 zugl. PolDir. Saarbrücken, 1903–18 RegPräs. Erfurt, 1918–19 RegPräs. Frankfurt/O. 117/163 205v; 235/167 120v–121
- Findel, Hermann** (1843–1922), Kaufmann, 1894 Bürgervorsteher-Wortführer, Senator Einbeck, 1907–12 MdR (NLP) 53/160 194v
- Fingado,** Betriebsinspektor Karlsruhe, 1909 Ordenssache 2/158 205v–206
- Fischbeck, Otto** (1865–1939), Jurist, 1890 Syndikus HK Bielefeld, 1893–95 auch Stadtverordneter, 1896–1903 Syndikus Papierverarbeitungs-Genossenschaft Berlin, 1900 unbesoldeter, 1903 besoldeter StadtR Berlin, im Weltkrieg Lebensmitteldezernent, Jan. 1916 Mitgl. parlamentar. Beirat f. Volksernährung, 18.3.–Okt. 1918 Verbands-Dir. Kommunalverband Groß-Berlin, 5.10. (3.11.)1918 –7.11.1921 HandMinr., ab 1921 auch Abwicklung Minm.öA, Vors. u. Mitgl. zahlreicher AR 1895–1903, 1907–20, 1928–30 MdR/MdNatVers. (FsVP, FVP, DDP), 1903–13, 1921–24 MdA/MdLV (FsVP, FVP, DDP) 260–269/167
- Fischer, Anton(ius)** (1840–1912), 1863 Priester, 1889 Weihbischof, 1902/03–12 Erzbischof Köln, 1903 Kardinal, 1904 MdH 34/160 9; 141/164 214v
- Fischer, Emil** (1852–1919), Chemiker, 1892 Prof. Berlin, 1897 GehRegR, 1902 Nobelpreis, 1910 Wirkl.GehR, Exz. 27/159 179; 143/164 226v–227
- Fischer, Johann David** (geb. 1873), Jurist, 1900 GerAss., 1907 LandR Gummersbach, 1911 GehRegR u. VortrR HandMinm., Mai 1915 GehORegR, bis April 1918 auch StKom. bei der Berliner Börse, im Stab des Chefs d. Feldeisenbahnwesens in Stuben (Rum.), Warschau u. OberOst, 1918 Leiter VerwAbt. 6 Demobilmachungsamt, 1919 RFinMinm., Dez. 1919 auch Mitgl. Hauptverw. Staatsschulden, StS, Vors. AR Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG, Mitgl. VerwR Dt. Reichsbahn-Ges. 69/161
- Fix,** (geb. 1858/59), 1877/78 Eintritt in den Staatsdienst, Revierförster in Haselthal (Krs. Saargemünd), 1912 Ordenssache 72/161 173v
- Fleck, Karl** (1841–1923), 1867/68 GerAss., 1869 RegAss., 1875 Hilfsarb. Zentralverw. der Eisenbahnen HandMinm., RegR u. Mitgl. einer Eisenbahndirektion, 1878 GehRegR u. VortrR Minm.öA, 1883 auch stellv. Vors. Landeseisenbahnrat, 1884 GehORegR, 1889 Wirkl.GehORegR u. MinDir., 1896–1910 (i.R.) UStS Minm.öA (Eisenbahnressort), 1896 auch Vors. Landeseisenbahnrat, 1898 Wirkl.GehR u. Exz. 2/158; 20/159, 23/159 159, 24/159 165, 170v
- Fleischer, Friedrich Wilhelm** (geb. 1859), Jurist, 1881 GerRef., 1886 GerAss. Amtsger. Charlottenburg (b. Bln.), 1888 RegAss. Stade, 1892 RegR OPräs. Münster sowie VerwR u. Justitiar ProvSchulKollegium, 1899 Hilfsarb. KuMinm., 1900 GehRegR u. VortrR, 1903 GehORegR, 1913 Wirkl.GehORegR, 1918 Hptm. im Heeresdienst, 1919 Abt.-Ltr., 1920 MinDir., 1924 i.R. 90/162
- Flügge, Carl** (1847–1923), Mediziner, 1909 Prof. für Hygiene Berlin, GehMedR, Mitgl. VerwR Christl. Vereinshaus junger Männer (Berlin) 27/159 179v
- Foch, Ferdinand** (1851–1929), frz. Offizier, Gen., Mai 1917 Chef GenStab im KrMinm., Okt. 1917 Mitgl. Oberster Kriegsrat, 14.4.1918 Oberbefehlshaber der Verbündeten Heere in Frankreich, 7.8.1918 Marschall, Jan. 1919 Leiter des Obersten Kriegsrates 265/167 388–388v, 268/167 411, 269/167 415v
- Foerster, Lothar** (1861–1939), 1882 GerRef., 1888 GerAss., 1891 RegAss. u. Justitiar Danzig, auch beim OPräs., 1896 aushilfsweise beim FinMinm., 1897 RegR, 1898 GehFinR u. VortrR FinMinm., 1901 GehOFinR, 1906 Wirkl.GehOFinR u. MinDir., stellv. Bevollm.z.BundesR, 1910–19 RegPräs. Danzig, 1919 Vertretung Geschäfte des beurl. OPräs. Westpreußen, 1919 Reichs- u. StKom. f. d. Ausführung d. Friedensvertrages (f. d. abzutretende Gebiet der Freien Stadt Danzig sowie f. d. an Polen abzutretende Gebiet RegBez. Danzig), 1921–23 GenKonsul Dt. Reich in Danzig 7/158 280v

Franchet d'Esperey, Louis (1856–1942), frz. Gen., 1917–Mitte Juni 1918 Oberbefehlshaber Heeresgruppe Nord, 18.6.1918 Oberbefehlshaber der Verbündeten Armeen im Orient (Saloniki-Armee), 1921 Marschall 255/167 318v

Franke, Gustav (geb. 1864), Jurist, 1885 GerRef. OLG Breslau, 1890 GerAss., 1892 RegAss. Hilfsarb. Eisenbahnbetriebsamt Ratibor u. Minm.öA, 1897 Mitgl. einer Eisenbahndirektion, 1898 Frankfurt/M., 1899 RegR, 1906 GehRegR u. VortrR Minm.öA, 1909–13 Präs. Eisenbahndirektion Altona, 1912 Wirkl.GehR u. Exz., 1913 Wirkl.GehORegR u. MinDir. Minm.öA, 1.11.1918 UStS, März 1919 stellv. Mitgl. Staatenausschuß, 1.5.1919 i.R. 259/167 340

Franz Joseph, Kaiser v. Österreich u. König v. Ungarn (1830–1916), 2.12.1848 Kaiser, 1867 König 2/158 207v; 131/Fundort S. 2; 173/165 189, 179/165 285v–286, 180/165 311v; 196/166 79v–80, 219/166 323v; 220/VI 208v, 223v, 230–230v; 230/167 48v

Freier, Günther v. (1852–1921), Rittergutsbes., Landschafts-Dir. Prignitzsche Ritterschaftsdirektion Perleberg, 1912 Kammerherr, Kreisdeputierter Hoppenrade, Mitgl. Landesökonomiekollegium, Mitgl. Vorstand Landwirtschaftskammer Prov. Brandenburg in Berlin u. stellv. Mitgl. Dt. Landwirtschaftsrat, stellv. Mitgl. u. nach 1914 Mitgl. ProvAusschuß Brandenburg, Mitgl. ProvKomm. f. Denkmalpflege Brandenburg, Hauptritterschafts-Dir. 207/166 187v

Freier, Werner v. (1854–1921), Landforstmeister, 1913 Oberlandforstmeister u. MinDir. LandMinm. 10/158

Frenken, Josef Alois (Aloys) (1854–1943), Jurist, 1878 GerRef. OLG Köln, 1883 GerAss., 1884 beim StAnw. Trier, 1885 beim StAnw. Köln, 1889 StAnw. LG Köln, 1893 OLG, 1898 StAnwR, 1899 Hilfsarb. JMinm., 1900 OLGR Celle (nicht angetreten), 1900 GehJusR u. VortrR JMinm., 1904 GehOJusR, 1913 MinDir. JMinm. u. Wirkl.GehORegR, Febr. 1914–Sept. 1916 UStS Minm. f. Elsaß-Lothr., 1.10.1916–30.6.1922 Präs. OLG Köln, 1925 RJMinr. u. Minr. f. d. besetzten Gebiete (dem Zentrum nahestehend) 24/159 165

Freund, Friedrich (1861–1924), 1882 GerRef., 1883 Ref. im elsäß-lothr. Landesdienst, 1887 kais. RegAss., Bezirksauschuß Berlin (informativ), 1888 Übertritt in preuß. Verw. u. Justitiar Reg. Köln, 1889 RegAss., 1890 bei Reg. Koblenz, 1893 RegR u. stellv. Mitgl. Bezirksauschuß, 1898 Hilfsarb. MdI u. GehRegR sowie VortrR, 1901 GehORegR, 1903 auch stellv. Präs. Kuratorium der preuß. Rentenversicherungsanstalt, 1911 Wirkl.GehORegR u. MinDir. MdI, 30.10.1915 stellv. Bevollm.z.BundesR, 23.10.1918–22.2.1924 (†) UStS (ab 1920 StS) MdI, 1919 Mitgl. Staatenausschuß, DDP 66/161; 102/163; 138/164; 163/165 117; 200/166, 213/166; 263/167 377v

Frick, Johannes (geb. 1862), 1884 GerRef., 1886 RegRef., 1890 RegAss. u. Hilfsarb. MdI, 1893/94 LandR Einbeck, 1900 Hilfsarb. HandMinm. u. dann GehRegR sowie VortrR, um 1904 GehORegR, März 1915 Wirkl.GehORegR, stellv. Vors. Prüfungskomm. f. höhere Verwaltungsbeamte, 1919 stellv. Mitgl. Staatenausschuß, Okt. 1919 Wahrnehmung von Dirigentschaften im HandMinm., 1920 MinDir. u. stellv. Bevollm.z.ReichR, 1.10.1927 a.D., im Vertragsverhältnis weiterbeschäftigt, Mitgl. Reichsgesundheitsrat 106/163 84v

Friedberg, Robert (1851–1920), Nationalökonom u. Staatswissenschaftler, 1904 Prof. TH Charlottenburg (b. Bln.), 1893–98 MdR, 1886–1918 MdA (NLP, 1903 Mitgl. Zentralvorstand, 1906 Fraktionsvors., 1913 Parteivors.), GehRegR, 9.11.1917–12./13.11.1918 StMinr. u. Vizepräs. StMinm., 5.10./8.10.1918 mit Wahrnehmung Geschäfte HandMinr. beauftragt 8/158 299v; 14/159 2v, 18/159 104, 113; 45/160 120; 71/161 159v, 163, 72/161 174v–177v; 84/162 99v, 101; 125/164 2v; 156/165 40v, 159/165 94–94v, 160/165 101, 176/165 241v, 186/165 380; 191/166 37v, 201/166 142, 202/166 147–150, 151v–152, 212/166 247v, 218/166 315v, 221–225/166; 226–251/167, 253–256/167, 258–269/167

Friedländer-Fuld, Friedrich (Fritz) (1906: v.) (1858–1917), oberschles. Kohlenmagnat, Aufbau chem. Werke, Fideikommiß- u. Rittergutsbes., Mitgl. Zentralausschuß Reichsbank, Geh. Kommerzienrat, niederländ. GenKonsul, Mitgl. zahlreicher AR, 1916 MdH 54/161 3

- Friedrich August III., König v. Sachsen** (1865–1932), Offizier, 1877 Ltn., 1902 Gen.d.Inf., 15.10.1904–9.11. (Ausrufung der Republik) /13.11.1918 (Thronverzicht) König, Generalfeldmarschall *146/164* 275
- Friedrich Eisenzahn, Kurfürst**
→ Friedrich II. (der Eiserne)
- Friedrich Franz II., Ghzg. v. Mecklenburg-Schwerin** (1823–1883), 1842–83 Ghzg. *78/162* 51v, 54v
- Friedrich Franz IV., Ghzg. v. Mecklenburg-Schwerin** (1882–1945), 1897–14.11.1918 (Thronverzicht) Ghzg., 1897 unter Vormundschaft, 1901 volljährig *78/162* 56v
- Friedrich I., Ghzg. v. Baden** (1826–1907), 1852 Regent, 1856–1907 Ghzg. *227/167* 24v
- Friedrich II., König v. Preußen** (1712–1786), 1740–86 König *4/158* 223v; *130/Fundort* S. 7; *220/VI* 216, 220
- Friedrich II. (der Eiserne), Kurfürst u. Markgraf v. Brandenburg** (1413–1471), 1437–70 Kurfürst u. Markgraf *220/VI* 229v
- Friedrich II., Ghzg. v. Baden** (1857–1928), 1897–1902 Kommand. Gen. VIII. AK (Koblenz), 1907–18 Ghzg. *132/164* 106, *146/164* 273v; *257/167* 330
- Friedrich III., dt. Kaiser und König v. Preußen** (1831–1888), 1861–88 Kronprinz, 9.3.–15.6.1888 Kaiser u. König *227/167* 19–19v, 21, 22v, 24v–25
- Friedrich Wilhelm, Prinz v. Preußen** (1880–1925), Sohn des Prinzen Albrecht, Oberstltm. à l.s. , 1912–18 LandR Frankenstein (Schles.) *117/163* 206
- Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen** (1795–1861), 1840–61 König von Preußen, seit 1857 wegen Krankheit regierungsunfähig *210/166* 214
- Friedrich Wilhelm, Kurfürst v. Brandenburg** (1620–1688), 1640–88 Kurfürst *220/VI* 229v
- Friedrich, Fürst zu Waldeck und Pyrmont** (1865–1946), 1888 Ref., Offizier, Oberstltm., 12.5.1893–13.11.1918 (Absetzung) regierender Fürst, preuß. Gen.d.Kav. *149/164* 335
- Fritsch, Gustav** (1838–1927), Naturforscher, Anthropologe u. Reisender, 1874 Prof. Berlin, GehMedR *27/159* 179v; *226/167* 7v, 8v
- Fritzschen, Fritz** (1880–1939), 1905 RegRef., 1908 RegAss. u. Hilfsarb. LandR Thorn, 1911 Reg Merseburg, 1912 Hilfsarb. MdI, 1916 RegR, 1919–33 LandR Langensalza, 1933 OVGR *128/164*; *218/166*, *221/166*
- Fuchs, Ottmar** (1862–nach 1937), 1887 Ref., 1892 BergAss., 1895 Berginspektor, 1898 in Heinitz, 1899 Mitgl. Bergwerksdirektion Saarbrücken, 1900 Hilfsarb. HandMinm. u. Bergwerks-Dir., 1904 BergR sowie GehBergR u. VortrR, 1908 GehOBergR, 1911 Vors. Bergwerksdirektion Saarbrücken, 1917 Reichskohlenkom., 1919 Vors. Bergwerksdirektion Saarbrücken (Abwicklungsstelle) u. Dt. Bergwerkskomm. zu Kreuznach, 1921 BergHptm. u. Dir. OBergA Bonn, 1928 i.R. *20/159*, *29/159*
- Führer**, um 1896 Oberlandmesser u. techn. Hilfsarb. GenKomm. Hannover, um 1900 Düsseldorf, um 1903 Vermessungsinspektor GenKomm. Kassel, um 1905 Ökonomierat, um 1906 Hilfsarb. LandMinm., um 1908 Landesökonomierat, um 1912 GehRegR u. VortrR, auch Mitgl. Zentralkommission d. Vermessungen u. Mitgl. OPrüfungskomm. f. Landmesser, um 1914–ca. 1918 GehORegR LandMinm. *182/165*
- Fuhrmann, Paul** (1872–1942), Historiker, Rittergutsbes., 1907–12 MdR (NLP), 1909 Geschäftsführer NLP, 1912 Geschäftsführender Vors. Altnationalliberaler Reichsverband, 1913–18 MdA (NLP, 1917 DVP), nach 1919 in der Wirtschaft, ab 1935 in Österreich *173/165* 199v, *178/165* 262
- Fürstenau, Hermann (Karl ?)** (1868–1928), Jurist, 1888 GerRef. Rixdorf (b. Bln.), 1893 GerAss., 1895 Hilfsarb. JMinm. u. am Disziplinarhof f. nichtrichterl. Beamten, 1898 Amtsrichter Oranienburg, 1900 PD Berlin, 1901 Landrichter LG Berlin I, 1906 kommissar. Justitiar u. VerwR ProvSchulkollegium Berlin, 1906 Hilfsarb. KuMinm., 1907 LGR, auch ao. Prof. Berlin, 1908

GehRegR u. VortrR KuMinm., 1910 OVGR, 1922–28 auch Vors. Wahlprüfungsgericht des LT, 1925 Senatsprä. OVG 200/166

Fürstenberg, Max(imilian) Egon, Fürst zu (1863–1941), Fideikommißbes., Jurist, k.u.k. Oberstmarschall u. Oberst à l.s., 1899–1918 MdH, Mitgl. württ. sowie bad. 1. Kammer, Mitgl. u. Vizeprä. HH des österr. Reichsrats, 1904 preuß. Oberstmarschall 220/VI 229v

Fuss, August Paul (1844–1915), 1870 GerAss., 1876 besoldeter StadtR, 1879 Landesrat Danzig, 1888–1912 (i.R.) OB Kiel, 1889–1912 MdH 33/159 281; 47/160 127v

Gaigalath, Wilems (geb. 1870), Pfarrer, 1902 Prediger Prökul, dann Coadjuthen, 1904–18 MdA (DkP) 248/167 236, 251/167 263v

Gamp (Massaunen), Karl (1907: **Frh. v.**) (1846–1918), Ritterguts- u. Fideikommißbes., Jurist, 1868 Ref., 1873 GerAss., 1874 Eintritt in Staatseisenbahnverw., 1877–80 Hilfsarb. Minm.öA, 1882 Hilfsarb. HandMinm., 1883 GehRegR u. VortrR, 1895 Wirkl.GehORegR u. a.D., 1884–1918 MdR (RFKP, seit 1907 Fraktionsvors.), 1894–1918 MdA 1890/91 Gründungsmitgl. Alldt. Verband 8/158 299v; 51/160 186v; 56/161 37v, 57/161 53; 183/165 341v

Gans, Friedrich (Fritz) Ludwig (1912: **v.**) (1833–1920), Chemie-Industrieller, Teilhaber u. Vors. Fa. Leopold Casella & Co. GmbH 86/162 113v

Gans, Joachim, Edler Herr zu Putlitz

→ Putlitz, Joachim, Gans Edler Herr zu

Gans, Wolfgang, Edler Herr zu Putlitz (Berskewitz)

→ Putlitz (Berskewitz), Wolfgang, Gans Edler Herr

Ganse, Hugo (1861/62–1944), 1886 Ref., 1891 Ass., 1892 RegAss., 1893 Spezialkom. Breslau, 1898 Ansiedlungskomm., 1901 RegR, 1903 ORegR, 1904 Vertreter Prä. Ansiedlungskomm., 1907 Hilfsarb. LandMinm., 1907 GehRegR u. VortrR, 1913 Prä. Ansiedlungskomm. u. Wirkl. GehORegR, 1915 auch Vors. der Ges. „Warenausfuhr“ in der Zivilverw. f. Polen links der Weichsel, Nov. 1918 für 3 Jahre zum Prä. Ansiedlungskomm. wiederernannt 65/161; 94/162 182; 120/163 243v; 154/165 21

Gansierowska, Helene Jeanne v. (geb. Vanin), 1894 Adoption durch Herrn v. Gansierowski, 1902 Besitzerin Herrschaft Bythin u. Gut Hohensalza-Balino, Prov. Posen 51/160 188

Gantschew, bulg. Offizier, Oberstltm., Aug. 1915 Bevollm. bei den Verhandlungen mit Falkenhayn zum Kriegseintritt Bulgariens, Okt. 1915 Bevollm. im dt. Großen Hauptquartier, Okt. 1915 Oberst, Gen. 255/167 319–319v

Gayl, Egon Frh. v. (1845–1929), 1867 Offizier, Gen.d.Inf. z.D., Ende Nov 1914–Ende 1918 stellv. Kommand. Gen. VII. AK (Münster) 140/164 203v, 144/164 247

Gemmingen-Hornberg, Karl Frh. v. (1857–1935), 1896–1903 KrsDir. Forbach, 1903 KrsDir. Straßburg, 1912–18 BezPräs. Lothringen, 1914/18 auch in der Besatzungsbehörde für Longwy u. Briey, GehRegR 211/166 236v

Genzmer, Stephan (1849–1927), Jurist, 1872 Ref., 1877 GerAss. Marienburg/Westpr., 1879 StAnw. LG Elbing, 1880 OLG Marienwerder, 1885 LandR Marienwerder, 1892 VerwGerDir., 1894 OVGR Berlin, 1900–05 Mitgl. Bundesamt f. Heimatwesen, 1905 Senatsprä. OVG, 1909 Wirkl.GehORegR, 1920–21 Vors. Oberfürsorgeamt 104/163 64v

Georg, Ghzg. v. Mecklenburg-Strelitz (1779–1860), 1816–60 Ghzg. 78/162 51v

Georg V., König der Vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland, Kaiser von Indien (1865–1936), 1910–36 König 205/VI 191

Gerard, James Watson (1867–1951), Diplomat, 1913–3.2.1917 Botschafter der USA in Berlin 164/165 137v; 190/166 30

- Gerhardt, Karl** (1832/33–1914), um 1877–1906 Landessyndikus Provinzialverw. Brandenburg, ständ. Vertreter LandesDir., GehRegR, Schriftführer Vaterländ. Frauenverein Prov. Brandenburg 83/162 97v
- Gerlach, Richard** (v. ?), Prälat, Diensttuender geistl. Geh. Kämmerer Papst Benedikts XV. (Gewandkämmerer), 1916 Ausweisung aus Italien 190/166 25
- Gersdorff, Wolf Heinrich v.** (1867–1949), 1888 GerRef., RegRef. Magdeburg, 1894 RegAss., 1895 LandR Arnswalde, 1905 GehRegR u. VortR MdI, 1908 GehORegR, 1909 Kammerherr, 1910–22 (i.R.) RegPräs. Merseburg, Mitgl. GerHof z. Entscheidung Kompetenzkonflikte, 1925–33 MdProvLT (DNVP), Präses Brandenburg. Provinzialsynode, Vors. Provinzialkirchenrat Mark, Mitgl. Kirchensenat 26/159 177v
- Gerstein, Karl** (1864–1924), Jurist, Vors. Gewerbegeg. Dortmund, bei Reg. Arnberg (Meliorationen), 1900/01–19 (a.D.) LandR Bochum, ab 1909 zugl. PolPräs., 1903–19 MdProvLT Westfalen, 1914–17 auch Chef Zivilverw. Prov. Brabant, Vors. mehrerer AR, u.a. der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen 266/167 390v
- Gerstenberger, Liborius** (1864–1925), Priester u. Journalist, 1887 Priester, 1895 Redakteur fränkischer Presseorgane, 1895–Nov. 1918, Jan. 1919–1925 MdR/MdNatVers. (Zentrum, Bayr. Volkspartei) 53/160 195
- Gescher, Alfred** (1900: v.) (1844–1932), Rittergutsbes., 1881 im türk. Verwaltungsdienst, 1889 LandR Rees, 1894 RegR Düsseldorf, 1896 Hilfsarb. MdI u. GehRegR, 1897–1909 RegPräs. Münster (1910 i.R.), 1903 auch Gründung u. Vors. Fürsorgeverein für Lungenkranke/Münster sowie weiterer Vereine, 1893–94 MdR (DkP), 1908–18 MdA 7/158 280v; 76/162 23–24
- Giesberts, Johann** (1865–1938), Metallarbeiter u. Sozialpolitiker, 1892–1918 Stadtverordneter Mönchengladbach, 1901 Redakteur Zentralbl. der christl. Gewerkschaften, 1905–33 MdR/MdNatVers. sowie 1906–22 MdA/MdLV (Zentrum, jeweils Mitgl. Fraktionsvorstand), Jan. 1916 Mitgl. parlamentar. Beirat f. Volksernährung, Jan. 1918 sozialpolit. Beirat RWiA, 15.10./1.11.1918–Febr. 1919 UStS RArbA, 1919–22 RMinr., Gründungsmitgl. Christl. Metallarbeiterverband, Mitgl. Vorstand Gesamtverband christl. Gewerkschaften, Ges. f. soziale Reform 163/165 114v; 234/167 100v, 104v
- Giese, Eduard (Ernst?)** (1848–1916), 1872 Ref., 1878 GerAss., 1879 Kreisrichter Kempen (Posen), 1879 Amtsrichter Adelnau, 1889 Schrimm, 1892 AGerR, 1897 Posen, 1889–93 u. 1907–16 MdR (DkP), 1913 GehJusR 33/159 281
- Gilka-Bötzow, Wilhelm**, Fideikommiß- u. Rittergutsbesitzer (Kittlau, Oberbeltsch, Rabenau, Waldvorwerk, Krs. Guhrau), Lt. d. Res. 28/159 206
- Giolitti, Giovanni** (1842–1928), ital. Politiker, 1892–1914, 1920–21 mehrfach MinPräs. u. Minr.dI, Befürworter der Neutralität Italiens im Weltkrieg 130/Fundort S. 8; 134/Fundort S. 3–4; 135/Fundort S. 1; 144/164 243v
- Glatzel, Albert** (geb. 1861), 1886 Ref., 1890 GerAss., 1891 RegAss. bei GenKomm. Düsseldorf u. Spezialkom., 1900 RegR, 1913 GehRegR u. Spezialkom. Berlin I, 1921 Mitgl. Auflösungsamt f. Familiengüter Berlin, 1922 Vors. Spruchklammer LKulturA Breslau, 1902–13 MdA (NLP) 14/159 2
- Glowatzki, Joseph** (geb. 1847), kath. Priester, Pfarrer, 1902 Fürstbischöfl. Kommissarius, 1898–1918 MdR (Zentrum), 1899–1918 MdA 263/167 371
- Gluer, Hermann Otto** (1834–1913), Landwirt u. Rittergutsbes. Gergehnen, Kreisvors. BdL, Mitgl. Landwirtschaftskammer, 1905–12 MdR (DkP) 53/160 194v
- Gneist, Carl** (1868–1939), 1890 Ref. Berlin, Landsberg/OS, Breslau, 1896 Ass., 1897 Eintritt ins AA, 1900 beim GenKonsul Konstantinopel, 1901 LegR im AA, 1904 im Konsulat New York, 1910 Konsul Rotterdam, 14.5.1915 Wirkl.LegR, 14.9.1915–16.8.1919 Handelsbeirat Gesandtschaft

- Den Haag, 1920 Dirigent Personalabt. AA, 1921 MinDir. u. Leiter Personalabt. AA, 1924–28 (z.D.) Gesandter Argentinien, 1933 a.D. *139/164* 175v
- Göhmann**, (geb. 1879), Dr., 1914 Hilfsarb. HandMinm., RegR, Ende 1917 GehRegR u. VotrR, Aug. 1919 stellv. Mitgl. Staatsausschuß, MinR, Aug. 1921 Mitgl. Prüfungskomm. f. höhere Verwaltungsbeamte *223/166* 360v
- Göhre, Paul** (1864–1928), Pfarrer, dann sozialdemokrat. Politiker, 1888 Pfarrgehilfe Schönbach (b. Löbau), zugl. Redakteur „Christliche Welt“, 1891 GenSekr. Ev.-Sozialer Kongreß Berlin, 1894 Pfarrer Frankfurt/O., 1897–99 2. Vors. Nationalsozialer Verein Leipzig, 1899 Übertritt zur SPD, 1903 u. 1910–18 MdR, 1906 Kirchenaustritt, Jan. 1915 Kriegsdienst, 9.11.1918–30.4.1919 Beigeordneter/(parlamentar.) UStS KrMinm., 1919–23 (i.e.R.) UStS/StS StMinm. *120/163* 244v–245v; *269/167* 416
- Goldmann, Karl Emil** (1848–1917), 1874 Eintritt in Justizdienst, 1881 Landrichter, 1889 LGR, 1896 OLGR, 1897 RGR, 1.4.1914 i.R. *66/161* 105v
- Goller, Erwin** (1864–1918), Montanindustrieller (Granitwerke), 1913 Kommerzienrat, 1905–12 MdR (FsVP) *53/160* 195
- Goluchowo-Goluchowski, Agenor d.J. Gf. v.** (1849–1921), österr.-ungar. Politiker, 1895–1906 GehR u. k.u.k. AMinr., während des Weltkrieges Verfechter einer austro-polnischen Lösung *148/164* 309v; *220/VI* 228v
- Goluchowski, Agenor Gf. v.**
→ Goluchowo-Goluchowski, Agenor d.J. Gf. v.
- Gonsierowska**
→ Gonsierowska, Helene Jeanne v.
- Gontard, Paul v.** (1868–1941), Rittergutsbes., anhalt. GehOBauR, 1905–28 GenDir. Dt. Waffen- u. Munitionsfabriken (1923 Berlin-Karlsruher Ind.-Werke), Kommerzienrat, Mitgl. zahlreicher AR, 1912–18 MdH *54/161* 3
- Göppert, Heinrich** (1867–1937), Jurist, 1898 Hilfsarb. RJA, 1901 Landrichter Kiel, 1905 Eintritt in HandMinm., 1906 GehRegR u. VotrR, 1909–14 StKom. Berliner Börse, 24.6.1914–13.12.1917 UStS HandMinm., März–15.9.1916 auch Vors. Vorstand Reichsfleischstelle, Vors. Zentralviehhandelsverband, Sept. 1916–Herbst 1917 auch Vors. Landesfleischamt, Ende 1917 UStS RWiA, 11.12.1917 Wirkl.GehR, um 1918 Stellv. des preuß. StKom. f. Volksernährung, Wirkl.GehR u. Exz., stellv. Bevollm.z.BundesR, auch Vors. Berufungskomm. f. d. Kaliindustrie, 20.11.1918 z.D., 1919 i.e.R., 1919–35 (em.) Prof. f. Industrie- u. Handelsrecht Bonn, 1921 GenBevollm. StMinm. beim Delegierten des Reiches f. d. dt.-poln. Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien *110/163* 108v; *137/164* 164v; *223/166* 360–360v
- Görck, Wilhelm** (1862–1938), 1885 Ref., 1891 GerAss., 1895 Amtsrichter Heide, 1905 AGerR, 1904–18 MdA, 1907–12 MdR (NLP), 1907 Mitgl. Zentralvorstand NLP, 1921 MdProvLT Schleswig-Holstein *33/159* 281v
- Görg**, OAmtm., landwirtschaftl. Berater der Kriegsgetreidegesellschaft, später Geschäftsführer Reichsgetreidestelle des Kriegsernährungsamtes *129/164* 96–96v
- Goßler, Heinrich v.** (1841–1927), 1861 Ltn., 1868 OLtn., 1871–75 Hptm. im KrMinm., 1875 Truppendienst, 1876 Maj. im KrMinm., 1885 Oberstltn. u. Abt.-Chef, 1891 GenMaj. u. Dir. Allg. Kriegs-Dept., 1895 GenLtn. u. DivKdr. Darmstadt, 1896–1903 KrMinr., z.D. u. à l.s. 3. Garderegiment z.F. *105/163* 60
- Gothein, Georg** (1857–1940), 1880 BergRef., 1884 BergAss. Breslau, 1885 GenSekr. Oberschles. Berg- u. Hüttenmännischer Verein, 1887 Bergmeister u. Bergrevierbeamter in Schlesien, 1891 BergR, 1892 Bergrevierbeamter Tarnowitz u. a.D., 1893 1. Syndikus HK Breslau, Stadtverordneter Waldenburg u. Breslau, 1901–04 Stellv. Vors. Handelsvertragsverein, 1919 RSchMinr., 1920 Vors. Außenhandelsverband Schles. Oderverein, Dt. Gruppe Mitteleurop. Wirtschaftstagung, Verein zur

Abwehr d. Antisemitismus, Verkehrsausschuß Hansa-Bund f. Gewerbe, Handel u. Industrie, 1893–1903 MdA, 1901–18, 1920–24 MdR (DDP) 7/158 288v; 15/159 217

Graevenitz, Hans Joachim v. (1874–1938), Jurist u. Fideikommißbes., 1903 RegAss. LandR Minden, 1904–06 FinMinm., 1907–15 LandR Westprignitz, Aug. 1915–17 Mitgl. Direktorium Reichsgetreidestelle, Mitte 1915 Mitgl. Landesgetreideamt, 1916 Mitgl. Vorstand Kriegsernährungsamt, Aug. 1916 Leiter Reichsfettstelle, 11.8.–9.11.1917 UStS RK, 13.11.1917 i.R., 28.1.1918–31.10.1919 Leiter Reichsgetreidestelle, 1921 Mitgl. Auflösungsamt f. Familiengüter Naumburg 208–212/166, 214–215/166; 220/VI

Gramsch, Friedrich Karl (1860–1923), Jurist, 1883 GerRef., 1885 RegRef., 1887 Vertretung LandR Gelnhausen, 1888 RegAss., 1891 RegR OPräsidium Posen, 1892/3 LandR Braunsberg, 1900 ORegR Königsberg, 1902 OPräsR, 1908 RegPräs. Allenstein, 1908–13 Mitgl. u. dann Präs. Ansiedlungskomm., 1908 Wirkl.GehORegR, 1913–31.3.1915 RegPräs. Gumbinnen, 1.4.1915–1.7.1919 RegPräs. Königsberg, 18.5.–Anf. Aug. 1917 stellv. StKom. f. Volksernährung 1/158 201v–202, 2/158 206–210; 17/159 67; 42/160 65–65v, 67–67v, 45/160 115v, 51/160 188; 83/162 96–96v; 115/163 177v; 135/164 145v

Granzow, (geb. 1853/54), 1871 Postpraktikant, 1881 OPostdirektionsSchr. Rechnungsbüro RPA, 1884 Postinspektor Aachen, 1892 PostR Oppeln, 1894 Köln, 1896 OPOstR u. Hilfsarb. RPA, 1898 GehPostR, 1900 OPostDir. Düsseldorf, 1902 GehOPostR u. VortrR RPA, 1908 Dir. RPA, 1911 UStS RPA u. stellv. Bevollm.z.BundesR, 20.3.1916 Wirkl.GehR u. Exz., 1.1.1918 a.D. 48/160 132–132v, 135–157v

Grashoff, Hans (geb. 1861/62), 1890 RegAss., 1898 LandR Schwetz, 1904 ORegR Ansiedlungskomm., 1908 Vertreter des RegPräs. Hannover, 1911–22 RegPräs. Stade 43/160 81v–82

Gratz, Gusztáv (1845–1946), 15.6.–16.9.1917 ungar. FinMinr., 1917 Sektionschef k.u.k. MAA 230/167 47v

Graz

→ Gratz, Gusztáv

Grégoire, Albert (1865–1949), 1888 Ref., 1893 Ass., 1894 Rechtsanw. Metz, 1907–12 MdR (unabh. Lothringer), Mitgl. 1. Kammer Elsaß-Lothr. 33/159 281v

Gregor IX. (um 1160–1241), (eigentl. Anagi, Gf. Ugolino v. Segni), 1227–41 Papst 34/160 2v

Greiff, Max (geb. 1860/61), 1887 GerAss., 1893 Amtsrichter Berlin I, 1896 Fürstenwalde, 1898 AGerR, 1899 GehJusR u. VortrR JMinm., 1903 GehOJusR, 1913 Präs. OLG Kassel u. Wirkl.GehOJusR, Febr. 1918 Präs. OLG Breslau, Präs. Auflösungsamt f. Familiengüter Breslau 2/158 210–210v

Grey, Sir Edward (1916: **Viscount Grey of Fallodon**) (1862–1933), brit. Politiker, 1905–16 (Rücktritt) brit. AMinr., 1918 Präs. der League of Nations Union 113/163 125; 132/Fundort S. 23; 180/165 301v, 309

Gröber, Adolf (1854–1919), Jurist, 1878 Richter Oberamtsgericht Neresheim, Saulgau, 1880 StAnw. Rottweil, 1887 Ravensburg, Halle, 1888 Landrichter Heilbronn, 1895 LGR, 1906 Präs. Katholikentag, 1912 Dir. LG Heilbronn, 3./5.10.–10.11.1918 StS o. Ressort, 1889 Mitgl. württ. LT, 1887–1919 MdR/MdNatVers. (Zentrum, seit Aug. 1917 Vors. Fraktion) 68/161 137v, 141v; 151/164 357v; 183/165 340v, 185/165 369v; 244/167 193v–207v, 255/167 324–324v, 268/167 413v

Groeben, Karl Gf. von der (1864–1936), Fideikommißbes., Jurist, bis 1892 RegAss., a.D. zur Verw. seines Gutes, 1904–18 MdA (DkP) 159/165 94v

Groener, Wilhelm (1867–1939), Offizier, 1886 Ltn., 1893–96 Kriegsakademie, 1899 Hptm. GenStab (Eisenbahn-Abt.), 1912 Oberstltm. u. Chef Eisenbahnabt., 2.8.1914–30.10.1916 Chef Feldeisenbahnwesen OHL, 1914 Oberst, 1915 GenMaj., Ende Mai 1916 auch Mitgl. Vorstand Kriegsernährungsamt, 1.11.1916–16.8.1917 Chef Kriegsamt u. GenLtn., stellv.

- Bevollm.z.BundesR, 16.8.1917 Kdr. 33. Inf.-Div., Führer XXV. Res.-Korps im Westen, Febr. 1918 I. AK im Osten, 28.3.–27.10.1918 Chef GenStab Heeresgruppe Kiew, 26.10.1918 (1.)
GenQuartiermeister OHL, Juli 1919 Leiter Kdo.-Stelle Kolberg, Sept. 1919 a.D. u. Tätigkeit als Militärschriftsteller, 1920–23 RVMInr., 1928–32 RWeMinr., 1931–32 RMinr.dI (mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt) 154/165 31, 171/165 185, 181/165, 183/165, 185/165 369v; 188/166, 197/166 94, 201/166 143v, 209/166 210v
- Groening, Albert Heinrich v.** (1867–1951), Jurist, 1889 GerRef., 1893 GerAss., 1896 RegAss., 1897 Syndikus HK Bremen, 1898 Syndikus Norddt. Lloyd, 1899 RegAss. Schleswig, 1902/03–1910/11 LandR Gelnhausen, 1910 Hilfsarb. MdI, 1911 GehRegR u. VortrR MdI, 25.1.1915 GehORegR, Sept. 1917–18.7.1922 RegPräs. Koblenz, 1922 Ausweisung u. i.e.R., 1926 Rückkehr in Staatsdienst: Universitäts-Kurator u. Staatl. Kom. TH Breslau 53/160 195v–196; 69/161
- Gröning, Stephan v.** (1861–1944), Dr., 1897–1908 LandR Wehlau, 1908 ORegR Potsdam, 1917–19 RegPräs. Stralsund 197/166 97, 98v
- Gronow, Ernst** (1856–1932), Jurist, 1878 GerRef. Barth, 1883 GerAss., 1884 Ratsherr Stralsund, 1890 Stadtsyndikus, 1898–1924 (a.D.) I. Bgm. (ab 1909 OB) Stralsund, 1898–1918 MdH 72/161 173
- Groote, Rudolf v.** (1858–1922), Jurist, 1881 GerRef. LG Koblenz, 1883 RegRef. Düsseldorf, 1886 RegAss. Trier, 1888–1918 LandR Rheinbach, 1908 auch Vors. Landwirtschaftskammer Rheinprovinz, stellv. Vors. Landesökonomiekollegium, Mitgl. Dt. Landwirtschaftsrat, 26.4./1.5.1918–10.5.1922 (†) OPräs. Rheinprovinz 207/166 187v; 233/167 91–91v, 239/167 147–148v
- Grubitz, Ernst** (1876–1936), 1901 GerRef., 1903 RegRef. Danzig, 1906 RegAss. beim LandR Altena, 1908 Seelow, 1909 Rotenburg/Kassel, 1910 Reg. Marienwerder, 19.1.1915 RegR, Kriegsdienst, 21.4./28.11.1917 LandR Bremervörde, 1931 i.R., 1933–36 LandR Marienburg (Hildesh.) 254/167 308–308v
- Grund, Bernhard** (1872–1950), Jurist, bis 1905 im Verwaltungsdienst, RegAss. a.D., dann Kaufmann Breslau, 1913–24 MdA/MdLV (NLP, 1912–17 Mitgl. Zentralvorstand) 249/167 249v
- Grunenberg, Andreas** (1856–1931), Jurist u. Volkswirt, 1900 Syndikus HK Düsseldorf, 1903 GenSekr. Rhein. Verein zur Förderung Arbeiterwohnungswesen, 1908–13, 1915–18 MdA (Zentrum) 81/162 78
- Gruner,** (geb. 1852/53), 1874/75 Eintritt in den herzogl. sächs. Staatsdienst, 1888 RegR Reichsversicherungsamt, 1891 GehRegR, 1894 VortrR RAdI, 1897 auch Mitgl. Disziplinarkammer f. d. Schutzgebiete, 1898 GehORegR u. Mitgl. Reichsversicherungsamt, 1901 Dir. Präs. Aufsichtsamt für Privatversicherung, 1906 Wirkl.GehORegR, 3.4.1914 Wirkl.GehR 74/162 10
- Grupe,** (geb. 1859/60), Lehrer, 1879/80 Eintritt in Schuldienst, Gymnasial-Prof. u. -Dir. Buchsweiler (i.E.), Vors. Kriegervereine Pflanzburg (i.E.), Zabern, Buchsweiler (i.E.), 1913 Ordenssache 95/162 189v
- Guenther, Georg Richard** (1881: v.) (1858–1942), 1887–91 LandR Fraustadt, RegR, 1896 GehFinR u. VortrR FinMinm., 1899 GehOFinR, 1903–1.6.1917 RegPräs. Bromberg, 1910 Wirkl. GehORegR 76/162 34; 197/166 95–95v
- Guenther, Hans v.** (1864–1934), 1885 GerRef., 1887 RegRef., 1890 RegAss. PolPräs. Berlin, beim OPräs. Potsdam, 1896 LandR Löwenberg, 1.1.1901 ständ. Hilfsarb. RK, 27.6.1901 GehRegR u. VortrR StMinm. (mit Weiterverwendung auch in der RK), um 1905 GehORegR, 29.6./2.7.1907–März 1910 UStS StMinm., Juli 1910–März 1919 OPräs. Schlesien, 22.12.1914 Wirkl.GehR 1/158, 2/158 203–206, 4/158 203–206, 5–13/158; 14–24/159, 25/159 168, 28/159 211–211v; 49/160 162–162v; 101/163 34, 117/163 209v; 177/165 246
- Guérard, Franz v.** (1868–1951), 1896 GerAss., 1898 Übertritt in Staatseisenbahnverw., 1899 RegAss., 1904 RegR u. Mitgl. Eisenbahndirektion, 1914 GehRegR u. VortrR Minm.öA, 1918 GehORegR, Juni 1919 Präs. Eisenbahndirektion Köln 172/165

Guérari, v.

→ Guérard, Franz v.

Güthe, (gest. 1917), 1893 GerAss., 1899 Amtsrichter Lähn, 1907 Richter am LG Berlin I, 1908 KGR, 1913 GehJusR u. VortrR JMinm., Mitgl. Justizprüfungskomm. 133/164

Gwinner, Arthur (1908: v.) (1856–1931), Bankier, bis 1886 auch Konsul Madrid, 1894–1919 Mitgl. Vorstand Dt. Bank, 1901 Präs. Anatol. Eisenbahn, Geh. Kommerzienrat, 1916 Senator Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1919–31 stellv. Vors. AR Dt. Bank, Vors. u. Mitgl. zahlreicher AR, 1909/10–18 MdH 81/162 72–73; 124/163 311v–312, 314–314v; 126/164 52–60v; 265/167 388v

Gybling, Robert (1858–1912), Jurist, 1890 Rechtsanw. Königsberg, 1904–12 MdA, 1907–12 MdR (FsVP, FVP) 8/158 300

Haake, (geb. 1874/75), 1908 Bgm. Merseburg, 1912 Ordenssache 66/161 106

Haase, Hugo (1863–1919), Jurist u. sozialdemokrat. Politiker, 1885 GerRef. Königsberg, 1890 Rechtsanw., 1912–19 Berlin, 1894–1910 Stadtverordneter Königsberg, 1897–1907, 1911–19 MdR/MdNatVers. (SPD), 1911–17 Mitparteiivors., 1917 Vors. USPD, Jan. 1918 Mitgl. Berliner Streikleitung, 10.11.–29.12.1918 Mitgl. RdV, 8.10.1919 (†) an den Folgen eines Attentats 163/165 121v, 185/165 368v; 225/166 372v; 229/167 40, 262/167 359v

Hackeloer-Köbbinghoff, Robert, GehRegR, Dir. Nordstern-Versicherung, Berlin 74/162 9–9v

Haenel, Albert (1833–1918), Jurist, 1863–1911 Prof. f. Staats- u. Völkerrecht Kiel, GehJusR, führend i.d. schlesw.-holst. Landespartei, 1867–88 MdA, 1867–93, 1898–1903 MdR (linkes Zentrum, 1870 DFP, 1884 DFsP, 1893 FsVg) 30/159 230v

Haenisch, Konrad (1876–1925), Buchhändler u. sozialdemokrat. Politiker, 1898–1911 Redakteur, 1911 Schriftsteller u. Ltr. SPD-Flugschriften-Zentrale Berlin, 1913–18 MdA, 1915–19 Redakteur Wochenschrift „Die Glocke“, 12.11.1918–21.4.1921 WissMinr. (bis 3.1.1919 in Gemeinschaft mit A. Hoffmann), 1923/24–25 (†) RegPräs. Wiesbaden, 1921–24 MdLT 134/164 128v; 193/166 59

Hagen, Otto von der (1853–1912), Fideikommißbes., 1880 GerAss., 1881 RegAss., 1885 Hilfsarb. HandMinm., 1887 RegR, 1888 GehRegR u. VortrR HandMinm., 1892 GehORegR, 1902 Wirkl.GehORegR, 1905–11 MinDir. HandMinm., 1911 i.R. u. Wirkl.GehR 45/160 122v

Hagen, Rudolf von dem (1849–1934), Jurist, 1880 GerAss., 1880 Rechtsanw. Duderstadt, 1883 Amtsrichter Tinnum/Sylt, 1888 Emden, 1895 Landrichter Hannover, 1896 LGR, 1904 Berlin II, 1913 GehJusR, 1894–1918 MdA (Zentrum) 53/160 194v; 66/161 105

Hagens, Carl v. (1838–1924), 1861 Ass., 1867 Stadt- u. KrsGer. Magdeburg, 1868 Berlin, 1870 Hilfsarb. JMinm., 1874 StadtGerR, 1875 RegR u. Hilfsarb. Reichskanzleramt, 1876 GehRegR u. VortrR, 1877 RJA, 1879 GehORegR, 1890 Präs. OLG Frankfurt/M., 1894 Wirkl.GehOJusR, 1906 Wirkl.GehR, Exz., 1910 i.R., 1907–18 MdH u. Kronsyndikus 28/159 204; 221/166 337

Hakki Bey (Pascha), Ibrahim (1863–1918), türk. Politiker, 1910–11 Großwesir, 1911–14 Botschafter Paris, 1913/14 Delegierter Londoner Konferenzen, 1914–18 Botschafter Berlin, 29.7.1918 (†) 144/164 237v

Haldy, Wilhelm Ludwig (geb. 1879), 1901 Ref. Amtsger. Hermeskeil, 1902 Ref., 1906 GerAss., 1908 StAnw. Braunsberg, 1912 Altona 30/159 230v

Halfern, Carl v. (1873–1937), 1897 GerRef. Amtsger. Eschweiler, LG Aachen, 1900 RegRef. Reg. Düsseldorf, 1903 RegAss. beim LandR Tarnowitz, 1907 beim OPräsidium Westfalen, 1909/10 LandR Ottweiler, 1911–19 MdProvLT Rheinprovinz, Juni 1916 kommissar. LandR Saarbrücken u. nebenamtl. PolDir., 1919 als „Verwaltungspräsident“ mit der vertretungsw. Verw. der dem RegBez. Trier zustehenden Verwaltungsgeschäfte im künftigen Saarstaat beauftragt u. Ausweisung, 1920 GehFinR u. VortrR FinMinm., 1922 RegPräs. Hildesheim, 1927 RegPräs. Stettin, 1930–33 (i.R.) OPräs. Pommern, 1933–36 MdStR 169/165 173

Halle, Karl, RegR, 1898 Hilfsarb. FinMinm., 1899 GehFinR u. VotrR FinMinm., 1903 GehOFinR, 1910 Wirkl.GehOFinR u. MinDir., Juli 1918 Präs. u. Dir. Hauptverw. Staatsschulden 9–10/158; 245/167 216

Hamann, Otto (1852–1928), Journalist, 1875 Ref. Weimar, 1877–93 Mitarb. in- u. ausländ. Zeitungen u. Schriftsteller, 1894–Herbst 1916 VotrR, dann Dirigent Presseabt. AA, Wirkl. GehLegR, 30.10.1916 Wirkl.GehR 178/165 263–263v

Hammer, Friedrich (1855–1923), 1885–95 Dekorationsmaler Berlin, Rentier, Mitgl. AR verschiedener Darlehnskassen, 1904–19 MdA/MdLV (DkP/DNVP), 1920–23 MdR 53/160 194v

Hammerstein (-Loxten), Ernst Frh. v. (1827–1914), Rittergutsbes., 1852 hannov. Amtsauditor, 1856–57 AmtsAss. Amt Bleckede, 1863–67 RegAss. u. Referent hannov. MdI, RegR, 1866 Übernahme in preuß. Staatsdienst, 1867 i.e.R., Mitgl. Landesökonomiekollegium, 1884 komm. Amtm. Fürstenau, 1884–88 KrsHptm. (1885 LandR) Bersenbrück, 1888 Vors. Dt. Landwirtschaftsrat, 1888/89 LandesDir. Prov. Hannover, 1894–1901 LandMinr. u. Bevollm.z.BundesR, 1866 Mitgl. hannov. I. Kammer, 1867 Mitgl. Norddt. RT (Bundesstaatl.-konstit. Vg.), auch MdProvLT 197/166 96v

Hammerstein (-Loxten), Hans Frh. v. (1843–1905), Jurist, zunächst in hannov., ab 1866 in preuß. Diensten, 1871 in der elsäß-lothr. Verw., 1878 KrsDir. Mülhausen (Els.), 1883 BezPräs. Metz, Wirkl.GehORegR, 1901–05 Minr.dI 50/160 178

Hammerstein, Ludwig v. (1832–1905), Neffe des LandMinr. Ernst Frh. v. H.-Loxten, Jurist, 1855 Konversion zum Katholizismus, 1859 S.J., 1868 Priester, 1870–74 Prof. f. kanonisches Recht, 1883–1905 Pater Trier, Berater des Bischofs 141/164 214

Hans Heinrich XV., Fürst v. Pless (1861–1938), Freier Standesherr, Reichsgraf v. Hochberg, Frh. v. Fürstenstein, Montanindustrieller, LegSekt. a.D., Oberst. à l.s., 1902–18 MdH 101/163 41

Hansen

→ Hanssen (gen. Nöremölle), Hans Peter

Hanssen (gen. Nöremölle), Hans Peter (1862–1936), dän. Politiker u. Publizist, 1896–1908 Redakteur u. Geschäftsführer Verlag, 1896–1906 MdA (Däne), 1906–18 MdR, 1919–20 dän. Minr. f. Schleswig 263/167 364v, 266/167 396

Harnack, Adolf (1914: v.) (1851–1930), Theologe, 1888–1921 (i.R.) Prof. für Kirchengeschichte Berlin, 1890 Mitgl. der AdW, 1903–11 Leitung d. Ev.-Sozialen Kongresses, 1906–11 GenDir. Kgl. Bibliothek Berlin, 1906 Wirkl.GehORegR, 1910 Wirkl.GehR, 1911–30 Präs. Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 27/159 179; 34/160 4v; 204/166 166; 226/167 7v

Harrach, Ferdinand Gf. v. (1832–1915), Kunstmaler, Rittergutsbes., 1896 Wirkl.GehR, Prof., Mitgl. Senat Akademie der Künste, Maj. a.D., Mitgl. VerwR Vereinshaus Christl. junger Männer (Berlin) 33/159 282

Hartmann, Felix v. (1851–1919), 1874 kath. Priester, 1890 GehSekt. des Bischofs Dingelstadt (Münster), 1903 Domkapitular, 1905 GenVikar, 1910 Domdechante, 1911–12 Bischof Münster, 1912 Erzbischof v. Köln, 1914 Kardinal, 1916–18 MdH 188/166 15–16v; 233/167 91v

Hartwich, Oberst im KrMinm. 267/167

Hartwig, Georg Heinrich (1840–1927), 1865–82 Pastor, 1882 Superintendent, 1890 GenSuperintendent Celle, 1900 OKonsR Hannover, 1902 Abt zu Loccum, Landschaftspräs. 33/159 282v

Hassel, v.

→ Hassell, Karl v.

Hassell, Karl v. (1872–1932), Jurist, RegAss., 1905/06–17 LandR Mansfelder Gebirgskreis, 1917 OPräsR Königsberg, 1912–17 MdR (DkP) 134/164 137

Hassenpflug, Walter (1856–1921), 1887–99 LandR Strelno, 1899 ORegR Posen, Kom. f. d. Verw. des Vermögens der aufgelösten Philippiner Kongregation, 1911 Kurator Universität Marburg u. GehORegR 254/167 306

Hatzfeldt, Hermann Fürst von (1900: **Herzog zu Trachenberg**) (1848–1933), Freier Standesherr, Jurist, 1894–1903 OPräs. Schlesien, Oberst-Schenk, GenMaj. à l.s., Ehren-Balli Malteser-Orden, stellv. Militär-Inspektor der freiwilligen Krankenpflege, 10.7.1918 von der Wahrnehmung der Geschäfte des Kais. Kom. der freiw. Krankenpflege entbunden, 1919–21 Reichs- u. StKom. Abstimmungsgebiet Oberschlesien, Bevollm. bei der interalliierten Komm., 1878–93, 1907–11 MdR (RFKP, 1907–11 Fraktionsvors.), 1878 MdH (1904–18 Vors. Neue Fraktion), 1921–30 Vors. niederschles. ProvAusschuß (Zentrum) 127/164 81; 130/Fundort; 132/Fundort S. 19, 27; 212/166 250, 251v–252, 214/166 261v, 263, 268, 269v, 216/166 292; 226/167 7–7v

Hausmann, Fritz (1845–1927), Kaufmann, 1871 Webereibes., 1889–1902 ehrenamtl. Bgm. Lauenstein, Mitgl. ZDI, 1898–1917 Mitgl. Zentralvorstand NLP, 1892–1918 MdA, 1905–12 MdR 33/159 281v

Hausmann, Konrad

→ Haußmann, Conrad

Hauß, Karl (1871–1925), Bankkaufmann, Verleger Straßburg, 1891 Sekr. in der Direktion der elsäß-lothr. Eisenbahnen, Wirken in kath. Organisationen, Redakteur, 1898–1903, 1907–18 MdR (Zentrum), 1903–11 Mitgl. Landesausschuß, 1906 parlamentar. Sekr. elsäß-lothr. Zentrumspartei, 1911 MdLT Elsaß-Lothr., 19.10.1918 Nominierung durch die Partei als StS f. Elsaß-Lothr. mit dem Auftrag, eine parlamentar. Regierung zu bilden, 1.11.1918 Versuch der Bildung eines Ministeriums trotz Opposition des am 11.11.1918 gegründeten Elsaß-lothr. Nationalrates, 1919 Verfahren vor einem Ehrengericht u. Rückzug aus dem polit. Leben 215/166 275v

Haußmann, Conrad (1857–1922), Jurist, 1883 Rechtsanw. Stuttgart, 1889 MdLT Württemberg, 1890–1922 MdR/MdNatVers. (süddt. Volkspartei, FVP, DDP, 1918–21 Vors. DDP, Vizepräs. NatVers.), Mitgl. Vorstand dt. Anwaltsverein, Mitgl. Landesausschuß Schwäb. Volkspartei, Mitgl. Verein f. internat. Verständigung u. der ständ. Komm. f. dt.-frz. Annäherung, Juli 1915 Gründungsmitgl. Dt. Nationalausschuß, 14./15.10.1918 RStS o. Geschäftsbereich Reg. Max v. Baden 157/165 63; 194/166 65; 267/167 407, 269/167 415v

Havenstein, Rudolf (1857–1923), Bankier, Jurist, 1876 Ref., 1881 GerAss. Stettin, 1887 Amtsrichter Arnswalde, 1890 RegR u. Hilfsarb. FinMinm., 1890 GehFinR u. VotrR, 1896 GehOFinR, 1896 auch Mitgl. Ansiedlungskomm., 1900 Präs. Seehandlung, 1900 auch Schatzmeister Preuß. Rotes Kreuz, 1908 Präs. Reichsbank u. Wirkl.GehR, Mitgl. Gesamtausschuß Preuß. Zentral-Genossenschafts-Kasse, 1914 MdH 81/162 74–74v; 118/163 232v; 246/167 221v, 248/167 230

Heckscher, Siegfried (1870–1929), Rechtsanw., 1907–18 MdR (FsVP, FVP) 8/158 300

Heeringen, Josias v. (1850–1926), Offizier, 1868 Ltn., 1874 Adjutant in einem Rgt., 1875 OLtn., 1879 im GenStab, 1880 Hptm., 1887–90 Maj. KrMinm., 1892–95 Abt.-Chef GenStab, 1898 GenMaj. u. Dir. Armee-VerwDept. KrMinm., 1901 GenLtn., 1903 Kdr. 22. Div., 1906 Gen.d.Inf. u. Kdr. II. AK (Stettin), 11./19.8.1909–4.7.1913 KrMinr., 1913 Generalinspekteur d. II. Armee-Inspektion (Berlin), Aug. 1914 Kdr. d. 7. Armee/Westen, Aug. 1916–Nov. 1918 Oberbefehlshaber Küstenverteidigung, GenOberst a.D., 1918–26 Präs. Kyffhäuser-Bund 4–13/158; 14–19/159, 21–23/159, 25–28/159, 30–33/159; 34–35/160, 38–45/160, 48–51/160, 53/160; 54–57/161, 59–61/161, 63–68/161, 70–72/161; 74–79/162, 81–86/162, 88–89/162

Hegel, Wilhelm (1909: v.) (1849–1925), 1874 Eintritt in Justizdienst, 1880 Ass., 1882 Hilfsarb. KuMinm., 1886 LandR Jerichow, 1890 GehRegR u. VotrR KuMinm., 1893 GehORegR, 1895 RegPräs. Gumbinnen, 1905 Allenstein, 1905 Wirkl.GehORegR, 1908–17 OPräs. Sachsen, 1.11.1917 a.D., 1913 Wirkl.GehR, Kapitular bzw. Senior Domkapitel Merseburg, 1887–90 MdR (DkP) 66/161 106; 117/163 205v; 197/166 94, 216/166 289

Heine, Wolfgang (1861–1944), Jurist u. sozialdemokrat. Politiker, 1884 GerRef. u. Mitgl. SPD, 1889 GerAss. u. Rechtsanw. Berlin, 1898–1920 MdR/MdNatVers., 12.11.1918–23.7.1919 Vors. StR f. Anhalt, 27.11.1918–25.3.1919 JMinr. (bis 3.1.1919 in Gemeinschaft mit K. Rosenfeld),

1919–20 Minr.dI, 1923–25 Mitgl. Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik 151/164 353; 158/165 70–70v, 71v, 163/165 117, 119v, 124

Heinke, (geb. 1857), 1883 GerAss., 1888 RegAss., 1889 RegR Marienwerder, dann Verw. der direkten Steuern in Berlin, 1892 Hilfsarb. FinMinm., 1894 GehFinR u. VortrR, 1899 GehOFinR, 1906 stellv. Bevollm.z.BundesR, 1909 Wirkl.GehOFinR u. GenDir. direkte Steuern, um 1922 a.D. 53/160 196–196v; 237/167

Heinke, L. (geb. 1869/70), 1899 Ass. in Deutsch-Ostafrika, u.a. Bezirksamtmann Kilua, 1902 im RKoLA, 1905 LegR, 1907 GehRegR u. VortrR, 1911 GehOREgR u. MinDirigent, um 1916 RA dI 162/165

Heinrichs, Adolf (1857–1924), Jurist, 1879 Eintritt in Staatsdienst, 1884 RegAss., 1885 LandR Fallingb. Ostel, 1896 RegR OPräsidium Hannover, 1899 ORegR u. stellv. RegPräs. Posen, 1902 GehRegR u. VortrR MdI, 1905 GehOREgR, 1908 RegPräs. Lüneburg, 18.6.1914–30.4.1919 UStS StMinm., 1917 auch Mitgl. Disziplinarhof Leipzig, 11.12.1917 Wirkl.GehR u. Exz., 18.4.1918 stellv. Bevollm.z.BundesR 113–124/163; 125–129/164; 130–131/Fundort; 132–141/164, 144–152/164; 153–165/165, 168–173/165, 175–187/165; 188–193/166, 195–196/166, 198–203/166; 205/VI; 206–219/166; 220/VI; 221–225/166; 226–234/167, 236–244/167, 247/167, 249–259/167, 261–265/167, 268–269/167

Heinrici, Georg (1844–1915), Theologe, 1881 KonsR Kassel, seit 1892 Prof. Theologie Leipzig, 1901 sächs. GehKirchenR, 1909 Mitgl. sächs. AdW, 1912 Rektor 66/161 106

Heinze, Karl Rudolf (1865–1928), 1889 Ref., 1893 Ass., 1896 Amtsrichter, Landrichter, dann LGR Dresden, 1906 LG-Dir., 1899–1902 Stadtverordneter, 1903–06 unbesoldeter StadtR, 1914/18 in türk. Diensten, 1907–12 u. 1919–28 MdR/MdNatVers. (NLP bzw. DVP) 33/159 281v

Helfferrich, Karl (1872–1924), Staats- u. Finanzwissenschaftler, 1894 Dr. phil., 1899 PD Berlin, Goldwährungspropaganda für die Reichsbank, 1901–06 Hilfsarb. KolAbt. AA, 1905 VortrR, Prof. Staatswissenschaften Berlin, Reorganisation des Geldwesens dt. Kolonien, Wirkl.LegR, 1906 Dir. Anatolische Eisenbahngesellschaft, 1908 Mitgl. Vorstand Dt. Bank, 1910–14 Mitgl. Zentralaus-schuß Reichsbank, 1914 Dir. Dt. Bank, 1913/14 Delegierter Pariser Friedenskonferenz, Aug. 1914 im besetzten Belgien i.A. Reichsleitung u. Programme zur wirtschaftl. Ausbeutung, 26.1.1915 Wirkl.GehR sowie Exz., 1.2.1915–1.6.1916 StS RSA, 4.2.1915 Bevollm.z.BundesR, 1.3.1915–9.11.1917 StMinr. o. Portefeuille, 22.5.1916–21.10.1917 auch StS RA dI, 22.5.1916–9.11.1917 auch Vizeklr., Dez. 1917–Juli 1918, 25.9.1918–Nov. 1918 Kriegsstelle zur Vorbereitung der Wirtschaftsfragen für die Friedensverhandlungen – Büro Dr. H. –, 20.7./29.7.1918 diplomat. Vertreter des Reichs in Moskau, 5.8.1918 Abbruch der Mission, 30.8./22.9.1918 Entlassungsgesuch u. Bewilligung, 1920 Beleidigungsprozeß gegen Erzberger (Geldstrafe), Gegner der Rapallo-Politik, Sept. 1923 Planung der Roggenwährung, Mitgl. zahlreicher AR, 24.4.1924 (†) Eisenbahnunfall, 1920–24 MdR (DNVP) 127/164, 129/164, 132/164, 134–137/164, 139–141/164, 143–152/164; 153–154/165, 156–164/165, 166–170/165, 173–181/165, 183–187/165; 188/166, 190/166, 192–193/166, 195–196/166, 198–199/166, 201–203/166; 205/VI; 206–211/166, 214–219/166; 220/VI; 223/166 364v, 225/166 375v; 226/167 4, 231/167 55, 60v, 253/167 294v

Helldorff, Roderich v. (1848–1913), Rittm. a.D., Landwirt, Fideikommißbes. auf Schloß St. Ulrich (Prov. Sachsen), 1899 Mitgl. Gesamtausschuß Dt. Landwirtschaftsges., Kammerherr, 1889–1913 MdA (DkP) 32/159 261v

Hellingrath, Philipp (1915: **Ritter v.**) (1862–1939), bayr. Offizier, GenLtn., 1916–18 bayr. KrMinr., Juli 1918 Gen.d.Kav. 263/167 365v, 264/167 384

Hellmann, Hans Ernst Otto v. (1857–1917), 1908–24.6.1917 (†) RegPräs. Allenstein, Okt. 1914 Mitgl. Kriegshilfskomm. f. d. Prov. Ostpreußen, Maj. 115/163 177v

- Henatsch, Robert** (geb. 1860), 1882 GerRef., 1887 GerAss., 1892 Amtsrichter, 1895 RegR Köln, Verw. direkte Steuern, 1909 Hilfsarb. FinMinm., 1910 GehFinR u. VortrR FinMinm., Juni 1914 GehOFinR, MinDir., Nov. 1919 stellv. Mitgl. ReichsR, 1923 MinDirigent 90/162; 155/165
- Hengstenberg, Wilhelm** (1853–1927), 1878 Ref. Wiesbaden, 1884 RegAss. Frankfurt/O., 1887 LandR Lauban, 1899 OPräsR Breslau, 1902–05 RegPräs. Wiesbaden, 1905 UStS StMinm., 1907–1.9.1917 (a.D.) OPräs. Hessen-Nassau 208/166 197
- Hennigs, Fritz v.** (1863–1919), Offizier, Rittergutsbes., 1905–18 MdA (DkP) 8/158 300
- Hentig, [Hans?]** (geb. 1887), Prof. Kriminalistik, Mitgl. in Berliner Wahlkomitees 5/158 233v–234
- Hergt, Oskar** (1869–1967), Jurist, 1890 Ref. Naumburg/S., 1895 GerAss., 1896 GerAss. Nordhausen, 1899 Amtsrichter Liebenwerda, 1902 Justitiar (probeweise) Reg. Hildesheim, dann RegAss., 1903 RegR OPräsidium Hannover, 1904 Hilfsarb. FinMinm., 1905 GehFinR u. VortrR, 1909 GehOFinR, 16.2.–30.11.1915 RegPräs. Liegnitz, 1916–Aug. 1917 Oppeln, 6./7.8.1917–7.11.1918 (Rücktritt)/13.11.1918 (Entlassung) FinMinr., Mitgl. Reichsbankkuratorium, 1918–24 Vors. DNVP, 1919–21 MdLV/MdLT, 1920–33 MdR, 1927–28 RJMinr. u. stellv. RK 82/162; 122/163 267–267v; 154/165 26v(?); 207/166 187, 209–219/166; 220/VI; 221–225/166; 226–236/167, 240–269/167
- Hering**, (geb. 1853/54), Oberstabsarzt, 1903 a.D., Provinzialinspekteur freiwillige Krankenpflege Brandenburg, 1912 Ordenssache 66/161 104
- Hermes, Hermann** (geb. 1859/60), 1889 Ass., RegR Königsberg, 1907 GehRegR u. VortrR MdI, 1910 GehORegR, auch Mitgl. Statist. Zentralkomm. u. Aufsichtsamt f. Privatversicherung, nach 1918 a.D. 133/164
- Herold, Karl** (1848–1931), Landwirt u. Gutsbes., Mitgl. landwirtschaftl. Verbände u. im Wirtschaftl. Ausschuß zur Vorbereitung handelspolit. Maßnahmen, Landesökonomierat, 1890–1931 MdA/MdLT (Zentrum, stellv. Fraktionsvors.), 1898–1931 MdR/MdNatVers., Mitgl., Jan. 1916 Mitgl. parlamentar. Beirat f. Volksernährung, Mitgl. d. westfäl. ProvLT 56/161 37v; 77/162 45v; 143/164 227; 179/165 278, 186/165 384v; 194/166 63v, 196/166 77v, 202/166 147
- Herrmann, Felix** (geb. 1854/55), 1875/66 Eintritt in den Staatsdienst, um 1904 GehRegR u. VortrR Minm.öA, Mitgl. Disziplinarhof f. nichtrichterl. Beamte, 1907 GehORegR u. VortrR, nach 1914 a.D. 44/160 91–102; 55/161 10–16
- Herrmann, Paul** (1907: v.) (1857–1921), 1878 GerRef., 1884 GerAss. LG Berlin I, 1887 Rechtsanw. LG Berlin I, 1900 Hilfsarb. MdI sowie GehRegR u. VortrR MdI, 1903 GehORegR, 1906 Mitgl. Heroldsamt, 1908 Mitgl. Generalordenskomm., 1913 Wirkl.GehORegR, 28.3.1914–1920 Präs. OVG 24/159 165; 104/163 64–65; 226/167 7v
- Hertling, Georg Frh.** (1914: Gf.) v. (1843–1919), Philologe, 1867 PD Bonn, 1880 ao. Prof. Bonn, 1882 o. Prof. f. Philosophie München, 1896 ao. u. 1899 o. Mitgl. Bayr. AdW, 1875–90, 1896–1912 MdR (Zentrum, 1909–12 Fraktionsvorsitzender), 1876 Gründungsmitgl. u. Präs. Görres-Gesellschaft, 1891 bayr. ReichsR a. Lebenszeit, 1912 formeller Austritt aus Zentrum, Febr. 1912–Nov. 1917 bayr. MinPräs. u. AMinr., 1.11.1917–3.10.1918 Rklr. u. preuß. MinPräs. sowie Minr. AA, Rücktritt 40/160 52v, 51/160 185v, 187, 53/160 194; 68/161 134–134v, 139, 141v; 132/164 105v–107, 150/164 344v; 161/165 nach Bl. 102: Bl. 3v, 173/165 192v; 215/166 276, 219/166; 220/VI; 221–223/166, 225/166; 226/167, 227/167 15–15v, 228–231/167, 235–236/167, 240/167 167v, 241–244/167, 246/167, 248–249/167, 250/167 256v–257, 251/167, 253–256/167, 257/167 330v–331v, 259–260/167 344–344v, 268/167 412–413
- Hertling, Karl Gf. v.** (1878–1963), Offizier, Sohn des Rklr. u. dessen Adjutant, bayr. Rittm., bis Nov. 1917 Div.-Adjutant 11. bayr. Inf.-Div., Nov. 1917 Kommandierung an das AA u. Delegation an die RK 256/167 327

- Hertzberg (Lottin), Ernst v.** (1852–1920), Rittergutsbes., Rittm. a.D., Landschafts-Dir., 1894–1918 MdH, MdProvLT Pommern 72/161 173
- Heß, Joseph** (1878–1932), Lehrer, 1903–06 Redakteur „Unitas“, 1906 Kreisschulinspektor, Ende 1916 SchulR, 1928 RegDir., 1930 Dirigent Finanzabt. preuß. Bau- u. Finanzdirektion, 1908–19, 1921–32 MdA/MdLT (Zentrum), 1928 MdR 76/162 23–24v
- Heydebrand und der Lasa (Storchnest), Heinrich** (1861–1924), Rittergutsbes., RegRef. a.D., 1902 Kammerherr, Mitgl. Vorstand bzw. Vors. Landwirtschaftskammer Posen, MdProvLT, Rechtsritter Johanniter-Orden, 1914–18 MdH 97/163 7, 9
- Heydebrand und der Lasa, Ernst v.** (1851–1924), Rittergutsbes., 1883 LandR Cosel, 1887–95 Militsch-Trachenberg, 1889–1918 MdA (DkP; 1905–18 Fraktionsvors.), 1903–18 MdR, 1913–18 Vors. Elfer-Ausschuß (Parteivors.) d. DkP, Mitgl. Preußenbund 7/158 283, 12/158 338v–339; 15/159 9v, 17/159 58, 59v, 62v, 18/159 73, 77–78, 79v, 104–105, 108, 110–114, 21/159 142, 23/159 159v, 162; 45/160 108, 120, 50/160 176v, 177v; 56/161 26v, 61/161 70v, 72/161 175; 77/162 39, 45v–46, 92/162 144; 116/163 195–196; 135/164 146v, 141/164 215, 146/164 280, 148/164 315–316, 318v, 149/164 333–333v, 335v, 150/164 337; 156/165 39, 41v–42, 43v, 159/165 91v, 93–94, 161/165 nach Bl. 102: Bl. 8, 163/165 116v, 122, 169/165 173v–174, 175/165 219v, 179/165 289, 186/165 384v; 194/166 64, 208/166 194, 212/166 251v; 239/167 150v
- Heye, Wilhelm** (1869–1946), Offizier, 1888 Ltn., 1901 Hptm. imGenStab, 1906 im GenStab Deutsch-Südwestafrika, 1914 Chef GenStab Landwehr-Korps Woyrsch, Oberst u. Stabschef Heeresgruppe Hzg. Albrecht v. Württemberg, Herbst 1918 Chef Operationsabt. der OHL, 1920–23 GenMaj. u. Chef Truppenamt Reichswehr, GenLtn., 1926–30 Chef d. Reichswehr, a.D. 260/167 345v–346, 262/167 356–356v
- Higersberger, Józef**, Jurist, Rechtsanw. u. poln. Politiker, 1.9.1917–1.3.1918 Präs. AppGer. Lublin, 4./5.5.1918 poln. JMinr. 255/167 324v
- Hill, David Jayne** (1850–1932), Völkerrechtler, Diplomat u. Publizist, 1879–96 Präs. US-amerik. Universitäten, 1899 Prof., 1898–1903 stellv. StS Foreign Office, 1903–05 Gesandter Bern, 1905–08 Haag, 1908–11 Botschafter Berlin 7/158 285v
- Hindenburg, Paul v. Beneckendorff und v.** (1847–1934), Offizier, 1866 Seconde-Ltn., 1873–77 Kriegsakademie, 1885 im GenStab, 1888 Chef Inf.-Abt. KrMinm., Truppendienst, 1897 GenMaj., 1900 Kdr. 28. Div., Gen.d.Inf., 1903 Kdr. IV. AK (Magdeburg), 1911 i.R., 23.8.1914 Reaktivierung, 26.8.1914 GenOberst, Kdr. 8. Armee Ostpreußen, Sept. 1914 auch Kdr. 9. Armee Schlesien, 1.11.1914 Oberbefehlshaber Ost, 27.11.1914 Generalfeldmarschall, Aug. 1915 Chef Heeresgruppe H. (nominell noch OberOst) sowie des Gebiets des OberOst, 30.7.1916 Chef Heeresfront H., 29.8.1916 Chef GenStab Feldheer u. damit der (3.) OHL, 25.6.1919 i.R., 1920 auf der frz. Kriegsverbrecherliste, 12.5.1925–2.8.1934 RPräs. 125/164 14v–15; 130/Fundort S. 7, 140/Fundort S. 1; 144/164 235, 244v, 148/164 311v; 173/165 188v, 195, 201v, 175/165 210, 176/165 233v, 179/165 281v–282, 180/165, 181/165 324v, 185/165 376v, 187/165 398v; 190/166 25v, 198/166 120, 211/166 228v, 215/166 274, 216/166 287, 219/166 324, 325v, 328v; 220/VI; 227/167 24, 228/167 28–29, 241/167 171, 243/167 186v, 253/167 291v, 255/167 318v, 256/167 326v, 257/167 330v, 258/167 335–336v, 260/167 344v, 262/167 355–356, 264/167 385, 265/167 388v, 266/167 391v, 267/167 407v, 269/167 415v
- Hintze**
→ Hitze, Franz
- Hintze, Paul** (1908: v.) (1864–1941), Marineoffizier u. Diplomat, 1895 Unterltn. z.S., 1896 beim OKdo. der Marine, 1898 Dienst im Ostasien-Geschwader, 1901 Korvettenkapitän, 1902 Admiralstab, 1903 Marineattaché St. Petersburg, 1907 Kapitän z.S., 1908 als Militärbevollm. der Person des Zaren attachiert, 1911 Konteradmiral u. Gesandter Mexiko, 1914–17 China, 1917 Norwegen, 16.7.–7.10.1918 StS AA u. Wirkl.GehR, Vertreter des AA im Großen Hauptquartier, nach 1918

Führer DVP im Schlesien, 1921 Vors. VerwR Dt. Auslandsinstitut Stuttgart, 1923–27 Vors. Verein f. das Deutschtum im Ausland 251/167 261v–262, 253/167 291v–292v, 293v, 294v–296v, 254/167, 255/167 318, 320v–321v, 256/167 326v–327v, 329–329v, 257/167 331v, 258/167 335, 336v, 260/167 344

Hirsch, Paul (1868–1940), Jurist, Journalist u. sozialdemokrat. Politiker, 1900–21 Stadtverordneter Charlottenburg u. Berlin, 1908–32 MdA/MdLT (1911–18 Fraktionsvors.), 12.11.1918–25.3.1919 Vors. der preuß. Reg (bis 3.1.1919 in Gemeinschaft mit H. Ströbel) u. Minr.dI (bis 3.1.1919 in Gemeinschaft mit R. Breitscheid), 1919 MinPräs., 1920 StS WohlMinm., 1921 stellv. Bgm. Berlin-Charlottenburg, 1925–33 Bgm. Dortmund 173/165 193v; 193/166 59

Hirsch, Wilhelm (1861–1918), Staatswissenschaftler, 1887–97 Sekr. im ZDI, 1897 Syndikus HK Essen, 1917 Zeitungsverleger (Dt. Kurier u. Berliner Neueste Nachrichten), 1902–18 MdA (NLP), 1912–17 Mitgl. Zentralvorstand NLP, 1916–18 MdR 32/159 262v, 33/159 281v; 118/163 225v; 268/167 410v

Hitze, Franz (1851–1921), Theologe, 1878 kath. Priester, 1880–93 GenSekr. u. Redakteur Verband kath. Industrieller u. Arbeiterfreunde „Arbeiterwohl“, 1890 Gründungsmitgl. u. Mitgl. Vorstand Volksverein f. d. Kath. Dtl., 1893 Prof. f. christl. Gesellschaftslehre Münster, Mitwirkung bei Gründung der Caritas, 1882–93, 1899–1913 MdA (Zentrum), 1884–1921 MdR/MdNatVers. 72/161 172v; 97/163 9–9v; 226/167 7v

Hobbing, Reimar (1874–1919), Verleger, 1902 erster eigener Verlag Leipzig, 1903 Übersiedlung nach Berlin, 1917 Übernahme Norddt. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt einschl. Norddt. Allg. Zeitung 233/167 80v–82

Hoch, Gustav (1862–1942), Kaufmann u. sozialdemokrat. Politiker, 1890–94 Redakteur, 1895–1919 Arbeitersekr., 1898–1903, 1907–28 MdR/MdNatVers. (SPD), 1902–08, 1910 Stadtverordneter Hanau, nach 1920 sozialpolit. Publizist 98/163 17

Hoeffel, Johannes (1850–1939), Mediziner u. Politiker, 1888 Kreisarzt Zabern, GehMedR, 1884–1918 Bgm. Buchweiler (Elsaß-Lothr.), 1890–1912 MdR (RFKP), 1894–1911 Mitgl. Landesrat, 1898–1911 Mitgl. elsass-lothr. StR, 1911 Mitgl. 1. Kammer 215/166 275

Hoensbroech, Paul Reichsgraf von und zu (1852–1923), Jurist u. Publizist, 1876 Ref., 1878–92 Jesuit, 1895 Übertritt zum Protestantismus u. Bewerbung um eine Anstellung im MdI, Publizist gegen Ultramontanismus u. Jesuiten, 1898 Leiter „Tägl. Rundschau“, 1902–07 MitHrsg. Monatschrift „Deutschland“, 1903 u. 1912 Kandidatur RT (für NLP u. FsVg), 1917 Austritt aus FVP 141/164 214

Hoff, Wilhelm (1851–1941), 1871 Zivilsupernumerar im Eisenbahndienst, 1876 Büroassistent, 1878 Betriebssekr, 1881 Eisenbahnsekr., 1882 im Minm.öA, 1883 Geh. exped. Sekr. u. Kalkulator, 1889 RechR, 1895 ständ. Hilfsarb. Minm.öA u. Eisenbahndir., 1897 GehRegR u. VortrR, 1900 GehORegR, 1907 Präs. Eisenbahnzentralamt, 1910 Wirkl.GehORegR Minm.öA, 1911 MinDir., 18.7.1918 Wirkl.GehR, 14.11.1918–25.3.1919 MÖA, 23.11.1918 auch ChefREisenbahnA 53/160 198–199v; 62/161; 213/166; 250/167 255–255v

Hoffmann, Albrecht (geb. 1868), Jurist, 1891 Eintritt in sächs. Justizdienst, 1897–1905 sächs. Finanzbeamter, 1905 OFinR sächs. FinMinm., 1905 GehRegR u. VortrR RSA, 1909 GehORegR, 20.12.1917 stellv. Bevollm.z.BundesR 77/162, 79/162; 159/165

Hoffmann, Adolph (1858–1930), Maler u. Vergolder, sozialdemokrat. Politiker, 1876 Mitgl. SPD, 1890 Redakteur u. Verleger, 1900–21 Stadtverordneter Berlin, 1904–06, 1920–24 MdR/MdNatVers., 1908–21, 1928–30 MdA/MdLT (SPD, USPD, KPD, SPD), 1916–18 Vors. Zentralvorstand sozialdemokrat. Wahlvereine Groß-Berlin, 12.11.1918–3.1.1919 WissMinr. (in Gemeinschaft mit K. Haenisch), 1925–30 Stadtverordneter Berlin 210/166 220; 229/167 40–40v

Hoffmann, Max(imilian) (1869–1927), 1888 Offizier u. Militärschriftsteller, 1899 im GenStab., 1904–05 militär. Beobachter im russ.-japan. Krieg auf japan. Seite, 1914–16 1. GenStabsoffizier (Oberstlttn.) 8. Armee (im Osten), enger Mitarb. Ludendorffs, Aug. 1916 Oberst u. Stabschef OberOst, 1917 GenMaj., Dez. 1917–Jan. 1918 Vertreter OHL bei Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, bis Okt. 1918 Gen. z. bes. Verwendung des KrMinm., 10.10.1918 Chef Kriegsamt im KrMinm., 1920 a.D. u. kriegsgeschichtl. Arbeiten 228/167 28

Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu (1840: **Prinz zu Ratibor und Corvey**) (1819–1901), bayr. Standesherr, 1842 Eintritt in preuß. Staatsdienst, 1849 Reichsgesandter London, 1866–70 bayr. MinPräs., 1874 Botschafter Paris, 1885 Statthalter Elsaß-Lothr., 1894–1900 MinPräs., AMinr. u. Rklr., 1846 erbl. Mitgl. bayr. 1. Kammer, 1868–81 MdR (bkF, Lib. Reichspartei, RFKP) 4/158 218v; 85/162 106v; 106/163 83v

Hohenzollern-Sigmaringen, Ferdinand v.

→ Ferdinand I., König v. Rumänien

Holle, Ludwig (1855–1909), Jurist, 1878 GerRef., 1883 GerAss., 1884 landwirtschaftl. Spezialkom. Höxter, 1889 RegR, 1890 Hilfsarb. LandMinm., 1891 GehRegR u. VotrR, 1895 GehORegR, 1900 LandesHptm. Westfalen, 1904 UStS Minm.öA, 24.6.1907–14.7.1909 KuMinr. (seit 21.10.1908 aus gesundheitl. Gründen beurlaubt) 2/158 210v

Hollmann, Anton (1876–1936), Agrarwissenschaftler, Geschäftsführer Landwirtschaftl. Verein f. Rheinpreußen, landwirtschaftl. Berater GenKonsul Kopenhagen, 1909 St. Petersburg, 1913/14–22 Prof. landwirtschaftl. Hochschule Berlin, 1.4.–Herbst 1917 im Kriegsernährungsamt, auch landwirtschaftl. Berater Gesandtschaft Kopenhagen, 1921–34 (em.) Aufbau u. Ltg. Institut f. ausländ. Landwirtschaft 250/167 255v–257v

Holnstein aus Bayern, Ludwig Karl Gf. v. (1868–1930), Fideikommißbes., erbl. Reichsrat der Krone Bayerns, bayr. Kammerherr, Maj. a.D. 33/159 282v

Holtgreven, Anton (1843–1929), Jurist, 1867 Ref., 1870 GerAss., 1873 Kreisrichter Halle, 1876 Stadt- u. Kreisrichter Magdeburg, 1880 Hilfsrichter OLG Naumburg, 1884 OLGR Naumburg, 1889 Hilfsarb. JMinm., 1890 GehJusR u. VotrR, 1893 GehOJusR, 1900 Präs. OLG Hamm, 1904 Wirkl.GehORegR, 1912 Wirkl.GehR, 1.1.1919 i.R. 226/167 10

Holtz, Ernst (1854–1935), Jurist, 1876 GerRef. Greifswald, 1879 RegRef. Stralsund, Stettin, 1882 RegAss. Oppeln, 1894 LandR Kattowitz, 1897 ORegR u. stellv. RegPräs. Stettin, 1898 Hilfsarb. MdI, 1898–1900 GehRegR u. VotrR MdI, 1900 RegPräs. Oppeln, 31.12.1907–31.3.1914 UStS MdI, März 1914–22 (Chef-)Präs. Oberrechnungskammer u. Rechnungshof Dt. Reich, 9.3.1914 Wirkl.GehR 55/161, 62–65/161; 101/163 33–34, 104/163 64v

Holtzendorff, Henning v. (1853–1919), Marineoffizier, Fideikommißbes., 1869 Eintritt in norddt. Marine, 1897 Kapitän z.S., 1898–99 Chef Stab Marinestation Ostsee, 1901–03 Oberwerftdir. Danzig, 1906 Chef I. Geschwader, 1909 Chef Hochseeflotte, 1904 Konteradmiral, 1907 Vizeadmiral, 1910 Admiral, 1913 a.D., 26.6.1916 reaktiviert, 5.9.1915–10.8.1918 Chef Admiralstab Marine, 31.5.1918 Großadmiral, 27.8.1918 z.D., 1913–18 MdH 161/165 nach Bl. 102: Bl. 1v–3, 5v, 164/165 136, 141v; 190/166 25v, 26v, 203/166 157; 220/VI

Holzendorf

→ Holtzendorff, Henning v.

Horn, MdR, 1911 Ordenssache [vermutlich Albert H., geb. 1840, Syndikus u. fürstbischöfl. Stiftratsrat Neisse, 1874–1918 MdR, Zentrum] 53/160 194v

Hötendorf, Franz Gf. Conrad v.

→ Conrad v. Hötendorf, Franz Gf.

House, Edward Mandell (1858–1938), US-amerik. Offizier, Oberst, Berater u. Sonderbevollm. Präs. Wilson, 1914 Friedensmission in Europa 156/165 37v

- Huber, Rudolf** (geb. 1867), 1893 GerAss., 1899 Amtsrichter Charlottenburg, 1906 Landrichter Berlin I, 1908 KGR, 1911 GehJusR u. VortrR JMinm., 1915 GehOJusR, 1923 MinDir., um 1933 a.D. 87/162; 227/167
- Hué de Grais, Robert Gf.** (1835–1922), Jurist, Rittergutsbes., 1860 RegAss. Minden, 1861 Koblenz, 1867 KrsHptm. Hildesheim, 1879 PolPräs. Stettin, 1887 GehRegR u. VortrR MdI, 1889–1900 (a.D.) RegPräs. Potsdam, zahlreiche jurist. u. verwaltungsrechtl. Veröffentlichungen, 1901 MdProvLT Prov. Sachsen, 1886–89 MdA (RFKP) 139/164 171–171v
- Hué, Otto** (1868–1922), Schlosser u. sozialdemokrat. Politiker, 1890 Mitgl. SPD, 1894 Angestellter Bergarbeiterverband, 1895–1905 Redakteur Berg- u. Hüttenarbeiterzeitung, 1895–97 Vors. Gewerkschaftskartell Essen, 1903–12, 1919–22 MdR/MdNatVers. (SPD), 1904–17 Sekr. Bergarbeiter-Internationale, 1913–19 MdA/MdLV, 27.11./1.12.1918–30.11./1.12.1919 Beigeordneter HandMinm., Gründungsmitgl. Zentralarbeitsgemeinschaft, 1919 Reichsbevollm. f. den Kohlenbergbau, 1919 Mitgl. Staatenausschuß, 1920 Mitgl. Sozialisierungskomm., vorl. RWiR u. Reichskohlenrat 184/165 364v, 365v; 193/166 59; 229/167 41
- Hueck, Richard** (1859–1915), 1880 Ref., 1884 BergAss. u. Hilfsarb. Bergwerksdirektion Saarbrücken, 1885 Berginspektor bei Berginspektion Gerhard, Gelsenkirchen, 1891 BergR, 1896 Dir. Berginspektion Gerhard, 1899 Dir. Bernsteinwerke Königsberg, 1900 GehBergR, 1906 Hilfsarb. u. dann VortrR u. GehBergR HandMinm., 1911 GehOBergR, im Weltkrieg mit Fragen der Kohlenversorgung befaßt 69/161
- Hugenberg, Alfred** (1865–1951), Jurist u. Volkswirt, Gutsbes., 1886 Ref., 1890–91 Gründungsmitgl. Alldt. Verband, 1894 RegAss. beim LandR Rees, Hilfsarb. Ansiedlungskomm., 1899 beim OPräs. Kassel, 1900 Beurlaubung als Verbands-Dir. Raiffeisenkassen Prov. Posen, 1901 RegR, 1903 Hilfsarb. FinMinm., 1904–07 (a.D.) GehFinR u. VortrR, 1908 Vorstand Berg- u. Metallbank AG Frankfurt/M., 1909–18 GenDir. Krupp-Werke, Vors. Verein für die bergbaul. Interessen im ObergABez. Dortmund, 1916 Aufbau eines eigenen Medien-Konzerns, 1919 DNVP (1928 Vors.), 1920–45 MdR, 1933 preuß. u. RMinr. f. Wirtschaft u. Ernährung 118/163 224v; 127/164 73v; 161/165 nach Bl. 102: Bl. 7; 203/166 161
- Huhn, Arthur Ernst v.** (1851–1913), polit. u. Reiseschriftsteller, Vertreter Norddt. Lloyd, bis Ende 1912 Korrespondent der Köln. Zeitung in Berlin u. Ordenssache 66/161 105v
- Humbert**, (geb. 1875) 1900 GerAss., 1903 Amtsrichter Königshütte, 1909 Landrichter Berlin I, 1913 GehJusR u. VortrR JMinm., 1917 GehOJusR, 1919 Präs. LG Landsberg/W. 103/163, 107/163
- Hutten-Czapski, Bogdan Gf. v.** (1851–1937), Fideikommißbes., 1875 im Justizdienst, 1877 Offizier, 1882 Attaché Paris, 1884–85 Adjutant Statthalter Elsaß-Lothr., 1890–91 Bevollm. d. Statthalters bei der Päpstl. Kurie, 1900 Mitgl. KolR, 1901 SchloßHptm. Posen, 1915 Oberstltm., 1917 Wirkl.GehR, Mitgl. KolR, 1924 Kauf eines poln. Gutes, 1926 Präses poln. Malteser, 1895 MdH 8/158 300v–301
- Hüttenhein, Hermann Wilhelm** (geb. 1871), Jurist, 1892 GerRef. Amtsger. Hilchenbach, LG Dortmund, RegR Minm.öA, GehRegR u. VortrR, Dez. 1916 auch Mitgl. Komm. zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen, 23.9.1918 GehORegR, nach 1918 a.D. 115/163
- Ickler, Gustav** (1870–1951), Schlosser, Vorschlosser Bahnhof Göttingen, 1912 Berlin, I. Vors. d. Kartells „Deutscher Reichs- und Staatsarbeiter“, I. Vors. Verband Dt. Eisenbahn-Handwerker u. -Arbeiter, 1912–18 MdR (NLP) 98/163 12v; 185/165 368v; 234/167 98v
- Iderhoff, Lümko** (geb. 1856), Jurist u. Staatswissenschaftler, 1879 Ref., 1882 RegRef. Landrostei Stade u. RegBez. Merseburg, 1885 RegAss. Danzig, 1888 LandR Weener, 1894 Aurich, 1904 Präs. Konsistorium Aurich, Mitgl. Vorstand Gesamtsynode reform. Kirche Hannovers, 1899–1918 MdA (RFKP) 8/158 300

Isenburg-Büdingen(-Birstein), Franz Joseph Fürst zu (1869–1939), Standesherr, 1915 1. Adjutant Verw.-Chef Russisch-Polen, Verw.-Chef Litauen, 1899/1902–18 Mitgl. I. hess. Kammer, 1901–18 MdH 251/167 268

Itschert, Peter (1860–1939), Jurist, 1889 GerAss., 1899 Amtsrichter Frankfurt/M., 1900 Landrichter, 1904 LGR, 1908 Dir. LG Berlin II, 6.7.1917 GehJusR, 1903–07 MdR, 1908–18 MdA (Zentrum) 8/158 300

Jacobi, F. W. L. Albano v. (geb. 1854), Offizier, 1874 Eintritt in die Armee, 1877–79 Dienst beim damaligen Prinzen v. Preußen, späteren Wilhelm II., 1888–89 im GenStab, 1892–92 Flügeladjutant Wilhelm II., 1895–99 bei der Botschaft Rom, 1899 Oberstltm., 1900 Abt.-Chef GenStab, 1901 Oberst u. RgtKdr., 1905 GenMaj. u. Militärbevollm. Petersburg, 1908 Präs. Generalordenskomm., 1912 Gen. 8/158 303v, 305

Jagow, Ernst v. (1853–1930), 1875 Ref., 1880 GerAss., RegAss. Hannover, Liegnitz, 1886 LandR Osterburg, 1893 OPräsR Posen, 1895–99 RegPräs. Posen (als „Kanalrebell“ z. D.), 1901 RegPräs. Marienwerder, 1905–19 OPräs. Westpreußen, 1912 Wirkl.GehR, Domkapitular Brandenburg, 1889–1901 MdA (DkP) 42/160 65v; 76/162 34; 117/163 204v–206, 208, 209v; 151/164 359v; 154/165 21, 22–22v

Jagow, Gottlieb v. (1863–1935), Jurist, 1866 GerRef., 1889 RegRef. Oppeln, 1892 RegAss. Potsdam, 1895 Attaché Rom, 1896 München, 1897 Sekr. Gesandtschaft Hamburg, II. Sekr. Rom, 1899 LegR, 1900 Sekr. Gesandtschaft Haag, 1901 Sekr. Botschaft Rom, 1906 Wirkl.LegR u. VortrR AA, 1907 ao. Gesandter u. Bevollm. Minr., 1908 Gesandter Luxemburg, 1909 Botschafter Rom, 11.1.1913–22.11.1916 StS AA u. Wirkl.GehR, 3.7.1914–22.11.1916 auch StMinr., 1916–18 MdH 106/163, 110/163, 112/163 121–121v, 113/163; 129/164; 130–131/Fundort; 132/164, 134–135/164, 139–144/164, 147–148/164, 150–151/164; 153–154/165, 156–157/165, 161/165 nach Bl. 102: Bl. 3v, 6, 162–164/165, 166–168/165, 170/165, 173–176/165, 179–181/165; 230/167 48

Jagow, Traugott v. (1865–1941), Jurist, Maj. d.R., 1893 RegAss., 1895 LandR West-Prignitz (Perleberg), 1906 ORegR Potsdam, 27.10./2.11.1909–1916 PolPräs. Berlin, 1916–19 RegPräs. Breslau (nominell, da im Heeresdienst — Vertretung durch Amtsvorgänger), 1920 von Kapp zum preuß. Minr.dI ernannt, Verurteilung wegen Hochverrat, 1925 begnadigt 5/158 233; 66/161 105v; 125/164 11v, 136/164 157, 140/164 195v, 145/164 257; 163/165 115v, 169/165 172–172v; 209/166 201

Jahn, Gustav Rudolf (1862–1940), Jurist, 1885 Ref., 1889 GerAss., 1894 Amtsrichter Charlottenburg (b. Bln.), 1898/99 Landrichter Berlin I u. Hilfsrichter am KG sowie Hilfsarb. JMinm., 1900 RegR u. ständ. Hilfsarb. RSA, 1903 GehRegR u. VortrR, 1907 GehORegR, 1912–18 UStS RSA, 11.12.1917 Wirkl.GehR, Sept. 1918–1931 Präs. Reichsfinanzhof 53/160 195v; 63/161 77–83; 82/162; 117/163; 244/167 196, 252/167

Jarotzky, Jaroslaw (Jadislaus) v. (1858–1928), Jurist, 1880 GerRef., 1882 RegRef., 1885 RegAss. Liegnitz, Oppeln, 1887/8 LandR Gostyn (Posen), 1892 RegR beim OPräs. Posen, 1900 Hilfsarb., dann GehRegR u. VortrR MdI, 1902 auch nichtständ. Mitgl. Reichsversicherungsamt, 1902 RegPräs. Danzig, 1909 Münster, 1913–20 MinDir. MdI u. Wirkl.GehORegR, 1920 kurzzeitig Übernahme der Geschäfte des UStS u. dann Präs. Landesfinanzamt Schleswig-Holstein 7/158 280v; 81/162 73v, 93/162 159

Jerusalem, (gest. 1918), 1878 GerAss., 1879 Amtsrichter Wiehl, 1881 Uerdingen, 1888 Landrichter Düsseldorf, 1892 LGR, 1896 Dir. LG Essen, 1900 Düsseldorf, 1906 Präs. LG Mönchengladbach, 1912 GehOJusR, Präs. LG Duisburg, gest. Mitte 1918 254/167 304

Joeden, (geb. 1852/53), RegR, 1897 Hilfsarb. FinMinm., 1898 GehRegR u. VortrR, 1901 GehOFinR, 1912 Wirkl.GehOFinR, auch Dir. Allg. Witwenverpflegungsanstalt sowie Dir. Berliner Allg. Witwen-Pensions- u. Unterstützungskasse, 1919 stellv. Mitgl. Staatenausschuß, um 1919 a.D. 57/161

Joffe, Adolf Abramowitsch (1883–1927), russ. Revolutionär u. Diplomat, Menschewik, 1917 Übertritt zu den Bolschewiki, Nov. 1917 Leiter sowjetruss. Waffenstillstandskomm., Dez. 1917 Leiter u. dann Mitgl. sowjetruss. Friedensdelegation Brest-Litowsk, 6.4.–5.11.1918 Bevollm. Sowjetrußlands in Berlin, 1922 Mitgl. Delegation Konferenz v. Genua 228/167 30v, 251/167 267, 254/167 301v, 262/167 359

Joffre, Joseph (1852–1931), frz. Offizier, 1914 Oberbefehlshaber Heer, Dez. 1915–Dez. 1916 aller frz. Armeen, Dez. 1916 Vors. des gemeinsamen Kriegsrates, Marschall 140/Fundort S. S. 7

Johannes, Hermann (1857–1932), Jurist u. Diplomat, 1887 Eintritt in AA, 1890 beim GenKonsul London, 1890 im AA, 1901 stellv. Bevollm.z.BundesR, 1906 GenKonsul London, Wirkl.GehLegR, März 1914 MinDir. AA (Handelspolit. Abt.), Ende 1917/Anf. 1918 Mitgl. dt. Delegation in Brest-Litowsk, 1918 i.e.R., 1923 i.R. 122/163

Johanssen, Adolf (1863–1936), Jurist, 1886 GerRef. OLG Kiel, Ger. Lütjenburg, 1888 RegRef. Reg. Schleswig, 1891 RegAss., 1895 RegAss. Bromberg, 1897/98 LandR Süderdithmarschen, 1910 ORegR Gumbinnen, Stellv. Vors. Bezirksausschuß, 1.7.1915 OPräsR beim OPräs. Schleswig (dann verlegt nach Kiel), 1920–28 (a.D.) RegPräs. Schleswig, 1928–32 MdLT (DNVP) 135/164 145v

Johanssen, Paul (geb. 1861), Landwirt, Rittergutsbes., Amtsvorsteher, 1905–18 MdA (RFKP) 33/159 281v

Josse, Emil (geb. 1865/66), Prof. TH Charlottenburg (b. Bln.), 1911 GehRegR 66/161 105v–106

Jung, Walter (geb. 1869), 1894 GerRef., 1896 RegRef., 1899 RegAss., 1906 LandR Braunsberg, 1911 GehRegR u. VortrR RAdl, 8.6.1915 GehORegR, bis Anf. 1916 auch Mitgl. Vorstand Reichsprüfungsstelle f. Lebensmittelpreise, März 1916 auch Mitgl. Vorstand Reichsfleischstelle, 7.6.1918 Vors. (Mai 1919: Präs.) Reichsstelle (-amt) f. dt. Einwanderung, Rückwanderung u. Auswanderung (Reichswanderungsstelle/-amt) 167/165

Junge, Karl (geb. 1855/56), im RMarineA, 1901 GehRegR Rechnungshof Dt. Reich, 1904 GehORegR u. VortrR, nach 1914 Wirkl.GehORegR, um 1924 Dir. 53/160 195v

Junghann (d.J.), Otto (1873–um 1950), ca. 1906 RegAss. Wiesbaden u. beim LandR Rüdeshcim, 1908 Hilfsarb. HandMinm., 1911/12 LandR Grünberg, 1917–19 im Kriegsernährungsamt, Präs. Reichskartoffelstelle, 1919–24 (i.R.) RegPräs. Köslin, Geschäftsführer Dt. Liga f. Völkerbund, VizePräs. Weltverband Völkerbundgesellschaften, Gründungsmitgl. u. Ehrenvorsitzender Gesellschaft f. Vereinte Nationen 20/159

Junius Alter, Pseud.

→ Sontag, Franz

Just, Otto (geb. 1854), Jurist, 1882 Amtsrichter, 1885–91 bei Reg. Hildesheim, 1893 VortrR Minm.öA, 1896 GehORegR, 1905–10 (a.D.) Dir. RAdl u. Bevollm.z.BundesR, Vors. Verband dt. Beamtenvereine u. des Dt. Beamten-Wirtschafts-Bundes, 26.8.1914 RKom. zur Untersuchung der in Belgien von Zivilbehörden u. der Bevölkerung gegen Deutsche verübten Gewalttätigkeiten, später: RKom. zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen dt. Zivilpersonen in Feindesland, 27.6.1918 Vors. Reichsstelle für Textilwirtschaft, 18.7.1918 Wirkl.GehR, Mitgl. zahlreicher AR, 1906–18 MdA (NLP) 21/159 144–145; 117/163 201–201v

Kaempff, Johannes (1842–1918), Kaufmann, 1871–99 Mitgl. Direktorium Bank f. Handel u. Industrie (Darmstädter B.), 1887–92, 1896–99 StadtR Berlin, 1901 Stadtverordneter, 1902 Präs. Älteste Kaufmannschaft Berlin, Deputierter Zentralausschuß Reichsbank, 1906 Vors. AR Bank f. Handel u. Industrie, 31.1.1915 Mitgl. Reichsverteilungsstelle f. Brotgetreide u. Mehl, 5.8.1915 Wirkl.GehR u. Exz., Präs. Dt. Handelstag, Mitgl. Börsenausschuß Berlin, Mitgl. Direktorium Hansa-Bund, Mitgl. zahlreicher AR, 1903–18 MdR (DFsP, ab 1910 FsVP, 1912–18 Präs. RT) 33/159 281; 120/163 244v; 137/164 159–159v; 185/165 376v; 226/167 7v

Kahl, Wilhelm (1849–1932), Jurist, 1895–1921 Prof. Berlin, 1902 Mitgl. Komitee zur Vorbereitung Strafrechtsreform, 1911 Mitgl., später Vors. Strafrechtskomm. beim RJA, 1908/09 Rektor u. 1909/10 Prorektor Univ. Berlin, GehJusR, 1921–28 Präs. Dt. Juristentage, Mitgl. NLP, nach 1918 DVP, Mitgl. Zentralvorstand beider Parteien, EhrenVors. Liberale Vereinigung, 1919–32 MdR/MdNatVers., 1927 Vors. Strafrechtausschuß RT 27/**159** 179v–180; 226/**167** 7v

Kakowski, Aleksander (1862–1938), kath. Geistlicher, 1886 Priester u. Kirchenjurist, 1910 Rektor Geistl. Akademie St. Petersburg, Ende 1913 Erzbischof v. Warschau, 12.10.1917–14.11.1918 Mitgl. poln. Regentschaftsrat, 15.12.1919 Kardinal 220/**VI** 213

Kalckreuth, Alfred Leo v. (1846–1920), Rittergutsbes., 1863–93 Offizier, Maj. a.D., 1908–13 MdA (DkP) 72/**161** 173

Kameke, Karl Otto v. (1889–1959), Jurist, 1911 RegRef. Frankfurt/O., 1914–17 Kriegsdienst, 1917 Adjutant Rklr., 1918 RegAss. u. Hilfsarb. StMinm., 1920 GehRegR u. VortrR, 1921 MinR, 1922 OVGR, 1934–42 (i.R.) Senatspräs. OVG, 1930 Mitgl. Sechserat Konservative Volkspartei 233/**167**, 237–238/167, 246–247/167, 251/167, 254/167

Kanitz (Podangen), Hans Wilhelm Gf. v. (1841–1913), Rittergutsbes. u. Jurist, 1870–77 LandR Sprottau, 1910 Wirkl.GehR, 1869–71, 1889–1913 MdR, 1885–1913 MdA (DkP) 26/**159** 175v–176; 77/**162** 39

Kapitza, Johannes (1866–1930), kath. Pfarrer in Tichau, 1908–12 MdA (Pole) 263/**167** 371

Kapp, Wolfgang (1858–1922), 1880 GerRef., 1883 RegRef., 1886 RegAss. Verw. direkte Steuern Berlin, Hilfsarb. FinMinm., 1890 Verw. direkte Steuern Berlin, 1891 LandR Guben, 1899 Hilfsarb. LandMinm., 1900 GehRegR u. VortrR LandMinm., 1903 GehORegR, 1906–20 Dir. ostpreuß. Generallandschaft (Mitte 1916–1917 unterbrochen), Vors. Verband öffentl. Lebensversicherungs-Anstalten, 1912 Mitgl. AR Dt. Bank, Mitgl. Landesökonomiekollegium, Okt. 1914 Mitgl. Kriegshilfskomm. f. Ostpreußen, 2.9.1917 Gründungsmitgl. u. 2. Vors. der DVLP, 24.10.1917 Wiederwahl als Dir. Generallandschaft, 1918 MdR, am 13.–17.3.1920 als (Gegen-) Rklr. eingesetzt, Flucht nach Schweden, 1922 Rückkehr u. Untersuchungshaft 64/**161** 93v–94; 74/**162** 9–9v, 11–12; 116/**163** 183v; 170/**165**, 173/165 193v, 199v–200; 212/**166** 244–245v, 221/166 333v–335v, 222/166 349v–352v

Karadjorjewic, Peter

→ Peter I. v. Serbien

Kardorff, Siegfried v. (1873–1945), Jurist, 1895 Ref., 1900 GerAss., 1901 RegAss. beim LandR Höchst, 1904 Hilfsarb. LandMinm., 1908–20 LandR Lissa, 1908–18 MdA (RFKP), 1919 Mitgl. DNVP, 1920–33 MdR (DVP, 1928–32 Vizepräs. RT) 51/**160** 188v; 196/**166** 86v

Karl I., Kaiser von Österreich u. König v. Ungarn (1887–1922), jüngerer Bruder des österr.-ungar. Thronfolgers Franz Ferdinand, Offizier, 28.6.1914 Thronfolger, Feldmarschall-Ltn., 1.8.1916 Gen.d.Kav., Oberbefehlshaber 12. (österr.-ungar.) Armee, 21.11.1916–11./13.11.1918 (Thronverzicht) Kaiser u. (als Karl IV.) König v. Ungarn, Exil 173/**165** 188v; 198/**166** 104, 203/166 156v, 159v, 211/166 228v–229, 219/166 325; 220/**VI** 210–210v, 211v, 223, 228, 230–230v, 232–232v; 223/166 362v; 234/**167** 94, 245/167 213–215, 248/167 229, 253/167 293, 254/167 299v–301, 264/167 385v

Karl Stephan, Erzherzog v. Österreich (1860–1933), k.u.k. Marineoffizier, 1896 a.D., Bewirtschaftung seiner poln. Güter, 1912 Admiral, bis 1918 Protektor der AdW Krakau, 1914–18 Protektor der Kriegsinvalidenfürsorge 253/**167** 293

Karl Eduard, Hzg. v. Sachsen-Coburg u. Gotha (1884–1954), Offizier u. Großgrundbesitzer 1900–18 Hzg. (1900–05 unter Vormundschaft des Prinzen Ernst v. Hohenlohe-Langenburg), 1914–18 Gen.d.Inf., 13.11.1918 Thronverzicht, 1920 Mitgl. Brigade Ehrhardt, dann Wiking-Bund, 1928 Mitgl. Stahlhelm, 1933 Gruppenführer SA, 1933–45 Präs. DRK 42/**160** 64v

- Károlyi, Mihály (Michael) Gf.** (1875–1955), ungar. Politiker, Präs. ungar. Nationalrat, 31.10.1918 ungar. MinPräs., 11.1.–21.3.1919 (Sturz) Präs. der Republik 264/167 385v
- Kautz, Georg** (1860–1940), Jurist, 1881 GerRef. Neustettin u. Danzig, 1882 Dr., 1883 RegRef. Königsberg, 1886 RegAss., 1887 Danzig, 1890 LandR Konitz, 1894 RegR PolPräs. Berlin, 1899 ORegR u. Abt.-Dirigent, 1902 GehRegR u. VortrR RAdI, 1906 GehORegR, 1907–15 Präs. Kanalamt Kiel, 1914 Wirkl.GehORegR, Frühjahr 1915 RKom. für die Kartoffelversorgung (Präs. Reichskartoffelstelle), Mai 1915 MinDir. RAdI (Abt. für Ernährungsfragen), 1918–23 Präs. Reichsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte, 1921–23 auch Präs. Binnenschiffahrts-Friedensdelegation Paris, Vizepräs. Bund f. Nationalwirtschaft, Vors. bzw. Mitgl. verschiedener AR, bes. Schifffahrt, 1924 stellv. Vors. Dt. Industriellenvereinigung 150/164 343v
- Keil, Friedrich** (1857–1944), Jurist, Rechtsanw. u. Notar, JusR, 1904–18 MdA (NLP, 1903–07 Mitgl. Zentralvorst.) 53/160 194v
- Kellner, Oskar Johann** (1851–1911), Agrikulturchemiker, 1880–92 Aufbau des landwirtschaftl. Versuchswesens in Japan, 1893 Ltr. landwirtschaftl. Versuchsstation Möckern b. Leipzig, v.a. Arbeiten zu Fütterungsfragen, mit Oexmann Erfinder von Ersatzfutter aus Stroh 141/164 218v
- Kerenski, Alexander Fjodorowitsch** (1881–1970), russ. Politiker, nach der Februarrevolution 1917 Mitgl. der Sozialrevolutionäre, russ. JMinr., dann Kriegs- u. MarineMinr., auch MinPräs., 1918 Emigration 220/VI 228–228v
- Kessel, Gustav v.** (1846–1918), Offizier, 1865 Ltn., 1883 persönl. Adjutant Kronprinz, 1889 Oberstltm., 1890 Kdr. Schloß-Kompanie, 1893 Kdr. 1. Garde-Rgt. z.F., 1893 GenMaj. u. Gen. à l.s. des Kaisers, 1897 Kdr. 1. Garde-Inf.-Brigade u. Kommandant v. Potsdam, 1899 GenLtn. u. GenAdjutant des Kaisers sowie Kdr. 2. Garde-Div., 1900 Kdr. 1. Garde-Div., 1902 kommand. Gen. Garde du Corps, 1903 Gen.d.Inf., 29.5.1909 Oberbefehlshaber in den Marken u. Gouv. v. Berlin, 27.1.1911 GenOberst, 1913 Chef Inf.-Rgt. 20, 28.5.1918 (†) 140/Fundort S. 6; 145/164 257
- Kessler**, Offizier, Maj., Adjutant des Gen. Roderich v. Schöler (Militärintendanturwesen) 241/167 171v
- Kestner**, (geb. 1879), 1900 Ref. OLG Naumburg, 1906/07 GerAss., 1908 Arbeit im volkswirtschaftl. Büro RSA, 1909 im HandMinm., 1910 RSA, 1911 RegAss., 1912– ca. 1914 RegR u. ständ. Hilfsarb. RSA 101/163
- Keyserlingk (Cammerau), Robert Gf. v.** (1866–1959), Jurist, Staatswissenschaftler u. Rittergutsbes., 1889 GerRef., 1890 LG Breslau, 1891 RegRef. Breslau, 1894 RegAss. beim LandR Naugard, 1895 Beurlaubung u. Teilnahme an einer Forschungsreise, 1896 bei Reg. Königsberg, 1898 beim OPräs., 1898–1906 LandR Fischhausen, 1906 Hilfsarb. LandMinm., 1907 GehRegR u. VortrR, 1908 OPräsR beim OPräs. Königsberg, zugl. stellv. Kurator Univ., 1909/Jan. 1910–30.6.1915 RegPräs. Königsberg, 1.7.1915 Wirkl.GehORegR u. MinDir. LandMinm., 8.1.1916–31.3.1917 Vors. Landesgetreideamt u. Landeamt f. Futtermittel, März 1916 auch 2. stellv. Vors. Vorstand Reichsfleischstelle, 25.2.1917 zugl. verwaltungstechn. u. landwirtschaftl. Gutachter sowie Berater GenStab des GenQuartierm., Juni 1917 z.D., März–2.5. [26.4. ?] 1918 RKom. für die litauischen, kurländischen u. sonst. östl. Angelegenheiten (mit Ausnahme Polens) u. Exz., um 1918 Vors. der Landwirtschaftl. Betriebsstelle f. Kriegswirtschaft beim Kriegsernährungsamt, Privatier, 1921–33 MdStR u. Mitgl. Vorstand landwirtschaftl. Arbeitgeberverbände, 1927 Mitgl. dt. Delegation Genfer Weltwirtschaftskonferenz, Gründungsmitgl., 1900–06 MdProvLT, DNVP 7/158 280v; 72/161 174v; 115/163 177v; 135/164 145–145v, 148/164 323–324v
- Keyserlingk (Neustadt), Heinrich Gf. v.** (1861–1941), Fideikommißbes., 1893–1907 LandR Neustadt, 1901 Kammerherr, bis 1913 Mitgl. Ansiedlungskomm., GenLandschaftsDir. Westpreußen, stellv. Vors. ProvVerband Westpreußen, 1904–18 MdH 8/158 300; 72/161 172v; 208/166 194

- Kirchhoff, Hermann** (1845–1928), Jurist, Kreisrichter Attendorn, Mitgl. Eisenbahndirektion Elberfeld, GehORegR MÖA, 1895 Wirkl.GehORegR u. MinDir., 1905 Wirkl.GehR, um 1908 a.D., Mitgl. AR AEG, Bank f. Elektrische Werte u. Gelsenkirchener Bergwerks-AG 157/165 62v
- Kiderlen (-Wächter), Alfred** (1869: v. **K.-Wächter**) (1852–1912), Jurist u. Diplomat, 1874 Sekondeltn., 1879 Eintritt in den diplomat. Dienst, 1886 Botschaftsrat Konstantinopel, 1888 Orientreferent im AA u. VotrR AA auf den politischen Reisen d. Kaisers, 1894 Gesandter Hamburg, 1895–99 Kopenhagen, 1900 Gesandter Bukarest, 1908 UStS AA, 1910–12 StS AA 25/159 168–168v; 42/160 69–72v, 51/160; 68/161
- Kienitz, Roderich** (1915: v.) RegR Eisenbahndirektion Posen, ca. 1909 Mitgl. Eisenbahndirektion Mainz, ca. 1910 GehRegR, ca. 1912 VotrR Minm.öA, 28.1.1915 GehORegR, Kriegsdienst, Hptm. 119/163
- Kiepert, Max** (geb. 1879), 1911 Hilfsarb. u. RegAss. HandMinm., (1914) 1916–33 LandR Plön 93/162
- Kirchner**, Jurist, 1875 GerAss., 1877 Amtsrichter Hannover, 1884 Landrichter, 1889 LGR, 1893 Dir. LG Frankfurt/M., 1902 Präs. LG Allenstein, 1905 Kassel, 1909 GehOJusR, 1910–nach 1918 Präs. OLG Kiel, 1912 Wirkl.GehOJusR 28/159 204
- Kirdorf, Emil** (1847–1938), Großindustrieller, 1873 Dir. Gelsenkirchner Bergwerks-AG, 1892–1926 GenDir., 1893 Gründer u. Vors. Rhein.-Westfäl. Kohlensyndikat (1926 Ehrenvors.), Mitgl. Direktorium ZDI, im Weltkrieg Mitgl. des Industriellen Beirats des KrMinm., 1926 Anschluß Gelsenkirchner Bergwerks-AG an Vereinigte Stahlwerke u. i.R., Mitgl. zahlreicher AR, 1927 Mitgl. NSDAP, 1937 MdStR 43/160 82; 187/165 388
- Kirsch, Theodor** (1847–1911), Jurist, 1874 GerAss., 1875 Friedensrichter, 1879 Amtsrichter, 1886 Landrichter, 1888 LGR, 1895 AGerR, 1909 GehJusR, 1894–1911 MdA (Zentrum), 1898–1911 MdR 18/159 73v
- Kirschner, Martin** (1842–1912), Jurist, 1873 StadtR Breslau, 1879 Stadtsyndikus, Rechtsanw. u. Notar, Stadtverordneter, 1890 Vorstand freisinn. Wahlverein Breslau, 1892 2. Bgm. Berlin, Juli 1898/99 OB, 1912 a.D. 35/160 13v–14, 15v–17, 48/160 147v, 49/160 171v–172; 70/161 146v; 109/163 102
- Kirschstein, Paul** (1863–1930), Jurist, 1885 GerRef., 1888 RegRef. Gumbinnen, 1891 RegAss. Verw. direkte Steuern Berlin u. Reg. Köslin, 1894 beim LandR Köln u. OPräs. Rheinprov., 1899/1900 LandR Gummersbach, 1907 GehRegR u. VotrR Minm.öA, 1912 GehORegR, 1917 RegPräs. Posen, 1919 MinDir. Minm.öA, 1921 StS RVMinm., 1924 i.R. 44/160 91–102; 197/166 96, 97v, 98v
- Kisker, Wilhelm** (1857/58–1928), RegR u. Mitgl. Verw. Kanal-Komm. Münster, ca. 1898 Hilfsarb. Minm.öA, ca. 1900 GehRegR Minm.öA, 1903 GehORegR u. VotrR, 1914– ca. 1922 Senatspräs. Landeswasseramt, Wirkl.GehORegR 106/163 84–85v
- Kitchener, Horatio Herbert (1st Earl Kitchener of Khartoum)** (1850–1916), brit. Offizier, 1910 Feldmarschall, August 1914–5.6.1916 (†) Secretary of State for War 132/Fundort S. 30, 140/Fundort S. 7
- Kitzing, Karl v.** (1849–1915), 1871 GerRef. Köslin, 1875 GerAss. u. Kreisrichter Lauenburg/Pommern, 1878 RegAss. Köslin sowie Justitiar, 1884 RegR Köslin, 1886 Kassel, 1888 Hilfsarb. u. dann GehRegR u. VotrR Mdl, 1892 GehORegR, 1902 Wirkl.GehORegR u. MinDir., 1912 Wirkl.GehR, Mitgl. statist. Zentralkomm. u. Ministerialkomm. Rentenversicherungsanstalt, Justitiar Heroldsamt, 1913 a.D. 93/162 159
- Klahrheim**, Fideikommisbes. in der Prov. Posen 45/160 110v
- Klasing, Johannes** (1846–1927), Verlagsbuchhändler, Seniorchef Fa. Velhagen & Klasing, Kommerzienrat, 1911 Mitgründer Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1912 MdH 54/161 3v

- Klausener, Erich** (1885–1934), 1908 RegRef. Düsseldorf, 1911 RegAss. beim LandR Neustadt/OS, 1913 Hilfsarb. HandMinm., Okt. 1917 LandR Adenau (Eifel), März 1918 RegR, 1918–19, 1920 LandR Recklinghausen, 1923 Ausweisung, 1924 MinDir. WohlfMinm., 1926–Mai 1933 MinDir. MdI, 1928–34 auch Vors. „Kath. Aktion“ Bistum Berlin, 1933 MinDir RVMinm., Mitgl. Zentrum, 30.6.1934 (†) ermordet im „Röhm-Putsch“ 93/162
- Kleist, Georg v.** (1852–1923), Fideikommissbes., Offizier, 1869 Ltn., 1877 Oltm., 1878 zum GenStab kommandiert, 1883 Rittm., 1887 Maj. imGenStab 3. Div., 1892/93 RgtKdr. 1. Brandenburg. Ulanen, Oberstltm., 1895 Abt.-Chef imGenStab, 1896–98 Oberst u. Chef Abt. f. Kriegsgeschichte, 1899 GenMaj., 1901 Inspekteur 1. Kav.-Inspektion, 1902 GenLtn., 1903 Kdr. 38. Div., 1907 Generalinspekteur Kavallerie, 1910–18 MdH, 1913 Gründungsmitgl. u. Herbst 1918–1919 Vors. „Preußenbund“ 198/166 110
- Kleist (Retzow), Hans v.** (1814–1892), Jurist u. Rittergutsbes., RegAss., 1844 LandR Belgard, Gründungsmitgl. Kreuz-Zeitung, 1851 RegPräs. Köslin, 1851–58 OPräs. Rheinprovinz, zugl. RegPräs., a.D., 1847/48 Mitgl. Vereinigter LT, 1848 Leitung „Junkerparlament“, 1849–52 MdA, 1850 Mitgl. Erfurter Parlament, 1858–92 MdH (Mitvors. der „Fraktion Stahl“), 1877 MdR (DkP) 39/160 46
- Klingenberg, Georg** (1870–1925), Elektroingenieur u. -industrieller, v.a. im Großkraftwerksbau, 1896–1909 PD TH Berlin-Charlottenburg, 1902–25 Mitgl. Vorstand AEG, 1918 GehBauR, um 1918 auch Vors. der Zauf (Zentralaufsichtsstelle der Gruppe T. 4 – Bautenprüfstelle –) im Stab des Kriegsamt 262/167 358v
- Klitzing, Georg v.** (1847–1922), Jurist, Rittergutsbes., Oltm. a.D., Dir. Generallandschaft Posen (Sept. 1918 für weitere 10 Jahre ernannt), 1912 Ordenssache, stellv. Mitgl. Vorstand Landwirtschaftskammer Posen u. weiterer provinzialer Organe, Mitgl. Landwirtschaftsrat, Ritter Johanniter-Orden 72/161 172v; 161/165 nach Bl. 102: Bl. 6v
- Kloppenborg-Skrumsager, Hans Diderik** (1868–1930), Landwirt u. Mühlenbesitzer, 1908–18 MdA (Däne) 263/167 364v
- Knigge (Leveste), August Frh.** (1854–1931), Rittergutsbes., 1873 Offizier, 1875 SekondeLtn. 1883 a.D. u. Verw. seiner Güter, 1894 Kammerherr, Kreisdeputierter, MdProvLT, 1912–18 MdH 54/161 4
- Knobloch, Moritz** (geb. 1851), Jurist, Amtsrichter, 1882 Bgm. Sangerhausen, 1899–1918 MdA (NLP) 66/161 105
- Koch (1927: -Weser), Erich** (1875–1944), Jurist, 1898 Ref. Ghzgtm. Oldenburg, 1901 Bgm. Delmenhorst, 1901–09 Mitgl. oldenburg. LT, 1902 GerAss., 1909 StadtDir. Bremerhaven, 1909–13 Mitgl. Bremer Bürgerschaft, 1913–19 OB Kassel, 1914–18 MdH, Mitgl. Vorstand Dt. u. Preuß. Städtetag, Mitgl. FVP, Gründungsmitgl. DDP in Kassel, 1919–21 RMinr.dI, 1920 auch Vizeklr., 1928–29 RJMinr., 1919–30 MdR/MdNatVers. (DDP), 1930 Mitgl. AR Internat. Handelsbank 254/167 309v–310v, 312
- Koch, Paul** (geb. 1855), Jurist, Ass. Marineverw., 1891–1913 im RMarineA, VortrR u. GehAdmiralitätsR 53/160 195v
- Koch, Richard** (1834–1910), Bankier, Jurist, 1853 Ref., 1858 GerAss., 1862 Richter Danzig, 1865 Berlin, 1868 Schriftführer Zivilprozeßkomm. Norddt. Bund, 1870 Hilfsarb. Direktorium Preuß. Bank, 1871 Justitiar, 1876 Mitgl. Direktorium Reichsbank u. 1888 1. Vizepräs., 1882–1909 Vors. Jurist. Ges. Berlin, 1890–1907/08 Präs. Reichsbank, 1895 Wirkl.GehR, 1891 Kronsyndikus u. MdH 81/162 74
- Koerner, Paul v.** (1849–1930), Jurist, im sächs. FinMinm., 1895 RSA, Dir., 1899 Dir. handelspolit. Abt. AA u. Wirkl.GehLegR, 1904 Wirkl.GehR u. Exz., 1914 a.D. u. Mitgl. AR Dresdner Bank, 1918–24 kommissar. Aufgaben für das AA 248/167 230

- Koeth, Joseph** (1870–1936), bayr. Artillerieoffizier, 1899/1900 Eintritt in die preuß. Armee, Truppendienst, 1909–14 im KrMinm., 1912 Maj., Aug. -Nov. 1914 im Felde, Ende 1914 im KrMinm. für Munitionsbeschaffung zuständig, April 1915 Leiter Kriegsrohstoffabteilung (Nachfolger Rathenaus), auch nach Eingliederung ins Kriegsamt (1916), März 1917 Oberstltm. u. Abt.-Chef, 11.11.1918 Oberst u. a.D., 12.11.1918–1.5.1919 StS Reichsamt/Reichsministerium f. wirtschaftl. Demobilmachung, 1920 Vors. Geschäftsstelle f. industrielle Abrüstung (Gefia) im Reichsverband der dt. Industrie/Sonderausschuß f. industrielle Abrüstung, 1923 RWiMinr., Vors. Dt. Weltwirtschaftl. Ges., Mitgl. zahlreicher AR 152/164 367v
- Köhler, Ernst** (1856–1924), 1882 GerAss., 1882 RegAss. Verw. der indirekten Steuern, 1884 Hilfsarb. FinMinm., 1888 RegR, 1889 GehFinR u. VortrR, 1892 GehOFinR, 1897 Provinzial-Steuer-Dir. Stettin, 1905 Stellv. Bevollm.z.BundesR, 1905–20 GenDir. Zölle u. Indirekte Steuern sowie Wirkl.GehOFinR, 1913 Wirkl.GehR, um 1918 auch Vors. Reichsbranntweinstelle beim Kriegsernährungsamt, a.D. 24/159 165; 57/161
- Koehler, Wilhelm** (1858–1945), hessen-darmstädt. Jurist, 1884 in der Verw. v. Elsaß-Lothr., 1885 Château-Salins u. Metz, 1892 RegR Straßburg, 1902 MinR, 1908–18 UStS Minm. Elsaß-Lothr., 12.2.1916 Wirkl.GehR 99/163 19v–20
- Köllner, Ernst v.** (1841–1928), 1866 RegRef., 1868/69 LandR Cammin, 1888 PolPräs. Frankfurt/M., 1889 UStS des Innern im Minm. f. Elsaß-Lothr., 1894–95 Minr.dI, 1897 OPräs. Schleswig-Holstein, 1901–08 StS f. Elsaß-Lothr., 1881–88 MdR (DkP), 1908 MdH 85/162 106v
- König, Oberfeldhüter** in Schlettstedt, 1887/88 Eintritt in Staatsdienst, 1913 Ordenssache 95/162 190
- König, Bauinspektor** in Lauda, 1909 Ordenssache 2/158 205v
- König, Maximilian** (1854–1921), Jurist, 1873 Eintritt in den Postdienst, 1892 PostR Konstanz, 1894 Dresden, 1897 Hilfsarb. RPA, 1899 GehPostR u. VortrR RPA, 1902 GehOPostR, 25.1.1916 Wirkl.GehOPostR, Abt.-Dirigent RPA, 1905–18 MdA (Zentrum) 193/166 58v
- Königs, RegAss. MdI** 119/163
- Konstantin v. Griechenland** (1868–1923), Heirat mit Sophie Dorothea, Schwester von Kaiser Wilhelm II., 1913–12.6.1917 (Abdankung) König der Hellenen, Verbannung, 1920–22 erneut König 144/164 237; 198/166 103v; 205/VI 191
- Köpke, Reinhold** (1839–1915), Philologe, 1864 Lehrer, 1873 GymnasialDir., 1883 ProvSchulR ProvSchulKollegium Schleswig, 1890 Hilfsarb. sowie GehRegR u. VortrR KuMinm., 1894 ORegR, 1904 Wirkl.GehORegR, 1910 MinDir., 1912 a.D. u. Wirkl.GehR u. Exz. 97/163 8–9
- Kopp, Georg** (1906: v.) (1837–1914), kath. Priester, 1881 Bischof Fulda, seit 1886 Vermittler zur Beendigung Kulturkampf, 1887 Fürstbischof Breslau, 1893 Kardinal, 1886–1914 MdH, Mitgl. österr. HH 17/159 65v–68; 34/160 4; 76/162 22v–34
- Korfanty, Wojciech (Albert)** (1873–1939), poln. Politiker, Jurist u. Volkswirt, zeitweilig Bergmann u. Hüttenarbeiter, 1901 Gründer u. Redakteur „Gornoslansk“ (Kattowitz), Gefängnisstrafen wegen Preßvergehen, 1903–12, 1918 MdR (Fraktion der Polen), 1904–18 MdA, 1905 Gründung der Zeitung „Polak“ u. Druckereibesitzer, 1919 Mitgl. der Konstituante Polens, 1919 Plebiszitkom. Oberschlesien, 1919–21 Führer der Oberschles. Aufstände, 1919–30 Mitgl. des Sejm, 1923 poln. Vizepräs. 192/166 40–40v, 196/166 82–83, 86–86v, 88; 227/167 16–17v, 263/167 371v, 375
- Kornerup, Thorvald Otto** (1864–1938), dän. Statistiker u. Postbeamter, Entwicklung eines Berechnungsverfahrens für Ergebnisse von Verhältniswahlen 226/167 5v–6
- Körte, Siegfried** (1861–1919), Jurist, 1890 Landesrat Landesdirektion Prov. Schlesien, 1893 StadtR u. -kämmerer Breslau, 1903 Erster Bgm., 1904–19 OB Königsberg, Mitgl. FVP, Okt. 1914 auch Mitgl. Kriegshilfskomm. Ostpreußen, 1903–18 MdH, 1917 Gründungsmitgl. DVLP 26/159 176v

Kospoth, Karl-August Gf. v. (1836–1928), Fideikommiß- u. Majoratsherr, RegRef. a.D., Ltn. a.D., Kreisdeputierter Öls, MdProvLT Schlesien, bis ca. 1906 Kurator Liegnitzer Ritterakademie, 22.10.1916 Wirkl.GehR, 1899–1918 MdH 177/165 246–246v

Kothe, Ludwig (gest. 1959), RegAss., 1908–ca. 1910 Hilfsarb. MdI, 1911/12–19 LandR Calbe 20/159, 29/159

Köttgen (jun.), Emil (1875–1925), Jurist, 1896 GerRef., 1901 GerAss., 1902 Hilfsarb. Stadtverw. Barmen, 1903 besoldeter Beigeordneter, 1911 2. Bgm. Dortmund, Mai 1917 Kommunalreferent beim StKom. f. Volksernährung, ca. Mitte 1917 Mitarb. des RKom. für die Kohlenverteilung, 1919 OB Dortmund, 1923 Verhaftung u. Ausweisung, 1924 i.R. 209/166 210–210v

Kraetke, Reinhold (1845–1934), Eintritt in den Postdienst, 1874 Postinspektor Berlin, 1881 PostR RPA, 1884 GehPostR u. VortrR RPA, 1887–90 LandesHptm. (Gouverneur) Dt.-Neuguinea, GehOPostR, 1897 MinDir. RPA, 7.5.1901–6.8.1917 StS RPA, 1901 Wirkl.GehR, Mitgl. Präsidium Dt. Kolonialgesellschaft, Mitgl. RKolR u. Beirat f. Auswanderungswesen, 1912 MdH 9–10/158; 15/159 17–17v, 22/159; 42/160 69–72v, 50/160 177–183; 54/161 2v–3; 82/162; 102/163, 120/163, 123/163; 157/165, 177/165; 205/VI

Krahmer, Franz (1851–1930), Dir. Eisenbahn-Betriebsamt Stettin, um 1896 ORegR Posen, 1899–1.6.1917 RegPräs. Posen, auch Dir. ProvSchulKollegium, Wirkl.GehORegR, a.D., 30.5.1917 Wirkl.GehR 8/158 301–301v; 76/162 34; 197/166 95–95v

Krause, Paul (1913: v.) (1852–1923), Jurist, 1873 Ref., 1878 GerAss. u. Vertretung StAnw. Insterburg sowie Königsberg, 1880 Rechtsanw. Königsberg, 1887 auch Notar, 1890 Berlin, 1891 auch Notar, 1902–09 Vorstand Dt. Anwaltsverein, 1905 Vors. Anwaltskammer Berlin, 1906 GehJusR, Mitgl. Gesamtwasserstraßenbeirat, 6.8.1917 Wirkl.GehR u. Exz., 6./7.8.1917–Febr. 1919 StS RJA, 1889–1923 MdA/MdLT (NLP/DVP, 1896–1916 2. Vizepräs.), 1893–1917 Mitgl. Zentralvorstand NLP 50/160 176; 81/162 70v, 74v; 207/166 187v–188; 220/VI; 233/167, 239/167, 246/167 218–219, 263/167

Krenzlin, RegR u. Hilfsarb. LandMinm., ca. 1909 GehRegR u. VortrR LandMinm., ca. 1914 GehORegR, 1920–ca. 1930 MinDir. u. Präs. OLKulturA 18/159

Kreth, Hermann (1860–1932), Jurist, 1894 LandR Gumbinnen (1899 als „Kanalrebell“ z.D.), 1900 RegR Potsdam, 1903–09 Dir. Verband Ländl. Genossenschaften Brandenburg, 1909 Dir. Spiritus-Zentrale Berlin-Wilmersdorf, Funktionär des BdL, 1921–28 Vors. Vereinigung Steuer- u. Wirtschaftsreformer, Mitgl. Steuerausschuß RDI, Mitgl. Beirat Reichsmonopolverw. f. Branntwein, Vors. Sonderausschuß Dt. Waffening, 1927–30 Präs. Nationaler Club, Mitgl. zahlreicher AR, 1899–1900, 1904–18 MdA (DkP, 2. Vors. Hauptverein Dt. Konservativer), 1903–18 MdR 117/163 203v, 204

Kreutz, Franz (geb. 1877), 1899 RegRef., 1904 GerAss., 1905 RegAss., 1906 Spezialkom. Adenau, 1906 Hilfsarb. LandMinm., 1912 RegR, 14.5.1914 GehRegR, ständ. Mitgl. Landeswasseramt, Okt. 1914 auch im LandMinm., seit 1.1.1918 keine Dienstgeschäfte mehr (Ernennung v. 7.1.1918 zum GehRegR u. VortrR LandMinm. nicht mehr effektiv), a.D. 36/160

Krevvatás, Eleuterios Venizelos

→ Venizelos, Eleuterios

Kriege, Johannes (1859–1937), Jurist, 1880 Ref. OLG Hamm, 1885 GerAss., 1886 kommissar. Vizekonsul Amsterdam, 1889 Konsul a.i. Asuncion, 1892 Konsul, 1894 Sarajewo, 1896 Wirkl. LegR u. VortrR AA, 1897 auch Mitgl. Disziplinarkammer, 1900 GehLegR, 1907 Wirkl.GehLegR, 2. Delegierter Haager Friedenskonferenz u. auf weiteren internat. Rechtskonferenzen, 1906 Mitgl. Ständiger Schiedshof Den Haag, 15.9.1911–28.11.1918 (z.D.) Dir. Rechtsabt. AA, 30.10.1916 Wirkl.GehR u. Exz., 1924 a.D. 106/163

- Kries, Wolfgang v.** (1868–1945), Jurist u. Rittergutsbes., 1894 GerAss. StAnw. LG Berlin I, 1896 beim OStAnw. KG, 1900 Justitiar Reg. Arnsberg, 1901 beim OPräs. Münster, 1903–20 LandR Filehne, Ende 1914 Kreischef Czenstochau, Anf. 1915 stellv. VerwChef der Zivilverw., 11.2./17.4.1915 Chef Zivilverw. u. Präs. für die besetzten Gebiete im Osten/ f. Russisch-Polen, 24.8.1915 Chef Zivilverw. beim Generalgouvernement Warschau u. Exz., dann RKom. zur Erörterung der Fragen über Gewalttätigkeiten an Zivilpersonen in Feindesland, Mitgl. Reichslandbund, 1908–32 MdA/MdLT (DkP, DNVP) 53/160 194v; 173/165 194v, 176/165 232v
- Krobotin, Alexander** (1881: **Ritter v.**) (1915: **Frh.**) (1849–1933), österr. Offizier, Dez. 1912–10.4.1917 k.u.k. KrMinr., Feldzeugmeister, 1917 Feldmarschall, Oberbefehlshaber 10. Armee (Kärntener Front), dann Tiroler Front 144/164 237v
- Kröcher, Jordan v.** (1846–1918), Rittergutsbes., Offizier, 1875 a.D., 1875 Hauptritterschafts-Dir. Kur- u. Neumark, 1905 Wirkl.GehR u. Exz., 1879–82, 1888–1918 MdA (1898–1912 Präs.), 1898–1913 MdR (DkP), 10.1.1918 (†) 50/160 176, 53/160 194; 72/161 174v; 92/162 143; 135/164 146v
- Krohne, Karl** (1836–1913), Theologe u. Jurist, Gefängnisgeistlicher Vechta, 1866 Militärseelsorger, 1872 Dir. Strafanstalt Vechta, 1875 Übernahme in preuß. Staatsdienst u. Dir. Rendsburg, 1882 Dir. (Berlin-)Moabit, „Lehrbuch des Gefängniswesens“, 1892 GehRegR u. VortrR MdI, Dezernent für Gefängniswesen MdI, 1893–1913 auch Vors. Berliner Krippenverein, 1897 GehORegR, 1909 Wirkl.GehORegR, 1910 Gründung Landeszentrale f. Säuglingsschutz 8/158 301v–302; 29/159
- Krohne, Rudolf** (1876–1953), 1898 GerRef., 1903 GerAss., 1907 Amtsrichter, 1909 RegAss., 1911 RegR, 3.10.1917 Hilfsarb. Minm.öA, 1917 GehRegR u. VortrR, 1920 kommissar. MinDir. u. stellv. Bevollm.z.ReichR, 1921 MinDir. HandMinm., 1923 StS RVMinm., 1925–27 RVMinr., 1925–26 auch beauftragter RWiMinr. 236/167
- Krümmer, Gisbert** (1856–1922), 1879 Ref., 1883 BergAss., 1885 Berginspektor, 1890 Bergwerks-Dir., 1890 BergR, 1899 OBergR Breslau, 1904 OBergR Bonn, 1904 GehBergR u. Vors. Bergwerksdirektion Dortmund, 1905 Vors. Bergwerksdirektion Saarbrücken, 1907 BergHptm. Clausthal, 1911 Dir. OBergA Bonn, 1917 Wirkl.GehOBergR, 1921 i.R. 45/160 122v
- Krupp v. Bohlen und Halbach, Gustav** (1870–1950), geb. als Gustav Halbach (1871: **v. Bohlen und Halbach**), Jurist, Diplomat u. Großindustrieller, 1893 Dr., 1893 Ass. AA, 1899 LegSekt. Washington, Peking, 1904 LegR u. Sekr. preuß. Gesandtschaft beim Vatikan, 1906 Heirat von Bertha Krupp und Namensänderung, Mitgl. AR Krupp-Werke, 1909–40 Vors. AR, 1909 Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 1910–18 MdH, 1911 Vizepräs. Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1924 Präs. AR Bank f. Dt. Industrieobligationen, 1926 Beteiligung an den Vereinigten Stahlwerken, MdStR, 1931 Präs. RDI, Kuratoriums-Vors. Adolf-Hitler-Spende der Dt. Wirtschaft, 1934 Mitgl. VerwR Reichsbahn, 1937 Wehrwirtschaftsführer, 1940 Mitgl. NSDAP u. Goldenes Ehrenzeichen, 1943 Ausscheiden aus der Firmenleitung, 1945 Anklage als Hauptkriegsverbrecher im Nürnberger Prozeß, Ausscheiden wegen Verhandlungsunfähigkeit 44/160 94v; 161/165 nach Bl. 102: Bl. 7; 208/166 195v; 239/167 147v
- Kruse, Francis** (1854–1930), Jurist, 1876 GerRef. KG, 1881 GerAss. KG, 1882 RegAss. Verw. direkte Steuern Berlin, 1883/84 LandR Altena, 1891 kommissar. Hilfsarb. MdI, 1892 GehRegR u. VortrR MdI, 1896 GehORegR, 1901 RegPräs. Bromberg, 1903 Minden, 27.10./8.11.1909–19.8./30.9.1919 (i.R.) Düsseldorf 5/158 233–233v; 50/160 177–177v; 127/164 69; 154/165 26v; 239/167 147v
- Kübler, Ernst** (1857–nach 1931), Jurist, 1878 GerRef. KG, 1886 Amtsrichter Wollstein, Landrichter Berlin, 1890 Hilfsrichter KG, 1900 KGR, 1900 Hilfsarb. JMinm., 1902 GehJusR u. VortrR, 1903–05 auch Mitgl. Justizprüfungskomm., 1906–14 Justitiar u. StKom. Heroldsamt, 18.2.1914 Wirkl.GehOJusR u. MinDir., 1918–20 Vors. Heroldsamt, 1919 Vors. interministerielle Komm. für die Auseinandersetzung zwischen Staat u. Königshaus, 1921 Präs. Landesamt f. Familiengüter, 1921 i.e.R., 1928 a.D. u. Vors. Vorstand der Fürst zu Hohenlohe-Oehringenschen Stiftung Slawentitz-Ujest-Oppurg 194/166 66

Kucharchewski, Jan (1876–1952), Jurist, poln. Politiker, Rechtsanw. Warschau, Redakteur, 1914 in der Schweiz, April 1917 Referent im poln. Regentschaftsrat für Universitäten, 20.11./7.12.1917–27.2.1918, 30.9./2.10.–9.10.1918 MinPräs. Königreich Polen 227/167 16v

Kühlmann, Richard (1880: v.) (1873–1948), Jurist, 1896 Ref. München, Berchtesgaden, Ass., 1899 Berufung ins AA, LegSekt. Petersburg, 1903 London, 1905 Geschäftsträger Tanger, 1906 Washington, 1906 Gesandtschaftssektr. Den Haag, 1907 Sekr. dt. Delegation Haager Friedenskonferenz, 1908 Botschaftsrat London, Mitgl. „Deutsche Gesellschaft von 1914“, 1914 Sondermissionen in Stockholm u. Konstantinopel, März 1915 Gesandter Den Haag, Sept. 1916 Vertretung Botschafter Konstantinopel, dann Botschafter, 6.8.1917 Wirkl.GehR, 6./8.8.1917–9./16.7.1918 StS AA, Rückzug aus der Politik u. Verw. des Großgrundbesitzes, Arbeit in der Kohlenwirtschaft wegen Heirat (2. Ehe) mit Marie-Anne v. Friedländer-Fuld, 1931 Mitarbeit beim Young-Plan, Mitgl. DLG, Vors. AR Neukircher Eisenwerke/Saar 207/166 188, 215/166 275v, 279v, 219/166; 220/VI; 223/166, 225/166 372v–373v; 226/167 2–2v, 228/167 28v–29, 230/167, 241/167 171–171v, 245/167, 251/167 261–262

Kühn, Hermann (1851–1937), 1874 GerRef., 1879 GerAss. Köslin, Kreisrichter u. Amtsrichter, Marggrabowa, Rügenwalde, 1883 RegAss. Verw. der indirekten Steuern Stettin, 1885 Obergrenzkontrolleur, 1886 RegR, Oberzollinspektor Thorn, 1887 Mitgl. ProvSteuerdirektion Danzig, 1889 Berlin, 1892 VortrR u. GehRegR RSA, 1896 GehORegR, 1905 Dir. RSA u. stellv. Bevollm. z. BundesR, 1910 UStS RSA, 16.3.1912–31.1.1915 StS RSA u. Wirkl.GehR sowie Exz., Bevollm. z. BundesR, 3.7.1914–31.1.1915 StMinr. o. Ressort 5/158 239–239v; 18/159; 57/161, 59/161, 63/161, 67/161, 71/161; 77/162, 79/162, 82/162; 97/163, 101–102/163, 104/163, 112/163 121–121v, 113–118/163, 120–124/163; 125–127/164, 129/164, 143/164 224

Kühnast, Otto (1860–1921), 1882 Ref., 1887 GerAss., 1888–96 Stadtsyndikus Glogau, 1896–1919 OB Graudenz, 1910/11–18 MdH, Stellv. Vors. Westpreuß. ProvLT, Mitgl. Vorst. Dt. Kolonialgesellschaft 26/159 177

Kuhr, Max (geb. 1855), Jurist, 1883 GerAss., 1885 Amtsrichter Rogasen (Posen), 1897 AGerR, 1911 Ordenssache 53/160 194v

Kulmiz, v., Fabrik- u. Grubenbes. in Saarau [vermutl. Eugen v. K., 1850–1925] 33/159 282v

Küntzel, Oskar (1834–1914), Jurist, 1861 GerAss. Posen, 1864 Kreisrichter Samter, 1867 Schroda, 1871 KrsGerR, 1875 StadtGerR Berlin, 1879 Richter LG I, 1881 KGR, 1885 JMinm., 1885 GehJusR u. VortrR, 1889 GehOJusR, 1894 Wirkl.GehOJusR, 1896 Präs. OLG Marienwerder, 1900 UStS JMinm., 1902 Wirkl.GehR, 1903 auch Präs. Disziplinarhof f. nichtrichterl. Beamte 38/160 28–34

Kurt, Seeoberlotse, 1911 Ordenssache 47/160 127v

Küster, Heinrich (1858–1915), Jurist, 1879 GerRef. Amtsger. Stade, 1880 Geestemünde, 1881 LG Stade, 1885 RegAss. u. LandR Jork, 1891 RegR beim OPräs. Schleswig, 1896 GehRegR u. VortrR LandMinm., 1900 GehORegR, um 1908 MinDir., 1910 UStS, 12.4.1915 Wirkl.GehR u. Exz., 11.11.1915 (†) 17/159 57, 24/159, 26/159 173; 35/160; 59/161, 69/161; 85/162, 88/162, 93/162, 95/162; 121–122/163; 148/164 323

Laband, Paul (1838–1918), Jurist, 1872 Prof. für dt. Recht u. Staatsrecht Straßburg, 1880 MdStR v. Elsaß–Lothr., 1908 Wirkl.GehR u. Exz., 1911 Mitgl. 1. Kammer 4/158 215–215v, 217, 229; 30/159 230v; 100/163 29

Ladenberg, Adalbert (1817:v.) (1798–1855), Jurist, 1839 Wirkl.GehRegR u. Dir. KuMinm., 1840 (kommissar.) KuMinr., dann wieder Dir., 1848 (interimistischer) KuMinr. 39/160 46–46v, 48

Lambsdorff, Georg Gf. v., Frh. von der Wenge (1863–1935), Jurist, 1885 GerRef. Liegnitz, 1889 RegRef. Köslin, 1891 RegAss. beim LandR Schlawe u. Reg. Köslin, 1895 LandR Ragnit, 1905 PolPräs. Magdeburg, 1910 OPräsR Königsberg, 1.7.1915–1.8.1919 RegPräs. Gumbinnen, 1919–22 Reichs- u. StKom. Memelgebiet, Mitgl. Johanniter-Orden 7/158 280v; 135/164 145v

Landsberg, Otto (1869–1957), Jurist u. sozialdemokrat. Politiker, 1890 SPD, 1890–95 GerRef. Gostyn, Ostrowo, Posen, 1895 Rechtsanw. Magdeburg, 1903–09 Stadtverordneter, 1912–18, 1924–33 MdR, 10.11.1918 Mitgl. RdV, 1919 StS RJA/RJMinr., 1920–23 Gesandter Brüssel, 1924 Rechtsanw. Berlin *151/164* 351; *269/167* 415v

Landsberg-Velen und Gemen, Friedrich Gf. v. (1850–1926), Standesherr u. Fideikommißbes., 1908–18 MdH (Alte Fraktion), MdProvLT Westfalen *8/158* 300

Landsberg-Velen-Steinfurt, Ignatz Frh. v. (1830–1915), Rittergutsbes., 1858–75 (i.e.R.) LandR Lüdinghausen, 1865 Kammerherr, 1887–1915 Vors. ProvAusschuß Westfalen, 1888–96 LandR Münster, Mitgl. Volkswirtschaftsrat, 1898 Vors. Landwirtschaftskammer Westfalen, 1904–15 Vors. ProvLT Westfalen, 1904 Wirkl.GehR, Mitgl. bzw. stellv. Vors. Landesökonomiekollegium, Mitgl. Landeseisenbahnrat u. Bezirkseisenbahnrat Hannover, Mitgl. Gesamtwasserstraßenbeirat, 1866–1915 MdH (1908 2. Vizepräs.), 1871–90 MdR (Zentrum) *81/162* 73v; *97/163* 7v

Landsberger

→ Landsberg, Otto

Langerhans, (geb. 1870), Dr., Jurist, 1904 1. Bgm. Köpenick (b. Bln.) *109/163* 103

Langermann und Erenkamp, Frh. v., Oberst, RgtKdr. Garderegiment Nr. 5 (Spandau), KrMinm. *85/162*

Lansdowne, Henry Petty-Fitzmaurice, 5th Marquis of (1845–1927), brit. Politiker, 26.5.1915–5.12.1916 Minr. o. Portefeuille, Rückzug aus dem öffentl. Leben, Nov. 1917 Initiative für einen Verständigungsfrieden mit Deutschland *245/167* 214v

Lansing, Robert (1864–1928), US-amerik. Jurist (Völkerrechtler) u. Politiker, 1915–20 StS des Auswärtigen *156/165* 37

Laury, Waldemar (1862–1916), 1888 GerAss., 1891 RegAss., Mitgl. Eisenbahnbetriebsamt, 1895 Mitgl. Eisenbahndirektion Essen, Berlin, 1897 RegR, 1907 ORegR, 1910 GehORegR u. VortrR MöA, 1912–16 (†) Präs. Eisenbahndirektion Mainz *29/159*; *36/160*, *46/160* 125, *48/160* 135–157v, *52/160* 192; *183/165* 355v

Ledebour, Georg (1850–1947), Kaufmann u. sozialdemokrat. Politiker, 1900–18 MdR (SPD, 25.6.1913–9.1.1916 Mitgl. Fraktionsvorstand, Rücktritt), März 1916 Mitgl. Vorstand Sozialist. Arbeitsgemeinschaft, 1917 Gründungsmitgl. USPD u. Mitgl. Vorstand, Januar 1918 Mitgl. Aktionsausschuß Groß-Berliner Arbeiterrat, 10.11.1918–11.1.1919 Mitgl. Vollzugsrat A.u.S.-Räte *229/167* 40v, *262/167* 359v, 361

Leese, Ernst (geb. 1858), Jurist, 1885 GerAss., 1886 Rechtsanw., 1889 RegAss., 1891 Hilfsarb. Minm.öA, 1893 RegR u. Mitgl. Generaldirektion Reichseisenbahnen Elsaß-Lothr., 1904 ORegR, 1910 GehRegR u. VortrR Minm.öA, 1911 GehORegR, 1912 GehORegR u. VortrR REisenbahnA sowie stellv. Bevollm.z.BundesR, 18.7.1916 Wirkl.GehORegR, 31.12.1918/1.1.1919 MinDir. Minm.öA, nach 1918 a.D. *31/159*; *185/165*

Legien, Carl (1861–1920), Drechsler u. sozialdemokrat. Gewerkschaftspolitiker, 1885 Mitgl. SPD, 1890 Gründungsmitgl. u. Vors. GenKomm. Gewerkschaften Dtl., 1903–13 Sekr. Internat. Zentralstelle der gewerkschaftl. Landeszentralen, 1913 Präs. Internat. Gewerkschaftsbund, 15.11.1918 Arbeitsgemeinschaftsabkommen (Stinnes-Legien-Abkommen), 1918/19 Beteiligung an den Vorverhandlungen für Versailles, 1919 Vors. ADGB *158/165* 83v, *181/165* 320, 323, 328v, *185/165* 368v; *254/167* 303

Lehmann (-Göttingen), Erfinder von Ersatzfutter aus Stroh *141/164* 218v

Lehmann, Heinrich, (gest. 1925), Dr., Privatbankier Halle/S., Geh. Kommerzienrat, Mitgl. verschiedener industrieller AR, 1914 als MdH vorgeschlagen *97/163* 8–9

Leinert, Robert (1873–1940), Maler u. sozialdemokrat. Politiker, 1898–1900 Vors. Gewerkschaftskartell Hannover, 1900–02 Arbeitersekr. Hannover, 1903–05 Redakteur, 1905–14 Obmann des Zentralausschusses des Malerbundes, 1906–18 Landesparteisekr. SPD u. Geschäftsführer

Gewerkschaftshaus Hannover, 1908–33 MdA/MdLT (14.3.1919–1924 Präs.), 7.11.1918 Mitgl. vorl. A.u.S.-Rat Hannover, 13.11.1918–31.1924 OB Hannover, 13.11.1918 Vors. provinziiale Räteorganisation, Dez. 1918 Vors. Allg. Kongreß der A.u.S.-Räte Deutschlands u. Zentralrat der Dt. soz. Rep., Mitgl. dt. Friedensdelegation in Versailles, 1920 RegKom. f. den Bereich der Reichswehr-Brigade 10, Mitgl. Vorstand Dt. Städtetag 193/166 59

Lenin, Wladimir Iljitsch (eigentl. **Uljanow**) (1870–1924), russ. Revolutionär, Politiker u. Staatsmann, Führer der Bolschewiki, Dez. 1907–April 1917 Emigration, 3./16.4.1917 Rückkehr nach Rußland, 26.10./8.11.1918 Vors. Rat der Volkskommissare der Russ. Republik (30.12.1922: der UdSSR) 226/167 2v

Lentze, August (1860–1945), Jurist, GerAss., 1890 stellv. OB Gera, 1892 Mdreuß.LT, 1894 Bgm. v. Mühlhausen (Thür.), 1895–1910 MdH, 1899 Bgm. v. Barmen, 1906 OB v. Magdeburg, 1909 Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 27.6.1910–6.8.1917 FinMinr., Mitgl. Reichsbank-Kuratorium, 1923–36 Präs. Dt. Rentenbank, Mitgl. AR Krupp AG 25/159 168, 26/159 170, 27–33/159; 34–36/160, 38–46/160, 48–51/160, 53/160; 54–57/161, 59–61/161, 63–72/161; 74–87/162, 90–96/162; 97–124/163; 125–129/164; 130–131/Fundort; 132–138/164, 143–152/164; 153–164/165, 166–169/165, 171–172/165, 174–187/165; 188–193/166, 195–196/166, 201–202/166; 205/VI; 206/166, 208/166 197–197v, 198v, 216/166 289; 231/167 52–53v, 60v

Lenz, (geb. 1870/71), 1892/93 Eintritt in Schuldienst, Lehrer in Vinzelberg, 1912 Ordenssache 66/161 107

Lerchenfeld(-Köfering), Hugo Gf. von und zu (1843–1925), Jurist u. Diplomat, 1867 Eintritt in den bayr. auswärt. Dienst, 1870 bei den Verfassungsverhandlungen in Versailles, 1871–75 Geschäftsträger u. LegSekr. St. Petersburg, 1875–80 Gesandtschaftssek. Wien, LegR, 1880–1918 Gesandter Berlin u. Bevollm.z.BundesR, 1891 bayr. StR, 1892 bayr. Wirkl.GehR 48/160 145v, 146v; 68/161 139; 249/167 251v

Lewald, (gest. 1914), RegR, 1896 GehFinR u. VortrR FinMinm., 1900 GehOFinR, 1910 Wirkl.GehOFinR, 1911–14 auch Präs. Generallotteriedirektion 46/160 125

Lewald, Theodor (1860–1947), Jurist, 1882 GerRef., 1885 RegRef. Kassel, 1888 RegAss. beim OPräs. Potsdam, 1891 Hilfsarb. RAdI, 1894 RegR, 1898 GehRegR u. VortrR, 1901 GehORegR, 1910 MinDir., Dez. 1916 auch Mitgl. Komm. zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen, 11.12.1917–1919 UStS, um 1918 Leiter der Reichszentrale f. Arbeitsnachweise, 18.7.1918 Wirkl.GehR u. Exz., 11.11.1918 einstweilige Leitung des RAdI, 1919–21 StS RMdI, 1919 auch Vors. Reichsausschuß f. Leibesübungen, 1920 Gründer Dt. Hochschule f. Leibesübungen, 1921–22 Bevollm. Verhandlungen mit Polen über Oberschlesien, 1923–24 dto. für das Wiener Staatsangehörigkeitsabkommen mit Polen, 1924–37 Mitgl. IOC, 1925–27 dto. für den dt.-poln. Handelsvertrag, 1932–36 Präs. Org.-Büro Olympische Spiele Berlin 40/160; 78/162, 85/162; 150/164; 158/165 71, 163/165 119, 124v–125, 127; 203/166 161v, 207/166 188v; 227/167, 263/167, 266/167

Lezius, Hermann (1873–1930), Kaufmann, Jurist, 1897 Ref., 1902 GerAss. Amtsger. Braunfels, Niederlahnstein, 1903 Hilfsarb. KuMinm., 1904 RegAss., 1910 RegR u. Justitiar sowie VerwR ProvSchulkollegium Koblenz, 1911 GehRegR u. VortrR KuMinm., 28.5.1915 GehORegR, nach 1922 a.D. 182/165

Lichnowsky, Karl Max Fürst v. (1860–1928), Diplomat u. Fideikommissbes., 1883 Eintritt in diplomat. Dienst, 1884 bei Botschaft London, 1885 Attaché AA, 1887 LegSekr. Stockholm, Konstantinopel, Dresden, Bukarest, Wien, 1892 Zweiter Botschaftsrat Wien, Erster Botschaftsrat, 1899–1904 Gesandter u. VortrR AA (Personaldezernent), 1904 Abschied u. Rückzug auf die Güter, 18.11.1912–Aug. 1914 Botschafter London, 2. Halbjahr 1914 auf Befehl Bethmann Hollwegs bei der Armee Kluck in Nordfrankreich, 14.11.1914 Entlassung aus der Armee (Maj. à l.s.) u. z.D., 1902–18 (11.7./1.8.1918 Ausschluß) MdH, Mitgl. DDP 240/167 167–169v

- Lieber, Ernst** (1838–1902), Jurist, Privatier, 1870–1901 MdA, 1871–1902 MdR (Zentrum) 53/160 194v; 156/165 40
- Liebermann, Max** (1847–1935), Maler u. Grafiker, Impressionist, 1885 Berlin, 1898 Gründung Berliner Sezession 221/166 337
- Liebknecht, Karl** (1871–1919), Jurist u. sozialdemokrat. Politiker, 1894 GerRef. Arnsberg u. Paderborn, 1898 Ass. u. a.D., 1899 Rechtsanw. Berlin, 1900 Mitgl. SPD, 1902–13 Stadtverordneter Berlin, 1907–10 Gründungsmitgl. u. Präs. Jugendinternationale, 1908–16 MdA, 1912–16 MdR, 2.12.1914 stimmt allein gegen Kriegskredite, 7.2.1915 Kriegsdienst, Jan. 1916 Ausschluß aus der SPD-Fraktion, Jan.–Mai 1916 Herausgabe der Spartakusbriefe, 1.5.1916 Untersuchungshaft, 23.8./4.11.1916 Verurteilung zu (letztinstanzlich) 4 Jahren Zuchthaus u. Verlust der bürgerl. Ehrenrechte: Dez. 1916–23.10.1918 Luckau, 26.10.1918 Mitgl. Leitung Vollzugsausschuß revolüt. Obleute Berlins, 9.11.1918 Proklamation der freien deutschen sozialistischen Republik, 11.11.1918 Mitgl. Leitung Spartakusbund, 31.12.1918/1.1.1919 KPD, 15.1.1919 (†) ermordet 98/163 15v, 114/163 147; 127/164 79v–80v, 140/164 193v; 163/165 121v, 177/165 248; 210/166 220
- Liebknecht, Wilhelm** (1826–1900), Lehrer u. sozialdemokrat. Politiker, 1847 Lehrer Zürich, 1848 Teilnahme an revolüt. Kämpfen, Flucht, 1850 London, Mitgl. Bund d. Kommunisten, 1862 Amnestie u. Rückkehr nach Deutschland, 1863 Mitgl. ADAV, Redakteur, 1868 Korrespondent u. Bevollm. der Internat. Arbeiterassoziation, 1867–71, 1874–87, 1888–1900 MdR (SDAP bzw. SPD), 1869 Gründungsmitgl. SDAP, 1875 der SPD, 1876 Redakteur (1891 Chefredakteur) „Vorwärts“, 1879–85, 1889–92 MdLT Sachsen 98/163 15v
- Liebrecht, Franz** (1860–1943), BergR, 1901 Hilfsarb. sowie GehBergR u. VortrR HandMinm., 1905 GehOBergR, 1906 BergHptm. OBergA Dortmund, 19.6.1917 Mitgl. AR Hibernia, 1.5.1919 i.R., danach Mitgl. AR Gutehoffnungshütte, Aktienverein f. Bergbau u. Hüttenbetrieb, Mitgl. Grubenvorstand Zeche Heinrich 207/166 190v, 210/166 213
- Liesegang, Erich** (geb. 1860), Historiker u. Bibliothekar, 1884–91 Assistent Kgl. Bibliothek Berlin, 1897 Prof., 1898 Aufbau Kaiser-Wilh.-Bibliothek Posen, 1900 Dir. Nassauische Landesbibliothek Wiesbaden, 1913 GehRegR 84/162 103v
- Likowski, Eduard** (1836–1915), kath. Geistlicher, 1861 Priester, 1887 Weihbischof, Vizepräs. im Rate des erzbischöfl. Ordinariates, Domdechant u. GenVikar, 1906 Wahl zum Verweser des Posener Domkapitels, Weihbischof v. Posen, Sept. 1914–20.2.1915 (†) Erzbischof Gnesen-Posen 114/163 142, 117/163 204v; 127/164 81, 134/164 140
- Limberger, bad. GenMaj. z.D. in Karlsruhe**, 1909 Ordenssache 2/158 204v–205
- Limburg-Stürum, Menno Gf. v.** (1877–1954), Rittm., 1915/17 im Landesfleischamt, Ende Dez. 1917/Anf. 1918–Nov. 1918 ständ. Vertreter Rklr. sowie des Vizepräs. StMinm. in Fragen der inneren Politik u. Verwaltung bei der OHL, Rechtsritter Johanniter-Orden 228/167 31
- Lindemann, Otto** (geb. 1871), 1897 GerAss., 1902 Amtsrichter Köslin, 1904 Landrichter, 1906 Wiesbaden, 1910 OLG Frankfurt/M., 1910 GehJusR u. VortrR JMinm., 13.11.1914 GehOJusR, Mitgl. Justizprüfungskomm., 1921 Vizepräs. Jurist. Landesprüfungsamt, nach 1922 a.D. 138/164
- Lindequist, Friedrich v.** (1862–1945), 1892 RegAss. KolAbt. AA, 1894 Hilfsarb. beim LandesHptm. in Windhuk, 1896 dessen Stellv., 1900 GenKonsul Kapstadt, 1905/06 Gouv. Deutsch-Südwestafrika, 1907 UStS RKoLA, 9.6.1910–6.11.1911 StS RKoLA u. Wirkl.GehR, Abschied, Generaldelegierter Freiwillige Krankenpflege auf dem östl. Kriegsschauplatz, 1917 Gründungsmitgl. DVP, Präs. Reichsamt f. Siedlung u. Wanderung, Präs. Dt. Seeverein, Vizepräs. Dt. Kolonialgesellschaft, Mitgl. KolR d. Reichskolonialbundes, Vors. d. Kolonialreferats d. Kolonialpolit. Amtes 22/159; 50/160 176

- Lindequist, Oskar Olof v.** (1838–1915), Offizier, 1857 Ltn., 1868 Hptm. im GenStab, 1872 Flügeladjutant Wilhelms I., 1879 Kdr. Schloßgarde, 1881 Oberst, 1887 GenMaj., 1890 GenLtn., 1890 GenAdjutant Wilhelms II., 1895 Gen.d.Inf. u. Kdr. XIII. AK, 1906 GenOberst, 1911 Generalfeldmarschall u. MdH, Vors. Dt. Kriegerbund 74/**162** 11v
- Linsingen, Alexander v.** (1850–1935), Offizier, 1869 Ltn., 1905 GenLtn., 1906 Kdr. 27. Div. Ulm, 1.9.1909–16.12.1918 Kommand. Gen. II. AK (Stettin), Aug. 1914 mit diesem u. 1. Armee Vormarsch in Frankreich u. Marneschlacht, 9.1.1915 Oberkommandeur dt. Südarmee (Karparden), 14.5.1915 Pour le mérite, 6.7.1915 Oberbefehlshaber Bug-Armee, 18.9.1915 gleichzeitig auch der Heeresgruppe L., Okt. 1916 Chef 74. Inf.-Rgt. (Hannover), 1.6.–18.9.1918 Oberbefehlshaber in den Marken u. Gouv. v. Berlin 125/**164** 11, 16v–17; 255/**167** 323v, 325, 268/167 409v
- Linz, Friedrich** (1860–1937), 1880–98 Volks- u. Mittelschullehrer, 1898 Oberlehrer, 1902 SchulR u. Stadtverordneter Elberfeld, 1907–12 MdR (RFKP), Vors. Freie ev. Volksvereinigung Barmen 33/**159** 281v
- Linz, Wilhelm** (1850–1925), Jurist, 1874 GerRef. Andernach, Düsseldorf, Koblenz, 1879 GerAss., 1884 StAnw. Trier, 1887–1900 LandR Mayen, 1900 VerwGerDir. Wiesbaden, 1904–18 MdA (Zentrum), 1919–21 (i.R.) parlamentar. UStS Mdl 8/**158** 300; 35/**159** 11v
- Lippe (Biesterfeld-Weißefeld), Leopold Gf. zur** (1815–1889), Jurist, 1843 GerAss. Glogau, 1849 StAnw. Friedeberg/Neumark, Cottbus, 1851 Potsdam, 1859 AppGerR Glogau, 1860 StAnw. KG Berlin, 1861 OStAnw., 1862–67 JMinr., 1862 MdH 105/**163** 60v
- Lippmann, Julius** (1864–1934), Jurist, 1886 Ref., 1891 Ass., 1892 Rechtsanw., JusR, OLG Stettin, 1900 Stadtverordneter, 1919–29 OPräs. Pommern, Stellv. Vors. Gesamtwasserstraßenbeirat, 1908–18 MdA (FsVg, FVP), 1919 MdNatVers. 71/**161** 159v, 163; 198/**166** 107
- Lisco, Hermann** (1850–1923), 1876 GerAss., 1877 Kreisrichter Liebenwalde, 1879 Amtsrichter Rixdorf (b. Bln.), 1883 Landrichter LG Berlin II, 1886 Hilfsarb. JMinm., 1888 OLGR Marienwerder, 1889 Naumburg, 1890 GehJusR u. VortrR JMinm., 1893 GehOJusR, 1903 Wirkl.GehOJusR, 1904 MinDir., 1907 Präs. KG, 24.10./1.11.1909–6.8.1917 StS RJA u. Wirkl.GehR, 1922–23 Präs. d. Ev. Bundes, 1907–18 MdH u. Kronsyndikus 7/**158**, 9/158; 15/**159** 19–19v, 18/159 84–84v, 86v–87, 21/159 145, 22/159, 28/159, 30/159 234–234v; 35/**160** 21–23v, 42/160 69–72v; 68/**161**; 78/**162**, 85/162, 89/162 125v, 91/162; 98/**163**, 100–101/163, 110/163, 122–123/163; 133/**164**; 162/**165**, 177/165, 183/165, 185/165; 197/**166** 96; 205/**VI**
- Lissner, Julius** (geb. 1871), Nationalökonom u. Tabakhändler, 1892 Mitinhaber u. Leiter väterl. Zigarrenfabrik, Vorstandsmitgl. Tabakberufsgenossenschaft, 1902 Mitgl. AR Ostbank f. Handel u. Gewerbe, 1904 Mitgl. AR Bromberger Bank f. Handel u. Gewerbe, 1904–07, 1907–09 Hilfsarb. RSA, 1909 GehRegR, Privatier 5/**158** 235v–241
- Liszt, Franz v.** (1851–1919), Jurist, 1899 Prof. Strafrecht u. Strafprozeß Berlin, GehJusR, 1908–13 MdA (Hospitant u. Mitgl. FVP), 1912–18 MdR, Stadtverordneter Charlottenburg 105/**163** 57v
- Lloyd George, David** (1945: **Earl of Lloyd George of Dwyfor**) (1863–1945), brit. Politiker, 6.4.1908–26.5.1915 FinMinr., 26.5.1915–7.7.1916 Munitionsminr. u. KrMinr., 7.12.1916–19.10.1922 Premierminr. 180/**165** 301v; 203/**166** 160v, 204/166 166–167; 205/**VI** 190v–191, 198v, 199v–200; 245/**167** 214v
- Lochner, Arthur** (1874–1928), 1898 GerRef., 1903 GerAss., 1909 Reg. Ass. GenKomm. Düsseldorf, 1910 Spezialkomm. Simmern, 1911 RegR, 1.9.1914 Hilfsarb. OLKulturger. u. im LandMinm., ca. Anf. 1918 GehRegR u. VortrR LandMinm., ca. 1922 Landeswasseramt 138/**164**
- Loebell, Friedrich Wilhelm v.** (1855–1931), 1877 GerRef., 1879 RegRef., 1883 RegAss., 1884 KrsHptm. Neuhaus a.O. (Hannover), 1885 LandR, 1889 Westhavelland (Rathenow), 1900 GenDir. Landfeuersozietät Prov. Brandenburg, Kammerherr, 25.9/15.10.1904–1907 Chef RK, VortrR u. Wirkl.GehORegR, 1907–09 bzw. UStS RK, 1909 OPräs. Brandenburg u. Wirkl.GehR, 1910 a.D. (gesundheitl. Gründe), Berufung in Immediatkomm. zur Verwaltungsreform, Tätigkeit in der Wirt-

schaft, u.a. Bergmanns Elektrizitäts-Werke, 1911 Mitgl. AR Dt. Bank, 18.4./1.5.1914–6.8.1917 Minr.dI, Okt. 1917–Jan./März 1919 OPräs. Brandenburg, 1898–1900 MdR (DkP), 1901–04 MdA, 1919 Vors. Reichsbürgerrat, 1925 „Loebell-Ausschuß“ für die Wahl Hindenburgs 94/162 183, 185–185v; 109–118/163, 120–124/163; 125–127/164, 129/164; 130–131/Fundort; 132–137/164, 139–141/164, 144–152/164; 153–154/165, 156–167/165, 170–181/165, 183–187/165; 188–193/166, 198–199/166, 201–203/166; 205/VI; 206/166, 208/166 197–197v, 216/166 289–289v, 222/166 350v; 226/167 7v, 8v, 233/167 83v, 254/167 307v

Loewe, Geh. Kommerzienrat, Geldgeber für die „Deutschen Nachrichten“ [vermutl. Isidor L., 1848–1910, GenDir. Ludwig Loewe & Co. AG, Vors. bzw. Mitgl. zahlreicher AR] 13/158 358

Löhlein, Heinrich (1866–1929), Jurist, 1888 GerRef., 1893 GerAss. Amtsger. Belzig, 1894 Justitiar im FinMin., 1896 bei Reg. Danzig, 1899 Hilfsarb. FinMin., 1903 GehFinR u. VotrR, 1907 GehOFinR, Abt.-Dirigent, Mai 1917 Wirkl.GehOFinR, Aug. 1918 MinDir. FinMin., Okt. 1919 stellv. Mitgl. ReichsR, 1920 i.e.R. 232/167, 245/167 216

Löhlein, Heinrich (1871–1960), 1891 Marineoffizier, 1895 RegAss., 1906 im RMarineA, 1910 Kapitän z.S. im Nachrichtenbüro, 1914/15 Chef Nachrichtenbüro, 1915/16 Chef Zentralabt. RMarineA im Großen Hauptquartier, 1916 mit Wahrnehmung Geschäfte des Dir. Etat-Dept. beauftragt, 1916–18 Kommandant Linienschiff „Oldenburg“, Aug. 1918 Chef U-Boot-Amt, Vizeadmiral, 1921 a.D. 161/165 nach Bl. 102: Bl. 2v

Lohmann, Heinrich, Oberzolleinnehmer in Zeitz, Zollsekr. in Nordhausen, 1916–17 Disziplinarsache 189/166 19–23

Lohmann, Walter (1861–1947), Jurist, 1892 GerAss., 1890 Amtsrichter Neumagen/Mosel, 1904 Weilburg, 1908–18 MdA (NLP, 1912–17 Mitgl. Zentralvorstand, 1916–18 2. Vizepräs. AH) 233/167 85, 86v, 88, 241/167 177

Louis Philipp, König v. Frankreich (1773–1850), 1830–48 König 227/167 21v

Lubecki, Fürst v.

→ Druki-Lubecki, Franciszek Ksavery (Xaver), Fürst v.

Lubomirski, Zdislaw Fürst (1865–1943), poln. Magnat, Jurist, österr. Offizier, 3.8.1914 Gründer u. Leiter Warschauer Bürgerkomitee, 4.8.1915 Vors. Zentrales Bürgerkomitee, 5.8.1915 Einsetzung als Stadtpräs. Warschau durch den dt. Gen. v. Scheffer-Boyadel, 12.10.1917 Mitgl. Regentschaftsrat, Sept. 1917 Bruch mit dem passivistischen Interparteil. Klub u. Übergang zu den Aktivisten, 14.11.1918 Aufhebung des Regentschaftsrates 220/VI 213

Lucius [von Ballhausen] von Stoedten, Hellmuth Frh. v. (1869–1935), Diplomat, 1911 Botschaftsrat Petersburg, 1914 diplomat. Agent u. GenKonsul Durazzo, 1915 dt. Gesandter Stockholm, 1921–27 Den Haag 173/165 190

Lucius v. Ballhausen, Otto (geb. 1867), Sohn des Minr. Robert L. v. B., 1890 GerRef., 1893 RegRef. Kassel, beim LandR Köln, Reg. Potsdam, 1896 RegAss., 1897 beim LandR Köln, 1900/01–Okt. 1914 LandR Weißensee (Thür.), 10.9.1914 nicht genehmigte Meldung als Kriegsfreiwilliger, 13.10.1914 Abschiedsgesuch, a.D., Okt. 1914–Sept. 1918 Kriegsdienst, 1.10.1918 Verwaltung des Landratsamtes in Vertretung des LandR, 28.12.1918/Anf. 1919 in der Revolution abgesetzt 117/163 205v–206v

Ludendorff, Erich v. (1865–1937), Offizier, 1881 Ltn., 1894–96, 1904, 1908–13 im GenStab, zuletzt Oberst u. Chef Aufmarsch-Abt., 1914 Oberquartiermeister im AOK 2, 16.8.1914 Eroberung v. Lüttich, Pour le mérite, 21.8.1914 Stabschef 8. Armee (Hindenburg), 23.–31.8.1914 Schlacht v. Tannenberg, 29.8.1916–26.10.1918 (Rücktritt) 1. GenQuartierm. u. Gen.d.Inf. (III. OHL), Jan. 1917 Befürwortung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, 28.9.1918 Forderung nach sofortigem Waffenstillstand, 16.11.1918–21.2.1919 Flucht nach Schweden, führend im Kapp-Putsch, 1922 Mitgl. Führung Dt.-völk. Freiheitspartei, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924–25 Führer Nationalsozialist. Freiheitsbewegung, 1924–26 Schirmherr Frontbann, 1924 MdR (NSDAP), 1925–33

Führer Tannenbergbund 132/Fundort S. 25; 175/165 210v, 176/165 240v, 241v, 179/165 281v–282, 180/165, 181/165 324v; 190/166 25v, 197/166 94, 211/166 228v–229, 230v, 212/166 245v, 246v; 220/VI; 226/167 2, 228/167 29, 229/167 39v, 230/167, 231/167 53v, 253/167 291v, 293v, 256/167 326v–327, 257/167 330v, 258/167 336v, 260/167 345v–346v, 262/167 355–356, 264/167 385, 265/167 388, 266/167 391v

Ludwig III. v. Bayern (1845–1921), 1912 Prinzregent, 31.10.1913–8.11.1918 König 132/164 105–107, 146/164 274–275v, 281v; 173/165 191v–192v, 193v; 201/166 132v, 219/166 325

Ludwig, Dr., Chefredakteur Monatsschrift für Dt. Beamte 127/164 79v–80v

Lueg, Heinrich (1840–1917), Ingenieur u. Industrieller, 1873 Maschinenfabrik Haniel & Lueg (Düsseldorf), 1873–82 Konstruktionsbüro für Bergwerksanlagen, 1880 Organisator Düsseldorfer Gewerbeausstellung, Gründer u. Vors. (bis 1917) des Central-Gewerbevereins f. Rheinland u. Westfalen u. benachbarte Gebiete, 1892–1910 Gründer u. Vors. Verein Dt. Maschinenbau-Anstalten, 1896 Gründer u. Vors. Rhein. Bahn-Gesellschaft, Geh. Kommerzienrat, 1912 Gründer Industrie-Club, Mitgl. zahlreicher AR, 1906 MdH 53/160 194v

Lusensky, Franz (1862–1924), Jurist, 1887 RegAss., 1891 Hilfsarb. HandMinm., 1893 RegR, 1895 VortrR u. GehRegR, 1900 GehORegR, 3.7.1911–1.10.1918 MinDir., Wirkl.GehORegR, um 1915 Mitgl. AR der ZEG, Sept. 1915–26.11.1916 stellv. Vors. Landesgetreideamt, 1.4.1918 i.R. sowie Wirkl.GehR u. Exz., 1904–11 MdA (NLP), Mitgl. Zentralvorst. NLP 45/160 122v, 49/160; 233/167 91v

Luther, Hans (1879–1962), Jurist, 1901 GerRef. KG, 1906 GerAss. Magistrat Charlottenburg b. Bln., 1907 StadtR Magdeburg, 1913 geschäftsführendes Mitgl. Vorstand Preuß. u. Dt. Städtetag, Mai 1918–Juli 1924 OB Essen, 1922 RMinr. f. Ernährung u. Landwirtschaft, 1923 RFinMinr., 1925–26 Rklr., 1930–33 Präs. Reichsbank, 1933–37 Botschafter Washington 217/166 302

Lyncker, Moritz Frh. v. (1853–1932), Offizier, 1870 Eintritt in die Armee, 1887 Adjutant Kronprinz, 1888 im GenStab, 1894 Bataillons-Kdr., 1895–1900 I. Militär-Gouv. der kais. Prinzen, 1896 Oberstltn., 1905 Kdr. 19. Div., GenLtn., 18.11.1908–18 Chef Militärkab., 1909 Gen.d.Inf., GenOberst, 1918/19 Präs. RMilitärGer. 83/162 95–96; 220/VI; 228/167 29

Maeder, Curt (1875–1939), 1896 GerRef. OLG Posen, 1900/01 GerAss., 1903 aushilfsweise im JMinm., 1906 Landrichter Düsseldorf, Krefeld, auch Hilfsrichter OLG Düsseldorf, Rechtsanw., 1912 Justitiar im RSA, 1913 ständ. Hilfsarb. u. RegR, 3.6.1914 GehRegR u. VortrR, GehORegR, Sept. 1918 MinDir. RSA, 31.10.1918 stellv. Bevollm.z.BundesR 82/162; 97/163, 104/163; 134/164

Magdeburg, Eduard (1904: v.) (1844–1932), Jurist, 1868 im preuß. Verwaltungsdienst, 1870/71 Unterpräfekt Château-Thierry, 1871 KrsDir. Metz, 1875 LandR Sonderburg, 1879 Hilfsarb. MdI (zeitw. Prot.-führer BundesR), 1881 VortrR, 1884 Vizepräs. Reg. Kassel, 1886 RegPräs. u. dann UStS HandMinm., 1892–98 OPräs. Hessen-Nassau, 1895 Wirkl.GehR, 1899 ChefPräs. Oberrechnungskammer u. Rechnungshof Dt. Reich, 1.4.1914 a.D. 101/163 33

Malinow, Alexander (1867–1938), bulg. Politiker, 16.6.–28.11.1918 MinPräs. 255/167 318v–320, 257/167 331

Maltzahn (Gültz), Helmuth (1875: Frh.) v. (1840–1923), Jurist u. Volkswirt, Rittergutsbes., 1867 aus dem Staatsdienst als Ass. zur Bewirtschaftung seiner Güter ausgeschieden, 1888–93 StS RSA, 1888 Wirkl.GehR, 1900–11 (a.D.) OPräs. Pommern, 1871–88 MdR (KoP/DkP, Vors. Haushaltsausschuß) 48/160 134–134v

Maltzahn (Vaselow), Hans Jaspar Frh. v. (1869–1929), Jurist, Rittergutsbes., 1891 GerRef., 1894 RegRef. Lüneburg, 1897 RegAss. beim LandR Ostprignitz, 1900 beim OPräs. Münster, 1901 bei Reg. Stralsund, 1903–18 LandR Bergen (Rügen), 27.1.1914–22.6.1916 im Gefolge des Kronprinzen, Präs. Seefischerei-Verein, Ehrenritter Johanniter-Orden, MdStR, 1908–18 MdA (DkP) 8/158 300; 98/163 12; 171/165 185–185v; 194/166 64; 228/167 31

Manasse, (Georg?), Getreidegroßhändler, (Fa. Saaten- u. Salzgroßhandlung M.), Kommerzienrat, schwed. GenKonsul, Obervorsteher Korporation Kaufmannschaft Stettin u. Vors. städt. Finanzkomm., 1916 Mitgl. Beirat für Auswanderungswesen, Ende Mai 1916 Mitgl. Vorstand Kriegsernährungsamt u. des AR der Reichsgetreidestelle 125/164 12

Mandel, Karl (1851–1925), Jurist, 1875 bayr. Justizbeamter, 1876 im reichsländ. Justizdienst, 1879 Hilfsarb. Minn. f. Elsaß-Lothr., 1883 RegR, 1884–85 KrsDir. Erstein, 1892 im Minn. f. Elsaß-Lothr., 1905 MinDir., 1906–14 UStS (a.D.) Minn. f. Elsaß-Lothr. (Abt. Inneres), 1912 Wirkl.GehR u. Exz. 4/158 214v–229; 97/163 10, 99/163 19v–20

Manteuffel (-Polzin, Arnhausen u. Hohenwardin), Hans v. (1859–1939), 1877/78 Eintritt in Staatsdienst, 1893 Kriminalkom. Berlin, Juli 1918 Kriminalinspektor, Kriminaloberinspektor, Maj. a.D. 66/161 107

Manteuffel, Otto Frh. v. (1844–1913), Rittergutsbes., Offizier, 1872–89 LandR Luckau, 1896–1912 LandesDir. Brandenburg, 1903 auch Mitgl. Beirat Landesanstalt f. Gewässerkunde, Mitvors. Bund der Steuer- u. Wirtschaftsreformer, 1904 Wirkl.GehR, 1877–98 MdR (KoP/DkP, 1892–97 Fraktionsvors., auch Vors. Partei), 1892–1911, 1883–1913 MdH (1891–1908 1. Vizepräs., 1892–1908 Vors. Alte Fraktion, 1908–12 Präs.) 18/159 76–76v, 103

Marchtaler, Otto v. (1854–1920), württ. Offizier, 1898 Chef Militärabt. württ. KrMinn., 1900 Militärbevollm. Berlin, 1906–6.11.1918 KrMinr., 1906 GenAdjutant u. Gen.d.Inf. 264/167 384

Marghiloman, Alexandru (1854–1925), rumän. Politiker, 19.3.–10.11.1918 MinPräs. 245/167 212v

Maria Feodorowna, Zarin v. Rußland (1847–1928) (eigentl. Dagmar, Prinzessin v. Dänemark), 1866 Heirat des späteren Zaren u. Kaisers v. Rußland Alexander III., Mutter des Zaren Nikolaus II., 1919 Exil 148/164 312v

Marschall von Bieberstein, Adolf Frh. (1842–1912), Fideikommißbes., badischer Jurist u. Diplomat, 1865 Rechtspraktikant, 1879 LGR Mannheim, 1882 1. StAnw., 1883–90 bad. Gesandter Berlin u. Bevollm.z.BundesR, 1890–97 StS AA, 1890 Wirkl.GehR u. Exz., Mitgl. Reichsversicherungsamt, 1894–97 StMinr., 1897–1912 Botschafter Konstantinopel, 1907 auch 1. Delegierter Haager Friedenskonferenz, Juni–Sept. 1912 (†) London, 1875–83 Mitgl. bad. 1. Kammer, 1878–81 MdR (DkP) 49/160 174v; 67/162 109

Martini, Karl (1834–1915), Dir. LG a.D. [vermutl.: 1862 GerAss., 1865 Kreisrichter Neuenburg, 1875 KrsGerR, 1877 Bromberg, 1879 LGR, 1883 Dir. LG, nach 1898 a.D.] 104/163 65

Martius, Carl Alexander (1903: v.) (1838–1920), Chemiker, 1867 Gründung der Ges. für Anilinfabrikation (Rummelsburg b. Bln.), 1872 Fusion zur AG für Anilinfabrikation, Berlin (Agfa) u. 1880 Firmenleitung, 1874 Gründungsmitgl. Patentschutzverein, 1877 Nichtständ. Mitgl. Reichspatentamt, 1877 Gründungsmitgl. Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie DtlDs., Mitgl. Wirtschaftl. Ausschuß, Mitgl. Reichsversicherungsamt, Mitgl. Eisenbahn-Tarifkomm., Beteiligung an der Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 1916 MdH 5/158 236v

Marwitz, Georg von der (1856–1929), Offizier, 1875 Ltn., 1890 Hptm. im GenStab, 1904 Oberst, 1905 Chef GenStab XVIII. AK, 1907 Kdr. 1. Garde-Kavallerie-Brigade, 1908 GenMaj., 1911 GenLtn., Generalinspekteur Kavallerie 101/163 37v, 42

Marx, Paul (1861–1919), Journalist, Chefredakteur Berliner Lokal-Anzeiger, dann „Der Tag“, Vors. Reichsverband dt. Presse u. seines Bezirksverbandes Berlin Brandenburg, Mitgl. Dt. Ges. von 1914 226/167 8

Marx, Wilhelm (1851–1924), Jurist, 1884 Amtsrichter Barmen, 1885 Landrichter Elberfeld, 1888 besoldeter Beigeordneter Düsseldorf, 1898–1910 OB Düsseldorf u. MdH, 1913 Vors. Industrie-Club Düsseldorf, Juni 1914 Mitgl. AR Schaffhausenscher Bankverein, 1918 Sachverständiger bei Waffenstillstands-Verhandlungen in Spa 33/159 285; 54/161 3v

Massenbach (Stuttehnen), Adolf Frh. v. (1868–1947), 1897 RegAss. Wreschen, 1901 LandR Wreschen, 1908 GehRegR u. VotrR LandMinm., um 1913 GehORegR, um 1915 Mitgl. AR der ZEG, 28.12.1916 Dir. im Kriegsernährungsamt, 9.2.1917–1919 RegPräs. Potsdam, 1919–32 GenBevollm. Standesherrschaft Muskau, Rechtsritter Johanniter-Orden *191/166* 35–37v, *207/166* 187v

Massenbach, Frh. v., RegAss., RegR, 1911 Hilfsarb. FinMinm., 1.4.1911 a.D. *22/159*; *54/161* 3v

Massenbach, Julie Frh. v. (1871–1925), geb. Dietze, Heirat 1900, Mutter von A. v. Massenbach *191/166* 35v

Massenbach, Leonhard Frh. v. (1835–1883), Vater von Adolf. v. M., 1873–77 LandR Fraustadt, 1877–83 Obertaunuskreis (Bad Homburg a.d.H.) *191/166* 35v

Massow, v., um 1915 Oberstltn., Oberst, dt. militär. Bevollm. in Sofia *255/167* 320

Mathies, Peter (1879/80–nach 1930), Jurist, 1908 GerAss., kaufmänn. Auslandsaufenthalt, 1912 im RAdI, 1913 RegR u. ständ. Hilfsarb. RAdI, 28.8.1917 GehRegR u. VotrR RAdI (RWiA), MinR *152/164*

Matibel, RegR Minm.öA, 25.9.1916 GehRegR u. VotrR *172/165*, *182/165*; *213/166*, *224/166*

Maubach, Eduard (1838–1925), 1863 Auskultator LG Bonn, 1865 RegRef., 1873 RegAss., 1874 LandR Johannesburg, 1888 ORegR, 1890 OPräsR Königsberg, 1898 GehRegR u. VotrR Mdl, GehORegR, 1909 Wirkl.GehORegR, stellv. Präs. Prüfungskomm. f. höhere Verwaltungsbeamte, 1.4.1919 a.D. *8/158* 301v–302; *46/160* 125; *62/161* 75

Mauren

→ Dusch, Alexander (1881: **Frh.**) v., Herr auf Mauren

Maus, G., Geschäftsführer der Dünger (Kainit-)Abt. der DLG *126/164* 54

Mauve (Mauwe), Karl (1860–1922), 1883 GerRef., 1885 RegRef. Oppeln, 1887 RegAss. Posen, 1890 beim OPräsidium Posen, 1891 Hilfsarb. KuMinm., 1892/93 LandR Hadersleben, 1900 ORegR Kassel, 1903 OPräsR Kassel, 1910 RegPräs. Aurich, 1917–22 Lüneburg *26/159* 177v

Max (Maximilian), Prinz v. Baden (1867–1929), preuß. Offizier, GenMaj., 1911 a.D., 1907 Thronanwärter, Aug.–Okt. 1914 Vertreter Ghzg. im Stab GenKdo. XIV. AK, Gen.d.Kav. à l. s., umfangreiche Arbeit in der Kriegsgefangenenfürsorge, 3.10.–9.11.1918 Rklr. u. preuß. AMinr. *253/167* 292, *257/167* 330, 331v, *258/167* 335v, *261/167* 350, 352, *262/167* 355, *263/167* 366v, 371v, *264/167* 380, 386v, *266/167* 396v, 399, *267/167* 406v–407v, *268/167* 410–411, *269/167* 415

Mayer-Kaufbeuren, Wilhelm (1874–1923), Nationalökonom u. Jurist, 1901 Rechtsanw. München, 1903 auch Verwaltung familiären Großgrundbesitzes, Leitung industrieller Unternehmen, 1919–20 RSchMinr., 1920 Botschafter Paris, 1907–23 MdR/MdNatVers. (Zentrum, Bayr. Volkspartei), Mdbayr.LT *244/167* 193v

Meinecke, Friedrich (1862–1954), Historiker u. Archivar, 1887–1901 Archivdienst, 1893 Redakteur u. 1896–1935 Hrsg. „Historische Zeitschrift“, 1901 Prof. Straßburg, 1906 Freiburg i.B., 1914–28 Berlin, GehHofR, 1928–35 (Auflösung) Leitung Histor. Reichskom., 1948 Rektor FU Berlin *204/166* 166

Meißner, Karl (1858–1911), 1881 Ref., 1885 Ass., 1887 Berginspektor, 1890 Bergmeister Gelsenkirchen, 1892 BergR u. Hilfsarb. HandMinm., 1895 Mitgl. Bergwerksdirektion Saarbrücken u. Hilfsarb. HandMinm., 1897 OBergR, 1900 GehBergR u. VotrR., 1903 GehOBergR *33/159* 282

Meister, Friedrich (1870–1946), 1891 GerRef. Görlitz, 1894 RegRef. Reg. Stettin, 1897 RegAss. beim LandR Norderdithmarschen, 1898 beim LandR Randow, 1901 bei Ministerial-Militär- u. Baukomm. Berlin, bei Reg. Marienwerder, 1903 LandR Thorn, 1911 Hilfsarb. Mdl sowie GehRegR u. VotrR, 24.7.1915 GehORegR, 3.11.1918 MinDir. u. Wirkl.GehORegR, 1919 stellv. Mitgl. Staatenausschuß, 1920 stellv. Bevollm.z.ReichR (im Hauptamt), 1924–26 (i.e.R.) UStS Mdl, 1929 Senatspräs. OVG, Aug. 1933 Vizepräs. OVG u. i.R. *177/165*, *187/165*; *209/166*, *212/166*, *214/166*, *216–218/166*, *221/166*; *240–242/167*, *249/167*

Mendelssohn, Franz (1888: v.) (1865–1935), Jurist u. Bankier, 1888 GerRef., 1889 Eintritt in das Bankhaus Mendelssohn & Co., 1892 Mitinhaber, 1902 Mitgl. des Kollegiums der Ältesten der Kaufmannschaft Berlin, 1902 Gründungsmitgl. u. 2. Vizepräs. HK Berlin, 1902–13 belg. GenKonsul, 1909 Gründungsmitgl. u. 1912 Direktoriumsmitgl. Hansa-Bund, 1904–13 1. Vizepräs. u. 1914 Präs. HK Berlin, 1906 Mitgl. DIHT u. 1921 Präs., 1911 Mitgl. Bundesleitung Jung-deutschland-Bund, 1917 Seniorchef Mendelssohn & Co., Exequator des Reichs, 1921–31 Präs. DIHT, 1922–31 Mitgl. Vorläuf. RWiR, 1925 Präs. dt. Gruppe der Internat. HK, 1924–33 Mitgl. Generalrat Reichsbank, 1931 Rücktritt von den Präsidentschaften aus gesundheitl. Gründen, 1913–18 MdH 54/161 3; 81/162 72–73, 74v

Mendelssohn, Robert (1888: v.) (1857–1917), Bankier, Mitinhaber Fa. Mendelssohn & Co., Rittergutsbes., GenKonsul Schweden u. Norwegen, Deputierter Zentralaussschuß Reichsbank, Schatzmeister Dt. Flottenverein, Mitgl. AR Bank Berliner Kassenverein 81/162 72

Menge, Johann Friedrich Hermann (1845–1920), Jurist, 1873 GerAss., 1879 StAnw. Berlin, 1892 Reichsanw, 1900 KGR, 1906 Senatspräs. RG, 17.4.1916 Wirkl.GehR, 1.11.1918 i.R. 66/161 105v

Mertin, Erich (geb. 1872), Jurist, 1898 Rechtsanw., 1900 auch Notar Öls/Schles., JusR, 1907–18 MdA (RFKP), 1912–18 MdR 53/160 194v

Merton, Wilhelm (William) (1848–1916), Bankier u. Großkaufmann, 1881 Gründung u. Vors. AR der Metallges. AG („Merton-Konzern“), 1890 Gründung Institut f. Gemeinwohl, 1891 Ges. f. Wohlfahrtseinrichtungen, 1908 Institut f. Gewerbehygiene, Förderung Verein f. Sozialpolitik u. Ges. f. Soziale Reform, Mitgl. zahlreicher AR 8/158 302

Merveldt, Felix Gf. (1862–1926), 1886 GerRef., 1888 RegRef., 1891 RegAss. beim LandR Lingen, beim PolPräs. Magdeburg, 1893/4 LandR Recklinghausen, 1913–22 RegPräs. Münster, 25.8.1914 zum „Zivilkom. für das von dt. Truppen im Osten besetzte ausländ. Gebiet“ vorgesehen, Arbeit in der Besatzungsverw., 1920–22 (i.e.R.) StKom. f. Ernährungsfragen, 1924–26 MdR (DNVP) 93/162 159–159v; 239/167 147

Metternich, Gf.

→ Wolff-Metternich zur Gracht, Paul Gf.

Meuschel, Johann Jakob Heinrich (geb. 1862), 1884 Eintritt in bay. Staatsdienst, 1892 bay. Oberzollassessor, 1894 komm. Beschäftigung am RSA, 1897 RegR u. ständ. Hilfsarb. RSA, 1899 GehRegR u. VortrR, 1902 GehORegR, 1908 stellv. Bevollm.z.BundesR, 1912 Wirkl.GehORegR, 1913 Dir. im RSA, stellv. Bevollm.z.BundesR, um Jan. UStS RSA, Juli 1919 i.e.R. 33/159 282

Meydenbauer, Hans (geb. 1873), RegR, um 1911 Hilfsarb. FinMinm., um 1911–Mitte Okt. 1918 Kom. des FinMinr. bei der Ansiedlungskomm., 1913 VortrR u. GehFinR, 1.2.–Mai 1915 Geschäftsführung Kriegsgetreidegesellschaft, 15.5.1915 Rückkehr ins FinMinm., Mitte 1915 auch Mitgl. Beirat Landesgetreideamt, Aug. 1915 nichtständ. Mitgl. Direktion sowie Mitgl. AR Reichsgetreidestelle, April 1917 GehOFinR, nach 1918 a.D. 95/162 190; 137/164 164

Meyer (Tilsit), Edwin (geb. 1858), Jurist, Rechtsanw. u. Notar Tilsit, JusR, 1908–13 MdA (DkP) 18/159 81

Meyer (Verden), Woldemar (geb. 1861), Jurist, 1887 GerAss., 1894 Amtsrichter Diepholz, 1902 AGerR, 1909 Dir. LG Verden, 28.12.1917 GehJusR, 1899–1918 MdA (NLP) 33/159 281v

Meyer, Ernst v. (geb. 1847), Chemiker, 1893 Prof. f. Chemie TH Dresden, 1898–1900 u. 1912 Rektor 66/161 106

Meyer, Hugo, Dir. Getreidekommission AG Düsseldorf, ca. 1915 Geschäftsführer der Geschäftsabt. u. Mitgl. Direktorium Reichsgetreidestelle, 1916 Organisator der türk. Getreidebewirtschaftung in Konstantinopel u. türk. Konsul 140/164 191v

Meyer, Otto (1849–1933), Großkaufmann, Rittergutsbes., österr. Honorar-GenKonsul f. d. Prov. Ostpreußen in Königsberg, Okt. 1914 Mitgl. Kriegshilfskomm. f. d. Prov. Ostpreußen, bis Frühjahr 1918 Obervorsteher Königsberger Kaufmannschaft, 1914–18 MdH 97/163 8–9

Meyeren, Gottlieb v. (geb. 1860/61), 1894 Hilfsarb. u. RegAss. HandMinm., 1898 LandR Burgdorf, 1902 Hilfsarb. HandMinm., GehRegR u. VortrR, 1905 GehORegR, auch Mitgl. Komm. der Versuchs- u. Prüfungsanstalt f. Wasserversorgung u. Abwässerbeseitigung, 24.6.1914–1.4.1929 (i.R.) Wirkl.GehORegR u. MinDir., März 1918 auch Vors. Techn. Deputation für Gewerbe 29/159; 110/163 108v

Meyr, Oberbetriebsinspektor in Eberbach, 1909 Ordenssache 2/158 205v

Michaelis, Georg (1857–1936), 1879 GerRef., 1884 GerAss. Staatsanwaltschaft Berlin, 1885 Dozent dt. Schule für Rechts- u. Staatswissenschaften Tokio, 1889 Wiedereintritt in Justizdienst, 1891 StAnw. Schneidemühl, 1892 RegR Trier, 1895 Arnsberg, 1897 ORegR, 1900 Stellv. RegPräs. Liegnitz, 1902 OPräsR u. Stellv. OPräs. Breslau, 1905 GehORegR, 1908 StKom. für die Ausführung des „Odergesetzes“, 1909 UStS FinMinm. u. Wirkl.GehOFinR sowie waldeck-pyrmontscher Bevollm.z.BundesR, 1914 Vors. AR Kriegsgetreide-Ges., 4.3.1915 „Reichsbrot-Kom.“ (Reichskom. zur Ausführung der Bundesrats-VO v. 25.1. u. 6.2.1915), Aug. 1915 Vors. Direktorium Reichsgetreidestelle, 20.7.1915 Wirkl.GehR u. Exz., 17./20.2.1917 StKom. f. Volksernährung, 23.2.1917 Mitgl. Vorstand Kriegsernährungsamt, 14.7.–1.11.1917 Rklr. u. Präs. StMinm. sowie AMinr., 1.4.1918–31.3.1919 OPräs. Pommern, Mitgl. DNVP, Arbeit in der ev. Kirche u. christl. Studentenbewegung 47/160, 53/160 196–196v; 66/161, 72/161 173; 87/162; 101/163 33v–34, 107/163, 121/163; 129/164, 133/164 118v, 137/164 160v, 164–166, 139–140/164, 144/164 242; 154/165, 167/165 157, 159v; 193/166 50v–53v, 54v–55v, 56v, 58v, 195/166, 197/166 93v–94, 97–98, 207–212/166, 214–216/166, 218/166; 220/VI 208, 229v; 221/166 333v, 335, 222/166 345, 349v, 351; 226/167 7v, 8v–10, 233/167 80v, 82v, 83v, 90v, 243/167 187

Michalkewitsch, Domherr, kath. Administrator Wilna, Mitte 1918 Ausweisung durch Zivilverw. u. Aufnahme im Kloster Maria Laach 251/167 267v–268

Mielzynski, Ignac Gf. (1871–1938), poln. Magnat auf Iwno, Offizier, Landwirt, 1905–38 Mitgl. im Rady Nadzorczej Bazaru (1914–38 Mitgl. Direktion), 1914–18 Kriegsdienst, zuletzt Rittm., 1916 Anklage wegen Getreideschiebereien, Ende 1918 führend am Großpoln. Aufstand beteiligt, 1919 Mitgl. poln. Grenzkomm., Oberstltn., Ende 1921 a.D. 186/165 381v

Miesitscheck von Wischkau, Karl (geb. 1859), Jurist, 1885 RegRef. Liegnitz, 1888 RegAss. Danzig, 1890 LandR Wongrowitz, 1895 Thorn, 1896 RegR OPräsidium Danzig, 1897–99 StMinr. Lippe, 1902 RegR Marienwerder, 1905 ORegR Ansiedlungskomm., 1907 Düsseldorf, 1910–19 RegPräs. Magdeburg 7/158 280v; 197/166 95–95v

Mikulowski-Pomorski, Jozef (1868–1935), Agrarwissenschaftler, Prof. f. Landwirtschaftschemie, 1910 Mitgl. beim Beirat des k.u.k. LandMinm., 1911 Leiter landwirtschaftlicher Weiterbildungsinstitutionen in Warschau, Aug. 1915 Mitgl. Bürgerkomitee Warschau (Ltr. Abt. Aufklärung/ Bildung), 1916 Wahl zum Rektor des Warschauer Polytechnikums u. Annullierung durch GenGouv., 15.11.1916 Mitgl. poln. StR, 14.1.1917 Stellv. Vors., Dir. Landwirtschaftl. HS Warschau, 7.12.1917–27.2.1918 Mitgl. Regentschaftsrat f. Landwirtschaft u. Krongüter, 22.6.1918 Vizemarschall StR, 1921–22 MinDir. im poln. KuMinm., ab 1922 mehrfach KuMinr. 196/166 80

Minck, v., Erfinder von Ersatzfutter aus Stroh 141/164 218v

Miquel, Johannes (1897: v.) (1828–1901), Jurist, 1854 Rechtsanw. Göttingen, 1865–69, 1876–80 OB Osnabrück, 1869 Dir. Disconto-Ges., 1873–76 Vors. d. VerwR, 1880–90 OB Frankfurt/M., 1882–90, 1901 MdH, 1890–1901 FinMinr., 1897–1901 auch Vizepräs. StMinm., 1901 Rücktritt u. MdH, 1866/67 Gründungsmitgl. NLP, 1867–77 MdA, 1867–77, 1887–90 MdR 19/159 133; 49/160 163; 92/162 145v; 104/163 65v; 267/167 406

- Miquel, Walter v.** (1869–1945), 1891 GerRef., 1896 RegAss., 1894 RegRef. Reg. Potsdam, 1897 RegAss., 1900 LandR Westhavelland, 1909 Saarbrücken, zugl. kommissar. PolDir., 1916 PolPräs. Breslau, 1917 RegPräs. Oppeln, Febr. 1919 z.D. gestellt, 1.10.1919 i.R. *169/165* 173
- Mirbach (Sorquitten), Julius** (1888: **Gf.**) v. (1839–1921), Fideikommißbes., 1862–66 Offizier, a.D. zur Verwaltung seiner Güter, 1879–1919 Gründungsmitgl. u. Vors. Verein d. Steuer- und Wirtschaftsreformer, Mitgl. Kongreß dt. Landwirte, 1880 Mitbegründung bimetallistische Bewegung, 1910 Wirkl.GehR, 1874–1918 MdH, 1878–81, 1886–98 MdR (DkP, Mitgl. im Vorstand) *16/159* 40v–42, *26/159* 175v–176; *72/161* 174; *117/163* 204
- Mirbach, Ernst Frh. v.** (1844–1925), Offizier, 1865 Ltn., 1871 Adjutant Gouvernement Straßburg i.E., 1876 Adjutant Gouvernement Berlin, 1882 Abschied u. Kammerherr, 1885 Maj. z.D., 1891 in der Landwehr wieder angest., 1891 Oberstltm., 1892 Oberhofmeister Kaiserin u. Königin sowie Wirkl.GehR, 1895 Oberst, 1899 GenMaj., 1912 GenLtn. à l.s. *104/163* 65
- Mizerski, Ludwig** (1843–1923), Jurist, 1874–92 Bistumssyndikus Pelplin, Erzbistumssyndikus Posen, erzbischöfl. KonsR, 1894–1918 MdA (Pole) *117/163* 202
- Moesle, Stefan** (1874–nach 1930), 1901 württemberg. höherer Staatsdienst, 1905 Amtmann, 1907 Hilfsarb. Reichsversicherungsamt, 1909 kais. RegR, 1911 vorübergehend u. 1913 dauernd Hilfsarb. RSA, 19.1.1915 GehRegR RSA, MinDir. RFinMinm., Juli 1919 UStS, 1920 a.D., Mitgl. Vorstand Provinzialbank Oberschlesien, Vors. Vorstand Oberschlesischer Sparkassenverband *166/165*
- Molitor, Hugo** (geb. 1856), Jurist, hess. GerAss., 1882 in elsäß-lothr. Dienste, 1888 Amtsrichter Rufach, 1889 StAnw. Mülhausen u. Straßburg, 1894 LGR Straßburg, 1896 MinR Minm. f. Elsaß-Lothr., 1907 OStAnw., 1910 Präs. OLG, Mitgl. I. Kammer Elsaß-Lothr. *99/163* 20
- Möllendorff, Wichard Georg v.** (1881–1937), Ingenieur u. Wirtschaftspolitiker, 1907 Ing. bei der AEG, geistiger Vater der Kriegsrohstoffabt., 1915 Dir. Kriegskemikalien AG, 1916 RKom. Reichsstickstoffwerke u. Kalkstickstoff, techn.-wiss. Berater im WUMBA, Referent im Reichskommissariat f. Übergangswirtschaft, 1918 Prof. Nationalökonomie Hannover, Anf.–Juli 1919 (a.D.) UStS RWiA/RWiMinm., 1923–29 Dir. Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem u. Kaiser-Wilhelm-Institut f. Metallforschung, Mitgl. zahlreicher AR, 1932/33 Rückzug aus dem öffentl. Leben, 1937 Freitod *262/167* 358v
- Möller, Theodor** (1905: v.) (1840–1925), Kaufmann, 1863 Gründung einer eigenen Maschinen- u. Dampfkesselfabrik, 1878 Übernahme der väterl. Lederfabrik, stellv. Vors. HK Bielefeld, 1892 Kommerzienrat, 1895–1901 Mitgl. Ausschuß ZDI, 1900 Geh. Kommerzienrat, 1901–05 HandMinr., 1893–1900 MdA (NLP), 1890–95, 1898–1901 MdR, 1914 MdH *32/159* 262v; *97/163* 8v–9
- Moltke (d.J.), Hel(l)muth Gf. v.** (1848–1916), Offizier, Neffe des Generalfeldmarschalls, 1882 Hptm. im GenStab u. Adjutant des Onkels (bis 1891), 1891 diensttuender Flügeladjutant Wilhelms II., 1896–1903 Truppendienst, 1903 GenLtn. u. kais. GenAdjutant, 1904 GenQuartiermeister, 1.1.1906–14.9.1914 Chef GenStab, 1906 Gen.d.Inf., Sept. 1914 Nervenzusammenbruch beim Scheitern Marne-Schlacht, ab 14.9./offiziell ab 30.12.1914 durch Falkenhayn ersetzt, 30.12.1914 Chef Stellv. GenStab der Armee für die Dauer der Mobilmachung, Gründungsmitgl. Dt. Ges. v. 1914 *115/163* 167; *133/164* 115–117
- Moltke, Carl Poul (Paul) Oscar Gf. v.** (1869–1935), dän. Diplomat, 1912–24 Gesandter Berlin *110/163* 118
- Moltke, Friedrich v.** (1852–1927), 1890 RegR u. Hilfsarb. KuMinm., 1898 RegPräs Oppeln, 1900 RegPräs. Potsdam, 1903 OPräs. Ostpreußen, 24.6.1907–18.6.1910 Minr.dI, Aug./Sept. 1914–18 OPräs. Schleswig-Holstein, 1913–18 MdH *1–13/158*; *14–24/159*; *60/161* 65; *81/162* 71, 74v; *101/163* 33v–34, *116/163* 184, *117/163* 208; *148/164* 324

Moltke, Otto J. Gf. v. (1847–1928), Jurist u. Offizier, 1891–1912 Klosterprobst Uetersen, Prälat der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft, Oberstltm. a.D., 1910 Wirkl.GehR, Exz., 1893–94 MdR, 1894–1918 MdA (RFKP) 22/**159** 154v–155v

Momm, Wilhelm (1865–1935), Jurist, 1887 GerRef., 1890 RegRef. bei Reg. Düsseldorf, 1893 RegAss. u. Hilfsarb. beim LandR Ottweiler, 1897 Reg Trier, 1900 LandR St. Wendel, 1906 RegR beim OPräs. Rheinprovinz, 1908 ORegR, 1910 OPräsR, 1917/18 zeitw. Vertretung OPräs., 23.6./16.7.1918 RegPräs. Trier, 1919 Wiesbaden, 1920 Geschäfte in Trier niedergelegt, 1922 Ausweisung, 1924 RegPräs. Potsdam, 1930 i.R. 239/**167** 148, 248/167 239v

Monteiro, Manuel (1879–1940), 1914 portug. JMinr., 1915–18 Präs. portug. Parlament 160/**165** 98

Morawski (-Dzierzykraj), Franciczek (Franz) v. (1868–1938), Rittergutsbes., Rentier u. Publizist, Vizemarschall LT Posen, 1910–18 MdR, 1913–17 MdA (Pole), 1917–18 MdH, Redakteur u. Hrsg. eines konservativ-klerikalen Blattes, nach 1918 Mitgl. poln. Sejm 192/**166** 40v

Morawski, Kasimir v.

→ Dzierzykraj v. Morawski, Kasimir

Mudra, RechR, Hptm. d.L. in Brandenburg, Mitarbeit im Kriegervereinswesen 33/**159** 283

Mugdan, Otto (1862–1925), Arzt, 1885 Approbation, 1892 Mitgl. Ärztekammer Prov. Brandenburg u. Bln., Sanitätsrat, 1905–25 Mitgl. Geschäftsausschuß Dt. Ärztevereinsbund, Mitgl. AR Leipziger Verband, 1903–12 MdR (DFsVP), 1912–18 MdA 33/**159** 281v

Mügel, Oskar (1858–nach 1935), Jurist, 1883 GerAss., 1888 Amtsrichter Halle/S., 1890 Landrichter Hannover, 1894 Berlin I u. LGR, 1895 OLGR Hamm, 1895 GehJusR u. VortrR JMinm., 1898 GehOJusR, 1909 Wirkl.GehOJusR, 1910 MinDir., 1913 UStS, 1914 Präs. Disziplinarhof f. nichtrichterliche Beamte, 30.5.1917 Wirkl.GehR, 1920–23 StS JMinm. u. stellv. Bevollm. z.

BundesR, 1923 i.R. u. StKom. f. d. Vorbereitung einer landesrechtl. Justizreform (bis 1929), Vors. AR Röchling Eisen- u. Stahlwerke 57/**161**; 135/**164**; 238–239/**167**, 249/167 250–250v, 252/167

Mühlberg, Otto v. (1847–1934), Jurist, Eintritt AA, bis 1880 im Auslandseinsatz, 1884 VortrR AA, 1890 GehLegR, 1895 Wirkl.GehLegR, 1898 Leiter f. Orientangelegenheiten in der Pol. Abt., 1900–07 UStS AA, 1902 Wirkl.GehR u. Exz., 1908–19 preuß. Gesandter beim Hl. Stuhl, dabei 1915–19 Dienstsitz Lugano/Schweiz 135/Fundort S. 3

Müller (-Meiningen), Ernst (1866–1944), Jurist, 1894 Rechtsanw. Nürnberg u. bayr. Justizdienst, 1898 Amtsrichter Fürth, 1903 LGR Aschaffenburg, 1911 OLGR München, 1898–1918 MdR (FsVP, 1906–10 Vors. Fraktion), 1919–20 bayr. JMinr., 1919–24 Mitgl. bayr. LT (DDP) 198/**166** 115

Müller (Fulda), Richard (1851–1931), Kaufmann, Fabrikbes., 1893–1920 MdR/MdNatVers. (Zentrum), Mitgl. Kreistag 143/**164** 227; 244/**167** 196v, 202v

Müller, Agitator für den Import argentin. Gefrierfleisches 67/**162** 114v

Müller, August (1856–1926), 1878 GerRef., 1880 Ghzgl. sächs. Justizdienst, 1880 Ass., 1882 Spezialkom. Ghzgl. GenKomm., 1883 BezKom. u. Stellv. BezDir., 1893–1900 OB Eisenach, 1900–12 (i.R.) OB Kassel, 1900/01–12 MdH 53/**160** 194v

Müller, August (Hamburg) (1873–1946), Gärtner, 1896 Gewerkschaftssek., Mitgl. SPD, 1898 u. 1904–16 Redakteur, 1909 Mitgl. Vorstand u. dann Geschäftsführer Zentralverband Dt.

Konsumvereine, Mitgl. Vorstand Dt. Gesellschaft v. 1914, Ende Mai 1916–17 Mitgl. Vorstand Kriegsernährungsamt, Aug. 1917 UStS Kriegsernährungsamt, 15.10.1918 UStS RWiA, Nov.

1918–Febr. 1919 StS, 1920 Mitgl. vorl. RWiR, Prof. f. Gesundheitswesen, Wirtschafts- u. Sozialpolitik, 1925 Übertritt zur DDP 207/**166** 188, 190; 250/**167** 256v, 266/167 390

Müller, Georg Alexander (1900: v.) (1854–1940), Marineoffizier, 1878 Lt. z.S., ab 1880 mehrfach zur Admiralität kommandiert, 1885–86 Gesandtschaft Stockholm, 1886 Kapitänltm., 1889–91 zum MarineKab. kommandiert, 1892 Personalreferent im OKdo. Kriegsmarine, 1895–98 pers.

Adjutant des Prinzen Heinrich, 1900 Abt.-Vorstand MarineKab., 1902 Kommandant eines Linienschiffes, 1904 diensttuender Flügeladjutant Wilhelms II., 28.5./8.7.1906–28.10.1918 Chef Marine-Kab., 1910 Admiral, 1910–18 auch Vortr. GenAdjutant, 29.10.–28.11.1918 (z.D.) beurlaubt
173/165 193v; *220/VI*

Nacken, Josef (1860–1922), Jurist, 1885 Ref., 1889 Kaufmann, beigeordneter Bgm. Eschweiler u. Stadtverordneter, 1903–22 MdR/MdNatVers. (Zentrum) *33/159* 281v

Nagel, Paul Arthur (1856–1918), Jurist, 1884 StAnw. Leipzig, 1893 Vors. Kammer f. Handels-sachen, 1894 Dir. LG Leipzig, 1897 OLGR Dresden, 1898 Hilfsarb. RG, 1899–1912 Reichsanwalt RG, 1903–05 Mitgl. Komm. f. Neuregelung StPO, Aug. 1912–1918 sächs. JMinr., 12.5.1918 (†)
146/164 274v

Näher, BauR Karlsruhe, 1909 Ordenssache *2/158* 205v

Napoleon I., Kaiser der Franzosen (1769–1821), 1799–1804 Erster Konsul, 1804–14/15 Kaiser, 1805 König v. Italien *4/158* 223v; *175/165* 212v, *180/165* 309

Napoleon III., Kaiser der Franzosen (1808–1873), 1852–70 Kaiser *266/167* 395v

Naumann, Friedrich (1860–1919), liberaler Politiker u. Publizist, 1886 Pfarrer Langenberg/S., zunächst Engagement in der christl.-sozialen Bewegung, 1890–94 Vereinsgeistlicher Innere Mission Frankfurt/M., 1894 Gründung Zeitschr. „Die Hilfe“, 1896 Gründung des Nationalsozialen Vereins (1903 Angliederung an die FsVg), 1897 Aufgabe des Pfarramts u. Übersiedlung nach Berlin zur polit. Arbeit, 1907–12, 1913–18 MdR (FsVg, FsVP), 1910 maßgeb. Anteil am Zusammenschluß der linksliberalen Parteien zur FsVP, im Weltkrieg maßgebliche Mitwirkung im Arbeitsausschuß f. Mitteleuropa u. im Volksbund f. Freiheit u. Vaterland, 1917 Gründungsmitgl. des Interfraktionellen Ausschusses, Gründungsmitgl. u. Vors. der DDP *129/164* 84–84v

Nay, Johannes (1862–1914), 1885 GerRef., 1889 GerAss., 1890 in der Verw. der indirekten Steuern, 1891 RegAss. u. Obergrenzkontrolleur, 1896 Oberzollinspektor, 1898 RegR u. Obersteuerinspektor, 1900 Mitgl. ProvSteuerdirektion Königsberg/Pr., 1903 Berlin, 1901 nichtständ. Hilfsarb. HandMinm., 1903 Hilfsreferent RSA, 1907 GehRegR u. VortrR RSA, 1910 GehORegR, Aug.–31.10.1914 (†) Kriegsdienst *57/161*, *59/161*

Nernst, Walther (1864–1941), 1905 Prof. für physikalische Chemie Berlin, GehRegR, 1920 Nobelpreis *17/159* 179v

Neuber, Gustav (1850–1932), Mediziner, 1884–1919 Inhaber der ersten [?] nach aseptischem Prinzip errichteten chirurg. Klinik in Kiel (später: Elisabethkrankenhaus), 1889–1900 Stadtverordneter, 1895 ghzgl. oldenburg. Geh. Sanitätsrat, 1901 GenArzt Marine, OB Kiel, 1911–18 MdH *47/160* 128

Neugebauer, Leiter [?] der Verkaufsstelle des BdL *126/164* 54

Neuhaus, Albert (geb. 1873), Jurist, GerAss., 1901–02 beurl. zur Fa. Albert Bary & Co (Antwerpen), 1903 RegAss. u. Hilfsarb. HandMinm., 1909 RegR, 1910 GehRegR u. VortrR, 1914 GehORegR, Mitwirkung am Vertrag v. Brest-Litowsk, 1.3.1918 MinDir. u. Wirkl.GehORegR, Mitte März 1918 auch stellv. Vors. Techn. Deputation f. Gewerbe sowie Juli 1918 Vors. Komm. f. d. Ordnungsstrafverfahren wegen verbotenen Börsenterminhandels, auch RKom. f. d. Liquidation ausländ. Unternehmungen, 31.12.1920 i.R. auf eigenen Wunsch, 1925 RWiMinr., Mitgl. DNVP *233/167* 91v–92

Neuhaus, Jakob (1916: v.) (1853–1921), 1878 GerRef., 1884 RegAss. Merseburg, 1885/86–92 LandR Hattingen, 1892 Hilfsarb. HandMinm., 1892 GehRegR u. VortrR, 18.7.1900–1.10.1914 (i.R.) MinDir. u. Wirkl.GehORegR, 1905 auch Vors. Landesgewerbeamt, 1910 Wirkl.GehR u. Exz. *110/163* 108v

Neumann (Hanseberg), Adalbert v. (1839–1911), Jurist, 1871–77 RegAss. BezPräsidium Kolmar, dann Rittergutsbes., 1879–1911 MdA (DkP) *33/159* 281

- Neumann**, Kanzleiinspektor BezPräsidium Straßburg, 1909 u.1911 Ordenssachen 8/**158** 302v; 53/**160** 196
- Niermann, Arnold** (geb. 1888), 1902 GerRef., 1906 GerAss., 1908 RegAss., Justitiar Reg. Marienwerder, 1913 Hilfsarb. FinMinm., 1915 RegR, Mai 1918 am OPräsidium Brandenburg, 1919 GehRegR u. VortrR WissMinm., beim OPräs. Brandenburg 138/**164**
- Nikolaj Nikolajewitsch, Großfürst v. Rußland** (1856–1929), Neffe v. Zar Alexander II., russ. Offizier, Aug. 1914–5.9.1915 Oberkommandierender russ. Streitkräfte, 8.9.1915 Unterkönig des Kaukasus u. Oberbefehlshaber Kaukasusheer, 1919 Exil 144/**164** 235v
- Nikolaus (Nikola) I., König v. Montenegro** (1841–1921), Vladika, 1860 Fürst v. Montenegro, 1910–Nov. 1918 König, Jan. 1916 Bitte um Sonderfrieden mit Deutschland, auf Druck der Entente Widerruf und Flucht nach Frankreich, eigene Dichtungen 198/**166** 116v
- Nikolaus II., Zar v. Rußland** (1868–1918), 1.9.1894–15.3.1917 Zar v. Rußland 113/**163** 124v; 130/Fundort S. 8, 14; 140/Fundort S. 7; 148/**164** 312v; 173/**165** 196, 175/165 210; 198/**166** 113v–114, 116v
- Nissen, Nis** (1878–1960), Landwirt, 1908–18 MdA (Däne) 263/**167** 364v
- Njegos, Nikolaus**
→ Nikolaus I. (Nikola) v. Montenegro
- Noelle, Ernst Otto** (1856–1918), 1879 Ref., 1885 GerAss., 1889 Amtsrichter Ottweiler, 1892 Landrichter Elberfeld, 1899 Landrichter Berlin I, 1900 LGR, 1903 Hilfsarb. FinMinm. sowie VortrR u. GehFinR, 1907 zugl. Mitgl. Hauptverw. Staatsschulden, 1908 GehOFinR, 29.7.1918 (†) (zum 1.8.1918 noch als Dirigent Etats- u. Kassenabt. FinMinm. berufen), 1894–1903 MdA (NLP), 1903–17 Mitgl. Zentralvorstand NLP 53/**160** 195v; 102/**163**
- Nostitz-Drzewicki, Hans v.** (1863–1958), Jurist, 1905 Amtshptm. Pirna, 1916–1.2.1918 (i.R.) sächs. Gesandter Berlin u. Bevollm.z.BundesR, 1920–28 Präs. sächs. OVG Dresden, 1923–33 Vors. Gesellschaft f. soziale Reform (Berlin) 248/**167** 235v
- Nückel, Albrecht** (1849–1917), 1871 Ref., 1876 GerAss., 1879 Amtsrichter, 1881 Landrichter, 1889 LGR, 1893 OLGR, 1901 Senatspräs. OLG Köln, 1902 Präs. LG, 1906 Präs. OLG Stettin, 1910 Wirkl.GehOJusR, 1.1.1914–30.9.1916 Präs. OLG Köln, a.D. 32/**159** 261
- Oberndorff, Alfred Gf. v.** (1870–1963), Diplomat, 1912 Gesandter Christiana (Oslo), 10.3.1916–10.10.1918 (Abbruch diplomat. Beziehungen) Sofia, 23.10.1918 im AA, Vertreter AA bei der Wako, 31.3./10.5.1920–11.2./1.3.1921 Geschäftsträger Warschau, z.D., 1922 a.D. 255/**167** 318v–319v
- Oechelhäuser, Wilhelm v.** (1850–1923), Ingenieur, 1890–1912 GenDir. Continental-Gasgesellschaft (Dessau), 1920 Vors. AR, Vors. Verein dt. Ingenieure u. weiterer Berufs- u. Industriellenvereinigungen 226/**167** 9
- Oehler, Adalbert** (1860–1943), Jurist, 1881 GerRef., 1886 GerAss. Amtsger. Halle/S., Hilfsrichter LG Rudolstadt, Halle/S., Magdeburg, 1891 besoldeter StadtR Magdeburg, 1899/1900–05 1. Bgm. bzw. OB Halberstadt, 1905–11 Crefeld, 30.11.1910/18.1.1911–10.1.1919 Düsseldorf (Absetzung durch Vollzugsausschuß Arbeiterrat), 1.7.1919 i.R., MdH, 1920–24 HonProf. Hochschule f. Staats- u. Wirtschaftswissenschaften Detmold, 1928 Doz. Verwaltungsakademie Düsseldorf 8/**158** 300; 127/**164** 69
- Oertel, Ernst Georg** (1856–1916), Pädagoge, 1880 Gymnasiallehrer Leipzig, 1894 Chefredakteur Dt. Tageszeitung, 1898–1903, 1912–16 MdR (DkP) 66/**161** 105; 143/**164** 227v
- Oertzen, Ulrich v.** (1840–1923), Jurist u. Fideikommißbes., 1876 LandR Jüterbog, 1890–94 ORegR Hannover, 1879–90, 1908–18 MdA (RFKP), 1903–13 MdR, MdLT Mecklenburg 101/**163** 37v, 41
- Oexmann**, mit O.J. Kellner Erfinder von Ersatzfutter aus Stroh 141/**164** 218v

Offenberg, (1856–1918), 1892 GerAss., 1883 Eintritt in Staatseisenbahnverw., 1884 RegAss., 1890 RegR, Hilfsarb. eines Eisenbahnbetriebsamtes, Mitgl. einer Eisenbahndirektion, 1896 GehRegR u. VortR Minm.öA, 1899 GehORegR, 1908 Wirkl.GehORegR u. MinDir., 29.6.1918 a.D., Juli 1918 (†) 250/167 255

Oldenburg, v., Lieferant von Kartoffeln für Berlin [Elard v. Oldenburg-Januschau ?] 144/164 243

Oldenburg-Januschau, Elard v. (1855–1937), Rittergutsbes., Vors. Provinzialabteilung Westpreußen BdL, Vors. Landwirtschaftskammer Westpreußen, Mitgl. Dt. Landwirtschaftsrat u. Landesökonomiekollegium sowie Ansiedlungskomm., 1898–1910 MdA (DkP), Kammerherr, 1902–12, 1930–33 MdR (DkP, DNVP), 1915–18 MdH, Vors. ProvLT 26/159 176; 129/164 85; 154/165 28, 31v, 173/165 199v; 212/166 244v; 246/167 225–225v, 249/167 244

Oldershausen, Erich Frh. v. (1872–1946), Offizier, ca. 1914 Maj imGenStab, Sektionschef im Stab des Chefs des Feldeisenbahnwesens, 31.10.1916 Chef Feldeisenbahnwesen 264/167 386v, 265/167 388v

Oppen, Heinrich v. (1869–1925), Rittergutsbes., Jurist, 1896 RegAss., 1907–09 LandR Oberbarnim, 1909 PolPräs. Breslau, 1916 Berlin, MdStR, Kreisdeputierter 169/165 172v

Oppen, Hildegard v. (geb. 1874), Frau von H. v. Oppen, geb. Edle v.d. Planitz 169/165 172v

Oppenheim, Franz Otto (1852–1929), Chemiker u. Industrieller, 1880 Eintritt in AG für Anilinfabrikation (Berlin), zuletzt GenDir., Schatzmeister Kaiser-Wilhelm-Institut f. Chemie u. Chem. Reichsanstalt, 1912 GehRegR, 1925 Mitgl. VerwR u. AR IG Farben 86/162 112v

Osann, Artur (jun.) (1862–1924), Rechtsanw., vermutl. Darmstadt, 1907–12 MdR (NLP) 53/160 195

Oskar, Prinz v. Preußen (1888–1958), Offizier, 1908 Oln. à l.s. 3. Garde-Grenadier-Landwehr-Rgt. u. Grenadier-Rgt. Nr. 7 (2. westpreuß.) 151/164 362

Ostrowski, Józef Gf. v. (1850–1923), poln. Politiker u. Publizist, 1906–10 Mitgl. russ. ReichsR, 1905 Gründung der poln. Realistenpartei, 1910 Rückzug aus dem polit. Leben wegen Krankheit, nach Nov. 1916 Austritt aus der Realistenpartei u. Hinwendung zu den Aktivisten, 1917 Mitgl. poln. Regentschaftsrat 220/VI 213; 230/167 49

Oswald, Wilhelm (Willy) (1913: v.) (geb. 1859), Kaufmann, Bergwerks- u. Hüttenbes., Rittergutsbes., 1885 Ref., 1891 BergAss., 1892 Hilfsarb. ObergA Halle/S., 1895 Mitinhaber der Fa. Carl Spaeter/Koblenz (Schwiegervater), 1904 Kommerzienrat, 1912 Geh. Kommerzienrat 81/162 70v

Ott, (geb. 1847/48), 1865/66 Eintritt in den Staatsdienst, Kanzleidiener beim Statthalter Elsaß-Lothr., 1912 u. 1913 Ordenssachen 72/161 173v; 83/162 97

Oven, Burghar(d)t v. (1861–1935), Offizier, 1911 Abt.-Chef KrMinm., 1914 GenMaj., 1914–15 Kdr. 14. Inf.-Brigade, 1915–19 Dir. Armee-Verwaltungs-Dept. KrMinm., Dez. 1916 auch Mitgl. Komm. zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen, 1918 GenLtn., Anf. 1919 DivKdr., März 1919 stellv. Mitgl. Staatenausschuß, 1.4.1919 Kdr. Reichswehrbrigade 15, 1.10.1919–25.5.1920 (a.D.) Befehlshaber Wehrkreis III u. 3. Div. (Berlin) sowie Landeskommandant Preußen 145/164; 162/165

Ow (-Felldorf), Sig(is)mund Frh. v. (1855–1936), 1884 Priester, 1902–06 Weihbischof Regensburg, 1903–36 Bischof v. Passau, bayr. Kämmerer, päpstl. Hausprälat u. ThronAss. 205/VI 190

Pachnicke, Hermann (1857–1935), Publizist, 1890–24 MdR/MdNatVers. (FsVg, FVP, DDP), 1907–18 MdA 8/158 300; 78/162 53; 194/166 64, 202/166 147, 212/166 248

Paes, Sidónio (1858–1921), portug. Politiker, bis März 1916 portug. Gesandter Berlin 160/165 99

Pahlke, Carl Reinhard (geb. 1866), 1904 LandR Krs. Steinburg (Itzehoe), im Weltkrieg Adjutant stellv. kommand. Gen. zu Altona, 1923–32 LandesHptm. Prov. Schleswig-Holstein 197/166 97

Panin

→ Stürmer, Boris Wladimirowitsch

- Pape, Josef** (geb. 1862), 1891 GerAss., 1893 RegAss. Staatseisenbahnverwaltung, 1899 Mitgl. einer Eisenbahndirektion, 1901 RegR, 1908 GehRegR u. VotrR Minm.öA, 1913 GehORegR u. Präs. Eisenbahndirektion Altona, 25.7.1918 MinDir. Minm.öA, 1919 stellv. Vors. Landeseisenbahnrat u. stellv. Mitgl. Staatenausschuß 250/167 255–255v
- Pappenheim, Karl (Rabe von)** (1847–1918), Rittergutsbes., Kammerherr, 1894–1918 MdA (DkP) 8/158 299v; 116/163 195–196, 117/163 204; 129/164 87, 135/164 147, 136/164 152v, 153v, 155
- Paul, Georg Eckart** (geb. 1862), Jurist, 1883 Ref., 1888 GerAss. Amtsger. Breslau, 1890 Hilfsarb. Konsistorium Breslau, 1892 Berlin, 1893 KonsAss., 1895 KonsR, 1907 OKonsR, 1908 GehRegR u. VotrR KuMinm., 1912 GehORegR, nach 1928 a.D. 155/165
- Pauli, Alfred** (1827–1915), Jurist, OGerAnw., 1854 Mitgl. Bürgerschaft Bremen, 1864 1. StAnw. Bremen, 1868 Dir. KriminalGer., 1870 Mitgl. OGer., 1872 Mitgl. u. 1905 Präs. Senat, 1889–1910 Bgm. Bremen 18/159 84v
- Paulsen, Friedrich** (1846–1908), Philosoph u. Pädagoge, 1878 Prof. Berlin, 1885 „Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen u. Universitäten“ 34/160 4v
- Payer, Friedrich** (1906: v.) (1847–1931), Jurist, 1871–1913 Rechtsanw. Stuttgart, 1877–78, 1880–87, 1890–1920 MdR/MdNatVers. (Süddt. Volkspartei, 1910 FVP, DDP), 1894–1912 Mitgl. württ. LT (1895–1912 Präs.), GehR u. Exz., Juli 1916 führendes Mitgl. Dt. Nationalausschuß, 12.11.1917–9.11.1918 Vizeklr., 12.11.1917 Wirkl.GehR, Febr. 1918 Leitung der Zentrale f. Heimatdienst 194/166 62v, 63v, 197/166 92v, 202/166 150v, 204/166 165v, 168v, 169v; 205/VI 186; 215/166 275v–276, 225/166 375–375v, 376v; 234/167 94v–95, 99, 243/167 188v, 190, 191, 248/167 234v, 253/167 292v, 254/167 301v, 308v, 314, 255/167 321, 324, 256/167 326–326v, 328v–329, 257/167 330v–331, 258/167 335–335v, 269/167 415v
- Perniock, Theodor** (geb. 1852), Rechts- u. Staatswissenschaftler, 1875 Ref., 1882 Ass., 1884 Amtsrichter Winzig, 1887 Friedland, 1907–11 MdR (DkP) 33/159 281
- Peter I., König v. Serbien** (1844–1921), 1903–18 König, 24.6.1914 krankheitshalber Abgabe der Regentschaft, Herbst 1915 Flucht mit dem Heer, Sommer 1919 Rückkehr, 1918–21 König der Serben, Kroaten u. Slowenen 198/166 116v
- Peters, Julius** (geb. 1844/45), Fabrikbes. Elberfeld u. ev. Sozialpolitiker, 1914 Ordenssache 97/163 9v
- Petri, Emil** (1852–1918), Jurist, 1878 Ass., 1879–92 Rechtsanw. Straßburg, 1898–1914 UStS Elsaß-Lothr., 1906 Wirkl.GehR u. Exz., 1911 Bevollm.z.BundesR, 1886–97 Mitgl. elsäß-lothr. Landesausschuß, 1887–93 MdR (NLP), 1897 MdStR Elsaß-Lothr. 99/163 19v–20
- Pfetten, Maximilian Frh. v.** (1861–1929), bay. Jurist, 1870 Gutsbes., 1886 Kammerherr u. Kreisanwalt Darlehenskasse Oberpfalz, 1882 Distriktsrat, 1900 Bgm., 1903–11 MdR (Zentrum) 33/159 281v
- Pfisterer, Alexander** (1847–nach 1922), 1872 Ref., 1875 Amtm. Freiburg, 1877 Amtsvorsteher Wiesloch, 1880 OAmtm., 1886 Amtsvorsteher u. KrsHptm. Mosbach, 1900 MinR u. Landeskom. Kreise Mannheim, Heidelberg, Mosbach, 1902 GehORegR, 1909 VotrR bad. MdI 2/158 204v
- Pieper, August** (1866–1942), Theologe, 1899–1904 Diözesanpräses kath. Arbeitervereine in der Erzdiözese Köln, 1903–19 GenDir. Volksverein f. d. kath. Dtl., Päpstl. Hausprälat, 1904–17 Verbandspräses Kath. Arbeitervereine Westdeutschlands, Schriften zur Sozialpolitik, 1906–18 MdA (Zentrum), 1907–18 MdR 38/160 29
- Pilger,** (geb. 1873), 1894 Ref., 1899 GerAss., 1901 RegAss. Verw. der indirekten Steuern, 1902 Hilfsarb. Oberzolldirektion Altona, 1903 Oberzollinspektor, 1904 Mitg. Oberzolldirektion Danzig, Köln, 1907 RegR, 1910 Berlin, 1910 GehRegR u. VotrR RSA, 10.11.1914 GehORegR, Dez. 1916 auch Mitgl. Komm. zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen 143/164
- Pistorius, Theodor** (1861–1939), württ. Beamter, 15.4.1914–6.11.1918 Chef FinDept. (Württ. FinMinr.) 267/167 406

- Pius X.** (1835–1914), eigentl. Giuseppe Sarto, 1903–14 Papst 34/160 2, 4
- Planck, Hugo Wilhelm** (1846–1922), Jurist, 1868 Ref., 1874 GerAss. u. Kreisrichter Itzehoe, 1879 Landrichter Flensburg, 1886 OLGR Kiel, 1890 GehJusR u. VortrR JMinm., 1893 RGR, 1906 Senatsprärs. RG, 30.10.1916 Wirkl.GehR 66/161 105v
- Planitz, Ernst Edler von der** (1836–1910), Offizier, 1855 Ltn., 1890 GenLtn. u. Kdr. Garde-Kav.-Div., 1896 Gen., 1898 Generalinspekteur Kavallerie, 1906 GenOberst, Vater der späteren Hildegard v. Oppen 169/165 172v
- Plate, August** (1860–1923), Gerichts-, Gemeinde- u. Polizeidienst, 1882 Beamter AH, GehRechR, Dir. Büro AH, 1901–20 Geschäftsführer, 1917 GehRegR, nach 1920 Dir. Pestalozzi-Stiftung 74/162 3v, 7v; 178/165 262v; 188/166 12
- Plate, Harry** (1853–1939), 1885 Klempnermeister, Vors. Handwerkskammer Hannover, seit 1900 Prärs. Dt. Handwerks- u. Gewerbetage, 1911–18 MdH, 1911 Vorstandsmitgl. Reichsdt. Mittelstandsverband, 1912 Vorstandsmitgl. Dt. Wehrverein, 1919–24 Mitgl. RWiR 33/159 283v–285
- Platen-Hallermund, Georg Gf. v.** (1858–1927), Gutsbesitzer, 1882 GerRef., 1884 Übernahme des Gutes Caden, 1907 Klosterprobst Adliges Kloster Preetz, 1909 Kommendator Johanniter-Orden, 1916–18 MdH 45/160 123v–124
- Platen-Hallermund, Karl Gf. v.** (1857–1922), Jurist, 1883 GerRef., 1885 RegRef., 1888 RegAss. Wiesbaden, 1892 LandR Segeberg, 1906 PrärsR Schleswig, 1907 LandesHptm. Schleswig-Holstein, 1904 Kammerherr, OPräsR, Rechtsritter Johanniter-Orden 64/161 93
- Pless, Fürst v.**
→ Hans Heinrich XV.
- Plessen-Cronstern, Gf. v.**
→ Scheel-Plessen, Ludwig Frh. v.
- Ploetz, Paul v.** (1847–1930), Fideikommißbes., 1866 Ltn., 1895 Oberst u. Abt.-Chef KrMinm., 1898 GenMaj. u. Kdr. 49. Inf.-Brigade, 1901 GenLtn. u. DivKdr., 1906 Gen.d.Inf. u. Kdr. VIII. AK, 1912 à l.s. Gardegrenadiere, z.D., 1914 MdH 97/163 7, 9
- Pochhammer, Friedrich** (geb. 1868), 1890 Ref., 1895 GerAss., 1896 in der Verw. indirekte Steuern, 1897 RegAss., 1901 Mitgl. ProvSteuerdirektion Königsberg, 1903 RegR u. Hilfsarb. FinMinm., 1907 GehFinR u. VortrR, 1910 GehOFinR, Aug. 1914 in der Zivilverw. Belgien, Hptm., 4.7.1917 Ltr. Finanzabt. GenGouv., Juni 1919 Prärs. Oberzolldirektion Berlin 29/159; 69/161
- Podbielski, Victor v.** (1844–1916), Rittergutsbes. u. Offizier, 1867 Premierltn., 1878 Maj., 1886 Oberstltn., 1891 GenMaj. u. z.D., 1896 GenLtn., 1897–1901 StS RPA, 1901–06 LandMinr., 1909 Prärs. dt. Olymp. Ausschuß, 1912 Leiter der dt. Olympia-Mannschaft Stockholm, 1893–97 MdR (DkP) 101/163 36v; 127/164 73v, 76
- Podewils-Dürnitz, Clemens Frh. (1911: Gf.) v.** (1850–1922), bayr. Jurist u. Diplomat, 1881 LegSekr. Berlin, 1887 LegR u. Stellv. Bevollm.z.BundesR, 1887 GehLegR Rom, 1896 Wien, 1899 bayr. StR, 1902–03 bayr. Minr.dI für Kirchen u. Schulangelegenheiten, 1903–12 Vors. MinrR sowie Minr. Kgl.Haus u. AMinr., Bevollm.z.BundesR, 1912 Rücktritt 68/161 134
- Polenz, Julius** (geb. 1859), 1887 GerAss, 1889 Eintritt in Staatseisenbahnverw., 1890 RegAss., 1895 RegR, Hilfsarb. u. dann Mitgl. eines Eisenbahnbetriebsamtes, 1895 Mitgl. einer Eisenbahndirektion, 1908 GehRegR u. VortrR Minm.öA, 1913 GehORegR, 1.10.1917 a.D. 142/164
- Pomorski**
→ Mikulowski-Pomorski, Jozef
- Popitz, Johannes** (1884–1945), Jurist, 1906 GerRef., 1907 RegRef. Köln, 1910 RegAss. Beuthen/OS, 1914–19 Hilfsarb. MdI, 1917 zugl. im RSA, 11.3.1918 Hilfsarb. RSA, April 1918 RegR, 15.3.1919 GehRegR u. VortrR RFinMinm., zugl. Doz. Verwaltungsakademie u. Handelshochschule Berlin, 1921 MinDir., 1925–29 (i.e.R.) StS RFinMinm., 1932 Stellv. RKom. f. Preußen f. das FinMinm. u. den Geschäftsbereich des RPräs., für die Dauer dieser Berufung RMinr. o.

Geschäftsbereich, 1933 Bestätigung als RKom. f. d. preuß. FinMinm. durch Regierung Hitler u. dann 1933 preuß. FinMinr., 1938/39 Annäherung an den Widerstand um Goerdeler u. Beck, Verhaftung nach dem 20.6.1944, 2.2.1945 (†) Hinrichtung 138/164

Porsch, Felix (1853–1930), Jurist, Rechtsanw., 1874 Ref., 1878 GerAss., 1879 Rechtsanw. LG bzw. OLG Breslau, 1881–1903 Stadtverordneter Breslau, 1882 Fürstbischöfl. KonsR, 1898–1908 Mitgl. KolR, 1892–1904 Präs. Katholikentage, 1884–1930 MdA/MdLT (Zentrum, 1903 Fraktionsvors., 1903–18 1. Vizepräs. AH), 1881–93 MdR 18/159 73v; 50/160 176; 72/161 175; 92/162 144, 96/162 193v; 148/164 315, 149/164 333; 194/166 63v, 64v, 202/166 147, 207/166 187v; 263/167 371, 268/167 410v

Posadowsky-Wehner, Arthur Gf. v., Frh. v. Postelwitz (1845–1932), Jurist, 1867–70 GerRef. Stadtger. Breslau, 1871–73 bei Reg. Posen, 1874 LandR Wongrowitz, 1877 Kröben (Rawitsch)/Posen, 1885–93 LandesHptm. Posen, Mitgl. ev. Generalsynode, 1893 StS RSA u. Wirkl. GehR, 1897–1907 StS RA dI, Stellv. Rklr. sowie StMinr. o. Geschäftsbereich, 1906 zeitw. Vertretung Bülows krankheitshalber als Rklr. u. im Vorsitz des StMinm., 1915–März 1917 Vertretung seines Sohnes Nikolaus als LandR Elbing, 1882–85, 1928–32 MdA/MdLT (RFKP, Volksrechtspartei), 1912–20 MdR/MdNatVers. (bkF, ab 1916 Dt. Fraktion, ab 1919 DNVP, Fraktionsvors.), 1907–18 MdH 32/159 264; 201/166 139–139v, 141v; 239/167 148v

Preger, Konrad v. (1867–1933), bayr. Jurist, 1893 Ass., 1914 MinDir. KuMinm., 1914–19 GenStAnw. Verwaltungsgerichtshof München, 1916 in der Zivilverw. GenGouv. Warschau, 1919–32 ao. Gesandter u. bevollm. Minr. bei Reich, Preußen u. Sachsen in Berlin, stellv. stimmführender Bevollm.z.ReichR 220/VI

Preiß, Jacques (1859–1916), Jurist, bis 1886 Rechtsanw. Colmar, 1893–1912 MdR (Elsässer), nach Ausbruch des Weltkrieges Deportation aus den Reichslanden ins innere Dtl. und Tod 44/160 105v

Prion, Willi (1879–1939), Finanzwissenschaftler, 1913 hauptamtl. Doz. Handelshochschule Berlin, 1914–17 im Felde, 1917 Wiss. Beirat RSA, 1920 Prof. Köln 244/167 194v

Prym, Eduard (geb. 1878), Jurist, 1902 Ref., 1907 RegAss. u. Justitiar sowie Verwaltungsrat ProvSchulkollegium Berlin, Beurlaubung zur Arbeit in einer Wiener Bank, 1908 Amtsrichter Essen, 1910 Hilfarb. KuMinm., 1915 RegR, 1919 GehRegR u. VortrR, MinR, 1920 i.R. 37/160, 46/160 125, 52/160 192; 58/161 56, 69/161

Pückler, August Gf. v. (1864–1937), Rittergutsbes., 1902–13 LandR Hirschberg, OPräsR Posen, 1918–20 RegPräs. Erfurt, Ehrenkommendator u. Schatzmeister Johanniter-Orden 235/167 121

Putbus (Veltheim), Franz Adolf Fürst u. Herr zu (1848–1927), Fideikommissbes., Kammerherr, Erbmarschall Hzgtm. Magdeburg, Kommendator Johanniter-Orden 8/158 302–302v

Putlitz, Joachim, Gans Edler Herr zu (1860–1922), 1878 Offizier, 1892–1919 GenIntendant Hoftheater Stuttgart, Präs. Dt. Bühnenverein 2/158 204

Putlitz, Wolfgang, Gans Edler Herr zu (1857–1931), Jurist, Rittergutsbes., 1903–07 MdA, 1907–18 MdR (DkP) 8/158 300; 66/161 104v

Puttkamer, Albert v. (1861–1931), 1885/86 Eintritt in den Staatsdienst, 1892–1902 LandR Kolberg, 1906 BezPräs. Oberelsaß (Colmar), Wirkl. GehORegR, Hptm. d. Res. 72/161 173v

Quast, Wilhelm v. (1849–1919), Maj. a.D., Rittergutsbes., 1890–1918 MdA (DkP) 8/158 300

Quessel, Ludwig (1872–1931), Uhrmacher, Sozialwissenschaftler, 1890 Mitgl. SPD, 1903–31 Redakteur, 1912–30 MdR/MdNatVers. (SPD) 179/165 288v

Rabe von Pappenheim, Karl

→ Pappenheim, Karl (Rabe von)

Rabe, Otto (geb. 1862), 1902–28 geschäftsführender Dir. Landwirtschaftskammer Prov. Sachsen, Mitgl. Vorstand Bezugsvereinigung dt. Landwirte, 1922 stellv. Präs. Gesamtausschuß Reichsverband der landwirtschaftl. Genossenschaften/Raiffeisen e.V., Landesökonomierat, Mitgl. bzw. Vors. zahlreicher AR v.a. in der Nahrungsmittelindustrie 126/164 54

Raben-Leventzau, Frederik Christopher Otto Gf. (1850–1933), dän. Politiker, 1905–08 AMinr. 266/167 396

Radolin, Hugo Fürst zu, Durchlaucht (bis 1888: **Gf.** Leszcync v. Radolin-Radolinski) (1841–1917), 1860 Eintritt in den diplomat. Dienst, 1875 Botschaftsrat Konstantinopel, 1882 Hilfsarb. AA, 1884–88 OHofmarschall Kronprinz bzw. Kaiser Friedrich, 1887 Wirkl.GehR, Oberst-Truchseß Kaiser Wilhelm II., 1892 Botschafter Konstantinopel, 1895 Petersburg, 1901 Paris, 1910 i.R. 25/159 168

Radoslawow, Vasil Christow (1854–1929), bulg. Politiker, 18.7.1913–16.6.1918 MinPräs. u. Minr.dI, Exil in Dtl. 185/165 376; 255/167 319v

Radowitz, Wilhelm v. (1875–1939), Jurist, Ass., 1903 Eintritt in diplomat. Dienst, Attaché Madrid, 1903/04 2. (kommissar.) Sekr. Gesandtschaft Peking, 1906 Washington, 1908 Mexiko, 1909 Hilfsarb. AA, 1910 LegR Kopenhagen, 1911 1. Sekr. u. Botschaftsrat Tokio, 1913 Paris, 1914 VortrR Polit. Abt. AA u. Ltr. Presseabt. GenGouv. Belgien, 1915 GehLegR u. VortrR Polit. Abt. AA, 1916 Botschaftsrat u. Geschäftsträger Konstantinopel, 1917 AA, 8./20.11.1917–(11. ?) 17.10.1918 UStS RK, zugl. ao. Gesandter u. bevollm. Minr., um 1922 Verweser des Generalkonsulats Memelgebiet 221–223/166, 225/166; 226/167, 228–231/167, 233–234/167, 236/167, 238/167, 241–246/167, 248–249/167, 251/167, 254–255/167, 256/167 326v, 329, 257/167 332v

Radziwill, Ferdinand Fürst (1834–1926), Fideikommissbes., Jurist, Offizier, Auskultator Stadtger. Berlin, RegRef. bei Reg. Potsdam (a.D.), Oberstlt. d.R., 1873–1918 MdR (Vors. Fraktion der Polen), 1879 MdH, preuß. Gen. à l.s., nach 1918 Mitgl. poln. Sejm 179/165 286v; 196/166 86–87v, 88v; 227/167 17, 263/167 375v

Radziwill, Janusz Prinz (1880–1967), poln. Majoratsherr u. Politiker, nach Nov. 1916 Gründungsmitgl. der nationalkonservat. Partei in Petersburg, Jan. 1918 in Berlin, 4.4.–5.9./23.10.1918 Dir. des Politischen Departements der poln. Prov. Regierung (AMinr.) 253/167 293

Rantzau (Rastorf), Christian Gf. zu (1858–1939), Großgrundbesitzer, 1889/90–97 LandR Plön, Prälat der Schleswig-Holstein Ritterschaft, 1907 Verbitter d. adligen Klosters Itzehoe (1910: m. d. Rang eines R I. Kl.), 1904 Kammerherr, 24.6.1914 GenLandschaftsDir., Vors. Landwirtschaftskammer, Mitgl. Dt. Landwirtschaftsrat u. Landesökonomiekollegium, 1911–18 MdH, 1915–18 Vors. ProvLT, 1922–33 MdStR 22/159 155–155v; 45/160 123v–124, 47/160 128; 110/163 118

Rantzau, Gf. zu

→ Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf zu

Rathenau, Walter (1867–1922), Großindustrieller, 1899 Mitgl. Vorstand AEG, 1902–07 Geschäftsinhaber Berliner Handelsgesellschaft, Aug. 1914–April 1915 Leiter Kriegsrohstoffabt. KrMinm., Mitte 1915–1919 Präs. AEG, 1919 Mitarbeit an Vorbereitung Friedenskonferenz, 1920 Mitgl. Sozialisierungskomm., 1921 WiederaufbauMinr., 1922 RAMinr., 24.6.1922 (†) ermordet 260/167 346v, 262/167 358v

Ratibor und Corvey, Karl Egon Prinz zu, Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1860–1931), 1887 LandR Lublinitz, 1896 PolPräs. Wiesbaden, 1902 RegPräs. Aurich, 1910 Koblenz, 1911–Juni 1919 OPräs. Westfalen 26/159 177v; 41/160 62a–62b; 64/161 86v; 81/162 73v; 97/163 9v

Ratzki, Oberlotse Kais. Kanalamt, 1911 Ordenssache 47/160 127v

Rauch, Käthe, Mitglied der USPD Berlin mit angebl. Kontakten zum sowjetruss. Botschafter Joffe 262/167 359v

- Rechenberg, Albrecht Frh. v.** (1861–1935), Jurist, 1889 Konsularabt. AA, 1893–95 Richter u. BezAmtm. Deutsch-Ostafrika, 1896 Vizekonsul Sansibar, 1898 Konsul, 1900 Moskau, 1905 GenKonsul Warschau, 1906–12 Gouv. Deutsch-Ostafrika, 2.2.1914 Wirkl.GehR u. Exz., 1914–18 MdR (Zentrum) *211/166* 241
- Recke von der Horst, Eberhard Frh.** (1847–1911), 1867 Auskultator, 1869 Ref. KG, 1870 Offizier, Rittm. a.D., 1873 GerAss. u. Hilfsrichter Templin, Bromberg, 1874 Übernahme in Verwaltung von Elsaß-Lothr., 1875 KrsAss. Mülhausen (Els.), Hilfsarb. Bezirkspräsidium Colmar/Els., 1877 LandR Eckernförde, 1881 Hilfsarb. MdI, 1882 GehRegR u. VortrR, 1887 RegPräs. Königsberg, 1889 Düsseldorf, 1895 Minr.dI, 1899–1911 OPräs. Westfalen *6/158* 267v; *41/160* 62a; *64/161* 88v
- Rees**, Maschineninspektor in Heidelberg, 1909 Ordenssache *2/158* 205v
- Reichardt, Julius Friedrich** (geb. 1850), 1875 Notar, 1877 AppGerSekr., 1879 GerAss., 1882 Landrichter, 1889 OLGR, 1893 RGR, 1906 Senatspräs. RG, 30.10.1916 Wirkl.GehR, 1.4.1919 i.R. *66/161* 105v
- Reicke, Georg** (1863–1923), Jurist, 1890 KonsAss. Danzig, 1897 KonsR Berlin u. Hilfsarb. Ev. OKirchenR, Justitiar Konsistorium Prov. Brandenburg, RegR Reichsversicherungsamt, 1903–20 2. Bgm. Berlin, Mitgl. Vorstand Märkisches Museum, 1920–23 Dichtungen u. Vorträge *28/159* 204
- Reinhard, Franz** (geb. 1859), Jurist, 1885 GerAss., 1889 Amtsrichter Gammertingen, 1892 Melle, 1899 AGerR, 1915 GehJusR, 1922 stellv. Mitgl. Gr. Disziplinarsenat f. richterl. Beamte, 1924 a.D., 1904–18 MdA (Zentrum), MdStR *8/158* 300
- Reiß, Karl** (1843–1914), GenKonsul Mannheim, Geh. Kommerzienrat Mannheim, Vorsitzender Rhein. Hypothekbank, türk. GenKonsul, Vors. u.a. AR Continental-Versicherungs-Gesellschaft u. Rheinische Creditbank, Mitgl. zahlreicher AR, 1909 Ordenssache, 1889–91 Mitgl. 2. Kammer Baden (NLP), 1903–13 Mitgl. I. Kammer *2/158* 204v
- Renaud, Theodor** (1870–nach 1928), Jurist, GerAss. Elsaß-Lothr., RegAss. u. RegRef. Reichseisenbahn Straßburg, um 1912 GehRegR u. VortrR MinmöA, nach 1914 GehORegR, 1916 aus dem Staatsdienst beurlaubt u. Dir. Mitropa *157/165*
- Renvers, Ludwig** (1905: v.) (1855–1936), Jurist, 1877 GerRef. AppGer. Köln, 1883 GerAss. StAnw. Trier, 1884 RegAss. bei Reg. Trier, 1888 LandR Saarlouis, 1889 Hilfsarb. KuMinm., 1890 GehRegR u. VortrR, 1893 GehORegR, 1901 RegPräs. Arnsberg, 1903 LandesHptm. Rheinprovinz, 1912 Wirkl.GehORegR, 1921 i.R. *239/167* 148–148v
- Reventlow, Ernst Gf. zu** (1869–1943), Marineoffizier u. Publizist, Kapitän-Ltn. z.D., Alldeutscher, Mitgl. Verein Berliner Presse, 1919 dt.-völkisch, Hrsg. „Der Reichswart“, 1924–43 MdR (DFVP, 1927 NSDAP) *161/165* nach Bl. 102: Bl. 1v, *164/165* 137, *173/165* 192v, 200, *178/165* 262; *203/166* 159v
- Rewoldt, Max** (geb. 1855), Jurist, 1882 Rechtsanw. Greifswald, 1886 auch Notar, 1901 Rechtsanw. KG, 1903 auch Notar, JusR, GehJusR, 1899–1918 MdA (RFKP) *47/160* 127–127v
- Rexroth, Georg Friedrich** (1914: v.), (1863–1928), Fideikommißbes. Saarbrücken, Rittm. d. Res. a.D. *81/162* 70v
- Rheinbaben, Georg Frh. v.** (1855–1921), 1883 Hilfsarb. FinMinm., 1889 GehFinR, 1896 GehOFinR, 1896–99 RegPräs. Düsseldorf, 1899–1901 Minr.dI, 5./6.5.1901–27.6.1910 FinMinr., auch Mitgl. Reichsbankkuratorium, 4.7.1910–31.3.1918 (i.R.) OPräs. Rheinprovinz, 1911 MdH *1–2/158*, *4–13/158*; *14–23/159*, *25/159* 167–168, *33/159* 276v, *277v–278*, 280; *54/161* 3v, *55/161* 10v, *64/161* 87, 88v, *70/161* 146v, 149; *92/162* 143; *101/163* 33v, *105/163* 57; *140/164* 198, *145/164* 250; *154/165* 28v, *169/165* 173; *208/166* 197–198, *216/166* 288v; *233/167* 90v, *239/167* 148, *248/167* 239v
- Rheinbaben, Paul Frh. v.** (1844–1921), Jurist, 1866 Auskultator, 1872 GerAss., 1874 Kreisrichter, 1875 RegAss., 1878 LandR Fraustadt, 1885 Hilfsarb. RK, 1887 PolPräsidium Wiesbaden, 1891 GehRegR u. VortrR StMinm., 1895 GehORegR StMinm., 1905 Wirkl.GehORegR, 20.6.1917

- Wirkl.GehR, 1917 a.D., 1884–90 MdR (RFKP) 2–3/**158**, 7/158, 9–11/158; 15/**159**, 18/159, 20–22/159, 24/159, 26/159, 29/159; 36–37/**160**, 47/160, 52/160; 58/**161**, 62/161, 69/161; 73/**162**, 80/162, 87/162, 93/162; 103/**163**, 107/163, 111/163, 119/163; 128/**164**, 138/164, 142–143/164; 155/**165**, 165–167/165, 172/165, 182/165, 186/165; 189/**166**, 200/166
- Rheinboldt, Josef Nikolaus** (1860–1931), Volkswirt, 1884 bad. Finanzbeamter, 1900 bad. GehFinR u. Reichsbevollm. f. Zölle u. Steuern f. d. Prov. Sachsen, Anhalt u. die thür. Staaten, 1905 RSA, 1906 GehRegR u. VotrR, Okt. 1909 Rücktritt in bad. Dienst als MinDir. u. stellv. Bevollm.z.BundesR, 1910–18 bad. FinMinr., 1911 auch Eisenbahnminr., bad. Wirkl.GehR 5/**158** 239; 57/**161** 50v; 157/**165** 59, 166/165 146v, 148v, 150–152v; 244/**167** 197
- Ribot, Alexandre** (1842–1923), frz. Politiker, 1890–92 AMinr., 1892–1914 mehrfach MinPräs. bzw. FinMinr., März–Sept. 1917 MinPräs., auch AMinr. 204/**166** 166; 205/**VI** 198v
- Richter, Ernst** (1908: v.) (1862–1935), Jurist, 1882 GerRef. Berlin, Neuruppin, 1888 GerAss., 1891 RegAss. Westfalen, 1895 RegR, 1897 beim OPräs. Ostpreußen, zugl. Mitgl. ProvR u. ProvSchulkollegium, 1900 Hilfsarb. MdI, 1901 GehRegR u. VotrR, 1904–05 (a.D.) GehORegR, 19.7.1905–5.5.1914 StMinr. Sachsen-Coburg u. Gotha sowie Bevollm.z.BundesR, 1909 Wirkl.GehR, 1914–17 Leiter Kriegsstelle d. Verbandes Dt. Exporteure, 22.4./1.5.1917–Mai 1920 (a.D.) OPräs. Hannover, 1920 Geschäftsführer Kartoffelstärke-Syndikat, Mitgl. zahlreicher AR, 1919–28 MdLT (DVP), 1921–25 FinMinr. 197/**166** 95, 98
- Richter, Max** (1856–1921), 1886 RegAss., 1891 im RAdI, 1892 RegR, 1895 GehRegR u. VotrR, 1898 GehORegR, 1902 Dir., 1905 UStS HandMinm., 1909–17 UStS RAdI, 1909 Wirkl.GehR, Dez. 1916 auch Mitgl. Komm. zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen, 1918–21 Vors. AR Kalisyndikat 8–9/**158**; 16/**159**, 22/159; 53/**160** 197v; 77/**162**; 105/**163**, 121/163; 126/**164** 46, 47v, 129/164, 139–140/164, 145/164; 163/**165**, 166/165, 183/165; 207/**166** 188v
- Richthofen, Ernst Frh. v.** (1858–1933), Jurist, Oltn. a.D., Rittergutsbes., 1888 LandR Jauer, 1895 a.D. zur Bewirtschaftung des eigenen Gutes, 1891–1905, 1908–18 MdA (DkP) 8/**158** 300
- Richthofen, Hartmann Oswald Frh. v.** (1878–1953), Jurist u. Diplomat, LegR, LegSekt. St. Petersburg, Teheran, Washington, Mexiko, 1911 a.D., 1903 Kammerjunker, Publizist, 1912–20, 1924–28 MdR/MdNatVers. (NLP, DDP), 1914–18 MdA 143/**164** 227
- Ricklin, Eugen** (1862–1935), Mediziner, 1896–1902 Bgm. Dammerkirch (Sundgau), 1903–18 MdR (elsaß-lothr. Zentrum), 1911–18 Mitgl. 2. Kammer Elsaß-Lothr., nach 1918 führend in der Autonomiebewegung, 1928 Anklage im Colmarer Autonomistenprozeß u. Verurteilung zu 1 Jahr Gefängnis 132/**164** 106; 215/**166** 275, 279
- Rieppel, Anton** (1906: v.) (1852–1926), Mathematiker, Ing. u. Industrieller, 1898 Gründung der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN) auf seine Initiative, 1899 bayr. BauR, 1911 GehBauR, 1913–20 GenDir. MAN, 1906–22 Vors. Bayr. Industriellen-Verband, 1916 Mitgl. 1. Kammer, um 1916 Mitarb. RKom. f. Übergangswirtschaft, Mitgl. Vorstand Kriegsernährungsamt, Juni 1918 Vorstand des geplanten Osteuropa-Syndikats, Vors. Bayr. Metallindustrieller u. Bayr. Landesgewerbeanstalt, Mitgl. Direktorium ZDI, Direktorium u. Gesamtausschuß Hansa-Bund sowie Wirtschaftl. Ausschuß, Vors. bzw. Mitgl. zahlreicher AR 181/**165** 329
- Rimpau, Hans** (1854–1919), Jurist, 1879–84 GerRef., Landwirt, Rittergutsbes., 1890–1912 MdR (NLP), 1891–1908 MdA 8/**158** 300
- Ritschl, Otto** (1860–1944), ev. Theologe, 1889 Prof. Kiel, 1894 Bonn 34/**160** 3v
- Ritter, Emil** (1858–1914), Gutsbes., 1884 Übernahme eines eigenen Gutes, 1896 MdProvLT Posen, 1908–7.10.1914 MdR (DkP) 117/**163** 207
- Rive, Richard** (1864–1947), 1888 Ref., 1893 Ass., 1893–99 Rechtsanw. Breslau, 1899–1906 StadtR Breslau, 1906–33 OB Halle/S., 1906/07–18 MdH, 1926–33 MdStR 33/**159** 281v; 109/**163** 97v

- Röchling, Karl** (1858–1941), Jurist, 1886 GerAss., 1891 Amtsrichter Düsseldorf, 1895 Landrichter Hannover, 1900 LGR, 1905 am LG Berlin I, 1906 Dir. LG Berlin I, 1914 GehJusR, 1920(?)–23 Dir. LG Saarbrücken, Beteiligung am Röchling-Konzern, 1904–18 MdA (NLP, 1909–18 Mitgl. Zentralvorstand) 55/161 11, 66/161 105
- Rodenberg, Julius** (1831–1914), Schriftsteller, 1867–74 Redakteur „Der Salon“, 1874 Gründer u. Hrsg. Dt. Rundschau, 11.7.1914 (†) 66/161 106v
- Roedenbeck, Martin** (geb. 1864), 1889 GerRef., 1891 RegRef., 1894 RegAss. Arnsberg, 1903 RegR, 1908 Hilfsarb. MdI, 1909 GehRegR u. VortR, 1913 GehORegR, auch Mitgl. Disziplinarhof f. nichtrichterl. Beamte, nach 1930 a.D. 213/166
- Roedern, Siegfried Gf. v.** (1870–1953), Jurist, 1893 Ref. OLG Frankfurt/M., 1896 RegRef. Düsseldorf, 1899 RegAss. u. Hilfsarb. LandR Oberbarnim, 1901 beim OPräs. Posen, 1903 Hilfsarb. FinMinm., 1905 LandR Niederbarnim, 1911 OPräsR Potsdam, 1.2.1914 Wirkl.GehR, 3.2.1914–31.5.1916 StS Elsaß-Lothr., 1.6./2.6.1916–Nov. 1918 StS RSA, Wirkl.GehR, 11.12.1916 StMinr., 9.–12.11.1917 mit der Wahrnehmung Geschäfte des Stellv. Rklr. beauftragt, Mitgl. ProvKomm. Denkmalpflege Prov. Brandenburg, 1920 Vors. Zentralstelle f. d. Gliederung des Reichs, 1923 Geschäftsführender Vors. Verband dt. Reeder in Hamburg, 1930 Vors. Bund zur Erneuerung des Reichs, 1932–33 RKom. für die Schifffahrt 99/163 19–20; 132/164 105v; 169/165 172, 177/165, 178/165 270, 183–185/165, 187/165; 189–190/166, 192–193/166, 195–196/166, 198–199/166, 201–203/166; 205/VI; 206–208/166, 211–212/166, 214–219/166; 220/VI; 221–223/166, 225/166; 226/167, 229–236/167, 238–239/167, 241–244/167, 246/167, 248–249/167, 253–268/167, 269/167 416
- Roehl, Maximilian v.** (1856–1944), Offizier, 2.8.1914 stellv. Kommand. Gen. IX. AK (Altona), Gen.d.Inf. 144/164 247
- Roesicke, Gustav** (1856–1924), Rittergutsbes., Jurist, 1881 Ref., 1886 GerAss., 1889 a.D. zur Bewirtschaftung eines Rittergutes, 1893–98 Mitgl. Engerer Vorstand bzw. Vors. BdL, Dez. 1916 Mitgl. Ausschuß zur Förderung der Landwirtschaft, 1921–24 Präs. Reichslandbund, 1898–1903, 1907–12, 1914–24 MdR/MdNatVers. (DkP, DNVP), 1913–19 MdA/MdLV, Jan. 1916 Mitgl. parlamentar. Beirat f. Volksernährung 126/164 57v; 173/165 193v
- Rogge, Friedrich** (1867–1932), Jurist, 1891 Ref., 1896 RegAss., 1904 LandR Tondern, April 1914 Gutsverwalter des Prinzen Friedr. Leopold v. Preußen, Herbst 1917 im Reichsamt f. Siedlung u. Wanderung, Frühj. 1918 Verbandsvorsteher Schleswig-Holstein Elektrizitätsverbund, 1919–29 Mitgl. DNVP (Landesvors. Schleswig-Holstein) 5/158 242v, 243v
- Rohrbach, Paul** (1869–1956), Publizist, 1903–06 dt. Kom. f. Ansiedlungswesen Deutsch-Südwestafrika, Dozent f. Kolonialwirtschaft Handelshochschule Berlin, 1914 Mitgl. Mittwochabend-Gesellschaft (Delbrück), 1914–23 Hrsg. Zeitschrift „Dt. Politik“, 1915–16 Gründungsmitgl. Freie Vaterländ. Vereinigung, Mitarb. Zentralstelle für Pressedienst, Mitgl. Dt. Nationalausschuß f. einen ehrenvollen Frieden, 1924–28 Hrsg. Zeitschrift „Der Dt. Gedanke“ 176/165 235–235v
- Romanow, Nikolai Alexandrowitsch**
→ Nikolaus II.
- Romanow, Nikolaj Nikolajewitsch**
→ Nikolaj Nikolajewitsch, Großfürst v. Rußland
- Ronikier, Adam Gf.**, poln. Adliger, dem Regentschaftsrat nahestehend, 1918 diplomat. Vertreter Polens in Berlin 236/167 128v, 253/167 293, 263/167 375–375v
- Roon, Albrecht (1871: Gf.) v.** (1803–1879), Offizier, 1821 Ltn., 1849 GenStabschef Prinz Wilhelms im oberrhein. Feldzug, 1856 GenMaj., 1859–73 (1873 zeitw. durch Gen. v. Kameke vertreten) KrMinr., 1861–71 zugl. MarineMinr., 1866 Gen.d.Inf., 1867 Bevollm.z.BundesR, 1869 Vors. BundesR Dt. Zollverein, 1870 Mitwirkung an Emser Depesche, 1873 Generalfeldmarschall u. Rittergutsbes. sowie MinPräs. 100/163 30v, 105/163 60v

- Roon, Waldemar** (1871: **Gf.**) v. (1837–1919), Fideikommissbes., Offizier, 1877 Kdr. 2. Grenadier-Rgt. Stettin, 1883 Kdr. 4. Garde-Inf.-Brigade, 1886 Inspektor I. Landwehr-Inspektion, 1886 GenLtn. u. Kommandant v. Posen, 1888 z.D., 1893–1903 MdR (DkP), 1904–18 MdH, MdProvLT Schlesien *198/166* 110
- Roosevelt, Franklin Delano** (1882–1945), US-amerik. Politiker, 1913–20 stellv. MarineMinr., 1933–45 Präs. *164/165* 141
- Rosen, Friedrich** (1856–1935), Diplomat u. Orientalist, 1887 Lektor am Oriental. Seminar Berlin, 1890 diplom. Dienst, am Konsulat Beirut, Konsul Bagdad, Jerusalem, 1901 VotrR u. Leiter Orient-Abt. AA, 1905 Sondergesandter in Abessinien, Sommer 1905 in Paris, Ende 1905 Konsul Tanger, 1908 Gesandter Teheran, 1910 Bukarest, 1912 Lissabon, 1916–18 Den Haag, 27.1.1916 Wirkl.GehR, 1920 Madrid, 1921 RAMinr. *160/165* 97v–98, 99v, 100v; *263/167* 363v
- Rosen, v.**
→ Rosen, Friedrich
- Rosenberg, Frederic Hans v.** (1874–1937), Diplomat, 1903 diplom. Dienst, 1905 Vizekonsul Antwerpen, 22.12.1916 GehLegR u. VotrR AA, 8.12.1917 Gesandter, 1918 Vertreter AA bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk, Wirkl.LegR, 29.11.1918 Bern (zur Unterstützung des Gesandten), 18.7.–5.8.1919 (z.D.) Dirigent Polit. Abt. AA, 1920 Gesandter Wien, 1922 Kopenhagen, 1922–23 RAMinr., 1924–33 Gesandter Stockholm, 1933–35 (z.D.) Botschafter Ankara *241/167* 171
- Rosenow, Leopold** (1848–1930), Kaufmann, 1876 Fabrikbes., 1903–18 MdA (FsVP/FVP), Vors. Verein der Volksskindergärten Berlin *66/161* 105
- Rötger, Max** (1860–1923), Jurist, 1882 GerRef., 1885 RegRef., 1892 LandR Labiau, 1899–1901 LandR Essen, 1901 Mitgl./1902–09 Vors. Direktorium Fa. Krupp, Vors. HK Essen u. der vereinigten HK des niederrhein. Industrieverbandes, 1909–19 Vors. ZDI, Mitgl. Präsidium Hansa-Bund, 1914 Dir. im Kriegsausschuß dt. Industrie, 1913 Vorschlag als MdH *81/162* 71–71v, 73, 74v
- Roth, GenDir.** Staatseisenbahnen Karlsruhe, 1909 Ordenssache *2/158* 204
- Roth, Wolfgang** (gest. 1918), RegAss. HandMinm., ca. Juni 1917 RegR, 1918 Hilfsarb. HandMinm., Kriegsdienst, 8.8.1918 verschollen *182/165*
- Rotheburg, Wilhelm Gf. v.** (1861–1929), Rittergutsbes., 1908–18 MdA (DkP) *33/159* 281v
- Rothschild-Mayer Karl Frh. v.** (1820–1886), Bankier, bayr. GenKonsul a.D., 1867–71 MdR (bkF), 1867–86 MdH *54/161* 3
- Rubido-Zichy, Ivan Frh.,** k.u.k. Diplomat, 1907/08 Geschäftsträger Kopenhagen, ca. 19.9.–29.9.1918 Sofia *255/167* 319
- Rüdlin, Otto** (1861–1928), Jurist, 1883 Ref., 1888 GerAss., 1889 Eintritt in Staatseisenbahnverw., 1890 RegAss., 1892 Hilfsarb. Eisenbahndirektion Altona, 1893 Mitgl. Eisenbahnbetriebsamt Hamburg, 1895 RegR u. Mitgl. Eisenbahndirektion Bromberg, 1900 Breslau, 1904–10 GehRegR u. VotrR Minm.öA, 1908 GehORegR, 1910–17 Präs. Eisenbahndirektion Berlin, 22.12.1916 Wirkl.GehORegR, 6.8.1917–13.2.1919 StS RPA, 9.8.1917 Wirkl.GehR, 1919–28 Vors. VerwR Stickstoff-Syndikat *26/159* 170v; *207/166* 188, *208/166* 196v; *220/VI*; *234–235/167*, *244/167*
- Rumohr, August v.** (1851–1914), Jurist, Fideikommissbes., 1896 Landschafts-Dir., 1907 GenLandschaftsDir. schleswig-holst. Landschaft, Kammerherr, 1911/12–14 MdH *45/160* 123v–124, *47/160* 128
- Rundnagel, Ernst** (1869–1914), 1896GerAss., 1898 Eintrit in Staatseisenbahnverw., 1899 RegAss., 1904 RegR u. Mitgl. Eisenbahndirektion Posen, 1908 Cassel, 1911 GehRegR u. VotrR Minm.öA, Aug. 1914 Kriegsdienst, 10.8.1914 (†) gefallen *58/161* 56; *87/162*, *90/162*; *103/163*, *107/163*
- Rupprecht, Kronprinz v. Bayern** (1869–1955), 1886 Offizier, 1900 GenMaj., 1913 Generalinspekteur IV. Armeeinspektion (Reichsheer), Aug. 1914 Oberbefehlshaber 6. Armee im Westen, GenOberst, Aug. 1916 Oberbefehlshaber Heeresgruppe, Generalfeldmarschall *211/166* 228v

- Sachs, Ernst** (geb. 1865), 1886 Ref. in Elsaß-Lothr., 1892 RegAss., Dez. 1894 Verw. der Stelle des Dir. des Literar. Büros StMinm., 1895 preuß. RegAss., beim OPräs. Posen, 1901 RegR, 1902 beim PolPräs. Berlin, 1905 Hilfsarb. FinMinm., 1906 GehFinR u. VortrR, 1909 GehOFinR, Kriegsdienst, 1915 Hptm. u. Kommandant Hauptquartier IV. Armee, Aug. 1918 Dirigent der Etats- u. Kassenabt. FinMinm., Wirkl.GehOFinR 33/159 282v; 83/162 97, 88/162
- Sachse**, Journalist bei den Deutschen Nachrichten 13/158 359
- Saemisch, Friedrich** (1869–1945), Jurist, RegRef., 1901–04 (a.D.) Vertreter LandR Moers, 14.1.1916 Hilfsarb. RSA, 16.1.1918 GehRegR u. VortrR RSA, 1919 Präs. Landesfinanzamt Kassel, 1921 FinMinr., 1922–38 Präs. Rechnungshof Dt. Reich u. ChefPräs. preuß. Oberrechnungskammer, 1922–34 auch Reichssparkommissar 231/167, 244/167
- Salandra, Antonio** (1853–1931), ital. Politiker, März 1914–Juni 1916 MinPräs., 1919 Vertreter Italiens auf Pariser Friedenskonferenz 130/Fundort S. 4; 134/Fundort S. 2; 135/Fundort S. 1
- Salm-Horstmar, Otto II. Fürst, Wild- und Rheingf. zu** (1867–1941), Standesherr, Maj. à l.s., Erster Vizepräs. u. 1901–08 Präs. Dt. Flottenverein, 1898–1918 MdH, Vors. Westfäl. ProvLT, Mitgl. Alldt. Verband u. Dt. Wehrverein, Antisemit, finanziert 1. dt. Ausgabe der „Protokolle der Weisen v. Zion“ 173/165 192v
- Salza und Lichtenau, Ernst Frh. v.** (1860–1926), 1909–16 sächs. Gesandter Berlin, Bevollm. z. BundesR 57/161 49, 63/161 79v
- Salzgeber**, Zeugmajor a.D. in Straßburg, Mitarbeit im Kriegervereinswesen, 1910 Ordenssache 33/159 283
- Sandt, Max(imilian) v.** (1859/60–1918), 1888 LandR Bonn, 1894–1903 zugl. MdProvAusschuß, 1903 GehRegR u. VortrR MdI, 1907–17 RegPräs. Aachen (Aug. 1914–1917 von den Dienstgeschäften enthoben, 12.9.1917 i.e.R.), 1907–14 auch Kom. f. Neutral-Moresnet, 25.8.1914–31.8.1917 Zivilkom. des „von den dt. Truppen im Westen besetzten ausländischen Gebiets“, dann Chef Zivilverw. f. d. besetzte Belgien, ca. Nov. 1917–29.1.1918 (†) Stellv. u. VerwChef Generalgouvernement Warschau, GehORegR 41/160 62a–62b
- Sansino, Giorgio Sydney** (1847–1922), ital. Politiker u. Diplomat, 1914–19 AMinr., 1915 Abschluß des Londoner Abkommens, 1919 vertritt auf Pariser Friedenskonferenz ital. Expansionswünsche 131/Fundort S. 7; 134/Fundort S. 2; 135/Fundort S. 1
- Sarrail, Maurice** (1856–1929), frz. Offizier, 1913 Kommand. Gen., 30.8.1914–21.7.1915 Oberbefehlshaber 3. Armee, hält Sept. 1914 entgegen Befehl die Festung Verdun, 12.10.1915–Ende 1917 (Abberufung) Oberbefehlshaber frz. Orient-Armee bzw. der Ententestreitkräfte in Saloniki, April 1918 in Reserve 173/165 189v
- Sarre, Richard** (gest. 1924), 1883 RegBaumeister, 1889 im Minm.öA, 1891 REisenbahnA, 1894 RegR u. ständ. Hilfsarb., 1899 GehBauR u. VortrR, 1904 GehOBauR, 1910 Präs. Eisenbahndirektion Kattowitz, 1912 Präs. Eisenbahnzentralamt, 29.7.1914 Wirkl.GehOBauR, nach 1918 a.D., um 1922 Mitgl. Bauakademie 53/160 198–199v
- Sasonow, Sergej Dimitrijewitsch** (1861–1927), russ. Politiker u. Diplomat, 1910–16 AMinr., Juli 1916 Ernennung zum Botschafter London (nicht angetreten), 1917 AMinr. unter Gen. Kolttschak, Vertreter Gen. Denikins in Paris, Exil 173/165 189
- Saß-Jaworski, Julian v.** (geb. 1862), Rittergutsbes., Landwirt, 1888–1906 Bewirtschaftung des eigenen Rittergutes, 2. Vors. Landwirtschaftl. Verein Schwetz, Leiter Raiffeisen- u. Darlehnskasse, 1897–98, 1907–12 MdR (Polen), 1908–18 MdA 129/164 88v
- Saurma (Jeltsch), Johannes-E. Gf. v.** (1851–1916), Fideikommißbes., Rittm. a.D., Landesältester, Kammerherr, Kreisdeputierter, 1909–16 MdH 72/161 173
- Sawoff, Michael**, bulg. Gen. u. Politiker 255/167 318v, 319v, 257/167 331
- Scavenius, Erik** (1877–1962), dän. Politiker u. Diplomat, 1909–10, 1913–20 AMinr. 266/167 396–397

- Schack, Max v.** (1853–1924), Gen.d.Inf., 2.8.1914–14.6.1916 Stellv. Kommand. Gen. XVII. AK (Danzig) *120/163* 244
- Schack, Wilhelm** (1869–1949), Verbandsangestellter, 1899 Mitgl. Hamburgische Bürgerschaft, 1905–09 MdR (Wirtschaftl. Vereinigung) *6/158* 267
- Schaewen, Richard v.** (1869–1952), Jurist, 1895 GerAss., 1896 Eintritt in Staatseisenbahnverw., 1897 RegAss., 1903 RegR, Hilfsarb. einer Eisenbahndirektion, Vorstand einer Verkehrsinspektion, Hilfsarb. Minm.öA, 1902 Mitgl. einer Eisenbahndirektion, 1903 Erfurt, 1908 GehRegR u. VortrR Minm.öA, GehORegR, 9.12.1916 Präs. Eisenbahndirektion Mainz, 20.2.1917 Köln, 1919–21 GenDir. Phoenix AG f. Bergbau u. Hüttenbetrieb, 1924 Dir. Dt. Verkehrskredibank AG, Mitgl. AR A. Schaaffhausen'scher Bankverein u. der Mitropa *183/165* 355v–356
- Schaffgotsch (-Koppitz), Hans Ulrich Gf.** (1831–1915), Fideikommißbes. u. Montanindustrieller, Ltn. a.D., 1867 Kammerherr, Ehrenritter Malteserorden *28/159* 209v–210
- Scheefer, Maximilian** (1865–1937), 1885 Eintritt in Staatseisenbahnverw., 1895–99 Eisenbahn-Sekr. Botschaft Rom, 1899–1902 ChiffrierAbt. AA, 1900 Geh. expandierender Sekr., 1902 ständ. Hilfsarb. RK, 1904 Konsul, 1906 GehRegR, 1909 Wahrnehmung der Geschäfte des Konsuls in Triest, 1911 i.e.R. *13/158* 358v
- Scheel, Hermann**
→ Vietinghoff gen. Scheel, Hermann Frh. v.
- Scheel-Plessen, Carl Frh.** (1888: **Gf.**) v. (1811–1892), Fideikommißbes., 1843 dän. Amtm. Norburg-Sonderburg, 1848 Kom. dän. Reg. f. Lauenburg u. Gesandter Berlin sowie Kammerherr, 1849–50 Chef FinAbt. Reg. Schleswig, 1853–56 1. Bgm. Altona, 1866–79 OPräs. Schleswig-Holstein, Kurator Univ. Kiel, 1868 Wirkl.GehR, 1854–57 Mitgl. dän. ReichsR, 1855–63 Mitgl. u. Präs. Holstein. Ständevers., 1870 MdA (Kons.), 1879 MdH *97/163* 7v
- Scheel-Plessen, Ludwig Frh. v.** (1888: **Gf. v. Plessen-Cronstern**) (1848–1929), Diplomat, Fideikommißbes., 1883 Botschaftssek. Konstantinopel, 1883 Petersburg, 1884–88 London, 1890 Gesandter Darmstadt, 1894 Athen, Stuttgart, 1901 Wirkl.GehR, 1914 für das HH vorgeschlagen *97/163* 7v, 8v
- Scheer, Reinhard** (1863–1928), Marineoffizier, 1885 Ltn. z.S., 1903–07 Vorstand Zentralabt. RMarineA, 1905 Kapitän z.S., 1909 Chef Stab Hochseeflotte, 1910 Kontreadmiral, 1911–13 Dir. Allg. Marine-Dept. RMarineA, stellv. Bevollm.z.BundesR, 1913 Vizeadmiral, 27.12.1914–15.1.1916 Chef des III. Geschwaders, 9.1./24.1.1916–6.8.1918 Chef der Hochseestreitkräfte, 5.6.1916 Admiral, 17.12.1916 a.D., 11.8.–14.11.1918 Chef Admiralstab Marine, zugl. 28.8.–14.11.1918 Chef Seekriegsleitung, 15.11.–17.12.1918 (a.D.) zur Verfügung des StS RMarineA *173/165* 192v; *190/166* 26v, *203/166* 157
- Scheidemann, Philipp** (1865–1939), Buchdrucker u. sozialdemokrat. Politiker, 1883 Mitgl. SPD, 1895–1911 Redakteur, 1907–11 Stadtverordneter Kassel, 1903–33 MdR/MdNatVers. (1912 vorübergehend Vizepräs., 1911 Mitgl. Parteivorstand, 1917/18 einer der Parteivorsitzenden, Juli–Nov. 1918 Vizepräs. RT), 4.10.–8.11.1918 StS o. Portefeuille Reg. Max v. Baden, 10.11.1918 Mitgl. RdV, 1919 RMinrPräs., 1920–25 OB Kassel *151/164* 351; *163/165* 119; *198/166* 111v, *202/166* 152v, *203/166* 156, 161v, *211/166* 241v; *229/167* 40, *255/167* 324, *262/167* 361, *263/167* 365, *264/167* 386–387, *268/167* 410
- Scheüch, Heinrich** (1864–1946), Offizier, 1883 Ltn., 1897 Hptm. u. Adjutant des Dir. Des Armeeverw.-Dept. KrMinm., 1903 Maj., 1908 Bataillons-Kdr., 1909 Oberstltm. u. Abt.-Chef KrMinm., 1913 Oberst u. Dir. Zentraldept. KrMinm., 1914–16 Chef des Mobilten Stabes des KrMinr., Kdr. verschiedener Einheiten, 27.1.1916 GenMaj., 1916–17 Kdr. 29. Inf.-Brigade, 16.8.1917 Chef Kriegsamt, 9./10.10.1918–2.1.1919 KrMinr. (Abschiedsgesuch v. 15.12.1918), GenLtn. *2/158* 203–206; *251/167* 270v, *260–264/167*, *265/167* 388, *266–269/167*
- Schiff, Moritz**, Kartoffelgroßhändler in Breslau *127/164* 67

- Schiffer, Carl Mat(t)ias** (1869–1930), Gewerkschafter, Fabrikwebermeister Krefeld, 1893 Eintritt in die christl. Arbeiterbewegung, 1899 Gründungsmitgl. christl. Gewerkschaften, 1901 Vors. Zentralverband christl. Textilarbeiter, 1905 zugl. Vors. Gesamtverband christl. Gewerkschaften, 1907–19 MdR/MdNatVers. (Zentrum) *146/164* 287
- Schiffer, Eugen** (1860–1954), Jurist, 1885 GerAss. Hoyerswerda, 1888 Amtsrichter Zabrze/OS, 1899 Landrichter Magdeburg, 1900 LGR, 1906 KGR Berlin, 1909 auch Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 1910 OVGR, 1916 Leiter Rechtsabt. Kriegsamt, 1917 Dir. KrMinm., Okt. 1917 UStS RSA, Nov. 1918–Febr. 1919 StS RSA, 1919 RFinMinr. u. Vizepräs. RMinm., 1919–21 RJMinr. (mit kurzer Unterbrechung), 1919–20 zugleich Vizeklr., 1921–22 RJMinr., 1904–18 MdA, 1912–17, 1919–24 MdR/MdNatVers. (NLP, 1903–17 Mitgl. Zentralvorstand NLP, DDP), 1933–45 Verfolgungen als Jude, 1945–48 Chef der Justizverw. in der SBZ *8/158* 300; *18/159* 104; *66/161* 105; *77/162* 45, *96/162* 193v, 194v; *135/164* 146v; *166/165* 146–146v, 148, 150, 151v–152v; *194/166* 62–63, *198/166* 119v, *201/166* 142v, *202/166* 148; *244/167* 196
- Schlieben, Otto v.** (1875–1932), Jurist, 1904 RegAss. beim LandR u. PolDir. Hanau, 1909/10–15 LandR Heilsberg/OPr., 1915 ständ. Hilfsarb. StMinm., Sept. 1916 auch 1. geschäftsführendes Mitgl. Vorstand Reichsfleischstelle, 1916 GehRegR u. VortrR RK, Okt. 1918 MinR RSA, um Jan. 1919 VortrR RSA, 1920 MinDir. RFinMinm., 1925 RFinMinr., 1926 Präs. Landesfinanzamt Magdeburg, 1930–32 Vors. Direktorium Verein dt. Zuckerindustrie *155/165*, *165/165*, *172/165*, *182/165*; *188–189/166*, *195/166*, *200–201/166*, *213/166*; *235/167*
- Schmedding, Adolf** (1856–1937), Jurist, 1890–1919 Landesrat Münster, GehRegR, 1909 Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 1919 Präs. Landesfinanzamt Westfalen, 1904–18 MdA (Zentrum), 1919 MdNatVers. *8/158* 300; *72/161* 172v; *159/165* 94–94v, *160/165* 101
- Schmeling, v.**, Journalist beim Pressedienst „Information“ *38/160* 28
- Schmider**, Oberbetriebsinspektor Heidelberg, 1909 Ordenssache *2/158* 205v
- Schmidt (Warburg), Otto** (1842–1910), LGR Berlin I, 1908 GehJusR, 1888–1910 MdA (Zentrum), 1893–1910 MdR *8/158* 300
- Schmidt(-Ott), Friedrich** (1860–1956), Jurist, 1882 Ref., 1887 GerAss., 1888 Hilfsarb. RJA, 1888 KuMinm., 1889 GerAss., Amtsger. Berlin II, 1890 RegAss., 1893 RegR, 1895 GehRegR u. VortrR KuMinm., 1898 GehORegR, 1907 Wirkl.GehORegR u. Abt.-Dirigent, 1911 MinDir., 6.8.1917–12/13.11.1918 KuMinr. (8.11. Abschiedsgesuch), 1920–34 Präs. Notgemeinschaft der dt. Wissenschaft *27/159* 179v; *48/160* 134v; *207/166* 187, *209–219/166*; *220/VI*; *221–223/166*, *225/166*; *226–232/167*, *235–244/167*, *246–250/167*, *252–253/167*, *255–260/167*, *262–269/167*
- Schmidt**, ORegR, 1918 Hilfsarb. HandMinm., Juli 1918 GehRegR u. VortrR *251/167* 274v–275
- Schmidt, Albert** (geb. 1877), Metalldreher, Eisenbahnarbeiter, 1913–33 MdA/MdLT (Zentrum), Gemeinde- u. Bgm.-Verordneter, Mitgl. Vorstand Reichsbahn-Betriebskrankenkasse Trier u. Reichsbahn-Arbeiter-Pensionskasse I Berlin, Zentralverband dt. Eisenbahner, Vors. Eisenbahnbau-genossenschaft Conz-Merzlich, 1919–20 Beigeordneter Minm.öA *193/166* 58v
- Schmidt, Erich** (1853–1913), 1885 Dir. Goethe-Archiv Weimar, 1887 Prof. für dt. Literatur Berlin, 1909/10 Rektor Berlin, GehRegR *27/159* 179v–180
- Schmidt, Rudolf** (1852–1913), 1876 Ref., 1880 GerAss., 1882 ständ. Hilfsarb. Eisenbahndirektion Danzig, 1889 RegR, Mitgl. Eisenbahndirektion Köln, 1893 Dir. Eisenbahnbetriebsamt Kattowitz, 1895 ORegR Direktion Kattowitz, 1892 VortrR Minm.öA, GehORegR, 1906 Präs. Eisenbahndirektion Köln, 1910 Präs. Generaldirektion Eisenbahnen in Elsaß-Lothr., Wirkl.GehORegR, 1912 MinDir. Minm.öA, a.D. *61/161* 68
- Schmidtmann, Hermann**, Chemiker, Dr. phil., Kali-Industrieller, Vors. AR Kaliwerke Aschersleben *7/158* 284v–290v

Schmieding, Theodor (1843–1918), Jurist, 1867 GerRef., 1872 GerAss., 1874 Amtsrichter Dortmund, Mitgl. AR Gelsenkirchener Bergwerks AG, LGR a.D., 1884 u. 1886–1913 MdA (NLP), 1913/14–18 MdH 33/159 281v; 72/161 172v; 81/162 72v–73, 74v

Schmoller, Gustav (1908: v.) (1838–1917), 1882 Prof. für Staatswissenschaften Berlin, Mithrsg. der Acta Borussica, 1872 Gründungsmitgl. (1890 Vors.) Verein f. Sozialpolitik, 1909 auch Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 1910 Wirkl. GehR, 1884 MdStR, 1899–1917 MdH 27/159 179

Schneider, Gustav Konrad (1857–1931), 1882 GerRef., 1884 RegRef., 1887 RegAss., 1891 LandR Bleckede, 1899 RegR beim OPräs. Hannover, 1904 GehRegR u. RKom. f. d. Bekämpfung des Typhus im Südwesten des Reichs, 1909 Hilfsarb. u. dann GehRegR sowie VortrR MdI, 1913 GehORegR, 1915–19 RegPräs. Schleswig 58/161 56; 111/163; 148/164 324

Schnitzler, Eduard (1913: v.) (1863–1934), dt. Gen.-Konsul Antwerpen, GehLegR z.D. 81/162 70v

Schnitzler, Paul (1913: v.) (1856–1932), Jurist, LGR Köln a.D., 1902 Gutsbes., Mitgl. zahlreicher AR, u.a. IG Farben 81/162 70v

Schnitzler, Richard (1913: v.) (1855–1938), Bankier, 1880 Volontär Dt. Bank, Mitinhaber Bankhaus J.H. Stein/Köln, bis 1926 Seniorchef, danach Kommanditist, 1906 Kommerzienrat, schwed. GenKonsul, Geh. Kommerzienrat, Vors. u. Mitgl. verschiedener AR, u.a. IG Farben (Mitgl.), Kunstmäzen, Mitgl. Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 81/162 70v

Schoen, Hans v. (1876–1969), Diplomat, 1903 MinPraktikant bayr. StMinm. d. Kgl. Hauses u. des Äußeren, 1903 Attaché Wien, Petersburg, 1904 LegSekr. II. Kl., 1908 LegSekr. I. Kl. u. Rom, 1910 Berlin, 1911 LegR, 1.9.1916 GehLegR II. Kl., 16.7.1918 GehLegR I. Kl., 3.12.1918 Beurteilung durch K. Eisner, 1.11.1919 i.e.R., 1920 Übernahme ins AA u. Gesandtschaftsrat Wien, 1921 Geschäftsträger Warschau, 1922 Athen, 1926–33 (z.D.) Gesandter Budapest, 1937 a.D. 241/167 171

Schoen, Wilhelm (1885: v.) (1909: Frh.) (1851–1933), Offizier u. Diplomat, 1877 diplom. Dienst, Attaché Madrid, 1882 LegR Athen, 1883 Bern, 1885 Den Haag, 1887 Paris, 1888–95 Botschaftsrat, 1896–99 OHofmarschall Hzg. v. Sachsen-Coburg u. Gotha, 1900 Gesandter Kopenhagen, 1905 Botschafter Petersburg, 1907–10 StS AA u. Wirkl. GehR, 1910–14 Botschafter Paris 2/158, 4/158, 7/158, 9–10/158; 15/159 15, 17, 19, 18/159, 25/159 168

Schoenaich-Carolath, Heinrich Prinz zu (1852–1920), Standes- u. Majoratsherr, Rittm., 1877–90 LandR Guben, Mitgl. AR Schles. AG f. Bergbau- u. Zinkhüttenbetrieb, 1881–1918 MdR (RFKP/ NLP), 1883–1918 MdH 53/160 194v

Scholz, Ernst (1874–1932), 1895–99 Ref., 1899 GerAss., 1900–01 1. Sekr. Allg. Genossenschaftsverband in Charlottenburg, 1901 Ass. Magistrat Frankfurt/M., 1902 Beigeordneter u. Kämmerer Wiesbaden, 1909 Beigeordneter Düsseldorf, 1912 OB Kassel u. MdH, 1913–20 OB Charlottenburg 191/166 35v–36, 197/166 96, 97v–99

Scholz, Gottfried (geb. 1837), Gutsbes., Mitgl. Vorstand Landwirtschaftskammer Schlesien, 1899–1913 MdA (DkP) 53/160 194v

Schönbach, Rudolf (geb. 1862), 1882 GerRef., 1888 GerAss., 1890 RegAss. Verw. indirekte Steuern, 1894 Oberzollinspektor Neustadt/Holstein, 1896 OSteuerinspektor Gleiwitz, 1897 RegR, 1899 Mitgl. ProvSteuerdirektion Altona, 1901 Hilfsarb. FinMinm., 1904 VortrR u. GehFinR, 1908 GehOFinR, Nov. 1918 Mitgl. Beamtenrat FinMinm., April 1919 stellv. Mitgl. Staatenausschuß, März 1920 Wirkl. GehOFinR, nach 1922 a.D. 200/166

Schönberner, Magistratsrat, Leiter Vormundschaftsamt Berlin 239/167 151v

Schönburg (Waldenburg), Heinrich Prinz v. (1863–1945), Standesherr zu Droyssig, Oberst à l.s., 1914–18 MdH 81/162 71, 74v

- Schönstedt, Karl Heinrich** (1911: v.) (1833–1924), Jurist, 1859 GerAss. Hamm, 1865 Kreisrichter Broich, 1867 Duisburg, 1872 AppGerR Glogau, 1875 Frankfurt/M., 1879 Dir. LG Frankfurt/M., 1883 Präs. LG Neuwied, 1884 Kassel, 1892 Präs. OLG Celle, 1894–1905 JMinr., 1905 MdH u. Kronsyndikus 50/160 178; 105/163 60
- Schorlemer (Lieser), Clemens A. Frh. v.** (1856–1922), Jurist u. Großgrundbesitzer, 1877 GerRef. Osnabrück, Göttingen, Celle, 1884 GerAss. Staatsanwaltschaften Bonn, Düsseldorf, 1886 RegAss. Magdeburg, 1888 LandR Neuss, 1897 Kammerherr, 1898–1900 OPräsR Breslau, 1899–1900 Beurlaubung und dann a.D. zur Verw. der Güter, 1899 Vors. Landwirtschaftskammer Rheinprov., 1905 OPräs. Rheinprov., 1909–10 auch Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 18.6.1910–6.8.1917 LandMinr., 1919–22 Präs. Dt. Landwirtschaftsrat, Präs. Hauptlandwirtschaftskammer, Juli 1918 erneut Vors. Landwirtschaftskammer Rheinprov. 1901–18 MdH 6/158 267v; 23/159 160, 25–33/159 167; 34–36/160, 38–45/160, 48–51/160, 53/160; 54–72/161; 73–86/162, 88–96/162; 97–106/163, 108–118/163, 120–124/163; 125–129/164; 130–131/Fundort; 132–137/164, 140–141/164, 143–152/164; 153–168/165, 170–179/165, 181–187/165; 188–193/166, 195–196/166, 198–203/166; 205/VI; 206/166, 208/166 197, 198v, 216/166 288v, 222/166 350v; 231/167 52v, 233/167 91, 241/167 172v, 176v, 180, 249/167 244v
- Schrader, Friedrich** (1865–1937), Marineoffizier, 1883 Eintritt in die Marine, 1889 Ltn. z.S., ab 1899 mehrfach im RMarineA, 1907 Kapitän z.S., 1909–13 Vorstand Militärabt. RMarineA, 1913 Konteradmiral, 13.11.1913–15.9.1918 Dir. Konstruktionsdept. RMarineA, 24.4.1916 Vizeadmiral, 5.12.1917–27.8.1918 zugl. Dir. Werftdept. u. stellv. Bevollm.z.BundesR, 16.9.–6.11.1918 (z.D.) zur Verfügung StS RMarineA 244/167
- Schreiber, Arthur** (1849–1921), Jurist, 1873 GerRef., 1879 GerAss. u. RegAss., 1881 LandR Hadersleben, 1893 ORegR Arnsberg, 1896 Düsseldorf, 1899 RegPräs. Minden, 1903 Düsseldorf, 1909 auch Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 14.8.1909–1.9.1914 (a.D.) UStS HandMinm., 27.7.1914 Wirkl.GehR 88/162; 110/163 108v
- Schreijack**, GarnisonsVerwDir. in Ulm, 1909 Ordenssache 2/158 206
- Schröder, Ludwig** (1912: v.) (1854–1933), Marineoffizier, 1871 Eintritt in die Marine, 1893 Korvettenkapitän, 1895–98 im OKdo. Marine, 1899 Kapitän z.S., 1900 Dir. Marineschule, 1901–03 Abt.-Vorst. Admiralstab Marine, 1905 Konteradmiral, 1905 Inspekteur der Schiffsartillerie, 1907 Vizeadmiral, 1907 Chef II. Geschwader, 1910–12 (z.D.) Chef Marinestation Ostsee, 1911 Admiral, 23./29.8.–14.11.1914 Kdr. (1.) Marine-Div., 11.10.–13.10.1914 zugl. Kdr. Antwerpen, 15.11.1914 –12.12.1918 Kdr. Marine-Korps Flandern, Ende 1918 Vors. Nationalverband Dt. Offiziere (der DNVP nahestehend) 211/166 230v
- Schroeder, Theodor** (Kassel) (1860–1951), Jurist, 1889 Landesrat Kassel, 1904 Dezernent landwirtschaftl. Berufsgenossenschaften, 2. Vors. Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau, GehRegR, 1904–18 MdA (NLP) 15/159 40
- Schroeter, Arthur** (1860–1915), 1880 GerRef., 1886 GerAss., 1886 Hilfsarb. im Bereich des LandMinm., 1887 RegAss. u. SpezialKom. Breslau, 1896 außeretatmäß. Mitgl. GenKomm. Königsberg, 1897 Hilfsarb. LandMinm., 1899 GehRegR u. VotrR, 1903/04 GehORegR, 1910 MinDir., 1911 Wirkl.GehORegR, 1.7.1915 a.D. 17/159 57; 47/160; 135/164 145
- Schuch, Ernst** (1897: Edler v.) (1847–1914), Jurist, dann Musiker, Dirigent u. Kapellmeister, 1872 Musikdir. Oper Dresden, 1889 GenMusikdir., 1899 GehHofR 66/161 106
- Schulenburg (Wolfsburg), Werner Gf. von der** (1857–1924), Fideikommißbes., Rittm., 1904–18 MdH (Alte Fraktion) 33/159 281v
- Schulenburg, Rudolf Wilhelm von der** (1860–1930), Rittergutsbes., Jurist, 1882 Ref., 1889 Ass., 1894–1902 LandR Oschersleben, 1902 OPräsR Potsdam, 1904–14 RegPräs. Potsdam, Wirkl. GehORegR, 1914–17 OPräs. Brandenburg, 1917–19 Prov. Sachsen, Hptm., 1914–18 MdH,

- 99/163 19, 117/163 208, 124/163 300v, 302v, 304v; 191/166 35v–36, 197/166 94, 98–98v, 208/166 197, 216/166 289–289v
- Schulenburg(-Angern), Friedrich Gf. von der** (1843–1921), Fideikommissbes., 1878/79–98 LandR Eckartsberga, OPräsR Hannover, 1903–14 LandR Wolmirstedt, 13.1.1915–5.5.1916, Anf. Jan.–18.1.1919 kommissar. LandR Stendal, Rechtsritter Johanniter-Orden, 1907–18 MdH 254/167 308v
- Schultz, Georg** (1860–1945), Jurist, 1884 Ref., 1889 GerAss., 1895 Amtsrichter Wongrowitz, 1900 Landrichter Bromberg, 1904 LGR, 14.8.1915 GehJusR, 27.8.1915 Kreischef Konin u. Slupa der Dt. Zivilverw. für Polen links der Weichsel, 1919 Dir. LG Breslau, 1907–30 MdR/MdNatVers. (RFKP, ab 1920 DNVP, 1909–11 2. Vizepräs. RT) 33/159 281
- Schultze-Jena, Hans** (1873–1914), Jurist, Dr. jur., RegAss., BezAmtm. Outjo/Deutsch-Südwestafrika, 19.10.1914 bei Fort Naulila (Portug.-Angola) festgenommen und Tod 160/165 97v–98
- Schulz,** (gest. 1912), Dr., um 1907 GehJusR JMinm., 1909 GehOJusR 9/158 309
- Schulz,** Kreiskanzlist, Kanzleisekr. Hagenau (Elsaß-Lothr.), 1909–10 Ordenssache 8/158 303; 33/159 283
- Schulze,** GehRechR, Vorsteher Zentralbureau KuMinm., 1910 Ordenssache 27/159 180
- Schulze, Franz Eilhard** (geb. 1840), 1884 Prof. für Zoologie Berlin, GehRegR 27/159 179v
- Schulze, Hermann** (1888: v.) (1824–1888), Jurist, 1857 Prof. Rechtswissenschaften Breslau, 1872 „Das preußische Staatsrecht“, 1878 Prof. Heidelberg, 1869 MdH u. Kronsyndikus 227/167 20
- Schulze, Robert Alfred** (geb. 1878), 1905 sächs. GerAss., 1908 kommissar. Hilfsarb. RA dI, 1910 sächs. Landrichter, 1912 GehRegR u. VortrR RA dI, 12.6.1916 GehORegR 179/165; 226/167
- Schulze, Rudolf** (geb. 1863), 1884 Ref., 1889 GerAss., 1891 RegAss. in der Eisenbahnverw., 1896 Mitgl. Eisenbahndirektion Kattowitz, 1898 RegR, 1904 Altona, 1909 GehRegR u. VortrR RSA, 1913 GehORegR RSA, Dez. 1916 auch Mitgl. Komm. zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen, um 1922 MinR, nach 1926 a.D. 157/165
- Schustehrus, Kurt** (1856–1913), 1881 Ref., 1896 Ass., 1888 Syndikus u. StadtR Thorn, 1889 2. Bgm. Nordhausen, 1893 1. Bgm., 1899 Bgm. Charlottenburg (b. Bln.), 1900 OB, 1893–99, 1905–13 MdH 70/161 146v
- Schwabach, Felix** (1855–1935), Jurist, 1876 Ref., 1881 GerAss., 1882 RegAss. Staatseisenbahnverw., RegR, Mitgl. Eisenbahndirektion Köln, 1903 a.D., GehRegR, 1904 mit Wilhelm Hoff im Auftrag Minm.öA Studienreise durch Nordamerika, durch Heirat Millionär, 1907–18 MdR (NLP, Mitgl. Zentralvorst. u. 1912 Geschäftsführender Ausschuß Gesamtpartei), 1908–13 MdA 98/163 12v
- Schwander, Rudolf** (1868–1950), Jurist, 1896 GenSekt. Armenwesen Straßburg, 1901 Beigeordneter Armenverwaltung Straßburg, 1902 städt. Beigeordneter Straßburg, 1906–17 Bgm., dann OB Straßburg, 1909 Mitgl. Landesausschuß, 1911 Mitgl. I. Kammer des LT, 1912 Mitgl. Elsäss. (später Elsäss.-Lothr.) Fortschrittspartei, 5.8.1917 UStS RWiA, 6.8.1917 Wirkl.GehR u. Exz., 21./30.10.1917–20.11.1917 StS RWiA, Nov. 1917 erneut Bgm. Straßburg, 27.10.–11.11.1918 Reichsstatthalter Elsaß-Lothr., 1919–1930 OPräs. Hessen-Nassau, bis 1920 auch RegKom. für Freistaat Hessen, 1926 Ortsvorstand Dt.-Österr. Arbeitsgemeinschaft Frankfurt/M., Mitgl. Vorstand Dt. Städtetag 207/166 188–188v, 212/166 245v; 220/VI; 266/167 399
- Schwartz, Eduard** (1858–1940), Philologe u. Historiker, GehR, 1914 Prof. f. Philologie Straßburg, Rektor Universität, 1919–29 München 215/166 284v
- Schwartzkopff, Philipp** (1858–1914), Jurist, Rittergutsbes., 1879 GerRef., 1883 RegRef. Magdeburg, 1884 Hilfsarb. KuMinm., 1885 RegAss. Düsseldorf, 1887 Hilfsarb. KuMinm., 1891 RegR, 1895 GehRegR u. VortrR, 1898 GehORegR, 1899 Wirkl.GehORegR u. MinDir. KuMinm., 1909 Wirkl.GehR u. Exz., 1910 UStS KuMinm., Sept. 1911–30.5.1914 OPräs. Posen 22/159 148; 42/160 65v, 48/160 134v, 51/160 188–188v; 76/162 34, 94/162 182; 108/163 90, 110/163 108

Schwartzkoppen, Georg v. (1853/54–1918), Hilfsarb. AA, VotrR, Wirkl.GehLegR, Dir. AA, Wirkl.GehR 2/158 203–206

Schwarz

→ Schwartz, Eduard

Schwarz, [Otto ?], (geb. 1860/61), 1895 Hilfsarb. FinMinm., 1898 GehFinR u. VotrR FinMinm., 1901 GehOFinR, um 1914 Wirkl.GehOFinR, nach 1918 a.D. 18/159

Schwarzenberg, Felix Fürst zu (1800–1852), österr. Offizier, 1848–52 österr. MinPräs. 220/VI 226

Schwerin (Löwitz), Hans Gf. v. (1847–1918), Rittergutsbes., 1865 Offizier, 1881 Abschied (Rittm.) zur Bewirtschaftung seines Gutes, 1896 Präs. Landwirtschaftskammer Pommern, 1900–18 Vors. Landesökonomiekollegium, 1901 Präs. Landwirtschaftsrat, Mitgl. Bezirkseisenbahnrat, 1911 Wirkl.GehR; 31.1.1915 Mitgl. Reichsverteilungsstelle f. Brotgetreide u. Mehl, 1915 Mitgl. AR der ZEG, Vors. AR Verband der öffentl. Versicherungsanstalten, Mitgl. Börsenausschuß, Mitgl. Wirtschaftl. Ausschuß z. Vorbereitung Handelsverträge, Wahlkreisvors. Pommern des BDL u. Vertreter BdL im Kuratorium der Reichsgetreidestelle, Mitgl. Ausschuß Bimetallisten-Bund, Rechtsritter Johanniter-Orden, 1886 Kreisdeputierter Anklam, Mitgl. Kreisausschuß, 1893–1918 MdR (1910–11 Präs. RT), 1896–1918 MdA (DkP, 1912–18 Präs.) 27/159 180v, 31/159 239v, 240v; 49/160 167; 64/161 94, 67/161 115v, 72/161 175; 81/162 70v, 92/162 144; 109/163 95–96, 117/163 203–204; 129/164 87–87v, 133/164 114–114v, 117–118, 135/164 146v, 136/164 151–151v, 153–155, 137/164 159; 156/165 41v, 43v, 44v–46v, 159/165 91v, 94, 168/165 169v, 178/165 262v; 212/166 247v; 239/167 150v, 246/167 218v, 248/167 237, 239, 250/167 257v, 259v

Schwerin (Stolpe), Friedrich Ernst v. (1863–1936), 1898/9 LandR Tarnowitz, 1905 OPräsR Münster, 1907 RegPräs. Arnsberg, 1907 Oppeln, 8.12.1915–Mitte 1917 Potsdam, Wirkl. GehORegR, auf eignen Wunsch a.D., Vors. Fürstl. Henckel v. Donnersmarckschen Verwaltungskuratoriums 7/158 281v–284; 15/159 14; 64/161 87v; 78/162 58v; 148/164 323v, 325; 188/166 11v, 191/166 35–37v

Schwerin, Friedrich Gf. v. (1862–1925), 1903 RegPräs. Köslin, GehORegR, 1908–18 Frankfurt/O. 137/164 164; 154/165 26v(?); 209/166 200; 231/167 51–51v, 235/167 120v

Seckendorf, Rudolf Frh. v. (1844–1932), Jurist, 1865 Eintritt in den Justizdienst, 1872 Staatsprokurator Metz, 1879 RegR, 1883 GehRegR, 1885 VotrR RJA u. Mitgl. Reichspatentamt, 1890 GehORegR, 1899–1905 UStS StMinm., 1905 Wirkl.GehR, 1905–Ende 1919 Präs. RG, 1920 i.R. 38/160 37v

Seeberg, Reinhold (1859–1935), ev. Theologe, 1898 Prof. Berlin, GehKonsR, März 1915 Vors. Vorbereitungs Komitee „Professoren-Denkschrift“, Sept. 1917 Gründungsmitgl. DVP, Mitgl. u. dann Präs. Zentralausschuß f. Innere Mission 140/Fundort S. 5, 9

Seefeld, Hermann v. (geb. 1863), Jurist, 1893 RegAss. Osnabrück, Oppeln, 1897 Hilfsarb. HandMinm., 1901 RegR, 1903 GehRegR u. VotrR HandMinm., 1906 GehORegR, Wirkl. GehORegR, 14.12.1917–1.10.1927 MinDir., 1927 StS, um 1929 a.D. 38/160 34–41, 39/160 43v–50v; 223/166 360v

Seherr-Thoß, Günther Frh. v. (1859–1926), Fideikommißbes., 1880 GerRef., 1882 RegAss., 1885 RegAss., 1887/88 LandR Grünberg (Land), 1892 Hilfsarb. sowie GehRegR u. VotrR LandMinm., 1896 GehORegR u. Kammerherr, 1902–19.1./15.2.1915 (a.D.) RegPräs. Liegnitz, 1913 Wirkl.GehORegR 122/163 267–267v

Seherr-Thoß, Roger Gf. v. (1851–1922), Rittergutsbesitzer, 1896 Kammerherr, Maj. a.D., 1899–1918 MdH, Landesältester 28/159 210

Seidel, (geb. 1844/45), 1866/67 Eintritt in den Staatsdienst, Botenmeister beim Statthalter Elsaß-Lothr., 1912–13 Ordenssachen 72/161 173v; 83/162 97

- Sering, Max** (1857–1939), Agrarwissenschaftler u. Volkswirt, 1879 im Justiz- u. Verwaltungsdienst Elsaß-Lothr., 1889–1906 Prof. Landwirtschaftl. Hochschule Berlin, 1894 Mitgl. Landesökonomiekollegium, 1897–1925 Prof. Staatswissenschaften Universität Berlin, Mitgl. Prüfungskomm. f. höhere Verwaltungsbeamte, Mitgl. Dt. Landwirtschaftsrat, 1904 Mitgl. Preuß. AdW, 1914–18 Vors. wiss. Komm. KrMinm./Kriegsamt, 1919 Leiter Ständiger Ausschuß f. d. Siedlungswesen 92/162 148v; 117/163 217v, 118/163 236v; 133/164 114v
- Seubert**, Zolldir. in Karlsruhe, 1909 Ordenssache 2/158 204
- Seydel, Friedrich** (1847–1919), Jurist, 1875 GerAss., 1876–78 Kreisrichter Havelberg, Übertritt in Staatseisenbahnverw., 1883 RegR, 1884 Dir. Eisenbahnbetriebsamt Hannover, 1890 GehRegR u. VortrR Minm.öA, 1895–1918 Präs. Eisenbahndirektion Halle, Wirkl.GehORegR 252/167 277–278
- Seydewitz, Ernst v.** (1852–1929), 1877 im sächs. Eisenbahndienst, 1888 FinR u. Mitgl. Generaldirektion sächs. Staatsbahn, 1898 FinMinm., 1905 MinDir., 1.10.1910–26.10.1918 sächs. FinMinr. 57/161 49, 63/161 79; 157/165 59, 161/165 nach Bl. 102: Bl. 6, 166/165 147
- Seydlitz, v.**, Dr., RegAss. (StMinm.?) 128/164, 142/164
- Siebenbürger, Otto** (geb. 1849), Rittergutsbes. u. -pächter, Ökonomierat, 1907–18 MdR (DkP) 33/159 281v
- Siefert, Hugo** (1858–1937), 1887 GerAss., 1896 RegR u. ständ. Mitgl. Reichsversicherungsamt, 1907 GehRegR u. Senatsvors., 1911 SenatsPräs., seit Ende 1910 kommissar. im RA dI, 1912 GehRegR u. VortrR RA dI, 22.3.1916 GehORegR, RWiA, Mitgl. Ausschuß f. Heimataufklärung, MinDir. 158/165, 181/165, 183/165; 222/166; 233–235/167
- Sieg, Julius E.** (geb. 1848), 1866–69 Kaufmannslehre, Olt. Landwehr, 1873–80 Getreidehändler Danzig, Rittergutsbes., 1894–98, 1901–13 MdA, 1898–1918 MdR (NLP, 1898–1917 Mitgl. Zentralvorstand), MdProvLT 26/159 176v
- Siegrist, Karl** (geb. 1862), Jurist, 1889 Ass., 1890 rechtskundiger Sekr. Gemeindeverw. Karlsruhe, 1892 2. Bgm., 1901 1. Bgm., 1906 OB Karlsruhe 2/158 205
- Siller**, (geb. 1866), 1891 GerRef., 1894 RegRef., 1896 RegAss., kommissar. Verw. eines Landratsamtes, 1903 RegR, 1906 beim OPräs. Magdeburg, 1907 in KolAbt. AA u. Hilfsarbeiter Zivilverw. RKolA, 1908/09 Finanzreferent Gouv. Deutsch-Südwestafrika, 1911 GehRegR u. VortrR RSA, Mitgl. der Disziplinarkammer f. d. Schutzgebiete, 24.8.1915 GehORegR RSA, nach 1918 a.D. 192–193/166
- Simon, Walter** (1857–1920), Bankier, StadtR Königsberg, umfangreiches charitatives Wirken, 1908 Ehrenbürger, 1899 Prof., GehRegR, 1912 Ordenssache 72/161 174v
- Simon, James** (geb. 1851/52), Großkaufmann u. Großkonfektionär, Inhaber Fa. Gebr. Simon (Berlin), Mitgl. Älteste Kaufmannschaft Berlin, Mitgl. Zentralausschuß Reichsbank, Gründer Dt. Orientgesellschaft 97/163 10
- Simons, Ludwig** (1803–1870), 1830 GerAss. LG Düsseldorf, 1832 Staatsprokurator Düsseldorf, 1834 Elberfeld, 1841 GenAdvokat AppGer. Köln, 1847 GehJusR JMinm., 1848 Mitgl. Rhein. Abt. Immediat-Justiz-Examinations-Komm. u. Mitgl. preuß. NatVers., 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1849–60 JMinr., 1852–54 Mitgl. 2. Kammer (bkF), 1854 MdH u. Kronsyndikus, 1860 Privatier 105/163 58, 60
- Simson, August**, Rechtsanw. Berlin, GehJusR 104/163 64
- Sinner, Robert**, Industrieller, 1888 Übernahme der väterl. Nahrungsmittelfabrik, 1885 Umwandlung in eine AG, später GenDir. u. Vorstandsmitgl. Sinner AG, Fabrik für Nahrungsmittel (Karlsruhe), u.a. Brennereien, Mitgl. zahlreicher AR 57/161 52
- Sittart, Hubert** (1860–1942), Lehrer, 1893 Gründer Westdt. Lehrertzg., 1898–1908 MdA (Zentrum), 1901–18 MdR 53/160 195

- Sivkovich, Hans** (1881–1968), Lehrer, 1905 Rektor Lübz, 1906–18 (a.D.) Oberlehrer Seminar Lübtheen, 1912–24 MdR/MdNatVers. (DFVp, DDP), 1918–20 mecklenburg.-schwerin. Unterrichtsminr., 1919–20 MdLT Mecklenburg-Schwerin, 1921–33 Präsidialdelegierter Hansa-Bund bei der Hauptgeschäftsleitung, dann beratender Volkswirt, 1925 Übertritt zur Wirtschaftspartei, 1939–54 Tätigkeit in der Lukas-Kirche Berlin-Steglitz, zeitw. bei St. Nicolai Prenzlau, 1947 Mitgl. LDPD, 1950 Gründungsmitgl. u. Vors. Konservative Gesellschaft von 1950, dann der Kons. Partei, 1952–55 Vors. Landesverband Berlin der Heimatvertriebenen u. Entrechteten 201/166 138
- Soden, Julius Frh. v.** (1846–1921), Diplomat, 1885–90 Gouv. Kamerun, 1890 Gouv. Deutsch-Ostafrika, 1893 Rücktritt, 1900 KabChef Württemberg, auch württ. AMinr. u. Verkehrsminr., 1906–16 KabChef 2/158 203v
- Solf, Wilhelm** (1862–1936), Philologe u. Jurist, 1894 Eintritt in die KolAbt. AA, 1898 BezRichter in Deutsch-Ostafrika, 1899 Präs. Munzipalrat von Apia/Samoa, 1900 Gouv. Samoa, (6.11.) 22.12.1911–Dez. 1918 StS RKolA u. Wirkl.GehR, zugl. 4./6.10.–13.12.1918 StS AA, 11.11.1911 Bevollm.z.BundesR, 1912 Wirkl.GehR, 1920–28 Botschafter Tokio 50/160 183; 101/163, 123/163; 162/165; 205/VI, 220/VI; 253/167 292, 262/167 355, 263/167 368v, 370, 373v, 266/167 397, 269/167 415v
- Sonnino, Giorgio** (1847–1922), rechtslib. ital. Politiker, 1906 u. 1909–10 MinPräs. u. Minr.dI, 1914–19 AMinr., 1915 Londoner Abkommen über Kriegseintritt Italiens, 1919 Vertretung der ital. Expansionswünsche auf der Pariser Friedenskonferenz 190/166 25
- Sontag, Franz** (Pseud.: Junius Alter) (1883–1961), Publizist, 1911–13 Redakteur „Post“ (Berlin) u. der Alldt. Blätter, Juni 1916 Broschüre zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode“, 1919 Verleger „Die Tradition“, 1926 Mitgl. Stahlhelm u. Chefredakteur seiner Zeitung in Krefeld, 1928 freier Schriftsteller 173/165 193v
- Sorge, Curt** (1855–1928), Bau- u. Hüttening., 1888 Dir. lothr. Rombacher Hüttenwerke, 1893 bei Krupp (Essen), 1899 Mitgl. Direktorium, zugl. Vors. Direktorium Krupp-Gruson-Werke Magdeburg, 1919–24 Vors. RDI, 1920–24 MdR (DVP) 181/165 333
- Spahn, Peter** (1846–1925), Jurist, 1869 Auskultator AppGer. Wiesbaden, 1873 GerAss., 1874 Kreisrichter Marienburg, 1879 Amtsrichter, 1887 LGR, 1888 Landrichter u. LGR Bonn, 1892 OLGR Posen, 1896 KGR, 1898 RGR, 1905 Präs. OLG Kiel, 1909 Wirkl.GehOJusR, 1910 Präs. OLG Frankfurt/M., Kronsyndikus, Wirkl.GehR, 6.8.1917–27.11.1918 JMinr., seit 1882 mehrfach MdA/MdLT, seit 1884 mehrfach MdR/MdNatVers. (Zentrum, ab Dez. 1924 DNVP, 1912–17 Fraktionsführer, 1895–98 2. Präs. RT, 1909–11 Vizepäs. RT, 1911–12 Präs. RT), 18.7.1918 MdH 7/158 293v; 14/159 6v, 28/159 204, 30/159 237; 68/161 141v, 72/161 173; 77/162 44v, 85/162 108; 116/163 193v; 141/164 217; 163/165 114v, 179/165 287v, 290; 188/166 15, 196/166 77v, 202/166 147, 203/166 157v, 207/166 187v, 208–219/166; 220/VI; 221–225/166; 226–236/167, 241–251/167, 253–269/167
- Speck, Karl Friedrich** (1862–1939), bayr. Jurist, 1888 bayr. Zollverw., 1898–14 MdR (Zentrum), 1911 ORegR, 1918–29 Vors. Bayr. Volkspartei, 1919–20 bayr. FinMinr., 1920–29 Präs. Landesfinanzamt München 101/163 34v
- Spee, Anton Gf. v.** (1866–1924), Jurist u. Historiker, Privatier, Mitgl., 1899–1913 Vors Rhein. Bauernverein., Vors. ländl. Abt. d. Schutzverbandes für Dt. Grundbesitz, 1902–18 MdA (Zentrum) 35/159 11v
- Spielhagen, Walter** (1857–1930), um 1902 Vors. Sen. Reichsversicherungsamt, 1905 GehORegR u. VortrR RAdI, 9.2.1916 Wirkl.GehORegR, auch Mitgl. BundesA f. Heimatwesen, nach 1918 a.D. 31/159
- Spitzemberg, Hugo Frh. v.** (1868–1930), RegAss. beim OPräs. Hannover, 1902/03–11 LandR Wernigerode, Kammerherr, KabR u. Schatullenverwalter Kaiserin u. Königin 117/163 205

Ssasonow

→ Sanonow, Sergej Dimitrijewitsch

Stadhagen, Arthur (1857–1917), Jurist u. sozialdemokrat. Politiker, 1883–92 Rechtsanw. Berlin, 1887 Mitgl. SPD, 1889–1917 Stadtverordneter Berlin, 1890–1917 MdR, 1892 Ausschluß aus Rechtsanwaltschaft durch Ehrengerichtshof Leipzig, 1893–1916 Redakteur „Vorwärts“, 21.12.1915 stimmt gegen die Kriegskredite im RT, April 1917 Teilnehmer Gründungsparteitag USPD,

5.–12.9.1917 Teilnehmer Stockholmer Konferenz *114/163* 147v

Standke, Verbindungsmann zu poln. separatist. Kreisen *263/167* 371

Stapff, Paul (geb 1868), Jurist, 1895 GerAss., 1898 Staatseisenbahnverwaltung, 1899 RegAss., 1903 RegR u. Mitgl. einer Eisenbahndirektion, 1912 GehRegR u. VortrR Minm.öA, 3.8.1916 GehORegR, 1919 Präs. Eisenbahndirektion Frankfurt/M. *69/161*

Stein, Hans Karl Frh. v. (1867–1942), Jurist, bayr. Verwaltungsdienst, 1903 Hilfsarb. RA dI, 1905 GehRegR u. VortrR RA dI, 1910 GehORegR, 1.2.1914 UStS Minm. f. Elsaß-Lothr., 19.11.1915 im RA dI, Mitte 1917 UStS RA dI (Bestellung Aug. 1917 nicht ausgehändigt, sondern z.d.A.), 22.8.1917 ständ. Vertreter StMinm. in Fragen der inneren Politik u. Verw. im Großen Hauptquartier, 20./26.11.1917–8.11.1918 StS RWiA u. Wirkl.GehR, 26.11.1917 Stellv. Vors. Reichsbankkuratorium, 1917/18 Vors. AR ZEG. 23.1./1.2.1918 RKom. f. Übergangswirtschaft, 1919 Verw. des Familienvermögens *99/163* 20; *154/165*, *167/165*; *209/166* 210v, *222/166*, *225/166* 374v–376v; *233–236/167*, *240/167*, *259/167* 341

Stein, Hermann (1913: v.) (1854–1927), Offizier, 1875 Ltn., 1890 Hptm., 1894 im GenStab 34. Div. (Metz), 1896 Maj. im GenStab, 1901 RgtKdr., 1902 Oltm., 1903 Abt.-Chef im GenStab, 1905 Oberst, 1908 Oberquartiermeister, 1910 GenMaj., 1912 GenLtn. u. Kdr. 41. Div., 2.8.–13.9.1914 GenQuartierm. im GenStab (Feldheer), 14.9.1914 kommand. Gen. XIV. Reservekorps, 29.10./4.11.1916–9.10.1918 KrMinr., 1.11.1916 Gen.d.Artillerie, 9.10.1918 Chef 1. Lothr. Feld-Artillerie-Rgt. Nr. 33 *181/165*, *183–185/165*, *187/165*; *188/166*, *190–193/166*, *195–196/166*, *198–199/166*, *201–202/166*; *205/VI*; *206/166*, *209–211/166*, *214–216/166*, *219/166*; *220/VI*; *221–223/166*, *225/166*; *226–236/167*, *238/167*, *240–241/167*, *245–246/167*, *248–249/167*, *251–254/167*, *256–259/167*, *262/167* 357v

Steinaecker, Fritz Frh. v. (1849–1918), Jurist, Rittergutsbes., 1904–18 MdA (DkP), 1907–12 MdR *72/161* 172v

Steinberg, Ernst (1888: Gf.) v. (1848–1911), Majoratsbes., 1870 Offizier, 1878 Attaché Paris, 1880 a.D., 1886 Kammerherr, Mitgl. hannov. ProvLT, 1886 Verw. der Güter, 1887–1911 MdH *54/161* 4

Steinbrinck, (geb. 1856/57), 1886 Hilfsarb. OBergA Bonn, 1892 BergR, 1893 OBergR, 1900 Stellv. BergHptm. Halle/S., Hilfsarb. HandMinm., 1901 VortrR u. GehBergR, 1904 GehOBergR, 1911 Dir. OBergA u. BergHptm. Clausthal *45/160* 122v

Steiniger, Karl Friedrich (geb. 1864), Jurist, 1888 Ref. KG, 1890 RegRef. Potsdam, 1893 RegAss., 1894 Kreisverw. Teltow, 1899 Reg. Magdeburg, 1900 beim OPräs. Breslau, 1905 a.D. u. Stadtkämmerer Berlin, 1912 Präs. Zweckverband Groß-Berlin *70/161* 154v; *109/163* 97–97v, 103

Steinkopff, (geb. 1874), 1896 Ref., 1902 GerAss., 1904 RegAss. Verw. der indirekten Steuern, 1906 Oberzollinspektor Myslowitz u. dann Mitgl. Oberzolldirektion Königsberg, 1909 RegR, 1911 Mitgl. Oberzolldirektion Köln, 15.7.1914 Hilfsreferent RSA, Aug. 1914–Mai 1915 Kriegsdienst, 1.5.1916 GehRegR RSA, um 1918 stellv. Vors. Reichsbranntweinstelle im Kriegsernährungsamt, Nov. 1919 Präs. Reichsmonopolverw. (-amt) f. Branntwein im RFinMinm., um 1931 Referent im RFinMinm. *231/167*

Steinmeister, Alexander (1901: v.) (1853–nach 1935), 1879 Ref., 1885 RegAss., 1887/88 LandR Osthavelland, 1901 ORegR u. Abt.-Dirigent PolPräsidium Berlin, 1903 GehRegR u. VortrR StMinm., 2.12.1916 GehORegR, 27.3./1.9.1917 a.D., 22.2.1918 Wirkl.GehORegR, nach 1918 a.D.

2–3/158, 11/158; 20/159, 24/159; 36–37/160, 46/160, 52/160; 62/161, 66/161, 69–72/161; 80/162, 93/162; 100/163, 103/163, 107/163, 109/163, 111/163, 119/163; 128/164, 138/164, 142/164; 155/165, 161/165, 165/165, 172/165, 174/165, 177/165, 182/165; 189/166, 200/166, 213/166, 224/166; 235/167, 237/167, 244–247/167, 252/167, 260/167, 266–267/167

Steinmeister, Otto (1917: v.) (1860–1937), 1883 Ref., 1890 RegAss. PolPräs. Berlin u. MdI, 1894/95–1900 LandR Höchst, 1900–03 PolDir. u. PolPräs. Kassel, 1903–05 PolPräs. Hannover, 1905–17 RegPräs. Köln, Wirkl.GehORegR, a.D., Ende Febr. 1918 Vertreter des VerwChefs beim GenGouv. Warschau u. Exz., nach 1918 a.D. 41/160 62b

Steinmetz, Karl Hermann (geb. 1866), 1887 Ref. Celle, 1893 GerAss. Amtsger. Iburg, Reg. Hannover, 1893 Justitiar Reg. Hannover, 1894 RegAss., 1896 beim OPräsidium Hannover, 1901 2. SchatzR Prov. Hannover, 1902 Hilfsarb. KuMinm. sowie GehRegR u. VortrR, 1905 GehORegR KuMinm., 1912 Präs. Landeskonsistorium Hannover, 1916 Wirkl.GehOKonsR, nach 1918 a.D. 58/161 56

Steinmeyer, Otto Wilhelm (geb. 1844), Rittergutsbes., 1880–84 Chefredakteur Braunschweigische Landeszeitung, 1893 GenSekr. Zentralverein Westpreuß. Landwirte, 1896 GenSekr. Landwirtschaftskammer Westpreußen, Mitgl. Dt. Landwirtschaftsrat 26/159 176

Stengel, Hermann K. Leopold Frh. v. (1872–1954), Jurist u. Diplomat, 1899 Eintritt ins AA, Vizekonsul Yokohama u. Shanghai, LegR u. ständ. Hilfsarb. AA, 1911–21 Konsul Madrid, Gesandter 220/VI

Stengel, Rudolf (1827–1914), Kaufmann, 1852–66 in Rio de Janeiro, preuß. Honorarkonsul, dann Staßfurt, Grund- und Bergwerksbes. sowie Zuckerfabrikant, 1867–1913 MdA (RFKP, 1880–85 2. Vizepräs.) 72/161 172v

Stephan, Erzherzog v. Österreich

→ Karl Stephan, Erzherzog v. Österreich

Stieger, Eduard (1843–1930), 1871 GerAss., 1872 Hilfsarb. Eisenbahndirektion Elberfeld, RegR, 1894 Hilfsarb. Minm.öA, 1895 VortrR, 1897 Präs. Eisenbahndirektion Köln, 1903 Wirkl. GehORegR u. MinDir. sowie auch stellv. Vors. Landeseisenbahnrat, 1910– 1.11.1918

(Entlassungsgesuch u. a.D.) UStS Minm.öA, stellv. Bevollm.z.BundesR, 1911 Wirkl.GehR, 21.10.1918 MdH 23/159 159, 26/159 170–170v; 44/160 91–102, 47/160; 66/161; 107/163; 138/164; 165/165, 182/165; 189/166, 200/166, 224/166; 237/167, 247/167, 259/167 340–341v

Stinnes, Hugo (1870–1924), Kaufmann u. Großindustrieller, 1890 Eintritt in die Familienfirma, 1893 Gründung H. Stinnes GmbH, im Weltkrieg Mitgl. des Industriellen Beirats des KrMinm. sowie Leiter des Kriegsausschusses f. d. westdt. Binneschiffahrt, 1920 Vereinigung Stinnes-Konzern mit Gelsenkirchener Bergwerks-AG zur Rheinelbe-Schuckert-Union GmbH und danach mit Siemens zur Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union GmbH, um 1915 Mitgl. AR der ZEG 43/160 82; 126/164 49v, 127/164 73v; 156/165 52, 161/165 nach Bl. 102: Bl. 7, 187/165 388; 203/166 161

Stöckel, (geb. 1864/65), JusR, Rechtsanw., Stadtverordnetenvorsteher Dresden, 1912 Ordenssache 66/161 106v

Stockhausen, August v. (1791–1861), Offizier, 1845 GenMaj., 1850–51 KrMinr. 105/163 58–58v, 60

Stockhausen, Hans Ekebrecht v. (1854–1923), Landwirt, Fideikommiß- sowie Rittergutsbes. auf Abgunst (Hessen–Nassau), Maj. a.D., 1898 Mitgl. Gesamtausschuß Dt. Landwirtschaftsges. u. 1902 deren Vizepräs. f. Hessen u. d. Thüring. Staaten, 1908–13, 1918 MdA (DkP) 32/159 261v

Stockhorner von Starein, Friedrich Frh. (1845–1922), OSchloßHptm., bad. Kammerherr, preuß. Maj. a.D., Rechtsritter Johanniter-Orden 2/158 204–204v

Stockmann, Hermann August Wilhelm (geb. 1848), Jurist, 1878 Kreis- u. Amtsrichter, 1882 KonsR, 1890 Mitgl. Landeskonsistorium Hannover, 1892 OKonsR, 1895 ORegR u. Dir. ev. Konsistorium Wiesbaden, 1897 KonsPräs., 1899 Münster, 1903–05 Vizepräs. Kolonialgesellschaft, 1905–13 (a.D.) RegPräs. Gumbinnen, 1898–1905 MdR u. MdA (RFKP) 72/161 174v; 83/162 96

Stoecker, Walter (1891–1939), Kaufmann, 1908 Mitgl. sozialdemokrat. Jugendbewegung Köln, 1909 Mitgl. SPD u. Zentralverband Handlungsgehilfen, 1911–13 Redakteur, 1913–14 Studium Geschichte u. Volkswirtschaft, März 1915 Kriegsdienst, April 1917 USPD, Nov. 1918 Mitgl. A.u.S.-Rat Köln, Dez. 1918 Redakteur Elberfeld, April–Juni 1919 Stadtverordneter Elberfeld, 1919–21 MdA/MdLT, 1920–32 MdR (USPD, VKPD, KPD jeweils in den Leitungen, 1924–29 Vors. Fraktion, 1929–31 Sekretär) 98/163 13v–17v

Stolberg-Wernigerode, Eberhard Gf. zu (1810–1872), Offizier, Fideikommissbes., 1851–58 LandR Landeshut/Schles., 1864 Militärinspektor freiwillige Krankenpflege, Wirkl.GehR, 1866 GenMaj à l.s., 1869 Oberjägermeister, 1869–72 OPräs. Schlesien, zugl. RegPräs. Breslau, Kanzler Johanniter-Orden, 1847 Mitgl. vereinigter LT, 1849–54 Mitgl. 2. Kammer, 1854–72 MdH (1862–72 Präs.), 1867–70 MdR 240/167 168

Stolberg-Wernigerode, Konstantin Gf. zu (1843–1905), Offizier, Rittergutsbes., 1865–71 Ltn. Garde du Corps, 1881–89 LandR Bunzlau, 1889–92 PolPräs. Stettin, 1892–94 RegPräs. Aurich, 1894–97 Merseburg, 1898–1902 OPräs. Hannover 197/166 94v

Stolberg-Wernigerode, Udo Gf. zu (1840–1910), Offizier, Fideikommissbes. u. Majoratsherr, 1871 Rittm. a.D., 1881–85 LandR Landeshut, 1891–95 OPräs. (i.e.R.) Ostpreußen, 1872 MdH, 1877–81, 1884–93, 1895–1910 MdR (DkP, 1901 Vizepräs. u. 1907–10 Präs. RT) 5/158 235

Stoltzenberg, Frh. v., Offizier, um 1916 Oberst, um April 1918 Bevollm. der OHL bei Heeresgruppe Eichhorn (Kiew) 180/165 298

Stolypin, Pjotr Arkadjewitsch (1862–1911), russ. Politiker, 1906 Minr.dI, dann auch MinPräs., Einleitung von Agrarreformen, 5.(18).9.1911 (†) Attentat 176/165 228v; 220/VI 213v

Stölzel, Otto (geb. 1869), 1890 GerRef., 1894 GerAss. Charlottenburg (b. Bln.), 1897 Hilfsarb. JMinm., 1899 Landrichter Neuruppin, 1900 Hilfsarb. JMinm., 1906 auch Landrichter LG Berlin II, 1907 OLG Celle, Juni 1911 Hilfsrichter OVG, 1.5.1914 Hilfsarb. MdI, 6.7.1914 GehRegR u. VortR MdI, 8.7.1918 GehORegR, Nov. 1918 stellv. Mitgl. Beamten- u. Angestelltenrat MdI, 1921 Dirigent MdI, 1926–27 RegPräs. Kassel, 1927 HonProf. Kassel 182/165

Stolzenberg, v.

→ vermutl.: Stoltzenberg, Frh. v.

Stosch, Albrecht v. (1818–1896), 1835 Offizier, 1866 Oberquartiermeister 2. Armee (Kronprinz), 1870–71 GenIntendant Feldheer u. dann Stabschef Besatzungsarmee Frankreich, GenLtn., 1.1.1872–20.3.1883 Chef der Admiralität, 1872 auch StMinr., Gen.d.Inf. 227/167 24v

Strachwitz (Bertelsdorf), Alfred Gf. v. (1854–1926), Rittergutsbes., Jurist, Landschafts-Dir. Fstm. Schweidnitz-Jauer, 1875–78 (a.D.) Ltn., 1885–87 MdR (Zentrum), 1886–1918 MdA 156/165 42

Strachwitz (Groß-Reichenau), Arthur Gf. v.

→ Strachwitz von Groß-Zauche und Camminetz, Arthur Gf.

Strachwitz von Groß-Zauche und Camminetz, Arthur Gf. (1846–1919), Rittergutsbes., 1914 für das HH vorgeschlagen, Ehrenritter Malteserorden, Stiftsprobst d. Gräfl. u. Campaninischen Fräuleinstifts Barschau b. Lüben, Rittm. a.D. 97/163 7v, 9

Strachwitz, Friedrich Gf. v. (1858–1923), Majorats- u. Fideikommissbes., GerRef. a.D., Landesältester, 1910–18 MdH 83/162 97

Strantz, Hermann v. (1853–1936), Offizier, 1871 Ltn., 1891 Maj. im GenStab, 1899 Kdr. Landwehrbezirk III Berlin, 1903 GenMaj. u. Kdr. 2. Garde-Inf.-Brigade, 1906 GenLtn. u. Kdr. 25. (hess.) Div., 1911 Gen.d.Inf. u. Kdr. V. AK, Aug. 1914 Kdr. V. AK in der 5. Armee, Sept. 1914 Kdr. Armeegruppe, dann -Abt. in Flandern, Juli 1917 a.D. 132/Fundort S. 21

Stranz, v.

→ Strantz,

Strauch, Philipp (1852–1934), Germanist, 1893–1921 Prof. dt. Sprache u. Lit. Halle/S., Rektor, GehRegR 66/161 106

Stresemann, Gustav (1878–1929), Nationalökonom u. Industrieller, 1901 Syndikus Dresden-Bautzener Bezirksverein BdI, 1902 Bund sächs. Industrieller, 1903 stellv. Vors. u. 1912 Geschäftsführer BdI, 1914–23 geschäftsführendes Präsidialmitgl. Dt.-Amerik. Wirtschaftsverband, Mitgl. Alldt. Verband, 1907–12, 1914–29 MdR/MdNatVers. (NLP, 1917 Vors. Fraktion, DVP), 1918 Gründungsmitgl. DVP, 13.8.–23.11.1923 (Rücktritt) Rklr., 1923–29 RAMinr. 143/164 227; 173/165 193v, 179/165 289; 198/166 115; 231/167 53v, 244/167 198, 200, 202v

Ströbel, Heinrich (1869–1944), sozialdemokrat. Politiker u. Publizist, 1892–1916 Redakteur, 1899 Mitgl. SPD, 1908–18 MdA, Jan. 1917 Ausschluß aus der SPD-Fraktion, April 1917 Mitgl. USPD, 12.11.1918–3.1.1919 Vors. preuß. Reg. (in Gemeinschaft mit P. Hirsch), 1924–32 MdR 148/164 320v

Strosser, August (1848–1915), 1869–93 Offizier, Maj. a.D., 1902–05 GenSekr. Hauptverein Dt.-Konservative – ausgeschieden wegen Zustimmung zur Kanalvorlage, 1904–13 MdA (DkP) 71/161 158–164, 72/161 174v–177v

Stubbendorff, Hans (geb. 1851), Landwirt, 1876 Rittergutspächter, 1898–1918 MdR, 1901 MdA (RFKP) 33/159 281v

Student, Benno (1845–1912), Landwirt, 1871 Rittergutsbes., 1904–12 MdA (RFKP) 33/159 281v

Studt, Konrad (1906: v.) (1838–1921), Jurist, 1867/68 LandR Obornik, 1875 Hilfsarb. MdI, 1880 GehRegR u. VortrR, 1882 RegPräs. Königsberg, 1885 MdStR, 1887 UStS Minm. f. Elsaß-Lothr., 1889 OPräs. Westfalen, 1893 Wirkl.GehR, 1899–1907 KuMinr., 1907–18 MdH 76/162 26v

Stürgkh, Karl Gf. (1859–1916), österr. Politiker, Nov. 1911–21.10.1916 (†) (erschossen) MinPräs. 134/Fundort S. 3

Stürmer, Boris Wladimirowitsch (nennt sich seit 1916 **Panin**) (1848–1917), russ. Politiker, 2.2.–23.11.1916 russ. MinPräs., 19.3.–23.7.1916 auch Minr.dI, 23.7.–2.11.1916 auch AMinr., Frühjahr 1917 Gefangennahme durch Kerenski, 3.9.1917 (†) 175/165 211v, 213

Stutz, Ernst (1868–1940), 1893 BergRef., 1897 BergAss. Dortmund, 1901 beim Verein für die bergbaul. Interessen im ObergABez. Dortmund, 1903 Berginspektor Sulzbach, 1905–11 Bergwerks-Dir. Zabrze, 1910 BergR, 1911 Dir. Berginspektion Gerhard, 1915 Vorstand Kriegskohlen-AG, 1917 ObergR, Juli 1917 GehBergR, 1917 RKom. für die Kohlenverteilung, 1919 auch Vors. Vorstand Reichskohlenverband, 1934–36 (i.R.) Reichsbeauftragter f. d.

Überwachungsstelle für Kohle u. Salz 209/166 207, 209–210v

Südekum, Albert (1871–1944), sozialdemokrat. Politiker u. Publizist, 1895 Redakteur, 1900–18 MdR, um 1915 auch Mitgl. VerwR der ZEG, 12.11.1918–29.3.1920 FinMinr. (bis 3.1.1919 in Gemeinschaft mit H. Simon), 1921 StKom. MdI zur Bearbeitung der Groß-Hamburg-Frage, Mitgl. zahlreicher AR 14/159 6v; 113/163 126; 163/165 114v, 128v

Sudermann, Hermann (1857–1928), Apotheker, dann Schriftsteller, 1912 Ordenssache 66/161 106v

Sy, (geb. 1847), 1876 GerAss., 1878 RegAss. Verw. d. Zölle u. indirekten Steuern, 1880 Oberzollinspektor Liebau (Schlesien), 1882 Mitgl. Prov.-Steuerdirektion Breslau, 1884 RegR, 1888 GehFinR u. VortrR FinMinr., 1892 GehOFinR, 1886 ProvSteuerDir. Breslau, 1905 Wirkl.GehOFinR, 1908 Präs. Oberzollidirektion Breslau, a.D., 1913 Wirkl.GehR 8/158 298

Sydow, Konrad v. (1853–1929), GerAss., RegAss., 1887–92 LandR Beuthen, 1892 Rittergutsbes., 1902 Kammerherr, 1905–18 MdH 21/159 146, 33/159 281v

Sydow, Reinhold v. (1851–1943), Jurist, 1870 GerRef. KG, 1875 GerAss., 1875–76 Protokollführer Justizkommission RT, 1876 Kreisrichter Halle/S., 1879 Landrichter, auch Syndikus Oberpostdirektion, 1882 LG Berlin I, 1883 OPostR u. ständ. Hilfsarb. RPA, 1884 VotrR, 1885 GehPostR, 1889 GehOPostR, 1897 Dir. RPA, 1901 UStS, 1905 Wirkl.GehR, 20.2.1908–14.7.1909 StS RSA u. StMinr. o. Geschäftsber. sowie Bevollm.z.BundesR, 14.7.1909–5.10.1918 HandMinr., Vors. Dt.-österr. Alpenverein u. Bergsteiger 1/158 200, 2/158 200, 4–13/158; 14–23/159, 25–33/159; 34–35/160, 37–45/160, 47–53/160; 54–72/161; 74–79/162, 81–96/162; 97–124/163; 125–129/164; 130–131/Fundort; 132–134/164, 136–137/164, 139–141/164, 144–152/164; 153–170/165, 173/165, 175–181/165, 183–187/165; 188–193/166, 195–196/166, 198/166, 200–203/166; 205/VI; 206–219/166; 220/VI; 221–225/166; 226–236/167, 238/167, 240–246/167, 248–252/167, 255–259/167

Szögyenyi-Marich von Magyar-Szögyén, Ladislaus Gf. (1841–1916), 24.10.1892–4.8.1914 österr.-ungar. Botschafter in Berlin 18/159 71

Talaat (Talât) Pascha, Mehmed (1872–1918), türk. Politiker, Jan. 1913–Febr. 1917 türk. Minr.dI, Febr. 1917–13.10.1918 (Attentat) Großwesir (türk. MinPräs.) 223/166 361v

Tezernenow

→ Tezernenow

Tepper-Laski, Kurt v. (1850 ?–1931), Offizier, 1879 Rittm. a.D., Rennreiter, Freidenker u. Anhänger der Kirchengaustrittsbewegung, 1900 Mitbegr. Giodano-Bruno-Bund, 1906 Mitgl. Dt. Monistenbund, Herbst 1914–18 Mitbegr. u. Vors. „Bund Neues Vaterland“ 140/Fundort S. 6

Teremenow

→ Tezernenow

Tezernenow, russ. Gen. (Kaukasier), Okt. 1917 auf Oesel gefangengenommen 220/VI 228v

Theofel, Gendarmerie-Oberwachtmeister Château-Salins, 1911 Ordenssache 53/160 196

Thielmann, Presse u. Zeitschriftenveröffentl. zum staatl. Vorkaufsrecht 94/162 182v

Thiesing, Adolf (geb. 1869), Jurist, 1895 Ref., 1900 GerAss., 1905 Amtsrichter Burgdorf, 1907 Hilfsrichter OLG Celle, 1909 Hilfsarb. JMinm., 1912 Amtsrichter Charlottenburg, 1912 GehJusR u. VotrR JMinm., 1916 GehOJusR, 1923 MinDirigent, 1925 MinDir. 46/160 125; 111/163

Thomsen, August (1913: v.) (1846–1920), Marineoffizier, 1862 Eintritt in die Marine, 1869 Ltn. z.S., 1875–78 Mitgl. Artillerie-Prüfungskomm., 1885 Kapitän z.S., 1889–90 Chef Militär-Abt. RMarineA, 1890 Konteradmiral u. Inspekteur Marine-Artillerie, 1891–92 zugl. Chef Marinestation Nordsee, 1895 Vizeadmiral u. Chef Marinestation Ostsee, 1896–99 Chef 1. Geschwader, 1899–1903 Chef Marinestation Nordsee, 1900 Admiral, 1903 z.D. 173/165 192v

Thon, Berthold (1847–nach 1935), OPräsR Prov. Posen, GehOPräsR u. ORegR Posen, 1914–18 Vertretung LandR Landsberg/W., GehORegR 51/160 188v, 53/160 195v

Thünefeld, Clemens Frh. v. (1855–1913), Gutsbes., Rechts- u. Staatswissenschaftler, 1894 Übernahme des väterl. Fideikommisses, 1880 Ass., 1881–85 am bayr. BezA Pfarrkirchen, 1896 bayr. Kammerherr, 1898–1913 MdR (Zentrum) 66/161 104v

Thür, (geb. 1855/56), 1868/69 Eintritt in den Staatsdienst, GehBauR MinmöA, um 1899 GehOBauR Minm.öA u. auch VotrR HausMinm. in Bausachen, 1904 Wirkl.GehOBauR, nach 1918 a.D., um 1922 Mitgl. Bauakademie 27/159 179v

Thurn und Taxis, Albert Fürst v. (1867–1952), Fürst zu Buchau u. Krotoschin, Standesherr, 1885 unter Vormundschaft, 1888 volljährig, Erbgeneralpostmeister, Kronoberstpostmeister Bayerns, MdH des österr. ReichsR 45/160 116, 119

Thyssen, August (1842–1926), Ingenieur u. Großindustrieller, seit 1867 Gründung u. Leitung v.a. montanindustrieller Betriebe, die zum Thyssen-Konzern zusammengeschlossen wurden, im Weltkrieg Mitgl. des Industriellen Beirats des KrMinm., 1926 Gründung Vereinigte Stahlwerke AG 43/160 82

Tiedemann (Seeheim), Heinrich v. (1843–1922), Offizier u. Rittergutsbes., Maj. a.D., 1894 Gründungsmitgl. Ostmarkenverein, VerwR Preuß. Zentral-Bodenkredit-Bank AG 51/160 188

Tiesler, Franz, (gest. 1945), Hilfsarb. FinMinm., 1911 GehFinR u. VortrR FinMinm., GehOFinR, 1915 Hptm. u. Ordonanzoffizier Stab XXII. Reserve Korps, Dez. 1915 Zivilverw. Kowno, Leiter FinAbt. OberOst, Sept. 1918 Chef Zivilverw. der Militärverw. Litauen 58/161 56

Tietmeyer, Julius (geb. 1842/43), 1894 BauR, Landesbauinspektor Prov. Sachsen, GehBauR, Dir. Landesbauamt Magdeburg, 1911 a.D. 66/161 106v

Tigges, Eduard (1874–1945), Jurist, 1900 GerAss. Amtsger. Düsseldorf, 1905 Landrichter Düsseldorf, 1911 GehJusR u. VortrR JMinm., Mai 1915 GehOJusR, 1921 Präs. OLG Düsseldorf, 1922–33 (i.R.) Präs. KG 127/164; 263/167

Tilmann, Albert (1867–1923), 1893 GerAss., 1897 Hilfsarb. KuMinm., RegAss., 1902 RegR, 1903 GehRegR u. VortrR KuMinm., 1906 GehORegR, 1917–22 Wirkl.GehORegR u. RegPräs. Osnabrück, 1922–23 (a.D.) MinDir. FinMinm. 138/164

Tirpitz, Alfred (1900: v.) (1849–1930), 1865 Seekadett, 1869 UnterLtn. z.S., 1872 Ltn. z.S., 1875 KapitänLtn., 1879–86 zur Admiralität kommandiert, verschiedene Bord-Kdos., 1881 Korvettenkapitän, 1886–89 Inspekteur Torpedowesen, 1888 Kapitän z.S., 1890–92 Chef Stab Ostseestation, 1892–95 Chef Stab OKdo. Marine, 1895 Kontreadmiral, 1896 Chef KreuzerDiv. in Ostasien, 31.3./15.6.1897–15./18.3.1916 StS RMarineA, 28.3.1898–15.3.1916 StMinr. o. Geschäftsber., 1899 Vizeadmiral, 1903 Admiral, 1911 Großadmiral, 1908–18 MdH, 2.9.1917 Gründung (mit W. Kapp) DVLP, 1924–28 MdR (DNVP) 12–13/158; 14–19/159, 21–23/159, 25–28/159, 30–33/159; 34–35/160, 38–45/160, 48–51/160, 53/160; 54–57/161, 59–61/161, 63–68/161, 70–72/161; 74–79/162, 81–86/162, 88–89/162, 91–96/162; 97–102/163, 104–106/163, 108–110/163, 112–115/163; 130–131/Fundort; 134/164, 144–146/164, 148–150/164; 156–157/165, 161/165 nach Bl. 102: Bl. 1v–8, 173/165 192, 176/165 242–242v; 190/166 27v

Tischendorf, Johannes v. (1850–1923) Jurist, 1875 Eintritt in den sächs. Justizdienst, 1880 sächs. GerAss. u. komm. Hilfsarb. RJA (1881 sächs. LGR), 1888 RegR u. ständ. Hilfsarb. RJA, 1890 GehRegR u. VortrR, 1897 GehORegR, 1907 Wirkl.GehORegR, 1912 Senatspräs. RG, 27.9.1917 Wirkl.GehR, 1921 a.D. 53/160 195–195v

Tisza, István (Stephan) (1897: **Gf. v. Borosjenö und Szeged**) (1861–1918), ungar. Politiker, Juni 1913–Mai 1917 ungar. MinPräs. u. Minr.dI, auch 1914–16 Minr. f. Kroatien, Rücktritt u. Dienst als Honvédhusarenoberst an ital. Front, 31.10.1918 (†) 130/Fundort S. 17; 156/165 49v; 203/166 161

Todorow, Georgi Stojanow, bulg. Offizier, Gen., Okt. 1915–Nov. 1918 Oberbefehlshaber 2. Armee, Febr.–Juni 1918 3. Armee/Heeresgruppe Mackensen, ca. 15.9.1918 Oberstkommendierender der bulg. Armee (?) 255/167 319

Tortilowicz v. Batocki-Friebe, Adolf v.

→ Batocki-Friebe, Adolf v.

Tourneau, Wilhelm (geb. 1856), Jurist, 1886 GerAss., 1894 Amtsrichter Magdeburg, 1899 Landrichter, 1901 LGR, 6.7.1917 GehJusR, 1904–18 MdA (Zentrum) 8/158 300

Trachenberg, Herzog zu

→ Hatzfeld, Hermann Fürst von, Herzog zu Trachenberg

Trampczynski, Adalbert (Wojciech) v. (1860–1953), Jurist, 1901–11 Stadtverordneter Posen, Rechtsanw. u. Notar, JusR, 1911–18 MdA (Polen), 1912–18 MdR, 1914–18 Mitgl. poln. Geh. überparteil. Bürgerkomitee, Jan. 1919 OPräs. Posen (vom Obersten Poln. Volksrat ernannt), 1919–22 Sejm-Marschall, 1922–27 Senatsmarschall 117/163 202–202v; 129/164 88v

Treitschke, Heinrich v. (1834–1896), Historiker, 1863 Prof. Freiburg, 1874 Berlin, 1866–89 Redakteur „Preußische Jahrbücher“, 1895 Leitung der „Historischen Zeitschrift“ u. Mitgl. AdW Berlin, 1871–84 MdR 205/VI 190

Trenck, Theodor von der (1852–1934), 1873 GerRef., 1878 GerAss, 1878 Kreisrichter Lyck, 1879 Amtsrichter Bialla, StAnw. beim LG Königsberg, 1882 beim OStAnw., 1893 OLGR u. Universitätsrichter, 1900 Präs. LG Insterburg i.Pr., 1906 Senatspräs. OLG Königsberg, 1908 GehOJusR, 1912 Präs. OLG Königsberg, nach 1918 a.D., um 1922 Mitgl. Ev. Oberkirchenrat 117/163 211v

Treskow, Hans v. (1863–1934), 1888/89 Eintritt in Staatsdienst, Kriminalinspektor Berlin, Maj. a.D. 66/161 107

Trimborn, Karl (1854–1921), Jurist, 1877 GerRef., 1882 GerAss. u. Rechtsanw. LG Köln, 1894–1914 Stadtverordneter Köln, GehJusR, 1914–18 GenReferent Unterrichtswesen in der Zivilverw. des GenGouvernements Belgien, Okt. 1914 auch 1. Vors. Volksverein f. d. kath. Dtl., 7.10. (auftragsweise)/31.10.–9.11.1918 StS RADl, 1896–21 MdR u. MdA/MdLT (Zentrum, 1919 Fraktionsvors.) 33/159 281v; 255/167 321, 260/167 347, 263/167

Trosien, (geb. 1838/39), 1859/60 Diensteintritt, Dir. ProvSchulKollegium Magdeburg, GehRegR, 1900 u. 1912 Ordenssachen, Ober- u. GehRegR 66/161 106v

Trott zu Solz, August v. (1855–1938), Jurist, 1879 Ref., 1886/87 LandR Hoechst, 1887–92 Mitgl. KommunalLT RegBez. Wiesbaden u. des Prov.LT Hessen-Nassau; Hilfsarb. MdI, 1892 LandR Marburg, 1894 GehRegR u. VotrR MdI, 1898 RegPräs. Koblenz, 1899 Kassel, 1905 OPräs. Brandenburg, 14.7.1909–6.8.1917 KuMinr., 1917–19 OPräs. Hessen-Nassau, 1892–94 MdA (DkP) 1/158 200, 2/158 200, 3/158 200, 4–13/158; 14–33/159; 34–35/160, 37–53/160; 54–57/161, 59–72/161; 73–96/162; 97–124/163; 125–129/164; 130–131/Fundort; 132–141/164, 144–152/164; 153–157/165, 161–173/165, 175–187/165; 188–193/166, 198–199/166, 201–203/166; 205/VI; 206/166, 208/166 197–198; 239/167 148, 263/167 370v

Trotzki, Lew Dawidowitsch (eigentl. **Bronstein, Leib**) (1879–1940), russ. Revolutionär u. Politiker, Nov. 1917–März 1918 Volkskom. f. Auswärtige Angelegenheiten u. Leiter der Delegation in Brest-Litowsk, März 1918–Jan. 1925 Volkskom. f. Heer u. Marine u. Vors. Revolutionärer Kriegsrat 223/166 361v; 226/167 2v, 228/167 30v, 231/167 53v, 233/167 76, 234/167 94

Tschammer und Quaritz, Georg Frh. v. (1869–1954), 1892 Ref., 1897 RegAss. beim LandR Tarnowitz, 1899/1900 LandR Lüben, 1901 Ehrenritter Johanniter-Orden, 1906 Hilfsarb. FinMinm., 1907 GehFinR u. VotrR, auch Mitgl. Komm. der Versuchs- u. Prüfungsanstalt f. Wasserversorgung u. Abwässerbeseitigung, 1910 GehOFinR, 1912 RegPräs. Breslau, 27.5.1916 Wirkl.GehR, 1.6.1916–Okt. 1918 StS Minm. f. Elsaß-Lothr., Bevollm.z.BundesR 49/160 162–163; 154/165 27, 169/165 172

Twickel, Clemens Frh. v. (1861–1916), Landwirt, Ritterguts- u. Fideikommißbes., Rittm. a.D., Präs. Westfäl. Bauernverein, Mitgl. Gesamtausschuß DLG, Vors. Vorstand Westfäl. Zentralgenossenschaft, Mitgl. Vorstand Verein f. kath. Arbeiterkolonien in Westfalen, 1908–16 MdA (Zentrum), 1913–16 MdH 81/162 73v, 74v

Ukert, Hans August (1857–1930), 1880 GerRef., 1884 GerAss. KG, 1885 RegAss. u. Justitiar Reg. Aurich, 1887/88 LandR Schwerin a.W., 1890 Posen-West, 1895/96 OB (vertretungsw.) Hildesheim, 1896 LandR Hildesheim, 1902 ORegR u. Abt.-Dirigent (stellv. RegPräs.) Liegnitz, Juli 1909–1.12.1915 RegPräs. Schleswig, Dez. 1915–1.4. (i.e.R.)/30.6.1919 RegPräs. Liegnitz, Kom. f. das Kreditinstitut der Preuß. Ober- u. Niederlausitz 148/164 324–325

Ule, Friedrich Gotthold (1849–1925), Jurist, 1878 GerAss., 1879 Rechtsanw. LG Berlin I, 1898 Mitgl. Justizprüfungskomm., 1899 KGR, 1903 Hilfsarb. JMinm., 1904 GehJusR u. VotrR JMinm., 1907 GehOJusR, 1909 Vizepräs. Justizprüfungskomm., 1911 Präs., 1913–18 MdH 81/162 73–73v

Urach, Herzog v.

→ Wilhelm, Herzog v. Urach

Uthemann, Anton (1862–1935), Montanindustrieller, 1885 BergRef., 1889 BergAss. Clausthal, 1893 Berginspektor Reden, 1899 Bergwerks-Dir. u. Dir. Berginspektion Bleicherode, 1901 BergR, 1903 Hilfsarb. HandMinm., 1904 GehBergR u. VortrR, 1905–13 GenDir. Bergwerksgesellschaft Georg v. Giesches' Erben, 1914 Mitgl. Direktion Schantung-Eisenbahn-Ges. (Berlin) 211/166 233v, 237v

Valentiner, Justus Theodor (1869–1952), Jurist, 1893 GerRef., 1896 RegRef. Wiesbaden, 1899 RegAss., beim LandR Hanau u. Wiesbaden, 1903 bei Reg. Düsseldorf, 1906 LandR Schlüchtern, Aug. 1914 Kriegsdienst, Sept. Rücktritt in den Zivildienst, Jan. 1916 kommissar. Verw. Landratsamt Burgdorf, 15.10.1917 Hilfsarb. StMinm., Jan. 1918 GehRegR u. VortrR, 1919 MinR, 1920 MinDir., 1921–32, 1933–37 Kurator Univ. Göttingen 221/166, 224/166; 227/167, 229–230/167, 237/167, 239–240/167, 246–248/167, 250–251/167, 254–255/167, 261/167, 263/167, 266–267/167

Valentini, Rudolf v. (1855–1925), 1879 GerRef., 1882 RegRef., 1885 RegAss. Reg. Königsberg, 1887/88 beim OPräs. Königsberg, 1888 LandR Hameln, 1899 VortrR u. GehRegR Zivilkab., 1902 GehORegR, 1906 RegPräs. Frankfurt/O., 11.8.1908–16.1.1918 Chef d. Geh. Zivilkab., GehKabR, 1908 Wirkl.GehR 6/158 257, 8/158 300v; 15/159 16–16v, 18/159 107v; 36/160 25; 104/163 65, 110/163 108v, 115/163 167; 139/164 171v, 141/164 211v; 171/165 184v; 205/VI; 216/166 288v; 220/VI; 228/167 28v–29

Velsen, Friedrich v. (geb. 1871), RegR, 1911 GehFinR u. VortrR FinMinm., nach 1913 GehOFinR, vor 1918 a.D. 128/164, 142/164

Velsen, Gustav v. (1847–1923), 1870 Bergeleve, 1872 BergRef., 1873 BergAss. Dortmund, 1880 Bergwerks-Dir. u. Dir. Berginspektion Zabrze, 1882 BergR, 1890 OBergR, 1891 Vors. Bergwerksdirektion Saarbrücken, 1892 GehBergR, 1896 BergHptm u. Dir. OBergA Halle/S., 1.11.1900–1.10.1917 (i.R.) OBergHptm. u. MinDir. HandMinm., 1910 Wirkl.GehR, Mitgl. AR Bergwerksges. Hibernia 7/158 285–290v; 55/161 20v–23v, 58/161 56; 73/162 1, 90/162; 184/165 366, 187/165; 207/166 190v, 210/166 213

Veltheim, Franz Adolf v., Fürst und Herr zu Putbus

→ Putbus (Veltheim), Franz Adolf Fürst u. Herr zu

Veltman, Philipp (1859–1916), Jurist, 1883 GerRef., 1888 Ass. u. Beigeordneter Essen, 1891 Aachen, 1897 OB Aachen, 1896–1916 MdH 33/159 281

Venizelos, Eleuterios (1864–1936), (eigentl. **Venizelos Krevvatâs, Eleuterios**), griechischer Politiker, 19.10.1910–6.3.1915 griech. MinPräs., Gegner der strengen Neutralitätspolitik des Königs, 18.10.1916–14.11.1920 MinPräs. der revolut. Reg. in Thessaloniki, 27.6.1917 Bildung der neuen Reg. u. MinPräs., Anschluß an die Entente, Abbruch der diplomat. Beziehungen zu den Mittelmächten 144/164 237

Victoria Luise, Herzogin zu Braunschweig (1892–1980), Tochter Kaiser Wilhelm II., 1913 Heirat mit Ernst August, Hzg. zu Braunschweig, Mutter von Königin Friederike v. Griechenland 91/162 129–137

Viereck, Karl (1853–1916), Jurist, 1880 GerAss. u. Amtsrichter Bublitz, 1888 Landrichter Lissa, 1894 LGR, 1894 AGerR Hohensalza, 1897 Dir. LG Schneidemühl, 1906 Präs. LG Ostrowo, dann Berlin, 1913 GehOJusR, 1908–16 MdA (RFKP) 53/160 194v; 108/163 90, 92v

Vierhaus, Felix (1850–1917), Jurist, 1875 GerAss., 1876 Kreisrichter Kassel, 1879 Landrichter Hannover, 1883 Berlin I, 1885 RegR u. ständ. Hilfsarb. RJA, 1887 OLGR Kassel, 1891 GehJusR u. VortrR JMinm., 1894 GehOJusR, 1901–05 HonProf. Berlin, 1904 Präs. OLG Kiel, 1905 Breslau u. Wirkl.GehOJusR, 1913 Wirkl.GehR 28/159 211–211v

- Vietinghoff gen. Scheel, Hermann Frh. v.** (1851–1933), Offizier, 1870 Ltn., 1883 Hptm. GenStab Garde du Corps, 1884 Rittm. à l.s. Kürassier-Rgt. u. persönl. Adjutant Kronprinz, 1888 Flügeladjutant Kaiser, 1888 Maj. GenStab 5. Div., 1896 Oberst, 1899 GenMaj., 1903 GenLtn. u. Kdr. 3. Div., 1907 Kdr. IX. AK, 1910 z.D., 2.8.1914–24.(?)10.1918 stellv. Kommand. Gen. II. AK (Stettin), Gen.d.Kav. 144/164 247
- Viktor Emanuel III., König v. Italien** (1869–1947), Offizier, 1900–46 (Abdankung) König, 1936–41 auch Kaiser v. Äthiopien u. 1939–43 König v. Albanien 198/166 103v
- Vitzthum von Eckstädt, Christoph Gf.** (1863–1944), Jurist, 1890 sächs. LegSchr., 1891–94 Gesandtschaft Berlin, 1897 RegAss., 1900 RegR Chemnitz, 1901 Amtshptm. Annaberg, 1906 ao. Gesandter u. bevollm. Minr. Berlin, 1908–09 Mitgl. Reichsbankkuratorium, 1.7.1909–26.10.1918 sächs. AMinr. u. Minr.dI 132/164 107, 146/164 275v; 264/167 384
- Völcker, Karl v.** (1864–1928), 1905 bayr. ORegR GenDirektion bayr. Staatseisenbahnen, 1911 GenSchr., 1916 bayr. GehR, bayr. Vertreter (?) auf einer Regierungskonferenz der Bundesregierungen mit Staatsbahnbesitz zwischen dem 20. u. 25.10.1918, 1921 Präs. Eisenbahndirektion München 265/167 388v
- Vollmar, Heinrich** (1839–1915), kath. Priester, 1868 Militärkaplan, 1893 Militäroberpfarrer Berlin, 1901–04 GenVikar des Feldprobstes, 1904–13 (i.R.) Feldprobst, Titularbischof v. Pergamon 15/159 14v
- Vonderscheer, Leo** (1864–1929), Rechtsanw. Straßburg, 1899–1912 MdR (elsaß-lothr. Landespartei, dann Zentrum), Landesvertreter des Volksvereins f. d. kath. Dtl. im Elsaß, Vors. Zentralausschuß Elsaß-lothr. Landespartei, 1902 Gemeinderat, Mitgl. 1. Kammer Elsaß-Lothr. 40/160 52v, 53/160 195
- Vorster, Julius** (1845–1932), Chemiker, Kaufmann, Fabrikbesitzer, 1867 Eintritt in die väterl. Firma, Kommerzienrat, Dir. ZDI, Ausschußmitgl. Langnamverein, Vors. Verein der Industriellen für den RegBez. Köln, Verfasser sozial- und wahlrechtspolitischer Schriften, 1899–1918 MdA (RFKP) 6/158 260v
- Vosberg, Kurt** (1863–1940), Jurist, 1895 Rechtsanw. OLG Breslau, 1899 Landrichter Oppeln, 1900 RegR Reichsversicherungsamt, a.D., 1906–22 Bgm., dann OB Potsdam, 1906–18 MdH, Mitgl. RFKP, 1921–26 MdStR 66/161 105
- Wachler, Paul** (1834–1912), Jurist, GerAss., 1861–64 Hilfsarb. OBergA Breslau, 1874 OBergR Halle/S., 1875–84 GenDir. bei Gf. (Fürst) Henckel v. Donnersmarck, 1882 Gründungsmitgl. HK Oppeln, 1883/84–91 Chef Schles. Bankverein Breslau, 1892/93 Mitgl. Zollbeirat, 1898 Mitgl. Wirtschaftl. Ausschuß zur Vorbereitung handelspolit. Maßnahmen, 1898 Sanierung des griechischen Finanzwesens, Mitgl. bzw. Vors. zahlreicher AR, Mitgl. Börsenausschuß Berlin, 1866–74 MdA (RFKP), 1902–12 MdH 33/159 281; 81/162 71v, 74v
- Wachs, Rudolf** (1905: v.) (1850–1916), Offizier, 1872 Ltn., 1889 im KrMinm., 1892 Maj., 1897 Abt.-Chef KrMinm., 1901 Oberst, 1903 Dir. Zentral-Dept. KrMinm., 1905 GenMaj., 1908 GenLtn., 1912 Gen.d.Inf., 1913 z.D. 43/160; 66/161, 70/161
- Wackerzapp, Michael** (geb. 1847/48), 1876 Eintritt in preuß. Eisenbahnverwaltung, Hilfsarb. Eisenbahndirektion Saarbrücken, 1879 Hilfsarb. GenDir. Eisenbahnen in Elsaß-Lothr., 1881 EisenbahnDir., 1886 RegR, 1888 Hilfsarb. Reichseisenbahnamt, 1890 VortrR, 1899–1910 Präs. GenDirektorium Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothr. u. Wirkl.GehORegR, 1909 Wirkl.GehR, 1.1.1910–1.7.1918 (i.R.) Präs. REisenbahnA 157/165 61v
- Wagner, (Franz Graudenz ?)** JusR, Ostmarkenverein 94/162 182v
- Wagner, Eduard** (geb. 1868), Sächs. LGR, 1907–12 MdR (DkP) 8/158 300
- Wahnschaffe, Arnold** (1865–1941), 1886 GerRef., 1892 Ass., 1897/98 LandR Landsberg a.d. W., 1905 Hilfsarb. LandMinm., 1906 GehRegR u. VortrR, Mitgl. Ansiedlungskomm., 1.7. (kommissar.)/3.7.1907 Hilfsarb. u. dann VortrR RK, 1909 GehORegR, 20.11.1909–5./13.8.1917

UStS RK, 18.12.1915 Wirkl.GehR, 11.10.1918 Wahrnehmung der Funktion UStS RK bis zur Neu-
besetzung 7–10/158, 12–13/158; 14–19/159, 21–23/159, 25–28/159, 30–33/159; 34–35/160, 38–
45/160, 48–51/160, 53/160; 54–57/161, 59–61/161, 63–68/161, 70–72/161; 74–79/162, 81–86/162,
88–89/162, 91–92/162, 94–96/162; 97–102/163, 104–106/163, 108–110/163, 112–118/163, 120–
124/163; 125–127/164, 129/164; 131/Fundort; 132–137/164, 139–141/164, 143–152/164; 153–
154/165, 156–164/165, 166–171/165, 173–177/165, 179–181/165, 183–187/165; 188–190/166,
192–193/166, 195–196/166, 198–199/166, 201–203/166; 205/VI; 208/166, 212/166 244v; 230/167
45, 260/167

Waitz, Johannes (geb. 1866), 1915 Oberstlttn. u. Abt.-Chef KrMinm., 1916–18 Oberst u. Chef
Stab KrMinm. im Großen Hauptquartier, 1918 geschäftsführender Dir. Zentraldept. KrMinm., 1919
stellv. Mitgl. Staatenausschuß u. a.D. als GenMaj. 255/167

Waldeck und Pyrmont, Friedrich Fürst zu

→ Friedrich, Fürst zu Waldeck u. Pyrmont

Waldeyer, Wilhelm (1916: v. **Waldeyer-Hartz**) (1836–1921), 1883 Prof. für Anatomie Berlin,
GehOMedR, 1911–18 MdH 27/159 179v

Waldow (Reitzenstein), Wilhelm v. (1856–1937), 1878 GerRef., 1881 RegRef., 1883 RegAss.
Bromberg, Frankfurt/O. u. im MdI, 1886 LandR Fischhausen, 1892 Niederbarnim, 1898 OPräsR
Königsberg, 1899 RegPräs. Königsberg, 1903 OPräs. Posen, 1910 Wirkl.GehR, 1911–17 OPräs.
Pommern, Wirkl.GehR, 6.8.1917–13.11.1918 StMinr. o. Geschäftsbereich, 6./25.8.1917–
13.11.1918 StS Kriegsernährungsamt, 23.8.1917 Preuß. StKom. f. Volksernährung, Wirkl.GehR
1/158 201v; 45/160 116v, 48/160 134–134v; 151/164 359v; 167/165 164–165; 207/166 190–190v,
208–210/166, 212/166, 214–219/166; 220/VI; 221–223/166, 225/166; 226/167, 228–234/167,
236/167, 238–239/167, 241–244/167, 246/167, 248–251/167, 253–255/167, 257–260/167, 262–
268/167

Waldstein, Felix (1865–1943), Jurist, 1908 Rechtsanw., auch Notar Altona, 1912–21 MdR/
MdNatVers. (FVP, DDP), JusR, Emigration London 194/166 64v, 197/166 92–92v, 212/166 248

Wallenborn, Quirin Peter (1848–1917), Baumschulbes., 1911 Vors. Trierischer Bauernverein,
Mitte 1916 Landesökonomierat, Dez. 1916 Mitgl. Ausschuß zur Förderung der Landwirtschaft,
1894–1917 MdA, 1896–1917 MdR (Zentrum) 33/159 281v; 140/164 197v

Wallraf, Max (1859–1941), Jurist, 1881 GerRef. OLG Köln, 1883 RegRef. Reg. Köln, Oppeln,
BezAusschuß Berlin, 1886 RegAss. Aachen, 1889–93 LandR Malmedy, 1893 RegR Reg. Aachen,
1894/95–98 LandR St. Goar, 1898 RegR beim OPräs. Koblenz, 1900 PolDir. Aachen, 1901
PolPräs., 1903 OPräsR Koblenz, 1907–17 OB Köln, 6.8.1917 Wirkl.GehR, 8.8.1917 UStS RA dI,
21.10.1917–4.10.1918 StS, zugl. 7.1.–4.10.1918 StMinr. (ohne Ressort), Mitgl. RFKP, 1921–24
MdLT (DNVP), 1924–30 MdR 207/166 188–188v; 220/VI; 223/166 366, 225/166 374–376v;
226/167, 227/167 17, 229–233/167, 235–236/167, 238–244/167, 248–249/167, 251/167, 253–
254/167, 256–258/167

Wandel, Franz Gustav (1913: v.) (1858–1921), Offizier, 1875 Fahnenjunker, 1895/96–1900 im
KrMinm., Bataillons-Kdr., 1902 Abt.-Chef GenStab, 1903 Abt.-Chef KrMinm., 1905 Chef
GenStab XV. AK, 1907 Oberst u. Chef Armee-Abt. im KrMinm., 1909 Dir. Allg. Kriegsdept.,
1912 GenLtn., 1913 Gouv. Köln, 1.9.1914–28.9.1916 (a.D.) stellv. KrMinr., 1916 a.D. als
Gen.d.Inf. 4/158;

117–118/163, 120–124/163; 125–127/164, 129/164, 133/164, 137/164, 143/164, 147–148/164,
150–152/164; 158/165, 160/165, 167/165, 174/165

Wangenheim, Konrad Frh. v. (1849–1926), Landwirt u. Agrarpolitiker, 1875 Rittergutsbes.,
Mitgl. Zentral-Moor-Komm., 1896 Vors. Landwirtschaftskammer f. Pommern, Mitgl. Landesöko-
nomie-Kollegium u. Landwirtschaftsrat, Gründungsmitgl. u. seit 1898 Vors. BdL, Dez. 1916 Mitgl.
Ausschuß zur Förderung der Landwirtschaft, 1920 LandMinr. der Kapp-Reg., 1898–1903 MdR u.

MdA (DkP) 95/162 189v; 125/164 17, 127/164 70, 129/164 96–96v, 145/164 260; 161/165 nach Bl. 102: Bl. 3v–4, 7–7v

Warmbold, Hermann (1876–1976), Diplolandwirt, Dr. phil., 1907–11 GenSekr. Landwirtschaftl. Provinzialverein Lüneburg u. Landwirtschaftskammer Hannover, 1911 von der estnischen Ritterschaft mit dem Aufbau neuer Landwirtschaftsinstitute betraut, 1913–17 Leiter Abt. Wirtschaftsberatung der Hauptritterschafts-Direktion Berlin, 1917–19 Prof. Landwirtschaftshochschule Hohenheim, 1919–21 MinDir. LandMinm., 1921 (a.D.) LandMinr., 1922 Mitgl. Vorstand BASF, dann IG Farben, 1931–32, 1933 RWiMinr., auch 1932 RArbMinr. (beauftragt) 195/166 71

Weckerle

→ Wekerle, Sándor

Wedel (Piesdorf), Wilhelm v. (1837–1915), Jurist, Rittergutsbes., RegRef. Erfurt, RegAss. Magdeburg, 1870 Verwaltung Landratsamt Wolmirstedt, 1871–76 Eisleben, 1876 a.D. u. Verwaltung des eigenen Gutes, 1877 Ehrenritter (1903 Kanzler) Johanniter-Orden, 1879 MdA (DkP), 1880 Kammerherr, 1881–88 Wiedereintritt in Staatsdienst u. RegPräs. Magdeburg, 1888–1907 Minr. Kgl.Haus, 1891 Rittm., 1. Beisitzer Ev. OKirchenR, Präs. Dt. Adelstag, 1884–90 MdR (1884–86 Präs.), 1885 MdH (1912–15 Präs.) 129/164 90, 136/164 153–153v, 155

Wedel, Botho Gf. v. (1862–1943), Diplomat, 1885 Ref., 1886 Ltn., 1888 in Botschaft Paris, 1889 Attaché AA u. à l.s. im Rgt., 1890 LegSekr. u. 3. Botschaftssekr. Paris, 1896 Botschaftssekr. Madrid, 1898 1. Sekr. Gesandtschaft Tokio, 1899 LegR, 1901 Botschaftsrat Wien, 1904 GenKonsul Budapest, 1907 Gesandter Weimar, 1909 im AA, GehLegR u. VotrR AA mit dem Titel Gesandter, Ende 1916–19 (i.R.) Botschafter Wien, 16.10.1917 Wirkl.GehR 115/163; 143/164 231; 220/VI

Wedel, Karl Gf. (1914: Fürst) (1842–1919), Offizier u. Diplomat, 1860 Ltn., 1876 Hptm. im GenStab, 1876 Maj., 1877–87 Militärattaché Wien, 1886 Oberst u. Kdr. 2. Garde-Ulanen, 1888 Flügeladjutant Kaiser Friedrich, 1889 diensttuender GenAdjutant Kaiser Wilhelm II. u. Gen. à l.s., 1889 Übertritt in d. diplomat. Dienst, 1891 im AA, 1892 GenLtn., 1892 Gesandter Stockholm, 1897 Gen.d.Kav. u. Militärgouv. Berlin, 1899 Botschafter Rom, 1902 Wien, 1907–14 Statthalter Elsaß-Lothr. 4/158 214v; 28/159 212, 213, 216v; 40/160 52v; 72/161 172v, 173v; 83/162 97, 85/162 105v, 106v; 99/163 19v–20; 132/164 105v–110v

Weill, Georges (1882–1970), elsäß-lothr. sozialdemokrat. Journalist, 1912–3.1.1915 (Aberkennung des Mandats) MdR (SPD), Aug. 1914 Übertritt nach Metz u. Eintritt in die frz. Armee als Dolmetscher, nach 1918 Conseiller Général des Département Bas-Rhin, Mitgl. Conseil Consultatif Elsaß u. Lothringen, Vizepräs. Ligue Républicaine 132/164 105v

Weinberg, Arthur (1908: v.) (1860–1943), Chemiker u. Industrieller, 1883 Eintritt u. später Dir. Fa. Leopold Casella & Co. GmbH, RegR, 1913 GehRegR, Mitgl. zahlreicher AR, u.a. IG Farben 86/162 112v–114

Weinberg, Karl (1908: v.) (geb. 1861), Chemie-Industrieller, Geschäftsführer Fa. Leopold Casella & Co GmbH (IG Farben), griech. GenKonsul, Mitgl. zahlreicher AR 226/167 7v, 9

Weizsäcker, Karl Frh. v. (1853–1926), 1879 Amtsrichter Stuttgart, 1883 Hilfsarb. württ. JMinm., 1892 MinR u. VotrR, 1899 MinDir., 1900 StR u. Chef des Dept.s des Kirchen- u. Schulwesens, 1901 württ. KuMinr., 1906–Nov. 1918 AMinr., Minr. Kgl.Haus u. MinPräs. Württemberg 2/158 203v; 132/164 106v, 107v, 108–108v, 146/164 273, 274v; 215/166 283; 264/167 384

Wekerle, Sándor (1848–1921), ungar. Politiker, 1892–95, 1906–10, 1917–18 ungar. MinPräs. 220/VI 224v; 254/167 300v

Wellenkamp, August (geb. 1866/67), 1888 GerRef., 1891 RegRef., 1893 RegAss., 1900–14, 1917–22 LandR Ratibor, 13.1.1917 GehRegR., Mitte 1917 Mitarb. des RKom. für die Kohlenverteilung, 1922 ORegR u. stellv. RegPräs. Lüneburg 209/166 210v

- Wellstein, Georg** (1849–1917), Jurist, 1872 Ref., 1878 GerAss., 1879 Kreisrichter Braunfels u. Amtsrichter, 1887 Amtsrichter Ehrenbreitstein, 1892 AGerR, 1898 OLGR Frankfurt/M., 1909 Senatsprä. OLG Hamm, 1894–1917 MdA, 1893–1917 MdR (Zentrum) 33/159 281
- Wels, Otto** (1873–1939), Tapezierer u. sozialdemokrat. Politiker, 1907–18 Parteisekr. Prov. Brandenburg, 1912–33 MdR/MdNatVers. (Fraktionsvorstand), 1917–18 Vors. SPD-Bezirksvorstand Berlin, 10.11.–27.12.1918 Stadtkommandant Berlin, Juni 1919 Mitvors. SPD, 1933 Emigration, 1. Vors. SOPADE 269/167 416
- Wense (Mörse), Ludwig von der** (1863–1929), Rittergutsbes., 1900 LandR Gifhorn, 1908 LandesHptm. Prov. Hannover, 1913 Kammerherr, Landschaftsrat, 1921–26 Bevollm.z.ReichsR Prov. Hannover, 1921–25 Vors. ProvLT Hannover, 1917–18 MdA (DkP) 91/162 136v
- Wentzel, Richard** (1907: v.) (1850–1916), Jurist, 1872 GerRef. AppGer. Naumburg, 1876 am KG, 1878 GerAss. u. dann RegAss. Lüneburg, 1880 kommissar. LandR Neustadt/Westpr., 1881 beim OPräs. Hannover, 1881/82 LandR Hofgaismar, 1886/87 Marburg, 1889 Hilfsarb. LandMinm., 1890 GehRegR u. VortrR, 1895 GehORegR u. RegPräs. Koblenz, 1898 Wiesbaden, 1902 OPräs. Hannover, 1909 Wirkl.GehR, 1.10.1914 i.R. 116/163 182; 197/166 94v
- Wermuth, Adolf** (1855–1927), Jurist, 1876 GerRef. Celle, 1881 GerAss., Amtsrichter Peine, 1882 RegAss. Oppeln, 1883 Hilfsarb. RAId, 1888–89 RKom. Weltausstellung Melbourne, 1889 VortrR, 1890 Kom. f. Helgoland, 1893 RKom. Weltausstellung Chicago, 1897 RegDir., 1900 Dir., 1904 UStS RAId, 1908 Wirkl.GehR u. Exz., 14.7.1909–16.3.1912 StS RSA, 1912–20 OB Berlin u. 1912–18 MdH, 31.1.1915 auch Mitgl. Reichsverteilungsstelle f. Brotgetreide u. Mehl 7–10/158; 15–16/159, 18/159, 21–22/159, 31/159, 33/159; 42/160, 48–49/160; 56–57/161, 70/161 154v; 100/163 24, 109/163 99–100, 102–103, 121/163 257; 125/164 13v, 137/164 160v, 163, 164v, 149/164 332v; 197/166 98v–99; 226/167 7, 266/167 392–393
- Werner, Georg** (geb. 1868), 1895 GerAss., 1900 Landrichter Magdeburg, 1907 GehJusR u. VortrR JMinm., 1912–ca. 1918 GehOJusR, Mitgl. Justizprüfungskomm. 2/158 210
- Werner, Ferdinand** (1876–1961), Lehrer, 1909 Landesvors. Dt.-soziale Partei Hessen, 1911–18, 1924–28 MdR (Dt.-soziale Partei, DNVP), 1915–18 Vors. Dt.-völkische Partei, 1918 u. 1921–33 Mdhess.LT (1931–33 Präs.), März 1933 Staatspräsident u. Mai 1933 MinPräs. Hessen, Sept. 1933 Rücktritt, 1936–38 RegDir. beim OPräs. Breslau 233/167 82–82v, 84v
- Westarp, Kuno Gf.** (1864–1945), Jurist, 1886 GerRef., 1891 RegAss. Bomst, 1893 LandR Bomst, 1900 Randow (Pomm.), 1903 PolDir. Schöneberg (b. Bln.), 1904 PolPräs., 1908 OVGR, 1908–18, 1920–32 MdR (DkP, DNVP, ab 1930 VKV), Jan. 1916 Mitgl. parlamentar. Beirat f. Volksernährung 53/160 194v; 77/162 44v; 150/164 337; 183/165 341, 185/165 369; 225/166 375; 263/167 366v
- Westerholt-Gysenberg, Egon Gf. von und zu** (1844–1923), Fideikommißbes., Rittm. a.D., 1906/07–18 MdH 33/159 281
- Westfalen zu Fürstenberg, Clemens August Gf. v.** (1805–1885), Fideikommißbes., 1834/35–39 (a.D.) LandR Meschede, MdProvLT, 1860–65 Marschall LT, 1854–66 (Austritt) MdH 240/167 168
- Westphalen, Ferdinand v.** (1799–1876), Jurist, 1826 LandR Bitburg (Eifel), 1830 bei Reg Trier, 1843 Vizeprä. Reg. Liegnitz, 1849 RegPräs., 1850–58 Minr.dI 105/163 58, 60
- Wetterlé, Emile** (1861–1931), elsäß-lothr. Politiker u. Journalist, 1893 Redakteur, u.a. des Nouvelliste d'Alsace Lorraine, 1897–1900 Mitgl. Bezirkstag Oberelsäß, 1898–1915 MdR (elsäß-lothr. Zentrum), 1900 Mitgl. Landesausschuß, 1910 Gründer der Union nationale des Alsaciens-Lorraines, 1911 Mitgl. elsäß-lothr. LT, nach Kriegeausbruch nach Frankreich, 20.3.1915 Aberkennung des RT-Mandats, 15.4.1915 Urteil im Hochverratsprozeß in Colmar, nach 1918 Berater der frz. Botschaft beim Vatikan 4/158 228–228v; 28/159 213; 40/160 55v, 44/160 105v; 132/164 105v

Wever, Hermann (1853–1911), Jurist, 1876 Ref., 1881 GerAss. Berlin, 1882 Hilfsarb. KuMinm., 1884 Kommissar. Justitiar u. VerwR ProvSchulKollegium Koblenz, 1886 RegAss., 1888 RegR, 1889 Hilfsarb. KuMinm., 1890 GehRegR u. VotrR, 1893 GehORegR, 1900–10 Wirkl.GehORegR u. UStS, 1908 Wirkl.GehR, 1908–09 Vertretung des erkrankten KuMinr. 2/158 210v

Weyhe, Georg (geb. 1871), StAnw., Hilfsarb. FinMinm., 1910 GehFinR u. VotrR FinMinm., GehOFinR, 1917 uk gestellt, Nov. 1918 stellv. Mitgl. Beamtenrat FinMinm., 1919 stellv. Bevollm. z. ReichsR, 1921 MinDir. 46/160, 52/160

Wichert, Carl (geb. 1843), 1872 Eisenbahn-Maschinenmeister, Mitgl. einer Eisenbahndirektion, 1889 Hilfsarb. u. GehBauR sowie VotrR Minm.öA, 1894 GehOBauR, 1904 OBauDir., 1907 MinDir., 1913 a.D. u. Wirkl.GehR, Mitgl. Bauakademie u. Techn. Oberprüfungsamt 84/162 103

Wiedebach und Nosti(tz (Jänckendorf), Paul v. (1848–1923), Rittergutsbes., RegRef. a.D., 1886 Kammerherr, Zeremonienmeister, LandesHptm. Oberlausitz, 1911–18 MdH 8/158 300

Wiedfeldt, Otto (1871–1926), Verwaltungsbeamter u. Diplomat, 1897 Mitgl. Direktion Landesgenossenschaftsbank Sachsen, 1900 Ass. u. Leiter Statist. Amt Essen, 1902 Dresden, 1903 Beigeordneter Essen, 1908 kommissar. Hilfsarb. RAdI, 1909 GehRegR u. VotrR RAdI, 1911 beurl. in japan. Staatsdienst (Eisenbahn-Berater), 1913 GehORegR, Febr. 1914–1917 RAdI, Juni 1915 auch stellv. Vors. AR Reichsgetreidestelle, Aug. 1915 Mitgl. Direktion Reichsgetreidestelle, später im Reichskommissariat f. Übergangswirtschaft, Frühj. 1918 Ltr. dt. Wirtschaftsdelegation in der Ukraine, 7.10.1918 a.D., Okt. 1918 Mitgl. Direktorium Krupp, 1922–24 Botschafter Washington, 1926 Mitgl. AR Dresdner Bank 118/163; 125–126/164, 137/164, 140/164; 154/165

Wiegand, Karl Henry v. (1874–1959), US-amerik. Schriftsteller u. Journalist, Chefkorrespondent Hearst-Presse in Deutschland 156/165 39

Wiersdorff, Walter (1853–1932), Chemiker, Domänenpächter, 1880 Leiter u. Mitbes. einer Zuckerfabrik, Mitgl. Direktorium Verein Dt. Zuckerindustrie, 1898–1918 MdA (NLP) 66/161 105v

Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich v. (1848–1931), 1897 Prof. für Klassische Philologie Berlin, 1896 GehRegR, 1910 Wirkl.GehR, 1917–18 MdH 27/159 179

Wild (1900: **von Hohenborn**), **Adolf** (1860–1925), Offizier, 1880 Ltn., 1885–87 Beurlaubung zur Begleitung des Erbgrafen Christian Ernst zu Stolberg-Wernigerode, 1896 Fideikommißbes., Maj. im GenStab, 1901–04 militär. Begleiter Prinz Eitel Friedrich, 1906 Oberstltm. u. Chef GenStab XIII. AK (Stuttgart), 1910 Oberst u. Kdr. Garde-Grenadier-Rgt. Nr. 3, 1913 GenMaj. u. Kdr. 3. Garde-Inf.-Brigade (Berlin), 2.7.1913–Aug. 1914 Dir. Allg. Kriegs-Dept. KrMinm., 6.8.1914 Vertretung KrMinr. in den lfd. Geschäften u. bei Sitzungen StMinm. ohne Stimmrecht, 30.8./1.9.1914–3.11.1914 Kdr. 30. Div., GenMaj., bis 10.11.1914 Chef GenStab 8. Armee (nicht angetreten), 10.11.1914 zur Verfügung Chef GenStab Feldheer Falkenhayn, 27.11.1914–15.11.1916 Gen.-Quartiermeister, 20.1.1915–29.10.1916 KrMinr. für die Dauer des mobilen Verhältnisses u. GenLtn., 4.2.1915 Bevollm.z.BundesR, 29.10.1916–1918 Kdr. XVI. AK, Gen.d.Inf. 115/163; 129/164, 130–131/Fundort; 134/164, 139/164, 144/164 236, 145–146/164; 153–154/165, 156–157/165, 163/165, 173/165 189, 175–180/165

Wilde, Albert (geb. 1854), Bgm. Elsterwerda, 1907–12 MdR (NLP) 8/158 300

Wilhelm, Kronprinz d. Dt. Reiches u. Kronprinz v. Preußen (1882–1951), 1888–1918 Kronprinz, Offizier, 1907 Maj., 1913 im GenStab, GenLtn., 1914–16 Oberbefehlshaber 5. Armee, 1.8.1915–12.11.1918 Oberbefehlshaber Heeresgruppe Dt. Kronprinz, 27.1.1917 Gen.d.Inf. 23/159 163v; 48/160 134v–135; 98/163 12; 171/165 185–185v; 206/166 174–174v, 211/166 228v; 220/VI 228–228v; 227/167 19–25v, 228/167 29, 31–31v, 253/167 291v, 267/167 407v, 268/167 410, 269/167 415, 416v, 418

Wilhelm Ernst, Ghzg. v. Sachsen–Weimar und Eisenach (1876–1923), 1901–18 Ghzg., 9.11.1918 Thronverzicht 42/160 64v, 45/160 116, 119

Wilhelm I., dt. Kaiser u. König v. Preußen (1797–1888), 1861–88 König v. Preußen, zugl. 1871–88 dt. Kaiser *64/161* 85v; *220/VI* 216; *227/167* 19, 21v, 24v–25

Wilhelm II., dt. Kaiser u. König v. Preußen (1859–1941), 1888–1918 dt. Kaiser und König v. Preußen *5/158* 247v, 249v, 251, *6/158* 257, *7/158* 281v, 283, *8/158* 299, 303v–305, *9/158* 321v; *18/159* 107–108, 110v, 116–117, *22/159* 151–151v, 155, *23/159* 161, 163–163v, *25/159* 167–167v, *27/159* 180, *28/159* 204, 206, 211, zu 219, *30/159* 223, 231v, 233v; *34/160* 2, *35/160* 15v, *36/160* 25, *38/160* 28v, *40/160* 59–59v, *44/160* 98v, 105v, *45/160* 108v, *48/160* 134, *51/160* 186v, 187v; *54/161* 2v–3v, *55/161* 16v, *56/161* 25v, *61/161* 69, *70/161* 150v, *72/161* 172; *77/162* 38v, 39v, *78/162* 51, *81/162* 70–74v, *83/162* 94–96v, *84/162* 99–101, *85/162* 105v, 109v, 110, *86/162* 112v–113, *88/162* 118v, *89/162* 125, *91/162* 129v, 135v, 136v, *96/162* 192–194; *97/163* 7, 8v–10, *98/163* 12, *99/163* 19–20, *100/163* 29, *101/163* 33, 41–42, *105/163* 57–57v, 59–60, 62–62v, *109/163* 100, *112/163* 121, *113/163* 124–126v, *114/163* 141–142, 148v, *115/163* 167–167v, 170v, 171v, 173–174, 177, *116/163* 182–185, 187v, 193–193v, 195v, *117/163* 202, 204v–205, 206, 215v–217, *122/163* 267, *123/163* 296, *124/163* 308; *125/164* 2, 3v, 5v, *126/164* 41; *130/Fundort S.* 8–18; *131/164* 102; *131/Fundort S.* 11–15; *132/164* 108, *133/164* 116v, 123; *134/Fundort S.* 4; *135/164* 145v, *136/164* 151, *137/164* 159v, *139/164* 171v, 172v–173, 175v–176, 179v, 180v; *140/Fundort S.* 5; *141/164* 210v, 211v, 217v, *144/164* 247, *145/164* 257, *148/164* 308v, 313v, 323v, *151/164* 358–358v; *153/165* 2–13, *154/165* 20–20v, *156/165* 44v, *158/165* 68–69, 85, *160/165* 97v, *161/165* nach Bl. 102: Bl. 1–2, 3v, 4, 7v, *163/165* 122, *164/165* 136–137, *167/165* 165v, *169/165* 172–172v, *170/165* 180v, *171/165* 184v–185, *173/165* 191–193v, 196, 202v, *174/165* 204v, 205v, 207v, *175/165* 210–211, *176/165* 244, *177/165* 246, *178/165* 263v, 264v–266, 267, 268v–269v, 271v, *179/165* 282–283, 285–286, 287, *180/165* 296, 300–301, 304, 312, *181/165* 324v, *183/165* 355v, *185/165* 370, 376, *187/165* 398v, 400–400v; *188/166* 15v, *190/166* 26–27, 32v, *191/166* 35, *193/166* 53v, 58, *196/166* 79v, *197/166* 94v, 97, *198/166* 102, 104–106, 109v, 110, 111v–112, 113v–114, 117v–120, *199/166* 121v, 122v, 124v–126v, *201/166* 137–138, *202/166* 153v, *203/166* 157, *204/166* 166v, 171–172v; *205/VI*; *206/166*, *207/166* 189, *208/166* 192–192v, 195, 197v, *209/166* 201, *211/166* 231–232, 234v, 238–239v, 241v, *214/166* 259, *215/166* 274, 278, 285, *216/166* 287, 288v–289, 290v–291, 294, *218/166* 320–320v, *219/166* 323–323v, 325, 327v; *220/VI*; *221/166* 331–331v, 336, *225/166* 372–372v, 373v, 375; *226/167* 7–8v, 10v, 13, *227/167* 17, 18v, 22v, *228/167* 27v–31v, *229/167* 38v, *230/167* 48v, *231/167* 52–53, 62v, *233/167* 76v, 89v, 90v–91, *235/167* 113v, 119v, 120v, *236/167* 126v–128, 130v–131v, 132v–133, *239/167* 147–148v, *240/167* 169, *241/167* 171–171v, 173v, 179–179v, *243/167* 186v, 187v–188v, 189v, 191, *244/167* 205, 208v–209, *245/167* 214–216, *248/167* 229–229v, *251/167* 261v, 265, 267, *252/167* 278–278v, *287–287v*, *253/167* 291v, 293, 294v, 296, *254/167* 299, 304, 306v, *255/167* 321–322, 323v, *256/167* 326–327v, 329, *257/167* 330–330v, 331v, *258/167* 335v, *259/167* 339–339v, *262/167* 355v, 357, *263/167* 366–366v, 377v, *264/167* 383v, *266/167* 391v–392, *267/167* 406v–408, *268/167* 410v–413, *269/167*

Wilhelm II., König v. Württemberg (1848–1912), Offizier, 1869–71 im preuß. Heer, 1870/71 im Hauptquartier, Oberst à l.s., Eintritt in das württ. AK, 1876–84 GenMaj., 6.10.1891–9.11. (Absetzung durch Reg. Keil)/30.11.1918 (Thronverzicht) König *146/164* 273v

Wilhelm, Herzog v. Urach, Gf. v. Württemberg (1864–1928), Offizier, württ. Gen.d.Kav., 1918 Thronanwärter f. Litauen *251/167* 263

Wilhelmine, Königin der Niederlande (1880–1962), 1890–1948 Königin *253/167* 291v

Wilmowski, Kurt Frh. v. (1850–1941), Rittergutsbes., GerAss., Richter Stadtger. Berlin, 1870 GerRef., 1882 kommissar. Amtshptm. Amt Norden /Aurich, Mitgl. Landdrostei Hannover, beim OPräs. Hannover, 1884 RegR u. Hilfsarb. LandMinm., 1885 GehRegR u. VotrR, 1891 Geh. ORegR, auch Mitgl. Ansiedlungskomm. sowie Hochwasserausschuß, 1894 l. VotrR (Chef) RK u. Wirkl.GehORegR, 1901 OPräs. Schleswig-Holstein, 1902 Wirkl.GehR u. Exz., 1906–08 (i.R.)

OPräs. Sachsen, Wirkl.GehR, 1908 LandesHptm. Sachsen, 1913–18 MdH (1917–18 Vors. Alte Fraktion), 1921–30 MdStR *81/162* 71, 74v; *216/166* 292; *249/167* 244

Wilms, Georg Ernst (1866–1936), Amtsrichter a.D., 1895–99 Beigeordneter Bonn, 1899–1903 Düsseldorf, 1903/04–Nov. 1918 OB Posen, GehRegR, stellv. Vors. ProvAusschuß Posen, nach 1918 Rechtsanw. OLG Düsseldorf, 1912 MdH *197/166* 96v, 97v, 98v–99

Wilsdorf, Viktor v. (1857–1920), sächs. Offizier, 1913 GenLtn. z.D., 1914–18 KrMinr. *264/167* 384

Wilson, Woodrow (1856–1924), US-amerik. Staatsmann, 4.3.1913–4.3.1921 Präs. der USA *152/164* 373; *156/165* 37v, *164/165* 135–137, 139, 141–142, *173/165* 190v, *174/165* 208, *180/165* 299; *198/166* 103v, 110, 113v–114, 119v; *205/VI* 198v; *236/167* 128, *245/167* 214v, *257/167* 331, 333, *258/167*, *260/167*, *261/167* 353, *262/167*, *263/167* 363–366v, 373, *264–265/167*, *266/167* 395–396, *269/167* 415v

Winckler, Friedrich (geb. 1856), Rittergutsbes., 1879 GerRef., 1885 RegAss., 1885/86–99 LandR Zeitz (als „Kanalrebell“ z.D.), 1900 a.D. u. GenDir. Landesfeuersocietät Hzgtm. Sachsen, 1894–1918, 1921–32 MdA/MdLT (DkP, 1914–18 Mitgl. Budgetkomm., DNVP), 1903–12 MdR, 1908 Mitgl. ProvR Sachsen, 1915 Vors. GenSynodalvorstand ev. Landeskirche Prov. Sachsen *116/163* 193v; *212/166* 251

Windheim, Hubert Ludwig v. (1857–1935), 1879 GerRef., 1883 Ass. OPräsidium Königsberg, 1886–94 LandR Ragnit, 1894 Hilfsarb. Mdl, 1895 PolPräs. Stettin, 1895–1903 PolPräs. Berlin, 1903 RegPräs. Frankfurt/O., 1903–07 OPräs. Hessen-Nassau, 1907–14 OPräs. Ostpreußen, 1910 Wirkl.GehR u. Exz., 1912 Auszeichnung, Sept. 1914–1.5.1917 OPräs. Hannover, i.R. *72/161* 174; *76/162* 34; *116/163* 182–183v, *117/163* 207, 209v–210, 215; *197/166* 94v–95, 98

Winkler, Mda

→ Winckler, Friedrich

Winterfeld, Friedrich v. (geb. 1875), Rittergutsbes., Jurist, 1900 GerAss., 1902 RegRef Frankfurt/O., 1904 RegAss., 1906 beim OPräs. Breslau, 1907 Rechtsritter Johanniter-Orden, 1908 Hilfsarb. KuMinm., 1908/09–20 LandR Ostprignitz, 1920 Reg. Düsseldorf u. a.D., 1920 Haupttritterschafts-Dir. u. Vors. Haupttritterschaftsdirektion sowie Zentrallandschaftsdirektion, 1921–32 MdA (DNVP) *111/163*

Winterfeldt, Detlof v. (1867–1940), 1888 Offizier, im GenStab, 1901–05 Militärattaché Brüssel, 1909–14 Paris, Maj., (2.8.)1914–10.1.1915 Abt.-Chef im Stellv. GenStab (Encde 1914 Dienstantritt wg. Unfall), Oberst u. Oberquartiermeister VIII. Armee, Aug. 1917–Nov. 1918 Nachrichtenoffizier/Vertreter der OHL beim der Rklr., GenMaj., Nov. 1918 Delegierter Waffenstillstandsverhandlungen, Nov. 1918–Jan. 1919 Chef Wako in Spa, preuß. Bevollm.z.ReichsR, 1920 Chef Heeresfriedenskomm. *228/167* 29, *230/167*, *254/167* 303v, *256/167* 326v–327

Witt, Karl Wilhelm (geb. 1851), Landwirt u. Gutsbes., 1894–1908 MdA (RFKP), 1898–1918 MdR *53/160* 194v

Wolf v. Gersdorff, Heinrich

→ Gersdorff, Heinrich Wolf v.

Wolff, Dr., RegR (StMinm. ?) *213/166*, *224/166*

Wolff, Theodor (1868–1943), Journalist u. Publizist, 1897 Redakteur u. Pariser Korrespondent „Berliner Tageblatt“, 1906 Chefredakteur, 1918 Gründungsmitgl. DDP *255/167* 323

Wolff-Metternich zur Gracht, Paul Gf. (1853–1934), Diplomat, 1882 Eintritt in diplomat. Dienst u. Attaché Wien, Sekr. Botschaft Paris, London, 1888 2. Sekr. Brüssel, 1890 1. Sekr. London, 1896 GenKonsul Kairo, 1897 Gesandter Mecklenburg u. Hansestädte, 1901–12 (a.D.) Botschafter London, 1906 Wirkl.GehR u. Exz., 30.10.1915–1916 Botschafter in ao. Mission Konstantinopel *263/167* 364

Wolff-Metternich, Alfred Gf. (1872–1932), Rittm. a.D., Nationalkatholik, 10.1.1907 Mitunterzeichner des Aufrufs von 39 rhein. kath. Notablen zur Haltung der Zentrumsparterie, Ehrenritter Malteser-Orden 226/167 7v

Wolffram, Paul (1858/59–1932), 1871/72 Eintritt in den Staatsdienst, 1901 GehORegR RADl, 1912 Wirkl.GehORegR, 1912 Wirkl.GehOFinR FinMinm., 31.7.1915 Mitgl. Landesamt f. Futtermittel u. im AR der ZEG, MinDirigent, stellv. Bevollm.z.ReichsR, 1923 i.R. 48/160 135–157v, 49/160 163–174v

Wolfstieg, August (geb. 1859), Bibliothekar, 1882 Volontär UB Berlin, 1885 im FinMinm., 1889–96 UB Berlin, 1896 Bibliothekar am AH, 1908 Dir. Bibl., 1917 GehRegR, Prof. 188/166 12

Wrochem, v., (geb. 1854/55), 1876/77 Eintritt in den Staatsdienst, 1903 GehRegR u. VotrR Oberrechnungskammer, um 1908 GehORegR, VotrR Rechnungshof Dt. Reich 53/160 195v

Wulff, (geb. 1862/63), ORegR Eisenbahndirektion Altona, 17.8.1917 Präs. Eisenbahndirektion Berlin 208/166 196v

Württemberg, Gf. v.

→ Wilhelm, Herzog v. Urach, Gf. v. Württemberg

York v. Wartenburg, Heinrich Gf. (1861–1923), Fideikommißbes., 1895–98 LandR Groß-Wartenberg, 1898–1900 Ohlau, 1898–1918 MdH 21/159 139, 141v, 143v, 146; 53/160 194v; 179/165 277; 198/166 107; 249/167 244, 266/167 391–393v

Zawow

→ Sawoff, Michael

Zedlitz und Neukirch, Gottfried Heinrich Frh. v. (1863–nach 1937), Jurist, 1885 GerRef., 1888 bei Reg. Bromberg, Merseburg, 1891 RegAss. Osnabrück, 1894 beim OPräs. Hannover, 1897/98 LandR Konitz, 1901/02 Linden (b. Hannover), 1904 Hilfsarb. KuMinm., 1905 GehRegR u. VotrR, 1907 GehORegR, 1911 Wechsel mit der Medizinalabt. zum MdI, 18.3.1914–1919 RegPräs. Köslin, Wirkl.GehORegR, Ehrenritter Johanniter-Orden 15/159; 104/163 64v–65

Zedlitz und Neukirch, Octavio W. Frh. v. (1840–1919), Jurist, 1864/65 bei der Zivilkomm. f. d. annektierten ElbHzgtm., 1867 RegAss., 1868–77 LandR Sagan, 1871 Unterpräfekt St. Quentin, 1874 delegiert als Hilfsarb. RK, 1876–77 beurlaubt ins HandMinm., 1881 VotrR Minm.öA, GehORegR, 1899 Präs. Seehandlung, 1899 a.D., 1909 Mitgl. Immediatkomm. Verwaltungsreform, 1912 Beleidigung Bethmann Hollwegs, 3.1.1917 Wirkl.GehR u. Exz., 1871–74 MdR, 1876–1918 MdA (1907 Fraktionsvors. RFKP) 18/159 73, 104, 21/159 140v, 33/159 281; 45/160 120, 50/160 176v; 63/161 77, 72/161 175; 96/162 193v; 117/163 203; 125/164 2v, 134/164 137, 136/164 155v; 157/165 59v, 159/165 92v, 176/165 240v, 241v, 186/165 380; 221/166 332v; 226/167 3

Zedlitz und Trützschler, Robert Gf. v. (1837–1914), Rittergutsbes., 1856–62 Offizier, Verwalter d. väterl. Gutes, Vors. ProvAusschuß, 1881 RegPräs. Oppeln, 1884 MdStR, 1886 OPräs. Posen u. Präs. Ansiedlungskomm., 1891–92 KuMinr, 1898 OPräs. Hessen-Nassau, 1903–09 OPräs. Schlesien, 1909 Mitgl. (1913 stellv. Vors.) Immediatkomm. Verwaltungsreform, 1910 MdH, Vors. Landwirtschaftskammer Schlesien 5/158 232v; 28/159 206v, 208v, 211, 32/159 269–270; 205/VI 197v

Zehnhoff, Hugo am (1855–1930), Jurist, 1876 GerRef., 1882 GerAss. OLG Köln, 1882 Rechtsanw. beim OLG Köln, 1906 beim OLG Düsseldorf u. GehJusR, 1913 Vors. Anwaltskammer Düsseldorf, 1898–1908, 1919–30 MdA/MdLT (Zentrum), 1899–1918 MdR, 1919–27 JMinr. 53/160 194v; 226/167 10

Zieten-Schwerin, Albert (1859: Gf.) v. (1835–1922), Fideikommißbes., Ltn. a.D., 1874–1918 MdH, 1884 MdStR, 1904 Wirkl.GehR, Vors. Generalsynodalvorstand, Ehrenkommendator Johanniter-Orden 33/159 281v–282; 116/163 193v

- Ziller, Hermann** (1905: **Frh. v.**) (1867–1929), Jurist, Hptm. a.D., 1890 Ref., 1894 RegAss., 1900 Hilfsarb. RAdI, 1901 bei Reg. Kassel, 1902/03 LandR Zabrze, 1907 Hilfsarb. MdI, 1907 GehRegR u. VortrR MdI, 1910 GehORegR, ca. Okt. 1914–Mitte 1917 RegPräs. Lüneburg, Aug. 1917–31.3.1918 (i.R.) OPräs. Pommern, 2.3.1918 Wirkl.GehR 58/161 56; 112/163 121v–122; 209/166 200v–201; 231/167 51
- Zimmermann**, OIng. Mannheim, 1909 Ordenssache 2/158 205v
- Zimmermann, Arthur** (1864–1940), Jurist, 1887 GerRef. OLG-Bez. Königsberg, 1893 GerAss., Vizekonsul Shanghai, kommissar. Konsul Kanton, 1900 Vertreter Konsul Tentsin, 1902 LegR u. ständ. Hilfsarb. AA, 1903 Wirkl.LegR u. VortrR, 1907 GehLegR, 1910 Dirigent polit. Abt., 1911 UStS u. Wirkl.GehLegR, 24.12.1914 Wirkl.GehR, 2.11.1916–6.8.1917 StS AA 156/165 37v, 42v; 205/VI
- Zimmermann, Eugen**, Offizier, Eintritt in Scherl-Verlag, 1915–24 Dir. Verlagsgesellschaft, 1920 Vors. Vorstand Schel GmbH, 1920–24 Delegierter AR Scherl GmbH mit den Vollmachten eines GenDir. im Vorstand der VERA Verlags-Anstalt GmbH, Mitgl. AR Telegraphen Union u. Transocean, Mitgl. „Deutsche Gesellschaft von 1914“ 161/165 nach Bl. 102: Bl. 3–3v
- Zita, Kaiserin v. Österreich u. Königin v. Ungarn** (1892–1989), 24.11.1916–11./13.11.1918 Kaiserin u. Königin, geb. Prinzessin v. Bourbon-Parma, 1911 Heirat des späteren Karl I. 211/166 229
- Zitzewitz**, ca. Anf. 1909 „Fall Z.“ (Beleidigungsprozeß) 35/160 22v
- Zoltowski, Gf.**, Vors. Poln. Partei der nationalen Arbeit im preuß. Staate (gegr. ca. Anf. 1917) [vermutl. Adam Gf. Z., 1866–1934, Rittergutsbes., 1909–18 MdH] 196/166 83
- Zorn v. Bulach, Hugo Frh.** (1851–1921), Majoratsherr, 1870/71 frz. Offizier, Bgm. Osthausen, 1895 UStS Elsaß-Lothr., 1903 Wirkl.GehR, 30.10.1908–Anf. 1914 StS Minm. f. Elsaß-Lothr., 1879 Mitgl. Landesausschuß Elsaß-Lothr., 1881–87, 1890–98 MdR (Elsässer, DkP), 1882 MdStR f. Elsaß-Lothr. 28/159 216v 99/163 19v–20; 215/166 279v
- Zorn, Philipp** (1850–1928), Jurist, 1895 GehJusR, 1899 wissenschaftl. Delegierter Haager Friedenskonferenz, 1900 Prof. f. Reichs- u. Landesstaatsrecht sowie Verwaltungs-, Völker- u. Kirchenrecht Bonn, 1907 Delegierter II. Haager Friedenskonferenz, 1905 MdH u. Kronsyndikus 227/167 20v, 23–23v
- Zuckschwerdt, Wilhelm** (1852–nach 1926), Bankier u. Zuckergroßhändler, Gründer u. Vors. HK Magdeburg, 1906 Geh. Kommerzienrat, Mitgl. zahlreicher AR, u.a. Disconto-Gesellschaft, 1901–09 MdA (NLP), 1912–18 MdH 54/161 3
- Zuntz, Nathan** (1847–1920), Mediziner u. Physiologe, 1868 Approbation, 1881 Prof. Landwirtschaftl. Hochschule Berlin, 1906–08 Rektor, GehRegR 144/164 242v

Ortsregister

Aachen 41/160 62a; 97/163 9v; 140/164 188, 196v; 177/165 256; 188/166 16v, 211/166 230v, 232v, 240; 266/167 400v
Abgunst (Krs. Hofgeismar) 32/159 261v
Adrianopel 144/164 236v
Algeciras 51/160 185v
Allenstein 83/162 96; 117/163 213v, 118/163 226, 229, 237
Alt-Friedland (Rittergut, Krs. Oberbarnim) 169/165 172v
Altona (b. Hamburg) 104/163 65v, 68; 144/164 247; 197/166 97, 208/166 196v; 250/167 255, 259/167 340, 268/167 409v
Anklam 118/163 228
Antwerpen 81/162 71; 176/165 243; 211/166 231, 233v, 235v, 237v, 241; 269/167 416
Apenrade 104/163 65v, 68v; 266/167 397
Aquilea 130/Fundort S. 4
Arnsberg 41/160 62av; 64/161 85–89; 148/164 323v; 154/165 26v
Arsleben (Krs. Apenrade) 104/163 66
Aschaffenburg 201/166 132v–133
Athen 97/163 7v
Augustów (Russisch-Polen) 229/167 38v
Aurich 26/159 177v; 41/160 62av; 117/163 206v

Bad Homburg 191/166 35v; 233/167 76
Bad Kreuznach 219/166 323v–324v, 325v; 220/VI; 223/166 362v; 228/167 27v
Baku 254/167 301v
Baranowitschi (Ukraine) 239/167 156v
Baranowo (Gut, Krs. Posen-West) 45/160 115v
Barmen 33/159 285; 48/160 149v; 248/167 239v
Basel 44/160 92v
Beeskow 201/166 139
Belgrad 180/165 299v
Bendzin (Russisch-Polen) 125/164 18; 223/166 362v–363v; 229/167 38v, 230/167 44, 47
Bergen (Rügen) 171/165 185–185v
Bergheim/Erft 239/167 147v
Berlin 5/158 233, 6/158 260, 263v, 10/158 332v–333; 14/159 3v, 15/159 18v, 16/159 45, 18/159 81v, 84v, 85v, 23/159 161v; 35/160 11–21, 45/160 109, 48/160 147v, 149, 49/160 167, 171v–172, 50/160 183; 54/161 3, 55/161 17v, 66/161, 67/161 115, 125, 70/161 146–156; 74/162 3v, 75/162 16–20, 76/162 29, 78/162 58, 81/162 73v, 92/162 154v; 97/163 10, 98/163 16, 99/163 19, 101/163 42v–46, 109/163 96v–103v, 114/163 141, 142v, 115/163 168v, 118/163 222, 228v, 230, 235v–236, 120/163 244v, 245v, 121/163 257, 122/163 269, 124/163 306, 308v; 125/164 11v–12, 13v–14, 126/164 57v, 127/164 64, 67, 71v, 77, 79, 129/164 94–96; 134/Fundort S. 1; 134/164 129v, 131v, 136/164 157–157v, 137/164 163, 165, 140/164 187v–189v, 192, 196, 198v, 201v, 143/164 226v, 144/164 243, 246, 145/164 256v, 266v, 147/164 292v, 294, 295v, 148/164 314v, 149/164

- 332v; *154/165* 20v, 25, 26v, 29–29v, *156/165* 47v, 50v, *161/165* nach Bl. 102: Bl. 6–6v, *169/165* 172, *171/165* 185, *173/165* 193v–194, 202, *177/165* 246v, 250v, 251v, 257, *185/165* 375v, *187/165* 391v–392; *195/166* 72, *196/166* 85, *197/166* 94–94v, 98v–99, *199/166* 124v, *201/166* 139, 140, *203/166* 157v, 159v, 161, *204/166* 168; *205/VI* 184v, 187, 193v; *207/166* 188, *208/166* 196v–197, 198v, *209/166* 204v, 207v, 209, *210/166* 213v, *216/166* 287v–289v, 291–291v, 294, 297–297v; *220/VI* 231v; *228/167* 27v, *229/167* 39v–40, *232/167* 70, *233/167* 88v, *239/167* 149v, 151v, 157v, *245/167* 214v, *246/167* 222v, *248/167* 237–238v, *249/167* 246, *250/167* 255v–256v, 257v–259v, *252/167* 285v, *253/167* 293, *260/167* 344v, *262/167* 359–361, *263/167* 375v, *264/167* 387, *266/167* 393, *268/167* 409v, *269/167* 417–418
- Abgeordnetenhaus *71/161* 158–164; *72/161* 174v–177v; *129/164* 84; *178/165* 262–262v
 - Brandenburger Tor *145/164* 263v; *262/167* 359v
 - Charlottenburg (b. Berlin) *26/159* 171; *35/160* 15, 17; *66/161* 105v–106, *70/161* 150; *118/163* 231, 234; *144/164* 246; *191/166* 36, *197/166* 96–96v, 99
 - - Wasserwerke *109/163* 97–98, 101–101v
 - Dahlem (b. Berlin) *5/158* 247–251; *75/162* 19
 - Grunewald (b. Berlin) *5/158* 247v; *66/161* 106v, *70/161* 146v, 153v; *109/163* 97–98, 101v; *198/166* 111
 - Herrenhaus *217/166* 304
 - Hotel Adlon *179/165* 286v
 - Humboldtmühle *129/164* 95
 - In den Zelten *145/164* 263v
 - Invalidenhaus *5/158* 248v
 - Kriegsministerium *71/161* 161v
 - - vorm. Fürstl. Pleßches Grundstück *71/161* 159v
 - Leipziger Straße 4, Alte Porzellanmanufaktur *71/161* 161
 - Lichtenberg (b. Berlin) *117/163* 208
 - Moabit *28/159* 218, zu 219; *35/160* 21v
 - Neukölln (b. Berlin) *75/162* 19; *117/163* 208; *154/165* 25, 27v
 - Niederschönhausen (b. Berlin) *109/163* 98
 - Pankow (b. Berlin)
 - - Stadtpark *109/163* 101
 - Pichelswerder *70/161* 155v
 - Prinz-Albrecht-Str. Nr. 6 *71/161* 160
 - Reichskanzlerpalais *71/161* 160; *117/163* 203
 - Reichskanzlerplatz *35/160* 15
 - Reichstagsgebäude *229/167* 40–40v
 - Reinickendorf (b. Berlin) *149/164* 312v
 - Schöneweide (b. Berlin) *145/164* 256v
 - Schönholz (b. Berlin)
 - - Schönholzer Heide *109/163* 97–98, 101–102v
 - Siegessäule *262/167* 359v
 - Spandau (b. Berlin) *35/160* 13v–17
 - - Döberitzer Heerstraße *35/160* 15, 17; *70/161* 153v, 155v
 - Stadtbahnterritorium *61/161* 70
 - Stadtwald *70/161* 146–156; *109/163* 96v–103v
 - Steglitz (b. Berlin) *145/164* 263v

- Tegel (b. Berlin)
- - Oberförsterei Süd *109/163* 97, 99v–101
- - Tegeler See *70/161* 153, 154, 155v
- Tempelhof (b. Berlin) *198/166* 111
- - Tempelhofer Feld *28/159* 204; *109/163* 101–102
- Treptow (b. Berlin) *229/167* 40v
- Unter den Linden *262/167* 359–359v
- - Nr. 7, Botschaft Sowjetrußlands *262/167* 359–359v
- - Straßenbahntunnel *240/167* 165
- Vororte *18/159* 84v, 85v; *35/160* 11–21; *75/162* 17; *109/163* 96v–103v; *145/164* 256v, *149/164* 332v; *191/166* 35–36, 38, *197/166* 94; *205/VI* 197v; *262/167* 360
- Voßstraße *5/158* 250
- - Bayerische Gesandtschaft *244/167* 196
- Wilhelmstraße *173/165* 193; *192/166* 40
- Wilmersdorf (b. Berlin) *48/160* 147v
- Wuhlheide *70/161* 150
- Bern** *106/163* 78
- Bielefeld** *30/159* 231v; *54/161* 3v; *124/163* 300
- Bitterfeld** *124/163* 312v, 314v–315
- Bochum** *67/161* 125; *126/164* 57v, 60; *201/166* 139; *266/167* 390v
- Bonn** *48/160* 150
- Bordeaux** *215/166* 279
- Borken** *146/164* 287
- Brandenburg** *33/159* 283; *118/163* 228v, *124/163* 300
- Braunschweig** *268/167* 409v
- Bremen** *18/159* 84v, 86v; *136/164* 155–157, *146/164* 286v–287; *198/166* 114v; *205/VI* 190v; *211/166* 237v
- Breslau** *33/159* 282v; *44/160* 101, *48/160* 134v–135; *55/161* 16; *74/162* 4v, *88/162* 118v; *98/163* 16, *122/163* 275v, 276v; *127/164* 67; *154/165* 27, *169/165* 172–172v; *209/166* 201, 204v; *226/167* 9, *263/167* 369v
- Festung *125/164* 15
- Brest-Litowsk** *130/Fundort S. 7*; *223/166* 360v–366, *225/166* 372–374; *226/167* 2–4, *228/167* 27–30v, *231/167* 53v, *233/167* 92, *234/167* 94, *251/167* 267, 268v, *253/167* 293v, *263/167* 373v
- Briese** (Schloß, Krs. Oels) *177/165* 246
- Briey** (Frankreich) *132/164* 107, *146/164* 279v; *211/166* 232, 235v–238, 239v–240, 242
- Broacker** (Halbinsel Sundewitt) *266/167* 397
- Bromberg** *54/161* 3; *88/162* 118v; *117/163* 206v–207; *197/166* 95–95v, 96v
- Brügge** (Belgien) *211/166* 230v
- Brüssel** *211/166* 230v; *269/167* 416
- Buchsweiler** (Elsaß) *95/162* 189v
- Budapest** *255/167* 39v
- Buftea** (Rumänien) *245/167* 213
- Bukarest** *25/159* 168; *174/165* 204v, *180/165* 297, 311; *241/167* 171

- Cadinen** (Krs. Elbing) *36/160* 25
- Calais** *176/165* 234
- Celle** *268/167* 409
- Charleville/Maas** *161/165* nach Bl. 102: Bl. 2–2v, 3v

Charlottenburg (b. Berlin)

→ Berlin

Château-Salins (Lothringen) 53/160 196

Constanza (Rumänien) 220/VI 231; 223/166 362; 245/167 213v

Cottbus 124/163 301v–302

Czarnikau/Netze 117/163 206v

Czenstochau 125/164 17v; 223/166 362v; 230/167 44–44v, 46v–47

Czernawoda (Rumänien) 220/VI 231, 223/166 362

Dahlem (b. Berlin)

→ Berlin

Danzig 7/158 280v; 45/160 115, 49/160 167v; 93/162 159; 117/163 204v, 208; 151/164 359v; 205/VI 193v; 210/166 222v; 220/VI 222; 227/167 21, 230/167 43v, 44v, 263/167 368

Darmstadt 97/163 7v

Datteln (Krs. Recklinghausen) 115/163 168

Den Haag 263/167 363v

Dessau 226/167 9

Diedenhofen/Mosel (frz.: Thionville) 48/160 150

Dillenburg 197/166 96v

Dombrowa (Russisch-Polen) 223/166 363v

Dortmund 64/161 85–89; 207/166 190v, 209/166 210v, 210/166 213

- Zeche Lukas 32/159 263

Dresden 66/161 106, 106v; 156/165 39v

Droyssig (Krs. Weißenfels) 81/162 71

Duisburg 67/161 115v; 254/167 304

Dünaburg 233/167 76

Düsseldorf 5/158 233, 7/158 280v; 32/159 266, 33/159 285; 50/160 177, 178v–180v; 54/161 3v; 118/163 231, 124/163 302v; 140/164 193; 154/165 26v; 203/166 161; 205/VI 187; 209/166 204v; 226/167 5v–6v, 239/167 147v–148, 251/167 274, 268/167 409v

Eberbach/Neckar 2/158 205v

Eberswalde (Krs. Oberbarnim) 48/160 150

Eger 220/VI 216

Elberfeld 97/163 9v; 205/VI 193v

Elbing

- Niederung 116/163 194

Emden 115/163 168; 211/166 237v

Erfurt 38/160 30v; 89/162 125v; 177/165 256; 235/167 120v–121

Essen 32/159 263, 33/159 281v; 70/161 150; 118/163 224, 233; 129/164 87; 201/166 139

Eßlingen/Neckar 44/160 91

Farris [?, vermutl. Farrisgaard, Krs. Hadersleben] 104/163 66v–70v

Feldkirch (Österreich) 141/164 214v

Filehne/Netze 117/163 206v

Fiume 130/Fundort S. 12

Flensburg 104/163 65v, 68v, 70v, 110/163 112v–118v; 266/167 397v

Frankenstein (Schlesien) 117/163 206

Frankfurt/M. 8/158 302; 28/159 204; 48/160 151v; 55/161 16–20v, 67/161 116; 120/163 244v, 122/163 272; 226/167 6v

- Kaiserbrücke 240/167 165

Frankfurt/O. 117/163 208, 120/163 244v; 137/164 164; 209/166 200; 231/167 51, 235/167 120v–121

Fraustadt (Posen) 117/163 207v

Freiburg/Br. 2/158 204v; 55/161 17v

Freienwalde (Krs. Oberbarnim) 169/165 172v

Fröschweiler (Krs. Weissenburg) 33/159 282v

Fulda 34/160 4

Fürstenberg/O. 44/160 101; 74/162 4v

Gießen 55/161 17v

Glogau/O. 120/163 243

Glückstadt

→ Obendeich

Gmunden (Österreich) 91/162 136

Gnesen 134/164 140v; 230/167 44v

Goldap 117/163 210v; 171/165 184

Golubi (Ukraine) 239/167 156v

Görz (Österreich) 173/165 189

Göteborg 81/162 74v–78; 141/164 218

Gotha 197/166 95

Gothenburg (Schweden)

→ Göteborg

Graudenz 26/159 177

Groß Reichenau (Krs. Sagan) 97/163 7v

Grunewald (b. Berlin)

→ Berlin

Gülzow 47/160 127v

Gumbinnen 83/162 96; 118/163 226, 229, 237; 135/164 145v

Gummersbach 197/166 96

Hadersleben (Schleswig) 104/163 65v, 68v

Hagenau (Elsaß) 8/158 303; 33/159 283

Haiger/Dill 44/160 91v

Halle/S. 55/161 16v, 66/161 107, 67/161 119, 125; 83/162 97v; 97/163 8–8v, 109/163 97v, 124/163 315; 252/167 277

Hamburg 18/159 86v, 32/159 266; 49/160 165v; 101/163 42v–46, 104/163 68, 70v; 127/164 67, 143/164 227, 146/164 286v–287, 289, 147/164 294; 173/165 193; 198/166 107v–108, 201/166 135, 203/166 161v; 205/VI 190v; 209/166 200v, 211/166 237v; 226/167 4v, 249/167 245, 268/167 409v

Hameln 129/164 94

Hanau 197/166 96v

Hannover 26/159 171, 33/159 282v, 283v; 70/161 150; 104/163 65, 115/163 167v, 168v, 116/163 182–183, 122/163 267v; 134/164 131v; 154/165 25v, 28v, 186/165 381v; 197/166 94–99, 201/166 133v, 216/166 287v, 223/166 360v; 268/167 409v

Harburg/E. 209/166 200v

- Harsova** (Rumänien) *180/165* 296v
Heidelberg *2/158* 205v; *55/161* 17v; *91/162* 134v
Herrenhausen (Schloß b. Hannover) *91/162* 133v
Hildesheim *67/161* 115v; *115/163* 168, 173v, *116/163* 196v, *122/163* 267v; *177/165* 256; *197/166* 96
Homburg
 → Bad Homburg
Hörde (Krs. Dortmund) *210/166* 213v
Hoya/Weser *115/163* 168
Hoyer (Krs. Tondern) *266/167* 397v

Insterburg *117/163* 211v
Itzehoe *22/159* 154v; *197/166* 97
 - Zisterzienserkloster *22/159* 154v
Iwangorod/Weichsel *230/167* 43v, *263/167* 373v
Iwno (Krs. Schroda) *186/165* 381v

Jassy (Rumänien) *245/167* 212v
Jena *55/161* 16v; *81/162* 76

Kalisch (Russisch-Polen) *125/164* 17v; *230/167* 46
Kamenz (Krs. Frankenstein) *120/163* 243
Kapstadt (Südafrika) *49/160* 165v
Karlsbad *174/165* 207v
Karlsruhe *2/158* 204–205v; *67/161* 110, 118; *132/164* 105v, *143/164* 226v
Kassel *26/159* 177v, *28/159* 204–205; *66/161* 106v; *117/163* 205v; *197/166* 96v, *208/166* 197–198v
Kastel (b. Mainz)
 → Mainz
Kattowitz *7/158* 280v–284, *8/158* 298–298v, *9/158* 310v; *15/159* 13v–14v; *45/160* 109v, *50/160* 179v–181, *53/160* 198–199v
Kazmierz (Krs. Samter) *42/160* 64v
Kehl a. Rh. *85/162* 107
Kiautschou *180/165* 303
Kiel *28/159* 204; *47/160* 127v–128; *104/163* 65v, *120/163* 244v–245, *121/163* 258v; *173/165* 192v; *198/166* 114v; *231/167* 53v, *244/167* 209v, *268/167* 408, 409v, *269/167* 417
 - Förde *266/167* 397
Kiew *239/167* 156v
Klahrheim (Fideikommiß, Krs. Bromberg) *45/160* 115v
Klein Spiegel (Krs. Saatzig) *95/162* 189v
Klosterkrug (Krs. Schleswig) *104/163* 68
Knapsack (Krs. Köln) *124/163* 309v, 311–311v, 313v–314v, 316; *126/164* 54v, 57, 58v–60
Koblenz *26/159* 177v; *41/160* 62a; *132/Fundort* S. 26; *140/164* 198; *156/165* 50v; *208/166* 197; *232/167* 70, *233/167* 91, *248/167* 239v
Kohlo
 → Kolo
Kola
 → Kolo

- Kolberg** *117/163* 206–206v
Koldromb (Gut, Krs. Wongrowitz) *196/166* 83v
Kolmar (Elsaß) *44/160* 102v–103; *146/164* 279v
Kolmar/Westpreußen *117/163* 206v
Köln *6/158* 259v; *18/159* 103v, *33/159* 285; *41/160* 62b v; *67/161* 115v–116, 119, 128v, *70/161* 150; *76/162* 26; *98/163* 13v, *115/163* 177v, *121/163* 260; *127/164* 67, 79v; *188/166* 15; *205/VI* 193v; *207/166* 188–188v, *209/166* 204v; *233/167* 91v, *268/167* 409v
Kolo/Warthe *223/166* 362v; *229/167* 38v
Königgrätz *220/VI* 211
Königsberg (Ostpreußen) *7/158* 280v; *26/159* 176v; *49/160* 167v; *83/162* 96, *88/162* 118v; *97/163* 8–9, *98/163* 16, *115/163* 177v, *116/163* 182, 187, 194, *117/163* 204, 208, *120/163* 247; *134/164* 138, *135/164* 145–145v, *140/164* 188, 196v, *151/164* 359v; *171/165* 184; *197/166* 96v, *210/166* 222v; *228/167* 29
 - Festung *109/163* 102
Königshütte (Krs. Beuthen) *30/159* 231v
Konin (b. Kalisch) *230/167* 44–44v, 46v
Konitz *104/163* 65
Konstantinopel *49/160* 174v; *140/Fundort* S. 1–2; *144/164* 235v, 239, *148/164* 311v; *156/165* 50, *185/165* 376v; *207/166* 188
Konstanz *44/160* 91, 92, 94, 100
Kopenhagen *145/164* 251v; *250/167* 255v–256, *263/167* 363v, *266/167* 395, 397–397v
Kosel/Oder *64/161* 88
Köslin *41/160* 62b v; *104/163* 64v
Kowel *263/167* 373v
Krakau *2/158* 207v; *175/165* 217v; *220/VI* 229v
Krefeld *67/161* 115v
Kreuznach
 → Bad Kreuznach
Kreuzthal (Krs. Siegen) *44/160* 91v
Krotoschin *45/160* 116
Kufstein (Tirol) *265/167* 388v
Küstendiel (Bulgarien) *255/167* 319
- Landsberg a. Lech** *48/160* 150
Lanke (Krs. Niederbarnim) *92/162* 154v, 156
Lauda (Krs. Mosbach) *2/158* 205v
Le Catelet (Frankreich) *260/167* 345v
Lebus/O. *117/163* 208
Leer *117/163* 206v
Leipzig *44/160* 100; *55/161* 16v, *66/161* 106; *101/163* 42v–46, *120/163* 246v, *124/163* 315
Lichtenberg (b. Berlin)
 → Berlin
Liebenwerda *122/163* 267v
Liegnitz *122/163* 267; *127/164* 67; *177/165* 246
Linden (b. Hannover) *104/163* 65
Lipno (b. Plozk) *230/167* 46
Lissa *104/163* 65, *117/163* 207v
Lissabon *160/165* 97v

- Loccum** (Kloster, Krs. Stolzenau) 33/159 282v
Lodz 123/163 297; 125/164 15, 17v; 176/165 232
Lomsha (Russisch-Polen) 220/VI 216
London 35/160 13v
Lübben 148/164 323
Lübeck 122/163 272; 146/164 286v–287
Lublin 175/165 210v; 212/166 246v; 220/VI 209v, 212v, 215v
Ludwigshafen/Rhein 124/163 309v, 311–311v, 313v–314v, 316; 126/164 54v, 57, 58–60, 143/164 226v
Lugano (Schweiz) 135/Fundort S. 3
Lügumkloster (Krs. Tondern) 266/167 397v
Lüneburg 112/163 121v–122; 209/166 200v; 231/167 51
Lüttich 132/Fundort S. 25; 180/165 302v, 307v, 187/165 399; 211/166 235; 220/VI 221v; 230/167 49v
Lyck 117/163 211, 214
- Magdeburg** 5/158 233v, 7/158 280v; 25/159 168, 26/159 171; 54/161 3, 66/161 106v; 78/162 58v; 97/163 10, 116/163 196; 189/166 19v, 197/166 94–96, 98, 208/166 197–197v, 216/166 289–289v; 268/167 409v
Mainz 183/165 355v–356
 - Kastel 70/161 151
Maltsch (Krs. Neumarkt) 120/163 243
Mannheim 2/158 204v, 205v; 91/162 134v
Marburg 55/161 16v, 17v; 254/167 306
Maria Laach (Krs. Mayen) 251/167 268
Meinerzhagen (Krs. Altena) 44/160 91v
Memel 26/159 176v; 210/166 222v
Merseburg 26/159 177v; 66/161 106
Metz 4/158 224; 44/160 102v; 146/164 278; 211/166 240
Minden 5/158 233–233v; 197/166 95–95v, 96v
Mlawa (Russisch-Polen) 229/167 38v, 230/167 46
Moskau 253/167 292v
Mossamedes (Portugal) 160/165 97v
Mülhausen (Elsaß) 44/160 102v; 132/164 106–106v, 146/164 279v–280
Mülheim a. Rh. 67/161 115v
München 67/161 110, 118; 125/164 13v, 132/164 105v, 140/164 188, 146/164 279; 156/165 39v, 173/165 192v, 196v, 200v; 194/166 64v; 263/167 365, 265/167 388v, 268/167 409v
 - Deutsches Museum 68/161 143
Munkmarsch (Krs. Tondern) 266/167 397v
Münster 7/158 280v; 55/161 16v; 93/162 159; 97/163 9; 140/164 203v, 144/164 247; 239/167 147
- Nassau/Lahn** 67/161 112v
Naulila (Angola) 160/165 98
Naumburg/Saale 66/161 105v
Neubabelsberg (b. Potsdam) 66/161 104
Neukölln (b. Berlin)
 → Berlin

- Neumünster** (Krs. Kiel) *104/163* 65v
Neuss *76/162* 24v, 26
Neuve Chapelle (Dorf i. d. Champagne) *132/Fundort* S. 21
Niederschönhausen (b. Berlin)
 → Berlin
Nisch (Serbien) *260/167* 346v
Nizza *85/162* 107v
Norburg (Krs. Sonderburg) *5/158* 241v, 245–245v
Nordhausen *66/161* 105; *189/166* 19
Nowo-Georgiewsk (Rußland) *223/166* 363
- Obendeich** (b. Glückstadt, Krs. Steinburg) *32/159* 261v; *97/163* 8
Oberhausen (Krs. Mühlheim/R.) *129/164* 87; *226/167* 5v
Oberhof (Thüringen) *248/167* 236
Odessa *67/161* 110, 122v; *126/164* 49; *223/166* 365
Offenbach *67/161* 125
Oldenburg *154/165* 28v; *268/167* 409v
Olpe *44/160* 91v
Oppeln *32/159* 269–270, *78/162* 58v; *148/164* 323v–325; *154/165* 26v; *207/166* 187
Oschersleben *99/163* 19
Osnabrück *177/165* 256; *197/166* 95–96
Ostrolenka/Narem *223/166* 363; *230/167* 44
Ottweiler/Blies *169/165* 173
- Pankow** (b. Berlin)
 → Berlin
Paris *25/159* 168; *45/160* 109; *187/165* 399v
Passau *201/166* 133; *205/VI* 190
Peine *115/163* 168, 173v, *116/163* 196–196v
Perleberg (Krs. Westprignitz) *169/165* 172
Petersburg
 → St. Petersburg
Petrograd
 → St. Petersburg
Pleschen *230/167* 44v
Pleß *156/165* 38v, *174/165* 205v, *179/165* 282v
Plozk/Weichsel *223/166* 363
Posen *45/160* 115, *48/160* 149v, *53/160* 195v; *114/163* 142, *117/163* 204v; *127/164* 81, *134/164* 140–140v, *151/164* 359v–360, 361v; *154/165* 21, 22–22v, *175/165* 217v, *186/165* 382; *196/166* 84v, 87, 88, *197/166* 95–95v, 96v; *220/VI* 222, 229v; *223/166* 366; *230/167* 43v, 44v, *235/167* 121
 - Schloß *8/158* 301–301v
Potsdam *5/158* 233, *10/158* 332v–333; *99/163* 19, *117/163* 208, *124/163* 300; *148/164* 323–325; *169/165* 172; *188/166* 11v, *191/166* 35–35v, 37v–38, *197/166* 94–94v, 98, *208/166* 197–197v, *216/166* 289–289v; *226/167* 5v–6
 - Neues Palais *269/167* 416v
Prenzlau *129/164* 95

- Rathenow** (Krs. Westhavelland) *129/164* 95; *169/165* 173
Ratibor *209/166* 210v
Recklinghausen *93/162* 159–159v
Reichenau
 → Groß Reichenau
Reinickendorf (b. Berlin)
 → Berlin
Reisen (Herrschaft, Krs. Lissa) *17/159* 68; *42/160* 64v
Remscheid (Krs. Lennep) *48/160* 149v; *226/167* 9
Rendsburg/Eider *104/163* 65v
Rheinbach (Eifel) *239/167* 147–147v
Riga *126/164* 49v; *211/166* 228v; *248/167* 235v, *251/167* 262v, *253/167* 295
Rijeika
 → Fiume
Rom *134/164* 140–140v; *135/Fundort S. 3*
Rothenkrug (Krs. Apenrade) *104/163* 66–67, 69v
Rotterdam *139/164* 175v; *211/166* 237v
- Saarau** (Krs. Schweidnitz) *33/159* 282v
Saarbrücken *169/165* 173, *184/165* 362v; *220/VI* 221v
Sachsenhof (Herrschaft, Krs. Samter) *42/160* 64v
Saloniki *152/164* 372v
Salzburg *248/167* 230v, 232
Sangerhausen *66/161* 105
Saßnitz *22/159* 157
 - Hafen *22/159* 157
 - Quarantäneanstalt *48/160* 148
Schleswig *104/163* 65v, *113/163* 184, *117/163* 208; *135/164* 145v, *148/164* 324; *197/166* 96v
Schlettstadt (Niederelsaß) *95/162* 190
Schneidemühl (Krs. Kolmar/Pr.) *120/163* 243
Schönevide (b. Berlin)
 → Berlin
Schönholz (b. Berlin)
 → Berlin
Schötzow (Krs. Kolberg-Körlin) *33/159* 281v
Schräbsdorf (Krs. Frankenstein) *83/162* 97
Schwiebus (Krs. Züllichau-Schwiebus) *127/164* 67
Siegsruh (Krs. Kulm) *26/159* 176v
Sittard (b. Maastrich) *141/164* 214v
Skierniewice (Russisch-Polen) *125/164* 17v
Sofia *185/165* 376v; *254/167* 301v, *255/167* 318v–320, *257/167* 331
Solingen *223/166* 360
Sosnowice (Russisch-Polen) *131/Fundort S. 5, 10–11*; *132/Fundort S. 20*
Spa (Belgien) *245/167* 214, *248/167* 229, *253/167* 291v–293, *254/167* 299–299v, *256/167* 326v–327, *269/167* 418v
Spandau (b. Berlin)
 → Berlin

- St. Petersburg** *113/163* 124–125; *220/VI* 228v; *223/166* 362, *225/166* 373v; *251/167* 261v, *253/167* 294
 → Petersburg
- St. Quentin** (Frankreich, Dept. Aisne) *258/167* 336v
- St. Ulrich** (Schloß, Krs. Querfurt) *32/159* 261v
- St. Wendel** *248/167* 239v
- Stade** *177/165* 256; *197/166* 96; *254/167* 308
- Stanislau** (Österreich, Galizien) *173/165* 189
- Steglitz** (b. Berlin)
 → Berlin
- Stenschewo** (Herrschaft u. Vorwerk, Krs. Meseritz) *42/160* 64v, *45/160* 116, 119
- Stettin** *32/159* 261; *49/160* 167v; *67/161* 115v; *125/164* 11–12, *144/164* 247, *151/164* 359v; *204/166* 165v; *205/VI* 187, 189v, 193v, 194v; *207/166* 187v, *208/166* 198–198v, *209/166* 201, *210/166* 222v; *268/167* 409v
- Stockholm** *173/165* 190; *225/166* 373v; *226/167* 2
- Stolzenfelde** (Krs. Königsberg/Neumark) *33/159* 281v
- Storchnest** (Schloß, Krs. Lissa) *97/163* 7–7v
- Storkow** (Krs. Beeskow-Storkow) *201/166* 139
- Stovern** (Haus St., Krs. Lingen) *81/162* 73v
- Stralsund** *177/165* 256; *197/166* 95–95v, 97
- Straßburg** *4/158* 224, *8/158* 302v; *33/159* 283; *44/160* 102v–103, *45/160* 109v, *53/160* 196; *97/163* 10, *99/163* 19v; *132/164* 107v–108, *146/164* 274, *277–279v*, 282v, 283v; *169/165* 172; *207/166* 188–188v, *215/166* 277, 284v
 - Kaiserpalast *146/164* 277
- Stuttgart** *2/158* 203v–205; *67/161* 110, 118; *97/163* 7v, *120/163* 244v; *132/164* 105v; *190/166* 30v, *194/166* 64v, *212/166* 249v; *254/167* 314, *268/167* 409v
- Suwalki** (Russisch-Polen) *229/167* 38v
- Swinemünde/Usedom** *126/164* 49v
- Tarnowitz** *64/161* 88
- Tegel** (b. Berlin)
 → Berlin
- Tempelhof** (b. Berlin)
 → Berlin
- Teschen** (Österreichisch-Schlesien) *131/Fundort* S. 1
- Thale** (Krs. Aschersleben) *48/160* 149v
- Thiessow** (Krs. Rügen) *47/160* 127v
- Thorn/Weichsel** *125/164* 17v; *223/166* 364; *229/167* 39, *230/167* 43v, 46v–47
- Tilsit** *116/163* 194, *117/163* 211v–212; *210/166* 222v
- Tingleff** (Krs. Tondern) *5/158* 241v–242, 245; *104/163* 65v–70v
- Tondern** (Schleswig) *5/158* 241v
- Trier** *141/164* 214; *154/165* 26v; *209/166* 200v; *239/167* 147v, *248/167* 239v
- Triest** *130/Fundort* S. 3–4, 12, 15; *134/Fundort* S. 1
- Trostberg/Alz** *124/163* 312v
- Tunis** *131/Fundort* S. 6
- Udine** (Italien) *228/167* 30v
- Ulm** *2/158* 206; *146/164* 277

- Valona** 187/165 399
Vamdrup (Dänemark) 104/163 65v, 68
Verden/Aller 33/159 281v
Verdun 161/165 nach Bl. 102: Bl. 5–6v, 164/165 135, 137, 173/165 188v, 201v, 174/165 207, 180/165 296v, 307
 - Festung „Toter Mann“ 161/165 nach Bl. 102: Bl. 6
Versailles 146/164 277v
Vinzelberg (Krs. Gardelegen) 66/161 106v
Vulpera (Schweiz) 176/165 242
- Warschau** 123/163 297; 130/Fundort S. 7, 140/Fundort S. 8; 148/164 310; 175/165 210v, 217–217v, 176/165 232, 179/165 282v; 196/166 80, 81v, 85, 212/166 246v; 220/VI 212v–213, 215v–216, 224, 227v, 231v; 223/166 364; 229/167 38v, 230/167 45v, 234/167 96–96v, 236/167 126–126v, 135v, 263/167 372v–373v, 375v
Washington 156/165 37v, 164/165 135; 257/167 330v
Wehlau 197/166 97
Weidenau (Krs. Siegen) 44/160 91v
Weißenfels/Saale 44/160 100
Weißensee (Thüringen) 117/163 205v
Wesel (Krs. Rees) 115/163 168; 223/166 360
Widdin/Donau 264/167 385v
Wien 2/158 207v, 209v; 49/160 166; 113/163 124–125v; 125/164 17v; 130/Fundort S. 2, 4; 132/Fundort S. 27; 134/Fundort S. 1–3; 148/164 310; 173/165 189, 194v–195, 202, 175/165 210, 179/165 282v, 185/165 376v; 215/166 282, 219/166 326; 220/VI 224, 230, 231v–232; 228/167 29v, 229/167 39v, 230/167 44v, 236/167 134v, 241/167 173, 245/167 215, 248/167 229v, 253/167 291v, 254/167 300, 255/167 318v
Wiesbaden 41/160 62av, 48/160 149v; 61/161 70; 84/162 103v; 147/164 292v
Wilhelmshaven (Krs. Aurich) 121/163 258v; 244/167 209v
Wilna 144/164 235; 220/VI 222, 231v; 230/167 44v, 251/167 267–268, 253/167 293v
Wittmund 117/163 206v
Wlozlawek 223/166 363; 230/167 46v–47
Wörth (Krs. Weissenburg) 33/159 282v
Woyens (Krs. Hadersleben) 104/163 66–67, 69v–70
Wreschen 191/166 35v
Würzburg 55/161 17v
- Ypern** (Belgien) 123/163 296v
- Zabern** 98/163 14, 100/163 30, 105/163 56, 62; 146/164 277; 215/166 280
Zeitz 189/166 19v

Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums 14. Juli 1909 bis 11. November 1918¹

| | |
|-------------------------------------|---|
| Ministerpräsident: | Bethmann Hollweg, Theobald v. (14.7.1909–14.7.1917) Michaelis, Georg (14.7.1917–1.11.1917) Hertling, Georg Gf. v. (1.11.1917–3.10.1918) |
| Vizepräsident: | Delbrück, Clemens (16.8.1914–22.5.1916) Breitenbach, Paul v. (22.5.1916–9.11.1917) Friedberg, Robert (9.11.1917–13.11.1918 ²) |
| Außenminister: | Bethmann Hollweg, Theobald v. (14.7.1909–14.7.1917) Michaelis, Georg (14.7.1917–1.11.1917) Hertling, Georg Gf. v. (1.11.1917–3.10.1918) Max Prinz v. Baden (3.10.1918–9.11.1918) |
| Innenminister: | Moltke, Friedrich v. (24.6.1907–18.6.1910) Dallwitz, Johannes v. (18.6.1910–18.4.1914) Loebell, Friedrich Wilhelm v. (1.5.1914 ³ –6.8.1917) Drews, Bill (6.8.1917 ⁴ –13.11.1918 ⁵) |
| Finanzminister: | Rheinbaben, Georg Frh. v. (5.5.1901 ⁶ –27.6.1910) Lentze, August (27.6.1910–6.8.1917) Hergt, Oskar (6.8.1917 ⁷ –13.11.1918 ⁸) |
| Handelsminister: | Sydow, Reinhold (v.) (14.7.1909–5.10.1918) Fischbeck, Otto (5.10./3.11.1918 ⁹ –25.3.1919) |
| Minister der öffentlichen Arbeiten: | Breitenbach, Paul (v.) (11.5.1906 ¹⁰ –13.11.1918) |

¹ In den Anmerkungen werden Abweichungen vermerkt gegenüber der Aufstellung „Frühere Preußische Minister (seit 1848) (Material aus den Akten des Preuß. Staatsministeriums)“, in: *Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1930*, 136. Jg., Berlin 1930, S. 103 f.

² Die Amtsübergabe erfolgte bereits am 12.11.1918; vgl. *Rep. 90*, Nr. 2351, Bl. 78.

³ Mit *Allerh. Erlaß v. 18.4.1914* zum 1.5. als Innenminister ernannt; vgl. das Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. 23.4.1914, in: *StenBerAH, Session 1914/15*, Drucks. Nr. 338.

⁴ Die Geschäfte wurden am 8.8.1917 übernommen; vgl. *BArch, RK*, Nr. 2038, Bl. 99.

⁵ Die Amtsübergabe erfolgte schon am 10.11.1918; vgl. *Rep. 90*, Nr. 2351, Bl. 78.

⁶ Die Geschäfte wurden am 6.5.1901 übernommen; vgl. *Rep. 89*, Nr. 24578, Bl. 11.

⁷ Die Amtsübernahme erfolgte am 7.8.1917; vgl. *BArch, RK*, Nr. 2035, Bl. 49.

⁸ Der Rücktritt erfolgte bereits am 7.11.1918; vgl. *Rep. 90*, Nr. 2351, Bl. 78.

⁹ Die Amtsführung erfolgte auftragsweise ab 5.10.1918. Vgl. *Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1930*, 136. Jg., Berlin 1930, S. 104.

¹⁰ Die Geschäfte wurden am 14.5.1906 übernommen; vgl. *Rep. 89*, Nr. 27664, Bl. 109.

| | |
|---------------------------|--|
| Landwirtschaftsminister: | Arnim (Criewen), Karl v. (21.11.1906 ¹¹ –18.6.1910) Schorlemer (Lieser), Clemens Frh. v. (18.6.1910–6.8.1917) Eisenhart-Rothe, Paul v. (6.8.1917 ¹² –13.11.1918 ¹³) |
| Justizminister: | Beseler, Maximilian v. (20.11.1905–6.8.1917) Spahn, Peter (6.8.1917–27.11.1918) |
| Kultusminister: | Trott zu Solz, August v. (14.7.1909–6.8.1917) Schmidt(-Ott), Friedrich (6.8.1917–13.11.1918 ¹⁴) |
| Kriegsminister: | Einem gen. v. Rothmaler, Karl v. (14.8.1903–11.8.1909) Heeringen, Josias v. (11.8.1909 ¹⁵ –4.7.1913) Falkenhayn, Erich v. (7.7.1913 ¹⁶ –19.1.1915 ¹⁷) Wild von Hohenborn, Adolf (20.1.1915–29.10.1916) Stein, Hermann v. (29.10.1916 ¹⁸ –9.10.1918) Scheüch, Heinrich (9.10.1918 ¹⁹ –2.11.1919) |
| Minister des Kgl. Hauses: | Eulenburg, August Gf. zu (14.9.1907–9.11.1918) |

Minister ohne preußisches Ressort

| | |
|-----------------------|--|
| Auswärtiges Amt: | Jagow, Gottlieb v. (3.7.1914–22.11.1916) <i>Staatssekretär: 11.1.1913–22.11.1916</i> |
| Reichsamt des Innern: | Delbrück, Clemens (v.) (14.7.1909–16.8.1914) <i>Vizekanzler: 14.7.1909–22.5.1916</i> <i>Staatssekretär: 14.7.1909–22.5.1916</i> Helfferich, Karl (22.5.1916–9.11.1917) <i>Vizekanzler: 22.5.1916–9.11.1917</i> <i>Staatssekretär: 22.5.1916–6.8.1917</i> Wallraf, Max (7.1.1918–4.10.1918) <i>Staatssekretär: 21.10.1917–4.10.1918</i> |
| Reichsmarineamt: | Tirpitz, Alfred v. (28.3.1898–15.3.1916) <i>Staatssekretär: 18.6.1897–15.3.1916</i> |

¹¹ Die Geschäfte wurden am 23.11.1906 übernommen; vgl. Rep. 84a (D), Nr. 1954, Bl. 126.

¹² Die Geschäfte wurden am 7.8.1914 übernommen; vgl. BArch, RK, Nr. 2054, Bl. 46.

¹³ Die Geschäfte wurden am 12.11.1918 übergeben; vgl. Rep. 90, Nr. 2351, Bl. 78; Rep. 87, Nr. 355, Bl. 54.

¹⁴ Die Geschäfte wurden am 12.11.1918 übergeben; vgl. Rep. 120, CB I 2a Bd. 1, n.f., Aktennotiz v. 12.11.1918.

¹⁵ Die Geschäfte wurden am 19.8.1909 übernommen; vgl. BArch, RK, Nr. 2047, Bl. 75.

¹⁶ Die Geschäfte wurden am 9.7.1913 übernommen; vgl. BArch, RK, Nr. 2047, Bl. 99.

¹⁷ Mit Allerh. Erlaß v. 20.1.1915 als Minister entlassen und zum General der Infanterie ernannt; vgl. BArch, RK, Nr. 2047, Bl. 104, Telegramm Wilhelms II. v. 20.1.1915; auch PA Bonn, R 4234, n.f., Entwurf des Telegramms Mutius' Nr. 11 an den Reichskanzler v. 20.1.1915.

¹⁸ Die Geschäfte wurden am 4.11.1916 übernommen; vgl. BArch, RK, Nr. 2047, Bl. 116.

¹⁹ Die Geschäfte wurden am 10.10.1917 übernommen; vgl. Rep. 90, Nr. 893, n.f., Schreiben v. 10.10.1918; BArch, RK, Nr. 2027, Bl. 127.

Reichsschatzamt:

Kühn, Hermann (3.7.1914–31.1.1915)

Staatssekretär: 16.3.1912–31.1.1915

Helfferrich, Karl (1.3.1915–22.5.1916)

Staatssekretär: 1.2.1915–22.5.1916²⁰

Roedern, Siegfried Gf. v. (11.12.1916–23.11.1918)

Staatssekretär: 22.5.1916–14.11.1918

Kriegsernährungsamt:

Waldow, Wilhelm v. (6.8.1917–13.11.1918)

Staatssekretär: 5.8.1917–14.11.1918

²⁰ *Die Führung der Geschäfte erfolgte bis zum 1.6.1916; vgl. WTB, 67. Jg., Nr. 1435 v. 23.5.1916 (Nachtausg.), in: PA Bonn, R 1295, n.f.*

Verzeichnis der zitierten Archivalien

Nachstehendes Verzeichnis der Signaturen und Kurztitel dient allein der schnellen Orientierung der Leser und stellt weder eine Abschrift aus den jeweiligen Findbüchern noch eine Auflistung der oft umständlich formulierten originalen Aktentitel dar.

Zur Beachtung: Während der Lektorierung des vorliegenden Bandes erfolgten in verschiedenen Archivbeständen Umsignierungen, die nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

Der Hauptbestand für diese Edition, Rep. 90/90a „Staatsministerium“, wird vorangestellt.

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem

I. Hauptabteilung

Rep. 90: Staatsministerium (Dahlemer Bestand)

- Nr. 8: Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags, Diäten (1906–19)
- Nr. 112, 116: Gesetze und Reglements für die Wahlen zum Reichstag (1903–15; 1916–19)
- Nr. 194: Vorbereitung der preußischen Gesetze (Immediat-Berichterstattung) (1907–29)
- Nr. 271: Unlautere Machenschaften zur Erwirkung von Titeln und Orden (1914–17)
- Nr. 307: Einwirkung der Regierung auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Reichstag; das Verhalten der Behörden und Beamten (1907–19)
- Nr. 309: Immunität der Abgeordneten während der Tagung der Parlamente (1896–1916)
- Nr. 347: Übernahme von Ehrenämtern durch die Ressortchefs bei Kongressen usw. (1910–11)
- Nr. 404: Berufung des Staatsministeriums zu Sitzungen (1853–1936)
- Nr. 452a: Das Althoff'sche Projekt betr. Nutzung der Domäne Dahlem (1909–10)
- Nr. 467: Das Verhalten der Beamten und Lehrer in gemischtsprachigen Landesteilen (1886–1919)
- Nr. 537: Anciennität der Staatsminister untereinander (1820–1914)
- Nr. 543: Rang und Titel höherer Beamter der Ministerien (1817–1922)
- Nr. 573: Rang und Titel der Subalternbeamten im Allgemeinen (1817–1919)
- Nr. 625: Heranziehung der Beamten zu Kommunal-, Kirchen- und Schulabgaben (1904–16)
- Nr. 689–690: Die Normalbesoldungen der Reichsbeamten sowie der Offiziere (1909–13; 1914–18)
- Nr. 707: Wohnungsgeldzuschüsse für die unmittelbaren Staatsbeamten (1909–20)
- Nr. 773–774: Tagegelder und Reisekosten der Staatsbeamten (1897–1910; 1910–19)
- Nr. 776: Erhöhung der Tagegelder für Beamte (1816–1935)
- Nr. 806–807: Gewährung von Kriegsteuerungsbeihilfen (1915–16; 1917–18)
- Nr. 893: Ernennung und Rücktritt des Kriegsministers (1893–1919)
- Nr. 949: Staatskommissar für das Wohnungswesen (1918)
- Nr. 1039: Landräte in der Provinz Sachsen (1851–1919)
- Nr. 1059: Wiedergutmachung der Kriegsschäden in den Provinzen Ost- und Westpreußen (1914)
- Nr. 1171: Seehandlung (Preußische Staatsbank) (1820–1923)
- Nr. 1198: Privatbanken und Kreditinstitute (1902–28)

- Nr. 1215–1216: Die sozialdemokratische Lebensversicherungsgesellschaft „Volksfürsorge“ (1911–13; 1913–15)
- Nr. 1353–1355: Reichsschulden (1915–17; 1917–18; 1918–20)
- Nr. 1362: Reichsmünzen (1910–22)
- Nr. 1382: Reichshaushaltsetat (1867–1933)
- Nr. 1386–1387: Staatshaushaltsetat (1915–16; 1917–18)
- Nr. 1475: Steuerfreiheit der Landesfürsten (1905–18)
- Nr. 1568–1569 Beschränkung von Grundstücksteilungen (1907–12; 1912–19)
- Nr. 1590–1592, 1594–1595: Bestimmungen über die Familien-Fideikomisse (1904–10; 1911–13; Dez. 1913; 1915–17; 1917–20)
- Nr. 1614–1616: Ansiedlung in den gemischtsprachigen östlichen Landesteilen; Stärkung des Deutschtums (1908–11; 1912–16; 1917–19)
- Nr. 1632–1633: Fiskalische Waldungen in der Umgebung von Berlin (1872–1912; 1912–14)
- Nr. 1948: Vertretung des Kaisers und Königs in den Regierungsgeschäften (1861–1918)
- Nr. 1949: Teilnahme des Thronfolgers an den Beratungen des Staatsministeriums (1818–1918)
- Nr. 1952: Einschränkung der vom König zu leistenden Unterschriften (1910–17)
- Nr. 1954: Vorlage von Staatsministerialverhandlungen an Kronprinz Wilhelm (1918)
- Nr. 1955: Entlastung Wilhelms II. in den Regierungsgeschäften während des Krieges (1914–19)
- Nr. 1973: Regierungsjubiläum Wilhelms II. (1913)
- Nr. 1978: Ordensverleihungen zum Regierungsjubiläum Wilhelms II.: Roter Adler-Orden, Kronen-Orden und Hausorden (1913)
- Nr. 1979: Ordens- und Titelverleihungen zum Regierungsjubiläum Wilhelms II.: Verdienstkreuz, Allgemeines Ehrenzeichen und Titel (1913)
- Nr. 1984: Verleihungen des Charakters als „Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Exzellenz“. Grundsätze (1844–1918)
- Nr. 1995: Verleihung des Charakters als „Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Exzellenz“ (1909–11)
- Nr. 1999: Verleihungen des Prädikats „Exzellenz“ (1849–1927)
- Nr. 2006: Verleihung des Titels „Geheimer Regierungsrat“ an Kaufleute usw. (1898–1919)
- Nr. 2018: Der Kronen-Orden (1861–1918)
- Nr. 2135–2137: Krönungs- und Ordensfest (1913)
- Nr. 2138–2140: Krönungs- und Ordensfest (1914)
- Nr. 2212–2214: Ordens- und Titelverleihungen aus Anlaß der Kaisermanöver (1912)
- Nr. 2250: Die Verfassungs-Urkunde für den Preußischen Staat von 1850 (1853–1918)
- Nr. 2264–2266: Vereins- und Versammlungsrecht (1908–14; 1915–16; 1916–32)
- Nr. 2297: Reorganisation der allgemeinen Landesverwaltung (1910–13)
- Nr. 2313: Errichtung der Regierungen und Festsetzung der Regierungsbezirke (1905–44)
- Nr. 2324: Das politische Verhalten der Beamten, insbesondere in Parlamenten (1900–19)
- Nr. 2351: Ernennung und Rücktritt des Staatsministeriums (1917–33)
- Nr. 2353: Ernennung und Rücktritt des Präsidenten des Staatsministeriums (1914–33)
- Nr. 2355: Fürsorge für das Wohl der Arbeiter (Sozialpolitik und Sozialreformen) (1876–1921)
- Nr. 2365: Bestimmungen über die Familien-Fideikomisse (1905–19)
- Nr. 2415: Einwirkung auf die Privatpresse (sog. offiziöses Preßwesen) (1914–30)
- Nr. 2428–2429: Krieg 1914–18. Mobilmachung, Kriegführung, Kriegsziel, allgemeine Waffenstillstandsverhandlungen (1914–16; 1917–18)
- Nr. 2433: Aufrechterhaltung einer zuversichtlichen Volksstimmung (1916–18)
- Nr. 2479–2481: Mobilmachung 1914/15. Handakten Heinrichs' (1914–15; 1915; 1915–16)

Rep. 90a: Staatsministerium (chem. Merseburger Bestand)

- A IV 3 Nr. 22 Bd. 1–2: Verleihung von Friedens-Orden während des Krieges (1914–16; 1917–18)
- A VII 1 Nr. 1 Bd. 1, adhib: Reichsverfassung (Verfassungsausschuß) (1917–18)
- A VII 1 Nr. 2 Bd. 1: Bundesrat. Organisation, Befugnisse, Geschäftsordnung usw. (1866–1914)
- A VIII 1c Nr. 1 Bd. 5–6: Bildung des Herrenhauses und Ernennung der MdH (1908–17; 1917–18)
- A VIII 1c Nr. 1 adhib: Herrenhausreform. Eingaben usw. (1917–18)
- A VIII 1c Nr. 4 Bd. 1 adhib: Fürst Lichnowsky (1918)
- A VIII 1c Nr. 6 Bd. 4–6: Die Berufung zu MdH und die Ernennung zu Kronsyndicis (1905–09; 1910–15; 1916–18)
- A VIII 1d Nr. 1 Bd. 10–12: Abgeordnetenhauswahlen (1909–10; Febr.–März. 1910; 1910–12)
- A VIII 1d Nr. 1 adhib Bd. 2–4: Wahlrechtsreform (Jan.–Okt. 1917; Okt. 1917–April 1918; April–Okt. 1918)
- A VIII 1d Nr. 2 Bd. 1: Die Termine für die Abgeordnetenhauswahlen (1849–1920)
- A VIII 1d Nr. 1, zu adhib Bd. 3: Stellungnahme des Kronprinzen zum gleichen Wahlrecht (1917–18)
- A VIII 2b Nr. 1 Bd. 1–2: Eröffnung, Schluß bzw. Auflösung des Landtages (1850–1913; 1914–18)
- A VIII 2b Nr. 4 Bd. 11–15: Eröffnung, Schluß bzw. Auflösung des Landtages (1909–13; 1913–15; 1915–18; 1918)
- A VIII 2b Nr. 6 Bd. 7–8: Die Thronreden zum Landtag (1902–10; 1910–16)
- A VIII 2b Nr. 10: Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses (1850–1918)
- A VIII 3 Nr. 1 Bd. 1: Berechtigung des Landtages zur Verhandlung über zur Kompetenz des Reichs gehörige Gegenstände sowie die Verhandlung preußischer Angelegenheiten im Reichstage (1873–1923)
- A VIII 3 Nr. 1 adhib Bd. 1: Die Differenz zwischen Staatsregierung und Abgeordnetenhaus über dessen Kompetenz zur Besprechung auswärtiger Angelegenheiten. U-Boot-Krieg (1916)
- A VIII 3 Nr. 7 Bd. 2–4: Diäten und Reisekosten für MdA (1909–15; 1916–17; 1917–18)
- A VIII 3 Nr. 10 Bd. 1: Entschädigung (freie Eisenbahnfahrt usw.) an MdH (1850–1919)
- A VIII 4 Nr. 12 Bd. 1: Entschließungen der Staatsregierung auf Landtagsresolutionen (1860–1918)
- A VIII 4 Nr. 13 Bd. 10–11: Entschließungen der Staatsregierung auf Landtagsresolutionen (1907–10; 1910–15)
- A VIII 4 Nr. 15 Bd. 1: Das Verlangen des Landtags nach Anwesenheit der Minister (1850–1932)
- A VIII 5b Nr. 3 Bd. 1: Abstimmung des Landtages über verfassungsändernde Vorlagen (1850–1918)
- A VIII 5b Nr. 14 Bd. 1: Plenarverhandlungen des Landtages (1849–1919)
- A IX 2 Nr. 2 Bd. 7–8: Immediatberichterstattung über Landtagsvorlagen (1908–15; 1915–21)
- A IX 2 Nr. 3 Bd. 1: Die Allerhöchste Genehmigung zu den vom Landtage angenommenen Gesetzentwürfen (1850–1918)
- B I 2 Nr. 4 Bd. 1: Immediatberichte und Allerhöchste Ordres im Allgemeinen (1817–1915)
- B III 2b Nr. 2 Bd. 13–15: Die Sitzungen des Staatsministeriums. Spezialia (1910–13; 1914–16; 1917–19)
- B III 2b Nr. 6 Bd. 85, 87, 93, 126, 131, 134, 136, 141, 158–167: Staatsministerialsitzungsprotokolle (1873; 1875; 1881; Nov.–Dez. 1896; Sept.–Nov. 1897; März–April 1898; Sept.–Dez. 1898; Juni–Dez. 1900; 1909–18)
- B III 2c Nr. 3 Bd. II, VI: Kronratsprotokolle (1851–58; 1903–24)
- B III 5e Nr. 1 Bd. 1: Staatskommissar für das Wohnungswesen (1918–19)
- B III 6 Nr. 46 Bd. 1: Einsetzung von Immediatkommissionen (1823–1916)
- B III 7b Nr. 28: Die Verwaltung der direkten Steuern in der Bezirks- und Kreisinstanz (1891–1920)

- D I 1 Nr. 2 Bd. 1–2: Die Führung der inneren Politik (Regierungsprogramme) (1858–1917; 1917–18)
- D I 2 Nr. 1 Bd. 7–10; Bd. 8 adhib: Östliche Landesteile (Politische Zustände und Polenpolitik) (1907–14; 1914–16; 1916–17; 1917–18; 1915)
- D I 2 Nr. 8 Bd. 2: Dispositionsfonds der Oberpräsidenten zur Förderung des Deutschtums in gemischtsprachigen Landesteilen (1912–19)
- D II 2d Nr. 12 Bd. 1–3: Der durch die Trockenheit 1911 herbeigeführte Notstand; auch Fleischnot 1912/13 (1911; Jan.–Okt. 1912; 1912–14)
- D II 3a Nr. 1 Bd. 2: Beschäftigungslosigkeit usw. der Arbeiter sowie Maßnahmen zu deren Beseitigung (Arbeitslosenversicherung usw.) (1910–14)
- D II 3a Nr. 7 Bd. 1: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – Notstandsarbeiten (1914–18)
- D II 3a Nr. 7 adhib I: Notstandsarbeiten. Einzelnachweisungen (1914)
- D II 3a Nr. 7 adhib II: Notstandsarbeiten. Kommissarische Beratung vom 2. Oktober 1914 (1914)
- E II 1 Nr. 4 Bd. 1: Matrikularbeiträge (1867–1919)
- E II 2 Nr. 11 Bd. 2: Überschüsse der Eisenbahnverwaltung (Eisenbahn-Garantie-Gesetz) (1911–18)
- E VI 1 Nr. 1 Bd. 26: Staatshaushalt (1913–14)
- F III 3 Nr. 1 Bd. 14, 16: Einkommensteuer (1911–12; 1915–18)
- F III 3 Nr. 3 Bd. 2: Ergänzungssteuer (1907–23)
- F III 3 Nr. 7 Bd. 1–2: Einmaliger außerordentlicher Wehrbeitrag (1861–1913; 1913)
- F III 3 Nr. 8 Bd. 1: Freiwilliger Wehrbeitrag der Bundesfürsten (1913)
- F III 3 Nr. 13 Bd. 1–2: Kriegsabgaben vom Mehreinkommen und vom Vermögenszuwachs (1914–16; 1916–17)
- F III 3 Nr. 14: Beteiligung der Bundesfürsten an der Kriegsvermögensabgabe (1916–17)
- H II 3d Nr. 3 Bd. 3: Ansiedlung in gemischtsprachigen östlichen Landesteilen (1907–11)
- H II 3d Nr. 24: Veräußerung der Sachsen-Weimarischen Besitzungen Stenschewo und Racot/Prov. Posen (1902)
- H II 3d Nr. 25 Bd. 1: Ansiedlungspolitik in Nordschleswig (1898–1913)
- K I 1 Nr. 8a Bd. 1: Haftpflicht der Eisenbahn (1912)
- K II 3 Nr. 2 Bd. 2: Gütertarife der deutschen Eisenbahnen (1878–1920)
- K II 3 Nr. 4 Bd. 5: Gütertarife der deutschen Eisenbahnen (1907–17)
- N III 2 Nr. 1 Bd. 12–15: Schifffahrtskanäle und -straßen (1908–11; 1912–13; 1914–17; 1917–20)
- Y I Nr. 2 Bd. 2: Bestimmungen über die Wehrpflicht (1911–21)
- Y II 2a Nr. 1 Bd. 3–5: Friedenspräsenzstärke des Heeres (1896–1911; Jan.–Juli 1912; 1912–13)
- Y II 2b Nr. 3 Bd. 5: Flottengesetze (1911–21)
- Y IX 5a Nr. 1 Bd. 1–4, 7, 10–11: Wirtschaftliche Lage sowie Volksernährung im Krieg (1914–15; Juni 1915; Juni–Okt. 1915; Nov. 1915–Jan. 1916; April–Mai 1916; Jan.–März 1917; April–Nov. 1917)
- Y IX 5a Nr. 4 Bd. 1: Kriegswirtschaft in den verbündeten Staaten (1916–19)
- Y IX 5a Nr. 6 Bd. 1: Transportschwierigkeiten (1917–22)
- Y IX 5b Nr. 1 Bd. 1: Parlamentarischer Beirat für Volksernährung beim Reichsamt des Innern/ Kriegsernährungsamt (1915–16)
- Y IX 5b Nr. 3 Bd. 1: Kriegsernährungsamt (1916–19)
- Y IX 5b Nr. 4 Bd. 1: Preußischer Staatskommissar für Volksernährung (1916–20)
- Y IX 5b Nr. 5 Bd. 1: Das Kriegsamt im Kriegsministerium (1914–18)
- Y IX 5b Nr. 6 Bd. 1: Kriegswirtschaftsämter und Kriegswirtschaftsstellen (1916–20)
- Y IX 5b Nr. 9 Bd. 1: Kriegs-Getreidegesellschaft m.b.H. Reichsverteilungsstelle. Reichsgetreidestelle (1914–26)
- Y IX 5b Nr. 10 Bd. 1: Landesgetreideamt (1915–24)

- Y IX 5b Nr. 11 Bd. 1: Reichsfuttermittelstelle. Landesamt für Futtermittel. Provinzial-(Bezirks-) Futtermittelstellen (1915–21)
- Y IX 5c Nr. 1 Bd. 1–6: Getreidebewirtschaftung (Aug. 1914–Jan. 1915; Jan.–Febr. 1915; Febr.–März 1915; März–Aug. 1915; Aug. 1915–Juni 1916; 1916–18)
- Y IX 5c Nr. 3 Bd. 1: Zuckerbewirtschaftung (1914–16)
- Y IX 5c Nr. 4 Bd. 1: Die Bewirtschaftung von Malz und Gerste und die Bierbrauereien (1915–16)
- Y IX 5c Nr. 5 Bd. 1–4: Fleischbewirtschaftung (1914–15; 1915–16; März–Juli 1916; 1916–17)
- Y IX 5c Nr. 6 Bd. 1: Haferbewirtschaftung (1914–19)
- Y IX 5c Nr. 7 Bd. 1–2, 4: Kartoffelbewirtschaftung (1914–15; 1915–16; 1916–20)
- Y IX 5c Nr. 8 Bd. 1: Bewirtschaftung von Ölfrüchten, Fetten und Ölen (1915–17)
- Y IX 5c Nr. 10 Bd. 1: Bewirtschaftung von Kaffee, Tee, Kakao (1915–23)
- Y IX 5d Nr. 1 Bd. 1: Inländische Stickstoffherzeugung (1914–19)
- Y IX 5d Nr. 4 Bd. 1: Textilbewirtschaftung (1915–16)
- Y IX 5d Nr. 10 Bd. 1: Holzbewirtschaftung (1915–24)

Rep. 90a: Staatsministerium (Kriegsakten) (ehem. Merseburger Bestand)

- Kriegsakten, Nr. 50 Bd. 1–2: Orden und Ehrenzeichen für daheim erworbene Kriegsverdienste (Eisernes Kreuz am weiß-schwarzen Bande) (1915–16; 1916–19)
- Kriegsakten, Nr. 51 Bd. 1: Eisernes Kreuz am weiß-schwarzen Bande (1915)
- Kriegsakten, Nr. 107 Bd. 1: Verdienstkreuz für Kriegshilfe (1916–17)

Rep. 90, Annex E: Staatsministerium (Elsaß-Lothringen) (Dahlemer Bestand)

- Nr. 2–4: Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens (1910–11; 1911–15; 1916–24)
- Nr. 10: Beschäftigung von elsäß-lothringischen Beamten bei preußischen und Reichsbehörden (1911–14)

Rep. 90, Annex F: Staatsministerium (Disziplinaruntersuchungen) (Dahlemer Bestand)

Rep. 90, Annex H: Staatsministerium (Zwangspensionierungen) (Dahlemer Bestand)

Rep. 90, Annex J: Staatsministerium (Kriegsakten 1914/18) (Dahlemer Bestand)

- Nr. 2–3: U-Boot-Krieg (1915–16; 1917–18)
- Nr. 4: U-Boot-Krieg und Herrenhaus (Antrag Hoensbroech) (1917)
- Nr. 7–9: Die Zukunft Polens (1914–16; 1917–Juni 1918; Juli–Dez. 1918)
- Nr. 10: Reichsbeihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden (1914–19)
- Nr. 12: Reichsbeihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden (1914–16)
- Nr. 14: Weihnachtsspende der Staatsminister und Staatssekretäre (1914–18)
- Nr. 20: Verwaltung der okkupierten feindlichen Gebiete (1914–16)
- Nr. 25–26: Die baltisch-litauische Frage (1915–18; Juli–Ende 1918)
- Nr. 31–32: Vaterländischer Hilfsdienst (1916–17; 1917–19)
- Nr. 34: Die deutsche Siedlung in den besetzten östlichen Gebieten sowie die Grenzstreifen gegen Polen nach dem Kriege (1915–18)
- Nr. 36: Arbeitseinstellungen von Rüstungsarbeitern (1917–18)

Rep. 90, Annex L: Staatsministerium, Handakten Geheimer Finanzrat Reschke (Dahlemer Bestand)

Nr. 44: Verschiedenes (ca. 1917/18)

Rep. 76: Kultusministerium (ehem. Merseburger Bestand)

IIa Sekt. 43 Gen. 1 Bd. 10–11: Die zum Ressort des Innenministeriums gehörigen Gegenstände (1912–17; 1917–22)

IIa Sekt. 47 Gen. 1 Bd. 6–7: Die zum Ressort des Landwirtschaftsministeriums gehörigen Gegenstände (1910–16 /1921/; 1916–25)

IIa Sekt. 47 Nr. 11 Bd. 1–3: Brotversorgung (Nov. 1914–Febr. 1915; Febr.–April 1915; Mai–Sept. 1915)

IIa Sekt. 48 Gen. 1 Bd. 7: Der Geschäftsgang im Kultusministerium (1894–1921)

Va Sekt. 5 Tit. I Nr. 1 Bd. 1: Errichtung der Universität Frankfurt/M (1866–1912)

VII neu Sekt. 1A Teil 4 Nr. 25 Bd. 1: Jugendfürsorgegesetz (1916–18)

Rep. 77: Innenministerium (Dahlemer Bestand)

Nr. 53: Die Geschäftsverwaltung (1896–1928)

Nr. 4634: Das Landratsamt des Kreises Weißensee (1866–1912)

Rep. 77: Innenministerium (ehem. Merseburger Bestand)

CBS Nr. 142 Bd. 2: Ausschluß von Sozialdemokraten aus Gemeindevertretungen und Schuldeputationen (1911–15)

Tit. 43 Nr. 89 Faszikel 2: Steuerfreiheit der Kriegsteuerungszulagen (1916–17)

Tit. 98 Nr. 108 Bd. 1: Regierungs- und sonstigen Jubiläen Wilhelms II. (1898–1913)

Tit. 99 Nr. 80a, Beiheft 1 Bd. 1–2: Die Landräte und die feindliche Invasion (1914–15; 1915–19)

Tit. 153 Nr. 16 Bd. 2: Die Denkmünzen für die Kriege (1915)

Tit. 153 Nr. 58 Bd. 2: Das Eiserne Kreuz (1914–17)

Tit. 153 Nr. 127 gen. Bd. 1: Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe (1914–17)

Tit. 184 Nr. 20 adhib III: Ersatz der Bezeichnung „Subalternbeamte“ durch „mittlere Beamte“ (1911–12)

Tit. 184 Nr. 205 Fasz. aa Nr. 141 Heft 1: Das Verhalten der Beamten bei den Wahlen 1908 (sog. Kattowitzer Vorgänge) (1908–13)

Tit. 184 Nr. 205 Fasz. aa Nr. 141 Heft 2: Die Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte für Beamte (1909–14)

Tit. 184 Nr. 20, Beiheft 34: Rang- und Titelverhältnisse der höheren Berg-, Hütten- und Salinenbeamten (1879–1912)

Tit. 253a Nr. 22 adhib 2: Das Eingreifen des Regierungspräsidenten in Oppeln in die Wahlkämpfe 1912 (sog. Kattowitzer Vorgänge) (1912)

Tit. 258 Nr. 1 Sonderheft 1: Gründung eines Reichseisenbahnnetzes (1915–16)

Tit. 258 Nr. 63 Bd. 6: Überführung der Eisenbahnen in die Reichsverwaltung (1911–20)

Tit. 258 Nr. 64 Bd. 2: Die Eisenbahn-Fracht-Tarife (1886–1921)

Tit. 258 Nr. 79: Der Gesetzentwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen (1910–24)

- Tit. 258 Nr. 79 adhib: Der Gesetzentwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen (1912–14)
- Tit. 332bb Nr. 4 Bd. 2: Das Verfahren der Zivilbehörden im Fall eines eintretenden Krieges (1891)
- Tit. 332f Nr. 5 Bd. 2: Fernhaltung sozialdemokratischer Einflüsse von der Armee (1909–14)
- Tit. 332r Nr. 85: Kohlenbergbau und Kohlenversorgung im Krieg (1914–17)
- Tit. 332r Nr. 123: Berichte des Regierungspräsidenten Kruse/Düsseldorf (1914–18)
- Tit. 343a Nr. 142, Faszikel 5: Das Verhalten der Welfen anlässlich der Vermählung von Victoria Luise v. Preußen mit Ernst August zu Braunschweig (1913)
- Tit. 413 Nr. 45: Der Papst (1876–1926)
- Tit. 413 Nr. 54, Faszikel 1: Mischehen evangelischer Offiziere und Katholikinnen (1896–1910)
- Tit. 496a Nr. 16 Bd. 6: Die Preußische Verfassungs-Urkunde von 1850 (1888–1918)
- Tit. 496a Nr. 16, Beiakte 1: Verlängerung der Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses (1918)
- Tit. 496a Nr. 33 Bd. 12: Bestimmungen betr. Wahlen zum Abgeordnetenhaus (1906–19)
- Tit. 496a Nr. 179 Bd. 1–3: Wahlrechtsreform (1907–09; 1908–10; Febr. bis Mai 1910)
- Tit. 496a Nr. 179, Beiakte 1c: Wahlrechtsreform (/1849/ 1907–11)
- Tit. 858 Nr. 2a Bd. 1: Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen für Beamte (1915–18)
- Tit. 863a Nr. 20: Grundsätze für die Polenpolitik (1915)
- Tit. 870 Nr. 47e Faszikel XX: Das Majorat Reisen (1905–12)
- Tit. 870 Nr. 47i Faszikel III: Das Vorgehen gegen Beamte und Lehrer wegen der Stadtverordnetenwahlen in Kattowitz (sog. Kattowitzer Vorgänge) (1909–13)
- Tit. 871 Nr. 4, Faszikel 1: Verleihung des Revisionsrechts an den Verband Schlesischer Genossenschaften (1907–18)
- Tit. 872 Nr. 13, Beiheft 1: Die Verschärfung der Spionagegesetzgebung (1912–17)
- Tit. 874 K Nr. 28: Die Denkschrift des Generallandschaftsdirektors Kapp in Königsberg (1916)
- Tit. 874 K Nr. 28 Beiheft: Pressestimmen zur Denkschrift (1916)
- Tit. 874 L Nr. 16 Bd. 1: Fürst Lichnowsky (1918)
- Tit. 922 Nr. 7 Bd. 2–3: Arbeitskammern und Reichs-Arbeitsamt (1909–12 /1914/; 1915–28)
- Tit. 923 Nr. 19 Bd. 3–5: Reichsversicherungsordnung (Juni–Dez. 1909; Dez. 1909–Aug. 1910; 1910–11)
- Tit. 923 Nr. 19 Beiakten 2 Bd. 1: Bundesratsanträge zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung (1909–10)
- Tit. 923 Nr. 26 Bd. 1: Die Versicherungsämter (1911–13)
- Tit. 924 Nr. 1 Bd. 1: Staatliche Fürsorge für die schulentlassene männliche Jugend (1901–10)
- Tit. 924 Nr. 6 Bd. 2: Fürsorge für die gewerbliche männliche Jugend (1909–10)
- Tit. 924 Nr. 9 Bd. 1–2: Das Heeresvorschulgesetz (1914–15; 1916–20)
- Tit. 945 Nr. 29: Sammlung von Allerhöchsten Ordres (1893–1918)
- Tit. 949 Nr. 12: Pressekonferenzen im Reichstage (1914–18)
- Tit. 1053 Nr. 106, Unter-Nr. 37: Der Bund der Festbesoldeten in Berlin (1909–17)
- Tit. 1206 Nr. 3 Bd. 1: Waffengebrauch des Militärs im Inland (1820–1913)
- Tit. 1380 Nr. 23 Bd. 2: Die Feuerbestattung (1906–09)
- Tit. 2513 Nr. 1, Beiheft 27: Mißbrauch der Koalitionsfreiheit (Schutz der Arbeitswilligen) (1907–11)
- Tit. 2515 Nr. 3 Fasz. 4 Bd. 1–2: Der Kohlenarbeiterstreik in Berlin 1910 (1910–11; 1911–13)
- Tit. 3973 Nr. 1 Bd. 2: Fürsorge für die Taubstummen im Allgemeinen (1902–20)
- Tit. 4030 Nr. 15–16: Politische Umtriebe in Schleswig-Holstein (1913–14; 1914–18)
- Tit. 4030 Nr. 17 Bd. 1: Abwehrmaßregeln gegen dänische Umtriebe in Nordschleswig (1910–14)

Rep. 84a: Justizministerium (Dahlemer Bestand)

- Nr. 185: Die Errichtung eines Reichsarbeitsamts; Arbeitsämter und -kammern (1908–10)
Nr. 200: Reichsversicherungsordnung (1909)
Nr. 1046: Taufe und Religionsunterricht der Kinder, insbesondere bei Mischehen (1891–1919)
Nr. 1186: Das Haus der Abgeordneten (1907–12)
Nr. 1232: Rechte der Krone (1911–24)
Nr. 1253–1254: Das Koalitionsrecht und der Schutz der Arbeitswilligen (1910–13; 1913–18)
Nr. 1954: Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (1879–1934)
Nr. 2052: Verfassung und Ressortverhältnisse der Ministerien und obersten Staatsbehörden (1911–19)
Nr. 2245: Rechte und Pflichten der Militärwachen bei Verhaftungen (1845–1918)
Nr. 3144: Die Pflichten der Beamten bei der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte (1909–13)
Nr. 3362: Fürsorge für die Hinterbliebenen der Staatsbeamten (1913–25)
Nr. 3366: Der Unterstützungsfonds für Altpensionäre und ihre Hinterbliebenen (1910–14)
Nr. 4269–4271: Verwaltungsreform (1912–13; 1913–17; 1917–19)
Nr. 4385: Staatsministerium (1861–1918)
Nr. 5688: Wahlen zum Hause der Abgeordneten (1909–14)
Nr. 5727: Tragen und Verkauf von Waffen (1901–10)
Nr. 5755: Wasserrecht (1907–11)
Nr. 5812–5814: Die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse (1906–13; 1913–15; 1916–17)
Nr. 6107: Die Bildung von Zweckverbänden (1910–16)
Nr. 6108: Die Erhaltung des Waldgürtels von Groß-Berlin (1912–15)
Nr. 6238: Die Verfassung des Deutschen Reiches (1906–18)
Nr. 6263: Der Reichstag (1912–17)
Nr. 6312: Die Pensionen der Reichsbeamten und die Hinterbliebenenbezüge (1911–26)
Nr. 6340: Gesetzgebung und Verwaltung in Elsaß-Lothringen (1909–14)
Nr. 6342: Die staatsrechtliche Stellung von Elsaß-Lothringen (1905–18)
Nr. 8992–8993: Die Kommunalsteuern (1907–14; 1914–21)
Nr. 9126: Die Reichszuwachssteuer (1910–11)
Nr. 10496: Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (1907–20)
Nr. 10751: Ausgrabungsgesetz (1909)
Nr. 10814: Die gemischten Ehen (1883–1920)
Nr. 10889: Der Jesuiten-Orden (1904–17)
Nr. 10968: Jugendschutz (1909–10)
Nr. 11127: Kartelle, Syndikate, Ringe pp. (1906–28)
Nr. 11351: Gewerbeordnung (1912–13)
Nr. 11651: Belagerungszustand (1870–1915)
Nr. 11818: Das Reichsgericht (1907–10)

Rep. 84a: Justizministerium (ehem. Merseburger Bestand)

- Nr. 3342: Entwurf zur Thronrede (1916)
Nr. 3343: Abänderung des Preußischen Wahlrechts (1917–18)
Nr. 3357: Die Denkschrift des Kronprinzen über „Die staatsrechtliche Stellung des Kronprinzen“, Jan. 1918 (1918)
Nr. 3358: Die staatsrechtliche Stellung des Thronfolgers (1918)
Nr. 3635–3637, 3639: Fideikommißgesetz (1908–09; 1910–13; 1913; 1914)
Nr. 7101: Polnische Frage (1916)

- Nr. 7192: Zuständigkeit zwischen dem Minister der öffentlichen Arbeiten und dem Kriegsamt (1916–17)
Nr. 7370: Aufhebung des Jesuitengesetzes (1915–16)
Nr. 7997: Die Lebensmitteleinfuhr (1914–15)
Nr. 7998: Sitzung des Staatsministeriums über die Bewirtschaftung von Textilien (/1915/ 1916)

Rep. 87: Landwirtschaftsministerium (Dahlemer Bestand)

- Nr. 355: Personalakte P. v. Eisenhart-Rothe
Nr. 7359: Das Landeswasseramt. Allgemeines (1913–31)
Nr. 7464: Die Beamten des Landeswasseramtes. Allgemeines. (1913–37)

Rep. 87: Landwirtschaftsministerium (chem. Merseburger Bestand)

- ZB Nr. 109: Reichstag und Landtag (Sitzungen, Eröffnung, Schluß, Landtagsvorlagen) (1876–1918)
ZB Nr. 129: Sitzungen des Staatsministeriums (1873–1918)
ZB Nr. 220: Der kirchenpolitische Konflikt in Preußen (1891–1917)
ZB Nr. 244: Reichsfinanzreform (1912–18)
F Nr. 904: Wassergesetz (1910)

Rep. 89: Geheimes Zivilkabinett

- Nr. 180–181: Die preußische Verfassung (1910–17; 1918)
Nr. 213: Der Reichstag (1907–14)
Nr. 269: Der Landtag (1907–16)
Nr. 350: Landesherrliche Befugnisse bei Abwesenheit oder Krankheit des Monarchen (1857–1918)
Nr. 667–668: Innere und äußere Politik (1892–1916; 1917–20)
Nr. 3123: Hofstaatsangelegenheiten der Prinzessin Victoria Luise v. Preußen (1892–1913)
Nr. 3137/1: Ablösung des Landrats Frh. v. Maltzahn als Informator des Kronprinzen (1914–16)
Nr. 3569: Oberste Reichs- und Staatsbehörden. Geschäftsgang und Betrieb (1898–1914)
Nr. 3577: Der Reichskanzler und seine Stellvertreter (1895–1917)
Nr. 3587: Ernennung und Verabschiedung der Reichsstaatssekretäre (1915–18)
Nr. 3652–3653: Mitglieder fürstlicher Häuser in der Staatsverwaltung (1819–1917; 1918)
Nr. 3698: Die obersten Staatsbehörden. Ernennung der Staatsminister (1906–14)
Nr. 3727: Die Präsidenten und Vizepräsidenten des Staatsministeriums (1847–1919)
Nr. 3746: Ernennung und Verabschiedung der Staatsminister (1915–19)
Nr. 3927: Die Reise- und Umzugskosten der Reichsbeamten (1875–1918)
Nr. 13123: Das Herzogtum Braunschweig (1912–15)
Nr. 13221: Belgien (1914–18)
Nr. 13289: Die Verwaltungsorganisation Polens (1915–18)
Nr. 13351: Der Suez-Kanal (1847–1915)
Nr. 13405: Das Ministerium des Innern (1908–18)
Nr. 13420: Das Reichsamt des Innern und sein Personal (1913–18)
Nr. 16881: Der Kolonial- und Konsulargerichtshof (1910–13)
Nr. 17750: Die Bestrafung des Landes- und Hochverrats (1893–1914)
Nr. 18671: Der Erlaß von Amnestien (1879–1913)
Nr. 22720: Katholische Angelegenheiten (1908–18)

- Nr. 22576: Das Blindenwesen. Allgemeines (1877–1915)
Nr. 23502: Das Bestattungswesen (1900–18)
Nr. 24156: Die Jesuiten (1905–17)
Nr. 26932: Die allgemeinen Bestimmungen über die Seehandlung (1891–1918)
Nr. 27242–27243: Die preußischen Staatssteuern im allgemeinen, die Einkommen-, Vermögens- und Ergänzungssteuer (1891–1915; 1916)
Nr. 27282: Reichssteuergesetzgebung und Reichsfinanzwesen (1912–18)
Nr. 27287: Das Umsatzsteuergesetz (1918)
Nr. 27353: Die Abgabefreiheit des Fürsten- und Staatsguts (1837–1916)
Nr. 27403: Die Gemeindeabgaben. Allgemein (1876–1918)
Nr. 27542: Die Schiffsabgaben (1912–16)
Nr. 27553: Die Kohlensteuer (1917)
Nr. 27682: Das Reichswirtschaftsamt (1917–18)
Nr. 27776: Die Gewerbeordnung (1896–1918)
Nr. 28558: Das Wohnungswesen (1905–18)
Nr. 31105: Die Standesherrschaft Kynast der Grafen Schaffgotsch (1825–1912)
Nr. 31700: Ansiedlungspolitik (1912–17)
Nr. 32406–32408, 32411: Krieg 1914–18 (Sept.–Dez. 1914; Jan.–Juni 1915; 1915–16; 1918–19)
Nr. 32422: Die Kriegsämtler zur Sicherstellung der Volkswirtschaft und deren Personal (1914–18)
Nr. 32423: Drucksachen des Kriegsernährungsamts (1918)
Nr. 32424: Regelung der Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnisse während des Krieges (1915–18)

Rep. 92: NL Otto Braun

A Nr. 19a I: Sitzungsprotokolle des Staatsministeriums (1912–25)

Rep. 92: NL Drews

- Nr. 22: Verwaltungsreform (1916–18)
Nr. 35–36: Voten der Staatsminister zur Verwaltungsreform (1917–18)

Rep. 92: NL Heinrichs

- Nr. 1–2, 4–6, 9–17, 19, 21–25, 27–28: Staatsministerialsitzungsprotokolle (1914–15; 1917–18)
Nr. 29: Personalien (1915–18)
Nr. 30: Innen- und außenpolitische Lage, insbesondere Herbst 1918 (1915–18)
Nr. 33: Preußische Wahlrechtsreform (1917–18)
Nr. 35: Unterrichtung des Kaisers betr. Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung (1918)
Nr. 36: Die Kühlmann-Krise 1918

Rep. 92: NL Schmidt-Ott (ehem. Merseburger Bestand)

Nr. C 4 Dienstliches Schrifttum 1917/18

Rep. 120: Handelsministerium (ehem. Merseburger Bestand)

- CB I Nr. 2a Bd. 1: Die Leitung der obersten Staatsgeschäfte (1891–1921)
CB I Nr. 9 Bd. 2–3: Verkehr mit Landtag, Bundesrat und Reichstag (1894–1913; 1914–18)

- CB I Nr. 13: Die Stellung der Staatsregierung und von Kommissarien zu den parlamentarischen Körperschaften (1858–1928)
- CB I Nr. 25: Beleidigung von Ministern durch die Presse (1882–1926)
- CB I Nr. 150: Die staatsrechtliche Gestaltung Polens (1917)
- A I 1 Nr. 5 Bd. 3: Organisation der obersten Staatsbehörden (1885–1910)
- A I 1 Nr. 5 adhib Bd. 1–3: Reorganisation der Verwaltung (1908–10; 1910–12; 1912–17)
- A I 1 Nr. 141b Bd. 6: Maßnahmen infolge des Krieges: Etats-, Beamten- usw. Angelegenheiten (1918–19)
- A XI 1 Nr. 28 Bd. 3: Gesetz über Teilschuldverschreibungen und Hypothekenbankgesetz (1899–1911)
- BB I 1 Nr. 12 Bd. 28: Die Reform der Gewerbe Gesetze/ Gewerbeordnung (1910–13)
- BB VI Nr. 164 Bd. 5–7: Das Koalitionsrecht der Gewerbetreibenden und der gewerblichen Arbeiter (§§ 152 u. 153 der Gewerbeordnung) (1902–11; 1911–13; 1913–18)
- BB VII 1 Nr. 3f Bd. 1–3, 5–6: Die Arbeitsverhältnisse während des Krieges, die Beschäftigung von Kriegsgefangenen und die Kriegswohlfahrtspflege (April–Okt. 1914; Okt.–Dez. 1914; 1914–15; 1916–17; 1917–20)
- BB VII 1 Nr. 3k Bd. 1–3: Die Arbeitsverhältnisse der Textilarbeiter (1915; 1915–16; 1916–17)
- BB VII 1 Nr. 3l Bd. 1: Die Arbeitsverhältnisse im Konfektionsgewerbe (1916)
- BB VII 1 Nr. 9 Bd. 6–7: Einigungsämter und Arbeitskammern sowie Arbeitervertretungen überhaupt (1907–17; 1917–25)
- BB VII 1 Nr. 11 adhib 8 Bd. 8–10: Wohnungsbaugesetz (1907–12; 1912–13; 1913–16)
- BB VII 1 Nr. 11 adhib 8 Beiheft Bd. 1–2: Wohnungsbaugesetz. Kritik (1903–13; 1913–14)
- BB VII 1 Nr. 23 Bd. 4, Beiheft zu Bd. 4: Hausindustrie und Heimarbeiter (1907–10; 1910–11)
- C V Nr. 9 Bd. 19–20: Besteuerung des Branntweins (1911–12; 1912–13)
- C V Nr. 9 adhib 2: Die Beseitigung des Branntweinkontingents (1912–13)
- C V Nr. 15 Bd. 6: Das Einkommensteuergesetz von 1891 (1910–11)
- C V Nr. 36 Bd. 1: Die Wertzuwachssteuer (1908–10)
- C V Nr. 39 Bd. 1: Die Kohlensteuer (1908–23)
- C V Nr. 43: Das Wehrbeitragsgesetz (1913–14)
- C V Nr. 44: Das Rennwett- und Lotteriegesetz (1913–23)
- C V Nr. 47 Bd. 1: Besteuerung der Kriegsgewinne (1915–16)
- C V Nr. 48 Bd. 1–2: Quittungs- und Warenumsatzsteuer (1915–16; 1916–18)
- C VIII 1 Nr. 14 Bd. 16: Der Handel mit Fleisch und Fleischwaren (1913–18)
- C VIII 1 Nr. 19 Bd. 12: Der Handel mit Kohlen und Koks (1917–24)
- C VIII 1 Nr. 34 Bd. 16: Der Verkehr mit Wein (1914–16)
- C VIII 1 Nr. 42 Bd. 6–9: Der Verkehr mit Handelsdünger, Kraftfuttermitteln und Saatgut (1914–15; Febr.–Mai 1915; Mai–Aug. 1915; Aug.–Okt. 1915)
- C VIII 1 Nr. 63 Bd. 1: Der Handel mit Kalisalzen (1865–1924)
- C VIII 1 Nr. 72 adhib 45 Bd. 3–4: Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat (1908–11; 1911–14)
- C VIII 1 Nr. 84 Bd. 3, 14–16: Maßnahmen zur Sicherung der Kriegsbereitschaft (Aug.–Okt. 1914; Okt.–Dez. 1916; Dez. 1916–April 1917; April–Dez. 1917)
- C VIII 1 Nr. 84 adhib 4 Bd. 3–4: Export während des Krieges (Sept.–Okt. 1914, Okt.–Nov. 1914)
- C VIII 1 Nr. 84 adhib 6 Bd. 1: Wirtschaftliche Fragen des okkupierten Gebietes von Frankreich (1914–17)
- C VIII 1 Nr. 84 adhib 10 Bd. 1–12: Festsetzung von Höchstpreisen im Großhandel (Aug.–Okt. 1914; Okt. 1914; Okt.–Nov. 1914; Nov. 1914; Dez. 1914; Dez. 1914–Jan. 1915; Jan. 1915; Jan.–Febr. 1915; Febr.–März 1915; März–Sept. 1915; Okt. 1915–Nov. 1916; Nov. 1916–Dez. 1920)
- C VIII 1 Nr. 84 adhib 11 Bd. 10: Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung (März–April 1915)

C VIII 1 Nr. 84 adhib 31 Bd. 1: Kleidung für Beamte und Zivilbevölkerung (Dez. 1915–Juli 1916)

C VIII 1 Nr. 84 adhib 35: Das Kriegswirtschaftsamt (1916–17)

Rep. 121: Handelsministerium, Bergbauabteilung (ehem. Merseburger Bestand)

Abt. E Tit. VI Sekt. 1 Nr. 126 Bd. 9 Kohlenmangel (Mai–Nov. 1916)

Rep. 151: Finanzministerium (ehem. Merseburger Bestand)

HB, Nr. 301: Geschäftsgang des Finanzministeriums (1911–14)

HB, Nr. 825: Vaterländischer Hilfsdienst (1916–17)

HB, Nr. 890–891: Erweiterter Einfluß der Staatsregierung auf die Presse (1882–1917; 1918–22)

HB, Nr. 959: Das Verfahren der Zivilbeamten bei einer feindlichen Invasion (1914–24)

HB, Nr. 1260: Staatsarbeiterrecht (1913–14)

HB, Nr. 1451: Die Wehrvorlage 1912 und ihre Deckung (1912)

HB, Nr. 1452: Die Wehrvorlage 1913 und ihre Deckung (1912–13)

I B, Nr. 2175: Die Regierung in Arnberg (1826–1928)

I B, Nr. 4740–4741: Gleichstellung der preußischen Assistenten mit den Reichspost-Assistenten (1909–13; 1913–14)

I B, Nr. 5194–95: Reisekostengesetz (1909–10; 1910–11)

I C, Nr. 9928: Die Kohlenpreise (1917–25)

II, Nr. 1995: Gesetz, betr. Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen (1899–1915)

II, Nr. 2003–2004: Revision des Einkommensteuergesetzes (1909–12; 1912–18)

Rep. 168: Generalordenskommission (Dahlemer Bestand)

Nr. 627: Rechnung der Kasse über die Ordensinsignien in Brillanten (1905–20)

Rep. 169 C: Abgeordnetenhaus (ehem. Merseburger Bestand)

Abschnitt 66 Nr. 5: Das persönliche Erscheinen der Staatsminister zu den Sitzungen (1863–1913)

Rep. 197 A: Staatskommissar für Volksernährung

Generalia A I Nr. 1 Bd. 1: Einrichtung des Kriegsernährungsamtes (1916–17)

Generalia A I Nr. 4: Das Verhältnis zum Kriegsministerium (Kriegsamt) (1917)

Generalia A I Nr. 20: Das Verhältnis zum Landwirtschaftsministerium (1917–22)

Generalia C I Nr. 4: Das Verhältnis der Militär- zu den Zivilbehörden auf dem Gebiete der Volksernährung (1915–24)

III. Hauptabteilung

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten (2.4.1., ehem. Merseburger Bestand)

I Nr. 3702: Abtretung des Fürstentums Birkenfeld an Preußen (1916)

II Nr. 5534: Straßen, Flüsse und Kanäle (1912–13)

- II Nr. 5537–5538: Verkehrsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen (1905–09)
III Nr. 17355, 17356–17357: Die Staatsministerialsitzungen (Kronrat) (1908–12; 1913–15; 1916–18)

Bundesarchiv- Außenstelle Berlin-Lichterfelde

Reichskanzlei (R 43 alt)

- Nr. 69: Eisenbahnpolitik (1911–18)
Nr. 93: Militärische Anforderungen an die Eisenbahn (1917–18)
Nr. 116: Einheitliche Regelung der Eisenbahntarife (1901–18)
Nr. 220–221: Freiwillige Wehrbeiträge (1913; 1913–14)
Nr. 285: Kriegsgewinnsteuer (1915–16)
Nr. 290: Wertzuwachssteuer (1909–13)
Nr. 545: Ausstände (1906–10)
Nr. 898: Die Jesuiten (1905–12)
Nr. 951, 951/1, 952–954: Flotten- und Heeresvorlage 1911/12 (1905–11; 1911–12; Febr.–März 1912; März–April 1912; 1912–15)
Nr. 1087: Einberufung, Eröffnung, Konstituierung usw. und Schluß des Landtags (1909–18)
Nr. 1210: Fleischteuerung 1912/13 (1912)
Nr. 1269: Vorbereitungen für den Kriegsfall (1914–18)
Nr. 1356: Fürsorge für die schulentlassene Jugend (1907–11)
Nr. 1365: Ordensvorschläge und Ordensverleihungen (1886–88)
Nr. 1375: Ordensverleihungen im allgemeinen (1905–18)
Nr. 2026–2027: Vortragsverzeichnisse und Einladungen zu Staatsministerialsitzungen (1905–11; 1912–18)
Nr. 2035: Personalien der Finanzminister (1900–18)
Nr. 2038: Personalien der Innenminister (1901–18)
Nr. 2047: Personalien der Kriegsminister (1900–19)
Nr. 2054: Personalien der Landwirtschaftsminister (1901–17)
Nr. 2398, 2398/10–12: Krieg 1914–18. Allgemein (1914; Jan.–Aug. 1917; 1917–18; 1918)
Nr. 2403/6: Krieg 1914–18. Der Verkehr des Reichskanzlers mit dem Großen Hauptquartier (1917)
Nr. 2436/2: Krieg 1914–18. Kriegsgefangene (1914–16)
Nr. 2458/9: Krieg 1914–18. Türkei (1915–18)
Nr. 2466: Lebensmittelversorgung Deutschlands (1914–15)
Nr. 2466/1: Stickstofffabrikation (1914–15)

Vertreter des Reichskanzlers bei der Obersten Heeresleitung (R 07.01)

- Nr. 6: Mitteilungen des Kriegsernährungsamts betr. Lebensmittelversorgung (1916–18)

Reichsamt des Innern (R 15.01)

- Nr. 6104–6106, 6108–6113: Geheimsachen (1909–10; 1912–17)
Nr. 12215/1, 12216–12217: Kriegszustand (1913–15; 1915–16, Jan.–Dez. 1916)
Nr. 12260: Kriegszustand. Anzeigen über Arbeiterbewegung (1917–18)
Nr. 12880–12881: Kapitalabfindungsgesetz (1915–16; 1916)
Nr. 12990: Elsaß und der Krieg 1914–18 (1918–26)
Nr. 13008: Die militärische Vorbereitung der Jugend für die Dauer des Kriegszustandes (1914–15)
Nr. 13040: Wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (1914–18)
Nr. 14366/7: Handakten Dr. Lewald betr. den Geschäftsbetrieb (1912–21)

Untergruppe Staatsministerialsachen

- Nr. 15087: Wasserangelegenheiten in Preußen (1895–1914)
Nr. 15253: Die „Berliner Correspondenz“ und sonstige Presseorgane (1894–1912)
Nr. 15263: Reise- und Umzugskosten der Staatsbeamten (1904–10)
Nr. 15281: Das Tragen und der Vertrieb von Waffen (1895–1910)
Nr. 15423: Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen (1909–11)
Nr. 15514: Reform des Fideikommißwesens (1909–13)
Nr. 15684: Staatsrechtliche Stellung Elsaß-Lothringens (1895–1911)
Nr. 15698: Erholungsurlaub für staatliche Arbeiter (1906–10)
Nr. 15730: Beamtengehälter in Preußen (1910–14)
Nr. 15743–15744: Fürsorge für die schulentlassene männliche Jugend; Fortbildungsschulwesen (1907–11; 1911–13)
Nr. 15765: Freie Eisenbahnfahrt und Bezüge der MdA, Diäten (1907–15)
Nr. 15783: Die Ansiedlungskommissionen (1909–14)
Nr. 15784: Kirchensachen (1909–11)
Nr. 15786: Landtagssachen. Einberufung, Schließung, Thronreden, Vorlagen (1909–16)
Nr. 15789: Ausnutzung der Gemeinde Dahlem (1909–10)
Nr. 15790: Rechte der Beamten; Bund der Festbesoldeten (1909–10)
Nr. 15797: Verleihung des Titels „Geheimer Regierungsrat“ an Kaufleute und Industrielle (1909)
Nr. 15800: Revisionsrecht des Verbandes Schlesischer Genossenschaften (1910–11)
Nr. 15801: Zuständigkeit des Reichsgerichts und Änderungen der Rechtsanwaltsordnung (1909–10)
Nr. 15803: Absatz von Kalisalzen (1909–10)
Nr. 15811: Die preußische Wahlrechtsreform (1909–12)
Nr. 15812: Übergang der Medizinalabteilung vom Kultus- zum Innenministerium (1910)
Nr. 15820: Kanalisierung von Mosel, Saar und Lahn (1910–14)
Nr. 15822: Wahlurnen für die Reichstagswahl (1910)
Nr. 15824: Beschulung blinder und taubstummer Kinder (1910–11)
Nr. 15829: Ausgleichsunterstützungen für Altpensionäre (1910–14)
Nr. 15831: Beleidigungen von Reichs- und Staatsbehörden durch die Presse (1910–11)
Nr. 15832: Das Reichs-Pressegesetz und seine Einführung in Elsaß-Lothringen. Äußerungen der Presse aufgrund von Indiskretionen sowie zum Entwurf des Vereinsgesetzes (1911–13)
Nr. 15833–15834: Staatsministerialsachen, Jg. 1911. Verschiedene (1911; 1911–12)
Nr. 15835: Bildung von Zweckverbänden (1910–11)
Nr. 15836: Feuerbestattung (1911)
Nr. 15840: Maßnahmen aus Anlaß der Teuerung (1911)
Nr. 15842: Rangverhältnisse der Bergwerksdirektoren (1911–12)
Nr. 15843: Abänderung des Einkommensteuer- und des Ergänzungssteuergesetzes (1911)

- Nr. 15847: Staatsministerialsachen, Jg. 1912: Verschiedene (1912)
Nr. 15858: Besitzbefestigungsgesetz (1912–13)
Nr. 15862: Die Erhaltung des Waldgürtels von Groß-Berlin (1912–15)
Nr. 15867: Die Reichsvermögens-Zuwachssteuer – Besitzsteuer – (1913)
Nr. 15868: Ausgrabungsgesetz (1913–14)
Nr. 15871: Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat „Exzellenz“ an Oberpräsidenten und Unterstaatssekretäre (1913)
Nr. 15878: Berufung des früheren Oberbürgermeisters Dr. Adickes in das Herrenhaus (1914)
Nr. 15879: Abänderung des Kommunalabgabengesetzes (1913–14)
Nr. 15882: Staatsministerialsachen, Jg. 1914: Verschiedene (1914)
Nr. 15886: Bekämpfung der dänischen Agitation in Nordschleswig (1914)
Nr. 15890: Bau der schleswigschen Ostküstenbahn (1914)
Nr. 15891: Vermeidung der Vertretung gegensätzlicher Auffassungen von seiten der Bundesratsmitglieder Preußens und der Reichslande (1914)
Nr. 15892: Heranziehung der Beamten pp. in der Provinz Posen zu Volksschullasten (1914)
Nr. 15896: Die gesetzliche Regelung des Schätzungswesens in Preußen (1914)
Nr. 15898: Gründung einer neuen Zeitung (1914)
Nr. 15899: Beschäftigung von Kriegsgefangenen (Mittellandkanal) (1914)
Nr. 15900: Kriegshilfskommission für Ostpreußen (1914–16)
Nr. 15901: Wahl von Sozialdemokraten in ein mittelbares Staatsamt (1914–15)
Nr. 15904: Staatsministerialsachen, Jg. 1915: Verschiedene (1915–16)
Nr. 15905: Untersuchungen wegen Titel- und Ordensschachers (1915)
Nr. 15906: Niederschlagung von Maßnahmen gegen Kriegsteilnehmer (1915)
Nr. 15907: Aufhebung des Verbots gegen den Deutschen Transportarbeiter-Verband, Reichssektion der Eisenbahner (1915)
Nr. 15908–15909: Kriegsverdienste in der Heimat. Eisernes Kreuz (1915–18; 1915–17)
Nr. 15917: Vereinfachtes Enteignungsverfahren (1915–18)
Nr. 15918: Erhöhung der Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer in Preußen (1915–16)
Nr. 15919: Kreditantrag der Bank Zwianzka Spolek Zarobkowych in Posen bei der Zentralgenossenschaftskasse (1915–16)
Nr. 15920: Kriegsdenkmünze und Ehrenzeichen für Kriegsverdienste in der Heimat (1915–17)
Nr. 15922: Beteiligung der Landesfürsten an der Kriegsvermögenszuwachssteuer (1916)
Nr. 15925: Umgestaltung der beiden Häuser des Landtags (1916–18)
Nr. 15926: Staatsministerialsachen, Jg. 1917: Verschiedene (1917)
Nr. 15930: Staatsministerialsachen, Jg. 1918: Verschiedene (1918)
Nr. 15939: Auslegung des Art. 107 der preußischen Verfassungsurkunde (Mai–Juni 1918)
Nr. 15943: Umsatzsteuergesetz (März–Juni 1918)
Nr. 15944: Instruierung der preußischen Stimme für den Bundesrat (Juni–Aug. 1918)

Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen (R 42.01)

A 2/ 635: Maßregeln gegen staatsfeindliche Umtriebe. Arbeiterorganisationen (1914–19)

Bundesarchiv, Koblenz

Nachlaß Saemisch

Nr. 22: Tagebuch (1916–17)

Nachlaß W. Frauendienst

Nr. 3: Das Preußische Staatsministerium 1808–1918. (Manuskript)

Kleine Erwerbungen

Nr. 317: NL Siegfried Gf. v. Roedern
Bd. 2: Manuskript über den 1. Weltkrieg

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn

- R 327: Die polnische Frage (1914–15)
R 742: Die staatsrechtliche Stellung des Reichskanzlers sowie der Reichsämters zueinander, zu den Preußischen Ministerien und zu den Militär- und Marinebehörden (1879–1918)
R 1295–1296: Reichsbeamte und Reichsämters (1912–16; 1916–18)
R 1363: Reichskanzler von Bethmann Hollweg (1915–19)
R 1381–1384: Botschafter z.D. Fürst Lichnowsky (1915–18; März 1918; 1918–28)
R 1468, 1468: Reichstagswahlen und Reichstagswahlrecht (1909–11; 1912–18)
R 1593: Die Berliner Presse (1889–1913)
R 1598: Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung (1904–20)
R 2393: Deutsche Finanzen (1911–20)
R 2468–2469: Arbeitseinstellungen in Deutschland (1905–18; 1918–19)
R 2520–2521, 2523: Allgemeine Angelegenheiten Deutschlands (1908–12; 1912–13; 1914–18)
R 2527: Geheime allgemeine Angelegenheiten Deutschlands (1914–18)
R 2557: Informierung der Bundesstaaten, der Reichsämters der Missionen und der preußischen Ministerien über die allgemeine Lage (1915–20)
R 2978: Geheime innere Angelegenheiten Elsaß-Lothringens (1916–17)
R 3506–3516: Handakten LegSekt. v. Prittwitz betr. Informierung des Kronprinzen (1916–18)
R 4026: Bischofs-Konferenzen (1888–1915)
R 4042: Parlamentarische Angelegenheiten (1891–1919)
R 4046–4048: Thronreden. Eröffnung und Schließung des Landtags (1908–11; 1911–15; 1915–18)
R 4051–4054: Landtagswahlen und Landtagswahlrecht (1908–10; 1910–12; 1913–17; 1917–18)
R 4234: Die preußischen Ministerien (1913–20)
R 4260–4261: Staatsministerial- und Kronratsprotokolle (1914–17; 1917–19)
R 4266: Die inneren Angelegenheiten Preußens (1909–12)
R 21594: Die Zukunft der besetzten Gebiete Polens (1917)
R 22456: Auswärtiges Amt in Weimar. Verschiedenes (1919)

Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur

Die Literaturliste erhebt in keiner Weise den Anspruch einer repräsentativen Auswahl, sondern dient allein als Hilfsmittel bei der Auswertung der Regesten mit verkürzt zitierten Titeln.

Adjutant im preußischen Kriegsministerium Juni 1918 bis Oktober 1919. Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm, hrsg. u. bearb. v. Heinz Hürten u. Georg Meyer, Stuttgart 1977

(= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, 19. Bd.)

Afflerbach, Holger, Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994

(= Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 42)

L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Documents extraits des archives de l'Office allemand des Affaires étrangères, hrsg. v. André Scherer u. Jacques Grunewald,

t. 1: Des origines à la déclaration de la guerre sous-marine à outrance (août 1914 – 31 janvier 1917), Paris 1962 (Publications de la Faculté des Lettres et Sciences Humaines de Paris-Sorbonne, sér.: Textes et documents, T. 3)

t. 2: De la guerre sous-marine à outrance à la révolution soviétique (1er février – 7 novembre 1917), Paris 1966 (Publications de la Faculté des Lettres et Sciences Humaines de Paris-Sorbonne, sér.: Textes et documents, T. 14)

t. 3: De la révolution soviétique à la paix de Brest-Litowsk (9 novembre 1917 – 3 mars 1918), Paris 1976 (Publications de la Sorbonne, sér.: Documents, T. 26)

Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearb. v. Erich Matthias unter Mitwirkung v. Rudolf Morsey, 1. u. 2. T, Düsseldorf 1959 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, I. R., Bd. 1/1 u. 2)

Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, hrsg. v. Leo Stern. Quellenmaterial bearb. v. Gerhard Schrader u. Hellmuth Weber, Bd. 2–4 Berlin 1959

(= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, veröffentlicht vom Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Abt. „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. 4/2–4)

Baumgart, Winfried, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien, München 1966

Basler, Werner, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918, Berlin 1962 (= Veröffentlichungen des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, R. B, Bd. 3)

Berger-Thimme, Dorothea, Wohnungsfrage und Sozialstaat. Untersuchungen zu den Anfängen staatlicher Wohnungspolitik in Deutschland, Frankfurt/M., Bern 1976 (= Europäische Hochschulschriften, R. 3, Bd. 68)

Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918, bearb. v. Ingo Materna u. Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarb. v. Bärbel Holtz, Weimar 1987 (= Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4)

- Bertram, Jürgen*, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelminischen Reichs, Düsseldorf 1964 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 28)
- Bethge, Werner*, Bestrebungen der herrschenden Klassen zur Militarisierung der männlichen Jugend in den Jahren 1910 bis 1917/18, Potsdam, phil. Diss. 1968 (MS)
- Bethmann Hollweg, Theobald v.*, Betrachtungen zum Weltkriege, 1. T.: Vor dem Kriege, Berlin 1919; 2. T.: Während des Kriege, Berlin 1921
- Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages*, Dokumentensammlung, Bd. 1: 1917–1918, Berlin 1967
- Bieber, Hans-Joachim*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920, T. 1, Hamburg 1981
- Bornemann, Elke*, Der Frieden von Bukarest 1918, Frankfurt/M., Bern, Las Vegas 1978 (= Europäische Hochschulschriften, R. 3, Bd. 64)
- Braun, Magnus Frh. v.*, Von Ostpreußen nach Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen, Stollham (Oldenburg), 2. Aufl. (ca. 1956)
- Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917*. Dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld, hrsg. v. Ernst Deuerlein, 1. u. 2. T., Boppard a. Rh. 1973
(= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 50/1–2)
- Conze, Werner*, Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln, Graz 1958
(= Osteuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 4)
- Creutz, Martin*, Die Pressepolitik der kaiserlichen Regierung während des Ersten Weltkriegs. Die Exekutive, die Journalisten und der Teufelskreis der Berichterstattung, Frankfurt/M. usw. 1996
(= Europäische Hochschulschriften, R. 3, Bd. 704)
- Croon, Helmuth*, Die Anfänge der Parlamentarisierung im Reich und die Auswirkungen auf Preußen, in: Zur Problematik 'Preußen und das Reich', hrsg. v. Oswald Hauser, Köln, Wien 1984, S. 105–154 (= Neue Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte, Bd. 4)
- Delbrück, Clemens v.*, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Aus dem Nachlaß hrsg. v. Joachim v. Delbrück, München 1924
- Deuerlein, Ernst*, Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870–1918. Dargestellt vornehmlich auf Grund bisher unveröffentlichter Akten des Bayerischen Geheimen Staatsarchivs/München, der Bayerischen Staatskanzlei/München, des Württembergischen Hauptstaatsarchivs/Stuttgart und des Badischen Generallandesarchivs/Karlsruhe, Regensburg 1955
- Deutschland im ersten Weltkrieg*,
Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, v. einem Autorenkollektiv unter der Leitung v. Fritz Klein, Berlin, 3. Aufl. 1971
Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, v. einem Autorenkollektiv unter der Leitung v. Willibald Gutsche, Berlin, 2. Aufl. 1970
- Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914*. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen, hrsg. v. Max Gf. Montgelas u. Walter Schücking, 2. Bd.: Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung, Berlin, neue, durchgesehene u. verm. Ausgabe 1927
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, R. 2: 1914–1945,
Bd. 1: Juli 1914 – Oktober 1917, Berlin 1958
Bd. 2: November 1917 – Dezember 1918, Berlin 1957
- Drews, Bill*, Grundzüge einer Verwaltungsreform. Amtliche Ausgabe, Berlin 1919

- Duhr SJ, Bernhard*, Das Jesuitengesetz, sein Abbau und seine Aufhebung. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Neuzeit. Nach den gleichzeitigen Quellen, Freiburg i. Br. 1919 (= Stimmen der Zeit, 1. R.: Kulturfragen, H. 7)
- Eckert, Jörn*, Der Kampf um die Familienfideikomisse in Deutschland. Studien zum Absterben eines Rechtsinstituts, Frankfurt/M. usw. 1992 (= Rechtshistorische Reihe, Bd. 104)
- Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen*, Bd. 44, Leipzig 1911
- Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt*, bearb. v. Martin Schumacher, Düsseldorf 1970 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. R., Bd. 1)
- Feldman, Gerald D.*, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin, Bonn 1985
- Fischer, Fritz*, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Sonderausgabe auf Grund der dritten Aufl., Düsseldorf 1967
- Der Friede von Brest-Litowsk*. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, bearb. v. Werner Hahlweg, Düsseldorf 1971 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. R., Bd. 8)
- Geiss, Imanuel*, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck, Hamburg 1960 (= Historische Studien, H. 378)
- Deutscher Geschichtskalender*. Sachlich geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland, begründet v. Karl Wippermann. Hrsg. Friedrich Purlitz
- Jg. 1911, II. Bd.: Juli – Dezember, Leipzig (1912)
- Jg. 1915, I. Bd.: Januar – Juni, Leipzig (1915) (= Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung, 2. Bd.)
- Jg. 1915, II. Bd.: Juli – Dezember 1915, Leipzig (1916) (= Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung, 3. Bd.)
- Jg. 1916, I. Bd., 1. Hälfte; Januar – März 1916, Leipzig (1916) (= Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung, 4. Bd., 1. Hälfte)
- Jg. 1916, I. Bd., 2. Hälfte, April – Juni 1916, Leipzig (1916) (= Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung, 4. Bd., 2. Hälfte)
- Jg. 1916, II. Bd., 2. Hälfte, Oktober – Dezember 1916, Leipzig (1917) (= Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung, 5. Bd., 2. Hälfte)
- Jg. 1918, I. Bd., 1. Hälfte, Januar – März 1918, Leipzig (1918) (= Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung, 8. Bd., 1. Hälfte)
- Jg. 1918, I. Bd., 2. Hälfte, April – Juni 1918, Leipzig (= Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung, 8. Bd., 2. Hälfte)
- Europäischer Geschichtskalender*
→ Schultheß Europäischer Geschichtskalender
- Goldschmidt, Hans*, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Von Bismarck bis 1918, Berlin 1931
- Gonda, Imre*, Verfall der Kaiserreiche in Mitteleuropa. Der Zweibund in den letzten Kriegsjahren 1916–1918, Budapest 1977
- Greiner, Gerhard*, Deutsche Rüstungspolitik vor dem ersten Weltkrieg. General Franz Wandels Tagebuchaufzeichnungen aus dem preußischen Kriegsministerium, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1985 (= Nr. 38), S. 123–162
- Groeben, Klaus v.d.*, Die öffentliche Verwaltung im Spannungsfeld der Politik, dargestellt am Beispiel Ostpreußen, Berlin 1979 (= Schriften zur Verwaltungswissenschaft, Bd. 7)

- Groener, Wilhelm*, Lebenserinnerungen. Jugend – Generalstab – Weltkrieg, hrsg. v. Friedrich Frh. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957 (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 41)
- Grosfeld, Leon*, Polityka panstw centralnych wobec sprawy polkiej w latach pierwszej wojny swiatowej, Warschau 1962
- Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918*. Eingel. v. Reinhard Schiffers, bearb. v. R. Schiffers u. Manfred Koch in Verbindung mit Hans Boldt,
1. Band: 1.–45. Sitzung 1915, Düsseldorf 1981 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. R., Bd. 9/1)
2. Band: 46.–117. Sitzung 1916, Düsseldorf 1981 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. R., Bd. 9/2)
4. Band: 191.–275. Sitzung 1918, Düsseldorf 1983 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. R., Bd. 9/4)
- Helfferich, Karl*, Der Weltkrieg. Ausgabe in einem Band, Berlin (ca. 1919)
- Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917*. Dokumente zur innen- und außenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches, hrsg. v. Willibald Gutsche unter Mitarb. v. Baldur Kaulisch, Berlin 1977 (= Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 53)
- Hertling, Karl Gf. v.*, Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters, Freiburg i. Br. 1919
- Huber, Ernst Rudolf*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789,
Bd. 4: Strukturen und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart usw. (1969)
Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914–1919, Stuttgart usw., rev. Nachdruck 1978/92
- Janßen, Karl-Heinz*, Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914/18, Göttingen usw. 1963
- Jonas, Klaus W.*, Der Kronprinz Wilhelm, Frankfurt/M. 1962
- Julikrise und Kriegsausbruch 1914*. Eine Dokumentensammlung, hrsg. v. Imanuel Geiss, Bd. 1 u. 2, Hannover 1963/64
- Kaulisch, Baldur*, Die Auseinandersetzung um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg innerhalb der herrschenden Klasse Deutschlands während des ersten Weltkrieges (Herbst 1914 bis Frühjahr 1917), Berlin AdW, Diss. A 1970 (MS)
- Kiesenwetter, Otto v.*, Fünfundzwanzig Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes. Geschichtliche Darstellung des Bundes der Landwirte. Zum 18. Februar 1918, Berlin 1918
- Klein, Ernst*, Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 9/10, Tübingen 1961, S. 195–261
- Koszyk, Kurt*, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968
- Kroboth, Rudolf*, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches während der Reichskanzlerschaft Bethmann Hollwegs und die Geld- und Kapitalmarktverhältnisse (1909–1913/14), Frankfurt/M., Bern, New York 1986 (= Europäische Hochschulschriften, R. 3, Bd. 305)
- Kühlmann, Richard v.*, Erinnerungen, Heidelberg 1948
- Kühne, Thomas*, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 99)

- Lemke, Heinz*, Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (Bis zur Februarrevolution), Berlin 1977 (= Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, Bd. 18)
- Lewerenz, Lilli*, Die deutsche Politik im Baltikum 1914–1918, Hamburg, phil. Diss. 1958 (MS)
- Max von Baden*, Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1927
- Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918*, bearb. v. Wilhelm Deist, T. 1 u. 2, Düsseldorf 1970 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2. R., Bd. 1, T. 1 u. 2)
- Patemann, Reinhard*, Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 26)
- Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914*. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hrsg. v. Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme,
 29. Bd.: Die Zweite Marokkokrise 1911, Berlin 1925
 30. Bd.: Der Italienisch-Türkische Krieg 1911–1912, 1. Hälfte, Berlin 1926
 31. Bd.: Das Scheitern der Haldane-Mission und ihre Rückwirkung auf die Tripleentente 1911–1912, Berlin 1926
- Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914–1918)*, eingel. u. zusammengest. v. Miklós Komjáthy, Budapest 1966 (= Publikationen des Ungarischen Staatsarchivs, R. 2: Quellenpublikationen, Bd. 10)
- Quellen zur deutschen Innenpolitik*, hrsg. v. Hans Fenske, Darmstadt 1991 (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 25)
- Rauh, Manfred*, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 60)
- Die Regierung des Prinzen Max von Baden*, bearb. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. R., Bd. 2)
- Rejewski, Harro-Jürgen*, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918). Eine rechtshistorische Untersuchung anhand von Ministerialakten aus dem Geheimen Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin 1973 (= Schriften zur Rechtsgeschichte, H. 4)
- Rietdorf, Fritz*, Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, Göttingen, rechts- und staatswiss. Diss. 1939
- Riezler, Kurt*, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, eingel. u. hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 48)
- Ritter, Gerhard*, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, 3. Bd.: Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914–1917), München 1964
- Roerkohl, Anne*, Hungerblockade und Heimatfront. Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkrieges, Stuttgart 1991 (= Studien zur Geschichte des Alltags, Bd. 10)
- Roesler, Konrad*, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Berlin 1967 (= Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen. Schriften des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen an der Universität Bonn, Bd. 37)

- Saul, Klaus*, Jugend im Schatten des Krieges. Vormilitärische Ausbildung – Kriegswirtschaftlicher Einsatz – Schulalltag in Deutschland 1914–1918, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Nr. 2/1983 (= H. 34), S. 91–184
- Schellenberg, Johanna*, Probleme der Burgfriedenspolitik im ersten Weltkrieg. — Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen Deutschlands von 1914–1916, Berlin, phil. Diss. 1967 (MS)
- Schmidt-Ott, Friedrich*, Erlebtes und Erstrebtes 1860–1950, Wiesbaden 1952
- Schultheß' Europäischer Geschichtskalender*
 N.F. 26. Jg. 1910 (= LI. Bd.), hrsg. v. Ludwig Rieß, München 1911
 N.F. 29. Jg. 1913 (= LIV. Bd.), hrsg. v. Ludwig Rieß, München 1914
 N.F. 32. Jg. 1916, 1. u. 2. T. (= LVII. Bd.), hrsg. v. Ernst Jäckh u. Karl Hönn, München 1921
- Skalweit, August*, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Stuttgart usw. 1927 (= Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Abt. für Volkswirtschaft und Geschichte. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Deutsche Serie)
- Spenkuch, Hartwin*, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der ersten Kammer des Landtages 1854–1918, Düsseldorf 1998 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 110)
- Steglich, Wolfgang/Winterhager, Wilhelm E.*, Die Polenproklamation vom 5. November 1916, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, H. 23 (= 1/1978), S. 105–146
- Stein, Eberhard*, Salpeter für Ludendorff und die IG. Zwei Beiträge zur deutschen Stickstoffchemie im 1. Weltkrieg. Als Manuskript gedr., Leuna-Merseburg 1963 (= Informations- und Studienmaterial der Zentralen Forschungsstelle „Der Kampf der deutschen Chemiarbeiter um die Sicherung des Friedens gegen Militarismus und Imperialismus und für den Sieg des Sozialismus. R. A, Lehrmaterialien, F. 13)
- Tirpitz, Alfred v.*, Politische Dokumente, Bd. 2: Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege, Hamburg u. Berlin 1926
- Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918*. Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs, Berlin, 3. Aufl. 1927
- Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918*, hrsg. v. Albrecht Philipp unter Mitwirkung v. Eugen Fischer u. Walter Bloch (= Das Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1926. Verhandlungen/Gutachten/Urkunden, hrsg. im Auftrage des Reichstages v. Walter Schücking, Peter Spahn, Johannes Bell, Rudolf Breitscheid u. Albrecht Philipp unter Mitwirkung v. Eugen Fischer, Walter Bloch u. Berthold Widmann)
 4. R., 2. Bd.: Gutachten des Sachverständigen Oberst a.D. Bernhard Schwertfeger, Berlin 1925
 4. R., 10. Bd., 1. Halb-Bd.: Gutachten der Sachverständigen Alboldt, Stumpf, v. Trotha zu den Marinevorgängen 1917 und 1918, Berlin 1928
- Volkman, Hans-Erich*, Die deutsche Baltikumspolitik zwischen Brest-Litovsk und Compiègne. Ein Beitrag zur „Kriegszieldiskussion“, Köln, Wien 1970 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 13)
- Der Weltkrieg 1914 bis 1918*, bearbeitet im Reichsarchiv. Die militärischen Operationen zu Lande (10. Bd.: i. A. des Reichskriegsministeriums bearb. u. hrsg. v. d. Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte; 11. Bd: v. d. Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres)
 8. Bd.: Die Operationen des Jahres 1915. Die Ereignisse im Westen im Frühjahr und Sommer, im Osten vom Frühjahr bis zum Jahresschluß, Berlin 1932

9. Bd.: Die Operationen des Jahres 1915. Die Ereignisse im Westen und auf dem Balkan vom Sommer bis zum Jahresschluß, Berlin 1933
10. Bd.: Die Operationen des Jahres 1916 bis zum Wechsel in der Obersten Heeresleitung, Berlin 1936
11. Bd.: Die Kriegführung im Herbst 1916 und im Winter 1916/17. Der Wechsel in der Obersten Heeresleitung bis zum Entschluß zum Rückzug in die Siegfried-Stellung, Berlin 1938
13. Bd.: Die Kriegführung im Sommer und Herbst 1917. Die Ereignisse außerhalb der Westfront bis November 1918 [Berlin 1944] Bonn 1956
- Der Weltkrieg 1914 bis 1918*, bearbeitet im Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, 1. Bd.: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930
1. Bd., Anlagen, Berlin 1930
- Westarp, Kuno Gf.*, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, 1. Bd.: Von 1908 bis 1914, 2. Bd.: Von 1914 bis 1918, Berlin 1935
- Wiedfeldt, Otto*, Die Bewirtschaftung von Korn, Mehl und Brot im Deutschen Reiche, ihre Entstehung und ihre Grundzüge, Berlin 1919 (= Beiträge zur Kriegswirtschaft. Hrsg. v. d. Volkswirtschaftlichen Abteilung des Reichsernährungsamts, H. 50/53)
- Adolf Wild von Hohenborn. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen* des preußischen Generals als Kriegsminister und Truppenführer im Ersten Weltkrieg, hrsg. v. Helmut Reichold u. Gerhard Granier, Boppard a. Rh. 1986 (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 34)
- Witt, Peter-Christian*, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland, Lübeck u. Hamburg 1970 (= Historische Studien, H. 415)
- Zechlin, Egmont*, Das „schlesische Angebot“ und die italienische Kriegsgefahr 1915, in: GWU 14 (1963), S. 533–556
- Zilch, Reinhold*, Die Reichsbank und die finanzielle Kriegsvorbereitung 1907 bis 1914, Berlin 1987
(= Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 20)
- Zilch, Reinhold*, Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914–1918. Mit einem Anhang von Jürgen Koppatz: Katalog des deutschen Besatzungsgeldes im Ersten Weltkrieg (Europa), Goldbach 1994
- Zmarzlik, Hans-Günter*, Bethmann Hollweg als Reichskanzler 1909–1914. Studien zu Möglichkeiten und Grenzen seiner innerpolitischen Machtstellung, Düsseldorf 1957 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 11)